Jahrg. Heft 7 Juli 1918

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

JUL 9 1964
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
BERKELEY

Buck Bloch
2:7-12
July-Dec.
1918

Inhalt:

Rasse und Nation .. .. Houston Stewart Chamberlain
Die Verfassungskrise in Österreich .. .. .. Prof. Dr. Paul Samassa
„Unser" A. A. .. .. Prof. Dr. Erich Jung
Die Notlage der Schweiz und Deutschlands Hilfe
Pfarrer Adolph Bolliger
„Der Nuntius kommt." (Der rot-goldene Salon.) . . .
Bukarester Friedensbilanz .. .. Prof. Dr. Hans Freiherr v. Liebig
Deutsches Geistesleben u. deutsche Tagespresse K. Friedrich Ernst
Ein Museum für deutsche Stammes- und Rassenkunde
Dr. Otto Lehmann
Bild der Lage – Bücherschau .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.– By Einzelheft M. 1.80

In allen guten Buchhandlungen, Feld- und Bahnhofs-Buchhandlungen ist zu haben:

BÜCHEREI DER MÜNCHNER „JUGEND“

Preis des Bandes Mk. 1.50

Bis jetzt erschienen 3 Bände, von denen enthalten

Band 1:
Ernste u. heitere Erzählungen

Band 2:
Bunte Skizzen

Band 3:
Phantastische Geschichten

Weitere Bände folgen zwanglos / In der Bücherei der Münchner „Jugend“ sind die besten deutschen Erzähler mit Beiträgen vertreten, die schon in früheren Jahrgängen der Wochenschrift zum Abdruck kamen. Die kleinen schmucken Bände werden schnell zu der beliebtesten Unterhaltungsliteratur gehören / Leider können wir infolge Papierknappheit nur beschränkte Auflagen herstellen und keinen Nachdruck erfolgen lassen / Bei Voreinsendung von Mk. 4.80 liefert der Verlag auch direkt.

München, Lessingstr. 1
VERLAG DER „JUGEND“

Bücherfreund

erhalten interessanten Katalog gra
von **O. Fürst, Buchhandlung.**
Neukölln, Emserstraße 5/11.

---

10 20 50
von unserem bekannten

RASSENHEFT

wurden von begeisterten Lesern ins
gesandt, damit jeder deutsche
den Wert der Rassenfrage für das
tum kennen lernt. Zahlreiche
erhöhen den Wert dieser volkstümli
Schrift. Inhalt: Der Segen der re
Rasse, von Dr. Heberlin. Die Ras
mischung im Deutschtum. Über Ras
Rassenhygiene, v. H. Driesmanns. Ra
und Ernährung, von G. Simons. Die
und die Rasse. Der Kultus des Ki
und das franz. Weib. Von J. Por
Rassen- u. Leibeszucht bei Mensch
Tieren. Von Gustav Möckel. Preis 60
Durch jede Buchhdlg. oder vom Ver
Kraft und Schönheit, Berlin-Steglitz

Konservative Pädagogik.

Die Knabenerziehung des deutsch
Hauses auf der Grundlage d
Autoritätsgedankens.

Familienpädagogik

von **Edmund Schopen**

20 Bg. — 1918. — Preis M. 5.50

**Verlag der Druckerei Lehrlingha
Mainz, Breidenbacherstraße 12**

Jeder selbstdenkende Deutsche schreib

Rollers Weltkurzschrift

Viel deutlicher, kürzer und einfacher
als die älteren Kurzschriften.
Jedes Kind erlernt sie spielend.
Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M.
Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift
Johannes Bülck, Neumünster,
Kieler Straße 73
Postscheckkonto Hamburg **13235.**

Soeben ist erschienen:

Hindenburg-Worte

Briefe, Drahtungen, Reden und Gespräche des Generalfeldmarschalls

In zeitlicher Folge herausgegeben von **Dr. H. Wohltmann**

Hübsch ausgestattet. Preis M. **2.**—, feine Ausgabe auf bestem, holzfreiem Papier M. **2.50** (dazu je 20 % Teuerungszuschlag)

Das sieghafte Wesen unseres Nationalhelden

spiegelt sich in diesem Buche wieder. Seine Worte — kurz, klar und stark — wirken wie seine Taten. Sie zeigen uns, wie seine Persönlichkeit mit der Zeit in die Rolle des getreuen Eckarts seines Volkes hineingewachsen ist. Wir spüren aus seinen Worten, welch edles, hohes Deutschtum er uns offenbart und welche Kraft und Zuversicht in ihnen liegt. Das Buch ist ein Hausschatz für das deutsche Volk.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 26

Deutſchlands Erneuerung

AP30
D56
v. 2: 7-12

Monatsſchrift für das deutſche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Profeſſor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Profeſſor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präſident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 7 | Juli

Inhalt:

Raſſe und Nation (S. 449)	Houſton Stewart Chamberlain
Die Verfaſſungskriſe in Öſterreich (S. 459)	Profeſſor Dr. Paul Samaſſa
„Unſer" A. A. (S. 467)	Profeſſor Dr. Erich Jung
Die Notlage der Schweiz und Deutſchlands Hilfe (S. 473)	Pfarrer Adolph Volliger
„Der Nuntius kommt." (Der rot-goldene Salon.) (S. 478)	* * *
Bukareſter Friedensbilanz (S. 486)	Prof. Dr. Hans Freiherr v. Liebig
Deutſches Geiſtesleben und deutſche Tagespreſſe (S. 494)	K. Friedrich Ernſt
Ein Muſeum für deutſche Stammes- und Raſſenkunde (S. 501)	Dr. Otto Lehmann
Bild der Lage (S. 506) — Bücherſchau (S. 518)	Dr. Erich Kühn

Raſſe und Nation.[1]

Von Houſton Stewart Chamberlain, Bayreuth.

Auf dem Berliner Kongreß 1878 führte ein Jude das große Wort; mit jener Treue gegen das eigene Volk, welche den Juden in verehrungswürdiger Weiſe auszeichnet, benutzte ſchnell der engliſche Jude Disraeli die Gelegenheit, ſeinen Blutgenoſſen in jenen Ländern die Hand zu reichen; er griff hinein in die inneren Angelegenheiten der Rumänen und zwang ihnen die ſog. Emanzipation der Juden auf; Rumänien mußte der Gewalt weichen, es blieb ihm nichts anderes übrig; ſoweit es aber möglich war, baute es Schutzmauern auf, verwehrte den Juden die politiſchen Rechte, ſowie das Recht auf Grundbeſitz und rettete dadurch die werdende Nation aus tödlicher Gefahr.

Herrn von Kühlmann laſſen die Lorbeeren Disraelis nicht ruhen, auch er will dem Judentum dienen, wo es nur angeht, und benutzt die Niederlage des irregeleiteten rumäniſchen Staatsweſens, um Vorteile nicht etwa für die Deutſchen, ſondern für die Juden Rumäniens zu erwirken — ſcheint alſo das Deutſche Reich als Hauptagentur der Alliance Israélite zu betrachten. Dieſer ſonderbare Vorgang weckt in mir die Erinnerung an einen Brief, den ich vor rund 20 Jahren an einen rumäniſchen Gelehrten ſchrieb, der mich über die damals infolge unaufhörlicher international-jüdiſcher Hetzereien brennende Frage um meine aufrichtige

[1]) Von dieſem Aufſatz ſind Sonderdrucke erſchienen. Einzelpreis 40 Pf., bei 100 Stück je 30 Pf., bei 1000 Stück je 20 Pf.

By

Ansicht gebeten hatte; beim Wiederlesen finde ich die Ausführungen heute nicht minder zeitgemäß als damals und teile sie darum ein wenig gekürzt im folgenden mit:

„Sie fragen mich: Würden Sie den Rumänen raten, den Juden die völlige bürgerliche und politische Gleichberechtigung zu gewähren? Den Rumänen! Ihre Frage würde ich also nicht richtig verstehen, wollte ich mit Allgemeinheiten antworten, und nicht die besonderen Verhältnisse Rumäniens, und zwar im gegenwärtigen Augenblick, berücksichtigen. Denn — um nur ein Beispiel anzuführen — es ist geradezu kindisch, weil eine politische Maßregel in einem Staate wie England, dessen königliche Familie seit 900 Jahren auf dem Throne sitzt, dessen heutige Gesetzgebung in einer gleich alten Vergangenheit wurzelt und sich während dieser langen Epoche ununterbrochen entwickelt hat, in einem Lande, wo das Herkommen so felsenartig stark ist, daß das Neue sich den alten Formen anbequemen muß, um Aufnahme zu finden, es ist, sage ich, lächerlich, weil eine politische Maßregel wie die völlige Gleichberechtigung der Juden dort keinen tiefer reichenden, dauernden Schaden anrichtet, zu folgern, diese selbe Maßregel müsse dem rumänischen Staate ebenfalls anempfohlen werden. Selbst wenn das prozentuale Verhältnis der Juden in beiden Ländern gleich wäre, die Folgerung wäre durchaus unlogisch.

Erst seit dem Jahre 1723, d. h. also mehr als ein halbes Jahrtausend nach der Begründung des englischen Reiches und erst nach einer in der Hauptsache dauernden Festigung des Landbesitzes, ließ das englische Volk die Juden zum Grundeigentum zu. Wer weiß, ob das heutige England — die Weltmacht — unter anderen Bedingungen je entstanden wäre? Ich glaube es nicht. Denn im frühen Mittelalter waren die Juden in England sehr zahlreich; und wenn Sie des berühmten Nationalökonomen Cunninghams Werk The growth of English industry and commerce during the early and middle ages (dritte Auflage, 1896, S. 199ff.) aufschlagen, so werden Sie sehen, daß diese Juden, denen bis zum Jahre 1290 jedes Gewerbe und jedes Handwerk offenstand, und gegen die noch kein Vorurteil herrschte, sich ausschließlich mit Geldwucher und anderen unsauberen Geschäften abgaben. Die vielen Versuche der Regierung, die Juden zur Ergreifung anständiger Gewerbe zu bewegen, schlugen fehl. (S. 203.) Und so vergleicht denn Cunningham die damalige jüdische Kolonie, mit „einem Schwamm, der das gesamte Vermögen der werdenden Nation auffog". Genau ebenso erging es damals dem französischen Adel; fast sein gesamter Besitz war im 13. Jahrhundert an die Juden verpfändet (siehe André Réville: Les paysans au Moyen Age, 1896, S. 3). Was hat nun diese Länder vor der gänzlichen Entnationalisierung schon in diesen ersten Anfängen ihres staatlichen Daseins geschützt? Einzig die Klausel, welche den Juden vom Grundbesitz ausschloß. Ohne diese Maßregel wäre der gesamte Boden von England und Frankreich — abgesehen von den Staatsdomänen — vom 13. Jahrhundert ab jüdischer Besitz gewesen, und die Geschlechter, welche englische Geschichte seitdem gemacht haben, hätten als Frondiener der Wucherer ihr Dasein fristen müssen! Jene eine Maßregel genügte aber nicht, um dem zersetzenden Einfluß der großen jüdischen Kolonie in England Einhalt zu tun, und so entschlossen sich die von jeher praktischen Engländer zu einem gründlicheren Vorgehen: sie entfernten sämliche Juden aus dem Lande. Vom Jahre 1290 bis zum Jahre 1657 hat es in England keinen Juden gegeben — d. h. also während der ganzen Konsolidierung der Nation, vom großen ersten Eduard (dem ersten echten Nationalkönig und Begründer des eigentlichen Parlaments) bis nach dem Tode der großen Herrscherreihe, die mit Heinrich VIII.

beginnt, in Elisabeth gipfelt und mit Cromwell und seiner weitsichtigen überseeischen Politik endet. Diese Tatsache ist nun von dauerndem Einfluß bis auf den heutigen Tag geblieben. Denn während es zur Zeit der Vertreibung 16000 Juden in England gegeben hatte (siehe Green: History of the English People, Buch III, Kap. 4), was nach den zuverlässigsten Schätzungen der damaligen Bevölkerungszahlen mindestens 1, wahrscheinlich aber gegen 2% der Bevölkerung ausmachte, gibt es in dem heutigen England (nach dem Jewish Year Book für das Jahr 1898) nicht ganz 1/4% Juden. Inzwischen war eben das englische Volk nach jeder Richtung hin erstarkt, und so konnte der Jude nie mehr in dem Maße wie früher — und trotzdem alle Türen und Tore ihm offen standen — Fuß fassen. Wenn also, wie gesagt, das prozentuale Verhältnis der Juden in England und in Rumänien heute dasselbe wäre, so berechtigen die Lehren der Geschichte nicht zu der Behauptung: weil in England die Juden seit anderthalb Jahrhunderten Grundeigentum besitzen dürfen und seit etwa 50 Jahren in jeder Beziehung gleichberechtigte Bürger sind, deswegen ist ein gleiches für Rumänien ratsam. Nur Sophismus oder Unwissenheit kann eine derartige Folgerung ziehen. Denn die Geschichte — deren Lehren zwar schwer zu entziffern, doch darum nicht zu verachten sind — scheint vielmehr das Gegenteil zu beweisen. Wollte Rumänen sich nach dem Beispiel des erfolgreichen Staates England richten, so müßte es schleunigst seine sämtlichen Juden des Landes verweisen und sie erst nach drei bis vier Jahrhunderten wieder zulassen, nachdem die Nation sich äußerlich und innerlich ausgebaut und die Besitzverhältnisse sich dauernd gefestigt hätten.

Nun sind aber die zahlenmäßigen Verhältnisse nicht dieselben. Während im alten, starken, festkristallisierten England auf 400 Menschen ein Jude kommt, zählen Sie in Rumänien auf 100 Menschen mindestens 6 Juden. Der absoluten Zahl nach besitzt das verhältnismäßig noch spärlich bevölkerte Rumänien viermal soviel Juden wie das dichtbevölkerte England, der relativen Zahl nach ungefähr 25 mal soviel! Das allein sollte genügen, Bedenken zu geben. Denn man braucht kein blinder Judenhasser zu sein, um aus einer mehrtausendjährigen Geschichte zu erkennen, daß der Jude überall und immer ein zersetzendes Element gewesen ist. Seine guten und seine schlechten Eigenschaften wirken beide dahin, daß er das, was er berührt, entweder zerstört oder sich zum Nachteil des anderen aneignet. Die Israeliten von ehedem haben nicht die Kanaaniter vertilgt oder verjagt, das bezeugt das alte Testament an vielen Stellen, und es steht außerdem wissenschaftlich fest. Die größte lebende Autorität, Prof. Wellhausen, schreibt (Israelitische und jüdische Geschichte, 3. Ausg., S. 48): „Hätten die Israeliten die alteingesessenen Landeskinder vertilgt, so würden sie das Land zur Wüste gemacht und sich selbst um den Gewinn der Eroberung gebracht haben. Indem sie sie schonten und sich selber ihnen gleichsam aufpfropften, wuchsen sie zugleich in ihre Kultur hinein. In Häuser, die sie nicht gebaut, in Felder und Gärten, die sie nicht urbar gemacht und angelegt hatten, nisteten sie sich ein. Überall traten sie als glückliche Erben in den Genuß der „Arbeit ihrer Vorgänger". Und einer der judenfreundlichsten Gelehrten unserer Zeit, der englische Theologe Sayce (The races of the old Testament, 2. Ausgabe, Kap. 4 und 6) behauptet, der echte Jude hätte nur in den Städten und größeren Dörfern Palästinas gelebt und sei gleichsam ein Fremder im eigenen Land gewesen. Also selbst als sie am stärksten waren und einen eigenen Staat besaßen, vermochten die Juden nur dadurch zu bestehen, daß sie sich einem fleißigen Volke „aufpfropften" und es „um den Genuß seiner Arbeit brachten". Die Juden be-

sitzen viele achtungswerte Eigenschaften; ich habe seit meiner Jugend geschätzte Freunde unter ihnen besessen; ich könnte Ihnen ein ganzes Kapitel schreiben über das, worin sie uns allen ein Muster zu sein verdienten; doch das muß jeder einsichtige und wissende Mann zugeben: sie sind jedes politischen Instinktes bar, überhaupt jedes Taktes. Daher durfte jener große, weise, den Juden von Jugend auf freundlich gesinnte Mann — Goethe — die Behauptung aufstellen: „Duldsamkeit gegen die Juden bedroht die bürgerliche Verfassung" (Dichtung und Wahrheit, 13. Buch). Ihr ganzer Charakter drängt die Juden dazu, mit Leidenschaft die Gegenwart und nur die Gegenwart zu erfassen; Politik dagegen ist das Verständnis der Zukunft. Und während nun die Politik stets beschäftigt ist, die Reibung zwischen dem, was ist, und dem, was sein wird, zu vermindern, sorglich verhütend, daß der heutige Tag an den höheren Ansprüchen des morgigen verarme und verblute, zugleich aber, daß das Erbteil kommender Geschlechter von dem gegenwärtigen aufgezehrt werde, hat der Jude für keine dieser beiden Aufgaben Verständnis. Selbst der „edle Jude" ist folglich für eine junge, werdende Nation nicht zu gebrauchen; selbst er kann ihr nur schaden. In welchem Maße aber der unedle Jude ein zerfressendes Gift für sie ist, das werden Sie aus Erfahrung wissen. Wie wollen Sie nun es fertigbringen, das junge, noch nicht mit Eisen gepanzerte Staatsschiff Rumäniens durch alle Gefahren sicher hindurchzusteuern, wenn Sie 25 mal mehr Juden an Bord haben als England? Denn wohlgemerkt, England ist mit seinem heutigen Prozentsatz von 1 zu 400 so ziemlich an die Grenze des ihm zulässig Erscheinenden gelangt. Lassen Sie sich durch die schönen Phrasen und die fast unbewußte Heuchelei der Engländer nicht irreführen. Erinnern Sie sich daran, daß vor einigen Jahren die Stadt London eine Abordnung an den Kaiser von Rußland schickte, ihn anzuflehen, er solle seine Juden nicht ausweisen? Den rechten Kommentar dazu würden Sie erhalten, wenn Sie eine Wahlrede lesen wollten, welche Joseph Chamberlain, der vielgenannte Kolonienminister, zur selben Zeit in derselben Stadt London hielt, und in welcher er in bezug auf die zunehmende Einwanderung der Juden vom Festland nach England sagte: „Es ist hohe Zeit, daß wir auf Mittel sinnen, diese Fremden von unseren Küsten fernzuhalten, damit sie nicht fortfahren, dem hungernden englischen Arbeiter das Brot vom Munde wegzustehlen." Diese zwei Dinge, einerseits die menschenfreundliche Bitte an Rußland, seine Juden bei sich daheim zu behalten, anderseits die Ankündigung von Maßregeln zur Verhinderung der Einwanderung von Juden nach England, hängen eng zusammen; der Engländer ist eben ein praktischer Mensch. Und dann, was Sie nie erfahren werden, außer, wenn Sie England selbst bereisen — denn fast die gesamte Presse Europas ist in jüdischen Händen und hält uns viel unwissender, als unsere Vorfahren im Mittelalter waren, über manches, was um uns herum vorgeht —, das ist die Tatsache der wachsenden Erbitterung gegen die Juden in England. Vor dreißig Jahren gab es in ganz England nicht einen einzigen Menschen, der das Vorhandensein einer „jüdischen Gefahr" zugegeben hätte. Jetzt sind die Leute durch die Ereignisse belehrt worden. Erlauben Sie mir, diese Behauptung durch die Erzählung einer eigenen Erfahrung zu bekräftigen.

Vor einiger Zeit besuchte ich Verwandte in einer englischen Provinzstadt, eine kernliberale Familie. Als ich das letztemal, genau 20 Jahre früher, mich dort aufgehalten hatte, kannte ihre Empörung über die antisemitische Bewegung auf dem Festland keine Grenzen und genau entsinne ich mich, wie ich fast gelyncht wurde, als ich einmal einige schüchterne Worte zur Entschuldigung und Erklärung dieser so

natürlichen Abwehr vorbrachte. Wie war jetzt alles geändert! Ich sprach meine Freude aus, am nächsten Morgen die Läden besuchen zu können, wo ich als Kind meine kleinen Einkäufe zu machen geliebt hatte... „Ach A. ist schon lange bankrott, er hat sich erschossen, seine Söhne sind ausgewandert! B. hat vor wenigen Monaten sein Geschäftshaus gesperrt; er hatte schon die Hälfte seines Vermögens eingebüßt, mit dem übrigen hat er sich ein kleines Bauernhaus gekauft, um seine alten Tage in Ruhe und Vergessenheit auszuleben. Zu C. willst Du gehen? — Den wirst Du freilich noch antreffen; er ist erster Kommis heute in dem Geschäft, das seinem Vater, Großvater und Urgroßvater gehört hatte." Und so ging die Liste weiter. Was war denn inzwischen geschehen? Denn unbedingte Solidität war ein Geschäftsgrundsatz der Engländer gewesen und darum hatten in solchen kleinen Städten die besseren Läden einen sozusagen unbeweglichen Bestand. So wußte z. B. von den oben genannten B. u. C. niemand zu sagen, seit wann sie bestanden, die ältesten Leute hatten sie als uralte Firmen gekannt; A., dessen Geschäft eine größere Bedeutung besaß, konnte die Begründung im Jahre 1619 dokumentarisch erhärten. Und nun, innerhalb weniger Jahre, mehr als ein Drittel dieser alten Häuser zugrunde gegangen! Daß der Landbesitz in England auf ungefähr ein Drittel seines früheren Wertes gesunken war, wußte ich, doch hat das Fabrikwesen und infolgedessen das Stadtleben zugenommen; der Vermittler vielgebrauchter Waren müßte also eher besser als schlechter dastehen. „Ja, Du hast recht," erhielt ich zur Antwort, „er müßte besser stehen; Du vergißt nur eines: Die Invasion der deutschen Juden". („Deutsche Juden" nennt der Engländer alle vom Festland neu einwandernden Juden gleich viel, woher sie in Wirklichkeit stammen.) Und nun entspann sich eine ähnliche Unterhaltung wie vor 20 Jahren, nur daß die Rollen vertauscht waren. Denn ich machte geltend, wie ultrakonservativ der Provinz-Engländer sei, unfähig, von seinen alten Gewohnheiten abzuweichen; nun sei der an und für sich beweglichere Jude eingetroffen, der außerdem noch durch die Einführung neuer Artikel und neuer Geschäftsmethoden gegen die alteingesessenen Geschäfte aufzukommen hoffen durfte usw. Doch meine Vettern ließen meine Einwürfe wenig gelten. Wie ein verzehrender Heuschreckenschwarm seien diese Juden über das Land niedergegangen und nicht durch größere Intelligenz und bessere Ware hätten sie die erbeingesessenen Häuser zugrunde gerichtet, sondern durch unlauteren Wettbewerb, durch betrügerischen Bankrott, durch Arbeiterschindung, durch die Einführung einer Schundware, wie man sie früher bei uns nie gesehen habe usw. Und — leider — es waren das keine leeren Behauptungen; keiner meiner Vettern hatte je eine antisemitische Schrift auch nur gesehen; nein, sie sprachen aus Erfahrung, und die Beweise, nämlich die Erzählung der greifbaren Fälle, regneten auf mich nieder. Als im am nächsten Morgen in die Stadt fuhr, überzeugte ich mich selbst, welche tiefe Veränderung vorgegangen war; mein altes England war kaum zu erkennen. Ein kleines, handgreifliches Beispiel: einigen lieben bosnischen Freunden hatte ich versprochen, echte englische Taschenmesser für sie zu besorgen; unter der väterlichen Regierung Österreichs ist nämlich dafür gesorgt, daß in Bosnien nur die schlimmste Schundware von dem in jedem Dorfe das Monopol führenden „Tschifut" verabreicht werde; alte bosnische Bauern besitzen aber aus der Zeit vor der Okkupation echte englische Messer wie auch Kleider aus echten englischen Stoffen, beide sind unter ihnen heute sprichwörtlich für „gute Ware". Nun denn, solche „gute Ware" hatte ich den lieben Leuten versprochen. In der ganzen kleinen Stadt ist es mir aber nicht möglich gewesen, eines jener unvergleichlichen englischen Taschenmesser aufzutreiben! Als

ich Kind war, gab es keine anderen; jeder Kaufmann hätte sich geschämt, schlechte Ware zu halten, auch wenn seine Kunden sie der Billigkeit halber verlangt hätten. Jetzt dagegen fand ich nur Schundware, zum Teil englischer, zum größeren Teil aber deutscher Herkunft. Der jüdische Kaufmann führt die gute Ware nicht, weil sein Gewinn darauf geringer ist. Freilich, sobald man sich in den Kreisen der größeren Handelshäuser und Fabrikanten umsah, war in jener Stadt wenig verändert; einige verdächtige Namen hatten sich zwar schon eingeschlichen, doch das Alte bestand noch. Auf dem Lande waren keine Veränderungen im Besitz eingetreten. Aber so weit hatte es doch das eine Viertel Prozent Juden im Laufe von nur 20 Jahren gebracht! Das kleinere Gewerbe war zum Teil schon ruiniert und entweder hinausgejagt oder in die dienende Stellung den Juden gegenüber herabgedrückt, der andere Teil kämpfte in gedrückten Verhältnissen für seine Existenz und konnte nur bestehen, wenn er die ehrenvollen Überlieferungen seiner Väter preisgab. Zugleich — und hier sehen Sie, auf welche Weise der nächstfolgende Kreis schon angefressen wird — ist der ärmere Teil der Bevölkerung — der Bauer, der Handwerker, der seine Bedarfsartikel nicht aus London oder Birmingham beziehen kann — gezwungen, die schlechte Ware zu kaufen, aus dem einfachen Grund, weil ihm keine andere geboten wird. Und können Sie glauben, daß solche Verhältnisse keine Erbitterung im Lande hervorrufen? Aus den schon genannten Gründen erfahren Sie in Rumänien nichts davon, doch ich versichere Ihnen, Sie werden eines Tages ganz unvorhergesehene Dinge erleben, denn die Empörung und der Zorn sind in England um so größer, als der Engländer den Juden arglos und mit offenen Armen aufgenommen hatte.

So stehen die Dinge in England; das haben in kurzer Zeit 100000 Juden gegen 39 Mill. Angelsachsen vermocht! Und Sie glauben, daß, wenn die 5½ Mill. Rumänen ihren 400000 jüdischen Gästen die volle bürgerliche und politische Gleichberechtigung zugestehen, es nach 100 Jahren — ach, was sage ich — nach 50 Jahren noch überhaupt Rumänen auf der Welt geben wird, außer in der Gestalt von Packträgern, Straßenkehrern und bis aufs Blut geschundenen Bauernknechten?

Und während wir den Vergleich mit England festhalten, lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung daran knüpfen.

Soll eine Nation groß werden, so kann sie von einem Grunderfordernis nicht absehen, und dieses ist: die Bildung eines Nationalcharakters, d. h. einer besonderen, unterschiedenen Rasse. Sehr verschiedene Völkerschaften sind auf den englischen Inseln zusammengestoßen, doch entstammen sie alle derselben Familie, der nordeuropäischen Menschenart, dem Homo europaeus der Anthropologen. Und nun ist im Laufe der Jahrhunderte, durch Kreuzung gefolgt von Inzucht, eine ganz neue, durchaus eigenartige und unvergleichlich scharf ausgeprägte Rasse hervorgegangen. In dieser besonderen Rasse wurzelt alles, was Englands Größe ausmacht, sowohl auf dem poetischen und wissenschaftlichen Felde wie auf dem Gebiete der Praxis, der Industrie, des Unternehmens. Trotzdem nun die Moldau und die Walachei uralte Länder sind, sind Sie im heutigen Rumänien noch weit von einer derartigen Ausgleichung entfernt; die geschichtlichen Verhältnisse standen der einheitlichen, nationalen Rassenbildung bei Ihnen bisher im Wege. Das muß anders werden, sonst werden Sie nie eine gefestigte, große Nation. Der eigentliche Rumäne muß die übrigen Elemente völlig aufsaugen. Es wird ihn selber nur bereichern: die Griechen, die Bulgaren, die Armenier, die Deutschen usw., sie alle sind seine Vettern. Auch der Zigeuner, obwohl er viel weiter steht, gehört unzweifelhaft zum arischen Stamme. Dagegen beweist alle Erfahrung, daß eine

Verschmelzung mit Juden durch geschlechtliche Kreuzung, erstens ein verderbliches und zweitens ein illusorisches Unternehmen ist.

Daß es ein verderbliches Unternehmen ist, lehrt die Naturwissenschaft. Darwin hat an der Hand eines riesigen Materials gezeigt (siehe namentlich Animals and Plants under Domestication, Kap. XV und XIX), daß ein Kreuzen zwischen unverwandten Rassen oder zwischen verwandten Rassen, deren Eigenschaften aber schon durch Züchtung in sehr abweichender Weise entwickelt sind, zur unrettbaren Entartung führt. „Crossing obliterates characters", sagt er: das Kreuzen löscht die auszeichnenden Eigenschaften beider Elternrassen aus; was es erzeugt, ist der eigentliche Bastard, ein Wesen, dessen Charakter Charakterlosigkeit ist. Wozu noch die Erwägung kommt, daß die weniger edle und die geschlechtlich stärkere Rasse stets siegt. Mulatten kehren nach wenigen Generationen zum reinen Negertypus zurück. Die von Juden mit Europäern gezeugten Kinder sind Bastarde, die aber ohne Ausnahme zum Judentum hinneigen. Manchmal bleibt diese Tatsache ein, auch zwei Generationen hindurch wenig sichtbar; da plötzlich, ohne neuerliche semitische Beimengung, steht der reine Jude wieder vor uns, als wäre er gestern von den Ufern des Jordan hier eingetroffen! Durch Vermengung mit Ihrem riesigen Prozentsatz an Juden werden Sie also die Wurzelkraft des rumänischen Reiches vernichten, nämlich jede Möglichkeit, eine neue starke Nationalrasse zu züchten.

Außerdem ist aber, wie gesagt, ein derartiges Unternehmen illusorisch. Die Juden wollen nicht mit den übrigen Völkern der Erde verschmelzen. Wollten sie es, wäre nicht die Absonderung das Grundgesetz und das Lebensprinzip des Judentums, so gäbe es seit mehr als einem Jahrtausend überhaupt keine Juden mehr, ebensowenig wie es aus ihrer nächsten Verwandtschaft Karthager oder Tyräer oder Moabiter oder Ammoniter gibt. Alle diese Völkerschaften sind durch Vermischung mit anderen größeren Völkern in diese aufgegangen; dagegen existiert der Jude noch heute, weil er sich zu jeder Zeit geweigert hat, mit anderen Völkern die Ehe einzugehen. „Euch allein habe ich von allen Stämmen der Erde gekannt", spricht Jehovah zu den Juden (Amos 3, 2). Nicht wir sind es, der Jude ist es, der die Kluft zwischen sich und uns als unüberbrückbar betrachtet. Der jüdische Philosoph Philo — ein sehr freisinniger, fortschrittlicher Mann, kein orthodoxer Gläubiger — sagt es kurz heraus: „Einzig die Israeliten sind Menschen im wahren Sinne des Wortes." Als das eigentliche Judentum (im Unterschied zu dem weiteren Israelitentum) gegründet wurde — nämlich nach der Wiederkehr aus der Babylonischen Gefangenschaft — da wurde eine Sünde unter allen Sünden als die schwerste, als „die Sünde gegen Gott" (Nehemia 13, 27) hervorgehoben: „wenn Eure Söhne ausländische Weiber nehmen." Dieses Gesetz gilt heute, wie vor 2500 Jahren. Ein ganz anderes ist es, die fremden Völker mit jüdischem Blut zu durchsetzen; das ward stets mit systematischer Gründlichkeit betrieben. Denn schon das alte Gesetz betrachtet die Ehe der jüdischen Tochter mit einem Nichtjuden zwar nicht als wünschenswert, doch als eine geringere Sünde; und indem die heutige internationale jüdische Plutokratie ihre Töchter an Fürsten und Adel verheiratet, erwirbt sie sich Zugang und Einfluß gerade an jenen maßgebenden Stellen, die ihr sonst verschlossen blieben, ohne daß der eigene, reinjüdische Stamm durch einen einzigen Tropfen Gojimblutes verunreinigt werde, oder — um mich der Sprache der Bibel zu bedienen — ohne „daß der heilige Same gemein gemacht werde mit fremden Völkern" (Esra 9, 2). Von allen heutigen großen jüdischen Familien gibt es nicht eine einzige, welche in ihrem männlichen Stamme gemischtes Blut aufwiese. Selbst

die wenigen Besitzer großer Bankhäuser, welche sich (aus mir unbekannten Gründen) haben taufen lassen, wie die Erlanger, Oppenheim usw., bleiben nach wie vor rein jüdisch. Und damit Sie nicht etwa glauben, ich schwatze da ins Blaue hinein, so bitte ich Sie, ein zuverlässiges Buch zur Hand zu nehmen, z. B. das Jewish Year Book, und da das Kapitel über den jüdischen Adel Englands nachzuschlagen. Sie werden sehen, daß bis zum heutigen Tag kein einziger männlicher Sproß dieser Familien — nicht einmal ein jüngerer Sohn — außerhalb des reinen Judentums geheiratet hat, und daß von den Töchtern nur ein kleiner Prozentsatz — dann aber mit weiser Auswahl der höchsten Hofkreise — sich hat der heiligen Sache opfern müssen in den Armen von Nichtjuden. Hier, wo die Tatsachen übersichtlich klar und dokumentarisch sicher vor Augen liegen, können Sie das Verhalten des gesamten Judentums in bezug auf die Vermengung mit uns Nichtjuden kennen lernen. Freilich gibt es in bürgerlichen Kreisen jüdische Männer, welche Nichtjüdinnen heiraten, doch ist die Zahl verschwindend gering und ich habe schon in mehreren solchen Fällen feststellen können, mit welchem sicheren Gefühl für Rasse diese Juden, die ostentativ „Mischehen" eingingen, sich ihre Christinnen aus Familien wählten, die stark mit jüdischem Blute durchsetzt waren. Wir Europäer achten auf dergleichen nicht; der Jude verliert niemals — von der Wiege bis zum Grabe — das Interesse seiner Rasse aus den Augen.

Sie sehen also, daß der großmütige Gedanke, sich Ihre jüdische Kolonie durch die Verschmelzung der Rassen zu assimilieren, verderblich und illusorisch sein würde. Sie Rumänen, Sie könnten die letzten Schranken niederreißen, die Juden dagegen werden sie niemals niederreißen, — das beweist jedes Blatt ihrer Geschichte. Die Folge eines derartigen politischen Donquichotismus könnte nur diese sein: innerhalb weniger Generationen würde es in Rumänien eine einzige, zahlreiche, fast reine Rasse geben, die der Juden; die ganze übrige Bevölkerung wäre (wenigstens in den sog. besseren, kultivierteren und politisch führenden Klassen) ein Chaos von mehr oder weniger verjudeten Mischlingen. Ein rumänisches Volk würde es überhaupt nicht geben, sondern in einem neuen Palästina würde eine sehr zahlreiche Minderheit reinrassiger Juden mit eiserner Faust die neuen Kanaaniter bedrücken und sie bis aufs Blut schinden. Und hier und dort wandelte vielleicht ein edler jüdischer Seher klagend herum: ob denn nicht Gott „dem Hochmut der Stolzen ein Ende machen und die Hoffart der Gewaltigen demütigen werde, daß ein Mann teurer sein soll denn feines Gold, und ein Mensch mehr wert denn Goldstücke"; doch ich fürchte, seine Brüder würden ebensowenig auf ihn hören, wie sie seinerzeit auf Jesaia gehört haben.

Soll ich aus allem Gesagten noch die Folgerungen ziehen? Nein, nicht wahr? Es ist nicht nötig. Nieder mit allen Judenverfolgungen! Nieder mit allem absurden, mittelalterlichen Aberglauben! Nieder mit aller sozialen Geringschätzung und persönlichem Haß! Gewähren Sie den Juden denselben unverletzlichen Schutz, wie Sie ihn allen Fremden gewähren; räumen Sie ihnen außerdem, als alten Insassen des Landes, weitergehende Vorrechte ein; lassen Sie sie (da Sie es nicht mehr verhindern können) zu dem gewerblichen und industriellen Wettbewerb zu — doch schauen Sie ihnen dabei genau auf die Finger! Aber räumen Sie ihnen kein politisches Recht und kein Recht auf Grundbesitz ein. Es tun, hieße für Rumänien den Selbstmord begehen. Und sorgen Sie dafür, daß die Juden nicht die Herren der öffentlichen Meinung durch die Zeitungen, und nicht die Herren der Köpfe und der Herzen durch die Beherrschung des Büchermarktes und der Schule werden. Der frühere Berliner Vertreter

der „Times" — ein Jude — veröffentlichte vor einigen Jahren ein Buch über Deutschland, in dem er triumphierend meldet: „Es gibt keine deutsche Literatur mehr, sondern nur noch eine jüdische Literatur in deutscher Sprache." Sorgen Sie bei Zeiten dafür, daß niemals von Rumänien dasselbe gesagt werden könne. Schutzgesetze wären hier zu wünschen, doch noch wichtiger ist die aktive Abwehr des jüdischen Einflusses durch die bewußte Erkenntnis seiner Gemeingefährlichkeit. Nicht etwa, als ob ich die Motive des Juden verdächtigen wollte, ich tue es auf geistigem ebensowenig wie auf gewerblichem Gebiete; der Jude hat das Recht, so zu sein, wie er ist; die Zähigkeit, mit welcher er an seiner Eigenart festhält, ist bewundernswert und nachahmungswürdig; doch für unseren Geist und für unser Gemüt ist sein geistiger Einfluß ein zerfressendes Gift.

Und noch eines: Wenn der Jude sich in Rumänien unglücklich fühlt, wie man in jüngster Zeit erzählen hörte, dann seien Sie freigebig und greifen Sie tief in die Taschen hinein, um ihm das Auswandern zu erleichtern. Als die Juden Babylon nicht verlassen wollten, brachte Cyrus bedeutende Opfer an Geld und Schätzen, um sie zur Heimkehr zu bewegen, und als es ihnen in Jerusalem doch nicht gefallen wollte, sandte ihnen Darius noch eine Summe, die 5 Mill. Mk. heutiger Währung ausmacht; auch dessen Nachfolger, Artaxerxes Longimanus, scheute keine Mühe und keine Ausgabe, um die Verhältnisse in Jerusalem zu festigen und sein Land vor einer Rückkehr der Juden zu schützen — waren ja ohnehin mehr als genug zurückgeblieben! Das waren weise Monarchen! Den Juden sollten Sie für das Verlassen Rumäniens eine Prämie zahlen; wie schwer diese Maßregel Ihre Finanzen auch belasten möchte, sie würde tausendfachen Gewinn bringen.

Und jetzt, wo ich am Ende bin, und schon längst die Grenzen eines Briefes überschritten habe, jetzt merke ich, daß ich über zwei Grundfragen, über welche heillose Verwirrung in den Köpfen unserer Zeitgenossen herrscht, gar nichts gesagt habe. Es wird nämlich vielfach behauptet, es gäbe gar keine jüdische Rasse, kein „echtes jüdisches Volk", das Judentum sei bloß eine „Religion", genau so wie die christliche oder die mohamedanische. Wäre das wahr, so würde zweierlei daraus folgen: 1. daß keine Juden existieren, sondern nur eine gewisse Anzahl Menschen „mosaischer Konfession"; 2. daß jegliche Abwehr des Judentums eine Äußerung religiöser Unduldsamkeit wäre. Ich habe heute nicht die Zeit, und Ihre verehrten Leser haben nicht die Geduld, diese Fragen noch zur gründlichen Untersuchung heranzuziehen. Darum sei nur das eine gesagt: „Fragen" gibt es hier nicht, sondern es haben lediglich Schwärmer, Schwätzer und Irreführer zusammengewirkt, um Konfusion in den Köpfen des nach Belehrung verlangenden Publikums hervorzurufen. In Wahrheit ist von keiner Rasse der Welt so sicher wie von der jüdischen, daß sie existiere, und daß die wenigen Proselyten aus anderen Rassen, die sie von Zeit zu Zeit (trotz des biblischen und talmudischen strengen Verbotes) machte, sofort von der einheitlichen Masse aufgesogen und assimiliert worden seien. Schlagen Sie nur die Tabellen von Professor Virchows großer Untersuchung aller Schulkinder des Deutschen Reiches auf (Virchow wird niemand des Antisemitismus anklagen!); sie beweisen „daß die jüdische Rasse die reinste ist und in ihr die geringste Zahl der Mischformen angetroffen wird" (vgl. das Referat in Joh. Rankes „Der Mensch" 2. Aufl. II, 293). Prof. von Luschan (ein ebenso begeisterter Schwärmer für die Juden wie Virchow) kommt in seinem Werke über die anthropologische Stellung der Juden, an der Hand eines riesigen Beweisstoffes, zu genau demselben Schlusse. Also, daß es eine jüdische „Rasse" gibt, dessen müssen sich selbst die Humanitätsduseler nolens

volens überzeugen lassen! Dagegen ist es ebenso sicher, daß es gar keine jüdische „Religion" — nach unserer Auffassung der Bedeutung dieses Wortes — gibt, noch je gegeben hat. Moses Mendelssohn, der berühmte, edle Jude des vorigen Jahrhunderts, dessen Autorität kein Mensch anzweifeln kann, sagt ausdrücklich: „Das Judentum ist nicht geoffenbarte Religion, sondern geoffenbarte Gesetzgebung" (Rettung der Juden 1782). Körperlich beruht das Judentum auf der sorglichen Bewahrung einer ungemischt reinen Rasse; geistig fußt es in einer uralten geschichtlichen (nicht religiösen), empirischen (nicht mythologischen oder transzendenten) Überlieferung; sittlich besteht es aus dem Glauben an eine Auserwähltheit und an einen rechtmäßigen Anspruch auf ungeteilte Weltherrschaft. Von „Religion" in unserem christlichen Sinne ist in diesem ganzen System nicht die Rede; dagegen kann man wohl zugeben, daß eine derartige Auffassung des Begriffes Nation und Rasse eine Art Ersatz bilde für das, was andere Menschen unter der Gestalt von Religion besitzen. Insofern also es eine jüdische Nation gibt, kann man auch von einer jüdischen Religion reden, wogegen eine jüdische Religion ohne eine jüdische Nation, ohne ein (wenn auch unter anderen Völkern zerstreutes, dennoch einheitliches, seiner Einheit bewußtes) Volk, ein durchaus ungereimter sinnwidriger Gedanke ist. Darum war Professor Dr. Mandelstam völlig berechtigt, auf dem jüdischen Kongreß in Basel, am 28. August 1898, auszurufen: „Wir Juden weisen das Aufgehen in die übrigen Nationalitäten mit aller Energie zurück und halten unsere historischen Hoffnungen fest!" (Nach dem Bericht in der judenfreundlichen Pariser Zeitung „Le Temps" vom 2. September 1898.) Diese historische Hoffnung, von der Professor Mandelstam spricht, ist die auf Weltherrschaft. Die Juden haben recht, sie zu erstreben; wir aber alle, die wir an Weltherrschaft nie gedacht haben und die wir zufrieden sind, im eigenen Hause die Herren zu sein und zu bleiben, wir haben das Recht und die Pflicht, gegen einen so gefährlichen Gast — ohne Unfreundlichkeit — energische Schutzmaßregeln zu ergreifen."

Deutsche Schicksalsstunde.

Nun schlägt der Haß wie Wetter
In alles deutsche Land.
Vernichter oder Retter,
Erschein' im Weltenbrand!

Wir sind der Haß der Erde,
Ob Mann, ob Weib, ob Kind.
Doch was auch daraus werde,
Wir bleiben, was wir sind!

Die Welt will keine Liebe
Von uns. Wir wissen das
Und kühl'n im Kampfgetriebe
Die Stirn' am fremden Haß.

Der Stolz nur kann uns taugen
Zum Labetrunk der Kraft.
Narr, wer auf fremde Augen
Und fremde Mäuler gafft!

Will euch nach Liebe dürsten,
So liebt, was deutsch und echt!
Wir woll'n mit Liebe fürsten
Den ärmsten deutschen Knecht.

Wir steh'n vor Gott im Bunde
Und teilen Recht und Schuld
Und werfen vor die Hunde
Des Fremden Haß und Huld.

So laßt uns schwör'n und singen
In Nacht und Sturm hinein,
Deutsch bis zum Todesringen
Und nichts als deutsch zu sein!

Walter Flex.[1])

[1]) Aus des bei Ösel gefallenen Dichters Sammlung „In Feld und Tag", München, Beck. Preis 2,50 M.

Die Verfassungskrise in Österreich.

Von Professor Dr. Paul Samassa, Wien.

Als die Mordtat von Sarajewo den Weltkrieg auslöste, befand sich die Donaumonarchie in einer schleichenden Verfassungskrise. Man kann sie kurz dahin kennzeichnen, daß die Verfassung der Monarchie ihre Großmachtstellung nicht sicherte. Ihre Grundlage, der österreichisch-ungarische Ausgleich vom Jahre 1867, war ein oberflächliches und flüchtiges Werk des drängenden Augenblicks. Man hätte sich damals allerdings Zeit lassen können; aber der Kaiser drängte auf eine rasche Bereinigung des Verhältnisses zu Ungarn, das seit dem Jahre 1848 aus einem Gegensatz in den andern verfiel. Ungarn sollte versöhnt, die Krönung möglichst rasch vollzogen und damit der wiederhergestellte Einklang zwischen der Krone und der „ungarischen Nation" besiegelt werden. So wurde denn eine Denkschrift in Paragraphen geteilt und zum Gesetz erhoben, was an jeder Zeile dieses einzigartigen Gesetzes kenntlich ist. Darin lag aber nicht nur der Keim fortwährenden Zwistes zwischen den beiden „Reichshälften", die heute als zwei Staaten anerkannt sind, sondern auch einer Entwicklung, die zu wachsender Selbständigkeit der Teile führte, wobei der Drang nach voller Unabhängigkeit in Ungarn den Weg wies, dem die Krone immer schwächeren Widerstand entgegensetzte. Österreich aber war durch seinen Nationalitätenstreit gelähmt; während Ungarn als Einheitsstaat unter der Herrschaft des madjarischen Volkes erstarkte, kämpfte in Österreich die zentralistische Richtung, deren Grundlagen in der thereſianischen Zeit gelegt worden waren, mit der föderalistischen, die sich auf die geschichtliche Entwicklung des Zusammenwachsens des Staates aus den einzelnen Ländern, um die erst die pragmatische Sanktion ein loses Band dynastischer Gemeinsamkeit geschlungen hatte, stützte. Die geltende österreichische Verfassung ruht zwar im wesentlichen auf dem zentralistischen Gedanken; eine grundsätzliche Bereinigung des Verhältnisses zwischen den Ländern und dem Staate, der sich nicht einmal einen Namen gegeben hatte, war aber nicht erfolgt, und so hatte die föderalistische Richtung an der Autonomie der Länder einen guten Rückhalt. Bis zum Sturze des Ministeriums Adolf Auersperg hatte die zentralistische Richtung wohl das Übergewicht und auch eine gewisse Stütze bei der Krone; sie war aber nicht stark genug, um eine grundsätzliche Festlegung durchzusetzen, wobei unerörtert bleiben mag, ob die Schuld nur an der Unzulänglichkeit der führenden Staatsmänner lag oder daran, daß der Kaiser im Grunde seines Herzens doch dem Föderalismus wohlwollend gegenüberstand und, was seiner Natur besonders entsprach, durch eine Ausnützung der Gegensätze der Krone die ausschlaggebende Stellung zu sichern suchte.

Bei Ausbruch des Krieges war nicht nur bei den Deutschbewußten, die aus naheliegenden Gründen in ihrer überwiegenden Mehrheit stets zentralistisch gesinnt waren, sondern auch in manchen national farblosen, sich lediglich als Österreicher fühlenden Hof- und Beamtenkreisen, und insbesondere bei den höheren Offizieren die Anschauung vorherrschend, daß der Krieg eine Lösung der Verfassungsfragen im zentralistischen Sinne herbeiführen würde, wobei man ja keineswegs an allzu radikale Lösungen, insbesondere bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn dachte. Den Dualismus wollte man nicht antasten; man glaubte aber immerhin, die Gemeinsamkeit des Heeres nun gegenüber allen ungarischen Selbständigkeitsbestrebungen dauernd gesichert, erhoffte auch als Ergebnis des Krieges eine festere Verankerung der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit nicht so sehr als Folge eines von österreichischer Seite gegen Ungarn

geübten Druckes, sondern durch die natürliche Logik der Erfahrungen des Krieges, die auf die Einsicht der ungarischen Staatsmänner in diesem Sinne wirken würden. In Österreich aber sollte die gesetzliche Sicherstellung aller der Notwendigkeiten eines fester zusammengefaßten staatlichen Lebens einen Schutz gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen bieten, die von der Intellegenz einzelner Völker gefördert, die Kriegführung erschwert und ihre ganze Gefahr für den Fortbestand des Staates enthüllt hatten. Daß Graf Stürgkh den günstigen Moment für eine derartige Neuordnung versäumte, wo er die volle Unterstützung der leitenden Heereskreise zur Verfügung hatte und auch die Abneigung des alten Kaisers gegen weitgehende politische Veränderungen unschwer zu überwinden war, wird sich wohl einst der rückblickenden Betrachtung als das schwerste Verhängnis erweisen, das die Monarchie treffen konnte; ob er rein nur aus Bequemlichkeit handelte, ob er im Ernste überhaupt an die Neuordnung dachte, von der er den drängenden deutschen Abgeordneten immer wieder versicherte, wie sehr sie ihm am Herzen liege, mag hier unerörtert bleiben.

Beachtenswert ist, daß der Glaube an eine derartige Neuordnung auch zu Zeiten unerschüttert war, wo wir mit der letzten Kraftanstrengung in den Karpathen kämpften und die militärische Lage mehr als einmal sehr kritisch war. Auch die Tschechen hatten sich damals mit dem, was ihnen unvermeidlich schien, schon einigermaßen abgefunden, und von den Südslaven war überhaupt nicht die Rede. Bezeichnend ist, daß damals die tschechischen Abgeordneten, die die Oktroyierung der von den Deutschen geforderten Kreiseinteilung für Böhmen für unmittelbar bevorstehend hielten, dem Ministerpräsidenten die Türe einrannten, um die Bestimmung des Sitzes der Kreishauptmannschaften in den tschechischen Kreisen je nach ihren persönlichen Wünschen bzw. denen ihrer Wählerschaft zu beeinflussen. Kurzum, die Tschechen waren damals, wie man zu sagen pflegt, „ganz klein". Beachtenswert war auch die weitgehende Übereinstimmung, die über die Art der notwendigen Reformen in allen dem Staate wohlgesinnten Kreisen herrschte. Die Mittelpartei des Herrenhauses, die wie ihr Name schon besagt, jedem politischen Radikalismus meilenfern steht, arbeitete in jener Zeit ein neues Programm aus, das eigentlich nur in etwas vorsichtigeren Wendungen umschrieb, was ein rein deutschnationaler Kreis im sog. „Osterprogramm" gefordert hatte. Über die Notwendigkeit der deutschen Staatssprache, die die Behutsameren „Vermittlungssprache" genannt wissen wollten, der Kreiseinteilung in Böhmen, der Sonderstellung Galiziens, der festeren und dauerhafteren Verbindung mit Ungarn und der Ausgestaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung bestand kaum eine Meinungsverschiedenheit; die Form, wie dies alles am besten erreicht werde, bot naturgemäß einen gewissen Spielraum für Meinungsverschiedenheiten.

Es war begreiflich, daß man gerade vom Thronwechsel erwartete, er würde die Dinge nun in rascheren Fluß bringen. Man setzte beim jungen Monarchen, der im Spätherbst 1916 den Thron bestieg, begreiflicherweise einen gewissen Taten- und Veränderungsdrang voraus; so sollte unter ihm geerntet werden, was von sachkundiger Seite gerade in der letzten Zeit mit viel Eifer — wenn auch vielleicht nicht immer mit der nötigen Sorgfalt — vorbereitet worden war. Es ist wie ein Verhängnis, daß gerade das Gegenteil dessen eintrat, was man erwartet hatte, und daß dies nur zum kleinen Teil mit persönlichen Eigenschaften oder sachlichen Überzeugungen des jungen Monarchen zusammenhing, zum erheblich größeren mit einer scheinbar zufälligen Verkettung widriger Umstände. Es kann nicht die Rede davon sein, daß etwa Kaiser Karl mit einem bestimmten Programm die Regierung angetreten hätte,

das den oben dargelegten Reformplänen zuwiderlief, oder daß er sich von vornherein von einer Umgebung beraten ließ, die planmäßig darauf ausging, sie zum Scheitern zu bringen. Zunächst schien es, daß der Kaiser die Absicht habe, an politische Richtungen anzuknüpfen, die mit mehr oder weniger Berechtigung seinem ermordeten Oheim zugeschrieben wurden. Die Grafen Clam-Martinic und Czernin gehörten dessen Freundeskreise an. Wenn Kaiser Karl sich alsbald des ihm zu herrischen Grafen Tisza entledigte, so folgte er in seiner Antipathie gegen diese starke Verkörperung des Herrschaftswillens des magyarischen Adels sicherlich auch den Spuren seines Oheims. Koerber, den er als österreichischen Ministerpräsidenten bei seiner Thronbesteigung vorfand, bereitete Reformen vor, die er zwar erst dem Parlamente vorlegen wollte, sollte aber dieses, wie bestimmt zu erwarten war, versagen, so war er zu einem Oktroi fest entschlossen. Sein Nachfolger, Clam-Martinic, hatte sich schon bei der Übernahme der Regierung den deutschen Parteien gegenüber zu einem Oktroi verpflichtet. Da kam die russische Revolution, die vor allem durch die so schmerzlos bewirkte Absetzung des Zaren insbesondere auf einflußreiche weibliche Kreise des Hofes den stärksten Eindruck machte. Im Zusammenhange damit verstärkte sich der Wunsch, dem Kriege möglichst bald ein Ende zu machen. Die Bureaukratie hatte im Ernährungswesen versagt, was niemandem wundernehmen wird, der die Schwierigkeiten bedenkt, denen die um so vieles tüchtigere Bureaukratie des Deutschen Reiches unter wesentlich günstigeren Verhältnissen manchmal auch fast ratlos gegenüberstand; Monate harter Entbehrung standen der Bevölkerung bevor. Die Sozialdemokratie forderte, durch die Ereignisse in Rußland ermuntert, drohend die Einberufung des Parlaments. Da erklärte Graf Czernin mit einer Begründung, die der weitere Verlauf der Ereignisse keineswegs als stichhaltig erwies, Oktrois in dieser Zeit für unmöglich, worauf Clam-Martinic, dem es nicht so sehr an gutem Willen wie an einer sachlich gefestigten politischen Überzeugung fehlte, einging. Die sozialdemokratischen Führer gingen am Ballhausplatz ein und aus, sollten sie doch von den Stockholmer Konferenzen den Frieden bringen. Dazu kam dann der verhängnisvolle Einfluß der Bethmannschen Regierungskunst, die selbst zielbewußter Festigkeit und Zuversicht entbehrte und natürlich auch nicht im Stande war, diese Eigenschaften dem an sich ja zweifellos schwächeren und friedensbedürftigeren Bundesgenossen einzuflößen. In diese Zeit fällt der Brief an den Prinzen Sixtus von Parma-Bourbon, die Einberufung des Parlaments, die Begnadigung der tschechischen Hochverräter unter dem stetig wachsenden Einfluß pazifistischer Kreise bei Hofe. Am verhängnisvollsten war von allen diesen Ereignissen die Einberufung des Parlaments, weil es mit allen andern in einem gewissen ursächlichen Zusammenhange steht. Die Mißgriffe der Bureaukratie, insbesondere im Ernährungswesen, sowie die Übergriffe einer dem bürgerlichen Leben ganz fremd gegenüberstehenden militärischen Verwaltung im Hinterlande waren gewiß auch für die dem Staate treue Bevölkerung, die den Krieg zu einem siegreichen Ende führen wollte, schwer zu ertragen, wobei freilich unschwer vorauszusehen war, daß das Parlament an allen diesen Übelständen blutwenig ändern würde; es hat sogar geradezu zur Verschärfung der Ernährungsschwierigkeiten beigetragen. Wenn die Regierung die Einberufung aber wagte, so mußte sie die Tagung entsprechend vorbereiten und sich mindestens einer tragfähigen Mehrheit versichern. Das war damals vielleicht durch eine Verständigung mit den Polen möglich. Aber schon die Regierung Clam-Martinic setzte sich zu der Partie etwa so wie an den Spieltisch und überließ dem lieben Gott, wie wohl die Karten fallen würden. Und alsbald enthüllte sich, daß sich in diesem Abgeordnetenhause nicht nur eine

geschlossene Mehrheit gegen die deutschen Parteien, sondern auch gegen das deutsche Bündnis und für einen Frieden von Gnaden der Entente fand. Mit der Übernahme der Regierung durch Herrn von Seidler wurde das Staatsschiff überhaupt steuerlos.

In dieser Lage sind wir noch heute. Verfassungsreformen werden in Aussicht gestellt, die sich gerade in entgegengesetzter Richtung bewegen, wie sie noch vor kurzem von den besten österreichischen Patrioten für allein möglich gehalten wurden. Irgend etwas Entscheidendes ist zwar nicht geschehen, und es scheint auch äußerst unwahrscheinlich, daß während des Krieges eine Entscheidung fallen wird, die ja nur unter Ausschaltung des Parlaments möglich wäre. Zu allerletzt ist dem jetzigen Ministerium des Herrn von Seidler die Entschlußkraft zu einer Tat, in welcher Richtung immer, zuzutrauen. Aber was sich bis jetzt schon gezeigt hat, das sind die Kräfte und die Personen, die am Werke sind, die Zukunft der Monarchie zu gestalten, und unter diesem Gesichtspunkt läßt sich schon manches über die Wahrscheinlichkeit künftiger Entwicklung sagen. Einige Hinweise, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder systematischen Aufbau machen, sollen im Nachstehenden gegeben werden.

Zunächst das Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie. Zuerst schien es so, als würde der Krieg das Gefühl der Zusammengehörigkeit verstärken, man würde auch in Ungarn, das ja dem serbischen, russischen und rumänischen Einfall ausgesetzt war, die Notwendigkeit gemeinsamer Verteidigungseinrichtungen besser einsehen und an der Einheit des Heeres in Hinkunft nicht rütteln, diese sogar, soweit sie gerade auf ungarisches Betreiben gelockert worden war, wieder befestigen. Eine Reihe von Umständen hat aber gerade in entgegengesetztem Sinne gewirkt. Zunächst manche Mißerfolge der militärischen Führung, die dann notgedrungen immer mehr in die Hände des deutschen Oberkommandos überging. Und da dieses tatsächlich auch die Leitung der bulgarischen und türkischen Streitkräfte in Händen hat, so lag der Schluß nahe, daß es dann auch nicht darauf angekommen wäre, statt einer gemeinsamen Armee eine österreichische und eine ungarische zu besitzen, nachdem ja mindestens in administrativer Beziehung die Teilung durch den Bestand des ungarischen Honvedministeriums schon gegeben war. Konnten die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit dem türkischen und bulgarischen Heere auf sprachlichem Gebiet überwunden werden, so würde wohl auch die madjarische Dienst- und Kommandosprache kein unüberwindliches Hindernis bilden. Dazu kam das Verhalten tschechischer Truppenkörper, das einen gerade für die breite Masse sehr anschaulichen Grund bildet; denn natürlich sind durch tschechischen Verrat auch ungarische Truppen recht häufig zum Handkuß gekommen und haben mit ihrem Blute für das Verhalten der Tschechen büßen müssen. Die Folgerung ist naheliegend, daß man sich in einem künftigen Kriege dieser Gesellschaft lieber entziehen möchte. Tatsächlich steht heute das selbständige ungarische Heer auf dem Programm aller ungarischen Parteien, wenn man etwa von einem Teil der Nationalitätenpartei und den Siebenbürger Sachsen absieht, deren Einfluß aber nicht ins Gewicht fällt. Und wenn Wekerle die Verwirklichung dieses Wunsches schon in allernächster Zeit in Aussicht stellte, so hatte er jedenfalls gewisse, wenn auch nicht klar umschriebene Zusagen des Monarchen in dieser Richtung. Im letzten Augenblick machten sich hier allerdings Widerstände geltend, die offenbar von der Heeresleitung ausgingen. Aber dadurch wurde zunächst nur ein Aufschub bewirkt; daß schließlich die ungarischen Wünsche doch erfüllt werden, sieht man allgemein als ziemlich feststehend an. Selbst die leitenden Kreise des Heeres — denen man übrigens seit Jahrzehnten die Beschäftigung mit politischen Fragen systematisch ausgetrieben hatte — sind

in dem Widerstande gegen diese Entwicklung keineswegs einig; gewisse Vorschläge, die gerade von österreichischer Seite über die Form der künftigen Gestaltung — vollkommen getrennte Heere, aber gemeinsames Oberkommando und gemeinsamer Generalstab — gemacht wurden, erfreuten sich der Förderung durch sehr einflußreiche militärische Stellen. Die Deutschen Österreichs hätten aber allein, ohne die Stütze der Dynastie, weder die Kraft, noch haben sie nach den innerpolitischen Erfahrungen der letzten Zeit die Lust, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. In den deutschnationalen Kreisen ist vielmehr in letzter Zeit die Neigung sehr gewachsen, die Bundesgenossenschaft mit den Madjaren auf der Grundlage der von diesen gewünschten Trennung auf staatlichem Gebiete zu erlangen.

Ähnlich stehen die Dinge aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Zu Beginn des Krieges schien Ungarn an der Gemeinsamkeit mit dem kapital- und industriereicheren Österreich in hohem Maße interessiert. Auch dies hat sich aber im Laufe des Krieges gründlich verschoben. Zu einer gemeinsamen Kriegswirtschaft der beiden Staaten ist es nicht gekommen; als agrarisches Land trug Ungarn die Lasten des Krieges leichter, und von den Kriegsausgaben fiel nach dem Quotenschlüssel nur ein Drittel auf Ungarn, das übrigens durch feindliche Einfälle in weit geringerem Maße gelitten hatte als Österreich. Die günstige Konjunktur als Lebensmittellieferant nützte man in Ungarn rücksichtslos aus, bewahrte sich aber in den Staatsausgaben die nötige Besonnenheit; Österreich ist infolge der verantwortungslosen Ausgabenwirtschaft des Parlaments viel stärker an die Notenbank verschuldet, als seinem Beitragsschlüssel zu den Kriegsausgaben entspricht und infolgedessen der Hauptschuldige an der Papiergeldinflation. Von dem im Kriege neugebildeten — freilich papierenen — Kapital sammelte sich in Ungarn ein größerer Anteil als in Österreich. Es ist natürlich so wenig wie irgendein am Kriege ernstlich beteiligter Staat im Kriege reicher geworden, aber im Verhältnis zu Österreich reicher. Früher stützte die Gemeinsamkeit mit Österreich und die gemeinsame Bank den ungarischen Kredit; heute ist ein erheblicher Teil der ungarischen in Österreich untergebrachten Wertpapiere mit dem entwerteten Gelde von Ungarn zurückgekauft worden und dorthin zurückgeflossen. Hätte Ungarn eine eigene Notenbank, so hätte die ungarische Währung gegenüber der österreichischen vermutlich ein erhebliches Aufgeld.

Ich habe nur zwei Punkte herausgegriffen, die sich noch in mancher Richtung ergänzen ließen. Sie genügen aber, um die Entwicklungsrichtung anzudeuten, die nicht in einer Festigung der Gemeinsamkeit liegt, sondern in fortschreitender größerer Selbständigkeit, wie sie von der ungarischen Politik seit jeher angestrebt wurde. Man hat das Verhältnis der beiden Staaten oft mit einem Stein verglichen, der den Berg herabrollt und der vollends zu Tal gelangt, wenn er nicht wieder auf die Spitze des Berges hinaufgetragen wird; der Krieg hat — entgegen den mindestens in Österreich ursprünglich gehegten Erwartungen — dies nicht bewirkt, und man sieht nicht die Kräfte, die dies nach dem Kriege besorgen könnten. So steuert alles dem alten Ziel aller madjarischen Parteien zu, die dabei freilich verschiedene Wege einschlugen, die aber meist auch durch eine geschickte Rollenverteilung bestimmt waren: der Personalunion und der Ersetzung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Österreich durch ein rein völkerrechtliches. Zu der in Ungarn zweifellos vorhandenen Neigung, sich — allerdings unter vollster Wahrung der staatlichen Souveränität — in ein mitteleuropäisches Bundesverhältnis zu begeben, das den Rahmen des jetzt geltenden Bündnisses mit dem Deutschen Reiche überschreitet und sich auch auf wirtschaftliches, vielleicht auch auf militärisches Gebiet erstreckt, steht dies keineswegs im Widerspruch; vor allem möchte man dabei aber selbständig

mit Deutschland verhandeln und verspricht sich davon manchen, auf Kosten Österreichs erlangten Vorteil.

Die hier angedeutete Entwicklung müßte in mannigfaltiger Beziehung Wirkungen auf die Gestaltung Österreichs haben; Österreich war bisher trotz des wachsenden ungarischen Einflusses nicht nur formell der Kern des österreichisch-ungarischen Großstaates. Als selbständiger Staat ist es seiner geographischen Gestaltung nach ein Monstrum, das von einem Zentrum aus kaum regierbar, jedenfalls aber nicht verteidigungsfähig ist. Es war die halbmondförmige Spange, die das ungarische Füllsel umschloß und festhielt. Nur an Österreich-Ungarn konnte die politische Geographie ihre Künste üben; soll sie jetzt etwa Österreich als ungarisches Vorland und Glacis deuten? Dazu ist das Ungarn beherrschende Madjarentum doch zu schwach und in seiner Kultur zu wenig eigenwertig. Wenn sich schon das politische und kulturelle Kolonialland selbständig macht, dann strebt das Mutterland eher zum Anschluß an den Verband, dem es selbst ursprünglich angehört und aus dem es sich gelöst hat. Das gilt freilich nur für jenes Österreich, das westlich der Linie Oderberg-Fiume liegt und einst zum alten Deutschen Reich gehörte. Mit einer schmalen Landbrücke ist ihm als verhältnismäßig spät erworbener Besitz Galizien und die Bukowina angefügt, als überseeische Kolonie Dalmatien. Dieses gehört geographisch, ethnographisch und wirtschaftlich zu Bosnien, und die Überlassung Dalmatiens ebenso wie des Reichslandes an Ungarn bzw. Kroatien ist publizistisch während des Krieges wiederholt erörtert, aber auch von verantwortlichen Staatsmännern beiderseits der Leitha gestreift worden.

Bezüglich Galiziens und der Bukowina hat das bisherige Ergebnis des Krieges eine ganz neue Lage geschaffen. Außenpolitisch war die Zertrümmerung des Zarenreiches natürlich für die Donaumonarchie ein großer Gewinn; er wird aber fast aufgewogen durch die Schwierigkeiten, die sie innerpolitisch geschaffen hat. Die Entlastung von dem drohenden russischen Druck hat — wie schon Gesagtem ergänzend hinzugefügt werden mag — mit dazu beigetragen, die Klammern zu lockern, die Ungarn mit Österreich verbinden. Noch viel nachhaltiger sind aber die Wirkungen bezüglich des von Polen und Ukrainern bewohnten Gebietes in Galizien und der Bukowina. Wie groß die Last der Rüstungen auch gewesen sein mag, die das zarische Rußland der Monarchie auferlegte, für die Beherrschung des galizisch-bukowinischen Nebenlandes war der Zustand geradezu ideal. Er ermöglichte es Österreich, den Polen weitaus die günstigsten nationalen Lebensbedingungen von allen drei Teilungsmächten zu bieten und selbst den von Polen unterdrückten Ukrainern viel günstigere, als sie in Rußland besaßen. Nun schafft der Krieg einen polnischen und einen ukrainischen Staat und dadurch bei den österreichischen Polen und Ukrainern an Stelle einer Gesinnung, die in der Zugehörigkeit zum österreichischen Staate den relativ günstigsten Zustand für die eigene nationale Existenz sieht, das begreifliche Bestreben, sich mit ihren Nationalstaaten zu vereinigen. Die polnische Irredenta sucht man von Wien aus durch die sog. austropolnische Lösung unschädlich zu machen. In zwei Abschnitten des Krieges fand diese Lösung die Zustimmung der deutschen Regierung und schien der Verwirklichung nahe. Heute scheint diese Geneigtheit in Berlin nicht mehr zu bestehen, was ja vielleicht morgen wieder anders sein kann. Aber wenn selbst diese Lösung verwirklicht wird, so bedeutet sie zwar die Befriedigung des polnischen Wunsches nach möglichst weitgehendem staatlichen Zusammenschluß, vielleicht auch die Befriedigung eines dynastischem Ehrgeizes in der Hofburg, wo man zwischen wirklichem staatlichen Machtzuwachs und dem Glanze einer neu erworbenen Krone nicht so genau zu unterscheiden vermag, aber keine Festigung oder Machterweiterung

des österreichischen Staates. Die geographische Brücke, die diesen polnischen Teilstaat mit Westösterreich verbände, bliebe genau so schmal wie die zum heutigen Galizien, das wirtschaftliche Schwergewicht des polnischen Staates würde nach Westen und Norden und nicht nach Süden neigen, die Anziehungskraft, die Wien für ihn hätte, wäre verschwindend. Der vereinigte Druck der beiden Mittelmächte könnte ihm welche Bindungen immer auferlegen, sein Streben würde immer auf volle Selbständigkeit gerichtet sein, die sich höchstens noch mit der Personalunion unter der Krone Habsburgs abfinden würde.

Noch viel schwieriger hat sich aber das Verhältnis des von Ukrainern bewohnten östlichen Teils Galiziens — rund zwei Drittel des Landes — durch die Ergebnisse des Krieges gestaltet. Daß der ukrainische Staat der erste war, der mit den Mittelmächten Frieden schloß und daß diese — u. zw. Österreich in ganz besonderem Maße — auf die Lebensmittelzufuhren aus der Ukraine angewiesen sind, gab ihm eine besondere Vorzugsstellung. Was den Ukrainern nützlich war, war aber den Polen in hohem Maße schädlich; sie verloren im Brester Frieden nicht nur das Cholmer Land, auf das sie Anspruch machen, sondern es wurde, wie von den galizischen Ukrainern behauptet wird, vom Grafen Czernin auch ein Geheimvertrag geschlossen, der Österreich zur Errichtung einer selbständigen ukrainischen Provinz Ost-Galizien verpflichtet. Die österreichische Regierung war zur Wahl zwischen Polen und Ukrainern gezwungen und entschied sich aus Überlieferung und unter dem Druck parlamentarischer Schwierigkeiten für die Polen; es steht wohl im Zusammenhange damit, daß zur Zeit Österreich-Ungarn als einziger der friedenschließenden Staaten den Brester Vertrag mit der Ukraine noch nicht ratifiziert hat. Das konnte man ja der in den letzten Zügen liegenden Rada-Regierung wohl bieten; wie aber, wenn der letzte Umsturz nun doch zu einer Festigung der Verhältnisse und mit deutscher Hilfe zu einem dauerhaften Aufbau der ukrainischen Staatlichkeit führt? Und die österreichischen Ukrainer, gestützt auf die Sympathien ihrer Stammesgenossen in einem recht volkreichen Nachbarstaat der Monarchie, die Erfüllung ihrer Forderungen heischen? Eine Loslösung Ostgaliziens, das die Polen heute gestützt auf starke Minderheiten und den in ihren Händen befindlichen Großgrundbesitz so gut wie unumschränkt beherrschen, löst bei ihnen eine Kampfansage an den österreichischen Staat in schärfster Form aus; die austro-polnische Lösung verliert für sie jeden Wert. Wie hier eine Lösung gefunden werden wird, ist kaum vorauszusagen; man wäre selbst in Verlegenheit, wenn man sagen wollte, wie sie gefunden werden *kann*, ohne daß der österreichische Staat Hoheitsrechte, wenn nicht gar Landgebiete preisgeben soll. Das eine kann aber — und das mag in dem Rahmen, den sich dieser Aufsatz steckt, genügen —, wohl gesagt werden, daß es innerhalb einer, alle Teile Österreichs gleich behandelnden Verfassung eine Lösung kaum gibt; auch für die nicht, die sich diese nach dem föderalistischen Schema mit Autonomie der Nationalitäten denken. In irgend einer Form wird das galizisch-bukowinische Staatsgebiet eine besondere Stellung erlangen.

Nur teilweise gehen die Bestrebungen um die Errichtung eines tschecho-slovakischen und südslavischen Staates mit der Entwicklung der polnischen Frage gleichen Schritts. Das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph, das im Zusammenhang mit der Proklamation des polnischen Staates Galizien die Sonderstellung versprach, hat allerdings bei Tschechen und Slovenen eine starke Bewegung ausgelöst, da sie sich der Möglichkeit ausgesetzt sahen, mit den Deutschen allein im österreichischen Parlament zurückzubleiben und dort majorisiert zu werden. Die Agitation für die stets vorhandenen Ziele der Errichtung eines tschechischen und südslavischen Staates

empfing indes insbesondere im Frühjahr 1917 die stärksten Anregungen von Seite der Entente bzw. der in den feindlichen Ländern seit Kriegsbeginn wirkenden Ausschüsse österreichischer Slaven. Man hatte damals in den Ententeländern die Hoffnung, Österreich entweder aus dem Bündnis mit Deutschland zu lösen oder es infolge innerer Wirren zusammenbrechen zu sehen, und sparte daher wohl nicht an Ermunterungen an die inneren Feinde des Staates. Diesen eröffnete aber die Einberufung des österreichischen Parlaments ein überaus geeignetes Betätigungsfeld für ihre Einschüchterungspolitik, die sich ja auch in gewissem Maße als ganz wirksam erwies. Das Ministerium Seidler glaubte den Sturm durch Ankündigung einer Verfassungsreform auf der Grundlage der nationalen Autonomie innerhalb der Kronlandgrenzen beschwören zu können; das Rezept stammt aus der sozialdemokratischen Küche, ist freilich durch die Aufrechterhaltung der Länder gemildert. Die Tschechen erheben dagegen natürlich den heftigsten Widerspruch, weil die Durchführung dieses Programms das deutsche Sprachgebiet in den Sudetenländern ihrem Zugriff entzieht. Unter den Slovenen besteht mindestens eine Partei, die sich die Durchführung dieses Programms, das 130000 im Süden lebende Deutsche der slavischen Herrschaft ans Messer liefern würde, als Etappe auf dem Wege zum südslavischen Staate ganz gerne gefallen ließe. Nur müßte es ihnen gewissermaßen aufgezwungen werden, um die vorangetragene Fahne des südslavischen Staates von Villach bis Semlin nicht in Mißkredit zu bringen.

Vom staatlichen Standpunkt ist diese Politik völlig sinnlos. Die nationale Autonomie ist ein am grünen Tisch ersonnener, nirgends praktisch erprobter Versuch. Er könnte vielleicht glücken, wenn die beteiligten Völker sich dadurch wirklich befriedigt fühlen und an der verbleibenden Gemeinsamkeit mit aller Kraft festhalten würden. Da sie das aber zugestandenermaßen nicht wollen, bedeutet es nur, daß der Staat Machtmittel, die er heute noch besitzt, aus der Hand gibt, um sie gegen sich verwenden zu lassen. Und das überdies im Kriege, der die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert!

Für alle Zeit werden aber bei der Beurteilung dieser Pläne folgende Gesichtspunkte besonders beachtet werden müssen: die Errichtung eines tschechischen Staates bedeutet die Entstehung einer dem Deutschen Reiche feindlichen Macht in seiner Südflanke, die eines südslavischen Staates, der das slovenische Sprachgebiet mit einschließt und Deutsch-Österreich vom Mittelmeer abschneidet, einen Brückenkopf und ein Aufmarschgebiet der Entente gegen die Linie Berlin-Konstantinopel. Die staatliche Entwicklung in der Richtung dieser Ziele schließt die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche aus. Die Durchführung der nationalen Autonomie in Böhmen kann allerdings die Deutschen Böhmens — aber doch nur unter Preisgabe recht ansehnlicher Minderheiten — in ihrem nationalen Bestande schützen, den Staat aber nicht der Verpflichtung überheben, auch das politische Leben im tschechischen Teile Böhmens zu überwachen und eine Loslösung aus dem Staatsgefüge zu verhindern. Die Gewähr für die Einhaltung der Neuordnung liegt aber auch für die Deutschen Böhmens nur in einer deutsch orientierten Politik des Staates; sonst sind alle getroffenen Abmachungen nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind. Die Vertreter der Mittelpartei und der Verfassungspartei des österreichischen Herrenhauses haben kürzlich eine Erklärung veröffentlicht, die sich gegen die Ziellosigkeit der Politik des Ministeriums Seidler wendet; in dieser Erklärung ist die Aufgabe, die eine österreichische Regierung heute hat, sehr gut auf eine kurze Formel gebracht: die innere Politik muß mit der äußeren in Einklang gebracht werden. Ob sich in Österreich bald der Staatsmann findet, der diese Aufgabe löst, ist für den Fortbestand des Staates schlechthin entscheidend.

„Unser" A. A.

Von Professor Dr. Erich Jung.

I.

Unser Auswärtiges Amt hat in dem Friedensvertrag, den es namens des Deutschen Reiches mit Rumänien geschlossen hat, den rumänischen Juden wichtige Rechte ausbedungen.

Unsere nachbismarckische Staatskunst hat es bisher immer durchaus abgelehnt, sich um deutsche Volkszugehörige unter fremder Staatshoheit, etwa in Ungarn oder früher in Rußland, irgendwie zu kümmern, weil das eine rein innere Angelegenheit des betreffenden Staates sei. Nun wird von diesem Satz eine grundsätzliche Ausnahme gemacht. Aber nur für die Angehörigen des jüdischen Volkes. Gegenüber deutschen Volksangehörigen bleibt man auf dem alten Standpunkt oder vielmehr man verschärft ihn noch erheblich. Denn als sich jetzt die Deutschen Beßarabiens wegen willkürlicher Behandlung durch die rumänische Regierung an die deutsche Regierung wandten, verwies unsere Regierung diese an die rumänische Regierung, der die Deutschen ihre Bitten anheimstellen sollten. Man glaubt es zunächst nicht. Es ist aber wirklich wahr; denn inzwischen ging die Nachricht durch die Zeitungen (Berlin, vom 16. Mai), daß die Militärverwaltung sich der Deutschen angenommen hat; aber immerhin konnte das jetzt auch nur noch mit Vorstellungen bei der rumänischen Regierung geschehen. Und im Reichstag werden sich natürlich sofort Erzberger und Scheidemann und vielleicht die ganzen Auslandsvertreter über die Militärverwaltung entrüsten.

Man merke: die beßarabischen Deutschen werden auf diesen Weg der bittweisen Vorbringung ihrer Anliegen bei der ehrenwerten rumänischen Regierung verwiesen. Beßarabien gehört bekanntlich noch amtlich zu Rußland; aber Rumänien hat Teile davon besetzen können infolge der deutschen Siege über Rußland. Da dort Deutsche wohnen, kommt Rumänien auf den naheliegenden Gedanken, nun hier, durch seine Besatzungstruppen gegenüber der deutschen Bauernbevölkerung, eine rühmliche und leichter ausführbare Vergeltung an der verfluchten deutschen Rasse zu nehmen. Die Deutschen Beßarabiens, offenbar in ganz altmodischen vorkühlmannischen Vorstellungen von dem Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten befangen, bitten bei Deutschland um Schutz gegen die Maßnahmen der rumänischen Besatzungstruppen. Unser Auswärtiges Amt lehnt jedes Eingreifen seinerseits ab und verweist die Deutschen an die „zuständige" rumänische Regierung; die ja dieses Gebiet, das ihr freilich bisher nicht gehört, zu besetzen im Begriffe ist. Wir unsererseits räumen besetztes Gebiet so bald als möglich und lehnen es nach dem Ausspruch des Herrn von Kühlmann weit ab, militärische Eroberungen zur Grundlage politischer Veränderungen zu machen. Aber zugunsten des leichenräuberischen, bundbrüchigen Rumäniens gilt in den Augen unseres Auswärtigen Amts die Besetzung fremden Gebiets sofort als heiligster Rechtstitel und Tabu, so daß unsere dort wohnenden Volksgenossen sich selbstverständlich nun nur noch an die allein für dort zuständige rumänische Regierung wenden dürfen!! Dabei ist tatsächlich derzeit Beßarabien staatlos; ohne eine bestehende Staatsgewalt.

Entweder man steht auf dem Standpunkt: nur Staatszugehörigkeit, nicht Volkszugehörigkeit ist maßgebend. Dann gingen uns auch die rumänischen Juden nichts an. Oder man stellt sich auf den natürlichen Standpunkt der Volksgemeinschaft; dann durften schließlich doch auch unsere deutschen Volksgenossen und

nicht nur die Volksgenossen unserer jüdischen Mitbürger auf Schutz und Beachtung zählen. Aber nur zugunsten des jüdischen Volks stellt man sich auf diesen Standpunkt; man lehnt ihn jedoch strengstens ab, wo er zugunsten unseres eigenen Volks wirken würde. Man treibt offen und bewußt alljüdische Politik. Aber man vermeidet mit ängstlichster Beflissenheit jede Maßnahme, die am Ende von Herrn Scheidemann oder Erzberger als ein entfernter Anklang an alldeutsche Gedankengänge gedeutet werden könnte.

Alldeutsch sein heißt nämlich nur, eine gewisse Gemeinschaft mit allen deutschen Volksgenossen zu empfinden.

Dabei sind die schutzsuchenden Deutschen ruhige Landbebauer, die nur Schutz gegen Racheakte des besiegten Rumäniens haben wollten, und es sprach keinerlei ernstes rumänisches Anliegen gegen solchen Schutz, während die geänderte Stellung der Juden für Rumänien eine furchtbar ernste Sache ist. Das war bekanntlich schon zu Zeiten des Berliner Kongresses eine Frage, in der sich die Rumänen gegen den mächtigen Einfluß Disraely-Beaconsfields und Waddingtons, der zeitweilig sogar von Bismarck auf Bitten Bleichröders unterstützt wurde, aufs heftigste wehrten und in der sie auch damals, trotz des wortreichen Artikels 44 des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878, eine den Rumänen etwas günstigere Lösung tatsächlich durchsetzten.

Es ist eine sehr einschneidende Sache für Rumänien, diese Gleichstellung der „unterdrückten" Juden. „Wo du nicht herrschst, klagst du über Unterdrückung", sagte der Menschenkenner Tiberius zur Agrippina. (Sueton, Tiberius, cap. 54).

Es wird also wahrscheinlich diese Bestimmung zugunsten der Juden unsere Rechnung bei dem Friedensvertrag von Bukarest stark belastet haben. Man sieht's ihm ja an. Außerdem hat, wie kürzlich eine Zeitung richtig hervorhob, diese von uns Rumänien aufgezwungene „Neuorientierung" die deutschfreundlichen Gruppen in Rumänien — um Carp — geschwächt und die deutschfeindlichen Kreise, um Bratianu und Take Jonescu, gestärkt.

2.

Nach den einleitenden Worten der deutschen Reichsverfassung ist das Reich gegründet „zum Schutz des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volks". Tatsächlich, so „alldeutsch" drückt sich die Verfassung aus; statt korrekt von Mitbürgern christlichen oder mosaischen Bekenntnisses zu reden. Vorläufig steht es aber noch so in der Verfassung. Was befugt das Auswärtige Amt, ihr entgegen zu handeln?

Unser „Auswärtiges" Amt hat sehr viel eifriger die Förderung der jüdischen Volksgenossen betrieben als die Förderung des deutschen Volks. Das ist nicht eine bloße Meinung oder eine mögliche Auffassung, sondern es ergibt sich aus den oben berichteten, unbestrittenen und offenkundigen Tatsachen. Wie kamen Herr v. Kühlmann und seine Leute dazu, den Vorteil des jüdischen Volks so eifrig zu vertreten, daß sie darüber die Förderung der deutschen Anliegen so merklich zurücktreten ließen? Schließlich waren sie ausgebildete Diplomaten und mußten doch die Tragweite ihrer Handlungen erkennen. Sie können doch nicht immer wieder wie im Falle der belgischen Festungsverträge die Einrede der geistigen Notdurft oder der Parzivalhaftigkeit geltend machen.

Herr von Kühlmann erklärt, wie schon erwähnt, ausdrücklich, seine Regierung müsse es durchaus und grundsätzlich ablehnen, politische Verhältnisse zwischen Völkern und Staaten auf der Grundlage kriegerischer Erfolge aufbauen zu wollen.

Da Herr von Kühlmann kein Bolschewik ist, sondern ein unterrichteter Mensch, so weiß er natürlich, daß jedes dauernde Verhältnis unter Menschen und jede Kultur-

arbeit nur durch Gliederung und Befehl, durch Über- und Unterordnung ermöglicht wird. Will man diese nicht, wie es im bisherigen Verlauf der europäischen Geschichte mit Ausnahme kurzlebiger Entartungserscheinungen am letzten Ende bisher noch immer der Fall war, auf die kriegerische Macht abstellen, so muß man sie auf die Geldmacht abstellen. Eine Organisationsform ist diese an sich auch und immer noch besser als das völlige Fehlen von menschlicher Ordnung. Die Weltherrschaft der jüdisch-angelsächsischen Welttrusts wäre sicherlich immer noch besser als das Bolschewiktum.

Mit der grundsätzlichen Ablehnung der kriegerischen Waffengewalt als Grundlage der Staaten bekennt sich Herr von Kühlmann als Anhänger der geldmächtlichen Herrschafts- und Organisationsformen. Denn, wie gesagt, Herr von Kühlmann weiß natürlich als politischer Fachmann, daß es ein Widersinn und eine Verwirrung der Begriffe ist, die staatliche Ordnung auf die Masse, das heißt auf die auseinanderstrebenden Einzelwillen, bauen zu wollen; da doch Befehl, d. h. die Zusammenfassung der vielen Willen zum einheitlichen Wollen, die Voraussetzung aller menschlichen Zusammenarbeit und damit aller Kultur ist.

Aus derselben offenbar festumrissenen Weltanschauung heraus hat unser Auswärtiges Amt es bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien anscheinend für schöner und würdiger gehalten, den Gegner bei den Verträgen über Lieferungen, Konzessionen und künftige Vorrechte, die nur wenigen bevorzugten Handelsgesellschaften zugute kommen, zu schrauben, als ihm eine Kriegsentschädigung, von der das ganze deutsche Volk Nutzen hätte, aufzuerlegen. Aber die Zweckmäßigkeitsfrage, was auf die Dauer mehr Erbitterung beim Gegner erregt und das spätere Verhältnis mehr erschwert, ein einmaliger kräftiger Aderlaß oder eine dauernde Schröpfung, läßt sich beurteilen, und die Antwort kann kaum zweifelhaft sein.

Abgesehen davon kann man also nur einfach „bekennen", und das würde folgendermaßen lauten: Wir sind — im Gegensatz zu Herrn von Kühlmann, der selbstverständlich seinerseits von der ihm durch Abstammung und Erziehung gewiesenen Anschauung lebhaft überzeugt sein wird — der Meinung, daß kriegerische Tüchtigkeit einer Nation höhere und edlere menschliche Eigenschaften bei deren Trägern verlangt als finanzielle Tüchtigkeit; daß die Waffengewalt einer Nation im ganzen — wobei die Zufälligkeiten, etwa der körperlichen Begabung des einzelnen, in der Massenerscheinung verschwinden und wobei daher, für ein Volk im Ganzen, Gesundheit und gute Nerven einfach eigenes Verdienst, nicht ein Geschenk der Geburt sind — eine bessere Gewissensgrundlage hat als die Geldgewalt; als die Herrschaft des „smartesten" Geschäftsmannes. Die kriegerische Übermacht wird schließlich beim tapfersten Volk sein, die überwiegende Geldmacht beim gerissensten Volk. Beweisen läßt sich ja freilich nun nicht mit für andere überzeugenden Verstandesgründen, welche dieser Eigenschaften die moralisch höherstehende ist, so wenig man einem andern beweisen kann, daß etwas häßlich sei, was ihm gefällt. Jedenfalls bedeutet aber die damit bezeichnete Verschiedenheit der Gewissensüberzeugungen — man könnte auch sagen der Religion — einen klaren und unmittelbaren Gegensatz. Da gibt es nicht die beliebte Auskunft der Konfliktscheuen, „den goldenen Mittelweg".

3.

Die ersten von Herrn von Kühlmann geleiteten Friedensverhandlungen in Litauisch-Brest sind bekanntlich völlig ergebnislos verlaufen. Sie endigten mit einem unerhört frechen Auftreten Trotzky-Bronsteins. Und daß hernach der schließliche Ausgang der ganzen Sache für uns noch verhältnismäßig günstig war, ist nur

durch die Generäle und durch eine Reihe von äußeren Umständen erzielt worden; durch die Generäle, die das schließlich doch notwendige Weitervordringen nach Liv- und Estland schon Monate früher verlangt hatten, aber gegen den Widerstand des Auswärtigen Amts damals fallen lassen mußten. Diese Verzögerung hat bekanntlich vielen von den Bolschewiki ermordeten Deutschen dort das Leben gekostet. Und unsere Hilfe kam tatsächlich im allerletzten Augenblick; die nächste Nacht nach unserer Besetzung Revals sollte dort die Bartholomäusnacht mit Ermordung aller Deutschen und Ordnungsfreunde stattfinden. Das ist nicht ein bloßes Gerücht, sondern die Nachricht stammt von dem über diese Verhältnisse bestunterrichteten Mann, von einem dortigen Einwohner in hervorragender Stellung und Mitglied der späteren Abordnung nach Deutschland. Das Auswärtige Amt hatte auf diese Weise, durch sofortige Verhandlung und Verzicht auf Estland und Livland, einen rascheren Abschluß des Friedens zu erreichen gehofft. Diese Annahme des Herrn von Kühlmann erwies sich als völlig falsch. Gut. Das kann natürlich immer vorkommen, daß ein anderer, hier die Generäle, die Lage richtiger beurteilt. Es ist freilich unserem Auswärtigen Amt nun schon gar oft widerfahren. Aber dieser Fall ist in einer Richtung lehrreicher als andere. Hier läßt sich nämlich unmittelbar nachweisen, daß die grundsätzliche Verfahrensart der Herren vom Auswärtigen Amt, die geschäftsmännische statt der staatsmännischen Verfahrensart, wie man etwa sagen kann, an dem Mißerfolg schuld war.

Man las damals amtlich in unseren Zeitungen, daß die von unseren Unterhändlern geforderten handelspolitischen Bestimmungen das größte Hindernis der Einigung gebildet hätten.

In der Prawda Lenins vom 28. November 1917 (ich führe nach der Nummer 34 der Zeitschrift „Die russische Revolution" vom 22. Dezember 1917 an) stand nun folgende, wie mir scheint, höchst aufschlußreiche Bemerkung: „Die Gefahr, die Rußland bedroht, besteht nicht im Verlust der Westgebiete, sondern darin, daß wir höher entwickelten, kapitalistischen Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht unterworfen würden. Das wirtschaftlich zerrüttete und verarmte Rußland verliert Polen, Kurland und Litauen unabhängig von den Ergebnissen des Kriegs."

Diese Auffassung war unzweifelhaft die vom russischen Standpunkt aus richtige. Das immer noch riesige Rußland hat Land mehr, als es bewältigen kann. Aber es wollte sich nicht von Welttrusts ausbeuten lassen. Diese russische Auffassung kam aber zugleich durchaus dem entgegen, was unser wirklicher Vorteil erheischte. Deutschland brauchte Land von Rußland, zur besseren Sicherung im Fall eines Kriegs, zur Verbreiterung unserer landwirtschaftlichen Unterlage, zur Ausstattung von Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten mit Land. Und darin gerade war Rußland zu den weitestgehenden Zugeständnissen bereit. Daß Lenin das noch gar nicht vom Gegner besetzte Est- und Livland nicht ausdrücklich erwähnte, versteht sich von selbst. Übrigens spricht er allgemein von den Westgebieten, und dazu gehören nach russischer Auffassung unzweifelhaft die ganzen Ostseeprovinzen. Also das russische und deutsche Volk hätten sich sehr gut schon damals verständigen können. Denn ihre lebenswichtigen Anliegen lagen so, daß sie, gerade wegen der ungeheuren Verschiedenheit der wirtschaftlichen Stufe und der räumlichen und politischen Bedürfnisse, recht gut vereinigt werden konnten. Wir brauchten Land, und das gaben die Russen gerade bereitwillig her.

Aber es kam anders. Unsere Unterhändler, die Herrn Helfferich von der deutschen

Bank, von Kühlmann, Warburg[1]) dachten nur oder ganz vorwiegend an ihre Handelsverträge. Die handelspolitischen Vorteile in Ehren! Gut, jeder wird durch seinen Beruf einseitig und hält seine Arbeit für die wichtigste. Aber sachlich kann nun wirklich hier kein Zweifel bestehen, daß für das deutsche Volk im ganzen und für den deutschen Staat der Landerwerb wichtiger war. — Noch heute besteht wenigstens auf dem Papier die sinnwidrige Grenzlinie mitten durch die Ostseeprovinzen, die unsere Unterhändler damals gezogen haben.

4.

Also hier hat uns die händlerische Richtung unseres Auswärtigen Amts unzweifelhaft geschadet. Eine weitere Vermutung in dieser Richtung liegt sehr nahe, wenn hier auch nicht in demselben Maße ein strenger Beweis möglich ist.

Das Auswärtige Amt hat seinen Mißerfolg von Litauisch-Brest damit erklärt, daß Trotzky-Bronstein überhaupt nicht die Absicht gehabt habe, zu einem Abschluß zu kommen, sondern seine Absicht sei von vornherein lediglich auf Hinausschiebung und Zeitgewinn gerichtet gewesen, um die Revolution nach Deutschland zu tragen. Das ist für die spätere Zeit der Verhandlungen wohl zutreffend. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß Trotzky von Anfang an mit dieser Absicht hinkam. Ursprünglich wollte er abschließen; er mußte es nach Lage der Umstände damals wollen, um sich noch etwas länger an der Macht und an den Geldquellen zu halten. Hätte er nicht die Absicht gehabt, so brauchte er ja gar nicht nach Brest zu gehen. Das paßte an sich sehr schlecht zu der späterhin in steigendem Maße von Trotzky vorgenommenen Pose des überlegenen Machthabers. Am Ende der Verhandlungen bekannte er sich ja dann ausdrücklich zum Machtfrieden gegenüber diesen seiner Ansicht nach offenbar ganz törichten Redensarten der Gegenseite von Verständigungsfrieden. Wenn er seinen zuletzt eingenommenen Standpunkt von Anfang an gehegt hätte, hätte er sich mit Hinauszögerung des Waffenstillstandes begnügen können und konnte sich die das Bild störende Rolle des Friedensuchenden ersparen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wollte Trotzky also ursprünglich wirklich zum Abschluß kommen. Aber der Viktualienhändler aus Lodz änderte seine Meinung gerade

[1]) Das Haus M. M. Warburg & Co. in Hamburg hat, in Verbindung mit anderen Bankhäusern, wie dem Frankfurter Hause Bethmann, aus dem Herr von Bethmann Hollweg stammt, im Jahre 1908 die sogenannte Kaffeevalorisation zur Vorbereitung beziehentlich Schaffung eines Welttrusts in Kaffee mit herbeigeführt. Die Erhöhung des Kaffeezolls durch die Finanzreform von 1909, gegen die dieselben Kreise lebhaftesten Widerspruch erhoben, betrug höchstens ein Drittel der Preiserhöhung, die jene Valorisation, d. h. Aufkaufung der ganzen Ernte zum Zwecke der Zurückhaltung vom Markt, den Kaffeeverbrauchern der ganzen Welt auferlegt hatte. Der § 270 des alten preußischen Strafgesetzbuchs und der Art. 412 des Code pénal bedrohten den mit öffentlicher Strafe, der durch besondere Maßnahmen und Machenschaften die organische Preisbildung bei Versteigerungen zu beschränken oder zu beseitigen suchte. Wie unsäglich bescheiden nimmt sich eine solche Maßnahme gegen die Kaffeevalorisation aus. Es versteht sich von selbst, daß ein jeder das Ergebnis seiner Erziehung und Abstammung ist; auch bezüglich seiner staatsmännischen Überzeugungen und Verfahrensarten. Der blutleere Begriff des Citoyen, als ob es lediglich auf die papierene Staatszugehörigkeit ankomme, ist ja lediglich eine zurechtgedachte bürokratische Vorstellung.

Herr von Kühlmann stammt von einem Manne, der der erste Mitarbeiter des Baron Hirsch-Gereuth war, des Erbauers der ottomanischen Bahnen. Dieser — der übrigens die Bahnen damals seinem Vertrag zuwider von der See her, statt von Österreich aus baute, um in den neuerschlossenen Ländern der englischen Einfuhr einen Vorsprung vor der mittelmächtlichen zu verschaffen — war ein Finanzmann allergrößter, aber höchst zweifelhafter Form. Es frägt sich allerdings, ob seine Handlungsweise — abgesehen von der größeren oder geringeren Ehrenhaftigkeit des Verfahrens des Türkenhirschs gegenüber der Türkei — so unmittelbar übertragbar ist auf das staatlich-politische Gebiet.

durch die Art, wie ihm unsere Unterhändler gegenübertraten. Eine ukrainische Zeitung schrieb damals, Deutschland müsse doch viel schwächer sein, als man angenommen habe; sonst ließe es sich doch nicht in dieser Weise von Herrn Bronstein behandeln. Es ist sehr wahrscheinlich, daß noch in der jetzigen Widerspenstigkeit der Ukraine die verkehrten Behandlungsweisen unserer geschäftsmännischen Unterhändler von Brest nachwirken. Vor allem aber wirkten sie auf Herrn Bronstein selbst. Als er diesen Leuten sich gegenübersah, die ungefähr so aussahen wie seine Verwandtschaft in Lodz, die vor allem Handelsvorteile erstrebten und diese ungefähr in der Art eines Weinreisenden zu erreichen suchten, der einen vermöglichen Kunden gewinnen will — man erinnere sich im Gegensatz dazu nur an die umgekehrte Sprache, mit der Herr Trotzky-Bronstein die von unserer Seite (wirklich von unserer Seite) vorgeschlagenen Worte vom künftigen Frieden und Freundschaft als törichte Phrasen ablehnte, — also, als Herr Trotzky-Bronstein alles dies bemerkte, machte er sich ein anderes Bild von Deutschland. Er wußte ja, welches Volkstum schon in der russischen Revolution nach dem japanischen Kriege eine so führende Rolle gespielt hatte und wer nun bei der jetzigen Revolution überall in Rußland an die leitenden Stellen gekommen war; sein jüdisches Volk[1])!

Er konnte und mußte sich aus den Persönlichkeiten der deutschen Unterhändler in Brest ein ganz falsches Bild von Deutschland machen; ebenso, nebenbei bemerkt, wie der amerikanische Oberst House bei seinem Aufenthalt in Berlin vor dem Kriege ein falsches Bild von Deutschland gewonnen haben muß; es wurden ihm damals als führende Männer Deutschlands nämlich fast nur Männer der Hochfinanz vorgeführt. Jedenfalls imponierten, wie der Erfolg gezeigt hat, dem Herrn Bronstein die deutschen Unterhändler nicht im mindesten — wie ja meist das völlig Bekannte und Durchschaute nicht besonders Eindruck zu machen pflegt.

Ob man nicht schon allein aus diesem Grunde zweckmäßiger blonde Hünen vom Bismarck- oder Hindenburgschlage — noch ist er nicht ausgestorben, so furchtbare Blutopfer er jetzt bringt — aussuchen sollte zur Durchführung derartiger Aufgaben?

Sie beeindrucken ohne Zweifel zunächst einmal mehr, und es verhandelt sich allemal günstiger von oben nach unten, wie auch Bismarck in dem ganz ausnahmweisen Fall, in dem dieser Umstand ihm einmal nicht zur Seite stand, unangenehm empfand; nämlich als er seinen neuen Förster zu einer Zurechtweisung befohlen hatte und dieser sich plötzlich als ein Baumkerl von über zwei Metern vorstellte. In Versailles aber und sonst fast immer war aber dieser Vorteil auf unserer Seite. Solche Umstände sind wohl nicht ganz unwichtig; die weiße Schminke, die Jules Favre damals aufgelegt hatte, um tragischer zu wirken, bedeutete einen solchen Versuch, seine persönliche Wirkung gegenüber dem Gegner zu erhöhen; freilich war dieses Mittel wohl kaum von sehr wirksamer Art.

[1]) Vgl. den kürzlich gehaltenen Vortrag Andreas von Tuhrs, eines genauen Kenners russischer Verhältnisse, über die Rolle des jüdischen Volks bei der jetzigen russischen Revolution!

Die Notlage der Schweiz und Deutschlands Hilfe.

Von Pfarrer Adolph Bolliger, Zürich.

Daß ich am 24. Juni 1917 richtig gesehen und richtig geredet habe[1]), geht aus den inzwischen erfolgten Enthüllungen hervor. Die wertvollste Enthüllung hat uns die neue russische Regierung bereitet, als sie vor einigen Wochen ein Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Bern vom Juni 1917 an die damalige russische Regierung veröffentlichte. Dasselbe lautet:

„Heute erklärte der Vertreter Großbritanniens Herrn Hoffmann, daß seine Vermittlungstätigkeit bei Übermittelung der Friedensvorschläge Deutschlands an Rußland einen starken und höchst ungünstigen Eindruck in England hervorrufe. Nach dem Ausspruch des Gesandten muß man einen Ausbruch von Entrüstung in der englischen Presse erwarten, welche die Schweizer Regierung beschuldigen wird, die Neutralität nicht gewissenhaft zu beobachten. Heute sprach ich in der Unterredung mit dem französischen Gesandten die Meinung aus, daß für die Verbandsmächte jetzt der Augenblick gekommen sei, sich von Herrn Hoffmann zu befreien. Dieser ist ein „spitzfindiger Jesuit", wie ihn der französische Gesandte nennt, ein äußerst intelligenter und für den Verband schädlicher Mensch. Seine Deutschfreundlichkeit ist für niemand ein Geheimnis. Hoffmann führte die Schweizer Politik bisher persönlich und ließ eine Einmischung des Bundesrates nicht zu. Es wäre äußerst wünschenswert, daß er durch eine uns mehr zusagende Persönlichkeit ersetzt würde. An mich gelangten mehrfach aus diplomatischer Quelle Mitteilungen, daß Hoffmann offen die Meinung ausspricht, Rußland befinde sich am Rande des Verderbens. Mit seinem Abgang wird hier eine der Hauptquellen für ungünstige Gerüchte über Rußland beseitigt werden. Hoffmann versuchte den englischen Gesandten zu überzeugen, daß er sich in die Tätigkeit Grimms nur deshalb gemischt habe, weil letzterer selbst ihn gebeten habe, ihm die deutschen Friedensbedingungen zu senden. Er behauptet auch, daß er auf eigne Gefahr gehandelt habe, und daß dem Bundesrat bis heute morgen nichts von seiner Vermittlertätigkeit bekannt gewesen sei. Ich nehme an, daß diese letzte Erklärung mit der Wahrheit übereinstimmt. Hoffmann sagte dem englischen Gesandten noch, daß ein Hauptgrund für seinen Auftrag an Grimm seine tiefe Besorgnis um das Schicksal der Schweiz gewesen sei, die im Falle der Fortdauer des Krieges im Winter durch eine Versorgungskrise leiden würde. Die Ausflüchte Hoffmanns überzeugten den britischen Gesandten nicht davon, daß Hoffmann nur eine einfache Unvorsichtigkeit beging. Meinerseits zweifle ich nicht, daß das Programm Hoffmanns ein reiflich vorbedachtes Manöver war. Ich nehme sogar durchaus an, daß Hoffmann sich hierüber mit Grimm vor dessen Reise nach Rußland besprochen hat. Mir erscheint es höchst wünschenswert, auf den Abgang Hoffmanns von seinem Posten durch einen geräuschvollen Feldzug gegen ihn in der russischen Presse hinzuwirken. Ich halte es für meine Pflicht zu berichten, daß in Anbetracht der krankhaften Eigenliebe der Schweiz ein Druck auf ihre Regierung mit der Absicht der Entfernung einer für die Interessen des Verbandes schädlichen Persönlichkeit aus der Regierung in gewöhnlichen Zeiten wenig

[1]) Vgl. die Schrift: Adolf Bolliger „Deutschland am Scheidewege", J. F. Lehmanns Verlag, München.

Aussicht auf Erfolg haben würde; aber jetzt ist Hoffmann ertappt, und es wäre sehr wünschenswert, den günstigen Augenblick nicht zu versäumen." Unterschrift: Onu.

An dieser Darlegung des russischen Geschäftsträgers scheinen mir vor allem folgende Punkte beachtenswert:

1. Es wird Herrn Hoffmann in einem Atemzug das Doppelzeugnis ausgestellt, daß er ein äußerst intelligenter Mensch und daß er deutschfreundlich sei. Das ist doch aus der Feder eines russischen Diplomaten recht niedlich: Ein äußerst intelligenter Schweizer war als solcher deutschfreundlich und hatte nicht auf das falsche Pferd gewettet (resp. gesetzt). Seine große Intelligenz wird durch Herrn „Onu" auch mit zwei bemerkenswerten Tatsachen belegt: Bundesrat Hoffmann sah und sprach es offen aus, daß sich Rußland am Rande des Verderbens befinde. Der eherne Gang der Weltgeschichte hat ihm bald nach dem Juni 1917 völlig recht gegeben. Hoffmann sah eine bei Fortdauer des Kriegs unvermeidliche Versorgungskrise der Schweiz voraus. Die Geschichte hat seiner Intelligenz leider auch darin recht gegeben.

2. Das Telegramm Onus beweist unanfechtbar, daß Bundesrat Hoffmann, der unbequem, unter dem Druck der Verbandsregierungen gestürzt, und daß unter eben diesem Druck eine denselben genehme Persönlichkeit gewählt worden ist. Eine zielbewußte Agitation fremder Staaten hat unsere Selbstherrlichkeit mit Erfolg bestürmt; wir wagten nicht mehr, völlig Herren im eigenen Hause zu sein. Vor dem Stirnrunzeln John Bulls und dem Schmollen der schönen Marianne und dem Brummen des schon todkranken Bären erzitterten die Herzen unserer Landesväter; Hoffmann wurde eilig entlassen und der dem Verband zusagende Mann gewählt. Dabei wirkte gewiß eine falsche Einschätzung der Tatsachen: Die Mehrzahl der Mitglieder unserer drei höchsten Räte war von der seit Jahr und Tag der Welt verbündeten Übermacht des Vielverbandes und seinem „mathematisch gewissen Sieg" hypnotisiert. Wer wagt gegen die Mathematik zu streiten! Der äußerst intelligente" Hoffmann war notorisch deutschfreundlich, wagte an den Sieg Deutschlands zu glauben und steuerte pflichtgemäß unser helvetisches Staatsschifflein entsprechend diesem Glauben. Die meisten andern in den drei Räten hatten Hoffmanns Einsicht und den auf die Einsicht gegründeten Glauben nicht. Sie glaubten unser Wohl und Wehe fast durchaus von der „übermächtigen und unbezwinglichen" Entente bedingt und meinten ihr darum im Interesse des Vaterlandes gefügig sein zu müssen.

Es ist seit Juni 1917 etwas anders gekommen, nämlich so, wie außer Bundesrat Hoffmann noch ein paar andere Schweizer zu glauben wagten. Rußland samt Rumänien ist zusammengebrochen; beide haben Frieden machen müssen. Die Zentralmächte haben den Rücken frei. Hindenburg hat das Schwergewicht seiner Heerscharen im Westen versammelt; bereits hat er die Engländer aufs Haupt geschlagen und ihr Heer zermürbt; die Franzosen haben in der März- und Aprilschlacht schon fürchterliche Blutopfer zur Rettung der Engländer bringen müssen. Und nun ist die große Schlacht zwischen Reims und Soissons im Gange, und bereits tritt auch hier eine schwere Niederlage des Verbandes in Sicht; und hernach gibts kein Halten mehr. Ein großer Teil der Welthandelsflotte liegt auf dem Grunde des Meeres, und weitere Transportdampfer sinken täglich in die Tiefe; die Amerikaner können nicht in nennenswerter Zahl herüberkommen; es fehlen die genügenden Schiffe zur Anfuhr der Nahrungsmittel und des übrigen Kriegsbedarfs der europäischen Verbandsgenossen.

Was wird — *das ist jetzt unsere brennende Frage* — aus uns Schweizern? Genauer gefragt: Was werden wir vom Herbst 1918 bis zur Ernte 1919 essen? Der Bundesrat sagt uns in seinem jüngsten (dem zehnten) Neutralitätsbericht, daß die schweizerische Getreideversorgung ganz ungenügend ist. Größere Vorräte harren in Argentinien der Verfrachtung. Aber die Frachtraumnot gebe zu den größten Befürchtungen Anlaß. Spanische Schiffe würden immer schwerer erhältlich. Der Bundesrat prüfe daher den Ankauf[1]) von Schiffen durch den Bund oder durch eine Gesellschaft. Für die Deckung des schweizerischen Jahresbedarfs mit 280000 t seien 56 Schiffe von 5000 t nötig. Verhandlungen mit den beiden kriegführenden Parteien würden seit längerer Zeit geführt. — So der Bundesrat. Das ist ja sehr schön. Aber wenn unser Leben wirklich von den 56 Schiffen von 5000 t abhängt, werden die Totengräber im Jahre 1919 viel zu tun und die Lebensversicherungsgesellschaften viel zu zahlen haben.

Man sagt mir, fünf oder mehr als fünf der 56 Schiffe schwämmen ja bereits mit Korn und Fett beladen der bedrängten Schweiz zu. „Der Bund" (Nr. 223 vom 29. Mai 1918) berichtet folgendermaßen: „*Fünf unter amerikanischer Flagge* fahrende, mit Getreide für die Schweiz beladene Schiffe von über 30000 Bruttoregistertonnen haben die Vereinigten Staaten verlassen und sind auf dem Wege nach Frankreich. In den erwähnten Schiffen sind die beiden Schiffe, die Gegenstand einer kürzlichen Meldung waren, mitinbegriffen. Die fünf Schiffe fahren unter dem *Schutz* von seiten der *amerikanischen Marine*, wie kürzlich durch das Staatsdepartement gemeldet wurde. Anderseits nimmt gegenwärtig ein *norwegisches* Schiff in den Vereinigten Staaten Ladung ein, bestehend aus etwa 3700 t Gerste und 3800 t Fettwaren für die Schweiz. Ferner wurden *zwei weitere Schiffe*, die unter amerikanischer Flagge fahren werden, für die Schweiz reserviert, und die zuständigen Behörden in den Vereinigten Staaten prüfen die Frage, wie diese am besten nach Europa geschickt werden können." „Der Bund" fügt bei, daß von diesen Meldungen (resp. der vorstehenden am Dienstag (28. Mai) aus Washington in Bern eingetroffenen Depesche) von der amerikanischen Gesandtschaft in Bern auch im Bundeshaus Mitteilung gemacht wurde.

Also keine Ente! Denn dem Bundesrat wartet man nicht mit Enten auf. Und dennoch kann die Nachricht nicht festes Vertrauen und ungemischte Freude erwecken. Drei Bemerkungen des Telegramms stehen dem Vertrauen und der Freude im Wege: Die der Verproviantierung der Schweiz dienenden Schiffe sollen unter *amerikanischer Flagge* fahren. Diese Flagge wird ja unschädlich sein, wenn groß und weithin sichtbar auf dem Vorderteil des Schiffes die Schweizerflagge weht, und wenn die anderen von der deutschen Regierung kategorisch für Schweizertransporte geforderten *Abzeichen* und *Ausweise* vorhanden sind. Amerika scheint nach wie vor diese Forderungen zu mißachten. — Zum andern: Die fünf Schiffe sollen unter dem *Schutz der amerikanischen Marine* fahren. Ein „*schöner*" Schutz! Die für die Schweiz fahrenden und als solche gekennzeichneten Schiffe sind am sichersten, wenn die ganze amerikanische Marine tausend Meilen von denselben entfernt ist. Das Geleite amerikanischer Kriegsfahrzeuge fordert die Tauchboote

[1]) Sollen diese Schiffe, die sonst nirgends auf dem Erdenrund mehr in Sicht sind, vielleicht in deutschen Nordseehäfen deutschen Gesellschaften abgekauft werden? Die Deutschen werden sich hüten, irgendwelche Schiffe abzugeben und deren Kaperung durch die Entente zu riskieren! Der Michel ist ja in guten Stunden recht gutmütig. Aber bei solchem etwaigen Ansinnen hört seine Gutmütigkeit auf.

direkt zum Angriff heraus. — Zum dritten: Die zuständigen Behörden prüfen die Frage, wie zwei weitere Schiffe am besten nach Europa geschickt werden können. Die betreffenden Behörden könnten sich, wenn uns Amerika wirklich Lebensmittel senden *will*, alles Kopfzerbrechen ersparen. Der Weg ist offen. Die Regierung von Washington braucht bloß die von Deutschland geforderten Formalitäten zu erfüllen, so gelangen alle für die Schweiz bestimmten Transportschiffe unangefochten nach Cette. Die drei Notizen des Telegramms legen nahe, daß man das in Washington gar nicht ernstlich will.

Was will man denn? Wenn man die einfachen Mittel, die eine Belästigung durch Tauchboote verhindern würden, verschmäht, so *sucht man eben* die Belästigung durch diese Haifische, die keinen Spaß verstehen. Das erhoffte Ergebnis soll vermutlich dieses sein: Man kann den hungernden Schweizern händeringend und mit gottseligem Augenaufschlag erklären: „Wir wollten euch helfen; aber die bösen Deutschen hindern es. Folglich sehen wir uns zu unserem Leidwesen genötigt, fürderhin von dieser Hilfeleistung abzustehen." Der Groll der hungernden Schweizer aber, so hofft man, soll dabei auf die Deutschen fallen als diejenigen, welche die Verproviantierung der Schweiz verhindern. Es soll das Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz vollends vergiftet werden. (Und weil Denken nicht jedermanns Sache ist, dürfte diese Amerikanerrechnung bei vielen Schweizern ihr Ziel erreichen.)

Und nun die Hauptsache: Wie kommen wir zum nötigen Brot? Die 56 Schiffe zu 5000 t wird der Bundesrat bei längerer Dauer des Kriegs, die wahrscheinlich genug ist, nicht aufzutreiben wissen. Die ersten acht Schiffe aus Amerika, die vorläufig in einem Telegramm heranschwimmen, berechtigen auch nicht zu sehr großen Hoffnungen.

Was dann? Ich sehe in den Schranken der Wirklichkeit nur *eine* Hilfe: Ihr *Ihr müßt eine ganze Wendung machen!* Das Licht kommt von Osten und das nötige Brot zur Abwechslung auch. Denkt um! Im Westen haben unterliegende Völker übergenug mit sich und ihrer Not zu tun; sie könnten euch auch bei höchster Bereitwilligkeit das Nötige nicht zuführen.

Anders steht's mit den Zentralmächten, oder sagen sagen wir lieber: mit Deutschland. Wo 70 Mill. essen und trotz allen Entbehrungen nicht verhungern, können am Ende auch noch 3 Mill. mitessen, vorausgesetzt, daß sie als manierliche Gäste anklopfen. Wenn Deutschlands Ernte auch nur mittelmäßig ausfällt, und wenn dazu die Zufuhr aus Rumänien, Beßarabien und ganz Südrußland nach und nach in Gang kommt, kann es uns zu den Kohlen und zum Eisen auch noch Getreide liefern, nicht 280000 t, aber doch wohl 140000 t. *Und das kann uns vor einer eigentlichen Hungersnot bewahren.*

Ihr sagt mir, die *Schweizergesinnung* hindere euch, bei Deutschland Brot zu suchen. Wie ihr wollt! Aber dann wird euch die Schweizergesinnung auch nicht hindern, zu hungern und allenfalls zu verhungern. Wunderlich! Die Schweizerseele hat euch bisher doch auch nicht gehindert, mit deutscher Kohle zu kochen, zu heizen, eure Maschinen zu treiben und das Erwerbsleben in Gang zu halten. Sogar die rabiatesten Ententefreunde haben sich der deutschen Kohle bedient. Ich sehe nicht ein, was euch hindern sollte, für Geld und gute Worte von Deutschland Getreide zu erwerben oder durch seine Vermittelung die Zufuhr aus Rumänien und Südrußland zu ermöglichen.

Ich verlange ja nicht von euch, daß ihr die Deutschen alsbald innig liebet; verlange nicht, daß ihr das Heldenvolk, das in vier Jahren in wunderbarer Tapfer-

keit, Hingebung und Genialität das Erstaunlichste geleistet, inbrünstig bewundert; verlange nicht einmal, daß ihr endlich des gemeinsamen Bluts bewußt werdet und euch der Stärke eurer Rasse freut; ich verlange auch nicht einen hohen Idealismus, ich verlange bloß verständige Überlegung und gesunden Egoismus. Das ist doch unter Schweizern keine unerschwingliche Forderung. Durch nüchterne Überlegung und gesunden Egoismus sollt ihr unser Volk vor einer Hungersnot bewahren. Zu dem Ende wird's freilich nötig sein, daß ihr zu dem Gewaltigen, der als Sieger über die Erde schreitet, auf der ganzen Linie in ein menschliches Verhältnis tretet. Aufhören müssen die Verunglimpfungen, denen der deutsche Name bis heute im Schweizerland ausgesetzt ist. Wir dürfen auch nicht mehr die Schandblätter und Schandartikel dulden, die von den Elendesten, von Deutschlands verlorenen Söhnen, im Schweizerland geschrieben werden.

Ich bete jeden Tag: „Vater im Himmel, gib uns heute unser täglich Brot!" Ich bin aber der Meinung, daß wir nach Gottes Ordnung das Unsere auch tun müssen, wenn er uns helfen soll. Ich habe heute nicht nur gebetet, sondern mit der Feder getan, was mir zur Abwendung der Hungersnot nötig scheint.

Der Schmied von Ruhla.

Sie wollen ans Leben, an Gut uns und Ehre —
Auf, auf, mein Herr Landgraf, und lausche der Lehre
Und lerne die Zeichen der Zeiten verstehn:
Das Eisen gehorcht nur dem sausenden Hiebe,
Nicht zwingst du das Starke mit Schonung und Liebe,
Mit stählerner Faust nur und Hammergedröhn.
Am Schmiedfeuer steh' ich, am lodernden, heißen:
O, könnte wie Eisen das Schicksal ich schweißen,
Daß kein schachernder Schelm um die Zukunft uns narrt —
Landgraf, werde hart!

Sie haben zu oft unsre Langmut gekostet,
Sie glauben den Willen, den deutschen, verrostet,
Lang hat er geschlummert, doch lebt er uns noch!
Mit hämmernder Hand laß das Herz dir erhärten,
Den Stolz, heut so schwach noch wie schwankende Gerten,
So zwingst du allein ihre Nacken ins Joch!
Laß endlich sie schauen die Königsgebärde,
Daß Herr du dich fühlst auf eroberter Erde,
Daß ein Siegschwert verliehn von der Gottheit dir ward —
Landgraf, werde hart!

Mach' ehern dein Herz und geläutert im Feuer;
Dann greife mit trotzigen Fäusten ins Steuer
Und weise den Pfad dem Jahrhundert du klug!
Dann magst du den Acker der Zukunft betreuen,
Ins Erdreich gesegneten Samen zu streuen,
Dann lenkst du für künft'ge Geschlechter den Pflug.
Und es preisen die Enkel am heimischen Herde
Den Ahnen, der ihnen eröffnet die Erde,
Der zu köstlicher Ernte das Saatkorn verscharrt —
Landgraf, werde hart!

Richard Hennig.

„Der Nuntius kommt."

(Der rotgoldene Salon.)

Von * * *.

Als im Jahre 1785 in München eine päpstliche Nuntiatur errichtet wurde, fühlten die deutschen Erzbischöfe ihre bisherige Selbständigkeit bedroht und einigten sich 1786 zu Bad Ems in der „Punktation", die eine deutsche Nationalkirche begründen und die alte bischöfliche Unabhängigkeit gegenüber dem Papst unter dem Schutz des deutschen Kaisers wiederherstellen sollte.

Das Ziel der deutschen Erzbischöfe wurde nicht erreicht. Die französische Revolution zog herauf und gab dem öffentlichen Leben andere Streitgegenstände und Zielpunkte. In ihren mittelbaren Wirkungen verstärkte sie sogar weiterhin die Herrschaft des Papstes über die Bischöfe. Aber Regungen gegen einen zu starken Einfluß der päpstlichen Kurie sind aus Deutschland wieder und wieder hervorgetreten, und dabei lautete wiederholt der Schlachtruf: „Der Nuntius kommt!" So ungefähr hundert Jahre nach der Emser Punktation, als der Kulturkampf abgebaut wurde und die Besorgnis entstand, es würde in Berlin eine Nuntiatur errichtet werden, die eine Verstärkung des päpstlich-römischen Einflusses in Preußen zur Folge gehabt hätte. Wie man nicht ohne Grund fürchtete, wäre durch die Nuntiatur mehr oder weniger geheimen Machenschaften ein Mittelpunkt gegeben worden. Allerlei Hintertreppenpolitik hätte sich einstellen können. Unverantwortliche Ratgeber, von geschäftigen Politikern der Parlamente und der Presse und klugen Kaplänen bis zu ehrgeizigen oder eitlen hochstehenden Damen, hätten ihr Spiel getrieben. Unter anderm hätte die polnische Agitation einen starken Rückhalt gewonnen.

Vielleicht hat man zu schwarz gesehen, die praktischen Folgen der Errichtung einer Nuntiatur übertrieben. Indessen es war gut, daß man die Augen offen hielt. Fester Blick, der alle Vorgänge des öffentlichen Lebens scharf beobachtet, ist stets unentbehrlich. Und die Warnung „der Nuntius kommt" hat auch nützlich gewirkt.

Heute ist die Lage verändert. Zwar können wir jetzt so wenig wie früher eines festen Blickes entbehren. Wir hatten und haben auch einen besonderen Anlaß, auf Bestrebungen des päpstlichen Hofs, die nach Deutschland übergreifen oder zu ungunsten unseres Vaterlandes einsetzen, acht zu geben. Von mancherlei anderen Dingen abgesehen, wir brauchen nur an das Wort zu erinnern, das heute so oft als Werkzeug törichter und, leider nicht seltener, heimtückischer Bestrebungen gebraucht wird: Friedensvermittelung. Kaum an irgendein anderes Wort knüpft sich so viel Erinnerung an Torheit, Heimtücke, Hinterlist, Gemeinheit wie an jenes. Wenn jemand einen andern sicher schädigen will, so bietet er ihm seine „Friedensvermittelung" an. Ganz gewiß steht auf der Liste solcher Bestrebungen der päpstliche Hof nicht an der Spitze. Wir gehen so weit, ihm eine verhältnismäßige Unparteilichkeit zuzuerkennen, und sehen eine von Rom her drohende Gefahr erst von gewissen unerfreulichen Bestrebungen aus gegeben, die von unserm Reichsboden ihren Ausgang nehmen. Es gibt ferner gut kirchlich gesinnte Katholiken, die die Gefahren, die von Rom kommen können, erkennen und abzuwehren bereit und entschlossen sind. Indessen eine Gefahr von Rom her besteht, und auch eine unmittelbare Schädigung unserer Verhältnisse hat schon von dort stattgefunden, durch die friedenssehnsüchtige „Papstnote", die freilich eine Wirkung bei uns erst übte, weil gewisse ganz unkatholische Elemente ihr zujubelten. Doch wenn wir gegenüber Rom die

Augen offenhalten, die allgemeine Lage ist durch das Hervortreten oder die Verstärkung anderer Gegensätze heute verändert. Es wäre sehr unklug, wenn wir heute den Blick etwa einseitig auf Rom geheftet halten und die Augen gegenüber andern Dingen verschließen wollten. „Katholiken und Protestanten" — sagte Friedrich Wilhelm IV. — „streiten miteinander, und der Jude macht die Musik dazu."

Wie am Ende des 18. Jahrhunderts, so ist jetzt wieder eine Revolution heraufgezogen. Die reine Demokratie soll heute wieder die Losung sein. Nebenbei sei bemerkt, daß diese neue Revolutionierung und Demokratisierung dem päpstlichen Hof und dem Katholizismus vorübergehend einen vermehrten Einfluß bringen könnte. Das ist es, worauf Herr Erzberger (soweit er sich nicht durch ganz persönliche Eitelkeit lenken läßt) und sein Anhang rechnen, wenn sie mit der reinen Demokratie schön tun: im brandenden Meer der Demokratie der Katholizismus für die bedrohten Staaten und das besorgte Bürgertum der einzige Halt und noch dazu von der Begünstigung der Demokratie her bei dieser beliebt — das bietet doch eine herrliche Aussicht; Erzberger dabei der Retter und Führer zugleich. Allein das ist die Phantasie eines Kurzsichtigen, der, wenn überhaupt eine Verwirklichung, nur eine kurze entsprechen würde. Wir erledigen darum diesen Punkt auch eben nur nebenbei.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stehen jetzt ganz andere Dinge. An der rechten Erkenntnis, an dem umfassenden Verständnis für die neue Lage fehlt es freilich noch bei weitem. Man singt Lieder über die Notwendigkeit des Ausbaus der demokratischen Einrichtungen in unserm Vaterland und achtet nicht auf die neuen Gefahren, die uns drohen. Man fragt ängstlich, ob eine Verstärkung unserer Grenzen im Osten nicht bei den Großrussen ein kränkendes Gefühl hinterlassen werde, und ereifert sich für die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Letten und Esten und für die nationalen Gefühle der Polen; aber man denkt nicht an die internationalen Kräfte, die sich aus jenen Gegenden gegen uns in Bewegung setzen.

Einer von den wenigen, die mit richtigem Blick und treffendem Wort die neue Lage erfaßt haben, ist der hallische Historiker Professor R. Fester. In einem Vortrag „Der Machtwille und die Weltlage"[1]) schildert er die Dinge mit folgenden Sätzen (S. 19): „Dem deutschen Machtwillen ist durch die russische Revolution eine neue Aufgabe gestellt worden. Während er bisher im Osten wie im Westen und auf den Meeren Sicherungen gegen den Imperialismus unserer Feinde erstrebte, hat er jetzt im Osten recht eigentlich unsere Kultur gegen mongolische Barbarei zu schützen. Die Frage lautet im Augenblick nicht: „Was wird aus Polen, Litauen und Kurland, sondern: Wie schützen wir unser östliches Glacis, die von uns besetzten Gebiete und die anderen unseren starken Schutz anrufenden Randvölker Rußlands, die sich selbst nicht schützen können, gegen die neueste russische ‚Freiheit'?" Nachdem Fester weiter erwähnt hat, wie in einem in Trotzkis (der gleichzeitig mit Deutschland verhandelt) Werkstatt hergestellten Aufruf zum deutschen Massenstreik die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, das Deutsche Reich zu zertrümmern, fährt er fort: „man staunt über die Frechheit, die den deutschen Arbeitern das zu bieten wagt, während gleichzeitig Kamenew-Rosenfeld nach London geschickt wird, um unmittelbar nach der alle Brücken abbrechenden Veröffentlichung der Geheimdokumente mit der Entente wieder anzuknüpfen." Hiermit macht Fester

[1]) Herausgegeben von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, Berlin W 9, zugleich im Verlag von Niemeyer in Halle.

schon eine Andeutung über die Führung, unter der die „russische Freiheit" steht. Dazu noch ein Satz. Nachdem Fester die Trotzki („dessen Vater, als er noch Braunstein hieß, von einem meiner Kollegen zur Türe hinausgeworfen worden ist, als er ihm gefälschte Altertümer aufhängen wollte") und Radek-Sobelsohn in ihrer Eigenart geschildert hat, bemerkt er: „Ihre augenblickliche Gewalt über Rußland verdanken diese Leute in ihrer persönlichen Windigkeit nicht der eigenen Kraft, sondern dem Umstand, daß die Mannen Hindenburgs das morsche Zarenreich in Stücke geschlagen haben."

Eindringende Beobachtungen über diese Kreise bringt Dr. von Rosen im Maiheft von „Deutschlands Erneuerung" in seinem Aufsatz über den Bolschewismus. Mit Recht hebt er hervor, daß den durchaus auf internationalem Boden stehenden Braunstein, Joffe, Apfelbaum usw. das Schicksal Rußlands, die Vernichtung des Kapitals, der Hungertod der Arbeiterbevölkerung vollkommen gleichgültig ist. Ihr Ziel ist die Erregung einer allgemeinen europäischen Revolution. Freilich haben wir hier doch wiederum einige Unterscheidungen zu machen.

Auf der einen Seite steht die echt russische Revolutionsgesinnung, wie sie sich in dem ganz unfruchtbaren Nihilismus und Anarchismus so oft kundgegeben hat. Man darf ihr das Lob der Ehrlichkeit nicht versagen, wenngleich es die Ehrlichkeit eines Fanatismus ist, der mit der grausamsten Durchführung des Grundsatzes von der Heiligung des Zwecks durch die Mittel die schrecklichsten und widerlichsten Gewalttaten verübt. Seine scharfe Ausprägung findet er in Lenin, der von den heiligen Grundsätzen der sozialistischen Gesellschaftsordnung in den erhabensten Tönen spricht und sie gleichzeitig im Interesse der Diktatur des Proletariats mit Füßen tritt, der die Todesstrafe als etwas tief Unsittliches verwirft und gleichzeitig Leute im Namen der Diktatur des Proletariats in Menge totschlagen läßt. Von diesem blutdürstigen Despoten, der sich die Bekämpfung des Despotismus der bürgerlichen Gesellschaft zum Lebenszweck gesetzt hat, entwirft ein anderer russischer Revolutionär, N. Rubakin, in der in Zürich erscheinenden „Internationalen Rundschau" (vom 15. März 1918) ein anschauliches Bild. Wenn wir eine solche Sinnesart in gewissem Umfang bei allen auf der äußersten Linie stehenden Revolutionsmännern finden — die französische Revolution bietet ja auch eine Reihe derartiger Prachtbeispiele —, so begegnet sie uns doch (um Festers Wort zu wiederholen) in der „mongolischen Barbarei" Großrußlands in der höchsten Steigerung.

Aber die echt russische Revolutionsgesinnung ist nur die eine Seite des Systems, das uns heute von Osten her bedroht. Es gesellt sich dazu das Judentum, insbesondere das Ostjudentum. Es erscheint uns zunächst auffällig, daß die Juden, die an sich ausgeprägte Individualisten sind, für den Zwang der staatlichen Gemeinschaft keineswegs schwärmen, die jeder für sich mit so großem Erfolg Schätze einzuheimsen wissen, aber die Gemeinschaftsgefühle weit weniger betonen, sich so sehr zu der Revolution mit all ihrem Zwang hingezogen fühlen, überall starken Anteil an der Entwicklung der Sozialdemokratie nehmen und nun sogar mit den russischen Bolschewikern sich vereinigen. Und doch liegen die Gründe klar am Tag. Einmal handelt es sich um die dem Judentum eigene Unruhe, die alle diejenigen Gebiete bevorzugt, auf denen etwas los ist; es ist ja dieselbe Neigung für den lärmenden Markt des Lebens, die die Juden in so riesiger Zahl der journalistischen Tätigkeit, dem Eifer der Tagespresse zuführt. Sodann kommt die Abneigung der bürgerlichen Kreise gegen das Judentum in Betracht. Soviel die liberalen Zeitungen über den Antisemitismus die Nase rümpfen, im liberalen Bürgertum selbst steckt

doch viel Antisemitismus. Wir wollen hier nur erwähnen, daß der Abg. Bamberger wegen des Antisemitismus, der ihm begegnete, die politische Tätigkeit aufgegeben hat, und zwar nicht etwa wegen des Antisemitismus der konservativen Parteien, sondern seiner eigenen, der Freisinnigen Partei! So tief wurzelt die Abneigung gegen das Judentum im Bürgertum. Demgegenüber verkündigt die internationale Sozialdemokratie ganz schroff die Abwesenheit aller nationalen Beziehungen, und je schroffer die sozialistische Partei ihre Grundsätze ausprägt, um so mehr lehnt sie den nationalen Gedanken ab. Man hat ja schon die bei uns eingetretene Scheidung zwischen alter Sozialdemokratie und „unabhängigen Sozialisten" darauf zurückführen wollen, daß diese sich dem Judentum zugänglicher zeigen als jene. Mit diesem Satz nehmen wir freilich bereits einen weiteren Gedanken voraus: wenn das Judentum sich zur Sozialdemokratie hingezogen fühlt, so hat es anderseits sie auch stark beeinflußt, und zwar gerade in der Ablehnung des nationalen Gedankens. Je mehr Juden die Sozialdemokratie eines Landes aufweist, desto weniger national denkt und handelt sie: kräftige Belege liefern ebenso Deutschland und Rußland wie im Gegensatz dazu England und Frankreich. Die an sich vorhandene Gleichgültigkeit der Sozialdemokratie gegen den nationalen Gedanken führt das Judentum zu ihr; es macht aber aus der Gleichgültigkeit eine höchst kräftige Ablehnung, falls der jüdische Zusatz reichlich und stark wird. Endlich lockt das Judentum zur Sozialdemokratie die bequeme Gelegenheit, hier eine große politische Rolle zu spielen. Bei der überwiegend aus Arbeitern bestehenden Partei kommt der einigermaßen literarisch geschulte Jude mit seiner bekannten Gewandtheit leicht hoch. Im Augenblick ist er ein führender Mann. Sein persönlicher Ehrgeiz wird hier weit schneller befriedigt, als es innerhalb der bürgerlichen Kreise möglich wäre. Und daß es sich um rein persönlichen Ehrgeiz oder richtiger wohl persönliche Eitelkeit handelt, dafür besitzen wir ja nicht bloß in einem so krassen Fall wie dem von Radek-Sobelsohn, der nacheinander polnischer, deutscher, russischer Sozialist geworden ist und neuerdings auch noch innerhalb des russischen Sozialismus ein Sprungbrett weiter gehüpft sein soll, reiche Beweise. Die äußerste Revolutionsgesinnung dient diesen Leuten wesentlich als Mittel zum Zweck, als Mittel für die Befriedigung ihrer persönlichen Eitelkeit, für die Erlangung persönlichen Einflusses. Es ist in der Tat so, wie Dr. von Rosen sagt, daß der Hunger der Hunderttausende sie nicht schmerzt.

Die Welle des Bündnisses der russischen „Freiheit" mit den persönlichen Antrieben des Ostjudentums schlägt jetzt an unsere Grenzen, zugleich an die der Nachbarstaaten wie Finnland, Schweden, Norwegen. Ganz unmittelbar berührt sie uns in den baltischen Provinzen und in Litauen. Aber wie wenig — wir bemerkten es schon — nimmt hiervon unsere Öffentlichkeit Kenntnis! Man verzeichnet wohl die Untaten der Bolschewiker in Großrußland selbst, spricht dagegen erheblich weniger über die Gefahren, die über die großrussischen Grenzen hinüberfluten. Lebhafteren Anteil nimmt man schon an der Lage der Juden in Rumänien, obwohl mit dieser unsere allgemeinen Verhältnisse recht wenig zu tun haben. Und wieviel Berichte brachten früher unsere Zeitungen über die russischen Pogrome, während doch alle Grausamkeit, die in ihnen zum Ausdruck kam, ein Nichts ist gegenüber dem Werk der Trotzki und Lenin und den von ihnen drohenden Gefahren!

Ganz unbeachtet ist auch der Vertreter der neuen östlichen Revolutionsmacht in Berlin eingezogen: Herr Joffe, der Botschafter Großrußlands. Wie erregte man sich, als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Möglichkeit sich zeigte, daß der päpstliche Hof einen Nuntius nach Berlin abordnen würde! Jetzt, wo der

Nuntius des verbündeten Reichs der Bolschewiker und der Ostjuden erscheint, erregt man sich gar nicht. Aus Geringschätzung seiner Stellung und seiner Person? Keineswegs, sondern aus Ahnungslosigkeit, aus mangelndem Verständnis für seine Gefährlichkeit und — leider wohl auch aus Sympathie für ihn.

Wir meinen natürlich nicht, daß unsere Reichsregierung den bestimmten Herrn Joffe ablehnen sollte. Er würde ja doch nur etwa durch Herrn Apfelbaum ersetzt werden. Was wir jedoch verlangen, das ist die Erkenntnis der Gefahr, die diese Nuntiatur für unsere allgemeinen Verhältnisse bringt.

Wenn wir die Papstnote mit Mißtrauen betrachten und einem päpstlichen Beauftragten, der uns mit einer Friedensvermittlungssache behelligen will, auf die Finger sehen, so erwächst uns eine wahrlich nicht geringere Pflicht, dem großrussisch-ostjüdischen Nuntius gegenüber äußerste Vorsicht zu beobachten und in seinen Friedensstiftungsabsichten gefährliche Feindesabsichten zu vermuten. Und die Friedensbestrebungen der Trotzki und Lenin sind ja auch ganz eigener Art: mit uns über den Frieden verhandeln und gleichzeitig hübsche Versuche zur Revolutionierung Deutschlands machen, nach Abschluß des Friedens ferner den Kampf gegen uns an einem dritten Platz, wie etwa in Finnland, fortführen und durch die Revolutionierung aufgegebener Gebiete das Verlorene wieder an sich bringen — das ist das Ziel des Bolschewikertums und demgemäß Aufgabe und Pflicht seines Nuntius. Wir haben hier eine Parallele zur Papstnote und zu ihren Zusammenhängen, und zwar eine viel bedeutungsvollere. Die schwarze Internationale ist nach unserer Überzeugung überhaupt zur Zeit die am wenigsten gefährliche. Jedenfalls aber ist der schwarze Nuntius weniger gefährlich als der des Bolschewikertums; denn in diesem sind ja die rote und die goldene miteinander verbunden.

Den schwarzen Nuntius betrachtete man mit Argwohn, weil er Mittelpunkt bedenklicher Beziehungen werden würde. Dem rot-goldenen Nuntius gegenüber ist ganz gewiß nicht ein geringerer Argwohn angebracht. Wir wissen natürlich, daß unsere seit langer Zeit in Deutschland ansässigen Juden sich von den Ostjuden unterscheiden. Ihrer überwiegenden Mehrzahl ist das Bolschewikertum höchst unsympathisch. Aber die Linie zwischen den alteinheimischen deutschen Juden und den eingewanderten Ostjuden zieht sich bekanntlich nicht scharf. Und über den an sich vorhandenen Gegensatz wölbt sich zudem ein Gemeinschaftsgefühl. Menschlich verständlich; für die Politik indessen öfters bedenklich. Greifen wir nach diesen Andeutungen sogleich einen Hauptvergleichspunkt zwischen dem schwarzen und dem rot-goldenen Nuntius und den von ihnen entfalteten oder zu entfaltenden Tätigkeiten heraus: ihren Salon.

Im Salon des schwarzen Nuntius treffen sich Fürstlichkeiten, beziehungsreiche Damen, hohe Geistliche, Kapläne, Politiker, Journalisten. Wie steht es mit dem des rot-goldenen? Aller praktische Gegensatz gegen das Bolschewikertum wird die hohe Finanz doch keineswegs abhalten, den Salon dieses interessanten Mannes fleißig aufzusuchen. Vielleicht entdeckt man auch Verwandte, die man mit ihm gemeinsam hat, aus Wongrowitz oder Berlin oder Frankfurt. Sodann die Vertreter der Presse: voran der Stab des Berliner Tageblatts; der oder die Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung bleiben natürlich nicht zurück. Der Verlag Ullstein hat zwei Eisen im Feuer: während die eine Zeitungsgruppe dem starken deutschen Frieden das Wort redet, vertritt die andere den Verzichtlerstandpunkt. Aber nach Osten hin ist auch die erste nicht unversöhnlich, und gerade seit dem Friedensschluß mit den Bolschewikern mahnt sie, Großrußland nicht zu kränken. Da wird man sich also leidlich verständigen. Und weiter die Stäbe des Vorwärts und der

andern Sozialistenblätter: im rotgoldenen Salon sehen sie die Morgenröte aufleuchten. Das Element des Damenbesuchs wird ihm auch keineswegs fehlen: gerade die Damen aus Berlin W werden mit besonderm Behagen im rotgoldenen Salon in mehr oder weniger geistreicher, jedenfalls höchst belebter Unterhaltung sich bewegen und mit mehr oder weniger Grund die Weltgeschicke zu beeinflußen meinen. Politiker werden in mehreren Gruppen erscheinen; durchaus nicht bloß die beiden Abteilungen der Sozialdemokratie; außer ihr birgt namentlich die Volkspartei Elemente in sich, die einen kräftigen Zug dorthin empfinden werden. Nicht ausbleiben wird ferner ein gewisser Gelehrtenstab. Endlich werden auch adlige Namen nicht ganz fehlen. Denn abgesehen davon, daß jene ständigen Gäste des Salons erfahrungsgemäß hohen Wert auf Beziehungen zu vornehmen Namen, trotz aller zur Schau getragenen Demokratie, legen, so gehört ja vom diplomatischen Korps nicht bloß Fürst L. zu dem intimen Kreis des Berliner Tageblatts.

Man unterschätze nicht die Gefährlichkeit des rotgoldenen Salons, wenn wir auch zunächst in die Lage kommen, uns über sein äußeres Gehaben mehr zu amüsieren als zu erregen. Da die so eifrig betriebene sog. Demokratisierung unseres Staatslebens die Wirkung hat, die Kräfte in den Vordergrund zu schieben, die sich zum nationalen Gedanken recht gleichgültig stellen, so ist damit ein fruchtbarer Boden geschaffen für Bestrebungen, wie sie im rotgoldenen Salon sich geltendmachen können.

Der schwarze Salon galt als ein Kristallisationspunkt von Bemühungen, die unser nationales Leben und unsere nationalen Bestrebungen durchkreuzten. Der rotgoldene wird eine entsprechende, nur eben stärkere Bedeutung haben. Beide Male handelt es sich bloß um den Mittelpunkt von Bemühungen; diese selbst greifen natürlich weiter. Beeinflussung der Stimmung in Deutschland bis in die entlegensten Gegenden, Verwertung von Stimmungen und Verhältnissen, die in Deutschland vorhanden sind, für die rot-goldenen Zwecke — das etwa wären Aufgaben, die der rotgoldene Nuntius unter Zuhilfenahme auch seines Salons sich setzt. Aber wir brauchen über alles das, was hier in Betracht käme, nicht ausführlich zu werden.

Man wird uns den Vorwurf eines häßlichen Antisemitismus machen, weil wir jene Dinge unter helleres Licht stellen. Soll denn aber das, was bei den Schwarzen erlaubt ist, bei den Rot-Goldenen unerlaubt sein? Wenn es unsere Pflicht war, den schwarzen Nuntius und sein Auftreten mit Aufmerksamkeit zu beobachten, so werden wir doch wohl uns auch nicht der Pflicht entbinden können, dem rotgoldenen unser Augenmerk zu schenken. Es wird freilich behauptet, es sei manchen Leuten erwünscht, daß wir unser Auge ganz starr auf den schwarzen Punkt heften, damit wir die rotgoldenen nicht sehen können. Es scheint uns indessen unklug, einem solchen Wunsch nachzugeben. Im übrigen sind wir völlig vorurteilslos. Wir vermuten nicht im allerentferntesten, daß in dem rotgoldenen Salon gleich Untaten nach Bolschewikerart ausgeheckt werden, etwa Morde und Vermögensbeseitigungen. Die Leute, die in ihm verkehren, brauchen durchaus nicht immer Unmenschen zu sein, wie ja auch der schwarze Salon keineswegs immer rabiate Fanatiker als Gäste sah. Wir zweifeln gar nicht, daß sogar recht viel gutmütiges und argloses Publikum sich dort einstellen wird, freilich auch ein solches, das in seiner gutmütigen Arglosigkeit nicht merkt, in welchen Zusammenhang es sich begibt. Und eben der große Zusammenhang der Bestrebungen des Salons ist es, was die Gefahr ausmacht. Wenn naturgemäß jede Gesandtschaft ein Fremdkörper im Staat ist, berufsmäßig sein muß, so sind diejenigen Gesandtschaften die gefährlichsten, die auf Sympathien für ihre Ziele im Lande rechnen können. Und wer will denn leugnen, daß der rotgoldene

Nuntius bei uns auf solche in beträchtlichem Umfang tatsächlich rechnen darf! Zumal seitdem die mit so viel amtlichem Druck beförderte Demokratisierung unserer Verhältnisse eine neue, jenen Möglichkeiten besonders günstige Machtverteilung im innern Deutschland hervorbringt. Mit welchem innigen Anteil unsere Sozialdemokratie und unser Judentum die russische Revolution begleitet haben, weiß man ja. Dort ist nun endlich das Ziel erreicht, daß an der Spitze des gesamten Staatswesens ein geborener Braunstein und ihm zur Seite die Apfelbaum usw. stehen. Gewiß des Schweißes der Edeln auch anderswo wert! Diese „Freiheit", die große umfassende demokratische „Freiheit" auch anderen Staaten zu bringen, das muß doch Ziel aller Kulturarbeit sein! Wenn auch keineswegs unsere sämtlichen Juden so denken und ferner, wie bereits bemerkt, das besondere Bolschewikertum sogar recht wenig Gegenliebe bei ihnen finden wird, so verstehen wir es doch, daß unseren Juden die aufsteigende Laufbahn der Braunsteine zum mindesten sehr interessant ist. Und dieser wärmere Anteil an einer solchen Gestaltung der staatlichen Verhältnisse wird dann noch gestützt durch eine merkwürdige Gleichgültigkeit gegen unser Deutschtum. So wenig wir bestreiten wollen, daß viele deutsche Juden ihr deutsches Vaterland heiß, ehrlich, aufrichtig lieben, so werden doch, im ganzen genommen, deutsches Volkstum und deutsches Land von den Juden am wenigsten unter allen Volksarten und Ländern geliebt. Wie erklärt es sich, daß die nach Frankreich, England, Nordamerika ausgewanderten deutschen Juden im Handumdrehen fanatische Franzosen, Engländer, Nordamerikaner werden, glühende Ententefreunde sind, daß der in die Französische Schweiz nicht lange vor dem Krieg übergesiedelte Schwager eines deutschen Offiziers, der eine Jüdin aus Südwestdeutschland geheiratet hat, als fanatischer Deutschenhasser in aller Öffentlichkeit sich betätigt? Warum erleben wir nicht das entsprechende umgekehrte Verhältnis, daß Juden, die aus anderen Ländern stammen, für uns leidenschaftlich Partei nehmen? Warum wird — so fragen wir — unser Vaterland von den Juden von allen Ländern am schlechtesten behandelt? Liegt es nur an dem Antisemitismus der Deutschen? Er tritt in Deutschland doch sehr maßvoll auf. Die Polen, die einen beträchtlich schärferen Antisemitismus bekunden, finden mehr Gnade vor den Augen der Juden als wir. Nie ist ferner in Deutschland ein so leidenschaftlicher Antisemitismus hervorgetreten wie in Frankreich. Wenn England und Nordamerika nicht viel über die Judenfrage sprechen, so wissen sie doch praktisch sich gegen einen zu großen jüdischen Zustrom geschickt abzuschließen. Man könnte fast den Satz verteidigen, daß die Juden unser Vaterland so schlecht behandeln, weil wir sie so gut behandeln. Jedenfalls wird die kalte Gleichgültigkeit, die sie uns zeigen, damit in Zusammenhang stehen, daß unser Nationalgefühl leider so wenig ausgeprägt ist, soviel weniger als das französische, das polnische.

Wenn es uns hiernach verständlich ist, daß der Nuntius Joffe innerhalb der deutschen Juden auf breite Sympathien rechnen darf, so bedarf es wahrlich keiner näheren Darlegung, weshalb Joffe in seiner Gestalt als roter Nuntius unsern Sozialdemokraten höchst willkommen ist; wobei wir auch über die Gemeinschaftsbeziehungen zwischen Rot und Gold kein Wort zu verlieren brauchen. Die deutsche Poesie des Mittelalters nennt das Gold rot. Heute haben wir mehrfach Veranlassung den alten Sprachgebrauch zu erneuern.

Auch über die praktische Nutzanwendung können wir uns jetzt kurz fassen. Auf Grund der Sympathien, die er vorfindet, stärkt und ausnutzt, ist der rot-goldene Nuntius in der Lage, Stimmung in formell rechtlich zulässiger Art für die Absichten und Zwecke seiner Regierung bei uns zu machen, die Presse, die Politiker, das Publikum,

die Parlamente zu beeinflußen. Ein kleines Beispiel für die Möglichkeit solcher Beeinflussung schon aus der Gegenwart! Der Ostjude Dr. Lipschütz veröffentlicht einen Artikel im Namen der Letten, der gegen die Angliederung der baltischen Provinzen an Deutschland aufs schärfste protestiert. Nach ihm ist die versuchte Angliederung nur ein Werk der „preußischen Junker", gegen das sich die heilige Demokratie auflehnen muß. Der Artikel strotzt von den fürchterlichsten Unwahrheiten. Er ist aber zustimmend vom „Vorwärts" und von anderen sozialdemokratischen Organen, auch solchen, die als „gemäßigt" gelten, abgedruckt worden, bis nach Süddeutschland hinein. Er wird als ehrliche Stimme des von den Deutschen bedrohten Lettenvolkes ausgegeben, und der deutsche Arbeiter liest schauernd von den neuen gewalttätigen Absichten der preußischen Junker, während der rotgoldene Verfasser des Artikels doch nur im Interesse des Bolschewikertums und der Ausdehnung seiner Herrschaft über die baltischen Provinzen schreibt und handelt. In solcher Richtung würden sich die Bemühungen des rotgoldenen Nuntius, in Deutschland Einfluß zu gewinnen, bewegen. Die Folgen für Volksstimmung, Parlament, schließlich auch die Regierung, die ja künftig parlamentarisch werden soll, liegen auf der Hand.

Die deutsche Regierung hat als ihren Vertreter nach Großrußland den Grafen Mirbach geschickt. Einige Zeitungen haben ihn als ungeeignet bezeichnet, mit dem Hinweis auf seine adlige Herkunft. Wir wünschen keinerlei Bevorzugung des Adels und vertreten den Standpunkt, daß stets der sachlich Geeignetste ein Amt erhalten soll. Ob Graf Mirbach dieser Voraussetzung entspricht, darüber sind wir nicht unterrichtet. Wenn wir uns somit eines Urteils über ihn enthalten müssen, so hat uns doch die besondere Art, wie eine jener Zeitungen ihn ablehnt, stutzig gemacht. Es klang so, als ob sie Exzellenz Dernburg oder jemand, der dem Berliner Tageblatt noch näher steht, empfehlen wollte. Hieße das nicht den Bock zum Gärtner machen? Joffe hier und Dernburg dort, das wäre doch etwas zuviel des Guten.

Joffe ist jetzt in Berlin. Wenn diese Blätter die Druckerpresse verlassen, dann ist vielleicht schon die Bolschewikerregierung gestürzt. Aber was wir ausgesprochen haben, das behält seine Geltung, und zwar nicht bloß für den Fall, daß später einmal das Bolschewikertum genau in der jetzigen Gestalt sich wiederholt. Man wird, wie wir schon bemerkten, uns häßlichen Antisemitismus vorwerfen. Aber wir haben ja nur eine Warnung ausgesprochen, wie sie jede aufmerksame Staatsverwaltung sich zur Pflicht machen muß. Demosthenes predigte seinen Volksgenossen den Argwohn vor der auswärtigen Macht, und der Römer sprach sein videant consules. Sehr aufgeklärte Männer haben den schwarzen Nuntius mit Mißtrauen beobachtet. Sollen wir vor dem rotgoldenen Nuntius nicht warnen dürfen, sondern vor ihm verehrungsvoll im Staub liegen? Gehört dies etwa zur „Neuorientierung"?

Ein alter Demokrat über Parlamente.

„Männer der Tat scheinen ja überhaupt nicht an ihrem Platze zu sein in diesen Versammlungen (den Parlamenten), welche ja namentlich während des letzten Jahrzehnts, als wären sie mit Blindheit geschlagen, so eifrig daran gearbeitet haben, das Ansehen und die Geltung des Parlamentarismus in den Augen der Völker abzuschwächen oder ganz zu ruinieren.... Jammerselig kleinliches Parteigezänke, leichtfertige Gesetzefabrikation und uferlose Rednerei haben diese Anstalten so herabgebracht, daß es begreiflich wird, wenn Leute, welche weder zu den Dummen, noch zu den Rückwärtigen gehören, nachgerade zu der Meinung gekommen sind, es wäre für die Völker kein Unglück, so diese Paradeplätze der Zungenvirtuosität, der Grundsätzeverlotterung, der Eitelkeit, der Strohdrescherei und des Ränkespiels für eine Weile zugesperrt würden, falls eben nur der ungeheure Dampfkessel, 19. Jahrhundert geheißen, des Schwatzventils entbehren könnte." Johannes Scherr, „Garibaldi", geschr. 1882.

Bukarester Friedensbilanz.

Von Professor Dr. Hans Freiherrn v. Liebig.

Fürst Lichnowsky sprach in seinem Briefe an den Reichskanzler vom 5. März 1918 von den Empfängern seiner Denkschrift als von „einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit". In seiner Denkschrift spendet er ein ähnlich hohes Lob nur seinem damaligen Botschaftsrat Herrn von Kühlmann. Politische Freunde pflegen die gleichen politischen Anschauungen zu haben, und daraus wieder lassen sich Schlüsse ziehen, unter welchen Gesichtspunkten und von welchen Leuten das Reich regiert wird. Von den Empfängern der Denkschrift sind bis jetzt Ballin, von Gwinner, Th. Wolff und Witting bekannt geworden. Diese vier politischen Freunde des deutschen Botschafters auf Deutschlands wichtigstem auswärtigen Posten gehören der besonders für den Handel begabten semitischen Rasse an. Geheimrat Witting, Direktor der Nationalbank, ist der Bruder Maximilian Hardens, der vor dem Kriege wahrhaft alldeutsche Kritik an der Regierung übte, und als der Krieg die Verwirklichung *aufbauender* alldeutscher Gedanken naherückte, zu Bethmann Hollweg und den Pazifisten überging. Theodor Wolff ist der Leiter des Berliner Tageblattes, das nach 1871 gegründet wurde, um die Interessen des Judentums zu vertreten. Ballin ist der Direktor der Hapag, soweit sie Finanzunternehmen ist. Der Ballin-Stinnes-Konzern bemüht sich Börsennachrichten zufolge um Beteiligung an den neuen rumänischen Petroleumgesellschaften.

Herr von Gwinner ist Direktor der „Deutschen Bank". Einem früheren Direktor der Deutschen Bank, Dr. K. Helfferich, ist bekanntlich nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Staatssekretärs eine wichtige beratende Stimme in wirtschaftlichen Friedensangelegenheiten zugeteilt worden. Von dem Bagdadabkommen erzählt Fürst Lichnowsky, es sei „entsprechend den Wünschen der Deutschen Bank" geregelt worden. Auch bei dem Bukarester Frieden dürfte kein Wunsch der Deutschen Bank unerfüllt geblieben sein.

Die Deutsche Bank ist das bedeutendste deutsche Großfinanzunternehmen. Weltwirtschaftlich ersten Ranges, stärkt ihre Kapitalsmacht gleichzeitig die Finanzkraft des Deutschen Reiches und ist daher für das Deutsche Reich finanziell von großer Wichtigkeit. Für das deutsche Volkstum hat die Deutsche Bank wenig nützlich gewirkt. Die Schuld daran trägt weniger die Deutsche Bank als das deutsche Volk.

Der Gradmesser der Leistungsfähigkeit einer Bank ist ihr Kapitalsumsatz und ihr Gewinn; beides liegt jenseits des Nationalen. Das Nationale kann nur von außen hineingebracht werden. In der Filiale der Deutschen Bank in Konstantinopel waren im Frühjahr 1916 keine Beamten vorhanden, die den Kunden hätten in deutscher Sprache bedienen können. Vom reinen Bankstandpunkt aus war das zu rechtfertigen; der Abschluß der Filiale wird durch die Verwendung der billigeren Levantiner an Stelle der teuren Deutschen günstiger. Aber Engländer oder Franzosen ließen sich das von englischen oder französischen Banken nicht bieten. So international auch bei ihnen das Großkapital ist, setzen sie ihm doch gewisse Schranken. Das Kapital mag arbeiten wie es will; aber es muß gleichzeitig zugunsten des Engländer- oder Franzosentums arbeiten und auf keinen Fall dagegen, wo immer es auch tätig ist. Der deutsche Großkapitalist braucht nur zugunsten des Kapitals zu arbeiten; Forderungen darüber hinaus stellt das deutsche Volk an ihn nicht; es ist von den in seiner

Presse und seiner Literatur maßgebenden Leuten dafür zu „sachlich" erzogen. Diesen Leuten ist nämlich deutsches Volkstum nichts Sachliches, sondern rückständige Schwärmerei politischer Wirrköpfe.

An den rumänischen Petroleumunternehmungen ist, soweit deutsches Kapital in Betracht kommt, in erster Linie die Deutsche Bank beteiligt; sie dürfte auch in den neu zu gründenden Organisationen die Führung haben. Die größte Petroleumgesellschaft Rumäniens ist die Steaua Romana (120000000 Lei), welche, wie die kleinere Aurora (9000000 Lei), von der Deutschen Bank kontrolliert wird. An der zweitgrößten, der Astra Romana (60000000 Lei) und der Concordia (12500000 Lei) ist die Diskontogesellschaft (Schaffhausenscher Bankverein, Bleichröder) stark beteiligt. Der Bukarester Friede des Herrn von Kühlmann hätte für die Deutsche Bank nicht glänzender ausfallen können, wenn ihn ihr eigener Direktor abgeschlossen hätte. Wenn das an den Ölfeldern Rumäniens interessierte Kapital den Frieden, soweit es Einfluß hat, zu seinen Gunsten zu beeinflussen sucht, so ist es dazu berechtigt, und es ist auch gar nichts dagegen einzuwenden. Um so weniger, als das gesamte Petroleumabkommen nichts enthält, was weitere Abmachungen zugunsten des deutschen Volkes gehindert hätte. Das Abkommen schwächt die Finanzkraft Rumäniens nicht, sondern stärkt sie eher, hätte also einer Kriegsentschädigung nicht im Wege gestanden.

Großfinanz und Großhandel aller Länder bilden eine Welt für sich, die neben der andern Welt einhergeht. Sie haben ihre eigenen Beziehungen und Vertretungen, die wie die der Diplomatie nie ganz unterbrochen werden und neben ihr herlaufen. Es können Frieden geschlossen werden, über welche die nationale Presse eines Landes mit Recht empört ist, während das Großkapital desselben sich vergnügt die Hände reibt. Die Absicht, sich die Zufriedenheit des Händlertums anderer Länder nicht zu verscherzen, hat während des Weltkrieges bekanntlich auf deutscher Seite eine wichtige Rolle gespielt, z. B. in der Frage des U-Bootkrieges. Deutscherseits wurde in maßgebenden Kreisen die Ansicht vertreten, wenn sich auch die übrigen Volksbestandteile gegenseitig die Köpfe einschlügen, müsse man einen gewissen Großhandels- und Bankenring möglichst unversehrt zu erhalten suchen, ihn gewissermaßen über dem Krieg schwebend erhalten; nachher möge er sich dann versöhnend auf die Völker wieder herabsenken und das Kernband der allmählichen Wiederverständigung bilden. Am deutschen Handel hätte es sicher nicht gefehlt; leider war die „Sachlichkeit" des ausländischen Großkapitals durch „chauvinistische" Nebenregungen zu sehr getrübt. Das deutsche Händlertum tut sich allerdings auch leichter als das Händlertum anderer Länder, weil kein Volk so leicht bereit ist wie das deutsche, dem Händlertum die Kosten abzunehmen, die mit der Erringung der Zufriedenheit des Auslandes verknüpft sind. Es ist insofern sogar von einem gewissen Nachteil, in die Interessensphäre des Deutschen Reiches zu geraten, denn die davon Betroffenen müssen natürlich an der Opferwilligkeit des deutschen Volkes teilnehmen, während das Bestreben, den ausländischen Handel nicht zu „verstimmen", sondern sich sein Wohlwollen zu erringen, sich unvermindert auch auf die besiegten Feinde erstreckt. Es gehört das zu den Punkten, die selbst uns stammverwandten Völkern den engen Anschluß an das Reich so wenig einladend erscheinen lassen. England läßt, wo es kann, den von ihm selbst angerichteten Schaden die Fremden zahlen; Deutschland zahlt selbst den von Fremden angerichteten Schaden, wenn es geht, aus eigener Tasche. Wenn sich das deutsche Großfinanzkreise zunutze machen, um sich ihre internationalen Kreise möglichst wenig stören zu lassen und sich den Weg zur Wiederanbahnung der alten Beziehungen

möglichst zu glätten, so ist ihnen daraus kein allzu schwerer Vorwurf zu machen; sie handeln in Wahrnehmung berechtigter Interessen und aus einer Gedanken- und Begriffswelt heraus, aus der sie nun einmal nicht heraus können. Der Hauptvorwurf hat das deutsche Volk zu treffen, das neben die unbeamtete und beamtete Handels- und Finanzdiplomatie nicht eine beamtete Diplomatie stellt, für die die Belange des deutschen Volkstums ausschließlich maßgebend sind.

In dem kaiserlichen Anerkennungsschreiben der Unabhängigkeit Litauens vom 23. März 1918 findet sich der Satz:

„Die K. deutsche Regierung geht dabei von der Voraussetzung aus, daß ... Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird." Das gleiche dürfte für die baltischen Provinzen gelten, und wenn die Abschiebung Polens an Österreich nicht noch bequemer für unsere Staatsmänner sein wird als andere Lösungen der polnischen Frage, so wird sicher auch Polen eine Kriegskontribution auferlegt werden, da es ja von Anfang an nicht als Feind, sondern als zu befreiender Freund angesehen wurde. Dagegen ist zunächst einmal Rußland einer Kriegsentschädigung enthoben worden. Die Verhandlungen sind dadurch unseren Unterhändlern ohne Zweifel sehr erleichtert worden; denn ob die Baltenlande zu Rußland gehören oder nicht, ist den Herren Lenin und Trotzki ziemlich einerlei; dagegen wäre es ihnen sicher sehr schmerzlich, wenn sie von den Einkünften des Staates etwas an Deutschland abführen müßten. Es wäre auch gar nicht überraschend, wenn wir noch für die ehemaligen Staatsländereien in Litauen oder im Baltikum eine Entschädigung zahlen würden; wenn nicht, erhält sie vermutlich nicht das Deutsche Reich, sondern sie werden den neuen unabhängigen Staaten übergeben. Warum auch nicht? Für den von den Russen in Ostpreußen angerichteten Schaden kommen ja die guten Deutschen mit Begeisterung auf!

Auch der Friede mit der Ukraine war händlerisch ganz gut gedacht. Der deutsche Bauer erhält für die Tonne Roggen 170 bis 270 M., für die Tonne Weizen 190 bis 290 M.; dem ukrainischen Bauern zahlt das Deutsche Reich 650 M. für den Roggen und 840 M. für den Weizen. Für ein Ei bekommt der Ukrainer $27^1/_2$—$29^1/_2$ Pfennig. Also haben zunächst die ukrainischen Bauern alle Ursache, zufrieden zu sein. Der deutsche Staatsbürger erhält entweder mehr Brot und Mehl als vorher, oder weniger, oder die Ration bleibt gleich; er ist immer mit seinen Kühlmännern zufrieden. Den Unterschied zwischen dem Einkaufspreis der deutschen Zwischenhändler in der Ukraine und dem Verkaufspreis in Deutschland zahlt auf jeden Fall das Reich, d. h. der deutsche Steuerzahler; die Zwischenhändler haben es also nicht schwierig, und der deutsche Staatsbürger merkt es nicht, wie teuer er den ukrainischen Brotfrieden bezahlen muß. Die deutschen Friedenshändler in Litauisch Brest aber hatten bequeme Arbeit; sie schenkten den galizischen Jünglingen, mit denen sie den Vertrag abschlossen, einen Staat, in dem sie Minister spielen durften, und diesem Staat billigten sie noch dazu eine von Deutschland in Form überhoher Getreidepreise zu entrichtende Kriegsentschädigung zu, die auf 4—500 Millionen Mark geschätzt werden kann; als Gegengabe war nur die Bedingung, sich das Getreide abkaufen zu lassen, gestellt. Daß derartige Jünglinge leicht übermütig werden, ist ja in Händlerkreisen eine bekannte Tatsache und kam wohl auch nicht unerwartet; daß aber die ukrainischen Bauern ein so schönes Geschäft ausschlagen könnten, war wohl für die an Bauerndenkart nicht gewöhnten Köpfe eine unangenehme Überraschung.

Der Versuch, mit händlerischen Mitteln etwas zu erreichen, ist völlig fehlge-

schlagen. Hätte man mit dem Recht des Siegers die unentgeltliche Getreidelieferung als Kriegsentschädigung gefordert, so hätten das die Bauern verstanden und sich wahrscheinlich darein gefügt; sie waren von jeher nichts anderes gewohnt. Im schlimmsten Fall hätte man mit dem Bajonett nachhelfen müssen. Jetzt hat man in der Bevölkerung eine Erbitterung großgezogen, wie sie stärker auch die schärfste Kriegsentschädigung nicht hätte hervorrufen können, muß das Getreide erst recht mit dem Schwerte herauszwingen, und muß den ukrainischen Bauern, die nicht wissen, wohin sie mit ihren Rubelschätzen sollen, noch Unsummen guten deutschen Geldes in den Rachen werfen. Das nennt man dann handelspolitische Erfolge. Genau wie in Litauisch Brest, wo die Händlerkunst des Herrn von Kühlmann völlig Schiffbruch erlitt und das Schwert die Sache wieder in die Reihe bringen mußte. Dafür wurden ihm dann auch die Bukarester Friedensverhandlungen anvertraut.

Der rumänische Minister des Äußern Arion gab sich zwar große Mühe, in seine Kundgebung vom 8. Mai 1918 einen schmerzlichen Zug hineinzubringen, aber es gelang ihm nur schlecht, seine volle Befriedigung über das Werk der Herren von Kühlmann und Czernin zu verbergen. Er mußte zwar zugeben, daß er den beiden Herren von den von ihnen verlangten Grenzberichtigungen nicht volle 100%, sondern „nur" 70 bis 80% habe abhandeln können; da er aber in der Kundgebung die Angliederung Beßarabiens bereits als vollendete Tatsache behandeln konnte, wird diesen Schmerz kein Mensch ernst nehmen. Im Namen der europäischen Judenschaft hat bereits die Frankfurter Zeitung ihre Befriedigung über den Friedensvertrag zum Ausdruck gebracht, und für die Entente hat am 10. Mai Pichon erklärt, nach seiner Ansicht gebe die Persönlichkeit König Ferdinands die Gewähr, daß die Rechte der Entente nicht verletzt werden. Der Vertrag beginnt zwar mit der bekannten Freundschaftsklausel, auf deren papiernes Vorhandensein unsere Unterhändler so großen Wert legen; da aber Rumänien sofort „streng loyale Neutralität" verkündete und auch die von Czernin und Kühlmann durchgesetzte Beibehaltung des rumänischen Königshauses eine gewisse Bürgschaft gegen zu große Deutschfreundlichkeit bietet, konnte Balfour am 14. Mai mit Recht Rumänien seiner Sympathie versichern. So ist auf der feindlichen Seite alles in schönster Ordnung.

Der deutsche Staatsbürger ist aber auch zufrieden; er ist an die verschiedenen „Ersatze" gewöhnt, und so mundet ihm sogar der „Kriegsentschädigungsersatz", den das Petroleumabkommen mit Rumänien angeblich darstellt. Man kann es auch tatsächlich als eine Art Kriegsentschädigung ansehen; nur zahlt sie nicht Rumänien an Deutschland, sondern der deutsche Staatsbürger zahlt sie an Rumänien, an die verschiedenen Petroleumgesellschaften und an das Deutsche Reich, d. h. an sich selbst.

Rumänien erteilt den neuen Gesellschaften das Ausnutzungsrecht der staatlichen Petroleumfelder, soweit für dieselben am 1. August 1914 nicht schon Konzessionen bestanden. Dafür erhält Rumänien zunächst einmal 8% des rumänischen Marktwertes des jährlich gewonnenen Rohöls, also eine feste jährliche Abgabe, unabhängig von jedem Gewinn oder Verlust der Gesellschaften. 1913 betrug der Marktwert 130 000 000 Lei gleich 104 000 000 Mark, die Abgabe davon zu 8% würde 8 320 000 Mark betragen. Außerdem erhält Rumänien von 8% Dividende an einen mit der Höhe des Gewinnes steigenden festen Anteil am Gewinn der Gesellschaften, und endlich werden ihm ¼ der auszugebenden Stammanteile zum Erwerb angeboten, mit denen es nochmals am Gewinn teilhaben kann. Ferner wird eine Handelsmonopolgesellschaft gegründet, die den Vertrieb des Rohöls übernimmt

und das ausschließliche Recht der Ausfuhr von Erdöl und Erdölerzeugnissen aus Rumänien besitzt. Der rumänische Staat erhält wieder von je 1000 Kilo ausgeführtem Rohöl eine feste Abgabe von 3,40 Lei, von ausgeführten Erdölerzeugnissen eine feste Abgabe von 4 Lei, was wieder 6—7 000 000 Mark ausmachen dürfte. Außerdem kann er sich wieder mit $^1/_4$ an den Stammanteilen der Gesellschaft beteiligen. Mit anderen Worten: die Ausbeutung der rumänischen Ölvorkommen wird von deutsch-österreichischen Gesellschaften in die Hand genommen; Rumänien braucht sich um nichts mehr, was dabei mit Arbeit verbunden ist, zu bekümmern, sondern steckt jedes Jahr mühelos seine Abgaben und Gewinnanteile ein und zieht automatisch seinen Nutzen aus jedem Fortschritt, den deutsche Arbeit, deutsches Können und deutscher Fleiß in der Ölgewinnung erzielen. Die Staatserträgnisse aus dem Petroleum werden für Rumänien aller Voraussicht nach bald größer sein, als sie vor dem Kriege waren, und Minister Arion sprach sich mit Recht äußerst hoffnungsvoll über die wirtschaftliche Zukunft Rumäniens aus, das ja auch noch durch Teile von Beßarabien kriegsentschädigt wird.

Außer Rumänien werden aus der neuen Organisation die Petroleumgesellschaften, Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich Nutzen ziehen. Der Nutzen entsteht bei dem Verkauf der Ware zu Preisen, die die Gesellschaften mit Billigung der verbündeten Reiche so festsetzen werden, wie ihre Ansprüche an den Gewinn es verlangen. Zu niedrig werden sie nicht sein. Zu zahlen hat die Geschichte natürlich der Verbraucher d. h. in erster Linie der deutsche Staatsbürger, der mit jedem Liter Petroleum, den er in Zukunft kauft, eine Abgabe an Rumänien, an die Petroleumgesellschaften und an das Deutsche Reich entrichtet. Ähnlich wird es in Österreich sein. Aber Österreich hat noch andere Entschädigungen reellerer Art, Deutschland nicht. Ob Herr von Kühlmann so glänzend in Berlin empfangen worden ist, weil ihm das wohl bis jetzt noch nicht dagewesene Kunststück gelungen ist, seinem Volk eine neue Verbrauchssteuer aufzuerlegen, den ihm nahestehenden Finanzkreisen große Gewinne zuzuschanzen und das Ganze als einen großen diplomatischen Erfolg gegenüber dem Auslande und als eine vom Feind entrichtete Kriegsentschädigung zurechtzustutzen?

Einige Unklarheit besteht über das Schicksal jener Petroleumfelder, für die am 1. August 1914 bereits Konzessionen erteilt waren, deren Ausbeutung also nicht unmittelbar den deutschen Gesellschaften zufällt. Sie werden mit auffälligem Schweigen übergangen, und man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, als ob sich die allgemeine händlerische Zufriedenheit auch auf das Schicksal jener ausländischen Konzessionen (englische und amerikanische; die holländischen dürften durch freien Ankauf erledigt sein) erstrecke. Theoretisch liegen allerlei Möglichkeiten vor, daraus versteckte händlerische Kriegsentschädigungen herauszuschlagen. Wenn z. B. eine Gesellschaft mit 45 000 000 Kapital zwangsweise liquidiert wird, und das Reich oder seine Strohmänner kaufen dann die Anteile um 6 Millionen unter der Hand auf, so wird ein Staatsmann sich sicher den Beifall des immer auf einen Frieden des Hin- und Herschiebens bedachten Herrn Th. Wolff erringen, der die 39 Mill. als mittelbare Kriegsentschädigung bucht. Es wird durch solche Methoden gelingen, Deutschland allmählich in den Ruf einer ganz gerissenen Händlernation zu bringen. Unsere Feinde, lügenhaft wie immer, behaupten ja schon von den übrigen Ostfrieden mit ihren Selbstbestimmungsrechten, das Wörtlein „ehrlich", das man früher so gerne in Verbindung mit dem Worte „deutsch" gebrauchte, sei auf sie so wenig anwendbar wie auf die übrigen politischen und wirtschaftlichen Zustände, die zur Zeit

in Deutschland herrschen. Man versteht es allmählich, wenn Lichnowsky Bismarcks plumper Mittel mit einer gewissen Überlegenheit gedenkt, und man kann sich das gerührte Lächeln vorstellen, mit dem seine Freunde auf die primitiven Friedensschlüsse eines Bismarck blicken; eines Bismarck, der, als er Elsaß-Lothringen wollte, Elsaß-Lothringen forderte, und als er eine Kriegsentschädigung wollte, eine Kriegsentschädigung verlangte, statt Banken in Verdienst und die Begriffswelt der Internationalen in Bewegung zu setzen.

Als eine Art Kriegsentschädigung wird selbstverständlich auch der Verzicht Rumäniens auf deutschen Ersatz der durch deutsche militärische Maßnahmen in Rumänien entstandenen Schäden, Requisitionskosten u. dgl. im Betrag von etwa 1 Milliarde Mark hingestellt. Die Rumänen haben uns zwar mutwillig durch eine frevelhafte Kriegserklärung in ihr Land gerufen, sehr gegen unseren Wunsch; aber wenn Herr von Kühlmann es schon als einen Erfolg seiner Kunst betrachtet, daß die erschienenen Gäste nicht für die Unkosten ihrer Unterbringung aufzukommen haben, so muß er ja wissen, wie er seine Kunst einzuschätzen hat. Auch die Verpflichtung Rumäniens, Zivilschäden und völkerrechtswidrig zugefügte Verluste an Vermögen, Leben, Gesundheit und Freiheit zu ersetzen, kann ein System wie das Beth-Kühlmannsche mit Recht schon als Erfolg verzeichnen. Die Russen brauchten ja nicht einmal den in Ostpreußen angerichteten Schaden zu bezahlen. Dafür waren allerdings in Ostpreußen die Geschädigten in der Hauptsache nur deutsche Bauern und Junker, die von der richtigen „Weltkultur" noch weit entfernt sind, während in Rumänien die Deutsche Bank allein gegen 100 Millionen Lei Verlust angemeldet hat; auch die Forderungen der Diskontobank sind recht erheblich. Wieweit die übrigen seit August 1916 roh mißhandelten und beraubten Deutschen in Rumänien entschädigt werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist, daß für die Hinterbliebenen der im Krieg mit Rumänien gefallenen deutschen Krieger sowie für die verwundeten und erkrankten Krieger und ihre Angehörigen nicht, wie es recht und billig wäre, Rumänien, sondern allein das deutsche Volk zu sorgen hat. Der Krieg 1870/71 kostete uns 28000 Tote und 90000 Verwundete; der rumänische Feldzug wohl nicht weniger, soweit es sich von hier aus beurteilen läßt. Der Sieg über Frankreich brachte uns Elsaß-Lothringen und 5 Milliarden Kriegsentschädigung, der Sieg über Rumänien einen Händler- und Bankenvertrag. Im rumänischen Gefangenenlager Sipota sind nach Aussage des Grafen Preysing im Verlauf des letzten Winters von 4000 deutschen Gefangenen 3600 gestorben, besser gesagt gemordet worden.

Solche Dinge gehen über die rein wirtschaftliche Betrachtungsmöglichkeit hinaus und greifen an die Ehre einer Nation. Die gibt es nämlich auch noch, auch wenn bei Bankabschlüssen Blut und Ehre nicht als zahlungsfähige Münze erscheinen. Die Kriegserklärung Rumäniens war ein schmählicher Verrat des Königshauses und ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes; Vertragsbruch ist immer der Ausdruck äußerster Verachtung. Die Ehre Deutschlands hätte die Entfernung der Beleidiger erfordert. Die Herren von Kühlmann und Czernin aber legen sich für das Verbleiben des Königspaares ins Zeug. Es genügt ihnen als völkische Sühne, wenn die rumänischen Juden staatsbürgerliche Gleichberechtigung erlangen. Dafür werden die 70000 Deutschen Beßarabiens wiederum den rumänischen Juden in ihren Rechten auf Schulen, Seelsorge usw. gleichgestellt und der allmählichen Auffangung durch die Rumänen preisgegeben. Vorläufig einmal ist Rumänisch als allgemeine Gerichtssprache in Beßarabien eingeführt worden. Wozu soll das Volk des Siegers irgendeinen Vorrang vor den bisherigen Parias des besiegten

Volkes haben? Hat man in einem Bankabschluß schon jemals einen völkischen Unterschied zwischen den einzelnen Schuldnern und den einzelnen Gläubigern erlebt?

Zieht man die Bilanz des Bukarester Friedens, so verliert Rumänien an Bulgarien 15000 (eingerechnet die Dobrudscha), an Ungarn 5000, an Österreich 600 qkm vorwiegend armen Landes. Marghiloman erzählte am 20. Mai 1918 in Jassy, die Erwerbung Beßarabiens sei nicht in Kischinew, sondern bei den Friedensverhandlungen in Bukarest erfolgt; ohne Unterstützung Österreich-Ungarns und Deutschlands wäre Rumänien nicht um 3 Millionen Menschen und 45000 qkm reicher geworden. Die Belastung Rumäniens durch den Krieg mit etwa neun Milliarden wird allein schon durch diesen Landgewinn im reichen Beßarabien ausgeglichen, abgesehen von der Sicherung seiner Einkünfte aus den Petroleumfeldern und dem Handel mit Landesprodukten, für die ihm die Kühlmannschen Verträge feste Abnahme um höhere Preise (304 M. für die Tonne Weizen und Roggen) verbürgen, als sie der deutsche Bauer für seine Ware erhält. Vor dem Kriege zählte Rumänien 7½ Millionen Menschen. Die Verluste werden auf etwa 800000 bis 1000000 Menschen geschätzt. Nach dem Kriege wird sich die Bevölkerung Rumäniens infolge des beßarabischen Zuwachses auf etwa 9 bis 10 Millionen belaufen. Ein wahrhaft „ehrenvoller" Frieden — für Rumänien.

Für künftige Neutrale und vertragsbrüchige Bundesgenossen hat der Bukarester Frieden ohne Zweifel etwas ungemein Versöhnendes und Beruhigendes. Sie werden in zukünftigen Streitfällen nicht im Zweifel sein, auf wessen Seite sie zu treten haben. Verbinden sie sich mit Deutschland und bleiben Deutschlands Feinde Sieger, so ist ihnen furchtbare Rache sicher. Ergreifen sie die andere Partei, so wartet ihrer im Fall des Sieges wie der Niederlage reicher Lohn.

Friede mit Rußland, Friede mit der Ukraine, Friede mit Rumänien! Der erste hätte mit einem Siege des Kühlmannschen Systems und der Preisgabe Liv-, Est- und Finnlands an Rußland geendet, wenn Trotzki und Lenin aus dem Verhalten der deutschen Unterhändler nicht falsche Schlüsse auf die Revolutionierungsmöglichkeit des deutschen Volkes gezogen hätten. Es ist dem System aber immerhin gelungen, alle Fragen in der Schwebe und dadurch wenigstens die Möglichkeit einer neuerlichen Umwälzung in seinem Sinne offen zu erhalten. Endgültig vermieden ist bereits die Gefahr der Einverleibung der Baltenlande in Preußen und Litauens in Sachsen, der einzigen sicheren Möglichkeit, das baltische Deutschtum vor dem Erdrücken durch Letten und Esten zu bewahren und die Lande zu germanisieren. Die Herrschaft in Rußland liegt in den Händen deutschfeindlicher Juden.

In der Ukraine hat der Kühlmannsche Friede mit dem vollständigen Bankerott geendet. Seine jüdischen Vertrauensmänner haben gänzlich versagt und sind abgesetzt; Getreide kam nicht heraus; das ganze Land und die Brotversorgung mußten in die militärische Hand genommen werden. Die Herrschaft in der Ukraine haben großrussische Kadetten; an ihrer Spitze steht Hetman Skoropadski, der im Juli 1917 in einem offenen Schreiben die Ansicht vertrat, Kiew sei russisches Kulturzentrum, von dem die Wiedervereinigung der russischen Völker — Polen eingeschlossen — zu einer neuen Föderation ausgehen müsse. Im Herbst 1914 überreichte er der russischen Regierung ein Memorandum, in dem er das Bestehen eines ukrainischen Volkes bestritt und die ukrainische Bewegung für eine künstliche österreichisch-ungarische Mache erklärte. Ob der Ablenkung des türkischen Gesichts vom mesopotamischen Süden weg, an dem außer dem Vierbund auch England interessiert ist, nach dem Kaukasus zu, wo dadurch deutsche Interessen geschädigt werden, eine politische Absicht Kühlmanns zugrunde liegt, ist zur Zeit noch nicht zu erkennen.

Während im Ukrainerfrieden immerhin noch andere Einflüsse spürbar sind, ist der Sieg des Kühlmannschen Systems im Bukarester Frieden vollkommen.

Auf die Absichten des Herrn v. Kühlmann im Westen wirft ein Satz aus seiner Berliner Handelskammerrede vom 22. Mai 1918 einiges Licht. Er lautet: „Diesen Handel (den deutschen Handel auf freiem Meer) vorzubereiten, ihm zu dienen, ihn zu stärken, ist all der Arbeit und Bestrebungen, die heute an Ihren geistigen Augen vorübergezogen sind, letztes und höchstes Ziel." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (Nr. 282) widerspricht in einem M. gezeichneten Aufsatz vom 5. Juni 1918 dem sonst gelobten holländischen Sozialisten Troelstra in folgendem Punkte: „Es ist aber unrichtig, wenn Herr Troelstra die Lage jetzt deswegen pessimistisch beurteilt, weil infolge der deutschen Siege der ‚Annexionismus wieder Trumpf' geworden sei." ... Die Entente schlug im Sommer 1917 und im Januar 1918, wie schon früher, den Frieden aus, weil sie in der Kriegslage keine Möglichkeiten sah, ihre Annexionsziele zu verwirklichen. Durch die militärische und wirtschaftliche Verbesserung der Lage bei den Mittelmächten im letzten halben Jahre ist keine andere Änderung eingetreten als die, daß die Entente noch weiter von ihren Zielen entfernt ist. Soll der Friede kommen, so ist nur nötig, daß sie von ihren Annexionszielen abläßt und auf Verhandlungen eingeht."

Die „Daily News" vom 1. Juni 1918 brachte einen Aufsatz ihres Hauptschriftleiters Gardiners, über den sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Nr. 293) vom 11. Juni 1918 ausführlich berichten läßt. Es werden darin folgende Grundsätze entwickelt: „Der Militarismus ist nicht ein Monopol Deutschlands, sondern hat überall, insbesondere auch in England, Anhänger, die mit verblendeter Logik von den Kriegen als einer biologischen Notwendigkeit, einer Medizin Gottes redeten und sich einer wahnsinnigen Presse und der Instrumente des öffentlichen Lebens bedieten, um die hohen Menschheitsziele zu verdunkeln. Diese Ziele, die nicht um dieses oder jenes Stück Land noch um ein neues, für den Krieg organisiertes Staatensystem gingen, sondern um eine für Frieden und Sicherheit organisierte Welt, um Abrüstung, um Ausschaltung des Wettrüstens und gemeinsamen Schutz des Rechtes gegen die Macht müßten erneut klargestellt werden. Das seien die Ziele der Wilsonschen Völkerliga..... Es sei jetzt an der Zeit, daß die Angelsachsen mit der Gründung einer Völkerliga den Anfang machten.... Man möge Deutschland ankündigen, daß kein Kompromiß, wie Dernburg ihn plant, ihm den für die Erlangung der Rohstoffe notwendigen Eintritt in die Völkerliga verschaffen werde, sondern lediglich der Verzicht auf den Militarismus.... Alsdann werden Territorialfragen ihre Bedeutung verlieren."

Der Mitarbeiter der Norddeutschen Allgemeinen bemerkt zu diesen Sätzen, die ebensogut Delbrück, Scheidemann, Erzberger oder irgendein anderer Anhänger der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 geschrieben haben könnte: „Es wäre erfreulich, wenn eine solche verständige Betrachtung der Dinge in einem kleinen Kreise allmählich in die weitere öffentliche Meinung Englands durchdringen würde."

Der bayerische Ministerpräsident v. Dandl erklärte am 2. Juni 1918 dem Wiener Korrespondenten der „Nürnberger Zeitung" in Wien: „Übrigens ist es gut möglich, daß nach dem Zusammentritt des Reichstags die (Friedens)resolution wieder eingebracht wird und wieder eine Mehrheit findet; denn in merito hat sich für Deutschland nichts geändert. Die Bereitwilligkeit für einen Frieden ist bei uns nach wie vor vorhanden."

Deutsches Geistesleben und deutsche Tagespresse.

Von K. Friedrich Ernst.

Rücksichtslose Ehrlichkeit gegen sich selbst hat der Deutsche seit den Tagen Luthers stolz sich oft genug bezeugen dürfen, weil er sie auch oft genug bewähren konnte. Um sie aber immer wieder aufs neue bezeugen und bewähren zu können, hat er auch immer wieder anzukämpfen gegen zwei Untugenden, die einander selbst, wie auch der deutschen Ehrlichkeit gegen sich selbst, entgegengesetzt sind. Er hat anzukämpfen gegen jene Überbescheidenheit, die, bereits von Fichte als „Ausländerei" mit Recht bekämpft und verspottet, um nur ja gegen Fremde gerecht zu sein, oft ungerecht wird gegen sich selbst. Er hat aber ebenso anzukämpfen gegen jenes Sichgehenlassen, gegen jene den schlimmsten Feind des Menschen bezeichnende Gemächlichkeit, die leicht zu der Pharisäerei neigt, die eigenen Fehler zu übersehen und sich zu geben, als ob im eigenen Hause alles stets in besserer Ordnung wäre als im fremden. Gerade auch zum Kampfe gegen unsere eigenen Fehler haben unsere großen Deutschen von Luther bis zu Bismarck immer wieder die deutsche Ehrlichkeit aufgerufen. Sie gehört zum Wesen des deutschen Geistes und zu seiner Entfaltung innerhalb der Gesamtheit des deutschen Volkes. „In ihrem Namen, so forderte schon Luther, „warne und mahne ein jeglicher, wes Standes und Amtes er auch sei. Daran ist nichts gelegen; er thue sich nicht groß auf seinen Namen und verkrieche sich damit, aber er sei bloß ein redend Brünnlein und brummele laut im deutschen Lande für deutsche Sachen; auf die kommt's an, nit auf ihn."

Mahnen und warnen im Interesse der deutschen Sache, oder, wie er selbst sagt, „für deutsche Sachen", fordert also Luther. Und wenn wir diese Forderung heute in einem ganz bestimmten Sinne erfüllen wollen, so müssen wir es auch mit der ganzen deutschen Rücksichtslosigkeit tun, selbst auf die Gefahr hin, damit manchem lieben Deutschen recht wehe zu tun. Denn falsches Mitleid und Furcht vor Schmerz ist selbst eine Unehrlichkeit. Wir müssen eine schmerzliche Seite in unserem deutschen Leben geradezu aufreißen, wollen wir durch Einsicht in ein schweres Gebrechen auf dessen Heilung sinnen und offen, ohne Rückhalt und Beschönigung, eine Unordnung im Bau des Deutschtums bezeichnen. Dieses Gebrechen und diese Unordnung liegt in dem Verhältnis von deutschem Geistesleben und deutscher Tagespresse. Und dieses Verhältnis läßt sich in seiner ganzen Traurigkeit am kürzesten dahin ausdrücken, daß zwischem deutschem Geistesleben und deutscher Tagespresse überhaupt kein Verhältnis besteht. Wir Deutsche haben das denkbar reichste Geistesleben, wir haben eine weitverzweigte Presse; aber unser deutsches Geistesleben verfügt nicht so über eine deutsche Presse, und unsere deutsche Presse arbeitet nicht so im Dienste des deutschen Geisteslebens, wie es zum Besten beider und des ganzen deutschen Volkes dringend nötig ist. Diese Anklage mag hart und bitter sein. Sie muß aber einmal ausgesprochen werden, damit unsere deutsche Presse sich auf eine deutsche Aufgabe mehr als bisher beziehe, eine Aufgabe, die ihr erst den vornehmsten Bestand und Sinn zu geben vermag. Gerade die nationale Presse wird von diesem Vorwurf betroffen, weil uns an ihrem Gedeihen allein gelegen sein muß. Darum aber hat sie auch eine der herrlichsten Aufgaben zu erfüllen. In den Volkskörper führen Tausende geistiger Kanäle. Einer der wichtigsten

und einflußreichsten ist ohne Zweifel die Presse. Die Gegenwart aber zeigt uns hier ein geradezu trostloses Bild in unserem Vaterlande. Wir leugnen nicht, daß es eine gewisse Presse gibt, die mit Rührigkeit, Betriebsamkeit und Geschäftigkeit sich auch zum Sachwalter geistiger Angelegenheiten macht. Aber wir leugnen, daß diese geistigen Angelegenheiten auch Angelegenheiten des deutschen Geistes sind, und daß diese Presse, mag sie auch in deutschen Landen erscheinen, in deutscher Sprache geschrieben und gedruckt sein, eine deutsche Presse ist. Es ist vielmehr die Presse des Alljudentums, die in „geistigen Angelegenheiten" „macht", aus geistigen Angelegenheiten ihr jüdisches Geschäft macht. Das ist das Bild von der einen Seite besehen. Auf der andern Seite gibt es zweifellos eine echt deutsch gesinnte, national vollkommen zuverlässige Presse. Aber gerade in ihr tritt die planvoll bestimmte Fürsorge um das deutsche Geistesleben zurück, so zwar, daß in den Spalten des einen Teils unserer nationalen Presse von diesem wenig, in denen des andern Teils geradezu nichts zu bemerken ist. Der Einzelausnahmen sind so wenige, daß sie nur die in jahrzehntelanger Beobachtung (es ließe sich ein Buch mit reichen zahlenmäßigen Unterlagen darüber schreiben) gewonnene allgemeine Regel bestätigen. Die Art, wie im vorigen Jahre auf das Reformationsjubiläum eingegangen wurde, mußte geradezu niederdrückend wirken. In einer einzigen Zeitung wurde eingehender auch der Wirkung gedacht, die die Reformation auf die tiefsten Geisteskräfte deutschen Schaffens, auf die deutsche Philosophie, geübt hat. Wahrlich, es ist nicht zu verwundern, wenn es in einer in „Deutschlands Erneuerung" (2. Jahrgang, 3. Heft, S. 187) veröffentlichten Bemerkung von R. J. v. Gorsleben heißt: „Die Zeitung ist das Grundübel der Gegenwart, die größte Gefahr für Wohlfahrt und Gesittung und das Hindernis geistiger Gesundung unserer Rasse in Zukunft." Verwundern wird dieser Vorwurf auch den nicht, dem er in seiner Allgemeinheit zu schroff erscheint. Und er erscheint uns zu schroff, obwohl auch wir hier Klage erheben. Denn unsere Klage, so rücksichtslos wir sie im Prinzip erheben müssen, bewegt sich nicht in solcher Allgemeinheit, sondern bezieht sich von vornherein darauf, daß, wie wir sagten, das deutsche Geistesleben nicht so über eine deutsche Presse verfüge, und daß keine deutsche Presse so im Dienste des deutschen Geistesleben arbeite, wie es zum besten beider und des ganzen deutschen Volkes eine dringende Notwendigkeit ist. Daß aber überhaupt jemand in der Zeitung „das Grundübel der Gegenwart" sehen kann, ist Beweis genug dafür, daß zwischen beiden nicht ein Verhältnis besteht, das in Wahrheit ein echtes und positives Verhältnis wäre. Bestände ein solches, dann würde jeder Deutsche auch die Zeitung ganz anders beurteilen. Wir alle könnten und würden in ihr eine Segnung erblicken. Denn daß sie, in ein echtes und wahres Verhältnis zu unserem Geistesleben gebracht, geradezu auch zu einer Quelle „geistiger Gesundung" werden könnte, das ist ebenso gewiß, wie die Tatsache, daß sie es jetzt nicht ist. Daß sie es nicht ist, und warum sie es nicht ist, das liegt daran, daß die deutsche Presse sich die Sachwaltung deutschen Geistesgutes hat von fremdem jüdischen Geiste entwinden lassen, der aber nur des Geistes Sache, dessen Kind er selber ist, verwalten kann.

Mancher in unserem Volke sieht alle dem leider zu, ohne sich überhaupt sonderlich Gedanken darüber zu machen. Mancher wieder macht sich zwar seine Gedanken darüber, aber keine richtigen Gedanken, er gelangt zu keinem rechten Augenmaß für die Dinge, wie sie tatsächlich liegen und wie sie in Wahrheit liegen sollten. Er meint, das Geistesleben sei überhaupt nicht Sache der Tagespresse; deren Aufgabe liege, abgesehen von „Tagesneuigkeiten", in Politik und Wirtschaftsleben oder mit

einem Worte: in Wirtschaftspolitik beschlossen, alles andere sei mehr oder minder annehmbares Beiwerk. Das ist fraglos auch der am weitesten verbreitete Standpunkt der deutschen Tagespresse selbst. Aber das ist zugleich die Ansicht einer äußerst gefährlichen, wirklichkeitsfremden Verschwommenheit, der für das wirklichkeitsbestimmte lebendige Leben und für die Geschichte unseres Volkes aller Sinn abgeht. Denn aus der bestimmten Ganzheit und Wirklichkeit völkischen Lebens ist auch sein Geistesleben, ist seine Kultur nicht hinwegzudenken. Ja, gerade sein Geistesleben bildet in seiner wirklichen Lebensgesamtheit den Gipfel, für diese also ein so entscheidendes Bestandstück, daß ein unnatürliches, wirklichkeitsfremdes Absehen davon nicht nur eine blasse Schulmeinung und Torheit, sondern ein tatsächliches Verhängnis bedeutet. Eine Politik, die von ihm absieht, ist Böotier- und Hinterweltlerpolitik: sie mag als blasse lehrhafte Meinung vorkommen, ist in der Welt der Wirklichkeit aber ein Ding der Unmöglichkeit. Und wie ein Fehler dadurch, daß er oft begangen wird, noch nicht richtig wird, so hindert das häufige Vorkommen grauer hinterweltlicher politischer Lehre und Leere nicht, daß diese eben grau und hinterweltlich ist. Denn das wirkliche inhaltsbestimmte politische Leben eines Volkes ist von seiner Kultur nicht zu trennen, darum auch nie „bloß" oder „rein" politisch, auch nicht bloß wirtschaftspolitisch, sondern immer auch kulturpolitisch, schon darum, weil die Politik selbst eine Form der Kultur ist.

Deshalb ist es so gefährlich, wenn unsere nationale Presse in der überwiegenden Mehrzahl ihrer Organe jenen falschen, allgemein verblasenen Standpunkt einnimmt, als ob die Geisteskultur einfach deren besonderen Organen, also etwa deren künstlerischen, wissenschaftlichen, religiösen usw. Zeitschriften überlassen werden könnte, während sie selber, die Presse, sich auf „reine" Politik oder auf politische Wirtschaftsfragen beschränken könnte, wo in Wahrheit und in der Wirklichkeit des inhaltsbestimmten lebendigen Lebens alle jene Probleme einen einheitlichen Zusammenhang bilden. Wäre jenes allgemeine Absehen von der inhaltlichen Besonderheit überhaupt vollziehbar und würde es von der Tagespresse praktisch durchgeführt, so ließe sich das vielleicht zur Not noch ertragen. Aber weil jenes Absehen nicht vollziehbar ist, und weil es tatsächlich auch leider nur von der nationalen Presse in einem bedauerlichen Umfange gehandhabt wird, erhebt sich für unser völkisches Leben eine geradezu ungeheure Gefahr. Denn ganz und gar nicht durchgeführt wird jenes Absehen in Deutschland von der undeutschen (oder soll man sagen: antideutschen?) alljüdischen Presse. Und damit wird dem Alljudentum die Sachwaltung des Geisteslebens in der Presse überantwortet, solange die nationale Presse sich seiner nicht mit Energie annimmt und die Pflege auch des deutschen Geisteslebens zu ihrem bewußt und planmäßig verfolgten Ziele macht. Hier erwächst gerade der deutschen Presse die große, verantwortungsvolle, aber herrliche Aufgabe, sowohl die unserem Geistesleben vom Judentum drohende Gefahr zu bannen, wie auch für deutsche Geisteskultur und deutsche Kulturpolitik aufbauende Arbeit zu leisten.

Das aber kann nur geschehen, insoferne sie das Ziel, wie gesagt, bewußt und planmäßig verfolgt. Darum sprach ich soeben von einem bewußt und planmäßig verfolgten Ziele. Darauf kommt alles an. Und hier liegt der gewaltige Unterschied zwischen jüdischer und deutscher Presse, der den Judenblättern leider zu ihrem so verderblichen Einflusse verholfen hat, während die deutsche Presse so gut wie einflußlos geworden oder überhaupt geblieben ist. Denn wenn diese sich vielleicht auch zu einem bescheidenen Teile dagegen verwahren könnte, daß sie dem deutschen Geistesleben teilnahmslos gegenübersteht, so bleibt sie doch dem Vorwurf machtlos preis-

gegeben, daß sie es nicht in geregelter Weise und bewußt unterstützt und dafür gearbeitet habe. Die alljüdische Presse dagegen hat mit Plan und Ziel, mit Umsicht und Entschiedenheit, die als solche auch der Gegner anerkennen muß, sich stets für den Geist eingesetzt, der von ihrem eigenen Geiste, oder von dessen Geiste sie selber Geist ist. Dieser wird und muß ihr das zum Verdienst anrechnen. Aber wenn sie vorgibt, auch deutschen Geist zu pflegen, so ist das ein grober Irrtum oder vielmehr eine grobe Irreführung. Und wenn demgegenüber, wenn der jüdischen Presse gegenüber nicht endlich die deutsche Presse mit derselben planvollen Bewußtheit sich des echten deutschen Geistes annimmt, so muß das Versäumnis in der Zukunft zu einer verhängnisvollen Wendung führen.

Es ist nicht nötig, alle Gebiete des Geisteslebens durchzugehen, um uns die ganz trostlose Lage zu vergegenwärtigen. Ein Blick auf die hervorstechendsten Erscheinungen der Geisteskultur genügt, um das unsäglich traurige Bild vor unseren Augen zu entrollen. Ist es nicht eine Schmach und Schande, daß es jedem Judenblatte, um zunächst auf das religiöse Gebiet hinzuweisen, freisteht, am kirchlichen Leben beider christlicher Bekenntnisse zu kritteln und zu nörgeln, während ein Sturm den jüdischen Blätterwald durchtoben würde, wollte ein deutscher Christ auch nur ein kritisches Wörtlein gegen das jüdische Synagogentum sagen? Die jüdische Presse darf einen elenden Schreibler zum großen Dichter in die Höhe loben, der in hündischer Gemeinheit das deutsche Pfarrhaus mit Kot besudelt, die protestantische Pfarrerfrau in den Schmutz zieht oder am katholischen Priester in Deutschland seine Luderein treibt. Man stelle sich dagegen den Lärm vor, den die Juden schlagen würden, wollte ein deutscher Schriftsteller den Rabbiner oder seine Frau zum Gegenstand auch nur leisen Spottes machen!

Wir berührten mit dem religiösen Leben hier schon das künstlerische Leben. Das schreit aber auch schon an und für sich in seiner Abhängigkeit vom Judentum und seiner Presse zum Himmel. Die heutige „Theaterkultur" ist eine Affenschande. Das deutsche Theater ist in jüdischen Händen. Die jüdische Presse „macht" den „Dichter" (wenn er entweder selber Jude oder jüdischem Geschäftsgeiste dienstbar zu machen ist), sie „macht" den Schauspieler, „macht" den Dramaturgen, „macht" den Kritiker. Die nationale Presse bringt ja gewiß auch ihre obligaten Theaterberichte. Man ist schon zufrieden, wenn man gelegentlich in einem Bericht etwa über „Berliner Theater" eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der jüdischen Mache oder gar ein bißchen Spott auf deren Theaterschützlinge zu lesen bekommt. Aber eine entschiedene Verwahrung gegen den ganzen Geschäftsbetrieb, unter dem deutsche Dichtung, Schauspielkunst, Dramaturgie elend und erbärmlich zu leiden haben, an den sie geistig und (man denke an das Elend der Schauspielerinnen) mit Leib und Seele verraten sind, begegnet uns leider selten oder nie. Vertraut doch selbst eine vielgelesene, politisch ausgesprochen nationale Zeitung, die im übrigen gerade das Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, dem deutschen Geistesleben ein in der nationalen Presse seltenes Interesse zuzuwenden, die Kritik einem Manne an, dessen Deutschtum mehr als fraglich ist. Die jüdische Presse öffnet grundsätzlichen Erörterungen über Poesie, Drama, Schauspielkunst bereitwillig ihre Spalten und bearbeitet so das Publikum nach der Richtung, in der sie es eben haben will. In welcher Weise und wie aus ihr deutscher Geist planmäßig abgedrängt wird, das wissen nicht allein die Betroffenen. Und wie kläglich ein deutscher Dichter, um nur ja nicht in den Verdacht des „Antisemitismus" oder auch nur des lebendigen Bewußtseins deutschen Rassegefühls zu geraten, sich in den Spalten eines jüdischen Presse-

organs bemühen kann, nur ja nicht seiner Ungunst zu verfallen, davon konnte man erst jüngst ein rührend kindliches, wenn auch leider nicht einzig dastehendes Beispiel erleben. Für jene grundsätzlichen Erörterungen aber fand sich in der deutschen Tagespresse bisher leider kein Raum, also auch schon, als wir noch nicht unter Papierknappheit zu leiden hatten.

Wie deutsche Malerei und Bildhauerkunst von der in Deutschland erscheinenden Presse behandelt werden, das ist ein Skandal. Die deutsche Presse bringt darüber kaum dürftige Notizen, die über Mitteilungen von Kunstversteigerungen und Erwerbungen durch einzelne oder Museen kaum hinauskommen, als sei auf sie schon ganz der jüdische Geschäftsgeist übergegangen. Die jüdische aber „macht" auch hier eben ihr Geschäft, nur versteht sie den Schein der künstlerischen Sachlichkeit, das muß ihr wieder jeder Gegner lassen, zu wahren. Dann vermag sie kindlicher Kritiklosigkeit ihr Urteil aufzuschwätzen. Wie dieses Urteil aber über deutsche Kunst, deren Wesen eben dem jüdischen Fremdling völlig fremd ist, ausfällt, das stellt eine geradezu tolle Fratze dar. Derselbe jüdisch geleitete Klüngel, der noch während dieses Krieges eine Marées-Gesellschaft auf die Beine zu bringen sucht, erfrechte sich, Menzel für einen „Philister" zu erklären, Böcklins Kunst als „Alkoholdunst deutscher Kommersstimmung" zu verhöhnen, Böcklin wie Thoma und Klinger alle künstlerische „Kultur" abzusprechen und sie der „anthropomorphistischen Barbarei" zu überantworten[1]). Solche Dummheit und Plumpheit mag manchem zu toll erscheinen, als daß sie gefährlich wirken könnte. Aber, wer so denkt, vergißt die Wirkung der alljüdischen Presse. Denn diese vergißt sich nicht immer so weit, die Schofelhaftigkeit des Urteils in ihrer ganzen Nacktheit und Seichtigkeit bloßzustellen. Sie wahrt, wie gesagt, den Schein der Sachlichkeit. In langen und breiten „sachlichen" Auseinandersetzungen pflegt sie ihre Günstlinge und betreibt das Geschäft der großen Kunst-Warenhäuser ihrer Rassegenossen. Die deutsche Presse aber begnügt sich mit ihren kurzen Notizen aus dem Gebiete von „Kunst und Wissenschaft".

Die deutsche Wissenschaft bildet freilich ein eigenes Kapitel im Betriebe der Presse. Zwar „Hochschulnachrichten" mit den Berufungen der Professoren an unseren Universitäten bringt ja fast jede Zeitung, die nicht gerade ein Ortswochenblättchen ist. Aber die Stellung zu den sachlichen geistigen Inhalten ist geradezu niederdrückend. Unter allen Wissenschaftsgebieten steht die deutsche Philosophie, um hier nur von ihr als dem deutschesten Wissenschaftsgebiete zu reden, dem auch die weitesten Kreise unseres Volkes stets ihren Anteil widmen, seit den Tagen des griechischen Altertums einzig in der Welt da. Das hat bis zu diesem Kriege auch immer das Ausland, auch das uns heute feindliche, anerkannt. Und die deutsche Presse? — Nun gewiß, eine besonders hervorragende Leistung wird von ihr nicht ganz unbeachtet gelassen. Ein halbes Dutzend unserer besten nationalen Zeitungen widmet ihr gelegentlich in ihrem Unterhaltungsblatte vielleicht sogar einen besonderen Artikel. Das, wenn es hoch kommt! In diesem Falle kann man aber Gift darauf nehmen, daß dann die Judenpresse das Werk mit Sicherheit totschweigt. Denn widmet ihm die nationale Presse solche Beachtung, dann ist sein Verfasser (es sei denn, daß er durch einen jüdischen Verlag oder durch starke Judenfreundschaft oder Judenfreundschaften gegen diesen Verdacht gesichert ist), dringend „nationalistischer" Gesinnung verdächtig, bei der nach dem Urteil der Judenpresse

[1]) Darüber vergleiche man ausführlicher den Artikel: „Eine Marées-Gesellschaft" von Dr. R. Volz im „Deutschen Volkstum", Märzheft 1918.

die „übernationale Wissenschaft" zu kurz kommt. Für ihre Leute aber hält sie, in den „führenden Organen" zum mindesten, eine wissenschaftliche Beilage bereit. Und das ist auch nötig. Sind doch von den 41 (ordentlichen und außerordentlichen) Professuren für Philosophie an unseren Hochschulen bereits zehn in jüdischem (getauft und ungetauft) Besitz. Ein hübscher Prozentsatz, wenn man ihn mit der Verhältniszahl (1%) der Bevölkerungsziffern vergleicht! Kein Wunder, daß bei so glänzenden Aussichten das strebsame Judentum im akademischen Privatdozentennachwuchs immer stärker wird. Da es darum bereits eine Reihe jüdischer Philosophenschulen an unseren deutschen Universitäten gibt, so hat die Judenpresse die heilige Pflicht, die Gedanken dieser Judenschulen ins deutsche „Volk" zu tragen. Ihre Rassegenossen müssen planmäßig gefördert, verbreitet und begünstigt werden, während die deutsche Presse von deutschen Gedankenleistungen eben nur gelegentlich Vermerk nimmt. Wie vom Judentum und seiner Presse aber in unserer Zeit ein deutscher Philosoph behandelt werden kann, bloß weil er über den Begriff der Nation Klarheit verbreitet und gelegentlich auch einen Unterschied zwischen deutschen und jüdischen Denkern zu bezeichnen wagt, das ist ja in diesen Blättern erst jüngst durch eine „Charakteristik der gegenwärtigen Lage im deutschen Geistesleben" an dem Zusammenstoß B. Bauchs mit der Kant-Gesellschaft grell beleuchtet worden.

Es genügt, auf diese wichtigsten Gebiete des Geisteslebens hinzuweisen, um Klarheit darüber zu schaffen, wohin wir treiben. Nur ein Blinder kann die Gefahr übersehen oder auch nur unterschätzen. Auch das langsam wirkende Gift wirkt eben doch, ja es wirkt vielleicht um so sicherer. Niemand bilde sich ein, das Volk sei dagegen gefeit; niemand glaube, die Gefahr leicht nehmen und an der Ansicht festhalten zu dürfen, als komme auf die Presse ja doch für unser Geistesleben nicht viel an, als wähle unter den Gesichtspunkten des Geisteslebens niemand seine Zeitung, lasse sich niemand von seiner Zeitung beeinflussen und als sei eines jeden Verhältnis zu dieser „rein" politischer Art. Wer ehrlich in sich selbst und auf seine Umgebung blickt, wird in kurzer Zeit an Dutzenden bestimmter Fälle das Gegenteil bezeugen können, nur daß leider gerade die nationale Presse bisher so wenig zur Erhärtung des positiven Zusammenhanges von Presse und Geistesleben beizutragen vermocht hat und wir gerade in unseren mit besonderer Ausgeprägtheit „rechtsstehenden" Kreisen eine beschämende Armut an geistigen Interessen (schonen wir uns nicht und seien wir ehrlich gegen uns selbst, um durch Selbsterkenntnis auf den Weg der Besserung zu gelangen!) antreffen. Nach der Kehrseite tritt die Erscheinung mindestens ebenso deutlich zutage. Mir wird manches Erlebnis unvergeßlich bleiben. Hier nur eines anstatt vieler: Vor Jahren traf ich einen alten Studiengefährten in Süddeutschland wieder. Auf seinem Schreibtische lag die in Süddeutschland gelesenste Judenzeitung. Er beobachtete sofort als guter Menschenkenner eine gewisse Überraschung in meinem Gesicht, und noch ehe ich ein Wort sagte, bemerkte er: „Ja, seit ich hier bin, lese ich auch diese Zeitung. Politisch habe ich natürlich nichts mit ihr zu schaffen. Aber man will doch etwas auf dem Laufenden bleiben mit den wissenschaftlichen und künstlerischen Vorgängen der Zeit. Und da lassen uns unsere deutschen Zeitungen schmerzlich im Stich." Vor kurzem sah ich den alten Studiengenossen, der damals wirklich noch nichts mit der Politik der Judenpresse zu tun hatte, wieder, aber jetzt hatte er doch mehr als einen für mich schmerzlichen Berührungspunkt mit ihr. Der Fall war für mich recht lehrreich.

Jeder aufrechte Deutsche wird seine Kraft einsetzen, um an einer Erneuerung Deutschlands mitzuarbeiten. Und nicht gering sind diese Arbeitsmöglichkeiten.

Eine der wichtigsten und folgereichsten aber liegt auf dem Gebiete der Presse. Mit der Forderung nach „Deutschlands Erneuerung" ist unmittelbar die Erneuerung der deutschen Presse mitgefordert. Ohne diese ist jene nicht möglich. Mit neuem Geiste muß die deutsche Presse sich erfüllen im Interesse eines neuen Deutschlands, und dieser neue Geist muß wahrhaft deutsch und wahrhaft Geist sein, klare deutsche Besinnung und nicht bloß dumpfe nebelhafte Gesinnung. Erfüllt sich die deutsche Presse mit dem Geiste wahrhaften deutschen Geisteslebens, dann, aber auch nur dann erfüllt sie ihren Kulturberuf, erarbeitet sie sich einen Sinn und Wert, der ihr durch nichts genommen werden kann. Ohne schaffenden Anteil am deutschen Geistesleben bleibt die deutsche Presse ein Werkzeug der bloßen Zivilisation, dessen Wert mehr als fraglich oder, vielleicht darf man sagen, weniger als fraglich ist. Nur die bestimmte Wirkung im Dienste unserer geistigen Werte und Aufgaben sichert ihr Sinn und Bedeutung im Zusammenhangsgefüge unserer Kultur. Vor diese Wahl gestellt, sollte ihr die Entscheidung nicht schwer werden. Sie müßte von allen guten Göttern des deutschen Geistes bereits verlassen sein, sollte sie sich nicht mehr darauf besinnen können, daß ihr Platz da ist, wo auch die Bestimmung des deutschen Geisteslebens ist.

Aufruf!

In den Kriegsteilnehmerorganisationen nimmt eine immer größere Zersplitterung und Verwirrung überhand. Es wird versucht, auch in diese große vaterländische Sache wiederum das Parteien- und Klassenwesen hineinzutragen.

Der Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter e. V., München, ist die erste auf bürgerlicher Seite stehende Organisation, welche unter Ausschaltung aller politischen und berufsständischen Nebenabsichten unmittelbar aus Soldatenkreisen entstanden, sowohl die Kriegsbeschädigten als die Kriegsteilnehmer des ganzen Reiches umfassen, deren wirtschaftliche, aus dem Kriege erwachsene Interessen fördern und die Bande der Kameradschaft in einer die Klassengegensätze überbrückenden Weise pflegen will.

Der Bund lädt alle bestehenden, mit Kriegsteilnehmerfragen sich befassenden Organisationen jeder Art, insbesonders auch die Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen ein, gemeinsam an der Lösung der Aufgabe zu arbeiten. Zunächst sollen überall im Reiche Ortsgruppen gegründet werden, der Aufbau von selbständig arbeitenden Landesverbänden für die einzelnen Bundesstaaten ist im Gange. Alle jene, welche gewillt sind, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten, werden um Angabe ihrer Adresse an die Geschäftsstelle des Bundes (München, Weinstraße 27) gebeten.

Jede Zersplitterung schadet der Sache. Es darf mit dem Bau der Organisation nicht zugewartet werden bis zum Friedensschluß, die Krieger sollen das Haus bestellt finden, wenn sie mit fliegenden Fahnen heimkehren.

v. Calker (M. d. R., Nlb.), Fehrenbach (M. d. R., Z.), Frommer (M. d. R., Kons.), Irl (M. d. R., Z.), Koßmann (M. d. R., Z.), Meyer-Herford (Nlb.), Dr. Müller-Meiningen (M. d. R., F. Vp.), Scheef (M. d. R., F. Vp.), Dr. Werner-Gießen (M. d. R., D. F.), Dr. Wildgrube (M. d. R., Kons.).

Ein Museum für deutsche Stammes- und Rassenkunde.

Von Dr. Otto Lehmann-Altona.

Wenn wir in nachstehendem den Wert und die Bedeutung eines Museums für deutsche Stammes- und Rassenkunde nachzuweisen versuchen, so soll gleich vorausgeschickt werden, daß wir damit nicht an ein Museum denken, das, noch eins zu den vielen, nur ein neues Gebäude mit mehr oder weniger toten Sammlungen bilden würde. Solcher Museen, die nur Ergebnisse von Forschungen bergen und höchstens dem Fachgelehrten etwas bedeuten, haben wir genug. Wir denken vielmehr an die Allgemeinheit, an ein Museum, das in ganz bewußter Absicht es sich zur Aufgabe macht, dem Volke, d. h. allen den vielen Menschen, die da sehen und lernen wollen, die Verschiedenheit unserer deutschen Stämme und ihren völkischen Wert durch die Anschauung lebendig zu machen; das eindringlich und allgemein verständlich allen Besuchern den Sinn der Rassenkunde, die Tatsachen der Vererbung und die tiefe Bedeutung der Rassenhygiene für die Gesundung des Volkes selbst darlegt, und sie zum Nachdenken wie zum eigenen Tun und Handeln anzuregen imstande ist.

Ein englischer Museumsleiter sagte einmal: „Ein Museum wirkt nur soviel, als die Besucher für die Dinge Verständnis mitbringen." Der Satz ist zweifellos richtig. Wie es aber gewiß ist, daß unser Volk für alle Dinge der Stammes- und Rassenkunde zunächst nur geringes Verständnis besitzt, ebenso sicher ist es, daß dieselben Menschen allen Fragen, die sich auf das Woher und Wohin des Menschen, des Volkes und des völkischen Lebens beziehen, nicht nur allgemeines Interesse, sondern ein tiefes, fast leidenschaftliches Sehnen nach Erkenntnis entgegenbringen. Denn sie fühlen unbewußt, daß da irgendwelche Geheimnisse verborgen sind, daß aber ihr eigenes wie des gesamten Volkes Wohl und Wehe, ihre ganze Zukunft an dieser Kenntnis hängt. Das möchten wir zunächst an einer ganz bescheidenen Erfahrung erwiesen sehen, nämlich der, daß im Altonaer Museum in keinem Raum die Dinge von den Besuchern mit tieferem Interesse betrachtet werden, als in jenem, der die Bezeichnung „Entstehung der Art" trägt, und in dem die wichtigsten Tatsachen der Anpassung und Vererbung dargestellt sind; eine Erfahrung, die bei jeder Führung stets von neuem wieder bestätigt wird. Weiter aber: daß ein jedes Museum einen tiefen Einfluß auf die Besucher ausüben kann, sobald nur die rechte Art der Darstellung gefunden ist und daß die Darstellung selbst für ein der Allgemeinheit auch ganz fernliegendes Gebiet von grundlegender Bedeutung ist sahen wir an dem Erfolg der Hygiene-Ausstellung in Dresden bestätigt. Die Halle „Der Mensch" war für viele Hunderttausende gleichsam eine Offenbarung geworden, eine Quelle edelsten, dauernden Genusses, nicht etwa nur des Gegenstandes wegen, sondern vor allem wegen der meisterhaften Darstellung eines an und für sich spröden Stoffes, wie es die menschliche Anatomie und Physiologie nun einmal sind. Wäre die Darstellung in der, in den Museen sonst üblichen Weise erfolgt, so hätte kein Mensch dieser Halle Interesse abgewonnen. Hier aber hatte die Form der Darstellung den Stoff wirklich bezwungen und ein wirksames Bildungsmittel geschaffen, das für hoch und niedrig in ungeahnter Weise fruchtbar wurde. Wir sind der Überzeugung, daß auch die deutsche Stammes- und Rassenkunde, auf dem Boden strenger Wissenschaftlichkeit stehend, sich in gleicher Weise für alle Besucher nutzbar darstellen läßt. Das „Wie"

der Darstellung ist hier nicht zu erörtern, ebensowenig soll auf den Umfang des zu behandelnden Gebietes eingegangen werden. Das ist die Sache des Schöpfers. Nur so viel mag gesagt werden, daß dieser Schöpfer ein Künstler in seinem Fache sein muß, der jene so unendlich tief in unser ganzes Sein eingreifenden Dinge nicht nur wissenschaftlich beherrscht, sondern auch die Fähigkeit besitzt, sie allgemein verständlich, überzeugend und lebendig wirksam darzustellen. Dagegen soll über den Wert des Museums einiges gesagt werden.

Ein solches Museum wird für unser Volk vieles leisten; denn es bringt die Dinge selbst und Begriffe dem Volke näher, die zum wahren Verständnis des völkischen Lebens unbedingt nötig sind und die ohne die Anschauung unfruchtbar bleiben. Seine stille Fruchtbarkeit ist unbegrenzt und unvergleichlich bedeutender als alle Vorträge, Aufklärungen und Zeitschriften, die nur das gedruckte Wort vermitteln können und sich nur an begrenzte Kreise wenden, bei denen Interesse und Kenntnisse vorauszusetzen sind. Das Museum aber, das sich an alle Menschen wendet, darf nichts voraussetzen. Da zwingen die Dinge jedesmal, den Gedanken, der ihre Darstellung veranlaßte, klar zum Ausdruck zu bringen. Weil die Dinge selbst die wirkliche Grundlage bilden, ist die bloße Andeutung und jede Unklarheit ausgeschlossen; jedes Urteil unterliegt von neuem der Prüfung jedes Besuchers, dessen Gedanken wohl geleitet, dessen Sinne aber nicht betrogen werden können. Jede Vererbungstatsache, die an Geschlechterfolgen dargestellt wird, läßt sich vielleicht in ihrer ursächlichen Begründung verschieden deuten, als Tatsache bleibt sie aber für jeden Besucher unanfechtbar, und kann die Quelle zu eigenem Nachdenken, zu selbständiger Lösung des Problems werden. Das muß schließlich auch der wissenschaftlichen Arbeit zugute kommen und wird für die Stammeskunde vielleicht besonders bedeutungsvoll werden. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Kenntnis und Kunde unserer deutschen Stämme bis jetzt vornehmlich auf sprachlich-geschichtlichen Untersuchungen beruht.

Die Sprache ist gewiß ein wichtiges und bequemes Mittel zur Scheidung der deutschen Stämme; das einzige, das bis jetzt Anwendung fand. Aber so hoch auch man ihren Wert als Erkennungsmittel schätzen mag, das einzige Merkmal kann und wird sie nicht sein. Ja, es kann sich wohl herausstellen, daß auf Grund der sprachlichen Merkmale manche Trugschlüsse über die Abgrenzung unserer deutschen Volksstämme untergelaufen sind. Die Bewohner der Halbinsel Eiderstedt sprechen seit mindestens fünf Jahrhunderten plattdeutsch, sie aber darum zu den Niedersachsen zu rechnen, wäre ein Irrtum; er ist zwar nicht zu befürchten, da ihre Abstammung von den Ostfriesen geschichtlich sicher beglaubigt ist, und ihre körperlichen Merkmale wie auch ihr Haus sie unverkennbar den Ostfriesen zuweisen. Wie aber, wenn die geschichtlichen Zeugnisse fehlen oder unsicher sind? Die Dithmarscher werden als eine Einheit von den Sprachforschern den nordalbingischen Sachsen zugerechnet, zumal auch Adam von Bremen Nordalbingien in den Thietmarsgau, das Land der Holzaten und Stormarn zerfallen läßt. Und doch ist eine scharfe Grenze zwischen den Bewohnern der Dithmarscher Marsch und der Dithmarscher Geest vorhanden. Das ist im Hause nachweislich; diese Trennung beruht aber auch auf einer, bis auf den heutigen Tag unüberbrückten tiefen, völkischen Abneigung der Marschleute gegen die Geestbewohner; sie prägt sich auch in körperlichen Merkmalen aus und fällt jedem auf, der die Landschaften durchwandert. Solcher Fälle, die die Sprache als trügerisches Kennzeichen der Stammesangehörigkeit erscheinen lassen, lassen sich in deutschen Landen aber wohl manche aufzählen.

Hier muß also die biologisch-statistische Forschung einsetzen, aus der äußeren Erscheinung, dem Phänotypus, der einzelnen Stämme das Nebensächliche, Zufällige ausscheiden, um den eigentlichen Stammescharakter, den Genotypus, festzustellen. Denn für die Abweichungsbreite lassen sich sichere Werte festlegen, auch wohl der Einfluß der Lokalität bestimmen, und so Werte ermitteln, die bis jetzt zwar gefühlsmäßig empfunden aber nicht bestimmt zahlenmäßig umschrieben werden können. Gewiß kann man sich anheischig machen, einen Bewohner Schleswig-Holsteins seiner Landschaft zuzuweisen. Es ist nicht schwer, den Bewohner des dänischen Wohldes z. B. von dem Propsteier, diesen von dem Wilstermarschbauern zu unterscheiden. Ebenso sicher mag man den Altenländer vor dem angrenzenden Hannoveraner oder den Schwaben vor dem Franken zu erkennen. Aber solche Unterscheidungen beruhen doch mehr auf persönlicher Einsicht und Erfahrung, auf einer unbewußten Summierung zahlreicher, oft unmerklich kleiner Eigentümlichkeiten und auf gedanklicher Feststellung. Es sind dagegen meines Wissens für die deutschen Volksstämme noch nicht so fest umschriebene Werte wie z. B. für fremde Volksstämme aufgestellt. Die Bedeutung liegt aber auf der Hand, und diese Untersuchungen haben, wie wir sehen werden, nicht nur einen wissenschaftlichen, theoretischen Wert. Es kann vielmehr einen sehr bedeutenden Nutzen haben, wenn die Ergebnisse von Kaspar Zeuß' grundlegendem Werke über die deutschen Stämme nicht mit dem gelehrten Werke im Bücherschrank verstauben, sondern wenn sie auf biologische Grundlagen zurückgeführt und vertieft werden, und wenn sie durch ein öffentliches Museum in den Dienst des Lebens und der menschlichen Gesellschaft gestellt werden.

Die Methode der Forschung wird sich auch nicht allein auf die körperlichen Merkmale und deren Erblichkeit beziehen. Die Schädelform, die Farbe von Haar und Augen, die durchschnittliche Körpergröße sind gewiß wertvolle Unterlagen, ebenso wertvoll als die Sprache; aber auch der Hausbau, soziale und rechtliche Verhältnisse werden vom volkskundlichen Gesichtspunkte aus eine ganz andere Bedeutung erlangen und im Laufe der Zeit vielleicht zu nützlichen Forderungen führen. In altem Brauch steckt manche Lebensweisheit. Das Minorat im Gebiet des Nordstrandischen Landrechts und in der Propstei hat z. B. für jene Gegenden eine außerordentlich aussondernde Bedeutung für die Erhaltung des mittleren Bauerstandes gehabt, die durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch ausgeschaltet ist. Die Erbpacht ist vielleicht nicht überall ein Segen, hat aber in anderen Gegenden mit bestimmten völkischen Eigenschaften segensreich gewirkt. Der biologisch-mathematische, sichtbare Nachweis, wie groß die durchschnittliche Kinderzahl sein muß, um einen Bevölkerungsstand auf gleicher Höhe zu erhalten, muß auch dem unverständigsten Eigensinn klar werden lassen, daß das Zweikindersystem mit mathematischer Sicherheit zur Entvölkerung und zur Verarmung, zur Unstetigkeit der Familien und des erblichen Besitzes führen muß. Und darin liegt eben der große Gewinn des Museums, daß es durch seine Darstellungen zwangsmäßig anschaulich wirkt; vor den wirklichen Dingen lassen sich die Augen nicht dauernd verschließen. Dagegen hilft auf die Dauer weder Vorurteil noch Brauch, noch Sitte und Aberglaube. In soviele Gebiete des menschlichen Lebens aber das Museum mit seinen Forschungen und Darstellungen eingreift, so vielseitiges Interesse wird es auch erwecken, zumal wenn alle Dinge so anschaulich dargestellt werden, daß sie auch dem gemeinen Mann klar werden, wozu in diesem Falle alle sog. Gebildeten bis zum hohen Verwaltungsbeamten gerechnet werden müssen.

Freilich folgt daraus, daß ein solches Museum auch eine gewissermaßen propädeutischen Charakter haben und das Rüstzeug der biologischen Arbeitsmethode dar-

stellen muß. Denn die Grundbegriffe und Erfahrungen der Vererbung sind so unbekannt, wie sie für alle Menschen höchstes Interesse erhalten, wenn ihnen durch die Darstellung der ursächlichen Verknüpfung plötzlich der Vorhang vor einer fremden und bisher ungeahnten Welt des Erkenntnisses fortgezogen wird. Es wird auch den schwerfälligen Menschen anpacken, berührt ihn vielleicht sehr persönlich, wenn er sehend erfährt, daß und warum eine Krankheit durch Geschlechterfolgen in einer Familie verborgen sein kann, um plötzlich wieder zu erscheinen. Es müssen daher klare Vorstellungen von den Vorgängen der Befruchtung und der Vererbung in dem Besucher erweckt werden; die Begriffe der Mutation (erbbildlichen Abweichung), des Phänotypus (Erscheinungsbildes) und Genotypus (Erbbildes), der Homozygoten (Reinerbigen) und Heterozygoten (Bastardnaturen), der Mendelschen Vererbungsregel, der reinen Linie und soviele andere Tatsachen und Vorstellungen können nur durch sinnfällige Darstellungen, durch Bild und Gegenstand, durch Modelle, oder wie es auch immer möglich ist, zu festen Begriffen werden. Anderseits wird den Besuchern wertvoll und ihrer Eigenart förderlich sein, wenn ihnen nachgewiesen wird, daß jedem Stamm und damit auch jeder Einzelperson gewisse unzerstörbare Grundeigenschaften zukommen, zu denen er sich mit ruhigem Stolz bekennen darf; noch wirksamer aber ist vielleicht der sichtliche Beweis, daß der Aufstieg oder Zerfall ganzer Stämme auf Pflege oder Vernachlässigung des Ahnenerbes beruht. Die sog. Blutauffrischung durch fremde Rassen läßt sich als ein sehr zweifelhafter Versuch erweisen. Und wie nötig ist es, den Mitgliedern aller Stämme und aller Volksschichten den ethischen Wert des Landlebens als der Quelle für die Erhaltung völkischer Eigenschaften eindrucksvoll einzuprägen! Der Allgemeinheit muß die Eigenschaft des Menschen als eines natürlichen Wesens zum Bewußtsein gebracht werden; sie muß erfahren, daß der landläufige Standesbegriff ein künstlicher, unsauberer, fremder Begriff ist, vor der eigentlich jeder redliche Mensch schamrot werden müßte. Und wir erfahren, wer wirklich von Adel ist — sittlich und wörtlich —, nämlich der, der seine Ahnen freudig bekennen kann. Was schließlich kann fruchtbarer, wirksamer sein als ein Museum, in dem an einwandfreien Beispielen jeder jedem und jeden Tag nachweisen kann, daß Reinheit des Blutes unverdiente, seine Reinhaltung höchste Ehre ist! So kommen von selbst die rassenhygienischen Forderungen als gebieterische Maßnahmen eines auf Selbsterhaltung bedachten Staatswesens.

Man kann die Tätigkeit eines Museums für deutsche Stammes- und Rassenkunde nicht hoch genug einschätzen. Sind durch glückliche Darstellungen die Elemente der Vererbungslehre zu handlichen Begriffen geworden, so werden auch die Darstellungen der Stammeseigentümlichkeiten nicht mehr tote Dinge sein. Sie werden lebendig werden und fortgesetzt neue Fragen entstehen lassen. Dann wird auch eine Sammlung von Schädeln für den Laien zu einer Fundgrube; sie sind ihm nicht mehr totes Gebein sondern geheimes Gefäß lebendig-persönlichen Tuns und unendlichen Seins, dessen Anfang dunkel, dessen Ende in unsere Hand gegeben ist. Und weitere Gedanken: Wer sehen will, wird augenscheinlich erfahren, daß im Leben der Einzelperson wie des Stammes und des Volkes geheime Kräfte tätig sind, die unmerklich langsam aber mit unwiderstehlicher Gewalt Wirkungen ausüben. Er wird begreifen, daß diese Mächte nicht außer acht zu lassen sind, wenn es sich um das Wohl und Wehe, um die Zukunft der einzelnen, des Stammes und des Volkes handelt. Es ist nicht möglich, auf andere Weise als durch die Tatsachen der Vererbung jedem Menschen seinen eigenen Wert als Einzelperson im Stamme, als Glied in einer langen Kette von Wesen klarzumachen, — daß er Frucht und Same zugleich ist. Wie das Museum

vor unserem geistigen Auge steht, ist es das unvergleichliche Mittel, den einzelnen zum wahrhaft politisch denkenden Menschen zu erziehen; es ist ungleich wertvoller in seinem Werte für die notwendige staatsbürgerliche Erziehung als jedes andere Museum, selbst ein Werk wie das Deutsche Museum nicht ausgeschlossen. Es ist nicht nur Forschungsanstalt, sondern dient der Erziehung für ein Volk, das an seine Zukunft denkt und seine völkische Zukunft bewußt in die Hand zu nehmen nicht mehr versäumen darf.

Weiter aber: Ein Museum für deutsche Stammeskunde muß der Bedeutung der einzelnen Stämme für den Staat gerecht werden. Es ist wirklich Gefahr vorhanden, daß das den einzelnen Stämmen Eigenartige nicht nur in seinem Werte für den ganzen Staat nicht genügend gewürdigt wird, sondern auch zum Schaden des Ganzen verloren geht. Wie der Staat an seinen Grenzen verschiedene völkische Elemente sich aneignen muß, so hat er auch die Aufgabe, die verschiedenen deutschen Stämme zu einem Organismus zusammenzufügen, der einheitlich nach außen, im Innern jedem Stamme seine Eigenart wahrt. Nur dann kann dieser Staat es zur höchsten, zur organischen Leistungsfähigkeit bringen, wenn er die den einzelnen Elementen innewohnenden, dem Ganzen günstigen Eigenschaften klug benutzt und fördert. Eine im Blute begründete und darum unzerstörbare Neigung hält die deutschen Stämme mit heißer Liebe unwiderstehlich in der Not zusammen. Aber gleich groß ist die Eigenart, die auf ebenso heißer Liebe zum Boden wurzelt. Der dauernde staatliche Zusammenschluß kann daher nur in freiem Geiste geschehen: Wie in einem lebendigen Organismus, der elastisch genug ist, den Organen ihre völkische Aufgabe zu lassen und der als Ganzes zu höchster Leistung beansprucht werden kann. So leistet ein Museum für deutsche Stammes- und Rassenkunde als Führer für das Volk das beste, indem es hilft, den einzelnen zum politisch reifen Menschen zu machen, indem es den verantwortlichen Stellen des Staatswesens auf eindringlichste Weise zum Bewußtsein bringt, daß alle Staatskunst und alle Staatsweisheit Schiffbruch leidet, wenn mit der gegenwärtigen und zukünftigen Gesundheit der Elemente des Staates, der Familie und den Personen, in frevelhaftem Leichtsinn weiter Mißbrauch getrieben wird. Vor der Gewalt der Tatsachen muß alles Reden verstummen. Wir sind überzeugt, daß die Menge der ernsthaften Besucher eines solchen Museums eine ungeahnt große sein wird. Jedem einzelnen aber, der wieder hinausgeht, wird die verstehende und echte Liebe zu seinem Stamme, das Verständnis für seinen eigenen Wert innerhalb seines Volkes wachsen. Er wird inne, daß er als Körper und Seele, leiblich und geistig bis in eine ferne Zukunft für die Größe seines Stammes und seines Volkes verantwortlich ist. Und wir brauchen wieder Menschen, die sich für die Menschheit sittlich verantwortlich fühlen.

Jakob Burckhardt über Demokratien.

„Was aber die griechischen Demokratien überhaupt betrifft, so wird hier das Staatswesen seines höheren Schimmers durchweg allmählich beraubt und stündlich diskutabel.

Es meldet sich die Reflexion, angeblich als Schöpferin neuer politischer Formen, tatsächlich aber als Allzersetzerin, zuerst in Worten, worauf es dann unvermeidlich auch zu den Taten kommt.

Sie kommt als politische Theorie und nimmt den Staat in die Schule; — sie könnte es nicht, wenn das wahre plastische politische Vermögen nicht schon tief im Sinken wäre; zugleich aber befördert sie noch dies Sinken und zehrt dasjenige plastische Vermögen, das überhaupt noch vorhanden ist, vollständig auf, wobei es demselben ungefähr wie der Kunst geht, wenn sie der Ästhetik in die Hände fällt." (Aus: Weltgeschichtliche Betrachtungen.)

Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. Juni 1918.)

Heraus mit dem völkischen Programm!

Die Ehrfurcht und Achtung vor unserem Heere und seinen auf der ganzen Welt unnachahmlichen Führern macht es zur angenehmen Pflicht — welche dabei mit der innersten Neigung zusammenfällt —, immer wieder das ganze Volk auf die nicht zu schildernden Leistungen hinzuweisen, in denen sich alle Truppen nach wie vor einhellig gleich bleiben. Was seit dem 21. März in Frankreich vollbracht ist, setzt eine Welt in Staunen. Allein der Geländegewinn beträgt 6500 qkm, die Zahl der Gefangenen 210000. Unser lauter Jubel, wie er im ersten Kriegsjahr in die Erscheinung trat, ist einer ernsten Ergriffenheit gewichen, und die Dankbarkeit gegenüber allen, welche mit Leib und Leben das alte Deutschland schützen und das neue mit aufrichten helfen, bemüht sich, auch in praktischer und bleibender Form zum Ausdruck zu kommen. Es wird zur Pflicht eines jeden, der nicht mit der Waffe in der Hand dem Vaterlande dienen kann, sich mit all den Bestrebungen zu beschäftigen, welche den heimkehrenden Kriegern ein würdiges, gesichertes Dasein verschaffen wollen. In erster Linie ist da die Siedlungsfrage[1]) zu nennen, die z. B. in den Landgesellschaften Kurland und Westmark ihrer Lösung nähergebracht werden soll. Sie mit allen Kräften zu unterstützen, sollte einer völkisch gesinnten Regierung als Ehrenpflicht gelten, falls sie nicht will, daß unsere deutschen Stammesgenossen wieder zum Kulturdünger im Auslande und zu unseren Feinden werden sollen. Ferner müssen alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um die Wohnungsverhältnisse den in das bürgerliche, erwerbstätige Leben Zurückströmenden so günstig wie möglich zu gestalten. (Ein grundlegendes Programm auf diesem Gebiet aus der Hand eines berufenen Fachmannes werden wir in Kürze in unserer Zeitschrift veröffentlichen.) Desgleichen sollen die Kriegsverletzten aller Art nach ihrer möglichsten Ausheilung durch Einführung in einen praktischen Beruf in die Gesellschaft der nützlichen Menschen wieder eingeschaltet und so mit neuem Lebensmut und neuer Lebensfreude erfüllt werden[2]).

Dazu kommen die für unsere Zukunft so ungemein wichtigen rassehygienischen Bestrebungen, welche die Gesunderhaltung und Höherentwicklung unseres Volkes in seiner reinen Art zum Ziel haben, wie z. B. der Kampf gegen den übermäßigen Alkohol- und Tabakverbrauch, gegen die Geschlechtskrankheiten, gegen die Tuberkulose; ferner die positiven rassenpolitischen Maßnahmen zur Erhaltung und Vermehrung der geistig und moralisch führenden Schichten, die Eheverbote für die Minderwertigen. Mit als das wichtigste erscheint aber die Sammlung auf geistigem Gebiet, die Aufklärung über vaterländische Notwendigkeiten, die Vertiefung des völkischen Pflichtgefühls, die Erziehung zum sittlichen Staatsbürger, wie sie z. B. der schon öfters erwähnte, außerordentlich begrüßenswerte Bund für Deutsche Familie und Volkskraft[3]) anstrebt, und die Bekämpfung aller zersetzenden, auf eine materialistische Persönlichkeitsverherrlichung und Entfesselung aller minderwertigen Triebe gerichteten geistigen Strömungen.

[1]) Siehe auch den Aufsatz „Die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern" in Heft 4, Jahrg. II der Zeitschrift.

[2]) Die betr. sozialdemokratischen Vereinigungen scheinen vorderhand den leicht beeinflußbaren Seelenzustand dieser Schichten dazu benutzen zu wollen, ihren Mißmut und ihre Unzufriedenheit zu verewigen, was nicht nach wahrer, uneigennütziger Freundschaft aussieht.

[3]) Geschäftsstelle: Privatdozent Dr. Arnold Ruge, Heidelberg, Gaisbergstraße 29.

Unsere Heere nähern sich im Westen Paris, und die Hoffnung, Calais zu erobern und dem immer noch in Aussicht stehenden amerikanischen Heere mit Hilfe der U-Bootkreuzer die Transport- und Landungsmöglichkeiten in Frankreich derart einzuengen, daß dadurch der Wert der ganzen — in Aussicht gestellten — Unterstützung fragwürdig wird, wächst von Tag zu Tag. Im Osten öffnen unsere Heere eine politische und Handelsstraße, welche über Baku und das transkaspische Gebiet hinaus bis nach Afghanistan, d. h. bis an die Tore Indiens führt. Riesenhafte weltgeschichtliche Entscheidungen stehen bevor.

Angesichts der vierjährigen Arbeit und dieser beispiellosen Erfolge unserer Heere ist es allerhöchste Zeit, daß alle aufbauenden und erhaltenden Kreise und Parteien unseres Volkes sich endlich auf ein umfassendes völkisches Programm einigen, das alle die angeführten Punkte in sich schließt, und dies Programm als Dank an das Heer herausbringen! Wäre dies beizeiten, etwa schon 1915, geschehen, hätte nie und nimmermehr Bethmann mit seiner volksfeindlichen Zankapfelpolitik den unsäglichen Jammer politischer Zerrissenheit heraufbeschwören können, unter dem wir jetzt seufzen. Insbesondere wäre uns der Wahlrechtsstreit erspart geblieben.

Also: Heraus mit dem völkischen Programm! Bausteine dazu liefert eine jede Nummer unserer Zeitschrift. Findet sich kein Bundesfürst, der sich für das Programm einsetzt?

Von Gehorsam und Freiheit.

In der gedankenreichen und sehr beachtenswerten Schrift „Soldaten-Erziehung", welche unsere immer wieder erhobene Forderung, der Staat möge die politische Willensbildung des Volkes durch berufene Organe endlich selbst in die Hand nehmen, in jeder Beziehung unterstützt und ihre volle Berechtigung erweist, schreibt der Verfasser Dr. Ernst Horneffer[1]): Unsere geistige Entwicklung, unsere Volksbildung ist an einem Punkt angelangt, wo man unter keinen Umständen mehr sich auf den nackten Zwang oder den blinden Glauben — der blinde Glaube ist auch eine Art Zwang, ein geistiger Zwang — verlassen kann."

Damit wird ein Kernpunkt berührt, der in allen sozialen Fragen, aber auch in wirtschaftlichen und politischen, eine schwerwiegende Rolle spielt. Schon Goethe hat m. W. darauf hingewiesen, daß eine Bildung, die mit der äußeren Lebenslage nicht im Einklang steht, gewissermaßen zu hoch für sie ist, ein verhängnisvolles Geschenk ist, da sie notgedrungen zu Unzufriedenheit, Mörgelei und unrichtiger Wertung der praktischen Arbeit führen muß. In noch höherem Maße trifft dies bei der Halbbildung zu. „Die Sozialdemokratie ist recht eigentlich ein Produkt der Halbbildung" sagt Schmoller mit Recht. Eine nicht erprobte, d. h. infolge mangelnder Lebensumstände nicht erprob- und verwertbare Halbbildung züchtet falsche Vorstellungen. Niemand wird leugnen können, daß infolge mangelnden Eingreifens berufener und zielbewußten Arbeitens unberufener Organe die mit falschen Begriffen durchseuchte Halbbildung in unserem Volke immer noch eine verhängnisvolle Rolle spielt. Man kann eigentlich nur darüber lächeln, wenn z. B. eine verbreitete Zeitung, mit Rücksicht auf monarchische Strömungen in Finnland ihren Lesern zu verstehen geben will, daß wahre Freiheit in einer Monarchie nicht blühen könne, doch muß man sich vergegenwärtigen, daß der betr. Zeitungsschreiber eine solche unsinnige Behauptung nicht aufstellen würde, wenn er nicht selbst daran glaubte, und wenn er

[1]) Dr. Ernst Horneffer: Soldatenerziehung. Eine Ergänzung zur allgemeinen Wehrpflicht. München und Berlin 1918. Verlag von R. Oldenbourg.

nicht seine große Leserschar bereit wähnte, ebenfalls daran zu glauben. Eine solche Anschauung ist aber eben kennzeichnend für Halbbildung. Denn abgesehen davon, daß es in der Zeit der Verfassungen und Parlamente und der Koalitionsfreiheit, soweit man es wahrnehmen kann, nirgends so aufrechte und überzeugungstreue Charaktere gibt, wie sie gerade zur Zeit des Absolutismus wuchsen, und abgesehen davon, daß nirgends das Recht der freien Meinungsäußerung brutaler erstickt wird als z. B. in der jüdisch regierten Republik Frankreich, von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen, ahnen die Anhänger jener Anschauung nicht, daß die wahre Freiheit, wie sie unsere tiefsten deutschen Denker erfaßt haben, etwas ganz und gar Innerliches, ein innerer Reifezustand ist, der mit Verfassungen nicht das mindeste zu tun hat und von jedem einzelnen ganz allein durch unablässige eigene Arbeit an sich erreicht werden kann. Auf der gleichen Linie bewegt sich die geradezu hysterische, Abneigung mancher Kreise gegen alles, was wie „Gehorsam" aussehn könnte. Diese Kreise wissen nicht, daß richtiger Gehorsam die edelste Frucht der Selbsterziehung und Charakterdurchbildung ist. *Selbstverständlich kommt es ganz darauf an, wem man gehorsam ist.* Darin ist Dr. Horneffer zuzustimmen: ein blinder Gehorsam entspricht nicht mehr dem Kultur- und Geisteszustand unseres Volkes, und derjenige, der Gehorsam fordert, darf ihn im allgemeinen nicht nur kraft äußerlicher Machtbefugnisse fordern, sondern man muß in ihm die geistig höherstehende, überlegene Persönlichkeit herausfühlen und achten können. Es muß aber mit der halbgebildeten Auffassung aufgeräumt werden, daß die Fähigkeit und der Wille zur Unterordnung unter ein großes Ganzes oder unter einen geborenen Führer ein Zeichen von Unfreiheit ist. Im Gegenteil: *diese Fähigkeit ist gerade ein Zeichen von innerer Freiheit!* Im Sinne von Dr. Horneffer erheben wir daher die Forderung, das Volk darüber aufzuklären, was eigentlich Freiheit ist und welchen staatlichen und sittlichen Begriffen und Notwendigkeiten sich *gerade der freie Mann* freiwillig beugt, auf der anderen Seite aber die „führenden Schichten" streng derart zu erziehen, daß sie mit ihrer ganzen Persönlichkeit nicht als Verkörperung eines starren Gebotes, dem sich zu widersetzen Bestrafung bringt, sondern als die beispielgebenden Führer wirken, denen zu gehorchen Vernunft und Neigung gleichermaßen antreiben. In diesem Sinne soll wahrer Adel wirken.

Daß der „Vorwärts" sich über die Formen aufregt, mit denen der verdienstvolle verstorbene Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Kessel, unter schweren Verhältnissen die Ordnung aufrechterhielt, legt die Vermutung nahe, daß auch bei ihm noch jener Geist der Halbbildung umgeht, den wir gekennzeichnet haben. Er schrieb über das Amt des Verstorbenen: „Es liegt im Wesen einer derartigen Befehlsgewalt, daß sie ihrem Träger innerhalb einer an selbständiges Denken und Handeln gewöhnten Bevölkerung keine besonderen Sympathien eintragen kann." Wenn man nicht, wie es augenscheinlich der „Vorwärts" tut, „selbständig" mit „willkürlich" verwechselt, so ist für den gebildeten Menschen gerade das Gegenteil der Fall. Wer sich selbst in guter Disziplin hält, fügt sich auch leicht Anordnungen, die zum Wohle des Ganzen unumgänglich sind. Daß aber das Ganze verlangen kann und *muß*, daß sich ihm die Teile unterordnen, — das ist es eben, was der „Vorwärts" augenscheinlich nicht versteht und als Unfreiheit auffaßt, denn er schreibt von Herrn v. Kessel weiter: „Wenn es ihm im Gesamtinteresse der Kriegführung notwendig oder nützlich erschien, hat wohl Herr v. Kessel auch diesen oder jenen Anspruch der Arbeiterschaft unterstützt." Na, und? — möchte man fragen. Sollte Herr v. Kessel Ansprüche unterstützen, die sich *gegen* das Gesamtinteresse der Kriegführung richteten, wie z. B. der Streik der Rüstungsarbeiter? Eine völligere Un-

fähigkeit, staatliche Notwendigkeiten zu begreifen und zu achten, hat der „Vorwärts" kaum je offenbart, und auch Herr Dr. Horneffer wird angesichts eines solchen Geistes-zustandes, wie ihn der „Vorwärts" leider mit Erfolg manchen Arbeiterschichten eingeimpft hat, zugeben, daß in einigen Lagen ein absolutes Befehlen und ein absolutes Gehorchen nicht zu umgehen ist, wenn die Staatsordnung bestehen soll.

Wenn es nach dem „Vorwärts" gegangen wäre, hätte Herr v. Kessel seine Anordnungen wahrscheinlich erst in Versammlungen in der Hasenheide der „Bevölkerung" zur Genehmigung vorlegen sollen. Aber das Gerechtigkeitsgefühl des Volkes duldet keineswegs ein Messen mit zweierlei Maß. Auf der einen Seite steht das böse und unvergeßliche sozialdemokratische Wort „Wer nicht pariert, der fliegt", — auf der anderen Seite beschwert man sich über staatsnotwendige Anordnungen. Jenem bösen Wort gegenüber wird jedem denkenden Arbeiter die vom „Vorwärts" als „patriarchalisch" gescholtene Form des Herrn v. Kessel wahrscheinlich richtiger und berechtigter dünken.

Befehlen und Gehorchen beruhen auf Gegenseitigkeit. Man darf nicht nur einseitig eine neue Form des Befehlens verlangen, wenn man nicht gleichzeitig eine neue Form des Gehorchens anbahnt. Gehorchen ist dienen, und wahrhaft dienen kann nur der wahrhaft Freie. Möge jeder, er stehe wo er wolle, daran denken, daß der größte und genialste Deutsche, den das 19. Jahrhundert hervorgebracht hat, eine Herren-, Kraft- und Führernatur edelster Prägung, mit vollem Bewußtsein zu seiner Grabschrift die Kennzeichnung gewählt hat: Ein treuer Diener seines Herrn! Auch darin liegt eine Mahnung.

Verschiedene Arten von Führern.

Doch, wie betont, es kommt sehr darauf an, wem der Gehorsam gelten soll. „Wie der Herr, so 's Geschierr", sagt man in Ostpreußen. Nicht umsonst stellen wir die Forderung auf, daß die führenden Schichten mehr durch Beispiel als durch Gewalt der Gesetze wirken sollen. Richtig leiten tut nur, wer die zu Leitenden liebt. Schon aus dieser Forderung ergibt sich, daß Stammesfremde, dem Wesen unserer Art Fremde, die ein uraltes Gebot zum Haß gegen alle verpflichtet, die nicht ihrer Art sind, zur Führung bei uns nirgends zugelassen werden dürften. Daß aber gerade ihnen die Führung auf so vielen Gebieten in erschreckendem Umfang ausgeliefert ist, hat unser Volk schwer zu büßen. Wo kommen aber die richtigen Führer her?

Führer, z. B. in Politik und Verwaltung, die von innen heraus kraft ihrer überlegenen Persönlichkeit Anerkennung erzwingen, wachsen nicht, oder nur unter besonderen seltenen Umständen, beliebig oder von heute auf morgen, sondern werden in der Regel durch die Arbeit von Geschlechterfolgen gezüchtet. Selbst ganz linksstehende Zeitungen, die alles, was nach aristokratischen Anschauungen schmeckt, verdammen, haben anläßlich des Todesfalles des weisen, pflichtgetreuen Reichstagspräsidenten Kämpf seelenruhig hervorgehoben, daß dieser seinen Charakter und die darauf aufgebauten Erfolge im wesentlichen dem Einflusse seines Vaters verdanke. Frühere Zeiten gaben sich Mühe, die Menschen langsam zu veredeln, d. h. ihre asozialen Triebe abzuschwächen, und die veredelten Menschen auf die maßgebenden Stellen zu bringen. Unter der Herrschaft der Vergötterung des Individuums, verbrämt durch die Moral des gerissenen Händlers, verlacht man selbstverständlich derartige Rückständigkeiten, und an die Stelle des Triebes nach eigener Veredlung ist der ungezähmte Trieb nach Ausbeutung anderer getreten. Man will unter den heutigen Anschauungen nichts mehr davon wissen,

daß der Staat als Organismus Sorge dafür tragen muß, daß die entscheidenden Stellen in ihm einer Sorte von Menschen zufallen, welche tatsächlich in der bewußten Arbeit, die Geschlechter an sich getan haben, zu Vaterlandsliebe, Sachlichkeit, Gemeinsinn, Gerechtigkeit und anderen völkischen Tugenden heranerzogen sind. Man glaubt, mit der Herausholung der Fähigen und Begabten aus allen Volksschichten etwas Ungeheures zu vollbringen, doch vergißt man, daß bei jedem das Entscheidende bei der Leistung *für die Allgemeinheit* überwiegend der *Charakter* ist. Und Führercharaktere werden, um es nochmals zu betonen, erst in Geschlechterfolgen gezüchtet. Diese Absaugung der Begabten ist lediglich eine Frucht der materiell-individualistischen Lebenswertung, die eigentlich stark nach schlechtem Gewissen aussieht. Eine Veredlung und Vertiefung der davon Betroffenen ist wohl nicht immer als Endzweck des Versuches gedacht, sondern man will ihnen in der Hauptsache wohl die Möglichkeit größerer materieller Annehmlichkeiten in ihrem weiteren Leben verschaffen.

Aber die materiell-individualistische Anschauung überwiegt ja noch überall. Jeder einzelne, ganz gleich wo er herkommt, soll die Möglichkeit gewinnen, sich wie ein Goethe auszuleben, oder ein Rothschild zu werden oder als Minister zu endigen. Jedem einzigen soll das Recht zugestanden werden, sein Leben zu gebrauchen oder zu mißbrauchen, wie es ihm beliebt. Man verlacht und mißachtet die Weisheit Fichtes: „Es ist der größte Irrtum und der Grund aller anderen Irrtümer, welche mit diesem Zeitalter ihr Spiel treiben, wenn ein Individuum sich einbildet, daß es für sich selber da sei und für sich selber leben und denken und wirken könne." Jeder soll imstande sein, beliebige Experimente mit sich und anderen zu machen. Ja, man verlangt sogar, daß diese Experimente mit dem ganzen Staat und dem ganzen Volk gemacht werden dürfen. Nicht die Ausbildung der schon durch Züchtung vorhandenen Begabungen zu immer größerer Einsicht und Fähigkeit zur Ausfüllung der Führerposten wird angestrebt, sondern die Schaffung der Möglichkeit, daß jeder einmal zu irgendeinem Führerposten vordringt. Durch einen solchen Aberwitz wird nicht eine ruhige Entwicklung des Staates, sondern eine ewige Unruhe gewährleistet, bei der man gewissermaßen immer wieder von vorne anfangen soll, da die Erfahrungen der Vorfahren ausgeschaltet werden.

Ein einleuchtendes Beispiel ist der „Parlamentarismus", wie er bei uns gehandhabt wird. Niemand — höchstens ein Sprecher pro domo — wird ernsthaft behaupten wollen, daß die Auslese durch das allgemeine Wahlrecht und durch den landläufigen Parteibetrieb die reifsten, klügsten, sachlichsten und charakterstärksten Persönlichkeiten in die Höhe bringt. Es genügt, den Namen Erzberger zu nennen, — mit dessen Träger sich m. E. die Psychiater etwas eingehender beschäftigen sollten — um diese Behauptung zu erhärten. Der Parteibetrieb wirkt im großen ganzen charakter- und geniefeindlich, was z. B. Nietzsche sehr wohl erkannte. Begabungen in gewissem Sinne werden vielfach durch diese Schulen mit Erfolg gehen, aber ihnen wird der persönliche Ehrgeiz, die persönliche Eitelkeit häufig höher stehn als die Sache. Ihre politischen Instinkte werden sich in der Parteipolitik erschöpfen. Ihr Charakter wird nicht veredelt und ausgeglichen sein. Vor allen Dingen wird ihnen aber die staatsmännische, geschichtlich geschulte Erfahrung fehlen. Das Parteidogma, das Programm dient ihnen eher zur Richtschnur als das staatsmännische Erfassen und Verwerten der lebendig wirkenden Kraft — eine Eigenschaft, die eben auch erst meistens durch längere Zucht hervorgebracht wird, wie die persönliche Eitelkeit erst bei denen abstirbt, die sie nicht mehr nötig haben. Gerade die Parlamentarier mit ihrem einmal geweckten Machthunger drängen Staat und Volk auf die gefährliche

Bahn des Experimentierens, da jeder von ihnen einmal sein Rezept ausprobieren möchte. In der Zeitschrift „Die Tat" — welche augenscheinlich trotz ihres verheißungsvollen Namens die unreife Gärung zum ewigen durchaus nicht ungefährlichen Programm hat — lasen wir kürzlich die Forderung, man müsse dem Volke die Freiheit geben, zu versuchen und zu wagen, um zu gewinnen und zu entdecken. Das Volk werde dann seine Irrtümer selber überwinden. „Wenn du nicht irrst, kommst du nicht zu Verstand."

Da haben wir die Forderung nach Experimenten mit Staat und Volk in Reinkultur! Wo sie endigen, zeigt die blutige Schreckensherrschaft der jüdischen Bolschewisten in Rußland, die ja auch nur ihrem „idealen" Programm zuliebe blindlings morden und töten und das ganze Reich zerstören.

O nein, der Staat ist kein neugieriges Individuum, kein Lebejüngling, der alles auskosten und sich „ausleben" muß — der Staat hat die ernste Aufgabe, dem Volke seine ewige Dauer zu sichern.

Wir sind in Deutschland Siedler, uralte Siedler auf hart umkämpftem und bedrohtem Land. Diese Wahrheit wollen wir unserem Volke wieder einhämmern, soweit sie ihm im Kriege noch nicht von selbst aufgegangen ist. In unserer umkämpften und bedrohten Lage ist es lebensgefährlich, der Unruhe und immer neuen Versuchen mit Staat und Volk die Türe zu öffnen. Es kann uns das Dasein kosten, wie es Rußland das Dasein gekostet hat. Es handelt sich demnach für uns nicht darum, jedem, der lesen und schreiben kann, Gelegenheit zu geben, einmal seine politischen Gedanken in der Wirklichkeit auszuprobieren, sondern es handelt sich vielmehr darum, aus denjenigen Kreisen, welche sich im Laufe der deutschen Geschichte als Führer wirklich bewährt haben und noch bewähren, eine immer reifer, fähiger und wahrhaft edler werdende Führerschicht heranzubilden, in der die Weisheit der ganzen Geschichte des deutschen Volkes lebendig wirkt.

„Unfrei und Unaufrichtig."

Noch eine Eigenschaft muß man in ganz besonderem Maße vom Führer verlangen: Mut, und zwar das, was Bismarck Zivilkourage nennt. Mut nach oben und vor allem auch nach unten. Der Historiker Professor Eduard Heyck, dessen treffliche anregende Schrift „Parlament oder Volksvertretung?" wir schon kürzlich rühmend erwähnten[1]), stellt darin unerschrocken fest, daß ein großer Kreis von Nationen diese Eigenschaft, bei der die Selbstachtung dem Manne Ehre gäbe, verloren habe. „Ihre Gesetzgebung bastelt an kleinen Verhütungen, wo sie im großen es weiß, daß sie unfrei und unaufrichtig ist. Die Feigheit ist eine Weisheit dieser Art Kultur geworden, nebst einer Hilflosigkeit, die durch jene und durch Schuldbewußtheit wächst."

Diese — wie sie Professor Heyck rund und unbekümmert nennt — Feigheit kommt in hohem Maße zu der eitlen und oberflächlichen Experimentiersucht hinzu. Als Drittes gesellt sich noch die grenzenlose Gewinnsucht zu diesem edlen Bunde, um großen Kreisen unseres Volkes, die sich in mancher Beziehung zum mindesten führend dünken und in Berlin ihr Hauptquartier haben, ihren Stempel aufzudrücken.

Was ist denn unsere ganze Kriegswirtschaft anderes als ein Experiment, als dessen Väter Doktrinarismus und Angst vor der Masse anzusprechen sind? Der tatsächlich erreichte Zweck des Ganzen ist, daß zur Beschwichtigung des Volkes die

[1]) Prof. Dr. Eduard Heyck: Parlament oder Volksvertretung? Halle a. S., Richard Mühlmann, Verlagsbuchhandlung (Max Grosse).

sog. unteren Schichten im Kriege vielfach wesentlich besser, die sog. oberen Schichten, vor allem der Mittelstand, wesentlich schlechter leben als im Frieden. Der Mittelstand lebt aber nicht nur wesentlich schlechter als im Frieden, sondern häufig auch wesentlich knapper als die unteren Schichten. Da diese unteren Schichten, die durchweg „ausreichend" versorgt werden sollen, der Zahl nach wesentlich stärker sind als die oberen, die oberen nur einen verschwindend kleinen Hundertteil der Bevölkerung ausmachen, tritt durch diese sog. gerechte Verteilung, ganz abgesehen von Verderbnis und Verschwendung, ein rascherer Verbrauch und eine allgemeine Knappheit ein. Man muß also gestehn, daß diese ganze, einen verringerten Anbau erzielende Wirtschaft, die kürzlich Dr. G. W. Schiele ausgezeichnet in ihren Wirkungen geschildert hat — nicht, ohne Mittel zur Besserung der Zustände anzugeben[1]) — bei Licht besehn weder klug noch gerecht ist. Es ist leider nicht anzunehmen, daß das ganze System rasch geändert wird, denn es sind zuviel Interessen damit verfilzt, die durchaus nicht auf Seiten des legitimen Handels liegen. Man darf sich nicht wundern, wenn in der Bevölkerung behauptet wird, daß die unabkömmliche Judenheit, welche die Kriegs- und Erwerbsgesellschaften als ihre Domäne beherrscht, bei uns die Rolle der Tschechen in Österreich spielt.

Welche anderen Väter, als die genannten, hat die Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung, des letzten Bollwerkes zum Schutz der Arbeitswilligen? Die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters ist damit endgültig begraben zugunsten des Terrorismus.

Welche anderen Väter, als die Kriegswirtschaft sie aufweist, hat denn die ganze Wahlrechtsbewegung? Pate gestanden hat bei ihr noch die russische Revolution, die in Berlin sowohl wie in Wien so manchen Knieschnackler ausgelöst hat. Die edle und große Absicht des Kaisers war es, den Kriegern die Gewißheit zu verschaffen, daß in Preußen eine Abänderung des Wahlrechtes erfolgen werde, welche die Wertung der Wahlstimme lediglich nach dem Einkommen aus der Welt schaffen und sich „*auf der Grundlage*" des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes vollziehen würde. Die Experimentiersucht und Massenanbetung hat dies „auf der Grundlage" des Kaisers gänzlich ausgemerzt, ebenso wie sie die Teilnahme der Hauptbeteiligten, der Krieger, an der Gestaltung des Wahlrechtes ausgemerzt hat. Man will das Kernland Deutschland seiner sozialdemokratisch-polnischen Mehrheit unterstellen bzw. ein überwiegend protestantisches Land Rom als dem ausschlaggebenden Faktor ausliefern. Auch dieser Versuch kann weder als klug noch als gerecht angesprochen werden. Vielleicht besinnt man sich vor Toresschluß aber doch auf ein Kompromiß, das den Absichten des Kaisers mehr gerecht wird.

Welche anderen Väter als Experimentiersucht und Massenfurcht hat denn der zum Glück einigermaßen entschlafene Verfassungsausschuß gehabt? Er wird gut tun, nicht wieder aufzuwachen, denn inzwischen hat sich doch allgemein die Überzeugung Bahn gebrochen, daß es gegen Gefühl und Ehre des deutschen Volkes geht, den Kaiser während des Krieges einer nicht nur angestammten sondern im dringenden Interesse des Reichsbestandes notwendigen Rechte zu berauben — ein Vorgang, bei dem lediglich die Parteien und ihre Führer als Verfassungshamsterer Gewinne auf Kosten des Ganzen eingestrichen hätten.

Was die von Heyck gerügte Unfreiheit und Unaufrichtigkeit anbetrifft, so findet sie, wie wir schon in einem früheren Heft andeuteten, darin ihren Ausdruck, daß die Reichstagsmehrheit noch immer nicht den Mut gefunden hat, von der Entschließung

[1]) Dr. G. W. *Schiele*: Waffensieg und Wirtschaftskrieg. Verlag: Das größere Deutschland, Dresden. Preis M. 0,80.

vom 19. Juli 1917 abzurücken, eine Entschließung, über deren wahre Beweggründe das deutsche Volk immer noch völlig im Dunkeln tappt, selbst wenn der „Vorwärts" sich den Scherz leistet, neuerdings zu behaupten, daß die Julipolitik von 1917 nichts anderes als ein Wiederaufleben der Augustpolitik von 1914 sei.

Zusammenhänge?

Man erinnert sich, daß Herr Erzberger[1]) vor einiger Zeit, anläßlich der Vorgänge in der Ukraine, einen unerhörten Vorstoß gegen den Herrn Reichskanzler machte, den er bei völligem Fehlgehn nachträglich seinerseits als ungeschehen oder wenigstens unbeabsichtigt hinstellen ließ. Der Unwille über das dankenswerte und energische Eingreifen des Herrn Generalfeldmarschalls v. Eichhorn hallte auch laut in alljüdischen Blättern wie „Berliner Tageblatt" und „Vorwärts" wider. In Nummer 9/10 der Zeitschrift „Auf Vorposten" wird nun mitgeteilt, daß in der Ukraine die Juden die Soldaten veranlaßt haben, die Vorräte des Heeres zu rauben und sie ihnen dann billig zu verkaufen. Ferner haben die Juden die Bauern mit den gekauften Waffen ausgerüstet und zur Plünderung der Güter veranlaßt, worauf sie wiederum den Bauern das geraubte Gut spottbillig abgekauft haben. Die Furcht, daß man ihnen das geraubte Gut bei eintretender Ordnung wieder nehmen könnte, hat sie veranlaßt, die Bauern gegen die Deutschen und die ukrainische Intelligenz zu hetzen. Durch diese Vorgänge rückt der Unwille unserer alljüdischen Blätter gegen das Vorgehn des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn in ein eigentümliches Licht, ja die Tatsache, daß diese Zeitungen ursprünglich gegen das Einrücken unserer Truppen in die Ukraine zum Zwecke der Ordnungschaffung waren, legt die Vermutung von Zusammenhängen besonderer Art nahe. Überdies waren diese Blätter ebenso gegen unser Einrücken in Estland, Livland, Finnland, wo die Juden die gleiche Rolle gespielt haben wie in der Ukraine. Auch Herr v. Kühlmann, der Befreier der rumänischen Juden, soll ja ebenfalls unser militärisches Vorgehen in den genannten Ländern dringend widerraten haben.

Der Parteigenosse des „Vorwärts", der Herr Abgeordnete Cohn-Nordhausen, hat nach der Deutschen Zeitung ja auch im Reichstag seinerzeit erklärt: „Ich segne den Tag, an dem die Revolution Deutschland erreicht und die Völker den Fürsten gegenüber ihr Geschick selber in die Hand nehmen"[2]). Dieses Bekenntnis nimmt nicht wunder, wenn man dasjenige kennt, das Kautsky in seinem Buche „Rasse und Judentum" geoffenbart hat. Er schreibt: „Als einzige Kraft, die das Bestehende gründlich umwälzen und jegliche Unterdrückung, jegliche gesetzliche und soziale Ungleichheit beseitigen muß, wenn sie sich befreien will, bleibt das Proletariat übrig. Nur noch das siegreiche Proletariat kann dem Judentum volle Emanzipation bringen, an seinem Siege ist das gesamte Judentum interessiert, soweit es nicht am Kapitalismus hängt."

Die „volle Emanzipation" war in der Ukraine so wunderschön im Gange!

Man halte alle diese Dinge sowie die Befreiung der polnischen und rumänischen Juden mit folgendem Satz zusammen, den wir dem Buche von Dr. J. Wohlgemut:

[1]) Was Herrn Erzberger anbetrifft, so hat er augenscheinlich den Größenwahn immer noch im Leibe wie der aus dem Kinderbuche rühmlichst bekannte Nasch-Gustav den frischen Kuchenteig. Wie dieser, schwillt und schwillt er,

„so daß, bleibt er in dem Schuß,
morgen früh er platzen muß".

Nur ist zu fürchten, daß dies „morgen früh" noch nicht so bald eintreten wird.

[2]) Wir führen nach der Zeitschrift „Auf Vorposten" an.

„Der Weltkrieg im Lichte des Judentums" entnehmen: „Es ist ein alter agadischer Satz, daß auch die größten weltbewegenden Ereignisse nur um Israels willen sich vollziehen. Er ist wahrlich nicht aus nationalem Dünkel entstanden. Er will uns besagen: Israels Schicksal, das Glück und Elend der Menschen, die unter alle Völker verstreut, ist der Maßstab der unter den Völkern waltenden Gerechtigkeit." Um diesen Satz völlig auszuschöpfen, müßte man Bücher schreiben. Angesichts der in ihm enthaltenen, an alle Völker gerichteten Drohung soll sich niemand wundern, daß auch unsere Politik von Juden und Judengenossen für Juden und Judengenossen zurechtgestutzt wird.

Äußere Fragen.

Unter dem 26. Mai stellte der „Vorwärts" fest: „Die Voss. Zeitung vertritt die originelle Idee, wir hätten Kühlmann entlasten wollen ... Wir haben von Steuerlosigkeit und Durcheinander gesprochen. Das tut man doch nicht, wenn man einem Minister etwas Angenehmes sagen will."

Mit Kühlmann scheint es allmählich doch zu werden, wie es mit Bethmann wurde: Man mißtraut ihm von allen Seiten und begreift seine Ungeeignetheit allmählich überall. Daß ihn Zeitungen und Parlamentarier stützen, die mit ihm weiter noch gute Geschäfte zu machen gedenken, fällt nicht weiter ins Gewicht. Es gibt ja eine Sorte von Parlamentariern, die jede Art von Kritik, besonders die am Reichstag geübte, für unzulässig erklären. Sie sind vielfach als Angeklagte in der angenehmen Lage, mit Hilfe ihrer Zeitungen oder persönlich im Reichstage selbst nicht nur über sich selbst das — natürlich günstige — Urteil zu fällen, sondern auch ihre Ankläger in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Das Wort Scham wird immer mehr aus dem deutschen Wörterbuch gestrichen.

Um aber zu Kühlmann zurückzukehren: die von ihm getätigten Friedensschlüsse bergen, soweit nicht der Zweck der militärischen Sicherungen sie bestimmt hat, unzweifelhaft den Keim neuer Kriege und Verwicklungen in sich. Der rumänische General Grigorescu nannte den Bukarester Frieden einen der größten diplomatischen Erfolge für Rumänien und betonte, daß Rumänien mit Hilfe Deutschlands um 3 Millionen Menschen und 45000 qkm reicher geworden wäre. — Es dürfte eine vollkommen falsche Psychologie sein, wenn man annimmt, daß man mit solchen Geschenken ein oberflächliches, unzuverlässiges, eitles und profitsüchtiges Volk und eine dementsprechende Dynastie zu ewiger Dankbarkeit verpflichtet. Man wird in ihnen nur das Gefühl wecken, daß man sie verdammt nötig hat, sowie ihr Machtgefühl verhängnisvoll stärken. Unerhört ist es aber, daß man ein großenteils deutsches Land wie Beßarabien einem von Deutschland besiegten Land zur freien Verfügung schenkt. Dem südlichen deutschen Teil, der den dringenden Wunsch — auch heute noch! — hat, sich unter deutschem Schutz selbständig zu machen, muß hiezu die Möglichkeit gegeben werden. (Ebenso müssen die Deutschen in der Krim in ihrer Entwicklung geschützt werden.) Daß man obendrein durch die aufgezwungene Judenbefreiung die uns wohlgesinnten konservativen Kreise in Rumänien vollends vor den Kopf stößt und die uns feindlich gesinnten Schichten stärkt — wo auf der ganzen Welt lieben uns die Juden, obschon sie bei uns herrschen? — vertieft den Eindruck, es hätten nicht siegreiche Deutsche und besiegte Rumänen, sondern Juden untereinander lediglich auf Kosten des deutschen Volkes den Frieden von Bukarest abgeschlossen (s. auch den Aufsatz von Freiherrn v. Liebig!). Daran kann auch nichts die Verteidigungsrede ändern, die Kühlmann geschmackvollerweise vor der Berliner Handelskammer für sich gehalten hat. Auguren unter sich! — Will man auf diese Weise die Entente zum Friedenschließen reizen? Es ist sicherlich klug, Rumänien

durch Geschäftsinteressen an den mitteleuropäischen Block zu fesseln und der gesamten Judenheit der Welt zu verstehn zu geben, daß man nicht bloß mit England-Amerika, sondern auch mit Mitteleuropa gute Geschäfte machen kann, auch pflegt man ja einem bissigen Hunde zwei Knochen hinzuwerfen, aber es fehlen im Bukarester Friedensvertrag u. E. für uns wirkliche Vorteile und für die uns feindlich gewesene Seite alle bindenden Verpflichtungen; man darf auch dem Gegenspieler die eigenen Absichten nicht faustdick unter die Nase schmieren und ihm Vorteile nachwerfen. Das weckt nur Verachtung. — Das gleiche ist ja bei dem Frieden von Litauisch-Brest der Fall. Auch dort mußte das von Herrn v. Kühlmann beliebte Verfahren den Eindruck erwecken, daß wir die innige Freundschaft und Unterstützung Rußlands und der Ukraine dringend nötig hätten. Daß die estnische und lettische Frage zunächst einmal gründlich verfahren worden war, wird nach dem Einspruch des Herrn Joffe niemand mehr leugnen. Das Erfreuliche an dem Ostfrieden, die Aussicht auf Siedelungsland, ist wohl ganz oder überwiegend militärischem Einfluß zuzuschreiben. Es fragt sich nur, ob nicht die nachträgliche Schwäche, Unsicherheit und Planlosigkeit des Auswärtigen Amtes und die Rücksicht auf das „Selbstbestimmungsrecht" dank den Intrigen einiger deutscher Parlamentarier auch noch diese Aussicht zu Wasser machen, so daß wir zum Schluß einsehn, daß wir unsere Toten gemäß dem alten „agadischen Satz" nur für die Befreiung der polnischen, rumänischen und russischen und zur unzweifelhaft eingetretenen Bereicherung der deutschen Juden geopfert haben. Selbst der beste Wille des Herrn Reichskanzlers vermag nicht alle Fehler des Herrn v. Kühlmann wieder gutzumachen, und dieser macht es jenem immer schwerer, ihn zu decken. Was der Kaiser in großzügiger Weise als Fortsetzung glorreicher Hohenzollernpolitik plant, die Vollendung des Siedelungswerkes im Osten, das auf Geschlechter dem deutschen Volke Land, Nahrung und rassische Gesundung sichern würde, darf aber nicht an der Unzulänglichkeit eines Bethmann- und Lichnowsky-Schülers scheitern! —

Daß die Unstimmigkeiten mit Holland und der Schweiz beigelegt wurden, ist erfreulich. Können wir den Neutralen, ohne uns zu schädigen, helfen, ist es gut. Alle diese Vorfälle beweisen aber, daß wir jedenfalls so gestärkt aus diesem Kriege hervorgehen müssen, daß die Neutralen ihren natürlichen Stützpunkt nicht mehr bei England, sondern bei uns suchen. Sonst würden sie es im Wiederholungsfalle des Krieges unter Umständen von vornherein vorziehn, nicht neutral zu bleiben. — Wie Rumänien lehrt, bekommt es ja auf alle Fälle nicht schlecht.

Als der Unwille der Deutschen über die slavische Aushungerungspolitik in Österreich auf das höchste gestiegen war und sich in eindrucksvollen Kundgebungen Luft machte, traf Kaiser Karl mit Kaiser Wilhelm im deutschen Hauptquartier zusammen, und das allgemeine Interesse wurde auf die feierlich verkündete Tatsache hingelenkt, daß die Monarchen beabsichtigten, das zwischen ihren Ländern bestehende Bündnis auch für die Friedenszeit zu vertiefen und auszugestalten. Es wurde angedeutet, daß sich diese Vertiefung auf das wirtschaftliche, ja auch auf das militärische Gebiet erstrecken würde. Aus aufrichtigem bundesbrüderlichen Gefühl heraus können wir diese Ankündigung nur begrüßen, müssen uns aber eine genauere Stellungnahme vorbehalten, bis die Einzelheiten des Bündnisses bekannt sind. Neuerdings von Wien ausgehende Nachrichten, daß Wilson es gerade auf die Loslösung Österreich-Ungarns aus dem Vierbunde abgesehn habe, sehn ein wenig so aus, als ob man sich dort recht rar machen möchte. Im übrigen schließen wir uns der Erklärung an, die von den deutschen Kronlandsräten, die unter der Führung des verdienstvollen Deutschen Klubs in Wien tagten, am 26. Mai abgegeben wurde: „Wir be-

grüßen die angekündigte Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses, teilen aber vollkommen die in der Erklärung der Verfassungspartei und der Mittelpartei des Herrenhauses vertretene Anschauung, daß die innere Politik des Staates mit seiner äußeren in Einklang stehen muß. Das Bündnis wird zur Lüge und im Ernstfalle unwirksam, wenn man den Völkern, die ihm feindlich gesinnt sind, die Möglichkeit gibt, es zu untergraben. Unsere äußere Politik kann nicht auf einem Kompromiß zwischen Bündnisfreundlichkeit und Bündnisfeindlichkeit beruhen. Hat sie sich für die Aufrechterhaltung des Bündnisses entschlossen, dann muß auch in der inneren Politik jenen Kreisen die Führung zukommen, die die äußere Politik billigen und mit aller Hingabe unterstützen. Und das sind in erster Linie die Deutschen.

Wir verwahren uns dagegen, daß der Kampf gegen eine Regierung, die ziel- und planlos unter dem Drucke jeweiliger Tagesverhältnisse die Grundlagen des österreichischen Staates stückweise preiszugeben bereit ist, den Staat militärisch desorganisiert und wirtschaftlich dem Abgrunde zuführt, von den Feinden des Staates und des deutschen Volkes als gegen den Staat gerichtet und als Abkehr von diesem bezeichnet wird. Wir treten für eine straffe Zusammenfassung des die ehemaligen deutschen Bundesländer umfassenden österreichischen Staates mit allem Nachdrucke auch gegen jede übelberatene Regierung ein. Ein föderalistisches Österreich wäre aber nicht mehr der Staat, zu dem wir stehen, sondern ein Neugebilde, an das uns kein Treuverhältnis bindet und das von uns rücksichtslose Bekämpfung zu gewärtigen hat." (Entnommen der tapferen und trefflichen Wiener „Ostdeutschen Rundschau").

Überdies wollen wir bei den wirtschaftlichen Abmachungen nicht vergessen, daß wir jetzt ein russisches Absatzgebiet zur Verfügung haben, und daß Österreich-Ungarn mit unserer Volkswirtschaft in viel höherem Maße verwachsen ist als umgekehrt.

Ausblick.

Objektivität oefrrdert Ausschaltung des Selbsterhaltungstriebes. Das Geschrei nach „Objektivität gegenüber unseren Feinden" inmitten des entsetzlichsten Krieges, den ein Volk um sein Dasein kämpft, ist daher bei Licht besehen Aufforderung zum Selbstmord und kommt in seiner geistigen Wirkung dem Landes- und Volksverrat gleich. Diejenigen, die diese Aufforderung nach Objektivität gegenüber unseren Feinden verbreiten, beteiligen sich an einem Volksbetrug[1]). Wenn nun schon gewisse Parteien im Reichstage nach außen „objektive" Politik treiben — es sind das die gleichen, die im Innern die völlige Demokratisierung des Staates verlangen[2]) —

[1]) Daß der „Vorwärts" den deutschen Sieg *nicht* will, geht daraus hervor, daß er in Nr. 156 den „Unabhängigen" heftig *vorwirft*, daß sie „im Grunde gar nichts weiter wollen, als den deutschen Sieg und daß sie den Fortschritt der deutschen Waffen mit hoher Freude und Genugtuung, um nicht zu sagen mit Begeisterung begrüßen".

[2]) Nach dem neuen „Aktionsprogramm" *fordert* die sozialdemokratische Partei Deutschlands: Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl; Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben; Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten; Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit; Beseitigung der Geheimdiplomatie; Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.); völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beseitigung aller Ausnahmegesetze; volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz; Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

und die Belange aller fremden Völker sich eifriger am Herzen liegen lassen als die des deutschen Volkes, so sollte doch die Regierung um jeden Preis den Anschein vermeiden, daß sie gleiche Pfade wandelt und nur Persönlichkeiten auf maßgebende Stellen setzen, deren völkische Gesinnung diesen Verdacht von vornherein ausschließt. Laut Aussage des Zensors in einem unerfreulichen Zensurprozeß in München ist auch noch heute die Vorschrift gültig, wonach die im Auftrag des Kaisers geleitete Politik des Reichskanzlers nicht zum Gegenstande gehässiger Angriffe gemacht werden darf. Daß jeder gehässige Angriff auf den Kaiser unterbleibt, ist für jeden anständigen Deutschen selbstverständlich. Uns scheint aber, daß die Vorschrift dazu benutzt wird, daß jeder unfähige nachgeordnete Reichsbeamte sich für alle Böcke, die er schießt, mit der Person des Kaisers zu decken sucht, — wobei wir selbstverständlich die Person des Herrn Reichskanzlers ausnehmen, dessen kluges ausgleichendes Walten jedermann, abgesehen vielleicht von Erzberger und Scheidemann, als wohltätig empfindet. Nein, wir möchten nur verhindern und verwahren uns energisch dagegen, daß die „objektiven" Friedensschlüsse von Litauisch Brest und Bukarest, welche dem internationalen, freundlichen wie feindlichen Händlerring zugute kommen und dem deutschen Volke indirekt für Getreide und Petroleum hohe Verbrauchsabgaben auferlegen — die Abneigung bestimmter Parteien gegen die Einführung von Verbrauchssteuern durch das Reich wird erklärlich, wenn man sieht, wie die diesen Parteien nahestehenden Kreise solche Steuern dem Publikum zugunsten ihrer Taschen freihändig auferlegen, sei es als Wolle-, Kohlen-, Leder-, Getreide- oder Petroleumhändler — daß diese Friedensschlüsse als „Politik des Kaisers" gelten sollen. Sie fallen lediglich der Politik des Herrn v. Kühlmann zur Last. Wir möchten verhindern, daß die radikalen Demokratisierungsbestrebungen, die sich an die mißverstandene und mißachtete Osterbotschaft anschließen, als „Politik des Kaisers" aufgefaßt werden. Die Hohenzollern haben sich einen kostbaren Schatz von Liebe und Vertrauen im Herzen des deutschen Volkes erworben, daher möge der Herr Reichskanzler dafür sorgen, daß nicht international ausgerichtete, nachgeordnete Leute die großen Absichten des Kaisers im Bewußtsein des Volkes verdunkeln und das kostbare Erbe der Hohenzollern mißbrauchen und verschleudern! Der Unfug, daß sich jedermann mit der Person des Kaisers deckt, geht uns gegen das Gefühl. —

Wie stehen, wie schon einmal betont, vor riesigen weltgeschichtlichen Entscheidungen. Südafrika will Republik werden, Indien fordert Autonomie, in Irland geht die Gärung weiter, — England hat den Scheidepunkt seiner Entwicklung überschritten und ist zum Vasall Wilsons herabgesunken. Wir müssen daher klar und fest bis zum Ende bleiben. Das Gespenst des „Verständigungs- und Verzichtfriedens" sollte endgültig verscheucht werden, schon weil wir nach dem heutigen Stand der Kriegsschulden eine jährliche Steuerlast von 14 Milliarden zu bewältigen haben. Solange wir Entschädigungen vom Feinde erhalten können, ist es ein Verbrechen, Steuerheroismus zu predigen und diese 14 Milliarden dem deutschen Volke allein auf die Schultern zu wälzen. Lernen wir groß denken, lernen wir für Geschlechterfolgen vorausdenken, stecken wir uns weite nationale Ziele, wie sie diese gewaltige Zeit zu unserer zukünftigen Sicherheit erfordert. Nur dann haben alle Opfer und Entbehrungen einen Sinn, nur dann sind sie zu verantworten. Nicht die Bereicherung des internationalen Banken- und Händlerringes, sondern die Sicherheit, Stärkung und Blüte des deutschen Volkes ist das Ziel unseres Kampfes. — Das möge sich jeder vor Augen halten!

Bücherschau.

Heinrich Heinrich: Preußentum und Demokratie. 1.—6. Auflage. Deutschnationale Verlagsanstalt, A.-G., Hamburg und Leipzig. 1,80 M.

Bezeichnender und erfreulicher Weise wächst die Erkenntnis dessen, was Preußen seit 300 Jahren für das Deutschtum gekämpft und geleistet hat, in allen Schichten unseres Volkes, vor allem auch in Süddeutschland. Nicht geographische, dynastische und Stammesgegensätze sind es heute mehr, die sich innerhalb des Reiches gegen das wahre, alte Preußentum geltend machen, sondern in erster Linie und überwiegend parteidogmatische Widerstände, die sich ihre Waffen unbewußt oft aus dem Schlagwörterarsenal unserer Todfeinde holen. Zur Aufklärung über die Lebensnotwendigkeiten des größten Bundesstaates des Reiches, über seine Entwicklung und Bedeutung für das Ganze ist ein Buch wie das vorliegende ganz ausgezeichnet geeignet und wird allen denen gute Dienste tun, die sich mit Hilfe von politischen und geschichtlichen Erkenntnissen und Wahrheiten selbständig eine Ansicht über Entstehung und Berechtigung der preußischen Art und die dawider ankämpfenden Kräfte bilden wollen. Auch das wahre Wesen der Demokratie nach westlichem Muster wird trefflich darin gekennzeichnet. Den letzten Abschnitt nennt Heinrich „Neuorientierung" und stellt darin in bewußtem Gegensatz zu allen international-demokratischen Phrasen eine Reihe von Forderungen auf, mit denen sich jeder völkischgesinnte Deutsche von Herzen gern einverstanden erklären wird, und die sich hoffentlich die noch nicht unrettbar durch die internationale Demokratenpresse verdorbenen Schichten unseres Volkes geschlossen aneignen werden. Die Schrift kämpft in unserem Sinne für Deutschlands Erneuerung. E. K.

Hindenburg-Worte. Briefe, Drahtungen, Reden und Gespräche des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Gesammelt von **Dr. Hans Wohltmann.** J. F. Lehmanns Verlag, München. 2 M., feine Ausgabe M. 2.50.

Hindenburg ist seit der Schlacht von Tannenberg der Nationalheld der Deutschen. Er bedeutet uns, nicht nur die Gewähr für unseren Endsieg, sondern ist, gleichsam auch eine unerschöpfliche Quelle der zuversichtlichen Ruhe, der Kraft und des Vertrauens. Seine Worte haben gleich seinen Taten stets zur richtigen Zeit uns auf das Notwendige gewiesen, Zweifel gebannt und alle Kräfte belebt. In seinen Worten lebt gewissermaßen das deutsche Pflichtgefühl und das völkische Gewissen. Daher ist es freudig zu begrüßen, daß uns diese Quelle durch eine gute und würdige Auswahl seiner kennzeichnendsten Aussprüche aus Gesprächen, Reden und Briefen ständig zugänglich gemacht wird. Für die vorliegende Sammlung wurde die zeitliche Anordnung gewählt, so daß die zeitliche Bedingtheit, in der die Worte verstanden sein wollen, gewahrt wird. — Möge das Buch in recht viele Hände gelangen, zur Stärkung des Siegeswillens, aber auch damit die Deutschen ihren Helden immer besser verstehen und verehren lernen. E. K.

Kurt von Strantz: Unser völkisches Kriegsziel. Die Wiederherstellung der alten geschichtlichen Reichs- und Volksgrenzen im Osten, Süden und Westen, sowie die künftige deutsche Übersee. Leipzig, Reichenbachsche Verlagsbuchhandlung. Preis 6 M.

Der altbewährte und unerschrockene Vorkämpfer für deutsche Macht und Größe bringt mit diesem Buch eine Herzstärkung für alle die, welche noch nicht von der allgemeinen Mattherzigkeit angekränkelt sind, und in der für Jahrhundert entscheidenden Stunde der Weltgeschichte gern alle die Fehler und Sünden gutgemacht sehn wollen, welche auf Kosten des deutschen Reiches und Volkes in früheren Jahrhunderten begangen worden sind. Strantz, der als alter Diplomat viele Einblicke gewonnen und Ausbruch und Verlauf des Weltkriegs in vielen Punkten seit langem richtig vorausgesagt hat, hat mit vielem Fleiß und Geschick interessanten geschichtlichen Stoff zusammengetragen, um unsere guten Ansprüche auf altes deutsches Reichsland im Westen und im Osten zu beweisen. Die mannhafte Gesinnung, welche aus dem ganzen Buch spricht, sowie die unbestreitbaren Tatsachen, die es bringt, stempeln es zu einer vortrefflichen völkischen Waffe, die man jedem in die Hand wünscht, der für unsere Zukunft kämpft, vor allem aber auch jenen, die sich noch immer nicht über die Mittel und Wege im klaren sind, mit denen wir uns, nach siegreich durchgekämpftem Krieg, gegen eine Wiederholung des Weltüberfalls sichern müssen. E. K.

Richard Pretzel: „Die Alldeutsch!" Leipzig, Verlag von Wilhelm Weichert. Preis 1,50 M.

Der Verfasser, ein pommerscher Rittergutsbesitzer, dem die Sorge um seines Volkes Wohlfahrt schwer auf dem Herzen liegt, hat in einer Reihe von Aufsätzen versucht, sich selbst Rechenschaft zu geben über das, was

not tut. Die Arbeit bildet einen hochinteressanten Einblick in den Entwicklungsgang eines Mannes, der aus der Erkenntnis, daß die vorhandenen Parteien nicht genügen, unserem Volk den Aufstieg zur Höhe zu sichern, sich mit den treibenden Kräften unseres Volkes vertraut zu machen suchte und der zu der Erkenntnis gekommen ist, daß der Alldeutsche Verband am meisten berufen ist, dem deutschen Volke gegenüber die Rolle des getreuen Eckart zu spielen. Die Aufsätze über Adel, nationale Presse, Tagesgeschichte, politische Reformation, Aufgaben deutscher Erziehung, sind ganz vortrefflich und verdienen in weitesten Kreisen gelesen und beherzigt zu werden, zeigen sie doch unserem Volke, wie auf vielen Gebieten in nationaler Richtung eine Besserung herbeizuführen ist. In der jüdischen Gefahr, die in Handel und Wandel, in Presse und Literatur immer drohendere Formen annimmt, erblickt der Verfasser eine der bösartigsten Zersetzungsursachen unseres Volkes, und er erachtet es als eine der wichtigsten Aufgaben, dieser Gefahr zu begegnen.

Jeder unserer Leser wird in dem inhaltsreichen Hefte vieles finden, was ihn zum Nachdenken, zur Einkehr und Umkehr veranlaßt, und wir können der trefflichen Arbeit daher nur weiteste Verbreitung wünschen. Wenn es in Ostelbien viele solche „Junker" gibt, braucht es uns um die Zukunft unseres Volkes nicht bange zu sein.

J. F. L.

Fritz Friedrich, Prof. Dr.: **Der einzige Weg.** Betrachtungen über die wirtschaftlichen Ursachen und die Beseitigung der Ehescheu und des Geburtenrückgangs in Deutschland. (Heft 44 der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Prof. Dr. von Mammen) Dresden, „Globus", Wissenschaftl. Verl.-Anst. Preis 1,50 M.

Ein ernst und klar geschriebener Beitrag zur großen Frage des Geburtenrückganges, der wohl verdient, von Wissenschaftler und Laien, Staatsmann und Politiker berücksichtigt zu werden. Mit kurzen, treffenden Strichen zeichnet der Verfasser u. a. ein Bild von dem, was der Familienvater in heutiger Zeit an Leistungen aufbringen und was er selbst alles entbehren muß. Das begrüßenswerte Neue, das die Schrift bringt, ist die beachtenswerte Forderung nach einer dem Familienstand angepaßten Berechnung der direkten Steuern jeglicher Art. Diese Forderung ist fraglos als berechtigt anzuerkennen, und wir hoffen und wünschen mit dem Verfasser, daß sie von den maßgebenden Kreisen aufgegriffen wird. Über die Form, nach welcher der Steuerbetrag unter dem von Friedrich vorangestellten Gesichtspunkt zu berechnen wäre, lese man bei diesem selbst nach.

E. K.

Dr. H. Lietz: Die ersten drei Deutschen Landerziehungsheime. Verlag des Land-Waisenheimes an der Ilse, Veckenstedt am Harz 1918. Preis 2 M.

Der Verfasser ist der Begründer der vor 20 Jahren ins Leben gerufenen Landerziehungsheime, ein hoch- und deutsch-gesinnter Mann, der mit inniger Liebe zum Berufe und zur deutschen Jugend sowie mit tiefem Verständnis für die Erneuerungsnotwendigkeiten auf dem nicht wichtig genug zu nehmenden Erziehungsgebiet ein ideales Reformwerk geschaffen hat. Schon die vorangestellten Sinnsprüche der drei wunderschön gelegenen Heime Ilsenburg, Haubinda und Bieberstein „Licht, Liebe, Leben" (Herder) und das tiefe Wort des Wolfram von Eschenbach „Denn ein getreuer, steter Sinn, Der wandelt Licht zum Lichte hin" spiegeln den Geist wieder, in dem das Erziehungswerk vom Verfasser zum Segen der Jugend angegriffen wird. Das Buch bietet weit mehr als eine Beschreibung der Anstalten und ihrer Methoden. „Es versucht, das Warum und Wozu zu begründen", besagt die Vorbemerkung, und dieser Versuch ist auf das glücklichste gelungen. Der Verfasser, der als Offizier im Felde gestanden hat, hat die Stille eines Krankenlagers im Lazarett dazu benutzt, Grundlegendes über Erziehungsfragen und den Sinn und die Notwendigkeit von Landerziehungsheimen in dieser Schrift niederzulegen. Sie sollte deshalb bei Eltern und Erziehern eine tunlichst weite Verbreitung erfahren, da darin über die Wurzeln alles pädagogischen Wirkens sehr viel Treffliches und Beherzigenswertes aus zwanzigjähriger Erfahrung heraus gesagt ist. — Der geschmackvolle Buchschmuck, der sich wohltuend in das Ganze einfügt, ist nach Federzeichnungen von der bekannten Künstlerin Frau Lina Burger hergestellt und bietet eine ebenso wertvolle wie anschauliche Bereicherung des Buches, das den im Untertitel angegebenen „Versuch ernsthafter Durchführung deutscher Schulreform" als wohlgelungen erscheinen läßt.

E. K.

Hermann Lietz: Der Deutsche nach dem Kriege. Sein Beruf. Sein Wille. 2. Auflage. Verlag des Land-Waisenheimes an der Ilse bei Veckenstedt (Harz). Preis 55 Pf., bei Bezug größerer Partien wesentlich ermäßigt (1000 Stück zu je 25 Pf., 100 Stück je 30 Pf.)

Der Begründer der Landerziehungsheime (s. obige Besprechung!) berührt in dieser im Anschluß an eine vor Soldaten gehaltene Ansprache erschienenen kleinen Schrift mit seinem warmherzigen und klaren Sinn alle die großen Fragen, welche die Daheimgebliebenen, aber noch mehr die Kämpfer an der Front bezüglich der Zukunft des deutschen Volkes nach dem Kriege bewegen. In ernster Sprache, an der Hand erdrückenden Materials weist er auf die großen Gefahren des Geburtenrückganges, des Alkoholismus, der Geschlechtskrankheiten und auf die sonstigen Schäden des Großstadtlebens hin und mahnt „Nach dem Kriege fangt ein neues sinnvolles Leben an und vollbringt den größten und schwersten Sieg, den Sieg über Euch selbst!“ Eine Hauptbedingung für das Gelingen dieses Sieges sieht Lietz mit Recht darin, daß mit allen Mitteln und Kräften vereint darauf hingearbeitet wird, möglichst vielen Volksgenossen ein eigenes Heim auf eigener Scholle zu schaffen. Er faßt seine eindringlichen Mahnungen zum Schluß in 12 Punkten zusammen, die er „Wille und Vorsatz des deutschen Kriegers gegenüber Gott, Fürsten, Vaterland und sich selbst“ benennt. — Wir wünschen der ernsten, von lautester Gesinnung getragenen Schrift eine recht weite Verbreitung in Heer und Heimat. E. K.

Die neue Perthes-Reihe. Sie enthält:

Gabriele Reuter: Was Helmut in Deutschland erlebte. Mit acht Zeichnungen von Rudolf Sievers. 3 M.

Wilhelm Schussen: Leutnant Vollmar erzählt. Mit zwölf Holzschnitten von Max Thalmann. 2,60 M.

Anna Schieber: Kameraden. Eine Erzählung in Briefen. Mit sechs Federzeichnungen und einer Radierung von Professor Adolf Hildenbrand. 3 M.

August Sperl: Hannes. Mit fünfundzwanzig Zeichnungen von Professor Walter Klemm. 4 M.

Auguste Supper: Hermann Lohr. Mit zwölf Zeichnungen von Professor Adolf Hildenbrand. 3 M.

Sämtlich im Verlag Friedrich Andreas Perthes, A.-G., Gotha.

Für „Jugend und Volk“ sind diese Bücher geschrieben. Darin liegt ihre Schwäche. Daß Schriftsteller vom Rufe der Genannten keine schlechten Bücher schreiben, daß F. A. Perthes keine solchen herausbringt, beides liegt auf der Hand. Trotzdem kann ich die Bände leider nicht so uneingeschränkt loben, wie ich es gern täte. Mit Zweckabsichten hergestellte schriftstellerische Bestellarbeit wird eben bei aller Tüchtigkeit der Mache, Ehrlichkeit und Reinlichkeit der Gesinnung nicht das sein, was es für Jugend und Volk eben sein müßte: freie schöne Schöpfung, die erfreut und so erhebt. — Die Namen der Verfasser bieten die Sicherheit einer gewerblichen Erzeugermarke und damit eine gewisse Gewähr für die untere Wertgrenze, und das sehe ich als Vorzug dieser neuen Jugendschriftenreihe an gegenüber dem mehr oder weniger Allerweltskitsch anonymer oder unbekannter und rein geschäftsmäßiger Verfasser, der in Massen umläuft. — Der wertvollste dieser fünf Bände dürfte der von Auguste Supper sein; es handelt sich hier offenbar um eine Arbeit, die bereits nahezu fertig vorlag, als sie in die Folge aufgenommen zu werden bestimmt und nur durch einige Anfangsworte und kurzen Zweckschluß der neuen Kriegsbüchersammlung angepaßt wurde. Gesagt sei noch, daß den Bilderbeigaben große Sorgfalt zugewendet wurde; über die jeweilige Eignung der verschiedenen künstlerischen Handschriften gerade für die Volks- und Jugendschriften müßte ausführlicher gesprochen werden, als es an dieser Stelle möglich ist. So wäre z. B. der grundsätzliche Entscheid zu treffen, ob es zum Zwecke der Illustration von Jugend- und Volksbüchern zulässig sei, daß Bilder skizzenmäßigen Charakters (Kampfszenen etwa), die im gegebenen Fall aber zweifellos am Zeichentisch entstanden sein müssen, da es Schilderungen zum Buchtext, nicht zeichnerisches Festhalten eines geschauten wahrhaftigen Erlebnisses sind, in solchen Büchern geduldet werden. Auch andere Fragen dieser Art wären abzuhandeln. — Trotz meiner zurückhaltenden Äußerung über die hier angezeigte Bücherfolge möchte ich denjenigen raten, die Ähnliches für ihre Jugend kaufen wollen, sich diese von ihrem Buchhändler vorlegen zu lassen und selbst zu prüfen, ob sie nicht für den gegebenen Fall passen. Jugendschriften allgemein auf ihren Wert zu schätzen, ist sehr schwierig, da der Begriff weit, und alt wie jung recht verschiedene Ansprüche zu stellen pflegen; erzieherische Absichten und Befriedigung jugendlicher Sensationsbedürfnisse sind eben sehr schwer unter einen passenden Hut zu bringen. F. C.

Karte der Baltischen Provinzen, erschienen bei Brockhaus, in sechsfarbiger Ausführung im Maßstab von 1:650000. Preis 4 M. — Bei der Bedeutung, die dem wiedereroberten Ordenslande zukommt, und dem Interesse, das ihm entgegengebracht wird, ist die klare, übersichtliche Karte zu begrüßen.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Weimarer historisch-genealogisches Taschenbuch des gesamten Adels jehudäischen Ursprungs. Auslieferung für den Buchhandel durch E. F. Steinacker, Leipzig. Preis für den Band 10 M.

„Niemand darf das Rassenprinzip, die Rassenfrage gleichgültig behandeln. Sie ist der Schlüssel zur Weltgeschichte," sagt der Jude Disraeli (Lord Beaconsfield) in seinem Roman Endymion. Das vorliegende Taschenbuch, allgemein kurz Semi-Gotha genannt, will der Geschichts- und Gesellschaftsforschung dienen, indem es eine Sammlung der im Mannesstamme aus jüdischem Blut hervorgegangenen Adelsfamilien bringt. Trotz aller Anfeindungen und trotz mancher, in der neueren Auflage nach Möglichkeit vermiedener Irrtümer ist das Buch für jeden Politiker, Staatsmann, Diplomaten und Forscher von hohem Wert. Die Eigentümlichkeiten des jüdischen Rassecharakters, welche auch bei Vermischungen mit anderen Rassen immer wieder auftauchen und sich behaupten, die Ziele, welche die jüdische Rasse für sich anstrebt, machen es zur Pflicht, zu verfolgen, inwieweit jüdischer Einschlag in den Adelsgeschlechtern festzustellen ist, da dem Adel eine ausschlaggebende Stellung im politischen und gesellschaftlichen Leben nicht abzusprechen ist, und er gerade im deutschen Volk eine führende Rolle zu spielen geschichtlich berufen ist, insofern er seine Aufgabe richtig erfaßt. — Als Ergänzung dienen die Bände: Arist. Jüd. Alliancen und: Semigothaismen. E. K.

Hans Wram, Kriegsbilder aus Paris 1914—1917. Verlag von Edwin Frankfurter, Leipzig 1918.

Wram, ein deutscher Literat, trotz seines Namens ein stark deutsch empfindender Mann, verdankte es eben diesem Namen und guten Beziehungen zu hochgestellten Personen, bis ins Jahr 1917 in Paris leben und — beobachten zu können. Seine „Kriegsbilder" sind keine solchen im eigentlichen Sinne; er schildert nicht Schlachten und Kämpfe, er gibt seine Beobachtungen und Erlebnisse in der Hauptstadt und an anderen Plätzen Frankreichs. Er hört, sieht und zieht seine Folgerungen aus dem Gehörten und Gesehenen, die darauf hinauslaufen, daß er einen Verzichtfrieden für eine deutsche Dummheit erklärt, daß er die vollkommene Verständnislosigkeit unserer westlichen Gegner für jegliches Entgegenkommen feststellt. Nur aus

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":

50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. 1/1 Seite M. 120.—, ½ Seite M. 65.—, ¼ Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—

Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund

Sitz: Magdeburg-S.

Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit werdet Mitglieder!

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten über Lebensmittel usw. kostenlos.

Große

Gewinn-Chancen

bietet Beteiligung an Petroleum-Unternehmen. Minimal-Beteiligung 5000 M. Anfragen sind zu richten an General-Konsul a. D. Borchard, Berlin SW 11, Schönebergerstr. 8.

„Deutschvölkischer Orden" (Loge).

In einer Zeit, in der sich germanische Kraft nach außen so herrlich bewährt und doch internationale und fremdrassige Einflüsse im Hause sich breit machen, halten wir es für unsere Pflicht, aus der Verborgenheit hervorzutreten. Alle deutschgeborenen Männer, die sich ihres germanischen Blutes stolz bewußt sind, rufen wir auf, uns zu helfen bei unserer Arbeit, für unseres Volkes geistig-sittliche Erneuerung und rassische Wiedergeburt.

Anfragen sind unter Nr. 259 an die Geschäftsstelle dieser Zeitschrift zu richten.

Deutsch-Österreichischer Verlag

Leipzig, Königstraße 85/87. Wien, I., Fleischmarkt 1.

Ein Buch von hervorragender, aktueller Bedeutung

Die Vermögensabgabe und Konjunkturgewinnsteuer im sozialen Zukunftsstaate

von **Dr. Markus Ettinger.**

Preis M. 6.—

Das Werk ist für jeden Wirtschaftspolitiker und Steuerpflichtigen deshalb von großem Interesse, weil es zunächst eine fast vollständige übersichtliche Zusammenstellung der in der Literatur und in wissenschaftlichen Versammlungen für und gegen die Vermögensabgabe vorgebrachten Argumente bringt. Es wird ferner deshalb interessieren, weil sich Dr. Ettinger nicht bloß mit der Vermögensabgabe als solcher, sondern mit der gesamten Wirtschaftslage, wie sie nach Friedensschluß zu erwarten ist, befaßt und einen Einblick in die unerläßlichen organisatorischen Maßnahmen für die Übergangszeit und in weiterer Folge für die künftige Gestaltung der europäischen Wirtschaft überhaupt bietet.

Ein praktischer Vorschlag zur Lösung des schwierigen Steuerproblems!

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

em Gefühl deutscher Schwäche her- us fände man die wiederholten irekten und verschleierten Friedens- ngebote von deutscher Seite begreif- ch. Das Ergebnis sei lediglich eine Stärkung des Kriegswillens der ntente, die mit Sicherheit auf inen günstigen Frieden für sie lbst rechne und rechnen könne, dank es Ungeschicks deutscher Diplomatie nd deutscher Gutmütigkeit. — Es nd ernsthafte, mahnende Blätter, ie uns in den „Kriegsbildern aus Paris" vorliegen, lehrreich für alle, elche die „Seele" des französischen Volkes näher kennen lernen wollen.

F. C.

Franz Hochstetter: Mehr Land! Berlin 1917, Verlagsanstalt Politik. 18 S. Preis 2,50 M.

Die Schrift kommt nach eingehen- en, packenden und überzeugenden olkswirtschaftlichen und wirtschaft- chen Untersuchungen zu dem Schluß, aß wir nur durch räumliche Er- eiterung des bisherigen deutschen Wirtschaftsgebiets, durch Angliede- ung angrenzenden Neulandes der urch den gegenwärtigen Krieg er- iesenen Staatsnotwendigkeit: Si- herheit und Unabhängigkeit in der ebensmittelerzeugung, Genüge tun önnen. Wir begrüßen die Schrift ls ein erfreuliches Zeichen dafür, aß die Gedanken, für die die besten Vorkämpfer unseres Volkes schon n Frieden und von Anfang des rieges an eingetreten sind, nun im- er mehr Gemeingut des ganzen eutschen Volkes werden.

F.

Hermann Kranold: Zollunion nd Agrarpolitik. Die Wirkung iner Vereinigung des deutschen ollgebietes mit Südosteuropa auf ie deutsche Landwirtschaft. (Heft 30 er „Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft". Herausgeber: Prof. r. Franz v. Mammen.) Dresden, Globus", Wissensch. Verlagsanstalt. 35 S. Preis 2 M.

Kranold kommt auf Grund der on ihm verarbeiteten landwirtschaft- chen Statistik von Österreich- Ungarn und der Balkanstaaten zu em Ergebnis, daß aus dem An- hluß Südosteuropas an das deutsche ollgebiet keine wesentlichen Be- ürchtungen für die deutsche Land- irtschaft abzuleiten sind. Seine Untersuchungen sind interessant und erdienstlich, seine Schlußfolgerung doch möchten wir nicht unbedingt unterschreiben, wir glauben vielmehr, aß die Zollvereinigung der deut- hen Landwirtschaft viele vorüber- ehende und manche dauernde Schwierigkeiten und Nachteile brin- en würde.

F.

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey-Otto-Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

Rothenburger Versicherungs-Anstalt auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Glühöfen | Einsatzöfen
Härteöfen | Schmiedeöfen

Brettfallhämmer
Schmiedehämmer

Brüder Boye, Berlin N 37
Schönhauser Allee 8

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Richard Fester Prof. Dr.: **Der Machtwille und die Weltlage.** Verlag Max Niemeyer, Halle a. S. Preis 0,60 M.

Der Hallenser Geschichtsforscher bringt in der kurzen, 20 Seiten langen Schrift wertvolle Gedanken über die Auswirkung des Machtwillens in der Geschichte Deutschlands und der unserer Hauptfeinde sowie über die vier internationalen Richtungen, die ihrem Machtwillen die kriegführenden Staaten unterordnen wollen. Besonders beachtenswert sind die Ausführungen, in denen er auf die Rolle hinweist, die Deutschland gegenüber der Europa von Osten bedrohenden Revolutionsgefahr und der dahinterstehenden mongolischen Barbarei übernehmen muß. E. K.

Wilhelm Breitenbach: England als Völkervernichter. Zweite Auflage. Bielefeld. Dr. W. Breitenbach. 64 Seiten. Preis 80 Pf.

Diese kleine Schrift sei allen empfohlen, welche noch an die Möglichkeit einer „Verständigung" mit England ehrlich glauben und seine Geschichte in jenem verklärenden Lichte sehen, das die Engländer selbst geflissentlich darüber zu verbreiten lieben und — bitter nötig haben. Wenn man an Hand der knappen Darstellung der einzelnen Stationen dieser unerhörten Geschichte die Unsumme von Seeräuberei, Verrat, Gewalttat und Blutschuld erkennt, auf der der Reichtum jenes einzigen und wahrhaftigen „Völkervernichters" aufgebaut ist, wird man es begreiflich finden, daß geschichtlich geschulte Köpfe diesen Krieg so lange führen wollen, bis England für immer die Möglichkeit zu neuen Schandtaten genommen ist. Spanien, Holland, Frankreich, Dänemark, Irland, Indien, China, die Buren, die Vereinigten Staaten, — sie alle tragen, wie die Schrift beweist, zu furchtbare Spuren von englischer Brutalität und Habgier an ihrem Volkskörper, als daß nicht jeder Deutsche seine Kräfte bis zum letzten anspannen sollte, um von unserem Vaterland eine ähnliche Vergewaltigung für immer fernzuhalten. — Die Schrift eignet sich gut zur Verteilung an Verbände, in Lazaretten u. ähnl. E. K.

Adeline Gräfin zu Rantzau: Hein Spinners Feldzug. Martin Warneck, Berlin. 4,80 M.

Eine tiefernste Erzählung, welche die innere Entwicklung eines deutschen Dichters während des Weltkriegs behandelt. Seine Kämpfe mit

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Union Deutsche Verlagsgesellschaft
Stuttgart, Berlin, Leipzig

Ein erstklassiges Werk über den Großen Krieg:

Die Geschichte des Weltkrieges

Militärisch, politisch und wirtschaftlich dargestellt von
Dr. Albrecht Wirth.

Vollständig in drei Bänden.
Erster Band: Mit 147 Abbildungen auf 64 Tafeln u. 2 Karten des westlichen und östlichen Kriegschauplatzes.
Gebunden M. 14.50 u. bis auf weiteres 10% Teuerungszuschlag.

Diese Geschichte des Weltkrieges ist nicht nur eine Aneinanderreihung von Geschehnissen, die Albrecht Wirth scharf beobachtend auf Grund verläßlicher Unterlagen zu einem übersichtlichen Ganzen verband. Die Eigenart dieser Kriegsgeschichte liegt in der Verschmelzung des Politischen, Völkerkundlichen und Volkswirtschaftlichen mit dem Gang der Ereignisse, in der Beleuchtung der Ursachen und Ziele, in der Einfügung von folgerichtig sich ergebenden Ausblicken in die Zukunft, wie sie nur ein hervorragender Geschichts- und Völkerkenner wie Albrecht Wirth so geistvoll und fesselnd zu geben vermag. Es ist eine Geschichte des Krieges für die politisch Reifen und Gebildeten, der schon wegen ihres Verfassers besondere Beachtung zukommt. Die bildlichen Darstellungen enthalten durchweg neues u. hochinteressantes Material. Der zweite Band befindet sich in Vorbereitung.

:: Zu haben in allen Buchhandlungen ::

Briefmarken

Preisliste 1918 frei. — Auswahlen auf Wunsch versenden
Gebr. Michel, Apolda

Alpenflora

Die verbreitetsten Alpenpflanzen von Bayern, Österreich und der Schweiz

Von **Prof. Dr. G. Hegi,** München

Dritte, verbesserte Auflage. — Groß-Oktav, 221 farbige Abbildungen auf 30 Tafeln mit erklärendem Text
Preis elegant gebunden M. 5.—

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyseſtr. 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

sich selbst und seiner Neigung zu einer Jugendgeliebten, welche mehr aus Trotz die Frau eines andern geworden ist, seine Wandlungen und Läuterungen bis zur edelsten Selbstlosigkeit weiß uns die Dichterin mit feiner Kunst nahezubringen. Eine merkwürdige Schicksalsverkettung führt die drei Personen während des Krieges immer wieder zueinander, bis der Mann der Jugendgeliebten stirbt und Hein Spinner, der Dichter, der ihn vorher mit eigener Lebensgefahr gerettet hat, selbst als Flieger auch den Tod findet. — Sehr gut ist die schicksalsvolle Ausstrahlung des Weltkrieges in das Dasein des einzelnen gezeichnet, die so vieles nur als „vorläufig" empfinden läßt und ungelöste Fragen in der Schwebe hält. Man schiebt die endgültige Lösung bis nach Kriegsende auf, — und eine mächtigere Hand löst sie auf ihre Weise. Gut und richtig ist auch an den Personen der Geschichte die mächtige Triebkraft des Krieges dargestellt, der aus jedem seine wahre Natur herausholt und freimacht. Tiefer angelegten Naturen wird die Erzählung viel bieten, um so mehr, als sie ein Hauch zarter Poesie verklärt. E. K.

Arnold Winkelmann: Heimat. Ein Lied aus großer Zeit in zehn Gesängen. Verlag der Buchdruckerei der Schreiberhau-Diesdorfer Rettungsanstalten, Diesdorf bei Gärtersdorf, Kreis Striegau.

Herr Arnold Winkelmann baut sein „Lied aus großer Zeit in zehn Gesängen" auf etwa 7650 Verszeilen auf. Es ist ohne Zweifel unendlich gut gemeint, Druck, Ausstattung und Papier sind ungewöhnlich gut und solid, daß sich aber schon diese epische Form für die Behandlung des an sich blutigernsten Themas „Heimat" nicht eignet, wird einem bereits beim Blättern in dem Versebündel von 207 Seiten ohne weiteres klar. Gesinnungstüchtigkeit und Fleiß machen eben noch lange keinen Dichter und kein Epos. Etwas wie vorahnende Selbstschätzung klingt schon aus dem Anfang:

„Nebel steigen aus den Sümpfen,
Nebel legen gift'gen Brodem
Lastend auf die müde Erde." F. C.

Dem vorliegenden Hefte „Deutschlands Erneuerung" ist eine Prospektkarte der Firma **Carl Schmalfeldt, G. m. b. H., Abt. Sortiment, Berlin S.W. 48. Friedrichstr. 225,** beigegeben, auf die wir unsere Leser besonders hinweisen, ferner wird auf die Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums betr. die **Zwischenscheine** für die 5% Schuldverschreibungen u. 4½% Schatzanweisungen der VII. Kriegsanleihe aufmerksam gemacht.

Die Geschäftsstelle der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung", München, Paul Heyse-Straße 26.

Kriegs-Sinnsprüche

Von **Hans Rees von Esenbeck**

Geheftet M. 2.— Fein ausgestattet! Gebunden M. 3.—

„Reichsbote", Berlin: Die beste Empfehlung dieses gedankenreichen Buches wäre ein Ausschreiben seiner sinnreichen Sprüche. Man wird von ihnen oft an den Rembrandtdeutschen erinnert, so kernig deutsch, schlagend und knapp sind sie oft nach Fassung und Inhalt.

„Schlesische Zeitung", Breslau: Kapitänleutnant Hans von Esenbeck gibt hier seine Ansichten über viele bedeutungsvolle Fragen deutscher Gegenwart und Zukunft, die er in kristallklaren, scharf zugeschliffenen Sätzen ausspricht.

Bücherei deutscher Erneuerung

Bd. 1: **Weltkrieg und Schaubühne**

Ein Vorschlag zu ihrer Erneuerung

Von **Dr. Artur Dinter** — Preis M. 1.—

Dr. Dinter deckt hier mit rücksichtsloser Offenheit die Mißstände im derzeitigen Theaterbetrieb auf und weist Mittel und Wege, wie das herrschende System erfolgreich überwunden werden kann.

Bd. 2: **Neues deutsches Volkstum**

Lebensfragen der deutschen Zukunft

Von **H. Schröer** und **E. Neuendorff** — Preis M. 2.—

„... Zahlreich sind die Schriften, die hier ansetzen, Schäden aufzudecken und Besserungswege zu weisen, kaum eine so packend und dringlich wie das Schriftchen von Schröer und Neuendorff, das uns zu einem neuen deutschen Volkstum führen will." (Braunschweiger Landeszeitung.)

Bd. 3: **Der völkische Gehalt der Rassenhygiene**

Von **Dr. med. F. Siebert** — Preis M. 3.—

Prof. Kranz in den „Grenzboten": Es gibt wenig Schriften, die, wissenschaftlich und gemeinverständlich zugleich, so gründlich in das Thema der Rassenfrage und der Rassenhygiene einzuführen vermögen wie die vorliegende Dr. Sieberts; es ist dies ein Buch, das dem aufmerksamen Leser reichen Ertrag an Kenntnissen und Erkenntnis gewährt; möchte es recht viele Deutsche für die vorgetragenen Ansichten gewinnen!

Zu obigen Preisen kommt ein Teuerungszuschlag von 20%

J. F. Lehmanns Verlag / München, Paul Heysestr. 26

„Auf Vorposten"

Die Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V., beleuchtet von hoher Warte aus die Wege, auf welchem die **internationalen Geheimbünde** der Freimaurer und der Juden unter Führung des **internationalen Großkapitales** zur Weltherrschaft gelangen wollen. Über den Einfluß dieser Geheimbünde auf die Vorgeschichte des Weltkrieges, auf die Verhetzung der Kulturvölker, auf die Umsturzbewegung und auf die Bestrebungen zur Erzielung eines faulen Friedens müßte jeder deutsche Mann sich baldigst belehren.

Die Aufsätze über die Freimaurerei

sollten auch in solchen Kreisen beachtet werden, die über die Judenfrage bereits genügend unterrichtet sind. Geben sie doch an Hand von unwiderleglichen Urkunden den Schlüssel zu vielen sonst ganz unverständlichen Geschehnissen der Weltgeschichte.

Vierteljahrespreis der Zeitschrift M. 1.50;
Einzelheft 60 Pfg., Doppelhefte 80 Pfg.

Bestellung durch Postanstalt, Buchhändler oder

Verlag „Auf Vorposten", Charlottenburg 4

Soeben ist erschienen:

Vom kommenden Weltfrieden

herausgegeben von **Karl Jünger,**

eingeleitet von **Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech,** mit Beiträgen von:

Dr. Bruno Ablaß, M. d. R.
W. Bacmeister, M. d. Pr. A.
Wilhelm Blos, M. d. R.
Dr. Eduard David, M. d. R.
Edmund Fischer, M. d. R.
Joh. Fischer, M. d. W. L.
Gustav Hoch, M. d. R.
Graf Wilhelm zu Hoensbroech, M. d. Pr. H.
Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R.
Liz. Reinh. Mumm, M. d. R.
Rudolf Oeser, M. d. Pr. A.
Osel, M. d. B. A.-K.
Dr. Maximilian Pfeiffer, M. d. R.
Dr. h. c. A. von Rieppel, M. d. B. R.
Fürst Otto zu Salm-Horstmar, M. d. Pr. H.
Schlee, M. d. R.
Graf A. von Spee, M. d. Pr. A.
Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.
Graf von Zieten-Schwerin, M. d. Pr. H.

In der Stunde der Entscheidung erscheint dieses Buch.

Es ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß es zweifellos zu den meistgekauften Büchern der nächsten Zeit zählen wird. Jeder Deutsche sollte es gelesen haben. Vorrätig in jeder guten Buchhandlung. — Kleine Montanusbücher Band 8, Mk. 1.50

Der Montanusverlag zu Siegen 22.

Im Verlage von **Theodor Weicher** in **Leipzig,** Inselstr. 10, ist soeben erschienen:

Hindenburg als Erzieher

in seinen Aussprüchen

von **Paul Dehn**

Preis 2 Mark. Luxus-Ausgabe auf Kunstdruckpapier mit einem Bilde des Feldmarschalls von Kunstmaler E. Mattschaß in Lichtdruck, in Ganzleder mit Goldschnitt gebunden — 100 handnumerierte Stücke — **Preis: je 40 Mark.**

Ein Buch, aus dem Hindenburg spricht, empfiehlt sich selbst. Mit inniger Freude wird jeder gute Deutsche sich immer wieder an Hindenburgs Worten erbauen!

Um Deutschlands Zukunft
Wir deutschen Katholiken
Die Papstnote

und das deutsche Kriegsziel

Preis 1,40 Mark — von **Dr. jur. H. Gürten** — Preis 1,40 Mark

Die Deutsche Zeitung

das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

Bezugsbedingungen: Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

Kreuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.— (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

Feldpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12

Bund der Freunde Deutscher Kunst

E. V. / Sitz Leipzig

Zweck des Bundes ist:

alle deutsch-gesinnten Kunstfreunde zusammenzufassen und ausschließlich der Förderung rein deutscher Kunst zu dienen, dafür einzutreten, daß deutsche Kunst und Künstler gegenüber fremden Einflüssen eine immer größere Würdigung finden,

durch die Bundeszeitschrift „Deutschlands Kunst", durch Vorträge und Ausstellungen dahin zu wirken, daß die kunstfreundlichen Kreise des Volkes wahre deutsche Kunst immer mehr kennen und schätzen lernen.

Dem über ganz Deutschland verbreiteten Bunde gehören hohe und höchste Persönlichkeiten, öffentliche Institute und Museen und die hervorragendsten deutschen Künstler an. — Für den Jahresbeitrag von Mk. 10.— erhält man die Bundeszeitschrift „Deutschlands Kunst" unentgeltlich.

Alles Nähere durch die Geschäftsstelle des

Bundes der Freunde Deutscher Kunst, Leipzig-R.

Gabelsbergerstraße 1, Fernsprecher 10295

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen** und **4½% Schatzanweisungen der VII. Kriegsanleihe** können vom

27. Mai d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **2. Dezember 1918** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sich nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4½% Reichsschatzanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare hierzu sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen für die **I., III., IV., V.** und **VI. Kriegsanleihe** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli, 1. Oktober 1917 und 2. Januar d. Js. fällig gewesenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zinsscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Mai 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein v. Grimm.

Wer einen Angehörigen im Felde hat,

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme u. Verdun. Preis einer kompl. Serie inkl. Appar. M. 7.50 portofr. bei Einsend. d. Betr. Nachn. 20 Pfg. extra.

Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.

kostenlos zugesandt wird.

Brünsbinde.

Eine Erlösung für Jeden ist unser

Spranzband

Deutsches Reichs-Patent.

Ausl.-Patent angem.

Ohne Feder,
Ohne Gummiband,
Ohne Schenkelriemen.

Konkurrenzlos dastehend!
Verlangen Sie gratis Prospekt.

Die Erfinder: **Gebr. Spranz**
Unterkochen (Württemb.) No. 274

Handgetriebene Silberbrosche.
M. 15.—

Über **Runenschmuck**

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. stark) heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutungen und Beiträgen von Guido von List, Walter Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, ferner Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie schmücke ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto durch

Haus Eklöh, Lüdenscheid.

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Schmuck

Deutscher Anker

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

Kriegs- [redacted] Lebensversicherung

Eine erfolgreiche Zukunft hat der zu erwarten der die Gesetze u. Einflüsse kennen lernt, die sein bisherigen Übelstände, Hindernisse und Schwierigkeiten verursachten, — die dem einen Energie, Ausdauer, Sicherheit im Auftreten und Sprechen, Gedächtniskraft, Ordnungssinn usw. usw. rauben — dem anderen aber schaffen und erhalten! — Kreis Lehrbriefkurse, die in interessanten Schilderungen die fraglichen psychol. Naturgesetze kurz und klar erläutern, leiten Sie in leichtfaßlichem u. bequem durchführbarem System an, Ihre Kraft und Leistungsfähigkeit zu entfalten und zeigen den folgerichtig-sicheren Weg zum Wohlstand und Glück! Verlangen Sie Auskunft und Fragebogen (frei) von **H. Krebs, Barmen Z 13, Werterstraße 5**

Prophezeiung über den **Weltkrieg!!**

200jährige Prophezeiung eines frommen Tiroler Mönches über den Weltkrieg! — 2 gleiche Heftchen Mark 1.30 franko Nachnahme.

Buchversand Elsner, Stuttgart, Schloßstraße 57 B.

Krankenfahrstühle

f. Straße u. Zimmer. Selbstfahrer, Tragstühle, Krankenmöbel aller Art. **Köhler Comp.,** Hofl., Heidelberg.

Das Hakenkreuz

nach Ursprung, Vorkommen und Bedeutung v. Dr. Ludwig Wilser. Preis 60 Pfennige 60 Sis-Verlag in Zeitz

---

Aufwärts

durch Geflügelzucht!

Ein Büchlein franko für 85 Pfennige.

Carl v. Thaden, Crossen-Oder 41.

Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

Fritz Weitzel, Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

KLISCHEES

für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie

RADIOTINTO-TIEFDRUCK

(SCHNELLPRESSENDRUCK)

in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung. Man verlange Muster u. Kostenanschläge.

BRENDʼAMOUR, SIMHART & Co

MÜNCHEN

In jedem Hause

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

Harmoniums von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. umsonst. **Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

Annahmeschluß für Anzeigen für das Augustheft am 15. Juli.

Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

Sanatorium Dr. Dornblüth

WIESBADEN

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

Lähn i. Riesengeb. bei Hirschberg

Pädagogium Ländl. Schulanstalt

Begründet 1874

Kleine Klassen, real, realgymn. und gymn. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung auf Obersekunda. Streng ger. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht und Erziehung. Ökonomie. Sport, Wandern, Bäder. Medizinische Bäder im Sanatorium. Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München.

634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2

Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

Jugendsanatorium
in Verbindung mit
Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in
Herchen a. d. Sieg
in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

Jugendheim Heidelberg

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

Fischer's Privat-Töchterheim, Cassel-Wilhelmshöhe.

Deutsches Frauenlehrjahr für Töchter höherer Stände. Wissenschaftliche Fortbildung, gründliche Ausbildung in Haus, Küche und Garten. Pflege von Musik und Kunst. Klass. Gymnastik. Gesunde Lage im **Habichtswalde.** Preis 2000 Mark.

G. Fischer.

Gärtnerischer Lehrbetrieb.

Gebildete junge Mädchen und Jungen finden Ausbildung in Obst-, Wein- und Gemüsebau auf unserem Obstgut **Blankenhornsberg** bei Ihringen, nahe Freiburg i. Br. Vegetarische Lebensweise.

Dr. med. Riedlin.
Hedwig Gebhardt.

Hessische Handels-Lehranstalt

Saalbaustr. 73 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

Nordsee: Pädagogium Südstrand Föhr

verbunden mit

Dr. Gmelin Nordsee-Sanatorium

Einjährigen-Berechtigung Ärztliche Fürsorge

Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.)

Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

Frau Frieda Hoeke-Kriele.

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

Was will ich?

Wissen und Können sind gute Grundlagen, um erfolgreich zu sein, aber sie allein genügen noch nicht. Erst wenn sie von einem zielbewußten, unerschütterlichen, starken Willen getragen sind, ist der Erfolg sicher. Nur durch den Willen werden Wissen und Können zur Tat, die dem einzelnen und der Welt den Stempel aufdrückt. Nicht die herdenhafte Masse macht Geschichte und schafft das Große der Kultur, sondern der starke Wille des einzelnen, der das Große ersinnt und die Masse mit seinem Geiste und seinem Willen erfüllt, so daß auch sie zu einem großen Willen wird, der alle Hindernisse wegräumt und das Gewaltige schafft und weiter wirken macht. Was solcher Wille vermag, zeigt das deutsche Volk, das sich siegreich einer Welt von Feinden erwehrt.

Ebenso kann auch jeder einzelne im bürgerlichen Leben in seiner Art Vorzügliches leisten und sich eine geachtete und gesicherte Stellung in der Welt schaffen, wenn er in sich selbst denselben großen Willen aufbringt und, wenn die Umstände es erfordern, andere mit diesem Willen erfüllt. Für ihn darf es kein „ich möchte das und das erreichen" geben, sondern nur „ich will das und das erreichen, und ich will mich durch nichts behindern und beirren lassen, bis ich es erreicht habe.

Nun ist es ja richtig, daß die Mehrzahl der Menschen nicht mit einem solch starken Willen geboren ist, wohl aber mit dem Samenkorn des Willens, das bei richtiger Pflege mächtig wachsen und entwickelt werden kann. Wer ein ganzer Mann werden will, der muß vor allem auf die Ausbildung seines Willens, der ja auch Wissen und Können schaffen kann, bedacht sein. Die beste und erprobteste Anleitung hiefür findet sich in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Die Tatsache, daß man es hier nicht nur mit einem toten Buche, sondern einem lebendigen, erfahrenen Führer zu tun hat, der unsere Fortschritte überwacht, dem Verzagenden neuen Mut einflößt, den Fortschreitenden noch höher leitet, ist die beste Gewähr für einen sicheren Erfolg.

Einige Auszüge aus Zeugnissen:

„Als Truppenarzt bei einem Ersatztruppenteil komme ich mit sehr viel willensschwachen Menschen zusammen, die ohne Leitung kaum je Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden könnten. Diesen unglücklichen Nervenschwächlingen möchte ich helfen. Ihr Werk schien mir zur Empfehlung geeignet . . . habe zu meiner größten Freude meine Hoffnungen darin mehr als bestätigt gefunden. Dr. med. C." — „Das Durcharbeiten der Geistesschulung hat alle Mutlosigkeit durch ein frisch gestärktes und gesteigertes, zielbewußtes Selbstbewußtsein verdrängt. Lt. d. R. E. Sch." — „Ich spüre jetzt eine Willenskraft in mir, von der ich früher gar keine Ahnung hatte. F. T." — „Wie man die Willensselbstbildung in Angriff nimmt, wie man vom Leichten zum Schweren vorschreitet und fortschreitet, das hat so greifbar noch kein anderer gezeigt. A K." — „Das Wichtigste, ich habe Wollen gelernt. Sie haben mich auf den rechten Weg geführt mit Ihren Erfolg- und Willensübungen. O. D." — „Nach dreimonatlicher Übung kann ich das letzte Heft mit der Beruhigung zur Seite legen, daß die frühere Schaffensfreude — trotz meiner 55 Jahre — wiederum vorhanden ist. J. K. R."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, **München C 12**

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

2. Jahrg. Heft 8 August 1918

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines großen deutschen Siedlungswerkes im Osten .. .. .. Von einem Siedlungsfachmann
Russische Nationalitätenpolitik im Oberost-Gebiet Prof. Dr. v. Freytagh-Loringhoven
Staat und Kriegskrüppel .. .. Dr. Richard Mertz
Nationale Diplomatie .. .. Dr. Frhr. v. Mackay
Volksvertretung und Rassengemisch .. .. Dr. Franz Haiser
Kinderbeihilfen und Gesundheitsscheine .. .. Dr. Schubart
Reichsauslese zur Pressezucht .. .. Dr. Otto Helmut Hopfen
Bild der Lage – Bücherschau .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.– By Einzelheft M. 1.80

Die Bücherei der MÜNCHNER „JUGEND“

bringt in kleinen handl. und vornehm gebund. Bänden vortreffl. Erzähl. aus der Feder zeitgenöss. Schriftsteller.

Bis jetzt liegen 3 Bände vor:

1. Band: Ernste und heitere Erzählungen. 2. Band: Bunte Skizzen. 3. Band: Phantastische Geschichten.

Jeder Band enthält mindestens 8 verschiedene Erzählungen. Die Sammlung wird zwanglos fortgesetzt.

Vortreffl. Gelegenheitsgeschenk! Wertvolle Reiselektüre!

Preis des Bandes: Mark 1.50.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder zuzüglich 20 Pfennig Porto auch unmittelbar vom Verlag.

Verlag der „JUGEND“, München.

Bücherfreunde

erhalten interessanten Katalog gratis von **O. Fürst**, Buchhandlung, **Neukölln**, Emserstraße 5/11.

10 20 50

von unserem bekannten

RASSENHEFT

wurden von begeisterten Lesern ins Feld gesandt, damit jeder deutsche Mann den Wert der Rassenfrage für das Volkstum kennen lernt. Zahlreiche Abbild. erhöhen den Wert dieser volkstümlichen Schrift. Inhalt: Der Segen der reinen Rasse, von Dr. Heberlin. Die Rassenmischung im Deutschtum. Über Rasse u. Rassenhygiene, v. H. Driesmanns. Rasse und Ernährung, von G. Simons. Die Frau und die Rasse. Der Kultus des Kindes und das franz. Weib. Von J. Porcher. Rassen- u. Leibeszucht bei Menschen u. Tieren. Von Gustav Möckel. Preis 60 Pfg. Durch jede Buchhdlg. oder vom Verlag Kraft und Schönheit, Berlin-Steglitz 18.

Konservative Pädagogik.

Die Knabenerziehung des deutschen Hauses auf der Grundlage des Autoritätsgedankens.

Familienpädagogik

von **Edmund Schopen**

20 Bg. — 1918. — Preis M. 5.50

Verlag der Druckerei Lehrlinghaus, Mainz, Breidenbacherstraße 12

Ich kaufe Briefmarkensammlung

seltene Einzelmarken und Markenbriefe gegen Barzahlung

Ernst Stock, Berlin W, Friedrichstr. 79

Jeder selbstdenkende Deutsche schreibe

Rollers Weltkurzschrift.

Viel deutlicher, kürzer und einfacher als die älteren Kurzschriften. Jedes Kind erlernt sie spielend. Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M. Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift **Johannes Bülck, Neumünster**, Kieler Straße 73. Postscheckkonto Hamburg 13235.

In zweiter, unveränderter Auflage ist erschienen:

Hindenburg-Worte

Briefe, Drahtungen, Reden und Gespräche des Generalfeldmarschalls

In zeitlicher Folge herausgegeben von **Dr. H. Wohltmann**

Hübsch ausgestattet. Preis M. **2.**—, feine Ausgabe auf bestem, holzfreiem Papier M. **2.50** (dazu je 20 % Teuerungszuschlag)

Aus dem Geh. Zivilkabinett S. Maj. des Kaisers erhielt der Verlag die Mitteilung, daß S. Majestät das Buch „Hindenburgworte“ von Dr. Hans Wohltmann gern anzunehmen und beim Durchblättern dem Wunsch Ausdruck zu geben geruhte, daß

die Worte dieser großen, uns von Gott geschenkten Persönlichkeit,

in denen die wertvollsten Seiten des deutschen Volkscharakters und deutschen Siegeswillens einen vielfach klassischen Ausdruck finden, im deutschen Volke weiteste Verbreitung finden möchten.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 26

Deutſchlands Erneuerung

Monatsſchrift für das deutſche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Profeſſor A. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Profeſſor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präſident v. Schwerin, Geheimrat A. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 8 | Auguſt

Inhalt:

Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines großen deutſchen Siedlungswerkes im Oſten (S. 521) .. .. Von einem Siedlungsfachmann
Ruſſiſche Nationalitätenpolitik im Oberoſtgebiet (S. 532) .. Prof. Dr. v. Freytagh-Loringhoven
Staat und Kriegskrüppel (S. 545) .. .. Dr. Richard Mertz
Nationale Diplomatie (S. 560) .. .. Dr. Frhr. v. Mackay
Volksvertretung und Raſſengemiſch (S. 567) . .. .. Dr. Franz Haiſer
Kinderbeihilfen und Geſundheitsſcheine (S. 572) .. .. .. Dr. Schubart
Reichsausleſe zur Preſſezucht (S. 574) .. .. Dr. Otto Helmut Hopfen
Bild der Lage (S. 578) — Bücherſchau (S. 590) .. .. Dr. Erich Kühn

Die Notwendigkeit und Möglichkeit eines großen deutſchen Siedlungswerkes im Oſten.

Von einem Siedlungsfachmann.

Der Gewinn von Siedlungsland — anfangs nur von wenigen als Ziel des Krieges nach Oſten vertreten — iſt mehr und mehr Forderung aller geworden. Das platte Land iſt die Kinderſtube des Volkes, das breite, wuchsfreudige Saatbett neuer Geſchlechter. Wo jetzt der Tod ſo blutige Ernte hält unter den Männern des deutſchen Volkes, iſt es Pflicht der Lebenden mehr noch als früher, dieſem Saatbett Ausdehnungsmöglichkeit und jede erdenkliche Pflege zuzuwenden. Deutſchlands Volk drängte nach Land, ohne es in ſeiner zu engen Heimat finden zu können; Auswanderung oder Flucht in die Stadt waren die unerwünſchte Folge. Aus der zunehmenden Verſtädterung des Volkes erwuchs Rückgang der Geburten, Bedrohung der Wehrkraft. Immer größer wurde der Kreis der Verzehrer, — der Nährſtand, die landwirtſchaftliche Bevölkerung, blieb ſtehen oder ging ſogar zurück. Nur neues billiges und geräumiges Siedlungsland wird das Mißverhältnis wieder umkehren und Nahrungsquellen ſchaffen, die groß und ergiebig genug ſind, das geſamte Volk wieder frei von äußerer Abhängigkeit zu ernähren. Der Krieg iſt in dieſer Beziehung ein harter, aber fruchtbarer Lehrmeiſter geweſen. Hinzu kommen die Leiden Oſtpreußens, die allgemein als Folge

By

der strategisch ungünstigen Ostgrenze erkannt worden sind. Vor allem aber ist es die Gefahr der Verslawung des deutschen Ostens durch die Polen, die die Forderung zur Notwendigkeit macht, in den für Neusiedlungszwecke so ausgezeichnet geeigneten, den alten Ostgrenzen vorgelagerten Gebieten ein neues Quelland für deutsche Menschen zu schaffen. Ein lebendiger Wall muß aufgerichtet werden gegen die slawische Flut, unübersteiglich ebenso für etwa wiederauflebende kriegerische Pläne der Russen wie für die völkischen und politischen Träume der Polen, denen das Reich von Meer zu Meer, von Danzig bis Odessa das höchste Ziel des Strebens ist, von dem sie gutwillig niemals lassen werden. Welch wirksameres Mittel könnte es geben, sie davon zwangsweise abzubringen, als dies: zwischen das Gros des polnischen Volkes und die $3^1/_2$ Millionen Polen in Reichsdeutschland einen breiten Streifen eingedeutschten Landes zu legen, dessen äußere Grenze sich im Norden längs der Bobr- und Narewlinie, im Süden dicht jenseits der Warthelinie hinziehen müßte, ein Streifen, der, selbst wenn die völkischen Gesichtspunkte sich nicht zu seinen Gunsten durchsetzen sollten, schon aus rein strategischen Gründen vom Königreich Polen abgetrennt werden muß.

Der Pole ist im Osten aber auch der einzige völkische Gegner, der dem Deutschtum unversöhnlich gegenübersteht. Mit den Litauern, Letten und Esten wird sich der deutsche Siedler freundnachbarlich vertragen; sie gewaltsam zu verdrängen, liegt keinerlei Grund vor, den Polen gegenüber aber gilt unerbittlicher völkischer Kampf. Hier weich und nachgiebig sein, hieße hart und töricht sein gegen das eigene Volk. Der Schutz unserer alten Ostmarken wie auch der in engere Verbindung mit Deutschland tretenden neuen baltischen Gebiete macht gegenüber dem polnischen Königreiche strategische und völkische Sicherungen notwendig, die jetzt oder niemals erreicht werden können.

Die Aufgabe der nachstehenden Ausführungen soll nicht sein, auf das Wie und Wo der deutschen Siedlung im Osten näher als notwendig einzugehen — das wird sich finden, wenn die Aufgabe praktisch in Angriff genommen werden kann —, sie sollen vielmehr dazu dienen, den politischen Willen in der Richtung kräftigen Anpackens der Aufgabe zu stärken und die Überzeugung von der Ausführbarkeit einer großzügigen Siedlungsarbeit im Osten hervorzurufen. Drei Schwierigkeiten, die den Glauben an den Erfolg bei vielen auch politisch Wohlmeinenden unterhöhlen, sind besonders einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Man fürchtet:

1. daß das deutsche Volk nicht die nötigen Menschen zur Verfügung habe,
2. daß eine hinreichende Landbeschaffung ohne unmenschliche Härten gegen die jetzigen Besitzer nicht möglich sei, und
3. daß die bei einem großzügigen Vorgehen notwendige Massenumsiedlung nicht mit der nötigen Schnelligkeit durchgeführt werden könne.

I.

Die zur Besiedlung erforderliche Zahl deutscher Menschen wird überschätzt. Legt man als Durchschnittsbesitz eines deutschen Kolonistenbauern 20 ha zugrunde und rechnet man auf je 3 Kolonistenbauern eine deutsche Handwerker- oder Arbeiterstelle mit je 3 ha Besitz, so beläuft sich bei Ausnutzung aller Möglichkeiten und nach eingehenden Berechnungen die Zahl der in absehbarer Zeit in den neuen Ansiedlungsgebieten unterbringbaren deutschen Familien auf keines-

wegs mehr als 400000. Dabei würde sich ergeben, daß überall noch rund 1/4 bis 1/3 der Fläche dem Großgrundbesitz verbliebe. Die Frage, ob jene 400000 verheirateten oder heiratsfähigen Paare — nur solche, nicht etwa ebensoviele 6- oder 8köpfige Familien brauchen beschafft zu werden — zu gewinnen sind, ist in zwiefacher Richtung zu prüfen: 1. wieviel kann in einer kurzbemessenen Frist, etwa zehn Jahren, das deutsche Reichsgebiet an das Neuland abgeben, und 2. wieviele deutsche Siedler können aus dem Auslande, insbesondere aus Rußland, gewonnen werden?

So sehr man den Siedlerbedarf für das Neuland angesichts der gewaltigen und neuartig dünkenden Aufgabe überschätzt, so sehr unterschätzt man allgemein die deutsche Volkskraft. Es ist kaum bekannt und wird jedenfalls nicht bedacht, daß in Deutschland nach genauen statistischen Berechnungen alljährlich nicht weniger als 400000 Menschen, meist jüngere Leute, vom platten Lande in die Städte wandern, großenteils, weil sie in der Heimat den Drang nach dem Besitz einer eigenen Scholle, nach Selbständigkeit nicht befriedigen können. In der Stadt glauben sie den Wunsch nach sozialem Aufstieg leichter erfüllen zu können. Unter diesen Landflüchtigen sind 66540 Ehepaare, weitere über 100000 Paare stehen im heiratsfähigen Alter, so daß in Deutschland normalerweise rund 170000 verehelichte oder im ehelichen Alter stehende Paare jährlich dem platten Lande den Rücken zu kehren pflegen. Daraus erhellt, daß fast die Hälfte aller im Neulande benötigten Familien bereits beschafft werden kann, wenn man 10 Jahre lang nur 10% aller jener Abwanderer statt in die Städte ins Neuland hinüberlenkt, eine Aufgabe, die organisatorisch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten kann, besonders wenn man bedenkt, was an Organisation während des Krieges vom deutschen Volke geleistet worden ist, und wie der so billige Boden des Neulandes und die Bekanntschaft vieler Soldaten mit den dortigen Verhältnissen die Lösung der Aufgabe erleichtern. Den Städten aber wird es nach dem Kriege auf einen verhältnismäßig so geringen Verlust an Zuwanderern nicht ankommen, da die Entwicklung der Friedensindustrie erst langsam wieder in die Wege geleitet werden kann. Man wird einwenden, daß der Krieg breite Lücken in unser Landvolk gerissen habe und dadurch die Abwanderungsmöglichkeit erheblich eingeschränkt sei. Der Krieg hat aber auch auf Unternehmungsgeist und Wandertrieb, Liebe zum Eigenbesitz und Selbständigkeitsdrang außerordentlich belebend eingewirkt. Nur eine großzügig ins Werk tretende innere Kolonisation wird die vorwärtsstrebenden Energien auffangen, ihre Hoffnungen und Lebenswünsche befriedigen. Fehlt diese Möglichkeit, so wird das Sehnen Hunderttausender in Unzufriedenheit umschlagen. Die vorwärtsdrängenden Kräfte des Landes werden wieder in den Städten Aufstiegsmöglichkeiten suchen, ohne sie zu finden, weil ein schneller Aufschwung der Industrie aus Rohstoffmangel vorläufig unmöglich ist. Man wird ferner darauf hinweisen, daß die deutsche Landwirtschaft nach dem Kriege sowieso Mangel an Arbeitskräften haben wird und deshalb ein Abzug von Siedlern für sie gefährlich sei. Dem ist entgegenzuhalten, daß der größte Teil derjenigen, denen die Heimat zu eng geworden ist, doch nicht zu Hause gehalten werden kann, sondern bei fehlender Siedlungsmöglichkeit eben der Stadt zustreben würde. Außerdem ist die Zahl der aus Deutschland benötigten Siedler verhältnismäßig so gering, daß sie gemessen an dem Bestande der in der gesamten deutschen Landwirtschaft verwendeten Arbeitskräfte kaum in Betracht kommt. (Es wurden im Jahre 1907 in der deutschen Landwirtschaft rund 9½ Mil-

lionen Personen beschäftigt.) Auch ist zu bedenken, daß diese abwandernden Kräfte ja nur den Standort wechseln, dem Gebiete der für Deutschlands Ernährung arbeitenden Landwirtschaft aber nicht etwa entzogen werden. Im Gegenteil, da sie in der neuen Stelle im eigenen Interesse und auf jungfräulicherem Boden arbeiten, werden sie verhältnismäßig sehr viel höhere Beiträge zum Nahrungsmittelbedarf des deutschen Volkes beisteuern können als bisher. Endlich besteht für die heimische Landwirtschaft im Notfall immer noch die Möglichkeit, vorläufig für diese abfließenden Kräfte durch Heranziehung von Saisonarbeitern aus Polen Ersatz zu schaffen. Die Möglichkeit dazu ist gegeben, sobald man den verhältnismäßig sehr volkreichen Polen gegenüber die entsprechende Politik, die eine künstliche Förderung der Industrie in diesem Lande vermeiden muß, befolgt. Die drei Grenzgouvernements Polens haben vor dem Kriege nahezu 300000 Saisonarbeiter jährlich geliefert, die übrigen neun Gouvernements standen erst eben im Begriff, als Saisonarbeiterquelle erschlossen zu werden. Schließlich wird bei der Frage der Siedlerbeschaffung auch dies meist übersehen, daß trotz der großen Lücken, die der Krieg gerissen hat, allein in Preußen im nächsten Jahrzehnt Jahr für Jahr rund 420000 junge Männer aus den vom Kriege unberührt heranwachsenden Jahrgängen in das wehrfähige und somit ins heiratsfähige Alter treten; mehr als die Hälfte davon stammen vom Lande. Aus diesen Quellen hinreichendes Siedlermaterial zu schöpfen, ist, wie betont, lediglich eine Frage des Willens und der Organisation.

Die regelmäßig vom Lande Abwandernden sind aber — ganz abgesehen von den Städtern, die gleichfalls in nicht geringer Zahl dem Neulande zustreben werden — nicht die einzige Quelle, aus der Ansiedlermaterial geschöpft werden kann. *Ausgedehnte Striche unseres Vaterlandes leiden unter weitgehender Bodenzersplitterung und übermäßig dichter Bevölkerung auf dem platten Lande.* Seit Jahrhunderten sind aus diesen Gebieten am Schwarzwald, am Neckar, in Baden, in der Pfalz usw. Ströme von Auswanderern nach aller Herren Länder in Bewegung gekommen; haben den Grundstock für die Friderizianische Kolonisation in Preußen gebildet, haben Rußlands Steppen besiedeln helfen, ebenso wie die Ebenen Südungarns und die Niederungen an der Mündung der Donau, haben in Nordamerika und Australien als Kulturdünger gedient, wie sie in Brasilien und Palästina noch heute bestrebt sind, ihr Volkstum aufrechtzuerhalten. *Es würde wirtschaftlich wie sozial ein Segen für diese Gebiete sein, wenn ein Teil der Zwerg- und Kleinbauern ihren unwirtschaftlich zersplitterten und bis zur Unmöglichkeit der Herauswirtschaftung einer Rente im Preise gesteigerten Boden an die Zurückbleibenden verkaufte und im Neuland eine wirklich ausgiebige Ackernahrung erwürbe.* Zieht man hier nur die Gebiete in Betracht, die auf 1000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche mehr als doppelt soviel landwirtschaftliche Hauptbetriebe zählen als dem Reichsdurchschnitt entspricht, so kommen in Deutschland nicht weniger als 11 Regierungsbezirke bzw. diesen preußischen Verwaltungsbezirken entsprechende Gebiete anderer Bundesstaaten in Betracht. In jenen Gebieten dichtester kleinbäuerlicher Bevölkerung und in manchen anderen, die ihnen nahestehen, hätte in allererster Linie die Werbung zur Übersiedlung einzusetzen. Gesetzt den Fall, es gelänge als Erfolg solcher Werbungen, die Zahl der hauptberuflich sich als selbständig bezeichnenden Landwirte auf die Höhe des doppelten Reichsdurchschnitts zu senken, so würde dies bedeuten, daß durch diese Verdünnung allein rund 80000 Siedlerfamilien gewonnen werden können. Zuzüglich

der oben genannten 170000 Familien würden mithin aus Deutschland unschwer 250000 Ansiedlerfamilien beschafft werden können.

Nun harren aber in Rußlands Gefilden mindestens 1,53 Millionen, wahrscheinlich sogar mehr als 2 Millionen deutscher Bauernbevölkerung der Erlösung und Rückführung unter den Schutz des Deutschen Reiches. Sechs Köpfe zu einer Familie gerechnet, wären dies im schlechtesten Falle 255000 Familien. Selbst unter der Annahme, daß nur zwei Drittel dieser Deutschen auf Grund der ihretwegen in Litauisch-Brest getroffenen Friedensabmachungen für uns gerettet würden, so bedeutete dies dennoch, daß mit den dadurch gewinnbaren 170000 Familien im Verein mit den 250000 aus Reichsdeutschland der Bedarf an Ansiedlern für das Neuland mehr als gedeckt wäre. Dazu kommt noch die Möglichkeit, aus anderen Gebieten versprengten Deutschtums (Galizien, Dobrudscha, Amerika usw.) und aus stammverwandten Ländern (Skandinavien, Dänemark, Holland, Schweiz) Ansiedler zu werben; keine Frage, daß bei den großen Zukunftsmöglichkeiten des Neulandgebietes und bei geeignetem Vorgehen auch aus diesen Ländern einige 10000 Familien im Laufe der Zeit gewonnen werden können.

Die angeführten Zahlen sollen und können natürlich nicht den Wert peinlichster Genauigkeit haben; ihr Zweck ist vor allem, den Schrecken vor der großen Zahl, der bei der Betrachtung des benötigten Siedlerbedarfs eine gefährliche Rolle spielt, zu beseitigen und zu zeigen, daß, gemessen an der deutschen Volkskraft und der Zahl der zurückziehbaren und andernfalls verlorenen Deutschen, die in der Zerstreuung leben, die Aufgabe keineswegs übermenschlich groß ist. Denn es wird keine unüberwindliche Leistung bedeuten, wenn man dem Neulande den einjährigen Wanderverlust des platten Landes zuzuführen hat, um damit und mit den Abwanderern der übervölkerten deutschen Kleinbauerngebiete den Löwenanteil der verfügbaren Siedlungsfläche zu decken. Für die Besiedlung des Restes sorgt — getrieben von der Verfolgungspolitik der Russen — die Schar der deutschen Rückwanderer aus dem Osten.

II.

Wenn zunächst einmal von etwaigen heute polnisch bewohnten Siedlungsgebieten abgesehen wird, so setzt sich das in Frage kommende Hauptsiedlungsgebiet folgendermaßen zusammen:

1. das rund 120000 qkm große, zu einer gewissen Einheit zusammengefaßte Land, das der Krieg unter dem Namen Oberostgebiet in die Karte Europas neu eingezeichnet hat und das seinerseits besteht aus:
   a) Kurland mit rund . . . . . 26000 qkm
   b) dem eigentlichen Litauen (Gouvernements Kowno und Suwalki) . . . . . 53000 „
   c) dem von Litauern, Weißrussen, Ukrainern und Polen bewohnten Restgebiete mit dem Urwalde von Bielowies . . 33000 „

   Dazu ist gekommen durch den deutschen Vormarsch bis an den Finnischen Meerbusen und zur Narwalinie:
2. Livland mit rund . . . . . 47000 „
3. Estland mit rund . . . . . 20000 „

Zusammen stellen diese Gebiete eine Fläche von rund . . . . 180000 „

dar, d. h. gut halb so groß wie Preußen (rund 350000 qkm). Während aber Preußen 40 Millionen Seelen beherbergt, fristen auf dieser Fläche kaum 5 Millionen Menschen ihr Leben. Die menschenärmste Provinz Ostpreußen hat 56 Einwohner für den qkm aufzuweisen, im Oberostgebiet entfallen auf diese Flächeneinheit etwa 27. Ungefähr dieselbe Zahl hatten bei der letzten russischen Volkszählung Liv- und Estland aufzuweisen; welche Veränderungen hier der Krieg herbeigeführt hat, läßt sich im Augenblick im Gegensatz zu Oberost nicht feststellen.

Die Boden- und Klimaverhältnisse sind in großen Teilen des genannten Gesamtgebietes keineswegs schlechter als die Ostpreußens, wenngleich die Menschenarmut und damit der Mangel an Arbeitskräften viel Land, das gut kulturfähig ist, notgedrungen als Wald, Sumpf oder Unland hat liegen lassen. Menschenleere, Verkehrslosigkeit, Rückständigkeit in Wirtschaft und Kultur, Eigenschaften, die ein Zuwachsgebiet nicht immer verlockend machen, sind aber gerade unter dem Gesichtspunkte späterer Siedlung besonders wertvoll. Sie bedeuten Raum für viele deutsche Menschen, wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit, die Möglichkeit hoher, dem Ansiedler zufallender Wertsteigerungen des Bodens und gute Aussicht, in dem menschenarmen Lande schnell starke deutsche Minderheiten oder gar Mehrheiten zu schaffen und damit das Verwachsen mit dem alten deutschen Heimatgebiet zu sichern. Würde man, wie ohne Zweifel möglich ist, den Bevölkerungsbestand auf die Höhe Ostpreußens bringen wollen, so würden rund 5 Millionen Menschen eingeführt werden können; kein Zweifel also, daß für 400000 deutsche Einwanderer-Familien der notwendige Raum im Lande vorhanden ist. Die Schwierigkeit liegt nur darin, das besiedelbare Land aus der Hand der heutigen Eigentümer zu lösen. Bekannt ist, daß der kurländische Großgrundbesitz den Beschluß gefaßt hat, ein Drittel seines Landes zum Friedenspreise 1914 für Siedlungszwecke abzutreten, wodurch allein in Kurland rund 360000 ha guten Siedlungslandes verfügbar werden. Der deutsche Großgrundbesitz Livlands und Estlands wird zu gleichem Entschluß kommen und kommen müssen, wenn Deutschland ein Interesse an der Angliederung auch dieser Provinzen haben soll. Damit würde rund 1 Mill. ha weiteren Siedlungslandes verfügbar werden. An Domänenbesitz, der, früher russisch, heute in Händen der okkupierenden Gewalt, also des Deutschen Reiches, sich befindet, gibt es in Kurland, Livland und Estland rund 1 Million ha; in dem übrigen Gebiete ist er verhältnismäßig schwächer vertreten, dürfte sich aber trotzdem infolge der größeren Ausdehnung des Gebiets auf etwa die gleiche Fläche belaufen. Zu bedenken ist allerdings, daß diese Domänengüter großenteils aus Forsten bestehen, die aber in den drei baltischen Provinzen in weitem Umfange auf ackerfähigem Boden stehen und deshalb zu einem Teile der Siedlung trotzdem zugeführt werden können. Hinzu kommen noch sehr erhebliche Flächen russischer Donationsgüter, an denen der russische Staat ein gewisses Obereigentumsrecht besitzt, und die den russischen Besitzern zurückzugeben, keine Veranlassung vorliegt. ½ Mill. ha dürfte auch aus diesen Gütern zusammenkommen. Neben diesen Flächen werden aber vor allem viele Güter freihändig auf dem Markte angekauft werden können; manche Besitzer werden auch Teile ihres Landes gern abzustoßen suchen, da sie an Land Überfluß, an Geld aber Mangel haben. Denn erst durch solches Betriebskapital ist es ihnen möglich, die Mittel zu intensiverer Bewirtschaftung: Maschinen, Düngemittel, Vieh usw.,

anzuschaffen und so zu einer kapital- und arbeitsintensiveren Bodenausnutzung, zu Wohlstand und bedürfnisfrohem, regem Wirtschaftsleben westeuropäischer Art zu gelangen. Dies liegt beim Großbauern nicht anders wie beim Großgrundbesitz. Besonders der lettische Bauer, der wenig am Boden hängt, hat mit seinen durchschnittlich 40 ha großen Wirtschaften weit mehr als zur wirtschaftlichen Selbständigkeit seines Betriebes notwendig ist; er wird gern seine großen Wirtschaften für gutes Geld verkaufen und kleinere wieder kaufen, wenn ihm durch eine entsprechende Siedlungsorganisation die Gelegenheit dazu geboten wird. Sein eigener wirtschaftlicher Egoismus treibt ihn in dieser Richtung.

Starke Bedenken sind geltend gemacht worden gegen den Gedanken einer mehr oder weniger zwangsweisen Verdrängung polnischer und russischer Besitzer. Es soll hier zu dieser Frage nur in grundsätzlichen Ausführungen Stellung genommen werden, ohne auf bestimmte Gebiete näher einzugehen. Vorweg sei jedoch bemerkt, daß sich gewisse Kreise und Zeitungen zwar gegen jede irgendwie geartete Verpflanzung von Polen sehr empfindlich zeigen, daß aber gerade sie bemerkenswerterweise kaum Aufhebens davon machten, als seinerzeit durch ein russisches Gesetz 2 Millionen deutscher Bauern in Rußland mit einem Federstrich ihres Grund und Bodens enteignet wurden. Welcher Art sind ihre Bedenken? Zunächst kommen da Einwände der Sentimentalität in Betracht. Nun, Hunderttausende von Menschen sind durch den Krieg von ihrer heimischen Scholle, von Haus und Familie gerissen worden. Was im Falle der Polen und Russen geschehen soll, ist sehr viel weniger hart; ohne die Familien voneinander zu trennen, soll ihnen statt der alten Heimat, wo sie kümmerlich ihr Brot aßen und eigentlich auf heimischer Scholle doch nicht heimisch waren, sondern jahraus, jahrein als Saisonarbeiter die Fremde aufsuchen mußten, durch Abkaufen ihrer Wirtschaft die Möglichkeit gegeben werden, sich in Gegenden mit billigerem Boden eine neue Bauernstelle zu erwerben, die ihnen dauernd die wirtschaftliche Selbständigkeit im Bereiche ihres eigenen Volksstaates verspricht. Es ist bei solchen humanem Gefühle entspringenden Bedenken, daß man eine ganze Bevölkerungsschicht nicht gewaltsam aus ihrem Heimatboden entwurzeln dürfe, mit Recht zu fragen: Hat denn die tiefstgreifendste aller politischen Entschließungen, hat der Krieg als Kampf auf Tod und Leben danach gefragt, ob er die Menschen hinmähen, von Haus und Heimatherd vertreiben, sie verkommen und ganze Länder verröden lassen dürfe? Soll der Krieg als Erbauer neuen Lebens, als Errichter neuer Grenzpfähle und Scheidewände zwischen den feindlichen Völkern plötzlich weichmütig fragen nach den Wünschen und Rechten des einzelnen, oder soll er nicht vielmehr bis ans Ende als Richtschnur gelten lassen allein die Lebensnotwendigkeiten der Nationen? Der Staatsmann, der die Entschlußkraft findet, zum menschenmordenden Kriege zu greifen, wird keinen Grund haben, dem Entschluß einer teilweisen Umsiedlung in nationalumstrittenen Gebieten bänglich auszuweichen. Und wie groß ist die Zahl der Deutschen, die bei der Enge des heimatlichen Bodens für die vielen, die auf und von ihm leben sollen, oft früh schon ihrer Heimat entrissen und zu Stätten verpflanzt werden, wo sie niemanden kennen noch gekannt werden! Unter Hunderten ist kaum einer, dem es vergönnt ist, da der heimatlichen Erde wiedergegeben zu werden, wo er geboren ward. Auch der Einwand, daß dies die Folge freiwilliger Entschließungen sei, muß bei näherer Betrachtung eher als Ironie denn als Widerlegung gelten. Auch hier ist es — ganz abgesehen von den ent-

schlußunfähigen Kindern — der harte Zwang der Not, eine Folge des Daseinskampfes, oft verbunden mit gänzlicher Ungewißheit, ob es so wird wie gehofft, der die Wanderungen veranlaßt. Im Falle jener Polen würde dafür Sorge getragen werden können, daß die Umgesiedelten auf früher russischen Staatsländereien in Polen eine neue Heimat finden, die besser und geräumiger ist und ihnen eine Daseinsmöglichkeit gibt, ohne alljährlich heimatlose Wanderarbeiter sein zu müssen.

Gründen der Sentimentalität darf man keinen Raum gewähren, wo es sich darum handelt, die künftige Lebensmöglichkeit für das deutsche Volk zu schaffen; dieser Forderung haben sich alle anderen unterzuordnen. Nur wenn wir die Siedlungsaufgabe im Osten großzügig anpacken, können wir Raum schaffen, nicht bloß für den Überschuß unserer Bevölkerung, für unsere Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, sondern auch für die aus Rußland vertriebenen deutschen Kolonisten. Wer steht uns näher, diese deutschen Familien, die um den in 1½ Jahrhunderten zum Kulturland gemachten Boden gebracht wurden, nur weil sie Deutsche sind, oder eine uns feindliche Bevölkerung der von uns eroberten Gebiete? Es wird eingewendet, eine solche Maßregel der Aussiedlung sei bisher noch nicht vorgekommen, sie sei unerhört und werde uns in den Ruf des Barbarismus bringen. Was die Beschuldigung der Barbarei anbetrifft, so brauchen wir die wohl nicht mehr zu scheuen; vor ihr kann uns nur das Gewissen schützen, das uns bezeugt, daß wir nur das zu unserer Verteidigung, zum Schutze unseres ohne Verschulden angegriffenen Volkstums getan haben und auch mit der Aussiedlung tun, was zur Lebensnotwendigkeit gehört. Daß in größerem Umfange eine systematische Umsiedlung früher nicht stattgefunden hat, mag sein; nie aber ist auch in der Weltgeschichte ein Krieg wie der gegenwärtige geführt, nie hat ein Volk von der Kulturbedeutung des deutschen vor der Gefahr gestanden, daß fast die gesamte ihm feindliche Welt darauf ausging, nicht, es in einem Kriege zu besiegen, sondern es zu vernichten, sein Volkstum wenn möglich auszurotten, ihm jedes Wiederhochkommen unmöglich zu machen. Die Pläne des Hasses unserer Feinde sind gigantisch, ihnen gegenüber können wir unsere Schutzmittel nicht mit den Maßen privater, bürgerlicher Moral messen. Es kann überdies zur Beruhigung solcher Gemüter, die ungern etwas unternehmen, das bisher nicht dagewesen ist, darauf hingewiesen werden, daß eine solche Umsiedlung im Grunde nur eine neue, durch die wachsende Kultur bedingte Form einer uralten Notwendigkeit ist. Stets hat es Verhältnisse gegeben, in denen verschiedenes Volkstum nicht mehr neben- oder durcheinander glaubte leben zu können. Die rohen, keineswegs überall abgeschlossenen Zeiten führten dazu, daß das stärkere das schwächere Volkstum ausrottete oder doch so weit in seinem Bestande schwächte, daß das siegende sicher zum Herrenvolke wurde. Man braucht nur an die Kämpfe der Sachsen mit den Franken, des Ordens mit den Preußen, der Siedler in Amerika mit der dortigen Urbevölkerung zu erinnern. Was waren die maßlosen Menschenschlächtereien der letzten Balkankriege schließlich anders, als solche Vernichtung eines Volkstums zugunsten eines anderen? Humaner gesinnten Menschen ist längst der Gedanke gekommen, durch systematische Umsiedlung und Entmischung der Nationalitäten einen Ausweg aus diesen Greueln zu schaffen. Ich verweise auf die Indianerreservationen Amerikas. Wer meint, dort hätten sich die Dinge einfacher gestaltet, weil es sich dort um „Wilde" handelt, der sei auf die darüber bis in die Neuzeit herrschenden Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe in den Vereinigten Staaten verwiesen, in denen Karl Schurz eine bedeutungsvolle

Rolle gespielt hat (Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. 3). Tatsächlich ist der Abstand für einen solchen „Wilden", der aus seinen heimischen Wäldern oder Steppen, in denen er kraft seines guten Rechtes frei schweifen konnte, in eine Reservation versetzt wird, weit größer, als wenn ein Pole etwa aus dem Gouvernement Plock ins Gouvernement Warschau, oder wenn ein Weißrusse aus Grodno nach Südrußland oder Sibirien übersiedelt. Schrecken uns vor der Aussiedlung nicht schwächliche Erwägungen, ob diese Maßnahmen einem Kulturstaate anstehen, so bleibt nur die Frage der praktischen Durchführbarkeit, der Organisation, der Leistung der notwendigen Arbeiten und Überwindung der Schwierigkeiten. Ich begnüge mich, auf kommende Ausführungen verweisend, hier damit, darauf hinzudeuten, daß, wenn das deutsche Volk einen Krieg der Waffen und der wirtschaftlichen Macht gegen fast die ganze Welt siegreich zu beendigen vermag, ihm auch die Kraft zugetraut werden muß, die Folgenotwendigkeit des Krieges zu einem glücklichen Ende zu bringen.

III.

Die Meinung, daß die Siedlungsarbeit im Neulande nicht nur zu leisten, sondern mit größter Eile zu leisten sei, findet vornehmlich ihre Begründung in der Erkenntnis, daß alle deutschen Kolonisten, die nicht binnen weniger Jahre dem Bereiche ihrer slawischen Umwelt entzogen sind, für immer für die Rückwanderung und für das Deutschtum überhaupt verloren sein dürften. Die rücksichtslose Verfolgung der Kolonisten hat die für ihre Rückführung erfreuliche Wirkung gezeitigt, daß — wie alle Nachrichten einhellig bestätigen — der Wunsch ganz allgemein in ihnen lebendig geworden ist, Rußland um jeden Preis zu verlassen. Werden mithin auf Grund der Friedensverträge gemischte Such- und Schätzungskommissionen eingesetzt, in denen Deutschlands Vertreter den bestimmenden Einfluß haben, so ist zu gewärtigen, daß die deutschen Kolonisten, z. B. an der Wolga, in der Ukraine, am Kaukasus und in Beßarabien, sie überall mit offenen Armen empfangen werden. Das eigenste Interesse der Kolonisten ist die beste Gewähr für die schnelle und umfassende Abwicklung der Arbeiten jener Kommissionen, wie sie gegeben sein werden in der Personen- und Bestandsaufnahme der zurückzulassenden Liegenschaften, deren einigermaßen genauen Abschätzung und allen den Maßnahmen, die mit der Umsiedlung selbst unmittelbar verbunden sind. Die russischen Behörden werden die Arbeit, wenn mit Entschiedenheit geführt, nicht stören, erstens weil Rußland die deutschen Kolonisten auf alle Fälle los sein will, und zweitens, weil Deutschland ein Faustpfand in der Hand hat, mit dem es einen wirksamen Druck auszuüben vermag. Es darf den Russen kein Zweifel darüber gelassen werden, daß, solange die deutschen Kolonisten nicht größtenteils freigegeben sind, unsererseits nicht ein russischer Gefangener mehr ausgeliefert wird, als deutsche Gefangene an uns zurückgelangen. Der zahlenmäßig gewaltige Überstand wäre erst dann in die Heimat zu entlassen, wenn die obengenannten Kommissionen ihre Arbeit als hinreichend durchgeführt bezeichnen.

So bleibt auch hier nur wieder die Frage, ob im Laufe einiger Jahre eine derartige Massenumsiedlung technisch möglich sei. Bei ihrer Beurteilung steht der Deutsche zu sehr im Banne der Anschauungen, die das hochnotpeinliche Verfahren der Ansiedlungs- und Generalkommissionen in ihm hat entstehen lassen. Dort sind die Vorbilder für die Siedlungsarbeiten im Neuland natürlich nicht zu suchen. Man hat sich vielmehr der großzügigen Muster zu erinnern, die die deutsche Kolonisation des Mittelalters

in dem alten Kolonialland östlich der Elbe an die Hand gibt, mit ihrem dorfschaftsweisen Zuzug unter der Führung der „Skulteten" und „Lokatoren", der Muster auch der Zeit Friedrichs des Großen, wo die religiös Verfolgten in hellen Scharen ins Land strömten und ebenso schnell und massenhaft Raum und Unterkunft geschaffen werden mußte, wie es bei der kommenden Siedlung der Fall sein wird. Und endlich ist an das russische Beispiel zu denken, wo man daran gewöhnt ist, jährlich Hunderttausende umzusiedeln, bis zu 700000 allein nach Sibirien. Die deutschen Kolonisten selbst sind daran gewöhnt, durch Abzweigung in großer Zahl und unter Führung eines selbstgewählten Dorfältesten bei Eintritt einer gewissen Übervölkerung in den alten Kolonien mehr oder weniger weit abgelegene neue Tochterkolonien zu bilden. Diese Gewohnheit und der Zwang der Notwendigkeit sind nutzbar zu machen und lassen nach m. W. einhelliger Meinung der deutschen Siedlungspraktiker die Aufgabe im heutigen Zeitalter der Eisenbahnen als durchaus lösbar erscheinen. Rein organisatorisch und technisch ist die Aufgabe jedenfalls nicht größer als die, die Preußen auf Grund der Stein-Hardenbergischen Gesetze zu lösen hatte, oder die, welche die russische Agrarbank seit dem Revolutionsjahre 1905 geleistet hat. In den sechs Jahren 1906 bis Januar 1912 hat diese Bank den bäuerlichen Besitzstand Rußlands durch ihre Umsiedlungs-, Separierungs- und Ankaufstätigkeit um 6649185 Desjatinen (rd. 7,2 Mill. ha) im Werte von 876 Millionen Rubel (rd. 1,9 Milliarden Mark) vergrößert, Zahlen, die mit der hier zu leistenden Arbeit den Vergleich auszuhalten vermögen. Es darf wohl ohne weiteres daraus die Zuversicht geschöpft werden, daß der deutschen Organisationskunst die ähnlich große Aufgabe ebenso gelingt wie der russischen Bauernagrarbank die, die Stolypin ihr mit kühnem Willen auferlegte.

Das Schicksal hat gewollt, daß eine jetzt 30jährige Tätigkeit auf dem Gebiete der Ansiedlung uns für die größeren Aufgaben der Zukunft einen geschulten Stamm von Siedlungsfachleuten herangebildet hat, der in der Lage ist, in kurzer Zeit die nötigen Organisationen auszubauen. Auch die Organisationsformen sind in den großen gemeinnützigen Landgesellschaften im wesentlichen erprobt, so daß heute nahezu in jeder preußischen Provinz solche Träger der inneren Kolonisation nach diesem bewährten, für das Neuland nur entsprechend auszugestaltenden Muster gebildet sind. Kaufmännische Gebahrung, staatliche Gemeinnützigkeit und Sorgfalt sind glücklich in ihr vereint. Was sie trotz peinlichster Kleinarbeit oft im Kampf mit bureaukratisch schwerfälligen oder widerwilligen Behörden geleistet haben, das wird ihnen bei organisatorischer Anpassung an die darin freieren Neulandverhältnisse erst recht gelingen[1]).

[1]) Inzwischen ist in einem Erlasse Hindenburgs über die Boden- und Siedlungsfrage in den Gebieten der östlichen Militärverwaltungen, auf den noch in einem besonderen Aufsatz zurückzukommen sein wird, bekanntgegeben worden, daß bereits „gemeinnützige Organisationen, denen die erfahrensten Kräfte aus dem Deutschen Reiche zur Verfügung stehen, hierfür geschaffen worden sind und jetzt an das Werk gehen." Es ist dies die Landgesellschaft Kurland m. b. H., die am 31. Mai ds. Js. mit 30 Millionen Mark Stammkapital in Wirksamkeit getreten ist und den Träger der Siedlungsaufgabe in Kurland darstellt. An ihr hat sich eine am 30. Mai ds. Js. unter führender Beteiligung aller preußischen und der größten außerpreußischen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften begründete Aktiengesellschaft Neuland A. G. mit 15 Millionen Mark beteiligt. Letztere,

Es soll hier auf die siedlungstechnischen Fragen nicht näher eingegangen werden; nur die eine sei kurz erörtert, die nach der Meinung vieler ernsthafteste Schwierigkeiten machen werde: die Bautenfrage. Auch hier haftet die Anschauung zu sehr am reichsdeutschen Muster. Es wird außerdem vergessen, daß in den fraglichen Gebieten vielfach Gehöfte verlassener Bauernwirtschaften als erste Unterkunft zur Verfügung stehen, der Neuaufbau also nicht immer große Eile hat. Wo aber sofort Neuanlage der Gehöfte notwendig ist, da steht, ganz abgesehen von der Möglichkeit vorläufiger Unterbringung beim lettischen und litauischen Bauern, überall Baumaterial in den Wäldern der Nachbarschaft zur Verfügung. Es ist überdies von größter Bedeutung für die Entwicklung jeder gesunden Kolonisation, daß die Leute sich selbst allmählich in die Höhe arbeiten und mit diesem Hochgefühl im Herzen Freudigkeit und Zufriedenheit bei sich und den Wunsch nach Erreichung gleichen Besitzes bei anderen erzeugen. Bei den heute schon in Kurland angesessenen deutschen Kolonisten ist dies beispielsweise in ausgesprochener Weise der Fall. Vom ersten Eckpfeiler des Hauses bis zum letzten gerodeten Morgen Acker ist alles selbst erworben. „Man muß gesehen haben," sagt Broedrich-Kurmahlen, „wie sie sich auf dem Stubbenlande, den entholzten Waldflächen, einen Unterstand bauen wie die Feldgrauen im Schützengraben; wie sie dort mit Weib und Kind ein Jahr in der Erde hausen, bis das erste Gebäude entsteht, dem im nächsten Jahre die Scheune folgt und oft schon im dritten das eigentliche Wohnhaus, wobei das erste Wohngebäude, in welchem das Vieh auch Platz gefunden hatte, nunmehr ausschließlich Stall wird, da der unterdessen vergrößerte Viehbestand mehr Raum erfordert. Unendlich viel Mühe und Arbeit hat es ihnen gemacht, es ist aber wertvoller für eine kraftvolle Entwicklung dieses Bauerngeschlechtes, als daß man sie in fertig bebaute Stellen bringt, die man auf das schönste für sie hergestellt haben mag, wobei ihre Anteilnahme nur darin besteht, sie zu verzinsen und allmählich zu amortisieren. Das Haus, das nicht seiner Hände Arbeit entsprungen ist, hat nicht denselben Wert für den Ansiedler, auch wenn es sehr viel schöner ist." Der hier vorgezeichnete Weg wird auch weiter zu beschreiten sein. Schurtzbohlenhäuser oder Lehmfachwerk mit Strohdächern ist als die anzustrebende Regel anzusehen. Größere Solidität mag später kommen. Für Schule und Kirche zu sorgen, ist Aufgabe der Ansiedlungsorganisation, aber auch hier müssen sich die Bauten auf das bescheidenste Maß beschränken.

Es mögen diese Andeutungen genügen, um die oben aufgezählten Schwierigkeiten als überwindbar zu kennzeichnen. Ihr Gewicht steht jedenfalls in keinem Verhältnis zu den verlockenden Seiten und der hohen Bedeutung der Neulandsiedlung für Deutschlands Volkswirtschaft, Wehrkraft und Volkstum. Auf Grund einer eingehenden Beratung mit führenden Siedlungspraktikern Preußens kann festgestellt werden, daß der praktischen Durchführung eines großzügigen Siedlungswerkes im Osten unüberwindliche Hindernisse nicht im Wege stehen und daß die einzige Voraussetzung zum Gelingen des Werkes ein fester Wille bei den zuständigen Stellen und eine rechtzeitig einsetzende Vorbereitung der Arbeiten ist. Des deutschen Volkes Zukunft fordert dringend, daß das Wort von den verpaßten Gelegenheiten hier nicht zur Wahrheit werde.

die Aktien von 1000 und 10000 Mark ausgibt, soll das Sammelbecken für die Beteiligung des deutschen Volkes mit Geldmitteln an diesem großen Werke sein. Näheres erfährt man über beide Gesellschaften in der gemeinsamen Geschäftsstelle in Berlin W 35, Schönebergerufer 21.

Russische Nationalitätenpolitik im Oberost-Gebiet.

Von Professor Dr. Frhr. von Freytagh-Loringhoven, Dorpat.

I.

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges herrschte in Deutschland vielfach die Anschauung, daß das russische Reich in völkischer Hinsicht ein mehr oder weniger einheitliches Ganzes bilde. Allenfalls war man über Finnländer und Polen, schon seltener über die deutschen Balten unterrichtet. Von Ukrainern aber, von Weißrussen, Litauern, Letten, Esten wußte nur der Ethnologe.

Nun hat das siegreiche Vordringen der deutschen Heere weite Gebiete Rußlands unter deutsche Verwaltung gebracht, und zwar gerade solche, die von Fremdstämmen — so lautet der amtliche russische Ausdruck — bewohnt sind. Vor allem dank dieser Tatsache ist allmählich die Kunde von jenen Völkern, von ihrer Eigenart, von ihrer Vergangenheit und nicht zuletzt von ihren Zukunftsplänen nach Deutschland gedrungen. Daneben haben ihre Vertreter sich seit Beginn des Krieges bemüht, durch Kundgebungen verschiedenster Art, durch Vorträge und Schriften, aufklärend zu wirken und in Deutschland Interesse und Verständnis für sie wachzurufen. Und in der richtigen Erkenntnis der Bedeutsamkeit einer solchen Aufklärung gerade vom deutschen Standpunkt aus hat sich eine Anzahl deutscher Politiker und Gelehrter in den Dienst der gleichen Sache gestellt.

Aus diesem Anlaß ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß alle jene Stämme unter russischer Herrschaft einen schweren Kampf um ihr Volkstum zu führen hatten, da sie ständig unter dem Druck der von der Regierung betriebenen Russifizierungspolitik standen.

Das ist an sich eine für die deutsche Ostpolitik bedeutsame Tatsache. Nicht minder beachtlich aber ist der nunmehr deutlich zutage tretende Umstand, daß die Russifizierungspolitik ihr Ziel nicht erreicht hat, trotzdem sie im Laufe mehrerer Jahrzehnte verwirklicht werden konnte, trotzdem ihr alle Machtmittel des russischen Absolutismus zur Verfügung standen. Alle jene Völker haben ihre Eigenart zu wahren gewußt, und gerade die an Zahl schwächsten und in kultureller Hinsicht am meisten zurückgebliebenen unter ihnen sind erst unter russischem Druck zu völkischem Leben erwacht. Angesichts dieser Erscheinung muß eine Frage aufgeworfen werden, die von ernster Bedeutung auch für Deutschland ist, die Frage nämlich, ob nicht in dem Scheitern der Russifizierungspolitik ein Beweis dafür liegt, daß heutzutage Bestrebungen, die auf die Entnationalisierung selbst unbedeutender Volkssplitter abzielen, von vornherein zu Erfolglosigkeit verurteilt sind. Oder hat — darin läge die andere Möglichkeit — die russische Regierung Fehler begangen, die, einmal erkannt, vermieden werden können, gleichviel ob diese Fehler sich aus der Eigenart des russischen Wesens zwingend ergaben oder ob sie falscher Beurteilung der Sachlage entsprangen?

Eine Antwort auf diese Fragen muß gefunden werden, nicht einmal so sehr um ihrer allgemeinen geschichtlichen und volkspsychologischen Bedeutsamkeit willen, als wegen der unmittelbaren praktischen Bedeutung, die ihnen vom Gesichtspunkt der deutschen Interessen aus innewohnt.

II.

Um eine Politik der Entnationalisierung der Fremdstämme durchführen zu können, mußte die russische Regierung vor allem in der Grenzmark festen Fuß fassen. Sie mußte, soweit das nicht aus rein politischen Erwägungen schon vor dem Einschwenken in die Bahn des Panslavismus geschehen war, russische Beamte an die Stelle der einheimischen setzen, Verwaltung, Gericht und Schule in die Hand nehmen und die Selbstverwaltung in einer Weise regeln, die ihren Plänen entsprach. Und selbstverständlich mußte sie sich darüber klar sein, welche Schichten innerhalb der einheimischen Bevölkerung zu stärken, welche zu bekämpfen waren. Hierbei aber mußten neben den nationalen auch die allgemein politischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Für die innerrussischen Gouvernements bestand in dieser Hinsicht ein langerprobtes Schema. An der Hand der Gesetzgebung wie der Verwaltungspraxis läßt sich ohne Schwierigkeit erkennen, wie die zarische Regierung sich vor allem auf den grundbesitzenden Adel zu stützen suchte, wie sie seine Stellung politisch und wirtschaftlich festigte und ihn zielbewußt bevorzugte. Weitgehendes Vertrauen genossen auch der große Hausbesitzer und der Großkaufmann, denen die ausschlaggebende Rolle in der städtischen Selbstverwaltung zugewiesen war. Mit viel Vorsicht wurde dagegen die Bauernschaft behandelt. Zwar galt sie um des ihr zugeschriebenen einfältigen Glaubens an Gott und den Zaren willen immer noch als festeste Stütze des Thrones. Aber das Wort der großen Katharina: „Wenn der hinter dem Pfluge erst klüger ist, als der vor dem Pfluge, dann ist es mit unserer Herrschaft zu Ende", war unvergessen. Und der Mann hinter dem Pfluge begann allmählich gefährlich klug zu werden, beeinflußt durch seine Brüder, die auf den Fabriken arbeiteten, durch seine Söhne, die die städtischen Schulen besuchten, durch zielbewußte Agitatoren. Da tat strenge Aufsicht not. Die alte Gemeindeverfassung freilich blieb in Kraft. Sie blieb es schon deshalb, weil ihre Beamten den niedern Polizeidienst zu versehen und die Steuern beizutreiben hatten, und weil man ihre Hilfe in dieser Richtung nicht entbehren konnte. Aber man unterstellte die Gemeinde dem in seinem Bezirk fast allmächtigen Landhauptmann und lieferte sie mit gebundenen Händen und Füßen seinem Ermessen aus. Gleichzeitig wurde dafür gesorgt, daß die bäuerliche Vertretung in der Semstwo erheblich schwächer sei, als die des Adels.

Als unbedingt feindliches und schädliches Element wurde alles das angesehen, was in Rußland mit dem Sammelnamen der Intelligenz bezeichnet wird. Dahin gehören vor allem die Vertreter der freien Berufe und die sehr zahlreichen Beamten der Semstwos und Städte. Sie galten als Träger der liberalen und revolutionären Bewegung. Deshalb mußte ihr Einfluß nach Möglichkeit eingeschränkt und jede Betätigung ihrerseits, sei es auf dem Gebiet der Selbstverwaltung oder dem der allgemeinen Politik, auf das schärfste bekämpft werden.

Das gleiche Mißtrauen wurde von der Regierung dem kleinen Manne in der Stadt, dem Handlungsgehilfen und sonstigen Privatangestellten entgegengebracht und selbstverständlich in noch höherem Maße dem Industriearbeiter.

Diese in den altrussischen Gouvernements gewonnenen Maßstäbe konnten jedoch nicht ohne weiteres in der fremdstämmigen Grenzmark angewendet werden. Hier durfte nicht bloß nach konservativer, liberaler, revolutionärer Gesinnung gefragt werden. Hier hieß es, sich auch noch in den Irrgängen der nationalen Politik zurechtfinden. Ohne Preisgabe der für das eigentliche Rußland allein maßgebenden politischen Erwägungen, war in Berechnung zu ziehen, welche Stämme und Schichten am leichtesten und sichersten für das russische Volkstum zu gewinnen sein würden. Das alte divide et impera mußte auch hier seine Anwendung finden.

Nun lagen aber die Verhältnisse in den verschiedenen Gebieten der westlichen Grenzmark gänzlich verschieden.

Zu dem sog. Oberostgebiet gehört ein Teil des Zartums Polen, nämlich das Gouvernement Suwalki, ferner gehören die sog. Nordwestgouvernements Wilna, Kowno und Grodno dazu, die als Litauen zu bezeichnen sind, endlich die baltischen Provinzen, diese allerdings nur, soweit sie westlich der Brester Linie liegen. Doch kann das, was über Kurland, das Gouvernement Riga und die Inseln zu sagen ist, auch auf Nordlivland und Estland bezogen werden.

In Polen war die Gesamtbevölkerung polnisch, nur in den Städten stark mit Deutschen und Juden untermischt. In Litauen fand sich ein adeliger Großgrundbesitz, dessen polnischer Bestandteil zwar durch die Konfiskationen der den Aufständischen von 1831 und 1863 gehörigen Güter mit nachfolgender Verleihung an russische Militärs und Beamte geschwächt, aber immer noch einflußreich genug geblieben war. Mit ihm mußte um so mehr gerechnet werden, als auch die Mehrzahl der ursprünglich litauischen Adelsgeschlechter vollkommen polonisiert war. Daneben gab es eine Stadtbevölkerung, die sich in buntem Gemisch aus Polen, Litauern, Russen, Juden und Deutschen zusammensetzte. Auf dem flachen Lande aber wogen die Litauer über, die eine politisch wie völkisch noch so gut wie unentwickelte Masse darstellten.

Schließlich die Ostseeprovinzen. In ihnen der Adel und die städtische Oberschicht deutsch, die Unterschicht und das Landvolk in Kurland und Südlivland lettisch, in Nordlivland und Estland estnisch.

III.

Hätte man auf diese Verhältnisse das großrussische Schema unterschiedslos anwenden wollen, so wären die Folgen unübersehbar gewesen. Nur in den Ostseeprovinzen war der grundbesitzende Adel konservativ auch im Sinne der russischen Staatsidee. Aber für eine Entnationalisierung war er selbstverständlich nicht zu haben. Es galt also einen Weg finden, auf dem zwar seine konservative Grundstimmung ausgenutzt, seine deutsch-nationale Gesinnung aber namentlich in ihrem Einfluß auf das Landvolk ausgeschaltet werden könnte. Anderseits schien die Hoffnung begründet, daß Esten und Letten, die kleine Volkssplitter ohne selbständige Kultur darstellten, sich verhältnismäßig leicht für das Russentum würden gewinnen lassen, wenn nur die völkischen und sozialen Grundsätze zwischen ihnen und den deutschen Herren geschickt verwertet würden. Gleichzeitig war es freilich notwendig, ein wachsames Auge auf die politisch-radikalen Strömungen zu haben, die sich namentlich bei den Letten früh geltend zu machen begannen.

Es ergab sich also ein gewisser Parallelismus: die Deutschen waren politisch zu stützen, national zu bekämpfen, während für Esten und Letten genau das Umgekehrte galt. Eine Verständigung aber zwischen ihnen mußte verhütet werden. Denn sie konnte zu einem Ausgleich auf der Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen und einer gemeinsamen Bekämpfung des Russentums führen.

Nun lag zu Beginn der planmäßigen Russifizierungspolitik in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht nur die Selbstverwaltung, mit Ausnahme der bäuerlichen, in deutscher Hand. Auch die staatlichen Verwaltungsposten, insbesondere das Amt des Gouverneurs, mußten kraft der mit Peter dem Großen abgeschlossenen Kapitulationen mit Einheimischen besetzt sein. Gericht und Schule aber wurden von den Landtagen und Städten verwaltet, d. h. von den ständisch gegliederten Selbstverwaltungskörpern, die in den Ostseeprovinzen nach deutschem Muster seit alters, weit früher als im eigentlichen Rußland bestanden.

Die Landtage blieben bestehen, doch ihre Befugnisse wurden folgerecht eingeschränkt. Verwaltung, Gericht und Schulwesen wurden ihnen entzogen und staatlichen Behörden übergeben. Ein Strom russischer Beamter ergoß sich über das Land und riß alle Macht an sich. Den Landtagen verblieb nur das Recht der Selbstbesteuerung und die Erledigung jener Geschäfte, die man unter dem Namen der Wohlfahrtspflege zusammenzufassen pflegt. Immer mehr wurden sie in die Stellung von Körperschaften gedrängt, die in erster Reihe wirtschaftliche Interessen zu vertreten haben. Gleichzeitig suchte man sie in den Augen der Esten und Letten durch den ständigen Hinweis darauf herabzusetzen, daß der Kleingrundbesitz in ihnen nicht vertreten war. Zwar kamen die Landtage wiederholt, zuletzt nach der Revolution von 1905, darum ein, daß ihre Verfassung nach repräsentativen Grundsätzen unter Hinzuziehung der Bauernschaft umgestaltet werde. Aber gerade das wollte die Regierung nicht. Einerseits war sie selbst einer Demokratisierung feind, anderseits — und das war augenscheinlich bestimmend — fürchtete sie die Verständigung zwischen Adel und Kleingrundbesitz.

Wie die Landtage wurden auch die Städte entrechtet. An die Stelle der alten Rats- und Gildenverfassung trat die russische Städteordnung, die im Gegensatz zu jener die Intelligenz ganz ausschaltete und dem Besitz allein das Übergewicht sicherte. Damit war allerdings für längere Zeit die Herrschaft der Deutschen gewährleistet, — sie begann erst in den letzten Jahren vor dem Kriege abzubröckeln. Doch war es eine im letzten Grunde inhaltslose Herrschaft, die namentlich auf völkischem Gebiet keine Betätigungsmöglichkeit bot. Um nur ein Beispiel anzuführen, trugen die Städte zwar schwere Schullasten, hatten aber bei der Verwaltung der Schulen nicht mehr entscheidend mitzureden.

Umgestaltet wurden auch die bäuerlichen Landgemeinden. Das Ziel war hierbei, jeden Einfluß der Großgrundbesitzer auszuschalten und an seine Stelle den russischer Beamten zu setzen, ein Ziel, das zwar in seinem negativen, nicht aber in seinem positiven Teil erreicht wurde. Denn diese Leute, denen Denkart und Sprache des Volkes gleich fremd waren, verstanden es nicht, an die Stelle der verdrängten Autorität der Deutschen die eigene zu setzen und begnügten sich meist mit Ausübung einer rein formalen Aufsicht über die Geschäftsführung der Gemeinden, — die Folgen zeigten sich in den Revolutionen von 1905 und 1917.

Doch sei dem wie ihm wolle, es muß zugegeben werden, daß der Plan, auf dem sich die Gesamtheit all dieser gegen die alte Ordnung gerichteten Maßnahmen aufbaute, im großen und ganzen richtig gedacht war. Die besonderen Verhältnisse der baltischen Grenzmark waren in Rechnung gestellt, die nötige Grundlage für eine zielbewußte Russifizierung war geschaffen.

IV.

Wie schon angedeutet, lagen die Verhältnisse in Polen und in Litauen anders als in den Ostseeprovinzen. Vor allem konnte sich hier die Regierung auch in politischer Hinsicht nicht auf den Großgrundbesitz stützen. In Litauen zwar hatte sie das ursprünglich für möglich gehalten und hatte, freilich zu einer Zeit, da an Russifizierung noch nicht ernstlich gedacht wurde, die russischen Adelsinstitutionen dort eingeführt. Aber der Aufstand von 1863 klärte sie über den begangenen Fehler auf und lehrte sie, den polnischen Einfluß richtiger einzuschätzen.

Nun wäre es gewiß am einfachsten gewesen, die Adelsinstitutionen aufzuheben. Doch dazu mochte die Regierung sich nicht entschließen. Sie begnügte sich damit, sie lahmzulegen. Versammlungen des Adels fanden nicht mehr statt, die gesetz-

lich vorgeschriebenen Wahlen wurden nicht vollzogen. Aber dem Namen nach bestanden die Adelskorporationen fort. Nur stellte man an ihre Spitze von der Regierung ernannte Marschälle, die russischer Herkunft sein mußten. Damit fesselte man einen immerhin beträchtlichen Teil des Großgrundbesitzes an sich, konnte seinen Einfluß und seine Verbindungen ausnutzen und gewann außerdem die Möglichkeit, von den Adelsbehörden die staatlichen Funktionen versehen zu lassen, die ihnen auch in den innerrussischen Gouvernements zugewiesen waren. Und man rechnete damit, sie nach erfolgreich durchgeführter Russifizierung wieder voll in Tätigkeit treten zu lassen.

Den Städten gab man die russische Städteordnung, die ihnen, wie schon gezeigt, keinen politischen Einfluß gewährte. Gleichzeitig baute man darauf, daß die Buntscheckigkeit der Bevölkerung nationale Bestrebungen in den städtischen Körperschaften nicht würde zur Reife gelangen lassen. Keiner der Stämme verfügte über eine sichere Mehrheit. Insbesondere konnte damit gerechnet werden, daß die Bestrebungen der gefährlichsten Gegner, der Polen, durch die Litauer und Russen lahmgelegt werden würden. Deshalb sah man auch davon ab, völkische Sonderbeschränkungen im Wahlrecht festzulegen. Nur den Juden blieb das Wahlrecht versagt. Anstatt dessen hatten die Gouverneure eine bestimmte, sehr niedrige Zahl jüdischer Stadtverordneter zu ernennen, die die Interessen ihrer Stammesgenossen wahrnehmen sollten. Doch spiegelte sich darin wohl weniger die besondere Grenzmarkenpolitik der Regierung als der folgerechte Antisemitismus, der auch in Innerrußland als Richtschnur diente.

Es blieb die Bauernschaft. Hier glaubte man, ungefähr nach demselben Schema verfahren zu können wie in den Ostseeprovinzen. Ein Gegensatz zwischen großem und kleinem Grundbesitz lag jedenfalls insoweit vor, als jener sich in polnischer Hand befand. Auch baute man darauf, daß es schon 1863 gelungen war, das Landvolk von einer Beteiligung am Aufstande zurückzuhalten, indem man unter Aufhebung der Leibeigenschaft eine für die Bauern außerordentlich günstige Ablösungsgesetzgebung ins Werk setzte und sich so die Rolle des Befreiers sicherte. Man rechnete auf Dank. So entschloß man sich denn, den litauischen Bauer dem russischen gleichzustellen und ihm eine Gemeindeverfassung nach russischem Muster zu geben — freilich gleichfalls unter der strengen Aufsicht der Landhauptleute.

Das Ergebnis war hier das gleiche wie in den Ostseeprovinzen: der Einfluß des Großgrundbesitzes war ausgeschaltet, aber nichts Gleichwertiges trat an seine Stelle.

Ähnliche Ergebnisse wie in Litauen zeitigte die in Polen durchgeführte Politik. Auch hier suchte man einen Keil zwischen Bauer und Adel zu treiben. Allerdings brachte man hier auch dem Bauern fast unbegrenztes Mißtrauen entgegen. Deshalb ließ man zwar die Gemeindeverfassung bestehen und fügte ihr sogar, was man sonst nirgends getan, den Großgrundbesitz ein. Doch rüstete man die staatlichen Behörden mit noch weitgehenderen Machtbefugnissen aus als in den anderen Gebieten. Um nur ein Beispiel zu nennen, wurden die Amtspersonen der Gemeinde, wie der Soltys (Schultheiß) und die Gemeinderichter, nicht unmittelbar gewählt, sondern aus einer größeren Zahl zu präsentierender Kandidaten von der Regierung ernannt. Auch konnten sie ohne förmliches Verfahren abgesetzt werden.

Sehr viel radikaler noch verfuhr man mit den übrigen Ständen. Eine aus Wahlen hervorgehende Stadtverwaltung gab es ebensowenig wie eine Adelskorporation, und von einer provinziellen Selbstverwaltung, wie in Innerrußland (Semstwo), war erst recht nicht die Rede.

Mit alledem glaubte man, dem widerspenstigen Polentum jegliche Möglichkeit zu organisiertem Zusammenschluß und zu wirksamem Widerstande gegen die Regierungsmaßnahmen genommen zu haben.

V.

Es ist nicht ohne Reiz, sich darüber klar zu werden, wie die russische Regierung in den verschiedenen Grenzmarken verfuhr. Der ihr oft genug gemachte Vorwurf, sie habe sich einer schonungslosen Gleichmacherei beflissen, die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete außer acht gelassen und blühende Landstriche mit Jahrhunderte alter eigenartiger Kultur nach demselben Schema behandelt wie gewisse innerrussische Gouvernements, auf deren öden Grassteppen der halbwilde Kirgise sein Vieh weidet, trifft jedenfalls in diesem Sinne nicht zu. Mag der Russe auch wie ein Barbar gehaust, mag er die Arbeit ganzer Menschenalter vernichtet haben, asiatisch listige Staatskunst war ihm nie fremd. An ihr hielt er auch fest, als er an die Russifizierung seiner westlichen Grenzmark ging. Und sehr wohl hat er es dabei verstanden, mit den örtlichen Besonderheiten zu rechnen — wenngleich er sich im Endergebnis verrechnet hat. Doch einiges hat er immerhin erreicht. Der früher kaum vorhandene Zwiespalt zwischen den das gleiche Gebiet bewohnenden Stämmen und Bevölkerungsschichten hat dank seiner Tätigkeit eine Tiefe und Stärke angenommen, die schwerwiegende Folgen schon gezeitigt haben. Wohin seine Wühlarbeit schließlich geführt hätte, wäre ihr nicht durch den Weltkrieg ein Ziel gesetzt worden, ist nicht abzusehen. Ihm jedenfalls wurde das Regieren erleichtert, da er es mit einer innerlich zerrissenen und gespaltenen Bevölkerung zu tun hatte.

Nun fragt sich aber, welches denn die positiven Ergebnisse der Russifizierungspolitik gewesen sind?

Waren die Berechnungen der Regierung richtig, so mußten schon die bisher dargelegten Maßnahmen ihre Früchte tragen, obgleich sie allerdings in erster Linie die Grundlage für weitere Schritte bilden sollten. Immerhin hatte man erwartet, daß bereits durch die Umgestaltung der Behörden, insbesondere aber durch die Einsetzung der zahlreichen russischen Beamtenschaft manches erreicht werden würde.

Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Auf die unteren Volksschichten gewann der Beamte schon deshalb keinen Einfluß, weil er ihre Sprache nicht beherrschte, weil er, von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen, estnisch und lettisch, litauisch und polnisch weder sprach noch verstand. Den höheren Ständen aber vermochte er deshalb nicht näherzutreten, weil diese nach Möglichkeit jede außeramtliche Berührung mit ihm ablehnten.

Das geschah zunächst grundsätzlich als Zeichen des Widerspruches gegen den Eindringling, gegen den Träger einer zerstörenden Politik. Im weiteren Verlauf der Dinge aber, als die erste Entrüstung verraucht, die Gewohnheit in ihre Rechte getreten war, ergab sich eine folgerechte Durchführung dieser Haltung als Frucht einer Ungeschicklichkeit der russischen Regierung, die die Denkart und Anschauungen der guten Gesellschaft in den Grenzmarken nicht genügend berücksichtigte. Sie entsandte vorwiegend Beamte, die in Erziehung, Bildung und Lebenshaltung den Ansprüchen nicht gewachsen waren, die die oberen Schichten in Polen ebenso wie in den Ostseeprovinzen an ihre Mitglieder zu stellen gewohnt waren. War es Unkenntnis der Verhältnisse, von der die Regierung sich leiten ließ, verbunden mit fiskalischer Knauserei, die zu einer Festsetzung ungenügender Gehälter verführte, war es der durchschnittliche gesellschaftliche Tiefstand der russischen Beamtenschaft — die Tatsache bleibt bestehen, daß von persönlicher Fühlungnahme und Beeinflussung nicht

die Rede war. Und doch hätte gerade diese eine große Rolle spielen können. Denn es darf nicht übersehen werden, daß, wenn nicht in Polen so jedenfalls in den Ostseeprovinzen gesellschaftlichen Formen und gesellschaftlichen Talenten eine größere Bedeutung beigemessen wird als irgendwo anders. Das mag eine Schwäche sein, ist aber jedenfalls eine Tatsache, mit der eine feine Politik rechnen wird. Die russische Regierung jedoch tat das nicht, obgleich die eigene Erfahrung sie von der Richtigkeit dieses Satzes hätte überzeugen können. Denn ausnahmsweise war es vorgekommen, daß an die Spitze dieses oder jenes Verwaltungszweiges ein russischer Grandseigneur von Erziehung und Takt gestellt worden war. Solche Männer haben für eine Annäherung der Grenzmark an das Reich mehr getan als die Fähigsten und Diensteifrigsten unter ihren Vorgängern und Nachfolgern, denen die nötigen gesellschaftlichen Talente mangelten. Eine geeignete Persönlichkeit, etwa ein Vertreter der hohen russischen Aristokratie als Statthalter, umgeben von einem gesellschaftlich tadellosen Beamtenstabe, gestützt auf ein ebensolches Offizierskorps, hätte für das baltische Deutschtum, oder doch für einen Teil desselben, eine ernstere Gefahr bedeutet als die scharfsinnigsten Verordnungen und Gesetze, die von russischen Durchschnittsbeamten schroff und ungeschickt, ohne Rücksichtnahme auf Formen durchgeführt wurden.

Für einen Teil des baltischen Deutschtums — weniger für das Polentum. Denn dieses stand, anders als jenes, den staatlichen Einrichtungen als solchen grundsätzlich feindlich gegenüber. Auch war es nicht durch das Fortbestehen ständischer Einrichtungen zu unausgesetzter amtlicher Berührung mit dem Personal der Behörden gezwungen, die unter andern Umständen auf die Dauer auch gewisse gesellschaftliche Beziehungen unvermeidlich nach sich gezogen hätte. Daraus erklärt es sich, daß innerhalb der polnischen Gesellschaft auch das Offizierskorps nicht Fuß zu fassen vermochte, obgleich in Polen, besonders in Warschau, sehr gute Regimenter, darunter viel Garde, standen.

Die wichtige Waffe der unmittelbaren persönlichen Beeinflussung blieb dank alledem ungenutzt, wenngleich die Regierung des Glaubens lebte, wenigstens die breiten Volksmassen völlig in der Hand zu haben. Sonst wäre sie schwerlich mit so unerschütterter Zuversicht an die weiteren Maßnahmen gegangen, die das Gebiet der Kirche und Schule betrafen. Hier hoffte sie augenscheinlich, reiche Früchte zu ernten.

VI.

Um die von der russischen Regierung in den Grenzmarken befolgte Kirchenpolitik richtig zu würdigen, muß man den streng nationalen Charakter der griechisch-katholischen Kirche im Auge behalten. Den Dogmen der Kirche ist er gewiß fremd. Doch wenn man zum Vergleich die bekannte Tatsache heranzieht, daß etwa in Posen polnisch und römisch-katholisch in der Anschauung der Bevölkerung gleichbedeutende Begriffe sind, wird verständlich, wie man in Rußland dazu gelangte, orthodox und russisch gleichzusetzen. Ja, im Grunde liegt diese zweite Gleichung noch näher als die erste. Bildet doch das russische Volk die erdrückende Mehrheit aller Bekenner des östlichen Christentums und ist ihm doch, seit es aus Byzanz die Taufe empfing, religiöse Anregung nie aus der Fremde gekommen. So mußte sich in ihm die Vorstellung festsetzen, daß, wer Russe ist, auch der orthodoxen Kirche angehört und umgekehrt, eine Vorstellung, die durch zahlreiche Einzelfälle immer wieder Bestätigung erhielt: der fremde Einwanderer, der im russischen Volkstum aufging, versäumte wohl nie, aus der Hand des Popen die Salbung zu empfangen.

Freilich, auf den ersten Blick könnte es fraglich erscheinen, ob die griechische Kirche, ungeachtet ihres russisch-nationalen Charakters, als Werkzeug einer Entnationalisierungspolitik andern Völkern gegenüber zu dienen vermag. Betont sie doch stets mit Stolz ihre Duldsamkeit. Ihr seien Inquisition und Ketzergerichte immer fremd geblieben. Der Andersgläubige, soweit er nicht offene Feindschaft gegen sie betätigte, sei nie behelligt worden, habe sich vielfach sogar ihres Schutzes und ihrer Wohltaten zu erfreuen gehabt.

Diese, gelegentlich auch von europäischen Schriftstellern wiederholten Behauptungen sind offenkundige Geschichtsfälschung. Allerdings haben im russischen Mittelalter religiöse Verfolgungen nicht die Rolle gespielt wie in Europa. Doch erklärt sich das nicht aus der Duldsamkeit des russischen Volkes und seiner Geistlichkeit, sondern daraus, daß Berührungen mit Andersgläubigen zu selten stattfanden, als daß Raum für Feindschaft gewesen wäre. In der eigenen Mitte aber war die geistige Regsamkeit so gering, daß eine Bewegung gleich der Reformation nicht entstehen konnte. Wo jedoch dem Ähnliches sich zeigte, wie zuerst bei dem Schisma der Altrituellen, später bei der Bildung der unzähligen russischen Sekten, da ist zwar weniger mit Feuer und Schwert gearbeitet worden als in Europa, aber um so mehr mit Knute, Kerker und Verbannung — die nationalen Waffen sind eben verschieden. Selbstverständlich kommt dabei nicht in Betracht, daß der Staat es war, der die Verfolgung der Abtrünnigen in die Hand nahm. Hat doch auch Rom den Satz geprägt, daß die Kirche nicht nach Blut dürste. Ein Unterschied war allenfalls insofern vorhanden, als die Kirche seit den Reformen Peters des Großen äußerlich nur mehr ein Werkzeug der Staatsgewalt war und daher formell keine eigene Initiative hatte, vielmehr auf höhern Befehl mitwirkte. Doch am Wesen der Sache änderte das kaum etwas.

Sie stellte sich denn auch widerspruchslos zur Verfügung, als sie zur Beihilfe bei der Russifizierung aufgerufen wurde. Zu einer Missionstätigkeit reichten allerdings ihre Kräfte nicht aus. Der russische Pope war weder dem protestantischen Pfarrer noch dem katholischen Priester gewachsen. In der Regel nur über die notdürftigste theologische Bildung verfügend, war er gänzlich außerstande, mit ihnen in Wettbewerb zu treten. Nur wo der Staat hinter ihm stand, dem Gegner den Mund schloß und dem urteilslosen Volk irdische Vorteile als Preis eines Glaubenswechsels verhieß, konnte auf Erfolg gerechnet werden.

Nach dieser Methode ist denn auch von jeher gearbeitet worden.

Schon in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte man Erfahrungen sammeln können. Damals war die Union gewaltsam aufgehoben worden, die die Weißrussen unter Wahrung des orthodoxen Rituals mit Rom verband — ähnlich, wie man jetzt im Kriege versucht hat, die Union in Ostgalizien zu vernichten. Damals auch hatte eine Propaganda unter den protestantischen Letten und Esten eingesetzt, die dank dem später nicht eingelösten Versprechen unentgeltlicher Landzuteilung gewisse Erfolge erzielt hatte.

Dieses letzte, allzu plumpe Mittel scheute man sich jetzt anzuwenden, sei es, daß man die Erinnerung an den Wortbruch für noch lebendig hielt, oder daß man die öffentliche Meinung Europas fürchtete. Auch mag man geglaubt haben, schon einen genügenden Besitzstand im Lande zu haben, dessen Erhaltung und Mehrung mit Hilfe der bestehenden Gesetze gelingen würde. So baute man denn einerseits auf das Verbot des Übertritts von der Orthodoxie zu einem andern Bekenntnis, anderseits auf das Gesetz über die Mischehen, kraft dessen der griechisch-katholische

Elternteil seine Konfession unbedingt auf alle Abkömmlinge vererbte. Und da dem Geistlichen, der einem Rekonvertiten das Abendmahl reichte oder sein Kind taufte, die schwersten Strafen drohten, setzten die bekannten Pastorenprozesse ein, deren Gedächtnis wohl auch noch in Deutschland lebendig ist, diese Prozesse, die, beginnend mit den achtziger Jahren, ein Vierteljahrhundert hindurch in den Ostseeprovinzen eine fast alltägliche Erscheinung bildeten und einen erheblichen Teil der evangelischen Geistlichkeit in schwere Bedrängnis brachten. Auch gegen die Abtrünnigen selbst wurden durchgreifende Maßregeln angewandt, insbesondere wurde ihnen die elterliche Gewalt entzogen und ihre Kinder in orthodoxe Zwangserziehung genommen.

Es versteht sich jedoch fast von selbst, daß mit diesen Mitteln wirkliche Erfolge nicht zu erzielen waren. Der einzelne hatte unter ihnen zu leiden, das Ganze blieb unberührt, mochte auch die Zahl der Griechisch-Katholischen im Lande um ein unbedeutendes zunehmen. Nur das wurde erreicht, daß es bald unter den Fremdstämmen als Verrat galt, mit einer Person orthodoxen Bekenntnisses in die Ehe zu treten. Denn das bedeutete Abfall von Glauben und Volkstum für sich und alle kommenden Geschlechter.

So waren es denn nur wenige, und sicherlich nicht die Besten, die auf diesem Wege der griechischen Kirche und der russischen Nationalität gewonnen wurden.

Die Russifizierung auf dem Umweg über die Konfession versagte völlig und mußte versagen, schon deshalb, weil der in toten Formen erstarrte Geist von Byzanz den westeuropäisch gerichteten Fremdstämmen keine Nahrung zu bieten hatte.

VII.

Etwas ganz anderes war es um die Schule. Nachdem die russische Regierung diese an sich gerissen, hatte sie eine Waffe zur Verfügung, die bei einigermaßen geschickter Handhabung nicht versagen konnte. Es mußte möglich sein, mit ihrer Hilfe das kommende Geschlecht für das russische Volkstum zu gewinnen.

Folgerecht ging die Regierung an die Arbeit. Binnen weniger Jahre wurde überall die russische Unterrichtssprache eingeführt, während die Muttersprache der Kinder nur in der Dorfschule aushilfsweise benutzt, in der höheren Schule bloß als Unterrichtsfach gelehrt werden durfte. An die Stelle der einheimischen Lehrkräfte traten Russen, und wo es an solchen fehlte, wurden Tschechen und sonstige Slaven berufen, denen man die nötige Ergebenheit für das russische Volkstum zutraute. Gleichzeitig ergriff man eine Reihe von Einzelmaßnahmen, errichtete russische Schulbibliotheken, verbot gelegentlich den Schülern, sich innerhalb der Schulräume der Muttersprache zu bedienen u. dgl. m.

Haben nun alle diese Mittel Erfolg gehabt, hat die Schule russifizierend zu wirken verstanden?

Mit einem glatten Nein darf auf diese Frage nicht geantwortet werden. Die früher unter den Fremdvölkern nur sehr mangelhafte Kenntnis der russischen Sprache nahm zu, die Vertrautheit mit der russischen Literatur und dem russischen Geistesleben wuchs und die Kenntnis der deutschen Sprache unter den Letten und Esten begann zurückzugehen. Ja, gelegentlich machte sich ein gewisser Einfluß des Russischen auf Sprache und Satzbildung selbst der deutschen Jugend in den Ostseeprovinzen geltend.

Ebensowenig ist zu bestreiten, daß mit der Kenntnis des russischen Geisteslebens die bisherige schroffe Ablehnung alles Russischen gerade bei den geistig regsamen Angehörigen der fremdstämmigen Bevölkerung zu weichen begann. Zwar war es überwiegend nicht Sympathie für russisches Wesen, russische Denk- und Empfindungsweise,

die sich zeigte, sondern sachliches Interesse dem Fremdartigen gegenüber, mit dem eine Auseinandersetzung schon aus praktischen Gründen notwendig war. Vielleicht wäre dieses sachliche Interesse mit der Zeit stärker und selbst wärmer geworden, wenn die Vertreter des Russentums ihre eigene Arbeit nicht immer wieder durch Taktlosigkeiten, durch geflissentliches Herabsetzen des Einheimischen, durch schroffes Auftreten und Hervorheben ihrer Machtstellung selbst geschädigt hätten. Immerhin war schon mit dem Erwachen jenes Interesses, vom Standpunkt allerdings nicht der Russifizierungspolitik, wohl aber der russischen Staatsidee manches gewonnen.

Von wirklichen Erfolgen jener Politik kann dagegen nicht gesprochen werden. Die Deutschen und Polen blieben so deutsch und polnisch, wie sie gewesen. Ja, unter dem Druck der gegen sie ergriffenen Maßnahmen begannen sie, ihr Volkstum sorgfältiger und zielbewußter zu pflegen, als sie es sonst wohl getan hätten. Und je näher ihnen die russische Kultur gebracht wurde, um so deutlicher erkannten sie, daß diese ihnen keinen gleichwertigen Ersatz für das bieten konnte, was aufzugeben ihnen zugemutet wurde.

Anders, aber nicht wesentlich günstiger, stand es um Esten, Letten, Litauer. Was sie an eigener Kultur besaßen, war der russischen unstreitig unterlegen, mochte auch der einzelne Angehörige dieser Stämme dem Russen der gleichen Schicht gewachsen sein. Ihre Literatur hatte nichts, das einem Tolstoi, Dostojewski, Gogol hätte an die Seite gestellt werden können; eine eigene Wissenschaft besaßen sie nicht, selbst ihre Schriftsprache war wenig entwickelt, eine Presse erst im Entstehen begriffen.

Unter solchen Umständen hätte es nicht wundernehmen können, wenn sie von der Russifizierung ergriffen worden wären. Und doch geschah das nicht. Wohl fanden sich einzelne, die sich dem Russentum in die Arme warfen und in ihm aufgingen. Aber ihrer waren verschwindend wenige. Nicht nur, daß die Masse dem eigenen Volkstum treu blieb — die zur Zeit des Einsetzens der Russifizierungspolitik erst in den Anfängen befindliche völkische Bewegung entwickelte sich gerade in den letzten drei Jahrzehnten in ungeahnter Weise. Sie schrieb die Entstehung einer eigenen nationalen Kultur, ja selbständiger Staaten auf ihr Banner.

Das aber bedeutete den Bankrott der russischen Schulpolitik in den westlichen Grenzmarken.

VIII.

Wie ist dieser Mißerfolg zu erklären?

Die russische Regierung sah, allerdings nicht mit Unrecht, den gefährlichsten Feind im Deutschen und im Polen, als den Trägern einer hohen, völkisch gefärbten Kultur. Gegen sie richtete sie deshalb ihren Ansturm in erster Linie. Es war aber von vornherein klar, daß hier ein Erfolg nicht zu erzielen war. Wenn es in weit zurückliegenden Zeiten dem auf niederer Kulturstufe stehenden Eroberer gelingen konnte, den höher entwickelten Besiegten aufzusaugen, so kann das heutzutage nicht mehr geschehen. Dazu ist das völkische Bewußtsein allzu lebendig geworden, und der in fremde Gewalt geratene Volkssplitter vermag allzu leicht den Zusammenhang mit dem Volksganzen aufrechtzuerhalten. Allenfalls bei folgerechter, langwährender Durchführung einer gewaltsamen, vor keinem Mittel zurückschreckenden Unterdrückungspolitik ließe sich unter Umständen auch heute noch viel erreichen. Zur Veranschaulichung denke man sich in die Lage hinein, die während des Krieges in den Ostseeprovinzen bestand. Der Gebrauch der deutschen Sprache war bei schweren Strafen verboten, die deutsche Presse unterdrückt, deutsche Bücher bald nicht mehr erhältlich und Reisen nach Deutschland kamen selbstverständlich nicht in Frage. Wenn

ein solcher Zustand sich auch während des Friedens im Laufe einiger Jahrzehnte hätte aufrechterhalten lassen, so hätte er zweifellos zu einer Russifizierung der deutschen Balten geführt — soweit sie nicht ausgewandert wären. Aber selbst eine russische Regierung kann heutzutage eine solche Politik nicht auf die Dauer verwirklichen.

Eine Entnationalisierung vollentwickelter, kulturell hochstehender Volkssplitter, die gewillt und imstande sind, den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterstamm aufrechtzuerhalten, muß deshalb als unmöglich bezeichnet werden.

Doch diese Vorbedingungen lagen nicht vor, soweit es sich um Esten, Letten und Litauer handelte. Weshalb mißlang hier das Unterfangen der russischen Regierung?

Auch hierfür läßt sich eine ausreichende Erklärung finden. Sie aber führt nicht auf Hindernisse, die in der Natur der Sache liegen, sondern auf Fehler, die die Regierung begangen hat, zu deren Begehung sie freilich durch den Geist, der sie erfüllte, gezwungen war.

Sie verkannte nicht, daß sie es innerhalb eines jeden der drei Stämme mit zwei dem Wesen und der Zahl nach verschiedenen Gruppen zu tun hatte. Bei ihnen allen gab es eine verhältnismäßig gebildete Oberschicht aus Vertretern der freien Berufe, aus Lehreren und sonstigen Beamten, dazu einigen Kaufleuten, Hausbesitzern usw., nicht zahlreich, aber von völkischem Bewußtsein erfüllt. Die Masse aber war, wenn nicht analphabetisch, so doch wenig gebildet und in völkischer Hinsicht gänzlich farblos.

Nun wäre es das anscheinend Gegebene gewesen, auf eine Gewinnung jener Oberschicht zu verzichten, sie zum mindesten nicht als Hauptsache zu behandeln. Denn auch für sie hätte der Satz gelten müssen, daß, wer den Wert seines Volkstums einmal erkannt hat, nicht mehr zu entnationalisieren ist. Alle Anstrengungen mußten somit auf die Masse gerichtet werden. Sie war noch zu erobern, sie konnte in russischem Geist erzogen und gebildet werden. Aber dazu gehörte sorgfältige, weit ausschauende Arbeit, als deren Ziel die Erfüllung dieser Masse mit russischer Kultur angesehen werden mußte. Ein spärlicher, sich auf ein oder zwei, höchstens auf drei Jahre erstreckender Unterricht in der Dorfschule bedeutete unter diesem Gesichtspunkt gar nichts. Er konnte im besten Falle eine dürftige Kenntnis der Sprache vermitteln. Und auch die mußte binnen wenigen Jahren wieder verloren gehen, da von dem Erlernten nach Verlassen der Schule kein Gebrauch mehr gemacht wurde.

Und doch konnte die Regierung, wollte sie sich selbst treu bleiben, nicht anders handeln als sie tat. Jener schon einmal angeführte Ausspruch Katharina II., der es als Ziel bezeichnete, den Mann hinter dem Pfluge auf derselben geistigen Stufe zu erhalten wie das Zugtier vor dem Pfluge, war mehr als nur ein Bonmot. Er war ein Programm, das die Lebensbedingungen des zarischen Rußland in treffender Weise zusammenfaßte. Die alte Staatsordnung ließ sich so, wie sie war, nur aufrechterhalten, solange die Massen in vollkommener Finsternis verharrten. Das galt für die Grenzmarken nicht minder als für das eigentliche Rußland. Deshalb aber war eine auf der Verbreitung von Bildung und Kultur beruhende Russifizierung tatsächlich unmöglich und die Regierung mußte sich bei all ihrem Zielbewußtsein mit Stümperarbeit begnügen, mußte auf eine Gewinnung der Massen verzichten und einen Scheintrost darin suchen, daß die Oberschicht allmählich die russische Sprache beherrschen lernte, obgleich damit im Grunde gar nichts gewonnen war. Trug das doch nur dazu bei, deren wirtschaftliche und soziale Stellung zu befestigen und der Russifizierung neue Hindernisse zu schaffen.

IX.

Noch eine weitere Waffe konnte die Regierung anwenden: die Ansiedlung russischer Bauern in der Grenzmark. Das erst hätte ihren übrigen Maßnahmen ein festes Rückgrat gegeben, damit wäre das Element geschaffen worden, das die zur Russifizierung reifen Fremdstämme in seinen Schoß aufgenommen und endgültig dem russischen Volkstum zugeführt hätte.

So naheliegend und leicht ausführbar dieser Gedanke erscheint, bis vor wenigmehr als einem Jahrzehnt konnte von seiner Verwirklichung nicht die Rede sein. Zwar war der russische Bauer stets wanderlustig, und mit der Verheißung von Land hätte man ihn ohne Schwierigkeit auch nach Westen locken können. Doch bis zur Revolution von 1905 konnte die Regierung sich nicht von dem Fetisch des Mir lösen. Es hätte also auch die Ansiedelung nur unter Aufrechterhaltung von Gemeindebesitz und Flurzwang erfolgen können. Der Erkenntnis aber konnten sich selbst die überzeugtesten Anhänger dieser Einrichtung nicht verschließen, daß unter solchen Voraussetzungen die Siedelungsarbeit nicht den gewünschten Erfolg haben würde. Die durch den Agrarkommunismus bedingte Rückständigkeit der Wirtschaft mußte in der weiter fortgeschrittenen Grenzmark Eindrücke hervorrufen, die den angestrebten gerade entgegengesetzt waren. Der russische Bauer wäre dort nicht der Vertreter des herrschenden Stammes gewesen, sondern der in Armut und Gebundenheit verkommende Helot.

Etwas anderes wurde denkbar, erst nachdem in Rußland selbst der Gedanke einer Befreiung der Bauern von den Fesseln des Gemeindebesitzes durchgedrungen war. Nun wurde eine Kolonisation möglich, und nun wurde sie ins Werk gesetzt.

Das nötige Menschenmaterial stand in unbegrenzter Menge zur Verfügung. Auch die Beschaffung des erforderlichen Bodens bereitete keine ernsten Schwierigkeiten. Überall in den Grenzmarken gab es Domänen in ausreichender Zahl und Größe. Auch rechnete man damit, daß hier, ebenso wie in den innerrussischen Gouvernements, der Großgrundbesitz sich wenigstens zum Teil würde auskaufen lassen, eine Hoffnung, die sich freilich nur in sehr bescheidenen Grenzen verwirklicht hätte. Denn sowohl die polnischen als auch die deutschen Gutsbesitzer waren sich vollkommen klar darüber, daß es um nationale Ehre und Dasein gehe. Irgend erhebliche Kaufangebote waren daher ausgeschlossen.

Man machte sich an die Arbeit. Beim Ausbruch des Krieges gab es in Litauen bereits eine Anzahl russischer Siedelungen, während in den Ostseeprovinzen die Kolonisationspläne noch nicht über einen Vorbereitungszustand hinausgelangt waren. Aber auch jene bestanden erst seit zu kurzer Zeit, als daß sie in völkischer Hinsicht bereits eine irgend erhebliche Wirksamkeit hätten ausüben können.

In dieser Richtung hat somit die Russifizierungsarbeit zu spät eingesetzt, als daß man über ihren Wert und ihre Erfolge zu urteilen vermöchte. Nur auf Grund allgemeiner Erwägungen läßt sich sagen, daß es vielleicht in Litauen, keinesfalls aber in den Ostseeprovinzen gelungen wäre, auf diesem Wege dem gesteckten Ziel näherzukommen. Denn es ist klar, daß die Siedler der einheimischen Bevölkerung kulturell und wirtschaftlich überlegen sein müssen, um eine nationale Anziehung auf sie auszuüben. Doch überlegen wäre der russische Bauer allenfalls den Bewohnern einiger zurückgebliebener Gebiete Litauens gewesen. Im Verhältnis zu den durch die deutsche Schule gegangenen Esten und Letten konnte davon nicht die Rede sein. Selbst wenn der Staat sich entschlossen hätte, bei der Ansetzung der Siedler sehr erhebliche Opfer zu bringen, wäre dank der nicht so schnell zu überwindenden

Rückständigkeit der russischen Bauern auch nur eine wirtschaftliche Gleichstellung mit den Nachbarn allenfalls für kurze Zeit zu erreichen gewesen.

Auch dieses letzte, an sich so vielversprechende Mittel der Entnationalisierung der Fremdstämme hätte wahrscheinlich versagt.

X.

Muß nun aus diesem Bankerott der Russifizierungspolitik gefolgert werden, daß heutzutage die Entnationalisierung auch kleiner und verhältnismäßig unentwickelter Volksstämme nicht mehr möglich ist?

Ein solcher Schluß wäre entschieden vorschnell. Daß die russische Regierung, ungeachtet aller ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel und der erschöpfenden Vielseitigkeit der ergriffenen Maßnahmen ihr Ziel nicht erreicht hat, ist nicht beweiskräftig. Denn eine sorgfältige Prüfung der von ihr befolgten Politik ergibt, daß jeder Schritt, den sie tat, entweder durch begangene Fehler oder aber durch Hindernisse, die aus der Eigenart des russischen Staats oder des russischen Volkstums erflossen, entkräftet und zu mehr oder weniger vollständiger Wirkungslosigkeit verurteilt wurde.

Die Ausschaltung des einheimischen Elements aus dem Staatsdienst und die Besetzung fast aller Posten mit geborenen Russen konnte nicht zur Russifizierung beitragen, weil die ohne die nötige Sorgfalt ausgesuchten und allzu schlecht besoldeten Beamten gesellschaftlichen Anschluß an die Oberschicht nicht zu finden vermochten. Das Volk aber blieb ihnen fremd, sie beherrschten seine Sprache nicht, konnten sich in seine Psyche nicht hineindenken und erwarben deshalb nicht den geringsten Einfluß auf seine Entwicklung. Daher vermochten sie auch, insbesondere in den Ostseeprovinzen, nichts an die Stelle des durch die Umgestaltung der Selbstverwaltung planmäßig vernichteten Einflusses des deutschen Großgrundbesitzes zu setzen. Das führerlos gewordene Volk suchte Ersatz entweder bei der eigenen nationalistisch gesinnten Intelligenz oder bei den internationalen revolutionären Parteien. Und der Aufruhr von 1905 war die erste deutliche Antwort, die den Russifikatoren erteilt wurde, war aber zugleich die unausweichliche Folge ihrer eigenen umstürzlerischen Politik.

Ebenso restlos versagte die Kirche. Das war bedingt durch die Natur der Sache, durch die der orthodoxen Kirche im Verhältnis zur protestantischen und katholischen mangelnde Ebenbürtigkeit. Und auch hier spielte das persönliche Moment eine große Rolle insofern, als die wenig gebildeten und zum großen Teil landfremden Priester den Weg zum Herzen des Volkes nicht zu finden wußten.

Die Schulpolitik konnte keinen Erfolg haben, weil sie von vornherein in eine falsche Bahn geleitet war. Sie war auf eine Russifizierung der bereits zu völkischem Leben erwachten Oberschicht abgestellt. Die breite Masse blieb unberücksichtigt, obgleich gerade sie hätte gewonnen werden können. Doch zur Erreichung dieses Zieles hätte an ihrer geistigen und kulturellen Hebung gearbeitet werden müssen. Das aber widersprach allen Grundsätzen russischer Staatsweisheit.

Die Siedelung endlich wurde erst in den Dienst der Russifizierung gestellt, als es bereits zu spät war. Doch auch sie hätte scheitern müssen, weil es Rußland an dem Menschenmaterial mangelte, dessen kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit zu einer Auffaugung der Fremdstämmigen hätte führen können.

Die durch Jahrzehnte hindurch betriebene Russifizierungspolitik konnte keinen Erfolg haben, sie mußte zusammenbrechen. Nun, da der Weltkrieg ihr auch äußerlich ein Ziel gesetzt, gehört sie endgültig der Geschichte an.

Die Zukunft aber wird zeigen, ob wir aus fremden Fehlern zu lernen verstehen.

Staat und Kriegskrüppel.

Von Dr. Richard Mertz, München.

Die Krüppelfürsorge darf in Deutschland als Wohlfahrtseinrichtung auf eine 85jährige Wirkungszeit zurückblicken. In allen Gauen des Reiches sind seit Jahrzehnten Krüppelheime erbaut worden, in denen Verunglückten oder als Krüppel Geborenen jeden Alters und Geschlechtes entsprechend der fortlaufenden Vervollkommnung der medizinischen Erfahrung und Praxis Hilfe und Unterkunft gewährt wurde. So zählte man 1912 nicht weniger als 60 Krüppelheime, 3 katholische, 27 evangelische, 30 interkonfessionelle, das kleinste mit 6, das größte mit 500 Betten. Während 1902 nur der 30. Teil der Heimbedürftigen aufgenommen werden konnte, brachte man 1912 bis auf $^1/_{10}$ alle Krüppel in Heime unter, obschon die Zahl der Verkrüppelten bei der raschen Vermehrung der Einwohner sehr gestiegen war.

Neben diesen Krüppelheimen befanden sich im selben Jahre außerdem 34 Fürsorgestellen. Den meisten der genannten Krüppelheime sind Schulen angegliedert, in denen Knaben und Mädchen zu einem Handwerk oder einer nutzbringenden Beschäftigung geistig und körperlich herangebildet werden können. So umfaßte die Handwerkslehre für Knaben: Schreinerei, Drechslerei, Polierrei, Schlosserei, Feinmechanik, Schusterei, Sattlerei, Schreiben und Stenographie, Buchbinderei, Anstreicherei, Stuhl- und Mattenflechten, Bauzeichnen usw.; für Mädchen: Weißnähen, Maschinenschreiben, Ausbildung in sämtlichen weiblichen Handarbeiten, Kochen, Kunststicken, Waschen, Plätten, Bügeln, Strickmaschine, Klöppelei, Perlenarbeit, Damenschneiderei, Ausbildung zu Dienstmädchen, Heranbildung zu Kleinkinderlehrerinnen, Photographie, Bureauarbeiten. — Im Jahre 1909 bildete sich eine „Vereinigung für Krüppelfürsorge" mit dem Sitz in Berlin. Mehr und mehr wuchs das Interesse an der segensreichen, wiewohl schweren Arbeit, mehr und mehr stieg die Teilnehmerzahl, so daß die Organisation sogar einmonatlich erscheinendes Organ herausgeben konnte: „Zeitschrift für Krüppelfürsorge", herausgegeben von Prof. Dr. Konrad Biesalski, Direktor und leitender Arzt der Berlin-Brandenburgischen Krüppelheil- und Erziehungsanstalt und Erziehungsdirektor Hans Würtz.

Nachdem der Krieg unter anderen seiner Schrecken Tausende unserer Männer in bester Körperkraft zu Krüppeln gemacht hatte, da sollte sich erst so recht zeigen, was die lange Vorarbeit auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge für Früchte zeitigen sollte. Man stand keinem ungelösten Problem gegenüber. Leider fehlte es trotz der großen Menge von Betten zunächst doch an Platz, weil die Zahl unserer Krüppel nach statistischer Aufstellung sich 1915 bereits auf 30000 belief. Doch schon am 13. August 1914 hatte Ihre Majestät die Kaiserin, welche der Bestrebung der Krüppelfürsorge stets eine warme Gönnerin gewesen war, ein dahin zielendes Schreiben erlassen: „Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben den Wunsch, daß die Tätigkeit der deutschen Krüppelfürsorge während des Krieges nicht eingeschränkt wird, sondern daß ihre Einrichtungen auch in ihrem Teil dazu beitragen, die Not der Zeit zu lindern. Es empfiehlt sich, dahin zu streben, den Umfang und den Betrieb der Krüppelfürsorgeanstalten nicht zu vermindern, sondern ihn nach bestimmten Richtungen hin zu erweitern, insbesondere durch Aufnahme solcher hilfsbedürftiger Kinder, die sich zurzeit nicht in Anstaltsfürsorge befinden und dadurch die Familien, insbesondere die Mütter am Erwerb hindern.

Daneben erscheint es wünschenswert, wenn die Krüppelheime sich darauf vorbereiten, daß sie die orthopädische Nachbehandlung von Verwundeten übernehmen, da diese Anstalten ihrer ganzen Einrichtung nach hierzu besonders geeignet sind. Sie können auch ihre Organisation dazu benutzen, die Schwerverletzten nach Maßgabe der ihnen verbliebenen Kräfte wieder einem beruflichen Erwerb zuzuführen.

gez.: Freiherr von Spitzenberg."

Auf diesen Erlaß der Kaiserin setzte man alle Hebel in Bewegung. Die Mitgliederzahl der Vereinigung stieg von 320 am 8. 2. 1915 auf 1530 zu Ende September desselben Jahres. Eine Aufklärungsschrift „Kriegskrüppelfürsorge" wurde in 8 Monaten in 120000 Exemplaren verbreitet, oft sogar in Masseneinkäufen bis zu 18000 Heften.

Wie sollen wir unsere Soldaten nennen, die durch den Krieg eines oder mehrerer ihrer Glieder beraubt worden sind? Wir bezeichnen sie mit dem Ausdruck: „Krüppel". Das deutsche Wort „Krüppel", dessen sprachliche Ableitung nicht leicht ist, geht wohl zurück auf krupen = sich zusammenkrümmen, zusammenziehen. Es liegt also ohne weiteres darin der Begriff des Unansehnlichen, Verstümmelten. Es erweckt Mitleid. Es erweckt zugleich aber auch Abscheu. Über dem Worte und den von seiner Bedeutung Betroffenen lastete von jeher ein dunkles Verhängnis: Im Altertum wurden die als Krüppel Geborenen ausgesetzt, und diese Sitte übernahmen Ägypten, China und Indien. Für uns löst der Name „Krüppel" die Vorstellung des am Wege sitzenden Bettlers mit dem Leierkasten aus. In großen Aufsätzen und Vorträgen hat man gleich zu Anfang des Krieges versucht, das Wort abzuschaffen und durch ein anderes zu ersetzen, das mehr der schuldlosen Verstümmelung gerecht wird. So begrüßte es damals Anna Hoffa, daß man statt des Wortes „Krüppel" den Ausdruck „Kriegsinvalide" gebrauchte. Er konnte sich aber nicht lange halten, weil er gar nicht das bezeichnete, was wir und besonders die medizinische Wissenschaft unter „Krüppel" verstehen. Kriegsinvaliden können, aber brauchen noch lange keine Krüppel zu sein. Dr. Albert Stein in Wiesbaden will für „Krüppelheim" die Bezeichnung „Orthopädische Heil- und Erziehungsanstalt" einführen, „weil gerade die Krüppelfürsorge der orthopädischen Wissenschaft alles zu danken hat". Doch auch hiermit ist nicht gesagt, was das Wort „Krüppel" enthält. Auch das auf der Sitzung in Heidelberg vorgeschlagene Wort „Kriegsbeschädigte" ist nicht haltbar, denn, wie Prof. Biesalski mit Recht sagt: „Es kann jemand ein Auge verloren oder einen Herzfehler erworben haben, dann ist er auch beschädigt und doch nicht verkrüppelt. Das Militär vermeidet den Ausdruck, indem es „Verstümmelte" sagt und darunter auch solche versteht, die gar kein Glied verloren, sondern beispielsweise eine Lähmung haben. Aber welche Bezeichnung man auch wählen mag, es gibt nur ein Mittel, über die „Beschädigung" innerlich wegzukommen, das ist nämlich, daß man umlernt, der Betroffene selber und die Laien, indem man unter einem Krüppel sich nicht einen bedauernswerten Menschen vorstellt, von dem man sich so schnell wie möglich wieder abwendet, sondern einen Bruder, dem man herzlich die Hand schüttelt, auch wenn sie verstümmelt ist, denn sie ging für den verloren, der die Hand ergreift. Ebenso aber der Krüppel selber. Wenn er sich da hindurchgearbeitet hat, daß er zwar „ein bißchen verkrüppelt", aber schließlich doch noch der alte Kerl geblieben ist, dann hat der Mann das, was er braucht, nämlich einen goldenen Schatz im Herzen, mit dem er ruhig und getrost und voll Gottvertrauen weiterpilgern kann, und den er unbedingt braucht, wenn er überhaupt das fernere Leben aushalten soll." Wir können demnach ruhig die Bezeichnung „Krüppel" beibehalten, nur muß von uns aus

dem Worte ein anderes Begegnen geschenkt werden; nicht ein anderes Wort, sondern eine andere Stellung zum Wort. Und damit können wir nicht früh genug beginnen, unsern Kindern in Haus und Schule das rechte Verständnis für das Wort „Krüppel" klarzumachen und in die Seele zu pflanzen. So hat auf der Tagung in Karlsruhe Monsignore Prälat Werthmann, der Vorsitzende der katholischen Charitas, einen wertvollen Gedanken in die Besprechung geworfen, wenn er sagte: „Fordert die Lehrerschaft und die Geistlichen zur Mitarbeit auf. Die Lehrer sollen den Kindern Ehrfurcht beibringen vor den Verkrüppelten dieses Krieges, denn bekanntlich sind die Kinder grausam wie die Indianer; wer anders ist als sie, fordert ihren Spott heraus. Und auch die Geistlichen sollten ruhig einmal von der Kanzel herab in ihrer Predigt ein Wort über alle diese Bestrebungen einfließen lassen."

Die richtige Inhaltserkenntnis des Wortes „Krüppel" ist für die ganze Stellungnahme zum Krüppeltum von weitgehendster Bedeutung. Gewiß dürfen wir Mitleid haben mit diesen Armen, doch dürfen wir nicht beim Mitleid stehen bleiben. Das Mitleid an sich ist passiv. Die bekannte geistvolle Schwedin Selma Lagerlöf wirft einmal die Frage auf, ob eine vom Mitleid gegen die Hilflosen befreite Menschheit nicht Größeres und Schöneres zu leisten vermöge, ob das Mitleid nicht eine stete Kraftabgabe sei, die ein rasches Handeln hindert. Und das ist gerade der tiefe Unterschied in der Krüppelfürsorge Deutschlands und Frankreichs. Dort ist, wie in allem, die Behandlung der Frage der Krüppelfürsorge eine viel leidenschaftlichere das Mitleid ein ungeheuer großes, das Bedauern ein grenzenloses, wie uns der zusammenfassende Bericht über die französische Kriegskrüppelfürsorge des Professors A. Souchon in der „Revue hebdomadaire" zeigt. An guten Absichten fehlt es dort nicht. Doch erblickt man in jedem Verwundeten und Verkrüppelten schlechthin einen Helden, und alle Fürsorgeveranstaltungen nähern sich bedenklich dem Heldenheim. „Die Schädlichkeit des Schonungsmitleides für die Invaliden ist den Franzosen noch nicht voll zum Bewußtsein gekommen. Daher hat die französische Kriegskrüppelfürsorge für ihre Arbeit noch nicht die zusammenfassenden Gesichtspunkte gewonnen, welche den fortlaufend gekennzeichneten bisherigen Leistungen in den einzelnen Teilen unseres Vaterlandes ein so einheitliches Gepräge geben", sagt Schlüter in: „Die Kriegskrüppelfürsorge in Frankreich". Dort das Mitleid, hier die Tat! In der Tat aber kann nicht genug davor gewarnt werden, in jedem nun, der das Unglück hatte, draußen eines seiner Glieder verlustig zu gehen, einen Helden zu sehen. In seinem Aufsatz: „Zur Kriegsbeschädigtenfürsorge, Ein Wort zur Aufklärung", von Direktor Martin Ulbrich zu Magdeburg, sagt der Verfasser: „Ein großer Fehler war es, von vornherein jeden Verwundeten als Helden anzusehen, dem eine Ausnahmestellung gebühre. Dabei vergaß man, daß mit der Zeit allerlei Elemente ins Heer gekommen sind, denen alle Voraussetzungen zum Helden fehlen. Viele wurden nach kurzer Kriegerlaufbahn durch einen wenig gefährlichen Muskel- oder Knochenschuß den Kriegsmühen entrückt und einem bequemen Lazarettleben zugeführt, wie sie es vorher nie gekannt hatten. Unverständiges Bedauern und bewundernde Verherrlichung seitens des Publikums bewirkten, daß diesen Leuten der normale Standpunkt verrückt wurde. Ihre Verdienste potenzierten sich in ihren Augen, die Pflichterfüllung wurde zum großen Verdienst, sie hatten das Vaterland gerettet, das nunmehr die Gegenleistung schuldig war. Solche Auffassung griff meist bei solchen Leuten Platz, welche dazu die geringste Berechtigung hatten, während das wahre Heldentum schlicht und bescheiden einherging und jede öffentliche Verherrlichung abwies.

Der Begriff des Heldentums muß geklärt werden. Sind nicht auch die Unverwundeten Helden, die 13 oder 14 Monate lang, ohne verwundet zu sein, die Lasten und Gefahren des Krieges getragen haben? Und sind nicht auch viele von den Daheimgebliebenen Helden, die schweigend große Opfer an Hab und Gut dargebracht haben und in größter Not mutig den Kopf oben behielten? Wieviele Eltern oder Frauen verloren das Teuerste! Es gibt Verluste, die härter ankommen als ein Gewehrschuß oder eine Säbelschrunde. So gilt es, mit Nachdruck den Ruf nach Nüchternheit und Klarheit zu erheben. Sonst kommen wir in die Zustände der nordamerikanischen Union nach den Sezessionskriegen, die Jahrzehnte lang auf dem ganzen Volke wie ein schwerer Alp lasteten."

Klarheit und Nüchternheit! Das war der Ausgangspunkt der Krüppelfürsorge in Deutschland, fußend auf hilfsbereitem Mitleid. Aus diesem Grunde leitet sich, wie wir noch sehen werden, das Bestreben her, die Krüppel nach ihrer Wiederherstellung und Ertüchtigung zum wirkenden Leben nicht in Kolonien zu sammeln oder in sog. „Heldenheimen" unterzubringen, sondern möglichst nach der Heimat zu entlassen. Aus diesem Grunde sprach sich der bayerische Kriegsminister Freiherr von Kreß gegen die Errichtung von Heldenheimen aus. Nach seiner Erklärung steht die Militärverwaltung auf dem Standpunkt, daß im Interesse der moralischen und seelischen Hebung der Kriegsinvaliden eine möglichste Dezentralisierung anzustreben ist, und daß daher zunächst die Unterbringung in heimatliche Pflegeanstalten wegen der leichteren Verkehrsmöglichkeit mit Angehörigen und wegen des Aufenthaltes in alten, bekannten Verhältnissen weitaus den Vorzug verdiene. Hier werde auch leichter eine Erwerbsmöglichkeit nach irgendeiner Richtung, Zerstreuung und Ablenkung der verstümmelten Invaliden von ihrem bedauernswerten Zustand erreicht werden können als in Heimen unter hunderten gleich unglücklicher Opfer dieses Krieges. Gefährlich wirkt der Bazillus der Unzufriedenheit, und die wahrhaften Helden ziehen samt und sonders die Wiederherstellung zu einem Beruf dem Nichtstun in unzufriedener Dankbarkeit vor.

So ist die erste Erfordernis in der Krüppelfürsorge die *Aufklärung*. Das ist das A und O der ganzen Bewegung. Wen, wie, wodurch und worüber sollen wir aufklären? Zunächst gilt es, um das vorwegzunehmen, die ganze Mitwelt darüber aufzuklären, daß der verkrüppelte Mann nicht das *reine* Mitleid, sondern *tätiges* Mitleid erheischt, daß ihm geholfen werden müsse; und die Kinder können nicht früh genug statt wie bisher den Abscheu, die tiefste Ehrfurcht vor den schwergetroffenen Verteidigern unseres Vaterlandes empfinden. Weit wichtiger aber ist die Aufklärung der Kranken selber. Das erste Wort, das wir ihnen zurufen, heißt: „*Es gibt keine Krüppel mehr.*" Viele werden das für feiles Gerede halten, für einen leeren Trost, dem jede Unterlage fehlt, manche werden sogar zornig auf ihre verstümmelten Glieder hinweisen, die den Verkünder des Wortes Lüge strafen. Und doch ist es so: Der ganzen Welt muß es verkündet werden wie eine Frohbotschaft: „*Es gibt keine Krüppel mehr.*" Alle Mittel sind in Umlauf zu setzen, welche die Aufklärung darüber ermöglichen. Biesalski sagt: „Wodurch kann man aufklären? Erstlich durch unaufhörliche Zeitungsartikel und durch die Presse, und ich erlaube mir, an die Presse, die ja schon in einer so bewundernswerten Weise in diesem Kriege nach allen Richtungen gekämpft, die herzliche Bitte zu richten, daß sie über dieses Thema immer wieder einmal einen kurzen Aufsatz bringt. Ich weiß sehr wohl, daß der Raum beschränkt ist: aber es ist ein großes Problem, es ist wohl wert, daß die Öffentlichkeit in breitestem Maße davon erfährt.

Ein anderes Aufklärungsmittel sind Vorträge, die Anschaffung von geeigneten Diapositiven und Filmen, Führungen, namentlich durch die Krüppelheime, was außerordentlich wirksam und belehrend ist und wodurch ich meine größten Erfolge erziele, wenn ich nämlich den zweifelnden Soldaten in dem Lazarett irgendeinen meiner Krüppel aus der Anstalt heranhole und ihn in der Arbeit vorführe. Dann sind Aufklärungsmittel: Ausstellungen, die sogar herumwandern sollen, und zuletzt Aufklärungsschriften. Und dies alles, damit der Kranke auf dem Krankenlager schon erkennt: Er kann geheilt werden. Er wird kein nutzloses Glied der menschlichen Gesellschaft werden. Er kann wieder, natürlich mit gewisser Einschränkung der früheren Beweglichkeit, gesund seiner Familie zurückkehren. Aus jeder Art der Aufklärung wird er sehen, daß man heilen kann, und wie man heilt."

Wie verläuft die Heilung Verkrüppelter? Was tut der Staat, um den Verstümmelten seinen Dank in Tat umzusetzen? Da gilt es, ein Doppeltes zu unterscheiden: a) Die Heilung als solche. b) Die Aufnahme in die sog. Prothesenschule (Prothese = künstliches Glied) zwecks Ertüchtigung zu einem Beruf. Denn der Staat wird nicht, wie es früher geschah, zulassen, daß diese Verwundeten und Krüppel als Leierkastenmänner oder als Hausierer durch die Straßen ziehen. „Und doch ist", schreibt Biesalski, „diese Gefahr groß. Eine Fabrik baut schon Tausende von Leierkästen, und eine andere ist daran, kitschige patriotische Bilderbogen fertigzustellen, die sie durch solche Krüppel vertreiben lassen will. Wir können einfach den Gedanken nicht ertragen, daß diese Leute als Bettler herumlaufen. Wir müssen dafür sorgen, daß sie wieder aufrechte und selbständige Männer werden wie vor dem Kriege, das heißt, wir müssen ihnen Arbeit schaffen und eine freie, selbständige Existenz, damit sie vor sich selber Hochachtung haben und ihre Nachkommenschaft vor ihnen, und damit sie bis auf den „kleinen Schaden", den sie nun einmal erlitten haben, in der Masse des Volkes untergetaucht, wieder dieselben sind wie vorher." In diesen Worten ist die ganze Zielsetzung der Fürsorge ausgesprochen: Wiederherstellung, Einstellung in einen Beruf.

Was nun die Heilung als solche betrifft, stehen wir dieser Aufgabe ganz anders gerüstet gegenüber als in der Zeit nach dem Kriege 1870-71. „Damals (Biesalski) war mit der Wundheilung im großen und ganzen die ärztliche Tätigkeit erledigt. Wenn der Verwundete nachher seine steifen Glieder beweglich machen wollte, so blieb das Wesentliche daran ihm überlassen. Heute haben wir in ärztlicher Beziehung das Spezialfach der Orthopädie, der chirurgischen wie der mechanischen, das sich zu außerordentlicher Höhe entwickelt hat, und dessen soziale Betätigung im Frieden die Krüppelfürsorge ist, und damit stehen wir heute auch ganz anders gerüstet da. Die ärztliche Kunst kann erstlich vorbeugen, Krüppeltum zu verhüten. Dahin gehört die Gipstechnik, die zuweilen ungewöhnlich schwer ist, aber von dem, der sie beherrscht, kann man erwarten, daß er Wunder leistet.

Man kann heute aber auch nach Abschluß der Wundheilung eine große Zahl von Operationen machen, welche noch eine wesentliche Besserung, um nicht zu sagen Heilung, hervorrufen, was früher absolut undenkbar war.

Und nun die unblutige Orthopädie! Da hat uns seit dem letzten Krieg der Schwede Zander die Medikomechanik geschenkt, eine der wunderbarsten Erfindungen, die gerade in diesem Kriege die ausgiebigste Verwendung im ganzen deutschen Vaterland findet.

Wir haben unsere Maßnahmen verbessert, wir wissen heute die elektrischen Ströme ganz anders anzuwenden, wir haben die Heißluft kennen gelernt, die Diathermie,

und wir haben vor allen Dingen — und zwar ist das durch die Mitarbeit und Führung der Ärzte geschehen — in wunderbarer Weise orthopädische und künstliche Glieder anwenden gelernt. Das merkwürdigste Beispiel bietet ja immer der Hoeftmansche Mann, ein Mann ohne Hände und Füße, der trotzdem sich anziehen, sich reinigen kann und der arbeitet, und zwar als Drechslermeister in Königsberg tätig ist, wo er sein Brot verdient wie jeder Gesunde." An Dutzenden von Beispielen macht Professor Biesalski diese seine Ausführungen glaubhaft. Wer von den Verkrüppelten seine Leidensgenossen so wiederhergestellt sieht, muß daran glauben und glaubt! Von den Verwundeten wird als Gegenleistung nur eines verlangt: der Wille, geheilt zu werden! Darum muß die Aufklärungszeit in dem Augenblick einsetzen, „wo der Verwundete in ein Lazarett kommt, wo der Mann noch frisch ist, wo ihn noch der Schwung erfüllt, mit dem er im Schützengraben gekämpft hat, wo er sich noch als Vaterlandsverteidiger, als ein aufrechter Kerl fühlt, der er auch bleiben möchte. Da müssen seine Gedanken darauf gerichtet werden, daß er wieder arbeiten wird, und daß er auch Arbeitsgelegenheit finden wird. Damit kann man nicht früh genug anfangen. Denn es droht ihm die furchtbare Gefahr, daß, wenn seine Seele sich in den Wahn vertieft und eingebohrt hat, daß er doch nicht wieder arbeiten kann, er einer unheilbaren kranken Vorstellung verfällt" (Biesalski).

Sogleich nach der Wundheilung setzt die Unterbringung in die „Erwerbsschule" ein. Denn ein jedes soll wieder einem Berufe zugeführt werden, wenn möglich oder fast immer dem, den er vorher gehabt hatte. Denn das Erlernen eines neuen Berufes sollte nur im dringendsten Notfalle vorgenommen werden, zumal dies viel schwerer ist für einen älteren Mann als das Erlernen eines ersten Berufes für ein Kind. Erziehungsdirektor Würtz berichtet hierüber: „Zu uns kommen Handverletzte, Gelähmte und diejenigen Soldaten, denen ein Arm oder eine Hand abgenommen werden mußte. Für die Handverletzten und Gelähmten sind Handübungsschulen eingerichtet. Die Soldaten, die Hand oder Arm einbüßten, erhalten in der Einarmschule Unterricht. Für alle Krieger, für die Ersatzglieder (Prothesen) nötig sind, sind Prothesenschulen in den verschiedenen Werkstätten vorhanden.

Welche Aufgaben haben diese einzelnen Schuleinrichtungen zu lösen? Die Handübungsschule soll die Finger geschmeidig machen. Ihre Übungen sind eine Unterstützung der ärztlichen Behandlung. Schon bei den Krüppelkindern hat man die Erfahrung gemacht, daß die Anteilnahme an der Arbeit mehr Freude auslöst, wenn die Kinder mit ihrer Einbildungskraft Stoffe formen. Sie vergessen dann im Eifer der Arbeit die Schmerzen, die sie am Übungsapparat noch spüren. Diese Erfahrung bei den Friedenskrüppeln übertrug man ganz einfach auf unsere Kriegskrüppel. Wir geben ihnen Plastilin, Ton, Pappe, Holz und Messing in die Hand. Aus diesen Stoffen werden nach dem Grundsatz: „Vom Leichteren zum Schwereren" von den Soldaten Arbeiten hergestellt, die möglichst auch künstlerischen Anforderungen genügen (s. Ausstellungen von Verwundetenarbeiten!).

Wichtiger aber sind die Einhänderschulen. Die Einhänderschule übt Linksschreiben, Stenographie, Buchführung, Schreibmaschine. Für jeden Erwerb sind heute Schreibarbeiten unentbehrlich. Im Unterricht der Einhänderschule werden zunächst die leichtesten Schriftformen geübt, und es sind im Laufe der Kriegszeit verschiedene Lehrgänge herausgekommen, welche, wiederum vom Leichten zum Schweren fortschreitend, alle Teilnehmer am Unterricht befähigen, in ganz kurzer Zeit ebensogut mit der linken Hand wie zuvor mit der rechten zu schreiben. Für die Schreibmaschinenarbeiten empfehlen sich die gebräuchlichen Apparate. Man darf

nicht erwarten, daß jeder Lehrherr für die zu beschäftigenden Einarmer eine besondere Maschine bereithält. Er kann ja nicht wissen, ob die Bewerber sich auch für die ihnen aufgetragenen Arbeiten bewähren. An jeder Maschine läßt sich mit Hilfe einer Schnur eine Umschaltung vornehmen, welche den Zwecken des Armverletzten genügt.

Die wesentlichste Ausbildung aber zur erfolgreichen Neuertüchtigung übernimmt die Prothesenschule. Wie ein Tischler nicht als Meister zur Welt kommt, sondern erst mit dem Hobel und der Säge sich vertraut machen muß, so erfordert auch die Arbeit mit dem Ersatzglied eine längere Übungszeit. Der Träger der Prothese wird erst in der Arbeit selbst herausfinden, wieweit sie besonders für ihn zweckmäßig gebaut ist. Jedes Ersatzglied muß der Besonderheit seines Trägers und des Gebrechens entsprechend angefertigt werden. Wie jede künstliche Sehne, die der Arzt dem Körper einfügt, dem Wachsen des Leibes sich einordnen, wie sie mit Leben getränkt werden muß, damit sie die ihr zugedachte Verrichtung erfüllen kann, so muß der Kriegskrüppel auch sein Ersatzglied gleichsam beseelen. Dies kann er aber nur, wenn er den Wert dieses neuen Gliedes erkennt. Diesen Wert kann er nur dann erfahren, wenn er erlebt, wie dieses Glied ihn befähigt, seinen alten Beruf wieder mit Erfolg zu betreiben." Je nach der Art der Verwundung und Verstümmelung also werden die Beschädigten in einer Schule untergebracht, wo sie zu einem Handwerk wieder ertüchtigt werden können. Man wird natürlich darauf sehen, daß ein jeder den Erwerbsverhältnissen zugeführt wird, denen er entstammt, wieder in den Beruf zurückkehrt, zu dem er Lust und in dem er Fertigkeit besitzt. Es hat sich ergeben, daß es kaum in 5 Fällen auf 100 nötig war, den Verkrüppelten nach seiner Wiederherstellung einem anderen Beruf zuzuführen, weil er seinen bisherigen ganz und gar nicht mehr auszufüllen vermochte. Ein geringer Prozentsatz mithin! „Man hat", sagt Biesalski, „im ersten Überschwang der Gefühle eine Masse von neuen Lehrwerkstätten errichten wollen, weil man von der Anschauung ausging: Jeder Mensch, der verkrüppelt wiederkommt, ist für seinen alten Beruf unter allen Umständen untauglich. Das ist ganz falsch. Ich habe mir in meinen Lazaretten, die 235 Betten zählen, und zwar sind diese 235 die schwersten Fälle aus 800 Betten, die zu unserer Lazarettgruppe gehören, die Leute daraufhin angesehen, wieviele von ihnen den alten Beruf wieder ergreifen können, selbstverständlich so gemeint, daß sie innerhalb ihres früheren zuständigen Wirkungskreises bleiben, daß also z. B. ein Landbriefträger, der ein Bein verloren hat, auf der Post bleibt, aber Innendienst tut, und wieviele umsatteln müssen, und da stellte sich denn heraus, daß es von den 235 höchstens 10 waren, die einen ganz neuen Beruf ergreifen mußten."

Nur einige sind es unter den verkrüppelten Soldaten, die den guten Willen von vornherein nicht haben wollen zu genesen, und der Gesellschaft und der eigenen Familie wieder ein nützliches Glied zu werden. Sie gehen vom Grundsatz aus: Der Staat, für den wir zum Krüppel geworden sind, hat nun die Verpflichtung, uns zu erhalten.

Gewiß, das tut der Staat auch, er tut es auch dann, wenn der Mann wieder in einem Arbeitsgebiet untergebracht ist. Diese wenigen haben Angst, daß man ihnen, sobald sie arbeitsfähig sind, die bis dahin gewährte Rente wieder entzieht. Es ist dies eine Erscheinung, die man gewöhnlich mit dem Namen „Rentenpsychose" bezeichnet, auch „Rentenneurose, Rentenhysterie, Rentenangst, Rentenfurcht" genannt. Es mußte gegen diese Krankheit sogar vom Kriegsministerium aus eine Erklärung erlassen werden, welche die bestehenden Befürchtungen der Kriegsbeschädig-

ten zerstreuen soll. Es ist hier am Platze, unsere Soldaten, die sich in dieser Lage befinden, über die ihnen zustehenden staatlichen Renten aufzuklären und nicht falsche Vorstellungen in ihnen groß werden zu lassen. „Es gibt die verschiedensten Arten von Renten," sagt Biesalski; „der Soldat kann bekommen: eine Verstümmelungszulage, eine Kriegszulage und eine Alterszulage. Diese 3 Renten bleiben ihm dauernd für sein ganzes Leben, gleichgültig, ob er nachher etwas arbeitet und verdient oder nicht. Er bekommt aber außerdem noch eine Rente, welche nach dem Grade seiner Erwerbsbeschädigung bemessen wird, ähnlich wie bei den Unfallverletzten, und diese Rente — sie allein — kann ihm nötigenfalls entzogen werden, wenn er nämlich arbeitet und damit beweist, daß er nicht mehr erwerbsbeschränkt ist. Diese Rente allein könnte also diese Rentenpsychose hervorrufen, denn das andere bleibt ihm sowieso." Dieselbe Erscheinung zeigte sich auch in den andern vom Kriege betroffenen Ländern, so z. B. in Frankreich, wie aus den Ausführungen des Professors Souchon hervorgeht: „Der Verstümmelte will nicht immer wieder zur Arbeit gehen. Man hat ihm gesagt, daß er eine Stellung bei der Verwaltung beanspruchen kann, und der Glaube an seine Berufung zum Staatsdienst, der im Herzen jedes Franzosen schlummert, ist in ihm erwacht. Zudem meint er auch, daß die Arbeit seiner Rente etwas schaden kann. Die ländlichen Arbeiter — und diese sind unter den Kriegskrüppeln besonders zahlreich — empfinden oft eine recht große Abneigung vor der Aussicht, zum Lande zurückzukehren. Mit außerordentlicher Hartnäckigkeit machen sie Gründe geltend, die ihren geheimen Wünschen entsprechen. Da erwächst den Vereinigungen für Kriegsbeschädigtenfürsorge die Pflicht, gegen solche Bestrebungen energisch aufzutreten. Man sollte sich weigern, bequeme Posten für solche Beschädigte zu suchen, die härterer Arbeit fähig sind." So warnt Direktor Ulbrich, Magdeburg, ebenfalls vor der Gefahr, daß zuviele Kriegskrüppel sich dem bequemen Schreiberberuf zuwenden könnten, zumal dieser sehr aussichtslos ist und die Kräfte der Bewerber zu einem anderen Beruf weit eher taugten. „Die erste unerfreuliche Erscheinung war eine fast beängstigende Rentenpsychose, die jeder verständigen Berufsberatung widerstand, welche darauf ausging, die Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit der Zivilbevölkerung wieder als erwerbende Faktoren anzugliedern. Wir stehen augenblicklich in der Gefahr, eine starke Helden- und Märtyrerpartei zu bekommen, die den außerhalb dieses Krieges Stehenden die Rechnung überreicht. Die Leute sagen: Wir haben für euch geblutet, nun müßt ihr uns auch ernähren.

Auffallend ist sodann das Verlangen vieler Kriegsbeschädigter nach möglichst bequemen Posten als da sind: Pförtner, Kastellane, Museumsdiener, Hofverwalter, Kassenbote usw. Andere wollen durchaus Schreiber werden, namentlich Fußbeschädigte, indem sie sich das Schreiben als einen lohnenden Beruf denken. Viele private Handelsschulen kommen auch diesem Verlangen entgegen und stellen sich zu unentgeltlichen Kursen zur Verfügung. Da aber schon im Frieden ein Überschuß von 50% Schreibern war, so ist zu befürchten, daß wir bald einem noch weit größeren Schreiberelend entgegengehen. Zu diesem Beruf gehört mehr, als einige gefällige Buchstaben malen zu können. Ein Schreiber, der fortkommen will, muß das Aktenwesen, die Registratur, das Wichtigste von der Buchführung, dem Kassenwesen und der Gesetzgebung verstehen, vor allem behende sein, um Geschäfts- und Postwege zu machen. Wer dazu nicht taugt, bleibe solchem Berufe fern und wähle lieber ein ehrliches Handwerk, das heutzutage immer noch einen goldenen Boden hat."

Für nicht so gefährlich hält Landrat Horion in Düsseldorf die eben besprochene Rentenfurcht. Es wurde eine Umfrage veranstaltet, um zu erfahren, ob den Orts

ausschüssen Fälle bekannt seien, in denen Kriegsbeschädigte aus Furcht vor einer Kürzung der Rente die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Die Ortsausschüsse waren ausdrücklich ersucht worden, nur dann auf die Anfrage zu antworten, wenn sie bestimmte Erfahrungen gesammelt hätten. Fast sämtliche Ortsausschüsse erklären, daß die Rentenangst bei ihnen völlig unbekannt wäre. Nur 4 Ortsausschüsse wußten einen oder mehrere Fälle anzugeben, bei denen sie den Verdacht hegen, daß die Angst vor der Rentenkürzung, die sog. Rentenpsychose, größer ist als nach ihrer Entlassung in die Heimat. Horion nennt hierfür zwei Gründe: „Es dürften wohl zwei Umstände sein, die besser als alle Belehrungen und Gesetzesänderungen den Kriegsbeschädigten dazu bringen, die Angst vor der Rentenverkürzung zu überwinden und unter Ausnutzung seiner sämtlichen Kraft, sobald er zu Hause ist, sich an die Arbeit zu begeben. Diese beiden Umstände sind die allgemeine Teuerung mit der dadurch hervorgerufenen Not des Kriegsbeschädigten und seiner Familie, also kurz gesagt: der Hunger, und auf der anderen Seite die hohen Löhne, die auch dem Schwerbeschädigten heute in Aussicht stehen, wenn er arbeitet. Wenn der Kriegsbeschädigte auf der einen Seite die Möglichkeit einer Verkürzung der Rente vor sich sieht, die aber immerhin, da Kriegs- und Verstümmelungszulage bleiben, recht gering sein und im allerschlimmsten Falle 50—75 Pfennig pro Tag betragen wird, und wenn er dann sieht, daß er, um eine Kürzung zu vermeiden, mit seiner Familie ständig von den 2—3 M. Rente leben muß, und auf der andern Seite vor ihm steht die Möglichkeit, 5—6 M. pro Tag zu verdienen, so ist klar, daß dann das Willenshemmnis der Rentenangst leicht verschwindet." Um diese Rentenpsychose, mag sie nun häufig oder nur in geringem Umfange vorkommen, nun ein für allemal zu beseitigen, schlägt Biesalski vor, daß eine einmalige Abfindung ausbezahlt werde, was schon vor ihm Geheimrat Dietrich beantragt hatte. „Hier liegt sogar der Angelpunkt aller unserer Bestrebungen. Es ist durch tausendfältige Erfahrungen der begutachtenden Ärzte und Versicherungsgesellschaften bestätigt und in der Seele des Menschen begründet, daß erst, wenn der Verletzte alle seine Ansprüche aus der Verletzung durch eine Abfindung, die im vorliegenden Falle reichlich sein darf, endgültig hinter sich gebracht hat, seelisch die Voraussetzungen möglich sind, daß er sich nunmehr mit voller Hingabe und ernstem Willen an den Erwerb durch eigene Kraft heranmacht. Zudem würde in vielen Fällen eine solche einmalige Summe die Möglichkeit gewähren, das verlorengegangene Geschäft wieder zu eröffnen oder auch eine neue Erwerbsmöglichkeit zu begründen. Daneben ist es dann für niemand eine Schande, noch den Ehrensold anzunehmen, den ihm der Staat in Form der von einer Abfindung an sich ausgeschlossenen Verstümmelungs-, Kriegs- und Alterszulage zahlt, um an seinem Teile die dauernde Verpflichtung der Dankbarkeit anzuerkennen." Während dies der hochherzige Vorschlag Biesalskis im Dezember des Jahres 1914 gewesen war, gibt er dem Staate zu dieser Frage 1915 eine noch einfachere und im Interesse des Geschädigten ebenso zu begrüßende Lösung: „Das Reich sollte nach Beendigung des Krieges durch Gesetz grundsätzlich erklären: Die Rente, welche jedem Manne nach Abschluß des Verfahrens seiner Invalidisierung zugesprochen wird, soll er behalten sein Leben lang. Damit ist die Rentenpsychose beseitigt und zugleich jede Möglichkeit, Unzufriedenheit bei sich oder anderen zu erregen. Wenn da jemand kommt und sagt: „Ja, das ist aber teuerer als wenn der Mann bloß seine Rente bekommt, die man ihm nachher einziehen kann; dann müßte der Staat ja große Summen aufbringen," so sage ich: „Es ist erstens ganz gleichgültig, ob das teurer ist; und zweitens wird das gar nicht teurer sein. Wenn der Mann

alle Jahre nachuntersucht werden muß, so erfordert das soviele Gutachten, soviel Bureauarbeit und Verwaltungsaufwand und kostet so ungeheuer viel Geld, daß nach meiner Ansicht dieses Verfahren sogar teurer ist als die dauernde Auszahlung des ein für allemal festgesetzten Ehrensoldes, wie er auch nach dem letzten Kriege bis 1906 gezahlt wurde."

Nach der völligen Wiedererertüchtigung zu einem Beruf, wie gesagt, wenn möglich dem früheren oder einem diesem naheverwandten, soll der Krieger dann in die Heimat entlassen werden. Erstens ist es ihm dort seelisch am wohlsten zu Mute, er findet offene Hände, und die Umgebung ist ihm lieb und vertraut. Denn von einer Kasernierung der Verkrüppelten oder einer gemeinsamen Ansiedelung ist von vornherein abzuraten.

In der Heimat müssen die Leute sein, weil diese ihnen den ideellen Rückhalt gibt, welchen sie brauchen, um aus der seelischen Not herauszukommen, und weil auch dort die materiellen Hilfsmittel reichlicher fließen als in der Fremde. Ebendasselbe beabsichtigt man in Frankreich: „Man muß (Souchon) die Kriegsbeschädigten, wenn nur irgend möglich, wieder in ihr Dorf oder ihre Kleinstadt bringen, selbst wenn sie nicht in der Landwirtschaft beruflich tätig sind. Gewisse für Krüppel geeignete Berufe, wie die Schusterei, Sattlerei, Klempnerei oder auch die Schneiderei sichern den Beschädigten in ihrer Heimat leicht ein Auskommen." —

Wir haben bisher die Heilung der Verstümmelten verfolgt, ihre Wiedererertüchtigung in der Erwerbsschule bis zu ihrer Entlassung zur Arbeit in die Heimat. Abgesehen von dem ganz geringen Prozentsatz werden alle, wie wir sahen, wieder in ihren Beruf zurückkehren, besonders was den Handwerkerstand anbelangt. Für die verkrüppelten Studenten und Offiziere hat man alles getan, damit ihnen ein Unterkommen gesichert sei. So hat sich der Finanzminister bereit erklärt, verkrüppelte Offiziere als Diätare in der Stempel- und Erbschaftssteuerverwaltung einzustellen. Hochschulkurse sind eingerichtet worden, welche kriegsbeschädigte Offiziere, die aus dem Militärdienst auszuscheiden oder ihren früheren Zivilberuf zu ändern gezwungen sind, für angemessene bürgerliche Berufsstellungen vorbereiten. Ebenso werden den als Krüppel heimkehrenden Gymnasiasten und Studenten die Wege zur Erledigung des Studiums und zu baldigem Beruf geebnet werden.

Kehren wir zu der Arbeitsklasse zurück, die doch den wichtigsten Kontingent unter den Verkrüppelten darstellt! Bei den meisten wird es sich in den Erwerbs- und Prothesenschulen nur darum handeln, da sie ja doch in ihrem Beruf verbleiben können, die Fertigkeit der Glieder wiederzuerlangen. Mit der eigentlichen Kunst ihres Handwerkes sind sie ja schon vertraut. Anders ist es für die, welche überhaupt erst einem Beruf zugeführt werden oder sich in einen anderen Beruf einlernen müssen. Doch ist die Auswahl der Berufe, die in den Lazaretten und Krüppelheimen erlernt werden können, derart groß, daß jeder, mag er veranlagt sein wie immer er wolle, einen passenden darunter finden wird.

So hat der deutsche Industrieschutzverband in Dresden 81 Verwendungsmöglichkeiten für Kriegsinvaliden angegeben, wo bei jedem einzelnen Beruf genau angegeben ist, welcher Art die Verstümmelung sein darf.

Vielfach herrscht unter den Krüppeln die Ansicht, wenn man auch schließlich wieder hergestellt sei, man werde ja doch keine Arbeit finden, denn niemand wird einen Kriegskrüppel wieder anstellen. Diese irrigen, wiewohl leider weitverbreiteten Ansichten zu widerlegen, sollen meine letzten Ausführungen dienen:

In erster Linie hat sich der Staat als der größte Arbeitgeber verpflichtet gefühlt, den Verkrüppelten entgegenzukommen und ihnen durch sofortige Einstellung in seine zahllosen Betriebe seinen Dank auszusprechen. Daneben trat die Militärverwaltung, in deren Dienst, Bekleidungsämter, Proviantämter usw., eine Unzahl von Invaliden eintreten kann. Wird doch über einen jeden, der als Verstümmelter in die Heimat entlassen wird, genaue Erkundigung eingezogen, so daß, wenn es ihm dort an Arbeitsmöglichkeit mangeln sollte, gleich Schritte zur Abhilfe getan werden.

Für die meisten aber wird es sich darum handeln, in die alten Fabrikbetriebe wieder zurückzukehren oder als selbständige Arbeiter und Handwerker in anderen Fabriken eine Einstellung zu finden. Da können wir zum Troste unseren Kriegskrüppeln mitteilen, daß alle Betriebe sich gern und freiwillig erboten haben, Kriegskrüppel nicht nur einzustellen, sondern sie sogar vor andern zu bevorzugen. Denn der Gefahr hat der Staat schon vorgebeugt, daß unsoziale, unmenschliche und unkameradschaftliche Arbeiter sagen könnten: „Dieser Mann hat sich für den Staat krummschießen lassen, jetzt nimmt er einem Gesunden den Arbeitsplatz weg; soll der Staat doch für ihn sorgen!" Ich lasse hier wörtlich einige Notizen folgen, welche diese beruhigenden Mitteilungen enthalten. „Es kommt vor allem in Betracht, daß den Bemühungen ein Moment zustatten kommen wird, nämlich ein sehr wahrscheinlicher Arbeitsmangel nach dem Kriege, so daß auch darum schon die Arbeitgeber gezwungen sein werden, Erwerbsschwache einzustellen, weil sie eben vollständig Gesunde nicht bekommen." Für die kriegsbeschädigten früheren Werksangehörigen der Essener Gußstahlfabrik gilt folgendes: „Alle Kriegsbeschädigten, die bereit sind, die Arbeit auf der Essener Gußstahlfabrik wieder aufzunehmen, werden hierdurch ersucht, sich, sobald es ihre Militärverhältnisse gestatten, unter Angabe ihrer früheren hiesigen Dienststelle und der Art ihrer Verletzung oder Beschäftigung beim Bureau für Arbeiterangelegenheiten schriftlich oder mündlich zu melden. Angehörige und Freunde der Kriegsbeschädigten werden gebeten, die Betreffenden auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen und sie ihnen nötigenfalls zu übersenden. Die Betriebsführer und sonstigen Vorgesetzten, denen die Mitteilungen vom Bureau für Arbeiterangelegenheiten zugehen, sind angewiesen, die Gesuche mit dem Vermerk, ob sie die Beschädigten selbst wieder in geeigneter Weise beschäftigen können oder welche Vorschläge sie zu machen haben, an das Bureau für Arbeiterangelegenheiten zurückzugeben. Dabei ist zu beachten, daß, wenn irgend möglich, jeder zu der von ihm erlernten oder früher ausgeübten Beschäftigung zurückkehren sollte, weil er sich hierbei im allgemeinen am besten stehen wird. Kann er die alte Arbeit durchaus nicht leisten, so soll er nach Möglichkeit eine leichtere erhalten. Von allen Vorgesetzten und Mitarbeitern wird erwartet, daß sie den Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit behilflich sind, die entstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die Lohnfestsetzung für die Kriegsbeschädigten wird in wohlwollender Weise ihren Leistungen entsprechend gehandhabt werden. Außerdem gewährleistet die Firma die Kriegszulage in Höhe von 15 M. monatlich für die Dauer von 5 Jahren seit Wiederaufnahme der Arbeit auf der Fabrik." Im März 1915 wurde bei der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände" folgender Beschluß angenommen: „Betreffs der staatlicherseits geplanten Fürsorge für verstümmelte Kriegsinvaliden erklärt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihre freudige Mitarbeit und Bereitwilligkeit zu einer eingehenden und tatkräftigen Mitwirkung. Sie wird bestrebt sein, auf die ihr angeschlossenen Verbände dahin zu wirken, daß die Mitglieder die mittels der fortgeschrittenen modernen Orthopädie

und Heilkunde zur Arbeit befähigten Invaliden in ihre Betriebe aufnehmen und ihnen Gelegenheit zu nutz- und lohnbringender Beschäftigung gewähren."

Auch wenn die Invaliden nicht von vorneherein die von ihnen erwartete Arbeitsfülle leisten können, ist es Ehrenpflicht, sie dies nicht fühlen zu lassen, geschweige denn, sie darum von der Arbeit auszuschließen. Hierauf wies auch Dr. Spieker auf der Tagung der „Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge" hin: „Die Meister, die in erster Linie berufen sind, die sich zur Arbeit Meldenden zu prüfen und einzustellen, müssen in erster Linie dafür gewonnen werden, daß es sich bei der Meldung von Kriegsinvaliden darum handelt, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen, welche übernommen werden muß, auch wenn durch die Einstellung des Mannes für den Meister Schwierigkeiten in der Verteilung der Arbeit entstehen und die Gesamtleistung seiner Werkstätte dadurch etwas beeinträchtigt werden kann. Und gleichzeitig müssen die Mitarbeiter, welche bereits in der Arbeit stehen, darauf hingewiesen werden, daß es ihre Pflicht ist, die in ihre Mitte zurückkehrenden Invaliden willkommen zu heißen und ihnen hilfreich Handleistungen zu gewähren."

Von diesen erfreulichen Aussichten für die heimkehrenden kriegsinvaliden Industriearbeiter wenden wir uns ab zu denen, die ihren Beruf in der Landwirtschaft ausüben oder von nun an auszuüben genötigt sind. Wenn nicht noch besser, so sind diese ebensogut daran. Der Segen der Landwirtschaft hat sich nie deutlicher gezeigt wie in diesem Kriege, und der Zug zum Lande und der Andrang zur Landwirtschaft wird nach dem Kriege ein großer sein. Da werden sich bisher ungeahnte Stellen für unsere Kriegsinvaliden eröffnen, wo sie in gesunder Luft ein nicht zu schweres Tagewerk vollbringen und so mit ihrer Familie die Segnungen eines eigenen Heimes genießen dürfen. Am besten sind hierbei die Arbeiter daran, die Frau und Kinder haben, welche ihnen tüchtig zur Hand gehen können, und, solange der Invalide selbst wenig oder kaum etwas tun kann, allein die Arbeit zu vollziehen vermögen. So betonen auch die „Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten" die Tatsache, daß es sehr förderlich ist, daß viele Arbeiter neben ihrer eigentlichen Tätigkeit unter Hilfe von Frau und Kindern Kleinlandwirtschaft und Viehhaltung betreiben. „Die Einbuße an Arbeitsfähigkeit infolge der Kriegsbeschädigung wird selten derart sein, daß dadurch die Möglichkeit landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Betätigung in einem kleinen Eigenbetrieb völlig ausgeschlossen ist. Findet diese beschränkte Arbeitsfähigkeit ihre Ergänzung in der Mitarbeit von Frau und Kindern oder anderer Familienangehöriger des Kriegsverletzten, so wird die selbständige Bewirtschaftung kleiner landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Betriebe durchaus möglich und sowohl für den Invaliden wie für die Allgemeinheit ein Vorteil sein." Der Kriegsverletzten, soweit sie als frühere Landwirte, oder dadurch, daß ihre Frauen früher im Nebenbetrieb sich mit Kleinviehzucht und Landwirtschaft abgegeben haben, mit den Problemen des Ackerbaues einigermaßen vertraut sind, werden sich die Ansiedlungskommissionen, Generalkommissionen und Landgesellschaften sorgfältigst annehmen. Dr. Friedrich Syrup, der diese Verhältnisse genau studiert hat, sagt hiezu: „Begünstigt werden diese Bestrebungen durch die seit Kriegsbeginn vermehrte Moor- und Ödlandkultur, die bereits auf der letzten Frühjahrsbestellung einen Zuwachs von 300000 Morgen Ackerfläche ergab. Nachdem seit kurzem etwa 100000 Kriegsgefangene bei diesen Arbeiten tätig sind, kann mit einer monatlichen Vermehrung unserer Ackerfläche um etwa 120000 Morgen gerechnet werden, ein Neuland, das in erster Linie der Ansiedlung geeigneter Kriegsverletzter dienen wird." Da gerade die deutsche Landwirtschaft nach diesem Kriege vor große Aufgaben gestellt sein wird,

hat man von vorneherein sein Augenmerk darauf gerichtet, möglichst viele Invaliden diesem Erwerbszweig zuzuführen; zunächst die, welche früher schon in der Landwirtschaft tätig waren, daneben aber bringt man in eigene „Landwirtschaftliche Krüppel-Lehrbetriebe" Arbeiter unter, die sich diesem Fache widmen wollen. Zuerst kommen die Einarmigen in Betracht, für die sich nach einiger Einarbeitung in das Gebiet lohnende Stellen eröffnen werden wie: Hofmeister, Aufseher, Rechnungsführer, Pflanzungspfleger, Forstpfleger, Jagdpfleger, Betriebsleiter, Jugendspiellehrer, Maschinenaufseher, auch Elektriker, die besonders in Dorfgemeinden oder kleinen Städtchen, soweit sie Kraft- und Lichtversorgung haben, eine gute Gelegenheit zu lohnendem Nebenverdienst finden werden.

Für Beinamputierte ist die Landwirtschaft ebenfalls der Erwerbszweig, der ihrem Leiden keine besonderen Schwierigkeiten entgegensetzt. Ein Beinamputierter erhält mit allem 64,50 M. monatliche Rente, im Jahre 774 M. Stabsarzt Dr. Lewy führt hierzu aus: „Jeder Kriegsinvalide, der Staatsrente bezieht, ist Kapitalist. Betrachten sie ihre Rente als die Zinsen eines Kapitals zu 4%, so hat ein Beinamputierter, der 800 M. bezieht, ein Kapital von 20000 M. hinter sich und zwar ein sicher angelegtes. Es werden sich Geldinstitute finden, die auf die Rente hin einem strebsamen Invaliden einige tausend Mark zur Selbständigmachung vorstrecken. Für 200—300 M. jährlich pachtet er sich etwas Land mit einem Häuschen — in manchen Teilen Deutschlands werden solche kleine Anwesen schon jetzt für die Invaliden bereitgestellt — und kann durch Geflügel- und Viehzucht, durch Obst- und Gemüsekultur sich noch schönes Geld dazu verdienen." Landesökonomierat Maier-Bode hat Gelegenheit gehabt, gerade in dieser Frage weitgehende Forschungen zu machen. Seine letzten Ratschläge sind folgende: „Die Ansiedlung der verheirateten Kriegsinvaliden muß zuerst in die Hand genommen werden. Eine vom Lande stammende und mit landwirtschaftlicher Arbeit vertraute Frau vereinfacht die ganzen Verhältnisse für den Kriegsinvaliden wesentlich.

Es gibt aber auch eine große Zahl ganz junger Kriegskrüppel mit 19—20 Jahren, die körperlich zu schwer geschädigt sind, um noch eine Dienststelle ausfüllen zu können. Diese müssen untergebracht werden, denn ihre größere Jugend darf ihnen nicht hinderlich zur Seßhaftmachung werden. Die Invalidenlehrgüter könnten eben auch diese jungen Kriegskrüppel solange beschäftigen, bis sie in dem Alter sind, daß sie eine Familie gründen können und damit eine Anwartschaft auf ein eigenes Heim erwerben.

Für jugendliche Kriegskrüppel, die als Söhne die einzige Stütze ihrer betagten vom Lande stammenden Eltern waren, muß in Erwägung gezogen werden, ihnen ebenfalls ein Heim zuzuweisen, in dem sie mit ihren alten Eltern wohnen und wirtschaften können."

Ganz abgesehen von allem andern ist das Land und die Landluft der Faktor, der zuerst den oft auch zerrütteten Nerven wohltuend zu Hilfe kommen wird. Und ist erst der Geist genesen, ist erst wieder der lebensfrohe Wille erwacht, der Sieg über den Körper ist der leichtere.

In den einzelnen Provinzen des Deutschen Reiches haben sich große Siedlungsgesellschaften und -genossenschaften gebildet, die große Grundbesitze sichern, auf denen neben unbeschädigten Kriegsteilnehmern auch Kriegsinvaliden mit ihrer Familie als Siedler sich ansetzen. Von Siedlungen, bestehend aus nur Kriegskrüppeln, mußte man natürlich absehen, damit es nicht den Anschein erwecke, als ob man diese Armen wie die Enterbten der Gesellschaft auf einen Raum zusammenbringen wolle. Eine

solche Genossenschaft hat sich z. B. in Leipzig gebildet. Geplant ist eine große Anzahl kleiner Reihenhäuser zwecks Unterbringung zahlreicher selbständiger Haushaltungen. Zu jedem Hause sollen 2500 Quadratmeter = ein preußischer Morgen, Land gehören. Außer den gärtnerischen Betätigungen, die auch von Frau und Kindern mitbesorgt werden, soll der Ansiedler die Möglichkeit haben, in der Stadt einem Beruf nachzugehen. Das ganze Anwesen einschließlich aller Baulichkeiten soll für 8—10000 M. abgegeben werden. Landesversicherungsanstalt, Genossenschaft und Gönner werden für die Aufbringung der Gelder sorgen. Dem Bodenwucher wird durch entsprechende Verkaufsverträge und Bedingungen von vorneherein ein Riegel vorgeschoben. — An der Kgl. Gärtnerlehranstalt in Berlin-Dahlem finden jährlich 3 Sonderlehrgänge für Kriegsbeschädigte statt, deren erster den allgemeinen Gartenbaukursus umfaßt. — Die Kammersängerin Frieda Hempel in Berlin überließ aus eigenen Mitteln den Beschädigten fertige Ein- und Zweifamilienhäuser mit reichlichem Gartenland gegen nicht nennenswerte Entschädigungen. Zugleich wurden auf ihre Kosten mehrere Werkstätten errichtet, wo die Arbeiten aller Industriezweige erlernt werden können. Die Ansiedlung Kriegsbeschädigter in Schlesien macht ebenfalls große Fortschritte. Die Stadtverwaltung von Neustadt in Oberschlesien hat an der Straße nach Zülz zur Betreibung von Kleinsiedlungen eine Fläche von 21 Hektar bereitgestellt, auf welcher Ansiedlungsstellen von einem halben bis zu einem Morgen Größe als Rentengüter errichtet werden sollen, deren erforderliche, mit 4½% verzinsliche Resthypothek die Stadtgemeinde besorgt. Auf den von der Schlesischen Landgesellschaft in Leschwitz, Kreis Liegnitz, erworbenen Ländereien und Wiesen können etwa 45 kleine Ansiedlungsstellen von rd. je 2 Morgen errichtet werden. Im selben Sinne hat der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz die Beschaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte gefordert und auf eine Änderung der Gesetzgebung hingewirkt, welche die Kapitalisierung eines Teiles der Kriegsbeschädigtenrente zum Zwecke der Erwerbung einer Heimstätte ermöglicht.

So sucht man überall den verunglückten Soldaten, die draußen für uns gefochten, ihr Leid nach Kräften vergessen zu helfen, indem man ihnen zu freundlichen Lebensaussichten verhilft.

Etwas ganz Neues hat uns die Not der Zeit gelehrt: Die bis zum Beginn des Krieges und noch in den ersten Monaten desselben achtlos weggeworfenen Küchenabfälle ermöglichen einem kriegsbeschädigten Siedler ein annehmbares Auskommen. Das ist so gedacht: Voraussetzung ist die Erwerbung einer Heimstätte, die durchaus, wie Dr. G. Volkhardt, Nürnberg, ausführt, nicht in der Nähe der Stadt zu liegen braucht. Die Beförderung der Abfälle auf Strecken von einer oder zwei Stunden kann mittels Eselsgefährt billig bewerkstelligt werden. Durch diese Abfälle wäre es dem Invaliden möglich, sich eine Schweinemästerei einzurichten. Die Anleitung dazu erhält er in eigens eingerichteten Lehrkursen. Er hat etwa 4 Ställe mit je zehn Schweinen, ferner einen Raum, in welchem die Abfälle sortiert und in einem Kessel gekocht werden können. Der Invalide hat die Beaufsichtigung des Maßbetriebes und insbesondere die Zubereitung der Abfälle zu übernehmen. Die Sammlung in der Stadt läßt er durch eine bezahlte weibliche Kraft ausführen. Die Stadtverwaltung übernimmt die Organisation in der Sammlung der Küchenabfälle. Durch Versuche hat man in Köln festgestellt, daß mit den Küchenabfällen von 8 je 5—6köpfigen Familien unter Zugabe kleiner Mengen von Kraftfutter in den letzten 3 Monaten ein Schwein gemästet werden kann. Neben den Schweinen kann der Invalide sich

Legehühner halten. — Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat Kurse für Kleinviehzucht, Gemüse- und Obstbau eingerichtet für Kriegsbeschädigte, welche sich in einem eigenen ländlichen Heim seßhaft machen wollen. Die Teilnahme an allen Kursen ist unentgeltlich.

Wir haben aus alledem ersehen, daß auch die Landwirtschaft ungezählte Stellen und die berechtigtesten Aussichten für unsere verunglückten Brüder bieten.

Zum Schlusse noch ein Wort über die unter den Kriegskrüppeln, denen unser aller Mitleid, aber auch unsere erste Hilfe gebührt, über die Blinden. Auch ihr Los hat man erträglich zu machen vermocht. Freilich kann ihnen das Licht der Augen, diese „edle Himmelsgabe", wie Schiller es nennt, nicht mehr zurückgegeben werden. Der Fürsorge für die Blinden kam wie der für die Krüppel zustatten, daß in Deutschland auf dem Gebiete der Blindenheilkunde sehr viel getan worden war, so daß man die Erfahrungen nur auf die Kriegsfälle zu übertragen brauchte. Gibt es doch in ganz Deutschland keine einzige Provinz, die keine Blindenanstalten hätte, ja in einigen, wie in Preußen, ist die Unterbringung blinder Kinder in eine Anstalt sogar Zwang. So wurde es sogleich Grundsatz der Heeresverwaltung, alle blinden Krieger, deren Zahl sich Ende 1916 auf etwa 1500 belief, in Blindenanstalten unterzubringen, woselbst sie in einem 1—2jährigen Kursus irgendeinem Berufe zugeführt werden, und dabei wird natürlich Rücksicht genommen auf Schulbildung, Familie, die Heimat und die äußeren Verhältnisse des Betreffenden. Ein Kapital von 5 Mill. M. steht den Blinden zur Verfügung, weitere Spenden laufen stetig ein. Denn für keine Art von Kriegsinvaliden wurde soviel gegeben wie gerade für die Erblindeten. Zu den Blindenberufen gehören eine Reihe von Handwerken wie Stuhl-, Korb- und Strohflechten, Bürstenbinden, Seilerei, Klavierstimmen; andauernd aber ist man bemüht, neue Berufe den Blinden zu eröffnen wie Massage, kaufmännische Bureauarbeiten, die sich mit Hilfe einer Schreibmaschine recht wohl ausführen lassen, Beschäftigung am Telephon, ja selbst akademische Berufe sind, wie wir vor dem Kriege erlebt haben, bei Blinden nicht ausgeschlossen, so Schriftsteller, Journalist, Redner, Privatgelehrter usw.

Gerade auch die Landwirtschaft ist für die Erblindeten eine sichere Zukunft. Da der Erblindete die Vollrente von 45 M. monatlich, dazu die Verstümmelungszulage von 54 M. und die Kriegszulage von 15 M., zusammen 114 M. erhält, kann er in erster Linie von den Kriegsinvaliden sich um ein kleines Landgut bewerben, das er mit Frau und Kindern recht wohl besorgen kann. Ihm vor allem hat man ja die Aufnahme auf den Siedelungen zugesichert. Der Blinde ist heute kein entrechteter Krüppel mehr, er hat Rang und Stellung inne, und seine Leistungen haben bisher immer befriedigt.

Ihr alle aber, die ihr draußen für uns, für Staat und Vaterland blutetet, die ihr euer Augenlicht verloren oder eines euerer Glieder eingebüßt habt, habt Vertrauen in die Hilfe eures Vaterlandes! Man weiß auch für eure Schmerzen und Wunden großen Dank. Fragt eure Leidensgenossen, was man für sie getan hat. Euch auch wird geholfen werden. Ihr sollt sein, was ihr zuvor waret, freie Männer mit freier Selbstbestimmung, die sich ihrer Arbeit, ihrer Familie und ihres Lebens freuen dürfen!

Nationale Diplomatie.

Von Dr. Freiherrn v. Mackay.

Von einem beim Ausbruch des Krieges geschriebenen Versuch, die geschichtlichen Wurzeln der heutigen Diplomatie, ihren Charakter und ihre Reformbedürftigkeit klarzulegen[1]), schrieb ich am Schluß:

„Gleichmäßig in allen Durchblicken auf die düstere, sturmbewegte politische Schwebelage wird so die Unzulänglichkeit der Maßstäbe deutlich, welche die marktgängige Kritik an den Beruf, die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten der diplomatischen Geschäftsträger anlegt. Im Sommer der Friedenszeit hat man nicht genug die Einflüsse von Handel, Industrie, Großkapital auf die großmächtliche Politik betonen können, ja man hat aus der internationalen Gebundenheit dieser Wirtschaftskräfte das alsbaldige Verlöschen eines Weltbrandes, dessen Wetterleuchten am östlichen wie westlichen Horizont immer bedrohlicher wurde, ableiten wollen. Die Einseitigkeit und Horizontenge solcher Anschauungen liegt heute klar zutage; den Strahlen der Sonne im Morgenanbruch gleich leuchtet weithin die Wahrheit, daß alle Kräfte der Volks- und Weltwirtschaft doch schließlich nur untergeordnete Glieder, Bindungsstücke, Aufbaustufen des großen nationalen Gebäudes sind, um dessen Schutz und Erhaltung sich alles dreht und als dessen Torwarte die Diplomaten bestellt sind. Ihnen mögen daher juristische, kaufmännische und alle möglichen sonstigen Fachkenntnisse von noch so großem beruflichen Wert eigen sein; sie müssen aber letzten Endes doch wertlos bleiben, wenn die Grundlage wirklich fruchtbarer und großzügiger Amtsverwesung fehlt: *das ist der geschichtlich geschulte staatsmännische Geist, das ist die überlegene Schöpferkraft, die auf tiefe Erkenntnis der natürlichen entwicklungsgesetzlichen Daseins- und Fortbildungsbedingungen einer Nation sich stützt, das ist die freie Beherrschung aller Mittel, den staatlichen Organismus nicht durch gewaltsame Anstöße und willkürlichen Druck von außen her, sondern mittels der innewohnenden, grundständigen Kräfte immer kernhafter, tragfester, machtvoller, seelengrößer zu machen.* Nicht Gelegenheitsmacher von der Art der Ententepolitiker, sondern der seherische Genius von Männern, welche Schmied eines nationalen Rüstzeugs sind, das nicht nur dem heutigen Geschlecht, sondern noch Enkeln und Enkelkindern ein zuverlässiges Wehr und Wappen für alle ihre Machtkämpfe wird: das ist es, was Deutschland um seiner Zukunftsgröße willen bedarf und was ihm allein einen seinen militärischen Triumphen entsprechenden großen und dauernd gesicherten politischen Erfolg gewährleistet.

Damit sollte das Wesen der vielberedeten, aber im allgemeinen recht oberflächlich behandelten Frage der Erneuerung unserer Diplomatie gekennzeichnet werden; hält diese Deutung vor der Entwicklung der Frage in dem seither verflossenen Zeitraum mit seinen schweren inneren Krisenbildungen stand? Nach amtlichen Mitteilungen soll eine vollkommene Neuordnung sowohl des diplomatischen wie des konsularischen Dienstes erfolgen. Vorgreifend die Maßnahmen, welche die Leitung des Auswärtigen Amts beabsichtigt, schon jetzt zu kritisieren, hat natürlich keinen Sinn; der Kommissionsbericht wird abzuwarten sein, und die daran anknüpfenden Erörterungen im Reichstag werden genügend Gelegenheit zu gründlicher Prüfung der Verbesserungspläne

[1]) Die moderne Diplomatie, Frankfurt a. M. 1915.

geben. Auf der anderen Seite kündigt die Regierung selbst für die endgültige Gestaltung ihrer Maßregeln die Heranziehung weiterer Kreise an, „die ihre mannigfaltigen Erfahrungen auf dem großen Gebiete der deutschen Auslandsinteressen in den Dienst der Sache stellen und ihren Vorschlägen Geltung verschaffen sollen". Gemeint sind damit offenbar vorab die Organisationen des Handels und der Industrie, von denen sich bekanntlich verschiedene mit ausführlichen Vorschlägen unmittelbar an das Auswärtige Amt gewandt haben. Unserem diplomatischen Dienst soll hiernach gleichsam ein kaufmännisches Auge eingesetzt werden: in dieser Richtung liegt also ein bestimmtes Programm auf Grund ausgiebigen Materials zur Klärung einer wichtigsten Seite der gesamten Streitsache vor.

Wenn als auffälligster Mangel der Vertretung im Ausland die Unkenntnis des wirtschaftlichen Lebens bei unseren Diplomaten und deren Unterschätzung der handelspolitischen Entwicklungsbedingungen einer neuzeitlichen Großmacht hingestellt wird, so sollte nicht vergessen werden, daß vor dem Krieg den deutschen Geschäftsträgern — beispielsweise den Petersburgern — scheinbar mit gleichem Recht der Vorwurf gemacht worden ist, sie seien auf die Stufe von Handelsagenten gesunken, hätten durch übergeschäftige Propaganda zugunsten des deutschen Handels die Kaufmannswelt fremder Staaten gegen sich aufgebracht und so nicht wenig zum Einkreisungskrieg beigetragen. Wird von anderer Seite wiederum über den ‚Assessorismus', die bloß juristische Vorbildung der diplomatischen Anwärter geklagt und verlangt, der Studienplan müsse außer den auf den Handelshochschulen gelehrten Fächern die Hauptsprachen des Welthandels, moderne Geschichte, Wirtschaftslehre, Handelsgeographie, Tropenlandwirtschaft und -medizin, Völkerrecht und Missionswesen, „um nur einige der wichtigsten zu nennen", umfassen, so erinnern derartige Ansprüche lebhaft an den mittelalterlichen Ottaviono Maggi, der in seinem ‚De legato' keinem Diplomaten das Reifezeugnis ausstellen will, sofern er nicht sei: ein fürtrefflicher Christ, ein wohlbeschlagener Theologe, ingleichen Philosoph, Dialektiker, Klassiker, Mathematiker, Physiker, Jurist, Geograph, Architekt, Musiker, Literaturkenner, ein Behältnis aller Sprachfertigkeiten und schließlich ‚ein Feldherr mit dem Homer in der Tasche'. Tatsächlich sind die Anforderungen an den Kandidaten für Legationssekretärstellen schon jetzt groß und vielseitig und umfassen nach der durchgreifenden Prüfungsrevision durch die Bülowschen Regierungserlasse vom 1. Mai 1908 völkerrechtliche, volksfinanz- und handelswirtschaftliche Themen aller Art. Die Einseitigkeit aller solcher Kritiken liegt also auf der Hand, und es ist erfreulich, daß die tiefgründigere Behandlung des Problems in den Handelskreisen selbst diese Erkenntnis mehr und mehr gereift hat. Kennzeichnend dafür und lehrreich war unlängst eine in den Preußischen Jahrbüchern (‚Beamten und Kaufmannschaft', Bd. 170, Heft 1, 1917) veröffentlichte Kritik und Darlegung seitens des Syndikus der Kölner Handelskammer Professor Dr. Wirminghaus, wie bisher im allgemeinen selbst bei den Spitzen des kaufmännischen Standes das Bedürfnis nach Allgemeinbildung, vorab politischer, um der Verfolgung der privatwirtschaftlichen Vorteile willen viel zu wenig befriedigt, die wirtschaftlichen Lebensgesetze im Rahmen des Staatsganzen verkannt oder doch deren Vertretung bezahlten Kräften der Bureaukratie der eigenen Körperschaften überlassen wurde. Eine andere Mißlichkeit, die jedem längere Zeit im Ausland lebenden Deutschen auffällt, ist der Mangel an Zusammenwirken zwischen Industrie und Handel. Diesem war es nur um den Umsatz zu tun, gleichgültig ob er unter deutscher oder fremdländischer Flagge erfolgte; Rücksichten auf die höheren nationalwirtschaftlichen Lebensgesetze des Reichs

lagen ihm meist fern, ja seine Vertreter scheuten sich nicht selten, aus allen möglichen Bedenklichkeiten der Anreizung fremden Wettbewerbs Bindungen unmittelbar mit der heimatlichen Fabrikation anzuknüpfen, und waren nur darauf bedacht, in geschäftiger Kirchturmpolitik sich Beute zu erjagen.

Wer sich die Mühe gibt, die ganze Streitsache vorurteilsfrei in solcher Beleuchtung zu betrachten, der wird von selbst zum Schluß kommen, daß die erste und wichtigste grundlegende Forderung für die Neuordnung des auswärtigen Dienstes nichts anderes ist als der Aufbau auf breiter, streng nationaler Grundlage. Vor dem Eindringen plutokratischer Grundsätze in die Diplomatie ist mit gutem Grund schon lange vor dem Krieg gewarnt worden. Treitschke hat Kaufmannspolitik die schlechteste von allen Spielarten des diplomatischen Handwerks genannt, und Moltke wies bereits besorgt darauf hin, „wie die Börse in unseren Tagen einen Einfluß gewonnen hat, der die bewaffnete Macht für ihre Interessen ins Feld zu rufen vermöge. Mexiko und Ägypten seien von europäischen Herren heimgesucht worden, um die Forderungen der Hochfinanz flüssig zu machen". Was würden die beiden großen Deutschen, der Feldherr und der Geschichtschreiber, sagen, wenn sie die gegenwärtige Entwicklung der Dinge hätten mit anschauen müssen! In England ist der vornehmere Schlag von Staatsmännern, wie ihn ein Pitt, Canning, Salisbury vertrat, völlig ausgestorben. An ihre Stelle sind die Männer vom Typ Grey, Francis Bertie, Nicholson, Mallet, Kerr, Findlay, Bax Ironside getreten, die entweder am Gängelband der Hochfinanz gingen oder mit ihr unter einer Decke spielten oder vor keiner Schlechtigkeit bis zur Anstiftung gemeinen Meuchelmords zurückschreckten, und ist schließlich, im üblen Kreislauf der Dinge, ein Northcliffe, der wahnwitzige office boy, wie ihn Gardiner einmal genannt hat, das unverantwortlich regierende Schicksal des Landes geworden. Noch kennzeichnender sind die Zustände in Frankreich: hier hält das vierblättrige Kleeblatt Crédit Lyonnais, Crédit Foncier, Crédit industriel et commercial und Comptoir d'Escompte mit ihrem über das ganze Land ausgebreiteten Netz von Zweiganstalten die kapitalistische Allgewalt fest in seinen Händen und bildet mitsamt der Bank von Frankreich den Ring der banques d'affaires, die diesen charakteristischen Namen sehr zu Recht nicht nur wegen der unbedingten Abhängigkeit des gesamten Geld-, Kredit-, Bank- und Effektenmarktes von ihnen, sondern vorab wegen ihres verschwiegenen, aber fast diktatorischen Eingreifens in alle politischen Entscheidungen erhalten haben. Wie der Geldsack in politisch heruntergekommenen Ländern von der Art Italiens oder Rumäniens als Nackenreiter auf die sog. ‚Demokratie', will sagen Pöbelherrschaft, sich geschwungen hat, bedarf keiner näheren Klarstellung. Der Kaufmann ist von Natur kein Beamter, so wenig wie umgekehrt der Beamte Kaufmann; beide Aufgaben durcheinander zu mischen, kann nur Unheil bringen. Des einen Geschäft und Lebensziel ist und bleibt der persönliche Nutzen; des anderen Amt, in das er nach altem Bibelwort von Gott eingesetzt ist, die unpersönliche sachliche Verwaltung der Güter der gesamten Nation, die Betreuung der Wohlfahrt von Bürger und Staat. Der diplomatische Geschäftsträger hat die negative Aufgabe, die Hindernisse zu beseitigen, die sich der ausländischen Entwicklung von Handel und Industrie entgegenstemmen, und die positive, sie zu fördern, soweit damit dem Staat, den er vertritt, zugleich aber auch dem Reich, dessen Vertrauen er genießt, gemeinnützlich gedient ist, nicht aber nur die Sonderinteressen einzelner plutokratischer Gruppen zu beschützen. Principiis obsta! Die Diplomatie darf niemals Zweckobjekt werden; sie muß auch im internationalen Verkehr so gut wie jede Staatsregierung national über den Parteien

stehen, gleichgültig ob diese politischer oder wirtschaftlicher Art sind. Andernfalls wird jenes wilde Durcheinanderquirlen verantwortlicher und unverantwortlicher politischer Gewalten, das nicht zum wenigsten in die heutigen Weltkriegswirren hineingetrieben hat und für dessen Gewitterentladungen man den Diplomaten die Schuld kritiklos in die Schuhe schiebt, nur immer schlimmer werden. Die Gegenwart weist aber zugleich noch auf eine andere Gefahr des Eindringens kaufmännischer Weltanschauung in die Diplomatie hin. Das Kapital mit seiner internationalen Seele ist der natürliche Fruchtboden für die modische Friedensschwärmerei, die es wieder in seltsamer und doch natürlicher Wahlverwandtschaft mit dem Sozialismus (einschließlich des ‚Katheder-sozialismus') und Freisinn auf Grund aller möglichen weitläufigen Fädenverknüpfungen in enge Fühlung bringt. Der berüchtigte Fall Lichnowsky ist typisch für die Tatsache[1]). Weltbürgerliche Friedensschwärmereien aber sind mit dem Amt des Feldherrn auf dem politischen Kampffeld genau so unverträglich wie mit den Pflichten des Armeeführers. Denn sie führen notwendig auf die schiefe Ebene und zu den Folgen, die Bismarck in einem seiner vielen goldenen Worte über die Staatskunst meisterlich gekennzeichnet hat: „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienst meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen: es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient." Wenn schon kein Herrscher, so darf noch weniger ein Diplomat die Gefühle von Haß oder Liebe gegen Fremde dem vaterländischen Gefühle über- oder auch nur nebenordnen; andernfalls wird er stets zu den schiefgewickelten Raketen gehören, „die nicht in die Luft, sondern anderen zwischen die Beine fahren", und zu den mißratenen Politikern, vor denen schon Goethe gewarnt hat: „Ich hasse alle Pfuscherei wie die Sünde, besonders aber die Pfuscherei in Staatsangelegenheiten, woraus für Tausende, ja Millionen nichts als Unheil hervorgeht."

In den hunderterlei guten Ratschlägen zum diplomatischen Reformwerk wird bald behauptet, daß die Schuld des Versagens unseres auswärtigen Dienstes am System, nicht an den Personen, bald umgekehrt gemeint, daß sie an den Personen, nicht am System liege. Soviel Menschen, soviel Ansichten! Ein guter Spruch englischer Volksweisheit mahnt: Männer nicht Maßnahmen. Auf seiner Linie wird man auch hier der Wahrheit am nächsten kommen. Was hat unsere Armeeleitung zu ihren gewaltigen, in der ganzen Welt bewunderten Leistungen befähigt? Nicht nur die alte unübertroffene Generalstabsschule, sondern auch die Anpassungsfähigkeit an die jählings umgewandelten technischen Gesetze der Kriegsführung und die Organisation der gesamten ‚Heimatfront' zu deren Gunsten; diese Fähigkeit aber wiederum liegt weniger ‚im System', als sie dem Reichtum tüchtiger, in allen Sätteln gerechter Männer zu danken ist. Nach landläufigen Vorwürfen soll unser diplomatisches Korps in der Hauptsache eine Sippe von Angehörigen des ‚Junkertums' und des hohen Adels sein. Tatsächlich befinden sich aber unter ihm nur allzuwenig Junker von Bismarckschem Schrot und Korn und mit steifem Rückgrat nach oben,

[1]) Der eitle und eingebildete frühere Botschafter in London entstammt keineswegs, wie man meinen könnte, altem Hochadel; sein fürstlicher Stammbaum ist vielmehr verhältnismäßig jung und die Erhebung in den Fürstenstand in der Hauptsache eine Folge des Reichtums seiner Familie. Die britische Gentry, in deren Kreise er eintrat, war auf Grund ihrer Unkenntnis der deutschen Adelsverhältnisse und ihrer etwas lakaienhaften Bewunderung eines deutschen „Fürsten" ebenso bereit ihn zu hofieren, wie er selbst ein dankbares Medium dieser Schmeicheleien war und durch den Weihrauch um seine Person in seine Britenliebdienerei und Selbstüberhebung geriet.

während statt des hohen Adels der ältere und mehr noch der jüngere Geldadel von der Lichnowskyschen Farbe sich breitzumachen beginnt. Wie ganz anders mutet die Zusammensetzung unseres Generalstabs an! Er fußt allerdings gleichfalls auf einem Sockel von korpsmäßig entwickeltem, überwiegend aus dem Adel stammendem Soldatentum, dessen Blut aber fortlaufend in starkem Zustrom aus gut bürgerlichen Schichten aller Art sich erneuert. Und für diesen Zufluß, für die Lösung der schwierigen Aufgabe, überall die richtigen Männer an den richtigen Platz zu stellen, sorgt eine geschulte, dem Organismus des Generalstabs einverleibte und auf breiter Grundlage aufgebaute Zentralabteilung, die bis in geringfügige Einzelheiten alle bei Personalfragen in Betracht kommenden Gewichte, die materiellen, moralischen, geistigen und psychologischen, abwägt. Demgegenüber muß sich das Auswärtige Amt mit Personalreferenten begnügen, die zu solcher durchdringenden Arbeit im allgemeinen weder Fähigkeit noch Muße haben und ihre mehr oder weniger schematisch erledigten Berichte nach der obersten Stelle leiten, die wiederum die damit aufgeworfenen Fragen nur summarisch behandeln kann. Was demnach not täte, wäre vorab eine nach dem militärischen Vorbild ausgestattete Personalabteilung in einem dementsprechend organisierten Kabinett des Staatssekretärs für das Auswärtige, die Bildung also einer selbständigen Abteilung, die in fortlaufender enger Fühlung mit den Universitäten und Hochschulen, mit den Selbstverwaltungskörpern, mit den leitenden Kreisen von Handel und Industrie, schließlich auch mit der Presse stände; es würde sich dann sehr bald zeigen, daß es überall nicht an den nötigen, jedem Anspruch gewachsenen Köpfen fehlt, sondern daß es nur gilt, mit geeigneter Wünschelrute verdeckt fließende Quelladern aufzuschließen. Abgesehen von der Personal- und der Nachrichtenabteilung behandelt das Auswärtige Amt die drei Gruppen von völkerrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Fragen, obgleich sie gerade in gegenwärtiger Zeit mehr miteinander verwachsen, gesondert, und diese Trennung überträgt sich sogar auf die Einzelvertretungen im Ausland, wo der Gesandte und der Konsul jeder seinen eigenen Acker bestellen und nur zu oft sich feindlich gegenüberstehen, statt zusammenwirken. So gesehen, verwurzelt sich die Erneuerungsfrage mit dem Problem der sog. Regionalisierung des auswärtigen Dienstes. Es ist zwar nicht richtig, wenn behauptet wird, „das britische System habe die Erde in verschiedene, nach Sprachen, Sitten und Gewohnheiten gleiche oder ähnliche Zonen geteilt". England kennt so gut wie Deutschland nur einen allgemeinen Konsular- wie Diplomatendienst. Aber die starke und weitverzweigte Entwicklung britischer Belange innerhalb bestimmter Weltwirtschaftsräume, beispielsweise des türkisch-orientalischen oder des chinesisch-ostasiatischen, wo Großbritannien schon durch sein vielköpfiges, im Seezolldienst geschultes Beamtenheer über eine Auslese landeskundiger ‚trained officers' verfügt, hat von selbst dahin geführt, daß dort der Zonengrundsatz sich durchsetzte und besondere diplomatische und konsularische Stäbe für die Bearbeitung dieser Gebiete sich bildeten. Aus der Nessel der Gefahr pflückt der Mutige, nach Shakespeare, die Blume der Sicherheit; wir dürfen vertrauen, daß in gleicher Weise für Deutschland der Wirtschaftskrieg, den England mit seinen Satelliten während des europäischen Völkerringens gegen Deutschland geführt hat und dessen Fortsetzung nach dem Friedensschluß es ankündigt, der Saatboden glücklicher Entwicklung deutsch-überseeischer Handelsmacht werden wird. Denn die gehässige Verfolgung wird notwendig alle Parteien und Gruppen des Auslandsdeutschtums, dessen amtliche wie nichtamtliche Vertreter früher nur zu oft in engherzigem Kastengeist sich fremd blieben, zu der Einsicht drängen, daß nur starkes vaterländisches

Gemeinbürgschafts- und Kameradschaftsgefühl Deutschland den Platz an der Sonne zurückerobern und dauernd sichern kann, von dem es seine Feinde endgültig zu verdrängen gedachten, und dementsprechend auch die kaufmännischen Kreise zu zielbewußten Mitarbeitern bei der Vertretung deutschnationaler Interessen im Ausland machen. Nach der Meinung vieler Wirtschaftspolitiker ist die Zeit der offenen Tür endgültig vorbei, steht die Aufteilung der Erde in abgegrenzte Bereiche der Weltmachtgruppen unweigerlich bevor. Ob das richtig ist, mag dahingestellt sein. Jedenfalls wird Deutschland unter schweren Kämpfen seine alten überseeischen Handelsstellungen zurückerobern müssen und darauf angewiesen sein, dem Heer seiner Feinde und Neider dadurch ein Paroli zu bieten, daß es allen Nachdruck planmäßig betriebener wiederaufbauender Arbeit den Weltteilen zuwendet, wo es einen günstigen Boden für seine Pioniertätigkeit erwarten darf: also abgesehen von Rußland, das eine dunkle Zukunftsfrage bleibt, vorab in Westasien, im fernen Osten und in Südamerika. Damit allein ergäben sich drei gewaltige einheitliche Schaffensgebiete: ein islamisches, ein mongolisches und ein lateinamerikanisches, innerhalb deren gründlich mit der früheren Methode aufzuräumen wäre, die deutschen Geschäftsträger nur auf kurzlebigen Gastrollen auftreten zu lassen; sie und ihre gesamte Mitarbeiterschaft müßten vielmehr dauernd seßhaft und mit Sprache und Sitten der Völker, unter denen sie wirken, aufs innigste vertraut gemacht werden, um zielbewußt und sachgemäß die kulturwirtschaftliche Machtentwicklung Deutschlands den modernen Ansprüchen und Vielseitigkeiten gemäß leiten zu können. Wenn so die Regionalisierung dahin führt, daß sich in allen Weltteilen auswärtige ‚Reichsdienste' bilden, denen möglichst viel Selbständigkeit und Entwicklungsfreiheit zu lassen wäre und die auf Grund solcher Organisation von selbst die besten Kräfte aller nationalgesinnten Auslandsdeutschen an sich ziehen würden, so könnte das leitende Amt in Berlin zugleich vereinfacht, einheitlicher zusammengefaßt und wirksamer, zielsicherer, durchschlagkräftiger in seiner Arbeit gemacht werden. Es würde, statt daß es seine Tätigkeit in hunderterlei Zuständigkeits- und untergeordneten fachlichen Nebenfragen zersplittert, das werden, was es als Zentralstelle wirklich sein soll: eine Behörde, die nur mit den überragenden und entscheidenden Staatsfragen sich befaßt, die all diese Fragen unter dem einen Gesichtswinkel behandelt, daß das Wesen des Staates die Machtidee ist und demgemäß die nationale Kraftentwicklung auf politischem wie kulturellem Gebiet der allein maßgebliche Leitgedanke zu sein hat, und die durch solche Einheitlichkeit und Festigkeit der geistigen und moralischen Grundlagen Klarheit, Zielsicherheit, Willensstärke, Wagemut und überlegene Angriffskraft gewinnt.

„Die Welt schenkt ihre Bewunderung gewöhnlich nicht dem Mann, der etwas leistet, was kein anderer wagt, sondern nur demjenigen, der das, was viele gut machen, am besten vollbringt." Mit diesen Worten kennzeichnet Macaulay in einer Studie über Addison trefflich den Gegensatz von Virtuosität und Ursprünglichkeit. Die meisten Diplomaten sind sicherlich nur mehr oder weniger gute Virtuosen, und man wird sich damit bescheiden müssen; denn die Genies wachsen auch auf den Gefilden ihres Berufes nicht wie die Brombeeren. Das Übel der modernen Volksherrschaftlerei ist es, daß sie mit ihrer Unverträglichkeit gegen alles Erhabene, Vornehme, Ungewöhnliche den Raum für die Entwicklung und freie Betätigung großer Geister immer mehr verengt, daß sie die Masse der Staatsgewalt auf Kosten ihrer Beschaffenheit vermehrt und dem großen Haufen sich in die Arme wirft, statt sich auf die Schultern der politisch und sittlich gehobenen Auslesegruppen zu stellen. Aber wer Stellvertreter einer ganzen Nation vor dem Richterstuhl eines fremden Staates

sein will, in dessen Wesen muß die aus selbstbewußter Seelengröße fließende Selbstwertung durchschimmern, auf die sein Vaterland Anspruch erhebt; das aristokratische Prinzip im rechten Sinn ist, wenn irgendwo, im staatsmännischen Dienst vom nationalen nicht zu trennen. In seinem Goethebuch rückt Gundolf den landläufig-seichten Vorstellungen von der Vaterlandsliebe, die mit Zeitungs- und Massenpatriotismus verwechselt wird, zu Leibe und betont: „Patriotismus ist weder eine erlernbare Pflicht, noch eine anlegbare Gesinnung, sondern dort, wo er echt und tief ist, wie bei Kleist, Stein, Scharnhorst, Arndt, eine ursprüngliche Seelenanlage, der Ausfluß eines ganz bestimmten ursprünglichen Verhältnisses zum Staat, die man sich sowenig geben und anzüchten kann wie Genie und Schicksal. Vor diesem eingeborenen Patriotismus erschrickt die Masse." Bei jedem unserer Heerführer dürfen wir diesen besonderen Seelenadel echter Vaterlandsliebe ohne weiteres erwarten, bei unseren Staatsmännern leider nicht, wie es die Kriegszeit nur zu deutlich erwiesen hat. Der dem zünftigen Diplomaten in gewisser Weise naturgemäße, aber beim leitenden Staatsmann verderbliche Skeptizismus durchsäuerte die ganze politische Führung; das an den höchsten verantwortlichen Stellen aufgebrachte Maß vom Mut der Zuversicht auf durchschlagenden Sieg entsprach nicht deutlich sichtbar der Härte, Dauer und den moralischen Anforderungen der zu dem Ziel führenden Kämpfe. Diese Schwäche war im Grunde die Ursache all der Verwirrungen unseres innerpolitischen Lebens in einer Zeit, da Stahlhärte mehr denn je notwendig gewesen wäre; aus der Trübe dieser Erscheinungen wird Deutschland nicht eher zum Sonnentag einer glücklicheren Zukunft sich erheben, bevor nicht sein politischer Generalstab auf gleich festem Boden des nationalen Pflichtbewußtseins und der vaterländischen Weltanschauungsgröße steht wie der militärische und bevor nicht die Grundlage für solche Ebenbürtigkeit durch Erziehung und Auslese gleich glücklicher und planvoller Art, die das Hauptquartier zum Fahnenstandort des geistig freien Deutschlands machte, geschaffen wird.

Hochstift für deutsche Volksforschung zu Gotha.

Am 21. Juni, dem 100. Geburtstage Herzog Ernsts II. von Sachsen-Coburg und Gotha, wurde in Gotha vom Deutschbunde ein „Hochstift für deutsche Volksforschung" errichtet unter der Schirmherrschaft des regierenden Herzogs Karl Eduard. Das Hochstift, dessen Obmann der langjährige Herausgeber der „Deutschen Erde" Prof. Langhans ist, wird in drei Abteilungen arbeiten, von denen sich die erste befaßt mit der Körperlichkeit des deutschen Menschen und seinen raßlichen Daseinsbedingungen (Alteste: Geheimer Rat Prof. v. Gruber, München), die zweite mit dem Geistesleben der Deutschen, ihren inneren Wesensanlagen und ihrer künstlerischen Betätigung (Alteste: Prof. Bauch, Jena) und die dritte mit der Begrenzung der sprachlichen und sachlichen Kulturkreise der deutschen Stämme und der deutschen Siedelung und Wanderung (Alteste: Prof. Kaindl, Graz). Das Hochstift sucht seinen Zweck zu erreichen durch Drucklegung größerer Arbeiten auf deutschkundlichem Gebiete, durch Herausgabe wissenschaftlicher Zeitschriften seiner Abteilungen, durch Errichtung und Erhaltung von Arbeits- und Schausammlungen (Deutsche Nationalbücherei — Deutsches Volkstumsmuseum), durch Ausschreiben von Preisaufgaben, durch Veranstaltung völkischer Hochschulvorträge, durch Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen und Forschungen, durch Gewährung von Beihilfen zu Lern- und Reisezwecken u. a. m. Das „Hochstift für deutsche Volksforschung" ist ein Ziel, dem beharrliches Bemühen führender Geister in drei Jahrhunderten unserer nationalen Entwicklung zugestrebt hat. Der Zeit, die unerhört Großes in äußerer Bewährung unserer Volkskraft geleistet hat, ist die Erfüllung einer der größten Forderungen des inneren Ausbaus vorbehalten geblieben. So hofft das neue deutsche Hochstift, bei der äußeren Ausgestaltung seiner Unternehmungen auf die Mithilfe aller Deutschen rechnen zu dürfen, und ladet sie zum Eintritt in seine „Förderschaft" ein, die sich unter dem Ehrenvorsitz des Fürsten und Rheingrafen zu Salm-Horstmar dem Auf- und Ausbau der Sammlungen widmet. Anmeldungen sind zu richten an das Hochstift in Gotha.

Volksvertretung und Rassengemisch.

Von Dr. Franz Haiser, Scheibbs, Niederösterreich.

Das Zeitalter der „allgemeinen Aufklärung" steht vor dem Zusammenbruche, denn die Menschheit muß sich über kurz oder lang einmal darüber klar werden, daß sie noch nie so unaufgeklärt, so kurzsichtig war als heute unter der Herrschaft der Aufklärer und Wissensverbreiter. Masse wie Bildung — und das ist bezeichnend für den Grad dieser „Bildung" —, schwören noch immer auf das Dogma, daß die parlamentarische Staatsform am geeignetsten sei, das Volk vor Ausbeutung durch selbstsüchtige Gewalthaber zu schützen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Vor allem muß man sich einmal darüber klar werden, was man unter einem „selbstsüchtigen Gewalthaber" eigentlich versteht. Die Ichsucht des einzelnen kann nämlich so weit gehen, sogar der Staatsgewalt, die Soldaten aushebt, um sie gegen den Feind zu führen, Despotie und Selbstsucht vorzuwerfen, wo es sich in Wahrheit doch nur um eine Aufopferung eines Teiles zum Wohle des Ganzen handelt. Unser Organismus opfert im Bedarfsfalle Tausende von Zellen zum Wohle des Ganzen, stößt sie ab, verbrennt sie im Hungerzustande, verwendet sie als Krieger gegen feindliche Gifte und Bazillen, denn die Zelle hat keinen Selbstzweck, sie ist nur ein Baustein vom Gebäude, der ohne Schaden geopfert und ausgewechselt werden kann. Auch der Staat ist ein Organismus, denn der Mensch ist das ausgesprochenste Gruppentier. Seine Familie bildet eine Zelle des Staates. Der völlige Verlust der Instinkte, seine Unbeholfenheit als neugeborenes Kind, bei Erkrankungen, in Nöten und Gefahren weisen zur Genüge darauf hin, daß er seine Selbständigkeit als Einzelwesen aufgegeben hat und Zelle eines künftigen, hochentwickelten Organismus werden will. Über die Ethik dieses Organismus, über das „sittliche Bewußtsein" des Staates als Individuum können wir uns hier nicht verbreitern. Ich habe diese philosophischen Fragen in meinem Buche: „Die Überzeugungskraft des Beweises, ein Kampf zwischen Stil und Freiheit um die Vorherrschaft", (Konegen, Wien) eingehender behandelt. Somit kann also eine Staatsgewalt, die Teile zum Wohle des Ganzen aufopfert, geschehe dies nun in dieser oder jener Form, niemals der „selbstsüchtigen Despotie" beschuldigt werden. Und das „Wohl des Ganzen" ist tiefer begründet, als es der oberflächlichen Meinung des Alltags erscheinen dürfte. Es handelt sich hier nämlich keineswegs bloß um das gemächliche Behagen der kommenden Geschlechter, es handelt sich vielmehr um Aufstieg, um Entwicklung im biologischen Sinne, für welche Dinge nur der stumme Trieb des höher gearteten Menschen, niemals aber die träge Masse Verständnis zeigt.

Das Streben der Staatsgewalt nach Macht ist somit nicht bloß vernünftig, es ist auch sittlich gut und geradezu Pflicht. Pflicht schon aus dem einfachen Grunde, weil eine schwächliche Regierung weit grausamere Mittel in Anwendung bringen muß, um die Ordnung und das Gedeihen im Innern aufrechtzuerhalten. Ist eine Macht vermöge ihrer Stärke und gediegenen Eigenschaften dazu berufen, auch über einen Teil der Nachbarstaaten zu herrschen, so hat sie also die moralische Pflicht, nach Vorherrschaft zu streben, weil nur durch eine völlig ungleiche Verteilung der Kräfte Krieg und Uneinigkeiten aus der Welt geschafft werden können. Die Wage muß einmal umkippen, solange herrscht Streit. Die Prediger des sog. „europäischen Gleichgewichts" verkünden also nur den ewigen Krieg. Die scheint die internationale Plutokratie, die aus diesem „Gleichgewichte" Nutzen zieht, vergessen zu haben,

oder verschweigt es absichtlich. Gleichstellung verhetzt nur und erzeugt ewigen, lähmenden Streit. Je stärker und gediegener sich aber eine einzelne Macht entfalten kann, desto gütiger wird sie zu herrschen imstande sein. Machtmangel ist immer gleichbedeutend mit Grausamkeit, nach innen wie nach außen.

Nun gibt es freilich eine Anzahl verschiedener Gewalten innerhalb der Staaten, die das Wohl der Gegenwärtigen keineswegs im eben erläuterten Sinne, nämlich im Sinne der idealen Staatsgewalt aufopfern, die vielmehr nur darauf bedacht sind, Gruppen im Staate zu bilden, die seinen Organismus schädigen und seine Entwicklung im biologischen wie im ethischen Sinne unterbinden, denn sie gleichen parasitären Wucherungen. Dazu gehören beispielsweise alle Stände, die selbstsüchtige Interessen verfolgen, ferner fremde Rassen und Religionen, internationale Verbände usw., die als Nebenorganismus, als Parasit am Mutterkörper zehren. Solchen feindlichen Gruppenverbänden gegenüber ist nun keine Staatsform so ohnmächtig wie die parlamentarische. Alle diejenigen, die immer mit dem Schlagworte der „deutschen Freiheit" und der Urverfassung unserer Vorfahren herumwerfen, scheinen zu vergessen, daß man es damals mit einem rassisch einheitlichen Volke zu tun hatte, das selbst bei ausgesprochenster demokratischer Verfassung immer nur einheitliche Entschließungen zu Tage fördern konnte. Unseren heutigen feindlichen Gruppenverbänden gegenüber ist aber, um es nochmals zu sagen, keine Verfassung so ohnmächtig als die parlamentarische. Die Aufklärungszeit der letzten Jahrhunderte hat es für gut befunden, sich mit aller Kraft auf die Staatsgewalt zu werfen, um sie systematisch herabzuwürdigen und zu schwächen. Gerade der Mittelstand war es, der an dieser Herabsetzung und Schwächung den größten Anteil nahm, aber nur zu bitter rächt sich heute sein Werk, denn gerade er verspürt es am meisten, wie nötig eine über allen Parteien stehende Macht wäre, die ihn sowohl gegen die unteren als gegen die oberen selbstsüchtigen und ausbeutenden Gewalthaber schützen könnte. Wir leben heute in keiner antiken Republik mehr, da sich noch das Bürgertum die ungestümsten Angriffe gegen die Staatsgewalt erlauben konnte, wir haben es weder mit dienenden Sklaven, noch mit reichgewordenen Freigelassenen zu tun, die viel zu verachtet und rechtlos waren, um aus der Schwächung der Staatsgewalt auf Kosten des Bürgertums Nutzen ziehen zu können. Wir sind heute vielmehr von oben wie von unten durch niedere bzw. durch noble Ausbeuter bedroht, die keineswegs das Volkswohl im oben erwähnten Sinne einem höheren Zwecke zu opfern beabsichtigen, sondern einfach im rohesten Sinne Raubbau am Staate treiben. Es ist die Kultur der Sklaven und emporgekommenen Freigelassenen (in meinen Schriften als Linkskultur bezeichnet, im Gegensatz zur Kultur der Rasse, der Aristoi), die die Alten mit allen Mitteln zu verhindern wußten, weil sie viel feinere biologische Instinkte besaßen, als wir mit unseren wissenschaftlichen Instituten und Universitäten. Der Bürger hat seinen Adel entrechtet, die Staatsgewalt aller Macht beraubt, aber es geschah ihm dabei wie dem Bauer, der mit dem Beile ein Gespenst erschlagen wollte, sich selbst aber das Bein abhieb. Er wollte nicht Diener einer unpersönlichen Staatsgewalt sein, nun muß er in den sauren Apfel beißen, die Faust seiner Knechte im Nacken zu spüren, denn unsere heutige internationale Plutokratie entstammt vorwiegend Bevölkerungsschichten, die früher rechtlos und abgeschieden waren. Der Diener hat nunmehr Rache genommen, als er zur Macht des Goldes kam und treu seiner Herkunft sympathisiert er mit Kreisen, die seinen Ahnen nahestehen. Das selbstsüchtige, jeglichen Idealismus' bare Prinzip, das keine Götter außerhalb seines Bauches kennt, opfert nunmehr nur diesem einen Gotte: dem Bauche, und dies

in ausgiebigster und rücksichtslosester Weise. Und was das gefährlichste dabei ist, die internationale Plutokratie (also in erster Linie das Bank- und Geldwesen, nicht die heimische Großindustrie und der Großgrundbesitz!) hat auf seine Opfer und seine Opferstätte gar keine Rücksicht zu nehmen, denn der Grundsatz des Nomaden ist stets der gewesen, ein Land zu verlassen, nachdem er es ausgesogen hat. Eine seßhafte Raubritterschaft konnte nie so rücksichtslos vorgehen, denn das Wohlergehen des Parasiten war von jenem seines Wirtes abhängig.

Vermag nun unser vielgepriesener Parlamentarismus den Bürger und den Staat vor dieser rücksichtslosen Aufopferung zu schützen? Niemals. Wahlsysteme sind an und für sich gefährliche, nur zu leicht in Entartung übergehende Einrichtungen, und unser heutiges Wahlsystem ist ganz besonders dazu geeignet, allen niederen Elementen, also dem Köter zum Siege über den Edlen zu verhelfen. Wer wählt, der bezahlt, und wer gewählt wird, der empfängt, das ist nun einmal die absteigende Entwicklung jedes Wahlsystems, mag nun die Bezahlung in dieser oder jener Form einer Entschädigung bestehen. Es fehlte nur noch, daß wir auf Grund des allgemeinen Wahlrechts eine erwählte Beamtenschaft und ein gewähltes Offizierskorps bekämen, und der Geist der Korruption wäre vollendet. Denn nur diese Machtfaktoren, deren Glieder nicht gewählt, sondern mit Rücksicht auf Abstammung, Bildung, Charakter und Erziehung ernannt werden, haben bisher den Staat noch aufrechterhalten und scheinen ihn heute geradezu errettet zu haben.

Also die Demokratie wählt, zahlt und läßt sich bezahlen, läßt alle gesellschaftlichen Intrigen und unlauteren Talente des Emporkömmlings dabei mitspielen, der Staatssozialismus läßt den Rang sorglos in bezug auf Herkommen und Abstammung erklettern und ersitzen, der unabhängige und einsichtsvolle König hingegen ernennt ohne Rücksicht auf Alter und Dienstjahre. Ohne auf Einflüsterungen, gesellschaftliche Beliebtheit und den Neid der Übergangenen zu achten, griff er einst rücksichtslos in die Mitte seiner Untertanen und ernannte den, der ihm als der Würdigste und Fähigste erschien. Diese Staatsform liegt uns heute leider am fernsten. Wir besitzen weder eine reingezüchtete, erbliche Kaste, die diese Eigenschaften in sich vereinigen soll und die Lenkung der Staatsgeschicke von Vater auf Sohn vererbt, noch eine oberste, geniale und dazu völlig unabhängige Macht, welche die würdigsten Elemente aus diesem Kunterbunt von Edel und Gemein auszulesen imstände wäre.

Und so sind wir nunmehr bei dem Standpunkte angelangt, daß nicht die Würdigsten, sondern die gesellschaftlich Geschicktesten und Listigsten zur Leitung sich heandrängen, alle gewinnsüchtigen und ehrgeizigen Elemente, die sich aus dem Streite der Gemeinen, aus dem Schlamme einer faulen Gesellschaftskonkurrenz mit allen ihren Listen und Fallstricken herauskristallisiert haben. Wer der Gesellschaft in irgendeiner Weise Honig um die Nase schmiert, den erhebt sie zu ihrem Führer, gleichgültig nun, ob es sich um eine noble oder mindere „Gesellschaft" handelt, denn auch die sog. „feine Gesellschaft" unserer Tage gehört der Masse an, und die Masse will nun einmal von nichts hören, was ihr wider den Geschmack des Bauches geht. Sie kennt die Männer nicht und bringt keine aus ihrer Mitte hervor, die den feinen Geschmack der Bosheit besitzen, eher Millionen zurückzuweisen als sich des Genusses berauben, Korruptionisten zu Falle zu bringen. So liegen wenigstens die Verhältnisse bei uns in Österreich.

Und so kommt das Staatswohl, das zwecks Erreichung seines Machtzieles Opfer fordert, immer zu kurz. Die Gesellschaft aber mordet sich nur selbst, wenn

sie nicht lernen will, über das Heute hinauszudenken und vom Morgen, Entwicklung und Sicherung nichts wissen will. Und hätten wir heute ein sog. Ständewahlrecht, so wäre die Sache meines Erachtens nicht viel besser. Auch das Kapital bildet einen Stand, und zwar den mächtigsten, und der Staat würde unter solchen Umständen noch mehr zum Spielballe seines Standes werden, geradeso wie er einst durch die Fürsten entrechtet wurde, die dem Kaiserthrone bloß ein Schattendasein gönnten.

Aber es gibt noch eine Rettung. Der Deutsche verfügt noch immer über Männer, auf die er sich verlassen kann, sonst wäre er längst seinen Feinden unterlegen, nur sprechen sie nicht, sie kommen nicht zu Worte, aber gerade ihre stummen Taten erretteten das Vaterland. Diese müssen nunmehr zu Worte kommen und auch im Reiche des Geistes ihr Recht geltend machen, müssen sich zusammenschließen und vorläufig eine geistige Oligarchie bilden, die allmählich in eine politische übergehen soll. Besonders Österreich käme die Herrschaft einer solchen Oligarchie zustatten, denn anders ist dieses Land nicht mehr zu retten. Es fragt sich nur, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenigstens zehn Männer zu finden wären, die es über sich brächten, dem Bestecher seine Millionen hohnlächelnd ins Gesicht zu schleudern und ihn zu Falle zu bringen. Die Ehre hat das bürgerliche Leben verlassen, sie ist nur mehr am Schlachtfelde anzutreffen. Aber die Bosheit lebt noch im Hinterlande, die „lachende Bosheit" Nietzsches dürfte es sein, die trotzdem noch Sieger über das Gold sein wird. Eine Anzahl solcher Männer müssen sich zusammentun und — im geistigen Sinne — die absolute Regierungsgewalt an sich reißen. Dieser Senat soll sich nur aus sich selbst heraus ergänzen und über den Ausschluß seiner Mitglieder verfügen. Nur eine absolute Gewalt, ein Nichtgewählter, kann dem Volke die Wahrheit ins Gesicht sagen und vieles anordnen, das nicht schmeckt. Und solche Erlässe gäbe es in Österreich in Menge. Nicht bloß den aufständischen Slawen und Sozialisten gegenüber, auch dem waschechten Deutschen gebührt hierzulande eine strengere Zucht, eine „preußische Tonart", die ihm Ordnungsliebe und Gehorsam beibringen könnte. In Österreich gehört es gewissermaßen zum guten Tone, sich über Regierung, Behörden und Verwaltung über alle Maßen lustig zu machen. Doch will mir scheinen, daß man bei dieser Verhöhnung nur sich selbst in ein schiefes Licht bringt, denn woher stammt denn unsere Beamtenschaft, haben sie andere Mütter geboren als österreichische? Am „Systeme" allein scheint es also nicht zu liegen, es kommt vielmehr der ganze Volkscharakter dabei in Frage. — Mit dem Cliquen- und Autonomieunwesen muß einmal gründlich bei uns aufgeräumt werden, und das ist nur dann möglich, wenn man die Parteiführer unschädlich macht. Diese Sorte verzieht nämlich das Volk wie eine unfähige Mutter. Sie pflegen nie zu sagen: „auch du bist schlecht, auch du mußt dich bessern, auch dir gebührt Strafe", sondern stets: „nur du bist gut, alle anderen Parteien sind schlecht." So verlangt es nämlich ihr Beruf und ihr Brot. Nur ein Befehlender, niemals ein Gewählter kann hier Rettung schaffen. Man höre mir auf mit den albernen Schlagworten: „so etwas ist heutzutage nicht mehr möglich." Wenn im Felde die Granaten alles zerschmettern können, warum soll mit den eingewurzelten Begriffen der liberalen „Menschenrechte" nicht einmal gründlich aufgeräumt werden dürfen. Zeiten kommen und Zeiten gehen, das wird über kurz oder lang auch einmal der Liberalismus erfahren müssen. Die tschechische Frage wäre beispielsweise von diesem Standpunkte aus so zu lösen, daß man die tschechische Intelligenz und die Besitzenden einfach aushebt, ihre Güter konfisziert und eine Massenausweisung nach Rußland ins Werk setzt. Hochschulen,

Mittelschulen und Zeitungsredaktionen werden geschlossen und die Volksschullehrer unter strengste Kontrolle gestellt. Der tschechische Bauer würde dann wieder ein braves, arbeitsames und gefügiges Glied des Staates werden, wie er es vor dem unseligen Eingriffe des deutschen (!) Liberalismus gewesen ist. Mit den Kriegsgewinnlern aber müßte in ähnlicher Weise aufgeräumt werden. „Was hast du vorher besessen und was besitzt du jetzt?" So muß die Frage nach dem Kriege lauten. Alle Erwerbungen während des Krieges sind einfach ungültig, in allererster Linie natürlich jene, die sich auf keinerlei Arbeit, sondern nur auf Spekulation zurückführen lassen. Aber der Sozialismus, Hand in Hand mit dem Emporkömmlingstume aus den oben erwähnten, naheliegenden Gründen, geht hier natürlich andere Wege. Er will den sparsamen Rentner und den Besitz in Bausch und Bogen treffen und zieht nicht gegen den unlauteren Erwerb, sondern gegen den rassischen Besitz, gegen das rassische Erbe zu Felde. Wegen eines einzigen Großgrundbesitzers übersieht er tausend Spekulanten. Natürlich, für den orientalischen Nomaden ist es ein Leichtes, auf das Erbrecht verzichten zu können, denn seine Talente im unlauteren Erwerbe werfen ihm schon wieder in der nächsten Geschlechterfolge die Millionen in den Schoß. Am meisten zieht er natürlich gegen den Grundbesitz zu Felde, weil er ihn auf diese Weise „beweglich" machen will, das heißt natürlich so viel, als seinen Fingern zugänglich.

Deutschland kann den österreichischen Fragen nicht gleichgültig gegenüberstehen, denn ein gesundes nachbarliches Österreich ist für Deutschland wichtiger als Erwerbungen in Afrika oder Ostasien. Oder zieht es vor, einen ungesunden Keim dauernd in seiner Nachbarschaft zu belassen? Millionen seiner besten Leute hat es an fremdrassige Mächte durch Auswanderung verloren, die seit Beginn unserer Zeitrechnung stets nur dazu dienten, alte Feinde zu stärken und neue Feinde, neue Staaten, neue Armeen gegen das Mutterland zu führen. Wenigstens ein Bruchteil von diesem großen Auswandererstrome hätte Österreich befruchten sollen, um die Slawen zurückzudrängen, um die schläfrige Bevölkerung aufzurütteln. Freilich waren in Österreich keine Millionen zu verdienen wie in Amerika, aber treibt man auf solche Weise Machtpolitik? Die deutsche Kraft und der deutsche Fleiß wäre dem Mutterlande hier nicht verlorengegangen, im Gegenteile, heute würde es die Früchte seiner Kulturarbeit reichlich geerntet haben. Nicht bloß tadeln und kritisieren soll man draußen immer, man soll sich auch zu Gemüte führen, was man unterlassen hat, und wie der Schaden zu vermeiden gewesen wäre.

Eine Oligarchie würde unserem Interessen- und Ideenchaos in anderer Weise entgegentreten können als ein parlamentarischer Minister, der stets wie eine Kröte in diesem Sumpfe schwimmen muß und sich nicht genügend breit machen kann, um diese ganze schmutzige Lache zu überdecken. Nicht *erweitern* würde sie ihr Herz und ihre Absichten, um es allen, allen recht zu machen, *verengen* würde sie es vielmehr und all ihr Streben nach einem einzigen, über allen Parteien stehenden Ziele zuspitzen. Keine Pläne werden hier durch Redereien und Zeitungsgewäsche verraten, wie beim Parlamentarismus, durch den die geheimsten Absichten der Staatsgewalt einerseits zur unterhaltenden Frühstücksleküre, anderseits zur Fruchtbörse herabgesunken sind. So dient man dem Staatswohle, so treibt man Machtpolitik. Radikalkuren sind nötig, um aus Österreich einen Staat zu machen, auf den sich Deutschland allezeit und zuversichtlich verlassen kann, den es nicht immer am Schlepptau nachziehen muß unter der beständigen Gefahr, daß dieses Seil einmal abreißt, wenn es allzu stark angespannt werden muß.

Kinderbeihilfen und Gesundheitsscheine.

Von Amtsrichter Dr. Schubart, Berlin.

Es soll keine Ablehnung der weitergesteckten Ziele sein, wenn ich im folgenden zu zwei großen bevölkerungspolitischen Fragen erörtere, in welcher Art eine nur teilweise Verwirklichung des Grundgedankens zunächst einmal erreichbar sein möchte. Im Gegenteil! Kann das ganze Ziel auf einmal erreicht werden, desto besser, doch ich glaube es nicht, weil die Widerstände allzu groß sind. Aber gerade die Werbekraft, die schon in einer teilweisen Verwirklichung des Gedankens und in der praktischen Gewöhnung an ihn zu liegen pflegt, gerade sie möchte ich sehr hoch einschätzen und deshalb den allergrößten Wert darauf legen, daß recht bald wenigstens etwas erreicht und in die Wirklichkeit übersetzt wird. Die beiden Gegenstände, die ich im Auge habe, sind das Verbot der Heirat Eheuntauglicher einerseits und die Kinderbeihilfen anderseits.

Es ist bemerkenswert, daß der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 16. Februar 1918 absichtlich davon Abstand genommen hat, die Forderung der Beibringung von Gesundheitszeugnissen für Brautleute vor ihrer Eheschließung aufzunehmen. Dies ist deshalb unterblieben, um den hier bestehenden grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auszuweichen (S. 11 der Begründung). Man wollte offenbar die Vorlage nicht gefährden. Für den Freund des Gedankens der Gesundheitsscheine beim Heiraten ist es schwer verständlich, daß so starke Bedenken hiergegen obwalten, obwohl doch der abzuwendende Schaden so unermeßlich groß und die Mühe zu seiner Abwendung so klein ist. Aber die Abneigung dagegen, die Befürchtung vor jeder Erschwerung des Heiratens besteht doch nun einmal, man muß also mit ihr rechnen. Darum fragt es sich, ob nicht als Vorstufe für die zwangsweisen Gesundheitsscheine — ohne die also der Standesbeamte die Brautleute zurückzuweisen hätte — zunächst einmal freiwillige Gesundheitsscheine im Gesetz vorzusehen wären? In der Weise nämlich, daß gewisse Vorteile vom Gesetz nur denjenigen Eheleuten zugewendet würden, die bei der Eheschließung freiwillig dem Standesbeamten Gesundheitsscheine vorgelegt haben. Worin können diese Vorteile bestehen? Der nächstliegende Gedanke ist: In den Kinderzulagen! Aber freilich, — wir haben ja noch gar keine Kinderzulagen!

Mit Verlaub, ein klein wenig Kinderzulagen haben wir immerhin schon. In zwerghaftem Maßstabe haben wir sie für alle Bevölkerungsteile in Form der Steuervergünstigung für kinderreiche Familien. In etwas größerem Maßstabe bekommen wir sie offensichtlich in absehbarer Zeit für die Beamten und Offiziere. Letztere Zulagen allein erreichen einen solchen Betrag, daß sie eine ernsthafte wirtschaftliche Bedeutung für die Beteiligten haben und diese geneigt machen können, eine etwaige Abneigung gegen Gesundheitsscheine zu überwinden um des eigenen wirtschaftlichen Vorteils willen. Darum ist hier der Punkt, wo man zunächst einmal wirksam den Hebel ansetzen kann. Der Staat ist sehr wohl in der Lage, den noch unverheirateten Beamten zu sagen, daß sie künftig, falls sie heiraten, die Kinderzulagen nicht bekommen sollen, wenn sie es unterlassen, bei der Eheschließung einen Gesundheitsschein freiwillig vorzulegen. Ob man dabei auch für die Braut des Beamten Vorlegung eines Gesundheitsscheines zur Bedingung machen will, scheint mir eine Frage von geringerer Bedeutung. Denn mit der Zeit wird das ganz von selber kommen, — zunächst gilt es einmal, daß das Eis gebrochen wird und daß überhaupt auf irgendeinem Gebiete der Gedanke der Gesundheitsscheine praktisch verwirklicht wird. Gerade wenn dies bei den Beamten und im Heere geschieht,

wird es vorbildlich für alle Volkskreise wirken und dazu führen, daß immer mehr die Eltern der Braut es als selbstverständlich und ihre elterliche Pflicht betrachten, einen Gesundheitsschein von dem Bewerber sich vorlegen zu lassen.

Noch einen Schritt weiter möchte ich gehen und empfehlen, daß für den Heiratskonsens der Offiziere, der ja an mancherlei weit minder wichtige Voraussetzungen geknüpft ist, zwangsweise ein militärärztlicher Gesundheitsschein des Bräutigams erfordert werde. Keiner Erwähnung bedarf es, daß für die bereits bestehenden Ehen von Beamten und Offizieren selbstverständlich die Kinderzulagen unabhängig von Gesundheitsscheinen gewährt werden müssen.

Einen besonderen Vorzug meines Vorschlages der freiwilligen Gesundheitsscheine als Voraussetzung der Kinderbeihilfen erblicke ich darin, daß auch jeder private Arbeitgeber, der sich entschließt Kinderbeihilfen zu gewähren, diese Bedingung aufstellen und damit an seinem Teile dazu beitragen kann, bevölkerungspolitisch zu wirken und zu werben für die Einbürgerung der Gesundheitsscheine. Welchen Inhalt die Gesundheitsscheine haben sollen, ergibt ihr Zweck; man könnte sie auch als „ärztliche Ehetauglichkeitsbescheinigung" bezeichnen (so Geheimrat Prof. Dr. v. Gruber, Deutschlands Erneuerung 1918, S. 28); die Ärztewelt muß sich darüber einigen, welche einzelnen Voraussetzungen hierbei erfüllt sein müssen, solange noch keine behördliche Anordnung dafür besteht; ist erst einmal eine solche geschaffen, beispielsweise für die Beamten wegen der Kinderzulagen, so werden naturgemäß private Arbeitgeber und alle Beteiligten dies als Norm nehmen.

Nahe liegt der Gedanke, einen Anreiz für die freiwillige Beibringung der Gesundheitsscheine beim Heiraten auch dadurch zu schaffen, daß man in das Kriegerheimstättengesetz und ähnliche Siedlungsgesetze eine Bevorzugung der Paare einfügt, die diese Bedingung erfüllt haben. Auf die hohe Bedeutung des Gesundheitszustandes der Siedler ist mit Recht in dem Aufsatze von v. Gruber und in Pesl, „Rassenhygienische Bevölkerungspolitik auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens" hingewiesen worden.

Ich wiederhole, daß ich von der späteren Einführung des Eheverbotes für Ehenuntaugliche überzeugt bin, aber eben erst für später; ebenso bin ich überzeugt, daß später Zeilers Vorschlag hoher Kinderzulagen für alle Volkskreise verwirklicht werden wird; aber ich glaube, es wird damit gehen wie mit den Gedanken der Altersfürsorge und Invaliditätsfürsorge, die zuerst nur für die Beamten verwirklicht wurden in Form der Pensionierung, bis sie Ausdehnung auf alle Volkskreise in etwas veränderter Form fanden; so auch werden wirksame Kinderzulagen wohl fürs erste nur bei den Beamten und im Heere durchzusetzen sein. Möchten sie von vornherein „veredelt" werden durch die Verbindung mit den Gesundheitsscheinen.

Beherzigenswertes.

Der Krieg hat angefangen, die Gemüter mürbe zu machen. Deutschlands Überdruß am Kriege ist eine Schönheit seines Gemütes; wir wünschen nicht, daß ein Fehler seines Denkens daraus würde.

Diejenigen, welche einen Frieden auf Kriegskontributionen und geschleifte Festungen befürworten, verhehlen sich übrigens selbst nicht, wie materiell wertlos ein solcher Friede gewesen wäre, und lieben es dafür, den Ton auf den moralischen Gewinn zu legen, welchen Deutschland durch die Großmut einer solchen Friedensgewährung fett und lecker davongetragen hätte.... Hinter dem ersten Grenzstein der romanisch-südlichen Zone hört die Großmut auf, eine Tugend zu sein, und wird eine Narrheit. Sie imponiert nicht, sie macht lächerlich und verächtlich. Sie erweckt nicht Dankbarkeit, sondern bloß den Kitzel des Mißbrauchs. Der Franzose hätte die deutsche Großmut noch weniger ertragen als den Verlust von Elsaß und Lothringen. Ferdinand Kürnberger, Dezember 1870, in der „Berliner Börsen-Zeitung".

Zur Züchtung der Verzichtsfriedenspresse.

Von Dr. Otto Helmut Hopfen, Starnberg.

In Heft 13 der Zeitschr. „Die Fachpresse" (Heidelberg) v. 1. Juli 1918, 2. Jahrgang, steht die Mitteilung über eine in Essen abgehaltene Versammlung Rheinischer Zeitungsverleger. Auf dieser Versammlung habe sich herausgestellt, daß das Reich 40 Millionen[1]) für die Unterstützung der deutschen Tagespresse jährlich auswürfe. Von diesen 40 Millionen entfielen 18 auf zwanzig größere Zeitungen, z. B. Rudolf Mosse mit 2¼ Millionen, Berliner Morgenzeitung 1½ Millionen, Kölnische Zeitung 1 Million, und auf einen Kranz von weiteren Zeitungen wie Ullsteins B. Z. am Mittag, Scherl-Presse, Vorwärts, Frankfurter Zeitung, Kölnische Volkszeitung, Münchner Neueste Nachrichten mit je ½ bis ¼ Million jährlich.

Jetzt erst versteht man das Gerücht aus dem Herbst 1914, wonach Herr von Bethmann durch die Tüchtigkeit des Herrn Hammann für Pressezwecke einen großen Millionenschatz gefunden haben sollte. Man munkelte damals, daß hiermit Herrn Erzbergers Millionensegen gedeckt würde. Wenn wir aber die dankenswerte obige Mitteilung für richtig halten, so verteilen sich jährlich diese 40 Millionen in der Art, daß 20 Zeitungen 18 Millionen erhalten und die verbleibenden 22 Millionen auf rund 3000 Tageszeitungen in unbekannter Abstufung kommen. Wir haben nun keinen Grund, die obigen Angaben zu bezweifeln, da das Heft der „Fachpresse" vom 1. Juli den Aufdruck des amtlichen Zensurzeichens trägt. Außerdem sind bis heute, 15 Tage nach Erscheinen der obigen Zahlen, weder amtliche noch sonstige Einsprüche bekannt geworden.

Man könnte an Hand dieses roten Fadens ein neues Buch über das B-System schreiben. Bei dem knappen Raume hier wollen wir uns an das Auffallendste halten und sonderlich auf die beiden ersten Zahlen verweisen. Dazu sei bemerkt, daß die Berliner Morgenzeitung dem Besitzer des Berliner Tageblattes, nämlich dem Hause Rudolf Mosse gehört. Man muß also, um ein richtiges Bild zu bekommen, die beiden Summen zusammenzählen und eingerahmt dem deutschen Volke an die Wand hängen. Es ergibt sich dann

> Rudolf Mosse erhält vom Reiche eine jährliche Barunterstützung von 3¾ Millionen.

Anders ausgedrückt: Das Haus Mosse allein erhält fast den zehnten Teil der für die gesamte deutsche Presse bestimmten und zweifellos für die ganze deutsche Presse berechtigten Unterstützung des Reiches. Die Mosseschen Blätter sind geschaffen zur Wahrung jüdischer Interessen, jetzt müssen deutsche Steuerzahler diese jüdische Propaganda noch eigens vergüten.

Trotzdem diese Zahlen, die man immer noch für übertrieben halten möchte, jetzt zum ersten Male allgemein bekannt werden, hatte man doch bereits vorher eine

[1]) Laut Angabe in der Zeitschrift des Verbandes der Fachpresse Deutschlands E. V. Heft 14 vom 15. Juli 1918 betrugen die Reichszuschüsse zu den Kosten der Papierlieferungen im letzten Jahre (1917) 52 Millionen Mark.

Ahnung dieser merkwürdigen Auslese in deutschen Zeitungskreisen; infolgedessen hat man jüngst im Reichstage den Verteilungsgrundsatz angegriffen. Aber alsbald ist aus den Kreisen der Reichstagsmehrheit (die zufälliger- aber auch auffallenderweise den ausgelesenen Blättern nicht ganz fernsteht) die tröstliche Mär erklungen, es würde so schlimm mit der Änderung des Verteilungsgrundsatzes nicht werden, so gerne sich die Regierung jetzt auch zu Einsparungen bereit erklärt hätte. Das bleibe dahingestellt; nicht unterdrückt aber sei die Wahrnehmung, daß von keiner Seite der Gedanke an rückwirkende Richtigstellung ausgesprochen worden ist; niemand mutet es den Beglückten zu, die bisher ungerecht verteilten Goldbarren heimzuzahlen und anders zu verteilen. So bleibt als zweites Bild im gleichen Rahmen für den deutschen Wandschmuck aus der Kriegszeit folgendes Ergebnis:

Rudolf Mosse erhält bei vierjähriger Dauer der Reichsunterstützung
15 Millionen.

Selbst wenn wir hörten, daß diese Summe nur halb, ja viertel so groß wäre, würden wir stutzen und nach Erklärung suchen. Es sei deshalb gestattet — auch um das Verständnis für die Ethik des Verteilungsgrundsatzes zu ermöglichen —, ein wenig weiter auszuholen. Künftige Geschlechter und Uneingeweihte, die teilweise erst durch diese Zeitschrift zum Verständnis der ausschlaggebenden Fragen gelangen, können es ja nicht wissen, daß das Anzeigengeschäft in den letzten Jahrzehnten zur rücksichtslos ausgebeuteten Privatindustrie einiger weniger gehörte. Nun geht die Zeitungsfirma Rudolf Mosse auf einen betriebsamen ehemaligen Anzeigensammler gleichen Namens zurück. Im Dienste anderer Leute stehend, erkannte er den unter seinen Augen riesig steigenden Gewinn und fragte sich vor ungefähr 40 bis 50 Jahren, weshalb er das Geschäft nicht selber machen sollte?

So entstand das Berliner Tageblatt, das dauernd darauf eingestellt blieb, sachlich und persönlich alles zu fördern, was den Anzeigengebern des Herrn Mosse, also was dem Händlergeist, dem Geschmack und der sittlichen Gewohnheit von den in Berlin geschäftlich Betriebsamen auf allen Lebensgebieten entsprach, das Gegenteil aber heftigst zu bekämpfen. (Durch die bekannte Schrift von Eigenbrodt sind die weiteren Verbindungen in Deutschland und über Deutschland hinaus aufgedeckt.)

Durch ungeheure Anzeigengewinne konnte das Berliner Tageblatt und ähnliche Abzweiger klug und sachlich gut ausgebaut werden; so zog es mit großen Lockungen neue Anzeigengeber heran.

Um nun diesen Anzeigengewinn trotz des Krieges nicht zu gering ausfallen zu lassen, mußte für Mosse und Genossen (auch der Vorwärts gehört zu diesen Anzeigeblättern, genau wie die Münchner Neuesten Nachrichten) ein kühner Griff versucht werden: eine Reichsunterstützung, deren Verteilungsgrundsatz den Löwenanteil den wenigen Auserlesenen sicherte.

Am nächsten für die sittliche Begründung einer Reichsunterstützung hätte die Begründung einmal in der bewährten und opferbereiten Hingabe für alles Deutsche

und die Bekundung einer in allem deutschen Gesinnung gelegen, sodann in der durch solche Charakterbetätigung und durch den Krieg geschaffenen schweren Notlage. Aber dann wären wohl sehr, sehr viele weit vor Rudolf Mosse, der Frankfurter Zeitung, dem Vorwärts und verwandten Zeitungen gestanden.

Statt dessen hätte man die Höhe der heimischen Auflage und des gebrachten Textes mit Ausschluß der Inserate als Maßstab für die Unterstützung anwenden können. Dabei hätte man aber wohl mit zu vielen Provinzzeitungen, z. B. der Münchener Zeitung, die mit ihrer Bayrischen Zeitung zusammen nicht allzu sehr hinter dem Berliner Tageblatt an Auflage zurückstehen dürfte, teilen müssen. Zur nötigen Erläuterung sei von größeren Blättern die Tägliche Rundschau erwähnt. Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man ihre Auflage auf ein Viertel derjenigen des Berliner Tageblattes, ihren Reichszuschuß aber auf weniger denn ein Vierzigstel schätzt. Einen besseren Beweis für die Willkür der Auslese hinsichtlich der Auflage scheint noch die Kölnische Zeitung zu gewähren. Sie hat gemeiniglich eine geringere Auflage als etliche der dem B-System gegnerischen Blätter. Während jene nun ungefähr 10000 M. Reichszuschuß erhalten, gewahren wir für sie eine runde Million jährlich ausgeworfen; also das Hundertfache. Trotz alledem behielt die Auflage eine nötigenfalls ergänzende Wichtigkeit, während man die Notlage lieber gar nicht erwähnte. Das einzige Blatt, das ihrethalben vielleicht in diesem Kreise in Betracht gekommen wäre, die Norddeutsche Allgemeine, das Blatt der Regierung, finden wir in der zu Anfang gegebenen Mitteilung gar nicht erwähnt; vermutlich hat es sich keusch zurückgehalten oder sich mit einem kleinen Teil der restlichen 22 Millionen begnügt. Für sein Gedeihen wurde ja durch das jährlich auf 2 Millionen geschätzte Eisenbahnanzeigenmonopol ihres Verlegers Reimar Hobbing gesorgt. Man brauchte also zum Verteilungsgrundsatz einen besseren Kunstgriff und fand ihn in folgendem: Nicht bloß für die von Regierung und Heer ausgeübte Beanspruchung der Zeitungen, nicht als Beitrag zu den Papierkosten für Belehrung, Ermutigung, Benachrichtigung, nicht für den kostspieligen Text nur einer Zeitung, sondern für alle gewinnbringenden Anzeigenseiten zahlt die Regierung je nach Papiergewicht einen festen Betrag. Selbst bei solchem Kunstgriff erscheint ein Ergebnis wie das für Mosse und die 17 angesprochenen Zeitungen erzielte zum mindesten erstaunlich. Eine oder die andere Zeitung mag dabei als Konzessionsschulze gelten, z. B. die Kölnische Volkszeitung. Und so muß mit einem Satze wenigstens kurz auf die vor aller Augen liegende Wechselwirkung hingewiesen werden, die zwischen dem Block dieser Zeitungen und der Regierung, sonderlich der Bethmannschen und Bethmann-Hammann-Kühlmannschen als ein Schutz- und Trutzbündnis in die Erscheinung getreten ist.

Schließen aber wollen wir mit dem Hinweise darauf, daß diese auf dem Verteilungskunstgriff der 40 Millionen geeinte Verbrüderung sich so sicher fühlte, um einen Sturm der Entrüstung gegen diejenigen, als ob sie von der Großindustrie bezahlt würden, zu entfesseln, die in der Not der Zeit und der wachsenden Bedrängnis des deutschen Wollens und der deutschen Sitte sich auf die opferbereite Hilfe eines großen gleichgesinnten Kreises zusammenschlossen, um nicht in unseren weltgeschicht-

lichen Tagen die Stimme des deutschen Gewissens erdrosseln oder aus Entkräftung verhauchen zu lassen.

Aus all dem und vielem, was hier einschlägt, aber nicht in dem kleinen Rahmen ausgeführt werden kann, ergibt sich, daß immer noch in der Behandlung der deutschen Presse die Erneuerungsbestrebungen mit großen Schwierigkeiten und häßlichen Unklarheiten zu kämpfen haben. Sauberkeit und Klarheit auch hier zu schaffen, gutes Beispiel auch hier aufzustellen, bleibt ein Ziel des Schweißes der Edlen wert; je kräftiger wir in Deutschland danach streben, um so nützlicher wird auch unsere Achtung und Geltung im Auslande sein.

Erklärung und Aufruf!

Wir Unterzeichneten fühlen uns verpflichtet, vor der Öffentlichkeit folgende Erklärung abzugeben:

Immer wieder begegnet man in einem Teile der Presse der Behauptung, der Alldeutsche Verband stehe der katholischen Kirche feindlich gegenüber, er fördere den Abfall von ihr, indem er die „Los-von-Rom-Bewegung" ins Leben gerufen habe und begünstige, und darüber hinaus sei er infolge seiner rein machtpolitischen Bestrebungen ein Gegner christlicher Weltanschauung.

Als Mitglieder des Alldeutschen Verbandes haben wir nichts erfahren, was die eingangs erwähnten Vorwürfe rechtfertigen würde: wir können auf Grund unserer Zugehörigkeit zum Alldeutschen Verbande und unserer Kenntnis seiner Tätigkeit bezeugen, daß er den christlichen Bekenntnissen mit gleicher Achtung gegenübersteht, daß er keine feindselige Haltung gegenüber der katholischen Kirche eingenommen hat oder einnimmt, und daß er mit der „Los-von-Rom-Bewegung" nichts gemein hat.

Was den Vorwurf unchristlicher Machtpolitik betrifft, so ist auch er unbegründet: wir wissen, daß der Alldeutsche Verband die Stärkung und Erhaltung deutscher Macht nicht als Selbstzweck betreibt, sondern als Mittel zur Förderung des Wohles, der Freiheit, der Kultur, des Gedeihens unseres Volkes, das — mitten ins Herz Europas zwischen fremde Völker gezwängt — der Macht nicht entraten kann, wenn es sich selbst erhalten will. Die Macht ist für es die Voraussetzung und die Grundlage der Freiheit, des Wohlstands und der Kultur.

Wir betrachten es als vaterländische Pflichterfüllung, dem Alldeutschen Verbande anzugehören und in ihm an der Größe unseres Volkes arbeiten zu helfen, und wir fordern unsere katholischen Volks- und Glaubensgenossen, die in so schwerer Zeit ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande über das Maß des vom Staate Verlangten erfüllen, die als einzelne in der Heimat ihre Treue durch besondere Leistungen bewähren wollen, auf, sich vertrauensvoll dem Alldeutschen Verbande anzuschließen: sie werden dort finden, was wir gefunden haben — eine Vereinigung deutscher Männer, die in ihr und durch sie nichts anderes wollen, als das Wohl unseres geliebten Volkes zu fördern.

Exzellenz Konstantin Freiherr von Gebsattel, General der Kav. z. D., Bamberg und Gebsattel, 1. stellvertretender Vorsitzender. Beeck, Gustav, Fabrikant, Elberfeld. Graf Blome, Salzau bei Schönberg in Holstein. Dütting, Bergassessor, Direktor der A.-G. Phönix, Gelsenkirchen. Eiteldinger, Staatsanwaltschaftsrat, Essen/Ruhr. Finger, Max, Fabrikbesitzer und Stadtverordneter, Breslau. Sanitätsrat Dr. med. Frank, Schularzt, München-Gladbach. Freiherr von Fürstenberg, Berlin-Schöneberg. Justizrat H. Graeff, Rechtsanwalt, Coblenz. Dr. jur. et rer. pol. H. Gürten, Mainz. Hallermann, Amtsgerichtsrat, Essen/Ruhr. Herbruggen, H., Kaufmann, Bingen. Meier, Josef, Seniorchef der Firma Meier und Panhoff, Mytilene. Minnich, Anton, Reallehrer, Oppenheim. Dr. jur. Schneider, Oberamtsrichter, Oppenheim. Schruff, Anton, Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., Duisburg. Vilich, F., Oberpostsekretär, München-Gladbach. Völkel, Mittelschullehrer, Breslau, z. Zt. im Felde. Wimmer, F. X., K. Rektor, Bamberg.

Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. Juli 1918.)

„Was soll man mit dem Kind anfangen?"

Richard Charmatz erzählt in seiner „Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhundert"[1]) aus der Zeit der Revolutionskriege, dem Jahre 1794, folgende Anekdote von dem damaligen österreichischen Minister der auswärtigen Geschäfte, Freiherrn v. Thugut: „Als es für Thugut hieß, die gefangene Tochter Marie Antoinettes und Ludwigs XVI. zu befreien — die Revolutionsmänner hatten einen Austausch von Gefangenen vorgeschlagen —, da fühlte sich der österreichische Staatsmann gar nicht zur Eile bewogen. Für ihn war das Kind nur ein Gegenstand der Verlegenheit. „Was soll man mit ihm anfangen?" meinte der Minister.

Sein Urgroßvater hieß übrigens Thunichtgut! Das Geschlecht scheint nicht ausgestorben zu sein und hat vermutlich sein Tätigkeitsfeld nach Berlin verlegt. Sein Geist scheint im Reichstag und im Auswärtigen Amt weiterzuwirken.

Der zu unserer Vernichtung angezettelte Weltkrieg hat uns im Osten und Westen die Möglichkeit an die Hand gegeben, Millionen von Stammesbrüdern — in Rußland sind es 2 bis 3 Millionen — dem Reiche und Volke in irgendeiner Form wiederzugewinnen. Hätten die Beauftragten des Reichskanzlers im Auswärtigen Amt das, was wir seit langem in erster Linie immer wieder von einem Reichsbeamten verlangen, nämlich ein „völkisches Herz" gehabt, so hätten sie sofort mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, die Hoffnungen und Wünsche dieser Millionen von Stammesbrüdern in den Dienst der Reichspolitik einzugliedern und starke Waffen für die deutsche Zukunft daraus zu schmieden.

Aber wie für Thugut das französische Königskind, so waren für unser Auswärtiges Amt die mit unseren Stammesbrüdern zusammenhängenden, neuauftauchenden Fragen „ein Gegenstand der Verlegenheit". Würdig unterstützt wurden sie in dieser Stellungnahme von der ihre eigenen Zwecke verfolgenden, als antideutsch zu bezeichnenden Richtung Erzberger-Scheidemann. Estland und Livland wurden im Frieden von Litauisch-Brest mit einem Strich von der Zugehörigkeit zum Reiche auszuschließen gesucht. Die Deutschen Beßarabiens wurden ihrem Schicksal, d. h. der rumänischen Willkür überlassen, obschon Marghiloman sicher nichts dagegen gehabt hätte, daß sie deutsche Staatsangehörige wurden. Die Abgesandten der Wolgadeutschen und der Deutschen aus der Ukraine wurden in Moskau erst gar nicht empfangen, — sollte es wahr sein, daß ein Vertreter des Auswärtigen Amtes nicht einmal wußte, daß ihnen nach dem Vertrage von Litauisch-Brest Austritt aus dem russischen Staatsverbande und Abzug mit ihrer Habe zustand? —, und später bewilligte man ihnen die im Handumdrehen berüchtigt gewordenen „zehn Minuten". Erst als die völkische Presse diese „zehn Minuten" gebührend gebrandmarkt hatte, zeigte sich Staatssekretär v. Kühlmann geneigter, auf die Bitten dieser wackeren Deutschen, um die sich längst schon Kanada bewirbt, näher einzugehen. Aber auch er dächte wohl: „Was soll man mit dem Kinde anfangen?" — Nun, man soll es in seinem Eigentum schützen, deutscher Staats-

[1]) Aus Natur und Geisteswelt, 653. Bändchen. Richard Charmatz: Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhundert. B. G. Teubner, Leipzig und Berlin. Geh. 1,20 M., geb. 1,50 M.

bürger und Vorposten werden und in den Randstaaten sich nach Belieben und Platz ansiedeln lassen.

Und wie war und ist es mit den Flamen? Auch sie haben sich deutlich genug geäußert, daß sie unter den Schutz des Deutschen Reiches zu gelangen wünschen. Zum Trost sucht man sie neuerdings zu einem Bündnis mit Wallonien zu überreden, bei dem beide Teile als irgendwie selbständige Staaten vegetieren sollen, und zur Aufmunterung verweist man sie dabei auf das Beispiel von — Österreich-Ungarn, wo 10 Millionen Deutscher einer dreifachen slawischen Übermacht preisgegeben sind.

Wir behaupten, daß in keinem Lande der Welt Stammesgenossen so schmachvoll gleichgültig und nachlässig behandelt werden wie Auslandsdeutsche von den Vertretern des deutschen Auswärtigen Amtes, das ja nach den Erfahrungen des Bukarester Friedens nur für Juden einen Finger rührt, ein Vorgang, der mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Judenheit eine einzige große Hilfsgenossenschaft ist, die zielbewußt jüdische Rassenpolitik treibt, auf Rasse und Geist im deutschen Auswärtigen Amt ein genügend klares Licht wirft.

Die Scham- und Zornröte muß jedem völkisch empfindenden Mann ins Gesicht steigen, wenn er sieht, wie durch eine solche Gleichgültigkeit die größten Zukunftsmöglichkeiten für das Reich verspielt und verschleudert werden. Allerdings — wie kann ein völkisches Herz bei Leuten schlagen, die jedes Volk und Land nur auf Niederlassungsmöglichkeiten für Zweigfabriken oder auf die Bezugsmöglichkeiten billiger Arbeitskräfte prüfen und die nur noch in internationalen, alle Landes- und Stammesgrenzen mißachtenden „Konzernen" oder in Ausbeutungsgelegenheiten durch Ein- oder Ausfuhr zu denken vermögen? Wie konnte man eine zukunftsfrohe, großzügige, deutsche Politik von einem Staatssekretär erwarten, den ein leider viel zu früh verstorbener bayerischer Reichsrat, der ihn genau kannte, bitter einen „jüdischen Ästheten" nannte? Wie kann man von Unterhändlern etwas für das deutsche Volk erwarten, die, wie z. B. die Bankierfamilie Warburg, mit der amerikanischen Hochfinanz verbrüdert und versippt sind?

Es ist da ein psychologischer Fehler in der Auslese, denn wenn ich mich gegen eine internationale Verschwörung zu wehren habe, wie z. Zt. Deutschland, werde ich gut tun, meine Verteidigung und die Wahrung meiner Interessen nicht gerade einem Apostel und Zunftgenossen der Internationalität anzuvertrauen, denn dann laufe ich Gefahr, daß sich die internationalen Zunftgenossen gemeinsam auf meine Kosten „verständigen". Der Friede von Bukarest, der dem deutschen Volke eine Petroleum-Verbrauchssteuer zugunsten einiger Großbanken und Rumäniens auferlegt[1]), spricht eine zu deutliche Sprache in dieser Hinsicht. Wenn man seine Advokaten so falsch wählt, soll man sich nicht wundern, wenn sie angesichts nationaler Belange und gegenüber den Wünschen unserer deutschen Stammesgenossen, überbürdet, wie sie sich vorkommen, und peinlichst berührt die Achseln zucken: „Was soll man mit dem Kind anfangen?" Man hat s. Zt. die deutschen Fürsten viel gelästert, weil sie von Napoleons Gnaden und später auf dem Wiener Kongreß nur Vorteile für ihr eigenes Land oder Ländchen herausschlagen wollten. Sie sorgten doch aber wirklich, indem sie an sich dachten, für ihr Land und ihr Volk. Unsere bisherigen Unterhändler dachten in erster Linie an die internationalen Großbanken.

[1]) Vgl. den Aufsatz: „Bukarester Friedensbilanz" von Professor Dr. Freiherrn v. Liebig in Heft 7 dieser Zeitschrift, Jahrg. II.

Wer stützt das System?

Es hält aber schwer, die internationalen Zunftgenossen von ihrem Stühlchen herunterzuholen. Es hängen, ihnen selbst, wie wir zu ihrer Ehre annehmen müssen, unbewußt, an ihrem Bleiben augenscheinlich sehr viel Interessen, hinter denen außerordentlich wirkliche und große Mächte stehen. Daß die Großbanken einen Kühlmann nicht gern ziehen ließen, der seiner ganzen Abstammung nach ihrem Gedankenkreis nahestand, ist allein schon nach dem Bukarester Frieden, der ihnen so schöne Gewinnmöglichkeiten gebracht hat, begreiflich. Die Großbanken beherrschen aber nach Bedarf einen großen Teil unserer Presse, damit der öffentlichen Meinung, damit auch der Parlamentarier. Bethmann, dessen Schlauheit und Rührigkeit niemand unterschätzen soll, soweit es sich um die Wahrung seines Postens handelte, wußte ganz genau, was er tat, als er sich auf jene Seite schlug, welche eben den Hauptteil der öffentlichen Meinung nach Belieben zu ihrem Nutzen gängelt, und da alles im Leben oder doch das meiste auf Gegenseitigkeit beruht, stützte jene Seite gern einen Staatsmann, der sich ihr so entgegenkommend zeigte. Kühlmann war aber in jeder Beziehung Bethmanns Nachfolger. Darüber hinaus war er aber noch weit mehr: er war ein Symbol. Er teilte dies Schicksal mit den meisten jener Männer, die nach Michaelis' Abgang von Gnaden der Reichstagsmehrheit ans Ruder kamen. Der uns beherrschende international-plutokratische Judenfreisinn mit seinem sozialdemokratischen Anhang, der aus Geschäftsrücksichten pazifistisch ist und das parlamentarische System als Lebensnotwendigkeit braucht, um überall nach seinen Wünschen geleitete Nebenregierungen und Ausschüsse und mit ihnen überall bequeme Einfallstore für seinen Einfluß zu schaffen, erklärt jeden für unverletzlich, der diesem von ihm erstmalig bei Hertlings Berufung offen geschaffenen System angehört, und droht mit einer „Krise", sowie einer ihrer Schützlinge aus diesem Ring entfernt werden soll. Da Kühlmann sich so gefügig und brauchbar zeigte, galt er als besonders heiliger Vertreter dieses Systems, das wir schon öfters als Rückversicherung zwischen Mehrheit und führender Bureaukratie zur gegenseitigen Erhaltung in der — dadurch unverantwortlich werdenden — Macht gekennzeichnet haben. Daß dies System nach außen kein geschlossenes, starkes, einheitlich geleitetes Deutschland, nach innen keine Führung des Volkes durch national zielbewußte, geschichtlich, politisch und wirtschaftlich geschulte Schichten gebrauchen kann und daher für das gleiche Wahlrecht kämpft, sei nur nebenbei bemerkt. Gelegentlich der unglücklichen Kühlmannreden im Reichstag — „Steine statt Brot" nannte sie angesichts unserer Siege und Hoffnungen mit Recht der Abgeordnete Stresemann, eine „Entlastungsrede für England" der fortschrittliche Abgeordnete Kopsch — die trotz der glättenden Worte des Reichskanzlers auch nach ihrer kläglichen Berichtigung bei allermildester Beurteilung als überflüssigste und platteste Selbstverständlichkeiten erschienen, in ihrer Wirkung aber bei uns als scharf zu verdammende Flaumacherei, bei unseren Feinden als offenbare Stärkung des Kriegs- und Siegeswillens zutage traten, wurde ganz unverhohlen das von uns geschilderte Streben bestätigt. Der „Vorwärts" schrieb, als die Entrüstung gegen Kühlmann offen einsetzte, unter dem 27. Juni: „Der Fall Kühlmann ist ein Fall Hertling. Es ist naiv zu glauben, der Reichskanzler könnte den Staatssekretär des Auswärtigen auf höheren Befehl einfach davonjagen und dann ruhig in seinem Amte bleiben. Würde Herr v. Kühlmann wegen seiner Rede vom Montag entlassen, so wäre damit eine vollkommen neue politische Lage geschaffen, die Voraussetzungen, auf denen sich der Bestand der gegenwärtigen Re-

gierung aufbaut, würden damit hinfällig ... Minister sollen, wenn sie dazu reif sind, parlamentarisch gestürzt, sie sollen nicht militärisch gemaßregelt werden."

An diesem, der Verfassung offen hohnsprechenden Zustand — dem Kaiser steht das Recht der Beamtenernennung und -entlassung allein zu — wurde sogar dadurch nichts geändert, daß der gleiche „Vorwärts" im gleichen Aufsatz erklärte: „So möglich oder unmöglich die in vielen Farben schillernde Gestalt des Staatssekretärs sein möchte ..." und am 28. Juni schrieb: „Kühlmanns Schwäche ist zweifellos." Und das „Berliner Tageblatt" gestand am 26. Juni schon zu: „Die Seele des Herrn v. Kühlmann krankt, und das ist das schlimmste, an Zwiespältigkeit." Tat alles nichts, — das System sollte nicht angetastet werden, und Kühlmann sollte bleiben. Der ganze Vorgang ist ein für allemal kennzeichnend für die Formen des parlamentarischen Systems und als solcher nicht ohne geschichtliche Denkwürdigkeit. Die offenherzige „Mache" wurde auch Freisinnigen zu viel, und Georg Bernhard schrieb mit böser aber angebrachter Ironie in der „Vossischen Zeitung": „Dem Staatssekretär des Äußern werden seine Freunde verhängnisvoll. Sie haben in neuer Einstudierung das uns aus früheren Krisen wohlbekannte Rührstück „Das gehetzte Edelwild" zur Aufführung gebracht. Aber diese Neueinstudierung läßt doch die sehr geschickte Regie aus den Jahren 1916 und 1917 vermissen. Vor allem hat man sich nicht einmal die Mühe gegeben, Ausstattung und Dekorationen zu erneuern. Vermutlich wohl deshalb, weil man gezwungen war, in größter Eile zu arbeiten ... Und so ward denn schnell offenbar, wie liederlich die Bearbeitung und wie unangebracht und unwahr die Tendenz des alten Rührstückes gewesen ist." Hier wird ohne weiteres ausgesprochen, daß die ganze Bewegung zum Schutz des Herrn v. Kühlmann eine unwürdige, übel in die Zeit passende Komödie gewesen ist! Wir gehen auf diese Angelegenheit noch ein, weil sie sich täglich in anderer Form wiederholen kann und weil sie genau zeigt, wohin wir schon gelangt sind. Man bedenke: eine etwa an sich sachlich berechtigte Entlassung eines nicht bewährten Beamten durch den Kaiser wird von vornherein als „militärische Maßregelung" dem Volke verdächtigt, da dieser Beamte als Geschäftsträger nicht etwa des Volkes sondern nur einer Parteigruppe einfach auch gegen den Willen des Kaisers gehalten werden sollte, da er nun einmal von Mehrheits Gnaden und zu der Mehrheit Gunsten im Amte war. Das verfassungsmäßige Recht des Kaisers wird hier mit bewährter talmudischer Spitzfindigkeit umgebogen und dem Volke als „Militärherrschaft" mit dem abschreckenden und aufreizenden Schein der brutal-selbstherrlichen Ungesetzlichkeit umkleidet. Es ist notwendig, diese Taktik ein für allemal festzunageln. Denn der Streit um eine Leiche, heiße sie Julientschließung, Verständigungsfriede oder auch Kühlmann, wird sich immer wieder wiederholen — er wurde bei uns angesichts der Begleitumstände von Hertlings Amtsantritt sofort prophezeit —, sobald den Herren vom parlamentarischen System irgendeine Gefahr droht. An Leichen wird es niemals fehlen. Mag das Vaterland zugrunde gehen, — das System muß bleiben!

Angesichts des unwahren und unangebrachten „alten Rührstückes", das beliebig oft in Szene gesetzt werden kann, fragt man sich, ob denn die Schmierenschauspieler gar nicht so etwas wie Scham empfanden, wenn sie dem deutschen Volk in dieser Zeit ein derartiges verlogenes Theater zu bieten wagten. Auf der andern Seite muß man aber auch, um gerecht zu sein, fragen, ob denn das deutsche Volk von allen guten Geistern verlassen ist, daß es die Figuranten nicht voller Ent-

rüstung und Ekel zum Teufel jagt. Die Äpfel — wahrscheinlich auch die faulen — werden allerdings meistenteils beschlagnahmt.

Die Wurzeln des Systems.

Man muß aber noch weiter fragen und forschen, wo denn eigentlich die Wurzeln dieses verhängnisvollen Systems stecken. Sie sind selbstverständlich gedanklicher Art. Sie finden aber ihren Nährboden in Konfliktscheu und Willensschwäche. Das geistige Rezept zum parlamentarischen System, dessen Blüte wir schaudernd erleben, sowie seine Begründung sind gewissermaßen im Auszug in Friedrich Naumanns Buch „Der Kaiser im Volksstaat" enthalten (erschienen in der Schriftenreihe: Der deutsche Volksstaat. Schriften zur inneren Politik, herausgegeben von Wilhelm Heile und Walter Schotte. Fortschritt G. m. b. H., Berlin-Schöneberg). Es muß anerkannt werden, daß Naumann sich darin bemüht, mit dem Verstande Gedanken und Anschauungen gerecht zu werden, die bei anderen durch Schulung in Geschlechtern längst instinktmäßig als Wahrheiten erfaßt, gewertet und verteidigt werden. Das wird sicherlich von guter Wirkung sein, denn auf diese Weise wird das in manchen Volksteilen abhandengekommene monarchische Gefühl so manchem wieder verständlich, natürlich und ehrwürdig erscheinen. Viel demokratisch-reaktionäre Vorurteile wird diese Schrift zerstören. Darüber hinaus finden sich aber unerfreuliche Oberflächlichkeiten und vielfach Überredungskünste an Stelle von Beweisen. Da man nun Naumannschen Gedankenreihen nicht nur im Volke, sondern auch an höheren Stellen aller Art begegnet, ihre Auswirkungen überall mit Händen zu greifen sind und seine Ausführungen gerade für die letzten Vorgänge zugeschnitten zu sein scheinen, ist eine Auseinandersetzung mit ihnen unumgänglich. Naumann steht auf dem Standpunkte, daß das alte Witzwort „die Republik mit dem Großherzog an der Spitze" jetzt im Kriege wahr würde. „Das wird jetzt geschichtlicher Ernst. Wir haben das Kaisertum, wir haben das selbstbewußte Volk. Beide werden sich vertragen oder sich ruinieren." Ein solches Wort erscheint uns Deklamation und Konstruktion, solange uns Naumann nicht sagt, was er sich unter dem „selbstbewußten Volk" vorstellt. In welcher Form soll es seine Stellung zum Kaiser finden? Denn daß jeder nun im Staate neben dem Kaiser tut, was er gerade für angenehm oder richtig hält, wird doch Naumann nicht wollen. Hören wir: „So oft an den Fronten in Ost und West der Kaiser durch die Mengen der vaterländischen Truppen schritt, die Tapferen grüßte und ihnen den Dank des Vaterlandes aussprach, bildete sich eine neue Verbundenheit, nicht der Unterordnung sondern der Gemeinsamkeit bis zum Tode." Klingt sehr schön, — aber seit wann sind Unterordnung und Gemeinsamkeit Gegensätze? Der Offizier, der seine Mannschaft in den Kampf führt, — geht er nicht mit ihr gemeinsam in Lebensgefahr und Todesnot? Der Werkführer, arbeitet er nicht mit Arbeitgeber und Arbeitern gemeinsam an einem Werke? Mir scheint, der hohlen, aber zur Zeit heiligen Gleichheitsphrase zuliebe, die eben um die Welt nicht eine organische Gliederung und Unterordnung duldet, welche der innerlich Freie um der Sache willen von selbst sucht, ist da die noch viel hohlere und schlimmere Phrase von der Gemeinsamkeit konstruiert. Von diesem überaus wackligen und bedenklichen Gedankenunterbau ausgehend, modelt Naumann das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche" in die Fassung um: „er (d. h. der Kaiser) kennt keine Kasten- und Klassenvorrechte mehr, ... er kennt ein gleiches Volk." Teufel noch einmal: wenn durch Ausmerzung aller „Kasten- und

Klassenvorrechte", dieses demokratischen Popanzes, alle Menschen gleich klug, stark und gut würden, wäre ich sofort dafür! Leider hat das Kaiserwort gar nichts damit zu tun, da es nur von Parteien spricht, denn der Kaiser ist eben etwas klüger als Herr Naumann und weiß, daß eine natürliche Rangordnung nach Fleiß, Begabung, Charakter und ihre Auswirkung in Geschlechtern in jedem Staate nicht nur selbstverständlich sondern auch notwendig ist, selbst wenn sie auch Naumann als „Kasten- und Klassenvorrechte" erscheinen sollte. Man sieht: Herr Naumann ist wirklich manchmal unerfreulich oberflächlich.

In dem gleichen Abschnitt „Monarch und Volksvertretung" dekretiert er dann: „Der Kanzler ist die Vermittelungsperson zwischen Fürst und Volk; um dieses leisten zu können, muß er der Vertrauensmann beider Teile sein. Mit andern Worten: der Kaiser wählt und entläßt den Reichskanzler, er verzichtet aber auf das doch nur in der Idee vorhandene Recht, einen Kanzler gegen den Widerspruch einer Parlamentsmehrheit zu ernennen oder zu behalten."

So, so! Wie Naumann so schön zureden kann! Kraft des „doch nur in der Idee vorhandenen Rechtes" hielt König Wilhelm in den Konfliktsjahren Bismarck, und hätte er es nicht getan, hätte Naumann wohl keine Gelegenheit, seine Weisheit in einem deutschen Reichstag an den Mann zu bringen. Er erinnert aber selbst ruhig an diese Tatsache und nennt sie „im Grunde nur eine Erinnerung, allerdings eine sehr bedeutsame". Wollte man auf diese „Erinnerung" verzichten, wäre in der Tat der Kaiser ein für allemal wehrlos dem Willen der Mehrheit ausgeliefert, die mit Hilfe ihrer Presse unverantwortlich und absolut herrscht, — einer Mehrheit, die lieber an einem Beamten und damit an ihrem System mit doktrinärer Machtlust festhält, statt das sachlich Richtige und vaterländisch Notwendige, nämlich seine Entlassung, anzuerkennen. Wo war denn im Falle Kühlmann die von Naumann als heilsam und notwendig gepriesene „parlamentarische Antibeamtenschaft, die zur Kontrolle der Bureaukratie dient?" Sind Sie, Herr Naumann, selbst so blind, oder wollen Sie es nicht sehen, daß eine vom Parlament eingesetzte Bureaukratie niemals einer „parlamentarischen Antibeamtenschaft" ausgesetzt sein wird, solange sie die Anordnungen des Parlamentes befolgt? Im Gegenteil, das Parlament nimmt sie, wie im Falle Kühlmann, natürlicherweise in Schutz, wenn es sein muß sogar gegen den Kaiser. In dieser Weise wirkt dann, wie Sie so schön sagen, „die Volksvertretung als Schutzvorrichtung für den Monarchen!" Es sei aber die theoretische Frage erlaubt: wenn der Kanzler die Mittelsperson zwischen Fürst und Parlamentsmehrheit ist, vom Parlament gedeckt wird, solange er seine Anweisungen befolgt, vom Parlament aber fallen gelassen wird, wenn er etwa den gegen den Willen des Parlamentes gerichteten Willen des Kaisers vertritt, — wozu ist dann überhaupt noch ein Kaiser mit einem Willen nötig?

Um diese Kern- und Kardinalfrage, an der im Grunde die monarchische Form des Reiches hängt, geht Naumann mit folgender Versicherung herum: „Eine grundsätzliche Opposition gegen den Staat selbst ist nur solange möglich, als ein Teil des Volkes grundsätzlich von der Mitwirkung ferngehalten wird." Mit Verlaub: es ist nicht vom Staate sondern vom Kaiser die Rede! Wer will leugnen, daß im Programm der Sozialdemokratie die Einführung der Republik steht? Und dann: es kommt doch wohl zunächst darauf an, was man unter „Staat" versteht und will! Das Streben nach Zerstörung des Privateigentums, nach Unterdrückung jeder Eigenart unter die Höhenlage des ungebildeten Durchschnittes hinab, nach Massenherrschaft — um nur einiges zu nennen —, dürfte man doch wohl als „grund-

sätzliche Opposition" gegen den bestehenden Staat auffassen. Es ist klar, daß das parlamentarische Regiment nicht nur die Möglichkeit des stärkeren Hervortretens dieser Richtung im Staat bietet sondern für diese selbst nur das Mittel zum Zweck der Herrschaft im Staate ist. Wie kann der Thron dabei „außer aller Diskussion" stehen, wie Naumann meint? Er tröstet uns mit der Behauptung: „Da alle in Betracht kommenden politischen Gruppen die Erhaltung, Verteidigung, Stärkung des Volkes und Vaterlandes zum Ziel ihrer Tätigkeit haben und darin mit dem Monarchen unterschiedslos einig sind, so vermindern sich die Reibungsflächen zwischen Demokratie und Monarchie." Wird Naumann diesen Glauben beibehalten angesichts der Scheidemannschen Kreditverweigerungs-Drohung und des offenen Aufrufes Ledebours zur Revolution? Er spricht obenhin von „unschöpferischen Seelen" und einem „Rest von Radikalen", die es immer „in gewisser Zahl" geben werde. Da steckt aber der Grundfehler: nicht die geheiligte Zahl Zahl macht die Gefährlichkeit aus sondern der Geist, die Persönlichkeit! Ein geschickter Teufel kann 10000 Engel zu Fall bringen. Der falsche Glaube an die Zahl, auf dem das parlamentarische System beruht, verhilft eben unbedingt auch den unberufensten, radikalsten, staats- und kaiserfeindlichsten Geistern zu gefährlichem Einfluß. Solange nicht die Wertung nach Berufenen und Unberufenen Platz greift, sind Kaiser und Staat immer innerhalb der Diskussion und — der Gefahr. Also auch hier wieder gewaltsame Konstruktion und unerfreuliche Oberflächlichkeit! Immerhin deutet Naumann an, wie er sich die Rolle des Kaisers in der Republik mit dem Großherzog an der Spitze denkt: „Im Klassenkampfe sind stets Personen nötig gewesen, die selber uninteressiert die Vermittelung in die Hand nahmen. Darum werden häufig bei schweren Streiks und Aussperrungen Oberbürgermeister oder angesehene Beamte außer Dienst für den letzten Akt der Verständigung hinzugezogen. Mehr als dieser Dienst auf alleroberster Stufe wird vom Monarchen nicht erwartet." Verzeihung: wer nicht die flache, etwa dem Horizont eines Gewerkschaftssekretärs entsprechende Auffassung von den geschichtlichen Aufgaben der Hohenzollern-Monarchie hat wie Naumann, erwartet mehr von ihr. Ganz gewiß! Aber will man Naumann beim Worte nehmen und z. B. den Kaiser im Streit um Kühlmann, wie es geschehen, die Entscheidung gegen die Parlamentsmehrheit herbeiführen lassen — ja, dann haben wir eben die angedrohte Krise! So „vermindern sich die Reibungsflächen zwischen Demokratie und Monarchie" nicht, wie Naumann es hinstellt.

Wer will aber leugnen, daß bei uns nach Naumannschem Rezept gearbeitet wird?

Bismarck — daß schon sein Name manchen Leuten heute auf die Nerven fällt, ist nicht unsere Schuld — hat es ausgesprochen:

„Keine Regierung ist für das Landesinteresse so schädlich, wie eine schwache. Eine Regierung muß vor allen Dingen fest und energisch sein, nötigenfalls sogar mit Härte vorgehen. Das ist zur Erhaltung des Staates nach außen wie nach innen nötig. Eine Regierung, die an der Neigung krankt, Konflikten auszuweichen, notwendige Kämpfe zu unterlassen und sogar ausländischen Wünschen immerfort nachzugeben, verfällt unrettbar dem Untergange. Sie gelangt sehr bald dahin, sich überhaupt nur noch durch Zugeständnisse erhalten zu können, von denen das eine das andere nach sich zieht, bis von der Staatsgewalt überhaupt nichts mehr übrig bleibt."

Das Zurückweichen vor den ersten parlamentarischen Machtgelüsten hat den ganzen Wirrwarr heraufbeschworen, da Konflikte die unangenehme Eigenschaft

haben, in immer verhängnisvollerer und entscheidenderer Form wiederzukehren, wenn man ihnen ausweicht. Bethmann wollte augenscheinlich nach Naumanns Rezept die „Vermittelungsperson zwischen Fürst und Parlament" darstellen. Auf Seite des Fürsten standen und stehen aber auch Minderheitsparteien, deren Gedanken und Einflüsse nicht völlig unberücksichtigt bleiben konnten. So entstanden denn, wenn Bethmann einmal öffentlich auftreten mußte, jene sonderbaren Gebilde von Reden, bei denen er sich, wie ein Rohr im Winde schwankend, nach allen Richtungen verneigte, aus dem Schlagwörterschatz einer jeden Partei etwas vorkramte und auch des Monarchen nicht vergaß, — im Grunde aber sich zwischen 20 Stühle setzte. Und so war auch seine ganze Politik. Etwas anderes ist aber nicht möglich, solange man nach dem Naumannschen Rezepte arbeiten will. Es ist ausgeschlossen, daß ein Staatsmann, und sei er noch so anschmiegsam und gerissen, etwas Positives zielbewußt durchsetzt, wenn er sich als „Mittelsmann" allen Richtungen, befugten und unbefugten, staatsfreundlichen, monarchischen, republikanischen, staatsverneinenden, anpassen will. Das Rezept, nach dem die Mehrheit arbeitet, ist auf halbwahren, gefährlichen, nicht zu Ende gedachten Gedanken aufgebaut. „Niemand kann zween Herren dienen", heißt es in der Bibel. Der „Mittelsmann" Naumanns soll aber 20 Herren dienen. Auf diese Weise hebt eine Strömung die andere auf, und es geschieht — nichts. Absolut nichts! Auch Kühlmann war ein Opfer des auf falschen Voraussetzungen beruhenden Naumannschen Rezeptes. Unter seiner Herrschaft ist es klüger, still zu schweigen, wie es Hertling im allgemeinen tut. Dabei kann sich jeder denken, was er will.

Daß Kühlmann sich gleich Bethmann einbildete, mit ihm wirtschaften zu können, bedeutete Mangel an Klarheit und Mut; wennschon nicht zu verkennen ist, daß seine international-pazifistischen Neigungen denen der Mehrheit nahestanden. Wir können aber nur noch Männer gebrauchen — unsere Gefahr ist zu groß! —, die beides, Mut und Klarheit, in genügendem Maße haben. So wie bisher geht es nicht weiter. Darüber ist man sich von allen Seiten klar. Solange man aber glaubt, nach dem Naumannschen Rezept selig werden zu können, wird es nie anders werden als bei Bethmann, Michaelis, Kühlmann. Das müßte auch Herr v. Hintze erfahren, dem wir Mut und Klarheit genug zutrauen, um sich von dem Naumannschen Rezept loszusagen. Daher kläre man das Volk und die interessierten Kreise über die falschen Voraussetzungen und irrigen, lähmenden, gefährlichen Folgen dieses, ursprünglich wohl gutgemeinten Rezeptes auf, damit die Wähler, wo es not tut, die Abgeordneten zwingen, sich von ihm loszusagen. Man schaffe endlich die monarchische Presse! Dann gebe man dem Kaiser wieder, was des Kaisers ist, und die von ihm allein berufenen Männer werden wieder in der glücklichen, einzig richtigen Lage sein, nur noch nach ihrer völkischen Überzeugung und ihrem vaterländischen Gewissen zu handeln und zu reden zu brauchen, nicht nach der farblosen Mischung aus unzähligen berufenen und unberufenen Meinungen, die sie auf die schiefe demokratisch-internationale Ebene drängt. — Wie sagte ein bekannter Feldherr 1866 zu einem Untergebenen? „Klug braucht man nicht zu sein, aber Courage muß man haben, Courage!"

Daß nach Naumannschem Rezepte auch in der auswärtigen Politik gearbeitet wurde, und daß angesichts der Erfahrungen z. B. in Stockholm und der selbstherrlichen Erzbergerreisen, diese Rezepte, die auch hier auf eine stärkere Verwendung Unbefugter, Unberufener und Unverantwortlicher drängen, ebenfalls gefährlich

in völkischem Sinne wirken, allerdings den plutokratischen Wünschen nach Schaffung immer neuer Einfallstore für großfinanzielle Einflüsse sehr entgegenkommen, sei hier nur angedeutet. Eine Gelegenheit, auf sie näher einzugehen, dürfte sich später einmal finden.

Wer hält Disziplin?

Dies ganze Rezept, bei dem nicht die ruhige Stimme der Vernunft, sondern der laute Schrei der Zahl bestimmend auf die Richtung im Staate wirkt, hat es auch zuwege gebracht, daß niemand mehr in dem Staate mit der ihn verwaltenden Regierung einen zu verehrenden Vater und Schützer sieht, sondern die Mehrheit betrachtet ihn ganz offen als einen faulen Schuldner, der um so mehr zahlt, je ärger man ihn bedroht. Wer kann aber am meisten diesen Anbeter der Zahl und der Masse bedrohen? Natürlich die organisierte Zahl und Masse selbst. Die Wahlrechtsvorlage, — nebenbei: wer „mit ihr" stehen kann, steht lieber, als daß er fällt; daher wird sie vermutlich noch länger „offene Frage" bleiben — das Arbeitskammergesetz, die Aufhebung des § 153 R.G.O., denen noch viele Wünsche bis zum Frauenstimmrecht folgen werden, bestätigen es. Denn nach welcher andern Seite hin ist seitens der Regierung während des Krieges eine einzige Verbeugung von ähnlicher Tiefe erfolgt?

Uns scheint Naumann wieder nur eine Seite zu sehen oder sehen zu wollen, wenn er in der angeführten Schrift meint: „Die sozialistische Disziplin ist zur staatserhaltenden Kraft geworden, und kein König und kein General wird je wieder in aller Zukunft auf sie verzichten wollen." — Die Bewunderung und die Ehrfurcht vor der „sozialistischen Disziplin" findet man, wie die übrigen Naumannschen Gedanken und Anschauungen, ebenfalls in hohen Rats-, Bureaukraten-, Zensur- und anderen Stuben. Ja, du lieber Himmel, — daß der deutsche Arbeiter bei Kriegsausbruch wie ein Stock danebenstehen oder gar seine Kräfte gegen das eigene Vaterland kehren würde, hat doch wohl niemand ernsthaft geglaubt, es sei denn, daß ihn sein eigenes schlechtes Gewissen dazu verleitete. Gerade umgekehrt war es: jeder Arbeiterführer wäre in Stücke zerrissen worden, hätte er sich der vaterländischen Welle widersetzt. Dann wurden die Arbeiter zum Heere einberufen, die Reihen der Gewerkschaften und Parteivereine lichteten sich gewaltig. War es da etwas so Ungewöhnliches, daß sie Disziplin hielten? Was hätten sie Undisziplinierteres unternehmen können? Daß die Begeisterung der Augusttage nicht dazu benutzt wurde, die Arbeiter, die ihr Vaterland entdeckt hatten, von ihren kleinlaut gewordenen internationalen Führern zu trennen, ist wieder kein Verdienst der Arbeiter, sondern Schuld Bethmanns. Und jetzt? Die Rüstungsstreiks ließen die „Disziplin" in etwas fragwürdigem Licht erscheinen. Kreditverweigerung wird man auch nicht als „Disziplin" ausprechen können. Hinter ihrer Bewunderung steckt eben wieder nichts anderes, als die Wertung der Zahl an sich, nicht der Einsicht, die hinter ihr steht. Wie man mit weniger einsichtigen Leuten, und seien sie noch so zahlreich, fertig wird, ohne bei ihnen viel nach Disziplin oder nicht zu fragen, hat der verstorbene Kommandeur in den Marken, v. Kessel, bewiesen. Er stand auf dem, natürlich als reaktionär verrufenen, aber im Grunde selbstverständlichen Standpunkt, daß die Einsicht der Unreifen der Einsicht der Reifen weichen muß, und daß der Staat die Pflicht hat, seine Mittel so anzuwenden, daß die Einsicht der Reifen die Unreifen — zur Disziplin zwingt. Natürlich ist dieser Standpunkt dem fremd, der alle Ansichten als gleich zählt, statt sie zu werten. Etwas unklar erscheint die Wendung Naumanns: „Kein König und kein General wird je wieder

in aller Zukunft auf sie (die Disziplin) verzichten wollen." Uns scheint die Sache umgekehrt zu liegen: von den internationalen Führern war weder Staatsgesinnung noch Disziplin zu *erwarten*, also wurde auch gar nicht mit ihr gerechnet. Verzichten kann ich aber doch nur auf etwas, womit ich einmal gerechnet habe. Daß die *ganze* deutsche Arbeiterschaft in Opfermut, Staatsgesinnung und Disziplin versagen würde, das konnte nur ein „Optimist" vom Schlage Bethmanns denken. Andere Kreise haben nicht gezweifelt, daß die meisten Arbeiter ihre vaterländische Pflicht gern und freudig tun würden, wie es ja auch geschah. Von einem „Verzicht" kann also abermals nicht die Rede sein. Und schließlich: was versteht Naumann unter „Disziplin"? Sollte er nur das blinde Folgen, das blinde Dem-Führer-Gehorchen meinen, wäre dafür besser Kadavergehorsam zu setzen, den man sonderbarerweise nur dem Militarismus zum Vorwurf macht. Er hätte also staatserhaltend gewirkt? — Da würde ja Naumann als Erzreaktionär angesehen werden müssen, wenn er das glaubte.

Nein, — wenn man etwas tiefer sieht, so sind es ganz andere Schichten, vor deren Disziplin man immer größere Ehrfurcht bekommt, Schichten, die allerdings kaum jemand erwähnt, die der angebliche „Schützer" und „Vater" Staat seelenruhig ihrem bitteren Schicksal überläßt: *wir meinen den gebildeten geistigen Mittelstand!* Was er in diesem Kriege geleistet, ertragen und geduldet hat, ist schwer in Worte zu fassen, und wenn Friedrich Meinecke kürzlich von der „geistigen Kohärenz" des deutschen Volkes sprach, — wem ist sie denn, falls sie noch vorhanden, zu danken, wenn nicht eben dem geistigen gebildeten Mittelstand und seiner alle Schichten durchdringenden vaterländischen Gesinnung? Diese Schichten, die still und unerschüttert nicht dem Erwerb, sondern ihrem Amte, ihrem Berufe, ihrer Berufung mit treuer Hingabe weiterleben, welche Preissteigerung, Mißwirtschaft, Wucher, Geldverschlechterung, Wohnungselend, Kleiderwegnahme, Not und Tod der liebsten Angehörigen, Vermögensverfall, Steuerlast, ach, so häufig *ohne* Teuerungszulage, *ohne* Kostzulage für Schwerarbeiter, *ohne* Schiebergewinn, *ohne* Verdienst in der Munitionsfabrik und *ohne* Entschädigung und Rente für Siechtum und Elend, mit der Aussicht, ins Proletariat zu sinken, ruhig ertragen: *sie beweisen Disziplin!* Und diese Disziplin entspringt ihrer Weltanschauung, an der sich die Arbeitermassen, deren Führer vom Staate alle erdenkbaren Sondervorrechte erpressen — der Begriff „Sondervorrecht" ist sehr relativ — wahrhaftig ein Beispiel nehmen könnten. Und das sonderbarste: in diesem geistigen Mittelstand, der schweigend darbt und weiterarbeitet, in dessen Zeitungen nicht, wie im „Vorwärts" täglich Kostüme zu zwei- bis dreihundert Mark angezeigt werden, lebt, leuchtet und wirkt der völkische, der alldeutsche Gedanke am stärksten und reinsten. *Wer treibt denn die angefeindete Machtpolitik?* Wer ist der Materialist? Etwa dieser geistige Mittelstand, der ohne Organisation, ohne Unterstützung von oben oder unten für die Größe und staatliche Zukunft des deutschen *Vaterlandes*, für neue Lebensmöglichkeiten unseres *Volkes* auf Geschlechterfolgen hinaus kämpft und leidet, ohne an sich zu denken, — oder treiben jene Arbeiterführer Machtpolitik, denen die Entwicklung des Deutschtums gleichgültig, die Aufbesserung der Löhne, die Erweiterung ihrer politischen Befugnisse, die Ausdehnung des angeblichen Einflusses der Masse Hauptsache ist, die sie auf Grund ihrer „Disziplin" vom Staate während seines Kampfes auf Tod und Leben Stück für Stück *erpressen*? Die Antwort dürfte nicht schwer fallen. *Doch weil die Alldeutschen unbequeme Idealisten sind, werden sie von den Materialisten im*

eigenen Volke genau so angefeindet und verketzert wie das ganze Deutschtum von der übrigen Welt. Aber trotz Elend und Anfeindung gehen sie stolz, unbeugsam und freudig ihren Weg. Ihre Weltanschauung verbürgt es ihnen, daß nicht hohe Löhne, nicht Wohlleben und große politische Rechte so zufrieden und freudig machen, wie sie es sind, sondern nur der selbstlose Dienst, die treue Pflichterfüllung, die Hingabe an die große völkische Sache. Freiheit, innere Freiheit entsprießt der Pflichterfüllung, und Pflichterfüllung bedeutet Überwindung der Trägheit, Überwindung des Körpers, der Materie durch den Geist. In dieser inneren Freiheit allein wurzelt aber auch die wahre Disziplin.

Ausblick.

Alle Welt lebt in der Spannung und Hoffnung, daß Sommer und Herbst 1918 eine, nein: die große Entscheidung, womöglich den allgemeinen Frieden bringen möchten. Daß man sich in England der schwersten Schläge versieht, beweist die Tatsache, daß dort dem Lande die Erntearbeiter in so großem Umfang entzogen und in das Heer eingestellt wurden, daß die Einbringung der Ernte mehr als gefährdet ist. Ähnlich mögen die Dinge in Frankreich liegen. Beide Länder müssen im Auftrag Amerikas weiterkämpfen, um die in das Kriegsgeschäft einmal hineingesteckten Zinsen herauszuwirtschaften, da sie sonst die Vereinigten Staaten verhungern ließen. Diesen macht die Frage des Nachschubs für die Armee in Frankreich infolge der Schiffsraumnot große Schwierigkeiten, so daß das Ganze vielleicht wie ein recht böses Abenteuer ausläuft. Wilson hat übrigens eine grausenerregende Art von Humor erfunden, die, als edelste Blüte der menschheitsbeglückenden Demokratie, weltgeschichtlich neu sein dürfte. So, wenn er z. B. behauptet, daß die Vereinigten Staaten das erste Beispiel eines selbstlosen Krieges lieferten, oder wenn er versichert, daß der Krieg der Vereinigten Staaten sich auf der Linie der Grundsätze Washintons bewegte, — der seinerzeit gegen das gleiche England zur Freiheit aufrief, gegen das heute auch wir für die Freiheit der übrigen Welt kämpfen! — England wird, wie wir immer wieder betonen müssen, jedes Mittel, auch das brutalste, nicht scheuen, den Krieg zu verlängern und uns neue Widersacher auf den Hals zu hetzen. Die schmachvolle Ermordung des Grafen Mirbach, die uns mit Rußland entzweien sollte, beweist es. England wird uns innerlich zu spalten trachten, und es ist nicht zu verkennen, daß das gerade in Österreich-Ungarn massenhaft umlaufende Ententegeld eine Gefahr bedeutet, aber eine Gefahr, der man bei energischem Vorgehen ohne Frage Herr werden wird, selbst wenn die dortige deutsche von Juden geleitete Sozialdemokratie ihren deutschfeindlichen Standpunkt beibehält. Wie sich im übrigen die Verhältnisse in Österreich-Ungarn bei der dort beliebten Entweder-und-Oder-Politik entwickeln werden, vermögen selbst dortige Kenner schwer vorauszusagen. Hoffen wir, daß die neuerdings eingeschlagenen Wege der Ernährungspolitik dem österreichischen Deutschtum und damit dem ganzen Staate über das Schwerste hinweghelfen. Der positiven Arbeit des Parlamentes sieht man mit Recht skeptisch entgegen. — Außerordentlich verwickelt liegen die Dinge im Osten. Daß sich in Rußland neue Zustände anbahnen, wird immer wieder versichert. Das Gerücht von der Ermordung des früheren Zaren Nikolaus II. — wer denkt noch daran, daß die alljüdischen „Lustigen Blätter" gelegentlich seiner Weltfriedenspropaganda meinten: die Zweiten werden die Ersten sein? — war sicherlich nur ein Versuch, festzustellen, wieweit die Anhänglichkeit an ihn noch Wurzeln hätte, und sollte wohl allgemein das Interesse für ihn wieder wecken. Was

sich auch für Umwälzungen vollziehen sollten, — ernsthaft beunruhigend werden sie in absehbarer Zeit für uns kaum sein. Denn bis dort eine Heereseinheit wieder zusammenwächst, die uns zu schaffen machen würde, werden voraussichtlich noch Jahre vergehen. Umgekehrt erscheint es aber gar nicht ausgeschlossen, daß wir Seite an Seite mit den Russen die Küste von Ententetruppen säubern, um so mehr, als sich Japan augenscheinlich durch kein Manöver dazu verleiten läßt, seine Kräfte zu zersplittern und einen Teil in Sibirien zu beschäftigen. Diese Tatsache läßt vermuten, daß es den Absichten der Vereinigten Staaten nach wie vor gründlich mißtraut. Und solange das der Fall ist, werden auch die Amerikaner keineswegs soviel Truppen zu uns herüberschicken, als sie möchten, — ganz abgesehen von dem schon erwähnten technischen Unvermögen.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ruht die Entscheidung nach wie vor auf der Spitze des Hindenburg-Schwertes. Harren wir fest und voller Gottvertrauen der weiteren Entwicklung! Der Kaiser hat unlängst das schöne Wort vom Kampf der Weltanschauungen, vom deutschen Kampf gegen den Materialismus gesprochen. Wenn wir die Berufung fühlen, gegen den angelsächsisch-alljüdischen Materialismus zu kämpfen — wir müssen damit natürlich bei uns zu Hause anfangen — und den Glauben an eine gütige, gerechte Weltordnung wiederherzustellen, so legt das uns die Verpflichtung auf, unsere Machtmittel so stark wie möglich zu machen, denn nur der Starke darf es sich in der Welt ungefährdet erlauben, gut zu sein. Wir müssen die Grundlagen unserer Macht soweit wie möglich ausbauen, nicht um Völker nach angelsächsisch-jüdischer Manier unter demokratischem Blendwerk zur Entartung zu bringen und auszubeuten, sondern um sie gerecht zu verwalten „*als des lieben Gottes Amtmann*".

Möchte der neuernannte Staatssekretär, Admiral v. Hintze, im Sinne eines solchen Amtmanns wirken.

Als ihm ein amerikanischer Admiral einst verbieten wollte, in den Hafen von Manilla einzufahren und ihm sagen ließ, daß die Amerikaner „schießen würden", wenn ein deutsches Schiff einzulaufen wage, antwortete er nur „wir auch", und fuhr, klar zum Gefecht, mit seinem Geschwader in den Hafen. Den Amerikanern blieb das Pulver in den Kanonen stecken. Einem deutschen *Manne* gegenüber wagten sie nicht loszuschlagen. Wie ganz anders hätte sich die politische Geschichte des Krieges wohl gestaltet, wenn immer ein deutscher Mann dem Feinde so gegenüber getreten wäre? Wir zweifeln nicht, daß v. Hintze allein durch seinen mannhaften Charakter, mit dem er ruhig und zielbewußt für das eintritt, was er für recht hält, sich rasch Achtung und Wertschätzung beim deutschen Volke erringt, und daß auch unsere Feinde — wie die Amerikaner in Manilla — sehr rasch nicht mehr zu schießen wagen, sowie sie sehen, daß ein Mann Deutschland vertritt, der sich nicht verblüffen läßt.

Leben wir uns immer ernsthafter in unsere weltgeschichtliche Berufung ein! Nicht mit eiskalter Gerissenheit, nicht mit Händlerschlauheit, nicht mit Begehrlichkeit werden wir sie erfassen, obschon wir bei ihrer Durchführung der biblischen Schlangenklugheit keineswegs entbehren können, sondern nur mit vollster Hingabe, mit gläubigem Wagemut, mit heiligem sittlichen Ernst. Vor 100 Jahren mahnte der edle Clausewitz: „Mit dem Gemüte will die Zeit aufgefaßt sein; ohne Vorurteil soll man sie anschauen und betrachten. Nur in einem *Gemüte voll Tatkraft* kann sich die tatenreiche Zukunft verkündigen."

Hoffentlich ist Herr v. Hintze ein solches Gemüt voll Tatkraft!

Bücherschau.

Juliane Karwath: Das schlesische Fräulein. Roman. Egon Fleischel und Co. Berlin. Preis 4 M.

Ein einzelner Fall aus dem großen, für den Dichter unausschöpfbaren Abschnitt über die Ehe zwischen Leuten von verschiedener Lebensauffassung, verschiedenen Gewohnheiten, verschiedenem Stande, kurz von verschiedenem Blute! Durch die Wahl der Zeit, in welche die Handlung verlegt ist, gewinnt der einzelne Fall allgemeinere Bedeutung. Es ist die schwere Zeit nach dem Niederbruch Preußens, nach Jena und Auerstädt. Die Folgen der Verstümmelung des Landes, der Verkleinerung des ganzen Staatsorganismus, der neuen Gedanken zu seiner Wiederaufrichtung und Erstarkung, wie sie ganze Stände treffen, werden an dem Schicksal der Familie des Oberst von Logisch, vornehmlich dem seiner Tochter Benigna dargestellt. Das Schicksal der Familie ist für jene Zeit typisch und erweckt angesichts des Weltkrieges auch für heute lebhaftes Interesse. Infolge der schlichten Verabschiedung des Obersten nach dem unglücklichen Feldzug und der Verwüstung des Familiengutes sieht er sich und die Seinen einer höchst ungewissen Zukunft gegenübergestellt. Verwandt mit dem besten schlesischen Adel, sucht er mit seiner Tochter und dem jüngsten Sohne in der alten Garnisonstadt Neisse Zuflucht, an die ihn Familienüberlieferungen knüpfen. Der militärische, noch friderizianische Charakter dieser Stadt, welche in erster Linie den Schauplatz für die Geschehnisse abgibt, ist ausgezeichnet wiedergegeben. Desgleichen sind die ganze Zeitfärbung sowie Anschauungen und Gedankenkreis der geschilderten Stände, vornehmlich der Adligen, mit dichterisch feinen Mitteln greifbar herausgearbeitet. Benigna, nach dem jähen Tode des Vaters auf eigne Kraft angewiesen, verlebt erst bei dem psychologisch sehr gut gezeichneten reichsgräflichen Oheim eine kurze Zeit, welche die Neigungen ihrer verfeinerten Rasse zu voller Entwicklung und zu ihrem vollen Bewußtsein bringt, muß aber vor der Leidenschaft des geistreichen Weltmannes und großen Herrn, die unerlaubte Formen anzunehmen droht, fliehen, mit der Neigung zu ihm im Herzen, dem sie sich sonst in jeder Beziehung ebenbürtig fühlt. Nun beginnt ein düsterer Leidensweg für sie. Er ist unnötig grausam, so grausam, daß das Typische darüber ganz aufhört. Diesen Vorwurf kann man der Dichterin nicht ersparen. Trotz alledem steckt ein großer Reiz und ein großes Können in dem Buch. Zweifelsohne ist es von einer Herzenskündigerin und einer Stilistin geschrieben, wie wir sie nicht häufig haben. Wie richtig durchgeführt ist z. B. der Gedanke, daß dies weibliche Schicksal noch mehr durch die Sünden und Engherzigkeiten ihrer Umgebung und Verwandtschaft auf die falsche Bahn gedrängt wird als durch ihre eigne Schuld! Die passive Tragik, die sich daraus entwickelt, entspricht einmal sehr richtig dem weiblichen Charakter allgemein, sodann aber vornehmlich dem weiblichen Charakter jener Zeit und dem des betreffenden Standes. Benigna findet in der Stadt bei den inzwischen reich gewordenen, ehemaligen Müllersleuten von dem alten Familiengut Zuflucht. Von Mutters Seite ist Pfarrersblut in der Familie. Der Sohn, ursprünglich zum Theologen bestimmt, ist durch die Gunst der Zeit Offizier geworden, und er greift in das Leben der schutzlos Verlassenen in einer Weise ein, daß sie nicht mehr von ihm los kann und sich dem ungleich Gearteten antraun läßt. Was in kurzem Rausch und verständlicher Glückssehnsucht begann, endigt furchtbar: der bürgerliche Müllerssohn ist für sie erträglich, solange er vom Glorienschein des Freiheitskämpfers umstrahlt ist. Der Heimgekehrte, der ständig um sie ist, offenbart mit der Zeit einen immer tieferen Abstand von ihrem ganzen Fühlen und Denken, das in adeliger Verfeinerung wurzelt. Auch dies ist nicht in der Schärfe unbedingt nötig, wie sie die Verfasserin zeichnet. Es fehlt auch jeder ernsthafte Versuch zur gegenseitigen Annäherung und Überbrückung der Kluft. Rasse strebt zu Rasse, und in ihrer Trostlosigkeit flüchtet Benigna zu einem Vetter, der sie immer geliebt und in einer Heirat mit einer anderen zu vergessen getrachtet hat. Nun ist das Unglück nicht mehr aufzuhalten. Benignas Mann tötet den Vetter im Duell und muß die Armee verlassen, wird zum Trinker, stirbt und hinterläßt Frau und Kinder in Armut und Elend. Die Frau des im Duell Gefallenen will ihre Rache noch an den Kindern Benignas fortsetzen, doch schlägt bei ihrem eignen Kinde die Art des Vaters und das Verständnis für das düstere Geschick der Eltern durch. Benigna stirbt, zermürbt und entkräftet, bei einer Verwandten mit der Beruhigung, daß ihre Söhne, in denen das Blut ihres Geschlechtes weiterlebt, wie ihre Vorfahren tüchtige Offiziere sein werden.

Die Vorzüge des Buches stecken, wie betont, in der kulturgeschichtlichen Treue und Lebendigkeit, mit der Zeit, Ort und Gesellschaft gemalt sind, sowie in vielen psychologischen

Feinheiten in der Aufdeckung der Gegensätze zwischen adliger und bürgerlicher Lebensauffassung jener Zeit. Darüber hinaus ist es aber auch ein wertvoller Beitrag über die Frage der Vermischung der Stände und der sich daraus für die Kinder ergebenden Zwiespältigkeiten. E. K.

Ludwig Thoma: Altaich. Eine heitere Sommergeschichte. Albert Langen, München. 6 M., geb. 8 M.

Bücher mit Suggestivtiteln: „Ein komischer Roman" — hier „Eine heitere Sommergeschichte" — wecken zunächst ein Mißtrauen in dem, der sich in seiner eigenen Meinung über ein Buch nicht beeinflussen lassen will. Kritische Naturen werden sich erst persönlich mit dem, was gesagt ist und dem, was vielleicht zwischen den Zeilen steht oder auch nicht steht, auseinandersetzen müssen, ehe sie zu einem objektiven Urteil kommen; zumal dann, wenn ein geschätzter Autor wie Thoma, der Schöpfer eines „Andreas Vöst", eines „Wittiber", plötzlich eine 400 Seiten starke „heitere" Geschichte vor uns hinlegt. — Thoma heiter, also harmlos lustig? Der Vater eines Lausbuben, der boshafte Onkel Assessor Karlchens, der Schilderer der Tante Frida? Gewiß, man lächelt und lacht über diese Gestalten ebenso sicher wie man die Bauern im Vöst oder Wittiber, die Bürger im Bismarck usw. ernst nimmt. Es ist aber nicht das Lachen der Heiterkeit, sondern das der Befriedigung über die Art der Beurteilung menschlicher Schwächen und über die treffende Form, in der diese Kritik gegeben ist. Nun weiß aber jedermann, der sich um Thoma ernsthaft kümmerte, daß dieser kein Nörgler ist, sondern Idealist vom reinsten Wasser, der gar nicht anders kann, als seine Geschöpfe im Geiste gereinigt zu sehen vom Staube alltäglicher Bequemlichkeit und herkömmlicher Heuchelei. Dieser selbe Thoma reicht uns nun auf einmal „Altaich" mit dem verdächtigen Untertitel! Die Fabel der Geschichte ist einfach. Die Kurgäste des „Badeortes", dazu einige bodenständige Figuren und ein paar Altaicher Gestalten, an denen die Welt mehr oder weniger abgefärbt hat — alle scharf umrissen gezeichnet —, bilden Spieler und Gegenspieler; unwillkürlich entschlüpft mir dies Wort; es kommt davon, daß in dem Buch sich deutliche Spuren der dramatischen Tatze des Autors zeigen. Zweifellos ist es aber Thomas Absicht *nicht*, nur eine heitere Geschichte zu geben und zu erzählen, wie die Sommerfrische Altaich entstand, wie sich ein paar Wochen lang Fremde und Heimische aneinander rieben und dann auseinandergingen. Vorausgesetzt, daß Thoma nicht ein neuer, anderer Thoma als er es bisher war, geworden ist. — Mir will scheinen, würde man „Altaich" nördlich der weißblauen Pfähle nicht als heitere Sommergeschichte lesen, sondern mit der von Rentier Schnaase aus Berlin vermuteten süddeutschen „ernsteren Lebensauffassung", so könnte das Buch für Leser, die dieser fähig sind, wertvolles Verständnis geben. Wer dies nicht daraus schöpfen kann, je nun — das, was der Titel verspricht, das hält es auf jeden Fall. F. C.

Arnold Steinmann-Bucher: Englands Niedergang. Berlin 1917, Verlag Leonhard Simion Nachf. 270 Seiten, 17 bildl. Darstellungen. Preis 5 M.

Je verheißungsvoller uns das Wort von Englands Niedergang klingt, desto weniger dürfen wir den Wunsch des Gedankens Vater sein lassen, desto kühler und nüchterner müssen wir die Voraussetzungen und Grundlagen für dieses Wort prüfen. Fest haftet noch in den Gemütern fast der ganzen Menschheit der Glaube an die unüberwindliche und unbegrenzte Macht Englands, und dieser Glaube — oder Aberglaube — der Völker ist hinwiederum eine unausschöpfbare Machtquelle für England. Dieser Glaube ist ein Aberglaube; schon wer sich vor dem Krieg näher mit England und der englischen Volkswirtschaft beschäftigt hatte, der konnte keinen Zweifel hegen, daß die sachlichen Machtmittel Englands, seine wirtschaftliche, geistige, militärische Leistungsfähigkeit tatsächlich begrenzt sind, in vielem enger begrenzt als Deutschlands Machtmittel. Der Krieg hat das durchaus bestätigt.

Steinmann-Bucher kommt, in vielfach neuen und überraschenden Gedankengängen, zu dem gleichen Ergebnis, zu einem Ergebnis, das kühler Prüfung durchaus standhält. Er geht aus von der kontinentalen und territorialen Bedingtheit der Völkerschicksale und der insularen Bedingtheit Englands insbesondere. Er zeigt, wie England gewissermaßen zwangsläufig sich unter Aufopferung seiner Landwirtschaft zum Industrie- und Handelsstaat entwickeln mußte, wie aber Englands Volksvermögen, Volkseinkommen und Gütererzeugung (in Landwirtschaft *und* Industrie) hinter Deutschland zurückbleibt oder es nur knapp erreicht, wie England in allen Beziehungen schon die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht hat, während Deutschland noch weites Feld vor sich hat. Steinmann-Buchers Werk ist glänzend geschrieben und eröffnet weite Ausblicke nach allen Seiten, es haftet nicht am Tag, sondern geht die politische und wirtschaftliche Geschichte Englands auf und ab und kann

so aus Vergangenheit und Gegenwart einleuchtend und klar Schlüsse auf die Zukunft ziehen.

Eines eben deutet Steinmann-Bucher am Ende seines Buches nur ganz kurz an, nämlich die für uns *heute* nötige Nutzanwendung. Die zwei letzten Sätze des Buches lauten: „Für uns Deutsche beginnt die Schuld da, wo wir deutlichen, unverkennbaren, nicht mißzuverstehenden Schicksalswinken aus dem Wege gehen, — in diesem Krieg insbesondere, wenn wir, da England und wir die Stützen seiner Weltherrschaft eine nach der andern fallen sehen, nicht alles daran setzen, diese selbst zu stürzen, zu unserem und der anderen Völker Heil. Einer so schweren Schuld gegenüber der Menschheit müßte die schwerste Sühne folgen."

Das ist zweifellos richtig. Wir müssen diese Sätze noch besonders herausheben und unterstreichen, denn so richtig und bedeutungsschwer sie sind, so enthüllen sie uns doch zugleich den schwachen Punkt der Steinmann-Bucherschen Darlegungen. Wenn wir an sachlichen Machtmitteln auch England überlegen sind, so hat England doch *eines* vor uns voraus, den *Willen* zur Macht, und in der Weltgeschichte war je und je der *Wille* entscheidend. England kann durch die Kraft seines Willens viele, sehr viele sachliche Schwächen seiner Stellung ausgleichen — wenn nicht unserer stärkerer Wille es verhindert. Die Engländer sind uns da geistig überlegen, sie sind ein politisches Volk, wir im Vergleich zu ihnen ein unpolitisches. Der Grund für Englands politische Überlegenheit liegt letzten Endes darin, daß England eine breite Aristokratie hat, die die politischen Geschäfte führt oder die politische Geschäftsführung kontrolliert, während bei uns die politische Geschäftsführung den sonderbarsten Zufällen preisgegeben ist. Deutschland hat gewiß im einzelnen ebenso politisch fähige Köpfe wie England, aber sie kommen nicht hoch, es fehlt uns — und das ist der letzte Grund unseres politischen Jammers — eine von einheitlichem Willen, von einheitlichem Instinkt beseelte breite führende Schicht, die führende Männer trägt und erträgt. Weder unser eigentlicher hoher Adel, die Bundesfürsten und ehemals reichsunmittelbaren Geschlechter, noch die preußischen „Junker" noch die Industrie, noch das Beamtentum noch die Professorenschaft noch das Offizierskorps sind solche politisch führende Schichten. Wir sind ein Volk ohne, die Engländer ein Volk mit Jahrhunderte alten politischen Überlieferungen. Man muß diesen Umstand und seine geschichtlichen Ursachen klar erfassen, wenn man Englands und Deutschlands Kräfteverhältnis gegeneinander abwägt.

Wiederholen wir es noch einmal: nicht dieses oder jenes Moment der Schwäche entscheidet über Aufstieg oder Niedergang, sondern nur der Wille. Die klare Erkenntnis aber ist die erste Vorbedingung für einen klaren zielbewußten Willen; die klare Erkenntnis von Englands Schwächen, das Bewußtsein unserer Überlegenheit ist die erste Voraussetzung für unseren Entschluß diese Überlegenheit rücksichtslos auszunutzen. In diesem Sinne empfehlen wir Steinmann-Buchers Werk als ein prächtiges Hilfsmittel für die Bildung eines deutschen politischen Willens, der uns heute, wo der militärische Kampf sich dem Ende zuneigt, notwendiger ist denn je. K. A. F.

Wir möchten darauf hinweisen, daß das Büchlein **„Die Alldeutsch"** von **R. Pretzell**, auf das wir schon in der letzten Nummer empfehlend aufmerksam machten, im Verlag von *Theodor Weicher* in Leipzig erschienen ist und Mk. 2.50 kostet. Das Buch übt, wie wir hören, auch in Kreisen der Arbeiter eine höchst erfreuliche Wirkung aus. Es dürfte voraussichtlich berufen sein, eine bedeutungsvolle Änderung der Stellungnahme weiter Kreise zu nationalen Zielen und Aufgaben herbeizuführen. Da wohl die Mehrzahl der Deutschen zurzeit mit ihren eigenen Parteien, die sich fast durchweg überlebt haben, nicht mehr völlig einverstanden sind und den Wunsch haben, daß sich ihre Parteien, dem Zug der Zeit folgend, national entwickeln und ausgestalten, möchten wir noch einmal auf das vortreffliche Buch hinweisen, das berufen ist, wertvolle Richtlinien zu geben. J. F. L.

Bücherschau.

Ein deutscher Dichter als Prophet.

Im Jahre 1912 erschien im Ver-
ag von G. K. Sarasin in Leipzig
er Roman „Wiltfeber der ewige
Deutsche. Die Geschichte eines Hei-
matsuchers" von Hermann Burte,
inem aus dem südlichen Baden
tammenden Dichter, der auch als
Dramatiker sich einen guten Namen
erworben hat. Der Roman, welcher
ine große Sprachgewalt und echt
ichterische Anschauung zeigt, ver-
ient in unserer Zeitschrift schon
arum genannt zu werden, weil er
ie Fragen der Erneuerung des
Deutschtums aufwirft, die uns am
erzen liegen. Wenn der Dichter
ns ein Kunstwerk schenkt, so dürfen
ir freilich kein fein ausgearbeitetes
Programm für politische oder andere
Ziele erwarten. Es ist eine Dich-
ung, die eben als solche genommen
erden will, von der man aber nicht
Paragraphen über die einzelnen
Tagesfragen verlangen soll. Vom
oetischen Standpunkt aus ferner
ag man sich zu der einen oder
ndern Seite des Romans ver-
ieden stellen; um nur eines zu
wähnen, so halten wir gewisse
otische Zutaten eben für Zutaten,
ie Arabesken, die nicht das Wesen
eser Dichtung ausmachen. Als
anzes übt der Roman jedenfalls
ne gewaltige Wirkung und nicht
n wenigsten dadurch, daß der
chter sich als ein überaus scharfer
obachter erweist. Wie der echte
chter sich stets als Prophet er-
eist, so auch Hermann Burte.
er den Roman im Hinblick auf
s liest, was wir während des
iegs erlebt haben und leider noch
mer erleben, der wird durch den
arfen Blick, durch die Sehergabe
urtes immer von neuem über-
scht und gefesselt werden.

Burte gibt die Schilderung eines
inisters, die ganz und gar auf
thmann als Kanzler gerade wäh-
nd der Kriegszeit geprägt zu sein
int: „Langsam, stückweise, schmerz-
l und unauffällig verkauft er
nen Herrn an den schleichenden
fruhr und stößt die Getreuen zu-
k, wenn sie wehren wollen. Kein
gensatz, so verkündet er, besteht
ischen Fürstenrecht und Volks-
ht. Und wenn der Fürst sich
iwillig seiner Rechte begibt, wie
l da ein Aufruhr entstehen? Denn
thausmeier versichert dem Fürsten,
ß die Tagelöhner ihren Frieden
t der Krone machen werden, wenn
ihnen die Rechte der Krone ab-
tt. Den Tagelöhnern aber ver-
richt er auf sein Edelmannswort,

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":

50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. / 1/1 Seite M. 120.—, ½ Seite M. 65.—, ¼ Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—

Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund

Sitz: Magdeburg-S.

Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit, werdet Mitglieder!

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten über Lebensmittel usw. kostenlos.

Houston Stewart-Chamberlain

Der demokratische Wahn

gekürzte Ausgabe der Schrift „Demokratie und Freiheit" ist das stärkste und beweiskräftigste, was zur Aufklärung über den praktischen Erfolg der angeblichen Demokratien des Westens geschrieben wurde.

Jeder dem gerade jetzt die

Wahlrechts-Frage

am Herzen liegt, müßte diese Schrift lesen und verbreiten. / Mk. 1.—

Verlag Hugo Bruckmann, München

Deutsch-Österreichischer Verlag

Leipzig, Königstraße 35/37. Wien, I., Fleischmarkt 1.

Ein Buch von hervorragender, aktueller Bedeutung

Die Vermögensabgabe und Konjunkturgewinnsteuer im sozialen Zukunftsstaate

von **Dr. Markus Ettinger.**

Preis M. 6.—

Das Werk ist für jeden Wirtschaftspolitiker und Steuerpflichtigen deshalb von großem Interesse, weil es zunächst eine fast vollständige übersichtliche Zusammenstellung der in der Literatur und in wissenschaftlichen Versammlungen für und gegen die Vermögensabgabe vorgebrachten Argumente bringt. Es wird ferner deshalb interessieren, weil sich Dr. Ettinger nicht bloß mit der Vermögensabgabe als solcher, sondern mit der gesamten Wirtschaftslage, wie sie nach Friedensschluß zu erwarten ist, befaßt und einen Einblick in die unerläßlichen organisatorischen Maßnahmen für die Übergangszeit und in weiterer Folge für die künftige Gestaltung der europäischen Wirtschaft überhaupt bietet.

Ein praktischer Vorschlag zur Lösung des schwierigen Steuerproblems!

Zu beziehen durch sämtliche Buchhandlungen.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

daß der Fürst ein tagelöhnischer Fürst sein werde, wenn sie seinen Voranschlag genehmigen. Und der Fürst werde sein Haupt nicht nur mit dem unerläßlichen Tropfen gemengten Öles, sondern mit einer Handvoll echten Aufrührichtssalben und dann in der gewünschten Farbe über dem Lande leuchten, doppelsalbig ... Was bleibt da noch zu wollen und zu handeln in diesem Hofe des Verzichts und dieser Hausmeierei des Schachers? Es ist ja alles vergeben und verschleudert; ach, wo nichts ist, da hat auch der heimliche Kaiser sein Recht verloren."

Aus einer Rede, die Wiltfeber bei einem Fest hält: „Schwarz war die Not, wir sind hindurch! Weiß ist das blanke Kaiserrecht. Rot ist das eingeborene Blut, o haltet es echt ... Schwarzweißrot, das sind deine anerkämpften Farben, Alemannien, meiner Brüder Land! Wo die alte Flagge geflaggt hat, da muß die neue hin! Das ist der neue Sinn, das ist die Lehre von morgen! — Fähnrich, mache die Stange fest im fetten Schlamm am roten Damm, wo das Meer höher liegt als das Land! Denn es war deutsch und muß wieder heim ans Reich!"

Schmerzlich klagt Wiltfeber, nachdem er seinen Gang als Heimatsucher beendet hat: „Ich suchte die Macht, da war sie geteilt unter alle, so daß keiner sie hatte und nichts getan werden konnte; ich suchte den Geist, da faulte er in Amt und Gehalt; ich suchte das Reich, da war es eine Herde Enten, welche den Aar lahmschwatzten; ... und als ich endlich nach den Geistigen sah, nach denen, deren Arbeit allein mit Sinn begabt das Werkeln der Menschen, da waren sie in das Blondenviertel gebannt und totgeschwiegen."

Eine landesherrliche Hauptstadt wird in dem Roman „Fürstenschlaf" genannt — eine leider sehr zutreffende Bezeichnung für ein gewisses Offiziösentum, das sich am Platz mancher leitenden Behörden breitmacht: ohne Trieb zu echter Tätigkeit, indolent, durch eigene Untätigkeit bessere Kräfte hindernd. Es ist nichts, was mit wahrer Monarchie zu tun hat, was vielmehr eine solche schädigt. *

Die Wenigen und die Vielen. Bausteine zu einem nachkrieglichen praktischen Idealismus. Von einem Sechzigjährigen. Leipzig und Hamburg 1918, Erich Matthes. 316 Seiten.

Unschön ist einzig, dem Titel zuliebe, das Wort nachkrieglich, einzig

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Wer fremde Sprachen

lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der

Methode Gaspey-Otto-Sauer.

Man verlange ausführliche Prospekte von

Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

Rothenburger Versicherungs Anstalt

auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien

Hohe Dividenden

Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Glühöfen | Einsatzöfen
Härteöfen | Schmiedeöfen

Bretfallhämmer
Schmiedehämmer

Brüder Boye, Berlin N 37
Schönhauser Allee 8

(Fortsetzung der Bücherschau.)

etwas flau der Titel. — Ich ahne nicht, wer der Verfasser ist. Nicht schildern will er sich, nur minder persönlich genommen werden, in die selbstsprechende Wahrheit zurücktreten. Haben wir leicht nicht alle ein Vorurteil, wenn der und der uns lehren will? So aber nun erst recht offenbart sich diese Lebensreife in vollzügiger Persönlichkeit, in deren harmonischer, selten so umfassender, durchgebildeter Schönheit. Sicher kein unbekannter Mann, sicher, fast merklich, auch keiner der Erfolginhaber dieser Gegenwart. Ein Streiter für das Wiederaufkommen der Minderheit, ein unentmutigter Deichgraf, nicht wider die gut verstandene Demokratie, wohl aber wider die Unterbietung nebst aller der Anpassung der Schläuinge, der Schwachmütigen, der schon fühllos Verfrohndeten und der Sozialisten, die ohne Frist für ein Hinausblicken bieder das weiterbegründen, was sie empfingen.

Zielverwandtschaften mit K. Chr. Planck, dem „Hundertjährigen" und endlich entdeckten vordeutenden Finder, liegen einfach im Gegebenen, in jener selbständigen Wahrheit. Mir fiel auch keine Benutzung auf. Der Jüngere, Spätere kommt nun schon unmittelbar an den Feind heran, ein selbstbefehligtes Armeekorps, dessen geistigen Kampfwert er lebensvoll, kraftfrisch, dem Zeitdienst stellt. Dem Kampf für die Willenskraft, für die Befreiung und Wiederaufrichtung der Gesinnung, für die Rückkehr zur Bildung, zur Innerlichkeit, zur (derartigen) Persönlichkeit, für die sittliche Wertung der Arbeit und Qualität auf allen Stufen, statt des Gewinns, statt der Allgeltung des Geldes, und in allem für die Wiedererlangung der volklichen Gemeinschaft.

Wohin geht's mit uns? Hoffnungslos sich so weiter fortsetzende Wiederholung des kaiserlichen Rom? wo zu den faustdicken Ähnlichkeiten auch die Verarmtheit und Abdrängung der heimischen altechten Römer gehörte. Wird die jetzt kommende Verarmung noch einmal imstande sein, „Deutschlands Erneuerung" zu bringen? Wie sie es 1807 bis 1813 vermochte, jedoch mit weit vertiefteren Abmessungen und Auswirkungen im 16. Jahrhundert. Denn sie nicht zuwenigst, als die Deutschen, wie Luther sagt, sich selbst gefressen hatten, half wieder hinausführen aus dem schimpflichen seelischen, sittlichen, politisch-nationalen, literatur-grobianischen Tiefstand des „nur-wirtschaftlichen" Spätmittelalters, mit seiner

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Volksabende. Herausgegeben von Reinhold Braun

Deutsches Volkstum von Dr. Franz Lüdtke Mk. 1.—
Deutsche Heimat von Reinhold Braun Mk. 1.—
Hindenburg der Nationalheros des deutschen Volkes von Dr. Heinrich Rocholl. II. verbess. Ausg. Mk. 1.—

Jedes Heft enthält ein vollständig ausgearbeitetes Programm **Vorträge, Deklamationen** und **Gesänge** für vaterländische Veranstaltungen

Verlag Friedrich Emil Perthes, Gotha

Zur Erhaltung und Mehrung der VOLKSKRAFT

Arbeiten einer vom Ärztlichen Verein München eingesetzten Kommission

Preis geheftet M. 4.— (dazu 20% Teuerungszuschlag)

Mit diesem Buche soll bei der außerordentlichen Wichtigkeit der behandelten Stoffe weiten Kreisen Gelegenheit gegeben werden, sich in die für unsere Volksentwicklung so notwendigen Aufgaben zu vertiefen. **Das Werk bietet eine Fülle von Anregungen für alle, die mit dem Wiederaufbau unseres Volkes nach dem Kriege und der Stärkung der deutschen Volkskraft und Gesundheit zu tun haben.**

J. F. LEHMANNS VERLAG IN MÜNCHEN

Briefmarken

Preisliste 1918 frei. — Auswahlen auf Wunsch versenden

Gebr. Michel, Apolda

Alpenflora

Die verbreitetsten Alpenpflanzen von Bayern, Österreich und der Schweiz

Von **Prof. Dr. G. Hegi**, München

Dritte, verbesserte Auflage. — Groß-Oktav, 221 farbige Abbildungen auf 30 Tafeln mit erklärendem Text

Preis elegant gebunden M. 5.—

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heysestr. 26

vielteiligen Volksauswucherung, in oberster Form durch die großen Geld- und Handelsgesellschaften, mit seiner von Geldhungerei und Geldüppigkeit, „Hoffart und Neid" erfüllten, beherrschten allgegenseitigen Gehässigkeit und Verneinung.

Der Sechzigjährige packt die Erneuerung an. Predigen allein nutzt nichts. Durch Gesetze allein reformieren nutzt auch nichts. Aber im praktischen Vorgehen, wenn die Maßregeln richtig sind, liegt das Hinleiten, Hinzwingen zur Verbesserung der Herzen, so daß jene erreichen, zu was sie bestimmt sind. Mit Begriffswörtern und Abstraktionen führt der Verfasser das nicht vor. — Nicht wie der Sozialismus, mit dessen verwandter Kritik wir so oft zusammengehen möchten, der doch nicht vorwärtsgeht, von altangeschürten Unwiderstehlichkeiten nicht recht loskommt, sich zum zertrümmernden Sturmbock herzugeben für volksfremde Herrschaftstendenzen, die die Volksverderbnis und Allverknechtung des 15. Jahrhunderts nochmals vollenden würden. Nicht wie der Juristengeist, der hilflos vor dem Papierbuchstaben, wo er zum Unsinn wurde, steht und dessen Unfähigkeit, nicht diplomatisch bloß, zum Entschluß und zum Handeln in dieser Gefahrzeit zur offenen Schande wurde. Wie damals auch, als er neu nach Deutschland akademisch „rezipiert" war, zur Zeit der Konzilien, der beratungsvollen Reichstage, des zur durchgreifenden nationalen und wirtschaftlichen Reform eingesetzten Reichsregimentes, dessen Erledigung 1523 den sich mit ihrem Karl V. verstehenden Handelsgesellschaften so wenig Mühe machte.

Dem sorglichen, überlegenen Arzte gleichend, geht der Verfasser die Diagnose, die Operationen, Kuren, die die organische Genesung bringen müssen, durch. Und während wir dieser sicheren, dabei von innen doch sprühenden, mit kräftiger Offenheit bis zum Häßlichsten hinuntersteigenden, aber immer auch im größten Zorn und beim besten Witz gerecht, edel bleibenden Besprechung folgen, bestätigt, verschärft sie die Unweigerlichkeit, wie zu dieser Heilung des Gesamtkörpers auch unser Hochwohlgeboren mit Substanzverlusten des individuellen Selbstgenusses herangezogen werden müssen. Ein Brevier des in seiner Gesamtheit überblickten deutschen Zustands, ein vom Durchlesen nicht ausgeschöpfter Quellschatz und ständiger Prüfstein des Willensantriebes, welchen kennen zu lernen bedeutet, sich nicht wieder

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

„Auf Vorposten"

Die Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V., beleuchtet von hoher Warte aus die Wege, auf welchem die internationalen Geheimbünde der Freimaurer und der Juden unter Führung des internationalen Großkapitales zur Weltherrschaft gelangen wollen. Über den Einfluß dieser Geheimbünde auf die Vorgeschichte des Weltkrieges, auf die Verhetzung der Kulturvölker, auf die Umsturzbewegung und auf die Bestrebungen zur Erzielung eines faulen Friedens müßte jeder deutsche Mann sich baldigst belehren.

Die Aufsätze über die Freimaurerei

sollten auch in solchen Kreisen beachtet werden, die über die Judenfrage bereits genügend unterrichtet sind. Geben sie doch an Hand von unwiderleglichen Urkunden den Schlüssel zu vielen sonst ganz unverständlichen Geschehnissen der Weltgeschichte.

Vierteljahrespreis der Zeitschrift M. 1.50;
Einzelheft 60 Pfg., Doppelhefte 80 Pfg.

Bestellung durch Postanstalt, Buchhändler oder

Verlag „Auf Vorposten", Charlottenburg 4

Kriegs-Sinnsprüche

Von **Hans Nees von Esenbeck**

Geheftet M. 2.— Fein ausgestattet! Gebunden M. 3.—

„Reichsbote", Berlin: Die beste Empfehlung dieses gedankenreichen Buches wäre ein Ausschreiben seiner sinnreichen Sprüche. Man wird von ihnen oft an den Rembrandtdeutschen erinnert, so kernig deutsch, schlagend und knapp sind sie oft nach Fassung und Inhalt.

„Schlesische Zeitung", Breslau: Kapitänleutnant Hans von Esenbeck gibt hier seine Ansichten über viele bedeutungsvolle Fragen deutscher Gegenwart und Zukunft, die er in kristallklaren, scharf zugeschliffenen Sätzen ausspricht.

Bücherei deutscher Erneuerung

Bd. 1: Weltkrieg und Schaubühne

Ein Vorschlag zu ihrer Erneuerung

Von **Dr. Artur Dinter** — Preis M. 1.—

Dr. Dinter deckt hier mit rücksichtsloser Offenheit die Mißstände im heutigen Theaterbetrieb auf und weist Mittel und Wege, wie das herrschende System erfolgreich überwunden werden kann.

Bd. 2: Neues deutsches Volkstum

Lebensfragen der deutschen Zukunft

Von **H. Schröer** und **E. Neuendorff** — Preis M. 2.—

„... Zahlreich sind die Schriften, die hier ansetzen, Schäden aufzudecken und Besserungswege zu weisen, kaum eine so packend und dringlich wie das Schriftchen von Schröer und Neuendorff, das uns zu einem neuen deutschen Volkstum führen will." (Braunschweiger Landeszeitung.

Bd. 3: Der völkische Gehalt der Rassenhygiene

Von **Dr. med. F. Siebert** — Preis M. 3.—

Prof. Kranz in den „Grenzboten": Es gibt wenig Schriften, die, wissenschaftlich und gemeinverständlich zugleich, so gründlich in das Thema der Rassenfrage und der Rassenhygiene einzuführen vermögen wie die vorliegende Dr. Sieberts; es ist ein Buch, das dem aufmerksamen Leser reichen Ertrag an Kenntnissen und Erkenntnis gewährt; möchte es recht viele Deutsche für die vorgetragenen Ansichten gewinnen

Zu obigen Preisen kommt ein Teuerungszuschlag von 20 %

J. F. Lehmanns Verlag / München, Paul Heyseſtr. 26

davon zu trennen. Wer zwar in dieser unvernünftigen Zeit, da kein Vernünftiger mehr Zeit hat, von einem gedanklich so umfassenden Menu und — mit Unrecht — vor dessen Nichtleichtverdaulichkeit scheut, der nehme zum Smörgoos das Kap. 8 vorauf, „Bildung", wonach er dann schon mit gestärkter Ungeduld ans Ganze heranrücken wird. — Die Ausstattung ist, wie immer bei diesem trefflich deutschen Verlag von E. Matthes, von jenem feinfühligen, aller gesuchten Neutönerei fernen stillbesonderen Geschmack, der beiträgt, solche Bücher zum schönen Besitz zu machen. Prof. Dr. Heyck.

Hans Watzlik: O Böhmen. Verlegt bei L. Staackmann, Leipzig. 5 M.

Zunächst: „O Böhmen" ist ein Heimatbuch, ein echtes; von der ersten bis zur letzten Seite durchzogen von einem Hauch inbrünstiger Liebe zu dem durch völkischen Zwiespalt entweihten, schönen Böhmen. Auch ist diese Liebe eine echte; sie ist eine glühende und immer gleich starke: im Schauen der landschaftlichen Größe und Schönheit, im Verstehen der beiderseitigen Volkseigenschaften, im Bewundern und Nachfühlen geschichtlichen Geschehens und im Suchen nach Heil- und Hilfsmitteln, dem bedrohten, teilweise genotzüchtigten Deutschtum aufzuhelfen und ihm eine neue Blütezeit zu schaffen. Es ist ein wehmütiges Buch in diesem Sinne, denn bei allem Mühen klingt ein freudiges Hoffen nicht recht durch; der Verfasser kennt seine Deutsch-Böhmen und er kennt ihre tschechischen Widersacher wohl zu genau, als daß er sich irgendeiner Täuschung hingäbe. Eine Wendung zum Besseren wird ausbleiben, solange der Reiche, vor allem der Grundbesitzer, dem kleinen Mann nicht das menschenwürdige Auskalten auf der Scholle in den Grenzgebieten ermöglicht, und der Böhme — von allen Kreisen seines Stammes mit Barmitteln unterstützt — Stück auf Stück deutschen Besitzes verschlingt. — O Böhmen! Ein einziger großer Seufzer ist das Buch, der Notschrei eines gequälten deutschen Herzens, das so gerne retten möchte, wenn es nur wüßte, wie! Diese Stimmung gibt dem Buch eine gewisse Weichheit, wie wir sie an neueren Deutsch-Österreichern ja bereits kennen; die Art der Naturschilderung trägt dazu bei, diese zu vermehren, trotz kräftiger und farbiger Worte und einer bis an die Grenze der Möglichkeit fremdwortlosen Sprache, ja trotz des an den Wort-

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Militarismus

von H. W. v. Herwarth

21.–25. Tausend

Oberst H. W. v. Herwarth, der früher der Deutschen Botschaft in Washington als Militär-Attaché angehörte, stellt den Begriff des Deutschen Militarismus dem Englischen Marinismus gegenüber, um damit dem bösartigsten feindlichen Propaganda-Schlagwort mit wirksamem Beweismaterial entgegenzutreten

Preis 50 Pf.

Gustav Kiepenheuer-Verlag, Weimar

Abteilung „Deutsche Politik"

Soeben erschienen: **Georg Müller**

Wasigen oder Vogesen?

Preis 1.50 Mk.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom

Verlag Meuer & Meyer, Mülhausen i. Elsass

Der Verfasser — ein vor 1870/71 geborener Altelsässer — weist in der auch für den Laien sehr interessanten Schrift u. a. nach: Die Urbewohner des Elsass waren keine Kelten, sondern Germanen. »Voseguse« und »Vogesene« sind germanischen Ursprungs. Wasgau heißt Wasengau. Die Grenze zwischen Germanen und Kelten (Deutschen und Welschen) hat der Rhein nie gebildet.

Der Strandwanderer

Die wichtigsten Strandpflanzen, Meeresalgen und Seetiere der Nord- und Ostsee

265 prächt. farb. Abbild. auf 24 lithogr. Taf. nebst erklär. Text

Bearbeitet von Dr. P. Kuckuck

Kustos an der Königl. biologischen Anstalt auf Helgoland

2. Auflage. Preis geb. M. 6.— dazu 20% Teuerungszuschlag

Johannes Trojan im „Berliner Tagblatt". Jedem, der als Sommergast einige Wochen an der Nord- und Ostsee verweilen und nicht nur durch Bäder sich erfrischen und die Vergnügen der Saison genießen, sondern sich auch mit der Pflanzen- und Tierwelt des Strandes und des Seewassers beschäftigen und daran erfreuen will, ist dieses Büchlein sehr zu empfehlen.

Hann. Volksschulbote. Ein geradezu idealer Führer, da er nicht nur alles, was man an der Küste findet, in vorzüglichen Abbildungen zur Darstellung bringt, sondern weil er auch die Entwickelungsgeschichte von Algen, Tieren usw. in fesselnder, gemeinverständlicher Weise enthält.

Naturwissenschaftliche Rundschau. Das Buch dürfte kaum einen Nebenbuhler auf dem Büchermarkte haben, und da es Tier- und Pflanzenleben zugleich umfaßt, da auch zu beschaulicher Betrachtung der Naturobjekte am Strande vielleicht mehr als anderwärts Zeit und Gelegenheit geboten ist, so wird es vielen von denen, die in den deutschen Seebädern Erholung suchen, zu einem lieben Begleiter und Ratgeber werden.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyseстr. 26

quellen altdeutscher Sprachdenkmäler genährten, häufig alliterierenden Stiles der deutsch-völkischen Helden des Buches. Es ist ein Tendenzbuch, geschrieben allerdings von einem, der ein Künstler zu sein scheint (man müßte auch seine anderen Bücher kennen) und ein Dichter: jedenfalls ist der Verfasser ein ungewöhnlich warm und stark empfindender Mensch, der die deutsche Sprache nach seinem Willen — vielleicht etwas zu sehr — meistert. Unseren Lesern sei das Buch aber schon des böhmischen Rätsels halber zur Beachtung empfohlen; es gewährt tiefe Einblicke in seine Abgründe und erhebt häufig gewaltig großdeutschen Sinn. F. C.

Fritz v. Trützschler: Hauszeichen für das deutsche Volk. Falken-Verlag, Darmstadt 1917. 2,50 M.

Den Männern an der Front zur Genugtuung — den heimkehrenden Kriegern zum Gruß — den Gefallenen zum ewigen Gedächtnis! Das sind die leitenden Gedanken für den Verfasser, die auf den ersten Blick bestechen. Ließe sich das, was in dem warmblütig geschriebenen Buche entwickelt ist, in die Tat umsetzen, so wäre es hocherfreulich; leider aber scheint es mir, daß es sich bei den in diesem Sinne gedachten Hauszeichen um echte Ideale handelt, d. h. um Unerfüllbares. Einmal steht einer allgemeinen Durchführung wohl entgegen, daß das deutsche Volk zum großen Teil (in seiner städtischen Menge) nicht mehr orts- oder gar hausseßhaft ist, dann aber darin, daß Herr von Trützschler die für den Heraldiker geradezu unmögliche Idee hat, für jeden Bundesstaat, ja für jedes Land (auch nichtdeutsches!) eine unabänderliche Zeichenform bzw. Schildform zu schaffen. Abgesehen von heraldischen Bedenken, liegen solche geschmacklicher Natur gegen die mit unendlichem Fleiß entworfenen Grundformen der neuen Hauszeichen-Schilder vor. — Wäre es möglich, daß sich eine Reichsbehörde mit dem Gedanken der gedachten Hauszeichen befassen wollte und deren „Verleihung" in die Hand nähme, so ließe sich eine, von der Schildform nicht abhängige, Lösung vielleicht bei genügender Propaganda für die Sache wohl finden. — Zur Stärkung des Heimats- und Vaterlandsgedankens würden die Hauszeichen in irgendeiner heraldisch-ästhetischen Gestaltung sicher beitragen. — Auf jeden Fall ist die Hauszeichenfrage wert, daß sich möglichst viele mit ihr beschäftigen. F. C.

„Deutschvölkischer Orden" (Loge).

In einer Zeit, in der sich germanische Kraft nach außen so herrlich bewährt und doch internationale und fremdrassige Einflüsse im Hause sich breit machen, halten wir es für unsere Pflicht, aus der Verborgenheit hervorzutreten. Alle deutschgeborenen Männer, die sich ihres germanischen Blutes stolz bewußt sind, rufen wir auf, uns zu helfen bei unserer Arbeit, für unseres Volkes geistig-sittliche Erneuerung und rassische Wiedergeburt.

Anfragen sind unter Nr. 259 an die Geschäftsstelle dieser Zeitschrift zu richten.

Große

Gewinn-Chancen

bietet Beteiligung an Petroleum-Unternehmen. Minimal-Beteiligung 5000 M. Anfragen sind zu richten an **General-Konsul a. D. Borchard, Berlin SW 11, Schönebergerstr. 8.**

Soeben ist erschienen die 6. Aufl. = 31.—38. Tausend

von

Dr. K. Kramarsch,

der Anstifter des Weltkriegs

Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von

Dr. Fr. Wichtl

Mitglied des österreichischen Reichsrates

Preis geheftet M. 3.40 und 20% Teuerungszuschlag

Auf Grund der Kriegsgerichtsakten wird hier einwandfrei nachgewiesen, wie Dr. Kramarsch neben König Eduard von England der Hauptanstifter des Krieges ist, wie er mit den leitenden Staatsmännern unserer Feinde Beziehungen unterhielt und wie er alles tat, sein Vaterland zu vernichten, um dem tschechischen Volke zum Siege zu verhelfen.

Nach Lesen dieses Buches verstehen wir all das, was uns bisher in Österreich fremd und unverständlich geschienen hat; das hochverräterische Treiben der Tschechen im österreichischen Reichsrat, die Meutereien tschechischer Truppenteile, die Verrätereien jeder Art erscheinen plötzlich in ganz anderem Lichte, sie sind nicht mehr Einzelerscheinungen, sondern als Ergebnisse einer unerhörten Verschwörung zu werten.

Das Buch leuchtet in das hochverräterische Treiben des tschechischen Volkes hinein, es liest sich wie ein spannender Roman. Leider ist es kein Roman, sondern furchtbare Wirklichkeit, mit der sich das deutsche Volk und seine Staatsmänner unbedingt vertraut machen müssen.

Die wissenschaftlichen Grundlagen zur gesamten Kriegszielfrage enthält das Werk:

An der Schwelle des größeren Reichs

Deutsche Kriegsziele in politisch-geographischer Begründung

Den Wollenden unter seinen deutschen Mitbürgern dargelegt von

Prof. Dr. Felix Hänsch

Preis geh. M. 5.—, geb. M. 7.— dazu je 20% Teuerungszuschlag

Hier ist das gesamte Material, das wir zur Beurteilung aller Kriegsziele benötigen, in kritischer Form zusammengestellt, und die Folgerungen sind daraus mit logischer Schärfe gezogen. Für Politiker ein unentbehrliches Hilfsbuch und zugleich ein zeitgeschichtliches Dokument von bleibendem Werte.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heyse-Str. 26

Soeben ist erschienen:

Vom kommenden Weltfrieden

herausgegeben von **Karl Jünger,**

eingeleitet von **Paul Reichsgraf von und zu Hoensbroech,** mit Beiträgen von:

Dr. Bruno Ablaß, M. d. R.
W. Bacmeister, M. d. Pr. A.
Wilhelm Blos, M. d. R.
Dr. Eduard David, M. d. R.
Edmund Fischer, M. d. R.
Joh. Fischer, M. d. W. L.
Gustav Hoch, M. d. R.
Graf Wilhelm zu Hoensbroech, M. d. Pr. H.
Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R.
Liz. Reinh. Mumm, M. d. R.
Rudolf Oeser, M. d. Pr. A.
Osel, M. d. B. A.-K.
Dr. Maximilian Pfeiffer, M. d. R.
Dr. h. c. A. von Rieppel, M. d. B. R.
Fürst Otto zu Salm-Horstmar, M. d. Pr. H.
Schlee, M. d. R.
Graf A. von Spee, M. d. Pr. A.
Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.
Graf von Zieten-Schwerin, M. d. Pr. H.

In der Stunde der Entscheidung erscheint dieses Buch.

Es ist von so außerordentlicher Bedeutung, daß es zweifellos zu den meistgekauften Büchern der nächsten Zeit zählen wird. Jeder Deutsche sollte es gelesen haben. Vorrätig in jeder guten Buchhandlung. — Kleine Montanusbücher Band 8, Mk. 1.50

Der Montanusverlag zu Siegen 22

Die Deutsche Zeitung

das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

ritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

ält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

ennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

irkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

ekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

ill auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

Bezugsbedingungen: Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

reuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.— (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

eldpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12

Wer einen Angehörigen im Felde hat

hat selbstverständlich den Wunsch, die Vorgänge an der Front, die ihm bisher nur aus Büchern und Zeitschriften bekannt sind, einmal aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Diesen Wunsch verwirklichen in geradezu überraschender Weise die vor einigen Wochen erschienenen Feldstereos. Eindrücke, die sich durch lange Erzählungen nicht wiedergeben lassen, vermitteln Feldstereos im Augenblick. Serie A Somme u. Verdun. Preis einer kompl. Serie inkl. Appar. M. 7.50 portofr. bei Einsend. d. Betr. Nachn. 20 Pfg. extra.

Alles Nähere ersehen Sie aus einem ausführlichen illustrierten Prospekt, der Ihnen auf Wunsch vom

Feldstereo-Verlag in Frankfurt a. M.

kostenlos zugesandt wird.

Heufieberkranke!

schließt Euch dem Heufieberbund (E. V.) an. **Jahresbeitrag 5 Mk.**, wofür Merkblatt, enthaltend die erprobtesten Linderungsmittel, sowie der neue Jahresbericht und andere Druckschriften geliefert werden. Aufklärende Werbeschrift verl. man grat. v. d. Geschäftsst. d. Heufieberb. (E. V.)

Elberfeld, Frankenplatz 29.

Handgetriebene Silberbrosche.
M. 15.—

Über **Runenschmuck**

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. stark heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutungen und Beiträgen von Guido von List, Walter Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, ferner Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie schmücke ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto bei

Haus Eklöh, Lüdenscheid.

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Schmuck

Deutscher Anker

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

Kriegs- [redacted]

Lebensversicherung

Bedenken Sie? da

der nahe Frieden ungeahnte Gelegenheiten zum Schaffen und Vorwärtskom bringt. Wer nun jetzt schon daran denkt, seine Kräfte und Fähigkeiten fördern und zu erhalten, — etwaige Übel wie: Energielosigkeit, Mange Ausdauer, Gedächtnisschwäche, Unsicherheit im Auftreten und Sprechen seitigen — und die Gesetze und Einflüsse, die ein Mißlingen verursa andererseits den Erfolg sichern, kennen lernt, — der kann rechtzeitig mit greifen und seine Zukunft sichern. Verlangen Sie Ausk. und Fragebogen zu **Krebs' psycholog. Lehrbriefkursen. — H. Krebs, Barmen Werterstrase 51.**

Prophezeiung über den Weltkrieg!!

200jährige Prophezeiung eines frommen Tiroler Mönches über den Weltkrieg! — 2 gleiche Heftchen Mark 1.30 franko Nachnahme.

Buchversand Elsner, Stuttgart, Schloßstraße 57 B.

Krankenfahrstühle

f. Straße u. Zimmer. Selbstfahrer, Tragstühle, Krankenmöbel aller Art. **Köhler Comp.,** Hofl., Heidelberg.

Hakenkreuz-Papie
Völkische Postkart
51 und Schriften
Sis-Verlag in Je

Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

Fritz Weitzel, Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. R**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

Aufwärts

durch Geflügelzucht!

Ein Büchlein franko für 85 Pfennige.

Carl v. Thaden, Crossen-Oder 41.

KLISCHEES

für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie

RADIOTINTO-TIEFDRUCK

(SCHNELLPRESSENDRUCK)

in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung.

Man verlange Muster u. Kostenanschläge.

BRENDAMOUR, SIMHART & Co

★ MÜNCHEN ★

In jedem Hause

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

Harmoniums von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. **umsonst. Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

Annahmeschluß für Anzeig

für das Septemberheft am 15. Aug

Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

Sanatorium Dr. Dornblüth

WIESBADEN

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

Lähn i. Riesengeb. bei Hirschberg

Pädagogium Ländl. Schulanstalt

Gegründet 1874

Kleine Klassen, real, realgymn. und gymn. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung Obersekunda. Streng ger. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht Erziehung. Ökonomie. Sport, Wandern, Bäder. Medizinische Bäder im Sana- um. Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München.

634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2

Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

Jugendsanatorium in Verbindung mit Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in **Herchen a. d. Sieg** in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

Jugendheim Heidelberg

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

Fischer's Privat-Töchterheim, Cassel-Wilhelmshöhe.

atsches Frauenlehrjahr für Töchter höherer Stände. Wissenschaftliche tbildung, gründliche Ausbildung in Haus, Küche und Garten. Pflege von sik und Kunst. Klass. Gymnastik. Gesunde Lage im **Habichtswalde.** is 2000 Mark.

G. Fischer.

Gärtnerischer Lehrbetrieb.

ebildete junge Mädchen und Jungen en Ausbildung in Obst-, Wein- und nüsebau auf unserem Obstgut **Blankenberg bei Ihringen**, nahe Freiburg . Vegetarische Lebensweise.

Dr. med. Kieslin.
Hedwig Gebhardt.

Hessische Handels-Lehranstalt

Saalbaustr. 73 DARMSTADT Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

Nordsee: Pädagogium Südstrand Föhr

verbunden mit

Dr. Gmelin Nordsee-Sanatorium

Einjährigen-Berechtigung

Beginn des Herbsttertials 6. September

Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.) Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

Frau Frieda Hoeke-Kriele.

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

Wer
ein ganzer Mann

sein will, für den genügen umfangreiches Wissen, großes Können und starkes Wollen noch nicht, er muß auch seinen Charakter ausbilden und Schwächen nach Möglichkeit auszumerzen suchen. Erst der Charakter verleiht den geistigen Fähigkeiten das nötige Rückgrat und schafft in allen Ständen und Berufen wirklich große Männer. Groß ist erst der Mann, der sein Wissen, Können und Wollen mit großer Pflichttreue paart, Pflichttreue gegen sein Volk, seine Angehörigen und nicht zum mindesten gegen sich selbst.

Pflichttreue richtig verstanden und richtig geübt, macht sich auch immer am besten bezahlt. Wo dies nicht der Fall ist, kommt es daher, daß entweder die geistigen Fähigkeiten oder der Wille nicht genügend ausgebildet sind, oder daß die Pflichttreue nur einseitig geübt wird. Wer vorankommen will, der muß eben seine ganze Persönlichkeit ausbilden, muß trachten, ein ganzer Mann zu sein oder zu werden.

Wer vorankommen und ein ganzer Mann sein will, der darf sich nicht scheuen, einmal unparteiisch über sich selbst nachzudenken, um herauszufinden, wo es bei ihm noch fehlt, wo und wie er den Hebel anzusetzen hat. Erst wenn sein Rüstzeug vollzählig und vollkommen blank ist, kann er voll Zuversicht und Selbstvertrauen den Kampf ums Dasein aufnehmen und des Sieges sicher sein.

Den erfahrensten Führer auf dem Wege zum Erfolg finden Sie in einem Kurs von Poehlmanns Geistesschulung. Die Erfahrung, welche der Verfasser im direkten Unterricht von weit mehr als einmalhunderttausend Menschen im Laufe von fast 25 Jahren gesammelt hat, kann Ihnen von niemand anderem geboten werden. Infolge dieser ungeheueren Erfahrung in der Anleitung von Menschen jeden Alters und jeden Standes kann sich jeder, der Erfolg und inneres Glück sucht, diesem Führer voll und ganz anvertrauen.

Nur ein paar Auszüge aus Zeugnissen: „In Ihrer Geistesschulung haben Sie Mittel und Wege gezeigt, welche unweigerlich zum Erfolg führen. J. O." — „Nicht minder dankbar muß ich anerkennen Ihre Uneigennützigkeit, mit der Sie Ihre Schüler leiten. P. R." — „Ich habe die feste Überzeugung, daß die Befolgung der goldenen Regeln der Geistesschulung nicht nur zu einer möglichst vollkommenen harmonischen Persönlichkeit führt, sondern vor allem auch einen für das soziale Ganze brauchbaren und erfolgreichen Menschen schafft. E. Sch." — „Mein ganzes Leben bleibt Ihre Lehre mein kostbarster geistiger Schatz. G. H."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

L. POEHLMANN, Amalienstraße 3, MÜNCHEN C 12

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

Jahrg. Heft 9 September 1918

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Gespensterfurcht .. .. Landeshauptmann Arnold v. Senfft
Was wird aus unserer Ostmark? .. .. Justizrat Wagner
Politische Erneuerungstechnik .. .. Dr. Walter Liek
Städtische Wohnungsreform .. .. Dr. K. von Mangoldt
Die „Yorcks" von heute .. .. Dr. Erich Jung
Zur Gewaltsamkeit der Presseunterstützung .. .. Dr. O. H. Hopfen
H. St. Chamberlain — Frankfurter Zeitung
Bild der Lage – Bücherschau .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Politische Bücherei

geleitet von
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Erich Marcks
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Schumacher
Prof. Dr. R. Smend

Neue Erscheinungen:

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Aloys Schulte

Frankreich und das linke Rheinufer

Geh. M 10.—, geb. M 12.—

„Ein Buch, das auf den Verhandlungstisch gehört, an dem die Abrechnung mit Frankreich beglichen wird." (Kölnische Zeitung.)

„Das Werk des gelehrten Bonner Historikers ist eine gewonnene Schlacht." (Trierische Landeszeitung.)

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Karl Hampe

Das belgische Bollwerk

Geh. M 4.—, geb. M 6.—

„Das ausgezeichnete Buch des Heidelberger Historikers besitzt einen wissenschaftlichen Wert, der weit den der meisten in der letzten Zeit erschienenen Bücher über Belgien übersteigt." (Nord und Süd.)

Privatdozent Dr. J. Szekfü

Der Staat Ungarn

Geh. M 3.20, geb. M 4.80

„Das Buch ist überaus anregend geschrieben, vermittelt reiche Kenntnisse und bildet einen wertvollen Beitrag mitteleuropäischer Staats- und Verfassungsgeschichte." (Hamburger Nachrichten.)

„Für den, der sich über mitteleuropäische Fragen ein Urteil bilden will, dürfte das Buch unentbehrlich sein." (Das größere Deutschland.)

Professor Dr. Alfred Hettner

Der Friede und die deutsche Zukunft

Geh. M 3.50, geb. M 5.—

„Die schwierigsten Probleme der Politik behandelt der Heidelberger Gelehrte mit so wohltuender Sachlichkeit, Würde und Ruhe, daß man sein Buch ein Lehrbuch moderner Politik nennen könnte." (Münchner Neueste Nachrichten.)

Berthold Molden

Aloys Graf Aehrenthal

Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns

Geh. M 6.—, geb. M 8.—

„Moldens Werk ist in der Nähe des Wiener Ballplatzes geschrieben. Daher die außerordentliche Orientiertheit des Verfassers. Jedenfalls verdient das bedeutende Buch, das an alle außenpolitischen Fragen Oesterreich-Ungarns rührt, die vollste Aufmerksamkeit der Geschichtschreiber wie der Politiker." (Vossische Zeitung.)

Ausführlichen Prospekt mit Subskriptions-Bedingungen auf Wunsch kostenlos durch jede Buchhandlung oder die

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor R. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 9 | September

Inhalt:

Gespensterfurcht (S. 593) .. .. Landeshauptmann Arnold v. Senfft
Was wird aus unserer Ostmark? (S. 599) .. .. .. Justizrat Wagner
Politische Erneuerungstechnik (S. 605) .. .. Dr. Walter Liek
Städtische Wohnungsreform (S. 611) .. .. Dr. K. von Mangoldt
Die „Yorcks" von heute (S. 626) .. .. Dr. Erich Jung
Zur Gewaltsamkeit der Presseunterstützung (S. 648) .. Dr. O. H. Hopfen
H. St. Chamberlain — Frankfurter Zeitung (S. 662)
Bild der Lage (S. 651). — Bücherschau (S. 663) .. Dr. Erich Kühn

Gespensterfurcht.

Von Landeshauptmann Arnold von Senfft.

I.

Die kürzlich veröffentlichte Entschließung der Vogtländischen Ortsgruppe des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden gibt in der höfischen Form „der freudigen Hoffnung und der festen Zuversicht" dem berechtigten Verlangen Ausdruck, „daß die deutsche Politik, unbeirrt von partei-politischen Tagesströmungen, das gesetzte Ziel, unsere deutsche Zukunft durch Mehrung deutscher Macht zu sichern, in gerader Linie kraftvoll verfolgt." Wie sehr es an diesem unentbehrlichen Erfordernis noch in jüngster Zeit gefehlt hat, kann gar nicht nachdrücklich genug betont werden. In der Woche vor Pfingsten hatte der Reichskanzler zu dem Vertreter des Az Est geäußert, er wäre Optimist genug, an die Möglichkeit des Friedens in diesem Jahr zu glauben. Fünf Wochen später entquollen dem Munde des Staatssekretärs v. Kühlmann vor versammeltem Reichstage die nach Gehirnerweichung klingenden Worte von einem siebenjährigen oder dreißigjährigen Kriege. Graf Hertling trieb deshalb ein etwas gewagtes Spiel mit der Gedächtnisschwäche seiner Zuhörer, wenn er am 11. Juli im Haupt-Ausschuß des Reichstags die Versicherung abgab: der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes verträte nur die Politik des Reichskanzlers, und was Herrn v. Kühlmann beträfe, so hätte sich Graf Hertling in bestem Einvernehmen von ihm getrennt.

By

Man ist wohl oder übel darauf angewiesen, die letzten Worte auf das persönliche Gebiet zu beziehen; mit Bedauern erinnern wir uns ja noch des auszeichnenden Empfanges, den der Reichskanzler dem aus Bukarest heimkehrenden Staatssekretär veranstaltete — demselben Bukarest, wo Herr v. Kühlmann mit dem Rest an Zeit und Kraft, den ihm die anstrengenden Vergnügungen dieser Residenz übrig ließen, für das Deutsche Reich einen Frieden vermittelt hatte, der zu unserem kriegerischen Anteil an der Besiegung Rumäniens in sehr unbefriedigendem Verhältnis stand. Auf ein hohes Maß von Nachsicht bei dem Reichskanzler und auf ein entsprechendes freundschaftliches Einvernehmen zwischen ihm und Herrn v. Kühlmann darf aus solchen Vorkommnissen allerdings geschlossen werden. Wie dagegen die sachliche Übereinstimmung, auf die es ankommt, bestehen kann, wenn der Chef in aller Öffentlichkeit mit der Möglichkeit rechnet, daß der Krieg in diesem Jahr zu Ende geht, und sein Staatssekretär Inland und Ausland auf eine dunkle Zukunft vertröstet, ist nicht verständlich.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie weit wir in diesen schweren Zeitläuften von dem normalen Zustand entfernt sind, daß unsere auswärtige Politik das Ziel der Mehrung unserer Macht in gerader Linie kraftvoll verfolgt. Wie sehr es an der geraden Linie fehlt, zeigt der angeführte Gegensatz zwischen den Stimmungen des Reichskanzlers und seines Staatssekretärs. Wie wenig von einer kraftvollen Außenpolitik bei uns gesprochen werden kann, ergibt sich noch handgreiflicher aus den neuesten Erklärungen des Grafen Hertling über Belgien im Haupt-Ausschuß des Reichstages am 12. Juli.

Wie ein unheimliches Verhängnis über unseren Häuptern mutet es an, daß in der größten Schicksalsstunde unserer Geschichte allein und eben wir Deutschen das verbrecherische Märchen von dem Eroberungskrieg und dem Verteidigungskrieg ersonnen haben. Als wären unserer Feinde noch nicht genug gewesen, mußten wir uns noch diese Fessel an unser Bein schmieden!

Woher stammt denn die lügnerische Erfindung, die sich mit seuchenartiger Schnelligkeit ausgebreitet und in hohen wie niederen Volksschichten alle Gemüter von geringer Widerstandskraft ergriffen hat? Offenbar aus der Maulwurfsarbeit der feindlichen Bestechung, der aber in Deutschland ein geschickter und tätiger Bundesgenosse in Gestalt der weltbürgerlichen Anlagen und Neigungen des deutschen Volkes in die Hände arbeitete. Die schlimme Aussaat einer erkauften Presse fand deshalb bei uns einen besonders empfänglichen Boden vor.

Es hätte auf unserer Seite keines ungewöhnlichen Maßes von Achtsamkeit bedurft, um die Gefahr zu entdecken, die in diesem Zusammentreffen lag, und keines unaufbringlichen Scharfsinnes, um ihr durch rechtzeitige Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu begegnen. Hätten auf den Warttürmen des Reiches scharfäugige Späher gestanden und die heranziehende Landplage der Sinnesverwirrung mit lautem Hornruf empfangen, so würde der deutsche Michel den ihm von dieser Seite angehauchten Geist der Zwietracht wohl noch einmal abgewehrt haben. Zu unserem Unglück trat jedoch ein dritter Umstand hinzu, der das Gegenteil bewirkte. Das war die Persönlichkeit des damaligen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, den die alte Überlieferung seiner Familie und nahe verwandtschaftliche Beziehungen von Jugend auf sowohl auf die bewußte Aneignung kosmopolitischer Anschauungen wiesen, wie auch auf eine ausgesprochene Vorliebe für die Kultur und die Zivilisation der sogenannten Westmächte Frankreich und England.

Eine solche Anlage seines leitenden Staatsmannes an dem weltgeschichtlichen Wendepunkt der Augusttage von 1914, das war ungefähr das ärgste Mißgeschick, das unserem schwergeprüften Volk widerfahren konnte. Ein Mann von Bismarcks

Temperament war nicht zu entbehren, mochte auch die Begabung an Willenskraft und Verstand bescheidener ausfallen. Herr v. Bethmann-Hollweg erblickte umgekehrt seine und unsere höchste Aufgabe in der Entwaffnung des zähnefletschenden Hasses unserer verbündeten Feinde durch neue und unerhörte Beweise von deutscher Großmut und Entsagungsbereitschaft. Nicht geschrieben war für ihn Schillers Wort:

Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben,
Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

Ganz unfaßlich blieb ihm deswegen Englands Kriegserklärung angesichts unseres heißen Bemühens um Englands Gunst. Mit der Miene des Entsetzens und der gekränkten Unschuld beschwor er den Botschafter Edward Goschen, das Londoner Kabinett zum Einlenken zu bestimmen, anstatt den schnöde hingeworfenen Fehdehandschuh in stolzer Gelassenheit aufzunehmen. Eigene Anknüpfungen an Bismarck konnten ihn dabei ebensowenig behindern wie auf anderen Gebieten der auswärtigen oder inneren Politik. Bismarcks Gedanken und Erinnerungen verweilen ausführlicher bei frondierenden Kundgebungen des Hauses Hohen-Finow, als dem Werte seines Buches zuträglich ist. Uns ist es nicht um persönliche Verkleinerung zu tun, sondern um Daseinsfragen unseres Volkes, wenn wir dieses wichtige Blatt aus der Vorgeschichte von 1914 hier in Erinnerung bringen. Ist es doch gegenüber solchen Daseinsfragen nicht bloß erlaubt sondern geradezu Pflicht, die unabweisliche Folgerung zu ziehen, daß sich ein Politiker des bezeichneten Schlages bald genug als ein zwar nicht bewußter aber durch seine tatsächliche Haltung beglaubigter Bundesgenosse unserer auswärtigen und inneren Feinde erweisen mußte.

Auch die Legende von unserem Verteidigungskrieg, der Glaube an ihre Unentbehrlichkeit für die Blankheit unseres Schildes waren wie gemacht für Bethmann-Hollweg. Seiner schwärmerischen, aller nüchternen Wirklichkeit abgewendeten Seele am es nicht in den Sinn, daß diese Legende geradezu eine Prämie auf den Eroberungskrieg setzte, indem sie dem Eroberer Gebietserweiterungen erlaubte, die sie dem Angegriffenen untersagte. Seitdem wir von Völkerkämpfen wissen, hat es noch immer als ein selbstverständliches Gebot der Gerechtigkeit gegolten, daß der unversehens Überfallene das Maß seiner Abrechnung mit dem Angreifer nur der eigenen Kraft entnimmt. Von ihr und von seinem Glauben an sie hängt alles für ihn ab, für den Augenblick und für die Zukunft. Fehlt es daran, so vermögen die klarsten Besitz- und Rechtsverhältnisse das Schlachtenschicksal nicht zu wenden. Der Schwächere unterliegt, und der Stärkere macht sich für seine Opfer aus der Siegesbeute bezahlt.

II.

Wir müssen die Leser dieses Blattes um Nachsicht bitten, daß wir so alte Wahrheiten aufwärmen. Eben das ist ja aber der kalte Nebel, der den Glanz unserer Siege verdunkelt und nicht wenigen von uns das klare Urteil trübt, daß nicht mehr die gute alte deutsche Volksbildung unter uns am Ruder ist, sondern daß verderbliche Hände zu unheilvoller Stunde den Schlauch des Äolus lösten und den Sturm- und Narrengeist der Halbbildung entbanden, der seitdem im Lande herumfährt und das Unterste zu oberst kehrt. Dürfen wir wirklich erwarten, daß unser Volk die Frucht seines Riesenkampfes bergen wird, wenn diese Bewegung nicht noch rechtzeitig zurückgedämmt und dem Unfug des Zauberlehrlings durch Meisterhand gesteuert wird? Es liegt doch wahrlich ein weiter Abstand zwischen der Forderung, daß, wenn möglich, noch mehr als bisher für alle abhängigen Existenzen in Deutschland gesorgt werden soll, und der Behauptung, daß eben diese Elemente den Staat

nach ihren Wünschen und ihrer Einsicht zu lenken hätten. Sie selbst sind ja nur zum geringsten Teil von solchem Größenwahnsinn befallen. Berufspolitiker, Parteiführer und Agitatoren verkünden ihnen täglich, lassen es drucken und in den Großstädten für 10 Pfennig täglich in die Hände drücken, daß unsere Lohnarbeiter ein Übriges tun, wenn sie Gut und Blut zur Verteidigung des Vaterlandes hergeben. Vor allem aber sind es unsere regierenden Kreise gewesen, die sich früher als irgendein sozialdemokratischer Schriftleiter zu solcher Irrlehre bekannt haben. Kein Wunder, daß unsere Zustände die Merkmale der Verwirrung aufweisen, wohin wir blicken: auf unser Verhalten zu den Feinden, auf unsere Behandlung der Neutralen, auf die besetzten Gebiete, auf das Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten, auf die preußische Verfassung oder auf das wichtige Gebiet der Volksernährung und Zwangsbewirtschaftung. Unsere Heeresleitung vollbringt inmitten der gewaltigsten Inanspruchnahme nach allen Seiten hin ganz beiläufig eine Aufgabe, die Cäsars und Alexanders Taten in Schatten stellt, indem sie dem russischen Riesenreich den Gnadenstoß versetzt, der seine Auflösung einleitet. Angebliche Vertreter des geborstenen Kolosses bitten uns um Frieden. Wir hätten Anlaß genug, die Prüfung ihrer Vollmachten mit aller Gemütsruhe vorzunehmen, ohne uns in unserem militärischen Vordringen aufhalten zu lassen. Statt dessen beschicken wir den von jenen gewünschten Versammlungsraum mit Bevollmächtigten, die es für ihre Aufgabe halten, wochenlang die Forderungen der hergelaufenen Vertreter des besiegten Reiches anzuhören. Weil die Wortführer unserer Halbbildung die neue Weisheit ausgraben, befreite Völker hätten ihre Zukunft selbst zu bestimmen, muß unser siegreiches Heer an der Grenze von Livland halt machen und Gewehr bei Fuß zusehen, wie besiegte Rüssen unsere baltischen Brüder morden und berauben. Der gleiche Spuk behindert unser rechtzeitiges Vorgehen durch Finnland gegen die Murmanküste; den Engländern und Amerikanern überlassen wir aus diesem Grunde den Vorsprung, den wir nur mit schweren Blutopfern wieder einbringen können. Wie wir mit Rumänien verfahren und gefahren sind, ist in frischer Erinnerung, die fast täglich durch wenig erfreuliche Nachrichten ergänzt wird. Den durch England seines Landes beraubten Khediven von Ägypten, den Bismarck vermutlich mindestens ebenso als Schlachtopfer feindlicher Tücke benutzt hätte wie die Entente den König Albert von Belgien, begrüßen wir erst am Ausgange des vierten Kriegsjahres in Berlin und werden uns hoffentlich seiner Wünsche annehmen. Welche Vorteile hätten wir uns und unseren Verbündeten sichern, welche Nachteile dem britischen Gegner zufügen können, wenn wir, ebenso wie bei allen entscheidenden Kämpfen zu Lande und zu Wasser, unseren kriegerischen Opfern entsprechend, auch in der Kriegspolitik entschlossen die Führung übernommen hätten! Die ganze Welt hallt davon wider, daß wir das Völkerrecht mit Füßen treten, während die Entente das große Schutz- und Trutzbündnis auch der kleinen Mächte darstellt. Wenn wir also das Zeugnis des Wohlverhaltens doch nicht mehr erlangen können, vielmehr die öffentliche Meinung aller Länder in der Bewunderung eines Lloyd George und eines Wilson übereinstimmt — dem auch unsere amtlichen Kreise noch unmittelbar vor der amerikanischen Kriegserklärung seine „Hochherzigkeit" bescheinigten — sollten wir uns dann nicht wenigstens auch das Verfahren dieser Staatsmänner gegenüber den neutralen Mächten zum Muster nehmen, wie es sich in Griechenland, in der Schweiz, in Holland und in Skandinavien so glänzend bewährt hat? Die tatsächlichen Machtmittel, die England in diesen Fällen aufwenden konnte, standen uns in ungleich größerem Maße zu Gebote.

Wir entschlagen uns der naheliegenden, wenn auch wenig verlockenden Aufgabe, die hier angedeutete Wesensart unserer Politik auf anderen Gebieten zu verfolgen. Überall gewahren wir sie in der gleichen Abhängigkeit von dem maßgebenden Einfluß der internationalen Sozialdemokratie und ihrer verblendeten Helfershelfer im Lager sogenannter staatserhaltender Parteien. Dennoch haben sich von Ranke abwärts noch alle bedeutenden Geschichtsforscher zu der unumstößlichen Wahrheit bekannt, daß große Staaten durch die gleichen Kräfte erhalten werden, die sie geschaffen haben. Auch das Deutsche Reich ist ein zu ausgedehnter und vielgestaltiger Staatskörper und vermöge seiner geographischen Lage und natürlichen Grenzen zu schweren Gefahren ausgesetzt, als daß seine Steuerung dem vielköpfigen Verstande und weitmaschigen Gewissen parlamentarischer Parteien überlassen werden dürfte. Das war schon im Frieden so; um wie viel mehr in der tosenden Brandung des Krieges, in der die Völker von den Zeiten des alten Rom bis herab auf Clemenceau, Foch, Lloyd George und Wilson nur in der straffsten Zusammenfassung der Geschäfte das Heil erblicken. Allein im Deutschen Reich und in Preußen haben die Träger der verfassungsmäßigen Verantwortung das Wagnis unternommen, den umgekehrten Weg einzuschlagen und die schier unübersehbaren, täglich wechselnden Aufgaben des Krieges in steter Fühlung mit den gesetzgebenden Körperschaften zu lösen.

Anscheinend unterliegen sie dabei der suggestiven Wirkung einer sogenannten öffentlichen Meinung, die doch bei näherem Zusehen nirgends als nachweisbares Mehrheitgebilde besteht, geschweige denn als Stimme einer erprobten Staatsweisheit. Die großstädtische Presse, das weitreichende Werkzeug des Geldkapitals, um Völker und Regierungen seinen Zwecken dienstbar zu machen, sie hat sich auch in unserem öffentlichen Leben zu einer gefährlichen Landplage entwickelt; und sie recht eigentlich vollbringt vor unseren sehenden Augen das Wunder, unsere leitenden Kreise mit Hilfe einer groben Begriffsverwechslung in den Bannkreis ihrer Ideen zu ziehen. Denn offenbar gelingt ihr täglich von neuem das einfältige Schelmenstück, den in ihrer Mitte lebenden Würdenträgern, die von denselben Dünsten wie sie umnebelt werden, den Irrtum vorzutäuschen, der sie alle mit der Gewalt einer fixen Idee beherrscht: die emsigen und findigen Schriftleitungen jener Blätter wären das Mundstück der Bevölkerung, während sie in Wahrheit die mit offenen Nüstern eingesogenen Eindrücke des Tages verarbeiten, um über Nacht die öffentliche Meinung des nächsten Morgens im Sinne ihrer Auftraggeber herzustellen. Nicht bloß den gesunden Kern, sondern die große Masse des deutschen Volkes lassen diese Machwerke vollkommen kalt und unberührt. Die geht ihrer Arbeit und ihren Bedürfnissen nach und wahrt sich ihr Urteil an der Hand ihrer eigenen Erfahrungen. Sie bedarf keiner staatsrechtlichen Unterweisung, um die ständigen Übergriffe der Gesetzgebung in die Verwaltung, wie sie seit Jahresfrist bei uns an der Tagesordnung sind, als einen chaotischen Zustand und eine schwere Gefährdung des Kriegsverlaufes zu begreifen. Nicht etwa nur unsere Landbevölkerung, der wurzelkräftigste Bestandteil unserer Nation, hält es mit dem bewährten Sprichwort, viele Köche verderben den Brei; auch zahlreiche Schichten der Industriearbeiter, die sich durch Zuzug vom Lande ergänzen, der gesamte städtische Mittelstand und endlich eine unübersehbare Schar führender Männer des deutschen Bürgertums in Handel und Industrie, in Wissenschaft und Verwaltung — sie alle stehen dem demokratischen Götzenbilde einer möglichst vielköpfigen Regierung, zum mindesten während des Krieges, vollkommen ablehnend gegenüber. Brauchen wir doch nur einen Blick in unsere Feldlager zu werfen und uns zu fragen, was wohl aus unseren braven Truppen und aus

uns allen geworden wäre, wenn wir es nach solchem Rezept mit der Kriegführung versucht hätten. So aber dürfen wir uns wahrlich nicht verwundern, wenn uns die Freude an den Waffentaten unseres Heeres und an der schier unerschöpflichen Widerstandskraft des deutschen Volkes durch immer neue politische Fehlschläge und Mißerfolge vergällt wird. Einer der besten Kenner unseres öffentlichen Lebens schrieb dieser Tage im Rückblick auf Herrn v. Kühlmanns Amtsführung, es ließe sich nicht mehr verbergen, daß unsere Diplomaten um ebensoviel hinter dem Mittelmaß zurückblieben, wie unsere Heerführer darüber hinausragten. Das mag vollkommen richtig sein; allein die dringendste und augenblicklichste Not unseres Volkes ist die freiwillige Abdankung unserer Reichs- und Staatsregierung vor innerpolitischen Parteien, deren kurzsichtige Führer wichtigste vaterländische Bedürfnisse durch die Parteibrille sehen und zu Gegenständen eines innerpolitischen Kuhhandels herabwürdigen. Unsere inneren Zustände haben infolgedessen einen Grad von Ungesundheit erreicht, der kaum noch überboten werden kann. Der mit wüster Bestechung genährte Zwiespalt unseres Volkes wegen der politischen Ausnutzung unserer Waffenerfolge klafft so tief wie nur je und fördert immer neue beschämende und unnatürliche Erscheinungen zutage. Das alles sind die Folgen des unseligen Verzichts der Regierung auf die ihr obliegende unabhängige Führung der Geschäfte. Tritt darin kein Wandel ein, so ist in der Tat nicht abzusehen, wann unserem Volke die rettende Stunde schlägt. Dann mögen solche Lästermäuler recht behalten, die in amtlichem Aufputz vor versammeltem Reichstag von einem siebenjährigen und dreißigjährigen Kriege faseln. Dann bleiben der Feldmarschall Hindenburg und sein treuer Helfer Ludendorff, wie schon bisher nur allzuhäufig, so auch weiterhin verurteilt, von oben das Faß der Danaiden zu füllen.

Wir legen hier den Finger auf eine Wunde an unserem Staatskörper, die nichts mit der Frage nach dem Parteibekenntnis zu tun hat. Der Feldmarschall Roon, der sich als Kriegsminister vom militärischen Fachmann zum Politiker großen Stils auswuchs, wies ausdrücklich jede konservative Parteitendenz von sich, als er sich bei König Wilhelm I. in jenem herrlichen Brief im April 1861 für die Entlassung des Ministeriums der neuen Ära einsetzte und mit den eindrucksvollen Worten schloß: „Man hat Eure Majestät einzuschüchtern versucht durch das laute Geschrei des Tages. Allen unglücklichen Königen, von denen die Geschichte meldet, ist es ebenso ergangen. Nur weil sie an das Gespenst glaubten, schreckte es, ruinierte es sie. Ich beschwöre Eure Majestät, glauben Sie nicht daran. Sprechen Sie ein Wort, und das Phantom verschwindet." Auch jetzt geht das Gespenst der sogenannten öffentlichen Meinung am hellen Tage in unseren Staatskanzleien um. Wenige Maulhelden ohne wirklichen Massenanhang, nur gestützt auf Zeitungen und parlamentarische Gruppen, dürfen sich anmaßen, dem deutschen Volke vorzuschreiben, mit welchen Erfolgen es sich zu begnügen hat, und die kindische Erfindung vom Eroberungs- und Verteidigungskriege zu verbreiten, die den Angreifer begünstigt und den Angegriffenen benachteiligt. Ermannen wir uns endlich dazu, diese verderblichen Pfuscher in die Schranken ihres Handwerks zurückzuweisen und das Ruder des in Seenot befindlichen Reichsschiffes von ihrem täppischen Zugriff zu befreien. Das ist das einzige Mittel, mit dem wir unserem Heere für seine unvergleichlichen Taten und Opfer unsern Dank abstatten, das einzige Mittel, mit dem wir der Hydra unserer Feinde Herr werden können.

Was wird aus unserer Ostmark?[1]

Von Justizrat Wagner.

Die Polen haben nicht umgelernt. Das Ziel ihrer politischen Bestrebungen bleibt nach dem Weltkriege dasselbe wie bisher: die Vereinigung aller Polen in einem polnischen Reiche in den weitesten Grenzen. Ein Verständigungsfriede zwischen ihnen und uns Deutschen ist unmöglich, weil die Voraussetzung und die Grundlage für diesen Frieden, der Verzicht der Polen auf Posen und Westpreußen, fehlt. Die deutschfeindliche Gesinnung der Polen ist bestehen geblieben, bei den Polen in Preußen wie jenseits der Grenze. Das beweisen die Reden der polnischen Abgeordneten im preußischen Landtag, die polnische Presse und die polnische Nationalfeier in Posen, die Kosziuskofeier.

Im Weltkriege warteten die Polen auf einen Sieg Rußlands. Denn nur, wenn Rußland über die Mittelmächte siegte und die Ostmark und Galizien eroberte, konnten die Polen eine Vereinigung aller Polen erreichen. Nun da es anders gekommen ist, bereiten sie die Zukunft vor, indem sie in der deutschen Ostmark ihren Einfluß zu stärken suchen und an der allmählichen Polonisierung des Landes arbeiten. Daß dies Bestreben aussichtslos ist, kann man nicht sagen; denn die Polen in Preußen gehen aus dem Weltkriege gestärkt hervor. Ihre Macht ist durch die Errichtung des Königreichs Polen und durch die Neuorientierung in Preußen ganz wesentlich gewachsen.

Zunächst die Errichtung des Königreichs Polen!

Die Errichtung des Königreichs Polen am 5. November 1916 erfolgte, ohne daß eine Gegenleistung verlangt wurde, ohne daß von vornherein das staatsrechtliche Verhältnis des neuen Königreichs zum Deutschen Reich festgestellt wurde, und ohne daß ein Verzicht des neuen Nachbarn auf die östlichen preußischen Provinzen gesichert wurde. Die „vertrauensvolle Hoffnung" des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, daß die Polen freiwillig sich den Mittelmächten anschließen und ihre Freunde und Bundesgenossen werden würden, hat sich als irrig erwiesen; die Polen haben ihre politische Stellung nicht geändert, nichts von ihren Ansprüchen aufgegeben. So ist für die Polen in Preußen das benachbarte selbständige polnische Königreich ein fester Kern und ein Stützpunkt geworden in weit höherem Grade, als es bisher Galizien war. Das Königreich Polen ist der lebendig gewordene Traum der Polen, und wenn ihr Reich auch noch nicht den vollen erträumten Umfang hat, so können sie doch der Zukunft vertrauen, daß auch das noch erreicht wird. Und selbst die wenigen Polen, die früher nach Poniatowskis Wort „finis Poloniae" nicht mehr an die Erfüllung der polnischen Träume dachten, werden jetzt mit neuer Hoffnung erfüllt werden, neuen Mut schöpfen, die alte Bahn zu wandeln und eine volle Wiederherstellung des alten Polenreichs erwarten. Das benachbarte Königreich wird mit allen Mitteln die Umtriebe der Polen in Preußen unterstützen; es wird wie es der Polenklub in Österreich schon früher getan hat, sich in die inneren Angelegenheiten Preußens einmischen und die deutsche Politik in der Ostmark zu beeinflussen suchen. Der Einfluß des Königreichs Polen auf die deutsche Politik im Osten wird um so wirksamer sein, als das Königreich in den in seinem Gebiet wohnenden Deutschen gewissermaßen Geißeln hat und stets mit einem Schein des Rechts verlangen wird, daß, was der deutschen Minderheit in Polen gewährt werden soll, auch den Polen in Preußen gewährt werden muß. Bei diesem Verhalten der Polen sind in

[1] Dieser Aufsatz ist auch als Sonderdruck zu beziehen. Einzelpreis: 30 Pf., ab 100 Stück je 20 Pf., ab 1000 Stück je 15 Pf.

der Ostmark die deutschen und die polnischen Interessen diametral entgegengesetzt, und es liegt dauernd die Gefahr ernster Konflikte vor. Einen kriegerischen Konflikt mit dem Königreich Polen wird das Deutsche Reich scheuen, um nicht, da es den Polen an Helfern nicht fehlen würde, einen neuen Weltenbrand zu entzünden, und deshalb wird es gegen die Polen nachgiebig sein und ihnen immer neue Zugeständnisse machen.

Und nun die Neuorientierung der Polenpolitik in Preußen!

Schon vor dem Weltkriege hatte der Reichskanzler und Ministerpräsident von Bethmann Hollweg trotz seines „Nunquam retrorsum" den Weg der bisher geführten kraftvollen und erfolgreichen Förderung des Deutschtums in der Ostmark verlassen. Das zeigte sich deutlich in dem Wechsel der Oberpräsidenten in Posen, als an Stelle des Oberpräsidenten von Waldow, der die Stütze und die Hoffnung der Deutschen war, der Oberpräsident Schwartzkopf und dann der Oberpräsident von Eisenhardt-Rothe trat, die beide zu Zugeständnissen und zum Entgegenkommen gegen die Polen bereit waren, um auf dem so oft versuchten und vergeblichen Wege der Versöhnung einen Ausgleich mit den Polen herbeizuführen. Mit Beginn des Weltkrieges wurde, um die Polen zu gewinnen, der seit vielen Jahren verwaiste Erzbischofstuhl von Posen-Gnesen mit einem Polen besetzt, die Tätigkeit der Königlichen Ansiedlungskommission, die Besitzbefestigung der Mittelstandskasse in Posen und der Bauernbank in Westpreußen wurde eingestellt, gewisse gesetzliche Ansiedelungsbeschränkungen wurden außer Kraft gesetzt, die Sprachenvorschriften für öffentliche Versammlungen wurde zugunsten der Polen abgeändert, das Enteignungsgesetz wird fallen. So ist in der Hauptsache der gegen die eindringende Polenflut in jahrzehntelanger Arbeit zum Schutz und zur Förderung der Deutschen errichtete Damm abgetragen.

Dazu kommt die ohne Rücksicht auf die polnische Gefahr herbeigeführte Reform des Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus.

Man mag sich zu der Frage der Einführung des gleichen Wahlrechts stellen, wie man will, man wird anerkennen müssen, daß es für die Ostmark schädlich wirken muß. An dieser Tatsache kann man nicht achselzuckend vorbeigehen; denn wie Fürst von Bülow als Reichskanzler und der frühere Finanzminister Freiherr von Rheinbaben mit Recht bezeugten, ist die polnische Frage die wichtigste Frage des preußischen Staates und eine Lebensfrage des Deutschen Reiches. In der Hast und Überstürzung, mit der die Wahlreform dem Volke, ohne es selbst zu fragen, dargeboten wird, machen sich die wenigsten klar, wie unheilvoll die Folgen des gleichen Wahlrechts für die Ostmark sind. Dreißig deutsche Abgeordnete verlieren im Osten ihre Mandate, und die Polen ziehen statt mit zwölf mit mehr als vierzig Abgeordneten in das Abgeordnetenhaus ein. Das allein schon gibt der Ostmark ein polnisches Gesicht. Damit ist die Sache aber nicht abgetan. Die polnischen Abgeordneten geben ihre Berichte in polnischen Wählerversammlungen in polnischer Sprache, die nur wenigen Deutschen geläufig ist. Nicht einmal Zuhörer können die deutschen Wähler in diesen Versammlungen sein, eine Beteiligung an den Erörterungen ist ausgeschlossen. In polnischer Sprache wird über die Versammlungen in den polnischen Zeitungen berichtet; sie entziehen sich so der Kenntnis der deutschen Wähler. Wünsche der Städte und Gemeinden, sowie einzelner Personen, um deren Förderung man gern den Abgeordneten bitten möchte, tragen die Deutschen ihrem deutschen Abgeordneten vor, auch wenn er nicht ihrer Partei angehört, sie scheuen sich aber, mit ihrem Anliegen zu einem polnischen Abgeordneten zu gehen, von dem sie nicht

wissen, ob er ihnen wohlgesonnen ist. So sind die deutschen Wähler vom Abgeordnetenhause fast völlig abgeschnitten.

Durch das gleiche Wahlrecht wird die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gänzlich geändert. Das Haus erhält eine aus Zentrum, Sozialdemokraten und Freisinnigen bestehende Mehrheit, die für eine durchgreifende deutsche Politik in der Ostmark nicht zu haben ist, wie auch der Minister des Innern Drews anerkannt hat. Diese Mehrheit wird noch verstärkt durch die so erheblich stärker werdende Polenfraktion. Überdies ist zu befürchten, daß die Polenfraktion auch in vielen Fragen meist den Ausschlag geben und so von großem Einfluß auf die ganze Gesetzgebung werden wird. Die Regierung wird deshalb die Neigung haben, sich mit der polnischen Fraktion gutzustellen; sie wird übrigens auf dem nun schon eingeschlagenen Weg zur Parlamentarisierung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gegenüber in der polnischen Frage kaum mehr einen unabhängigen und selbständigen Standpunkt einnehmen können. Ein Schutz und eine Förderung des Deutschtums in der Ostmark, wie sie Bismarck angestrebt hat, ist demnach künftig von der Regierung ebensowenig zu erwarten wie vom Abgeordnetenhause. Die Verwaltungsbehörden werden einen andern Weg nicht gehen können wie die Zentralbehörden, und auch von ihnen werden die Deutschen nicht gefördert werden. Unter solchen Umständen müssen alle vom Staat zum Schutz des Deutschtums noch bestehenden Einrichtungen verfallen. In Verfall geraten wird die Königliche Ansiedelungskommission, die schon von Herrn von Bethmann Hollweg in ihrer Tätigkeit beengt war; denn wenn die Regierung sie auch erhalten wollte, das Abgeordnetenhaus wird nicht willens sein, ihr die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen, oder ihr aufgeben, auch Polen mit Staatshilfe anzusiedeln, was der Minister von Breitenbach ja schon einmal in Aussicht gestellt hat. Fortfallen wird für die Beamten die Ostmarkenzulage für ihren in der Ostmark durch die Zweisprachigkeit der Bevölkerung erschwerten Dienst. Fortfallen werden auch die sonstigen Beihilfen für die Deutschen in der Ostmark. Die Deutschen sind in dem Kampfe mit dem deutschfeindlichen Polentum künftig ganz auf sich allein angewiesen.

Das sind die unmittelbaren, für die Ostmark so überaus schlimmen Folgen des gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus; schlimmer noch sind die mittelbaren Folgen.

Bei der künftigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und bei dem vermehrten Einfluß der Polenfraktion wird man den Wünschen der Polen mehr und mehr entgegenkommen. Die Grundlage der deutschen Schule in der Ostmark wird erschüttert, die polnische Unterrichtssprache wird immer weiteren Raum gewinnen, zuerst für den Religionsunterricht neben polnischem Schreibleseunterricht, dann aber auch in anderen Unterrichtsgegenständen. Aber noch mehr. Den polonisierten Gemeindeschulen werden polnische Gymnasien und eine polnische Universität angeschlossen werden. Die polnische Sprache wird bei Behörden Berücksichtigung finden und wird schließlich als gleichberechtigte Landessprache anerkannt werden müssen.

Dem gleichen Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus wird notwendigerweise das gleiche Wahlrecht für die Gemeinden folgen. Das wird ernstlich kaum mehr bestritten. Denn wenn das gleiche Wahlrecht außer für den Reichstag auch für das preußische Abgeordnetenhaus eingeführt ist, dann gilt es als das einzig wahre, allein gerechte Wahlrecht. Ein anderes Wahlrecht bei der bevorstehenden Reform des Gemeindewahlrechts wird die künftige Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch gar nicht anerkennen.

Wird aber für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht eingeführt, so werden die östlichen Provinzen nicht ausgenommen werden, denn das wäre ja ein Ausnahmegesetz, das künftig nimmermehr zugelassen wird. Auf Grund des gleichen Wahlrechts erhalten dann die meisten Städte in der Ostmark, auch größere Städte, vor allem die Provinzialhauptstadt Posen polnische Mehrheiten in ihren Stadtverordnetenversammlungen. Die weitere Folge wird sein, daß sehr bald die Bürgermeister und Magistratsmitglieder insgesamt oder doch in überwiegender Zahl Polen sein werden. Die Polen pflegen auf die Minderheiten keine Rücksicht zu nehmen, und das Bestätigungsrecht der Regierung wird nach dem Willen des Abgeordnetenhauses sich richten müssen, das jede Maßregel gegen die Polen mißbilligt. Wo die Verwaltung der Städte und der Gemeinden in die Hände der Polen gerät, da werden auch die deutschen Beamten sehr bald verschwinden und polnischen Beamten Platz machen. In dem Verkehr mit den polnischen Beamten wird die polnische Sprache gebraucht werden, nicht nur von den Polen, sondern auch von den Deutschen, die der polnischen Sprache mächtig sind, zumal wenn sie als Bittende oder Gesuchsteller erscheinen, um für sich etwas zu erreichen.

Im Geschäftsverkehr wird nach diesem Beispiel die polnische Sprache immer mehr Verbreitung finden. Die polnische Kundschaft wird noch mehr als früher darauf bestehen, daß sie auch in deutschen Geschäften in polnischer Sprache bedient wird, die deutschen Geschäftsinhaber werden diesem Andrängen nachgeben, nachgeben müssen, sich selbst der polnischen Sprache befleißigen und polnisch sprechende Angestellte bevorzugen. Noch mehr als bisher werden die Polen wirtschaftlich zusammenhalten, woran sie seit Jahrzehnten gewöhnt sind, und so die deutschen Geschäfte verdrängen oder polonisieren. Die Nationalität folgt der Sprache. Deutsche, zumal die von den polnischen Geistlichen beeinflußten Deutschen, werden Polen werden, wie das in früheren Zeiten geschah, als Hunderttausende von Deutschen polonisiert wurden, wie der Kultusminister von Goßler im Abgeordnetenhause feststellte, und wie das die polonisierten deutschen Namen wie Sculz, Szubert, Wolslegier und dutzende andere beweisen.

Die Deutschen aber, die ihre Nationalität nicht aufgeben wollen, werden die Zustände in der Ostmark unerträglich finden und sie werden, zumal jede Aussicht auf eine Besserung ausgeschlossen ist, ihren Besitz in der Ostmark aufgeben und nach anderen Landesteilen abwandern, in denen deutsche Art und Sprache herrschen.

Dazu kommt, daß die Polen, die an den Kriegsgewinnen einen reichlichen Anteil genommen haben, sich aber bei den Kriegsanleihen so gut wie gar nicht beteiligt haben, über Hunderte von Millionen verfügen, und daß sie dies pflichtwidrig zurückgehaltene Geld dazu verwenden, deutsches Land anzukaufen. In den polnischen Depositenkassen liegt fast eine halbe Milliarde, und schon finden sich in posenschen, westpreußischen, schlesischen, sogar in Berliner Zeitungen Anzeigen polnischer Parzellierungsbanken, durch die Güter jeder Art und Größe zum Ankauf gesucht werden. Da jede Schranke gefallen ist, wird viel deutsches Land in polnische Hand übergehen. Und auf dem früher deutschen Gutshof zieht nicht nur der polnische Besitzer ein, sondern mit ihm die polnischen Wirtschaftsbeamten. Auch das deutsche Land wird polnisch.

So steht die deutsche Ostmark vor der Gefahr vollständiger Polonisierung, und mit banger Sorge fragen wir uns: Was wird aus unserer Ostmark? Hat Hindenburg die Ostmark deshalb von den Russen befreit, damit wir sie den Polen ausliefern? Und ist es nicht widersinnig, daß zum Schutz der Ostmark gegen den

Feind jenseits der Grenze ein Sicherungsstreifen verlangt wird, während wir gleichzeitig den Feind innerhalb der Grenzen ermutigen und stärken?

Die Minister sagen uns: Der Schutz des Deutschtums in der Ostmark ist selbstverständlich. Aber was geschieht denn zum Schutz der Ostmark? Der Minister des Innern, Herr Drews hofft (oder hoffte?) auf eine Sinnesänderung der Polen. Er stützt sich dabei auf Äußerungen von Prinz Radziwil, Fürst Drucki-Lubetzki und einigen anderen Polen, die hinter dem künstlichen Nebel von loyalen Redensarten ihre Wünsche verbergen, und er weiß doch, daß die überwiegende Zahl der Polen anders denkt. Der Minister Dr. Friedberg hofft, daß die Freisinnigen ihre Polenpolitik ändern werden, und er weiß doch, daß ein Kamel eher durch ein Nadelöhr geht, als daß der Freisinn seine Theorien preisgibt. Der Abgeordnete Stresemann meint in seinen „Deutschen Stimmen" in der Erkenntnis der Gefahr des gleichen Wahlrechts für die Ostmark, man könne Sicherungsbestimmungen in die Verfassung aufnehmen, aber er deutet nicht einmal an, was für Sicherungsbestimmungen das sein könnten. Manche Leute glauben oder sagen doch, es könne künftig durch Verschiebung der Parteien eine andere Mehrheit im Abgeordnetenhause entstehen, obwohl sie wissen sollten, daß gerade das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Polen sehr feste und sichere Wahlkreise haben. Das sind alles eitle Hoffnungen und Reden, die aus einer Verlegenheit wegen der Schädigung der Ostmark entspringen. Wenn den Deutschen in der Ostmark nicht andere Hilfe kommt, so gibt es auf unsere bange Frage nur eine Antwort: Unsere Ostmark wird polnisch!

Soll das geschehen?

Die Sache ist ernst. Der Osten Deutschlands ist gefährdet. Der Gefahr müssen wir entgegentreten. Wir können uns nicht auf die Reichsregierung verlassen, da sie von der Reichstagsmehrheit abhängt, die einer entschieden deutschen Politik in der Ostmark nicht geneigt ist. Ebensowenig können wir uns auf die preußische Staatsregierung verlassen, die alle zehn Jahre ihre Polenpolitik wechselt. Nur wenn das ganze deutsche Volk mit entschiedenen Willen gegen die Gefahr einer Polonisierung der Ostmark sich widersetzt und ernstliche Maßregeln verlangt, wird die Ostmark gerettet werden.

Anmerkung.

Wir haben den vorstehenden Aufsatz zum Abdruck gebracht weil er klar und überzeugend die ungeheure Gefahr darlegt, in der sich die Ostmark und mit ihr das ganze Deutsche Reich befindet. Wenn jemals, so ist an dieser Frage das ganze Deutschland beteiligt, denn eine so nachhaltige Stärkung des Slaventums in der deutschen Ostmark, wie sie das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen bringt, muß auf die, auf eine Zertrümmerung des Germanentums gerichtete Politik der Polen, Tschechen und Slaven in Österreich unheilvoll zurückwirken und alle Errungenschaften des Weltkrieges in Frage stellen. Das ganze Deutschland muß demnach zu dieser Gefahr Stellung nehmen.

Gerade diese Frage macht es deutlich, daß nicht ungestraft eine Politik getrieben werden darf, welche unorganisch ist, d. h. einzelne Teile, und seien sie der Zahl nach noch so groß, auf Kosten des Ganzen bevorrechtet. Das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen bringt den Massen zuungunsten des Ganzen Vorteile und stürzt das ganze Reich in Unruhe und Gefahr, indem es den Vormarsch der Slaven nach Westen ermöglicht und fördert. Wie auf so vielen Gebieten, ist auch hier das Erbe der Hohenzollern durch eine kurzsichtige Politik der Nachgiebigkeit, eine Politik der Augenblickserfolge auf Kosten der Zukunft bedroht.

Eine Abwendung der Gefahr kann unseres Erachtens nur durch einen Personen- und den dadurch bedingten Systemwechsel in der Besetzung der maßgebenden Regierungsstellen wie im Reich so auch in Preußen erfolgen. Wir müssen wieder Männer auf den ausschlaggebenden Stellen haben, welche das Ganze überschauen und gegen unberechtigte Übergriffe seiner Teile zu verteidigen und für die Zukunft unbeschädigt zu erhalten wissen. Alle völkischen Kreise Deutschlands müssen geschlossen auf diesen Systemwechsel hinarbeiten, damit das Erbe der Hohenzollern im Osten nicht verschleudert und das Ansehn Preußens im Reich nicht seiner letzten Stützen beraubt wird.

Dadurch, daß die jüdisch-demokratische Presse in größter Auflage im Reich gedruckt und während des Krieges sogar durch eine Millionenunterstützung von seiten des Reiches besonders großgezüchtet wird, haben es die 1% Juden im Deutschen Reiche verstanden, den Eindruck zu erwecken, als ob ihre doch ausschließlich im Interesse des Judentums geleiteten Blätter der wahren Stimmung des deutschen Volkes Ausdruck gäben und als ob z. B. Süddeutschland von schweren Entrüstungskrisen heimgesucht würde, wenn in Preußen nicht das demokratisch-rückschrittliche Gleichheitswahlrecht eingeführt würde, während in Wahrheit seine Ablehnung in bayerischen Regimentern von Mannschaften und Offizieren mit Jubel gefeiert wurde. Die Regierung in Preußen hat sich lange durch diese Presse einschüchtern lassen und hat gemeinsam mit ihr an der Vernichtung des alten Preußens gearbeitet.

Hier muß gründlicher Wandel geschaffen werden. Alle nationalen Kreise, und zwar wirklich alle Parteien und Richtungen, müssen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und ihrem festen Willen, den preußischen Staat und das Haus Hohenzollern vor der Vernichtung zu schützen, Ausdruck geben. Da es sich um einen Kampf auf Leben und Tod handelt, ist vor allen Dingen ein klares Ziel aufzustellen. Den Ostmarkenverein, als den berufensten Kenner der Verhältnisse, möchten wir dazu aufrufen, ein umfassendes Programm aufzustellen, wie die Zukunft des Deutschtums im Osten ein für allemal gesichert werden kann.

Ganz Deutschland erwartet von Preußen, daß es das Banner des Deutschtums im Osten hochhält. Preußen ist aber im Begriff, die Grundlagen für ein Parlament zu schaffen, in dem Polen, Juden und sonstige Internationale den Ausschlag geben werden. Wer sieht und sehn muß, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht das alte Preußen und vorzüglich das Deutschtum in Preußen bedroht, und trotzdem erklärt, bis zum äußersten an diesem Wahlrecht festhalten zu wollen, versündigt sich unseres Erachtens am preußischen Staat. Das deutsche Volk kann und muß verlangen, daß derartige Männer von einem Einfluß auf die Leitung der preußischen Staatsgeschäfte ferngehalten und durch Männer ersetzt werden, die den Mut und das Geschick haben, im Gegensatz zur materiell-individualistischen Weltanschauung der jüdischen Demokratie, deren Folgerungen eine Zertrümmerung des Staates bedeuten, eine organische Staatsauffassung zu vertreten, welche allein die Dauer des Staates zu gewährleisten vermag. Nur solche Männer sind imstande, die dem Deutschtum von Osten drohende Gefahr noch abzuwenden, und gerade in dieser Beziehung hat auch Süddeutschland die Pflicht, sich um die preußischen Verhältnisse zu kümmern.

Die Schriftleitung.

Politische Erneuerungstechnik.

Von Dr. Walter Liek.

I.

„Deutschlands Erneuerung ist auf allen Gebieten", so schreibt Dr. P. Franz im Januarheft 1918 dieser Zeitschrift sehr richtig, „in Wahrheit eine Personenfrage." Hochangesehene und sachverständige Firmen bedeutendster Handelsstädte mögen, wie es geschehen, die besten Denkschriften über die Erneuerung unseres Auswärtigen Dienstes dem Reichskanzler überreichen, Herr v. Kühlmann mag in liebenswürdigster Weise sich mit den Herren besprochen und ihnen versichert haben, er werde sich ihre Ratschläge ungemein zu Herzen nehmen, Kommissionen von Sachverständigen mögen sich in die schönsten Beratungsklubsessel setzen — geholfen ist damit gar nichts. Denn ein Herr v. Kühlmann würde nach wie vor Bernstorffs nach Konstantinopel und Riezlers und Helfferichs nach Moskau schicken und Männer, wie sie uns not täten, jederzeit ablehnen. Nicht aus angeborener Bosheit, sondern nach bestem Wissen und Gewissen, wie er es hat. Die Sache läßt sich nämlich mit Grammatikregeln, Vorschriften und dem Verstand allein nicht in die Reihe bringen; Gefühl ist hier wirklich alles. Ein geborener Pazifist wird für jedes Amt schwammige Schwächlinge für geeigneter halten als harte Köpfe; den Weltbürger wird ein inneres Widerstreben davon abhalten, irgendwelche verantwortungsvolle Posten völkisch Gesinnten anzuvertrauen; eine Händlerseele wird stets glauben, einen Mißgriff zu begehen, wenn sie einen Staatsmann an eine staatsmännische Stelle bringen würde. „Es imponiert der Löwe nur dem, der ihn versteht," setzt Oberländer unter eine seiner humorvollen Zeichnungen — Germanen halten von den Römern gegen sie gehetzte Löwen für Wildkatzen und schlagen sie in lachender Geringschätzung mit Keulen tot —; er spricht damit eine sehr tiefe Lebensweisheit aus. Über den Landrat käme ein Bismarck unter Bethmann Hollweg so wenig hinaus wie ein Luther unter Hertling über den Dorfpfarrer; es fehlen die Organe, die auf das Verstehen so andersartiger Wesen eingerichtet sind.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit, Deutschlands Erneuerung mit einem Wechsel der führenden Männer zu beginnen, ist in die Kreise, die überhaupt eine Erneuerung wollen, schon ziemlich weit hineingedrungen. Gering ist aber selbst noch in den fortgeschrittensten Gruppen die Erkenntnis der technischen Notwendigkeiten, die eben auch dazu gehören, — der technischen Notwendigkeiten, die dazu gehören, ein herrschendes System zu stürzen, und der Notwendigkeiten, die dazu gehören, ein neues aufzubauen.

Unsere Gebildeten billigen es noch zur Not, wenn man ein „System" bekämpft, das man für falsch hält; sie gehen aber bereits nicht mehr mit, wenn man die Träger des Systems angreift. Aber die Systeme hängen immer von den Männern ab, die sie tragen, und der Ersatz dieser Männer durch Kräfte eines andern Systems ist wichtiger als die theoretische Widerlegung des Systems; denn die andern Männer bringen notwendig eine Änderung des Systems mit sich, die theoretische Widerlegung aber keineswegs andere Männer. Aus theoretischen Erwägungen können alle möglichen schönen Dinge wie Regierungserlasse, Reichstagsbeschlüsse, Unterrichtsreformen, Erneuerungsausschüsse hervorgehen; aber alle diese Dinge ändern die Menschen nicht, die bisher versagt haben, und solange sie

regieren, geht das Versagen seinen Gang weiter. Zuerst müssen an die leitenden und auslesenden obersten Stellen die richtigen Männer gesetzt sein; dann sickert die Besserung allmählich von oben nach unten durch, mit und ohne Theorie. Die große Masse der nur ihr Amt ausfüllenden und mit jedem Winde segelnden Köpfe paßt sich dann von selbst der neuen Richtung an.

Unser gebildeter Durchschnitt verwechselt in unklarer Erinnerung an die Universitätszeit gerne Politik und Wissenschaft. Bei einem Streit zwischen zwei Philosophen genügt es, wenn der eine das System des andern als falsch nachweist; es hat gar keinen Sinn, den Hörer auch noch davon überzeugen zu wollen, der verehrte Gegner sei überhaupt ein unfähiger Kopf. Politische Fragen sind aber immer weit weniger Erkenntnisfragen als Machtfragen. Die herrschenden Träger eines politischen Systems pflegen an ihrer Herrschaft nicht aus idealer Selbstaufopferung für eine Idee, sondern aus Liebe zum Herrschen, aus Freude an Amt und Macht festzuhalten. Es gibt nichts Widerlegteres — widerlegt in Theorie und Praxis — als die Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg und die Grundsätze dieser Politik, die sein Gehilfe Riezler 1914 in seinem Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart" niedergelegt hat. Aber Herr v. Bethmann würde heute wieder das Kanzleramt übernehmen, wenn es ihm angeboten würde, und nach den gleichen Grundsätzen unter dem Beifall seiner alten Freunde weiterregieren, und der Legationsrat Riezler ist Botschaftsrat in Moskau geworden. Wie rasch wurde aus dem Botschaftsrat Kühlmann auf dem Weg über eine mangelhaft ausgeübte Gesandtschaft der Staatssekretär, zu einer Zeit, als die Ereignisse über seine Londoner Tätigkeit, deren Grundsätze der Vertreter des Wolffbureaus in London, Dr. Hans Plehn, in seiner „Weltpolitik ohne Krieg" niedergelegt hat, wie über seine Haager Tätigkeit ein vernichtendes Urteil gesprochen hatten. Selbst die grausame Hinrichtung, die Fürst Lichnowsky ungewollt in seiner Denkschrift an seinem geschätzten Botschaftsrat vornahm, vermochte seinerzeit seine Stellung nicht zu erschüttern.

Machtfragen lassen sich eben weder durch theoretischen noch durch praktischen Nachweis der mangelnden Berechtigung des jeweiligen Inhabers von Macht entscheiden, sondern immer nur durch den unmittelbaren Angriff auf den Machthaber, der bis zu seinem Sturz ununterbrochen fortgeführt werden muß. Einen andern Weg zur Änderung des Systems gibt es auch schon deshalb nicht, weil jeder Machthaber einen ihn stützenden Klüngel heranzieht, der nur durch das System gehalten wird und mit ihm fallen und in seine natürliche Unbedeutendheit zurücksinken würde. Hat ein Machtsystem Zeit gehabt, sich einzuleben, dann sind große Teile des Staates mit ihm verfilzt und verkettet, die ganze Bureaukratie des Reiches und seiner Teile sind auf das System eingestellt, große Bankenkonzerne, Handels- und Industriezweige arbeiten mit ihm zusammen, selbst auf die Zusammensetzung der wissenschaftlichen und künstlerischen vom Staate abhängigen Korporationen färben die politischen Grundsätze des Systems ab, und die Volksvertretungen geben ein um so getreueres Spiegelbild der herrschenden Regierungsgewalt wieder, je demokratischer und freier Wahlrecht und Verfassung sind. Alle diese Kräfte sind theoretischen Erwägungen über die moralische und logische Verwerflichkeit des Systems ebenso unzugänglich wie die Regierung selbst und widerstreben aus eigenstem Interesse einem Wechsel des Systems. Auch ihre Macht kann nur gebrochen werden, wenn es gelingt, die obersten Stellen mit Männern eines andern Systems zu besetzen. Das einzige Mittel dazu sind aber die Angriffe gegen die leitenden Personen des herrschenden Systems, die sich natürlich nicht gegen das

Privatleben dieser Personen, soweit es Privatleben bleibt und nicht zum öffentlichen Skandal wird, sondern gegen die Staatsperson, den Staatsmann, zu richten haben.

Die Schärfe dieser Angriffe hängt von drei Umständen ab: einmal von der Gefährlichkeit des zu entfernenden Gegners, zweitens von der Dringlichkeit der Lage, und drittens von der Empfindlichkeit des Gegners und des Volkes, dessen Staatsmann er ist. Je gefährlicher der Gegner, je dringlicher die Lage und je politisch unempfindlicher Staatsmann und Volk sind, um so schärfer müssen die Angriffe gestaltet werden. Über die Gefährlichkeit des Systems, das uns diplomatisch und wirtschaftlich unvorbereitet und militärisch ungenügend vorbereitet in den Krieg taumeln ließ und ungewollt während des Krieges noch zu seiner Verlängerung beitrug, was in seinen Kräften stand, dürften heute alle am System nicht unmittelbar Beteiligten im klaren sein. Eine dringlichere Lage als gegen Ende eines Weltkrieges kann es nicht geben. Und so etwas von politischer Unempfindlichkeit, wie sie verschiedene Herren des B-Systems (Bethmann-Bülowsystem, nach v. Liebig) bewiesen haben, dürfte in der Geschichte der Diplomatie wohl überhaupt noch nicht dagewesen sein.

Und unser Volk? In andern Ländern tötet Lächerlichkeit; deutsche Staatsmänner können zum Gespött der Welt werden, und unser Volk merkt nichts davon.

In andern Ländern zwingen Mißerfolge den Staatsmann zum Abgang. Unser Volk ist einverstanden, wenn der Staatsmann bleibt, der handgreiflich und aller Welt offenkundig Mißerfolge auf Mißerfolge häuft, „damit das Ausland nicht den Eindruck erhält, als ob die Mißerfolge Mißerfolge wären". In andern Ländern verlangt das Volk Wechsel der Staatsmänner, wenn irgend etwas nicht nach seinen Wünschen geht, selbst wenn die Staatsmänner keine Schnld trifft. Unser Volk hungert, dürstet, friert, zahlt und blutet gerne, damit mit der Hingabe des Gesparten und Geopferten an fremde Völker seine Staatsmänner die Lücken ihrer Staatskunst ausstopfen können. Feinfühlige Pferde merken auf einen leichten Zuruf, um was es sich handelt; andern muß man die Peitsche um die Ohren knallen lassen. In Deutschland konnte ein Beamter wie Bethmann Hollweg acht Jahre lang Reichskanzler sein; jedem politischen Arzte wird diese Tatsache zur Diagnose einer fast an Taubheit grenzenden politischen Schwerhörigkeit des deutschen Volkes genügen.

Unseren nationalen, mit den herrschenden Zuständen unzufriedenen Zeitungen fehlt es an Oppositionstechnik; ihre Angriffe lassen vielfach ebensosehr Schärfe wie Planmäßigkeit vermissen. Dem Leser müßte planmäßig an der Hand der Tatsachen in jedem einzelnen Fall die Fehlerhaftigkeit der politischen Handlungen klargelegt werden; Aufsätze müßten auf Aufsätze folgen, bis auch dem Blindesten die Augen aufgehen müssen. Material ist in Hülle und Fülle vorhanden. Man denke an Litauisch-Brest, an Estland, Livland, Finnland, an die Ukraine! Man denke daran, wie der Kühlmannsche Brotfrieden kein Brot, sondern Unruhen brachte, wie im Bukarester Frieden nicht nur Österreich-Ungarn und Bulgarien, sondern sogar Rumänien selbst „annektieren" durften, Deutschland aber nach wie vor die Nichtannexionsfessel von seiner Regierung nicht abgestreift wurde, wie der Bukarester Friede dem deutschen Volke keine Kriegsentschädigung, bestimmten durch besonders hohe jüdische Prozentsätze ausgezeichneten Kreisen des Volkes aber Aussicht auf reiche Geschäftsgewinne brachte.

Wieviele Leser haben denn aus ihren nationalen Zeitungen über die wahre Natur unserer Friedensschlüsse im Osten wirklich etwas gelernt und sind politisch reifer geworden daran? Unsere nationale Presse vermag sich nicht in die Rolle einer Opposition zum System hineinzufinden und die nötigen Folgerungen

daraus zu ziehen. Sie kämpft gegen einen Frieden der „Mäßigung" einen Kampf der „Mäßigung"; das geht nicht. Im Mäßigungsfrieden ist der Grundsatz der Mäßigung schon falsch; wenn man diesen Grundsatz aber bekämpft, darf man ihn selbst nicht fortwährend im eigenen Kampf anwenden, sonst überzeugt man nicht. Ganz besonders nicht den deutschen Staatsbürger mit seinem überwältigend großen politischen Schlafbedürfnis und dem daraus weiter entspringenden Bedürfnis, das Regieren und die Politik den dafür angestellten Beamten und den gewählten Abgeordneten zu überlassen. In einem Aufsatz, der sonst voll des Tadels über die Regierung ist, genügt ihm irgendeine der Mäßigung wegen eingestreute kleine anerkennende Bemerkung, um über allen Tadel hinwegzulesen und alles in schönster Ordnung zu finden. Gedämpfte und versteckte Angriffe versteht er oft nicht oder sie wirken auf ihn als Ausdruck einer „hämischen Gesinnung", die nichts Tatsächliches vorzubringen weiß. Scharfe offene Angriffe liebt er zwar auch nicht, das ist richtig, aber nicht, weil seine Seele so empfindlich ist — im allgemeinen ist niemand so empfänglich für Grobheiten als der Deutsche —, sondern weil sie ihn zwingen, klar Stellung zu nehmen und die scharf gefaßte Behauptung entweder als richtig anzuerkennen oder als falsch zurückzuweisen. Das mag er nicht; es ist ihm lieber, im Zwielicht dahinzudämmern und auch seine Staatsmänner nur im Zwielicht der üblichen verschwommenen Zeitungsaufsätze zu erblicken.

Unsere Zeitungen richten sich nach dem Leser, statt ihn zu erziehen; für scharfe Federn haben sie keinen Raum. Ein Spötter wie Shaw oder ein Draufgänger wie Clemenceau würde in Deutschland bei keiner angesehenen Zeitung seine Aufsätze unterbringen können, während sie in England und Frankreich von der Opposition als ihre wirkungsvollsten Fechter hochgeschätzt werden. Berliner Blätter haben gelegentlich Ansätze gemacht, auch solchen Leuten ihre Spalten zu öffnen, sind aber dazwischen immer wieder zur „Mäßigung" oder zu einem Kompromiß zwischen Limonade und Branntwein zurückgekehrt, letzterer in möglichst homöopathischer Dosis dazwischengeträufelt. Papiermangel und Zensur sind mildernde Umstände, genügen aber nicht zur Erklärung; denn Limonade wird reichlich kredenzt, und innerhalb der Zensurgrenzen kann erheblich mehr gesagt werden als gesagt wird. Ausschlaggebend ist augenscheinlich immer die Rücksicht auf die Leserzahl, die Furcht, durch die schärfere Tonart Anstoß zu erregen und Bezieher zu verlieren. Ob diese Furcht begründet ist, bleibe dahingestellt; wer immer Milchbrei gewöhnt ist, dem wird eine kräftigere Kost zunächst nicht behagen und er wird sie vielleicht zurückstoßen. Aber wenn er sie einmal auch nur kurze Zeit genossen hat, mundet ihm auf die Dauer auch der Milchbrei nicht mehr, und er wird nach einiger Zeit anfänglichen Abwendens wieder zur kräftigeren Kost zurückkehren. Hier hieße es für die Zeitungen eben einmal durchhalten und mehr an ihre vaterländische Pflicht als an ihre Einkünfte, mehr an ihre erzieherischen Aufgaben als an eine hohe Bezieherzahl denken; in beiden würde bei beharrlicher Durchführung ein etwaiger Rückgang bald wieder ausgeglichen sein. Allerdings müßte in dieser Beziehung im Kreise verwandter Blätter nicht Konkurrenzneid, sondern Einigkeit herrschen.

Sie mögen sich ein Beispiel nehmen an den alljüdischen Blättern wie der Frankfurter Zeitung, dem Berliner Tageblatt, den Münchener Neuesten Nachrichten u. a., die alle schon einen Bezieherrückgang erlebten, aber deswegen kein Haarbreit von ihrer bisherigen Richtung abwichen. Wenn ihnen, wie es den Anschein hat, der Sieg zuteil wird und die Leute ihres Systems am Ruder bleiben, bringen sie

reichlich wieder ein, was sie zugesetzt haben. Man wende hier nicht etwa ein, diese Blätter kämen auch ohne scharfe Tonart aus und verdankten gerade ihrer wenigstens formalen Mäßigung einen Teil ihrer Erfolge. Diese gegnerische Presse kann sich eine äußerliche, sehr äußerliche „Vornehmheit" gestatten, weil sie die Macht hat und seit Jahrzehnten in ihrem großen Leserkreis mit dem langsam wirkenden Mittel allmählich und planmäßig eingeträufelter Gifte arbeiten kann. Die Anwendung dieser Mittel liegt einerseits den deutschen Naturen nicht halb so gut wie den weltbürgerlichen, und anderseits haben die nationalen Blätter auch nicht mehr die Zeit dazu.

Es gibt Lagen, in denen die nationale Richtung einfach keine Wahl mehr hat als die, entweder zu allen Mitteln zu greifen, die noch wirken können, auch zu den schärfsten, oder überhaupt auf Wirkung zu verzichten und unter dem notdürftig gewahrten Schein des Kampfes in Wirklichkeit die Dinge laufen zu lassen, wie sie eben laufen. Wer Deutschlands Erneuerung ernstlich will, darf auch den Anstoß in den eigenen Reihen nicht scheuen; das Wohlgefallen des schlecht erzogenen Lesers wird zum Luxus und zur Sünde, wenn höhere Ziele zunächst nur unter dem Mißfallen eines Teils der Leser erreicht werden können. Besser 10000 Leser, die zu einer vom Gegner gefürchteten und erfolgreichen Streitgarde erzogen werden können, als 100000, die nicht Fisch und nicht Fleisch sind und vom Gegner der großen Menge ungefährlicher Spießbürger zugezählt werden. Manchen Systemen gegenüber ist die Erregung von Furcht das einzige Mittel, das Eindruck erweckt; die nationale Presse hätte das eigentlich aus den Erfolgen der Sozialdemokratie in diesem Krieg lernen können. Sie gefällt sich statt dessen mehr in der Rolle des Schreiners Schnock, der beflissen ist, wenn er einmal das nationale Löwenfell umhängt, gleich wieder das Publikum darüber aufzuklären, es stecke nur der Schreiner Schnock dahinter.

Aber, um es nochmals zu betonen, es gibt Lagen, in denen nur mehr die schärfsten Waffen noch etwas retten können. Alles andere hilft dann nichts mehr: man läßt dann entweder die „Scharfen" in die Arena treten und ihr Glück versuchen, oder man weist sie zurück und verzichtet damit auf die letzte noch vorhandene Möglichkeit des Sieges der nationalen Sache.

Die nationalen Zeitungen und Verbände fühlen auch im Grunde ihres Herzens alle die zu geringe Nachhaltigkeit ihres bisherigen Wirkens, aber sie mögen die Ursache nicht bei sich selbst suchen und am allerwenigsten wollen sie von der Unzulänglichkeit ihrer eigenen Kampfesweise und dem Fehler der Unterdrückung der „scharfen" Richtung etwas wissen. Was bis jetzt im Kriege an nationalen politischen Erfolgen erzielt wurde, war in der Hauptsache entweder Arbeit des Militärs oder ungewollte Arbeit der Gegner; die unmittelbaren Erfolge der Nationalen waren dabei von geringer Bedeutung. Gewiß sind treffliche Arbeiten geleistet worden, die genügt hätten, bei richtiger Unterstützung das ganze B-System zu Fall zu bringen und der nationalen Sache zum Siege zu verhelfen; aber diese Unterstützung hat meist gefehlt. Bethmann Hollweg ist nicht gegangen, weil seine nationalen Gegner ihn gestürzt haben, sondern weil seine politischen Freunde nicht mehr mit ihm zufrieden waren. Lichnowsky ist nicht unmöglich geworden, weil die Nationalen das Wesen unserer Auslandsdiplomaten vom Schlage Lichnowskys ins rechte Licht gerückt haben, sondern weil seine Freunde allzu begeistert von seiner eigenen Denkschrift waren und sie ins Ausland brachten, das sie zu früh los ließ; sonst würde er seine Laufbahn als Botschafter sicher so gut fortgesetzt haben wie

Bernstorff die seine in Konstantinopel und Riezler und Helfferich in Rußland. Der Ostfrieden hat sich günstiger für uns gestaltet, als vom System beabsichtigt war, und wenigstens reiche Möglichkeiten offen gelassen; nicht weil die Nationalen ausgezeichnete Denkschriften über die Kriegsziele im Osten verfaßten, sondern weil Lenin und Trotzki die politische Lage in Deutschland falsch beurteilten und dadurch dem Militär, ganz gegen die Absichten des B-Systems, ein neues Eingreifen ermöglichten, das eine neue Lage schuf und wenigstens für einige Zeit die Zurückschraubung auf die ursprünglichen Ostziele Beth-Kühlmanns verhinderte. Die Unzulänglichkeit der wohltemperierten nationalen Federn zeigte offenkundig der Bukarester Friede, der bis in die Einzelheiten hinein die Wünsche der Berliner Stützen des B-Systems erfüllte, von den Wünschen der Nationalen für Deutschland aber auch nichts verwirklichte.

Auch der Friede im Westen wird, wenn die nationale Richtung mit ihren alten stumpfen Waffen weiterkämpft, ganz unabhängig von ihr gestaltet werden und schließlich durch einen Kampf zwischen Kräften entschieden werden, bei dem den nationalen Verbänden und Zeitungen noch nicht einmal die Rolle von Hilfstruppen zufallen wird. Das alte System, das zu Beginn des Krieges nicht nur vor den Sozialdemokraten, sondern auch vor den Nationalen Angst hatte, hat die Scheu vor den letzteren inzwischen abgelegt und läßt sie reden und schreiben. Hoffentlich ist der Sturz Kühlmanns ein Zeichen des Beginns erfolgreicherer Arbeit!

Zur Zeit des Herrn v. Bethmann Hollweg gab es im Deutschen Reich außer dem öffentlichen Kanzler des Reiches auch noch einen heimlichen. Er hieß Liebknecht. Nicht Scheidemann und den „Gemäßigten" verdankt die Sozialdemokratie ihren Machtzuwachs im Kriege, sondern Liebknecht, dem Wau-Wau, mit dessen Beschwörung Scheidemann und die Seinen bleiche Furcht in alle schlotternden Gebeine goß. Man mag Liebknecht einschätzen wie man will; das, was er war, war er ganz. Dafür war er auch heimlicher Kanzler, konnte es sein, weil es auf der andern nationalen Seite nur gemäßigte Scheidemänner gab und die Liebknechts in Acht getan waren. Dabei steht die Scheidemannpartei dem Regierungssystem an sich nahe und ist ihm befreundet, während die Regierung zu den gemäßigt Nationalen in Gegnerschaft steht; die gemäßigt Nationalen hätten also die Unterstützung durch die Scharfen doppelt nötig. Solange sie das nicht einsehen und ihre Scharfen in den Vordergrund schieben statt sie zu unterdrücken, werden sie ohnmächtig bleiben und ohnmächtig zusehen müssen, wie auch das mühsam Gewonnene unter den Händen des alten Systems im Verlauf weniger Jahrzehnte wieder zerrinnen wird.

Man blicke nach Österreich! Polen, Tschechen und Slowaken schicken ihre „Scharfen" vor und jubeln ihnen zu. Die Deutschen glauben, sich den leitenden Stellen durch löbliche „Mäßigung" empfehlen zu müssen, und behandeln seit Jahrzehnten ihre „Scharfen" wie Aussätzige. Genau wie bei uns. Juden und Jesuiten freuen sich der braven Leute und nehmen ihnen zur Belohnung alle Regierungssorgen ab. Das Deutschtum aber geht unter. Wer im Reich Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der sehe und höre! Deutsch-Österreich ist uns 30 Jahre voraus und gibt uns ein Spiegelbild, wie es in 30 Jahren bei uns aussehen wird, wenn sich die nationalen Deutschen in ihren „gemäßigt" Nationalen weiterhin genügend vertreten glauben.

Städtische Wohnungsreform.

Von Dr. K. v. Mangoldt,
Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform und Geschäftsführer des Deutschen Wohnungsausschusses.

Vorbemerkung. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich im allgemeinen auf die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung in den Städten, d. h. den Orten über 2000 Einwohner, vor allem aber in den großen und mittleren Städten über 50000 Einwohner.

1. Kritik der bestehenden Verhältnisse.

Seit langen Jahrzehnten wird über die Reformbedürftigkeit unserer städtischen Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse geredet und geschrieben. Worin besteht diese Reformbedürftigkeit? Einmal unstreitig in der Mangelhaftigkeit der einzelnen Wohnungen: in der Überfüllung der Räume, dem Mangel an Nebengelassen, in baulichen Mängeln, wie Feuchtigkeit, Dunkelheit, zertretenen Fußböden, schlecht schließenden Türen und Fenstern, schlechten und unpraktischen Grundrissen u. dgl. m. Und zu diesen äußerlich sichtbaren Übelständen gesellen sich dann noch solche, die nicht so auf der Hand liegen: die Teuerung der Mieten, schlechtes Verhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter, überscharfe Mietverträge, unerfreuliches Verhältnis zu den Mitmietern usw. usw.

Aber das ist nur ein Teil des Übels, der andere besteht in der grundverkehrten, viel zu dicht gedrängten Art und Weise unserer städtischen Siedlung, in die wir hineingeraten sind. Wir betrachten es jetzt gewissermaßen als das Normale, Unentrinnbare, daß unsere städtischen und industriellen Volksmassen großenteils in riesigen Städten und dichtbevölkerten Mietkasernen zusammengedrängt sind. Aber das ist an und für sich keine unentrinnbare Notwendigkeit. Auch bei gewaltiger Entwicklung der städtischen und industriellen Bevölkerung hätte eine weise, vorausschauende und energische Siedlungspolitik die einseitige Zusammenballung der Volksmassen in den großen und mittleren Städten erheblich abmildern, die Städte in sich sehr viel besser und weiträumiger gestalten und dem Kleinhaus mit Garten oder Landzulage einen viel breiteren Raum sichern können. Das ist nicht geschehen, und infolgedessen stehen wir jetzt vor der Tatsache, daß — nach den Ziffern der Volkszählung 1910 — rund 14 Millionen Menschen, über ein Drittel unserer ganzen Stadtbevölkerung, allein in den Großstädten mit über 100000 Einwohnern angesiedelt waren, daß ferner nicht nur diese Großstädte, sondern auch ein großer Teil der mittleren Städte in einer geradezu ameisenhaft dichten Weise besiedelt sind, daß das Mietkasernensystem in den Großstädten die Herrschaft fast völlig, in zahllosen mittleren und kleinen Städten wenigstens zum großen Teile an sich gerissen hat, und daß infolge von alledem eine erschreckende Loslösung breitester Volksmassen vom Zusammenhang mit dem Boden und der Natur platzgegriffen hat.

Um diese Verhältnisse richtig zu würdigen, muß man sich einmal klarmachen, daß es sich hier nicht um etwas Althergebrachtes handelt, sondern um eine verhängnisvolle Neuerscheinung im Leben unseres Volkes. Nicht, daß es früher nicht auch eng gedrängte städtische Siedlungen bei uns gegeben hätte, aber die Verhältnisse waren doch von Grund auf andere. Zunächst machte im Mittelalter und bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts die städtische Bevölkerung einen außer-

ordentlich viel kleineren Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus als gegenwärtig; im Mittelalter wahrscheinlich nicht über 10 bis 20% und noch 1871 nur 36% gegen 60% im Jahre 1910. Sodann waren unsere Städte, ebenfalls bis tief in das 19. Jahrhundert, an Größe mit den bedeutenderen von heute überhaupt gar nicht zu vergleichen, hatten doch z. B. im Mittelalter selbst die größten Städte nur etwa 30000 Einwohner, und selbst 1871 hatten unsere sämtlichen Großstädte über 100000 Einwohner zusammen nur knapp 2 Millionen Einwohner gegen fast 14 Millionen im Jahre 1910. Endlich aber war in diesen so viel kleineren Städten die Bevölkerung großenteils noch mit dem Boden und der Natur verwachsen: nicht nur war das Herauskommen in die Natur selbstverständlich viel leichter, sondern die Bevölkerung pflegte auch noch großenteils neben ihrem städtischen Beruf oder Gewerbe eigenen Garten- oder Landbau. Das gilt bis tief ins 19. Jahrhundert hinein, und auch heute treffen wir in unseren kleinen Städten diesen Zustand ja gottlob noch in breiter Weise an. Damit war aber selbstverständlich für das ganze Dasein in vieler Beziehung eine viel gesündere Grundlage gegeben. All das hat sich erst etwa in den letzten zwei Menschenaltern in wirklich großem Umfange geändert, und damit ist die städtische Siedlungsfrage zu einem nationalen Probleme ersten Ranges emporgewachsen. Hat es schon etwas sehr Bedenkliches, das Dasein eines Volkes so einseitig auf Industrie und Handel zu gründen, wie das in den letzten Jahrzehnten bei uns mehr und mehr geschehen ist, so wird das Bedenkliche dieses Zustandes natürlich noch ungemein gesteigert, wenn die riesenhaft angeschwollenen städtischen und industriellen Volksmassen zu einem großen Teile derart ungesund angesiedelt sind, wie das bei uns der Fall ist.

Leider haben wir ja uns nun in ziemlich hohem Grade an unser städtisches Siedlungssystem gewöhnt, Urteil und Empfindung gegenüber seinen Schädlichkeiten sind abgestumpft und müssen erst allmählich wieder geschärft werden. Aber dadurch dürfen wir uns nicht täuschen lassen: die Folgen dieses Siedlungssystems sind verheerend, auch wenn sie — naturgemäß — nur langsam eintreten. Auf die wichtigsten von ihnen, keineswegs auf alle, sei in folgendem kurz hingewiesen.

Im Vordergrunde des Interesses steht gegenwärtig mit Recht die Bevölkerungspolitik. Nun sind wohl fast alle neuzeitlichen Völker, und so in hohem Grade auch das unsere, auf dem Wege zu einer durchgehenden Rationalisierung der Kinderzahl, und sie werden wohl von dieser nicht so bald, ja wahrscheinlich niemals wieder ablassen, sondern sie im Gegenteil noch weit mehr ausbreiten und entwickeln. Will man daher starke Familien und große Kinderzahlen haben, so wird man die ganzen Verhältnisse der einzelnen Familien so gestalten müssen, daß zahlreiche Kinder erwünscht sind. Hierfür bildet aber unser jetziges städtisches Ansiedlungssystem und bildet insbesondere die Mietkaserne ein schweres Hindernis. Die Mietkaserne ist an sich kinderfeindlich. Es ist in ihr kein Platz da für eine zahlreiche fröhlich tobende Jugend. Die Gärten, das Land, die Nebenräume fehlen, außerdem aber werden sich in einem Hause, wo so und so viele Mietparteien eng aufeinander gepackt sind, immer eine ganze Reihe von Personen finden, die — tatsächlich oder eingebildet — durch zahlreiche Kinder und ihr Leben und Treiben auf das empfindlichste gestört werden, und die deshalb auf möglichste Fernhaltung von Kindern dringen. Und tatsächlich ist ja auch kaum ein Übelstand in unserem modernen städtischen Wohnungsverhältnissen so verbreitet, wie die allgemeine Not der kinderreichen Familien, überhaupt Wohnung und Unterkunft zu finden. Außerdem ist aber in unserer modernen Ansiedlung das Kind, mindestens bis es in die Lehre eintritt,

fast ein reiner Verzehrer, vollends nachdem mehr und mehr die Erwerbsarbeit der Kinder gesetzlich eingeschränkt worden ist. Erheblich anders liegen die Dinge aber bei einem Siedlungssystem, das der einzelnen Familie Garten und Landzulage zur Benutzung bietet. Hier findet auch die Arbeitskraft wenigstens der größeren Kinder erfolgreiche und wirtschaftlich nützliche Betätigung. Das Kind wird aus einem reinen Verzehrer zu einem immerhin ins Gewicht fallenden Miterzeuger, und seine eigene Kraft und Gesundheit entwickeln sich dabei. Ein derartiges Siedlungssystem erleichtert also größere Kinderzahlen auf mehr als eine Weise. Aus der Fülle praktischer Erfahrung heraus hat z. B. noch vor nicht langer Zeit der vor kurzem verstorbene treffliche Landrat Berthold in Blumenthal an der Weser unterhalb Bremen diese Zusammenhänge dargelegt. Allerdings gilt diese Bewertung des Kindes als Produzent natürlich vor allem für Ansiedlungsstellen mit etwas größerer Landzugabe.

Weiter die Gesundheit! Indem die Mietkaserne die Jugend und das Alter von der Bewegung und der Ausarbeitung im Freien absperrt, verstopft sie eine der allerwichtigsten Gesundheits- und Kräftigungsquellen, namentlich für die sich erst entwickelnde Jugend. Der schädigende Einfluß unseres Mietkasernenwesens und überhaupt unseres modernen städtischen Ansiedlungssystems auf die Volksgesundheit muß also auch hier für sehr beträchtlich erachtet werden. Mit der Gesundheit hängt natürlich auch die Ernährung zusammen. Unter unserem städtischen Siedlungssystem sind die städtischen Volksmassen mehr und mehr darauf angewiesen worden, sich alles, aber wirklich auch alles, was sie verzehren wollen, vom Suppenkräutchen bis zum Fleisch im Topf, erst kaufen zu müssen. Der ganze ungeheuere Zuschuß zur Ernährung, den auch schon ein kleines, aber wohlbebautes Landstück von ein paar hundert Quadratmetern und vollends eine Halbmorgenstelle gewähren kann, entgeht ihnen. Damit hängt auch zusammen, daß, wenigstens bis vor dem Krieg, Gemüse und Obst vielfach wohl eine viel zu geringe Rolle in der Ernährung unserer minder-bemittelten städtischen Volksklassen spielten. Gesundheitlich von ganz besonderer Wichtigkeit ist endlich auch die Milch, die bei einer anderen Siedlungsweise die Kuh des kleinen Mannes, die Ziege, den Familien und insbesondere den Kindern zu liefern vermöchte.

Zugleich aber fallen diese Bodenerträge, die bei einer besseren Siedlungsweise auch für die städtische Bevölkerung möglich wären, natürlich wirtschaftlich stark ins Gewicht. Bei der großen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft „Sachsenland" in der Provinz Sachsen wird gerechnet, daß der Ertrag einer Halbmorgenstelle, wenn man die Arbeit nicht rechnet, nach den Einkaufspreisen von vor dem Krieg netto 250 Mk. im Jahre ergibt. Andere Schätzungen gehen noch erheblich höher, z. B. bei intensivem Gartenbau und (anscheinend) einem Preisstand der Erzeugnisse, der die Mitte hält zwischen den früheren Friedens- und den jetzigen Kriegspreisen, auf 1 Mk. Nettoertrag auf den Quadratmeter bestellten Boden, also z. B. bei 400 qm auf 400 Mk. Gewiß nicht minder groß, ja vielleicht noch größer ist der mittelbare wirtschaftliche Nutzen aus dem anderen Charakter und der anderen Richtung, die das Leben bei einer solchen besseren, mit dem Boden eng verbundenen Siedlungsweise gewinnt: Vergnügen und Erholung werden in viel höherem Grade zu Hause gesucht, und damit entfallen eine Menge von Ausgaben für Wirtshaus, Vergnügungen u. dgl.; an Arzt und Apotheke wird gespart, und ebenso setzt sich natürlichauch die erhöhte Gesundheit und Frische in einen sehr bedeutenden wirtschaftlichen Nutzen um.

Eine der schlimmsten Folgen unseres herrschenden städtischen Siedlungssystems ist aber der Ausschluß der breiten Volksmassen von der Möglichkeit eines eigenen

kleinen Grund- und Hauseigentums. Mit der wachsenden Größe der einzelnen Hausobjekte ist ohne weiteres von selbst gegeben, daß nur noch ein sehr kleiner Teil unserer städtischen Bevölkerung zu eigenem Haus- und Grundbesitz gelangen kann, und auch wer schließlich eine solche Mietkaserne erwirbt, hat damit selbstverständlich ganz etwas anderes, weit weniger Erquickendes und Segensreiches als bei einem gesunden kleinen Grundeigentum. Mit dieser Absperrung vom kleinen Grundeigentum haben wir aber unseren städtischen Volksmassen eine der allerwichtigsten und namentlich auch moralisch und erziehlich am stärksten ins Gewicht fallenden Segensquellen verschlossen: Wohlbehagen und gesundes Selbstbewußtsein der einzelnen Familien hängen sicher zum großen Teile am Besitz eines eigenen kleinen Hauseigentums, womöglich mit etwas Garten und Land. Eine kluge Staatsleitung würde diese Quelle soweit wie möglich öffnen, wir haben sie statt dessen rücksichtslos verengt. Mit dem eigenen Grundbesitz hängt natürlich die Seßhaftigkeit zusammen. Es ist noch viel zu wenig bekannt, daß die Bevölkerung unserer großen Städte großenteils in einer beinah rastlosen Wanderung von Wohnung zu Wohnung stetig begriffen ist. Eine Reihe statistischer Ermittlungen läßt annehmen, daß insbesondere in den Städten über 200000 Einwohnern jährlich im Durchschnitt 30 bis 40% der gesamten Bevölkerung umziehen. Nimmt man dazu noch die massenhaften Wanderungen von einem Orte zum anderen, so erhält man das Bild einer wahrhaften Nomadenhaftigkeit mindestens sehr großer Teile dieser Bevölkerung. Eine solche Nomadenhaftigkeit ist aber nicht mehr einfach der Ausdruck schwankender Erwerbsverhältnisse, sondern in ihr ist entschieden auch der Einfluß eines wurzellos machenden Siedlungssystems zu erblicken. Und wie müssen derartige Verhältnisse auf die Heimat- und Vaterlandsliebe wirken! Auf einem solchen Boden, etwa z. B. im Hinterhaus einer Berliner, Breslauer oder Münchener Mietkaserne, kann eine wirkliche Heimatliebe gewiß nur äußerst schwer gedeihen! Und an der Heimatliebe hängt doch im natürlichen Zusammenhange auch die Vaterlandsliebe. Es ist doch schließlich wohl mehr als ein bloßer Zufall, daß sich der äußerste politische Radikalismus, wie er sich in der unabhängigen Sozialdemokratie darstellt, der unser Vaterland in diesem Kriege schon mit so ernsten Gefahren bedroht hat, vor allem in den ganz großen Städten, namentlich in Groß-Berlin, entwickelt hat, die zugleich die giftigsten Früchte unseres herrlichen städtischen Ansiedlungssystems sind, während zugleich auf der anderen Seite selbst ausgesprochene Arbeiterwahlkreise, wie z. B. der Mansfelder See- und Gebirgskreis und der Wahlkreis Saarbrücken, die aber ein einigermaßen gesundes Siedlungswesen für den Arbeiter entwickelt haben, noch heute bürgerlich im Reichstag vertreten sind.

Doch weiter: wir wissen alle, in wie hohem Grade uns nach dem Krieg die äußerste Sparsamkeit notwendig sein wird, um uns wieder heraufzuarbeiten. Es ist nun aber von mehr als einer praktisch erfahrenen Seite bezeugt, daß kaum etwas so sehr die gesunde Sparsamkeit anregt wie die Aussicht auf den Erwerb und dann den Besitz und die Erhaltung eines eigenen kleinen Grund- und Hauseigentums. „Man kann", sagte der oben erwähnte Landrat Berthold 1915 in einem Vortrage im Rheinischen Verein für Kleinwohnungswesen von seinem sich rasch industrialisierenden Kreise an der Unterweser, „für unsere Gegend im großen und ganzen sagen: der Arbeiter, der neben seinem gewerblichen Verdienst noch eine kleine Landwirtschaft hat, kommt zum Sparen, der Arbeiter, der sie nicht hat, kommt nicht zum Sparen." Auch in dieser Beziehung also wirkt unser bisheriges städtisches Ansiedlungssystem in hohem Grade hemmend und schädigend. Nicht minder Wichtiges

ist in erziehlicher Hinsicht zu berichten: durch die Mitarbeit im eigenen Garten und auf eigenem Lande werden die Kinder frühzeitig an Arbeit und Wirtschaftlichkeit gewöhnt, und zwar an eine Arbeit, die sie gerne tun und die erziehlich wertvoll ist. Das gibt dann später ein arbeits- und schaffensfrohes Geschlecht. Mit dem kleinen Grundeigentum vernichtet aber unser Mietkasernensystem auch diese Quelle des Volkswohls. Wir fügen endlich als besondere, im wesentlichen gegen das Mietkasernensystem sich richtende Beschwerdepunkte hinzu, daß es auch den Gegensatz zwischen Hausbesitzer und Mieter naturgemäß ungemein verschärft, und daß es die Einkommensverteilung ungünstig beeinflußt.

Endlich noch ein ganz moderner Gesichtspunkt. Wir erkennen mehr und mehr, wie wichtig es für uns in Zukunft sein wird, neben die Sozialpolitik, die die Schwachen schützt und hält, eine Politik zu stellen, die bewußt gerade die gesunden, kraftvollen und tüchtigen Elemente des Volkes fördert und ihnen zur möglichsten Ausbreitung verhilft. Es scheint nun aber eine praktische Erfahrungstatsache zu sein, daß zum Erwerb und zur dauernden Erhaltung eines kleinen Grund- und Hauseigentums von unserer nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ganz vorwiegend die besten Elemente kommen: sie sind es, die über das Spargeld, das doch in der Regel zur Anzahlung erforderlich ist, verfügen, sie haben die sichere Erwerbsstellung, die Solidität und Arbeitstüchtigkeit, die nötig sind, um die mit dem Hauserwerb verbundenen über Jahrzehnte sich erstreckenden Zahlungen decken zu können; sie endlich werden im wesentlichen bei dem vorderhand gegebenen großen Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot an geeignetem kleinen Grundeigentum von den gemeinnützigen oder öffentlich-rechtlichen Stellen, die jetzt auf dem Wege der Reform die Schaffung solchen kleinen Grundeigentums betreiben, aus der Menge der Bewerber ausgelesen. Außerdem fällt auch die Tüchtigkeit der Frau für das Zustandekommen dieser Art Ansiedlung schwer ins Gewicht. Die Ansiedlung mit kleinem Grundeigentum fördert nun aber wiederum diese tüchtigen Elemente wirtschaftlich, gesundheitlich und sittlich ungemein und begünstigt wahrscheinlich auch größere Kinderzahlen bei ihnen. Sie wirkt also in hohem Grade im Sinne der Rassenhygiene.

Infolge der engen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land erstrecken sich die schädlichen Wirkungen unseres städtischen Ansiedlungssystems aber auch auf die ländliche Bevölkerung. Die jungen Mädchen vom Lande, die als Dienstmädchen, Stützen, Verkäuferinnen, die jungen Leute vom Lande, die als Soldaten, Studenten, in der Ausbildung oder auf der Wanderung begriffene Angestellte, Arbeiter und Handwerksburschen sich kürzere oder längere Zeit in den Städten aufhalten, werden natürlich in ihren Anschauungen, Gewohnheiten, Sitten auf das stärkste durch die städtischen Verhältnisse beeinflußt und nehmen Segen oder Unsegen von da aus bei der Rückkehr in ihre ländliche Heimat mit. Ebenso ist es selbstverständlich, daß die Behörden, die Presse usw., die ja doch vorwiegend in den größeren Städten ihren Sitz haben, von der Ungesundheit, die durch die städtischen Siedlungsverhältnisse bedingt wird, ebenfalls beeinflußt werden und dementsprechend auch wieder das übrige Land beeinflussen. Unser städtisches Siedlungssystem wirkt also auf diese Weise weit über seinen unmittelbaren Herrschaftsbereich hinaus.

Endlich möchten wir noch die kühne Behauptung wagen, daß die Ungesundheit unseres städtischen Siedlungssystems wahrscheinlich die Landflucht stark fördert, statt sie, wie vielfach von agrarischer Seite angenommen worden ist, einzudämmen. Ob viel oder wenig Arbeitskräfte vom Lande abströmen, wird immer in erster Linie

von der Zahl der offenen und vorteilhaften Arbeitsplätze in den Städten abhängen. Diese Arbeitsplätze werden aber im großen und ganzen doch zunächst von der städtischen Bevölkerung selber besetzt werden. Ist nun die nachwachsende Jugend der Städte selber zahlreich und kräftig, so wird *sie* vor allem diese Plätze ausfüllen; ist sie aber gering an Zahl und schwächlich, so wird in um so größerem Maße die Bevölkerung vom Lande abgesaugt werden und in die Städte einströmen. Die Schlußfolgerung für ein Ansiedlungssystem, das die städtische Jugend an Zahl und Kraft schwächt, liegt auf der Hand.

Doch genug! *Fassen wir alles zusammen*, die Schlechtigkeit der einzelnen Wohnungen wie die Mangelhaftigkeit unseres ganzen städtischen Ansiedlungssystems, so kann das Urteil nicht anders lauten als: gewogen, gewogen und zu leicht befunden! Hier liegen in der Tat ganz schwere Übelstände vor, die unbedingt und in Bälde beseitigt werden müssen, wenn unser Volk nicht ernstlich mit der Gefahr des Verfalls bedroht werden soll.

2. Die Aufgabe.

Riesengroß türmt sich danach die Aufgabe. *Was ist zu verlangen?* Was neu entsteht an einzelnen Wohnungen, neuen Vierteln und ganzen Siedlungsorten muß jedenfalls viel besser werden als bisher, und in diese neuen besseren Schöpfungen muß auch ein möglichst großer Teil der städtischen Bevölkerung aus den bisherigen Bezirken allmählich überführt werden. Hier, bei diesen Neuschöpfungen, ist auch mit allem Nachdruck die Ansiedlung im Kleinhause mit Garten und möglichst mit Landzulage zu erstreben. Die große Masse der nun aber doch einmal bestehenden und verbleibenden reformbedürftigen städtischen Quartiere und Wohnungen ist aber wenigstens in sich möglichst zu verbessern. Vor all dies aber drängt sich noch die gewaltige Aufgabe, die unmittelbaren durch den Krieg geschaffenen großen Notstände zu überwinden und für sie zunächst Abhilfe und Besserung zu finden. Hierbei wird freilich auf die beiden eben entwickelten großen grundsätzlichen Ziele der Reform nach Möglichkeit bereits Rücksicht zu nehmen sein.

Eine Frage allerdings taucht auf, noch ehe an die Erörterung der Reformmaßregeln im einzelnen gegangen werden kann, nämlich: *ist denn Abhilfe in großem Stile überhaupt möglich*, insbesondere ist sie noch möglich, nachdem die Übelstände einen derartigen Grad erreicht haben? Diese Frage ist entschieden zu bejahen — aber freilich, die Besserung wird nur sehr langsam zu erzielen sein. Derartige Massenverhältnisse sind überhaupt nur langsam umzuändern; nach dem Kriege haben wir nun aber vollends mit erhöhten Mieten, mit einer weitgehenden Inanspruchnahme jedes einzelnen Haushaltes durch die ungeheueren Finanzlasten, mit großem Kapitalmangel usw. zu rechnen, also Dinge, die an und für sich sogar auf eine *Verschlechterung* der Wohnungsverhältnisse hinwirken. Aber der Ablauf der Zeit und andere wichtige Umstände wirken dem doch wieder entgegen, und einer stetigen, zielbewußten, nachdrücklichen Politik, die von einer umfassenden Selbsttätigkeit der Bevölkerung unterstützt wird, ist im Laufe einiger Jahrzehnte doch sehr vieles möglich, so daß letzten Endes doch ein großer Fortschritt erzielt werden kann.

a) *Notstandsmaßregeln.*

Wie wird die *Lage gleich nach dem Kriege* auf unserem Gebiet sein? Auch wenn das deutsche Volk als Ganzes aus dem Kriege an Zahl vermindert zurückkehrt, wird an vielen Orten mit einer starken Wohnungsnot zu rechnen sein. Während des Krieges ist die Bautätigkeit mehr und mehr und schließlich fast

völlig zum Stillstande gekommen, anderseits muß aber für die zahlreichen Paare, die während des Krieges geheiratet haben oder bald nachher heiraten werden, doch auf alle Fälle Wohnung geschafft werden. Daraus wird sich, wie gesagt, an vielen Orten ein großer Wohnungsmangel ergeben, ebenso wie auch aus den zu erwartenden großen Umschiebungen der Bevölkerung. Wo aber Wohnungsnot herrscht, wird auch an und für sich mit der Neigung zu starken Steigerungen der Mieten zu rechnen sein, zumal die neu zur Errichtung kommenden Wohnungen, wenn nicht besonders eingegriffen wird, infolge der Steigerung der Baukosten usw. sehr viel teurer als früher sein werden. Endlich wird sich zu dem allen bei den aus dem Felde zurückgekehrten Massen, wie zahlreiche Beobachtungen vermuten lassen, auch ein starker, teilweise vielleicht sogar ein geradezu elementarer Drang nach mehr Luft und Licht, nach freierer Umgebung, nach einer Betätigungsmöglichkeit in der Bodenbearbeitung auch unter städtischen Siedlungsverhältnissen geltend machen.

All dem gegenüber werden nun zunächst einmal eine Anzahl *eigentlicher Notstandsmaßregeln*, namentlich in den Orten der Wohnungsnot, schleunigst und umfassend zu ergreifen sein. Die schon vorhandenen Behausungsmöglichkeiten werden aufs äußerste nutzbar gemacht werden müssen. Es werden also bestehende größere Wohnungen in kleinere zerteilt, auch Läden, öffentliche Gebäude, leerstehende Fabriken u. dgl. zur Unterbringung vorübergehend hergerichtet werden müssen, ja man wird vielleicht so weit gehen müssen, bei großen Wohnungen, die nicht voll ausgenutzt sind, die Inhaber zur Abvermietung eines Teiles dieser Wohnungen zwangsweise anzuhalten. Auch die vorhandenen Baracken der Militärverwaltung sowohl wie der Industrie werden herangezogen werden müssen. Durch Entwicklung eines ausgedehnten Nahverkehrs der Eisen- und Straßenbahnen läßt sich ferner ein erheblich größerer Bezirk für die Unterbringung der wohnungsbedürftigen Massen nutzbar machen. Endlich müssen natürlich auch eigentliche Notwohnungen, seien es nun Baracken nur für sehr kurze, oder leicht gebaute Häuser für längere Benutzung, geschaffen werden. Es ist auch der Vorschlag gemacht worden, die wohnungsbedürftige Bevölkerung selber dazu anzuregen, sich auf allerhand Freiflächen, namentlich auch weiter draußen, vorläufige Bauten auf Gartenland, nach Art der Sommerhäuschen zu errichten oder wenigstens wesentlich dabei zu helfen — ein Vorschlag, der namentlich auch volkspsychologisch viel für sich hat. Endlich sollte auch die Erbauung normaler neuer Wohnungen in den Bezirken der zu erwartenden Wohnungsnot so umfangreich und namentlich so zeitig wie möglich, wenn irgend ausführbar noch während des Krieges, aufgenommen werden.

Aber mit der bloßen Fürsorge für die Menge der Wohnungen ist es nicht getan. Angesichts der zahlreichen Mietrückstände, die während des Krieges aufgelaufen sind, ebenso angesichts der Rückstände an Hypothekenzinsen und angesichts der ganzen gespannten Lage nach dem Kriege überhaupt wird es auch notwendig sein, in das ganze *Verhältnis zwischen Hausbesitzer, Mieter und Hypothekengläubiger* von Obrigkeitswegen regelnd, stützend, helfend einzugreifen. Die während des Krieges eingeführte umfassende Schutzgesetzgebung für Hausbesitzer, Mieter und Hypothekengläubiger wird deshalb nur langsam abgebaut werden können, und namentlich werden die Mieteinigungsämter und Hypothekeneinigungsämter noch auf lange hinaus zu einer wesentlichen Wirksamkeit berufen sein; insbesondere werden erstere auch von der ihnen durch die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917 gegebenen Genehmigungsbefugnis gegenüber Mietsteigerungen und Mietkündigungen noch Gebrauch machen müssen. Endlich werden, da man

die große Masse der aus dem Felde heimkehrenden Krieger bezüglich der allgemeinen Wohnungsreform doch unmöglich mit bloßen Zukunftshoffnungen abspeisen kann, auch gewisse Verbesserungen der bestehenden Quartiere schleunigst vorzunehmen sein. Hier werden vor allem die sog. Wohnungsergänzungen und Ausbreitung und Befestigung der Kleingartenkolonien in Frage kommen. Von beidem wird weiter unten noch die Rede sein.

b) Neubautätigkeit und grundsätzliche Reformmaßregeln.

Aber diese Notstandsmaßnahmen sind selbstverständlich nur ein kümmerlicher Notbehelf. Deshalb wird mit größter Beschleunigung und noch unter dem Drucke, den die Notstände der Sache geben, in möglichst großem Umfange eine Neubautätigkeit und Neusiedlung zu entfalten sein. Bei ihr muß nun nach aller Möglichkeit nach reformatorischen Gesichtspunkten verfahren und sie muß allmählich in den großen dauernden Umbau unseres städtischen Siedlungswesens übergeleitet werden. Hierbei wird es nun gelten, die zahlreichen und schweren Mängel, die bisher die Befriedigung des städtischen Wohnungsbedürfnisses belastet und die zu so unerfreulichen Ergebnissen geführt haben, zu vermeiden. Es werden deshalb große Umänderungen in allen Hauptteilen der ganzen Maschinerie, der wir bis jetzt die Ansiedlung und Behausung unserer städtischen Volksmassen anvertraut haben, erforderlich sein: sowohl in der Beschaffung und Aufschließung des Bodens wie in der Kapitalbeschaffung, der Bautätigkeit, dem Hausbesitz usw. Wir wollen nur auf einige Hauptpunkte im folgenden ganz kurz hinweisen.

Zunächst die Bodenpolitik. Unser jetziges Stadterweiterungssystem krankt daran, daß es gar nicht billig und gut arbeiten kann. Wir haben die Beschaffung und Aufschließung des Ansiedlungsbodens für die wachsenden städtischen Massen einerseits dem privaten Geschäftsbetrieb überlassen, d. h. den bekannten Terraingesellschaften, Terrainunternehmern, Bauunternehmern, auf der anderen Seite aber diesen privaten Geschäftsbetrieb zugleich durch eine geradezu erdrückende Fülle behördlicher Vorschriften und Lasten aufs äußerste gehemmt, in seiner flotten Betätigung eingeengt und unsagbar verteuert. Auf diese Weise kann gar nichts anderes herauskommen als ein schlechtes Ergebnis und namentlich ungeheuere Bodenpreise, die dann wiederum die Mietkaserne ohne weiteres erzwingen. Nachdem nun einmal die Verhältnisse so geworden sind, wird die Umkehr nicht möglich sein, ohne daß erhebliche Verluste an den hochgetriebenen Bodenwerten in Kauf genommen werden. Erforderlich ist zunächst einmal, daß das im öffentlichen Besitz befindliche Land um die Städte, also das des Fiskus, der Gemeinden, gemeinnützigen Stiftungen usw., soweit es irgend für Siedlungszwecke abgegeben werden kann, zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wird, statt daß, wie bisher meist, der Fiskalismus auf diesem Gebiete Orgien feiert. Die private geschäftsmäßige Bodenbeschaffung und Aufschließung, die auch in Zukunft ebenfalls noch eine erhebliche Rolle spielen wird, ist wesentlich zu erleichtern und zu verbilligen, z. B. durch einfachere und billigere Herstellung der Straßen, durch weit liberalere Handhabung des sog. kommunalen Bauverbotes sowie der Vorschriften des sog. Ansiedlungsgesetzes in Preußen, durch schnellere Erledigung der Fluchtlinienfestsetzung u. dgl. m. Ja man wird ernsthaft erwägen müssen, ob nicht den Eigentümern an sich bebaubarer Grundstücke all den behördlichen Erschwerungen des Aufschließens und Bauens gegenüber ein festes und leicht verfolgbares Baurecht unter gewissen, nicht zu schwierigen Voraussetzungen zu geben ist. Aber auch eine große, bessere,

positiv schaffende neue Organisation der Bodenbeschaffung und Aufschließung ist ins Leben zu rufen. Durch große gemeinnützige Gesellschaften — gemeinnützige Boden- und Siedlungsgesellschaften — die vom Staat, den Gemeinden, Kreisen, Provinzen, der Industrie und der organisierten Konsumentenschaft für größere Bezirke gegründet und mit hinreichendem Betriebskapital ausgestattet werden, muß in Zukunft ein erheblicher Teil der Bodenbeschaffung und Aufschließung erledigt werden. Von solchen Gesellschaften ist aus mannigfachen Gründen ein außerordentlich viel besseres und namentlich auch viel billigeres Ergebnis zu erwarten, als es bisher im allgemeinen der private Geschäftsbetrieb der Bodenspekulation geliefert hat. Solche Gesellschaften sind jetzt neuestens bereits in zahlreichen Bezirken Deutschlands gegründet worden oder doch in der Bildung begriffen. Ihre Aufgabe besteht aber keineswegs nur in der Lösung der Bodenfrage, sondern auch, wie wir noch sehen werden, in einer umfassenden Betätigung auf anderen wichtigen Gebieten. Das jetzt endlich zustande gekommene preußische Wohnungsgesetz wirft zu ihrer Ausstattung mit Betriebskapital von seiten des preußischen Staates erstmalig 20 Mill. Mk. aus, und weitere solche staatlichen Beiträge werden bei gutem Erfolge nicht lange auf sich warten lassen. Endlich ist aber zur Lösung der Bodenfrage auch die Durchführung einer Reihe gesetzlicher Maßnahmen erforderlich. Vor allem ist dem Übel der übertriebenen Zersplitterung des Grundbesitzes, die ihn für Aufschließung und Bauen oft geradezu unverwendbar macht, durch die Rechtseinrichtung der sog. Umlegung entgegenzuwirken, das Enteignungsrecht und namentlich das Enteignungsverfahren sind zu verbessern u. dgl. m.

An die Reform der Bodenbeschaffung schließt sich die der Kapitalbeschaffung an. Wir werden nach dem Kriege aus bekannten Gründen mit einem ganz gewaltigen Kapitalmangel auf lange hinaus zu rechnen haben, der an und für sich der notwendigen Bautätigkeit die schwersten Hemmnisse bereiten muß. Demgegenüber wird es gelten, zunächst einmal den Kapitalbedarf auf dem Gebiete des Wohnungswesens durch Ausscheidung aller unnötigen und vermeidbaren Anforderungen nach Möglichkeit zu vermindern. Bisher ist ein großer Teil des dem Wohnungswesen zufließenden Kapitals durch die Kapitalisierung der hohen Bodenwerte aufgesaugt worden. Dem wird in Zukunft durch möglichste Anwendung des sog. Erbbaurechts, bei dem der Boden zur Bebauung nicht verkauft, sondern nur verpachtet wird, entgegenzuwirken sein, weiter aber durch eine möglichst weitgehende Verbilligung des Bodens. Die Kosten des Bauens selber sind ebenfalls durch eine Reihe einschneidender Maßregeln, von denen weiter unten noch die Rede sein wird, möglichst zu verringern. Auf der anderen Seite läßt sich Kapital heranziehen für das Wohnungswesen durch viel stärkere Entfaltung des Baues kleiner Ein- und Zweifamilienhäuser, für die die Erbauer oder Erwerber oft gerne selber erheblichere Kapitalmengen aufbringen. Auch die allmähliche stärkere Wiederverbreitung der Tilgungshypothek würde voraussichtlich dem Wohnungswesen regelmäßig erhebliche Kapitalzuflüsse zuführen. Ferner müssen Einrichtungen getroffen werden, um all die verschiedenen Kapitalquellen, die für das Wohnungswesen eines Bezirkes in Betracht kommen, auch wirklich nutzbar zu machen. Hier sind wiederum die schon eben erwähnten gemeinnützigen Boden- und Siedlungsgesellschaften zu einer großen Wirksamkeit berufen. Endlich wird aber trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten, namentlich für die ersten Jahre nach dem Krieg, eine umfassende bare Kredithilfe des Reiches, der Bundesstaaten und Gemeinden für Bauzwecke möglich gemacht werden müssen, denn ohne sie wird aller Voraussicht nach in den

ersten Friedensjahren selbst den dringendsten Bedürfnissen nicht genügt werden können. Schließlich würde auch die Durchführung gewisser Sondervorschläge erhebliche Beiträge zur Deckung des Kapitalbedarfs zu liefern vermögen.

Mit der Kapitalbeschaffung eng zusammen hängt natürlich die große Frage der Reform unseres Realkreditwesens überhaupt. Die Rechtssätze und Einrichtungen desselben fordern vielfach die Kritik heraus. Z. B. erscheinen die Vernachlässigung der Tilgungshypothek, die Begünstigung des eigentlichen Bodenkredits gegenüber dem Baukredit und die Bevorzugung der großen Orte und großen Beleihungsobjekte gegenüber den kleinen Orten und kleinen Häusern sehr bedenklich. Es wird ernsthaft zu prüfen sein, wo und wie hier der Hebel zur Besserung anzusetzen ist. Ebenso bedarf die viel erörterte Frage der zweiten Hypothek einer gründlichen planmäßigen Lösung. Es ist wahrscheinlich, daß wir auf diesem ganzen Gebiete nicht ohne erhebliche Änderungen in den Rechtssätzen und nicht ohne größere organisatorische Neueinrichtungen zum Ziele kommen werden; letztere dürften insbesondere in der Richtung der Ausbildung ganz oder halb öffentlichrechtlicher Krediteinrichtungen liegen. Einen Anfang in dieser ganzen Richtung bilden bereits das neuestens nun endlich zustande gekommene Schätzungsamtsgesetz und das Stadtschaftsgesetz in Preußen.

Wenn wir sodann das Gebiet der eigentlichen Bautätigkeit betreten, so treffen wir auch hier auf eine Lage, die gründlich geändert werden muß. Bis zum Kriege war diese Lage, wenigstens in unseren größeren Städten, mehr oder minder gekennzeichnet durch eine fast völlige Zurückdrängung des Bauens durch die künftigen Hausbesitzer selber; statt dessen bauten Bauunternehmer, die aber großenteils leistungsschwach und oft auch unfähig und unsolid waren, und die wohl zum ganz überwiegenden Teile in weitgehender Abhängigkeit von den Bodenbesitzern und Kapitalgebern standen. Und die Lage war weiter gekennzeichnet durch einen wirtschaftlich und organisatorisch in hohem Grade unrationellen Baubetrieb, der äußerst teuer arbeitete. Nach dem Kriege wird die Lage nun noch dadurch verschlimmert, daß, wenn nicht besondere Vorkehrungen getroffen werden, zunächst sozusagen überhaupt niemand bauen kann, denn die Baukosten sind ungeheuer gestiegen, bedrohen aber zugleich durch ihr vorauszusehendes späteres Wiederfallen jeden, der sein Geld in Bauten steckt, mit großen Verlusten. Deshalb wird in den ersten Jahren nach dem Kriege stark von öffentlicher Seite eingegriffen werden müssen, um die nötige Bautätigkeit zu erzielen. Teils werden die öffentlichen Körperschaften — Reich, Staat, Gemeinden usw. — selber bauen müssen unter Übernahme des Verlustes auf sich, teils und vor allem werden sie erhebliche Zuschüsse geben müssen — vielleicht unter Heranziehung finanzkräftiger Interessenten wie der Arbeitgeber —, um das Bauen durch andere zu ermöglichen. Unter diesen Voraussetzungen werden dann die gemeinnützigen Bauvereine, die Gemeinden, die Industrie und jedenfalls auch die schon mehrfach erwähnten gemeinnützigen Boden- und Siedlungsgesellschaften zu einer starken Bautätigkeit berufen sein. Mehr und mehr muß dann aber natürlich baldmöglichst die Bautätigkeit wieder in die normalen Bahnen der Zukunft übergeleitet werden. Hierbei wird dann insbesondere auf eine viel stärkere Bautätigkeit der künftigen Hausbesitzer selber in Form des Kleinhauses und auf das Auftreten leistungsfähiger und solider Bauunternehmer hinzuarbeiten sein. Aber auch die öffentlichen Körperschaften werden dauernd sich unmittelbar und namentlich mittelbar durch die gemeinnützigen Boden- und Siedlungsgesellschaften usw. viel stärker als früher betätigen müssen.

Über die dringende Notwendigkeit, die Baukosten zu verbilligen, ist kein Wort zu verlieren. Schon im vorigen Jahre waren sie im groben Durchschnitt anscheinend um etwa 100% gegenüber dem Stand von vor dem Kriege gestiegen, und auch wenn sie nach dem Kriege allmählich wieder sinken, wird doch eine starke dauernde Steigerung gegenüber diesem Stande voraussichtlich bleiben. Zu ihrer Verbilligung stehen aber verschiedene aussichtsreiche Wege offen. Die öffentlichen Anforderungen an die Bauten sowohl wie an die Straßenherstellung können sicher in zahllosen Fällen noch erheblich herabgemindert werden. Billigere Baumaterialien werden sich oft verwenden lassen. Auch von technischen Neuerungen ist wohl manches zu hoffen. Ebenso dürfte das System, das bis an die Schwelle des Krieges doch immerhin noch in einem gewissen Umfange bei uns üblich war, wonach der künftige Hausbesitzer selber mit seiner Familie und gegebenenfalls mit seinen Freunden und Arbeitskameraden bei dem Bau seines kleinen Hauses erheblich mit Handreichung tat, unter den kommenden Verhältnissen größerer Einfachheit und verstärkter Dezentralisation und nach der Schulung der Millionen im Felde draußen sich in viel größerem Umfange wieder anwenden lassen. Vor allem aber erscheint eine durchgreifende Verbesserung unseres ganzen Baubetriebes in organisatorisch-wirtschaftlicher Beziehung möglich und notwendig. Der moderne Großbetrieb und die sog. wissenschaftliche Betriebsführung sind im Wohnungsbau doch erst wenig verbreitet. Hier liegen wahrscheinlich für die Zukunft noch sehr große Möglichkeiten der Bauverbilligung.

Eine große Schwierigkeit wird in der ersten Zeit nach dem Kriege auch die Beschaffung der nötigen Baumaterialien machen. Wir sind von Ziegelsteinen, und anderen unmittelbar greif- und verwendbaren Baumaterialien zurzeit (März 1918) weitgehend entblößt. Um dem dadurch gegebenen Notstand entgegenzuwirken, wird nach Friedensschluß vor allem die planmäßige und schnelle Heranziehung der immerhin erheblichen Vorräte an Baumaterialien verschiedener Art, über die die Militärverwaltung verfügt, notwendig sein. Ebenso sind natürlich Vorkehrungen zur schnellsten Neuerzeugung von Baumaterialien zu treffen; diese Neuerzeugung muß, soweit irgend möglich, sogleich, noch während des Krieges, aufgenommen werden. Nicht minder aber wird sich auch eine planmäßige öffentliche Einwirkung gegenüber der ungeheueren Preissteuerung der Baumaterialien erforderlich machen.

Zum Schluß dieser Aufzählung der großen Reformmaßregeln für eine bessere, reformatorisch gestaltete Beschaffung neuer Wohnungen, neuer Quartiere und Siedlungen muß aber mit allem Nachdrucke betont werden, daß das erwünschte Ziel selbstverständlich nur erreicht werden kann im Rahmen einer großzügigen, planmäßigen und umfassenden Dezentralisationspolitik. Man braucht kein Feind der großen Städte zu sein und kann doch ernstlich fragen, ob wir nicht gut tun würden, das Wachstum der kleinen und mittleren Orte gegenüber den Großstädten möglichst zu begünstigen, wofür sich gangbare Wege genug, z. B. in der Verkehrs- und Kanalpolitik sowie in der Verteilung der öffentlichen Behörden und Anstalten, finden lassen würden. In Zusammenhang damit ist auf einen ungemein wichtigen Umstand noch ganz besonders hinzuweisen. Im Gefolge des Krieges und infolge der großen Konzentrationsvorgänge in unserer Industrie haben wir wahrscheinlich sehr bedeutende dauernde Umlagerungen in unserer Bevölkerungsverteilung zu erwarten. Da werden sich aller Voraussicht nach Gelegenheiten zu einer großzügigen Schaffung gesunder neuer Siedlungen ergeben, wie sie sich in Jahrhunderten vielleicht nur einmal bieten. Sie sollten kräftig wahrgenommen werden!

Sodann aber ist die Dezentralisation auch innerhalb der großen städtischen und industriellen Menschenanhäufungen viel kräftiger als bisher anzuwenden. Ein gewaltiges Mittel hierzu bildet der Nahverkehr der Eisenbahnen, Schnellbahnen, Trambahnen usw. Er läßt sich bei uns noch ganz anders ausbauen und ausdehnen, als dies bisher geschehen ist. Auf Einzelheiten einzugehen, müssen wir uns hier versagen. Weiter aber fragt sich doch, ob wir in unserem Städtebau nicht zu einem wesentlich anderen Grundsatze übergehen müssen. Bisher lassen wir das Wachstum unserer großen Städte in der Weise vor sich gehen, daß sie ununterbrochen Ring um Ring um sich legen. Auf diese Weise wird aber selbst eine verhältnismäßig gut gebaute Stadt schließlich zu einem Gebilde, aus dem es, wenigstens für das Leben des Alltags, kein Entrinnen gibt. Unseres Erachtens sollte, wenn irgend möglich, bei großen Städten mit diesem Grundsatz des ununterbrochenen Wachstums gebrochen und an seine Stelle der andere gesetzt werden, daß von einer gewissen Größe der betreffenden Stadt an zunächst einmal eine breite grüne Zone folgen muß und erst jenseits ihrer das städtische Wachstum sich durch Ansetzung von Vororten fortsetzt. In allen Stadtteilen aber, abgesehen von den eigentlichen Geschäftsstadtteilen, sollte durch die Bebauungsbestimmungen wenigstens ein gewisses, ziemlich hohes Maß von Weiträumigkeit ermöglicht und erzwungen und auf diese und andere Weise der allgemeine Übergang vom großen Miethaus zum Kleinhause, möglichst mit Garten, allmählich herbeigeführt werden.

c) Verbesserung der bestehenden Wohnungen und Viertel.

Aber wie sehr man auch die Schaffung neuer besserer Wohnungen, Viertel und Siedlungen fördern mag, so bleibt doch selbstverständlich auch die Verbesserung der großen Masse der nun einmal vorhandenen Wohnungen und Viertel eine äußerst wichtige Aufgabe — eine Aufgabe freilich von großer Mühseligkeit, die einer zähen, anhaltenden Kleinarbeit bedarf. Das wichtigste Mittel zur Verbesserung der bestehenden Wohnungen wird immer ein möglichst starker Wettbewerb neuer, besserer Schöpfungen sein; aber auch abgesehen hiervon gibt es doch wichtige unmittelbare Mittel. Schon vielfach eingeführt und mit gutem Erfolge tätig ist bei uns die sog. Wohnungsaufsicht, d. h. die von den Behörden durch besondere hauptamtliche, nebenamtliche oder ehrenamtliche Organe ausgeübte Aufsicht über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen, namentlich der Kleinwohnungen. Diese zunächst als ein Stück Wohlfahrtspflege gedachte Einrichtung wird jetzt in Preußen durch das Wohnungsgesetz erheblich ausgedehnt, nachdem sie in Süddeutschland schon seit geraumer Zeit in breiter Weise Fuß gefaßt hat. Die Wohnungsaufsicht ist in der Lage, durch ihre anhaltende Kleinarbeit, ihre immer wiederkehrenden Besichtigungen allmählich auf die Beseitigung zahlreicher Mängel in den einzelnen Wohnungen und Häusern hinzuwirken, auch die allerschlechtesten Wohnungen mit der Zeit zu schließen, die Wohnsitten der Bevölkerung zu heben und so allmählich doch eine Hebung des ganzen Wohnungszustandes zu bewirken. Ein weiteres wichtiges Mittel, um die bestehenden Quartiere zu verbessern, bilden die sog. Wohnungsergänzungen. Sie bestehen darin, daß für eine Anzahl Häuser oder für einen ganzen Häuserblock gemeinsam gewisse Einrichtungen für den allgemeinen Bedarf geschaffen werden, vor allem Kinderhorte, Kinderkrippen, Jugendspielplätze, gemeinsame Lese-, Aufenthalts- und Unterhaltungsräume, Waschküchen, Badegelegenheiten u. dgl. m.; vielleicht treten unter dem Druck der Kriegserfahrungen mit der Zeit auch Zentralküchen hinzu. Durch diese gemeinsamen Einrichtungen werden die einzelnen Wohnungen weitgehend entlastet,

und es findet also eine erhebliche Besserung der allgemeinen Wohnungszustände statt. Daß ferner bestehende engbebaute Viertel schon durch Schaffung selbst ziemlich kleiner Grünanlagen und Spielplätze in ihnen selber oder in ihrer unmittelbaren Nähe ganz wesentlich verbessert werden können, liegt auf der Hand. Möglichkeiten hierzu gibt es sicher, wenn man nur will, noch eine ganze Menge, insbesondere bilden auch die alten und allmählich zur Auflassung kommenden Kirchhöfe eine äußerst wichtige Reserve in dieser Beziehung.

Eine praktisch außerordentlich wichtige Hilfe für unsere dichtbesiedelten Viertel vermögen weiter die sog. Kleingartenkolonien zu gewähren. Es sind dies die bekannten Laubengarten- oder auch Schrebergartenkolonien, wie man sie in Groß-Berlin, Leipzig, Dresden und jetzt auch in zahllosen anderen großen und kleinen Städten sieht. Diese Kleingartenkolonien haben sich im Kriege ganz ungemein vermehrt; es dürften in der Kriegszeit mehrere Hunderttausend solcher Kleingärten, wenn auch oft sehr einfacher Art, neu entstanden sein. In der Regel handelt es sich hierbei um Pachtgärten, in die ein größeres Landstück von der Gemeinde, von gemeinnützigen oder privaten Unternehmern aufgeteilt wird. Es gibt jedoch auch, namentlich bei Groß-Berlin, ausgedehnte Kolonien von Eigentumsgärten. Diese Eigentumsgärten pflegen sehr viel größer zu sein und allmählich einer gartenstadtähnlichen Bebauung zugeführt zu werden; sie bilden so ein ungemein wichtiges Hilfsmittel für eine künftige bessere Entwicklung unserer städtischen Bauweise. Aber auch der Wert der Kleingartenkolonien der ersten Art ist sehr hoch zu schätzen. Sie gewähren vielen Hunderttausenden von Familien, die in die Enge unserer Mietkasernenviertel eingesperrt sind, ein höchst wünschenswertes Stück gartenmäßiger Freiheit und einen sehr willkommenen Nahrungsmittelzuschuß, auch bilden sie eine wichtige Pflanzschule für die Liebe zur Natur und zur Bodenbearbeitung und eine sehr nützliche Vorstufe für eine künftige bessere dezentralisierte Ansiedlung überhaupt. Ihre weitere Ausbreitung und namentlich ihre möglichst dauernde Erhaltung und Festigung gegenüber der immer weiter fortschreitenden Bebauung ist daher ein wichtiges Stück auch der Verbesserung der bestehenden Quartiere.

Endlich sei noch erwähnt, daß die bestehenden Viertel natürlich auch durch Wegbrüche gar zu sehr einengender Hinterhäuser, Abtragung einzelner Geschosse u. dgl. mit der Zeit verbessert werden sollten; nur werden einem solchen Vorgehen vorerst die Finanzschwierigkeiten enge Grenzen setzen. Dagegen könnte und sollte in breiter Weise auf eine Abmilderung der Schädlichkeiten unserer bestehenden Viertel durch möglichste Entwicklung des Auflugsverkehrs hingewirkt werden.

d) Reform der Behördenorganisation.

Aber all die in den vorstehenden Ausführungen vorgebrachten Vorschläge werden zum großen Teil fromme Wünsche bleiben, wenn nicht eine sehr viel bessere und wirksamere Organisation zur Durchführung der Wohnungsreform geschaffen wird. Mit dem bisherigen amtlichen Behördenapparat sind diese großen Aufgaben nicht zu leisten. Er leidet einerseits unter einer unsäglichen Zersplitterung und anderseits daran, daß gerade für die wichtigsten positiven Aufgaben, wie die Boden- und Kapitalbeschaffung und die Bautätigkeit, positiv schaffende amtliche oder halbamtliche Organe nicht vorhanden sind. Wir brauchen deshalb eine Verwaltungsreorganisation auf dem Gebiete des Wohnungswesens, die durch Schaffung einer Spezialverwaltung für das Wohnungswesen diese Mängel beseitigt. Notwendig sind zunächst einmal städtische oder Kreissiedlungs- oder -wohnungsämter

(Kreis im preußischen Sinne genommen), in denen in der Ortsinstanz die öffentlichen das Wohnungs- und Siedlungswesen betreffenden Befugnisse und Aufgaben nach Möglichkeit einheitlich unter einer Leitung zusammengefaßt werden, und zwar jedenfalls im Rahmen der Kommunalverwaltung. Über diesen örtlichen Organen hätten sich für größere Bezirke, etwa für die preußischen Regierungsbezirke, Bezirks-siedlungs- oder -wohnungsämter aufzubauen zur einheitlichen Zusammenfassung und Handhabung der staatlichen Aufsichts- und Genehmigungsbefugnisse sowohl wie der pflegenden und positiv fördernden Tätigkeit des Staates. Die gleiche Zusammenfassung müßte dann weiter in der Zentralinstanz durch Schaffung von Landeswohnungs- oder -siedlungsämtern in den größeren Bundesstaaten stattfinden. Endlich wäre für die das Reich angehenden Aufgaben eine Zentralstelle im Reichswirtschaftsamt mit einem Unterstaatssekretär an der Spitze zu begründen. In äußerst wichtiger Weise zu ergänzen wäre diese Organisation aber noch durch planmäßige Begründung der weiter oben erörterten großen gemeinnützigen Boden- und Siedlungsgesellschaften zum positiv schaffenden Eingreifen in die Bodenfrage, die Kapitalbeschaffung, die Bautätigkeit, die Versorgung mit Baumaterialien usw. Auch gewisse amtliche Organe zur Lösung der großen finanziellen Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens werden sich notwendig machen.

3. Die Reform ist im Flusse.

Faßt man alles zusammen, so bietet sich dem Blicke eine fast erdrückende Fülle von Aufgaben dar. Demgegenüber ist es von Wert, darauf hinzuweisen, daß die Reform doch schon in erheblichem Umfange praktisch in Fluß gekommen und gefördert ist. In Preußen sind das Wohnungsgesetz, das auf vielen Gebieten wichtige Fortschritte bringt, sowie das Stadtschaftsgesetz und das Schätzungsamtsgesetz zustande gekommen. Auch in anderen Bundesstaaten hat sich die Gesetzgebung geregt. Ferner ist nach langen, immer wiederholten Bemühungen nun doch auch das Reich einigermaßen in Bewegung gekommen. Von der während des Krieges erlassenen umfangreichen Schutzgesetzgebung für Mieter, Hausbesitzer und Hypothekengläubiger dürften wichtige Stücke erhalten bleiben. Durch das sog. Kapitalabfindungsgesetz, durch gewisse Maßregeln zur Förderung der Kleingartenkolonien und durch Ausdehnung seines Wohnungsfürsorgefonds hat sich das Reich weiterhin zugunsten der Wohnungsreform betätigt; auch die oben erwähnte Zentralstelle für das Wohnungswesen im Reichswirtschaftsamte soll jetzt, wenn auch zunächst wohl nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfange, begründet werden. Auf die Gewährung eines großen Barkredits durch das Reich für die Bautätigkeit nach dem Kriege besteht Hoffnung. Die Ausdehnung der Wohnungsaufsicht, die Reform der Bebauungsbestimmungen, die Gründung kommunaler Wohnungsämter, die weitere Entwicklung der Baugenossenschafts- und Gartenstadtunternehmungen sind im Flusse. Namentlich aber bedeutet die sich jetzt in so vielen Bezirken vollziehende Gründung der mehrfach erwähnten gemeinnützigen Boden- und Siedlungsgesellschaften einen Fortschritt von wirklich großer Tragweite. So geht die Saat, die in langen, mühsamen Jahren von der Reformbewegung ausgestreut worden ist, jetzt doch an immer mehr Stellen auf! Diese Bewegung wird auch dafür sorgen, daß die praktische Reform im Flusse bleibt, und bei dieser Gelegenheit sei uns gestattet, auf die dem Verfasser dieses Aufsatzes besonders nahestehenden beiden einschlägigen gemeinnützigen Organisationen, den Deutschen Verein für Wohnungsreform und den Deutschen Wohnungsausschuß, hinzuweisen. Ersterer bemüht sich schon seit

über zwei Jahrzehnten, durch wissenschaftliche und propagandistische Tätigkeit, durch unablässige Einwirkung auf die Behörden, Regierungen, Parlamente usw. die Wohnungsreform planmäßig im Sinne der vorstehenden Ausführungen vorwärts zu schieben. Der Deutsche Wohnungsausschuß dagegen ist eine eng mit dem Deutschen Verein für Wohnungsreform verbundene, Herbst 1916 geschaffene lose Zusammenfassung der zahlreichen großen für eine gründliche Wohnungs- und Siedlungsreform eintretenden Organisationen zu gemeinsamem Wirken. (Die Geschäftsstelle beider Vereinigungen ist in Berlin-Schöneberg, Neue Steinmetzstraße 4.)

Schluß. Wir kommen zum Schlusse. Wenn man die Zustände auf dem Gebiete des städtischen Wohnungs- und Siedlungswesens in Deutschland vor dem Kriege betrachtete, so konnte man zweifeln, ob es gelingen würde, uns aus der verderblichen Verstrickung, in die wir geraten waren, zu befreien. Die Reform war zwar im Flusse, aber ob ihre Kräfte stark genug sein würden, um das Netzwerk, das die Sünden der Vergangenheit zusammen mit den mächtigen bestehenden Finanzinteressen und einer genußsüchtigen Gesinnung geflochten hatten, zu zerreißen und so den allmählichen Verfall der Nation auf diesem so ausschlaggebend wichtigen Gebiete abzuwenden, stand dahin. Der Krieg hat nun die Reformarbeit zwar in gewisser Weise sehr erschwert, aber er hat uns anderseits auch auf diesem Gebiete die heilsamsten Lehren und einen mächtigen neuen Antrieb gegeben. Gelingt uns aber daraufhin eine wirkliche Überwindung der bisherigen Mißstände, so ist Großes gewonnen. Noch ist anscheinend nirgends in Europa — vielleicht nirgends in der Welt — in wirklich allgemeinem, nationalem Umfange die Lösung des ungeheueren Problems gelungen, das in dem Worte „Stadt" liegt, d. h. eine wirklich gesunde, der Volkskraft körperlich und geistig dauernd zuträgliche Gestaltung der städtischen Siedlungsverhältnisse. Vermögen wir Deutschen der Welt die Lösung dieses Problems zu bringen, so werden wir einen gewaltigen Ruhmestitel erwerben, aber nicht nur einen Ruhmestitel sondern auch eine gewaltige nationale Kraftquelle. In dem überaus scharfen friedlichen Wettkampfe der Völker, dem wir nach dem Kriege entgegengehen, wird Deutschland die äußerste Volkstüchtigkeit notwendig haben und jeden Mann und jede Frau brauchen, um diesen Wettkampf auf erweiterter Weltbühne glücklich zu bestehen und seine großen Aufgaben würdig zu erfüllen. Da vermag ihm aber eine großzügige städtische Wohnungsreform in unserem Sinne hier eine außerordentliche, vielleicht entscheidend wichtige Hilfe zu leisten. Zahl, Kraft und Tüchtigkeit der Bevölkerung würden durch sie ganz außerordentlich gestärkt werden. Die Grundlage aller Gesundheit des Finanzwesens, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Sparkraft der Nation, würden gleichfalls eine gewaltige Stärkung erfahren. Aber auch die politische Wirkung ist nicht zu übersehen. Einem großen Stück Demokratie werden wir uns in Zukunft gar nicht entziehen können. Wehe uns, wenn diese Demokratie von den heimat- und wurzellosen Massen einer in elenden Wohnverhältnissen hausenden großstädtischen Mietkasernenbevölkerung ausgeübt wird! Auch die Gesundheit der Demokratie erfordert die Grundlage eines gesunden städtischen Wohnungs- und Siedlungswesens. So ist die städtische Wohnungs- und Siedlungsreform schließlich letzten Endes eine nationale Forderung von allergrößter Tragweite, die die tatkräftige Unterstützung gerade der nationalen Kreise im engeren Sinne in hohem Grade verdient. Möchte es Deutschland gelingen, auf diesem schicksalsschweren Gebiete neuzeitlicher Entwicklung der Welt voranzuleuchten und den Kranz des Sieges zu erringen!

Die „Yorcks" von heute.[1])

Von Professor Dr. Erich Jung, Straßburg.

1. Diensteid und Fahneneid.

„Ich werde dem alten Preußen das Rückgrat schon brechen," hat Herr von Bethmann-Hollweg gesagt; er wird ja, wenn man ihn fragt, wie er das meine, wohl erläutern, er habe ja nur dem „alten" Preußen das Rückgrat brechen wollen. Nun ist freilich ein Staat ein gewachsenes Gebilde fast wie ein Mensch, und man kann ihn nicht etwa jederzeit später nach Belieben aus dem Rohstoff, in den man ihn zerschlagen hat, in anderer Weise wieder zusammensetzen wie ein Geduldspiel; obschon es sich die schreibermäßige, rein begriffliche Staatsauffassung des Bureaukraten vielleicht so vorstellt. Das so behandelte Staatswesen bleibt bei einer solchen Eisenbartkur wie Rückgratbrechen leicht gänzlich tot. Jedenfalls war der Entschluß des Herrn v. Bethmann, dem eigenen Staat das Rückgrat zu brechen — auch wenn er in noch so heiliger Überzeugung gefaßt war — ein Yorck-Entschluß. „Wo bleibt Yorck?" schrieb Ernst Reventlow kürzlich, und er meinte wohl damit: wo bleibt der Mann, der Preußen und das Königtum auch ohne Befehl des Königs und selbst gegen den Willen des Königs rettet. Der Yorck von damals wollte nämlich den preußischen Staat retten. Der Yorck von heute will den preußischen Staat zerbrechen. Der Entschluß dieses Yorck von heute ist unzweifelhaft viel selbständiger und kühner als der des Yorck von damals.

Der Staatsmann an der ersten Stelle Preußens und des Deutschen Reichs hatte den ungeheuren Verantwortungsmut, mitten in der furchtbarsten äußeren Gefahr des Volks und des Staats einen grundumkehrenden, inneren Umsturz zu unternehmen. Über die Gefahr dieser Kur, mag er sie auch für noch so heilsam und notwendig halten, war er sich klar, wie das von ihm gebrauchte Bild des Rückgratbrechens zeigt. Von der Richtigkeit seines Entschlusses mag er, wie gesagt, aufs ehrlichste überzeugt gewesen sein. Aber ein Yorck-Entschluß bleibt es trotzdem. General von Yorck war sich bewußt, daß er die Bahn des Rechtes verlassen hatte, als er in der Poscherunschen Mühle mit einer im Kriegszustande mit seinem König befindlichen Macht eine Vereinbarung auf Einstellung der Feindseligkeiten schloß. Er schreibt am 3. Januar 1813 aus Tilsit seinem König, daß er auf dem Sandhaufen ebenso ruhig wie auf dem Schlachtfeld, auf dem er grau geworden sei, die Kugel erwarten werde. Und wenn es anders ausgegangen wäre, wenn in dem darauf folgenden Krieg der Erfolg nicht bei Preußen gewesen wäre, sondern bei Napoleon, dann hätte der General von Yorck auch ganz ohne Zweifel auf dem Sandhaufen geendigt. „Geht es mißlich, so ist mein Kopf verloren" sagte Yorck am 29. Dezember 1812 in der Anrede an seine Offiziere.

Herr v. Bethmann meint ja nun natürlich nicht mit jenem Ausspruch von Rückgratbrechen, daß er das preußische Gemeinwesen wirklich möglichst der Vernichtung nahebringen möchte, etwa wie es Napoleon durch den Tilsiter Frieden zuwege gebracht hatte. Sondern er meint: er will die jetzige Regierungsform beseitigen und eine demokratisch-parlamentarische Regierungsform nach dem westmächtlichen Vorbild an die Stelle setzen. Wir sagen: Die scheinbar volksherrschaftliche

[1]) Dieser Aufsatz ist als Sonderdruck zu beziehen. Einzelpreis: 50 Pf., ab 100 Stück je 30 Pf., ab 1000 Stück je 20 Pf.

aber tatsächlich die geldmächtliche Regierungsform, die Herrschaft der Bankiers und Advokaten, der „Führer von Menschenherden, die durch Geld oder Schlagworte gewonnen sind", wie Otto Hauser in „Die Germanen in Europa" (S. 126) sehr treffend sagt. Es ist dies die härteste und unvolkstümlichste Regierungsform, die man kennt.

Der Parteiführer wird als solcher ausgewählt nicht nach Verdiensten, nicht nach Abstammung — was wegen der Erblichkeit von Eigenschaften und wegen der Charaktererziehung in der Familie immer noch ein viel besserer Maßstab zur Auswahl der Tauglichen wäre als die Massenwahl. Diese bedeutet vielmehr eher eine Bevorzugung der Minderwertigen vor den Höherwertigen. Die Auslese der Führenden erfolgt vielmehr bei der berufsrednerisch-massenherrschaftlichen Regierungsform im wesentlichen durch Erfolge bei den Wahlen, wozu vor allem Geld zur Beherrschung der Zeitungen und Redegewandtheit gehört.

Die Überzeugung von der Vorzüglichkeit westmächtlich-plutokratischer Herrschaftsformen mag bei Herrn von Bethmann im tiefsten der Persönlichkeit, im Blute, verankert sein. Er stammt bekanntlich väterlicherseits aus einer Frankfurter, mütterlicherseits aus einer Pariser Bankiersfamilie. Also selbstverständlich wird Herr von Bethmann im Innersten überzeugt gewesen sein von der Heilsamkeit der westmächtlichen Regierungsform. Aber dies ändert nichts daran, daß sein Entschluß zu einer derartigen Umänderung Preußens mitten im Kriege ein höchst umstürzlerischer war und sich in viel höherem Maße vom überlieferten Rechte und positiv-rechtlichen Pflichten frei machen mußte als der Entschluß Yorcks[1]).

2. „Zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes" (Reichsverfassung, vor Artikel 1).

Herr von Kühlmann hat, wie kürzlich in „Deutschlands Erneuerung" näher ausgeführt wurde, in Bukarest die Rechte der rumänischen Juden in ausdrücklichen Bestimmungen des Friedensvertrags gewahrt; sicherlich nicht ohne Opfer, denn die Rumänen hatten sich noch 1878 beim Berliner Kongreß aufs heftigste gegen solche Bestimmungen gewehrt und damals, trotz des Art. 44 des Berliner Vertrags, auch ihren Standpunkt im wesentlichen gewahrt, gegen Disraely-Beaconsfield und sonstigen mächtigen Einfluß. Herr von Kühlmann hat dagegen die um Schutz gegen die rumänischen Besatzungstruppen bittenden Deutschen Bessarabiens — das doch noch gar nicht Rumänien gehört — mit ihren Beschwerden an die rumänische Regierung verwiesen. Das Deutsche Reich ist, wie in den Eingangsworten zur Reichsverfassung steht, gegründet zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volks. Herr von Kühlmann hat die schutzsuchenden deutschen Volksangehörigen zurückgewiesen, die jüdischen Volksangehörigen wirksamst geschützt. Die bessarabischen Deutschen, die um Schutz gegenüber Rumänien nachsuchten, waren zudem Staatsangehörige eines dritten unbeteiligten Staates, und so lag bei ihnen die Sache

[1]) In den Gedanken und Erinnerungen (Bd. 1, S. 93) erzählt Fürst Bismarck von dem Großvater des späteren Reichskanzlers Bethmann-Hollweg, daß er mit seinem großen Vermögen die sogenannte Wochenblattpartei gegen Manteuffel „finanziert" habe; eine Gruppe, die übrigens nach dem Urteil des Fürsten Bismarck, mehr rein persönliche als wirklich politische Ziele verfolgt habe. In einem Briefe an Gerlach vom 16. März 1853 beschäftigt sich der damalige Bundestagsgesandte von Bismarck mit der Person des Bankiers v. Bethmann in Frankfurt und rät ab, diesem einen bestimmten, von ihm begehrten preußischen Orden zu verleihen, weil Bethmann ihn ganz offenbar nur aus Eifersucht auf die Ernennung Rothschilds zum Hofbankier begehre und weil der Orden durch die Verleihung an Bethmann in seinem Kurse gedrückt werde, „Ich finde unseren Orden zu gut, um dergleichen Börsenrivalitäten zur Nahrung zu dienen."

viel einfacher und leichter als bezüglich der rumänischen Juden, zu deren Gunsten wir uns in eine zweifellos rein innere Angelegenheit Rumäniens einmischten. Um deutsche Staatsangehörige handelte es sich in beiden Fällen nicht. Er hat also eine alljüdische Gemeinschaft anerkannt und politisch bewertet.

Die Volksgemeinschaft aller Deutschen anzuerkennen, hat er dagegen grundsätzlich abgelehnt, obwohl die Reichsverfassung ihm die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes zur Pflicht macht, die Wohlfahrt des jüdischen Volkes aber nicht erwähnt. Der angeborene jüdische Blutszusammenhang wirkte eben im Unterbewußtsein des Herrn von Kühlmann stärker als die aufgetragene deutsche Amtspflicht. Das war wiederum eine viel stärkere Eigenmächtigkeit als der Yorcksche Entschluß. Denn Yorck handelte in einer kriegerischen Zwangslage, in der er die Zustimmung seines Königs nicht rechtzeitig erlangen konnte, und nur deshalb setzte er seine geschriebene Dienstpflicht hintan, unter sofort eingeleiteten Maßnahmen zur Erlangung der nachträglichen Genehmigung für seine Eigenmächtigkeit.

Herr von Kühlmann hat in der Reichstagsrede, die schließlich seinen Sturz herbeiführte, sich ganz offensichtlich und sicher auch absichtlich in Gegensatz zu der kurz vorher gehaltenen bedeutungsvollen Rede unseres Kaisers gestellt, in der dieser die Schuld Englands am Krieg und den Gegensatz der Weltanschauungen als den tiefsten Kern des Kampfes hervorhob. Mit seiner, übrigens schon durch die Gesandtschaftsberichte des belgischen Diplomaten Greindl glatt widerlegten Weißwaschung Englands und Belastung Rußlands und überhaupt mit der flaumacherischen Grundstimmung wollte Herr von Kühlmann sich einen guten Abgang bei der Sozialdemokratie und bei der sonst linksgerichteten Reichstagsmehrheit schaffen; um jeden Preis, auch um den einer Schädigung der Sache[1]). Herr von Kühlmann fühlte sich also schon mehr als Bevollmächtigter des Reichstags wie als solchen seines kaiserlichen Herrn.

Nach der geltenden Verfassung ist er vom Kaiser berufen.

Herr von Kühlmann hat sich gegen den Brauch geweigert, die Geschäfte nach grundsätzlicher Bewilligung seines Abschiedsgesuchs noch einige Tage fortzuführen. Er konnte dadurch die glatte Bewilligung der Kriegskredite schwer gefährden und sonstige innere Schwierigkeiten schaffen. Er hat trotzdem auf sofortigem Abgang bestanden.

„Eurer Majestät lege ich willig meinen Kopf zu Füßen," schrieb Yorck am 30. Dezember 1812 an den König.

Das weltgeschichtliche Weltgericht ist zu einem glänzenden Freispruch gelangt für den Angeklagten Yorck — formal-rechtlich und vor dem Gewissenshof. Jener Entschluß der scheinbaren Felonie war für ihn, den Altpreußen, Junker und Soldaten, gerade eine ungeheure Gewissensleistung; er mußte stärkste Gegenantriebe überwinden, um seiner Gewissensüberzeugung von dem, was hier seine Pflicht war, zu folgen; unbekümmert um das, was für ihn persönlich nachkommen konnte.

Dies letzte, das Sicheinsetzen, ist einfach das Wesen der sittlichen Leistung; die Wirkungsweise dessen, was man unter Ehre und Gewissen versteht.

Vielleicht haben unsere Yorcks von heute auch überragende Gründe für ihr Handeln gehabt. Aber es ist an ihnen, sie vorzubringen. Die Beweislast liegt ganz ohne Zweifel ihnen ob.

[1]) „Ohne Not einen erledigten Feind anzugreifen, mit dem wir, wenn irgend möglich im Einvernehmen leben wollen und müssen, dagegen den, der noch zu bekämpfen ist, wahrheitswidrig zu schonen und zu entlasten, das begreife wer kann." Vgl. Paul Krückmann, „Mißverständnisse".

3. „Verantwortungsfreudigkeit."

Im Westfälischen Frieden bedingten sich unsere Feinde Schweden und Frankreich ausdrücklich aus, daß die Reichsstände, d. h. der Reichstag, bei Kriegserklärungen und Friedensschlüssen des Kaisers gefragt werden müßten, und daß die Reichsstände selbständige Befugnis zum Schließen von Bündnissen mit dem Ausland haben sollten[1]). Die Feinde Deutschlands waren schon damals ebenso eifrig und selbstlos um „die deutsche Libertät" und um die parlamentarischen Rechte „der erlauchten Republik Deutschland" besorgt wie heute Herr Wilson.

Fürst Bismarck und Lothar Bucher legten im Artikel 11 der Reichsverfassung klar und zweifelsfrei fest, daß der Kaiser das alleinige Recht hat, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Denn sie kannten deutsche Geschichte und das furchtbare deutsche Elend, das dem Westfälischen Frieden folgte.

Im politischen Leben ist während des Krieges mehrfach das Bestreben hervorgetreten — und nicht nur seitens der machtheischenden Reichsboten selbst — dem Reichstag eine Einwirkung auf diese Dinge zu verschaffen, die ihm verfassungsmäßig nicht zusteht. Und selbst maßgebende Stellen scheuen anscheinend nicht davor zurück, eine rechtliche Besonderheit, die der Feind dem daniederliegenden Deutschland des Dreißigjährigen Krieges auflegte, heute freiwillig und im Gegensatz zur geltenden Verfassung unserem Staatsleben aufzuerlegen; obwohl die Gefährlichkeit dieser Veränderung für das Gemeinwohl und den Staat doch so ungeheuer einleuchtend ist, schon allein wegen der Verdünnung und Verflüchtigung des Verantwortungsgefühls in der großen Körperschaft[2]).

Mattherzige Ratgeber haben sogar deshalb gerade dem verfassungsmäßigen Staatsoberhaupt zu solchen Einschränkungen und Einräumungen an seinen verfassungsmäßigen Befugnissen geraten, weil dadurch die Verantwortung für maßgebende Entschlüsse auf jene Stelle, nämlich auf Reichstagsmehrheiten und Parteien, abgewälzt werde, die sonst auf ihm ruhe. Das ist eine völlige Verkennung des Wesens aller Gewissensverantwortung. Nein, so liegt es wahrlich nicht. Die Verantwortung für den Friedensschluß und das Ergebnis des Krieges, die den Herrscher vor den vorangegangenen und den künftigen Geschlechtern der Nation, vor seinen Vorfahren und vor seinen Nachkommen und schließlich vor der Geschichte trifft, die kann ihm kein Scheidemann und kein Erzberger, auch kein Cohn aus Nordhausen abnehmen; bei Gott nicht! Freilich, wir wissen alle, eine wie furchtbare Last unser geborener Führer auf seinen Schultern trägt. Jeder Musketier draußen, der nur einmal selbständig seine Streife von drei Mann geführt hat, weiß ganz genau, wieviel leichter und bequemer es ist, sich führen zu lassen als zu führen. Wir wissen auch, daß der Herrscher sich diese Last nicht ausgesucht hat, sondern daß die Geschichte und der Lebensgang unseres Staates sie ihm auferlegt haben, und wir danken ihm in Ehrerbietung, daß er diese Verantwortung so ernst und so schwer empfindet. Aber ihn entlasten durch den Reichstag, durch diesen Reichstag — nein, das geht nicht an. Die Geschichte würde es nicht annehmen.

Der Minister, der das geraten hat, hat übel geraten. Eine Verteilung der Verantwortung bedeutet immer eine Minderung des Verantwortungsgefühl und ist deshalb allemal vom Übel. Verantwortungsfreudigkeit, Einsetzen der Persön-

[1]) Instrum. Pacis Osnabrug. Art. VIII Ziff. 2; Instrum. Pacis Monaster. Ziff. 63.

[2]) Der Kommunist Proudhon schreibt: „Auf meine Ehre und Gewissen: ich lasse mich lieber von alten Königen regieren, die auf Jahrhunderte der Ehre und des Gewissens zurückblicken, als von Demagogen, die im Herzen auf Volk und Staat pfeifen."

lichkeit, was der Artikel 4 der Felddienstordnung jedem Offizier vorschreibt — ist nicht nur für soldatische Aufgaben fruchtbar; es ist vielmehr bei aller höheren, d. h. verantwortungsvollen Arbeit der einzige Grundsatz, der hilft.

An einem anderen Wendepunkt der preußischen und damit der deutschen Geschichte hat ein preußischer Ministerpräsident seinen Herrn, der auch vor schweren Entschlüssen stand und diese Verantwortung schwer empfand, am 4. Oktober 1862 im Eisenbahnwagen zwischen Jüterbog und Berlin, „beim Portepee gefaßt". Und der Entschluß, der daraufhin gefaßt wurde, wurde der Ausgangspunkt eines unvergleichlichen Aufstiegs Preußens und Deutschlands.

Der Minister von Krause hat Ende April 1918 die nationalliberalen Abgeordneten des preußischen Abgeordnetenhauses in eindringlicher Rede darauf hingewiesen, daß nun, nachdem der nationalliberale Vertretertag sich für das allgemeine Wahlrecht entschieden hätte, diejenigen Abgeordneten, die bisher abweichender Meinung waren, sich fügen müßten und nicht mehr dagegen stimmen dürften. Das bedeutet ohne Zweifel einen Versuch, die Abgeordneten zu einem verfassungswidrigen Verhalten zu bestimmen. Denn der Artikel 83 der Preußischen Verfassungsurkunde bestimmt ausdrücklich, entsprechend wie Artikel 29 der Reichsverfassung, daß die Abgeordneten nicht an Aufträge und Instruktionen gebunden sind, sondern nach ihrer freien Überzeuguna zu stimmen haben. Sowohl das sog. „mandat impératif", d. h. das Mandat mit gebundener Marschrichtung, als auch das, was die Parteien fröhlich Parteidisziplin nennen, ist einfach wider den Geist der Verfassung. Der Abgeordnete handelt pflichtwidrig, der die Verantwortung für eine Abstimmung von sich abzuschieben sucht, indem er einem Parteibefehl folgt. Freilich, was fragt ein Parteihäuptling nach der Verfassung! Aber bei einem Justizminister möchte man eigentlich nicht solche Gleichgültigkeit vermuten.

Als man dem Stellvertreter des Reichskanzlers, von Payer, die Bedenken vortrug, die gegen die Selbständigkeit Elsaß-Lothringens sprechen, antwortete er, ohne das Gewicht dieser Bedenken an sich zu bestreiten: seine Partei habe sich für die Selbständigkeit ausgesprochen. Und damit war die Sache für ihn erledigt. Das ist eine Verschiebung der Verantwortung, die seinem Diensteid widerspricht. Es ist ganz einfach pflichtwidrig von einem Minister, sich durch Hersagen seines Parteiglaubensbekenntnisses geistige Unkosten ersparen zu wollen[1]).

[1]) von Bethmann, von Kühlmann, von Krause, von Payer!

Alle sind grade eben, in der letzten oder vorletzten Geschlechterfolge geadelt. Alle sind ausgesprochen „liberal" und verneinen mehr oder minder den Vorzug des wirklichen Adels; aber die Adelssnoberei, die Vortäuschung einer bestimmten Abstammung möchte doch keiner missen.

Wirklicher Adel ist eine sozial sehr beachtliche Sache. Adel ist gepflegte Abstammung und gepflegte Familienüberlieferung. Als ob man etwas, das in der Vergangenheit liegt, durch einen Federstrich verleihen könnte! Als ob die im Blut und in der Erziehung bedingten persönlichen Eigenschaften damit auch hervorgerufen werden könnten!

Ursprünglich wird die Brief-Adelung auch ganz richtig als eine „Fingierung", nämlich der zugehörigen Ahnen, angesehen (vgl. Devriendt, Familienforschung, S. 126). — Freilich hat jedermann einen uralten Stammbaum; aber damit die Überlieferung wirksam sei, muß das Verhalten der Vorfahren als erzieheliches Vorbild wirksam werden können, die Nachkommen müssen etwas von den Vorfahren wissen. Ein Naturvolk ohne Kenntnis der Schrift hat auch eine uralte Entwicklungsgeschichte. Trotzdem spricht man mit Grund nur dann einem Volk eine alte Geschichte zu, wenn es von den Umständen seiner früheren Entwicklung etwas weiß.

Ob diese „Junkers", die früher etwas im preußischen Staat zu bedeuten hatten und die seit 1890 so vielfach zu gunsten von Finanzfamilien, meist mit jüdischem Bluteinschlag, ausgeschaltet wurden (Stammbaum Bethmann siehe Zeitschrift Herold, Jahrgang 1909),

4. Maßregeln.

Bei wissenschaftlichen Untersuchungen gilt es für berechtigt, sog. Hypothesen aufzustellen; d. h. eine Annahme, die man noch nicht beweisen kann, zunächst einmal vermutungsweise als richtig vorauszusetzen und die beobachteten Tatsachen nach dieser zunächst noch unbewiesenen Annahme zu ordnen.

Dieses Verfahren gilt als zulässig, wenn sich bei dieser Annahme die verhältnismäßig beste Erklärung der Tatsachen geben läßt. Übrigens ist unsere Annahme oder Hypothese ja in dem vorliegenden Fall durch eine charakteristische Äußerung des Herrn v. Bethmann selbst — von dem Rückgratbrechen — gestützt. Es soll aber nicht einmal ausschlaggebender Wert auf diese Äußerung gelegt werden, weil wir selbstverständlich auch Herrn von Bethmann wie jedem Menschenkind die Möglichkeit rednerischer Entgleisung und Übertreibung zu gutehalten. Und das Nachstehende ist jedenfalls völlig unabhängig davon, ob jene Äußerung so wörtlich zu nehmen ist, und selbst ob ihr genauer Wortlaut noch nachweisbar ist.

Wir nehmen an, daß Herr von Bethmann absichtlich und planmäßig das alte Preußen und die es tragenden Kräfte beseitigen wollte, um das preußisch-deutsche Gemeinwesen so rasch und so gründlich wie möglich in die westmächtliche, parlamentarisch-plutokratische Regierungsform überzuführen. Es gibt jedenfalls eine ganze Reihe von Bethmannschen Maßnahmen, die sich so noch am ehesten verstehen lassen, während sie ohne diese Annahme vom deutschen Standpunkt aus überhaupt nicht verständlich sind.

Die Art der Monopolisierung und Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens und die diktatorische Stellung, die einzelnen Finanzmagnaten dabei eingeräumt wurde, kann zunächst der bloßen Ratlosigkeit entsprungen sein und aus dem niederdrückenden Bewußtsein, daß trotz der doch für jedermann seit Jahrzehnten erkennbaren Kriegsgefahr jede wirtschaftliche Mobilmachungsvorbereitung versäumt war. Aber wie man es dann durchführte, besonders nach der persönlichen Seite, und wie man es trotz aller offenbar gewordenen Schädlichkeiten und trotz allem Rat der Sachverständigen aus den erzeugenden Ständen festhielt und derart ausbaute, daß es nun allerdings wahrscheinlich nicht mehr ohne weiteres und ohne schwere Erschütterungen beseitig werden kann; daß man ferner dieses System jetzt schon für den Frieden weiter beizubehalten plant, nach Vorschlägen des Herrn Rathenau — dies alles ist eigentlich nur noch unter der Annahme erklärlich, daß man eben die plutokratische Form des Gemeinwesens *will* oder — günstigsten Falls —, daß man die Kräfte, die man rief, nicht mehr los werden kann, und das nun hinnimmt. Gewiß kann der oberste Beamte nicht für alles Einzelne verantwortlich sein. Aber für den Geist des Ganzen *muß* er verantwortlich sein, wenn überhaupt jemand verantwortlich sein soll, und wenn nicht die angebliche Zwangsläufigkeit der Verhältnisse für alles — aber auch für alles — herhalten soll.

Unsere feierlichen Kriegserklärungen haben ohne Zweifel schwer geschadet, da sie denen der Anderen zuvorkamen, und so von den Feinden als Beweis unserer Kriegslust verwertet werden konnten. Es ist anerkannten Völkerrechts, daß es der

---

nicht doch manches für sich hatten? Mit diesen Junkers, den Stein, Yorck, Blücher, Moltke, Roon, Bismarck, Hindenburg und so weiter hat doch eigentlich der preußische Staat ganz gute Erfahrungen gemacht. Und der preußische König mit ihrer Treue nicht minder.

Man hat zutreffend parlamentarisches Regime das Regime der Finanzleute und Rechtsanwälte genannt. *Unter diesem Gesichtspunkt* sind die Obengenannten sehr sinngemäß ausgewählt. Sie gehören alle diesem Kreis an.

vorherigen Kriegserklärung zum Beginn von Feindseligkeiten nicht bedarf. Außerdem wollten wir uns im Osten ja zunächst nur verteidigungsweise verhalten. Im Westen hatten die Feindseligkeiten doch schon begonnen. Also was sprach für diese Maßregel?? Nun konnte man denken, die Kriegserklärungen seien erfolgt im Drunter und Drüber, wie z. B. Herr von Zimmermann von einer Note über Holland, deren völlige Mißlungenheit er nicht bestritt, zu dem nationalliberalen Abgeordneten B. nur achselzuckend sagte: „Aber bedenken Sie doch, in dieser Aufregung!" Aber so haben sich die Kriegserklärungen nicht abgespielt. Vielmehr soll, wie man zuverlässig gehört hat, im Kronrat ein Minister die gewichtigsten Einwände gegen die Maßregel der Kriegserklärung geltend gemacht haben, die sich hernach durchaus bewahrheitet haben. Herr von Bethmann hat die Kriegserklärungen doch erlassen. Warum? War es ein Teil seiner Maßnahmen zum Rückgratbruch? Sollten die feierlichen Kriegserklärungen gerade den altpreußischen Kriegergeist vor der Nation recht offenbaren und damit ins Unrecht setzen?

Herr von Bethmann war gegen den Einmarsch in Belgien. Als er dann doch erfolgte, hat er allerdings durch die diplomatische Behandlung der Frage seine frühere Meinung von der Schädlichkeit dieser Maßregel in erheblichem Maße bewahrheitet, und dieser früher vertretenen Ansicht damit noch nachträglich ein stärkeres Gewicht verschafft. In unserer Kriegserklärung an Frankreich vom 3. August wurde die vorgängige Verletzung der belgischen Neutralität seitens Frankreichs, durch beständiges Überfliegen belgischen Gebiets zu Angriffen auf Deutschland, besonders hervorgehoben. Der Wortlaut dieser Kriegserklärung ist in unseren Weißbüchern nicht veröffentlicht worden. Das Bekanntwerden dieser Verletzungen der belgischen Neutralität durch Frankreich wäre aber an sich sehr wichtig gewesen. Denn diese Verletzungen lagen zeitlich vor unserem Einmarsch in Belgien, und sie verleihen unserem späteren Einmarsch das Wesen einer Notwehr- — nicht nur Notstands- — Handlung, also einer rechtmäßigen Handlung. Als Grund der späteren Unterdrückung dieser Sachlage in unserer Öffentlichkeit ist nur die Erwägung denkbar, daß eben Bethmann dann von dem Unrecht an Belgien gesprochen hat, und daß allein schon das Bekanntwerden jener vorangegangenen französischen Benutzung belgischen Gebiets dieses Wort widerlegt hätte.

Das bedingte Durchmarschrecht und Besatzungsrecht Preußens gegenüber Belgien, aus dem Aachener Protokoll von 1818 und den Vereinbarungen von 1831, war in der Aktenaufbewahrung des Auswärtigen Amtes nicht zu finden gewesen und nicht mehr bekannt. Diese Rechte sind aber auch, nachdem sie zweifelsfrei festgestellt worden waren, von unserer amtlichen Seite in der Öffentlichkeit nach Möglichkeit vertuscht worden. Nun ist es ja an sich gewiß ein wichtiger Gesichtspunkt, das Vertrauen der Nation zu ihrer staatsmännischen Leitung möglichst hochzuhalten und deshalb gemachte Fehler möglichst zu verschweigen. In diesem Fall ist diese Rücksicht aber doch wohl etwas allzu peinlich beachtet worden. Denn auch die verspätete Benutzung hätte noch sachlichen Nutzen stiften können, besonders bei den Neutralen. Den vermeintlichen Fehlgriff der deutschen Nation hat Herr von Bethmann großzügig und vor versammeltem Europa zugegeben; den eigenen Fehlgriff hat er niemals eingeräumt.

Daß ein Mann in leitender Stellung durch Überstimmtsein nicht unbedingt bekehrt wird, und dann auch noch weiter gegen die ihm aufgedrängte Politik arbeitet, die er der Form nach vertreten muß, ist eine so häufige vorkommende Sache, daß man ein solches Verhalten immerhin nur als menschlich bezeichnen kann; wenn

auch freilich im Sinne von: menschlich schwach. Schwächere Naturen verlieren bei der Einsicht in einen grundlegenden Irrtum leicht ihre ganze innere Sicherheit und ihr Selbstvertrauen, und gegen solchen Verlust wehrt sich jeder mit Recht aufs äußerste. Außer Priestern dogmatischer Religionsformen sind besonders Parteihäupter häufig so gestimmt.

5. Weltmachtkitzelaustreiben?

Es ist ganz aufschlußreich, die preußische Konfliktszeit einmal unter dem oben berührten Gesichtspunkt mit der heutigen Zeit zu vergleichen. Damals wollte das Spießbürgertum nicht zulassen, daß Preußen als Großmacht auftrete; Preußen war der stärkste und gesündeste, weil wahrhaftigste, freieste und gerechteste Staat der Welt; die bisher besiegelungene Lösung des großen staatlichen Problems, der Verbindung von Macht und Freiheit. Heute will man nicht haben, daß Deutschland eine Weltmacht ist. Heute freilich wird dieses deutsche Spießbürgertum in seinen Bestrebungen auf Niederhaltung Deutschlands von einer sehr viel weiter reichenden und gewaltigeren Macht unterstützt, der das arme blinde Spießertum lediglich als Vorspann dient.

Professor v. Liszt vertritt die Meinung, Deutschland könne sich niemals als Weltmacht den ältern Weltmächten England und Rußland an die Seite stellen. Was zunächst das Alter betrifft, so sind diese Weltmächte erst in den letzten 200 Jahren entstanden. Das ist eine kurze Spanne für geschichtliche Entwicklungen. Die eine dieser beiden älteren Weltmächte ist inzwischen schon wieder in den Schoß der Vergangenheit gesunken. Deutschland war das ganze Mittelalter hindurch die Weltmacht der damals freilich etwas engeren Welt, der Christenheit. Deutschland ist unter den jetzt kämpfenden Weltmächten im Gegenteil die älteste, und es besitzt auch heute noch die natürlichen Unterlagen einer besonderen Stellung in Europa. Deutschland bildet weitaus den stärksten einheitlichen nationalen Block in Europa. Mit den Deutschen Österreichs — übrigens ohne Deutsch-Schweizer, Deutsch-ungarn, Niederländer — sind wir rd. 75 Millionen; so stark, wie selbst die Großrussen nicht. Außerdem halten die Deutschen die Herzlage, die innere Linie, in Europa. Diese hat zwar Nachteile, in der Umzingelungsgefahr, aber sie birgt auch große Möglichkeiten.

In einer Note des Auswärtigen Amts vom 13. August 1916 wurde unsere Luftbeschießung Londons als Vergeltung für Baralong bezeichnet. Darauf erwiderten die Engländer sofort in einer Note vom 18. August, in dieser lahmen Entschuldigung verrate sich ja offenbar nur das schlechte Gewissen. Denn die Luftbeschießungen Londons hätten ja schon vor dem Baralongfall stattgefunden. Und das ist zutreffend. Ein Anwalt, der seinem Auftraggeber eine derartige Blöße gäbe, wie uns damit das A. A., würde sich einer Schadenersatzklage aussetzen. Die Rechtskundigen des Auswärtigen Amts sind aber unsere Anwälte; sie scheinen sich allerdings immer eher als Unparteiische oder als oberste Schiedsrichter auch im Sinne der Gegenpartei zu fühlen, was der Untreue nahekommt. Übrigens bedurfte die Beschießung Londons, selbst wenn es nicht als Festung zu gelten hätte, keiner weiteren Rechtfertigung wie der als einer einfachen Vergeltung. England hat erklärt, es könne in Deutschland nicht zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern unterscheiden, und es müsse Deutschland im ganzen als eine belagerte Festung betrachten. Das tun wir selbstverständlich dann umgekehrt auch. Daß aber die Beschießung einer belagerten Festung sich auch gegen die bürgerliche Bevölkerung richten darf, ist anerkannten Völkerrechts.

Diese grundlegendsten und einfachsten Begriffe des Völkerrechts und ihre Handhabung waren selbstverständlich der amtlichen Stelle geläufig, die jene merkwürdig ungeschickte Ausführung ausgehen ließ. Diese läßt sich wirklich wie vieles, was unter der früheren Leitung unseres Auswärtigen Amts geschah, nur so erklären, daß man sich sozusagen gar nicht getraute, unsere Sache zu führen; daß man sich als „junge Großmacht" gegenüber der „alten Weltmacht" fühlte und sich nicht das gleiche Recht zusprach wie dem Gegner. Dabei liegt, wie schon gesagt, die geschichtliche Wahrheit tatsächlich ganz anders; der Kern der Mittelmächte, der deutsche Block, ist die älteste Weltmacht der Christenheit, die während des ganzen Mittelalters im sog. römischen Reich deutscher Nation als das Herz- und Kernland Europas auch die Vormachtstellung in Europa innehatte. Und erst die Vernichtung der deutschen Stellung im Dreißigjährigen Kriege hat das Aufkommen der „jungen Weltmächte" England und Rußland ermöglicht.

Dieser deutsche — oder undeutsche? — Mangel an Selbstgefühl oder Zweifel an dem eigenen Daseinsrecht, jedenfalls irgendeine innere Hemmung, lag ja auch offenbar dem Verzögern des U-Bootkrieges zugrunde. Die Sachlage war doch einfach die: Wenn mich einer durch Hunger töten will, so kann ich mich selbstverständlich auch durch Gewalt gegen die betreffende Person dagegen wehren, wenn ich kein wirksames anderes Mittel habe. Der Versuch, jemand von jeder Zufuhr abzusperren, ist genau in der gleichen Weise ein Angriff auf das Leben wie ein Angriff mit Waffen. Die Mittel, die wir gegen die englische Absperrung anwendeten, nämlich Gewalt, „retorquieren" nur die zuerst gegen uns gewendete Gewalt (Aushungerungsversuch). Absichtliches Verhungernmachen durch Gewaltmaßregeln enthält einen Tötungsvorsatz von genau derselben Art wie jeder andere Mordanschlag auch.

Die russischen Greuel in Ostpreußen durften unter Bethmann nicht veröffentlicht werden, „um die Nation nicht aufzuregen". Jedermann war der Meinung, daß eine kleine Auffrischung der Kampfgeister schließlich auch dem tapfersten Volk willkommen sein müsse. Die Feinde lügen zu diesem Zweck das Blaue vom Himmel herunter; die Bethmannsche Regierung *unterdrückte* sogar wahre Tatsachen, weil sie in dieser unseren Kampfwillen stärkenden Richtung zu wirken geeignet wären!! Hier kann man ebenfalls als Gründe dieser Maßregel eben nur annehmen, daß der politische Willen im Volke möglichst abgelenkt werden sollte von außenpolitischen Zielen. Denn natürlich mußte jede Form von volkstümlichen Kriegszielen der Fachdiplomatie unbequem und störend sein. Demselben Zweck diente dann die eingreifendste Tat des Bethmannkurses, der Vorgang, daß mitten im furchtbarsten Kriege die Frage des preußischen Wahlrechts in die Nation geworfen wurde, um ihren Sinn von den außenpolitischen Zielen abzulenken. Wen, außer ein paar parlamentarischen Strebern, reizte und beschäftigte mitten im Kriege die Frage des Wahlrechts? Massenwahl wird immer eine schlechte Form der Auswahl bleiben und eher die Minderwertigen als die Tüchtigen hervorziehen. Und im übrigen war Preußen — trotz der eingreifenden Veränderungen der Regierungsmethode seit 1890 — immer noch der bestregierte Staat der Welt. Das bewiesen seine unerhörten Leistungen und übrigens auch die Tatsache, daß alle anderen Staaten, auch seine erbittertsten Feinde, seine Einrichtungen nachahmten. Daß jemand nachgeahmt wird, daß er *maßgebend* ist, ist das sicherste Zeichen, daß einer moralische Eroberungen macht. Kein anderer Staat hat in den letzten 100 Jahren so große moralische Eroberungen gemacht wie Preußen. Und daß die meisten Zeitungsschreiber trotzdem — *oder gerade deswegen* — auf Preußen schimpfen,

beweist nichts dagegen. Im Gegenteil, der gewöhnliche Mensch haßt meist am innigsten den, dem er etwas verdankt.

Wie wir uns amtlich zu Italien über die Bündnispflicht geäußert haben, läßt sich zur Zeit nicht nachprüfen. Daß wir sie nicht entschieden für gegeben erklärten und ihre Erfüllung verlangten, ist sicher. Unsere amtlich beeinflußten Zeitungen wiegelten sämtlich aufs eifrigste ab; der Bündnisfall sei nicht gegeben. Daß dies die seelisch falsche Behandlung war, läßt sich hier ebenfalls schon jetzt mit Bestimmtheit sagen. Der Bündnisfall war ganz ohne Zweifel gegeben. Inwieweit sich Italien an Bündnispflichten hielt, ist natürlich eine andere Frage. Aber es ist nicht Aufgabe des Berechtigten, dem Gegner die Verletzung durch halbes oder ganzes Verzichten auf sein Recht zu erleichtern, wie wir es getan haben. Man hat zuverlässig gehört, daß der kleine König doch „erhebliche Hemmungen" moralischer Art in sich überwinden mußte, ehe er sich aus Angst vor der Gasse zu dem Bündnisbruch entschloß. Es gab in der italienischen Armee und unter den Gebildeten starke Gruppen, die sich an uns und nicht an die Westmächte anschließen wollten. Sie wurden naturgemäß durch unseren in dem Verzichten sich äußernden Mangel an Selbstvertrauen zurückgeschreckt und geschwächt; ebenso wie jetzt wieder die deutschfreundliche Partei Rumäniens um Carp durch die Besonderheiten unseres Friedensvertrags mit Rumänien geschwächt wird.

Wir haben uns dann an dem italienischen Erpressungsversuch gegenüber Österreich tätig beteiligt; wiederum mit völligem Mißerfolg, außer dem einer Belastung unseres guten Namens. Von der weltpolitischen Notwendigkeit eines gesicherten Ausgangs nach dem Mittelmeer, von der alten Reichsmark Friaul (vgl. den Aufsatz von Rohmeder im Juniheft 1918 von Deutschlands Erneuerung) hat man jedenfalls damals, unter Herrn v. Jagow, im Auswärtigen Amt nichts wissen wollen oder nichts gewußt. Diese Stelle darf es nicht mehr verübeln, wenn man auch diese letzte Möglichkeit veranschlägt. Denn von den belgischen Festungsverträgen hat sie tatsächlich einfach nichts gewußt.

Man hielt es offenbar für edel und richtig, für die eigene Nation möglichst selbstlos zu sein. „Jetzt nur kein Oktroi," wurde der österreichisch-ungarischen Regierung von Berlin aus geraten, als sie die deutsche Staatssprache und einige andere Staatsnotwendigkeiten im Weg des Oktrois, ohne Befragung der Parlamente, einführen wollte. Der Rat war, wie man jetzt schon bestimmt sagen kann, ein schlechter Rat für den Beratenen. Aber für uns ist hier nur das Seelische daran auf seiten des Beratenden beachtenswert: erstens wieder die völlige Unbeeinflußtheit von nationalen, von spezifisch deutschen Neigungen und Gedanken und zweitens in der bekannt gewordenen Begründung dieses Rats — die feindliche Presse bemängele sowieso schon immer den Mangel an Parlamentarismus bei den Mittelmächten — die merkwürdige Macht der feindlichen Presseschlagworte über unsere Staatsmänner. Schlagworte sind ja gut als Bluff, und wir, das Heimatland der Buchdruckerkunst, haben leider keineswegs den ausreichenden Gebrauch von diesem Mittel der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung gemacht; von dem Kriegsmittel der Lüge und des Bluffs, das schon Thomas Morus im 16. Jahrhundert ernstlich und offen seinen englischen Landsleuten empfahl. Aber der handelnde Staatsmann selbst sollte doch die Tatsachen so klar sehen, daß er das Rauschen im Blätterwald nicht wirklich für Sturm hält; wie er ja auch seinerzeit im Falle Zabern erklärte, nicht klar sehen zu können; der doch für jeden Eingeweihten so klar lag; als eine kleine Generalprobe der Franskilljonen. Freilich

durfte man sich darüber nicht ausschließlich aus der Frankfurter Zeitung unterrichten wollen; aus der grundsätzlich dem deutschen Staatsgedanken und der Armee abgeneigten Frankfurter Zeitung, deren Schriftleiter 1871 dem elsässischen Protestler Schneegans ihre Unterstützung im Protest gegen das Deutschwerden zusagten.

Das völlige Unberührtbleiben von deutsch-völkischen Neigungen und Bestrebungen wird vielleicht von den Anhängern des Bethmannkurses auch nur als ein Vorzug gepriesen werden. Der Denkfehler dabei ist aber leicht nachzuweisen. Die Aufgabe des handelnden Staatsmannes ist eine so furchtbar schwere, daß er ohne diese triebhaften Anstöße des Bluts gar nicht auskommen kann. Er muß Partei sein; er muß vor allem sein Volkstum und Staatswesen bedingungslos bejahen. Man sagte von Herrn v. Bethmann — offenbar mit Grund, sonst ist vieles völlig unerklärlich —, ja man rühmte es von ihm, er sehe immer zugleich das Recht der Gegenseite. Das ist gut für einen Gelehrten, der nur betrachtet und nicht zu handeln braucht; er kann gottähnlich über den Parteien stehen. Aber für einen handelnden Staatsmann bedeutet eine solche innere Zerrissenheit die furchtbarste verhängnisvollste Mitgift. Schöpferische Staatskunst ist oberste und höchststehende Menschenleistung; sie steht über künstlerischer, sie steht weit über wissenschaftlicher Leistung. Schöpferische Staatskunst muß deshalb — wie alle höhere geistige Leistung — aus den Tiefen der Persönlichkeit quellen. Sie kann des Halts und der Leitung an dem Unbewußten, des dunklen Drangs nicht entraten, der ihr ahnend den rechten Weg zeigt, wo verstandesmäßige Abwägung, Wortgründe und kurze Klugheit im Stiche lassen.

Alle denkbaren Verstandesgründe sprachen 1761 gegen einen guten Ausgang und mußten Friedrich dem Großen zur Unterwerfung raten. Der heilige Trotz, die aus den Tiefen des Willens — nicht aus dem Verstande — quellende Überzeugung von dem Lebensrecht seines Staats konnten allein den rechten Rat geben.

Wer ein Volk und einen Staat führen will, muß vor allem völlig und restlos in ihm wurzeln und ihn bejahen, und er darf nicht zugleich so „gerecht" sein, auch den Willen der Feinde zu bejahen. Sein Wille zum Leben muß unzerrissen auf einer Seite stehen; sonst soll er sein Amt niederlegen.

Herr v. Bethmann hat offen gesagt und noch klarer betätigt, daß er den deutschen und preußischen Staatsgedanken keineswegs schlechthin zu fördern und zu vertreten in der Lage sei. Dem Verwaltungschef für Litauen ist seinerzeit im Auswärtigen Amt, als er eine bestimmte Maßregel verteidigte, glatt erklärt worden: „Sie haben dort nicht deutsche Belange zu vertreten." Darauf stellte dieser sein Amt zur Verfügung, weil er seine Nationalität nicht so rasch ändern könne.

6. Kulturbewußtsein.

Am 21. Juni 1913 schrieb der Reichskanzler an Lamprecht: „Wir haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt." Wir Deutsche!! Wir Deutsche sind vor kaum hundert Jahren an unserer Weltbürgerlichkeit und Friedensschwärmerei völlig zusammengebrochen; grade erst vor einem Menschenalter sind wir von Preußen wieder notdürftig organisiert worden. Man greift sich an den Kopf. Der frühere Reichskanzler hat ungefähr so richtige Ansichten von Deutschland wie der Schriftleiter eines demokratischen Winkelblättchens der Westschweiz.

In demselben Schreiben meint der Reichskanzler, unsere „noch nicht ausgeglichene Kultur habe nicht die gleiche suggestive Kraft wie die englische oder französische".

Auch das widerspricht völlig den kulturgeschichtlichen Tatsachen. Die „Zivilisation" d. h. die äußerlichen Lebensformen der Westmächte haben freilich, grade durch ihre Gleichförmigkeit und die dementsprechende geistige Kostenersparnis, eine gewisse Anziehungskraft ausgeübt auf alle Snobs; Banklehrlinge und nachgeborene Prinzen. Aber das ist nicht Kultur sondern höchstens Zivilisation. Eine besondere Kulturform war die mittelmeerländische antike, hellenistische, eine andere ist die neuzeitliche, nordeuropäische, germanische. Die deutsche Kultur ist die ausgebildetste Form der zweiten europäischen Kulturform, und sie hat eben durch ihre stärkere Eigenart eine größere Werbekraft ausgeübt als die englischen und gallischen Mischformen. Es lassen sich kaum gleichgewichtige Gegenbeispiele bringen für Ausstrahlungen der westmächtlichen Kultur, trotz deren sehr viel schärfere Kulturpropaganda als sie in umgekehrter Richtung die Namen Carlyles, Emersons, Kingsleys und anderer — für die Ausstrahlung deutscher Gedanken in die angelsächsische Welt bezeichnen; oder als die Namen Taines, Renans, de Villers, Gobineaus, Montalemberts für die Anerkennung germanischer Kultur in der französischen Welt bedeuten.

Diese Werbekraft des deutschen Geistes ist übrigens auch jetzt noch spürbar, trotz der ungeheuerlichen Hochflut der Lüge und Verleumdung, die das englische Weltkapital gegen uns entfesselt hat. So las man in den ersten Monaten in französischen und englischen Zeitungen entrüstete Äußerungen über die französische Aristokratie, die aus ihrer Bewunderung der deutschen Tapferkeit kein Hehl machte. Die Times hielt Herrn Haldane seine frühere Bewunderung Deutschlands strafend vor: „die herrlichen Deutschen". Die ganze Unterscheidung von dem früheren bewundernswerten, im Namen Weimar versinnbildlichten Deutschland und dem neuen hassenswerten, durch den Namen Potsdam verkörperten Deutschland verriet ja nur das schlechte Gewissen der Feinde in dieser Richtung.

Das „Journal" vom 4. Juli 1918 findet lustiger Weise keinen besseren Vergleich für Kerenski als den Goetheschen Zauberlehrling, und der Figaro läßt bei der gleichen Gelegenheit des Aufenthalts Kerenskis in Paris diesen sich mit einer Gestalt aus einem Grimmschen Märchen vergleichen[1]).

7. Der Glücklose.

Daß das Bethmannsche Friedensangebot vom Dezember 1916 uns geschadet hat, werden seine Anhänger ja bestreiten.

Der Neutrale Hans Wram, Kriegsbilder aus Paris, 1918, berichtet darüber folgendes (S. 38): „Was die deutsche Diplomatie uns an Diensten geleistet hat, sagte mir im Dezember 1916 eine Persönlichkeit in hoher Stellung, ist einfach fabelhaft. Wir könnten für uns keine bessere deutsche Regierung denken. Hier war die Stimmung noch vor vier Wochen recht bedenklich nach den furchtbaren Niederlagen in Rumänien. Das Volk begann unruhig zu werden. Da kam Bethmann-Hollweg und erwies uns einen Dienst, wie uns kein Verbündeter hätte leisten können. Er bittet um Frieden"[2]). Jetzt erst, durch den Prozeß Malvy, haben wir erfahren,

[1]) „Geistig gesprochen ist ja die Eroberung der Welt durch den deutschen Geist schon eine vollzogene Tatsache." So der Norweger Ragna Jacobi im Dagbladet, Juni 1915, angeführt nach: „Deutschland im Urteil des Auslandes", München 1916, S. 222.

[2]) Der gemeine Mann m u ß t e wie jeder Gebildete annehmen, daß der leitende Staatsmann einen so ungeheuer wichtigen Schritt in voller Öffentlichkeit nur nach sorgfältiger Vorbereitung des Bodens unternehmen werde. Leider zeigte es sich, daß das Friedensangebot ohne jede Sicherung über die Aufnahme dieses Angebotes getan war, so daß der Friede dadurch sehr viel weiter hinausgerückt wurde.

welchen Umfang die Meuterei und die innere Zersetzung Frankreichs im ersten Halbjahr 1917 angenommen hatten. Erst die Friedensentschließung unseres Reichstags hat die innere Front Frankreichs wiederhergestellt. Ohne das Friedensangebot Bethmanns und die Friedensentschließung des Reichstag wäre Frankreich im Jahre 17 zusammengebrochen. Das kann man mit dem Grade von Bestimmtheit jedenfalls sagen, mit dem man überhaupt in politischen Dingen reden kann.

Daß im ganzen die Unbegreiflichkeit der Bethmannschen Politik allgemeingültig feststellbar ist und nicht etwa lediglich einer subjektiven oder Parteimeinung entspricht, dafür lassen sich Zeugnisse von ganz entgegengesetzten Seiten anführen. Man vergleiche nur die oben angeführte Stimme eines Neutralen; man erinnere sich daran, daß Lord Northcliffe öffentlich gesagt hat, die großen Erfolge der englischen Diplomatie beruhten vor allem auf den Fehlern der deutschen. Und man braucht ja gerade nur sich den tatsächlichen Ausgang, ganz ohne jede Anmerkung dazu, aller von der Bethmannschen Regierung unternommenen Maßnahmen zu vergegenwärtigen. Es kam immer umgekehrt. Die unbedingte Friedensliebe des Bethmannschen Kurses steht wirklich außer Zweifel. Die Tatsachen führten aber dazu, daß Herr von Bethmann sich, wie eine italienische Zeitung sich ausdrückte, eine so artige und nahezu vollständige Sammlung von Kriegserklärungen angelegt hat, wie sie noch niemals in der Geschichte da war; darunter zwei von Bundesgenossen. Eigentlich kann man sagen, drei; denn Belgien war durch die Bestimmungen der Mächte bei seiner Neutralisierung 1831 — vergleiche die Schrift des belgischen Majors Girard — und durch die preußischen Besatzungsrechte deutlich auf die andere Seite gewiesen. Die Neutralisierung war begründet als Schutzmittel gegen Frankreich.

Herr Helfferich, der ehemalige Stellvertreter des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, hat 1901 in einem Vortrag ausgeführt, man werde doch der deutschen Diplomatie nicht eine solche Unfähigkeit zutrauen, daß die Einkreisung und der Angriff von allen Seiten wirklich zustande käme!! Und in wie ungeahnter, abenteuerlich-unwahrscheinlicher Weise ist das Weltbündnis gegen Deutschland Wirklichkeit geworden unter der Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann.

Daß umgekehrt die durch ihre klarsten Belange auf unsere Seite gewiesenen Mächte, wie Spanien, Schweden, nicht zu uns herübergezogen werden konnten, ist ein weiterer belastender Posten; auch wieder rein als Tatsache und ganz ohne Prüfung, was etwa daran schuld war. „Generäle, die Mißfortune haben, kann ich nicht brauchen," sagte Friedrich der Große.

Rumänien, Italien, Nordamerika, China — welch ein Berg von zusammengefallenen Kartenhäusern hat sich noch angehäuft, seitdem Herr v. Bethmann selbst von dem zusammengefallenen Kartenhaus seiner englischen Politik gesprochen hat. Hat es jemals in der Weltgeschichte eine staatsmännische Leitung gegeben, die eine so unglückliche Hand hatte wie die Bethmannsche?

So einfach aber, wie sich unser intimer Feind, der amerikanische Botschafter, Herr Gerard, die Unbegreiflichkeiten erklärte, die die Politik des Herrn v. Bethmann aufwies — nein, so einfach liegt die Sache sicherlich doch nicht. Herr Gerard wünschte nämlich nach seiner Abreise Herrn von Bethmann ausdrücklich Glück zu den besonders dicken Kartoffeln von Hohenfinow! Nein, so einfach liegt die Sache nicht.

Gegen diese Annahme spricht entscheidend die große Tatkraft und Klugheit, die Herrn v. Bethmann in eigener Sache stets zur Verfügung stand.

Der amerikanische Oberst Edwin Emerson, den Herr Gerard zu geheimen Berichten unter Bruch seines der deutschen Regierung vor einer Frontreise gegebe-

nen Ehrenworts verleiten wollte, hat nachgewiesen, daß unser Auswärtiges Amt schon früher und jedenfalls vor der für Casement entscheidenden Zeit Kenntnis hatte von den in der Amerikanischen Botschaft in Berlin zur Förderung der feindlichen Spionage hergestellten Pässen. Unser Auswärtiges Amt wagte keine Vorstellungen. Man vergleiche damit die maßlos scharfe Art, in der die amerikanische Staatsleitung gegen den österreichischen Militärbevollmächtigten Dumba vorging wegen einer mit dem Gerardschen Vorgehen auch nicht entfernt zu vergleichenden Maßnahme; Dumba hatte die österreichischen Staatsangehörigen in Amerika davor warnen lassen, daß sie Munitionsarbeit für die Feinde ihres Heimatstaats übernähmen. Daß die Leiter unseres Auswärtigen Amtes nichts gegen Gerards verräterisches Verfahren einwenden zu dürfen glaubten, war natürlich von ihnen aus gesehen pflichtmäßig; nämlich wenn sie die Lage so beurteilten, daß Deutschland jedes Opfer bringen müsse, um Amerika bei Stimmung zu halten. Darauf kann man nur immer wieder das erwidern, daß der Erfolg dieser äußersten Hingebung eben doch völlig ausgeblieben ist, und daß das dadurch zu Verhindernde gerade eingetreten ist. Unser Zurückweichen gegenüber Nordamerika hat bekanntlich Rumänien zu seinem Verrat ermutigt. Und noch etwas anderes darf man gegen dieses schonende Schweigen zu den Verrätereien der Amerikanischen Botschaft einwenden. Unser früheres Auswärtiges Amt stellte gern moralisierende Betrachtungen an, unter anderm gegenüber dem Abbruch der Beziehungen durch China. War es nun ein moralisch einwandfreies Verfahren von uns, wird es dem Ruf unserer Zuverlässigkeit zuträglich sein, daß ein treuer Freund der deutschen Sache wie Casement an den Galgen kommen mußte, weil wir uns nicht trauten, eine uns bekannte Quelle des Verrats zu verstopfen, die vor allem unserem guten Freund gefährlich werden mußte?

Der Mißerfolg der Bethmannschen Staatsleitung gegenüber Amerika — nächst dem Kartenhauseinsturz gegenüber England, nächst dem Mißerfolg der Bülowschen Sendung nach Italien, nächst der Kriegserklärung Rumäniens usw. — ist die deutlichste Erläuterung des ganzen Verfahrens. Die bewußte und planmäßige Abwendung von Bismarck und Bismarcks Geist hatte sich doch angesichts der Ereignisse des Weltkriegs, des Weltbündnisses gegen uns, der Einkreisung und Blockade, nicht gerade besonders bewährt. Trotzdem wurde auch nachher noch an dem Grundsatz unentwegt festgehalten, auf keinen Fall „das Schicksal herauszufordern", sondern die Gegner möglichst durch Zugeständnisse zu gewinnen und der „zwangsläufigen" Entwicklung sich anzupassen. Vgl. Hans von Liebig, das B-System(!). Die Absicht und die Stellung Amerikas lag klar zutage, mindestens nach der maßlos frechen Antwort Wilsons auf das vielleicht nicht sehr politische, aber gerade deshalb menschlich um so tiefer rührende und ergreifende Schreiben unseres Kaisers an Wilson aus dem ersten Halbjahr des Krieges. Über die Stellung Wilsons und der amerikanischen Hochfinanz konnte ja kaum ein Zweifel sein nachdem einmal klar geworden war, wie wenig die Deutschen und Iren dort bedeuten. Und insofern ist auch keinerlei Entrüstung am Platze. Wilson fühlt sich eben als Engländer, und er muß die Politik der herrschenden Hochfinanz treiben; er mag auch zu einem Teil, so unbegreiflich das dem Außenstehenden scheint, derart eingeschworen sein auf seine Dogmen, daß er selbst an seine Schlagworte glaubt. Pfaffen und Professoren gelingt es verhältnismäßig leicht, die von ihnen einmal verkündeten Sätze nun in ihrer Eitelkeit zu verankern und diese Verankerung ist dann häufig so fest, daß keine noch so überzeugenden Beweisgründe sie erschüttern.

Es muß ja irgendein antigermanischer Teufel im Spiel sein, daß die übernationalen Blutsverwandtschaften immer zum Schaden Deutschlands wirken; auch da, wo sie ausnahmsweise eigentlich einmal zu unseren Gunsten wirken müßten. Aber vielleicht hat es unser Schicksal doch gut gemeint. Qui mange du — en meurt, heißt, richtig verstanden, nicht, „wer ihn angreift," sondern „wer sich mit ihm einläßt, ist verloren".

8. Innere Hemmungen.

Merkwürdig ist im Grunde an alledem nur, daß man das nicht früher durchschaute, — daß Amerika nämlich auf jeden Fall in dem Augenblick in den Kampf treten würde, in dem England in Gefahr kam. Durch die Verzögerung des U-Bootkrieges haben wir bekanntlich kostbare Zeit für die U-Boote verloren, die England zur Versorgung mit Vorräten und zur Verbesserung seiner Abwehrmaßregeln benutzen konnte, ebenso wie gegenüber den Zeppelinen. Am Anfang hatte England keine wirksame Abwehrwaffe gegen die Zeppeline. Daß Herr v. Bethmann sie aus politischen Gründen zurückhielt — selbstverständlich in pflichtmäßiger Erwägung dessen, was er für richtig hielt —, sollte jetzt nicht mehr wahrheitswidrig bestritten werden. Graf Zeppelin, der erste Sachverständige, hat es in dem bekannten ersten Brief an den damaligen Reichskanzler ausgeführt, daß seine Waffe in größerem Umfang gegen England verwendbar sei. Tatsächlich haben die ersten Luftbeschießungen Londons keine Verluste auf unserer Seite verursacht, bis die Engländer — dazu brauchten sie aber länger als ein Jahr — die Abwehrmaßregeln so entwickelt hatten, daß die Beschießung mit Zeppelinen unmöglich wurde. Das amtlich bestrittene Zurückhalten der Zeppeline ist durch eine Erklärung in der Norddeutschen Allgemeinen, daß man künftighin rücksichtslosen Gebrauch von den Zeppelinen machen werde, sowie durch die Note vom August 1916, mit ihrer Zurückführung der neueren Verwendungsart auf den Baralongfall, erwiesen.

Soviel ist unbestreitbar, daß die der Verständigung mit Amerika damals gebrachten Opfer nichts genutzt haben! Amerika ist trotzdem unser Gegner im Krieg. Und damit ist bewiesen, daß es falsch war, jene Opfer zu bringen; jene Opfer an Zeit und an Blut. Auch an Blut, an deutschem Blut. Denn die Regierung des Herrn v. Bethmann hat lange Zeit die U-Boote zum Kreuzerkrieg gezwungen, d. h. zum Verzicht auf die wesentlichen Vorzüge ihrer Waffe; mit dem Erfolg, daß bei der vorherigen Untersuchung der fremden Schiffe sehr viele U-Boote und herrliche blaue Jungen der feindlichen Verräterei durch Flaggenbetrug und Seefrankstireurs erliegen mußten, von denen nur wenige die Vergeltung ereilen konnte, wie z. B. den Kapitän Fryatt. Herr v. Bethmann hat auf den Vorwurf der verspäteten Mobilmachung geltend gemacht, eine wie furchtbare Verantwortung er doch durch eine zu frühe Mobilmachung übernommen hätte. Darauf hat selbst ein Reichstagsabgeordneter geantwortet, daß die Verantwortung einer Verspätung doch mindestens ebenso schwer wiegen müsse. Aber dieser Beweisgrund des Herrn v. Bethmann ist durchaus kennzeichnend für seine Denkart. Eine zu späte Mobilmachung auf unserer Seite war geeignet, dem Feinde Vorteile zu verschaffen; wie z. B. die Besetzung der Vogesenpässe durch die Franzosen, die zum großen Teil heute noch besteht, und die am Donon und vor allem am Hartmannsweilerkopf so furchtbares Blut gekostet hat. Dagegen hätte eine frühere Mobilmachung nur, da der Krieg eben doch ausgebrochen war, uns militärisch genutzt. Das wäre der sichere Erfolg der früheren Mobilmachung gewesen; ihre möglichen politischen Folgen sind sehr schwer richtig zu schätzen. Daß unsere frühere Mobilmachung die Schale des Krieges

irgend merkbar hätte sinken lassen, ist sehr unwahrscheinlich, da Rußland ja schon im Mai mit Mobilmachungsarbeiten begonnen hatte. Aber Herr v. Bethmann denkt zunächst an die feindliche Presse, an die Meinung und das Gerede. Er hat dazu noch den für einen deutschen Staatsmann geradezu unglaublichen Satz ausgesprochen: wenn wir die drei Tage früher mobil gemacht hätten, dann trügen wir ja die Blutschuld, die jetzt Rußland träfe. Die drei Tage; gegenüber der Einkreisung seit Jahrzehnten!

Herr v. Bethmann hat schon im November 1916 die Wiederherstellung Polens versprochen; zu einer Zeit, als Rußland noch nicht am Boden lag, als daher diese völlige Verbauung eines Sonderfriedens mit dem zarischen Rußland doch noch sehr bedenklich war. Er hat so den Polen das ausschweifendste Kriegsziel fest versprochen[1]) zu einer Zeit, als er dem deutschen Volk noch die bloße Erörterung von Kriegszielen verbot. Die Erörterung wurde erst darnach beschränkt freigegeben, weil dieser Widerspruch denn doch zu grell erschien.

Auch hier wird ein Anhänger vielleicht gerade die völkische Selbstlosigkeit bewundern. Wir können, wie schon gesagt, da nicht mit. Unser geltendes Recht, nebenbei bemerkt, auch nicht. Dieses würde nämlich den Vormund, der das seiner Verwaltung anvertraute Mündelvermögen aus Großmut an Dritte verschenkt, wegen Untreue gerichtlich belangen. Aber es ist ein anderer Zug daran, der uns in dem oben berührten Zusammenhang bemerkenswert ist; daß man damit beweisen wollte, wir seien ja gar nicht, wie die fremde Presse behauptet, die Unterdrücker fremder Völker, wir befreiten vielmehr fremde Völker.

Auch hier also dieses merkwürdige Beeindrucktsein von den Lügen der feindlichen Presse. Als ob das für irgendeinen, der die Wahrheit nicht absichtlich verkennt, irgend zweifelhaft sein könnte. Wer beherrscht fremde Völker; die Weltreiche England und Rußland oder der einheitlichste Nationalstaat unter den großen Mächten, Deutschland? Und für die andern, die nicht sehen wollen, auch unter den Neutralen, nutzt natürlich auch der schlagendste Beweisgrund nichts. England hat Irland so regiert, daß dieses in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von 8 Millionen Einwohnern auf 4½ Millionen zurückgegangen ist. Wohl gemerkt, gegenüber einer weißen europäischen Bevölkerung seiner nächsten keltischen Verwandtschaft hat England diese wahrhaft überasiatischen Verwaltungsgrundsätze geübt[2]). In Indien sind nach englischen Feststellungen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts viele Millionen Menschen in Hungersnot gestorben. In Indien! Indien ist das reichste Land der Welt, aber es wird von England regiert.

[1]) Am 23. Februar 1854 schrieb Bismarck an Manteuffel (abgedruckt bei Hans Blum, Fürst Bismarck und seine Zeit, 2. Band, S. 14: „Die Herren kennen Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören könnte, Preußens Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergäben, ohne die wir wiederum nicht bestehen können, wie die untere Weichsel, ganz Posen und was in Schlesien polnisch spricht. Und selbst dann wären wir uns des Friedens mit ihnen in keiner Verlegenheit sicher."

[2]) Die keltische Verwandtschaft; es ist kennzeichnend für die englische Art, wie das machtpolitische Bestreben alles andere bestimmt; auch ganz allgemeine, zunächst rein lehrhaft sich gebende Meinungsäußerungen. Früher, als Deutschland ihnen noch lediglich das Volk der Dichter und Denker war, betonten die englischen Schriftsteller und Geschichtschreiber durchaus die teutonische Verwandtschaft; nicht etwa nur Carlyle sondern auch Kingsley, Bulwer und viele andere. Seit die Engländer in Deutschland den Nebenbuhler sahen, hat sich der Stammbaum plötzlich geändert. Es wurde durchaus die keltische Verwandtschaft gepflegt und betont; bei jeder Gelegenheit und bei ganz fernliegenden Anlässen, z. B. in kunstwissenschaftlichen Schriften, wie bei John Ruskin und Sir Walter Armstrong.

Das von uns „geknechtete" Elsaß dagegen hat in den 46 Jahren unserer Herrschaft sich ganz gewaltig entwickelt, an Bevölkerungszahl und an Wohlstand; besonders auch verglichen mit der französischen Provinz. Die polnischen Teile Preußens verhalten sich zu denen Rußlands so, daß man fast überall am Aussehen erkennt, ob das Dorf unter preußischer oder unter russischer Herrschaft stand. Und außerdem: das eine Fünftel der Welt gehörte Rußland, das andere England. Deutschland besaß demgegenüber nur einen verschwindenden Anteil. Schon daraus erhellt ja zur Genüge, wer fremde Völker sich unterwirft. Aber Herr v. Bethmann unterlag innerlich selber den feindlichen Lügen; er hielt trotzdem Deutschland gegen den Vorwurf der Gewaltpolitik und des Eroberns zu verteidigen für nötig und glaubte diesem rein rednerischen Gesichtspunkt selbst wichtige politische Gegengründe hintansetzen zu müssen. Denn daß schwere Bedenken gegen diese Wiederherstellung Polens sprachen, wird er sich selbst nicht verhehlt haben und ist ihm besonders auch von österreichischer Seite vorgetragen worden.

Aber er sprach ja auch gegenüber Lamprecht — vergleiche oben — schon ähnlich, als ob er nämlich Preußen in Schutz nehmen müßte gegen begründete Vorwürfe in dieser Richtung, auch wieder völlig beeindruckt von den Gedankengängen des Gegners. Preußen hat überhaupt nicht erobert, es hat nur Deutschland organisiert; wie Viktor Emanuel Italien, wie Ludwig XI. Frankreich, die niemand Eroberer nennt. Denn unter Erobern — ganz abgesehen von dem Recht oder Nichtrecht — versteht man die zwangsweise Angliederung fremdvölkischen Gebiets.

Herr v. Bethmann hat Vorwürfe ernst genommen, die ja wohl von der großen Masse der Engländer, bei der unglaublichen Unwissenheit des Engländers (vgl. darüber Karl Peters, der im übrigen die großen Eigenschaften der Engländer durchaus anerkennt, und Abel Musgrave: Das kranke England), geglaubt werden, die aber von den leitenden Staatsmännern Englands ganz einfach als Kriegsmittel verwendet werden, ohne daß es irgendwie auf ihre Begründetheit oder Unbegründetheit ankäme.

9. Selbstbewußtsein.

Man wird nach dem oben Ausgeführten gewiß nicht behaupten können, daß Herr v. Bethmann an allzu stark ausgebildetem Nationalbewußtsein gelitten habe. Jedenfalls aber besaß er ein schlechthin bewundernswertes Selbstbewußtsein. Wie ungeheuer stark muß die Überzeugung von seinem Wert und seiner Unentbehrlichkeit gewesen sein, daß er noch nach den Erfahrungen des Sommers 1914 das Steuer des Staatsschiffs behielt — trotz allem! In dem Bewußtsein, „daß seine Politik gegenüber England zusammengebrochen war wie ein Kartenhaus"; in dem Bewußtsein, daß er dieser seiner Politik den japanischen Bündnisvorschlag des Jahres 1913 geopfert hatte, dessen Annahme, mag sie sonst empfehlenswert gewesen sein oder nicht, ganz ohne Zweifel für die nächste Zeit den Weltangriff auf uns unmöglich gemacht hätte! Unter dem Druck des Bewußtseins, daß eine wirtschaftliche Mobilmachung völlig verabsäumt war, daß die Heeresvorlage zu spät eingebracht worden war. Trotz der notgedrungenen Erkenntnis, daß die unzweifelhaft gewollte Friedenspolitik doch nun eben tatsächlich — mögen die Gründe gewesen sein, welche sie wollen — zu dem ungeheuersten Kriege geführt hatte, von dem man je gehört hat, und zwar in einer Weltlage von einer Ungunst für Deutschland, daß die klügsten und Herrn v. Bethmann nächststehenden Leute wie Helfferich und Riezler-Rüdorffer so etwas noch kurz vorher für völlig ausgeschlossen gehalten hatten! Auch nach diesen Erfahrungen noch hielt Herr v. Bethmann an seiner Politik und an der grund-

sätzlichen Abkehr von Bismarckschen Grundsätzen unentwegt fest. Erst unter dem niederschmetternden Eindruck des Liebigschen Buches über das B-System, in dem die aktenmäßige Darstellung seiner Politik gegeben ist, hatte auch er die Empfindung, daß er sein Amt niederlegen müsse. Sein Entlassungsgesuch ließ er aber in der Tasche stecken, sowie er merkte, daß seine Freunde dem Kaiser den Inhalt des Buches als harmlos dargestellt hatten. Wieviel kostbares deutsches Blut wäre nicht unnütz vergossen, wenn unser Kaiser hier richtig unterrichtet worden wäre.

Aber der ungeheure Druck, dem das persönliche Selbstgefühl des Herrn v. Bethmann standhalten mußte, um das Ruder trotzdem festzuhalten, ist damit noch keineswegs ausreichend gekennzeichnet. Herr v. Bethmann glaubte nicht an den preußischen Staat, dem er diente; er hielt ihn für wert des Rückgratbruchs mitten im Kriege. Er glaubte nicht an die deutsche Kultur, wie er in dem Brief an Lamprecht deutlich zu erkennen gibt. Er konnte deshalb auch nicht an den Sieg glauben, und er hat nicht an ihn geglaubt. Das ist selbstverständlich kein Vorwurf. Aber jedermann weiß, was der Glaube an die eigene Sache für jeden bedeutet, der verantwortliche Entschlüsse zu fassen hat. Der Glaube an die eigene Sache ist schon fast der halbe Sieg und der Mangel dieses Glaubens sicherlich die halbe Niederlage; weil dieser Mangel den Willen lähmt und der Verstand allein ohne den Willen oder mit halbem Willen in aller schöpferischen Tätigkeit hilflos ist. Wie ungeheuer überlegen muß Herr v. Bethmann sich gefühlt haben, daß er trotz dieses Bewußtseins das Steuer behielt; daß er überzeugt war, seine überlegene staatsmännische Einsicht werde trotz jener inneren Hemmungen doch das Schiff immer noch besser führen als jene armen Blinden, die an den preußischen Staat, an die deutsche Kultur, an die gerechte Sache und deshalb an den Sieg glaubten.

Herr v. Bethmann hatte durch die sog. Osterbotschaft vom 7. April 1917 die Krone auf die preußische Wahlreform festgelegt. Er hat diesen Schritt jedenfalls für förderlich gehalten, obwohl er sich die Bedenklichkeit dieses Hineinziehens der Krone in die inneren Kämpfe wohl nicht verhehlt hat. Mit der Kundgebung der Krone vom 11. Juli desselben Jahres, mit der diese sich auch auf das gleiche Wahlrecht festlegte, wurde nun jene Maßnahme vom 7. April noch einmal unterstrichen. Herr v. Bethmann kann nicht darüber im unklaren gewesen sein, wie stark er das Ansehen der Krone damit in die Sache hineinzog und im Falle des Mißlingens belastete. Es liegt doch eben verfassungsmäßig gar nicht in der Hand der Krone, das Wahlrecht von sich aus zu ändern, und Herr v. Bethmann wird ja wohl noch nicht auf dem Standpunkt des „Vorwärts" stehen, daß Verfassungsbedenken „Mumpitz" sind, wenn es sich nämlich um das Nach-links-rutschen handelt. Vielmehr erhellt aus dieser Maßnahme des Herrn v. Bethmann, deren Bedenklichkeit er sich nicht verhehlen konnte, wiederum, für wie ungeheuer wichtig er sein eigenes Verbleiben im Amt hielt. Sein Schifflein selbst war aufs höchste gefährdet durch den so anders als gewollt ausgegangenen Vorstoß des befreundeten Erzberger, und Herr v. Bethmann zögerte nicht, in äußerster Seenot zum zweitenmal die Krone in die aufgeregten Wogen zu werfen, um deren Unwillen durch dieses Opfer vielleicht noch einmal zu beschwichtigen.

So wichtig hielt Herr v. Bethmann sein Verbleiben am Kanzlerposten. An sich ist es übrigens ohne Zweifel erfreulich, wenn der leitende Mann eine hohe Meinung von seinen Fähigkeiten besitzt[1]).

[1]) Selbstverständlich war Herr von Bethmann dabei von sachlichen pflichtmäßigen Erwägungen und nicht von persönlichen geleitet. Sonst wäre sein Verfahren in diesem

10. Väter und Söhne.

In den Gedanken und Erinnerungen erzählt Fürst Bismarck folgenden Zug aus dem Jahre 1848: „Vom Fürsten Lichnowsky wurde mir erzählt, daß er abwechselnd oben im Schlosse einschüchternde Nachrichten über Schwäche der Truppen, Mangel an Lebensmitteln und Munition verbreitet, und unten auf dem Platze den Aufständischen deutsch und polnisch zugeredet habe, auszuhalten; oben habe man den Mut verloren." Das war eine so gemeine Art von Verrat, daß mit ihr verglichen das Verhalten der tschechischen Überläufer, die mit den Waffen gegen ihren Heimatstaat kämpfen, geradezu als ehrenhaft und männlich erscheint. Es war der Vorfahr des Gesandten des Deutschen Reiches in London, des jetzigen Fürsten Lichnowsky, der so handelte. Der Fürst Lichnowsky ist, wie kürzlich Geheimrat v. Beling in der letzten Nummer der Juristenzeitung ausführt, nach dem Arnimparagraphen zu bestrafen. Man hat ihn aber bekanntlich über die Grenze kommen lassen. Er wirkt in Lugano weiter. Es kommt ja auch wirklich nicht so sehr darauf an, ob der arme Eitelkeitsakrobat — der Adjutant des Lord Grey, Nicholson, gebrauchte Sir Roger Casement gegenüber einen viel verächtlicheren Ausdruck — nun bestraft wird oder nicht. Mag Wilson die Schrift Lichnowskys in drei Millionen Stücken verbreiten. Freilich, sie wird schaden. Aber es kommt jetzt auch darauf nicht mehr entscheidend an. Übrigens, wer sie mit selbständigem Urteil liest, der wird ja an der wesentlichen Stelle gerade das Gegenteil bewiesen sehen von dem, was Lichnowsky beweisen will, nämlich unserer angeblichen Kriegslust. Denn gerade die berichteten Beteuerungen des obersten Kriegsherrn, — „diesmal werde man aber nicht mehr zurückgehen," „diesmal werde man aber fest bleiben" — beweisen ja am deutlichsten in fast rührender Weise das heftige innere Widerstreben der maßgebenden Stelle gegen den Kriegsentschluß. Und sie beweisen gerade im Gegenteil, wie die Gegner schon auf diese Friedensliebe gesündigt hatten, und wie man sich dessen auch bewußt geworden war an der maßgebenden Stelle. Und diese zu große Friedensliebe wäre sogar gerade das, was wir Deutschen unsererseits ehrerbietigst gegen das Verhalten jener Stelle einzuwenden hätten. Also ganz das Gegenteil von dem, was der Fürst Lichnowsky und das von ihm irregeführte Ausland daraus herauslesen.

In seiner Denkschrift nennt Lichnowsky den Standard eine von österreichischen Agenten bezahlte Zeitung; nur deshalb, weil der Standard das österreichische Ultimatum an Serbien gerechter beurteilte. Der Standard (vgl. darüber Wiener politische Korrespondenz, Ende März 1918) und sein Leiter Mr. Mudford gilt gerade im Gegenteil bei allen Eingeweihten für völlig unantastbar, im Gegensatz zur Northcliffepresse. Ist das noch Verblendung gewesen von Lichnowsky oder etwas anderes?

Fürst Lichnowsky drahtete bekanntlich am 1. August 1914 11 Uhr vormittags nach Berlin, Grey habe ihm erklärt, England werde neutral bleiben und sogar gegen ein Vorgehen der Mittelmächte im Osten nichts einzuwenden haben, wenn wir die Erhaltung Frankreichs als Großmacht versprächen. Darauf ging man — mit Fug und Recht, wenn es wahr war — in Berlin sofort mit einer großen Aktion ein. Leider drahtete Lichnowsky am Abend um 8 Uhr 30, es liege ein Irrtum seinerseits vor. Es handle sich nicht um einen positiven englischen Vorschlag. „Der Inhalt beider Meldungen Lichnowskys, vom 1. August 1914, der von 11 Uhr

Falle etwa so aufzufassen, wie wenn der Lehensmann im Gefecht den Leib des Lehensherrn zur Deckung und zum Auffangen eines gegnerischen Schwerthiebs benutzen wollte.

vormittags und der von 8 Uhr 30 abends, ist völlig unvereinbar. Es ist daraufhin stark mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Meldung von 11 Uhr vormittags keineswegs in gutem Glauben nach Berlin gerichtet worden ist, sondern als intriganter, überaus frivoler Versuch aufzufassen ist, durch falsche, gänzlich aus der Luft gegriffene Angaben den Reichskanzler zu einem Schritt zu bringen, durch den die bankerotte, von dem Botschafter bis dahin befürwortete Politik vielleicht — nur vielleicht — noch in letzter Minute gerettet werden konnte. Die Drahtung wäre dann das Va banque eines verzweifelnden Spielers gewesen." (Deutsche Tageszeitung.)

Das könnte so sein. Die falsche Meldung konnte aber natürlich Deutschland auch sehr schaden durch Verursachung von Zeitverlust. „Väter und Söhne."

Friedrich Wilhelm I. war bekanntlich ein Herrscher von hervorragenden Eigenschaften des Willens und Verstandes. Trotzdem ist es ihm widerfahren, daß er jahrelang Männer unter seinen Vertrautesten hatte — Grumbkow und Seckendorff —, die im heimlichen Einverständnis mit seinem Hauptgegner und in dessen Solde standen. Dies wird natürlich nicht von Lichnowsky behauptet. Aber warum sollte der Enkel des Lichnowsky von 1848 nicht aus überzeugter Deutschfeindlichkeit bewußte Sabotage gegen Deutschland getrieben haben?

12. Ausblicke.

Der wirkliche Geheime Legationsrat Simons hat im Reichstag auf eine Anfrage wegen wirtschaftlicher Forderungen in den Brester und Bukarester Friedensverträgen erwidert, solche Forderungen hätten nicht verwirklicht werden können, weil sie gegen den Grundsatz verstoßen hätten, keine Kriegsentschädigung zu verlangen.

Dieser Grundsatz ist bekanntlich erst aufgetaucht, als die Gefahr eines deutschen Sieges und damit einer für Deutschland erreichbaren Kriegsentschädigung näherrückte. Umgekehrt, zugunsten der Wegelagerergesellschaft m. b. H., wurde stets von Entschädigungen in ausschweifendster Höhe gesprochen. Die Forderung „Keine Kriegsentschädigung" wurde, soweit sie sich gegen Deutschland richtete, von allen inneren Feinden aufgenommen; von allen, die einen deutschen Sieg nicht wünschen, weil sie von dem daraus hervorgehenden Erstarken des deutschen Staatsgedankens und des deutschen Königtums eine Schädigung ihrer Sonderbelange und Parteiziele befürchten.

Die Forderung „Keine Kriegsentschädigung" ist niemals von einer maßgeblichen Stelle bei uns in irgendwie verpflichtender Form ausgesprochen worden. Und wenn sie der Reichstag ausgesprochen hätte, so ist das ganz gleichgültig. Denn der Reichstag ist eben gemäß der Verfassung völkerrechtlich keine vertretungsbefugte Amtsstelle. Er sucht zwar solche Stellung an sich zu reißen in klarem Widerspruch zu Artikel 11 der Reichsverfassung, wonach der Kaiser das Recht hat, Frieden zu schließen. Dieser Artikel besteht aber noch zu Recht.

Wie kommt ein hoher Beamter des Reichs dazu, jenen nur vom Reichstag gelegentlich gewünschten Grundsatz schon als einen bindenden Rechtsgrundsatz anzusehen? Ein Legationsrat ist nicht Mandatar des Reichstags, sondern ein vom Kaiser angestellter Reichsbeamter.

Selbst ein sonst nicht an deutschnationalem Überschwang leidendes Wiener Blatt beklagte es gegenüber Rumänien, daß der Grundsatz, „keine Kriegsentschädigung zu fordern", schon zu einer Art Glaubenssatz geworden sei. Bei wem? Die Mehrzahl unserer Zeitungen ist einer starken nationalen Staatsgewalt feind,

weil sie ihre Parteiziele, die einen die Errichtung der Weltfinanztrusts, die andern den Umsturz, nach Beseitigung oder Schwächung des nationalen Königtums, leichter zu erreichen hoffen. Und diese Mächte haben den blinden deutschen Zeitungsleser betört, daß er jene für das überfallene und schwer geschädigte Deutschland selbstmörderische Losung nachplappert. Aber noch sind, solange die Verfassung zu Recht besteht, deutschfeindliche Zeitungsschreiber und Reichstagsmitglieder nicht die Herren in Deutschland.

Die Absicht der undeutschen Geldmächte bei ihrem Streben auf möglichste Verarmung Deutschlands und auf seine dauernde politische und wirtschaftliche Lähmung ist ja klar. Diesen Zielen waren die bisherigen deutschen Friedensschlüsse — wenn man sie so nennen darf mangels eines zuverlässigen Vertragsgegners — durchaus günstig.

Der General York von Wartenburg ist eine so großartige geschichtliche Gestalt, daß man sich geradezu dem Verdacht der Liebedienerei und des Schmeichelnwollens aussetzt, wenn man Zeitgenossen wie Bethmann oder Kühlmann mit ihm vergleicht. Die obigen Ausführungen sind nun nicht schlechthin als Verherrlichungen dieser beiden Persönlichkeiten und der sonst genannten gemeint. Der Vergleichspunkt ist bei dieser Linie von York zu einer Reihe mehr oder minder geschätzter Zeitgenossen nur der, daß York damals ebenfalls eine zweifellos bestehende Rechtspflicht hintansetzte; er tat es, weil er eine nach der entgegengesetzten Richtung ziehende Gewissenspflicht als gewichtiger empfand, und er zog aus diesem Pflichtenwiderstreit, den er seiner Ansicht nach nur durch den Bruch der einen Pflicht lösen konnte, auch sofort die Folgerung; d. h. er stellte sofort nach diesem Entschluß, den er selbständig fassen mußte, weil der König nicht erreichbar war, dem König seine Stellung und seinen Kopf zur Verfügung.

Fürst Bismarck sagte nach 1866 einmal, „wenn es schlecht ausgegangen wäre, hätten mich die alten Weiber unter den Linden mit nassen Handtüchern totgeschlagen". Wirklich eine schimpfliche Todesart!

Aber in diesem Fall hätte doch immerhin nur das vorgelegen, daß Graf Bismarck eben die Sachlage und die Kräfte falsch beurteilt hätte. Wohl war es ein schwerer und verantwortungsvoller Entschluß, zu dem er seinem König riet. Aber es lag doch in keiner Weise ein innerer Pflichtenwiderstreit in der Lage verborgen. In die schwerste Lage, einen Yorckentschluß zu fassen, ist Fürst Bismarck nie gekommen; wenn nicht etwa, in erheiternder Selbstüberschätzung, ein überzeugter Parlamentarier das zeitweilige budgetlose Regieren dahin rechnen möchte. Fürst Bismarck konnte doch, so verantwortungsvolle Entschlüsse er fassen mußte, immer in Einklang bleiben mit seinen überlieferten Ehrbegriffen.

Wir halten gerade den Verantwortungsmut, die Gewissenstreue, mit der York seinen unzweifelhaft rechtbrechenden, revolutionären Entschluß trotz aller Gegenerwähnungen festhielt, für eine Tat. Die Gerechtigkeit verlangt, daß wir diese Gewissensleistung auch bei Herrn v. Bethmann anerkennen. Im Grunde war sein Entschluß, dem Staate das Rückgrat zu brechen, dem er zu dienen verpflichtet war, noch viel revolutionärer als die Tat Yorcks, und darum die Selbständigkeit und damit die Gewissensleistung um so größer. Denn Gewissen haben heißt — wie uns seit dem welterschütternden 18. April 1521 bewußt zu werden beginnt — im Grunde nichts anderes, als seiner eigenen Gewissensaussage zu folgen, einerlei was dagegen steht.

Aber die politische Indemnität durch den Erfolg, die ist in unserem heutigen Falle York noch keineswegs erbracht. Und darum hängt die Sache noch bei dem Richter.

Kann nicht die Frage einmal vor einen Gerichtshof gebracht werden zur ordnungsmäßigen Prüfung? Die Frage nämlich, ob es in Deutschland staatsrechtlich möglich ist, daß eine bureaukratische Stelle ganz von sich aus, ohne Auftrag ihres Königs und ohne Auftrag des deutschen Volkes, den deutschen Staat von Grund aus umzuwälzen unternimmt. Und ob es mit den Dienstpflichten eines preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers vereinbar ist, daß diese Stelle sich bestrebt, dem preußischen Staat das Rückgrat zu brechen! Die rechtliche Feststellung — durch einen Disziplinarhof, möglicherweise im Anschluß an die zivile Ersatzklage oder auch in einer Anklage — wäre natürlich das allein Wesentliche; und nach der Entscheidung könnten alle weiteren Folgen für die betreffenden Personen wegfallen (Reichsgesetz vom 22. Mai 1910; eventuell Abolition). Diese Frage aber sollte einmal durch unabhängige Richter geprüft und beantwortet werden, ebenso wie die, ob ein Beamter des Auswärtigen Dienstes befugt ist, an Stelle seiner verfassungsmäßigen Aufgabe die Wohlfahrt eines fremden Volks eifriger als die des deutschen Volks zu pflegen, wie es Herr v. Kühlmann mit seiner Bevorzugung der rumänischen Juden vor den bessarabischen Deutschen getan hat.

Der beste Teil der Nation, die zahllosen Männer im kampffähigen Alter, stehen im Felde. Ohne sie und hinter ihrem Rücken soll die wichtigste Unterlage ihres Zusammenlebens, der Staat — denn der preußische Staat ist das Rückgrat des deutschen Staates —, völlig umgeändert, auf alle Fälle in schwerste Gefahr gebracht werden. Denn das Rückgratbrechen ist unzweifelhaft eine gefährliche Operation.

Keinesfalls können wir finden, daß der bisherige Gang der Ereignisse jenen revolutionären Entschluß etwa so bewahrheitet und bestätigt habe wie seinerzeit die Errettung Preußens aus der napoleonischen Knechtung den Yorckschen Entschluß nachträglich gerechtfertigt hat, oder die Siege von 1866 das zeitweilige budgetlose Regieren Bismarcks.

Unser Kaiser hat kürzlich den Weltkrieg als den Kampf zweier Weltanschauungen, als den Kampf zwischen deutschem Idealismus und angelsächsischem Materialismus, bezeichnet. Er hat damit das innerste Wesen unseres furchtbaren Daseinskampfes sicher richtig erkannt und für viele Deutsche ein erlösendes Wort gesprochen. Die Genehmigung der Abschiedsgesuche von Männern, die wie z. B. Bethmann, Lichnowsky, Kühlmann ihre Anschauungen und politischen Mittel aus dem geistigen Rüstzeug unserer Feinde bezogen, war eine notwendige Folgerung aus jener Erkenntnis.

Leider hat Bethmann, nach dem das ganze System unserer niedergebrochenen Politik benannt ist (Freiherr v. Liebig hat dafür das Schlagwort B-System geprägt), dafür gesorgt, daß möglichst viel ausschlaggebende Posten im Auswärtigen Amt und in anderen Ämtern in Berlin und im Reich mit Leuten seiner Richtung besetzt wurden, die trotz allem nach wie vor das B-System fortsetzen.

In der Hand unseres Kaisers liegt es, dem deutschen Idealismus zum Siege zu verhelfen. Er wird ihn dadurch erzwingen, daß die Yorcks von heute durch Männer ersetzt werden, die den Yorcks der Befreiungskriege gleichgeartet sind.

Zur Gewaltsamkeit der Presseunterstützung.

Von Dr. O. H. Hopfen, Starnberg.

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger hat unterm 12. August von Berlin aus mit Hilfe des Wolffschen Telegraphenbureaus einen Entrüstungsschrei gegen mich verbreitet. Die kaufmännischen Vertreter großer Zeitungsgeldgeschäfte sind nicht mit den Herausgebern und politischen oder schöngeistigen Schriftstellern der Zeitungen zu verwechseln; ihre Zahl ist klein; ihr großkapitalistischer Kampf richtet sich nicht bloß gegen mich, sondern verkappt gleichzeitig gegen die Reichsfinanzbehörde und dauernd gegen die kleine, in ihrer Summe aber für Deutschland bedeutungsvolle Presse. Dieses ist mir erst durch Zuschriften anläßlich meines vermittels W.T.B. verketzerten Aufsatzes völlig klar geworden, und ich verweise deshalb auf eine nicht weniger als 40 Seiten starke Broschüre des „deutschen Verlegerverbandes Lokalpresse, Sitz Wattenscheid".

Wesen und Verbreitungsart der gegen mich zu Felde ziehenden Kundgebung sind ein lehrreicher Fall dafür, was die großkapitalistischen Zeitungsgewerbler der deutschen Leserwelt glauben aufzwängen zu dürfen. Die Kundgebung geht auf den Kern meines Angriffes gegen den ungerechten Verteilungsgrundsatz des Reichszuschusses gar nicht ein. Damit niemand leicht den Aufsatz selbst sich kommen lasse, wird der Erscheinungsort nicht bestimmt mit „Deutschlands Erneuerung", sondern irreführend mit „Die neue süddeutsche Monatschrift" angegeben. Für den Uneingeweihten wiederhole ich bei der weittragenden Wichtigkeit den Kern meines Angriffes, den ich auf das Tatsachenmaterial aufbaute, das in der Heidelberger „Fachpresse" vor Wochen bekannt gegeben und bis heute nicht berücksichtigt worden ist. Die vielen Millionen, die vom Reiche jährlich den Zeitungen zu den Papierkosten im Kriege gezahlt werden, kommen nicht in die völkischen, nicht in die bedürftigen, nicht in die richtigen Hände. Der „Kunstgriff", der diese Millionen nach dem Gewicht jedes verbrauchten Kilos Papier verteilt, ist deshalb ungerecht, weil er nicht bloß für die kostspielig mit Text, sondern auch mit Anzeigen gewinnbringend bedruckte Seite eine, und zwar die gleichgroße Reichsunterstützung zahlt. Der Umfang des Textes ist im Kriege sehr eingeschränkt worden; der Umfang des Anzeigengeschäftes ist wohl etwas gesunken; wo dies geschehen ist, hat Steigerung der Anzeigenpreise und kleinerer Druck meist neuen Gewinn gebracht. Je mehr Papier eine Zeitung mit Anzeigen bedruckt, d. h. je mehr sie als Geldgeschäft einbringt, um so gewaltiger wird, bis zur Million und mehr, ihr jährlicher Reichszuschuß.

Hauptsächlich verwies ich auf das am reichsten bedachte Haus Mosse. Diese Großbetriebe, die sich schon an und für sich leichter halten könnten und sich meinem Empfinden nach scheuen müßten, auch nur einen Pfennig vom Reiche zu nehmen, erhalten Riesensummen unnötig, während die kleine und auch die mittlere Presse (Mittelstand) um so weniger bezieht und eingeht, je mehr sie wirklich Presse ist und Text bringt, nicht aber Gelderzeugungsmaschine vermittelst Anzeigen. Die hochbedeutsame Fachpresse erhält bei diesem Verteilungssystem — gar nichts.

Im Gegensatz zu diesem Kunstgriff weigert sich hinter den Kulissen die Reichsfinanzbehörde, in der Art weiter mitzumachen; mehr und mehr Stimmen verlangen eine zwangsweise Bezugerhöhung ohne jede Reichsunterstützung; immer wieder rückt heilsam der Gedanke einer wenigstens teilweisen Verstaatlichung der Anzeigen näher.

Und nun lese man, was die großstädtischen Zeitungsverleger gegen meine „Irreführung" und „Kritiklosigkeit" schreiben: Einmal suchen sie den Eindruck zu erzeugen, als müsse die Erschütterung ihres privaten Geschäftsgewinnes „den inneren Frieden gefährden", und sodann verkünden sie wörtlich, wobei ich das Absichtliche unterstreiche: „Jede Zeitung erhält pro Kilo des ihr zustehenden Papieres genau die gleiche Summe," gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört. Ich setze dagegen: „Mit Hilfe des Verteilungskunstgriffes erhalten die einzelnen Zeitungen Summen von haarsträubender Ungleichheit, und die Meistbegünstigten beherrschen durch Massenauflage und Anzeigengewinn die öffentliche Meinung und den Markt im Sinne des Verzichtsystemes." Bei den Zahlenangaben für diese Ungleichheit sind augenscheinlich der Fachpresse, auf die ich mich stütze, und den nachprüfenden beiden Zensurbehörden eine größere und etliche kleine Ungenauigkeiten entgangen. Auf deren eine, die recht leicht ein Druckfehler (Morgenzeitung statt Morgenpost) sein kann, stürzen sich die großstädtischen Verleger und erwähnen gar nicht, daß es nicht einmal für das Beiwerk, geschweige für die Hauptsache meines Aufklärungsbemühens auf mehr denn „approximativ" richtige Zahlen ankommt; hatte ich doch z. B. bei Mosse ausdrücklich schon den vierten Teil der angegebenen Summen für ausreichend zur deutlichen Erkenntnis der Ungerechtigkeit erklärt.

Geschieht ferner nicht schon die Aufstellung dessen, was jeder Zeitung an Kilo Papier „zusteht" unter beratender Mitwirkung der Großanzeigengewerbler und unter Ausschluß der kleinen und Fachpresse? — Der vielseitig erbitternde Irrtum in dieser ganzen Angelegenheit muß — zumal wo er auf bestem anfänglichen Willen und später nur auf Unbedacht beruht, — unserer Freudigkeit im Innern und auch unseres Ansehens nach außen wegen gründlich beseitigt werden.

Nun aber noch etwas, vielleicht das Wichtigste. Entsprechend des angeblich größten Geldbezuges durch das Haus Mosse hatte ich hauptsächlich auf dieses, einmal als schwer reich und nicht bedürftig, sodann nach seinem eigenen Eröffnungsrundschreiben als zur Wahrung jüdischer, nicht deutscher Interessen gegründete Zeitungsgeschäft hingewiesen. Über den Bezug der höchsten Reichsunterstützung durch das Haus Mosse schweigen die großstädtischen Zeitungsverleger sich derartig aus, daß diese Angabe als Tatsache bekräftigt wird. In der Aufzählung der Entrüsteten werden aber die kaufmännischen Vertreter nationaler und völkischer Zeitungen stark zur Wirkung gebracht; nicht nur meine Person, sondern die ganze Sache sucht man mit den Worten „gehässig in dieser ernsten Zeit", zu deutsch, wie mir mitgeteilt wird, „antisemitisch" zu erledigen. Nun ist das Bestreben, an der Erneuerung und Besserung Deutschlands auch durch Angriffe auf Mißstände mitzuarbeiten als Kriegsdienst und als Recht der Presse in Anspruch genommen worden. Man sollte sich deshalb doppelt hüten, einen solchen Versuch, sobald er die Presse selbst betrifft, als Gehässigkeit in Mißachtung bringen zu wollen. Was aber gar die Gehässigkeit des Antisemitismus im Sinne einer billigen und bei den Haaren in alle möglichen Gespräche und Abhandlungen gezogenen allgemeinen Verneinung betrifft, so bin gerade ich ihr stets und dauernd abhold gewesen. Aber darum handelt es sich in dieser ernsten Stunde gar nicht, auch nicht darum, daß Leiden auch in den Juden das Edle und Gute läutern und kräftigen wird.

Wohl aber handelt es sich darum, wessen und welcher Geist in Deutschland Maß geben soll und sonderlich in der deutschen Presse; — soll der geschäftliche Sinn von Ausbeutern des Anzeigengewerbes, die politisch naturgemäß

jetzt fürs Verzichten sind, Deutschland beherrschen, oder sollen unabhängige, mutige Politiker die Deutschen und ihre Presse führen und lenken, sollen begeisterte, in allem deutsch gerichtete Schriftsteller uns beseelen?! Ferner handelt es sich in diesem Falle, und sonderlich mit dem schnöden Gebrauch des Wortes „gehäßig", um die hoffentlich erfolglose Ablenkung vom wirklichen Ernst des heutigen großen geschichtlichen Erlebens. Wer wollte leugnen, daß heute in der ganzen Welt keine wirksame Bedrohung des Judentums zu sehen ist; selbst die versuchte Abwehr ihrer unchristlichen, weil materiell geschäftlichen Weltherrschaftsgelüste, die alles vor ihr goldenes Kalb zwingen möchte, hat nicht einmal in Deutschland ihre Machterraffung verhindert. Aber nur Deutschland und der deutsch-christliche, bei Katholiken wie Protestanten lebendige Geist stehen noch dem jüdischen Weltherrschaftsgelüste als Hemmung im Wege. Die ganze Welt jedoch steht wider Deutschland, und so vollzieht sich als geschichtliches Erlebnis heute die furchtbarste und blutige Deutschenverfolgung. Niemand kann verneinen, daß feindlicher Vernichtungswille gegen das Deutschtum den deutschen Namen wie einen moralischen Makel und das deutsche Wesen jedem Mann und jeder Frau wie das Brandmal menschlich angeborener Minderwertigkeit aufdrücken möchte. Und just in dem so gerichteten, von Reuter und Genossen verbreiteten Kampf sind als geschichtliche Erscheinung in Petersburg, in London, in Neu York, in Paris, Rom und vieler Orten deutschhassende Juden die Führer. Kein edler deutscher Jude wird dem widersprechen, keiner wird wünschen, daß dieser antideutsche Judentrutz sich in Deutschland selbst zum Weltringe schlösse, keiner wird es für gehässig erklären, wenn mit lauter Stimme darauf hingewiesen wird, wie unstatthaft, ja unklug es ist, daß in diesem weltgeschichtlichen Augenblick ein Haus, das seinen Anzeigengewinnbetrieb offen bei Gründung mit der Vertretung jüdischer Interessen verschwistert hat, — wie das von Rudolf Mosse — selbst wenn es in Not wäre, deutsche Reichsgelder in Anspruch nimmt. Die kaufmännischen Vertreter der deutschnationalen Zeitungen ahnten wohl nicht, daß sie durch ihre Zustimmung zu der Erklärung der Berliner Zeitungsverleger dem Hause Mosse wiederum Vorspanndienste leisteten, wie sie es schon früher getan haben, als sie, obschon von der Unrichtigkeit dieses Verteilungsplanes überzeugt, sich ihm schließlich doch anschlossen.

Zusammenfassend betone ich, daß mich die Gesamtwirkung meines Aufsatzes erst recht von der instinktiven Richtigkeit seiner Beweggründe und Ziele überzeugt hat. Und dies wird bleiben, bis die großstädtischen Vertreter gegenüber der von mir übernommenen Verteilungsliste die jetzt geltende Liste veröffentlichen; diese Liste dürfte kein schreiendes Mißverhältnis der Summen für die einzelnen Zeitungen aufweisen, sie müßte dartun, daß die wirklich in Not befindlichen kleineren Zeitungen sich in ihrem Kampfe gegen das Eingehen wesentlich unterstützt fänden, und sie müßte einwandfrei bezeugen, daß nicht die größten Summen den mit dem Anzeigenteil verbundenen Zeitungen zufielen. Schließlich müßte diese Gegenliste verdeutlichen, daß nicht die hervorragendsten dieser begünstigten Zeitungen merkwürdigerweise politisch derjenigen Richtung dienen oder gedient haben, die dieses ungerechte Verteilungsschema zur Zeit Bethmann-Hammann's erfunden hat. Bis dahin heißt es: gewollt und beabsichtigt mag die Begünstigung der Verzichtpresse nicht gewesen sein; aber tatsächlich ist sie schon durch die Massenauflage und die Richtung des hochbegünstigten Geschäftshauses Mosse in Wirkung getreten.

Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. August 1918.)

Standhaftigkeit.

Zum Schluß seiner Geschichte des Siebenjährigen Krieges sagt Friedrich der Große: „Die Standhaftigkeit ist es allein, was in den großen Geschäften aus Gefahren zu erretten vermag."

Die Wahrheit dieser Worte des einsamen Königs haben wir als Volk im ganzen nun in vier Kriegsjahren genügend erfahren, so daß wir wohl in der Lage sind, auch weiter danach zu handeln. Und wir *wollen* danach handeln.

Es fragt sich eben nur, wem wir einen bestimmenden Einfluß auf unsere Stimmung, unsere Gedanken, unsere Entschlüsse und damit auf unser Geschick als Volk einräumen wollen. Geben wir jenen Entarteten nach, denen das ganze Leben nur eine Magen- und Kleiderfrage ist, oder jenen, die nichts anderes gelten lassen als die bequeme Gelegenheit, Geschäfte zu machen — beide Sorten von Menschen sind sehr nahe miteinander verwandt, in vielen Fällen sogar ein und dieselben —, so setzen wir uns der Gefahr aus, uns nach der bekannten jüdischen Anschauung „Ein lebendiger Hund ist besser als ein toter Löwe" einen Verzichtfrieden um jeden Preis diktieren zu lassen, nach dem wir dann nichts Besseres sein werden als die Lohnsklaven des angelsächsisch-jüdischen Weltkapitals, der „Paria unter den Völkern der Erde"! Doch darüber müssen wir uns auch klar sein, daß es dann ein für allemal bei uns vorbei sein wird mit aller Gerechtigkeit, trotz der demokratischen Phrasen, mit denen uns Wilson ja jetzt schon beglücken wollte, und daß nicht mehr wie bisher Recht, Ordnung und Gesetz und in ihrem Schutz die wahre Freiheit des einzelnen bei uns herrschen werden, sondern daß der einzige Herrscher dann nur noch, wie in den jüdisch geleiteten angelsächsischen und den ihnen verbündeten Ländern, *das Geld* sein wird; das Geld in den Händen rassefremder, *uns bitter hassender* Sippen, in deren Gefolge Volksausbeutung, Volksbetrug, Wucher, Bestechung, Ungesetzlichkeit, Entartung, ewige Unruhe und Zersetzung unausbleiblich sind. Eine solche Unterwerfung unter den Willen Wilsons käme der Vernichtung des wahren Deutschtums gleich, wennschon jene widerwärtigen und erbärmlichen Gesellen, die auf Kosten ihres eigenen Volkes Knechte der internationalen Plutokratie geworden sind, dabei ein fettes Dasein führen würden.

Gottlob hat aber die Mehrzahl der Deutschen noch nationales Ehrgefühl im Leibe. Diese Deutschen, namentlich die Kämpfer, die im Felde gestanden haben, schauen mit kalter Verachtung und bitterem Grimm auf die vom Ausland gespeisten Versuche, uns im Innern in eine Revolution zu hetzen, nach außen zu einem Verzichtfrieden zu drängen. Sie durchschauen sehr wohl auch den Zweck der sozialdemokratischen Leimrute von der „Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist", der wir also wie einem Verhängnis tatenlos zuschauen sollen. (Zu wessen Gunsten wohl?) Diese Deutschen halten es mit dem Hindenburgwort: „Ein fester Wille schafft sich sein Schicksal selber, *es gibt kein Verhängnis*." Und mit Hindenburg sind sie der Anschauung: „Es gibt nur ein Mittel, den Krieg abzukürzen: der feste Wille, ihn zu beenden!"

Diese Deutschen wollen lieber untergehen als die zwar wohlgemästeten aber national und geistig entmannten Kommis, Agenten und Schleppenträger des angel-

sächsisch-jüdischen Kapitals werden, wie es nur Rassefremde oder durch Tabak, Alkohol und Geldgier Entartete werden können.

Diese Deutschen wissen, daß das angelsächsisch-jüdische Weltkapital der Todfeind unseres Volkes und aller selbständigen Völker der Erde ist. Sie wissen, daß das unersättliche Zinsbedürfnis dieses Kapitals den Neid und die Bedürfnisse vor allem der Arbeiterklassen, aber auch der meisten übrigen Schichten planmäßig aufgepeitscht hat, daß es jenen übergroßen Erzeugungs- und Verzehrungszwang geschaffen hat, der im Grunde dauernd nur diesem ewig Zins heischenden Kapital zugute kommt. Man muß sich gewöhnen, die Gleichzeitigkeit solcher Vorgänge in den meisten zivilisierten Ländern der Erde zu beobachten, um eine Ahnung von der Planmäßigkeit zu bekommen, die hinter ihnen steckt. Dieser aus dem Zinsbedürfnis geborene Erzeugungszwang nötigte aber auch zur Ausfuhr um jeden Preis, zum wildesten Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Der zugunsten des Zinskapitals planmäßig bis zum Wahnwitz gesteigerte Bedürfnis-, Erzeugungs- und Absatzzwang ist somit die Wiege des Weltkrieges.

Diese Deutschen, von denen wir sprechen, wissen es ganz genau, daß die Agenten der internationalen Plutokratie nicht nur außerhalb Deutschlands gegen uns arbeiten und sind von tiefstem Mißtrauen gegen alles erfüllt, was eine Gedankenwelt nährt, welche zur Unterwerfung unter die verderbliche Herrschaft jener geneigt oder geeignet macht. Vor allem sind sie gegen jede undeutsche Regung in der Presse mißtrauisch.

Diese Deutschen, die in allen Gauen unseres Vaterlandes vorhanden sind, wollen nach dem Vorbild Friedrichs des Großen und Hindenburgs allein das Banner der Standhaftigkeit uns voranflattern sehn. Sie wissen aber auch, daß Standhaftigkeit nur das Ergebnis der Selbstzucht und Selbsterkenntnis und hoher Reife ist. Sie wollen daher nicht, daß etwa die Masse der jugendlichen städtischen Arbeiter, oder die Schar der von Juden geleiteten Schlagwortanbeter, oder in Parteitaktik und kurzsichtiger Parteieitelkeit befangene Abgeordnete oder international orientierte Bankdiplomaten der Bethmann-Kühlmannschule die Stimmung und unsere Entschlüsse bestimmen, sondern sie wollen zu dieser ernsten Stunde nur jene Männer als Führer gelten lassen, die sich das Recht auf die geistige Führung durch ihre überragenden Gaben, ihren unerschütterlichen Charakter und ihre selbstlose Hingabe immer wieder erworben haben: unsere großen Feldherren!

Die Standhaftigkeit des Hindenburggeistes, die auch in dem General Lettow-Vorbeck vorbildlich lebt, ist es allein, die uns glücklich und siegreich durch den Krieg hindurchführen wird! Helft alle, ihn wach zu halten!

Die „Haltet-den-Dieb"-Taktik.

„Wenn jetzt gefragt wird, wie der Krieg beendet werden könne, dann darf man antworten, daß es nicht alle Tage Rezepte dafür gibt, und daß doch nun diejenigen das Werk vollenden müßten, nach deren Willen es bis zu seiner gegenwärtigen Form geführt worden ist. Diejenigen, deren Agitation die Entscheidung in der Amerikapolitik veranlaßt hat und die eine wirkliche, durchgreifende, uns den demokratisch fühlenden Völkern nähernde Demokratisierung für schädlich und unnötig halten, mögen sagen, welche Mittel und Wege sie sehen."

So schrieb eines der Hauptorgane des die Weltherrschaft anstrebenden Alljudentums in Deutschland, das Berliner Tageblatt, unter dem 29. Juli. Es gesteht dadurch mittelbar ohne weiteres zu, daß die von diesem Blatte sonst gepriesenen

Mittel der Reichstagsmehrheit wie Friedensgewinsel, Friedensangebote, Friedensentschlüsse nach dem Julirezept aus dem Vorjahre, Stockholmer Kongresse, Erzberger- und Scheidemannreisen, Kühlmannreden und die sonstigen Requisiten mehr oder minder international bestimmter Verzichtler den Krieg nicht nur nicht abgekürzt sondern eben verlängert haben. Mit der bei Herrn Wolff, dem Schreiber des betreffenden Aufsatzes, sattsam bekannten „vorurteilsfreien" Unbekümmertheit wird dann nicht etwa die Folgerung gezogen, daß es an der Zeit wäre, andere Mittel und Wege zur Abkürzung des Krieges anzuwenden — damit wäre dem Alljudentum in keiner Weise gedient, denn je länger der Krieg dauert, desto fester nistet es sich in allen kriegführenden Ländern der Erde in der politischen und wirtschaftlichen Führung ein[1]) —, sondern Herr Wolff kehrt gelassen den Spieß der Wahrheit um und beschuldigt mit höflichem Achselzucken alle jene, die verfahrene Lage heraufbeschworen zu haben, welche im Gegensatz zur Reichstagsmehrheit die einzig und allein nach deren Rezept betriebene Politik und ihre Presse mit allen den Mitteln bekämpft haben, die ihnen angesichts der Zensur, der Papierverteilung und der eigenartigen Verteilungsmethode der Reichspresseunterstützung[2]) noch zur Verfügung standen.

Rasseforscher haben festgestellt, daß dem Semiten ein Schamgefühl nach arischen Begriffen fremd ist, was sehr vieles bei seinen dem Laien oft erstaunlichen „Erfolgen" erklärt. Herr Wolff gibt dankenswerter Weise ganz offenherzig einen weiteren Beweis für die Richtigkeit jenes Forschungsergebnisses, indem er in dem von ihm angeführten Aufsatz zu schreiben wagt: „Es ist nicht sehr hübsch, sich hinter anderen zu verstecken, Hinz und Kunz zu beschuldigen, und es hilft auch nichts," womit er nicht auf sich selbst sondern auf die Gegner der Mehrheitspolitik zielt, der Mehrheitspolitik, die seit des vom Volke verfluchten Bethmanns Tagen ausschließlich für unsere politische Leitung ausschlaggebend gewesen ist und deren Gegner Wolff für die Kriegsverlängerung verantwortlich machen will.

Wir müssen uns aber mit den angeführten Sätzen des Herrn Wolff noch eingehender beschäftigen. Sie bestätigen die von Herrn Professor Jung aufgestellte

[1]) „Das Geschrei der Juden über Unterdrückung ist längst zur Ironie geworden; in Wahrheit sind heute sie die Unterdrücker; ja, sie genießen Vorrechte und Vergünstigungen in ungewöhnlichem Maße. Ist doch der Umstand, daß fast alle Kriegswirtschaftszentralen ihrer Leitung anvertraut sind und daß in den meisten Kriegsgesellschaften vorwiegend jüdische Beamte sitzen, daß die Einkäufer und Kommissionäre dieser Gesellschaften im In- und Ausland fast ausschließlich Juden sind, ein Beweis dafür, in welch hohem Grade das Deutsche Reich seine Interessen jüdischen Händen anvertraut hat. Mit amtlichen Befugnissen ausgerüstet, kann heute der jüdische Kaufmann und Industrielle Einblick in die Betriebe und Bücher der Konkurrenzfirmen nehmen und sich dadurch allerlei wertvolle Kenntnisse aneignen, die er später zum Schaden seiner wirtschaftlichen Nebenbuhler nutzbar machen wird. Ja, es droht die Gefahr einer vollständigen Monopolisierung des Wirtschaftslebens durch die Judenschaft!"

So schreibt F. Roderich-Stollheim in seinem „Anti-Rathenau" (Hammerverlag, Leipzig, Preis 1 Mk.), eine Schrift, die es verdient, in tausenden und abertausenden von Stücken im deutschen Volke in allen, auch den höchsten Ständen verteilt zu werden. R.-St. vergißt nur darauf hinzuweisen, daß sich dieser Vorgang in allen kriegführenden Ländern gleichmäßig vollzieht, der Krieg die Juden der Weltherrschaft also um ein beträchtliches nähert. Jedes erprobte Mittel, ihn abzukürzen, wird daher von ihnen abgelehnt.

[2]) Vgl. den Aufsatz von Dr. H. H. Hopfen: „Reichsauslese zur Pressezucht" in Nr. 8 dieser Zeitschrift, Jahrgang II.

Behauptung, daß die Leitung der jüdischen Welt in den Vereinigten Staaten sitzt[1]) und mit deren politischer Leitung an einem Strange zieht, und daß ihre durch die Rassezugehörigkeit ganz von selbst bestimmten Konsuln, Diplomaten und Agenten nichts anderes als alljüdische, d. h. im vorliegenden Falle auch amerikanische Politik treiben. Herr Wolff hat die Stirn zu behaupten, daß die Gegner der Reichstagsmehrheit und ihrer Julientschließung durch „ihre Agitation die Entscheidung in der Amerikapolitik veranlaßt" haben. Vermutlich meint er damit Vaterlandspartei und Alldeutsche sowie alle nicht im Banne der Julientschließung stehenden Parteien. Nun sollte Herr Wolff, der doch selbst zum Bau gehört, wirklich wissen, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg längst vor der tatsächlichen Kriegserklärung beschlossen und ja auch in Wirklichkeit längst vollzogen war. Er sollte wissen, daß der Entschluß der Vereinigten Staaten, das Kriegsgeschäft restlos zu Ende zu führen, durch keinerlei Agitation in Deutschland irgendwie mehr beeinflußt werden konnte. Sein Versuch, die Vereinigten Staaten zu entlasten und die Gegner der alljüdischen Tageblattpolitik mit der Schuld der amerikanischen Kriegserklärung zu belasten, ist tatsächlich wie ein Blitz, der das Dunkel erhellt und wieder einmal die von Professor Jung aufgedeckten Zusammenhänge grell beleuchtet. Die angebliche Unwissenheit des Herrn Wolff gegenüber den Zielen der amerikanischen Politik mutet ebenso befremdend an, wie seinerzeit die Entrüstung der Linkspresse über den Angriff der Deutschen Zeitung auf die unser Ansehn schädigende von Pflichtgefühl unbeschwerte Lebensführung des Staatssekretärs von Kühlmann, obschon der Korrespondent der Frankfurter Zeitung in Konstantinopel ganz genau Bescheid wußte, mit ihm also auch die ganze Linkspresse unterrichtet gewesen sein dürfte.

Ebenso muß man folgenden Satz des „Vorwärts" als niederträchtige Stimmungsmache zugunsten Amerikas brandmarken: „Heute schon steht unwiderleglich fest, daß die Verantwortung für den uneingeschränkten U-Bootkrieg die Verantwortung für den Eintritt Amerikas in sich schließt." Auch der „Vorwärts" sollte wissen, daß die Vereinigten Staaten wenn nicht den U-Bootkrieg, so jeden beliebigen anderen Grund als Vorwand zu der längst in der Richtung ihrer Politik liegenden Kriegserklärung genommen hätten.

Auf den Spuren unserer Todfeinde.

Noch ein Wort müssen wir der „durchgreifenden, uns den demokratisch fühlenden Völkern nähernden Demokratisierung" widmen, die verhindert zu haben Herr Wolff ebenfalls den Gegnern der Mehrheit vorwirft.

Wann wird der Deutsche endlich einsehen, daß er unrettbar auf die Wilsonsche Lockung hineinfällt und die Arbeit unserer Feinde besorgt, wenn er sich der Demokratisierung ausliefert? Wann wird er endlich einsehn, daß es ganz gleichgültig ist, ob wir diese Demokratisierung nach Wilsonschem Rezept oder — wie unsere Volkstribunen teils stolz, teils entschuldigend behaupten — nach unserem eigenen Rezept vornehmen? — Der Erfolg bleibt in beiden Fällen der gleiche. (Vielleicht sieht das auch Exzellenz Drews ein!) In beiden Fällen tun wir eben das, was unsere Feinde wünschen, und es sei der Schluß erlaubt, daß derjenige, der bei und unter uns die Forderung unserer Feinde vertritt, eben auch unser Feind und unbewußt oder bewußt der Agent des angelsächsisch-jüdischen Weltkapitals ist. Denn im allgemeinen und solange die Welt steht, pflegt ein Feind nur das von mir

[1]) Vgl. den Aufsatz von Prof. Dr. Erich Jung: „Die Einheitsfront der Geldmächte" in Nr. 5 dieser Zeitschrift, Jahrg. II.

zu verlangen, was ihm nutzt und mir schadet. Soviel Verstand sollten auch unsere Volkstribunen aufbringen, wenn es schon Herr Drews nicht tut!

„Während heute überall im öffentlichen Leben von der Demokratisierung und Selbstherrlichkeit der Völker die Rede ist und eine lebhafte Agitation gegen die Monarchen als ‚autokratische Tyrannen' betrieben wird, schlingt in aller Stille der Großwucherer neue Ketten um die Völker und betrügt sie um so sicherer um ihre Freiheit, als er durch gutbezahlte Federn und Zungen die Massen über den Vorgang täuschen läßt. Fallen die Völker diesem Trug zum Opfer, so werden sie zu spät erkennen, daß sie aus dem Regen in die Traufe geraten sind. Denn einsichtige Fürsten waren zum mindesten auf die Aufrechterhaltung von Ordnung, Sitte und Recht im Staate bedacht, weil auf diesen Pfeilern des gesellschaftlichen Bestandes auch der Thron am sichersten ruhte. Ein gleiches Interesse hat der Geldmächtige nicht, denn sein Weizen blüht am besten, wo Sittenverderbnis, Rechtsbeugung und Bestechlichkeit haust ...

Es war die große Kunst der Völkerüberlister, den Staat zum Bettelmann zu machen. In alter Zeit bildeten Staatsgewalt und Königtum zugleich die erste wirtschaftliche Macht im Lande. In ihren Händen ruhten die größten Reichtümer, ihnen gehörten die Schätze des Bodens und die wichtigsten Produktionsstätten; und so verband sich mit der staatlichen Autorität und kriegerischen Gewalt zugleich das wirtschaftliche Übergewicht. ... Das hat sich geändert. Neben der Regierungsgewalt sind andere Mächte im Staate emporgewachsen; vor allem wirtschaftliche Mächte, die über größere Reichtümer verfügen als Fürst und Staat, und deren begreifliches Streben dahin geht, die Staatsgewalt auch politisch aus dem Sattel zu heben. Sie begannen ihre heimliche Eroberung mit der Lehre von der schrankenlos freien Entfaltung der Erwerbskräfte; sie lehrten, der Staat dürfe sich nicht mit irgendwelchem Erwerb befassen, um die private Unternehmung nicht zu stören. Auch der staatliche und fürstliche Besitz sei anzufechten, da dieser den Staatsbürgern entzogen werde und deren Freiheit beeinträchtige. Die kluge Lehre, die sich unter hochklingenden fortschrittlichen Schlagworten einführte, fand vielen Anklang im Volk; denn dieses ahnte nicht, wie es sich hier zum Werkzeug staats- und volksfeindlicher Mächte hergab. Und doch diente alles dies nur dazu, Staat und Volk ihrer Unabhängigkeit zu berauben und den Händen neuer Machthaber auszuliefern — den internationalen Bank- und Börsengewaltigen.

Das Spiel glückte. Den Regierungen wurden unter dem Ruf nach Freiheiten und Volksrechten die Zügel aus der Hand gewunden; und heute sitzen die Beauftragten der internationalen Geldmächte — als ‚Erwählte des Volkes' und als Berufsredner — in den Parlamenten und bestimmen, wieviel die Regierung einnehmen und ausgeben darf, was sie tun darf und was nicht. Will sie der überstaatlichen Großmacht nicht den Willen tun, so wird ihr ‚das Budget verweigert.' Der Staat besitzt keine Reichtümer mehr, sondern nur noch Schulden und ist somit doppelt abhängig von seinen reichen Gönnern. Er ist ein Bettelmann, der, wenn er Mittel braucht, demütig an fremden Türen anklopfen muß." (Roderich-Stoltheim im „Anti-Rathenau".)

Wenn man die Dinge in diesem Zusammenhange sieht, wird man begreifen, daß sich gegen die radikalen Demokratisierungsversuche in Preußen ein so zäher und empörter Widerstand erhoben hat[1]). Der Versuch, es so darzustellen, als ob

[1]) Vgl. auch den Aufsatz von Justizrat Wagner: „Was wird aus unserer Ostmark?" in diesem Heft.

unsere Feinde eher mit uns Frieden schließen würden, wenn wir eine demokratische Verfassung hätten, ist also nur ein Schritt mehr auf dem Wege, uns in den Gedankenkreis unserer Todfeinde zu zwingen. Die Lächerlichkeit dieser Begründung wird schon dadurch erhellt, daß weder Frankreich noch die Vereinigten Staaten es unterlassen haben, für das absolutistische Rußland Sympathien zu hegen und zu betätigen, als es ihnen politisch und geschäftlich vorteilhaft erschien, mit ihm gemeinsam Deutschland anzugreifen.

Nochmals: das angelsächsisch-jüdische Weltkapital ist der Todfeind aller selbständigen Völker, vor allem des deutschen. Uns auch in seinen Bann zu zwingen, ist der Zweck dieses Krieges, der ja allgemein im Volke schon der „Judenkrieg" genannt wird. Der Deutsche, der in seinem unerschütterlichen Glauben an eine ganz ohne sein Zutun fortbestehende gerechte Weltordnung und in seiner ehrlichen Einfalt sich gar nicht vorstellen kann, daß ihm irgend jemand das Fell über die Ohren ziehen könnte, möge sich endlich den Schlaf aus den Augen reiben und erkennen, wem eigentlich mit dem alten Kampfe gegen Monarchie, Autokratie, Militarismus, Junker, Schlotbarone, für Demokratie und Volksfreiheit, und wie die Schlagworte alle heißen, in die Hände gearbeitet wird, und von welchen unheimlichen Vorgängen seine Aufmerksamkeit dadurch abgelenkt werden soll!

Zur Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses.

„Erwerbt die preußische Staatsangehörigkeit", mahnt der „Vorwärts" seine Leser, denn „mit der Möglichkeit der Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses muß gerechnet werden".

Die Gedankenwelt unserer Todfeinde — außer in der Presse wird sie auch an manchen Hochschulen (z. B. von Schücking, Bonn, Goetz, Weber) verbreitet — hat tatsächlich schon derartig an Boden bei uns gewonnen, daß wir mitten im Kampfe um unser Dasein der Welt das sonderbarste, lächerlichste Schauspiel geben. In allen Länder, zu allen Zeiten — wir wiesen schon früher darauf hin — wird zu Kriegszeiten der Staatswille vereinheitlicht, um ihn schlagkräftig zu erhalten. Konnte ein anderer als unser Todfeind uns den Gedanken einblasen, ihn zu schwächen, zu zersplittern, zu vervielfachen? Wir haben dies getan, indem wir „die notwendige Fühlung mit der Volksvertretung" ausbauten und vor und bei jeder Entscheidung soundso viel Kommissionen, Ober- und Unterausschüsse beteiligten, so jede verschwiegene Vorbereitung, jede rasche Entscheidung unmöglich machten, jeder Wirkung die Möglichkeit einer Gegenwirkung schufen, und bei jedem Zug einem beliebigen, größenwahnsinnigen Schädling, wie z. B. Erzberger, genügend Zeit zu einem Gegenzug ließen. Niemand wird behaupten, daß ein solches System kriegverkürzend wirken kann — mögen die Herren Abgeordneten dabei auch noch soviel Gelegenheiten haben, ihr Licht leuchten lassen zu können.

Eine Auswirkung der Gedankenwelt unserer Feinde ist auch die falsche Auslegung der kaiserlichen Osterbotschaft — sie spricht nur von einem Stimmrecht auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechtes! — und die Entfesselung des Kampfes um dies allgemeine gleiche Wahlrecht während unseres Kampfes auf Leben und Tod.

Eine ganze Reihe von wichtigen Persönlichkeiten hat sich mit diesem Wahlrecht sehr tief eingelassen, wie z. B. Hertling, Payer, Friedberg, Drews. Eine Sinnesänderung des Abgeordnetenhauses, das die Regierungsvorlage wiederholt abgelehnt hat, oder eine der radikalen Demokratie genügende Abänderung der Vorlage

durch das Herrenhaus ist unwahrscheinlich. Der einmal durch Bethmann entfesselte Sturm wird weitertoben.

Da erscheint es notwendig, daß sich alle nationalgesinnten Kreise endlich, endlich in dieser Frage zusammenschließen und — wie lange warten wir darauf! — sie zum Anlaß einer groß angelegten Offensive gegen die Gedankenwelt unserer Feinde benutzen.

Die nationalen Kreise sollen ihrerseits die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses verlangen! Sie sollen mit allen Mitteln der Rede, der Presse, der Kinos an das Volk herantreten und restlos die Massen über die Pläne und Mittel des internationalen Kapitals aufklären! Hier ist ein schönes gemeinsames Betätigungsfeld für alle auf nationalem Boden stehende Vereine und Parteien.

Die nationalen Kreise sollen dem Volke begreiflich machen, daß die ungeheuren, zinsheischenden Gelder dieser Macht ein Wirtschaftsgebiet nach dem anderen auf der ganzen Erde monopolisieren und vertrusten, ein Volk nach dem andern knechten und jeden, als Arbeiter sowohl wie als Verbraucher, gnadenlos ohne jede Spur von Menschlichkeit ausbeuten; daß sie Fürsten und Länder beherrschen und daß die Form dieser Herrschaft eben die parlamentarisch-demokratische ist! Sie sollen dem Volke in die Köpfe hämmern, daß die angebliche Volksherrschaft nichts anderes ist als eine infolge von Pressebeeinflussung[1]), Abgeordnetengewinnung und noch dunkleren Mitteln erfolgende Bewirtschaftung aller nationalen Güter zugunsten der Herrschaft und Taschen der Plutokraten ist! Daß diese Mächte im einzelnen weder Seele noch Persönlichkeit noch Freiheit achten, ja, daß sie alle wahre Freiheit und aufrechte Gesinnung planmäßig töten und vernichten! Daß sie die ganze Welt zu einem Riesenwarenhaus machen wollen, in dem nur sie die Leiter und die Nutznießer aller Einnahmen, alle anderen aber Bediente sind! Die ganze Gedankenwelt dieser Mächte, ihrer Helfershelfer und ihre Mittel müssen aufgedeckt werden!

In Amerika, in England und Frankreich lassen die in den Händen dieser Plutokratie befindlichen Regierungen durch Tausende von Rednern, Millionen von Flugschriften und unzählige Kinos das „freie" Volk immer wieder in einen Krieg hineinhetzen, der ganz allein dem Geld- und Zinsbedürfnis dieser Plutokratie entspringt.

Da unsere Regierung sich im allgemeinen vor einer Parlamentsmehrheit beugt, die zum Teil, wie wir sahen, in den Gedanken unserer Todfeinde befangen ist, und die Stimmung im Volke ihr völlig gleichgültig zu sein scheint, wenn sie sie nicht dämpft, kann man nicht erwarten, daß sie mit ähnlichen Mitteln die deutsche Bevölkerung zur Verteidigung ihrer nationalen Güter bis zum Sieg oder Untergang entflammt! Daher ist es die heilige Pflicht aller nationalgesinnten Kreise, von sich aus die Bevölkerung reif zu machen. Die deutsche Bevölkerung muß wissen, daß Hunger, Not, Entbehrung jetzt nichts bedeuten werden gegen die leiblichen und seelischen Qualen, die sie und ihre Kindeskinder durchmachen werden, wenn die Entente siegt! Die Bevölkerung muß wissen, daß der Kampf um die Demokratisierung nur eine Verlegung des Kriegsschauplatzes durch unsere Feinde nach innen ist! Daß ihr letzter Hort von Freiheit und Gerechtigkeit zerstört wird, wenn man den König seiner Unabhängigkeit und Macht beraubt[2])!

[1]) Der Abgeordnete John Burns sagte im englischen Unterhause von einer gewissen deutschen Presse, sie bestehe aus Blättern, die im Besitz von Lumpen seien, von Schurken redigiert und von Narren gelesen würden. — [2]) Vgl. das „Bild der Lage" in Heft 8, Jahrgang II dieser Zeitschrift in dem Abschnitt: „Wer stützt das System?"

Gleichzeitig sollen sie für ein gerechtes Wahlrecht — etwa nach den Vorschlägen des Dr. Schiele in Nr. 2, Jahrgang I dieser Zeitschrift — eintreten!

Dann mögen sie bei der Auflösung des Abgeordnetenhauses die Losung ausgeben:

Für die Freiheit, für den die Freiheit allein schützenden König, für die Zukunft des Deutschtums, gegen die völkerzerstörende internationale Plutokratie!

Es kann nicht zweifelhaft sein, wie das Volk dann wählen wird!

Österreich.

„Im übrigen blieb, sofern überhaupt von ihr zu reden war, die Richtlinie der innerösterreichischen Politik das Mißtrauen gegen die Deutschen. Die galten der Preußenseuchelei, der Neigung zum Hinfall an das Reich dringend verdächtig, obschon man bei uns keine Gelegenheit vorübergehn ließ, um gegen die Stammesbrüder und ihre Sorgen und Nöte beide Hände abwehrend vorzustrecken." — So kennzeichnete unlängst Richard Bahr in der „Münchener Zeitung" sehr richtig den österreichischen Kurs seit 1866 und unsere Stellungnahme dazu.

Das uns feindliche Ausland benutzte unsere keusche Enthaltsamkeit, um seinerseits Tschechen und Slawen gegen den österreichisch-ungarischen Staat mobil zu machen; mit welchem Erfolg, hat der Weltkrieg gezeigt und zeigt es noch alle Tage. Zu spät sprach Herr v. Seidler nach jahrzehntelangen Irrwegen das Wort von der Notwendigkeit eines deutschen Kurses, zu spät, um an seinen Ernst glauben zu machen — zu spät, um die slawisch-tschechische Allmacht damit irgendwie beeinflussen zu können. Er grub sich mit diesem Ausspruch lediglich sein politisches Grab. Er hätte lieber von einem slawischen Kurs sprechen, in Wirklichkeit aber einen deutschen betätigen sollen, statt umgekehrt.

Wenn der deutsche Stammtischler gar zu gern über „Schlamperei" in Österreich schimpft, so weiß er nicht, daß er damit unserem deutschen Stammesgenossen bitter Unrecht tut, denn er läßt ganz außer acht, daß Österreich-Ungarn nur 12 Millionen Deutscher gegenüber etwa 40 Millionen Nichtdeutscher hat, von denen die Polen, Tschechen und Slawen in der Mehrzahl wohl ausgesprochene Feinde des Bündnisses und der Deutschösterreicher, wenn nicht aller Deutschen sind. Er vergißt, daß diese polnisch-tschechisch-slawische Mehrheit sich mit Vergnügen an dem Aushungerungsplan der Entente beteiligt und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine Verteilung von Lebensmitteln an die Deutschösterreicher zu verhindern sucht. Er vergißt, daß man nicht gesetzliche Handhaben hat, dieser Mehrheit ihren Überschuß zu entreißen. „Wien hungert nicht, weil es schlecht organisiert, es hungert, weil es deutsch ist" sagte uns neulich mit Recht ein deutschösterreichischer Politiker. Angesichts dieser Tatsache sollte der Reichsdeutsche nicht billigen Spott und witzelnde Schimpfreden für seine Stammesgenossen übrig haben, sondern er sollte sich in seine Lage versetzen und mit ihm auf tatkräftige, dauernde Hilfe sinnen! — Wieweit der sinnlose Haß der Tschechen, die nach dem Ausspruch Dr. Stranskys Österreich „überall treu verraten wollen", gediehen ist, geht daraus hervor, daß die Tschechen Lebensmittel an Deutsche nur noch gegen Waffen und Munition ablassen (!) und daß, den tapferen „Wiener-Neustädter Nachrichten" zufolge, die hungernden Kinder, welche die Deutschen Nordböhmens infolge des tschechisch-slawischen Aushungerungsplanes nach Oberösterreich schicken mußten, in Prag beschimpft und angespuckt wurden. Die „Wiener-Neustädter Nachrichten" schreiben dazu: „Bekanntlich läßt selbst der ärgste Kettenhund kleine Kin-

der ungefährdet — die Prager Tschechen handeln nicht so edel wie die hissigsten Köter. Sie bringen es in ihrem unbegrenzten Deutschenhaß zustande, auch an schwachen Kindern jenen ‚Heldenmut' zu zeigen, den sie dem Vaterlande draußen an den Fronten schuldig geblieben."

Nach den Sixtusbriefen kam die Angelegenheit der heimlichen Sendung des Oberst Randa von Kaiser Karl zu Ferdinand von Rumänien. Unsere gleich aufgestellte Behauptung, daß die Beauftragten der Sieger, Kühlmann und Czernin, einen sonderbaren Wettlauf um die Gunst der Besiegten anstellten, wird dadurch übrigens bestätigt. Kaiser Karl stellt sich unserem Gefühl nach etwas zu stark außerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen. Doch ist es Sache der Österreicher, vornehmlich der dortigen Deutschen, sich damit abzufinden. Sie haben ja bisher immer loyale Wege zur Durchsetzung ihrer Wünsche gefunden. Wie die neueste Politik unter ihrem neuesten Leiter, dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek, ausfallen wird, bleibt abzuwarten. Immerhin müssen wir betonen, daß der bisherige Kurs hüben wie drüben Mißtrauen genug ausgelöst hat. Wir wollen auch nicht verhehlen, daß die dortigen Deutschen neben riesigen Opfern an Gut und Blut unserem Dafürhalten nach auch eine unendliche, kaum zu überbietende Langmut aufgebracht haben. Jedenfalls wünschen wir ihnen für die noch bevorstehenden Kämpfe Zielbewußtsein und geschlossene Einmütigkeit. Mögen sie alle, möge ganz Österreich des Rankeschen Spruches eingedenk sein, daß „wahre Politik nur von einem großen nationalen Dasein getragen werden kann"[1]) — ein Spruch, der natürlich auch für uns gilt.

Rußland.

Die nächste Zukunft entscheidet wohl darüber, ob das tausendjährige deutsche Kolonisationswerk in der ältesten „Ostmark", das uns den Zugang zum Mittelmeer, zum Balkan, nach Vorderasien sichern muß, weiter als Freund und Bollwerk des Deutschtums Bestand behält. Dort entscheiden sich Lebensfragen des Deutschtums, wobei wir nicht müßig zusehen dürfen.

Die Träger der französischen Revolution waren gleichzeitig auch die Träger des nationalen Ausbreitungsgedankens.

Die Träger der russischen Revolution sind bisher Gegner des russischen Ausbreitungsgedankens und Gegner des Krieges gewesen — Grund genug für uns, sie zu stützen, für unsere Feinde, sie zu bekämpfen und Gegenmächte in Bewegung zu setzen. Überdies betrachtet die Entente Rußland, das ehemals verbündete, als herrenloses Land, und während Herr v. Kühlmann seinerzeit uns jeden weiteren Einmarsch widerriet, beabsichtigt die Entente seelenruhig, sich zum Schaden Finnlands der Murmanküste und der angrenzenden Landesteile zu bemächtigen, um von dort aus die wirtschaftliche Eroberung in die Wege zu leiten. Daß Japan nun doch auch eine Einmischung, und zwar zugunsten der von niemand anderm als von der Entente aufgereizten Tschecho-Slovaken beabsichtigt, ist erst von Reuter gemeldet. Doch ist es schon möglich, daß die Entente auch Japan bewogen hat, durch einen wachsenden Druck von außen Rußland zur Änderung seiner inneren Verfassung zu zwingen, der alten Regierungsform und damit auch wieder den Trägern des kriegerischen Ausdehnungsgedankens in den Sattel zu helfen. Das geschickt zu verhindern und gleichzeitig einem Übergreifen der umstürzlerischen Gedanken auf Deutschland zu

[1]) Leopold von Ranke in der auch heute sehr lesenswerten Schrift: „Die großen Mächte". Wir empfehlen die von Dr. Rudolf Schulze veranstaltete, bei Philipp Reclam jun. in Leipzig erschienene Ausgabe.

wehren, war die nicht leichte Aufgabe unserer östlichen Politik. Doch scheint dort jetzt alles wieder einmal in Fluß zu geraten, ohne daß die Entwicklung zu übersehen ist.

Um so beklagenswerter ist es, daß nach Graf Mirbach der als Soldat, Politiker und Mensch gleich hervorragende Feldmarschall v. Eichhorn, ein gründlicher Kenner des ganzen Ostens und Freund der Ukraine, Mörderhänden zum Opfer gefallen ist, die letzten Endes wieder von der Entente gedungen waren. Wie beschämend ist die Erinnerung daran, daß alljüdisch beeinflußte Kreise der hervorragenden Aufräumungsarbeit dieses Mannes aus sehr durchsichtigen Gründen entgegenzutreten wagten! Den vernichtenden moralischen Eindruck, den die Anstiftung von solchen Mordtaten auf unbestochene Menschen ausüben *muß*, in der ganzen neutralen Welt hervorzurufen, wäre Aufgabe unseres auswärtigen Pressedienstes. Auch ein Wort aus amtlichem Munde könnte da nichts schaden. Der Kaiser hat in seiner Ansprache an die finnische Abordnung mit Recht darauf hingewiesen, daß wir, ohne viel Aufhebens davon zu machen, durch unsere Taten das verwirklichten, was unsere Feinde zwar immerfort laut verkündigen, aber *nicht* verwirklichen, nämlich die Freiheit und Selbständigkeit kleinerer Völker. Diese geschichtlich denkwürdige Feststellung kennzeichnet den Deutschen als einen Menschen, der sich aristokratisch mit dem Bewußtsein einer guten Tat genügen läßt, im Gegensatz zum Engländer, dem nicht die Tat sondern die Beurteilung durch die Umwelt die Hauptsache ist, der daher mit Hilfe der Beeinflussung dieses Urteils auch aus der gemeinsten Tat eine ihm vorteilhafte Stimmung herauszuschlagen weiß. Immerhin wäre zu wünschen, daß wir wenigstens unsere *guten* Taten zur Hervorrufung einer uns günstigen Stimmung benutzten!

Bei uns wird die Ermordung des ehemaligen Zaren Nikolaus II., dessen Herrschaft an *eigener Schwäche* zugrunde ging, mit Recht *auch* den Auswirkungen der cynischen Politik Englands zugeschrieben. Ob wir es vermögen, auch das neutrale Ausland davon zu überzeugen? Es wäre sehr wünschenswert.

Ausblick.

„England spielt in der Tat mit seinem ganzen Weltherrschaftstraum als Einsatz, und wegen dieses Traumes muß Deutschland zerschmettert werden" schreibt Rudolf Kjellen. Wie wir gesehen haben, ist England dabei der Vollstrecker des Willens des angelsächsisch-jüdischen Weltkapitals. Diese Erkenntnis läßt den Gedanken an die Möglichkeit einer Verständigung von vorneherein aussichtslos erscheinen. Selbst das Kompliment, das Herr v. Kühlmann den Engländern wegen ihrer Ritterlichkeit machte, wird sie in der Verfolgung ihrer Absichten nur wenig erschüttert haben. Zu dem Besitz von Gibraltar, Malta und dem Suezkanal hat England Saloniki, Syrien, Arabien, Mesopotamien, die Lofoten und die Murmanküste gefügt. Wieweit Belgien für seine ungeheure Verschuldung Eisenbahnen und Häfen hat an England verpfänden müssen, wird die Zukunft lehren. Europa ist in der Hand Englands, was die Freiheit der Meere anbetrifft. Indien ist diesem sicherer denn je. Dazu kommen noch unsere Kolonien in Afrika.

Da zeigt es sich, welch ungeheurer Fehler es war, daß wir in den von uns eroberten Gebieten nicht *sofort endgültige Verhältnisse* zu unseren Gunsten geschaffen oder wenigstens den festen Willen dazu unverhohlen bekundet haben. Dies verhindert zu haben, ist die unbezweifelbare Schuld der Reichstagsmehrheit mit all ihrem parlamentarischen Drum und Dran und vor allem der im Dunkeln

verbleibenden Tätigkeit Scheidemanns und Erzbergers. Ihr Gehilfe war im Osten Herr v. Kühlmann. Hätten unsere Feinde von Anfang an unseren festen Willen erkennen können, das, was wir einmal haben, auf keinen Fall mehr herauszugeben, auch nicht auf diplomatischem Wege, so hätten sie von vorneherein ihre Taktik ändern müssen. Hätten sie gesehen, daß sie mit diesem unserem eisernen Willen rechnen mußten, wäre in Frankreich der Traum von Elsaß-Lothringen wohl bald zerronnen, und er ist es ja, der es noch allein bei den Fahnen hält. Das Vorläufige, dessen Stempel unsere auswärtige Politik von vorneherein offiziell und offen trug, ist der Hauptstachel zur Fortsetzung des Krieges für unsere Feinde gewesen, in dem es ungemessene Hoffnungen naturgemäß in ihnen auslöste und wach hielt. Die Folge dieser grundfalschen Psychologie begann mit dem „Unrecht an Belgien". Da wir — immer auf Betreiben der Reichstagsmehrheit — geflissentlich alle Fragen im Osten und Westen offen ließen, ein Friedens- und Verhandlungsangebot nach dem andern machten und höchstens uns mit einer gewissen Faustpfandtheorie herauswagten, die natürlich erst recht alle Fragen offen ließ, mußten unsere Feinde in der Annahme bestärkt werden, daß wir uns viel zu schwach und zu ohnmächtig fühlten, tatsächlich das festzuhalten, was wir hatten, daß es demnach nur eine Frage der Zeit wäre, uns nicht nur das, was wir zur Zeit halten, sondern auch noch viel mehr, nämlich Stücke von unserem eigenen Lande, zu entreißen.

Wir haben nun gesehn, daß je länger der Krieg dauert, desto größer die Aussichten des Alljudentums auf Verwirklichung seiner Herrschaftspläne in allen kriegführenden Ländern werden. Die Leitung der alljüdischen Politik, die nach Jung in New York sitzt, hatte daher von vorneherein ein Interesse daran, daß wir das einzige Mittel, das zur Abkürzung des Krieges geführt hätte, nämlich unsere sofortige Besitzergreifung und endgültige Einverleibung der von uns eroberten Gebiete, nicht zur Anwendung brächten. Das ist ihr vollkommen gelungen. Daß die Sozialdemokratie nur eine Schutztruppe des Judentums ist, — auf dies jüdische Geständnis haben wir schon öfters hingewiesen. Aber nicht nur die Sozialdemokratie befindet sich vollkommen im Banne des alljüdischen Gedankenrüstzeuges. Man prüfe einmal das Verhalten der übrigen Reichstagsmehrheit und ihrer Presse daraufhin, inwieweit sie allein schon mit der Julientschließung der alljüdischen, oben gekennzeichneten Politik in unbegreiflicher Blindheit Vorschub geleistet hat! Wieweit sich die Bethmann, Kühlmann, Lichnowsky, Bernstorff, Riezler, Helfferich — der leider nach Moskau gesandte! — im alljüdischen Gedankenkreis bewegen, ist sattsam bekannt. Das ganze, von Freiherrn von Liebig so trefflich gekennzeichnete und benannte „E-System", dessen eine Hauptsäule ja auch Helfferich war und ist, nährt sich aus diesem Gedankenkreis. Wenn eine alljüdische Verschwörung bestanden hätte, die vor Ausbruch des Krieges alle maßgebenden politischen Stellen bei uns mit unseren Feinden besetzt hätte, damit diese stets das für uns Widernatürlichste und Unheilvollste veranlaßten (vgl. den Aufsatz von Prof. Dr. Jung in diesem Heft!) — es hätte auch nicht viel anders kommen können. All die schönen Schlagworte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, von der Freiheit der kleinen Nationen, vom Weltfrieden, „keine Entschädigungen, keine Annexionnen" — „jeder trägt seine eigene Last" usw. dienen genau so wie die ebenfalls von New York ausgehenden Demokratisierungsbestrebungen und die neueste Blüte eines eroberungswütigen Pazifismus der „Weltvölkerbund", lediglich dem Bedürfnis der alljüdischen Politik, die auch in den anderen kriegführenden Ländern jeden Friedensschluß zu verhindern weiß. (So beschweren sich z. B. in Frankreich die

Arbeiter darüber, daß die Regierung bestimmte Friedensmöglichkeiten verschwiegen und versäumt habe, worauf August Winnig in Nr. 18 der „Glocke" hinweist.)

Wir werden demnach zu keinem Ende dieses Würgens kommen, wenn wir nicht alle alljüdischen Einflüsse auf die politische Leitung, alle Faktoren, die sich im Bannkreis der alljüdischen Gedanken befinden, völlig ausschalten. Welche Faktoren dies sind, ist in dieser Zeitschrift häufig genug dargelegt worden.

Wege dazu gibt es schon.

Den alljüdischen Gedankeneinschlag aus unserem deutschen Auswärtigen Amt zu entfernen, wird hoffentlich Herr v. Hintze Manns genug sein.

„Wir sind nicht dazu da, die Wünsche unserer Feinde zu erfüllen, sondern von ihren Fehlern zu profitieren", hat ein hervorragender französischer Politiker zu Hans Wram gesagt.

Unter dem Banne der alljüdischen Gedanken haben unsere Beth- und Kühlmänner bisher dies Wort umgekehrt und augenscheinlich die Wünsche unserer Feinde zu erfüllen und von ihren Fehlern nicht zu profitieren getrachtet. Die Friedensschlüsse von Brest und Bukarest sprechen eine deutliche Sprache in dieser Beziehung.

Hoffen wir zu Gott, daß dies unter Herrn v. Hintze anders wird.

Sonst dürfte der Ruf nach der Diktatur nicht mehr verstummen.

Vor allen Dingen aber laßt uns standhaft sein!

H. St. Chamberlain — Frankfurter Zeitung.

H. St. Chamberlain hatte in einem Aufsatz der Deutschen Zeitung gesagt, die Frankfurter Zeitung betreibe eine undeutsche, auf Englands Herrschaft und Deutschlands Erniederung hinzielende Politik, und ihre Interessen deckten sich mit denen der anglo-amerikanischen Finanz. Ferner behauptete der Beklagte, die Frankfurter Zeitung befände sich im feindlichen Besitz. Wegen dieser Äußerungen wurde er zu Mk. 1500 Strafe verurteilt.

Da es dem Vertreter von Herrn Chamberlain in der ersten Instanz nicht gestattet wurde, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die Frankfurter Zeitung eine Politik betreibt, die der Machtstellung des Deutschen Reiches schädlich ist, freuen wir uns, daß der Fall nochmals zur Verhandlung kommt und daß es dabei dem Verteidiger von Chamberlain, Justizrat Claß, möglich sein wird, eine Frage, die Silesius und Professor Jung schon mehrfach in „Deutschlands Erneuerung" behandelten, vor dem ganzen Volk zu erörtern und zu zeigen, wie die internationalen Feinde Deutschlands arbeiten, um es zu schwächen und nicht siegen zu lassen. Bezeichnend ist, daß die Leute der Frankfurter Zeitung, von denen die erdrückende Mehrheit, obschon sie nicht einen Tropfen deutsches Blut im Leibe haben, sich als Deutsche aufzuspielen wagt, den Germanen Chamberlain als einen Renegaten bezeichnen. Chamberlain ist als Kind nach Deutschland gekommen; schon mit 19 Jahren, als er vom deutschen Geist mächtig ergriffen wurde, erklärte er, daß er seinen linken Arm dafür hergeben würde, wenn er als Deutscher geboren sei. Im Laufe von Jahrzehnten hat er sich völlig in den Geist des deutschen Volkes eingelebt und ist einer seiner gefeiertsten Schriftsteller geworden, der wie kein zweiter erzieherisch wirkt.

Die Vorkämpfer des Alljudentums, die ja fast berufsmäßig ihre Nationalität und ihren Namen ändern und, wenn auch in Deutschland geboren, die fanatischsten Hetzer gegen alles Deutsche im Ausland sind, wir nennen nur Reuter — Northcliff — Schwob — würden sich nicht darüber aufregen, daß Chamberlain nach 50 Jahren auch äußerlich den Schritt tut, den er längst innerlich getan hat, wenn Chamberlain nicht der Mann wäre, der das deutsche Volk seit Jahren auf die Gefahren des Judentums hingewiesen hat.

Wir hoffen, daß der Prozeß Herrn Justizrat Claß Gelegenheit gibt, diese Frage in ihrer ganzen Ausdehnung und Bedeutung von hoher Warte mit aller Gründlichkeit zu beleuchten. J. F. L.

Bücherschau.

Generallandwirtschaftsdirektor Dr. **Wolfgang Kapp: Die Maldenkschrift aus dem Jahre 1916.** Verlag des Heimatboten, Gera-Langenberg-Reuß. Preis 1 M.

Durch die Freigabe dieser Denkschrift ist ein Unrecht gesühnt, das seinerzeit Bethmann in seiner berüchtigten Preßpiratenrede an einem wehrlosen Manne mit vollem Bewußtsein und voller Absicht verübt hat. Wenn schon der Gang und das Urteil der Geschichte Bethmann längst schuldig gesprochen haben, so ist es doch wertvoll und dankenswert, daß Kapp jetzt nachträglich die Möglichkeit geboten wird, durch das ganze deutsche Volk gerecht und sachlich beurteilt zu werden, wenn ja auch bereits seine Wahl in den Reichstag in dieser Beziehung Zeugnis abgelegt hat. Ganz abgesehen davon, ist die Schrift politisch-geschichtlich von hoher Bedeutung, und viele der ihr zugrunde liegenden Anschauungen und Gesinnungen sind nach wie vor richtunggebend für eine Politik, der der Begriff „Ehre der Nation" kein leerer und der Sieg Deutschlands und seine machtvolle Entfaltung Gegenstand der Überzeugung, des Gewissens und des Willens ist. Wenn sich auch nicht jede der anfangs 1916 gezogenen Schlußfolgerungen Kapps als ausschließlich richtig erwiesen hat, so ist doch unzweifelhaft anzuerkennen, daß K. im allgemeinen und in den wichtigsten Fragen die fortwirkenden unheilvollen Ursachen der Bethmannpolitik und ihre Folgen vortrefflich beurteilt hat. So z. B. muß man ihm recht geben, wenn er in dem Abschnitt „Die Kriegsziele des Reichskanzlers" über Belgien schreibt: „Es soll auch künftig ein Staat Belgien neben uns bestehen. Das ist, wenn wir die Verluste dieses Krieges ausgleichen und den immer schwerer werdenden Kampf mit dem Angelsachsentum fortführen wollen, ein unmögliches Ergebnis. Die Garantien, die der Kanzler wünscht, können uns, auch wenn sie „real" sind, hierzu gar nichts helfen. Denn er hat nur negative Garantien im Auge gegen Pläne unserer Feinde." Was wir aber brauchen, sind positive Garantien für unsere zukünftige Entwicklung als Weltmacht. Solche Garantien erhalten wir aber nur, wenn wir eben Belgien nicht herausgeben, sondern unter irgendeiner Form vor allem unter Festhaltung der Küste, politisch, wirtschaftlich und militärisch in die Hand nehmen."

Sehr gründlich sind auch die Wurzeln der falschen Ernährungspolitik schon damals von K. bloßgelegt, unter deren Auswirkungen wir auf die Dauer um so stärker leiden. Die Darstellung der „wahren Aufgaben einer kraftvollen Regierung" und K.s Forderungen zur inneren Politik wird jeder national gesinnte Deutsche gut heißen.

Zu wünschen bleibt nur, daß nun die Schrift des Freiherrn v. Liebig über das „B-System", die ja für die Beurteilung der Bethmannschen Zeit unentbehrlich und grundlegend ist und an der auch wohl Kapp in gewisser Beziehung sein Urteil geformt hat, endlich ebenfalls freigegeben wird. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt die öffentliche Meinung eines der wesentlichsten Mittel zur Erkenntnis der heutigen deutschen Politik beraubt, was in jeder Beziehung bedauerlich und verhängnisvoll ist.

E. K.

F. Roderich-Stoltheim: Anti-Rathenau. Hammerschriften Nr. 15. Hammer-Verlag (Theodor Fritsch), Leipzig. Preis 1 M.

Es mag ungewöhnlich erscheinen, daß man eine Gegenschrift eher bespricht als die Schrift, mit der sie sich auseinandersetzt. Auf die Gefahr hin, daß man uns Bequemlichkeit oder sonst irgend etwas vorwirft, wählen wir doch diesen Weg, weil wir es für unerläßlich halten, daß diejenigen unserer Leser, welche sich noch nicht näher mit der Judenfrage beschäftigt haben, erst den Überblick über gewisse große Zusammenhänge gewinnen, ohne den sie niemals die richtige Stellung den Rathenauschen Gedanken gegenüber erlangen und sie vielleicht als einzelnes werten würden, während

sie nur im Rahmen bestimmter Gesamterscheinungen erschöpfend erkannt und eingeordnet werden können. Erst wer den Charakter des Juden, seine Pläne, seine Diplomatie, seine Mittel, seine Dialektik, seine Schauspielkunst, seine Art der Rollenverteilung — das Stück, in dem er spielt, hat die ganze zivilisierte Erde zum Schauplatz — genauer kennt, wird auch die Rathenauschen Gedanken als das erkennen, was sie sind. F. Roderich-Stoltheim, der in seinem ganz ausgezeichneten Buch „Die Juden im Handel und das Geheimnis ihres Erfolges" (Verlag von Peter Hobbing, Berlin-Steglitz, Preis 5,20 M.) hierzu besten Stoff zusammengetragen hat, — man versäume ja nicht, auch Th. Fritsch „Beweismaterial gegen Jahve" (Leipzig, Hammerverlag) als Grundlage durchzuarbeiten! — bietet aber in der vorliegenden Kampfschrift neben der Kritik auch so viel Selbständiges und Aufbauendes, daß allein schon dadurch unser Vorgehen gerechtfertigt wird, und schon allein deswegen sollte seine Schrift überall gelesen werden. Zunächst beschäftigt sich R.-St. mit dem Gedankengang der jüngst von Rathenau erschienenen Schrift „Die neue Wirtschaft" und weist mit Recht darauf hin, daß der Rathenauschen an und für sich gewiß nicht unsympathischen Forderung: „Wirtschaft ist nicht mehr Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft" zunächst noch die seelische Voraussetzung, nämlich der allenthalben entwickelte Gemeinsinn fehlt, weil die Menschen bisher unter dem Banne der Selbstsucht und des Eigennutzes erzogen wurden und lebten. Den Ausweg aus den ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den Rathenau als den einzig möglichen empfiehlt, nämlich die Verdoppelung der nationalen Gütererzeugung unter Zuhilfenahme der Zusammenlegung, Vertrustung und Mechanisierung der Betriebe, weist er dann schlagend als eine Verirrung des volkswirtschaftlichen Denkens nach, an der alle leiden, die vom „Produktionsklaps" besessen sind und vergessen, daß die Produktion des Menschen wegen da ist, nicht umgekehrt, — als eine Verirrung, die eigentümlicher- und doch so erklärlicherweise eine Vergrößerung der Schuldknechtschaft und eine Stärkung der ständig auf „schleichende Eroberung" ausziehenden Kapitalmächte unweigerlich zur Folge haben würde und daneben eine weitere Entartung der Völker mit sich brächte. Demgegenüber fordert R.-St. eine Höchstgrenze für Privatvermögen, keine sinngemäße Einschränkung der gewerblichen Erzeugung und stellt ein so großes und durchdachtes Programm zur leiblichen und seelischen Ertüchtigung der Nation auf, daß jeder Lebensreformer und Rassenhygieniker daran seine Freude haben würde. Besondere Ausführungen widmet er noch der so wichtigen Frage der Bodenverschuldung, dem Bodenrecht und dem Hypothekenwesen, das er durch Einführung der Tilgungshypotheken zur Gesundung bringen will,

„Wer rechtschaffen an Dingen und Zuständen Kritik üben will, der sollte immer zugleich als Pflicht erkennen, das Bessere aufzuweisen." Dieser von ihm selbst erhobenen Forderung genügt R.-St. in umfassendem Maße. Er hat richtig erkannt, daß es sich bei der Auseinandersetzung mit Rathenau um Fragen der Lebensanschauung handelt, und R.s mechanisch-materieller Wertung stellt er ein den Bedürfnissen der germanischen Welt entsprechendes Programm entgegen. E. K.

Oskar Händel: Führer durch die Muttersprache. Berlin - Dresden - Leipzig (L. Ehlermann) 1918.

In der Zeit des gewaltigen Völkerkampfes ist das sprachliche Gewissen der Deutschen in ungehoffter Weise erwacht. Man besann sich vor allem darauf, daß es vaterländische Pflicht ist, die fremden Eindringlinge aus der deutschen Sprache zu verbannen. Aber nachdrücklich wird von vielen auch darauf hingewiesen, daß der Deutsche und namentlich die deutsche Jugend lernen solle, die eigene Sprache besser zu verstehen als bisher. Ein treffliches Mittel dazu ist das teilweise im Schützengraben ausgearbeitete (173 Seiten zählende) Buch von Oberlehrer Händel. Keine Seite der Sprachbetrachtung ist übersehen. Um einen Begriff von der Reichhaltigkeit des Buches zu geben, führe ich den Inhalt einzelner Abschnitte an: Sprachgeschichte, Verhältnis der Schriftsprache zu den Mundarten, Sondersprachen (Rechts-, Jäger-, Studenten-, Gaunersprache usw.), Lautwandel, Bedeutungswandel, Zusammenstellung von Wortsippen, Reste alter Wörter, ausgestorbene Wörter, verdunkelte Zusammensetzungen, Namenerklärung, Erklärung verschiedener Redensarten. Ganz besonders hebe ich das Verzeichnis von Lehnwörtern mit Angabe ihrer Herkunft hervor. Ein Register der behandelten Wörter bildet den Schluß des gut ausgestatteten Buches.

August Brunner.

Richard Peter: Weltheimat (Kriegs- und Friedensklänge). — Derselbe: Chronium und Anderes. Beide bei Moritz Münzel, Wiesbaden.

Diese Gedichte, die z. T. reichlich im Gaudeamuston gesungen sind, und witzlichen Prosastückchen mögen in der Zeitung zum behaglichen Frühstück oder zum Nachmittagskaffee, in harmlosen Zeiten und bei ebensolchen Gemütern in satter Stimmung ihre gewünschte Wirkung tun; auch dort, wo man den Dichter kennt und als Menschen schätzt. Eine ernsthafte, erfreuliche Vermehrung unserer Literatur sind sie nicht. F. E

Bücherschau.

E. Graf zu Reventlow: Der Einfluß der Seemacht im großen Kriege. Vierte erweiterte Auflage. Berlin 1918. Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Königl. Hofbuchhandlung, Berlin, Kochstraße 68—71.

Eine der schwierigsten Fragen des ganzen Weltkrieges ist ohne Zweifel die unserer Seemacht und unserer Seegeltung. Trotz aller Offensiven, trotz vorübergehenden Geländegewinnes und trotz aller Amerikaner und farbigen Ententevölker sind wir zu Land Sieger auf der ganzen Linie geblieben. Ebenso läßt sich nicht verkennen, daß der Tag von Skagerrak die maritime Machtstellung Englands nicht gefördert hat wie einst Trafalgar, sondern einen Stein ins Rollen gebracht, von dem man noch nicht weiß, ob, wann und wo er zur Ruhe kommt. Die Fragen, wie unsere Landarmee die Tätigkeit unserer Flotte beeinflußt und umgekehrt, wie die Tätigkeit unserer Flotte Wirkungen, Einwirkungen und Nachwirkungen auf die Erfolge unseres Landheeres ausgeübt hat, sind alle in stetem Flusse begriffen und beweisen, daß wir in diesem Weltkriege nicht im alten Fahrwasser kontinentaler Politik stehen bleiben können, sondern an ganz neue Gesichtspunkte herangezwungen werden und uns durch die harten Gegensätze nicht beirren lassen dürfen, die diesen neuen Zukunftsnotwendigkeiten des deutschen Volkes sich entgegenstemmen. In Deutschland wiegt sich vom Philister bis zum gewesenen Kanzler v. Bethmann noch mancher in dem Wahne, die Flotte habe uns den Weltkrieg eingetragen. Von demselben zweifelhaften Werte ist die Anschauung, Deutschland müsse seine reale Machtstellung in Belgien und Nordfrankreich um ein Butterbrot, aus Rücksicht auf die schönen Redensarten vom Verteidigungskrieg und Verständigungsfrieden, aus Furcht vor verhetzter Volksstimmung aufgeben. Alle diese großen Zukunftsfragen und ihren Einfluß auf den gegenwärtigen Weltkrieg behandelt Graf Reventlow in seinem schon in vierter Auflage vorliegenden Buche. Der rastlos tätige Mann hat im Verlaufe dieses Weltkrieges mit diesem Buche dem deutschen Volke einen großen Dienst geleistet, wohl wertvoller als das meiste, was wir von unserem Reichstag zu hören bekommen haben. Die Ergebnisse einer reichen Erkenntnis, einer tiefgründigen Forschung und eines durchdringenden, gesunden und realpolitisch furchtlosen Verstandes macht der

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":

50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. / 1/1 Seite M. 120.—, ½ Seite M. 65.—, ¼ Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—

Soeben erschien die 2. und 3. Auflage von

DAS NEUE BELGIEN

von

Dr. Wilh. Wintzer

Preis M. —.75

Durch jede Buchhandlung zu beziehen!

„Der Tag": „. . . . . bringt mit zwingender Beweiskraft eine Lösung der vielumstrittenen belgischen Kriegszielfrage."

„Rhein.-Westf.-Ztg.": „. . . . in knappster Zusammenfassung alles Wesentliche über das Problem Belgien. Wir können die Schrift unsern Lesern aufs wärmste empfehlen."

„Ess. Allg. Ztg." (Prof. Heyck): „Für das öffentliche Urteil ist die größtmögliche Verbreitung dieser ebenso wichtigen wie wohlfeilen Klärungsschrift zu wünschen."

Die erste Auflage war innerhalb 14 Tagen vergriffen!

Industrielle Werke bestellten Hunderte von Exemplaren!

G. D. BAEDEKER, Verlagshandlung, ESSEN

Die Bücherei der MÜNCHNER „JUGEND"

bringt in kleinen handl. und vornehm gebund. Bänden vortreffl. Erzähl. aus der Feder zeitgenöss. Schriftsteller.

Bis jetzt liegen 3 Bände vor:

1. Band: Ernste und heitere Erzählungen. 2. Band: Bunte Skizzen. 3. Band: Phantastische Geschichten.

Jeder Band enthält mindestens 8 verschiedene Erzählungen. Die Sammlung wird zwanglos fortgesetzt.

Vortreffl. Gelegenheitsgeschenk! Wertvolle Reiselektüre!

Preis des Bandes: Mark 1.50.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder zuzüglich 20 Pfennig Porto auch unmittelbar vom Verlag.

Verlag der „JUGEND", München.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Verfasser in einer zusammenfassenden Darstellung allen Gebildeten zugänglich. An der Hand eines sehr erfahrenen Führers durchwandern wir die Wandlungen englischer und deutscher Geschichte, erleben wir die allmählichen und plötzlichen Umbiegungen der Seerechtsanschauungen, lauschen dem Auf- und Niedersteigen des politischen Schaffungsgeistes in seinem Zusammenhang mit dem Auf- und Niedersteigen des politischen und industriellen Volksgeistes. Wenn wir bedenken, wie das deutsche Volk von offiziellen, vom Staate bezahlten Forschern, wie z. B. Delbrück, Harnack, Tröltsch, Baumgarten, im Stich gelassen worden ist, die mit den Phrasen eines belgischen Irlands, mit den Phrasen einer Demobilisierung der Geister, mit unwissenschaftlichen wilden Gerüchten über den Alldeutschen Verband ihre wissenschaftliche Lebensarbeit gekrönt haben, so darf man unserem Volk Glück dazu wünschen, daß ihm außerhalb der wohlorganisierten, vielfach in behaglichem Pazifismus, beharrlich forschenden, offiziellen Geschichtswissenschaft ein ebenso hochbegabter als gewissenhaft verfahrender und ehrenhaft denkender freier Forscher beschieden war wie Reventlow. Jugendlicher Hochmut, der eben einmal an der Geschichtswissenschaft gerochen hat und die zünftige Wissenschaft selbst laufen Gefahr, in kurzsichtiger Verfolgung ihrer theoretischen Ziele, der „reinen Erkenntnis", die Bedürfnisse der Zeit und des Volkes aus dem Auge zu verlieren und einem Hindenburg und Ludendorff, einem Scheer und Tirpitz des Archimedes Wort: „Störe mir meine Kreise nicht, störe mir meine geliebten internationalen Beziehungen durch deine Siege nicht!" zuzurufen. Demgegenüber fühlt sich Reventlow verpflichtet, auf Vaterland und Gegenwart zu wirken, die geistige Führung unseres Volkes mit zu übernehmen und die brennendste Frage des Augenblicks zu erörtern: Welchen Einfluß hat die Seemacht unserer Feinde und welchen Einfluß hat unsere Seemacht und Seegeltung auf den Verlauf des Krieges ausgeübt? Reventlow wirkt durch einen unbestechlichen Forscherfleiß, durch unerschrockenen Scharfsinn, durch eine auf das Wohl und die Ehre des deutschen Volkes abzielende politische Einsicht in alle Gebiete des neuzeitlichen Kulturlebens, namentlich der Meereskunde und der marinetechnischen Wissenschaften. Dadurch wird er ein unwiderlegbarer Bahnbrecher und Vorkämpfer des künftigen

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey-Otto-Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

Rothenburger Versicherungs Anstalt auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Glühöfen | Einsatzöfen
Härteöfen | Schmiedeöfen

Brettfallhämmer
Schmiedehämmer

Brüder Boye, Berlin N 37
Schönhauser Allee 8

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Deutschlands, der mutig und gewissenhaft seine Hände an die Wunden unseres Volkes legt und unser Volk von selbstmörderischer Verneinung seiner Erfolge, von teuflischer Preisgabe seiner Siege und von dem Verfehlen der Neuanpassung an veränderte Zustände, vor Verirrung und Niedergang zu warnen sucht. Selbstverständlich fühlt auch er, daß er in diesen schwerwiegenden Fragen das letzte Wort nicht sprechen kann, daß er während des Krieges manche Probleme nur andeuten, manche Enthüllung abwarten muß. Im Sinne Leopold v. Rankes zeichnet er einen Rahmen, innerhalb dessen sich das Werk eines Tirpitz in den entscheidenden Augenblicken des Weltkrieges durchsetzt. Alle Persönlichkeiten, die im Weltkrieg Deutschland gefördert haben, verlangen nach einer ursächlichen Begründung und Vertiefung durch geschichtliche Ereignisse. Diese abschließende Darstellung, für die uns heute ein Heinrich v. Treitschke fehlt, anzubahnen, ist das Ziel, zu dem Reventlow seinen Beitrag beizusteuern mannhaft und kühn versucht hat. Heinrich Reuß.

Tim Klein: Der deutsche Soldat. Zeugnisse von seinem wahren Wesen. Franz Hanfstaengl, München. In Pappband M. 3.30.

In einem gut gedruckten und auch sonst sehr gefällig ausgestatteten Buche von zweieinhalb hundert Seiten stellt in sorgfältiger und geistvoller Auswahl der Verfasser alles Erdenkliche über den deutschen — insbesondere über den preußischen — Soldaten zusammen mit der Absicht, daraus den Geist zu ziehen, der die deutschen Waffenträger zu dem macht, als welche sie sich letzlich und heute erwiesen: als ohne Beispiel in der übrigen Welt. Den Geist, der unerschütterliche Pflichttreue und todesverachtenden Mut gebiert, bei nicht zu unterdrückender Menschenwürde trotz Blut und Wunden. Als Grundlage dienen Tim Klein von der Zeit des Großen Kurfürsten bis zum Beginne unseres Jahrhunderts Tagebücher, Ordres, Instruktionen für Regimenter und deren Werber, Exerzierreglements und andere Dienstvorschriften aus diesem Zeitraum. Er benutzt als Quellen Briefe und Aufzeichnungen von Herrschern, Offizieren und Mannschaften, Testamente und Stellen aus den Werken soldatischer Führer und Denker. — Gneisenau, Clausewitz, Moltke seien als Beispiele genannt, ebenso Blücher, Kleist und Schlieffen. — Ein fein geschriebenes, ziemlich umfangreiches

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Houston Stewart-Chamberlain

Der demokratische Wahn

gekürzte Ausgabe der Schrift

„Demokratie und Freiheit"

ist das stärkste und beweiskräftigste, was zur Aufklärung über den praktischen Erfolg der angeblichen Demokratien des Westens geschrieben wurde.

Jeder dem gerade jetzt die

Wahlrechts-Frage

am Herzen liegt, müßte diese Schrift lesen und verbreiten. / Mk. 1.—

Verlag Hugo Bruckmann, München

Soeben ist erschienen:

Hie Alldeutsch

von **Richard Pretzell**

Preis Mk. 2.50

Inhalt: Zur Einführung. Quo vadis? Warum ich mich den Alldeutschen anschloß. Adel. Offener Brief an die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern. Die nationale Presse. Zwei Aufrufe. Tagesgeschichte. Vorzüge und Mängel der Vaterlandspartei. Bauernart und -Wert. Entwicklung und Wandlung. Politische Reformation. Aufgabe deutscher Erziehung. Und wir? Der Ausweg aus dem Kriege.

Verlag von Theodor Weicher, Leipzig, Haselstraße 10

Das Bild als Narr

Die Karikatur in der Völkerverhetzung

Was sie aussagt — und was sie verrät

Von

Ferdinand Avenarius

254 Seiten, Großoktav mit 347 Abbildungen

Preis geheftet 5 Mark

„Ein Buch, von dem man trotz der Papierknappheit sagen kann: es ist eine Notwendigkeit . . . Wir sind entsetzt und erschüttert . . . Man nehme dieses Buch und — lerne daraus. Wir müssen daraus lernen . . . . Wir empfehlen das Buch dringend. Hier ist ein Stück tiefster Seelenoffenbarung!

(Der Reichsbote, Berlin.)

„Man muß sagen, daß dieses Buch als kulturhistorisches Dokument von fast unschätzbarem Wert ist." (Neue Freie Presse, Wien.)

Kunstwart-Verlag Georg D. W. Callwey, München

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Vorwort ist dem durch nötige lebensgeschichtliche Verbindungsworte zusammengefaßten Quellenmaterial vorausgestellt, in dem der Herausgeber seine leitenden Absichten kund tut. Wenn in dem Buche vorwiegend Fürsten und Offiziere, seltener der „gemeine Mann" zu Wort kommen, so liegt das wohl hauptsächlich an der Tatsache, daß von letzterem viel weniger geeigneter Stoff sich aus früherer Zeit erhalten hat; es wäre hübsch, wenn eine spätere Auflage des Werkes, die wir ihm gerne gönnen möchten, besonders in dieser Richtung erweitert wäre. Auch ein Inhaltsverzeichnis wäre erwünscht. Vergessen soll nicht sein, daß zwischen dem Text eine ganze Anzahl guter, ganzseitiger Netzdrucke nach Bildnissen großer deutscher Soldaten eingefügt ist, die dem Leser willkommen sein wird. Wem es um die seelischen Grundlagen für das Wesen deutschen Soldatengeistes zu tun ist, dem sei das Buch warm empfohlen; doch kommt auch der Liebhaber anekdotischer Stellen und der von Kampfschilderungen voll auf seine Rechnung. F. C.

Dr. **Karl Strünckmann: An neuen Ufern lacht ein neuer Tag.** Mimir-Verlag für deutsche Erneuerung, Stuttgart 1918.

„Welcher Arbeiterverein, welcher großindustrielle Unternehmerverband hat Höchstpreise für Löhne und Kriegsgewinne gefordert? Der Bund der Landwirte dagegen war der einzige, der freiwillig Höchstpreise auf Getreide festgesetzt wissen wollte, obwohl er sich dabei (privatwirtschaftlich gesehen) ins eigene Fleisch schnitt. Er tat es aus Liebe zum Ganzen, zum Volkstum."

Der bekannte Lebensreformer, Leiter der Heilanstalt Soden-Salmünster, Dr. Str., gibt in der vorliegenden Schrift eine Reihe wertvoller Gedanken und Anregungen, die sich in erster Linie mit der falschen psychologischen Grundlage befassen, auf der die heutige Kriegswirtschaft nach Rathenauschem Rezept beruht. Er vertritt die durchaus richtige Anschauung, daß die Ausschaltung des natürlichen Preises in einer Wirtschaft, in der die Ansätze zum Gemeinsinn vorderhand durch den seit langem üblichen Eigenbesitz und die natürliche Ichsucht völlig überwuchert werden, einen zu gewaltsamen Bruch mit der Vergangenheit bedeuteten, als daß ein auf so unwirklicher Grundlage aufgebautes System von Dauer sein könnte. Sein Vergleich der Nahrungsmittelversorgung mit der

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Geht barfuß!!

Das Barfußgehen als Träger der Volksgesundheit und Forderung unserer Zeit.

Von **Andreas Nielsen, Hamburg**

Inhalt: Barfuß als Volkssitte. Überall Hygiene, nur keine Fußpflege. Gesunde und kranke Füße. Der Kaltfuß und der Schweißfuß. Gehirn—Nerven—Füße.

Mit 20 ganzseit. Bildern. Mk. 1.20

Durch jede Buchhdlg. od. direkt v.

Verlag Kraft und Schönheit,
Berlin-Steglitz 18.

Ein Buch für jedermann!

Der Gebildete auf der Höhe!

In wenigen Stunden über alle Gebiete des geistigen, sozialen u. wirtschaftlichen Lebens orientiert. — 60 Abschnitte. — Preis 2 Mk.
Neukultur-Verlag, Berlin W 9.
Ausführl. Prospekt gratis!

Soeben erschien:

Marschner-Erinnerungen

von Dr. med. **Georg Fischer.**

8°. 237 Seiten mit 6 Vollbildern u. vollständigem Inhaltsverzeichnis.
Elegant gebunden M. 9.—

Eine Fülle intimer Nachrichten und Briefe, die für seine Lebensgeschichte von größtem Wert sind.

Verlag der Hahnschen Buchhandlung, Hannover.

Konservative Pädagogik.

Die Knabenerziehung des deutschen Hauses auf der Grundlage des Autoritätsgedankens.

Familienpädagogik

von **Edmund Schopen**

20 Bg. — 1918. — Preis M. 5.50

Verlag der Druckerei Lehrlinghaus, Mainz, Breidenbacherstraße 12

Jeder selbstdenkende Deutsche schreibe

Rollers Weltkurzschrift.

Viel deutlicher, kürzer und einfacher als die älteren Kurzschriften.
Jedes Kind erlernt sie spielend.
Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M.
Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift
Johannes Bück, Neumünster,
Kieler Straße 73.
Postscheckkonto Hamburg 13235.

In französischer Gefangenschaft

Von **R. S. Waldstätter**

Preis geheftet M. 1.—

Die Aussagen stammen von durchaus ehrenhaften und glaubwürdigen Männern, die sich der Tragweite dieser Veröffentlichung voll bewußt sind. Alles, was ihnen nicht ganz deutlich im Gedächtnis war, wurde ausgeschieden, und nur solche Ereignisse wurden erwähnt, die zu jeder Zeit vor Gericht beschworen werden können. **Erschütternd sind die Schilderungen, die alle Empfindungen, vom Grauen und Abscheu bis zum tiefsten Mitleid, in uns auslösen.**

England

und das Völkerrecht in der Geschichte

Von Prof. **Dr. A. Hofmeister**

Preis geheftet M. 1.—

In knapper, aber höchst eindringlicher Form ist hier meisterhaft dargestellt, wie England zu seiner weltumspannenden Stellung mit Hilfe einer Interessenpolitik gelangte, wie sie rücksichtsloser und egoistischer nicht gedacht werden kann; wie es dabei nie versäumte, die Forderungen der allgemeinen Moral und Billigkeit und angebliche oder wirkliche Sätze des Völkerrechts für sich geltend zu machen; wie es anderseits durch seine Taten die Heiligkeit der Verträge für den Ernstfall jeglicher Bedeutung entkleidete.

Eine Aufklärungsschrift, die in vielen Tausenden verbreitet zu werden verdient.

J. F. Lehmanns Verlag / München, Paul Heyseſtr. 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Munitionsversorgung, bei der Preis und Gewinn die größte Erzeugung hervorgelockt hätten, erscheint mir allerdings insofern nicht unbedenklich, als die Rohstoffe zur Munitionserzeugung vielfach unbegrenzt bei uns vorhanden, vielfach durch Beschlagnahme nach Bedarf herbeigeschafft werden, während die Nahrungsmittelmengen nach Aufhören der Einfuhr nicht in ausreichendem Maße bei uns vorhanden sind. Überdies bezahlt das Kriegsgerät der Staat mit dem Gelde seiner Bürger, während die Lebensmittel im allgemeinen vom einzelnen von seinen eigenen Mitteln bezahlt werden.

Davon abgesehen, ist aber sein Hinwirken auf eine mehr nationale Volkswirtschaft und die Erhebung der Forderung nach einer organischen, völkischen Gemeinwirtschaft wohltuend. — Freilich beginnen auch hier erst die wahren Schwierigkeiten da, wo man die Eigen- gegen die Gemeinwirtschaft genauer abgrenzen will. Wie der Gesamtverband dem einzelnen die Anordnung und gar die Verantwortung für die Wirtschaft abnehmen kann, ist m. E. ein noch ungelöstes Rätsel, bevor im Durchschnitt der Menschen nicht ganz andere Gesinnungen und Wertmaßstäbe gezüchtet sind. — Jedenfalls sind aber die an Ruhland, Graf Kanitz, Dr. Schiele und Berthold Otto anknüpfenden Anregungen sehr beachtenswert und zeichnen sich durch einen vorbildlichen Idealismus aus, wenn sie mir auch nicht ohne leise Widersprüche erscheinen. E. K.

S. M. S. **„Karlsruhe"**. Eines deutschen Kreuzers Glück und Ende. Erzählt von seinem ersten Offizier. Mit zwei Bildtafeln. Verlag Theodor Weicher, Leipzig 1916. Preis geb. 3,50 M.

Der pessimistische Charakter aller Flottengegnerschaft, die Tadelsucht der hervorragenden Parteibonzen verlieren alles Gewicht, wenn man ein Dokument seemännischer Tüchtigkeit in die Hände bekommt, wie dieses Buch von eines deutschen Kreuzers Glück und Ende. Wer Zweifel an den Beruf des deutschen Volkes zur Seegeltung gehabt hat, muß nach einem solchen Buch seine Meinung ändern. Es ist wahrscheinlich, daß auch weitere Kreise unseres Volkes die Rolle und die Bedeutung der Persönlichkeit im Staatswesen anerkennen werden. Der geborene Führer des Volkes ist nicht der parlamentarische Allerweltschwätzer, sondern der Feldherr, der in gemeinsamer Not die Fähigkeiten und Be-

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Verlag R. Oldenbourg, München—Berlin

Kürzlich erschien:

Soldaten-Erziehung

Eine Ergänzung zur allgemeinen Wehrpflicht

Von

Dr. Ernst Horneffer

z. Z. Landsturmmann

80 Seiten 8°. Preis M. 2.—

„. . das Büchlein . . . . war ein Erlebnis und wird es jedem sein, der es zur Hand nimmt. . . . . Ein Hauch Fichteschen Geistes weht durch das prächtige Buch." Dr. Eduard Herold, Oberleutnant d. R. a. D.

„Je mehr ich mich mit Ihrer Schrift beschäftige, desto einleuchtender wird mir die Bedeutung der Sache für unser nationales Leben." . . . .
Geheimrat Professor Eucken, Jena.

„Ich hoffe, daß die Schrift eine weite Verbreitung findet."
Generalfeldmarschall von Eichhorn.

Soeben erschien:

Körperliche Ertüchtigung

durch Schule, Gemeinde und Staat

eine nationale Lebensfrage

Mit besonderer Berücksichtigung einer künftigen gesetzgeberischen Regelung

Von **Alfred Steinitzer,** Oberstleutnant a. D.

III und 159 Seiten 8°. Geheftet M. 4.50

Der Krieg hat unserem Volkskörper tiefe Wunden geschlagen. Sie zu heilen und den Schaden auszugleichen, ist wohl die dringendste Aufgabe, die nach Beendigung des Krieges unser wartet.

Vor allem wird an einer Qualitätsverbesserung im Sinne einer körperlichen Ertüchtigung zu arbeiten sein. Das wirksamste Mittel dazu ist eine planmäßige Erziehung durch Spiel und Sport, die mit der Schulpflicht beginnt und dem jeweiligen Alter angepaßt ist. Eine solche körperliche Ertüchtigung birgt auch große erzieherische Werte in sich, die nicht nur der militärischen Leistungsfähigkeit, sondern auch der Persönlichkeit und staatsbürgerlichen Tüchtigkeit zugute kommen.

Die Bücher können bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom obigen Verlage.

Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund

Sitz: Magdeburg-S.

Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit, werbet Mitglieder!

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten über Lebensmittel usw. kostenlos.

Ich kaufe Briefmarkensammlung

seltene Einzelmarken und Markenbriefe gegen Barzahlung

Ernst Stock, Berlin W, Friedrichstr. 79

dürfnisse seiner Seele den Notwendigkeiten des Kampfes anpaßt. Der deutsche Militarismus, der unser Volk vom einfachsten Matrosen bis zum höchsten Seeoffizier hinauf zu solcher heldenhafter Tapferkeit erzieht, ist auf dem Wege, aus dem deutschen Volk ein unbedingtes Mustervolk und aus dem deutschen Staat einen Musterstaat zu schaffen, der rühmlich allen anderen Staatsgebilden gegenüber sich sehen lassen kann. Besteht sonst ein großer Zwiespalt zwischen Erziehung und wirklichem Leben, hier im deutschen Militarismus ist unsere Volksbildung zu einer Wahrheit geworden, die, wenn sie nicht mutwillig vom Jakobinertum gestört wird, zu den glänzendsten Erwartungen für die Zukunft berechtigt.

Heinrich Reuß.

Unsere wichtigeren wildwachsenden Heil-, Gewürz- und Teepflanzen. Beschreibung, Biologie, Sammeln und Anwendung von Dr. Hermann Roß, Kgl. Konservator am Botanischen Museum, Vorsitzender d. Abt. „Nutzung der Wildpflanzen" der Privaten Kriegshilfe München NW in München. Mit 10 Tafeln und 41 Abbild. im Texte von Prof. Dr. G. Dunzinger, Assistent am Botanischen Institut der Kgl. Technischen Hochschule in München. Verlag Natur und Kultur, München 1918. 2,50 M.

Bei der Behandlung der einzelnen Pflanzen sind neben der Beschreibung auch Mitteilungen gebracht über die Lebensverhältnisse, besonders aus dem anregenden Kapitel der Blütenbiologie, damit auch der Naturfreund Nutzen aus dem Buche ziehe und die Sammelnden auch Anregung zur eingehenderen Beschäftigung mit der heimischen Pflanzenwelt bekommen. Weiter wird die Bedeutung für die Apotheke und Volksmedizin angegeben. Endlich wurde auch berücksichtigt, welche Rolle die einzelne Pflanze in der Volkskunde spielt und welchen Ursprungs und Inhalts die verschiedenen botanischen und deutschen Namen sind. Die bildliche Ausstattung genügt allen Ansprüchen.

Deutschland hat in Friedenszeiten für viele Hunderttausende fremde Heil- und Gewürzpflanzen aus dem Ausland bezogen. Ein sehr großer Teil kann hiervon in Deutschland erzeugt werden. Durch zweckentsprechenden Anbau wichtiger Heilpflanzen können wir uns vom Ausland unabhängig machen und unsern Volkswohlstand heben.

Dem vorliegenden Heft liegt ein Aufruf der **Deutschen Schwesternschaft, Geschäftsstelle Berlin-Heinersdorf, Neukirchstraße 67,** bei, auf den besonders hingewiesen wird.

Briefmarken

Preisliste 1918 frei. — Auswahlen auf Wunsch versenden

Gebr. Michel, Apolda

Kürzlich sind erschienen:

Zur Erhaltung und Mehrung der VOLKSKRAFT

Arbeiten einer vom Ärztl. Verein München eingesetzten Kommission

Preis geheftet M. 4.—

INHALT: v. Zumbusch, Prof. Dr. L., und Dyroff, Geheimrat Prof. Dr. A.: Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Pfaundler, Prof. Dr. M.: Zur Organisation der Fürsorge bei kongenitaler Lues im ersten Kindesalter. — Ranke, Dr. K. E.: Die Tuberkulosebekämpfung nach dem Krieg — v. Gruber, Geh. Rat Prof. Dr. M.: Leitsätze über Alkoholismus und Nachwuchs. — Trumpp, Prof. Dr. J.: Ärztlicher Ehekonsens und Eheverbote. — Burgdörfer, Dr F.: Familienpolitik und Familienstatistik. — Ploetz, Dr. A.: Bedeutung der Frühehe für die Volkserneuerung nach dem Kriege. — v. Gruber-Pesl-Busching-Freudenberger, Dres.: Rassenhygien. Bevölkerungspolitik auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens. — v. Gruber, Geh. Rat Prof. Dr. M.: Wirtschaftliche Maßnahmen zur Förderung kinderreicher Familien. — Groth, Dr. A.: Neomalthusianismus. — Spatz, Hofrat Dr B.: Bekämpfung der antikonzeptionellen Propaganda. — Döderlein, Prof. Dr. A.: Zur Bekämpfung der Fehlgeburten. — Kraepelin, Geh. Rat Prof. Dr.: Geschlechtliche Verirrungen und Volksvermehrung. — Kaup, Prof. Dr. J.: Außerhäusliche Erwerbsarbeit der Frau und Erhaltung und Mehrung der Volkskraft. — Pesl, Dr. D.: Leitsätze über Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiterinnen. — Pfaundler, Prof. Dr. M.: Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. Meier, Geheimrat J.: Das Findelwesen. — Doernberger, Hofrat Dr. E.: Hebung der Volkskraft durch Kräftigung unserer Jugend.

Während in dem oben angezeigten Werke die verschiedenen Gebiete auf streng wissenschaftlicher Grundlage behandelt werden, wendet sich das Nachstehende mehr an die Allgemeinheit.

Die Erhaltung und Mehrung der deutschen VOLKSKRAFT

Preis geheftet M. 5.—

Gesamtbericht über die im großen Hörsaal der Universität München am 27. und 28. Mai 1918 abgehaltenen Mai-Tagung

INHALT: Zahn, Präsident Prof. Dr. Fr.: Deutsche Volkswirtschaft und Bevölkerungspolitik. — **v. Gruber,** Geh. Rat Prof. Dr. M.: Beweggründe der Geburtenverhütung und wirtschaftlicher Ausgleich zugunsten kinderreicher Familien. — **Timm,** Joh., Landtagsabgeordneter: Die wirtschaftlich-kulturelle Bedeutung des Arbeiterschutzes. — **v. Zumbusch,** Prof. Dr. L.: Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — **Rüdin,** Prof. Dr. E.: Alkoholismus, vererbbare Krankheiten, Ehekonsens. — **Lüders,** Frl. Dr. M. E.: Ehe und Frauenarbeit. — **Jacob,** Prof. Dr. P.: Verbreitung, Ursachen und Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter. — **Löhner,** Dr. O., Landeswohnungsrat: Wohnung und Siedelung. — **Hecker,** Prof. Dr. R.: Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. **Huber,** Päpstl. Hausprälat Dr. S.: Schulentlassene Jugend. — **Jacob,** Prof. Dr. P.: Schlußansprache.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heyscstr. 26

Zu Kürze erscheint:

Houston Stewart Chamberlain

Ein Abriß seines Lebens,

auf Grund eigener Mitteilungen herausgegeben von

Professor Dr. Leopold von Schroeder

Mit vier Bildnissen. Hübsch ausgestattet. Preis steif geheftet M. 2.50

Das Buch zeigt, wie Chamberlain ein Deutscher geworden ist, welch unvergleichliche Dienste er durch sein Schrifttum dem deutschen Volke erwiesen hat und was es dem großen Germanen schuldet. Leopold von Schroeder ist durch seine engen Beziehungen zu Houston Stewart Chamberlain der berufene Schilderer seines Werdegangs.

Soeben erschienen:

Deutschland am Scheidewege

Zeitgemäße Darlegungen von Dr. A. Bolliger, Pfarrer am Neumünster in Zürich

Preis geheftet M. 1.50

In Pfarrer Bolliger ist unserem Volke in der Schweiz ein warmfühlender Verfechter unserer gerechten Sache entstanden, die er leidenschaftlich trotz aller Anfeindungen immer wieder vertritt. Seine Siegeszuversicht ist so fest wie sein Glaube an das deutsche Volk; er kennt aber auch dessen Schwächen und möchte durch seine eindringlichen Worte die Gefahren, die ihm durch eine falsche Friedenspolitik, durch Demokratisierung usw. drohen, beschwören.

J. F. Lehmanns Verlag in München

Die Deutsche Zeitung

das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

Bezugsbedingungen: Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

Kreuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.— (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

Feldpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12

Wir suchen einen deutschgeborenen, gut empfohlenen

Geschäftsführer

von 25–35 Jahren, der mit dem Buch- und Zeitschriftenhandel vertraut ist. Bewerbungen müssen eigenhändigen Lebenslauf, Familienstand und Lichtbild, sowie beglaubigte Abschriften der Zeugnisse und Gehaltsansprüche enthalten.

Verlag „Auf Vorposten", Charlottenburg 4, Kantstraße 125.

Platzvorschriften

für Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, doch müssen spätestens 6 Wochen vor Erscheinen des betreffenden Heftes bekannt gegeben werden.

Heufieberkranke!

schließt Euch dem Heufieberbund (E. V.) an. **Jahresbeitrag 5 Mk.**, wofür Merkblatt, enthaltend die erprobtesten Linderungsmittel, sowie der neue Jahresbericht und andere Druckschriften geliefert werden. Aufklärende Werbeschrift verl. man grat. v. d. Geschäftsst. d. Heufieberb. (E. V.)

Elberfeld, Frankenplatz 29.

Handgetriebene Silberbrosche. M. 15.–

Über Runenschmuck

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. stark) heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutungen und Beiträgen von Guido von List, Walter Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, ferner Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie schmücke ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto durch

Haus Eklöh, Lüdenscheid.

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Schmuck

Deutscher Anker

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

Kriegs-Lebensversicherung

Eine erfolgreiche Zukunft hat der zu erwarten, der die Gesetze u. Einflüsse kennen lernt, die sein bisherigen Übelstände, Hindernisse und Schwierigkeiten verursachten, – die dem einen Energie, Ausdauer, Sicherheit im Auftreten und Sprechen, Gedächtniskraft, Ordnungssinn usw. usw. rauben — dem anderen aber schaffen und erhalten! — Krebs' Lehrbriefkurse, die in interessanten Schilderungen die fraglichen psychologischen Naturgesetze kurz und klar erläutern, leiten Sie in leichtfaßlichem u. bequem durchführbarem System an, Ihre Kraft und Leistungsfähigkeit zu entfalten und zeigen den folgerichtig-sicheren Weg zum Wohlstand und Glück! – Verlangen Sie Auskunft und Fragebogen (frei) von **H. Krebs, Barmen Z 13, Werterstraße 5**

• Aufwärts •

durch Geflügelzucht, insbesondere künstliche Brut im kleinen und großen!

Ein grundlegendes Büchlein franko für 85 Pfg., vom Verfasser

Carl v. Thaden,
Siedlung Heimland 41 b,
Zechlin (Mark).

Krankenfahrstühle

f. Straße u. Zimmer. Selbstfahrer, Tragstühle, Krankenmöbel aller Art. **Köhler Comp.,** Hofl., Heidelberg.

Herkunft und Volkstum der Deutschen
von Dr. Ludwig Wilser
55 Preis 30 Pfg.
Sis-Verlag in Zeitz

Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine!

Hervorragende Bezugsquelle

Fritz Weitzel, Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

KLISCHEES

für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie

RADIOTINTO-TIEFDRUCK

(SCHNELLPRESSENDRUCK)

in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung. Man verlange Muster u. Kostenanschläge.

BREND'AMOUR, SIMHART & Co

MÜNCHEN

In jedem Hause

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

Harmoniums von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. **umsonst. Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

Annahmeschluß für Anzeigen

für das Oktoberheft am 15. September.

Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

Sanatorium Dr. Dornblüth

WIESBADEN

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

Lähn i. Riesengeb. bei Hirschberg

Pädagogium Ländl. Schulanstalt

Gegründet 1874

Kleine Klassen, real, realgymn. und gymn. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung auf Obersekunda. Streng ger. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht und Erziehung. Ökonomie. Sport, Wandern, Bäder. Medizinische Bäder im Sanatorium. Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München.

634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2

Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

Jugendsanatorium in Verbindung mit Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in Herchen a. d. Sieg in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

Jugendheim Heidelberg

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

Fischer's Privat-Töchterheim, Cassel-Wilhelmshöhe.

Deutsches Frauenlehrjahr für Töchter höherer Stände. Wissenschaftliche Fortbildung, gründliche Ausbildung in Haus, Küche und Garten. Pflege von Musik und Kunst. Klass. Gymnastik. Gesunde Lage im **Habichtswalde.** Preis 2000 Mark. G. Fischer.

Gärtnerischer Lehrbetrieb.

Gebildete junge Mädchen und Jungen werden Ausbildung in Obst-, Wein- und Gemüsebau auf unserem Obstgut Blankenhornsberg bei Ihringen, nahe Freiburg i. Br. Vegetarische Lebensweise.

Dr. med. Riedlin.
Hedwig Gebhardt.

Hessische Handels-Lehranstalt

Saalbaustr. 73 DARMSTADT Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel; ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

Nordsee: Pädagogium Südstrand Föhr

verbunden mit

Dr. Gmelin Nordsee-Sanatorium

Einjährigen-Berechtigung

Beginn des Herbstsemestrials 6. September

Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.) Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

Frau Frieda Hocke-Kriele.

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

Hilf Dir selbst

so hilft Dir Gott! Selten hat es ein wahreres Sprichwort gegeben. Wie viele sind durch den Krieg aus ihrer Bahn geschleudert worden, wie viele in eine mißliche Lage geraten, wie viele vor einen ganz neuen Lebenslauf, vor ganz neue Aufgaben, gestellt worden! Da heißt es, den Kopf hoch halten und mit frischem Mut und Selbstvertrauen an die Arbeit gehen! Wer kleinmütig und verzagt ist, kein Vertrauen zu sich selbst hat, — wie sollen da andere Vertrauen zu ihm haben? — wer an seinem Wissen und Können zweifelt, wer keinen festen Charakter, noch Willen und Ausdauer besitzt, der ist verloren, noch ehe er die Hand an den Pflug legt, wenn er sich nicht beizeiten ändert. Das ist die größte Gottesgabe, daß man die Gestaltung seines „Ich" in der eigenen Hand hat. Wissen und alle angeführten Eigenschaften lassen sich erwerben und in hohem Grade entwickeln, wenn man freudig und konsequent zu Werke geht. Was ist dabei aber wertvoller als eine erfahrene, sachgemäße Führung, die uns alle Ab- und Irrwege erspart und uns auf dem kürzesten und fast dornenlosen Pfad zum schönen Ziele führt. Diese Führung bietet Ihnen **Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre,** aufgebaut auf der Erfahrung fast eines Vierteljahrhunderts in der Anleitung von Menschen aller Stände und Berufe zum Erfolg. Kein totes Buch, bei dem Sie sich selbst überlassen bleiben und nach einem ersten Anlauf wieder zurücksinken, sondern ein lebendiger Unterricht, der Sie mit Rat und Tat von Stufe zu Stufe führt, in dem Sie mit dem Verfasser fortlaufend in Verbindung bleiben. Das verbürgt Ihnen einen wirklichen und dauernden Erfolg. Wenn Schüler nach 20 Jahren sich wieder an ihren Führer wenden, so zeigt das besser als alles andere, das sie einen dauernden Nutzen, einen Nutzen fürs ganze Leben, aus seinen Anleitungen gezogen haben.

Auszüge aus Zeugnissen: „Während fünf Monaten waren Sie mein geistiger Führer und Leitstern. Meinen tiefgefühlten Dank zu beschreiben, wage ich nicht, dafür fehlen mir die Worte, und dafür ist der Nutzen, den mir Ihre Lehre gebracht hat, zu groß. H. I." — „Ich habe in jeder Beziehung den denkbar besten Erfolg erzielt, wie das auch bei Befolgung der Anleitungen nicht anders möglich ist."

Verlangen Sie Prospekt (mit zahlreichen Zeugnissen) von

L. POEHLMANN, Amalienstraße 3, **MÜNCHEN C 12**

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den

. Jahrg. Heft 10 Oktober 1918

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Regierung und Erneuerung .. .. Dr. Eckart Wach
Vom parlamentarischen Absolutismus .. .. Prof. Dr. Imendörffer
Politische Erneuerungstechnik (Schluß) .. .. Dr. Walter Liek
Deutschland und die deutschen Bauern in Osteuropa Karl August Fischer
Gott und Volk .. .. Reinhold Zimmermann
Ein tapferes Wort zum Reichspressezuschuß .. .. Walter Kraß
Bild der Lage – Bücherschau .. .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Soeben erschien die 2. und 3. Auflage von

DAS NEUE BELGIEN

von

Dr. Wilh. Wintzer

Preis M. —.75

Durch jede Buchhandlung zu beziehen!

„Der Tag": „. . . . . bringt mit zwingender Beweiskraft eine Lösung der vielumstrittenen belgischen Kriegszielfrage."

„Rhein.-Westf.-Ztg.": „. . . . in knappster Zusammenfassung alles Wesentliche über das Problem Belgien. Wir können die Schrift unsern Lesern aufs wärmste empfehlen."

„Ess. Allg. Ztg." (Prof. Heyck): „Für das öffentliche Urteil ist die größtmögliche Verbreitung dieser ebenso wichtigen wie wohlfeilen Klärungsschrift zu wünschen."

Die erste Auflage war innerhalb 14 Tagen vergriffen!

Industrielle Werke bestellten Hunderte von Exemplaren!

G. D. BAEDEKER, Verlagshandlung, ESSEN

Ich kaufe Briefmarkensammlung

seltene Einzelmarken und Markenbriefe gegen Barzahlung

Ernst Stock, Berlin W, Friedrichstr. 79

Ein Buch für jedermann!

Der Gebildete auf der Höhe

In wenigen Stunden über alle Gebiete des geistigen, sozialen u. wirtschaftlichen Lebens orientiert. — 60 Abschnitte. — Preis 2 M.

Neukultur-Verlag, Berlin W 9.

Ausführl. Prospekt gratis!

Jeder selbstdenkende Deutsche schreibt

Rollers Weltkurzschrift

Viel deutlicher, kürzer und einfacher als die älteren Kurzschriften.

Jedes Kind erlernt sie spielend.

Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M.

Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift

Johannes Bülck, Neumünster

Kieler Straße 73.

Postscheckkonto Hamburg 13235.

J. F. LEHMANNS VERLAG

München, Paul Heyse-Str. 2

KUNSTSTOFFE

Zeitschrift für Erzeugung und Verwendung veredelter oder chemisch hergestellter Stoffe mit besonderer Berücksichtigung von Papiergarn, Kunstseide und anderen Kunstfasern, vulkanisierten u. devulkanisierten Kautschuks, Guttapercha, künstl. Kautschuks usw. sowie Ersatzstoffen von Zelluloid, künstlichem Leder, Linoleum von Kunstharzen, Kaseïn-Erzeugnissen u. a. m.

24 Hefte, Bezugspreis jhrl. M. 24.–

Unter Mitarbeit hervorragender Gelehrter und Sonderfachleute herausgegeben von

DR. RICHARD ESCALES

Die Zeitschrift bringt außer gediegenen Original-Aufsätzen und eingehenden Referaten aus der wissenschaftlichen und techn. Literatur ausführliche Patentberichte, sowie Handelsverträge, Zollverordnungen, Buchbesprechungen, Rechtspraxis u. a. m.

WIRKUNGSVOLLE ANZEIGEN

PROBENUMMER KOSTENFREI

In zweiter, unveränderter Auflage ist erschienen:

Hindenburg-Worte

Briefe, Drahtungen, Reden und Gespräche des Generalfeldmarschalls

In zeitlicher Folge herausgegeben von **Dr. H. Wohltmann**

Hübsch ausgestattet. Preis M. **2.**—, feine Ausgabe auf bestem, holzfreiem Papier M. **2.50** (dazu je 20 % Teuerungszuschlag)

Aus dem Geh. Zivilkabinett S. Maj. des Kaisers erhielt der Verlag die Mitteilung, daß S. Majestät das Buch „Hindenburgworte" von Dr. Hans Wohltmann gern anzunehmen und beim Durchblättern dem Wunsch Ausdruck zu geben geruhte, daß

die Worte dieser großen, uns von Gott geschenkten Persönlichkeit,

in denen die wertvollsten Seiten des deutschen Volkscharakters und deutschen Siegeswillens einen vielfach klassischen Ausdruck finden, im deutschen Volke weiteste Verbreitung finden möchten.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Straße 2

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor A. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat A. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 10 | Oktober

Inhalt:

Regierung und Erneuerung (S. 665) .. .. Dr. Eckart Wach
Vom parlamentarischen Absolutismus (S. 677) .. .. Prof. Dr. Benno Imendörffer
Politische Erneuerungstechnik (S. 686) .. .. Dr. Walter Liek
Deutschland und die deutschen Bauern in Osteuropa (S. 701) Karl August Fischer
Gott und Volk (S. 707) .. .. Reinhold Zimmermann
Ein tapferes Wort zum Reichspressezuschuß (S. 711) .. .. Walter Kratz
Bild der Lage (S. 717) — Bücherschau (S. 731) .. .. .. Dr. E. Kühn

Regierung und Erneuerung.

Von Dr. Eckart Wach.

Die Demokratisierung oder besser Plutokratisierung aller öffentlichen Verhältnisse hat sich während der letzten 28 Jahre schrittweise, im letzten Jahrzehnt mit erschreckender Schnelligkeit vollzogen. Sie hat unter anderen bedenklichen Folgen auch die mit sich gebracht, daß die Regierungstätigkeit als solche in starkem Maße entwertet worden ist. Es ist das Kennzeichen jedes demokratischen Zeitalters seit Beginn der Geschichte, daß bei Leitung der öffentlichen Dinge die Sachkenntnis der Berufenen von der Schwatzfertigkeit der Unberufenen mehr oder weniger an die Wand gedrückt wird, daß minderwertige Existenzen, die unter normalen Verhältnissen eine Mitwirkung an den öffentlichen Dingen nicht wagen dürften, sich an die Oberfläche drängen mit dem Anspruche auf maßgeblichen Einfluß und Führung der Geschäfte.

Jung hat ganz recht, wenn er in einer seiner ausgezeichneten Aufsätze in dieser Zeitschrift (Heft 2, Mai 1917) u. a. sagt: „Der Parlamentarismus ist nichts anderes als organisierter Dilettantismus, die Ausschaltung des Fachmanns durch den Berufspolitiker, d. h. den Redner.“ Ebenso hatte der liberale Brüsseler Handelskammerpräsident recht, als er den Parlamentarismus als „die Herrschaft des faden Geschwätzes und Nichtkönners“ bezeichnete. Die Phrasengießkanne strebt zur Herrschaft über die stille Tat.

By

Hier liegt eine der Quellen der Abneigung gegen die „Beamtenregierung" und des Wunsches ihrer Ablösung durch eine parlamentarische Regierung. Es läuft bei diesen Bestrebungen ein gut Teil persönlicher Abneigung mit unter, der psychologisch aus dem peinigenden Gefühle der eigenen Unfähigkeit und Minderwertigkeit der durch Sachkenntnis nicht belasteten öffentlichen Agitatoren zu erklären ist.

Jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß es die hier geschilderte Entwicklung dahin gebracht hat, daß in zahlreichen Fällen mühevolle, best erwogene und durchdachte, sachgemäße Regierungsarbeit ergebnis- und fruchtlos geblieben ist, obwohl sie der unaufschieblichen Befriedigung dringendster Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten von Staat und Volk galt. Jede neue Tagung des Reichstags und auch der Parlamente der Bundesstaaten ist ja des Zeuge.

Aber die Dinge liegen noch schlimmer. Sagen wir uns doch offen die Wahrheit: Die Regierungen gelten heute nichts mehr. Ihre Arbeit wird nicht mehr ernst genommen. Ihre Vorlagen werden wie Sextanerarbeiten bewertet und behandelt. Wenn sie, wie kürzlich die bundesstaatlichen Finanzminister anläßlich der Reichssteuerfragen, für ureigentlichste Staats- und Volksinteressen eintreten, lohnt sie Spott und Hohn. Als unzulängliche „Winkelriede" werden sie heimgeschickt, und sie können noch froh sein, wenn ihnen unsere alljüdischen Autokraten den Trost als „reuige Sünder" mit auf den ruhmlosen Heimweg geben. Die Regierung spielt heute im Volksbewußtsein vielfach nur noch die Rolle des bis auf weiteres noch notwendigen Anhängsels am regierenden Parlamente. Sie ist ihr ausführendes Organ. Hohnvoll spottet ein Walter Rathenau in seinem berühmten Aufsatz in der „Wiener Neuen Freien Presse" vom 12. April 1914 über den Mangel „geistiger Potenzen in der Verfassungs- und Verteidigungslinie" unserer Regierungen und dienert vor der „selbsttätigen Selektion" freier Volksstaaten, d. h. plutokratisch regierter Scheinrepubliken. Kein Wunder, daß dem Volke die Regierungen heute als das große Sammelbecken bezopfter Trottel gelten. Das klingt hart und unschön. Aber ist's nicht wahr? Man höre sich doch einmal um im Lesezirkel des „Vorwärts" und des „Berliner Tageblatts", oder höre sich die offenen und „vertraulichen" Äußerungen der Herren Volksvertreter über die Besetzung der Ministerialressorts an, mit denen sie draußen in ihren Wahlkreisen Geschäfte machen und die sich im Volke weiterfressen wie schleichendes Gift. Als schmachvollste Beleidigung gilt Herrn Scheidemann und seinen Genossen noch immer der „Regierungssozialist". Was früher eine Ehre war, heute ist's ein Opfer: Regierungs- oder gar Ministerialbeamter zu sein. Er trägt den Makel des Nichtswissens und Nichtskönnens an der Stirn. Abgesehen natürlich vom Auswärtigen Amte des Deutschen Reiches.[1]) Das ist tabu. Abgesehen auch von einzelnen erlesenen Größen: den Friedberg, Payer, Schiffer usw. Bei jenen macht's die Rückversicherung, bei diesen die Wundersalbe der „selbsttätigen Selektion" aus der Firma Rathenau & Co. Im übrigen aber erleben wir einen Sturmlauf gegen den „Obrigkeitsstaat", den es in der bekämpften Form längst nicht mehr gibt. Und ausgerechnet die, die uns mit ihrem verfehlten sozialistischen Kriegswirtschaftssystem das fressende und unwirtschaftliche Kapital eines riesenhaften Beamtenheeres auf den allzu geduldigen Rücken laden, wettern gegen die „Beamtenregierung". Sie steht dem Höhenfluge der Nation zum idealen Ziele der Wallstreet entgegen. Deshalb steht über ihr und ihren Mitgliedern das „Kreuzige"! Und dieses Kreuzige vollzieht man nach bewährtem alljüdischen Rezepte am besten und erfolgreichsten dadurch, daß man die, die heute die Regie-

[1]) Die Arbeit wurde vor der Neubesetzung des Auswärtigen Amtes geschrieben.

rungs- und Verwaltungsmaschine bedienen, als Auslese einer falschen „Selektion", als mittelalterliche Zopfträger, als unfähige und beschränkte „Potenzen" hinstellt, deren Denken und Können nicht über die Ruheseligkeit und Gedankenarmut eines alternden Subalternen hinausreicht. Man schreit: „Freie Bahn dem Tüchtigen" und denkt dabei zu allererst an eine Erneuerung der Regierungen im Sinne der Rathenau, Oernburg, Theodor Wolff, Cohn und Rassegenossen.

Woher das alles? Hier soll nicht des näheren darauf zugekommen werden, warum die Regierung als solche, als Begriff, sich allmählich auflöst, warum sie in ihrer verfassungsrechtlichen Stellung schrittweise zusammensinkt. Woran das liegt und daß sie daran zu 99% selbst schuld ist, ist in dieser Zeitschrift wiederholt dargelegt worden. Diese verfassungsfälschende Entwicklung bleibe also im folgenden außer Betracht. Hier sei lediglich von der Persönlichkeitsentwertung die Rede, wobei natürlich zu beachten bleibt, daß auch sie zu jener Entwicklung in der Beziehung von Ursache zur Wirkung steht.

Es soll nun natürlich nicht geleugnet werden, daß es auch in den Regierungen Unfähige und Schwache gibt, bezeichnenderweise gerade an solchen Stellen, die von den oben gekennzeichneten Angriffen nicht betroffen werden. Heinrich v. Treitschkes (Deutsche Geschichte IV, 655) bissiges Spottwort von „dem wohllautenden Titel Legationsrat, welchen die Mittelstaaten den unbrauchbaren Söhnen ihres Adels anzuheften beliebten", mag hie und da auch heute noch zutreffen. Aber abgesehen davon, daß, wie gesagt, gerade solche Stellen den alljüdischen Machern unserer öffentlichen Meinung unverletzlich erscheinen und von ihnen geradezu gehegt und gepflegt werden, so kann es sich außerhalb dieser Kreise doch nur um seltene Ausnahmen handeln, und eine gerechte Beurteilung wird anzuerkennen haben, daß heute, mehr vielleicht als je, das Gros unserer Regierungs- und Ministerialbeamten die zehnfach gesiebte Auslese der hervorragendsten Verwaltungskräfte darstellt. Man wird also für die zweifellos vorhandene und höchst bedenkliche öffentliche Herabwertung dieser Kräfte nach anderen Erklärungen suchen müssen, wobei wir uns über die Beweggründe der Freunde von der Gegenseite natürlich klar sind; darüber bedarf es keines Wortes.

Durch die demokratische Entwicklung allein läßt sich jene Entwertung nun nicht erklären. Denn es liegt zweifellos nicht in der Natur der Dinge, daß die Sachunkenntnis über die Sachkenntnis, die Selbstsucht über die Selbstlosigkeit, der Schwätzer über den Arbeiter, der Schaffende über den Unfruchtbaren triumphiert. So liegt es aber heute.

Zur Erklärung bleibt nur die Annahme, daß auch auf seiten der Regierungen Fehler gemacht worden sind, die sich mehr und mehr rächen. Der Ernst der Zeitlage verlangt, daß hierüber mit voller Offenheit geredet werde.

Offenbar liegen in den herkömmlichen Regierungsverfahren Fehlerquellen, deren geschickte Ausnutzung das einträgliche Geschäft der Unterwühlung des Ansehens und der Autorität gerade der besten Kräfte unserer Regierungen ermöglicht oder wenigstens erleichtert. Liegen solche Fehler und Unterlassungen vor, dann ist auch die Notwendigkeit einer Erneuerung gegeben.

Wenn wir in diesem Sinne näher zusehen, so fällt zunächst eine weitgehende und untunliche Beschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit der höheren Regierungs- und insbesondere der Ministerialbeamten bei Mitwirkung an der Gestaltung der öffentlichen Dinge außerhalb der Amtsmauern ins Auge. Heute

sind diese Beamten infolge ungeschriebenen aber zwingenden Herkommens in Wahrheit fast ebenso von der öffentlichen Betätigung ausgeschaltet wie der Offizier. Man denke z. B. an die Betätigung bei Wahlen und an die infolge eben jenes Herkommens von der Demokratie geübte staatswidrige Praxis beim Kapitel „Wahlbeeinflussung". Wehe dem gewählten Volksvertreter, unter dessen Wahlaufrufen ein Amtsvorsteher oder gar ein Landrat mit seinem Titel prangt! Wehe dem Bezirksamtmann, der auf einer Amtsreise irgend etwas über seine persönliche Stellungnahme zu einer Kandidatur fallen läßt: Die Rüge wegen Wahlbeeinflussung ist ihm sicher. Dreifach wehe aber dem unglückseligen Landrat, der nicht ins Horn des alleinseligmachenden, allgemeinen, gleichen Wahlrechts tutet: er legt sein Haupt auf den Block des Amtsschafotts und findet nach dem Vorgange der Kanalrebellen ein vorzeitiges Ende. Der hohe Staatsbeamte ist heute — falls er nicht alljüdisch kapituliert — politisch mundtot und handlungsunfähig. Welche herabwertende Wirkung dieses Verfahren allmählich auf die Gesinnung der leitenden Kräfte haben muß, falls sie nicht eine Simsonskraft an Charakter haben, braucht nur angedeutet zu werden. Es bringt die Gefahr einer Erziehung gesinnungsloser Mollusken, seelen- und schließlich auch willenloser Verwaltungsmaschinen mit sich. Sie bewirkt die „Entpersönlichung", die künstliche Entziehung der Zivilkourage. Es gibt in keiner Beamtenschaft fachlich so hervorragende Kräfte, aber politisch so unselbständige Charaktere wie in der deutschen. Bleibt aber bei den besten der Charakter unangegriffen, so wird die ebenfalls gesinnungsschädliche Verbitterung um so stärker: sie sehen, wie machtlüsterne Demagogen ein Werk einreißen, dem ihre ganze selbstlose Lebensarbeit gilt, und müssen mit gefesselten Händen zusehen, weil ihr öffentliches Eingreifen und Gegenwirken nicht „opportun" ist. Diese Verbitterung wird aber, wie hier nur beiläufig erwähnt sei, immer tiefer, wenn es die Besten unseres Beamtenstabes immer wieder erleben müssen, daß die hohen und höchsten Stellen aus unsachlichen Rücksichten mit Nichtstaatsbeamten besetzt werden, sei es — aus völlig verfehlter Berechnung — mit Parlamentariern, die nach Bismarck an der „Ministrin" leiden, oder mit Kommunalbeamten, bei denen häufig die Redefähigkeit den alleinigen Befähigungsnachweis bildet. Die gesinnungsverderbliche Wirkung solcher Vorgänge wird gelegentlich gesondert zu behandeln sein. Ist es ein Wunder, wenn unsere besten Beamtenkräfte mehr und mehr in die Industrie abwandern? Gerade hier liegt eine ernste Gefahr für das, was man „Beamtenregierung" nennt, das aber in Wahrheit nichts anderes ist als der monarchische Staat.

Aber auch die sonstige gesamte politische Betätigung steht unter dem Zeichen des Ausschlusses jener Beamten, also gerade der besten Kräfte des Volkes. Ein Regierungsbeamter, der sich z. B. heute in Vertretung bedrohter Interessen seines Königs und seines Staates, sei es auch anonym, in die Presse wagt, tut dies mit der ständigen Gefahr seiner und seiner Familie Dasein. Das ist in keiner Hinsicht eine Übertreibung. Es gibt in den Regierungen wertvolle politische Kräfte, die nicht nur die Fähigkeit, sondern auch das innere Bedürfnis haben, für die Interessen von Staat und Volk in den öffentlichen Meinungsstreit einzugreifen, die das aber aus einer heute durchaus begründeten Sorge um ihr Dasein und ihr Fortkommen nicht wagen. So stellen insbesondere die Ministerien heute für die immer wichtiger und ausschlaggebender werdende öffentliche Behandlung der staatlichen und völkischen Entwicklung ein Brachland gebundener Kräfte dar. Der Staat fesselt heute seine besten Abwehrkräfte gegen seine eigenen Feinde in

falsch verstandener „Objektivität" und in einer nicht mehr gerechtfertigten, unzeitgemäßen Scheu vor der Öffentlichkeit selbst. Er handelt so, als ob noch immer, wie das unter normalen Verhältnissen vielleicht einmal der Fall gewesen sein mag, das Wesentliche der öffentlichen Geschäftsführung innerhalb der Regierung vor sich gehe. Das ist aber ein verhängnisvoller Irrtum. Die eigentlichen Triebkräfte des staatlichen Geschehens sind der Regierung infolge der selbstverschuldeten demokratischen, den Staat kommunalisierenden Entwicklung mehr und mehr aus den Händen geraten und in die Initiative der unverantwortlichen und selbstsüchtigen politischen Interessenvertretungen übergegangen. Eine der am schärfsten vertretenen Forderungen der Scheindemokratie an die Regierung stellt sich ja in dem bekannten Stichwort dar: Nicht regieren, sondern verwalten! Es gibt jetzt schon Regierungen und Regierungsteile, die sich zu diesem auflösenden Grundsatze bekennen und danach handeln. Jedenfalls ist die Sachlage schon heute häufig die, daß die amtliche Bearbeitung einer Angelegenheit durch die obersten Staatsbehörden erst zu einem Zeitpunkte einsetzen kann, wo sie eine durch die öffentliche und bei der jetzigen Methode von der Regierung unbeeinflußte Tätigkeit der unverantwortlichen Elemente geschaffene gebundene Marschroute bereits vorfindet, ohne daß die Regierung nunmehr die Möglichkeit hat, noch von sich aus mit Erfolg auf Grundidee und die allgemeine Zielrichtung der in Angriff genommenen Arbeit ausschlaggebend einzuwirken. Aber auch während der amtlichen Bearbeitung spielen sich oft wesentliche Vorgänge, die den Fortgang und Erfolg dieser Arbeit richtunggebend berühren, außerhalb der Ministerien ab, ohne daß die Regierung bei der herkömmlichen Zurückhaltung und Scheu vor der Öffentlichkeit Gelegenheit nimmt, coram publico einzuwirken. In der Tat begibt sich heute die Regierung durch die unzeitgemäße Zurückhaltung ihrer Mitglieder und deren Beschränkung auf die unöffentlichen Grenzen des Amtes des wesentlichsten und vielleicht am meisten erfolgversprechenden Regierungsmittels: der Beeinflussung der öffentlichen Meinung von langer Hand her im allgemeinen und neben der Fachbetätigung im einzelnen Falle.

Selbstverständlich denken wir nun hierbei nicht an die Empfehlung der sachlich und moralisch nicht haltbaren Beeinflussungsmethoden eines Bethmann, der ja nicht, wie wir es im Auge haben, in offener ehrlicher Aussprache vor aller Öffentlichkeit eine öffentliche Meinung schuf, sondern der nach Kamptzschen Vorbildern mit finsteren Macht- und Verfolgungsmitteln in der Stickluft verderblicher Scheu vor der Öffentlichkeit hinten herum eine öffentliche Meinung verdarb und zerstörte und auf diesem Wege sein Volk fast um sein Bestes brachte: um den Glauben an sich selbst.

Dabei kann doch in allewege nicht mehr bezweifelt werden, daß die Zeiten vorüber sind, wo sich in Abschließung vor der Öffentlichkeit sozusagen vom „Ressort", vom Ministerium aus „regieren" ließ („verwalten" heißt etwas ganz anderes). Gerade hier liegt übrigens das Geheimnis, warum sich angeblich „demokratische" Regierungen ohne Verdienst und Würdigkeit trotz aller Mängel an Sachkunde und trotz aller Vergehen gegen das Gemeinwohl oft erstaunlich lange über Wasser halten: sie sind bar jeder Scheu vor einem Hinaustreten in die Öffentlichkeit, sie unterschätzen nicht die Wichtigkeit der zeitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung, sie sehen gerade darin eine der wichtigsten Aufgaben ihrer amtlichen Tätigkeit. Bei uns hingegen erscheint es nach der hergebrachten Regierungsart fast als abgeschmackter Gedanke, daß die Regierung zu einem Aufruf an öffentliche Versamm-

lungen, zu Flugblättern, Maueranschlägen u. dgl. greift, daß ein Minister oder ein Ministerialreferent in noch so wichtigen Staatsfragen außerhalb des Parlaments oder sonstiger offizieller Betätigung öffentlich in den Meinungsstreit eingreift oder einen Aufsatz mit seinem Namen zeichnet.

Nicht einmal das Allernotwendigste wird bei uns getan: alles Bitten und Flehen um Aufklärung unseres Volkes über seine eigene Lebensbelange war bisher vergeblich. Lloyd George, Wilson, Clemenceau und ihre Referenten bis hinunter zum letzten Sekretär wissen den Wert der persönlichen Einflußnahme auf ihr Volk zu schätzen und zu werten. Bei uns weiß man das nicht, bleibt in „vornehmer Zurückhaltung" und läßt den lieben Gott einen guten Mann sein. Ein offenes Hinaustreten vors Volk könnte doch schließlich irgendeiner Richtung nicht passen. Die Hauptsache ist: nur nicht anecken! Hier liegt auch einer der Gründe, warum sich unsere Regierungen unfähig erwiesen haben, die so dringend nötige „politische Offensive" dem feindlichen Ausland gegenüber zu unternehmen.

Uns ist hierzu ein bezeichnender Fall bekannt. Anläßlich einer bedeutungsvollen wirtschaftlichen Vorlage in einem Bundesstaate erklärte sich während schwerer politischer Kämpfe, durch die staatliche und völkische Interessen in hohem Maße bedroht wurden, ein hoher Staatsbeamter auf dringendes Ersuchen der für Staat und Volk eintretenden Kreise bereit, vor der Öffentlichkeit einen aufklärenden Vortrag zu halten. Dies wurde ihm von seinem Ministerium unter der Hand unmöglich gemacht mit dem Hinweis darauf, daß es unüblich und bedenklich sei, wenn er als hoher Staatsbeamter sich an der öffentlichen Aussprache beteiligen wolle, es widerspreche dies auch der „objektiven" Stellung der Regierung und ihrer Vertreter in dem Meinungsstreite. Es könnten noch mehr derartige charakteristische Beispiele angeführt werden. Welcher Einflußmöglichkeiten sich die Regierungen auf diese sachlich zweifellos nicht gebotene Weise begeben, liegt auf der Hand.

Nicht selten ist auch die Klage führender Männer der Presse, daß die besten politischen Zweckaufsätze, die sie von pflichtbewußten Persönlichkeiten aus Regierungen und Ministerien erhalten, durch die Anonymität um einen wesentlichen Teil ihrer Wirkung kommen, daß sich diese Wirkung doppelt und dreifach verstärken würde, wenn die Arbeiten mit voller Namenszeichnung erscheinen könnten. Wer die Suggestibilität unseres Volkes für Titel und Würden kennt, versteht solche Wünsche.

Bemerkt sei zu alledem, daß die etwaige Einwendung, den meisten Regierungen stünden ja offiziöse Blätter zur Verfügung und etwa Nötiges könne dort gesagt werden, hinfällig ist. Es soll sich eben gerade nicht darum handeln, daß die Regierung als solche, also hochoffiziell tätig wird, sondern darum, daß deren Mitgliedern gestattet wird, für sich, auf eigene Rechnung und Gefahr und ohne Bindung ihrer Regierungen auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluß zu nehmen. Das geschieht aber mit erheblich größerer Wirkung in der politischen Tagespresse, ganz abgesehen davon, daß mit dem bedauerlichen und bedenklichen Sinken der Achtung vor der Regierung auch eine steigende Minderung des Wertes der offiziösen Zeitungen verbunden ist.

Es darf daher nicht verkannt werden, daß die Überschätzung parlamentarischer Schwätzer und Scharlatane und die immer mehr fortschreitende Unterschätzung und Minderbewertung der Regierungsbeamten wesentlich daran liegt, daß die Öffentlichkeit von den letzteren nichts hört und sieht. Unser Volk will die, die seine Regierungsmaschine handhaben, sehen, hören und von ihnen lesen. Man darf diese Feststellung nicht ohne weiteres belächeln und als belanglos abtun. Die häufig

bis zur Abneigung gesteigerte Verständnislosigkeit der Öffentlichkeit gegenüber der Tätigkeit der Regierung und die gefährliche Neigung für demokratische Experimente beruht wesentlich mit auf dem Umstande, daß unser Volk Persönlichkeiten nur noch sucht in den Parlamenten, die es sieht und hört, nicht mehr unter den hohen Staatsbeamten, die es — abgesehen von den offiziellen Erklärungen der Staatsleiter — nicht sieht und nicht hört. Auch die boshafte Überheblichkeit mancher Parlamentarier hat darin seinen Grund. Sie fühlen sich sicher davor, daß ihnen die überlegene Sachkunde der Regierungsvertreter auch einmal außerhalb der Ausschußzimmer in aller Öffentlichkeit rücksichtslos auf die Finger klopfen könnte. Es darf sogar angenommen werden, daß eine freiere Betätigung der Mitglieder der Regierungen eine praktisch sehr fühlbare Gegenwirkung gegen das angeblich demokratische Streben nach Parlamentarisierung auslösen würde. Hinwiederum würde rückwirkend der erziehliche Einfluß einer öffentlichen Betätigung auf die Regierungsbeamten groß und segensreich sein. Gibt es doch kein besseres Mittel gegen Weltfremdheit und Verknöcherung als eben eine solche Betätigung.

Wir werden bei der im Reich und in Preußen in Angriff genommenen Parlamentarisierung übrigens bald Beobachtungen nach anderer Richtung machen können. Denn es ist ausgeschlossen, daß sich die hereingenommenen Parlamentarier, Leute wie Schiffer, Payer, Friedberg, Krause, Müller usw., abhalten lassen werden, weiter in und neben ihrem Amte in öffentlichen Materien sich öffentlich zu betätigen. Schiffer und Friedberg haben ja dies in der Nationalliberalen Korrespondenz seinerzeit offen erklären lassen und handeln herzhaft nach dieser Ankündigung, wobei es allerdings höchst üblen Eindruck macht und den ganzen Jammer der Zerstörung der konstitutionellen Verfassung enthüllt, wenn Staatsleiter auch bei hochoffiziellen Anlässen am Regierungstische als Parteihäupter auftreten und als Minister von einzelnen Parteien als von ihren „Freunden" reden. Wenn dann daneben die nichtparlamentarischen Mitglieder der Regierung weiter in der üblichen Zurückhaltung verharren, wird sich in der Öffentlichkeit der Aberglaube an das alleinige Heil der parlamentarischen Herrschaft immer fester setzen. Wir erhalten dann zwei Klassen von Regierungsmitgliedern: die, die öffentlich wirken dürfen, d. s. die, deren öffentliche Wirksamkeit zweifellos nicht immer im staatlichen und völkischen Interesse liegt, und die, die in vorsichtiger Zurückhaltung auch weiterhin zu verharren haben, d. s. ausgerechnet die treuesten Diener ihres Königs und Volkes. Die kommende Zeit wird erweisen, daß diese Gegenüberstellung nicht künstlich gemacht ist, sondern Wirklichkeit wird.

Übrigens hat der Reichskanzler Dr. Michaelis der hier vertretenen Auffassung nicht ferngestanden. Er hatte offenbar die Absicht, mit dem bisherigen System zu brechen und mehr, als das bis jetzt möglich war, „ins Volk zu gehen". Annehmbar wollte er versuchen, dementsprechend auch die politischen Kräfte der ihm unterstellten Beamten in den Dienst der staatlichen Interessen und des Gemeinwohles zu stellen.

Gegen die hier vertretene Auffassung werden im wesentlichen zwei Einwendungen erhoben. Einmal wird gesagt, daß es kein erbauliches Schauspiel sein werde, wenn die Mitglieder der Regierungen gegeneinander in der politischen Arena auftreten würden. Es mag dahingestellt bleiben, ob dieser Schaden größer sein würde als der, der die Folge der heutigen völligen Zurückhaltung, der politischen Brachlegung erstklassiger Kräfte und der zweifachen Klassierung der Regierungsmitglieder nach dem oben geschilderten Vorgange ist. Jener Einwand sieht die Dinge schief. Denn darum handelt es sich gar nicht, den Regierungsbeamten die

fesselose Freiheit in parteipolitischer Betätigung und Agitation zu geben. Wir schwärmen durchaus nicht für ein Auftreten nach dem Muster der Payer, Friedberg und Schiffer usf. Vielmehr und allein darum handelt sich's, jenen Beamten bei Vertretung sachlicher Maßnahmen eine sachgemäß begrenzte öffentliche Betätigung nachzulassen und ihre Kräfte mit in den Dienst öffentlichen Eintretens für völkische Belange und den Bestand der Monarchie, auf die sie vereidigt sind, zu stellen. Es ist nur ein Zeichen für die Krankhaftigkeit unserer Zustände, daß diese Anregung überhaupt nötig ist. Solange wir noch eine wirkliche Monarchie sein werden, sollte es den königlichen Beamten jedenfalls nicht verwehrt sein, auch außerhalb der verschwiegenen Amtszimmer offen und ehrlich in der politischen Arena für das einzutreten, dem ihre ganzen Kräfte zu weihen sie vor Gott gelobt haben. Heute ist es aber so: man errichtet eine Kampfarena für „Neuorientierung", alias Revolutionierung, verschließt aber den Eintritt ausgerechnet denen, die es zu allererst angeht.

Weiter wird eingewendet, daß die Regierung im gegebenen Falle befürchten müsse, durch abwegige oder unvorsichtige Ausführungen ihrer Mitglieder vorzeitig festgelegt zu werden. Auch dieser Einwand ist hinfällig. Sollte der Fall einer unsachgemäßen Auslassung wirklich einmal eintreten, so stünde nicht das Geringste im Wege, daß der betreffende Minister bei gegebener Gelegenheit im Parlamente unter rückhaltloser Abwehr eines etwaigen Angriffs auf die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten erklärte, daß die Regierung für die außeramtliche persönliche Betätigung des betreffenden Mitgliedes, solange sie disziplinarisch einwandfrei ist, weder die Verantwortung trage, noch sich dadurch irgendwie gebunden erachte.

Wir sind uns wohl bewußt, daß die hier vertretenen Gedanken mißverstanden werden können, und daß sie den bisherigen Regierungsformen, wenigstens in den meisten Bundesstaaten, so sehr widersprechen, daß sie als revolutionär empfunden werden können. Ebenso gewiß sind wir, daß sie sich durchsetzen werden. Es ist nur zu wünschen, daß dies nicht auf dem Wege der endgültigen „Parlamentarisierung", also der völligen Abdrückung der „Beamtenregierung" geschieht, mit der das Wohl und Wehe des konstitutionell-monarchischen Staates auf Gedeih und Verderb verknüpft ist. Gerade um dies zu verhüten, werden diese Gedanken hier angeregt. Noch ist es Zeit, den außerordentlichen, bisher nicht ausgekauften Einfluß, den die hohe Staatsstelle als solche im Verein mit der Sachkunde ihrer Träger aufs Volk ausübt, in den Dienst der Gegenbewegung gegen die plutokratische Demokratisierung zu stellen. Es soll hier, wie gesagt, keineswegs die disziplinlose, autoritätslose, fesselose Freiheit der Regierungsträger für parteipolitische Betätigung angeregt werden, wie sie auf dem Wege der Verfassungsfälschung bei uns ja bereits eingebrochen ist. Es soll auch nicht der wüsten Agitationsfreiheit das Wort geredet werden. Nur darum handelt sich's, daß diejenigen, die das Zeug dazu und den inneren Trieb haben, sich ohne Rücksicht auf ihre persönliche Bequemlichkeit in Verteidigung und Förderung der Lebensnotwendigkeiten unseres Staates und Volkes auch außerhalb der geschlossenen Amtszimmer zu betätigen, freier gestellt werden, daß zumindest die stets drückende und den Arbeitserfolg beeinträchtigende Sorge von ihnen genommen wird: Wenn du außerhalb deiner Amtsmauern in politischem Streit offen und ehrlich für deine Überzeugung, für die du vereidigt bist, eintrittst, verlierst du in deiner Behörde den Boden unter den Füßen und mußt womöglich die Gefährdung deines Daseins befürchten. Denn so liegt es heute. Wer aber fremde Nerven beeinflussen will, muß selber nervenruhig sein.

Je weiter die Plutokratisierung schreitet, um so schwieriger wird die Stellung der Regierung und um so wichtiger, aber auch heikler die Aufgabe derer, die ihr Gewissen treibt, auf dem hier gemeinten Wege für die Interessen von Staat und Volk auch außerhalb der Ämter tätig zu sein.

Eine weitere Fehlerquelle, die der Entwertung der Regierungstätigkeit und verkehrten Neuerungswünschen Vorschub leistet, ist folgende: Bei einzelnen Regierungsstellen tritt neben eigenem Mangel an politischer Intuition immer noch eine starke Unterschätzung der politischen Tätigkeit als solcher zutage. Diese Unterschätzung ist ein Rest aus der guten alten Zeit, in der es sich tatsächlich ohne Berührung mit alledem, was man unter „Politik" begreift, regieren ließ. Das ist aber auch in den engeren Verhältnissen des Einzelstaates schon lange nicht mehr möglich. Das nur bedingt wahre Wort „Die Regierung steht über den Parteien" ist manchem zum Irrlicht, manchem auch zum Ruhebett geworden. Gewiß soll die Regierung über den Parteien stehen in dem Sinne, daß sie sich nicht dem Machtwillen irgendeiner Partei unterwirft und sich nicht wie die Friedberg, Payer, Schiffer usf. bei der Amtsausübung mit Parteien gemein macht. Keineswegs aber bedeutet das Wort, daß die Regierung sozusagen wie ein Säulenheiliger sich unberührt halten sollte von der rauhen Wirklichkeit des Meinungsstreites im Volk, daß ihr die Parteien und deren Treiben gleichgültig bleiben müßten, daß sie sich nicht einmischen dürfe in das Wollen und Handeln der politischen Parteien. Nichts kann der Demokratie lieber sein als dieser verbreitete Irrtum, der eben dazu führt, daß die „Regierung" von ihrem Throne steigt und zur „Verwaltung" wird.

Bülow sagt sehr mit Recht: „Indem die Regierung tut, als ob sie über den Parteien stände, gleitet sie in Wahrheit unter die Füße der Parteien." Das ist ja gerade der Weg, auf dem uns die Parlamentarisierung beschert worden ist! Wie überall, so kranken wir auch in den Regierungen an der fatalsten deutschen Gesinnungskrankheit: am Objektivitätsdusel, und erreichen auch damit gerade das Gegenteil des Erstrebten. Wenn die Regierung ein politisches Vakuum sein will, so wird sich dieses Vakuum nach allgemeinen Naturgesetzen eben mit anderen Kräften ausfüllen. Die Natur duldet nun einmal kein Vakuum. Friedrich Julius Stahl hat diese objektive „Erhabenheit" der damit notwendigerweise rechtlos werdenden Regierung einst mit dem stolzen Knopf am Kirchturm verglichen, der erhaben ist über das ganze Dorf, um den sich aber niemand kümmert und dessen Dasein aus Gleichgültigkeit ins Vergessen gerät. Eine Regierung, die überhaupt weiß, was sie will und die sich als selbsttätiger Entwicklungsfaktor nicht völlig ausschaltet, also ihre eigentliche Daseinsberechtigung nicht selber verneinen will, wird selbstverständlich auch die Parteien nicht gleich bewerten können. Sie wird sich selbstverständlich denjenigen Parteien näher fühlen, die mehr oder weniger dieselben Grundsätze vertreten wie sie und wird danach ihre politische Strategie einrichten. Damit wird sie noch lange keine Parteiregierung. Sie wird letzteres nur auf dem gegenteiligen Wege. Das sind Binsenwahrheiten, die man sich scheuen sollte auszusprechen, wenn's leider nicht nötig wäre. Denn wie steht es heute? Heute sind die Regierungen, soweit sie nicht schon auf dem Wege des Über-den-Parteien-Stehens unter deren Füße geglitten sind, überhaupt ohne politischen Willen, ja mehr als das: überhaupt ohne „Politik".

Es muß gesagt werden, daß die vorgebliche Demokratie nicht zu ihrer heutigen Machtstellung gelangt wäre, wenn die monarchischen Regierungen eher das ge-

worden wären, was sie heute unter dem Zwange der Verhältnisse werden müssen, wenn sie nicht völlig verkümmern und absterben wollen: „politisch".

Noch heute gilt aber an manchen Regierungsstellen die politische Tätigkeit und die Handhabung ihres wesentlichsten Mittels, der Presse, als etwas Minderwertiges, etwas nicht ganz „Faires", jedenfalls als etwas neben der sonstigen fachlichen Tätigkeit nicht Vollwertiges. Werden jemandem „politische" oder gar „journalistische Fähigkeiten" zugesprochen, so geschieht das häufig mit der Bedeutung einer gewissen Minderbewertung. Einen politischen Zweckaufsatz z. B. mit einem Referat in irgendeiner sachlichen Frage gleichsetzen und gleichbewerten zu wollen, erscheint wohl in manchen Regierungen auch heute noch vielen undenkbar.

Schon Bismarck hat gegen diese völlige Verkennung des Wesens und der Bedeutung politischer Arbeit und insbesondere politischer Pressearbeit seitens eines gewissen „Geheimratismus" angekämpft und mit bitterem Spotte gesagt: „Ich meine da eine gewisse Sorte von Geheimräten, die alles verstehen, aber nichts kennen und können. Ich gebe Ihnen gleich einen Leiterwagen voll diesen Geheimräten ... mit lauter ersten Noten in die Lehre und Sie können aus ihnen nicht viel mehr als einen Schneider machen, der mit der Schere irgendein geistloses Lokalblatt zusammenstellt" (Eigenbrodt, Bismarck und seine Zeit S. 224).

Hier liegt wiederum ein verhängnisvoller Irrtum vor, der im allgemeinen aus Unkenntnis der Grundlagen, im besonderen aus einer gefährlichen Einbildung über Stellung und Beruf einer Regierung unter den einmal gewordenen und heute gegebenen Verhältnissen entsteht. Es war gar nicht etwa unsinnig, wenn Bismarck sagte: „Ich kann wohl aus einem tüchtigen Redakteur leichter einen Staatssekretär des Äußern und Innern machen, als aus einem Dutzend Geheimräten einen gewandten leitenden Redakteur." Gewiß ist Politik Kunst und nicht Wissenschaft. Das sagt aber nur, daß die Politik eine besondere Veranlagung, die nicht erlernbar ist, voraussetzt. Bismarck sagt: „Politik ist weniger Wissenschaft als Kunst, sie läßt sich nicht lehren, man muß dafür begabt sein." Es wäre aber eine Verkennung ihres Wesens, wenn man annehmen wollte, man könne produktiv Politik treiben ohne Wissenschaft. Im Gegenteil, es gibt kaum eine öffentliche Tätigkeit, die mehr die wissenschaftliche Beherrschung bestimmter und weiter Wissensgebiete voraussetzt als eben die Politik, wenn sie produktiv und nicht bloß Handwerk sein will. Unerläßlich ist jedenfalls das eingehende Studium der allgemeinen und der politischen Geschichte, des Staatsrechtes, der Volkswirtschaftslehre und nicht zuletzt der Finanzwissenschaft, sowie die Kenntnis philosophischer und biologischer Grundprobleme. Dazu kommt unter anderem die Kenntnis der Parteigeschichte, der Geschichte der Presse und, für die praktische Betätigung, das laufende Studium aller erheblichen wirtschaftlichen und politischen Vorgänge der gegenwärtigen Entwicklung und ihrer äußeren und inneren Zusammenhänge. Wer nicht die Fähigkeit hat, diese Entwicklung in allen ihren einzelnen Fäden zurückzuführen auf ihre Anfänge und ihre inneren Triebkräfte, ihre Zusammenhänge sowie ihre Zielrichtung zu erkennen, der kann vielleicht parlamentarischer Schreihals werden, niemals aber Politiker im hier verstandenen und für die Tätigkeit innerhalb einer Regierung voraussetzbaren Sinne. Jene Fähigkeit ist nur zu erreichen auf Grund eines sehr eingehenden, mühevollen und nie endenden wissenschaftlichen Studiums. Nebenbei, sozusagen als Sport, läßt sich weder die Kenntnis dieser Grundlagen erwerben, noch auch dann praktisch Politik machen. Dazu liegen die Dinge heute auch zu ernst.

Wenn oben gesagt war, ein Regieren lediglich vom Fach aus, also auf der Grundlage ausschließlich fachwissenschaftlicher Verwaltungstätigkeit, sei nicht mehr möglich, die Regierungen müßten vielmehr heute wohl oder übel „politisch" werden, wenn sie sich durch die demokratische Entwicklung nicht völlig an die Wand drücken lassen wollen, so setzt das voraus, daß die Politik im hier verstandenen Sinne als vollgültige, vollwertige, fachwissenschaftliche Regierungsbetätigung anerkannt und der Gegenstand mehr oder weniger in allen Ministerien zu fachmäßiger Ausgestaltung gebracht wird. Daß es sich dabei keinesfalls um Nebendinge handelt, die gelegentlich und nebenher erledigt werden können, geht aus dem bisher Ausgeführten zur Genüge hervor.

Wie außerordentlich wichtig die Erkenntnis dieser Wahrheiten und ihre Verwirklichung für die Regierungen ist, wird zumindest der nicht bezweifeln, der öfter parlamentarische Verhandlungen, vor allem Ausschußsitzungen mitgemacht hat. Woher kommt es, daß immer wieder die Beobachtung zu machen ist, daß die hervorragendsten Regierungskräfte, deren wissenschaftliche Bedeutung über jeden Zweifel erhaben und deren besondere Fach- und Verwaltungskenntnisse durchaus erstklassig sind, in der Praxis des politischen Meinungsaustausches mit den hohlsten Schwätzern und zweifellosen Minderwertigkeiten innerhalb weniger Augenblicke völlig unter den Schlitten geraten und oft mit dem Ausdrucke grenzenloser Hilflosigkeit der vollendetsten Sachunkenntnis hohnlachender Gegenspieler das Feld räumen? Welche Rolle spielt z. B., um hier gleich auf die höchste Höhe deutscher Beamtenvollkommenheit zu steigen, der Bundesrat, wenn er sich aus seiner stillen Arbeit hervorragender Verwaltungskenntnis und deutscher Staatsweisheit hinauswagt auf das Glatteis irgendeines Reichstagsausschusses? Denken wir z. B. an die gemeinsamen Hauptausschußverhandlungen im Mai und Juni. Woher dieses hilflose Zusammenklappen Leuten gegenüber, von denen kaum einer der Weisheit und dem Können der „Elitetruppe des deutschen Beamtentums" auch nur das Wasser reicht? Gewiß liegt das in erster Linie am politischen Willen, aber keineswegs ausschließlich; es liegt ebenso sehr am politischen Können. Es muß durchaus anerkannt werden, daß es der Durchschnittsparlamentarier in fleißiger Arbeit zu einem politischen Spezialistentum gebracht hat, dem die meisten Regierungen und ihre Vertreter wehr- und waffenlos gegenüberstehen.

Hier ist eine Abhilfe, eine „Erneuerung" dringend nötig, wenn nicht noch mehr Unheil entstehen soll, als bereits geschehen ist. Sie kann aber nur auf dem Wege vor sich gehen, der hier angedeutet ist: Anerkennung der Politik als selbständigen Studiums und selbständiger vollwertiger Facharbeit. Unter Politik wird hier zugleich die allen Regierungen dringend nötige sachgemäße Pflege der Beziehung zur Presse und sonstigen Publizistik verstanden. Daß die Übertragung dieser Arbeit ganz besondere Anforderungen an die Personalauswahl stellt, ist richtig. Ebenso unrichtig aber wäre es, diese Schwierigkeiten für unüberwindlich zu halten und daran eine Änderung der besserungsbedürftigen Verhältnisse scheitern zu lassen. Unterlassen es die Regierungen endgültig, diesen Weg zu betreten, so wird das Rad des Parlamentarismus über sie hinweggehen und die konstitutionell-monarchische „Beamtenregierung" wird nur noch historische Museen zieren.

Wie in der Natur, so wächst eben auch im Staatsleben das Gute nicht von allein und geht ohne Pflege zugrunde. Die öffentliche Vernunft und der gute Wille werden seitens der Regierungen gemeinhin überschätzt. Prinzipien, grundlegende Auffassungen, die in Regierungen für selbstverständlich gehalten werden, sind es für

die Öffentlichkeit noch lange nicht. Sie bedürfen für sie hundertfacher Wiederholung, sei es auch in neuer Aufmachung. Jedenfalls darf gesagt werden: hätten sämtliche Regierungen früher die Zeichen der Zeit und ihren eigenen Erzieherberuf erkannt und einhellig danach, etwa im Sinne der gegenwärtigen Vorschläge, gehandelt, so wäre die demokratische Hochflut nicht entfernt in dem Maße über uns gekommen, wie wir es heute erleben, und die Regierungen hätten sich auch in der Alltagsarbeit tausenderlei Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten erspart.

Viel Schuld an dem gegenwärtigen Unheil trägt vor allem die Unterschätzung der Presse. Die Demokratie hat die Macht der Presse zeitig erkannt. Daher ihre Erfolge. Die Regierungen haben sich in vornehmer, aber unzeitgemäßer Zurückhaltung gescheut, ihrerseits beizeiten die Folgerungen daraus zu ziehen. Wer, was z. B. Bismarck schon frühzeitig erkannte, noch heute nicht erkennen will, daß ein geschickt abgefaßter und geschickt angebrachter Zeitungsartikel oft von größerer Wirkung ist als eine wochenlange noch so hervorragende amtliche Facharbeit, der steht dem Wesen der Dinge von heute immer noch fern. Daß dem so ist, daß heute die überlegene Fachkenntnis für sich allein nicht mehr zur Wirkung gelangt und zur „Papierkorbarbeit" wird, ist gewiß in höchstem Maße betrüblich. Aber es ist nun einmal so, und es ist verkehrt, sich gegen diese Erkenntnis zu sträuben. Besser und allein erfolgversprechend ist es, die Wirklichkeit zu erkennen und danach zu handeln.

Daß aber die hier gemachten Erneuerungsvorschläge nirgends illusionär, sondern realpolitisch und vor allem erfolgverbürgend sind, dafür gibt es bereits einen vollgültigen Beweis. Das ist zunächst, um von der Vergangenheit zu reden, die Bismarcksche Regierungsart. Bismarck hat die hier vertretenen Regierungsarten stets befolgt, und hierin liegt mit eine der Quellen ihrer Erfolge. Aber auch für die letzte Vergangenheit haben wir ein Beispiel: Das ist die Regierungsart des Reichsmarineamts unter der genialen Leitung des Staatssekretärs v. Tirpitz. Sie hat sich im allgemeinen auf der Grundlage der vorstehenden Anregungen aufgebaut, und es ist ja kein Geheimnis, daß wir keine deutsche Flotte und damit nicht unsere heutige Sicherheit vor England hätten, wenn das Reichsmarineamt seinerzeit nicht die Zeichen der Zeit erfaßt und danach gehandelt hätte. Auch die stellvertretenden Generalkommandos haben vorbildliche Arbeit im Sinne dieser Ausführungen geleistet. Nicht vergessen werden darf hier die vorbildliche Tätigkeit eines unserer hervorragendsten Generäle, des Chefs des Stellvertretenden Generalstabs der Armee, Freiherrn von Freytag-Loringhoven. Er hat erkannt, daß zum Wesen des „Regierens" heute vor allem eins gehört: politische Strategie im Sinne der vorstehenden Darlegungen. Er hat sich als Meister derselben bewährt, und seiner Tätigkeit verdankt das Reich außerordentlich viel. Jede einzelne deutsche Regierung dürfte bei ihm in die Schule gehen und könnte recht viel dabei lernen. Ebenso ist die fortschreitende Ausorganisierung umfassender politischer und Pressedezernate in einzelnen Reichsämtern bemerkenswert, die sich dadurch einen Vorsprung sichern. Für die noch zurückstehenden Bundesregierungen ist aber heute nichts nötiger als die Popularisierung ihres eigenen Daseins. Wenn sie nicht endlich selbst dabei Hand anlegen, dann werden sie samt und sonders zu dem Kirchturmknopfe, von dem uns Friedrich Julius Stahl erzählt. Entweder Erneuerung überlebter Regierungsarten in der Richtung der vorstehenden Vorschläge oder einen Grabstein für die „Beamtenregierung", d. h. für die konstitutionell-monarchische Staatsverfassung des Reichs, also für die Bundesstaaten, mit der Aufschrift: „Tu l'as voulu!" Die Wahl sollte eigentlich nicht schwer sein. Goethe meinte: „Was am meisten nottut, ist eine mutige Obrigkeit."

Vom parlamentarischen Absolutismus.

Von Prof. Dr. Benno Imendörffer (Wien).

Der Kampf um den Parlamentarismus ist, wie seine Bannerträger behaupten, nichts anderes als der Kampf gegen die letzten Erinnerungen an den Absolutismus oder, um mit Hugo Preuß zu reden, der Kampf des Volksstaates gegen den Obrigkeitsstaat. Dieser Kampf wird in der Gegenwart nur auf dem Boden der beiden mitteleuropäischen Großmächte ausgefochten und ist anderwärts längst zugunsten des „Volksstaates" entschieden. Lassen wir die von Preuß geprägte Unterscheidung gelten, so erhebt sich die Frage, was unter Obrigkeitsstaat, was unter Volksstaat zu verstehen sei? Da es einen Staat ohne Obrigkeit ebensowenig geben kann wie einen ohne Volk, handelt es sich also um die Bestimmung der Stellung, die jedem dieser beiden unerläßlichen Bestandteile des Staates im Staate zukommt. Versteht man unter Obrigkeit die Gesamtheit der Behörden und Beamten, die im Dienste der Allgemeinheit die sämtlichen Obliegenheiten der Verwaltung, das Wort in seinem weitesten Sinne gefaßt, erfüllen, so spitzt sich unsere Frage darauf zu, ob die Obrigkeit ihre umfassende Tätigkeit im Auftrage und unter ständiger Aufsicht des gesamten Volkes ausübt oder ob sich diese Tätigkeit im wesentlichen frei von ständiger Beeinflussung durch das Volk vollzieht. Es geht also letzten Endes um das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Ethisch gesehen besteht hier eine natürliche Wechselwirkung, denn alles Regieren muß notwendig seine sittliche Rechtfertigung in den Bedürfnissen der Regierten, also im gemeinen Wohle aller finden. In diesem Punkte stimmt die Auffassung des aufgeklärten Absolutismus Friedrichs des Großen oder Josefs II. mit der des äußersten Freisinns grundsätzlich überein. Aber auch der aufgeklärte Absolutismus vermochte sich von dem Gedanken der Unmündigkeit des Volkes nicht frei zu machen und behielt sich daher vor, darüber zu entscheiden, was unter gemeinem Wohl zu verstehen sei. Hier haben wir den eigentlichen Obrigkeitsstaat, dem diese Bezeichnung mit Recht beigelegt werden kann. Ihm steht die moderne Demokratie in schroffstem Gegensatze gegenüber. Sie faßt den Gedanken, daß die Lenker des Staates dem Volke Verantwortung schulden, nicht nur ethisch, sondern in praktisch-rechtlichem Sinne auf. Hieraus erwuchs das Verlangen nach einer Beaufsichtigung der gesamten Handhabung der Staatsverwaltung durch die Volksvertretung und der Grundsatz der Ministerverantwortlichkeit. Das Volk erscheint nicht mehr als eine mehr zufällige Gesamtheit unmündiger Untertanen, sondern als der seiner Rechte und Pflichten bewußte Verband der gleichberechtigten Staatsbürger, der aus eigener Einsicht zu bestimmen vermag, was ihm frommt. Aus praktischen Gründen, die ohne weiteres einleuchten, wird dann im neuzeitlichen Staate die Versammlung der gewählten Volksvertreter an die Stelle des ganzen Volkes gesetzt. Da ihr entscheidender Anteil an der Gesetzgebung zukommt und die öffentlichen Beamten ihr Amt nur in Erfüllung gesetzlicher Formen und Vorschriften auszuüben vermögen, ist der Volksvertretung insofern ein gewisser Einfluß auf die Besetzung der Beamtenstellen gewahrt, als nur solche Beamte zugelassen werden, die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Ob die Beamten vom Staatsoberhaupte ernannt oder unmittelbar vom Volke gewählt werden, ist daneben von untergeordneter und mehr nur förmlicher Bedeutung.

Auf dem Wege vom monarchischen Absolutismus zum modern-demokratischen Staate liegt als Zwischenstufe der Entwicklung der konstitutionelle Staat. Hier nimmt zwar das Volk durch seine gewählten Vertreter Anteil an der Gesetzgebung und übt zugleich eine Art Aufsichtsrecht über die Staatsverwaltung, besitzt aber keinen gesetzlich festgelegten und höchstens gelegentlichen Einfluß auf die Besetzung der Staatsämter von deren höchster bis zu deren niederster Stufe. Die Obrigkeit, das ist in weiterem Sinne die Gesamtheit der Behörden, tritt also eigentlich dem Volke als ein geschlossenes Ganzes entgegen. Die Richtlinien und Grundsätze, die in der Führung der Amtsgeschäfte befolgt werden, gehen letzten Endes, so weit sie nicht durch die bestehenden Gesetze vorgezeichnet sind, aus den in den obersten Spitzen der Verwaltung herrschenden Anschauungen hervor. Dies ist im großen ganzen der heute noch von Rechts wegen im Deutschen Reiche und in Österreich herrschende Zustand. Wenn ich ihn früher als eine Zwischenstufe der Entwicklung vom fürstlichen Absolutismus zum parlamentarischen „Volksstaate" bezeichnete, so sollte damit lediglich die bei den Gegnern unseres dermaligen „Obrigkeitsstaates" herrschende Auffassung festgestellt werden, nicht aber wollte ich sagen, daß ich selbst eine Weiterentwicklung zum parlamentarisch regierten Staate für notwendig und naturgemäß ansehe. Dort, wo diese letzte Form politischer Verfassung erreicht ist, wird durch die jeweilige Parlamentsmehrheit der Leitgedanke, der der Führung der Staatsgeschäfte zugrunde gelegt wird, der stets auf einem bestimmten Parteiprogramme oder auf dem Übereinkommen mehrerer herrschenden Parteien fußt, bestimmt. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß jeder Wechsel der Mehrheit in der Volksvertretung einen mehr oder minder tiefgreifenden Wechsel in der Besetzung der politisch entscheidenden Staatsämter, vor allem also in den Ministerien, nach sich zieht. Darin soll sich der „Wille des Volkes", den der herrschenden Lehrmeinung nach die Mehrheit der Volksvertretung verkörpert, ausdrücken. Dem Staatsoberhaupte steht nicht mehr die freie Wahl seiner Ratgeber zu, es ist vielmehr gezwungen, diese aus einem engbegrenzten Kreise, aus der parlamentarischen Mehrheit, zu wählen. Die Obrigkeit ist also zwar keineswegs als solche beseitigt, aber sie erscheint nicht mehr als in sich geschlossener Körper, sondern als ein Teil der Gesamtheit der Staatsbürger selbst und hat die Bestimmung, den Willen der jeweiligen Mehrheit des Volkes zu verwirklichen. Hier wird schließlich die Frage, ob Monarchie oder Republik, zur Belanglosigkeit, weil das Ideal demokratischer Selbstregierung Wahrheit geworden zu sein scheint.

Von den Verfechtern des parlamentarischen „Volksstaates" wird dem nur konstitutionellen „Obrigkeitsstaate" vorgeworfen, daß er einer verhältnismäßig kleinen Minderheit eine unverhältnismäßig große Gewalt in die Hand gebe und die Neigung habe, in Klassenherrschaft auszuarten. Sie stehe leicht der Mehrheit des Volkes verständnislos gegenüber, mag sie im übrigen auch vom besten Willen und von unbezweifeltem Pflichtgefühle erfüllt sein. Billigerweise wird man zugeben müssen, daß diese nahe liegenden Einwände ein Körnchen Wahrheit enthalten, das sich indessen bei näherer Betrachtung in die selbstverständliche Erkenntnis auflöst, daß Menschen unter allen Umständen Menschen bleiben und daß alles menschliche Tun Stückwerk ist. Anderseits aber kann man an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß überall dort, wo es eine in den Überlieferungen strengen Pflichtbewußtseins herangewachsene Beamtenschaft gibt — wie sie bisher in immer noch unerreichter Vollkommenheit der deutsche Boden hervorgebracht hat —, die Mängel, die auch ihr noch anhaften, die Mißgriffe, die auch ihr notwendig nicht erspart bleiben, doch

nur ausnahmsweise über den Kreis dessen hinausgreifen, was allgemein menschlicher Unzulänglichkeit auf Rechnung zu setzen ist. Dazu kommt, daß gerade der verpönte Obrigkeitsstaat dank der ihm allein möglichen Stetigkeit der Überlieferung in seiner Beamtenschaft einen sittlich berechtigten Korpsgeist und reine Begriffe von Standesehre großzuziehen vermag, die letzten Endes die beste Bürgschaft unbestechlicher Pflichttreue bieten. Da zugleich der Kreis derjenigen, die der Öffentlichkeit gegenüber die unmittelbare Verantwortung für das klaglose Arbeiten der Staatsmaschine zu tragen haben, verhältnismäßig eng begrenzt ist, ist in der Regel auch deren tatsächliches Verantwortlichkeitsgefühl hoch entwickelt. In konstitutionellen Monarchien, insbesondere da, wo der Monarch noch ein persönliches Gewicht in die Wagschale zu legen hat, ist dieses Verantwortlichkeitsgefühl sozusagen doppelt verankert. Nach oben in Hinblick auf die Person und die Stellung des Herrschers, die stets mitleiden, wenn die Behörden versagen; nach unten gegenüber der Volksvertretung, die es doch immer in der Hand hat, einen unfähigen oder pflichtvergessenen Beamten, und zwar um so eher, je höher er steht, unmöglich zu machen. Überhaupt liegt in der breiten Öffentlichkeit, in der sich die gesamte Tätigkeit der Beamtenschaft gegenwärtig vollzieht, nicht nur ein ausreichendes sondern auch das einzig wirkungsvolle Mittel, auch solche Vertreter der Obrigkeit, die es gerne mit ihrer Pflicht minder genau nehmen, fortgesetzt sehr nachdrücklich an diese zu erinnern. Damit wird es aber auch jeder Regierung ungemein erschwert, in einem dauernden Gegensatze zu den Regierten zu verharren, sofern dieser nicht lediglich aus parteipolitischen Gründen der Öffentlichkeit vorgetäuscht wird, sondern auf sachlicher Grundlage ruht.

Wie verhält es sich nun aber in diesen Belangen im parlamentarisch regierten „Volksstaate"? Wäre die landläufige demokratische Lehrmeinung richtig, so müßte hier die gesamte Verwaltung weit besser sein als im bloß konstitutionellen „Obrigkeitsstaate". Es genügt indessen Namen wie Frankreich, Italien, Belgien zu nennen, um sofort einzusehen, daß es gewagt wäre, aus dem Vorhandensein parlamentarischer Regierungsformen Schlüsse auf die Vortrefflichkeit der Verwaltung zu ziehen. In der Tat kann man nicht recht einsehen, warum in den zwei wichtigsten Zwecken jeder Regierung, in Wahrnehmung der allgemeinen Freiheit der Staatsbürger und in Förderung des gemeinen Wohles, die parlamentarische Regierungsform besseres leisten soll als die nur konstitutionelle. Ohne Zweifel könnte sie dies nur, wenn sie schon in ihrem Wesen stärkere Bürgschaften hiefür böte. Dieser Annahme steht doch schon die Tatsache entgegen, daß die parlamentarische Regierung ihrer Natur nach Parteiregierung ist und sein will. Die herrschende Mehrheitspartei wird notwendig bestrebt sein, in der gesamten Staatsverwaltung, soweit als irgend möglich, den von ihr vertretenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätzen, die mit einer ganzen Reihe in das Leben der Gesamtheit tief eingreifender Maßnahmen verknüpft sein müssen, zum Durchbruche zu verhelfen. Es ist nun unvermeidlich, daß die Betätigung dieses Strebens von der Minderheit zunächst ungern gesehen und bei längerer Dauer als drückende Vergewaltigung empfunden werden muß. Daß dem so ist, dafür bietet die Geschichte aller Parlamentsherrschaften genügende Belege. Die Minderheit wird sich also auch, wenn das Volk als Gesamtheit im Besitze der weitestgehenden parlamentarisch-politischen Freiheit steht, als in ihrer Freiheit beschränkt fühlen. Ist nun aber gesetzlich festlegbar, was der einzelne Staatsbürger als Freiheit zu empfinden hat und was nicht? Schließlich ist doch Freiheit niemals etwas objektiv Bestimmbares, sondern beruht ganz und gar auf der Empfindung. Es bleibt sich somit völlig gleich, ob ich meine Freiheit durch die Regierung eines

Obrigkeitsstaates oder durch die parlamentarische Mehrheit eines Volksstaates beeinträchtigt glaube. Soll es wirklich dem Bedrückten ein Trost sein, daß er zugunsten der augenblicklichen Mehrheit im Parlament leidet und daß er schlimmsten Falles immer noch die Aussicht hat, einmal, wenn das Rad sich dreht, Gleiches mit Gleichem zu vergelten? Von den praktischen und sittlichen Schäden solcher Auffassung ganz zu schweigen. Vermeidet nun aber ferner der Parlamentarismus wirklich die Gefahren der Klassenherrschaft, wie seine Anhänger behaupten? Dies hätte zur Voraussetzung, daß die zur Herrschaft gekommene Partei, die sich etwa (Sozialdemokratie!) im wesentlichen mit einer bestimmten Klasse deckt, alle menschlichen Schwächen überwunden hätte, was ihr doch selbst ihre verbohrtesten Anhänger nicht werden zuschreiben wollen. Wie wenig diese Voraussetzung aber in Wirklichkeit zutrifft, beweist soeben der Sieg des russischen Proletariates und der Gebrauch, den es von ihm gemacht hat. Die Wähler einer Klassenpartei, die im Parlamente die Mehrheit errungen hat, würden sich aber auch bestens dafür bedanken, wenn ihre Vertreter nicht in allererster Linie und in möglichst schonungsloser Weise die Belange der eigenen Klasse wahren wollten. Darüber darf uns die Fiktion der meisten Gesetzgebungen nicht täuschen, die freilich an der Theorie festhält, daß jeder Abgeordnete der Vertreter nicht seiner ureigensten Wähler, sondern des *ganzen* Volkes sei und daher auch persönliche Aufträge an den Abgeordneten von seiten seiner Wähler verbietet. Die Gefahr, von enttäuschten Wählern nicht wieder gewählt zu werden, macht alle Theorien und Fiktionen zuschanden. Und wer würde denn schließlich gerne auf das erhebende Bewußtsein verzichten, Träger der Volkssouveränität zu sein?

Ist dem allen nun aber so, und es wird schwer sein, das Gegenteil zu beweisen, so ergeben sich aus dieser Lage der Dinge Gefahren für die Allgemeinheit, die nicht nur nicht geringer sind als die, mit denen der fürstliche Absolutismus die Völker bedrohte, sondern ihnen gleichen wie ein Ei dem anderen. An die Stelle der absoluten Fürstenmacht ist die nicht minder schlimme des *absoluten Parlamentarismus* getreten! Das ist der ganze Unterschied! Daß der absolute Fürst nur in *einer* Person auftritt, der absolute Parlamentarier aber gleich in mehrhundertfältigem Abklatsche, berührt den Kern der Sache nicht.

Die Gesinnung der Volksmehrheit muß keineswegs das Spiegelbild der Parlamentsmehrheit bilden. Dort, wo z. B. das unglückselige Verfahren der Stichwahlen besteht, kann sogar der Fall eintreten, daß die Mehrheit des Parlaments die Minderheit des Volkes vertritt, wie eine einfache Berechnung leicht erkennen läßt und wie für einzelne Wahlkreise bereits unzählige Stichwahlen, so erst jüngst die in Bautzen, bewiesen haben. Nun ist aber auch *der* Fall gar nicht so selten, daß die Stimmung der Volksmehrheit, der eine Parlamentsmehrheit ihr Dasein verdankt, längst einer ganz anderen Platz gemacht hat, während die parlamentarische Mehrheit noch am Ruder ist. Endlich können bestimmte Maßnahmen der Wahlkreisgeometrie, können unnatürliche, lediglich auf gemeinsamem Parteihasse begründete Wahlbündnisse, kann das massenhafte Auftreten sog. Mitläufer einer Partei u. a. m. das endliche Ergebnis einer Wahl meilenweit von der wahren Stimmung des Volkes entfernen und einer Mehrheit zur Herrschaft verhelfen, die von der Mehrheit des Volkes als etwas völlig Fremdes empfunden wird. Bedenkt man ferner, daß der Ausfall einer Wahl durch ganz wenige Stimmen, möglicherweise sogar durch eine einzige entschieden werden kann, daß in diesem Falle also die unterliegende Minderheit an Zahl der siegreichen Mehrheit kaum nachsteht, so erkennt man abermals, auf wie schwachen Füßen die Annahme steht, daß die Mehrheit des Parlamentes

der Ausdruck der Stimmung in der Mehrheit des Volkes sein müsse. Angesichts dieser Sachlage erscheint es doppelt unberechtigt, daß im parlamentarischen Staate die Mehrheit der Volksvertreter in allen Fragen der Gesetzgebung, zum nicht geringen Teile aber auch in denen der Staatsverwaltung, so gut wie diktatorische Gewalt besitzt. Nun ist, wie wir sahen, in der Vorstellung jeder einzelne Abgeordnete zu einem der Gesamtzahl der Volksvertreter entsprechendem Bruchteile Mitinhaber der Regierungsgewalt, die durch die der Mehrheit angehörigen Minister ausgeübt wird. Damit wird aber die Verantwortlichkeit der Regierung, die selbst ein Teil eben der Körperschaft ist, der sie Verantwortung schuldet, völlig inhaltslos, weil ja die im Besitze der Gewalt befindliche Parlamentsmehrheit kaum willens sein wird, die Regierung, die ihr Werkzeug zur Ausübung eben dieser Gewalt ist, zur Verantwortung zu ziehen, denn sie machte sich damit selbst verantwortlich. Diese starke Stellung der Mehrheit als solcher färbt naturgemäß auch auf den einzelnen ihr angehörigen Abgeordneten ab, und es ist zweifellos bequemer und vorteilhafter Mehrheits- als Minderheitsvertreter zu sein. Auch bei der Wählerschaft wird das Gefühl erwachsen, daß es empfehlenswerter sei, durch einen Angehörigen der Mehrheit vertreten zu sein, zumal bei der Mehrzahl von ihnen von wirklicher politischer Überzeugung kaum die Rede sein kann. Daraus erklärt sich wohl die Erscheinung, daß sich eine gut geleitete und disziplinierte Parlamentsmehrheit mitunter durch eine ganze Reihe von Wahlen hindurch ohne wesentliche Veränderung ihres Besitzstandes, oft sogar mit immer wachsender Wahlstimmenernte zu behaupten vermag. So ergibt sich für den einzelnen Mehrheitsabgeordneten ein persönliches, meist nicht zugestandenes oder halb unbewußtes Interesse, seiner Partei die Mehrheit zu erhalten, zumal dort, wo Parlamentarismus und kapitalistische Korruption in so enger Symbiose leben, wie dies etwa in Frankreich oder Italien der Fall ist. Es gibt auch näher liegende Beispiele. Hier kommt die Zugehörigkeit zur parlamentarischen Mehrheit ja in recht einträglichen Beziehungen zur Hochfinanz zum Ausdrucke. Diese Abhängigkeit vom Großkapital ist für den einzelnen Volksvertreter aber auch insofern von hohem Werte, weil sie ihm weitgehende Unabhängigkeit in anderer Richtung bietet und ihn vor allem der Notwendigkeit eines bürgerlichen Berufes enthebt. Nun erst vermag sich der gefährliche Typus des *Berufspolitikers* in Reinzucht zu entwickeln. Aber auch, wenn sich die Verquickung von Politik und Geschäft nicht zu solcher Vollkommenheit entfaltet, ist doch der Mehrheitsabgeordnete auf jeden Fall der vielumworbene Teilhaber der absoluten Gewalt seiner Partei, und es steht endlich *der absolute Parlamentarier* vor uns. Der einzige wesentliche Unterschied zwischen monarchischem und parlamentarischem Absolutismus ist die zeitliche Beschränkung des letzteren. Diese ist indessen keineswegs in festen Grenzen eingeschlossen, denn sie hängt lediglich von der Lebensfähigkeit der Mehrheit als solcher ab. Völlig unwesentlich ist der Umstand, daß die absolute Staatsgewalt in Händen nicht einer, sondern vieler Personen ruht. Die Parteidisziplin schweißt ja in allen Fragen, die für den Bestand der Mehrheit entscheidend sind, alle ihre Mitglieder zu einem festen Ganzen zusammen, so daß die Partei als Trägerin eines einheitlichen Willens erscheint. Daß dieser lediglich dadurch zustande kommt, daß soundsoviele Abgeordnete mehr oder weniger schwere Opfer an Einsicht und Überzeugung bringen mußten, tut der Wirkung nach außen keinen Eintrag. Der parlamentarische Absolutismus unterscheidet sich aber sittlich sehr zu seinem Nachteile von seinem monarchischen Vorläufer darin, daß er naturgemäß weit weniger Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, als dieser in seinen edleren Vertretern betätigte, die sich in erster Linie als Diener ihres Staates und ihres

Volkes fühlten, mag dabei auch oft genug ihr Streben in die Irre gegangen sein. Immerhin ruhte hier die Verantwortlichkeit mit voller Schwere auf den Schultern des einen Herrschers und verlor nichts an ihrem Gewichte, wenn sie mehr transzendentaler Natur war und kaum zu fürchten hatte, von seiten der eigenen Untertanen handgreifliche Anwendung zu finden. Bei der parlamentarischen Regierungsweise aber wird sozusagen die gemeinsame Verantwortlichkeit durch die Zahl der Teilhaber an der Gewalt dividiert, und auf den einzelnen entfällt damit ein winzig kleiner Bruchteil. Daß dem so ist, weiß jeder, der Gelegenheit hatte, selbst an Abstimmungen irgendwelcher Körperschaften teilzunehmen. Da gibt es immer wieder Beschlüsse, für die keiner der dafür Stimmenden eintreten wollte, wenn er sie allein verantworten sollte, während er sich von aller Verantwortlichkeit frei fühlt, sobald soundsoviele mit ihm stimmen. Ebenso fügt sich der Abgeordnete in tausend Fragen ohne Murren dem Parteibeschlusse und verzichtet gerne auf die Betätigung seines beschränkten Abgeordnetenverstandes, sobald nur erst die Leithämmel einmal entschieden haben. Die dii minorum gentium der Partei finden stets eine Entschädigung für die Opfer des Intellekts oder für die Bindung ihres persönlichen Willens, die ihnen die Parteizugehörigkeit auferlegt, in dem stolzen Bewußtsein, trotz alledem Mitinhaber der Staatsmacht zu sein, und halten sich den außerhalb des Parlamentes Stehenden gegenüber schadlos für das unangenehme Empfinden, im Parlamente doch besten Falles nur Stimmvieh zu sein. Den klassischen Typus des innerlich hohlen, nach außen aber seiner Wichtigkeit um so mehr bewußten Parlamentariers hat Ludwig Thoma in seiner prachtvollen Gestalt des bayrischen Landtagsabgeordneten Filser geschaffen, zu dem aber der von Thoma unterstrichene Klerikalismus keine wesentlichen Züge zu liefern vermag, denn jede Partei hat ihre Filser. Ja, darin liegt gerade eines der Merkmale des Parlamentarismus, daß er gar nicht auf Persönlichkeiten alleralltäglichster Unbedeutendheit verzichten kann, denn diese liefern ihm die so nötigen Vertreter des Kadavergehorsams gegenüber der Parteidisziplin und entscheiden, da ihre Stimme ebensoviel zählt wie die des genialsten Führers, oft genug den Sieg der Partei bei den Abstimmungen, der vielleicht bei überwiegend selbstdenkenden Mitgliedern nicht möglich gewesen wäre. Weit wichtiger als selbständiges Denken und als tiefinnerst begründete Überzeugung ist daher für den Durchschnittsabgeordneten ein urkräftiges Überschätzen der eigenen Wichtigkeit, unschätzbar ist ihm eine gewisse Betriebsamkeit und unerläßlich rücksichtslose Entschlossenheit im Gebrauche der Ellbogen, lauter Dinge, die ansonsten keine außerordentlichen Gaben des Geistes erfordern, wie mannigfache Beispiele, die man nicht gerade immer in Buttenhausen suchen muß, dartun. Der glückliche Eigner dieser Vorzüge wird es verstehen, sich jederzeit in Szene zu setzen und nach außen stattliche Figur zu machen, so daß er in seinen Wählern leicht die Überzeugung zu wecken vermag, das ganze Parlament tanze nur nach seiner Pfeife. So wird ihm schließlich der Besitz seines Mandätchens, das ihm mehr als eine Messe wert war, schließlich zur Selbstverständlichkeit, und aus dieser heraus verwechselt er in aller Unschuld die Belange der Partei mit denen des Vaterlandes und am Ende aller Ende seine persönlichen Belange mit denen der Partei, was ihm unter Umständen, wenn es gar nicht mehr anders geht, den Übergang von einer Mehrheit, die im Sinken begriffen ist, zu einer aufkommenden erleichtert. Auf diesem Wege werden die eigentlichen Leiter und Lenker der Parlamentsmehrheit keineswegs immer die geistig bedeutendsten Männer der Volksvertretung, sondern jene Kondottieri des Parlamentarismus, die unter dem Vorwande des gemeinen Wohles lediglich bestrebt

sind, den günstigen Wind mit den Segeln des eigenen Lebensschiffleins aufzufangen. Es ist nun sicherlich kein Zufall, daß sich diese Scheingrößen zumeist in der herrschenden Partei zusammenfinden, deren Herrschaft zu einer möglichst dauernden zu machen, ihr natürliches Bestreben sein muß.

Weil nun aber Parlamentarismus nichts anderes ist als verhüllter und auf eine Mehrzahl von Personen aufgeteilter Absolutismus, kehren hier alle Schwächen und Mängel, die dem sog. Obrigkeitsstaate eigentümlich sein sollen, vermehrt um einige diesem fremde, wieder. Der naive oder gegen bessere Einsicht festgehaltene Wahn, daß das souveräne Volk bei Erwählung seiner Vertreter, diesen auch den zur Führung des Amtes nötigen Verstand gebe und nur wahrhaft Würdige in sein Volkshaus entsende, alle etwa sich als unwürdig erweisenden nicht dem wahren Volkswillen, sondern irgendwelchen Zufälligkeiten oder Verirrungen des sonst unfehlbaren Volkswillens ihren Auftrag verdanken, ist eine der Hauptstützen des Selbstvertrauens des absoluten Parlamentariers. Dieses Selbstvertrauen beruht ja doch gerade auf dem Bewußtsein, der wahre Erwählte des Volkes zu sein, und läßt einen Irrtum der Wähler höchstens bei dem politischen Widersacher gelten. Da indessen die Wahl wohl ein Abgeordnetenmandat, nicht aber die in tausend Fällen dringend nötige Sachkenntnis zu verleihen vermag, muß diese beim einzelnen Abgeordneten durch Dreistigkeit des Urteils und durch die Parteidisziplin ersetzt werden, die dort, wo jedes eigene Urteil unmöglich ist, die Abstimmung einfach vorschreibt. Die Summe derartiger fest vorgeschriebener, aus dem Parteiprogramme erwachsender Abstimmungsvorgänge verdichtet sich schließlich zu einem Vorrate an blindlings nachgebeteten Lehrmeinungen, die einen leidlichen Ersatz für Wissen und echte Überzeugung bieten. Kehrseite dieser Erscheinung ist die Unduldsamkeit gegen andere politische Meinungen, deren gedankenlose Verwerfung weit bequemer ist als ihre sachliche Prüfung. Endergebnis ist die parteimäßige Borniertheit, die erst die Mehrzahl der Volksvertreter zu tauglichen Rädern im Mechanismus des parlamentarischen Betriebes macht. Klassendünkel, Weltfremdheit, Mangel an Unparteilichkeit, fehlendes Verständnis für wichtige Volksbelange sind somit keineswegs ein Vorrecht der Beamten des Obrigkeitsstaates, sondern gedeihen auf dem Boden des Parlamentarismus noch üppiger. Die amtlichen Organe des Obrigkeitsstaates werden schon durch die Verantwortlichkeit, die ihnen in der Gestalt des Vorgesetzten und den höchsten Stellen in Form der im Parlamente an ihnen geübten Kritik greifbar nahetritt, immer wieder neue Hemmung finden, während der souveräne Volksvertreter schließlich niemandem Rechenschaft schuldet als seinen Wählern, die aber solange keinen Anlaß haben, ihn zur Rechenschaft zu ziehen, als er die besonderen Belange seines Wahlkreises getreulich wahrnimmt und an dem Programme, auf das er gewählt wurde, festhält. Jedenfalls aber wird der Gedanke an die Wähler unter keinen Umständen als seelische Hemmung dieselbe Kraft besitzen wie die bezüglich der Beamten des Obrigkeitsstaates angeführten Gewalten.

Ein mit besonderer Vorliebe gegen den „Obrigkeitsstaat" erhobener Vorwurf ist der, daß er nicht in genügendem Maße „freie Bahn für den Tüchtigen" biete und bei Bestallung und Auswahl seiner Beamten häufig genug nicht sachliche, sondern persönliche Gesichtspunkte entscheiden lasse. Abgesehen von der Phrase der bekannten Tüchtigen, denen es an freier Bahn fehlt, ist zuzugeben, daß gewiß auf dem erwähnten Gebiete im Obrigkeitsstaate Mißgriffe nicht seltener sind als sonst im menschlichen Leben. Es wäre aber erst zu beweisen, daß der parlamentarische Staat die Bürgschaft böte, daß sie auf das denkbarst geringste Maß beschränkt würden. Die bestehen-

den parlamentarischen Staaten bieten für diese Annahme gewiß keinen Anhaltspunkt. Aber auch ganz allgemein ergibt sich schon aus der Erwägung, daß im parlamentarisch regierten Staate notwendig die Partei herrscht, daß hier die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur herrschenden Partei unter allen Umständen bei Besetzung gerade der wichtigsten Posten im Staate weit mehr ins Gewicht fallen muß als die persönliche Tüchtigkeit und die sachliche Eignung. Auch hiefür bieten alle parlamentarischen Staaten Beweise in Hülle und Fülle. Es kann sich also im Wettstreite zwischen Obrigkeits- und Volksstaat nur um ein Mehr oder Minder handeln, und es wird doch schwer sein, das letztere ohne weiteres auf seiten des Volksstaates zu finden. Jedenfalls ist das parlamentarisch regierte Frankreich der unerreichte Musterstaat der Protektionswirtschaft. Das schlimmste ist, daß im parlamentarischen Staate das sittlich verwerfliche Schützlingswesen notwendig viel weitere Kreise zieht als im Obrigkeitsstaate, da jeder Abgeordnete schon im Interesse seines Ansehns bei der Wählerschaft zu deren Gunsten Protektion im allerweitesten Maße treiben muß, oft ohne den von ihm Empfohlenen und Geförderten überhaupt von Angesicht gesehen zu haben. Er kann sich dem um so weniger entziehen, da es für ihn von entscheidender Bedeutung ist, in seinem Wahlkreise ein möglichst dichtes Netz persönlicher Beziehungen zu spinnen, dessen Fäden in seiner Hand zusammenlaufen, denn damit schafft er sich zugleich eine recht wirksame Versicherung für den Fall der Neuwahl. Man wird doch einen Abgeordneten, der soundsoviele Kinder des Bezirkes versorgt hat und gewiß noch etliche versorgen wird, nicht fallen lassen! Von dieser Vielseitigkeit und von dieser Ausbreitung des Günstlingswesens kann offenbar aber im Obrigkeitsstaate keine Rede sein, schon deshalb nicht, weil die Gefahr, die ein noch so hoher Beamter, der ungerechtfertigte Protektion übt, dabei auf sich nimmt, weit realerer Natur ist als die, die einen Abgeordneten bedroht. Dieser übt ja seine Begünstigungen in der Regel nur zu deren Gunsten aus, von denen er abhängig ist und die sein Vorgehen nicht nur gutheißen, sondern geradezu fordern.

Es wäre ein leichtes, noch etliche dutzend Beweisgründe dafür beizubringen, daß man nicht berechtigt ist, dem parlamentarisch regierten Volksstaate schon auf Grund dieser seiner Natur wesentliche Vorzüge vor dem nur konstitutionellen Obrigkeitsstaate zuzuschreiben. Meines Erachtens genügt das bisher Vorgebrachte zur Erreichung meines Zweckes. Das Bild könnte durch Feststellung weiterer Züge vielleicht an Vollständigkeit, schwerlich an Überzeugungskraft gewinnen. Die Einsicht, daß auf dem Gebiete politischer Entwicklung, ebenso wie auf allen anderen Feldern menschlicher Wirksamkeit der alte Satz zu Recht besteht, daß die Extreme sich berühren, und daß daher der Unterschied zwischen fürstlichem und parlamentarischem Absolutismus lediglich in unwesentlichen Formen gelegen ist, nicht in ihrer Natur, scheint mir nur mit bewußter Absicht übersehbar zu sein. Um so unerfreulicher ist es daher, wenn wir feststellen müssen, daß unter dem Drucke der berühmten demokratischen Welle, die zu Beginn des Weltkrieges von Westen nach Osten unseren Erdteil durchzog und die nun zur Abwechslung einmal die umgekehrte Richtung eingeschlagen hat, daß unter dem Einflusse also der suggestiven Wirkung demokratischer Schlagworte ein nur allzu großer Teil des deutschen Volkes die Einführung parlamentarischer Regierungsformen anstrebt und von ihnen unser künftiges Heil erwartet. An sich böte ja die parlamentarische Ausgestaltung des Deutschen Reiches, Österreichs und der deutschen Einzelstaaten praktisch nur geringe Schwierigkeiten. Es genügte die Abschaffung einiger Gesetze über die Prärogative der Krone oder deren Abschwächung, weil der Parlamentarismus als solcher gesetzlich gar nicht erst festgelegt zu werden

braucht; beruht er doch überall, wo er heimisch ist, auf bloßer Übung, die sich stärker erwiesen hat als alle Gesetze. Gerade deshalb ist der Versuch so gefährlich. Es ist wie mit dem allgemeinen Wahlrechte: die Einführung war leicht, seine Beseitigung ist unmöglich, mag es sich hundertmal nicht bewährt haben. Es kommt aber noch ein anderer, rein völkischer Gesichtspunkt in Betracht. Bei Übernahme der wesentlich auf fremden Vorbildern beruhenden Formen der konstitutionellen Monarchie haben wir uns bereits zum großen Teile der Möglichkeit beraubt, eine selbständige, nationale, dem Wesen des deutschen Volkes angemessene, aus ihm heraus geborene politische Entwicklung einzuschlagen. Unter harten Kämpfen und Krämpfen ist es mindestens dem Deutschen Reiche gelungen, eigenartige unserem Wesen immerhin halbwegs entsprechende Formen des Konstitutionalismus herauszubilden. Wenn wir nun abermals die fremdem Boden entstammenden Einrichtungen des parlamentarischen Systems übernehmen, tun wir abermals auf der Bahn eigenartiger deutscher Verfassungsbildung einen Schritt zurück, um von neuem in mühsamer Arbeit die fremde Form mit völkischem Inhalte zu erfüllen, das fremde Kleid unserem Körper anzupassen. Aber wir sollten doch nachgerade genügend erfahren haben, wie bitter sich gerade in politischen Einrichtungen die gedankenarme Nachahmung fremder Vorbilder und das Verlassen nationaler Pfade rächt! Der niederschmetternde Eindruck, den überdies eben jetzt die meisten sog. parlamentarischen Staaten machen, mit ihrer völligen Unterdrückung jedweder selbständigen Regung des Volkes, mit ihrer Verfälschung der öffentlichen Meinung, das abschreckende Beispiel, das Rußland gibt, in dessen plumpen Kinderhänden das Vorbild des westeuropäischen Parlamentarismus zu seinem Zerrbilde verunstaltet wird, alles dies läßt uns, so sollte man meinen, gar keine andere Wahl, als dem konstitutionellen Obrigkeitsstaate auch fürderhin den Vorzug zu geben vor dem Absolutismus der parlamentarischen Regierung.

Ein alter Demokrat über Selbstbestimmung der Völker.

„Laßt die Illusionäre um ihre fixe Idee von der Mündigkeit der Massen sich drehen, wie drehende Derwische um die eigene Nasenspitze sich schwingen. Laßt sie mit ihrer hohlen Schwindelblase, genannt Selbstbestimmung der Völker, kindisch spielen. Man weiß ja, wie es mit dieser Mündigkeit und Selbstbestimmung bestellt war, ist und sein wird. Die Massen mündig? Ein knäbischer Traum! Die Völker sich selbst bestimmend? Eine lächerliche Selbstbelügnung! Reibt euch doch endlich die Rousseauschen Schimären aus den Augen und seht euch die Dinge an, wie sie sind. Wo denn haben die Völker bewiesen, daß sie frei zu sein verständen? Ja, auch nur, daß sie frei sein wollten? Nirgends! Selbst die scheinbar freiheitlichen, freiheitlichsten Epochen erweisen sich bei näherem Zusehen und unbefangener Untersuchung überall als Täuschungen.... Nehmt doch einmal für eine Weile Strafgesetzbuch und Polizei aus unserer hochgelobten modernen Zivilisation hinweg und ihr werdet Menschlichkeiten erleben, deren Viehischkeit euch dartun wird, was es mit dem ewigen selbstgefälligen Vorschrittsgeleier eigentlich auf sich habe."

(Johannes Scherr, „Ein christlicher Priester", geschr. 1873.)

Politische Erneuerungstechnik.

Von Dr. Walter Liek[1]).

II.

Der vorausgegangene erste Teil beschäftigte sich mit der Technik des Sturzes eines Systems; im folgenden sollen technische Dinge aus dem Aufbau eines Systems besprochen werden. Auch der Aufbau ist in erster Linie eine Personenfrage; es handelt sich darum, die geeigneten Persönlichkeiten bereitzuhalten und zu fördern; alles übrige ergibt sich von selbst.

Es war der erste Einwand, der jedem entgegengehalten wurde, der von der Unfähigkeit des Herrn von Bethmann-Hollweg sprach: Wissen Sie einen Besseren? Man konnte ja stets die Gegenfrage stellen: Wissen Sie einen Schlechteren, von dem noch geringere Leistungen zu erwarten wären?, aber darin lag doch ebenso schon eine gewisse Verlegenheit, wie wenn man darauf hinwies, falls Bethmann stürbe, müßte ja auch ein Nachfolger gefunden werden, oder wenn man betonte, ein Volk, das so herrliche Männer auf verschiedenen anderen Gebieten hervorgebracht habe, hätte sicher auch die geeigneten Staatsmänner in seinen Reihen. Alles ganz richtig; aber von einer politisch reifen Gegenpartei verlangt man Namen, nicht allgemeine Grundsätze und Redensarten, und wenn die Technik unserer nationalen Opposition nicht so wenig ausgebildet wäre, hätten allen Lesern nationaler Blätter von Kriegsbeginn an fünf oder zehn Personen geläufig sein müssen, deren Eignung zum Kanzler wenigstens ihnen über jeden Zweifel erhaben gewesen wäre. Einige Namen liefen ja herum; aber auch sie wurden stets nur mit einer gewissen Schüchternheit und Unsicherheit genannt.

Kanzlerkandidaten bilden die Krone des Gebäudes; begonnen werden muß der Bau mit den Fundamenten, der Ausbildung und Förderung junger politischer Kräfte, in denen Führernaturen stecken könnten, wobei sich das jung nicht auf das Lebensalter zu beziehen braucht. Zuerst ist jeder nur politischer Handlanger; einzelne bleiben es ihr Leben lang; andere steigen zu verschiedenen Stufen politischer Führerschaft herauf; das ganze Kräftesystem muß sich gegenseitig halten und stützen. Betätigungsfeld für den Politiker, der nicht politischer Beamter ist, ist zunächst immer die Presse und die Zeitschriftenliteratur; seltener wird er gleich einen Verleger für Bücher finden. Vorbedingung für einen politisch kräftigen nationalen Nachwuchs ist daher ein ausgebildetes literarisches Betätigungsfeld auf nationaler Grundlage. Die Aufgabe, es zu schaffen, fällt dem nationalen Kapital zu. Es gibt nämlich auch nationales Kapital, auch wenn man nicht gar zu viel davon merkt, und für dieses Kapital müßte es von größter Wichtigkeit sein, Vorkämpfer des Deutschtums heranzuziehen. Auf der einen Seite stehen hier große Industriezweige und Handelsfirmen, auf der andern Seite Großgrundbesitzer und Adel. Während des Krieges erkannten wohl einige dieser Kreise die Notwendigkeit, die politische Führung Deutschlands nicht ausschließlich der jüdischen Großfinanz, freisinnig-demokratischen Demagogen und römisch-politischen Sendlingen zu überlassen. Sind ja sogar Schwerindustrie und Großgrundbesitzer im Kriege, sie wußten nicht, wie ihnen auf einmal geschah, von der feindlichen Presse mit den Alldeutschen in einen Topf geworfen zu werden. Aber die richtigen Schlußfolgerungen haben

[1]) Vergl. den Aufsatz im Septemberheft dieser Zeitschrift S. 605. Die Schriftl.

Als Sonderdruck zum Preise von 50 Pf. zu beziehen, ab 100 Stück je 30 Pf., ab 1000 Stück je 20 Pf.

sie noch kaum gezogen. Es ist auf beiden Seiten bisher nur eine kleine Zahl, die von ihrem Reichtum etwas für rein nationale Zwecke abgibt. Die Erkenntnis, die jeder reiche Jude besitzt, daß die für das Judentum im allgemeinen aufgewendeten Gelder seinen eigenen Reichtum und seine Macht erhalten und steigern helfen, ist in ihrer Übertragung auf das Deutschtum erst wenigen durch Reichtümer gesegneten Deutschen aufgegangen. Die Wirkung der Kriegserfahrungen ging in jenen Kreisen gerade noch soweit, um sich eine Sammelzeitschrift „Mitteilungen der Auskunftsstelle vereinigter Verbände" zu schaffen. Sie bringt keine neuen Arbeiten, sondern trägt aus den verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften Aufsätze zusammen, um ihre Leser auf bequeme Weise über verschiedene Tagesfragen zu unterrichten, zuerst in etwas strammerem nationalen Sinne, jetzt bereits wieder schön gemäßigt nach der einen wie nach der andern Richtung; sonst könnte jemand vor dem Löwenfell erschrecken. Von den in Teil III genannten Politikern ist noch keiner in ihren Spalten aufgetaucht. Damit alte und kampferprobte Verbände, wie der Alldeutsche Verband und der Verein für das Deutschtum im Auslande, nicht zu gestärkt aus dem Kriege herausgehen, gründete man einen neuen Verein „Auslandskunde", der wohl wesentlich auf die Interessen der deutschen Industrie und des Aus- und Einfuhrhandels zugeschnitten und wohl auch bald mit der üblichen nationalen Ungefährlichkeit und Ordensfähigkeit ausgestaltet werden dürfte. Vorläufig ist in seinen Statuten „die Verfolgung politischer Bestrebungen ausgeschlossen"; auch ist bereits „strengste Objektivität" zugesichert. Was uns not täte, wäre leidenschaftliche Inobjektivität im Sinne des englischen: „Recht oder Unrecht; es ist mein Vaterland." Ein durchaus hoffähiges Auslandsmuseum ist bereits in Stuttgart geschaffen worden. Die Leitung desselben wird vom 1. Oktober 1918 Dr. Fritz Wertheimer, Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Nationalökonom und Jude, übernehmen. Das Zentrum fühlte das Bedürfnis, noch einen besonderen katholischen Verein für das Deutschtum im Ausland zu schaffen. Man erinnere sich an den Kolonialverein, der ursprünglich ein Verein für die koloniale Machterweiterung des Reichs war und allmählich ein Verein für Machterweiterung kolonialer Staatssekretäre vom B-System wurde. Für die reine Farbe Deutschtum hat man kein Verständnis und kein Geld; es ist etwas zu „Entschiedenes"; erst muß irgendeine Interessentönung, z. B. eine industrielle, und gleichzeitig eine offizielle Tönung, ein Regierungsplazet hinein, wenn man „mittun" soll. Die Agrarier brauchen keine Neugründung, weil der Bund der Landwirte für ihren Bedarf an Deutschtum genügt. Alles ganz verdienstvolle und schöne Einrichtungen; aber wertvoll würden sie erst durch einen nationalen Kern; ihr Rückgrat müßten die rein nationalen Vereine bilden. Das Rückgrat aber läßt man verkümmern.

Dieselbe Interessenfärbung verlangen unsere Parteien, wenn sie eine Sache unterstützen wollen. Wenn es einen konservativ-alldeutschen Verband gäbe oder einen nationalliberal-alldeutschen, würde die Mitgliederanzahl sofort in die Höhe schnellen; für einen rein alldeutschen hat der Parteimann wenig übrig, so wenig wie für Schriftsteller und Zeitschriften, die für das Deutschtum schlechtweg arbeiten. Es ist von ihnen ebenso kurzsichtig wie von den Industriellen und des Agrariern, wenn sie glauben, die Arbeit der rein nationalen Politiker könne so nebenbei von ihren Sondervereinen für gemischtnationale Interessen erledigt werden. Beiden ist Arbeit verschiedener Art und erfordert Arbeiter verschiedener Veranlagung. Das Verhältnis ist ähnlich dem zwischen reiner Wissenschaft und angewandter Wissenschaft. Gewiß bringt die Hüttenchemie der Schwerindustrie einen unmittelbareren

Nutzen als die reine Chemie, die Agrikulturphysik der Landwirtschaft mehr Nutzen als die reine Physik. Aber wenn Staat, Schwerindustrie und Landwirtschaft der reinen Chemie und Physik die Gelder entzögen, würden Hüttenchemie und Agrikulturphysik in kurzer Zeit verdorren und von den angewandten Wissenschaften anderer Länder, welche die reinen Wissenschaften weiter pflegen, bald überholt werden. Ähnlich arbeiten Verbände wie der Alldeutsche oder der Verein für das Deutschtum im Auslande zwar nicht unmittelbar für Industrie, Handel und Landwirtschaft, aber wenn diese rein nationalen Verbände hungern müssen, dann verhungern und versumpfen schließlich auch alle sondernationalen Bestrebungen, wenigstens die rein nationalen Seiten in ihnen; sie werden dann Machtwerkzeuge des jeweils politisch herrschenden Klüngels. Wie einer ein ausgezeichneter Hüttenchemiker und ein schlechter Wissenschaftler sein kann, so ist auch die geistige Veranlagung, welche zur Arbeit für rein nationale Ziele befähigt, eine andere als die, welche zur Wahrung sondernationaler Zwecke geeignet ist. Es kann einer vortrefflich für die Ausdehnung des deutschen Handels in Südamerika zu arbeiten verstehen, eine national sehr wichtige Aufgabe, und braucht deshalb doch noch nicht den Blick zu haben, der zur rechten Zeit erkennt, jetzt steht eine wichtigere nationale Aufgabe im Vordergrund, deren Nichterfüllung den Handel für lange Zeiträume viel schwerer schädigen würde als die kurze Zurückdrängung, die er vielleicht durch ihre Erfüllung erfährt.

Für die Parteipolitiker gilt dabei insbesondere eine Wahrheit, die in dem Ausspruch eines Sozialdemokraten über den Alldeutschen Verband liegt: „Vor dem Kriege beschimpfte man ihn, im Kriege bestahl man ihn." Wo kämen unsere guten Parteiführer im allgemeinen hin, wenn sie nur auf die nationalen Gedanken angewiesen wären, die auf ihren eigenen Äckern wachsen? In der Vernachlässigung der rein nationalen Politiker liegt ein Hauptgrund, weshalb sich in diesem Krieg keine vernünftige nationale Opposition gegen die Regierung des Herrn von Bethmann entwickeln konnte, was zur Folge haben wird, daß nach dem Krieg wieder alle Unzufriedenen sich um die Fahne der jüdisch-sozialistischen Opposition scharen werden. Den natürlichen Kern zu einer nationalen Opposition hätten spätestens im Frühjahr 1915 die Konservativen formen müssen. Aber es fehlten ihnen die rein nationalen Politiker mit der genügenden Empfindlichkeit für die Erkenntnis der Gefahr, in der die nationale Sache schwebte. Nach der früher schon erwähnten Regel für Durchschnittsdeutsche mußten erst Peitschenschläge und Fußtritte kommen, bis sich die Konservativen zwei Jahre zu spät darauf besannen, in Opposition zur Regierung zu treten. Aber auch dann wurde im Anschluß an die Wahlrechtsfrage nur eine Parteiopposition und keine nationale Opposition daraus; infolgedessen fehlte die werbende Kraft. Ebensowenig fanden die rein nationalen Kräfte Förderung in andern nationalen politischen Parteien. Auch ihre Personenarbeit blieb innerhalb der Partei und beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung und Steigerung des Ansehens der Parteihäupter und sorgfältige Niederhaltung aller Köpfe auch innerhalb der eigenen Partei, die den schrecklichen Verdacht erwecken, am Ende ebenso gescheit oder gar noch gescheiter zu sein als das Oberhaupt. Der Acker des rein Nationalen bringt aber das weitaus beste Saatgut auch für die politischen nationalen Parteien hervor; der Sonderarzt muß erst einmal eine gute medizinische Allgemeinausbildung besitzen, ehe er an sein Sonderfach herantritt, und ein zuerst im Gesamtgebiet bewährter Arzt wird auch auf seinem später gewählten Sondergebiet ein besserer Führer sein als der Handwerker, der von vornherein das Allgemeine vernachlässigt und nur auf sein Sondergebiet hin büffelt. Früher oder später müssen sich ja wohl oder übel die rein

Nationalen auch irgendeiner politischen Partei anschließen. Indem die politischen nationalen Parteien diesen Acker brachliegen lassen, berauben sie sich selbst des besten Nachwuchses; die Folge davon ist ein ständiges Sinken der Güte desselben. Wenn sie sich auf ihren eigenen Nutzen verstünden, würden sie auf jede frische nationale Kraft achten und sie pflegen, um sie zu sich hinüberzuziehen und die eigenen Reihen aufzufrischen. Sie hätten es alle dringend nötig; gibt es jemand, der daran zweifelt? Statt dessen stehen sie ihnen ebenso fremd und ablehnend gegenüber wie die oben erwähnten Kreise des Besitzes, Industrie und Handel, Landwirtschaft und Adel.

Wenn der nationale Handel, die nationale Industrie und der nationale Grundbesitz politisch ebensogut zu rechnen verstünden wie geschäftlich, würde sich unter ihren Ausgaben alljährlich ein stattlicher Posten: „Nationale Versicherung" finden. Darin müßten eine ständige Rubrik die Bezugsgelder für alle nationalen Zeitschriften und die nationale Landes- bzw. Gemeindepresse, sowie die Kosten für nationale Bücher bilden; national bedeutsame Unternehmungen wären durch Bezug zahlreicher Stücke zu unterstützen, zumal müßten von den nationalen Arbeitgebern gute aufklärende Flugschriften bezogen und verteilt werden. Die Erfolge, die bereits durch Verteilung solcher Schriften erzielt wurden, sind recht bedeutsam. Der Besitz einer nationalen, Arbeitern und Angestellten zugänglichen Bibliothek müßte Ehrensache für jede große nationale Fabrik und jedes große Handelshaus sein. Für den Großgrundbesitz und den besitzenden Adel, allgemein für jeden großen nationalen Besitz, gilt das gleiche. Außerdem müßte es auch bei uns wie in andern Ländern eine Art politischen Mäzenatentums geben. In Deutschland haben besitzende Kreise Geld höchstens für politische Angestellte; politische Künstler gibt es für sie nicht. Der aufstrebende unabhängige, nationale Politiker ist aber ebenso der Pflege bedürftig wie der Literat und der Maler; unterstützt man ihn nicht, dann fehlen eben, wenn man sie braucht, die Künstler, und man muß die nationale Arbeit Bürokraten und Handwerkern überlassen.

Während die führenden alljüdischen Blätter ihren ständigen Mitarbeitern ein anständiges Einkommen, ihren gelegentlichen Mitarbeitern durch verhältnismäßig gute Bezahlung der Einzelaufsätze ein nettes Nebeneinkommen gewähren, dadurch fortwährend gute Kräfte an sich ziehen und dadurch wieder eine größere Auflage erzielen, zahlen die nationalen Blätter und Zeitschriften infolge ihrer kleineren Auflagen mit wenig Ausnahmen schlecht und machen es dadurch einer Reihe tüchtiger Kräfte fast unmöglich, sich politisch zu betätigen. Den Schaden davon hat aber nicht nur das Deutschtum im allgemeinen, sondern ebenso das deutschnationale industrielle und geschäftliche Kapital, das immer mehr in die Abhängigkeit der Großbanken gerät, und der Großgrundbesitz, der im steigenden Maße als Steuerobjekt, das nicht ausweichen kann, ausgebeutet werden wird. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn sich der nationale Reichtum in ganz anderer Weise als bisher mit Kapital an nationalen Zeitungsunternehmungen beteiligt; es müßte ein Ruhmestitel für jeden nationalen Millionär sein, Förderer eines nationalen Blattes zu heißen oder sich als solcher zu wissen. Deswegen braucht ein Blatt so wenig „abhängig" zu sein wie ein Künstler in der Malart seiner Bilder. Auch einzelnen Politikern, an deren Arbeiten er besonderen Gefallen findet, kann der Vermögende Mäzen sein ähnlich wie einem Künstler. Manche aufstrebende Kraft könnte gefördert werden, wenn ein solcher Mäzen dem Verleger des jungen Politikers das geldliche Risiko des Verlags eines Buches abnehmen, also z. B. ein halbes oder ganzes Tausend desselben

von vornherein bestellen würde. Weniger bekannten Kräften könnte zunächst der Weg in die Provinzpresse geöffnet werden, wenn der Mäzen einem Blatte die Mittel zur Verfügung stellte, gerade die Aufsätze eines bestimmten Politikers reichlich zu bezahlen; damit wäre er zugleich Mäzen des Blattes und des Politikers. Wenn derselbe dann einmal ein berühmter Politiker sein wird, kann der Mäzen unter Umständen eine ebensogroße und noch größere Genugtuung empfinden als der Sammler, der einem Maler über die ersten Schwierigkeiten hinweggeholfen hat.

Unter die Ausgaben für „Nationale Versicherung" wären ferner regelmäßige und reichliche Beiträge für alle nationalen Vereine, vor allem für die scharfen und zielbewußten, aufzunehmen. Sie bewachen auch den Besitz des nationalen Kapitals; aber es dürfte Tausende von Firmen und Rittergütern geben, die noch nicht einmal so viel dafür ausgeben wie für ihren scharfen Hofhund. In dem Briefe eines über die Kühlmannrede vom Juni 1918 empörten deutschen Großkaufmanns fand ich folgende Stelle: „Der Kaste aber, die bis jetzt durch Geburt und Herkommen zur Leitung der Geschäfte unseres Reichs berufen war, müssen wir die Türe weisen." Ach du lieber Himmel! Wie kann man nur immer wieder auf den alten alljüdischen Ablenkungskniff hereinfallen, der nur den Zweck hat, an die Stelle tüchtiger Deutscher mittelmäßige oder untüchtige Juden oder zunächst nach der bekannten Übergangstaktik ebensolche Judenfreunde, Versippte und Halbjuden zu setzen. Daran lag's nicht. Fürst Lichnowsky und Herr von Kühlmann haben in Kaste, Geburt und Herkommen so gut wie nichts Gemeinsames. Bethmann und Helfferich, Zimmermann und Riezler stehen den deutschen Großkaufleuten in allen drei Dingen sicher näher, als ihnen Bismarck und der Freiherr von Stein standen. Zu dem Zugeständnis der Bürgerlichkeit werden die vom B-System unschwer zu bewegen sein; sie werden mit derselben Raschheit die in ihr System Passenden darunter herausgefunden haben, wie es ihnen beim Adel gelang, und sie werden mit derselben Hartnäckigkeit die Tüchtigen unter ihnen fernzuhalten wissen, wie sie die fähigen Adligen auszuschalten verstanden haben. Wäre uns mit Erzberger und Scheidemann, Gothein und Naumann, Delbrück und Rohrbach als Diplomaten gedient? Einige Dutzend davon zusammengenommen wiegen keinen Fürst O. Salm-Horstmar, Fürst Isenburg, Prinz Löwenstein, Graf Preysing auf.

Es kommt darauf an, den Tüchtigen in Adel und Bürgerschaft die Tür zu öffnen. Was habt Ihr bis jetzt dafür getan, namentlich in Friedenszeiten, Ihr vom deutschen Großkapital, Ihr Großkaufleute, Ihr Industriellen, Ihr ostelbischen und anderen Junker? Jahrzehnte früher, als Ihr Euch im Kriege die Augen zu reiben begannt, hat der klarsehende Alldeutsche Verband gegen das System der Untüchtigen angekämpft; habt Ihr einen Finger für ihn gerührt? Wieviel Summen flossen jetzt im Kriege aus Euren Millionengewinnen dem Alldeutschen Verband, dem Verein für das Deutschtum im Auslande, dem Ostmarkenverein, dem Wehrverein usw. zu? Gewiß mehr als in Friedenszeiten; aber wieviel im Vergleich zu den Summen, die Ihr für andere Zwecke aufbrachtet und die in andern Ländern von den gleichen Kreisen für die gleichen Zwecke ausgegeben werden? Und wie groß ist der Prozentsatz der Spendenden? Wie war's denn im Frieden? Wenn durch Geburt, Kaste und Herkommen ausgezeichnete und von der Regierung des B-Systems empfohlene Leute an Euch herantraten und Orden und Kommerzienratstitel winkten, dann strömten die Millionen nach Norwegen, Indien, Messina; aber sonst? Wo blieben sie, als deutsche Volksgenossen in Lusern in Südtirol oder in Brasilien in Not waren und der Alldeutsche Verband und der Verein für das Deutschtum im

Auslande für sie sammelten? Bei den Tschechen haben Großkaufmannschaft, Großindustrie und Großgrundbesitz sich zusammengetan, um eine nationale Bank, die Ciwnosbenka-Bank zu schaffen, die ihre Erträgnisse, alljährlich einige Millionen Mark, nationaltschechischen Zwecken zur Verfügung stellt; wo ist das deutsche Gegenstück dazu? Wo waren bis vor kurzem die deutschen Gegenstücke zu den polnischen Spar- und Darlehenskassen und Siedlungsgesellschaften und den ganz ähnlichen tschechischen, die mit ihren Geldern zielbewußt deutschen Grundbesitz aufkaufen und an Landsleute zu mäßigen Preisen abgeben? Warum hat das nationale Kapital nicht schon längst nationale Einkaufsgenossenschaften gebildet, um das große neue kaufmännische Feld, das sich im Osten öffnet, nicht ganz wieder den internationalen Kapitalskräften zu überlassen? Hat Euch die Kaste, die bis jetzt durch Geburt und Herkommen zur Leitung der Geschäfte unseres Reiches berufen war, daran gehindert? Oder war es, weil Ihr auf die Stimmen der Nationalpolitiker, die Euch dazu mahnten und nicht das mindeste mit der „Kaste" gemeinsam hatten, nicht hören wolltet und Euch niemals um sie gekümmert habt?

III.

Auch heute bekümmern sich weder die kapitalkräftigen noch die parteipolitischen Kreise um die rein nationalen Politiker und ihren Nachwuchs, aus dem Deutschlands Erneuerung allein hervorgehen kann. Die Aufgabe der Förderung nationalpolitischer Talente lastet infolgedessen allein wieder auf den Schultern der kleinen Schar nationaler Männer und Gruppen, welche das Vaterländische über alle Sonderinteressen stellen. Die Macht dieser Gruppen ist verhältnismäßig gering und die Presse, über die sie verfügen, noch schwach. Um so mehr müßten sie auf jede Kleinigkeit achten; eine andere als Kleinarbeit ist ihnen zurzeit sowieso kaum möglich. Aber sie leisten ebenfalls nicht entfernt das, was sie leisten könnten.

Die vorzüglichste Personalförderungsorganisation hat in Deutschland wie anderswo das Judentum; ein Vergleich mit ihm ist lehrreich. Für den sachlichen Deutschen sind die persönlichen und geschäftlichen Mittel des Judentums nicht verlockend; aber moralische Entrüstung hat in diesem Fall um so weniger Sinn, als schon längst weite deutsche Kreise, vornehmlich solche, die auch politisch mit dem Judentum befreundet sind, sich dieser Mittel bedienen, um vorwärts zu kommen. Die nationalen Kreise stehen mit diesen Kreisen politisch im Kampf. Der Ritter, der sich von Angesicht zu Angesicht mit dem Gegner zu messen pflegte, mag es als äußerst niederträchtig empfunden haben, als zum erstenmal von der Ferne gesandte Kugeln der Fußschützen um ihn pfiffen; aber es blieb ihm nichts anderes übrig als auch zur Schußwaffe zu greifen. Die Waffe schreibt immer der überlegene Gegner vor.

Gegenwärtig ist das Alljudentum dem Alldeutschtum, um die schärfsten Gegensätze herauszugreifen, weit überlegen. Die Personenförderung der Juden beginnt bereits beim Kinde in Verwandten- und Freundeskreisen. Irgendeine brauchbare Seite wird an dem Knaben rasch herausgefunden, und bald weiß es die ganze Verwandt- und Bekanntschaft, was für ein gescheites und geschicktes oder geschäftlich begabtes Jüngelchen der kleine Cohn, David oder Manasse ist. Steckt er dann als Lehrling im Geschäft, in der Bank, im Bureau oder in der Wissenschaft, so lauert schon ein großer Kreis auf irgendeine Leistung, die man zu etwas Hervorragendem emporschrauben kann; wenn man sich den Chef oder später den Schwiegervater mit der gehörigen Vorsicht ausgesucht hat, ist das nicht schwer zu erreichen. Dann wird nach Kräften für Bekanntwerden des jungen Mannes und seiner Leistung

gesorgt, er wird immer bekannter, und schließlich ist ein „bedeutender" Geschäftsmann, Professor, Bankdirektor oder Reichstagsabgeordneter daraus geworden. Bei den Grabreden pflegt dann der Nachrufende in Verlegenheit zu kommen, wenn er ausführen soll, worin die hervorragenden Verdienste des hervorragenden Mannes eigentlich bestanden haben sollen, und dann merken manchmal auch die anderen, wie windig eigentlich der Ruhm ist. Aber dann ist das Geschäft bereits gemacht; der Mann hat inzwischen längst zehn andere von gleichen Leistungen in wichtige Stellungen gebracht; die Macht des Judentums ist um diese zehn wichtigen und einige Dutzend unwichtige Stellungen gestärkt und die der Gegenpartei um ebensoviel geschwächt. Und schließlich glaubt der gute Deutsche wirklich, er brauche diese überlegene Rasse zur Verwaltung seiner geistigen, kulturellen und politischen Güter, weil seine eigene nur mehr Minderwertiges hervorbringe. Aber die Überlegenheit besteht nur in der „Mache", und die Deutschen können in dieser Lage nur mehr dagegen aufkommen, wenn sie ihre eigenen wirklichen Begabungen gleichfalls zielbewußt fördern, um sie in die Höhe zu bringen.

Auch die wirkliche Begabung bedarf nämlich der Förderung. Es gibt kein verlogeneres Sprichwort als das vom Genie, das sich selbst durchringt. Von hundert Genies gehen neunundneunzig unentdeckt zugrunde, und das hundertste pflegt sich nur unter unsäglichen Schwierigkeiten durchzusetzen. Aus dieser letzten Tatsache zieht dann die Allgemeinheit den falschen Schluß, geniale Begabung sei immer mit einer ebensogroßen Begabung für die Überwindung äußerer Schwierigkeiten verbunden. Aber zwischen Genie und Lebenszähigkeit besteht nicht der mindeste Zusammenhang; viel wahrscheinlicher ist von vornherein die Annahme, die hervorragende Ausbildung des Gehirns nach der Seite der genialen Begabung hin lasse nicht mehr viel Raum für alle die Künste, die für einen erfolgreichen Kampf um die äußeren Lebensnotwendigkeiten erforderlich sind. Logisch wäre der Schluß: Wenn ein Genie sich durchringt, hat es mehr Schwierigkeiten als jeder andere Mensch, sich im Lebenskampf zu erhalten. Wer also nicht ausnahmsweise neben seiner genialen Begabung auch noch eine außergewöhnliche Begabung für den Lebenskampf hat, hat sehr wenig Aussicht, sich im Lebenskampf zu erhalten, wenn ihm nicht dabei geholfen wird. Ein Wink für Monarchen und ein Gegengrund gegen die Demokratie, den geborenen Feind jeden wirklichen Genies!

Die freie politische Begabung kann der Förderung so wenig entbehren wie jede andere. Sie braucht ein Betätigungsfeld, d. h. Aufnahme ihrer Arbeiten in der Presse und der Literatur. Das Erscheinen der Arbeiten irgendwo und irgendwann und ihre Güte allein genügen noch nicht; sie müssen bekannt werden. Dafür haben die politischen Gesinnungsgenossen zu sorgen. Dadurch öffnen wieder mehr Zeitungen und Zeitschriften der neuen Kraft die Pforten; die Gegner beschäftigen sich mit ihr; sie hat die Möglichkeit, im Kampf zu lernen und sich zu bewähren. Es kann einer die glänzendste Prophetengabe und den genialsten Blick für die Beurteilung der jeweiligen politischen Notwendigkeiten haben — wenn die Prophezeiungen zur Zeit, wo sie noch Prophezeiungen sind, und die Urteile zur Zeit, wo noch Folgerungen aus ihnen zu ziehen sind, nicht bekannt werden und auf die Bestätigung ihrer Richtigkeit durch die Ereignisse zu der Zeit, wo die Ereignisse diese Bestätigung geben, nicht hingewiesen wird, dann nutzt der Besitz einer solchen Kraft seinen Gesinnungsgenossen im besonderen und dem Volke im allgemeinen nicht das mindeste. Die Bewährung stählt aber wieder die Urteilskraft des Neulings, feuert ihn an, läutert und reift ihn. So wachsen Talente und Führer heran. Der Beginn der echten

Begabung ist fast immer Überschwang, der in der Politik in der Schärfe der Kritik und der fehlenden Neigung zu irgendwelchen Kompromissen sich zu äußern pflegt; erst der Kampf schleift ab. Die Leute, die mit 20 Jahren bereits die Brille des alten Geheimrats aufsetzen und ihm seine Altersschwächen abgucken, werden zwar gewöhnlich wirklich Geheimrat, weil sie den alten Geheimräten die Gewähr des Hintrottens in den alten Bahnen bieten und deshalb von ihnen gefördert werden; aber sie gehören dann zu den Geheimräten, von denen kein Mensch begreift, warum sie es geworden sind. Indem die nationalen Parteien und Verbände ihre Reihen seit Jahren grundsätzlich den „Scharfen" verschließen, schneiden sie sich selbst den begabten Nachwuchs ab; sie dürfen sich nicht wundern, wenn der Mangel an frischer junger Intelligenz — an der alten hapert es auch schon bedenklich — immer offenkundiger wird. Die Ausrede vom „Elefanten im Porzellanladen" gilt heute weniger als je; was in der auswärtigen Politik zu zerschlagen war, liegt durch die Schuld der Leisetreter und Gemäßigten längst in Trümmern, und im übrigen ist Deutschland heutzutage höchstens noch einem Mangrovesumpf oder Bambusdickicht zu vergleichen, durch das nur mehr Elefantentritte einen Weg zu bahnen vermögen.

Wie fördert das Alljudentum politisch seine Leute? Es ist auch in der Politik ständig auf der Lauer, ob sich nicht irgendwo ein Talent kundgibt, das für seine Zwecke brauchbar wäre. Bevorzugt wird natürlich die Rasse; aber auch die Andersrassigen werden scharf beobachtet. Taucht irgendwo eine Begabung auf — und das Judentum hat ein feines Empfinden dafür —, gleichgültig in welcher Richtung sie zunächst liegt, so kann sie sicher sein, gefördert zu werden, wenn es das Judentum um Unterstützung angeht. Unterläßt sie das, so wird versucht, an den Betreffenden heranzukommen; man lädt ihn zur Mitarbeit ein, bittet ihn um einen Vortrag, gibt ihm Beiträge zu einem Unternehmen, selbst wenn es z. B. auch rein national ist; es darf nur nicht gerade scharf antisemitisch sein. Wird er kein Freund des Judentums, so nimmt er doch gewöhnlich aus Dankbarkeit Rücksicht auf dasselbe und ist dann als Feind ausgeschaltet; meistens gerät er bald überhaupt in das gewünschte Fahrwasser und bleibt darin, schon weil die Gegenpartei sich eben nicht um ihn bemüht und er nur mehr die Wahl hat, entweder im Dienst des Alljudentums zu verweilen oder in die Vergessenheit zurückzusinken; so hilft er schließlich am Aufbau der Macht des Judentums mit, selbst wenn seine ursprüngliche Anlage und Absicht ihn in ganz andere Richtung wies. Man beachte die Laufbahn mancher politischen Größe, die national begann, sozial fortfuhr — Demokratie ist die beliebte Brücke, welche das Judentum den Nationalen für ihren Übergang ins Alljudentum schlägt — und alljüdisch endete! Bleibt aber das entdeckte Talent widerspenstig oder entpuppt es sich gar als völkisch-germanisch und antisemitisch, so läßt man es fallen; man hat dann einige gute, dem Alljudentum angerechnete Arbeiten gehabt und gegen den Abtrünnigen die Waffe des Vorwurfs der Abtrünnigkeit zur Hand. Er kann dann sehen, wo er unterkommt. Meistens kommt er nicht unter und ist in Bälde politisch verschollen.

Das entschiedene Deutschtum unterläßt es gewöhnlich, seine Leute in ähnlicher Weise zu fördern wie das Alljudentum seine Kräfte, und wenn das Alljudentum darauf bedacht ist, besonders die „Scharfen" der Gegenseite durch Totschweigen und ähnliche Mittel unschädlich zu machen, so findet es dabei leider auch Stützen in den Kreisen der Nationalen, der gemäßigten wie der entschiedenen. Einige Beispiele aus den schärferen Richtungen erläutern vielleicht am besten den Unterschied zwischen der Behandlung des alljüdischen und des nationalen deutschen Nachwuchses.

Der am Anfang unserer Betrachtungen erwähnte Aufsatz von Dr. P. Franz bringt auch folgenden, die Genannten halb entschuldigenden Satz: „Deshalb tun Männer wie Heinrich Claß, Frhr. v. Liebig, Jung, Kapp, v. Hertzberg-Lottin usf. ein hohes vaterländisches Werk, wenn sie unserem Volk die Schuldigen zeigen." Was haben unsere Nationalen dazu beigetragen, das hohe vaterländische Werk und ihre Vollbringer irgendwie bekannt zu machen?

Claß hat unter anderem zu Beginn des Krieges eine ausführlich begründete Kriegszieldenkschrift verfaßt. Die nachfolgenden Kriegszielarbeiten fast aller nationalen Politiker und Verbände beruhen auf dieser Schrift. Die Regierung hat sie unterdrückt; die alljüdische Presse hat aufs heftigste nicht gegen die Denkschrift, denn dadurch wäre ja ihr Verfasser bekannt geworden, aber gegen die darin aufgestellten Kriegsziele gekämpft. Der Friede im Osten hat die Kriegsziele der Denkschrift fast genau nach der Karte erfüllt; Claß hat sich als glänzender Beurteiler politischer Notwendigkeiten und Möglichkeiten und als Prophet bewährt, wie er auch seit einem Jahrzehnt die Notwendigkeit einer geschlossenen nationalen Opposition richtig erkannt und betont hat.

Man denke sich, ein Mann des Alljudentums habe zu Beginn des Krieges ähnlich grundlegende Ansichten entwickelt und Voraussagen aufgestellt wie Claß, und ihre Richtigkeit wäre von den Ereignissen trotz stärksten Widerstandes der Alldeutschen bestätigt worden. Ob inzwischen auch nur eine Woche vergangen wäre, in der nicht ein alljüdisches Blatt irgendwie auf diese Tat hingewiesen hätte? Ob der Ostfriede auch nur einmal in der alljüdischen Presse erwähnt würde, ohne wenigstens in einer ganz kurzen Bemerkung in Verbindung gebracht zu werden mit den Verdiensten, die sich ihr Gesinnungsgenosse darum erworben, falls er nach der Voraussage eines Gesinnungsgenossen gestaltet worden wäre? Er bräuchte dabei gar nicht ein ausgesprochener Parteipolitiker zu sein; seine Zugehörigkeit zum Alljudentum würde genügen, um ihn im Triumph in der ganzen alljüdischen Presse herumtragen zu lassen, mag er nun wie ein Scheidemann der sozialdemokratischen, wie ein Naumann der freisinnigen, wie ein Richthofen der nationalliberalen, wie ein Erzberger dem Zentrum oder wie ein Delbrück der freikonservativen Partei angehören. Denn das gemeinsam Verbindende einer Weltanschauung, hier das weltbürgerlich Internationale, steht über den Formen der einzelnen Ausgestaltung, und eine Parteigruppe, welche ihre auch andern Gruppen gemeinsame Grundlage nicht über die Sonderausgestaltung zu stellen vermag, untergräbt damit den Boden, auf dem sie ruht. Die Leser von „Deutschlands Erneuerung" dürften sich im allgemeinen auch nationale Tageszeitungen halten; sie mögen sich einmal die Frage vorlegen, wie oft sie Herrn Claß und sein Werk mit oder ohne Verbindung mit dem Ostfrieden in solchen Blättern erwähnt gefunden haben.

Ein kleines und für die Technik der Personenförderung lehrreiches und typisches Gegenbeispiel: Professor Brandenburg, ein gut nationaler Politiker, schrieb vor einiger Zeit im „Deutschen Kurier" folgenden Satz: „Ich kann mich in dieser Beziehung nur den Ausführungen anschließen, die Hans Delbrück kürzlich in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlicht hat." Wenn Hans Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern irgendeine Ausführung veröffentlicht, der sich ein vernünftiger Mensch anschließen kann, so kann man Gift darauf nehmen, sie sei mindestens zwei Jahre vorher schon von einem andern veröffentlicht worden; denn so lange braucht Hans Delbrück, um sich einen vernünftigen Gedanken anzueignen. Die Weisheit, Rußland werde geraume Zeit brauchen, bis es wieder als gefährlich gelten könne — um sie handelt es sich —, ist vor Delbrück schon von einer ganzen Reihe anderer

Leute ausgesprochen worden, darunter sicher auch von politischen Freunden Brandenburgs. Zur wirksamen Technik des Alljudentums gehört es, wenn eine Erkenntnis von hundert Deutschen und nach ihnen von einem Juden ausgesprochen worden ist, den Juden und keinen der hundert Deutschen anzuführen. Kann man sich denken, Professor Delbrück oder Professor Goetz oder Professor Max Weber schrieben: „Ich kann mich nur den Ausführungen anschließen, die Heinrich Claß kürzlich in den Alldeutschen Blättern veröffentlicht hat"? Aber der nationale Professor Brandenburg nennt keinen der nationalen Politiker, die an Rußlands baldiger Erholung gezweifelt haben; er muß ausgerechnet Delbrücks Ruf erhöhen, indem er ihn als den maßgebenden unter all den Politikern, die dieser Meinung sind, heraushebt. Kleinigkeiten, aber technisch durchaus nicht unwichtige Kleinigkeiten!

Im Anschluß an eine mit der Claßschen Denkschrift überreichte Eingabe schrieb Herr von Bethmann-Hollweg an den „Alldeutschen Verband": „Der Krieg und seine Erfahrungen haben ... den Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des Alldeutschen Verbands nicht behoben, sondern ins Groteske gesteigert." Frhr. von Liebig bemerkte in seinem Buch „Die Politik von Bethmann-Hollweg" dazu: „Die Tatsachen haben ... auf seiten des Herrn Reichskanzlers das Vorhandensein eines grotesken Mangels an politischer Einsicht bewiesen." Das war Dezember 1915. Damals wurde die Bemerkung selbst von Nationalen als zu „scharf" empört zurückgewiesen, trotz der ausführlichen Begründung, die ihr vorausgegeben war; heute dürften ihr nicht allzuviele Leute mehr widersprechen. Von den Gegnern ist das Liebigsche Buch als Pamphlet verschrien worden, andere erkannten es widerwillig als fleißige Materialsammlung und brauchbares, wenn auch tendenziöses Nachschlagewerk an, wieder andere nannten es ein grundlegendes Werk und eine nationale Tat. Ganz einerlei aber, wie das endgültige Urteil über das Buch lauten wird, es erregte jedenfalls sehr großes Aufsehen, und es gab im Frühjahr 1916 sicher kein politisches Buch, das mehr „verliehen" und gelesen wurde als das Liebigsche. Wenige Wochen nach seinem Erscheinen setzte der allgemeine systematische Feldzug gegen Bethmann-Hollweg ein; hierbei waren die Ereignisse, die sich an die Tirpitzkrise anknüpften, gewiß ein wichtiger Faktor; aber sicher war dabei auch die Wirkung des Liebigschen Buches, das, als Handschrift vom Verfasser versandt, einer großen Anzahl wichtiger politischer Persönlichkeiten erst die Augen öffnete über den Abgrund, an dem wir hintaumelten, von Bedeutung. Herr von Bethmann-Hollweg ließ das Buch verbieten — es ist heute noch verboten —, und suchte es durch Totschweigen zu erledigen. Er hielt sich über den anonymen Junius alter und über Kapp auf; von dem Liebigschen Buch war er mäuschenstill. Und — nirgends findet er dabei eine kräftigere Unterstützung als in der gesamten Presse, die nationale mit eingeschlossen. Der Mann könnte gestorben sein und niemand wüßte etwas von ihm.

Man denke sich einmal den Fall umgekehrt. Die politische Gewalt sei in den Händen einer alldeutsch gesinnten Regierung und einer alldeutschen Regierungsmehrheit. Nun schreibe ein alljüdischer Professor ein Buch gegen das alldeutsche System von ähnlicher Wucht und Wirkung wie das Liebigsche. Ob es noch einen Leser nicht etwa nur des Berliner Tageblattes, der Frankfurter Zeitung, der Münchener Neuesten Nachrichten, sondern auch der Deutschen Zeitung und der Alldeutschen Blätter gäbe, der nicht genau wüßte, da lebt irgendwo ein Professor X. X., der ein vernichtendes (oder angeblich vernichtendes) Buch gegen das alldeutsche System und den alldeutschen Reichskanzler geschrieben hat? Es möge ruhig verboten sein wie das Liebigsche; Zitate daraus und seine Erwähnung sind heute nicht verboten, und der Ruf nach seiner Freigabe wäre vom Dezember 1915 an bis heute in den Spalten der

alljüdischen Presse nicht verstummt. Höchst wahrscheinlich wäre es auch längst nicht mehr verboten; der Lärm, der im Reichstag, in den Landtagen und in den ersten Kammern von den Freunden des Alljudentums geschlagen worden wäre, hätte ein antialldeutsches Buch, das ebenso rein politisch und frei von jedem „militärischen Interesse" wie das Liebigsche ist, längst freibekommen. Man suche zum Vergleich nach ernsten Bemühungen der nationalen Volksvertreter und der nationalen Presse um die Freigabe des Liebigschen Buches!

Hier offenbart sich übrigens wieder nicht nur der Mangel an Anteilnahme für nationale Kräfte, sondern auch der Mangel an Oppositionstechnik bei unseren Parteien überhaupt. Die parteipolitische Stellung des Frhrn. v. Liebig ist aus seinem Buch schwer festzustellen, was auch auf das Claßsche zutrifft. Aber das Buch hat sich als wirksam im Kampf gegen das System erwiesen, das von Nationalliberalen wie Konservativen notwendig befehdet werden muß; diese Tatsache müßte einer politisch reifen Opposition genügen, um es nach Kräften zu unterstützen. Als ob unsere nationale Opposition einen solchen Überfluß an Waffen besäße, um in ihrer heutigen gefährdeten Lage auch nur eine einzige entbehren zu können! Die nationalen Gegner des Herrn von Bethmann und der Reichstagsmehrheit hätten diese Waffe auch noch schärfen können, indem sie die Liebigschen Voraussagen der kommenden Bethmannischen Mißerfolge und ihr Eintreffen immer wieder hervorhoben und Bethmann darauf festnagelten. Die Politik, die Herr von Bethmann noch nach dem Erscheinen des Buches weiter trieb, erweckte ja fast den Eindruck, als lege er es absichtlich darauf an, die pessimistischen Voraussagen des Frhrn. v. Liebig Punkt für Punkt zu erfüllen!

Man vergleiche damit die unglaubliche — sagen wir höflich — Kühnheit, mit der Erzberger und seine Freunde vom Alljudentum das scheinbare Eintreffen ihrer Prophezeiung, der U-Bootkrieg werde die erwartete Wirkung nicht haben, ausnutzen, um ihren eigenen Ruhm und den ihrer Partei zu heben und zu stärken. Dabei beruht der ganze Schwindel auf dem durchsichtigen Kniff, die ungeheuer schädigende Wirkung des Jahres, um das der U-Bootkrieg durch die Schuld Erzbergers und des Alljudentums verzögert wurde, einfach zu unterschlagen. Alle übrigen Voraussagen des ganzen Reichstagsmehrheitsklüngels sind offenkundig in die Brüche gegangen; aber sie, die keine Propheten haben, haben vor der Öffentlichkeit und vor den eigenen Reihen Propheten, weil sie sich auf Technik verstehen; die nationalen Parteien könnten unwiderlegte Propheten haben, aber sie schweigen sie tot!

Dr. Franz spricht in seinem Aufsatz vom „System Bethmann" oder auch dem „System des neuen Kurses oder wie man sonst den nachbismarckischen Verfall bezeichnen will." Warum geht er so ängstlich um die von Liebig eingeführte Abkürzung „B-System" herum? Auch hierin liegt ein technischer Fehler. Das „B-System" war nach dem Erscheinen des Liebigschen Buches eine Zeitlang allgemeines Schlagwort geworden; selbst in Parlamenten wurde es Ministern entgegengeworfen und gut genug verstanden. Dann verschwand es wieder, weil auch die Gesinnungsgenossen des Frhrn. v. Liebig es sorgfältig vermieden.

Die technische Bedeutung des Schlagwortes im politischen Kampf wird vielleicht deutlicher an einem anderen Beispiel. Im Jahre 1913 erschien das Buch „Berlin-Bagdad" von Winterstetten (A. Ritter), einem Alldeutschen.[1]) Das darin vorgeschlagene Mitteleuropa lief auf eine Stärkung der politischen Machtstellung Deutschlands hinaus und forderte auch Vermehrung der militärischen Machtmittel; das Buch wurde infolgedessen vom Alljudentum entweder bekämpft oder totge-

[1]) J. F. Lehmanns Verlag, München, M. 1.20.

schwiegen. Als dann der Krieg die Möglichkeit einer allgemeinen Machterweiterung Deutschlands naherückte, griff Naumann den Gedanken im Sinn eines Gegenzuges gegen die alldeutschen Machtpolitiker auf, indem er ein handelspolitisches Mitteleuropa als genügende Machterweiterung gegenüber den Wünschen nach Landerwerb ausspielte. Gleichzeitig konnte er dabei für das alljüdische Ideal eines internationalen Völkermischmasches (mitteleuropäische Mischseele), auf dem die Juden dann obenauf schwämmen, eine Lanze brechen. Seine Presse erkannte sofort die Eignung des Wortes Mitteleuropas zum Schlagwort, und heute verbindet die ganze Welt mit dem Wort Mitteleuropa die Vorstellung einer höchst verdienstvollen und bedeutenden geistigen Schöpfung Naumanns und des Freisinns; denn selbstverständlich fällt das Licht, das ein Name ausstrahlt, auch auf die Gesinnungsgemeinschaft, welcher der Namensträger angehört. Hätte die nationale Presse Oppositionstechnik, so dürfte sich in ihr das Wort „Mitteleuropa" niemals ohne den Hinweis auf den „entstellten Berlin-Bagdadgedanken Winterstettens oder seines Vorgängers Ernst Hasse (Deutsche Politik)" finden.[1]) Statt aber den alljüdischen Mitteleuroparummel zu benutzen, um Winterstetten und Hasse und ihre ausgezeichneten Schriften zu fördern, schweigt sie die Bücher beider tot und macht Reklame für Naumann. Heute ist der Kampf gegen das B-System allgemein als nationale Notwendigkeit anerkannt und ein nationaler Kampf geworden; hätten die nationalen Kreise an dem Schlagwort B-System festgehalten, so hätten sie damit das alldeutsche Verdienst an diesem Kampf vor aller Welt festgelegt.

Herr von Bethmann-Hollweg griff seinerzeit im Reichstage den Junius alter so heftig an, weil er vermutete, es stecke hinter ihm Frhr. v. Liebig; er hoffte, nach dem beliebten Schiebergebrauch des Hintenherums, auf diese Weise den Gegner erledigen zu können. Auch der Junius alter wurde von der nationalen Literatur völlig totgeschwiegen. Die damals zunächst in geringem Umfang verbreitete Schrift von Kapp wurde von Herrn von Bethmann wohl hauptsächlich deshalb mit herausgezogen, um den eigentlichen Zweck seines Angriffes nicht gar zu durchsichtig erscheinen zu lassen und von den „Piraten" in der Mehrzahl sprechen zu können. Kapp hat dann durch Gründung der Vaterlandspartei selbst dafür gesorgt, nicht in Vergessenheit zu geraten, auch haben die Konservativen dem Generallandschaftsdirektor ein Reichstagsmandat gegeben.

Die Schrift Kapps bringt in ihrem politischen Teil gegenüber dem Liebigschen Buch kaum etwas Neues; in ihrem wirtschaftlichen Teil stützt sie sich auf Arbeiten Schieles. Für Schiele gilt, was viele andere nationale Politiker ebenfalls erfahren haben: er mußte sich eigene Organe schaffen (Naumburger Briefe, Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz), um überhaupt zu Gehör zu kommen. Stünde er auf alljüdischer Seite, wäre ihm längst in einer Reihe von Blättern genügend Platz geschafft worden. Politiker wie Bacmeister, Fuhrmann, Hirsch, Traub mußten sich auf ähnliche Weise helfen. Auch von einem so hervorragenden Politiker wie Reventlow wäre der Öffentlichkeit wohl nur wenig bekannt, wenn er nicht schon vor dem Kriege eine Wirkungsstätte in der Deutschen Tageszeitung gefunden hätte.

In der Franzschen Namensreihe folgt auf Liebig Jung. Erich Jung ist Professor der Rechtsgeschichte in Straßburg und hat seine staats- und volksrechtlichen Kenntnisse rückhaltlos in den Dienst des Kampfes gegen das B-System gestellt. Das Alljudentum würde derartige Kräfte, die in ähnlicher Weise für seine Sache kämpfen, wie Kostbarkeiten hegen und pflegen. E. Jung dürfte in der übrigen nationalen Presse fast unbekannt sein. Jungs ehemaliger Kollege an der Straßburger Universität,

[1]) F. J. Lehmanns Verlag, München. Bd. I geb. Mk. 14; Bd. II, Heft 2 geheftet M. 1.50.

der Historiker Goetz, politischer Busenfreund Naumanns, Schützling der Frankfurter Zeitung und des Berliner Tageblatts, zurzeit Werberedner für den Volksbund für Freiheit und Vaterland, wurde von Straßburg an die Universität Leipzig als Nachfolger Lamprechts, des Freundes Bethmann-Hollwegs, gerufen. Wie lange hätte es wohl gedauert, bis Goetz bei gleicher oder doppelt so vielen und doppelt so guten wissenschaftlichen Leistungen nach Leipzig berufen worden wäre, wenn er ebenso tätiger Alldeutscher gewesen wäre, wie er Nationalsozial-Freisinniger war und wenn er auf die Freundschaft nationaler Männer angewiesen gewesen wäre?

Von Hertzberg-Lottin ist pommerscher Rittergutsbesitzer und Mitglied des preußischen Herrenhauses. Er ist der schneidigste Fechter für die nationale Sache unter seinen Standesgenossen und hat den adlig-bürgerlichen Mut auch vor Kanzlerthronen, der in seinen Kreisen selten geworden ist. Sein größtes und gar nicht hoch genug einzuschätzendes nationales Verdienst ist sein Kampf gegen Valentini, den er in einem tapferen von ihm mit Namen gezeichneten Aufsatz in der Deutschen Zeitung geführt hat. Wieviele Leser nationaler Blätter wissen etwas von ihm?

Ein anderer pommerscher Rittergutsbesitzer, Pretzell, hat vor kurzem eine Sammlung ausgezeichneter Aufsätze erscheinen lassen, und zwar unter dem Titel „Hie Alldeutsch" (Theodor Weicher Verlag, Leipzig. M. 2,50). Selbst die „Alldeutschen Blätter" haben dem Buch dieses weißen Raben unter seinen Standesgenossen, der sich so rückhaltlos auf die Seite der Alldeutschen zu stellen wagt, nur eine kurze Notiz gewidmet, eine etwas längere die „Deutsche Zeitung". Man denke sich, ein Bankdirektor habe ein ähnliches Büchlein unter dem Titel: „Hie Weltbürgerlich" geschrieben mit ähnlich guten und vielfach eigenartigen Gedanken, wie sie das Pretzellsche Buch enthält; jedes alljüdische Blatt und Blättchen brächte seinen Leiter darüber, und immer wieder tauchten von Zeit zu Zeit Gedanken und Sätze aus dem Buche in ihnen auf.

Das Alljudentum versteht es ausgezeichnet, auf diese einfache Weise „seine" Leute dem Gedächtnis der Leser unbemerkt einzuhämmern. Mit welcher unglaublichen Raschheit verbreiteten sich einige nachempfundene Gedichte jüdischer Feldgrauer durch die Presse; jedes Blatt druckte sie ab; Feuilletonisten setzten einzelne Verse über ihre Skizzen oder streuten sie ein; als sie dann „berühmt" gemacht worden waren, wurde das Judentum des Verfassers enthüllt, und ein politisch recht wirksamer Schachzug war getan. Wie glänzend war die Reklame für Gerhard Hauptmanns „Festspiel" zu 1813 in Szene gesetzt, in dem sich Hauptmann zur Verherrlichung alljüdisch-pazifistischer Gedanken hergab! Wie würde sich die gesamte alljüdische Presse Mühe geben, den Ruf jedes Dichters zu steigern, der auch in der politischen Arena für ihre Sache ficht! 1917 erschien in München ein Band Versererzählungen und andere Dichtungen — „Macht" — des bekannten Dichters O. H. Hopfen, der während des Krieges auch ausgezeichnete politische Schriften und Aufsätze rein deutschnationaler Richtung veröffentlichte. Hat jemand in der nationalen Presse schon etwas über dieses Buch „Macht" gelesen oder irgendwo Verse daraus wiedergegeben gefunden? Oder wie vielen Lesern nationaler Blätter ist durch diese Presse der treffliche Dichter Fritz Bley, der alte nationale deutsche Kämpe, nähergerückt? Chamberlain hat die Unterstützung durch die Presse nicht so nötig; er hat sich unabhängig von ihr seinen Ruf geschaffen. Aber wie ganz anders würde es wieder das Alljudentum ausnutzen, wenn sich eine erste Größe wie Chamberlain so für ihre Sache einsetzte wie es der Verfasser der Grundlagen des 19. Jahrhunderts während des Krieges tut! So erfährt man als Leser nationaler Blätter von Chamberlain hauptsächlich dann etwas, wenn sein Verleger Anzeigen für seine Bücher und Aufsatzsammlungen in Auftrag gibt.

Man könnte die Reihe der durch die Schuld der nationalen Presse so gut wie unbekannten oder nicht genügend bekannten und lebendig erhaltenen Namen deutschnationaler Politiker noch lange fortsetzen; man denke an Kräfte wie Prof. Krückmann, Paul Dehn, C. C. Eiffe, Mehrmann, oder man nehme die Namen der Mitarbeiter her, die Schmidt-Gibichenfels in seiner „Politisch-Anthropologischen Monatsschrift", Fritsch in seinem „Hammer", Dr. Erich Kühn in „Deutschlands Erneuerung", Fritz Stephan Neumann in seiner „Unabhängigen Nationalkorrespondenz", Müller von Hausen in seinen „Auf Vorposten" um sich gesammelt hat! Die „Vorposten" bringen in jeder einzelnen Nummer ein für die Rüstkammer jedes nationalen Politikers ungemein wertvolles Tatsachenmaterial, das man sonst nirgends findet; wieviel nationale Politiker kennen sie? Die nationale Sache kann nur Raum erringen, wenn sie über Namen verfügt, und Namen werden heutzutage nur geschaffen durch die Presse, durch ein wohl ausgebautes System der Empfehlung, das keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die in den eigenen Reihen kämpfenden Kräfte bekannt werden zu lassen. Es war im vorhergehenden fast ausschließlich von politischen Schriftstellern die Rede; für die politischen Staatsmänner gilt dasselbe. Aber unter dem B-System sind ja die völkisch-nationalen Staatsmänner so ziemlich ausgestorben; es muß ihnen im Volk erst wieder eine Grundlage geschaffen werden, die ihnen den Boden für ihre Wiederkunft schafft. Dazu sind aber nur die politischen Schriftsteller in der Lage; sie sind daher zurzeit fast das wichtigere. Ehe nicht von einer Schar zielbewußt arbeitender politischer Schriftsteller die Stimmung eines größeren Teiles unseres Volkes von dem lauen Gehenlassen der amtlichen Besetzungen auf ein entschlossenes Begehren anderer Männer umgestellt ist, und diese Männer sich auf eine öffentliche Meinung stützen können, wird man die andern Männer nicht an die Regierung bringen. Gegenwärtig wartet die nationale Richtung immer noch auf eine Erleuchtung von oben, auf einen Ruck vom Felde her oder auf ein Eingreifen von überirdischen Mächten, von denen man annimmt, sie würden ein so tüchtiges Volk wie das deutsche nicht im Stich lassen. Aber unser Herrgott war immer bei den stärksten Bataillonen, und Zweck der vorhergehenden Betrachtungen war, die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine weitere Ertüchtigung der politischen nationalen Bataillone sehr wohl möglich wäre. Ein Heer, das seine Pioniere so vernachlässigt wie unsere nationale Bevölkerung seine völkisch-politischen Bahnbrecher, taugt wenig und hat keine Aussichten auf den Sieg.

In dem vorliegenden Fall haben die Pioniere noch eine andere Bedeutung als die des Wegeschaffens und Brückenbauens gegen den Feind; es sind hier gleichzeitig die Kräfte, welche geeignet sind, die Verbindung, den Kitt zu bilden zwischen den einzelnen Regimentern. In ihrer jetzigen Zersplitterung sind die nationalen Kräfte von vornherein zur Ohnmacht verurteilt. Was der nationalen Sache allein noch zum Sieg verhelfen kann ist eine weitere Frage der Technik, eine geschlossene nationale Oppositionspartei. Aus dem politischen Wirrwarr im Deutschen Reich heben sich drei Gruppen deutlich ab. Auf der einen Seite steht der Block der Bethmann-freundlichen und der unabhängigen Sozialisten, die sich zurzeit aufs heftigste befehden und nach dem Krieg wieder in schönster Eintracht miteinander leben werden. Zu ihnen gehören innerlich der linke alljüdische Flügel des Freisinns sowie einige nationalliberale Abgeordnete wie Schiffer, Richthofen, Prinz Schönaich-Carolath und einige freikonservative Berliner Tageblattspolitiker; sie sollten sich als linker, mittlerer und rechter Flügel des Alljudentums zusammenschließen. Die zweite Gruppe bildet das Zentrum, das durch seine römische Richtung stets eine abgesonderte Macht bleiben wird Alle übrigen Parteien haben heute schon keine Daseinsberechtigung als Sondergruppen

mehr; sie gehören zu einer nationalen Partei zusammengeschweißt. Man muß sich allerdings klar darüber sein: unter den jetzigen Führern ist es unmöglich. Rein handelspolitisch orientierte Führer, die glauben ihre schönen platonischen Kriegszielreden mit der unentwegten praktischen Unterstützung eines Bethmann und Kühlmann bis zu ihrem Sturz durch andere vereinigen zu können, weil sie bestimmten Handelszweigen gefällig sind, müßten in einer nationalen Partei als Führer unmöglich sein, selbst wenn sie sich nicht in Fragen wie der des preußischen Wahlrechts als von der angeblichen Volksmeinung geführt erweisen statt Führer der Volksmeinung zu sein. Ebenso unmöglich wären in einer nationalen Oppositionspartei, die Macht ausüben und dem Gegner die mit der nötigen Furcht gepaarte Achtung einflößen will, Führer, die von der süßen Gewohnheit der guten Beziehungen zur jeweiligen Regierung sich erst losreißen können, wenn die Regierung ihnen den Stuhl in aller Form und vor aller Öffentlichkeit vor die Tür setzt, und bis dahin das Reich ruhig weiter dem Abgrund zugleiten lassen.

Nur an den führenden Männern fehlt es heute noch, wenn die neue große nationale Oppositionspartei, die einer werdenden starken Regierung Regierungspartei sein könnte, nicht zustandekommen will oder, noch besser gesagt, den vorhandenen mit Führereigenschaften ausgestatteten Männern ist es aus den geschilderten technischen Gründen unmöglich, als solche dem Volke bekannt zu werden und an das Volk herauszukommen. Der großen Menge der liberalen Wähler haben die Ereignisse in Rußland und anderswo, sowie sonstige Kriegserfahrungen gezeigt, wohin das liberale „Prinzip" in den Händen und in der Auslegung des Alljudentums schließlich führen muß; sie sind alle im Grunde ihres Herzens „konservativer" geworden; wenn ein Teil auf den Schwindel vom geheimen und gleichen Wahlrecht hereingefallen ist, so trägt die Schuld daran der starke Anteil des Alljudentums an der nationalliberalen Presse. Die Konservativen stehen aber heutzutage als Einzelpersonen fast alle auf dem Boden einer liberalen Weltanschauung und wären sicher bereit, ihre Abgeschlossenheit aufzugeben, wenn eine kulturpolitisch vernünftige Partei ihnen Bürgschaft für eine innerlich freie deutsche Kultur gewähren würde. Bis jetzt sehen sie, wie das ganze liberale Kulturgeschrei lediglich dem Alljudentum als Machtwerkzeug dient, um mit ihren mittelmäßigen und minderwertigen Kulturerzeugnissen die Deutschen vom Kulturmarkte zu verdrängen. Die Kulturstufe unseres Volkes ist dabei fortwährend gesunken.

Ohne diese große nationale Oppositionspartei wird es auch keine nationale Erneuerung, keine politische Wiedergeburt Deutschlands geben; es wird fortgewurstelt werden wie in Deutschösterreich, und wie die Deutschösterreicher werden die Deutschen im Reich einstens erkennen, daß sie in ihrem eigenen Land nichts mehr zu sagen haben. Auch die österreichischen nationalen Deutschen vermochten sich nicht zu einer geschlossenen Oppositionspartei aufzuschwingen; sie zersplitterten sich in einzeln ohnmächtige Parteien mit „gemäßigten" Führern, deren Eignung danach beurteilt wurde, ob sie auch ja innerhalb der Partei und nach oben hin nirgends anstießen. Als dann die Not kam, war niemand da, der hätte Führer sein können. Auch die nötige deutsche große Oppositionspartei läßt sich, um es nochmals zu sagen, nicht schaffen ohne neue Männer, und diese neuen Männer lassen sich nicht im Augenblicke, wo sie gerade nötig sind, telephonisch durch die roten Radler bestellen. Sie müssen bereitgehalten und gepflegt werden, in einer die kommenden Anforderungen möglichst übersteigenden Anzahl, wie ein Gärtner stets einen Überschußbestand an edlen Pflanzen hegt, um im Bedarfsfall die bestgewachsenen abgeben zu können. Wo wollen die Nationalen das Material zur Erneuerung hernehmen, wenn sie auf die Technik der Materialbeschaffung und Materialpflege so wenig bedacht sind wie bis jetzt?

Deutschland und die deutschen Bauern in Osteuropa.

Von Karl August Fischer.

Die Friedensschlüsse mit der Ukraine, mit Rußland und mit Rumänien stellen dem Deutschen Reich und dem deutschen Volke eine Reihe von Aufgaben, an deren Lösung alsbald mit Ernst und Tatkraft herangegangen werden muß. Unter diesen Aufgaben ist eine der vornehmsten und vordringlichsten die Fürsorge für die in Rußland und in den nunmehr von Rußland abgetrennten Gebieten wohnenden deutschen Bauern bisher russischer Staatsangehörigkeit, die in Rußland sogenannten „Kolonisten".

Es sei zunächst daran erinnert, um welche Zahlen es sich dabei handelt: Im heutigen Rußland wohnen rd. 740000 Kolonisten, davon 700000 an der Wolga in den Gouvernements Saratow und Samara, 25000 im Gouvernement Petersburg, 15000 am Ural (Gouvernement Orenburg und Ufa); des weiteren leben 100000 in Sibirien (Gouvernements Tomsk und Tobolsk). In der Ukraine wohnen 600000 Kolonisten im Süden (Gouvernements Cherson, Taurien, Jekaterinoslav), weitere 200000 wohnten als Kleinbauern und Pächter in Wolhynien. In Bessarabien, das anscheinend an Rumänien fallen soll, gibt es 70000 Kolonisten; weitere 15—20000 leben in der bisher schon rumänischen Dobrudscha. Im Dongebiet und im Nordkaukasus, deren staatliche Zugehörigkeit noch nicht feststeht, gibt es 100000 deutsche Ansiedler, in Transkaukasien 15000, in Mittelasien (Turkestan usw.) 100000. Das sind fast 2 Millionen deutsche Bauern. Dazu kommen noch 200000 Bauern, die in Polen ansässig sind (in den polnischen Städten und Industriegebieten, Lodz usw., lebten weitere 400000 Deutsche).

Die meisten dieser Kolonisten sind wohlhabende Bauern; die wohlhabendsten sind die am Nordufer des Schwarzen Meeres (in der Ukraine) sitzenden. Durch den Krieg haben alle deutschen Ansiedlungen in Rußland gelitten, am schwersten die in Polen nnd Wolhynien, über die der Kriegsschrecken unmittelbar hinweggerast ist und deren Bewohner auf Befehl des damaligen Oberbefehlshabers, Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, ins Innere Rußlands vertrieben worden sind, wobei ein großer Teil von ihnen elend zugrunde gegangen ist. Die Kolonien an der Wolga und in der südlichen Ukraine haben mehr nach Ausbruch der Revolution durch die bolschewistische Schreckensherrschaft gelitten; die in der südlichen Ukraine sind durch das Erscheinen deutscher Truppen von dieser Schreckensherrschaft befreit worden, die an der Wolga leiden weiterhin aufs stärkste unter diesem Druck und unter den in der dortigen Gegend entbrannten Kämpfen zwischen Bolschewisten und Gegenrevolutionären.

Diese deutschen Bauern waren bis zum Krieg lediglich Objekt der russischen Gesetzgebung und Verwaltung; weder waren sie selbst in der Lage, tätig an einer möglichst günstigen Gestaltung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage durch die russische Regierung mitzuwirken, noch auch sah sich das Deutsche Reich in der Lage oder veranlaßt, auf die russische Regierung zugunsten dieser deutschen Bauern Einfluß zu nehmen. Der Krieg hat den deutschen Bauern Rußlands, aber auch einem großen Teil des deutschen Volkes das Jämmerliche dieser Lage zum Bewußtsein gebracht, der Krieg und die Revolution haben außerdem so einschneidende Ver-

änderungen in der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage der Kolonisten gebracht und den ferneren Bestand der Kolonien so in Frage gestellt, daß die deutschen Bauern Rußlands auf die ausgiebige Hilfe und den tatkräftigen Schutz des Deutschen Reiches mit unbedingter Notwendigkeit angewiesen sind. Die deutschen Kolonisten Rußlands wünschen, aus der bisherigen, für Hab und Gut und für Leib und Leben sehr unsicheren Lage herauszukommen, sie wollen in Verhältnisse kommen, die es ihnen ermöglichen, sicher und unbehelligt als Deutsche zu leben und ihres Deutschtums froh zu werden, wo sie nicht wegen ihres Deutschtums verfolgt werden, wo sie ihren Kindern die Wohltat der deutschen Schule unverkürzt zuteil werden lassen können, wo sie die in ihnen steckenden starken wirtschaftlichen Kräfte ungehemmt zum Wohl des gesamten deutschen Volkes entwickeln können. Von diesen Wünschen und Forderungen geben alle Verlautbarungen der Kolonisten Kunde, die zu uns gedrungen sind, seien es die Beschlüsse der deutschen Tagungen in Odessa, Saratow und anderen Orten 1917 und 1918, seien es die Reden der zurzeit in Deutschland weilenden Vertreter der deutschen Kolonisten von der Wolga, aus der Ukraine, aus Bessarabien, aus dem Kaukasus, aus Sibirien.

Das Interesse der deutschen Kolonisten fällt völlig zusammen mit dem reichsdeutschen Interesse. Über den Wert dieser deutschen Bauern für uns, für das Deutsche Reich und das deutsche Volk, braucht wohl kein Wort verloren zu werden, sie sind angesichts der großen Blutverluste, die wir in diesem Krieg erlitten haben, ein äußerst wertvoller Zuwachs für unseren Volksbestand, und sie sind für die Besiedlung der baltischen Provinzen und Litauens das gegebene Siedlermaterial. Wir haben also allen Anlaß, auf die Herzenswünsche dieser treuen Volksgenossen bereitwilligst einzugehen, ihnen den erbetenen Schutz nicht zu versagen, sondern das möglichste zu tun, um diese wertvollen Kräfte für uns nutzbar zu machen.

Festzuhalten ist dabei, daß die Lage der deutschen Kolonisten in den einzelnen oben aufgeführten Gebieten des ehemaligen Rußlands verschieden ist, und daß demzufolge auch die Art und das Maß unserer Hilfeleistung verschieden abgestuft werden muß. Die Lage der Kolonien ist um so unsicherer, je weiter sie von unseren Grenzen und von unserem Machtbereich entfernt liegen, am unsichersten an der Wolga und in Sibirien. Ähnlich dürfte die Lage der Kolonien im Dongebiet, im Nordkaukasus, in Mittelasien sein, doch fehlen uns unmittelbare Nachrichten über die Kolonien in diesen Gebieten schon seit geraumer Zeit. Sehr zweifelhaft ist die Lage in Bessarabien; den Rumänen ist nicht viel Gutes zuzutrauen. In der Ukraine ist die Lage augenblicklich dank der Anwesenheit der deutschen Truppen sicher; die Zukunft der deutschen Ansiedlungen ist in der Ukraine aber ebenso unsicher wie anderswo. Besonderes Wohlwollen der Regierungen Rußlands, der Ukraine, Rumäniens oder eines anderen Gebietes gegenüber den deutschen Ansiedlern ist jedenfalls nicht zu erwarten.

Für das Gebiet der Ukraine, Rußlands und Rumäniens besteht nun die völkerrechtliche Möglichkeit eines deutschen Eingreifens zum Schutz der in den betreffenden Staaten wohnenden deutschen Ansiedler heute schon in aller Form; die einschlägigen Friedensverträge bzw. Zusatzverträge (deutsch-ukrainischer und deutsch-russischer Zusatzvertrag zu den Brester Friedensverträgen, deutsch-rumänischer rechtspolitischer Zusatzvertrag zum Bukarester Friedensvertrag) sehen erfreulicherweise diese Möglichkeit in ausreichendem Maße vor. Der deutsch-ukrainische Zusatzvertrag ist bereits im Reichsgesetzblatt (1918, S. 1030) veröffentlicht, er enthält im 6. Kapitel unter der Überschrift „Fürsorge für Rückwanderer" in zwei Artikeln folgende Bestimmungen:

Art. 18.

Den Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles, die aus dem Gebiete des anderen Teiles stammen, soll es während einer Frist von 10 Jahren nach der Ratifikation des Friedensvertrages freistehen, im Einvernehmen mit den Behörden dieses Teiles nach ihrem Stammland zurückzuwandern.

Die zur Rückwanderung berechtigten Personen sollen auf Antrag die Entlassung aus ihrem bisherigen Staatsverband erhalten. Auch soll ihr schriftlicher oder mündlicher Verkehr mit den diplomatischen oder konsularischen Vertretern des Stammlandes in keiner Weise gehindert oder erschwert werden.

Art. 19.

Die Rückwanderer sollen durch die Ausübung des Rückwanderungsrechts keinerlei vermögensrechtliche Nachteile erleiden. Sie sollen befugt sein, ihr Vermögen zu liquidieren und den Erlös und vorbehaltlich der Bestimmungen der allgemeinen Landesgesetze auch ihre sonstige bewegliche Habe mitzunehmen; ferner dürfen sie ihre Pachtverträge unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten kündigen, ohne daß der Verpächter wegen vorzeitiger Auflösung des Pachtvertrags Schadenersatzansprüche geltend machen kann.

Mit diesen beiden Artikeln stimmen die betreffenden Artikel des deutsch-russischen (Art. 21 und 22) und des deutsch-rumänischen Vertrages (Art. 29 und 30) fast wörtlich überein. Die Klausel „vorbehaltlich der Bestimmungen der allgemeinen Landesgesetze" im zweiten Satz des Art. 19 fehlt jedoch in den beiden späteren Verträgen; auch in einem anderen Punkt gehen der deutsch-russische und der deutsch-rumänische Vertrag noch weiter: sie geben den Rückwanderern für die ihnen während des Krieges wegen ihrer Abstammung zugefügten Unbilden Anspruch auf eine „billige Entschädigung". Des weiteren enthält der Art. 21 des deutsch-russischen Vertrages noch folgende wichtige Bestimmung: „Die im Art. 17 § 1 Abs. 4 vorgesehenen deutschen Kommissionen werden auch die Fürsorge für deutsche Rückwanderer übernehmen"; Art. 17 § 1 Abs. 4 lautet: „Rußland wird auf seinem Gebiete deutsche Kommissionen zum Zwecke der Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene zulassen und nach Kräften unterstützen." Bezüglich Rumäniens ist noch auf das 10. Kapitel (Art. 38—41) des Vertrages, enthaltend Bestimmungen über deutsche Kirchengemeinden und Schulen, hinzuweisen.

Die angeführten Vertragsbestimmungen geben, wie gesagt, wertvolle Möglichkeiten. Es ist zu wünschen und zu erwarten, daß die noch zu schließenden Friedens- oder Staatsverträge mit den anderen selbständig werdenden Gebieten des ehemaligen russischen Reiches, soweit in ihnen deutsche Kolonisten sitzen (z. B. Polen, Georgien, unter Umständen Dongebiet, Nordkaukasus, Turkestan usw.), ähnliche Bestimmungen enthalten werden. Im übrigen aber kommt nun alles darauf an, die theoretisch gegebenen Möglichkeiten auch praktisch weitgehend auszunutzen.

Was wir für die Kolonisten tun müssen, ist zweierlei: einmal müssen wir dafür sorgen, daß möglichst viele, möglichst wohlhabende, möglichst tüchtige Kolonistenfamilien in die neu zu besiedelnden Gebiete der baltischen Provinzen und Litauens ziehen, wo sie unter dem unmittelbaren Schutz des Reiches dem wirtschaftlichen und geistigen Fortschritt leben können. Dieses Werk der Ansiedelung wird, darüber darf man sich nicht täuschen, technisch und wirtschaftlich sehr mühsam und schwierig, es wird voller psychologischer Hemmungen und persönlicher Reibungen, und es wird eine Arbeit vieler Jahre sein. Die Übersiedlung, etwa der Wolgabauern nach Kurland, wird sehr allmählich vor sich gehen — es ist also zweitens notwendig, für die zu sorgen, die nicht sofort übersiedeln können, sondern die vielleicht noch Jahre warten müssen, bis die Reihe an sie kommt. Die Wartenden gilt es in ihrem Bestand und Besitz, in ihrer Gesinnung und Gesittung zu erhalten, wirtschaftlich und geistig zu fördern.

Betrachten wir nun diese Forderungen noch im einzelnen.

Soweit die Ansiedlung in den östlichen Randgebieten und die von den Siedlungsgesellschaften und Ansiedlungsbehörden zu leistende Arbeit selbst in Betracht kommt, ist zu fordern, daß hierbei möglichste Rücksicht auf die billigen Wünsche der Rückwanderer genommen werde. Alle Wünsche werden ja nicht erfüllt werden können, und von den Rückwanderern wird viel Anpassungsvermögen und der Verzicht auf manche überkommene Eigenheit, der Übergang aus einem meist recht geruhsamen in einen sehr viel lebhafteren wirtschaftlichen Gang verlangt werden. Anderseits muß diese Anpassung möglichst erleichtert werden, vor allem dadurch, daß die Landanteile der Rückwanderer in den neuen Siedlungsgebieten nicht zu klein bemessen werden, und daß die Siedelung nicht zu eng, sondern möglichst weiträumig erfolgt und schon Raum für das nächste Geschlecht vorsieht; dann dadurch, daß bei der Ansiedlung auf Stammesbesonderheiten, konfessionelle Verschiedenheiten u. dgl. geachtet wird; endlich dadurch, daß den neuen Siedlern nicht allzuviel bureaukratisch hineinregiert, sondern ihnen möglichst frühzeitig weitgehende gemeindliche Selbstverwaltung gegeben wird.

Die unumgänglich notwendige Voraussetzung und Vorarbeit aber für diese Siedlung — für den Augenblick sogar noch brennender und wichtiger als die eigentliche Siedlungsarbeit — ist die Fürsorge für die Kolonisten von heute an bis zu dem Zeitpunkt, wo sie sich in dem neuen Siedlungsgebiet niederlassen können. Die Rückwanderung wird ja auch nicht für alle Kolonisten gleich notwendig sein; es gibt Gebiete, aus denen sie der unsicheren Verhältnisse wegen möglichst schnell entfernt werden sollten (Wolga, Sibirien), und es gibt andere Gebiete, in denen sie sich vielleicht dauernd mit Vorteil werden behaupten können (z. B. Georgien). Bezüglich der ukrainischen Kolonisten ist der Gedanke erwogen worden, sie aus der jetzigen Zerstreuung heraus in räumlich geschlossene Gebiete zusammenzusiedeln und diesen Gebieten weitgehende Selbständigkeit im Rahmen des ukrainischen Staates zu geben; es sind hierfür Bessarabien und die Krim genannt worden. Der Gedanke, die südrussischen Kolonisten auf einem Gebiete anzusiedeln, dessen Boden, Klima und dadurch bedingte Wirtschaftsweise ihnen längst vertraut sind, hat zweifellos sehr viel für sich und sollte ernstlich im Auge behalten werden.

Gleichgültig aber, ob die Notwendigkeit der Auswanderung heute schon feststeht oder sich erst in späteren Jahren ergeben wird, — auf den Schutz des Deutschen Reiches haben alle deutschen Bauern im Osten Anspruch.

Die Träger dieses Schutzes sind für das Gebiet des heutigen Rußlands die oben erwähnten „Kommissionen", für die übrigen Länder des Ostens die deutschen Konsularvertreter. Im Interesse der einheitlichen Arbeit und zur Vermeidung von Ressortstreitigkeiten u. dgl. ist es wünschenswert, daß auch in Rußland die Fürsorge für die Kolonisten den Konsulaten als Amtspflicht auferlegt wird. Die deutschen Konsulate müssen in allen Ländern des Ostens nicht nur erheblich vermehrt und besonders in den Gebieten der Kolonistensiedlung zahlreich errichtet werden, sondern sie müssen auch mit Männern besetzt oder wenigstens mit Hilfsarbeitern versehen werden, denen die Verhältnisse und Bedürfnisse der Kolonisten vertraut sind; es kann dabei unbedenklich auf bisherige Geistliche, Lehrer und sonstige Führer der Kolonisten zurückgegriffen werden. Die „Fürsorge für die Rückwanderer" gehört im übrigen nicht so sehr zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts als vielmehr der neu errichteten, dem Reichsamt des Innern unterstehenden Reichswanderungsstelle. Das wünschenswerte Ziel der Entwicklung wäre, daß die Reichs-

wanderungsstelle die Haupt- und Zentralstelle für das gesamte als Siedlermaterial in Betracht kommende, in der Welt (Osteuropa, Amerika) zerstreute Deutschtum wird.

Die Fürsorgeaufgaben der Kommissionen und Konsulate sind mannigfach und können hier nur mit einigen Schlagworten angedeutet werden. Sie haben den Schutz der Kolonisten genau so wie den Schutz deutscher Reichsangehöriger zu übernehmen, den Schutz vor Gewalttat, vor Beeinträchtigung des Lebens und Eigentums. Sie haben ferner dafür zu sorgen, daß das Recht auf Entschädigung für die während des Krieges erlittenen Unbilden (und Vermögenseinbußen!) verwirklicht werde; denn wir haben das größte Interesse daran, daß die Kolonisten den Wohlstand, den sie bis zum Beginn des Krieges erreicht hatten, behalten und gegebenenfalls in das neue Siedlungsgebiet mit herübernehmen. Der Besitz der Kolonisten stellt ja ganz gewaltige Werte dar: er umfaßte ungefähr 11 Millionen ha, das bedeutet nur an Land einen Wert von 7 Milliarden Mark. Dazu kommt noch der Wert der Gebäude, der industriellen Anlagen, des Viehs, der landwirtschaftlichen Maschinen usw. mit wiederum insgesamt 10 Milliarden Mark.

Neben dem Schutz vor Beeinträchtigungen und Störungen muß die positive wirtschaftliche Förderung einhergehen. Denn die Wirtschaftsweise der Kolonisten, ihr Genossenschaftswesen usw. ist, wenngleich den umgebenden Völkern überlegen, doch in vielen Dingen gegenüber dem Stand in Deutschland zurückgeblieben; die Notwendigkeit der intensiveren Bewirtschaftung (z. B. Düngung) ist bis jetzt noch nicht in dem Maße hervorgetreten wie in Westeuropa, doch wird es jetzt für die Kolonisten Zeit, sich alle Errungenschaften der deutschen Landwirtschaft zunutze zu machen.

Noch wichtiger als die wirtschaftliche Förderung ist die kulturelle Fürsorge. Die Kolonisten sind zwar echte und rechte deutsche Bauern geblieben, aber der Zusammenhang mit der deutschen Bildung und dem deutschen Geistesleben ist ihnen immer mehr durch die russische Schule verwehrt worden, eine deutsche gebildete Schicht konnte, abgesehen von den Geistlichen und teilweise den Lehrern, nicht so recht aus den Kolonien herauswachsen. Das muß nun ganz anders werden, dem deutschen Schulwesen — Volksschule, Bürgerschule, Mittelschule — muß die eifrigste Fürsorge zugewendet werden, auf die Anstellung geeigneter Lehrer muß besonders geachtet werden. Neben dem Schulwesen sind auch alle anderen kulturellen Bestrebungen der Kolonisten — ich denke vor allem an ihre Zeitungen — in jeder Hinsicht zu fördern.

Eine große Rolle wird für die Kolonisten die sachgemäße Beratung über die Wahl des geeignetsten neuen Siedlungsgebietes spielen; die Konsulate haben also auch landwirtschaftlich und siedlungstechnisch vorgebildete Fachbeamte nötig.

Zum Schluß sei noch ein besonders wichtiger Punkt erwähnt. Ich sagte oben, daß die Konsulate den Schutz der Kolonisten ebenso wie den Schutz der deutschen Reichsangehörigen zu übernehmen haben. Es steht aber nichts im Wege, daß die Kolonisten schon jetzt, ganz ohne Rücksicht auf ihre Rückwanderung oder Nichtrückwanderung, das deutsche Bürgerrecht erhalten. Der § 13 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 eröffnet hierfür die zweifelsfreie Möglichkeit; hoffentlich wird von dieser Möglichkeit alsbald auch Gebrauch gemacht werden. Als Reichsangehörige haben die Kolonisten doch eine ganz andere Stellung wie als russische oder ukrainische oder sonstige östliche Untertanen. Ich weiß, daß diese Einbürgerung, die Wiederaufnahme in die staatliche Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, der innigste Wunsch der Kolonisten ist. Rechtliche Bedenken dagegen be-

stehen nicht, die politischen wiegen nicht sehr schwer, die technischen Schwierigkeiten sind zu überwinden.

Alles in allem: was ich als unsere Aufgaben gegenüber den deutschen Bauern Osteuropas aufgezählt habe, sind Möglichkeiten, sind Rechte, die wir Punkt für Punkt auf Grund der eingangs erwähnten Friedensverträge heute schon haben. Unsere Pflicht gegenüber unseren Volksgenossen in Osteuropa ist, diese Rechte weitestgehend auszunutzen, die Friedensverträge nicht totes Papier bleiben zu lassen, sondern sie mit Tatkraft wirksam und lebendig werden zu lassen.

Aufruf zu einem deutschen Chamberlain-Dank.

Houston Stewart Chamberlain, der Bannerträger deutscher Weltanschauung, ist anläßlich des Rechtsstreits, den die „Frankfurter Zeitung" gegen ihn führt, in all den Blättern, die jener gesinnungsverwandt sind, schwer angegriffen, ja verunglimpft worden. Wir empfinden es als Ehrenpflicht, dem mutigen Manne, der durch seinen Kampf gegen die „Frankfurter Zeitung" eine der verhängnisvollsten Gefahrenquellen für unser Volk aufgedeckt hat, unseren Dank öffentlich auszusprechen. Wir wollen ihm auch sagen, daß wir nicht an ihm und seinen lauteren Absichten irre werden, selbst wenn die Gerichte endgültig zu dem Urteil kämen, daß er in gerechtem Streite sich in einer oder der anderen Behauptung vergriffen haben sollte.

Wir fordern Gleichdenkende auf, dem Danke für H. St. Chamberlains Tat dadurch Ausdruck zu geben, daß sie mit uns die Mittel zur nachdrücklichen Fortsetzung des begonnenen Kampfes aufbringen. Es ist selbstverständlich nicht unsere Meinung, den „deutschen Chamberlain-Dank" für die Prozeßführung oder -folgen nutzbar zu machen — er soll lediglich dazu dienen, die breiteste Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wie verderblich die vergiftende und zersetzende Tätigkeit der „Frankfurter Zeitung" und der ihr wesensverwandten Presse ist. Wer unser öffentliches Leben beobachtet, weiß, daß solche Aufklärung bitter nottut; die Mittel hierzu soll der „Deutsche Chamberlain-Dank" liefern.

Schon sind größere Beträge gezeichnet worden, die einen verheißungsvollen Anfang bilden; alle, die wie wir überzeugt sind, daß H. St. Chamberlain sich durch seinen Kampf ein hohes Verdienst um unser Volk erworben hat und die diesen Kampf auf breitester Grundlage fortführen wollen, bitten wir, Beiträge an die Spar- und Darlehenskasse „Dessauer", Berlin SW. 11, Dessauerstraße 26, Konto Chamberlain-Dank, einzusenden.

Berlin, den 25. August 1918.

Geh. Medizinalrat Dr. Baum, Dresden. Major a. D. von Breitenbach, Weimar. Generalmajor z. D. Horst Bruckner, Desden. Prof. H. Calmbach, Canstatt. Universitäts-Syndikus Dr. Einhauser, München. Studienrat Karl Franz, Plauen. Oberstabsarzt San.-Rat. Dr. med. Färbringer, Braunschweig. Exz. General d. K. z. D. Frhr. v. Gebsattel, Gebsattel b. Rothenburg o. d. Tauber. Verlagsbuchhändler O. Gmelin, München. Studienrat Prof. Heinzelmann, Frankfurt a. M. Pfarrer D. v. d. Heydt, Berlin. Geh. Studienrat Dr. Karl Horn, Frankfurt a. M. Rechtsanwalt Jakobsen, Hamburg. Geheimrat Dr.-Ing. e. h. Emil Kirdorf, Streithof b. Mühlheim. Dr. Kostelezky, Planegg. Schriftleiter Dr. E. Kühn, München. Medizinalrat Dr. Kupferberg, Mainz. Verlagsbuchhändler J. F. Lehmann, München. Professor Dr. Freiherr v. Liebig, Gießen. Landsgerichtsdirektor Lohmann, Altona. Geh. Hofrat Hochschulprofessor Lübke, Braunschweig. Baurat Lucius, Gonsenheim. Kgl. Bayr. Kämmerer und Oberregierungsrat a. D. Graf Luxburg, Weimar. San.-Rat Dr. med. Merkel, Braunschweig. Justizrat Dr. Pezoldt, Plauen i. V. Rittergutsbesitzer R. Pretzell, Dübzow. Amtsrat Rauch, Rüningen b. Braunschweig. Landtagsabgeordneter Dr. phil. Rauch, Hepeder. Prof. Dr. Reeb, Mainz. Pastor Heinrich Reuß, Hamburg-Fuhlsbüttel. Schulrat Dr. Rohmeder, München. Geh. Hofrat Sachs, Stuttgart. Geh. Forstrat H. Schuman, Dresden. Oberstleutnant a. D. von Sommerfeld, Weimar. Rechtsanwalt Dr. Hans Stade 1, Dresden. Justizrat E. Stolte, Berlin. Major a. D. von Stuckradt, Weimar. Präsident Dr. Thomsen, Lübeck. Generalmajor z. D. Trützschler von Falkenstein, Weimar. Prof. D. L. Viereck, Braunschweig. Kommerzienrat Winter, Buxtehude. Kaidirektor Winter, Hamburg. Min.-Archivassistent Zenker, Weimar.

Gott und Volk.

Von Reinhold Zimmermann.

Die Welt ist eins. Die Erde ist von Sonne und der Mond eine tote Erde. Wie die eine Sonne glühen noch tausend im endlosen Raum, und um andere Erden schweben andere Monde.

Kein einzig Lebendiges ist gänzlich ein Ding in sich; jedes, in aller Vergangenheit und Gegenwart und darum wohl auch in der Zukunft, hat Leib und Wesen vom andern. Da liegt kein „Kreis" ohne Berührung mit dem andern: vom Menschen gehts in's Tier, vom Tier in die Pflanze, vom Lebendigen überhaupt in Stein und Erde hinüber. Und eins baut sich durchs andere auf. Alle Grenzen fließen.

Nichts unbedingt Gutes und nichts unbedingt Schlechtes, nichts unbedingt Schönes und nichts unbedingt Häßliches kennt die Menschheit rings auf der Erde. Von Volk zu Volk, von Landteil zu Landteil wechseln Liebe und Haß, Zuneigung und Abscheu, Verehrung und Verachtung. Aber auch nirgendwo ohne Ursache und Zusammenhang, sondern alles in innerer Verbindung mit Himmel und Erde, Vor- und Nebenvolk.

Und so ist die ganze Welt eins. Und so ist Gott. Gottnatur. Was innen ist, ist außen und was außen auch innen. Gedanken werden zu Werken der Hände, und an diesen wieder entzünden sich neue Gedanken.

Alles ist des Gottwesens klein oder großes Bild. Und ist nichts, das er nicht wäre. „Ich bin, was ist." Der Weltraum in seiner Unendlichkeit und jedes Erschaffene in seiner Zeitlichkeit. Ungezähltes, Ungewogenes, Unermessenes, Unerforschtes, Nurgeahntes — und doch da und nah, „unsichtbar-sichtbar".

Wem dies in seiner Seele aufgegangen, dem ist Gott allgegenwärtig. Denn Gottnatur ist alles.

Auch jedes Volk. Denn ein jedes ist. Und ist darum des Gottwesens voll. Nur lebt es in einem jeden anders und erlebt es darum ein jedes anders. So anders, daß es glauben kann, nur es habe und kenne Gott, nur ihm sei er zugetan.

Aber Gott ist nicht eins allein. „Er läßt regnen über Gerechte und Ungerechte," heißt es im Bilde. Er ist in „Gerechtem" und „Ungerechtem".

Er ist also das deutsche und jedes diesem freundliche oder feindliche Volk. Immer und je, in Frieden und Krieg. Auch heute. Weil Frieden unter den Geschöpfen sein kann, gerade so wie Liebe, ist er auch Friede und Liebe, und wie Krieg und Haß sein kann, ist er auch Haß und Krieg.

Krieg in Gott?! — So gut wie Friede! Wo ist in der Welt nur Liebe und Verträglichkeit, wo kann sie sein? Die Welt aber ist Gottnatur. Also ist auch Krieg in Gott.

Ihr erschreckt? — Ich weiß wohl: Ihr braucht Gott zu Eurer Ruhe. Und „Krieg in Gott" zerreißt Euch dies große, tiefe sichere Lager Eurer Seele. Es hatte es auch mir zerrissen. Denn auch ich suchte die — — falsche Ruhe.

Nun aber hat sich mir die wahre offenbart. Ich sah alles Leben an und fand: was Gott am tiefsten, reinsten und stärksten in sich fühlte, das ruhte von allem Atmenden am allerwenigsten, sondern das schuf gewaltige Werke und war so, im lebendigen Schöpfertriebe, eins mit Gott und dessen erhabenstes, vollkommenstes Bild, seine für uns Menscherschaffene gültigste Offenbarung.

Wahre Ruhe in Gott gibt darum das erste und dann immer neue Erleben, teilzuhaben an Gottes Schöpferwesen. Dem Drange, Gottnaturs edelstem Drange folgen zu müssen und im tiefsten und schönsten Sinne tätig zu sein: sein eigen Leben und Wesen zu stärken und nach außen hin in Werke zu gestalten — große oder kleine, wenn es nur eigene, selbstnatur-gewollte, sind.

So wird „Ruhe in Gott" tiefes, schaffensvolles Leben. Gottnaturs Selbstversinnlichung in bewußtem Tun.

Und so fühlt auch ein jedes lebendige Volk, daß es soll und muß. Nur: jedes anders.

Aber: jedes soll und muß. Und es wird danach tun und wird um so Höheres, Erstaunlicheres tun, je bewußter ihm sein Zusammenhang mit Gottnatur ist. Es wird das Höchste leisten, wenn es weiß, daß tatsächlich es Gottnatur ist. Dann reißt es den Himmel zur Erde hernieder und türmt die Berge seiner Erde bis an den Himmel. Denn dann will es: will es sein Gottnaturwesen übermächtig vor allen andern Völker-Gotteilen wirken und herrschen sehen. Wohl waltet dann Gewalt und wohl wütet dann Krieg — Krieg in Gott — aber auch will dann das beste, das stärkste der Gottnatur-Volkswesen Sieg, seinen Sieg und dadurch den Sieg des Vollkommensten in Gottnatur selbst.

Noch siegte nie ein Volk ohne Gott — oder Götter — im Kampfe der Geister und Schwerter. Sondern ein jedes siegte, wie auch der Einzelmensch, durch die Stahlkraft, die es aus seiner Gottoffenbarung sog. Das aber ist seine Selbstoffenbarung. Und diese wieder äußert sich am zukunftbauendsten in seinen großen Söhnen und Töchtern. Denn die kommen allemal aus den Tiefen, wenn nicht von Anfang an durch Geburt, dann aber stets nachträglich durch gänzliches Hinabtauchen in Wesen und Wollen ihres Volkes.

Und da dem so ist, darfst du, mein deutsches Volk, nicht scheu und bescheiden zur Seite treten; denn aus dir kamen die Größten unter den Menschen! Heute wieder hast du die Größten der Erde. Und du hattest sie vor fünfzig, vor hundert, vor hundertfünfzig und vierhundert Jahren. Und immer waren diese groß: Hindenburg-Ludendorff, Bismarck, Goethe, Friedrich, Luther, weil sie ganz in Gottnatur lebten und weil sie es taten in dem Bewußtsein, Deutsche zu sein.

Geh weiter zurück: wo immer unter den Völkern des Erdballs Große, d. h. Stürzende, um aufzurichten, Altes Zerstörende, um Neues zu erschaffen, lebten und wirkten: sie waren germanisch-arischen Blutes, also Blut und Geist von deinem Blute und Geiste. Ja, mehr noch: sie alle stammten aus der Wiege, die heute noch deine Heimat ist! Dein Heimatland ist ja das wahre Paradies der Menschheit; denn ihm entstammten und entstammen die großen, die wahren Menschen!

Darum, wenn du, mein Volk, es nicht mehr gewußt hast, was dir eigentlich Natur sein sollte; wenn Irrlehrer dich seit Jahrhunderten auf dich — wie alle lebkräftigen Völker — entmannenden, entwürdigenden Bahnen geführt haben; wenn die Stimmen aus Gottnaturs greishaftem Wesensteile dich haben greisenhaft machen wollen: — höre nicht auf sie, höre nicht mehr auf sie! Sie schwächen dich, sie entkrönen dich; denn sie unterfangen sich, dich wider dich selbst zu kehren, damit das Gottwesen in dir, dein Gottwesen, nicht stark und sieghaft werde.

Nein, wisse: Wenn du für dich die Waffen ergreifst, so ergreift sie Gottnatur in dir für sich, damit er auf die Weise mächtig unter

den Menschen werde, wie du in deinem gesunden Teile ewig warst und auch heute noch bist!

Nie und nimmer also kämpfst du wider Gott, wenn du heute alles daransetzest, dir den Sieg über deine Feinde zu erstreiten: den vollen, den großen, den herrlichen Sieg! Den durch die Kriegs- und den durch die Verhandlungskunst! „Denn dein ist das Reich" — dein will es sein. Welchen Sinn hätten sonst deine Schlachtengewinne? Nur mußt du jetzt dein ganzes Sein „mit urkräftigem Behagen" ausfüllen mit dem Naturbewußtsein von diesem deinem hohen, wahrhaft göttlichen Berufe.

Gottnatur ist nur allgegenwärtig, nicht auch allmächtig. Darum hat Gott nicht die Macht, dich in seinen Dienst zu zwingen, dich ganz und in allen Teilen mit sich, wie er sich innerst und edelst in dir offenbart, zu durchdringen, zu durchwirken, daß du gar nicht anders kannst, als hernach in diesem seinem Geiste zu werken: zu kämpfen, zu herrschen und zu gestalten.

Seit Anbeginn des Ariertums müht er sich, dessen Wesen — und damit sein bisher erkanntes bestes Selbst — zur Macht zu bringen. Doch gelang es ihm nie. Hier und dort — ja. Aber nimmer überall und dauernd. So ist denn wohl stets Herrliches wie aus dem Nichts erstanden, aber es ist auch wieder mit den Zauberern, die es schufen, verfallen. Nun ist Deutschland, bist du, mein deutsches Volk, der stärkste Hort des Ariertums — der Goldstrom ist in seinen Quellschoß zurückgeflutet —, und nun ruht auf dir die Verantwortung nicht nur für deine, sondern für aller Menschen Zukunft!

Das erkenne! Erkenne es noch heute; morgen ist es zu spät. Denn morgen ist der Krieg beendet, und dann wirst du, wenn du so weitersündigst, wie bisher, freiwillig dich der Gunst und Bestimmung deiner Siege entäußert haben! So weit haben dich deine Irrlehrer schon gebracht! So taub bist du schon gegen die Stimme Gottes in deinem Innern, die dich mahnt: „Nutze dein Siegen! Ich gab es dir; nun hilf du mir weiter zur Herrschaft! Kämpfe in dein-meinem Namen den schweren Kampf bis zum herrlichen, gerechten Ende durch! Gerecht ist dein Kampf! Beuge dich unter mein Joch, ganz, tief; sei nur noch mein Wille, so wie er dir aus dem Wollen und Vollbringen aller deiner Großen herausscheint! Sei so demütig, wie diese es waren und sind — und du wirst als Volk noch größer werden unter den übrigen Völkern der Zeit und Zukunft, als es je deine ragendsten Söhne als einzelne unter den Menschen waren und sind!"

Darum, mein Volk: beginne deine Erneuerung beim Tiefsten, Erhabensten, Heiligsten: beim Glauben, beim Frommsein, beim Gottnatur-Bewußtsein. Das Beste, Edelste in dir und deiner Art — begreife es als Gottoffenbarung, die durch dich in diesem Kampfe zur Offenbarung und frohen Botschaft der wertesten unter den noch kommenden Völkern werden soll. Fühle dich wieder dem Innersten der Welt entkeimt, verflochten und — verpflichtet, und handle allein nach dem Gesetz, das dir dein ungebrochenes Gewissen, deine Arier-, Ur- und Schöpferkraft und der Schlachtensieg dieses gewaltigen Krieges eingibt. Laß die Fremden im Lande Töne der Verführung anstimmen — stoße sie von dir; sie sind dir und deinem Gottnaturteil feind. In Gott ist Krieg. Sie verknechten dich, wenn du ihnen gehorchst, in entehrende Frone und hindern dein göttlich Urwesen, eine Lichtmacht auf Erden zu werden, zu wecken, zu leiten und zu segnen die Geschlechter der arisch-deutsch-Guten, die noch kommen werden.

Werde, sei wieder überzeugt: du kämpfst aus, du kämpfst mit, du kämpfst für Gott, der durch dich der Menschheit sein bestes Teil offenbaren und — herrschend auferlegen will.

In diesem Zeichen wirst du siegen — in anders keinem. Erst vollziehe diese innere Erneuerung; dann wird keine Feindesmacht mehr deinen Sieg vereiteln können.

Deshalb: raffe dich zusammen, schließe Augen und Ohren vor den Farben und Stimmen rings um dich her, tauche ein in dein bestes, stärkstes, lichtestes Selbst, finde dort deinen Mutterschoß, Gottnatur, und richte dich wieder empor zu kämpfen: für ihn! „Aus ganzem Gemüt und mit allen deinen Kräften!"

So und dann wird dein Name aufleuchten und nicht eher wieder verlöschen, als bis das letzte Menschenvolk vom Erdballe abschreitet zu den dunklen Geheimnissen der Ewigkeit.

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk!"

„Die Presse hat größeren Einfluß auf das Volk als Kirche und Schule zusammen. Nicht ohne unsere Schuld ist dieses wichtige, ja einzige Werkzeug des öffentlichen Lebens und damit der Angelpunkt unserer staatlichen Einrichtungen allmählich fast zur Gänze in volksfremde Hände übergegangen. Schon im Frieden war die Frucht dieses unnatürlichen Zustandes bei uns Deutschen politischer Wirrwarr, völkische Ohnmacht und Gleichgültigkeit, im Kriege aber wurde er uns zum Verhängnis. . . .

Sieg und wieder Sieg, Opfer und wieder Opfer, aber nirgends der harte rücksichtslose Wille und die selbstbewußte Sprache des stolzen Siegers, die im Volke Widerhall finden und die Gluten der allmächtigen Begeisterung schüren und unterhalten könnte. Überall werden sie ausgelöscht, die heiligen Flammen der Begeisterung, und übrig bleibt nichts als der widerliche Geruch eines verglimmenden Dochtes. . . .

Das alles ist letzten Endes die notwendige Folge der unhaltbaren Verhältnisse unserer Presse, deren ganze unabsehbare geistige Macht seit je nicht den Belangen unseres Volkes, sondern jenen des weltbürgerlichen Judentums und den Zielen unserer Feinde dient.

Ein großes, starkes, körperlich, geistig und sittlich aufstrebendes Volk, ein Volk, das seine Siege nicht umsonst erkämpfte, das geachtet und gefürchtet wird auf der ganzen Welt und auf das jeder Einzelne von uns stolz sein kann, — das erreichen wir nur, wenn wir die Großmacht Presse in unseren Dienst stellen, und das wieder ist nur möglich, wenn wir einmal unsere Kräfte sammeln und zu Felde ziehen gegen die Judenpresse.

Jetzt oder nie, denn schicksalsschwer sind die Tage, die noch kommen werden.

(Aus einem Aufruf des Deutscharischen Preßvereines in Österreich.)

Wann ersteht auch uns in Reichsdeutschland ein arischer Preßverein? Die Schriftl.

Ein tapferes Wort zum Reichspressezuschuß.

Wir geben im folgenden eine Eingabe wieder, die an den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes gerichtet ist:

Berlin-Britz, den 5. September 1918.
Aronsweg 12.

Sr. Exzellenz dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes
Herrn Graf von Roedern
Berlin W.
Wilhelmstraße.

Eurer Exzellenz

gestatte ich mir ganz ergebenst in der Angelegenheit des Reichszuschusses bei der Papierbeschaffung für die deutschen Tageszeitungen nachstehende Ausführungen zu unterbreiten.

Ich betrachte es als ein besonderes Verdienst des Schriftstellers Dr. Helmut Hopfen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit gelenkt zu haben. Denn sie wurde bis dahin als strengstes Geheimnis von der Presse selbst gehütet, so sehr, daß selbst die Schriftleitungen in vielen Fällen nichts davon erfuhren. Die Aufklärung des Herrn Dr. Hopfen geschah zwar scheinbar in tendenziöser Form, da er von einer „Züchtung der Verzichtsfriedenspresse" sprach, während doch alle Zeitungen in gleichem Maße den Reichszuschuß von 16 Pf. für jedes Kilo verbrauchtes Papier erhielten, insofern hatte aber Dr. Hopfen wohl nicht ganz Unrecht, als tatsächlich außer der BUMS-Presse (Berliner-Ullstein-Mosse-Scherl-Presse) Zeitungen wie die Frankfurter, Hamburger Fremdenblatt, Münchener Neueste Nachrichten wohl den größten Vorteil aus diesem Reichszuschuß zogen.

Ein Sturm der Entrüstung von einer Einmütigkeit, wie sie die Zeitungen wohl noch nie gezeigt haben, erhob sich darum auch über diese „Frechheit" im deutschen Blätterwald. Namentlich die Organe der Presse selbst, der „Zeitungsverlag", und die „Mitteilungen der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger" konnten sich nicht genug tun in selbstüberhebender Zurückweisung aller auf den Geldsack der Zeitungsverleger gerichteten Angriffe. Schreibt doch das zuletzt genannte Blatt (in Nr. 6 vom 27. August):

„Die Verleger haben es bisher im allgemeinen abgelehnt, mit ihren wirtschaftlichen Sorgen die Öffentlichkeit zu beschäftigen. (Wie schlau!) Diese Zurückhaltung werden sie aber in dem Moment aufgeben müssen, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Presse handelt. In dem schweren Existenzkampf, den unser Volk durchzuführen hat, hat die Zeitung sich immer mehr als hervorragendes Kriegsmittel (soll bedeuten „als Mittel zum Krieg im Volke selbst") gezeigt und ist so dem deutschen Volke zu einem nationalen Gut (!) geworden (Berl. Tageblatt — ein nationales Gut!); dieses werden die Verleger gegen feindliche Stimmungen gewisser Regierungskreise unbedingt energisch und einmütig verteidigen. Es liegt also an der Regierung, einen schweren Konflikt mit der Presse zu vermeiden, der zurzeit wohl wichtigere Aufgaben zufallen, als bürokratische Verständnislosigkeit für die Forderungen unserer Zeit zu bekämpfen."

Das muß man schon mehr als Erpresserpolitik bezeichnen. Daß aber die Sache auch von einem anderen Standpunkt betrachtet werden muß, daß die ungezählten Millionen, die das Reich verwendet hat und noch täglich verwendet, für die Presse lediglich ein Geschenk bedeuten, sei an ein paar einfachen Beispielen nachgewiesen.

Eine Anzeigenseite im Berl. Lokalanzeiger brachte im Frieden dem Verlage rund 1000 M. Dadurch, daß jetzt ein Aufschlag von 70% erhoben wird, überdies die Zahl der Anzeigenspalten von 6 auf 7 vermehrt wurde, ist die Einnahme auf 1960 M., also fast auf das Doppelte gestiegen. (Bei anderen Zeitungen, z. B. der Berliner Morgenpost, stehen die Verhältnisse noch günstiger für den Verlag.) Eine Anzeigenbeilage im Umfang von 4 Seiten wiegt etwa 17 g. Wenn nun, sehr hoch angenommen, der Lokalanzeiger eine Auflage von 300000 hat, so werden für die 4 Seiten rund 5000 Kilo Papier verbraucht. Diese Menge kostete im Frieden zum Preise von 21 Pf. je Kilo 1050 M., jetzt bei einem Preise von 56 Pf. je Kilo 2800 M. — Die Anzeigeneinnahme im Frieden betrug für 4 Seiten 4000 M., die jetzige Einnahme 7840 M. — Der Verlag gibt also für Papier 1800 M. mehr aus, nimmt anderseits 3840 M. für Anzeigen mehr ein. Ist da ein Reichszuschuß angebracht? Wenn man nun auch einwendet, daß alle übrigen Unkosten ebenfalls bedeutend höher bisher geworden sind, — ein Posten hat sich aber unter allen Umständen erheblich verringert, ist vielleicht ganz verschwunden: die Werbekosten für Anzeigen. Denn wenn der Berl. Lokalanzeiger, wie er selbst behauptet, aus Papiermangel 3000 Anzeigen nicht bringen kann, so ist es wohl ausgeschlossen, daß er für das Zubringen von Anzeigen noch etwas bezahlt. Aber gerade dieses Zubringen nahm früher einen erheblichen Posten im Haushalt einer großen Zeitung ein.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so auffallend, liegen die Verhältnisse bei dem Bezugspreis. Die Berliner Morgenpost kostete im Frieden wöchentlich 20 Pf., jetzt 30 Pf. Sie bot früher in der ganzen Woche wenigstens 48, jetzt etwa 24 Seiten Text, also 200 g Papier, gegenüber 100 g bei jetzigem Umfang. Die Papierkosten stehen also im Verhältnis von 4,2 zu 5,6 Pf., sie sind also um 1,4 Pf. gestiegen; dem gegenüber steht eine Preiserhöhung von 10 Pf. Natürlich werden auch hier die Erhöhung der Herstellungskosten, der Löhne für Botenfrauen usw. erfolgreich ins Feld geführt, berücksichtigt muß aber doch werden, daß die Redaktionskosten selbst, bei dem Wegfallen der teuern Kabelberichte aus allen Weltteilen und des ebenfalls sehr kostspieligen Unterhaltungsstoffes ganz erheblich geringer geworden sind, und zwar mehr, als das Verhältnis des Textumfanges bedingen würde.

Daß aber auch unter den Zeitungsverlegern das Unrecht der Geldzuwendungen wohl eingesehen wird, zeigt folgender Brief eines Verlegers, der mir zufällig zur Kenntnis kam:[1])

„Sehr geehrter Herr!

Die Zustände auf dem Druckpapiermarkt drücken mir noch einmal die Feder in die Hand, um bei Ihnen, als einem verständigen Fachmanne, Teilnahme zu suchen.

Wie ist es bloß möglich, daß der preußische Staat, den ich immer als das Ideal eines Rechtsstaates bewundert habe, uns Zeitungsverlegern, denen es im 4. Kriegsjahre durch die Bank sehr gut geht, aus den Steuern des Volkes Hunderte von Millionen Subventionen zahlt? Der Gedanke läßt mich oft nachts nicht schlafen. Jedes Mal, wenn mein Hauptkassierer mir triumphierend meldet, daß der Staat uns wieder unsere Monatssubvention von rund 10000 Mk. ins Haus geschickt habe, und wenn ich daran denke, möchte ich vor Scham aus dem Geschäfte laufen. Denn ich brauche das Geld ja gar nicht, weil ich mit meinem Generalanzeiger jetzt ebensoviel verdiene wie im Frieden. Und in ähnlicher guter Lage sind schätzungsweise drei Viertel aller rheinisch-westfälischen Zeitungsverleger. In einer Besprechung dieser Herren wurde dies von mehreren Stellen mehr oder weniger verschämt zugegeben. Wie mag es nun erst in den Herzen der Berliner Zeitungsmillionäre aussehen, die sich vom Staat jährlich Millionen schenken lassen?

[1]) In der Eingabe an den Herrn Staatssekretär ist der volle Name des Absenders genannt. Die Schriftl.

Ist denn kein aufrechter Mann da, der den verantwortlichen Beamten die schreckliche Geschichte einmal in dieser Beleuchtung zeigt? Warum sollen denn die Zeitungen im deutschen Vaterlande eine Ausnahme bilden? Warum sollen nicht auch sie wie alle anderen Kriegsindustrien „marktpreismäßig" kaufen und verkaufen? Wer hat uns den bösen Handel eigentlich eingebrockt und die sonst so einsichtige Regierung auf diese schiefe Ebene gelockt, die uns alle in den Sumpf führt? Mein Gott, wird das einen Spektakel im Frieden geben, wenn das alles herauskommt! Wie sagte Kajetan in der Braut von Messina:

„Noch hab ich das Ende nicht gesehen,
doch mich schrecken ahnungsvolle Träume."

So wie ich denken viele Zeitungsverleger, wenn sie's auch nicht sagen. Ich aber will den Mut meiner Meinung haben und gebe Ihnen anheim, von diesem Brief jeden beliebigen Gebrauch zu machen".

Besteht somit für die „große Presse" keine Ursache, irgendwelche Entschädigung zu empfangen, so bedeutet diese für kleine Provinzzeitungen, die tatsächlich notleidend sind, so gut wie nichts. Für ein Blatt im Umfang von 4 Seiten und in einer Auflage von 2000 — solche Blätter sind nicht gerade selten — würde der Zuschuß bei einem Verbrauch von etwa 35 Kilo täglich 5,60 M. betragen. Das ist also so gut wie nichts. Dieser Zuschuß kann jedenfalls kaum etwas dazu beitragen, den Bestand der Zeitung zu erhalten, wenn diese nicht selbst durch Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise dafür sorgt. Nicht unerwähnt möchte ich dabei lassen, daß gerade im Kriege sehr viele Lokalblätter eine gewisse Bedeutung erlangt haben. Sie brachten die zahlreichen stadtbehördlichen Verordnungen bezüglich der Lebensmittelversorgung, mußten aus diesem Grunde von der Bevölkerung gehalten werden, die sich sonst wohl an einer größeren Zeitung genügen ließ, und vergrößerten deshalb außerordentlich den Bezieherkreis. Wenn die Behörden ihre Anzeigen entsprechend bezahlen (das wird auch bei den meisten der kleineren Zeitungen der Fall sein), so ist das jedenfalls zweckentsprechender als der in diesen Fällen sehr geringe Reichszuschuß. Und hier hat auch das Reich es in der Hand, dadurch ein Übriges für die notleidende Provinzpresse zu tun, daß es die Anzeigen z. B. für die Kriegsanleihe diesen Blättern entsprechend hoch vergütet.

Schwieriger sind die Verhältnisse unstreitig bei der Fachpresse. Die von ihr gezahlten Papierpreise betragen nicht das 1½fache wie bei den Tageszeitungen, sondern das 5- bis 6fache der Friedenspreise. Alle übrigen Kosten sind ebenfalls entsprechend höher, besonders auch durch die Portoerhöhung, von welcher die Tageszeitung im Verhältnis viel weniger berührt wird. Die Anzeigenseiten schrumpfen zusammen und verschwinden gänzlich, ganz geringe Erhöhungen der Anzeigenpreise stießen auf heftigen Widerstand der inserierenden Firmen. Die Anzeigenwerbung verteuerte sich durch die außerordentlich hohen Reisekosten der Vertreter. Es wäre wohl zu begrüßen, wenn hier das Reich durch umfangreichere Zuwendung von Kriegsanleiheanzeigen u. dgl. einen kleinen Ausgleich schaffen würde und wenn eine Einwirkung in der Hinsicht geschehen würde, daß die Papierpreise von ihrer außerordentlichen Höhe herabsteigen.

Völlig verkehrt finde ich die Anregung der Frankfurter Zeitung, den Papierfabriken den Zuschuß zu geben, um das Odium einer staatlichen Unterstützung von der Presse abzuwälzen. Gerade die veröffentlichten Bilanzen der Papierfabriken weisen so ungeheure Gewinnziffern auf, daß man es wohl schwer verstehen könnte, wenn ihnen außerdem noch ein Zuschuß vom Reich gegeben wird. Die Preise für das Holz zu verringern, das der Staat den Papierfabriken liefert, wie ebenfalls die Frankfurter Zeitung vorschlägt, ist ebensowenig angängig, da ja das Holz nicht

nur aus fiskalischen Wäldern stammt und für andere Forstbesitzer die hohen Gestehungskosten einen niedrigeren Preis kaum vertragen werden.

Die größeren Zeitungen trifft ja unmittelbar ein großer Teil der Schuld an der Herabsetzung des Geldwertes, und damit an der allgemeinen Teuerung. Ihr Anzeigenteil war der Tummelplatz des Ketten- und Schleichhandels, er ist auch jetzt noch die Stelle, die der wilden Arbeitsvermittlung am meisten Vorschub leistet und dadurch die maßlose Steigerung der Arbeitslöhne mit veranlaßt hat. Bei einem allgemeinen, streng durchgeführten Verbot des Stellenmarktes in den Tageszeitungen wäre es nie zu solchen Lohnsteigerungen gekommen. Warum also soll die große Tagespresse das vor allen anderen, in den meisten Fällen viel mehr notleidenden Industrien voraushaben, daß das Reich sie unterstützt? Sie versteht ja durch Erhöhung der Anzeigen- und Bezugspreise, die zum 1. Oktober wieder angekündigt wird, so vortrefflich, ihren Vorteil zu wahren. Schade nur, daß keine der großen Zeitungen als Aktiengesellschaft zur öffentlichen Rechnungsablegung gezwungen werden kann, — die dann erscheinenden Ziffern würden gewiß die Richtigkeit meiner Ausführungen auf das glänzendste beweisen.

Wenn diese aber dazu beitragen würden, den Standpunkt Eurer Exzellenz gegenüber den Aussprüchen der Presse zu festigen und somit unserm teuren Vaterlande einen kleinen Dienst zu erweisen, werde ich mich freuen.

Mit dem Ausdrucke meiner besonderen Hochachtung verbleibe ich

Eurer Exzellenz ergebenster

Walther Kratz.

Nachschrift. Als Verleger von 5 Fachzeitungen und einer nationalen Monatsschrift kann ich die Ausführungen von Herrn Kratz in der Hauptsache bestätigen.

Ob die Angaben, die seinerzeit Herr Dr. Hopfen[1]) aus der Zeitschrift „Fachpresse" angeführt hat, in jeder Beziehung den Tatsachen entsprechen, gelang mir leider nicht festzustellen, da die amtliche Stelle, die ich um Auskunft bat, mir dieselbe verweigerte. Wenn der sogenannten BUMS-Presse von der „Fachpresse" unrecht geschehen ist, möge sie die Zahlen der Summen angeben, die sie seit Kriegsbeginn jährlich vom Reiche erhalten hat. Dann ist das deutsche Volk selbst in der Lage, zu beurteilen, ob „die Fachpresse" richtige oder unrichtige Angaben gemacht hat, und ob die Schlußfolgerungen, die Dr. Hopfen daraus gezogen hat, berechtigt oder unberechtigt sind. Solange Ullstein, Mosse und Scherl nicht wagen, die Summen, die sie tatsächlich vom Reiche erhalten haben, bekanntzugeben, darf man wohl annehmen, daß sie schwerwiegende Gründe haben, die Tatsachen dem deutschen Volke vorzuenthalten und daß die Angaben der „Fachpresse" nicht falsch waren. Wir hoffen, daß im Reichstag dafür gesorgt wird, daß der Tatbestand in einwandfreier Weise aufgeklärt wird.

Daß die Lage für die Presse schwierig ist, zumal für kleine Provinz- und Fachblätter, darüber besteht keine Frage. Ebenso richtig ist aber, daß der Zeitungsverlag genau so gut wie die Fachpresse in der Lage ist, sich aus eigener Kraft zu helfen. Daß dies möglich ist, beweisen z. B. auch die in meinem Verlag erscheinenden Zeitschriften, nämlich die „Münchener medizinische Wochenschrift", die „Jahreskurse

[1]) Vgl. den letzten Aufsatz im letzten Augustheft sowie den im Septemberheft dieser Zeitschrift.

für ärztliche Fortbildung", die „Zeitschrift für Kunststoffe", die „Zeitschrift für Schieß- und Sprengstoffe", die „Zeitschrift für Heil- und Gewürzpflanzen" und „Deutschlands Erneuerung".

Durch Einschränkung des Umfangs, Erhöhung des Bezugs- und Anzeigenpreises ist die Erhöhung der Papier- und Druckpreise soweit wieder ausgeglichen, daß ein Reichszuschuß durchaus überflüssig ist.

Schwierigkeiten sind stets nur dadurch entstanden, daß die Preiserhöhungen von den Papierfabrikanten, hauptsächlich aber von den Setzern zu einer Zeit verlangt wurden, in der es dem Verlag nicht mehr möglich war, für die Mehrkosten die Besteller haftbar zu machen. Aus diesem Grunde ist allerdings bei einigen Blättern solange mit Verlust gearbeitet worden, bis es möglich war, durch erhöhte Anzeigen- und Bezugsgebühren die Mehrauslagen wieder zu decken. Es muß daher unbedingt von den Setzer- und Druckerverbänden, die ja ohnehin die bestorganisierte deutsche Genossenschaft darstellen, verlangt werden, daß sie, wenn sie schon für sich außerordentlich hohe Vermögensvorteile verlangen, diese Forderungen so zeitig anmelden, daß auch die Zeitungen und die Verleger sich dementsprechend einrichten können. Geschieht dies, so können sich sowohl die politischen Zeitungen, wie die Fachzeitungen in fast allen Fällen mit den gegebenen Verhältnissen abfinden.

Für die in meinem Verlag erscheinenden Fachblätter zahle ich jetzt für ganz geringes holzhaltiges Papier Mk. 1.50 für das Kilogramm; früher bezahlte ich für erstklassiges holzfreies Papier 40 Pf. Mit Berücksichtigung der Güte, hat sich der Preis vervierfacht. Obschon die Fachpresse höchstbezeichnenderweise das Dreifache für das Papier zahlen muß, wie die Zeitungspresse, ist es möglich, ohne Reichszuschuß auszukommen, da, wie betont, der Anzeigen- und Bezugspreis entsprechend erhöht wurde. Sowie dies bei der Tagespresse auch *allgemein* geschieht, erwächst *keinem* Verleger ein Schaden.

Was wird durch die jetzt übliche Reichsentschädigung erzielt? Durch sie erhalten die BUMS-Presse sowie die ihr gesinnungsverwandten Großbetriebe, Frankfurter Zeitung, Münchener Neuesten Nachrichten usw., auf Kosten der deutschen Steuerzahler Millionen und Abermillionen zugewandt. Nicht die *Bezieher* dieser Blätter allein haben die Papiermassen zu zahlen, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zahlt der zumeist alljüdischen Presse und ihren Mitläufern und Gesinnungsgenossen, die der Wirkung nach im Geiste der Entente arbeiten und das deutsche Volk bis ins Mark verderben, jährlich Dutzende von Millionen. Wer sich vom Berliner Tageblatt, von der Frankfurter Zeitung oder den Münchener Neuesten Nachrichten seinen Geist vergiften lassen will, mag es tun; er möge dann aber auch für die Unkosten dieser Blätter *selbst* mitaufkommen und höhere Bezieher- und Anzeigenpreise entrichten! Dem deutschen Volke zuzumuten, daß es gerade diesen Blättern, die so ziemlich jeden nationalen Empfindens bar sind, auch noch jährlich etwa 18 Millionen für ihre Brunnenvergiftung bezahle, muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Ist es gerechter und zweckmäßiger, die den politischen Zeitungen erwachsenden Mehrkosten durch eine Preiserhöhung zu decken, bei der jeder Bezieher das bezahlt, was er selbst bekommt und bekommen will, oder sie durch die jetzt beliebte Regelung zu decken, bei der der deutsche Steuerzahler gezwungen ist, Millionen und Abermillionen für die Großzucht der Verzichtpresse in Form von Steuern auszugeben? Die Antwort fällt nicht schwer. Aus diesem Grunde war auch

der Titel, den wir über den ersten Aufsatz von Dr. Hopfen geschrieben haben, „Zur Züchtung der Verzichtfriedenspresse" durchaus berechtigt.

Wir zweifeln nicht, daß die gesamte nationale Presse, die, wie mir einer ihrer ersten Vertreter schrieb, sich ursprünglich mit Händen und Füßen gegen den ganzen Verteilungsplan wehrte, sich zu der Erkenntnis durchringt, daß der Zustand in der Hauptsache nur der BUMS-Presse zugute kommt und daher geändert werden muß.

Will die Regierung etwas in der Sache tun, so setze sie für politische und Fachzeitungen Papierpreise fest, die angemessen und nicht übertrieben sind, und sorge dafür, daß Tariferhöhungen der Buchdrucker nur zugelassen werden, wenn sie so zeitig im Jahr erfolgen, daß auch der Verlag in der Lage ist, sich danach einzurichten.

Die Richtigkeit unseres von Anfang an in dieser ganzen Frage eingenommenen Standpunktes wird uns durch einen soeben eintreffenden Brief bestätigt, den ein Leiter eines großen westdeutschen Generalanzeigers an uns gerichtet hat. Auch er bestätigt, daß, dank des auf ihren Leib zugeschnittenen Verteilungsschlüssels, in erster Linie die BUMS-Presse, dann aber auch die Provinzpresse mit Massenauflage jährlich Millionen als Zuschuß erhält, obschon sie glänzende Geschäfte macht. Die ganze Angelegenheit ist auf der letzten Versammlung der Zeitungsverleger in Berlin in Anwesenheit eines Regierungsvertreters verhandelt worden. Das dort niedergelegte Tatsachenmaterial bleibt dem deutschen Volke vorenthalten.

Die alljüdische Presse, welche es wagt, die nationalen Zeitungen als „schwerindustriell" zu verdächtigen und, wie Herr Kratz oben sehr richtig ausführt, der Regierung mit einer Erpresserpolitik droht, bleibt mit dem untilgbaren Makel behaftet, daß sie, der Hauptkämpfer für „Freiheit", „Fortschritt", „Demokratisierung", während des Krieges aus der Tasche des Steuerzahlers Millionen einsteckt, die zu beanspruchen ihr jedes sittliche Recht fehlt.

München. J. F. Lehmann.

Zwiefach Gericht.

Und wenn mich wohl an manchem Tag
Der wehe Zweifel ermüden mag,
Dann kommen die Väter und fragen:
Kannst's nicht noch ein Weilchen tragen?
Ich hör's, ich lausche, ich — breche den Bann
Und spreche: „Ich kann!"

Doch wenn die Nacht ihr Dunkel gießt,
Das Herz in Qualen überfließt,
Dann nahen die Enkel und fragen:
Willst's gar nicht mehr weiter tragen?
Ich hör's, ich lausche, — mein Herz wird still,
Und ich spreche: „Ich will!"

Franz Lüdtke in der „Deutschen Zeitung".

Bild der Lage.

(Abgeschlossen am 15. September 1918.)

Die verkehrte Welt.

Die Siedehitze des tobenden Entscheidungskampfes, des Kampfes der Leiber und der Geister draußen wie drinnen, die Abnutzung, Überreizung und Überspannung der Kräfte, die unzureichende Ernährungsweise, kurz die allgemeine schwere seelische und leibliche Kriegsnot hat den Blick der Bevölkerung dafür abgestumpft, daß wir bei uns in grotesk verkehrten und verzerrten Zuständen leben, die bald wieder eingerenkt werden müssen, wenn nicht aus der vorübergehenden Verwirrung ein unheilbarer Dauerzustand werden soll.

Da gibt es z. B. Parteien, die seit ihrem Ursprung die Monarchie als solche mit allen Waffen, sauberen und unsauberen, bekämpft haben; Parteien, welche jetzt während des Krieges an Stelle des gerecht und ausgleichend über allen Parteien thronenden Kaisertums unter Schmälerung von dessen verfassungsmäßigem Recht und dessen Verantwortung den parlamentarischen Absolutismus setzen wollen. Und just eben diese monarchiefeindlichen Parteien werfen sich zum Hüter der Krone auf, da diese, noch vor kurzem von einem schwächlichen Kanzler beraten, sich Zugeständnisse abtrotzen ließ, welche dem Machtbedürfnis der Parlamentarier entgegenkamen und mit Hilfe eines demokratischen Wahlunrechtes ihre absolute Herrschaft auch in Preußen befestigen würden. Die Menge der staatstreuen, besonnenen und ruhigen Staatsbürger, die seit Jahrhunderten die zuverlässigste Stütze der Monarchie war und ist, ist damit in die Opposition gedrängt, da sie weiß, daß die angeblichen neuen Hüter der Krone in Wahrheit ihre Zerstörer sind. Schon daß diese dem Träger der Krone die „Verantwortung" abnehmen wollen, macht sie verdächtig. Ein Freund, der mich in meiner Bequemlichkeit bestärkt — etwas anderes tut er nicht, wenn er mir meine eigene Verantwortungsfreude ausreden will —, will mich beherrschen, *oder er tut es schon*.

Weiter: Ein wackerer Breslauer Pfarrer, Küntzel mit Namen, wollte, getreu dem alten preußischen Wahlspruch „Mit Gott, für König und Vaterland", von der Kanzel für Ziele eintreten, die vor 50, vor 100, ja noch vor 4 Jahren im August 1914 jedes echte deutsche Herz vor Begeisterung hoch aufflammen ließen und es im Grunde auch jetzt noch tun. Zeitungen, die, wie das „Berliner Tageblatt" oder „Vorwärts", seit jeher teils Religion als Privatsache erklärten, teils jedes echte religiöse Gefühl verspotteten und planmäßig lockerten, griffen jenen tapferen Geistlichen sozusagen wegen Gefährdung der christlichen Religion an und gebärdeten sich plötzlich als ihre treuesten Hüter. Warum? Der Geistliche hatte seine Predigt angekündigt unter dem Titel: „Christen an die Front im Kampf gegen die schwarzrotgoldene Internationale." Die Predigt mußte unterbleiben.

Weiter: dem Verwaltungschef für Litauen ist seinerzeit im Auswärtigen Amt, als er eine bestimmte Maßregel verteidigte, glatt erklärt worden: „Sie haben dort nicht deutsche Belange zu vertreten!"[1]) Man denke: ein deutscher Beamter in einem von Deutschland im Kriege, im Daseinskampf eroberten Lande hat nicht deutsche Belange zu vertreten!

Weiter: die Bayerische Staatszeitung, das offizielle Organ des zweitgrößten deutschen Bundesstaates, gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Zusatzvertrag

[1]) Vgl. den erschütternden Aufsatz von Professor Jung: „Die ‚Yorcks' von heute" in Heft 9, Jahrg. II, S. 636 dieser Zeitschrift. Die Schriftl.

zum Breſter Frieden auch beim deutſchen Reichstag Zuſtimmung finden werde, da er ja alle **ruſſiſchen** Wünſche berückſichtigt hätte. (Erſt läßt man ſeelenruhig die öffentliche Meinung verwirren, dann macht man vor dieſer verwirrten Meinung ſelbſt eine tiefe Verbeugung. Das Ganze wagt man dann vor ſich ſelbſt und anderen Führen und Regieren zu nennen. Höher geht's nimmer.)

Weiter: der Alljude Dernburg, der keinen Tropfen deutſches Blut in ſich hat, findet ſeine Zuhörer, wenn er es wagt, lehren zu wollen, „wie Deutſche ſprechen ſollten" und weiß ſich eins mit vielen „Gleichgeſinnten" in allen Nationen, die gleiche Menſchheitsziele verfolgen, weigert ſich aber, große deutſche Ziele zu verfolgen.

Weiter: ein deutſcher Staatsſekretär, alſo der Beamte eines Reiches, das von ſeinen Feinden vernichtet, deſſen halbe Bevölkerung getötet werden, deſſen Leben und Entwicklung in der brutalſten Weiſe erſtickt werden ſoll, ſpricht von „brennenden Menſchheitsfragen", ſpricht von den „Zentren des europäiſchen Gewiſſens" und will mit tönenden Worten die „kriegführenden Nationen zu dem Bewußtſein ihrer gemeinſamen Aufgaben" zurückerwecken, im gleichen Augenblick, in dem eine Welt von Feinden die gemeinſame Aufgabe darin erblickt, uns auszuhungern!

Weiter: eine mit deutſchen Lettern gedruckte, in München erſcheinende ſozialdemokratiſche Zeitung ereifert ſich über die Kriegszielforderungen beſtimmter Parteien und ruft entrüſtet aus: „Keinen Verſtändigungsfrieden alſo" (ergänze: fordern jene Parteien! Die Schriftl.), „ſondern einen den Gegnern abgeſtrittenen und lediglich den **deutſchen** Intereſſen angepaßten Frieden!"

Weiter: eine andere, gleichfalls mit deutſchen Lettern gedruckte, in Berlin erſcheinende ſozialdemokratiſche Zeitung ſchreibt anläßlich des Vorſchlages eines Herrn Sommerfeld, den deutſchredenden Teil von Belgiſch-Luxemburg zum Großherzogtum Luxemburg zu ſchlagen und dies ſelbſt in das Deutſche Reich als Bundesſtaat aufzunehmen: „Herr Sommerfeld kümmert ſich wenig um die Frage, wo das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker bleibt, woher wir das Recht nehmen ſollen, über das Schickſal eines anderen Staates zu verfügen. Wenn Sommerfeld ſchreibt: „Schließlich aber ſpricht das entſcheidende Wort lediglich das Wohl Deutſchlands," ſo muß dieſe Auffaſſung auf das entſchiedenſte beſtritten werden. Nicht um das Wohl Deutſchlands, ſondern um das Recht handelt es ſich hier."

Bei Gott: wir ſind weit gekommen, und die Verwirrung der Geiſter kann kaum noch weiter gedeihen. Die Feinde der Monarchie umdrängen den Monarchen; die Verächter der Religion ſchützen das Chriſtentum; das deutſche Auswärtige Amt unterſagte unter Kühlmann ſeinem Beamten, deutſche Belange zu vertreten; ein deutſcher Staatsſekretär verleugnet ſein deutſches Gewiſſen zugunſten des europäiſchen, eine „deutſche" Zeitung verdammt einen Frieden, der dem Feinde „abgeſtritten", alſo nicht vom Feinde diktiert und nicht den feindlichen, ſondern „lediglich" den deutſchen Intereſſen angepaßt iſt! Eine andere deutſche Zeitung ſtellt ein von unſerem Todfeind Wilſon ausgegangenes Schlagwort über das Wohl Deutſchlands!

„Wenn es ſchlecht ausgegangen wäre, hätten mich die alten Weiber Unter den Linden mit naſſen Handtüchern totgeſchlagen." So ſprach Bismarck 1866.

1918 muß man befürchten, daß die alten Weiber, angeführt und unterſtützt von Erzberger, Scheidemann und den geſamten Herren von der alljüdiſchen Preſſe, jeden totſchlagen, der für einen guten Ausgang, d. h. für das natürliche Recht des Siegers im Falle eines deutſchen Sieges, für deutſche Ehre und Größe, ja für den bloßen Willen zum Sieg eintritt.

Nach wie vor will man uns das Widernatürlichſte und Unheilvollſte als einzigen Ausweg aufdrängen, und hinter den Anſtiftern einer ſo ungeheuerlichen Geiſtes-

verwirrung steht ein teuflisch zäher Wille. Wann wird unser herrliches, geduldiges, tapferes Volk so erleuchtet werden, daß es die zynischen Böcke zum Teufel jagt, die sich in der von ihnen geschaffenen Verwirrung überall unberufen zum Gärtneramt drängen?

Wir meinen jenes eine Prozent der deutschen Bevölkerung, das dank seiner Zusammenarbeit zwei Drittel der deutschen Presse beherrscht und mit ihr den deutschen Siegeswillen lähmt, die Monarchie bekämpft und die Religion untergräbt.

Der parlamentarische Partikularismus.

Unter der Maske des Beschwichtigungsrates pflegen manche Blätter den Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland, und schimpft etwa die „Frankfurter Zeitung" auf Süddeutschland, so schimpfen die „Münchner Neuesten Nachrichten" auf Norddeutschland. Es soll auch vorkommen, daß dies gleichzeitig geschieht und den Eindruck eines abgekarteten Spieles macht. Man wirft sich gegenseitig so gerne „Partikularismus" vor, d. h. das Bestreben, den Teil, ‚pars', zuungunsten des Ganzen in den Vordergrund zu drängen und durch Vorrechte oder Machtgelüste des Teiles das Ganze zu beeinträchtigen.

Partikularismus spielte bei der Bismarckischen Reichsgründung eine große Rolle, als es sich darum handelte, Sonderrechte der selbständigen Dynasten und Einzelstaaten dem Reichsganzen einzugliedern. Zur Ehre der deutschen Fürstenhäuser muß es gesagt sein, daß sie zum Segen des Reiches ein hohes Maß von Weitsicht, Selbstzucht und deutscher Gesinnung besaßen, um durch Verzicht auf angestammte Befugnisse einen Zusammenschluß aller deutschen Stämme unter der Führung des Kaisers zu ermöglichen, der jedem einzelnen Stamm die weitere Eigenentwicklung, dem Ganzen nach außen hin aber die geschlossene Einheit gewährleistete. Und es ist ein Ehrentitel der deutschen Fürsten, daß sie auf dieser Bahn bis heute verharren.

Nun schrieb kürzlich der radikal-freisinnige Alljude und Reichstagsabgeordnete Georg Gothein[1]) (im Berliner Tageblatt vom 28. August 1918) mit Rücksicht auf die in den östlichen russischen Randstaaten unverkennbar zutage tretenden monarchischen Bestrebungen: „Nichts erbittert unser Volk in diesem furchtbaren Ringen mehr als die Sorge, daß an diesem Weltenbrand kleine, dynastische Süppchen gekocht werden sollen." Er spielt damit auf eine Art dynastischen Partikularismus an, der dem Sinne seiner Worte nach darin bestünde, daß unsere Fürstenhäuser auf Kosten der Wohlfahrt und Zukunft des Reiches den Krieg dazu benutzten, für sich neue Throne zu errichten, ganz gleich, was daraus für das Reich erwüchse.

In Wirklichkeit bedient sich hierbei Gothein aber eines dialektischen Kunstgriffes und der von uns schon so oft aufgedeckten „Haltet-den-Dieb"-Taktik. Denn der Fall liegt genau umgekehrt: Die Auflösung Rußlands bietet einer Reihe von Staaten die Möglichkeit, sich aus der slawischen Umklammerung zu lösen. Das Bestreben, sich den Mittelmächten anzuschließen, zu denen sie kulturell, wirtschaftlich, geistig und vielfach auch infolge germanischer Blutsverwandtschaft neigen, kommt den dringenden Bedürfnissen des deutschen Volkes nach Siedelungsland, Selbstversorgung und Grenzsicherungen entgegen. Die Randstaaten haben ein Interesse an einer gesicherten, auf eine feste Staatsform gestützten Vereinigung mit uns, genau so, wie wir ein Interesse an der Schaffung endgültiger, geregelter Verhältnisse dort haben. Die beteiligten Völker haben erkannt, daß die monarchische Form die sicherste Gewähr für eine gute Entwicklung ihrer Staatswesen bietet.

[1]) Gothein hat den „Mut" besessen, im März 1916 einem früheren Parteigenossen gegenüber die Verzögerung des U-Bootkrieges damit zu erklären, daß Deutschland nur drei U-Boote für den Handelskrieg gegen England besäße.

Finnland und Litauen wollen daher eigene Monarchien schaffen — Polen wollen wir als besonderen Fall aus dem Spiel lassen —, die baltischen Provinzen erstreben ihrer ganzen Geschichte und Kultur nach naturgemäß einen Anschluß an die Krone Preußen. Diese Bestrebungen decken sich durchaus mit denen des Reiches, denn es kann der Entwicklung des Deutschtums nur förderlich sein, wenn die Baltenlande und Litauen durch Personalunionen dem Reiche angegliedert werden. Es ist also eine bösartige Hetze, wenn dabei von dem Kochen „kleiner dynastischer Süppchen" gesprochen wird. Die Sache liegt vielmehr so, daß dies auffallende Widerstreben gegen eine natürliche, gesunde Lösung und die Schaffung endgültiger fester Zustände, sofern es nicht noch andere Gründe bedingen (vgl. „Bild der Lage" Heft 9, Jahrg. II, Seite 660f.!), durch die doch im „Verfassungsausschuß" und auch sonst schon deutlich und häufig genug zutage getretene Absicht diktiert wird, am Weltenbrand parlamentarische Süppchen zu kochen. D. h. dieser Widerstand hat seine Wurzel im parlamentarischen Partikularismus. Der „Vorwärts", dessen Offenheit schon so manche Zusammenhänge aufgedeckt hat, schreibt es ganz unbekümmert unter dem 30. August: „Man scheut sich auch jetzt, Gebietsteile, von denen man sichere Opposition erwartet, in das Deutsche Reich aufzunehmen. Aber das bedeutet für diese zugleich, daß sie des Schutzes des aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenen deutschen Reichstages verlustig gehen. Der deutsche Kaiser erhält ein Land, in dem er ohne Reichstag regieren kann, sekundiert von einem Landtag, der etwa auf der Höhe des mecklenburgischen steht."

Die Wut darüber, daß etwas der Machtbefugnis der Reichstagsabgeordneten entzogen werden könnte, kann wohl kaum deutlicher durchbrechen als in jenen Worten. Und weil der parlamentarische Partikularismus, der während des Krieges Kron- und Verfassungsrechte in beliebiger Anzahl an sich reißen will, ganz gleich, was dabei aus dem Ganzen, aus der Einheitlichkeit der Reichsführung wird, unmöglich eine solche, dem Reichsganzen förderliche Lösung dulden will, muß ihr mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden, ganz abgesehen davon, daß das Alljudentum an und für sich grundsätzlich monarchiefeindlich ist. Herr Gothein meint daher auch: „In unserem eigenen Interesse wie in dem der davon betroffenen Ostvölker werden wir gut tun, das dort Zustandegekommene nur als Provisorium anzusehen und die definitive Regelung dem Weltfriedensvertrag zu überlassen." Na also![1]) Er ist ganz der gleichen Ansicht wie unser Feind, der Franzose Jean Herbette (vgl. Tägl. Rundschau, Abendausgabe vom 4. September ds. Js.). Sollte diese Losung von der Alliance israélite ausgegeben sein? — Desgleichen gibt der „Vorwärts" den „Kampf gegen eine ‚bessere' Lösung der Ostfragen" nicht auf.

Allmählich wird auch der Blindeste bei uns einsehen, wer das Vorläufige verewigen will und damit die Hoffnung unserer Feinde auf desto größere Vorteile, je länger der Krieg dauert, immer wieder aufs neue entflammt. Wer den Hauptvorteil bei einer Verewigung des Vorläufigen, also des Kriegszustandes hat, und zwar in allen kriegführenden Ländern der Erde, ist auch schon im vorigen „Bild der Lage" ausgeführt.

Er spielt eine eigenartige Rolle, der Partikularismus der Reichstagsabgeordneten.

Offen bleibt übrigens die Frage, in welcher Form der „Vorwärts", ohne das von ihm vertretene Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verletzen, die baltischen

[1]) Die gegenteilige Ansicht des Vizekanzlers v. Paper wird ihm wenig Freude gemacht haben!

Staaten und Litauen „in das Deutsche Reich aufnehmen" will. Oder will man sie lieber nicht doch ganz draußen lassen, einmal weil dadurch die Verzichtfriedenspolitik der Reichstagsmehrheit gleichsam den Stempel der geschichtlichen Rechtfertigung erhielte, und ferner weil jede Stärkung des Deutschtums und des Reiches eine Schwächung des reichstäglichen Einflusses und Ansehens bedeutet? Auf diese Weise — keine Annexionen und Entschädigungen! — käme der parlamentarische Partikularismus auch auf seine Kosten.

Ein Staatsmann aber, der es aus Furcht vor dem gekennzeichneten Partikularismus unterließe, im Osten die Ordnung im monarchischen Sinne baldigst endgültig vorzunehmen, wäre seinem Posten nicht gewachsen. Die als sicher gemeldete Anwartschaft des Prinzen Friedrich Karl von Hessen auf den finnischen Thron läßt uns jedoch Gutes hoffen.

Als erfreuliche Entwicklung im Osten sei an dieser Stelle der Abschluß des Zusatzvertrages zum Brester Frieden vermerkt, der mit seinem endgültigen Ausscheiden Liv- und Esthlandes aus dem ehemaligen russischen Staatenverband und seiner Zahlung von 6 Milliarden an uns manchen Fehler Kühlmanns noch wettmacht und die feste Hand sowie das völkische Herz des Herrn Staatssekretär v. Hintze verrät. Jetzt ist das Ziel der Claßschen Denkschrift im Osten erfüllt. Möchte ihr im Westen der gleiche Erfolg beschieden sein!

Die innere Offensive.

Der „Vorwärts" meldete also, wie betont, den Fortgang des Kampfes um eine bessere Lösung der Ostfragen. „Er geht parallel mit dem Kampfe um die Demokratisierung und die freiheitliche Entwicklung des deutschen Volkes selber. Eins entscheidet das andere. Beides ist aber heute nicht entschieden."

Ja, tatsächlich: der Kampf um die Demokratisierung setzt mit erneuter Wucht und Stärke ein, unbekümmert darum, daß seine alten Rufer im Streite sachlich, politisch und geschichtlich längst widerlegt worden sind. Es ist ihnen ja auch nicht um die Sache oder etwa um die Zufriedenstellung und Beruhigung des Volkes, sondern im Gegenteil um persönliche Macht und um die Beunruhigung der Bevölkerung zu tun. Nach den Erfahrungen und Beobachtungen, die man an diesen Herren während des Krieges angestellt hat, kann es wirklich nicht verwundern, daß das Trommelfeuer des Verfassungskampfes genau zu derselben Stunde am stärksten einsetzte, in der unsere Feinde im Osten mit Mord, Bestechung und Verrat eine neue Front gegen uns aufzurichten, obendrein Spanien in den Krieg zu hetzen versuchten und im Westen mit unerhörtesten Anstrengungen unsere Front Tag für Tag berannen, um auf dem Lande eine Wendung zu ihren Gunsten zu erzwingen, da ihnen die Wirkungen des U-Bootkrieges allzu böse den Lebensatem abschnüren. Es war die ernsteste Stunde des Krieges. Es kann auch gar nicht mehr wundernehmen, daß gleichzeitig die häßlichste Flaumacherei im Lande um sich griff, unterstützt durch allerlei übelriechende zersetzende Gerüchte, die aus den Kloaken der Gesinnungslumperei ja immer nur dann ans Tageslicht zu kriechen wagen, wenn die Umstände ernster sind und jeder anständige Deutsche im Gegenteil die Verpflichtung fühlt, Entschlossenheit und Einigkeit zu predigen sowie alle trennenden, erhitzenden Fragen zurückzustellen. Eine Quelle der Gerüchte sind nach wie vor die französischen Gefangenen, die, wie seinerzeit die Emissäre der Französischen Revolution, hier im Lande Stimmung für Frankreich und gegen die deutschen Zustände machen.

Sehr geschickt verquickt wird der Verfassungskampf mit der Friedensfrage. Den Lesern unserer Zeitschrift braucht nicht mehr besonders auseinandergesetzt

werden, wer hauptsächlich derartige demagogische Fälscherkunststücke nach Washingtoner Rezept vornimmt, und welche Blätter und Parteien in der Zeit der allerschwersten Entscheidungskämpfe in Deutschland die Anschauungen Lloyd Georges und Wilsons widerkäuen, um sie wie lähmenden Mehltau auf unseren Siegeswillen und Zukunftsglauben auszubreiten. —

„Nur dort", so schreibt der im vorigen „Bild der Lage" gebührend gebrandmarkte Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt" vom 26. August, „wo die Regierenden vom Willen des Parlamentes abhängen, außerparlamentaristische Einflüsse nicht den Ausschlag geben, kann in den schwersten Stunden die gewählte Vertretung der Nation stark und frei genug zur Übernahme der Verantwortung sein."

Man beachte die dialektischen Verschiebungen: es wird so dargestellt, als ob dem Reichstag irgendein verfassungsmäßiges Recht vorenthalten wird, während in Wahrheit umgekehrt der Reichstag dem Kaiser das verfassungsmäßige Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden stehlen will, der Bedrohte also nicht der Reichstag, sondern der Kaiser mit der Verfassung ist! —

Nachdem die öffentliche Meinung auf diese Weise mit Flaumacherei, Gerüchten und scharfer politischer Hetze wochenlang vorbereitet war, fing man, erst leise, dann immer lauter, von „Verschärfung der innerpolitischen Lage" zu sprechen an; um es nochmals zu betonen: alles *gleichzeitig*, während unsere Feinde die blutigsten und hartnäckigsten Angriffe auf unsere Front machten! Und richtig, unter dem 12. September konnte man im B. T. dem erstaunten deutschen Volke versichern, daß seine Erregung keine Grenzen mehr kenne, und daß wir uns in einer noch nicht dagewesenen innerpolitischen „Krise" befänden!

Um es vorwegzunehmen: die Tatsache, daß wir im Westen vorübergehend Gelände räumten, gibt nicht den mindesten Anlaß zu Beunruhigungen, Befürchtungen oder Krisen! Wir tun militärisch das, was unsere Kräfte am meisten schont, und was wir z. B. in Rußland, Polen und Ungarn schon sehr oft im Kriege getan haben, *um dann um so nachdrücklicher und erfolgreicher zum Angriff übergehn zu können*. Unsere zeitweilige Geländeräumung im Westen übte nicht die geringste Rückwirkung auf unsere inneren Zustände aus, d. h. sie *brauchte sie nicht auszuüben*, vorausgesetzt, daß unsere Bevölkerung unerschrocken, einsichtsvoll und besonnen erhalten und nicht etwa *absichtlich* eine Rückwirkung heraufbeschworen wird.

Daß aber ein solches *gewissenloses* Vorhaben tatsächlich vorliegt, kann angesichts der Gleichzeitigkeit der geschilderten Erscheinungen leider nicht zweifelhaft sein. Dieselben Kreise, welche es als echte Fanatiker und Theoretiker ablehnen, die äußeren Kriegsziele irgendwie von der militärischen Lage abhängig zu machen, und „verzichten" und sich „verständigen" würden, auch wenn wir die ganze Welt erobert hätten, sind ausgezeichnete Taktiker, sobald es sich um die *inneren* Kriegsziele handelt, die sie ja mit unseren Gegnern teilen. Für jeden von uns aufgegebenen Geländestreifen fordern sie nämlich einen Scheffel Demokratisierung mehr.

Diese Gesinnung entspricht auch durchaus der Stellungnahme dieser Kreise gegenüber dem von dem schneidigen General v. Gebsattel angeregten neuen und diesmal aufrichtig zu meinenden Burgfrieden. Aus ihrer glatten und hämischen Absage haben auch wir mit General v. Gebsattel die Überzeugung gewonnen, daß diese Kreise *die „innere Verständigung, den inneren Frieden nicht wollen*, und ihr Gesamtverhalten vor dem Kriege und im Kriege selbst zeigt deutlich, *daß die innerpolitische Unruhe, der Zustand der Gärung, die Aufregung, die immer erneut angestachelte Unzufriedenheit ihr*

wahres politisches Lebenselement ist". (Deutsche Zeitung Nr. 447 vom 2. September 1918.)

Noch viel mehr: sie kündigen uns einen Ausrottungskrieg an! Der „Vorwärts" schrieb unter dem 3. September: „Dazu ist zu bemerken, daß die Kriege zwischen den Völkern vergänglich, die Kämpfe der Ideen aber unvergänglich sind, solange die Ideen selbst Bestand haben. Wir bekämpfen ja die Alldeutschen auch nicht mit Handgranaten und Giftgasen, aber ihren Geist wollen wir aus der deutschen Politik ausrotten. Die Sehnsucht der Alldeutschen nach einem inneren Verständigungsfrieden ist auch ein Zeichen der Zeit, aber sie wird keine Erfüllung finden, denn in diesem Falle sind wir ganz entschieden für einen ‚Siegfrieden'."

Vorausgesetzt, daß der Schriftleiter des „Vorwärts", der das schrieb, nicht nur deutscher Staatsbürger sondern auch ausnahmsweise einmal deutscher Stammesbruder ist, kann man sich keine wahnsinnigere Verstiegenheit und keine schlagendere Widerlegung der Phrase vom Völkerbunde wünschen: eine Verbrüderung und Verständigung mit der ganzen Welt, einen Weltbund aller Nationen predigt dieser Genosse, sieht sich aber schon außerstande, eine Verständigung und einen Bund mit ihm nach Sitte, Sprache, Rechtsgefühl, Zielen und Anschauungen nahestehenden deutschen Staatsgenossen abzuschließen! (Sollte dieser Genosse doch Semit sein, sei die Frage gestattet: Soll sein Völkerbund nur von den Semiten aller Nationen abgeschlossen werden? Das wäre überflüssig, denn wir haben doch schon die Alliance israélite universelle.[1])

Nicht unterlassen werden darf der nochmalige deutliche Hinweis darauf, daß der „Vorwärts", der lauteste Rufer im Streit nach Parlamentarisierung und Demokratisierung, den Geist der Alldeutschen aus der deutschen Politik ausrotten will.

Gerechten und unbefangenen, geschichtlich geschulten Beurteilern stellt sich der Geist der Alldeutschen als der Geist der Deutschen von Tatkraft, nationalem Ehrgefühl, idealer Vaterlandsliebe und aufrechtem freiem Gemeinsinn dar. Es ist der Geist Luthers, Friedrichs, Schillers, Fichtes, Steins, Schöns, Lagardes, Treitschkes, Bismarcks, Kaiser Wilhelms I. — um nur einige wenige zu nennen!

Hört es, ihr Deutschen: der „Vorwärts" will den Geist dieser Männer aus der deutschen Politik ausrotten[2]). Es ist durchaus nicht nur denkbar, daß er wirklich ausgerottet wird, wenn die Parlamentarisierung und Demokratisierung nach dem Herzen des „Vorwärts" durchgeführt wird, sondern diese angestrebte Demokratisierung dürfte nur ein Mittel zum Zweck der Ausrottung jenes Geistes sein, wie sie vollkommen auf der Linie der Politik der Wilson-Lloyd-George-Erzberger-Scheidemann und der internationalen Großbankmächte liegt. Auf dieser Linie liegt eben der Kampf gegen alles bewußt Deutsche, das man zum Zwecke des besseren Gimpelfanges mit unseren Feinden „alldeutsch" nennt.

Die Stimme der Führer.

Jetzt muß auch noch der Zweck dieser ganzen, von sehr geschickter Regisseurhand geleiteten, aber, wie betont, äußerst gefährlichen und gewissenlosen inneren Offen-

[1]) Der Aufruf zugunsten eines Weltvölkerbundes, den der „deutsche" Frauenausschuß für einen dauernden Frieden kürzlich erließ, war von folgenden Frauen unterzeichnet: Dr. Anita Augspurg, Dr. Olga Kniſchewsky, Frida Perlen, L. G. Heymann. (Wo bleibt da die deutsche Frau?)

[2]) Dem Kaiser wirft der „Vorwärts" unter dem 4. September vor, daß er vom Kampf der Weltanschauungen gesprochen hat, von denen eine unbedingt überwunden werden müßte, für sich selbst nimmt er aber das Recht des Ausrottungskrieges in Anspruch! Der Kaiser will die angelsächsisch-mammonistische Weltanschauung überwinden — der „Vorwärts" eine ausgesprochen deutsche! Will da noch jemand leugnen, daß der „Vorwärts" für Wilson kämpft?

sive klargestellt werden. Diese ganze Offensive sollte nämlich die Krisenstimmung erzeugen und steigern, so daß zum Spätherbst die Lage zu einem großen geplanten Regierungswechsel reif würde, bei dem wir endgültig mit dem allein wahren und echten parlamentarischen System beglückt werden sollten, das uns in den Händen der Erzberger, Scheidemann und Genossen mit den als so überaus erfolgreich erprobten Mitteln der Friedensangebote und Verzichtentschließungen und Verständigungen „ganz unbedingt" den Frieden bringen würde. Die Offensive ist ein Vorgeschmack und Musterbeispiel parlamentarischer Regierungskunst.[1])

Der ganze Feldzug der Flaumacher, Verfassungshetzer und Gerüchteausstreuer wurde jäh gestört durch die wundervolle Kundgebung Hindenburgs, der wieder einmal — er hat ja nebenbei nur eine Welt von Feinden zu besiegen! — der so überbürdeten und bedauernswerten Regierung die seit Jahren von ihr erbetene, ersehnte und geforderte Arbeit abnahm und zum Herzen des deutschen Volkes zur rechten Zeit das rechte Wort sprach. Den Wortlaut seiner Kundgebung setzen wir als bekannt voraus. Er sollte an jeder Säule, in jeder Schule, in jeder Schriftleitung, in jeder Kaserne, ja auch im Reichstag auf jedem Platz angeschlagen werden. Doch ein mutiges Wort aus diesem im ganzen so prachtvollen und begeisternden Aufruf wollen auch wir hier festhalten, da es uns aus tiefster Seele gesprochen ist: „Triffst du einen, der zwar dem Namen nach deutsch ist, der aber seinem Wesen nach im Feindeslager steht, so halte ihn dir fern und verachte ihn! Stelle ihn öffentlich an den Pranger, damit auch jeder andere wahre Deutsche ihn verachte!"

Man mag uns manches, so z. B. auch Mangel an Vorsicht und Taktik vorwerfen, — daß wir jene ernste Mahnung Hindenburgs vernachlässigt und nicht schon immer in ihrem Sinne gewirkt hätten, wird uns niemand vorwerfen können. So wollen wir es auch weiter halten!

Wesentlich verstärkt wurde der Eindruck der Hindenburgrede noch durch die ernste gemütstiefe Ansprache des Kaisers vor den Kruppschen Arbeitern. Das deutsche Volk aber kann diesen Männern, auf denen, weiß Gott, eine Riesenlast von Arbeit und Verantwortung wuchtet, nicht genug dafür danken, daß sie es seelisch erquickt und ihm in der allgemeinen Verwirrung mit treuer Hand auch geistig die Wege zum glücklichen siegreichen Ausgang gewiesen haben, die Stimme des Führers also auch dort haben erschallen lassen, wo man sie von anderer Seite immer wieder vergeblich erwartet hat.

Gott gebe, daß wir diese ruhigen, ernsten, mahnenden Stimmen stetig in uns nachhallen lassen!

Die Stimme des Parteitaktikers.

Nach Hindenburg und dem Kaiser ließ sich dann in Stuttgart auch der Vizekanzler v. Payer mit einer großen Programmrede vernehmen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß er wesentlich staatsmännischer und von größeren Gesichtspunkten aus gesprochen hat als früher. Aber aus dem Banne des Gedankenkreises der

[1]) Die Wiener Meldung des „Leipziger Tageblatts" über den Ersatz Hertlings durch Solf (!) und den Eintritt Scheidemanns und Erzbergers in die Regierung hat unsere Anschauung früher bestätigt als erwartet. Es hieß doch nur, in der Verlegenheit den Spieß umdrehen, wenn das „B. T." dazu schrieb: „Es wäre nicht das erste Mal, daß bestimmte Kandidaten in die Öffentlichkeit gezogen werden mit dem Hintergedanken, sie von vornherein unmöglich zu machen." Es gab damit ohne weiteres zu, daß ihm dies Unmöglichmachen der betr. Kandidaten unangenehm war und half sich, indem es, wie schon angedeutet, die für November angesetzte Krise früher „eröffnete".

ihm noch immer naheſtehenden alljüdiſchen „Frankfurter Zeitung“ kann er nicht mehr hinaus. Ebenſowenig kann er ſich noch völlig von der lange geübten Gewohnheit frei machen, als freiſinniger Parteitaktiker zu ſprechen. Erfreulich war, wie wir ſchon hervorhoben, daß v. Payer im Oſten die Akten für endgültig geſchloſſen hält und ſich in dieſem Punkte dem Kreiſe der Th. Wolff, Gothein und Jean Herbette nicht anſchließt. Erfreulich war, daß er erklärte: „Es iſt eine Heuchelei“ — was ſagt Herr v. Bethmann dazu? — „Belgien als ein unſchuldiges Opfer unſerer Politik ſozuſagen im weißen Unſchuldskleid darzuſtellen.“

Aber die Bedingung „ſind wir erſt einmal ſicher, daß in Belgien kein anderer Staat irgendwie beſſer geſtellt werden kann“ — als wer? —, iſt ſo unſagbar unbeſtimmt, kautſchukartig, vorſichtig, daß es geradezu jämmerlich wäre, daraufhin, wie es Payer will, Belgien ohne Belaſtung und ohne Vorbehalt zu räumen und zurückzugeben. Ein ſolcher glatter Verzicht ſelbſt auf die „realen Garantien“ läßt ſich eigentlich nur mit einem Verſagen der Nerven erklären.

Der freiſinnige Parteitaktiker zeigte ſich aber in vollem Glanze bei der Beſprechung der Wahlrechtsfrage, vor allem aber bei dem markloſen Verzicht auf eine Kriegsentſchädigung. Lieber will Payer, daß unſer Volk unter unerträglichen Laſten ſeufzt, als daß wir „ſelbſt bei günſtiger militäriſcher Lage“ den Kampf fortführen, bis auch unſere freie, wirtſchaftliche Zukunft geſichert iſt. Das heißt auf gut deutſch, den Krieg völlig zwecklos und umſonſt führen, denn etwas anderes als die Einengung und Unterdrückung unſerer wirtſchaftlichen Daſeinsmöglichkeit wollten unſere Feinde von vornherein nicht. Wenn es ſich nach Payer jetzt mit unſerer nationalen Ehre verträgt, zugunſten unſerer Feinde unſere wirtſchaftliche Zukunft zu knicken, — warum hat man denn nicht von vornherein auf Krieg verzichtet und ſich allen ihren Bedingungen unterworfen? Daß Opfer an Leben mit Geld ſchwer oder gar nicht zu erſetzen ſind, wiſſen auch wir. Aber es iſt das Weſen des Krieges, daß ein Teil des Volkes für den freien Weiterbeſtand und die freie Zukunft des ganzen Volkes geopfert wird. Das ſollte auch Herr von Payer wiſſen, und Opfer bringen, um dann doch wirtſchaftlich unfrei zu bleiben, iſt wohl das Grauſamſte, was man ſich denken kann. Ein Mann, der der „Geſamtheit des Volkes“ die Meinung unterſtellt, ſie legte beim Frieden auf einen Gewinn an Ehren — ebenſowenig wie auf den Gewinn an Menſchen und Land — keinen beſonderen Wert, iſt eben im Grunde doch nichts anderes geblieben als das ehemalige Aufſichtsratsmitglied der „Frankfurter Zeitung“. Wofür kämpft Herr v. Payer eigentlich, wenn nicht für Ehre oder Menſchen oder Land oder Entſchädigung? — Dieſe Geſinnung und Zielloſigkeit, welche lediglich dem Geldbeutel unſerer Feinde zugute kommt, iſt doch bei dem Stellvertreter eines Reichsbeamten, der einen Bismarck zum Vorgänger hat, eigentlich unmöglich! Ebenſo unmöglich war die tiefe Verbeugung Payers vor dem aus dem Gedankenkreiſe unſerer Feinde ſtammenden Plane vom Weltvölkerbund.

Chamberlain.

„An der Grenze eines neuen Zeitalters ſteht er da — als Denker rückſchauend, als Prophet vorſchauend, in einen ſtrahlenden Morgen hinein, der nach ſeinem Glauben den Deutſchen als den Streitern Gottes gehört und gebührt ...

Unbegreiflich aber und ſchmachvoll müſſen wir es nennen, wenn Deutſche, die noch Deutſche ſein wollen, ihn deswegen ſchmähen und verläſtern, weil er zum Deutſchen geworden und in dem großen weltgeſchichtlichen Kampfe, in dem wir mitten inneſtehen, ſich ganz für Deutſchland und gegen England erklärt hat.

Wie wenig haben doch jene Deutsche, die aus verschiedenen Gründen Chamberlain feindlich, ihn einen ‚Renegaten', einen Verräter an seinem Vaterlande England nennen[1]), — wie wenig haben doch solche Deutsche Chamberlains hohen und edlen Geist, die Tiefe seines Denkens, die Reinheit seines Wollens begriffen! Wie wenig vermögen sie die Größe der weltgeschichtlichen Wende zu fassen, die dieser Mann als ein geistiger Heros in seiner Person verkörpert."

Wie wahr sind diese Worte L. v. Schroeders in seiner sehr lesenswerten Biographie über Chamberlain[2])! Seine Wandlung und Bekennung zum Deutschen, nicht nur der Staatsbürgerschaft, sondern der ganzen inneren heiligen Überzeugung, dem tiefsten Geiste nach, ist ein symbolischer Vorgang, ein Bekenntnis zu den höheren Menschheitswerten des Deutschen. Daß sich Nur-Dialektiker und Nur-Taktiker ohne inneren Kompaß vom Schlage eines Theodor Wolff an Chamberlain reiben, und von sich auf andere schließend, ihn auch zum Nur-Dialektiker stempeln wollen, ist ja doch eigentlich nur ehrenvoll für ihn. Es paßt aber zu der „verkehrten Welt", von der, wie der Leser wohl herausgefühlt haben wird, nicht nur im ersten Abschnitt unserer Abhandlung Beispiele gegeben sind, wenn der Überzeugungsmut, der dazu gehört, ein solches Bekennertum der Welt vorzuleben, wie es Chamberlain tat, zum Dank verunglimpft wird, und wenn die wenigen unter den wirklich Welten überblickenden geistigen Führern, die sich zu uns bekennen, von beschränkten Spießern vor den Kopf gestoßen werden. Wir können es uns ja leisten! Warum wirft man z. B. nicht auch Kjellen Renegatentum vor, weil er sich zum deutschen Geist bekennt? Warum warf man es nicht Carlyle vor?

Das Groteske an dem Ganzen ist aber, daß der beschränkte Spießer gar nicht ahnt, wem er mit seiner Verurteilung Chamberlains Hand- und Spanndienste leistet. Daß auch ein deutscher Richter dies sehr wohl zu überschauen weiß, beweist der die Klage ablehnende Beschluß des Amtsgerichtes zu Frankfurt a. M., Abteilung 29, vom 4. April 1918, das wir in dem ganz ausgezeichneten Aufsatze „Die Politik der Frankfurter Zeitung" von Bacmeister in Heft 36 von „Das größere Deutschland" nachzulesen angelegentlich empfehlen.

Dieses Urteil erster Instanz mit seiner Klageablehnung, bei dem der Richter das Treiben der Frankfurter Zeitung wohl zu beurteilen und die großen Zusammenhänge richtig zu überschauen wußte, sticht wohltuend ab von dem Urteil der zweiten Verhandlung, mit dem der Richter, dessen Geist zwischen den Buchstaben des Gesetzes kleben blieb, Chamberlain zur höchsten zulässigen Geldstrafe verurteilte.

Der ganze Prozeß gegen Chamberlain wegen seiner Angriffe auf die „Frankfurter Zeitung" ist eben nur ein Blatt mehr aus dem Buch der „verkehrten Welt" und ein bedauerliches Zeichen mehr für die Geistesverwirrung, an der die Anklägerin, die „Frankfurter Zeitung" selbst in hohem Maße mit schuld ist und aus der ihr jetzt Vorteile erwachsen. Niemand, der die Zustände mit offenen Augen verfolgt, wird den Chamberlainschen Vorwurf gegen das Alljudentum im allgemeinen, gegen die Frankfurter Zeitung im besonderen bezweifeln können:

„Von der vorteilhaftesten inneren Stellung aus wird alles, was deutsch ist, — politisch, gedanklich, künstlerisch, wirtschaftlich — ohne Unterlaß grundsätzlich bekämpft, heruntergerissen und, wenn möglich, zerstört."

---

[1]) Vgl. den trefflichen Aufsatz von Hugo Erdmann: Der „Renegat" Chamberlain, in der Monatsschrift „Neues Leben", 12. Jahrg., Zehntes Heft, Ostermond 1918 (S. 146, 147).

[2]) L. v. Schroeder: Houston Stewart Chamberlain. Ein Abriß seines Lebens auf Grund eigener Mitteilungen. J. F. Lehmanns Verlag München. Mk. 2.50.

Daß damit dem Erfolge nach Deutschlands Feinden Vorschub geleistet wird, ist ebenfalls unbezweifelbar. Daß man also damit eine auf Deutschlands Erniedrigung abzielende Politik verfolgt, wird ein sachlicher Beurteiler nicht bestreiten können.

Was die „Gemeinsamkeit der Interessen der Frankfurter Zeitung mit denen der anglo-amerikanischen Finanz" anbetrifft, von der Chamberlain in seinem den Gegenstand der Klage bildenden Aufsatz gesprochen hat, so wird vermutlich die Verhandlung in der nächsten Instanz dem Verteidiger, Herrn Justizrat Claß, Gelegenheit geben, das in erster Instanz sonderbarerweise abgelehnte Beweismaterial vorzubringen sowie die ganze Frage im Rahmen ganz großer Zusammenhänge als das zu behandeln, was sie ist, nämlich eine vom Alljudentum sehr geschickt in Szene gesetzte Verfolgung gegen einen seiner mächtigsten und gehaßtesten Kenner[1]). Es wird sich wohl Gelegenheit bieten, dann die rassischen Zusammenhänge, religiösen Gesetze, Ziele und Absichten des Alljudentums klarzulegen, zu dem die Frankfurter Zeitung genau so gehört wie die Spitzen des englisch-amerikanischen Finanzkapitals, zu dessen Gunsten und Machtausdehnung der Weltkrieg geführt wird (vgl. das Bild der Lage im vorigen Heft!), — der Weltkrieg, der, je länger er dauert, um so nachhaltiger in allen kriegführenden Ländern die Herrschaft der Juden in den maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Stellungen befestigt; der Weltkrieg, der von dem Alljudentum längst als „Weltrevolution" gepriesen wird, zu deren einer Phase auch die von der Frankfurter Zeitung so lebhaft befürwortete Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands gehört. —

„Der endgültig zum Deutschen gewordene Chamberlain arbeitet an der Erneuerung Deutschlands", schreibt L. v. Schroeder im genannten Buche. Ja — er arbeitet auch mit seinem Streit gegen die Frankfurter Zeitung an der deutschen Erneuerung. Auch hier beweist er vorbildlichen deutschen Mut! Danken wir ihm dafür! —

An dieser Stelle sei übrigens darauf hingewiesen, daß sich in England eine außerordentlich starke Bewegung gegen die Einflüsse des Judentums geltend macht und in der Begründung der national party ihren Ausdruck findet, die, wie wir es im vorigen „Bild der Lage" für unsere Politik, insbesondere die auswärtige, taten, eine völlige Ausmerzung des jüdischen Geistes und Einflusses aus der Politik fordert.[2]) Stellen sich alle Völker auf den gleichen Boden, sind die Hauptträger der Kriegsverlängerung auf der Welt ausgeschaltet und die nach Frieden lechzende Menschheit wird sich ohne Mühe verständigen.

Ausblick.

Mein Gott, — was sind wir gut und weich und lieb zu allen Menschen! Wir können niemand weh tun! Wir sehen die Welt mit den trägen Augen von Emporkömmlingen in der dritten Geschlechterfolge an. Trotz des gegen uns geführten Vernichtungskrieges immer noch! Wir haben das Blut, die Sorge, die Mühe und Arbeit vergessen, die es unsere Vorfahren gekostet hat, Deutschland zu einer gebietenden Macht emporzuführen! Wir sehen die jetzige zum Wahnwitz

[1]) Vgl. den Aufsatz von Chamberlain: Rasse und Nation in Heft 7, Jahrg. II, dieser Zeitschrift und die die Juden behandelnden Abschnitte in seinen „Grundlagen des 19. Jahrhunderts".

[2]) Daß Hans Delbrück, unseren Gedanken aufgreifend, daraufhin eine Generalreinigung Deutschlands von alldeutschen (d. h. deutschen) Gedanken und Zielen forderte, beweist nur, in welchem Lager er eigentlich steht.

gesteigerte Feindlichkeit der Welt als einen belanglosen, vorübergehenden Zustand an und träumen selbstgefällig schon jetzt, während der Kampf auf Leben und Tod gerade am heißesten entbrennt, wieder von jenen satten Zeiten, die wir dank der nimmer müden, zähen Arbeit unserer Vorfahren genießen konnten, als wir ungestört bei „offenen Türen" dem lohnenden Geschäft und dem beschaulich-ruhigen Daseinsgenuß leben konnten. Wir sind entartete Schwächlinge, und weil wir es sind, glauben wir, daß es die ganze übrige Welt auch sei, und wollen oder können nicht den Ehrgeiz, die Machtgier, die Brutalität, die Beutelust und Zähigkeit unserer anders gearteten Gegner erkennen. Wir fallen immer wieder darauf hinein — im Wohlleben, das der Arbeit unserer Vorfahren folgte, sind unsere gesunden Instinkte stumpf geworden —, wenn unsere Gegner hohnlächelnd mit großen Worten uns bei unseren edlen Eigenschaften und Tugenden packen. Wir ahnen es nicht oder wollen es nicht wahr haben, daß Feinde die Klugheit haben können, uns gerade mit Hilfe unserer Nationaltugenden ins Verderben zu führen. Davon, daß wir solche Versuche mit unseren Feinden machen könnten, ist natürlich schon gar nicht die Rede.

Wäre es anders, so könnten unmöglich Deutsche an hervorragender, verantwortlicher Stelle in öffentlicher Rede — die Rede des Staatssekretärs Solf war sogar offensichtlich eine Kanzlerkandidatenrede, vielleicht die des Herrn v. Payer auch — einen Gedanken ernst nehmen, der von unseren Feinden schlau als Köder für unsere friedliebende Sachlichkeit, für unser ausgeprägtes Rechtsgefühl und unsere Menschheitsliebe berechnet ist, nämlich den Gedanken von der „Völkerliga" oder dem „Weltfriedensbund" oder dem „Staatenverband aller Kulturstaaten". Denn es ist ganz ersichtlich, daß sich hinter diesem Gedanken Bestrebungen verbergen, welche sich allgemein gegen den Bestand unseres Reiches als selbständiger Staat und im besonderen gegen den monarchischen Gedanken richten, also Schrittmacher für die Herrschaft der internationalen Finanz- und Trustmächte sind.

Denkbar ist es aber auch, daß z. B. Herr Solf zu denen gehört, die der künstlichen Züchtung der Geistesverwirrung tatenlos zugesehen haben, und daß er nun als kühler Taktiker die Menschen nimmt, „wie sie gerade sind" und vor der aus Geistesverwirrung geborenen neusten Richtung seine Verbeugung macht. Man darf aber wohl noch mehr vermuten. Schon Kühlmann fühlte sich offensichtlich mehr als Beauftragter der Reichstagsmehrheit als als solcher des Kaisers und des Reichs. Er vermutete in der Reichstagsmehrheit die Herren von übermorgen und in ihrer Gedankenrichtung die herrschenden Gedanken von übermorgen. Solche kompaßlosen Taktiker wie Kühlmann gehen aber einfach der Macht nach und schmeicheln jedem, der Ämter und Würden zu vergeben hat; ganz davon zu schweigen, daß solche Bedienten- und Bittstellerseelen niemals auf den Gedanken kommen, daß es die Aufgabe eines wahren Staatsmannes ist, nicht einer irregeleiteten öffentlichen Meinung wie ein gehorsamer Hund zu folgen, sondern sie mutig und beharrlich auf den Weg der Staatsnotwendigkeiten und des Staatswohls zurückzuführen. Wir bedanken uns mit Nachdruck für jeden Kanzlerkandidaten, der, wie auch Herr Solf oder Herr v. Payer, dieser Pflicht des Staatsmannes ängstlich aus dem Wege geht. Denn noch sind wir nicht so weit, daß nur der Reichstag nach den Grundsätzen seiner Bank- und Geschäftsfreunde und nach Aufsichtsrats-Gesichtspunkten die Reichsämter vergibt. Wir kämpfen dafür, daß dies Recht dem Kaiser verbleibt, und wir verlangen Staatsmänner, die gleichfalls dafür kämpfen. Denn an diesem Recht hängt die Zukunft Deutschlands.

„Ihr wollt befehlen, ohne weh zu tun", heißt es ungefähr in dem angeführten Bahrschen Roman. Wo sich schon ein schwacher Wille hervorwagt, irgend jemand

zu beeinflussen oder in politischen Dingen zu führen, will man tatsächlich „befehlen, ohne weh zu tun". Man vergißt, daß zum wirklichen Führen auch die Kunst gehört, so zu befehlen, daß die Menschen folgen, gerade, wenn es weh tut. Denn sie merken, vorausgesetzt, daß jemand richtig führt, daß sie durch das Gehorchen freier, stärker und reifer werden. Unter dies Kapitel fällt auch die Rede des Reichskanzlers vor der Kommission des Herrenhauses zur Beratung der Wahlrechtsvorlage. Wenn er darin erklärte, daß es sich bei dieser Frage „um den Schutz und die Erhaltung von Krone und Dynastie" handelt, so können wir in dem Sinne beistimmen, daß wir überzeugt sind: die Ablehnung des nackten Gleichheitswahlrechtes wird zwar einen augenblicklichen Sturm im Wasserglase entfesseln, im übrigen aber Krone und Dynastie erhalten, die Einführung des Gleichheitswahlrechtes wird zwar augenblicklich Ruhe schaffen, auf die Dauer jedoch Staat, Krone und Dynastie vernichten. Graf Hertling dürfte es aber umgekehrt gemeint haben. Unklarheit grenzt in solchen Fällen an Zweideutigkeit. Jedenfalls erscheint es uns aber, gerade herausgesagt, eines deutschen Kanzlers unwürdig, die Krone als auf so unsicheren Füßen stehend darzustellen, als ob sie, wie Graf Hertling selbst „mit dem Wahlrecht steht und fällt". An Kanzlern, die sich mit der Person des Monarchen decken wollten, haben wir nachgerade genug gehabt. Auf der anderen Seite macht Hertlings Anerkennung der Bedenken gegen das Gleichheitswahlrecht und seine Aufforderung zur Schaffung von Sicherungen seine Rede zu der eines uninteressierten Zuschauers oder Vermittlers, der hinterher schon zusehen wird, wie er seinen Platz behauptet!

Was die Zukunft des Wahlgesetzes anbetrifft, stehn wir auf dem Standpunkt, den J. F. Lehmann in seinem rasch bekannt gewordenen Brief an das Herrenhaus vertreten hat:

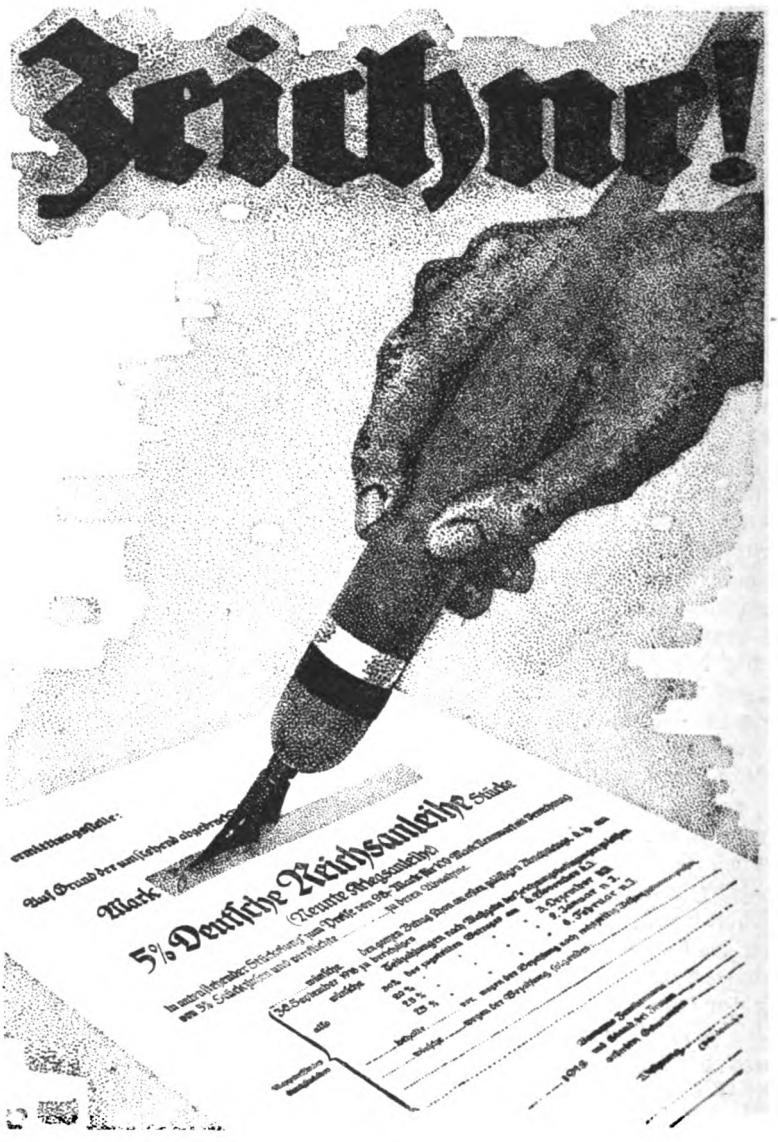
„Möchte das Hohe Haus im Geiste des Yorck von 1813, nicht im Geiste der ‚Yorcks von heute' entscheiden, auf daß dem deutschen Volk das Schauspiel erspart bleibt, daß das preußische Herrenhaus einem Wahlgesetz zustimmt, das die Grenzmarken des Deutschen Reiches preisgibt, ein Wahlgesetz, das, dem Verlangen von Präsident Wilson entsprechend, nur die Kreise stärkt, die auf die Schwächung oder Zertrümmerung Preußens und Deutschlands hinarbeiten. Generalfeldmarschall von Hindenburg sagt treffend: ‚Deutsches Volk denke daran, daß vom Feind nichts kommt, was Deutschland frommt'!"

In unserem Daseinskampf aber, bei dem ein uns von Gott im Zorn bescherter Kanzler wie Bethmann nach dem Willen unserer Feinde den Kampfplatz mit der Wahlrechtsfrage auch ins Innere übertragen hat, können wir uninteressierte Zuschauer an leitender Stelle nicht gebrauchen!

Wir wollen nicht uninteressierte Zuschauer, auch nicht an ihrer Stelle eitle, machtgierige Parteitaktiker, sondern wir wollen Führer, wahre Führer an der Spitze, die befehlen können und denen jedermann mit Lust gehorcht!

Alle Aufklärung, alle geistige Arbeit ist umsonst, wenn nicht, wie es neulich Hindenburg tat, Führer zu uns sprechen, deren Worte die ganze deutsche Presse abdrucken muß, so daß sie mit ihrer Wucht die langjährige Wirkung des gedankenverwirrenden Pressegiftes wettmachen! Nur wahre Führer genießen ein solches Ansehen. Nur sie können die von Wilson, Lloyd George und ihren Helfershelfern bei uns gewollte „Entwicklung" noch aufhalten. Taktiker und Zuschauer können das allerdings nicht — wollen es wohl auch gar nicht.

Nur wahre Führer — je härter sie sind, desto gesünder für uns — können uns noch aus der verkehrten Welt hinausführen.


Zeichnet!
5% Deutsche Reichsanleihe
(Neunte Kriegsanleihe)

Bücherschau.

Einhart: Deutsche Geschichte. Mit 24 Vollbildern. 41.—50. Tausend. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung. 4,50 M. und 6 M. gebunden.

Was uns die fachgelehrten Geschichtschreiber bisher kaum geboten haben, sei es aus Mangel an Verständnis für dessen Notwendigkeit, sei es aus Furcht, von den Zunftgenossen einer volkstümlichen Arbeit wegen nicht für voll genommen zu werden, das bietet uns ein umfassender Kenner, der sich Einhart nennt, in seiner Deutschen Geschichte: Ein handliches Buch, in dem des deutschen Volkes und Reiches Werden in flüssiger Form enthalten ist. In klaren, knappen Abschnitten gibt er den Überblick vom ersten Auftreten germanischer Völker in der Geschichte bis zum Ausscheiden und Seßhaftwerden ihrer Teile, die den Stamm für die heute deutsch besiedelten Länder gaben. Er erzählt dann, wie diese — namentlich ostwärts — kolonisierten und slawische Gebiete zu deutscher Erde rückerwarben; er schildert, wie und warum die Einzelstaaten zu dem sich entwickelten, was sie im Laufe der Jahrhunderte wurden und weshalb das Reich in so tiefe Ohnmacht sank, daß fremde, namentlich französische Heerführer diesen Boden immer aufs neue zum Tummelplatz ihrer Truppen machen konnten, bis unter Napoleon I. das Alte Reich in Trümmer ging. Insoweit ist Einharts Darstellung im wesentlichen die etwa seit Beginn des 19. Jahrhunderts übliche unbeteiligt-sachliche. Hier enden die meisten Geschichtschreiber ihre Werke oder geben über das Weitere nur noch flüchtige Überblicke; Einharts besonderes Verdienst ist es, daß er in seinem Buche nun die weitere Entwicklung Deutschlands in ausführlicher Weise vorführt. Er widmet fast die Hälfte des Werkes den inneren und äußeren Kämpfen, welche die neue Reichssehnsucht hervorrief, die zum Aufstieg führten. Er endet auch nicht mit der Reichsgründung 1870, sondern führt, wie persönlich Erlebtes, das politische Geschehen bis kurz vor den Ausbruch des Weltkrieges und — das ist sein ganz besonderes Verdienst — er begnügt sich nicht damit, seine Blicke innerhalb der Landesgrenzen schweifen zu lassen, sondern darüber hinaus, überall dorthin, wo der Menschenüberschuß des Mutterlandes Siedlungen gründete: nach Rußland, nach Ungarn, nach Süd- und Nordamerika usw. Die Seiten und Worte, die er den Stammesgenossen in der Schweiz und in den Niederlanden, in den Kolonien und dem verlorenen deutschen Blute im Ausland gönnt, die Art, wie er das tut, machen seine Arbeit vollends zu dem, was sie ist, zu einer einzigartigen und im wahren Sinne volkstümlichen Schöpfung, die der dankbarsten Aufnahme wert ist. — In der Anlage von Einharts Deutscher Geschichte ist es begründet, daß ein erfreulicher Mangel an Jahreszahlen und Kriegsschilderungen auffällt (dafür haben die „Zünftigen" ja reichlich gesorgt), so daß wir seiner Feder eine wirkliche Volksgeschichte, nicht eine Fürsten- oder Kriegsgeschichte verdanken, die neben dem Schriftwerk des lapidaren Ranke, dem schönen „Handbuch der deutschen Geschichte" Gebhards und des Eccardus „Geschichte des niederen Volkes" würdig bestehen kann. — Daß „Einhart" der Justizrat Claß aus Mainz ist, wird manchem Leser unserer Zeitschrift besonders lieb zu wissen sein; er schrieb zunächst unter einem Decknamen, um zu prüfen, ob sein Buch für sich allein vor dem Urteil bestehen könne. Es hält Probe — nun nennt er sich im Vorwort der neuen Auflage.

F. C.

Pfarrer Dr. **A. Volliger: Deutschland am Scheidewege.** Verlag von J. F. Lehmann, München. Preis 1,50 M.

Es ist für jeden Deutschen interessant zu sehen, wie sich die Weltgeschichte und die deutsche Geschichte in den Augen eines neutralen Schweizers spiegelt, der die Entwicklung des deutschen Volkes, als dessen Glied er sich selbst fühlt, mit heißer Liebe verfolgt, der jede Schmach, die dem deutschen Namen angetan wird, als eigene Schmach empfindet. Er sieht die Geschichte gewissermaßen aus der Vogelperspektive an, und wo wir im Trubel und Parteihader nicht mehr wissen, wo das Recht liegt und wohin der Weg führt, kann er von hohem Standort aus den ganzen Kampf verfolgen. Er zeigt uns auf Grund seiner eigenen Erfahrungen und der Stimme der Weltpresse, wie zum Beispiel das Friedensangebot des Reichstages gewirkt hat, wie Frankreich und England, die bereits infolge der großen deutschen Siege mürbe waren und zweifelsohne bald zusammengebrochen wären, sich zu erneutem Widerstand aufraffen, als sie glaubten, aus dem Friedensangebot ersehen zu können, daß Deutschland gezwungen sei, um jeden Preis Frieden zu schließen. Er stellt dem Friedensangebot des Deutschen Reiches die geradezu entwürdigende Antwort Lloyd Georges gegenüber, die auf eine Zerschmetterung des Deutschen Reiches, auf eine Versklavung des deutschen Volkes hinausläuft.

In einem weiteren Aufsatz beschäftigt er sich mit dem deutschen Volke selbst. Er zeigt,

wie im Adel, der in seinen Augen sich aus allen tüchtigen Männern vom Fürsten bis zum einfachen Arbeiter zusammensetzt, sich alle lebensbejahenden Kräfte zusammenfinden, indes „die andern" sich durch die internationale Presse (Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt, Münchener Neueste Nachrichten) systematisch entnerven lassen, bis sie soweit sind, das zu tun, was Herr Wilson dem deutschen Volke vorredet.

Im Kapitel „Die Rettung" gibt er eine Lösung, wie sie ihm als die geeignetste vorschwebt. Er hat zum jetzigen Reichskanzler und zu dem Reichstag der Friedensresolution kein Vertrauen mehr. Er erzählt in einer Vision, wie sein geistiges Auge die Entwicklung schaut: „Am Reichskanzlerplatz stand ein neuer Mann, ein Gewaltiger in Generalsuniform und im Stahlhelm, mit Adleraugen und mit ingrimmig entschlossenem Gesicht. War der alte Recke, Deutschlands Hort in entschwundenen Tagen, wiedererstanden?" Und dann führt er aus, wie dieser Mann zum Reichstag spricht, wie er das schlafende deutsche Gewissen in ihm wachrüttelt und wie der Kanzler, der keine Menschenfurcht kennt, den Deutschen Reichstag wieder zu seiner Pflicht zurückführt. Nun erst leuchtet uns der Sieg, und durch den Sieg kommt der Frieden und dann die innere Genesung und die Wiedergeburt des geretteten Deutschen Reiches.

Es ist wohl eine der packendsten Schriften, die seit Kriegsbeginn geschrieben worden sind, eine Schrift, der man anmerkt, daß sie mit Herzblut geschrieben ist. Bei all dem, was zurzeit in der Schweiz gegen Deutschland gehetzt und gesündigt wird, wollen wir es ihr nicht vergessen, in wie warmer Weise einer ihrer Söhne zum Deutschen Reiche spricht und ihm den Weg weist, der zum Siege führt. Die Schrift verdient in Schule, Haus und Heer die weiteste Verbreitung, sie ist eine Erquickung für unser Gemüt, und jeder, dem Deutschlands Wohl am Herzen liegt, soll zu ihrer Verbreitung mitwirken. △.

Lujo Brentano: Ist das „System Brentano" zusammengebrochen? Über Kathedersozialismus und alten und neuen Merkantilismus. Berlin 1918, Erich Reiß-Verlag. Dritte Auflage.

Der stets viel umfehdete Münchener Nationalökonom Brentano tritt als Selbstverteidiger auf den Plan, um den Nachweis zu versuchen, daß der Kathedersozialismus seiner Schule das Reich beim Kriegsausbruch vor dem Zusammenbruch gerettet habe, und daß ohne Rückkehr zu den stets von B. verfochtenen Grundsätzen des Freihandels die Welt nie zu einem Dauerfrieden gelangen werde. Nicht mehr und nicht weniger! Er benutzt die Gelegenheit, dabei auch etwas von seinem geistigen Werdegang zu berichten und einen Abriß der Geschichte des Kathedersozialismus zu geben, der neben den Ein- und Ausfuhrtabellen zum Schluß des Buches wohl das Unanfechtbarste der ganzen Arbeit ist. Man hat die Überraschung, dabei festzustellen, daß Brentano trotz doch etwas vorgerückter Jahre noch ganz derselbe ist wie früher: vielfach Temperament an Stelle der Sachlichkeit, unentwegtes Zurückkommen auf sich selbst und die eigene Unfehlbarkeit anstatt gründlicher Widerlegung des Gegners. Die Überraschung über eine solche Entdeckung ist naturgemäß alles andere als ungemischte Freude, denn solche Methoden bei jemand zu finden, der vielen immer noch als Leuchte der Wissenschaft gilt und von der Münchener Volkswissenschaftlichen Gesellschaft zum Ehrenvorsitzenden ernannt ist, macht doch recht betroffen, und man wird zum mindesten an der Urteilsfähigkeit seiner Verehrer etwas irre.

Bezeichnend für B. ist seine Feststellung: „In meinem innersten Herzen war ich insofern Liberaler, als ich von jeher tiefsten Abscheu gegen jedwede Vergewaltigung der Freiheit empfunden habe." Da haben wir ihn ganz: zum Ausgangspunkt seines wissenschaftlichen Gebäudes nimmt er nicht Erkenntnisse, sondern ein — für einen Künstler oder etwa einen Demagogen durchaus schätzenswertes und brauchbares Gefühl, den „Abscheu gegen jedwede Vergewaltigung der Freiheit". Man wird zugeben, daß ein solcher Ausdruck im Munde eines ernst genommen sein wollenden Gelehrten unmöglich ist, wenn dieser Gelehrte nicht gleichzeitig mindestens näher angibt, was er unter „Vergewaltigung der Freiheit", unter „Freiheit" selbst versteht. Ohne das ist er eine glatte Phrase. Ein persönliches Gefühl, mag es noch so edel scheinen, ist keine wissenschaftliche Begründung. Temperament an Stelle der Sachlichkeit! Brentano hat sein Leben lang nicht sachlich-organisch, sondern gefühlsmäßig-persönlich gedacht und diesen Maßstab an Dinge gelegt, die er aus dem organischen Zusammenhang herauszog, vorausgesetzt daß es seiner Anlage überhaupt gegeben ist, einen organischen Zusammenhang, z. B. des Staates, und nicht immer nur einzelne Fragen daraus zu sehn. Aus der gleichen Quelle, der persönlich-gefühlsmäßigen, fließt nun auch die Begründung seiner Behauptungen im vorliegenden Buch. Nach einem Überblick über die Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik und die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung unter Wilhelm II. schreibt B.: „Da kam der Krieg. Er hat vor allem den Triumph derjenigen Kathedersozialisten ge-

bracht, welche weit über ein Menschenalter unter Schmähungen und Verleumdungen für die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter der verschiedenen Berufe gekämpft hatten. Was sie verlangt hatten, wurde jetzt verwirklicht... Die Regierung aber erkannte den großen Vorteil, den ihr das Bestehen großer Arbeiterorganisationen gab, auf die sie sich bei den notwendigen Hilfsaktionen stützen konnte.

Nun frage ich: Wo wäre das Deutsche Reich geblieben, wären die deutschen Gewerkschaften am 4. August 1914 die vaterlandslosen Gesellen gewesen, als welche sie diejenigen verdächtigt hatten, die ihnen die Rechte verweigern wollten, deren sich die Unternehmerverbände anstandslos erfreuten! Wir, die wir sie besser kannten, haben uns mehr als 40 Jahre bemüht, für sie gleiches Recht zu erkämpfen usw. usw." — Sollte man es für möglich halten, daß jemand erklärt, die Arbeiter hätten in der größten Not des Vaterlandes nur deshalb eine vaterländische Gesinnung an den Tag gelegt, weil Brentano seit 40 Jahren als Kathedersozialist gekämpft hat — und daß obendrein dieser jemand Brentano selbst ist? Unentwegtes Zurückkommen auf sich selbst und die eigene Unfehlbarkeit anstatt gründlicher Widerlegung des Gegners! B. weiß nicht, wie sehr er die Seele der Arbeiter verkennt und herabsetzt, wenn er von ihnen schreibt: „das Bewußtsein ..., daß sie im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsorganisation ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben vermögen. Das ist's, was sie in der Stunde von des Vaterlandes größter Gefahr alle erlittene Unbill vergessen ließ. Hätten sie anders gehandelt, wären sie diejenigen gewesen, als welche ihre Gegner jahrzehntelang sie verleumdet hatten, das Deutsche Reich wäre an der Schwelle des Krieges zusammengebrochen." Niemand bestreitet, daß das Vaterland in eine üble Lage gekommen wäre, hätten die Arbeiter anders gehandelt als sie es getan haben. Niemand, Herr Geheimrat! Damit ist aber in keiner Weise bewiesen — was Sie uns so gerne weismachen möchten —, daß die Arbeiter lediglich vaterländisch gehandelt haben, weil sie dank ihres Kathedersozialismus in der Lage waren, ihren wirtschaftlichen und sozialen Zustand zu verbessern. Etwas anders war es doch, mit Verlaub! Angesichts einer Welt von Feinden ringsum brach das Vaterlandsgefühl der Massen ohne Rücksicht auf sozial- und parteipolitische Zustände, trotz aller Verhetzung durch die internationale Führerschaft, so urgewaltig durch — es gibt nämlich außer wirtschaftlichen Interessen auch noch ein eingeborenes, unausrottbares Vaterlandsgefühl, Herr Geheimrat! Auch die Hunderttausende von Mittelstandspersonen, von nicht organisierten Mittelstandspersonen beweisen es, die freudig ihr ganzes wirtschaftliches Dasein geopfert haben und seit Kriegsbeginn unter den Fahnen stehn —, daß die Führer der Massen, wenn ihnen ihre Stellung lieb war, gar nicht anders konnten, als sich zum Staat zu bekennen. Haben sie etwa nun den Staat gerettet? Nein, das tat das vaterländische Gefühl aller Schichten, einschließlich der Arbeiter. Daß dann eine rat- und hilflose Bureaukratie, zu deren Durchsetzung mit Ihren katheder-sozialistischen Anschauungen Sie Ihr reichliches Teil beigetragen haben, in ihrer bethmännlichen Kurzsichtigkeit nichts anderes zu tun wußte, als diese aus taktischen Gründen sich vaterländisch gebärdende Massenführerschaft blind zu umschmeicheln und aus Angst alle ihre Forderungen zu erfüllen, anstatt sie kurz entschlossen ein für allemal von den wirklich vaterländisch gesinnten Massen zu trennen, — das mag Ihnen, Herr Geheimrat, eine hohe persönliche Genugtuung sein, aber eine wissenschaftliche Begründung Ihrer Theorien ist das nicht. Was Sie mit einer derartigen Beweisführung betreiben, ist, mit Verlaub zu sagen, nicht Wissenschaft, sondern Parteipolitik. Sie kennen eben nur Arbeiter, sehn nur Arbeiter und kennen daneben nur den „tiefsten Abscheu gegen jedwede Vergewaltigung der Freiheit". Aus Ihrer Einschätzung der Arbeiterseele muß man aber schließen, daß Sie unter Freiheit überwiegend die Möglichkeit verstehen, mit Hilfe des Koalitionsrechtes höhere Löhne zu erstreiken. Daß der deutsche Arbeiter soviel Disziplin und Einsicht haben könnte, die Freiheit des Vaterlandes über alles, auch über seine Koalitions- und Streikfreiheit zu stellen — der Gedanke scheint scheint Ihnen recht fern zu liegen! — Die Arbeiter haben im August 1914 wahrhaftig organisches Staatsgefühl und Einsicht genug aufgebracht. Ihr Kathedersozialismus hat damit aber lächerlich wenig oder gar nichts zu tun. Vielmehr ist es auf Kosten der Auswirkungen Ihres Kathedersozialismus zu schreiben, daß späterhin trotz hoher Löhne das vaterländische Pflichtgefühl der Arbeiter wieder der Streiklust wich.

Der Raum verbietet es leider, das ganze Buch ausführlich zu würdigen. Es sei B.s Angriff auf das landwirtschaftliche Schutzzollsystem erwähnt, bei dem er seiner alten Landwirtschaftsgegnerschaft voll die Zügel schießen läßt. Zu der Behauptung, nur unsere Schutzzollpolitik habe die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft derart gesteigert, daß wir den

feindlichen Aushungerungsplan überstehn könnten, meint B.: die Gefahr der Aushungerung hätte auch im Frieden bestanden, weil wir Düngemittel, Pferde und Wanderarbeiter vom Ausland bezogen hätten. Durch Ausfuhrverbote und Grenzsperren hätte man uns alles dies entziehen können. Er vergißt — er, der Freihändler! — daß im Frieden der Güteraustausch eben auf friedlicher Gegenseitigkeit beruht; daß wir anderseits durch Androhung von Gegenmaßnahmen, wie z. B. Ausfuhrverbot für Kali, Chemikalien u. a., Gegenwaffen in der Hand hatten, und schließlich, daß man die ausländischen Wanderarbeiter durch Soldaten hätte ersetzen können. B. zählt dann alle Hemmungen der Landwirtschaft während des Krieges auf, wie Leute- und Pferdenot, Mangel an Stickstoffdüngung usw., und weist dann entrüstet auf die Tatsache hin, daß während des Krieges die Hektarerträge zurückgegangen sind! Er versucht, damit zu beweisen, daß unsere Schutzzollpolitik uns vor diesen Rückgängen nicht geschützt hat. Sonderbare Logik! Es liegt gerade umgekehrt: daß wir trotz aller Hemmungen, zu denen als sehr wesentliche noch die von B. nicht erwähnten psychologischen Momente der Zwangswirtschaft kommen, soviel Nahrungsmittel erzeugt haben, daß wir, wenn auch mit Mühe und Not, uns vor dem Verhungern schützen, beruht darauf, daß die Schutzzollpolitik die Landwirtschaft zur intensivsten Bodenausnutzung erzogen hat. Dann reibt sich B. an dem Staatssekretär v. Braun und dessen Forderung, das Volk solle während des Krieges mehr Roggen- als Weizenbrot verzehren. Es widerfährt ihm dabei das Unglück, daß er ziemlich beleidigt eine Äußerung Brauns auf sich bezieht, von der er dann gleich nachweist, daß sie sich gar nicht auf ihn bezogen haben kann, nämlich die Bemerkung von dem einen halben Meter kürzeren Darm der rheinländischen Industriearbeiter (S. 44). Ja, ja, das unentwegte Zurückkommen auf sich selbst! Endlich verschanzt sich B. hinter der Behauptung, daß wir infolge des durch den Schutzzoll bedingten größeren Getreidebaus Mangel an Vieh, Holz und Handelsgewächsen gehabt hätten. Er denkt nicht an den ungesunden, übertriebenen Fleischbedarf der Städter, der nicht dem wirklichen Bedarf entspricht, und sehr wohl ohne Gefahr eingeschränkt werden kann. Und da Holz und Handelsgewächse keine Nahrungsmittel sind, ist von ihm in keiner Weise mit allen seinen Auslassungen der Gegenbeweis gegen die Behauptung erbracht, daß das Schutzzollsystem unsere Landwirtschaft derart gefördert und erzogen hat, daß wir dem Aushungerungsplan widerstehen können.

Seine ganze, geradezu verrannte Einseitigkeit und Blindheit gipfelt in dem Satz: „Wenn wir trotzdem vor dem Feinde nicht kapitulieren, so verdanken wir dies der Opferwilligkeit unserer städtischen Bevölkerungen.“ Ein Heer gibt es für B. nicht.

Seine stets bewährte Liebe zur Industrie und zu den Großstädten im Gegensatz zur stets gehaßten Landwirtschaft beweist er wieder dadurch, daß er meint, der Krieg habe erwiesen, daß es nicht auf die relative Tauglichkeitsziffer sondern auf die absolute Zahl der Militärtauglichen ankomme. Nun, — wäre die absolute Zahl wirklich allein ausschlaggebend, hätten wir den Krieg angesichts der absoluten Überzahl unserer Gegner längst verloren. Und wenn Brentano, auf seinem Trugschluß weiterbauend, triumphierend feststellt, daß nur die starke Industrialisierung Deutschlands und unsere Verflechtung mit dem Weltmarkt uns eine so starke absolute Zahl von Militärtauglichen beschert, also unsere Selbstbehauptung ermöglicht habe, so vergißt er nur eine Kleinigkeit: nämlich daß gerade die von ihm betriebene Industrialisierung und Verflechtung mit dem Weltmarkt die Hauptursache des Krieges ist. (Daß die gewerbliche Bevölkerung weniger militärtauglich ist als die landwirtschaftliche gibt B. zu.)

Diese Proben mögen genügen, um das ganze Buch, um den ganzen typischen Vertreter einer bestimmten volkswirtschaftlichen Richtung zu kennzeichnen!

Mit seinen anderen Behauptungen und „Beweisen“, so z. B. bezüglich des Freihandels, steht es nicht besser. Wie man einer Überschwemmung des heimischen Marktes mit ausländischem Getreide und dem Ruin der heimischen Landwirtschaft ohne Schutzzoll hätte vorbeugen wollen, darüber schweigt sich B. gründlich aus. Das erscheint uns aber der springende Punkt zu sein. —

Selten war eine Selbstverteidigung selbstgefälliger und unglücklicher! Die den Titel des Buches bildende Frage wird jeder sachlich denkende Volkswirt trotz dieser Selbstverteidigung, oder vielleicht gerade wegen ihr, bejahen müssen. E. K.

Dr. theol. h. c. **L. v. Schroeder: Houston Stewart Chamberlain.** Ein Abriß seines Lebens auf Grund eigener Mitteilungen. Mit vier Bildnissen. J. F. Lehmanns Verlag. München. 2,50 M.

Dieser Lebensabriß Chamberlains wird gerade jetzt allenthalben auf erhöhtes Interesse stoßen, da der Prozeß der Frankfurter Zeitung gegen ihn aufdeckt, als welche gewaltige geistige Macht ihn die Gegner eines reinen Deutsch-

tums einschätzen und befehden. Die Biographie gibt in glücklicher Weise ein gutes Bild nicht nur von dem äußeren Lebensgang Ch.s sondern auch von den entscheidenden Einflüssen, die seine geistige Entwicklung bestimmt haben. Mit warmherzigem Verständnis, mit Liebe und Verehrung ist Schroeder dem umfassenden und fruchtbaren Schaffen Ch.s nachgegangen, und er deckt an der Hand der einzelnen Werke, den „Grundlagen", Wagner, Kant, Goethe usw. sein immer tieferes Eindringen und Einleben in die hehrste deutsche Gedankenwelt auf, in der nun Ch. mit der Zeit selbst ein berufener Führer geworden ist. Richtige Worte findet Schroeder über Chamberlains Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Willens zum Siege während des Weltkrieges. Nicht unglücklich scheint auch die Einordnung Chamberlains, die natürlich alles andere als ödes Schematisieren sein soll: „Chamberlain steht in Deutschland ganz einzig da, als alleiniger Vertreter eines Schriftstellers höherer Ordnung, wie ihn Carlyle in England repräsentiert." Schroeder will damit andeuten, daß Chamberlain weit mehr ist als ein einseitiger Fachgelehrter, noch weiter entfernt aber von dem, zu dem ihn seine politischen und sonstigen Gegner so gern stempeln würden: vom Tagesschriftsteller. Mit scheint nur bei dieser Bezeichnung nicht gleich das Künstlerische genügend hervorzutreten, das Chamberlain zweifelsohne im hohen Grade kennzeichnet. Doch sei dem wie ihm wolle: dieser Lebensabriß Chamberlains wird sicherlich die wohlverdiente Verbreitung finden, da er in einem Sinne geschrieben ist, daß er nicht nur für die bedeutende außergewöhnliche Persönlichkeit Chamberlains sondern auch für dessen höchste Ideale, die Ideale des reinen Deutschtums wirbt.

Albert von Ruville Englische Friedensschlüsse. (Auslandsstudien der Universität Halle. Wittenberg. Heft 2.) Halle a. S., Verlag von Max Niemeyer. 1918. 1 M.

Es ist jammerschade: alle die guten, aufklärenden Schriften, die jetzt über die englische Geschichte und Politik und über den englischen Charakter geschrieben, aber zum Glück auch gelesen werden, hätten vor dem Kriege erscheinen sollen! Und dann hätte man unsere Diplomaten darüber prüfen sollen, was sie an geschichtlichen Einzelheiten wüßten, aus denen der Charakter der englischen Politik am besten zu erkennen ist.

Aber auch jetzt noch sind Schriften wie die vorliegende wertvoll, und wenn sie gelesen und nicht sobald wieder vergessen werden, können unserem Volke mit der Zeit doch noch gesunde außenpolitische Instinkte wachsen. — Besonders interessieren dürfte die von R. mit Recht erwähnte Tatsache, daß die Engländer im Jahre 1748 Belgien erobern und eine englische Sekundogenitur daraus machen wollten. — Die sich fast stets gleichbleibende Technik der Friedensschlüsse, die England in seinen vielen Koalitionskriegen angewandt hat und die im allgemeinen in einer geschickt maskierten Untreue gegen die Bundesgenossen besteht, kommt in der Schrift R.s klar zur Darstellung. E. K.

Ferd. Avenarius: Das Bild als Narr. Die Karikatur in der Volksverhetzung. Was sie aussagt — und was sie verrät. Herausgegeben vom Kunstwart im Kunstwartverlage Georg D. W. Callwey in München. M. 3.35.

„Das Zerrbild gibt Erkenntnisse, aber nicht über das, was es behauptet, sondern über den, der es behauptet. Die Karikatur spricht als Ausdruck dessen, der sie gezeichnet hat." So heißt es in der klugen Einführung des Herausgebers Avenarius zu diesem völkerpsychologisch hochinteressanten Buch. Es enthüllt eine geradezu abschreckende Fülle von Rohheit, Gemeinheit und Haß bei unseren westlichen Nachbarn, die in den Zeichnungen der französischen sog. Witzblätter ihren ebenso abschreckenden, unkünstlerischen Ausdruck gefunden hat. Der Herausgeber hat es ausgezeichnet verstanden den reichhaltigen Stoff in charakteristische Abschnitte zu verteilen, und er erbringt zweifelsohne den wichtigen Nachweis, daß der Franzose nicht nur nicht imstande ist, deutsche Art zu begreifen, geschweige denn sie zu würdigen, sondern daß er alle Gemeinheiten und Scheußlichkeiten, die er uns in seinen „Karikaturen" anhängt, lediglich aus seinem eigenen Nationalcharakter schöpft. Das geht schon daraus hervor, daß er, wie Avenarius belegt, alle Schandtaten, die er nun uns „Barbaren" und „boches" nachsagt, vor dem Kriege seinen eigenen Soldaten zuschrieb. Die ekelerregende Perversität und Lüsternheit des neuzeitlichen Franzosen hat in diesen „Karikaturen", die an strengeren, deutschen Maßstäben gemessen, nicht einmal Karikaturen sind und jedes Kennzeichen von künstlerischer Charakterisierungskunst vermissen lassen, Orgien gefeiert. Sehr geschickt sind den witzlosen Haßergüssen der feindlichen Karikaturisten deutsche Zeichnungen gegenübergestellt. Das ganze Buch ist ein zeitgemäßes, wertvolles Dokument über die feindliche Verleumdungstechnik.

E. K.

Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

(Eingehende Besprechung wird vorbehalten.)

Kriegsziele und Verwandtes.

W. Bacmeister: Der U-Bootkrieg als Weg zum Endsieg. (Kriegs- und Friedensziele. Deutsche Flugschriften, Heft 4.) Preis 30 Pf. Alexander Duncker, Verlag, Weimar.

Univ.-Prof. Dr. Freih. Fr. Wilh. von Bissing: Westliche Kriegsziele. (Kriegs- und Friedensziele. Deutsche Flugschriften, H. 2) Preis 30 Pf.

E. Ernst Brandenburg: In Staub mit England. A. Mieck, Verlagshandlung G. m. b. H., Prenzlau.

Hans Clockener: Warum und wie muß Deutschland annektieren? Preis 80 Pf. Verlag Karl Curtius, Berlin.

Kurt Engelbrecht: Der feldgraue Friede. Preis kart. 60 Pf. Richard Mühlmann, Verlag, Halle a. S.

Dr. Alfred Jaffé: Kriegsziele. Preis M. 1. Verlag der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauerstr. 36.

Dr. Oskar Karstedt: Koloniale Friedensziele. Preis 30 Pf. Alex. Duncker, Verlag, Weimar.

Karl Georg Regenborn: Unsere Feinde und wir. Verlag von Karl Siegismund, Berlin.

H. R. Reichl: Die weibliche Kampfesart der Gegner. Deutschland im Weltkrieg. Preis 50 Pf. Verlagsbuchhandlung für Lebenswissenschaft, H. Reichl, Nürnberg.

Dietrich Schäfer, Graf Westarp, Dr. Pfleger, Dr. Stresemann, D. Traub: Durch deutschen Sieg zum deutschen Frieden. Preis 80 Pf. Verlag von Karl Curtius, Berlin.

A. Stegerwald: Arbeiter-Interesse und Friedensziele. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Köln.

Prof. Adolf Stoll: Deutsche Kriegsziele im Westen. Pillardy & Augustin, Kassel.

Baurat Wachtler, Graz: Sieghafter Frieden! Preis 80 Heller. Kommissionsverlag „Leykam" in Graz.

Vom Kriegsgrund zum Kriegsziel. Preis geh. 50 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Erziehungsfragen.

Eduard Engel: Sprich Deutsch! Hesse & Becker, Verlag, Leipzig.

Gg. Hoffmann: Die deutsche Schule auf der Grundlage des neuen Wissens vom Leben. (Die Kulturschule.) Hephästos-Verlag, Hamburg 26.

Richard Kabisch: Das neue Geschlecht. Preis M. 6. Verlag Vaudenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Prof. Dr. Kopf: Die Großstadtschule der Zukunft. Reformschulverein Stuttgart E. V.

Prof. Dr. Paul Schumann: Deutschtum und höhere Schulen. Preis M. 3. C. A. Kochs Verlagsbuchhandlung, Dresden.

Flugschriften der „Fichte-Gesellschaft von 1914":

Heft 3: Hch. Harms: „Die deutsche Volkshochschule."

Heft 4: Bruno Bauch: Fichte und der deutsche Gedanke. Preis 50 Pf.

Verlag der Deutschnationalen Verlagsanstalt A.-G., Hamburg.

Geschichte, Geographie, Weltpolitisches.

Dr. Max Beer: Die europäischen Kriegsverhandlungen. (Das Regenbogen-Buch.) Verlag von Ferd. Wyß, Bern 1915.

Geh. Justizrat Dr. Konrad Bornhak: Belgiens Vergangenheit und Zukunft. Preis M. 1,25. Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Religion und Verwandtes.

Andersen: Deutschchristentum auf rein evangelischer Grundlage. Preis 80 Pf. Theodor Weicher, Leipzig.

Adolf Bartels: Der Reformator. Ein Lutherfestspiel in 5 Akten. Ladenpreis M. 2. Verlag Gg. D. W. Callwey, München.

Reinhold Braun: Die Seele siegt! Stiftungsverlag Potsdam.

Robert Falke: Des deutschen Volkes Christentum. Preis M. 2,80. Verlag von Bertelsmann, Gütersloh.

Bischof M. v. Faulhaber: Das Schwert des Geistes. M. 7.—, im Pappband M. 8.20. Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg.

Bischof M. v. Faulhaber: Waffen des Lichtes. M. 3.—. Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg.

Christoph Flaskamp: Weltkrieg und Weltreligion. M. 1.— Verlag: J. Schnell, Warendorf.

Otto Herpel: Die Frömmigkeit der deutschen Kriegslyrik. Fein geheftet Preis M. 5. Verlag von Alfred Töpelmann, Gießen.

Bücherschau.

R. S. Waldstätter: In französischer Gefangenschaft. J. F. hmanns Verlag, München. 1 M.

Der Herausgeber ist ein Neu- aler, dem Berichte eines Offizier- tellvertreters, zweier Soldaten und nes in französischen Lazaretten als berkrankenpfleger tätig gewesenen iechischen Arztes überlassen worden aren. „Wenn er die Berichte ver- ffentlicht" — so schreibt er im Vor- ort — „so möge das zeigen, wie ich Unbeteiligte von Frankreich h wegwenden müssen voll Empö- ng über die Bestialität dieser rande nation'". Wenn er weiter nzufügt, daß die Aussagen von rchaus glaubwürdigen Männern mmen, die sich der Tragweite r Veröffentlichung voll bewußt id und die ihre Angaben „zu jeder eit vor Gericht beschwören können", hat er dies offenbar getan, weil annahm, daß die geschilderten tsachen — richtiger gesagt Ver- echen — beim Leser Zweifel an r Wahrheit der Berichte erwecken nnten. Erschütternd sind denn ich die Schilderungen, die alle Emp- dungen, vom Grauen und Ab- en bis zum tiefsten Mitleid, in is auslösen. Einzelheiten all der artern aufzuzählen, die diese Män- r erdulden mußten, würde hier zu eit führen. Wir können nur allen ingend raten, die Schrift selbst zu sen — sie wird die leider allzu- elen, die immer noch nicht glauben ollen, was ihrer warten würde, enn die Franzosen zu uns ins nd kämen, gründlich bekehren. Aber ich für unsere Soldaten, sei es an r Front oder in der Heimat, mögen e Berichte eine Warnung sein.

Ganz besonders sei noch auf die childerungen des griechischen Arztes, r. Pericles Levides, Dozent an der niversität Athen, aufmerksam ge- acht, weil es sich hier um die Be- chte eines Neutralen handelt, der 5 Jahre in Paris war und der daher cher für uns ein objektiver Zeuge t. Er war als freiwilliger Ober- ankenpfleger in französischen Laza- tten tätig. Seine Aussagen setzen llem die Krone auf, was man bis tzt von Grausamkeiten, begangen n todkranken deutschen Soldaten, fuhr. W.

Dr. **Karl Strünckmann: Zu euen Ufern lockt ein neuer ag.** Mimir-Verlag für deutsche rneuerung. Stuttgart 1918.

In der Besprechung dieses Buches m Septemberbeiheft ist irrtümlicher- eise ein unrichtiger Titel angegeben orden. Der obige ist der zutreffende.

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Anzeigenpreis für „Deutschlands Erneuerung":

50 Pfennig für die dreigespaltene Nonpareillezeile. / 1/1 Seite M. 120.—, ½ Seite M. 65.—, ¼ Seite M. 35.—, 1/8 Seite M. 18.—

C. A. Koch's Verlagsbuchhdlg. (H. Ehlers), Dresden u. Leipzig

Die Feindschaft der Angelsachsen.
Von Prof. Dr. **W. Franz.**
Geheftet 70 Pf.

Der bekannte Vertreter der englischen Philologie an der Universität Tübingen zeigt in dieser Schrift, wie England bestrebt ist, sich auf dem Festlande weitere Stützpunkte für künftige Angriffe zu verschaffen, und wie es im Bunde mit Amerika darauf ausgeht, uns nach dem Kriege wirtschaftlich auszuhungern.

Lessing und die Juden.
Eine Untersuchung
von Prof. **Adolf Bartels.**
Geheftet 7.50 M., gebunden 10 M.

Das Werk ist rein wissenschaftlich, übernimmt die Untersuchung Eugen Dührings nicht, tritt aber denen Erich Schmidts, der als Blender hingestellt wird, zum Teil scharf entgegen. Kein Theologe, kein Schulmann, kein guter Deutscher, der den „Nathanismus" satt hat, kann das Werk entbehren

Die Fachbezeichnungen der Sprachlehre und ihre Verdeutschung.
Von Prof. Dr. **Gustav Krüger.**
Geheftet 1.20 M.

Krüger wendet sich gegen die aus den alten Sprachen übernommenen, für die deutsche Sprache teilweise gar nicht passenden, ja sinnlosen Fachausdrücke und schlägt dafür rein deutsche Benennungen vor, die verständlicher sind als die jetzt größtenteils gebrauchten Fremdwörter.

Deutschtum u. höhere Schulen.
Nebst einem Anhang: **Sinn und Unsinn im grammatischen Unterricht.**
Von Prof. Dr. **P. Schumann.**
Geheftet 3.60 M., gebunden 4.50 M.

Verf. verlangt eine Umgestaltung des Gymnasial-Unterrichts derart, daß das Deutschtum durchaus in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt wird. Im Anhang macht er auf Sprachfehler aufmerksam, die durch den Betrieb der alten Sprachen entstanden sind.

Houston Stewart-Chamberlain

Der demokratische Wahn

gekürzte Ausgabe der Schrift
„Demokratie und Freiheit"
ist das stärkste und beweiskräftigste, was zur Aufklärung über den praktischen Erfolg der angeblichen Demokratien des Westens geschrieben wurde.

Jeder dem gerade jetzt die

Wahlrechts-Frage

am Herzen liegt, müßte diese Schrift lesen und verbreiten. / Mk. 1.—

Verlag Hugo Bruckmann, München

Das große deutsche Siedlungswerk im Osten

Von einem Siedlungsfachmann
Flugschrift aus Deutschlands Erneuerung
Einzelpreis: 40 Pfg. — Partiepreise: ab 100 Stück je 30 Pfg., ab 1000 Stück je 20 Pfg.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyseſtraße 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

Dr. **Karl Kiesel: Petershüttly.** Berlin 1918, bei Dietr. Reimer. gr. 8°. VIII, 216 S. mit 16 Textbildern, 10 Lichtdrucktafeln und farbigen Karten.

Petershüttly ist der Name einer Sennhütte, die einst ein Münstertaler Melker auf einer Vogesenalm im jetzt französischen Lothringen errichtete. Gleich ihm haben seit vielen Jahrhunderten die alemannischen Hirten des Münstertales ihre Sennereien vorgeschoben über die noch fast menschenleeren, breit hingelagerten lothringischen Hochflächen. Firstmes, Schmalgürtel, Unterschlüchtli, Basgermund, Jocksberg, Bebenriedt, Schirmberg sind einige der charakteristischen Namen dieser Hirtensiedelungen. Sie streichen bis nahe an Gérardmer und Remiremont, die mit ihren alten deutschen Namen Gerdsee und Rümersberg bezeugen, wie deutsche Hirtenwanderung und romanische Siedlung hier einander begegnet sind. Die Dörfer Ventron (Winterung), La Bresse (Woll), Cornimont (Hornenberg) und Bussang (Pelzbach), vielleicht sogar Wagney (Wacketal) mögen elsässischer Hirten- und Fischerniederlassung ihre Entstehung verdanken.

Einen deutschen Einschlag hat in dies mehr romanische als französische Land weiter auch der Bergbau gebracht. Deutsche, meist sächsische Bergleute waren lange alleinherrschend. In den Klöstern von Maimünster (Moyenmoutier) bis zum fernen burgundischen Lüders (Lure) weilten zahlreiche deutsche Insassen. Deutsche Adelsgeschlechter waren weit über den Grenzkamm auf dem Westhang begütert. So waren auch die politisch Führenden Deutsche.

Neuerdings hat die aus dem Oberelsaß in die lothringischen Täler verpflanzte Industrie eine neue deutsche Volksschicht einströmen lassen, wie denn überhaupt die Richtung der Wanderbewegung hier stets überwiegend ostwestlich war.

Die im Frankfurter Frieden gezogene Grenze hat nicht allein das Weidegebiet der oberelsässischen Hirten, sondern auch einen einheitlichen Industriebezirk durchschnitten und auseinander gerissen. Sie ist, wie Kiesel näherbegründet, ein „Schulbeispiel einer verfehlten Grenze" (S. 156). Daß sie auch militärisch völlig ungenügend ist, hat dieser Krieg unwiderleglich gelehrt. Schroffer Abfall nach Osten und sanfte breite Abdachung nach Westen geben der östlichen Macht einen überaus schweren Stand in Angriff wie Verteidigung. Der Hauptkamm, der

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey-Otto-Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen
Rothenburger Versicherungs-Anstalt
auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)
Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen
Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr
Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Boye

Glühöfen | Einsatzöfen
Härteöfen | Schmiedeöfen
Brettfallhämmer
Schmiedehämmer
Brüder Boye, Berlin N 37
Schönhauser Allee 8

(Fortsetzung der Bücherschau.)

zugleich Staatsgrenze, kann von ihr nicht gehalten werden, zumal die Westmacht, Frankreich, ihn durch hart an ihn vorgeschobene Befestigungen beherrscht.

Und unmittelbar dahinter die blühende oberelsässische Ebene mit ihren Milliardenwerten und ihrer immerhin noch nicht in allen Teilen zuverlässigen Bevölkerung! Eine der verwundbarsten Stellen des Deutschen Reiches!

Sie muß besser geschützt werden. Kiesel spricht nicht von Belfort. Es ist ja ohnehin klar genug, daß jede Grenzsicherung des Elsaß ohne Belfort Stückwerk bleibt. Kiesel handelt nur von der eigentlichen Vogesengrenze. Anstatt des Frankfurter Kammes, wie er die jetzige Grenze nennt, verlangt er den burgundischen Kamm, der sich vom Elsässer Belchen südlich der Obermosel auf Remiremont und Epinal hinzieht. Natürlich nicht die Kammlinie. Das wäre die Wiederholung des Fehlers von 1871. Wer den Kamm verteidigen soll, muß ihn fest in der Hand haben. Die Grenzlinie muß also über ihn hinaus auf die Abdachung vorgeschoben werden.

Der andere Schenkel des von Kiesel geforderten Vogesendreiecks wird gebildet durch den Gebirgszug, der sich vom Donon nördlich der Plaine zur Meurthe bei Raon-l'Etape zieht. Die Spitze des Dreiecks würde Epinal bilden. Falls, wie Kiesel befürchtet, diese starke Gebirgsfestung französisch bleiben sollte (S. 118), schlägt er das östlich davon gelegene Vogesenmassiv als Grenze vor.

Wen der Gedanke an Annexionen erschreckt, möge sich damit beruhigen, daß hier nur eine bescheidene Grenzberichtigung gefordert wird, eine unerläßlich notwendige Sicherung des elsässischen Landes. Eine Grenze, die diesem schwergeprüften Lande den äußeren Frieden sichert, wird ihm auch zur Wiedergewinnung des inneren Friedens verhelfen. Die Eindeutschung wird, da der Hirtenbetrieb sofort wieder aufblühen, die alten industriellen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge sich von neuem knüpfen würden, ohne allen Zwang „automatisch" vor sich gehen (S. 136f., 141). Dr. H. Witte.

Adolf Hofmeister: „England und das Völkerrecht in der Geschichte." München, J. F. Lehmanns Verlag. 1 M.

Einleitend werden zunächst nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung englischer Seemacht „die sich stets gleichbleibenden Eigenschaften aller englischen Politik" ge-

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Verlag R. Oldenbourg, München—Berlin

Kürzlich erschien:

Soldaten-Erziehung

Eine Ergänzung zur allgemeinen Wehrpflicht

Von

Dr. Ernst Horneffer

z. Z. Landsturmmann

80 Seiten 8°. Preis M. 2.—

„. . das Büchlein . . . . war ein Erlebnis und wird es jedem sein, der es zur Hand nimmt. . . . . Ein Hauch Fichteschen Geistes weht durch das prächtige Buch." Dr. Eduard Herold, Oberleutnant d. R. a. D.

„Je mehr ich mich mit Ihrer Schrift beschäftige, desto einleuchtender wird mir die Bedeutung der Sache für unser nationales Leben." . . . .
Geheimrat Professor Eucken, Jena.

„Ich hoffe, daß die Schrift eine weite Verbreitung findet."
Generalfeldmarschall von Eichhorn.

Soeben erschien:

Körperliche Ertüchtigung

durch Schule, Gemeinde und Staat

eine nationale Lebensfrage

Mit besonderer Berücksichtigung einer künftigen gesetzgeberischen Regelung

Von **Alfred Steinitzer,** Oberstleutnant a. D.

III und 159 Seiten 8°. Geheftet M. 4.50

Der Krieg hat unserem Volkskörper tiefe Wunden geschlagen. Sie zu heilen und den Schaden auszugleichen, ist wohl die dringendste Aufgabe, die nach Beendigung des Krieges unser wartet.

Vor allem wird an einer Qualitätsverbesserung im Sinne einer körperlichen Ertüchtigung zu arbeiten sein. Das wirksamste Mittel dazu ist eine planmäßige Erziehung durch Spiel und Sport, die mit der Schulpflicht beginnt und dem jeweiligen Alter angepaßt ist. Eine solche körperliche Ertüchtigung birgt auch große erzieherische Werte in sich, die nicht nur der militärischen Leistungsfähigkeit, sondern auch der Persönlichkeit und staatsbürgerlichen Tüchtigkeit zugute kommen.

Die Bücher können bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom obigen Verlage.

Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund

Sitz: Magdeburg-S.

Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit, werbet Mitglieder!

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten über Lebensmittel usw. kostenlos.

Die Neugestaltung des Ostens

Von Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer

(Flugschrift aus „Deutschlands Erneuerung")

Einzelpreis: 80 Pf. — Partiepreise: ab 100 Stück je 40 Pf. — ab 1000 Stück je 30 Pf.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heyse-Str. 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

nannt: die bewunderungswürdige Zielbewußtheit und geschickte Aufmachung gegenüber der öffentlichen Meinung und zugleich die vollkommene Unbekümmertheit um die Mittel, wenn sie nur das nationale Interesse zu fördern geeignet erscheinen. Dieser Charakteristik wird in acht Kapiteln die treffliche Erläuterung zuteil. Da sehen wir, wie bereits die deutsche Hanse in rücksichtslosester Weise vergewaltigt wird, da schauen wir hinein in das dunkle Kapitel der englischen Gepflogenheit, den Kampf vor der förmlichen Kriegserklärung zu eröffnen, mit der noch 1905 ein Mitglied der Regierung Deutschland drohte. Vor allem Spanien und Holland, aber auch Frankreich und andere Staaten haben erfahren, wie verschieden englisches „Recht" für Briten und für Fremde aussieht. Weiter wird uns Albions Kampf um die Seeherrschaft in der Zeit von 1713—1789 geschildert, und wir erkennen an dem Beispiel Friedrichs d. Gr., wie man am besten englischer Unverschämtheit begegnet. Wie England mit einst von ihm selber anerkannten Rechtssätzen, wie „Frei Schiff, frei Gut", umzuspringen wagt, wird anschließend lehrreich verdeutlicht. Besonders eindrucksvoll ist der fünfte Abschnitt über Englands Seetyrannei während der französischen Revolutionskriege sowie über die brutale Vergewaltigung Dänemarks 1801 und 1807 durch die „Schützer der kleinen Nation". Das Folgende handelt von dem Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika in der Zeit Napoleons, wo ein würdiger Vorgänger Wilsons im Namen des gekränkten Rechts Kanada als leichte Beute einzustecken hoffte, und während des nordamerikanischen Bürgerkrieges 1861—1865, wo England im Trüben zu fischen suchte. Man wird sich heute diese Vorgänge nicht ohne einen gewissen Humor wieder ins Gedächtnis rufen, wo das würdige Brüderpaar der ehemals Entzweiten der Welt das sonderbare Bild einer Genossenschaft für Freiheit und Recht bietet. Sehr bezeichnend sind auch die vielfachen Wandlungen in Englands Stellung zum Hungerkrieg, die Hofmeister im 7. Kapitel beleuchtet; noch 1905 meinte man, daß eine Gefährdung der Nahrungsmittelzufuhr allen völkerrechtlichen Grundsätzen ins Gesicht schlagen würde. Was England unter „Freiheit der Meere" versteht, zeigt das letzte Kapitel. Ein hochstehender Engländer hat es einst in die Worte ge-

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Geht barfuß!!

Das Barfußgehen als Träger der Volksgesundheit und Forderung unserer Zeit.

Von **Andreas Nielsen, Hamburg**

Inhalt: Barfuß als Volkssitte. Überall Hygiene, nur keine Fußpflege. Gesunde und kranke Füße. Der Kaltfuß und der Schweißfuß. Gehirn—Nerven—Füße.

Mit 20 ganzseit. Bildern. Mk. 1.20

Durch jede Buchhdlg. od. direkt v.

Verlag Kraft und Schönheit,

Berlin-Steglitz 18.

Soeben erschien:

Marschner-Erinnerungen

von Dr. med. **Georg Fischer.**

8°. 237 Seiten mit 6 Vollbildern u. vollständigem Inhaltsverzeichnis.

Elegant gebunden M. 9.—

Eine Fülle intimer Nachrichten und Briefe, die für seine Lebensgeschichte von größtem Wert sind.

Verlag der Hahnschen Buchhandlung, Hannover.

Briefmarken

Preisliste 1918 frei. — Auswahlen auf Wunsch versenden

Gebr. Michel, Apolda

In französischer Gefangenschaft

Von **R. S. Waldstätter**

Preis geheftet M. 1.—

Ein Offizierstellvertreter, zwei Soldaten und ein in französischen Lazaretten als Oberkrankenpfleger tätig gewesener griechischer Arzt haben ihre Erlebnisse in Frankreich niedergeschrieben und einem Neutralen zur Veröffentlichung übergeben. Die Berichte sind ein Denkmal der Schande für Frankreich und dazu angetan, uns gegenüber einem solchen Gegner hart zu machen.

England

und das Völkerrecht in der Geschichte

Von Prof. **Dr. A. Hofmeister**

Preis geheftet M. 1.—

In knapper, aber höchst eindringlicher Form ist hier meisterhaft dargestellt, wie England zu seiner weltumspannenden Stellung mit Hilfe einer Interessenpolitik gelangte, wie sie rücksichtsloser und egoistischer nicht gedacht werden kann; wie es dabei nie versäumte, die Forderungen der allgemeinen Moral und Billigkeit und angebliche oder wirkliche Sätze des Völkerrechts für sich geltend zu machen; wie es anderseits durch seine Taten die Heiligkeit der Verträge für den Ernstfall jeglicher Bedeutung entkleidete.

Eine Aufklärungsschrift, die in vielen Tausenden verbreitet zu werden verdient.

J. F. Lehmanns Verlag / München, Paul Heyseстr. 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

faßt, mit denen Hofmeister seine Schrift wirkungsvoll beschließt: „Wir bestehen auf den Vollzug des Völkerrechts, wenn es uns nützlich ist; im andern Falle setzen wir uns über seine Regeln schrankenlos hinweg. Die Geschichte des Seerechts ... ist ein unauslöschliches Zeugnis des ungezügelten Egoismus und der Habgier des englischen Volkes und seiner Regierung." Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Möchte sich dieses englische Bekenntnis jedem deutschen Gehirn unauslöschlich einprägen! Dann wäre der Zweck dieser inhaltsreichen Schrift erfüllt. Wie in jedem Kampf, so wird auch hier die Überwindung des Todfeindes nur möglich sein, wenn man ihn von Grund aus kennt.

Oskar Sommer: Was ist der Handel wert? Was ein Kaufmann über Wirtschaftsfragen zu erzählen weiß. 1918. Karl Schmalfeldt, Verlag und Druckerei. Berlin SW 48.

Die Schrift ist ein bewußter und scharfer Vorstoß gegen die Ausschaltung und Organisierung des freien Handels — eine schwer zu überhörende Stimme mehr in dem Chore jener, die das Kriegswirtschaftssystem mit seinen Gefahren aller Art aufgehoben wissen wollen. Was der Verfasser über die Technik des Handels und die Technik der Preisbildung sagt, ist vielfach sehr klug und sehr richtig und wird fraglos in gutem Sinne aufklärend wirken. Er kämpft für eine „frei schaffende Wirtschaft" und gegen den Zwang, von der Ansicht ausgehend „Schaffen wir Waren, so bannen wir die Preise; mit Verdrängung des Strebens nach Erzeugung schaffen wir Schwierigkeiten". Interessant ist auch seine Auseinandersetzung mit Rathenaus „Kommenden Dingen". — Immerhin müssen wir bei aller Verurteilung der Syndikatswirtschaft betonen, daß wir dem Verfasser nicht überall unbedingt zu folgen vermögen, da zurzeit eben immer noch der Mangel an Einfuhr benötigter Waren und erschwerte Erzeugungsverhältnisse die Gefahr heraufbeschwören, daß bei völlig freiem Handel alle Waren nur in die Hände der wenigen Zahlungsfähigen übergehen. E. K.

D. **Gottfried Traub: Das Volk steht auf.** J. Engelhorns Nachf., Stuttgart. 4,50 M.; geh. 3,50 M.

Der Mann der „Eisernen Blätter" gibt hier wöchentliche Stimmungsbilder aus den ersten Kriegsjahren, „Andachten" wie er sie nennt. Die

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Im Wolfverlag, Leipzig, Karlstr. 10

erschien soeben

Die Sünde wider das Blut

Ein Zeitroman von

Artur Dinter

Gebunden 7.50 Mk. Geheftet 6.— Mk.

Das Buch behandelt die Rassenfrage an den beiden Ehen zwischen einem Deutschen und einer Halbjüdin und einem Juden und einem deutschen Mädchen. Das sittliche Problem der Rassenfrage, der ganz unvereinbarte Gegensatz deutschen und jüdischen Denkens und Empfindens wird in erschütternder Tragik zum Ausdruck gebracht. Der Roman spielt in der Hauptsache in den Kreisen des Kurfürstendamms in Berlin.

(Fortsetzung der Bücherschau.)

wundervoll kernige Kraft und sittliche Gesundheit des unermüdlichen Streiters für die wahre Größe der „Heimkrieger" spricht aus jedem einzelnen dieser kurzen Stücke, die wirklich dazu angetan sind, uns den Sinn dieser wildbewegten Zeit klar und erhaben vor die Seele zu stellen und uns den Nacken zu steifen gegen äußere und innere Feinde. Zugleich werden uns wahre Kleinode schriftstellerischer Kunst geboten, die uns einen hohen geistigen Genuß verschaffen.

Adam Müller-Guttenbrunn: Deutsche Sorgen in Ungarn. Studien und Bekenntnisse. Verlegt bei Ed. Strache, Wien-Warnsdorf-Leipzig.

Der in dieser Zeitschrift als Dichter kulturgeschichtlicher Erzählungen gerühmte, auch bei uns im Reiche bekannte und verehrte Verfasser, von dem u. a. das treffende „Österreichische Beschwerdebuch" stammt, will, wie er selbst im Vorwort sagt, in den Chor der jungen Stimmen, die über Ungarn reden, seinen „deutschen Brummbaß" mischen. Seine Heimatliebe, seine klare Art, Menschen und Dinge zu sehen, seine reichen kultur- und wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnisse und vor allem sein durch und durch deutscher Sinn, der sich auch im kleinsten geltend macht, kennzeichnen auch dies lebendig geschriebene Buch, das auf seine Weise die Kenntnis von Ungarn eindringlicher übermittelt als gelehrte Abhandlungen. Besonderes Interesse dürfte des Verfassers „Unhöflicher Briefwechsel" mit dem Bürgermeister von Temesvar erregen, der an den Besuch des Feldmarschalls v. Mackensen anknüpft. E. K.

Ein deutscher Arzt am Hofe Kaiser Nikolaus' I. von Rußland. Lebenserinnerungen von Professor Martin Mandt, herausgegeben von V. Lühe, mit einer Einführung von Geh. Regierungsrat Professor Dr. **Theodor Schiemann.** Duncker & Humblot, München und Leipzig 1917. XVI, 544 Seiten. Preis des Halbleinenbandes 7,50 M., des Halblederbandes 12,50 M.

Diese Erinnerungen sind ein Abbild des allgemeinen weltgeschichtlichen Gegensatzes zwischen russischen und deutschen Denk- und Lebensformen und deshalb nicht nur eine geschichtliche Quelle ersten Ranges, voll von sehr unterhaltsamen Einzelheiten, die sich wegen der behandelten Persönlichkeiten immer über den persönlichen Klatsch erheben, sondern auch ein politisches Dokument von höchstem Interesse.

Zur Massenverbreitung geeignet

Die „Yorcks" von heute

Eine Generalabrechnung mit dem B.-System.

Von Prof. **Dr. Erich Jung** (Straßburg)

Vornehm in der Form, rein sachlich ohne jede verletzende Wendung, durch die Wucht der Tatsachen aber geradezu vernichtend für die Träger einer undeutschen Staatsauffassung, eignet sich die Arbeit wie kaum eine zweite, um unserem Volke — seinen Führern wie jedem einzelnen — die Augen zu öffnen.

Einzelpreis der Flugschrift: 50 Pf.
Partiepreise: ab 100 Stück je 30 Pf., ab 1000 Stück je 20 Pf.

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2

Kürzlich sind erschienen:

Zur Erhaltung und Mehrung der

VOLKSKRAFT

Arbeiten einer vom Ärztl. Verein München eingesetzten Kommission

Preis geheftet M. 4.—

INHALT: v. Zumbusch, Prof. Dr. L., und **Dyroff,** Geheimrat Prof. Dr. A.: Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — **Pfaundler,** Prof. Dr. M.: Zur Organisation der Fürsorge bei kongenitaler Lues im ersten Kindesalter. — **Ranke,** Dr. K. E.: Die Tuberkulosebekämpfung nach dem Krieg. — **v. Gruber, Geh.** Rat Prof. Dr. M.: Leitsätze über Alkoholismus und Nachwuchs. — **Trumpp,** Prof. Dr. J.: Ärztlicher Ehekonsens und Eheverbote. — **Burgdörfer,** Dr. F.: Familienpolitik und Familienstatistik. — **Ploetz,** Dr. A.: Bedeutung der Frühehe für die Volkserneuerung nach dem Kriege. — **v. Gruber-Pesl-Busching-Freudenberger,** Dres.: Rassenhygien. Bevölkerungspolitik auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens. — **v. Gruber,** Geh. Rat Prof. Dr. M.: Wirtschaftliche Maßnahmen zur Förderung kinderreicher Familien. — **Groth,** Dr. A.: Neomalthusianismus. — **Spatz,** Hofrat Dr. B.: Bekämpfung der antikonzeptionellen Propaganda. — **Döderlein,** Prof. Dr. A.: Zur Bekämpfung der Fehlgeburten. — **Kraepelin, Geh.** Rat Prof. Dr.: Geschlechtliche Verirrungen und Volksvermehrung. — **Kaup,** Prof. Dr. J.: Außerhäusliche Erwerbsarbeit der Frau und Erhaltung und Mehrung der Volkskraft. — **Pesl,** Dr. D.: Leitsätze über Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiterinnen. — **Pfaundler,** Prof. Dr. M.: Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. — **Meier,** Geheimrat J.: Das Findelwesen. — **Doernberger,** Hofrat Dr. E.: Hebung der Volkskraft durch Kräftigung unserer Jugend.

Während in dem oben angezeigten Werke die verschiedenen Gebiete auf streng wissenschaftlicher Grundlage behandelt werden, wendet sich das Nachstehende mehr an die Allgemeinheit.

Die Erhaltung und Mehrung der deutschen

VOLKSKRAFT

Preis geheftet M. 5.—

Gesamtbericht über die im großen Hörsaal der Universität München am 27. und 28. Mai 1918 abgehaltenen Mai-Tagung

INHALT: Zahn, Präsident Prof. Dr. Fr.: Deutsche Volkswirtschaft und Bevölkerungspolitik. — **v. Gruber,** Geh. Rat Prof. Dr. M.: Beweggründe der Geburtenverhütung und wirtschaftlicher Ausgleich zugunsten kinderreicher Familien. — **Timm,** Joh., Landtagsabgeordneter: Die wirtschaftlich-kulturelle Bedeutung des Arbeiterschutzes. — **v. Zumbusch,** Prof. Dr. L.: Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — **Rüdin,** Prof. Dr. E.: Alkoholismus, vererbbare Krankheiten, Ehekonsens. — **Lüders,** Frl. Dr. M. E.: Ehe und Frauenarbeit. — **Jacob,** Prof. Dr. P.: Verbreitung, Ursachen und Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter. — **Löhner,** Dr. O., Landeswohnungsrat: Wohnung und Siedelung. — **Hecker,** Prof. Dr. R.: Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. **Huber,** Päpstl. Hausprälat Dr. S.: Schulentlassene Jugend. — **Jacob,** Prof. Dr. P.: Schlußansprache.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heysestr. 26

Die Deutsche Zeitung

das Blatt der Deutschen

impft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

ist deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

ist fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

impft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

nnt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

irkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

kämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

ill auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

Bezugsbedingungen: Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

reuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.— (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

idpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12

Soeben erschienen:

Houston Stewart Chamberlain

Ein Abriß seines Lebens,

auf Grund eigener Mitteilungen herausgegeben von

Professor Dr. Leopold von Schroeder

Mit vier Bildnissen. Hübsch ausgestattet. Preis steif geheftet M. 2.50

Das Buch zeigt, wie Chamberlain ein Deutscher geworden ist, welch unvergleichliche Dienste er durch sein Schrifttum dem deutschen Volke erwiesen hat und was es dem großen Germanen schuldet. Leopold von Schroeder ist durch seine engen Beziehungen zu Houston Stewart Chamberlain der berufene Schilderer seines Werdegangs.

Deutschland am Scheidewege

Zeitgemäße Darlegungen von Dr. A. Bolliger, Pfarrer am Neumünster in Zürich

Preis geheftet M. 1.50

In Pfarrer Bolliger ist unserem Volke in der Schweiz ein warmfühlender Verfechter unserer gerechten Sache entstanden, die er leidenschaftlich trotz aller Anfeindungen immer wieder vertritt. Seine Siegeszuversicht ist so fest wie sein Glaube an das deutsche Volk; er kennt aber auch dessen Schwächen und möchte durch seine eindringlichen Worte die Gefahren, die ihm durch eine falsche Friedenspolitik, durch Demokratisierung usw. drohen, beschwören.

J. F. Lehmanns Verlag in München

Rasse und Nation

Von **Houston Stewart Chamberlain**

Diese Flugschrift ist berufen, dem deutschen Volke die Gefahr der jüdischen Frage klar vor Augen zu stellen.

Einzelpreis: 40 Pfg. — Partiepreise: ab 100 St. je 30 Pfg., ab 1000 St. je 20 Pfg.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyseſtraße 26

Platzvorschriften

für Anzeigen werden nach Mög-
keit berücksichtigt, doch müsse
spätestens 6 Wochen vor Ersch
des betreffenden Heftes bei
gegeben werden.

Heufieberkranke!

schließt Euch dem Heufieberbund (E. V.) an. **Jahresbeitrag 5 Mk.**, wofür Merkblatt, enthaltend die erprobtesten Linderungsmittel, sowie der neue Jahresbericht und andere Druckschriften geliefert werden. Aufklärende Werbeschrift verl. man grat.

v. d. Geschäftsst. d. Heufieberb. (E. V.)
Elberfeld, Frankenplatz 29.

Handgetriebene Silberbrosche.
M. 15.—

Über Runenschmuck

gaben wir eine neue Werbeschrift (96 S. h
heraus; sie enthält 500 Entwürfe nebst Deutu
und Beiträgen von Guido von List, W
Schulte v. Brühl und anderen Künstlern, fe
Werbeblätter „Hakenkreuz" und „Wie sch
ich mich" und die Preisliste.

Zu beziehen gegen 60 Pf. u. 10 Pf. Porto b

Haus Eklöh, Lüdenscheid.

Kunstgewerbl. Werkstätte für deutschvölk. Sch

Deutscher Anker

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.
in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

Kriegs- Lebensversicherung

Eine erfolgreiche **Zukunft hat** der zu erw
der die G
u. Einflüsse
nen lernt, d
bisherigen
stände, Hindernisse und Schwierigkeiten verursachten, — die dem einen E
Ausdauer, Sicherheit im Auftreten und Sprechen, Gedächtniskraft, Ord
sinn usw. usw. rauben — dem anderen aber schaffen und erhalten! — M
Lehrbriefkurse, die in interessanten Schilderungen die fraglichen psyc
Naturgesetze kurz und klar erläutern, leiten Sie in leichtfaßlichem u. be
durchführbarem System an, Ihre Kraft und Leistungsfähigkeit zu entf
und zeigen den folgerichtig-sicheren Weg zum Wohlstand und Glü
Verlangen Sie Auskunft und Fragebogen (frei) von **H. Krebs, Barmen Z 13, Werterstraß**

Krankenfahrstühle

f. Straße u. Zimmer.
Selbstfahrer,
Tragstühle, Krankenmöbel aller Art.
Köhler Comp.,
Hofl., Heidelberg.

Hakenkreuz-Pap
Völkische Postkar
57 und Schriften
Sis-Verlag in 3

• Aufwärts •

durch Geflügelzucht, insbesondere künstliche Brut im kleinen und großen!

Ein grundlegendes Büchlein franko für 85 Pfg., vom Verfasser

Carl v. Thaden,
Siedlung Heimland 41 b,
Zechlin (Mark).

Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotwein

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

Fritz Weitzel, Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

KLISCHEES

für ein- und mehrfarbigen Buchdruck, sowie

RADIOTINTO-TIEFDRUCK

(SCHNELLPRESSENDRUCK)

in anerkannt vorzüglicher Ausführung bei raschester Lieferung. Man verlange Muster u. Kostenanschläge.

BREND'AMOUR, SIMHART & Co
MÜNCHEN

In jedem Hause

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

Harmoniums von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. umsonst. **Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

Annahmeschluß für Anzeig

für das Novemberheft am 15. Okto

Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

Sanatorium Dr. Dornblüth

WIESBADEN

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

Lähn i. Riesengeb. bei Hirschberg

Pädagogium Ländl. Schulanstalt

Gegründet 1874

Kleine Klassen, real, realgymn. und gymn. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung Obersekunda. Streng ger. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht Erziehung. Ökonomie. Sport, Wandern, Bäder. Medizinische Bäder im Sanatorium. Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

Deutsche Schulerziehung

In Verbindung mit hervorragenden Fachleuten herausgegeben von **W. Rein**, Jena. Mit Buchschmuck von **E. Liebermann**, München.

634 Seiten gr. 8°. Billige Ausgabe, geh. M. 4.—, geb. M. 5.—

Alles, was nach pedantischer Schablone und nach verknöcherter Paukerei riecht, ist diesem frischen und doch tiefernsten Werk ein Greuel. Leben, wirkliches Leben soll in der Schulerziehung pulsieren. — Überall spürt man die Liebe zu unserer Jugend und den Wunsch nach einem gesunden, dem ganzen Volke zugute kommenden pädagogischen Fortschritt.

(Leipziger Neueste Nachrichten.)

J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2

Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

Jugendsanatorium in Verbindung mit Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in **Herchen a. d. Sieg** in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

Jugendheim Heidelberg

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

Fischer's Privat-Töchterheim, Cassel-Wilhelmshöhe.

...tsches Frauenlehrjahr für Töchter höherer Stände. Wissenschaftliche ...tbildung, gründliche Ausbildung in Haus, Küche und Garten. Pflege von ...ik und Kunst. Klass. Gymnastik. Gesunde Lage im **Habichtswalde.** ...s 2000 Mark. G. Fischer.

Gärtnerischer Lehrbetrieb.

...bildete junge Mädchen und Jungen ...n Ausbildung in Obst-, Wein- und ...üsebau auf unserem Obstgut **Blankenburg bei Ihringen**, nahe Freiburg ...t. Vegetarische Lebensweise.

Dr. med. Kiedlin.
Hedwig Gebhardt.

Hessische Handels-Lehranstalt

Saalbaustr. 73 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

JOGHURT

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

Die Anzeigenaufträge für das Jahr 1919 bitten wir wegen etwaiger Platzvorschriften möglichst bald erneuern zu wollen.

Geschäftsstelle der Monatsschrift
„Deutschlands Erneuerung" München
Paul Heyseſtraße 26

Bad Friedrichroda i. Th.

(In herrlicher Lage am Walde.)

Studien- und Erziehungsheim junger Mädchen zu deutschen Frauen. Gedruckte Erläuterung versendet

Frau Frieda Hoeke-Kriele.

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

Aus eigener Kraft!

Was gibt im Leben die höchste Befriedigung? Das, was wir aus eigener Kraft vollbracht haben, nichts Geschenktes, Ererbtes, durch Protektion Erlangtes, sondern das aus eigener Kraft Erworbene. In jedem Menschen ist diese Quelle der Kraft vorhanden, groß bei manchen, kleiner bei der Mehrzahl. Die Quelle hat uns die Natur gegeben, von uns aber hängt ihre Entwicklung ab: ob sie versiegt oder verkümmert mangels Zuführung an Nahrung, ob sie gemächlich dahinfließt als plätscherndes Bächlein, nur von wenigen flüchtig beachtet, oder ob sie entwickelt wird zum mächtigen Strom, welcher der Welt Tausende und Hunderttausende von Energien zu ihrer Entwicklung biete. Die Quelle ist der Wille. Wird seine Schulung vernachlässigt, so verkümmert und versiegt er. Wird er aber nach erprobten Grundsätzen geübt, so wächst er zum kraftvollen Fluß an. Vereint er sich dann mit den ebenfalls durch sorgsame Pflege gespeisten Nebenflüssen der Gesundheit, Beobachtung, Phantasie, Aufmerksamkeit, Begeisterung, Ausdauer, des Denkens, Charakters, Wissens und Könnens, so wird er zum mächtigen Strom, der die Fluren weithin beherrscht und ihnen Segen spendet. — Wollen Sie so ein Strom oder wenigstens ein kraftvoller Fluß werden, so dürfen Sie sich nicht scheuen, an Ihrer Ausbildung zu arbeiten. Arbeit kostet es, aber sie ist nicht sehr schwer, dank der Anleitung, die durch das Denken, Ausprobieren und die Erfahrung eines halben Menschenalters geschaffen worden ist in Poehlmanns Geistesschulung und Gedächtnislehre. Verlangen Sie den Prospekt, den Sie kostenlos erhalten von **L. Poehlmann,** Amalienstraße 3, **München C 12,** in dem Sie den sichern Weg zum hohen Ziel vorgezeichnet finden und sehen können, wie andere zu Kraft und Erfolg gelangt sind.

Ein paar Auszüge aus Zeugnissen:
„Immer höher, von Stufe zu Stufe höher führt Ihre Methode; wenn man eine Stufe erklommen hat, so zeigt sie wieder neue Mittel und Wege, noch höher zu kommen. Ich meine damit nicht nur an äußeren Ehren und Erfolgen, sondern auch an innerem Wert und Charakterstärke. H. J." — „Ich verdanke den größten Teil meiner Erfolge und Kenntnisse im praktischen Leben Ihrer Lehre. B. M." — „Ferner hat meine Willenskraft eine außerordentliche Stärkung erfahren, es ist Ihr Werk ein Vademekum fürs Leben. M. L."

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

. Jahrg. Heft 11 November 1918

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

Aufruf des Bundes deutsch-nationaler Studenten
cand. jur. E. Stein
Student und Politik .. Prof. Dr.-Ing. M. Kloß
Die drei Staatsgesinnungen .. Dr. J. Fick
Erziehungsfragen beim Heere .. Prof. Dr. Otto Stählin
Gedanken zur Erneuerung des deutschen Volkes Dr. Fritz Lenz
Expressionismus, Europäismus und Kurt Wolff Verlag
Carl Christian Bry
Die Zukunft der Frau .. Mathilde Planck, Stuttgart
Was will Wilson? .. Friedrich Prinz zu Löwenstein
Um Sein oder Nichtsein! .. Dr. Erich Kühn
Bücherschau .. Dr. Erich Kühn

J. F. Lehmanns Verlag / München

Preis: Vierteljährlich M. 5.- By Einzelheft M. 1.

Hochwichtige Neuerscheinung

für jeden Industriellen:

Technisches Praktikum

von Oberingenieur Hock

Ein Lehr- und Nachschlagebuch für den technischen Beruf

2 Bde. gebd., in Schutzhülle, 700 Seiten mit über 200 erläuternden Abbildungen *** und einer mehrfarbigen Tafel ***

Preis M. 13.50

Inhalts-Übersicht:
Mathematik, Geometrie, techn. Zeichnen (mit mehrfarb. Tafel), Mechanik, Statik u. Festigkeitslehre, Wärmelehre, Elektrotechnik, Technologie, Chemie, Tabellen

Ein unentbehrliches Rüstzeug!

Heute mehr denn je liegt es im Belange einer jed. Betriebsleitung, die Fachbildung des gesamten Personals zu vervollkommnen, auf daß es für den kommenden wirtschaftlichen Wettbewerb gerüstet, in seines und des Arbeitgebers Nutzen zu Höchstleistungen befähigt ist. Das hervorragende Werk darf in keiner Geschäftsbücherei fehlen. Jede Betriebsleitung ermögliche ihrem Personal die Anschaffung dieses glänzend beurteilten Buches

In einem Monat vor Erscheinen lagen **5000** Bestellungen vor

Einzelne Firmen bestellten auf einmal bis **500** Stück

Buchbestellung und ausführliche Schrift durch jede Buchhandlung oder vom

Verlag Otto Herm. Hörisch

Dresden-N. 82

Memoirenbibliothek V. Serie, 9. Band:

(Verlag von Robert Lutz in Stuttgart.)

Jugenderinnerungen eines blinden Mannes

von Ernst Haun

Mit Geleitwort von Heinrich Lhotzky

19 Bogen. Preis geheftet Mk. 6.50, geb. in Halbleinen Mk. 8.—

* * *

Der blinde Ernst Haun beſitzt eine ſonnige Frohnatur, die ſein tragiſches Lebensſchickſal nicht vermochte zu untergraben, einen unverwüſtlichen Optimismus, eine köſtliche Lebensfreude, die uns ſehende Kriegsmenſchen beſchämt und uns wie eine Offenbarung Gottes erſcheint. Er zeigt ſich in ſeinen Erinnerungen als

ein ſprühender Humoriſt und federgewandter Plauderer,

der uns lachend und ſelten weinend durch ſeine glücklich-unglückliche Jugend geleitet wie über eine blumenſatte, mit Dornen und Diſteln umfriedete Wieſe. Und wir folgen ihm ſo gerne und willig und lachen mit ihm und weinen wohl öfters, als er, der ſogenannte Unglückliche, je geweint hat. Sein Blindenleben

iſt zugleich ein köſtliches Jungen- und Kleinſtadtleben,

das mit einer ſeltenen Meiſterſchaft dargeſtellt wird und einen jeden Leſer, ob alt oder jung, aufs angenehmſte unterhält und in vielerlei Hinſicht aufs lebhafteſte feſſelt.

Aus Heinrich Lhotzkys Geleitwort:

„Ernſt Haun führt uns hinein in eine ganz neue, eigenartige Welt, die Welt der Nichtſehenden, und wir erfahren, daß es ebenſo eine Menſchenwelt iſt, in der es wie in der Welt der Sehenden Glückliche und Unglückliche gibt. Überraſchend viel Glückliche übrigens. Ich habe den unbeſchreiblichen Troſt aus dem Buche gewonnen, daß der Blinde zum Verzagen noch lange keine Urſache hat. (Fortſetzung nächſte Seite)

Durch jede Buchhandlung oder von der Verlagsbuchhandlung Robert Lutz in Stuttgart zu beziehen.

Dabei liegt eine eigenartige Spannung über der Schrift, die das ganz Kleine und anscheinend Nebensächliche des Lebens festzuhalten vermag und so aneinanderreiht, daß der Leser gefesselt wird. Wir fühlen, wie das schwere Schicksal langsam heraufkriecht und die sonnige Kindheit des Knaben Schritt für Schritt in Dunkel hüllt. Wir folgen ihm gern in diese Kindheit im Elternhause, bei der er verweilt, als könne er sich nicht losreißen, und empfinden: Das ist das Letzte, was er auf dieser Welt gesehen hat. Das ist ihm am unauslöschlichsten eingegraben.

Es ist eine Spannung, wie sie Adalbert Stifter in seine behagliche Breite zu legen wußte.

Aber dann, als das Tor zur Welt des Lichts geschlossen ist, merken wir mit Staunen und steigender Spannung, daß das Sehen noch lange nicht aufhört, im Gegenteil, daß der Blinde oft mehr sieht, als der Sehende. Ja wir verfolgen ihn, wie er sich zurücktastet in die Welt der Sehenden. Und das alles ist vergoldet mit einem köstlichen Humor, der die anscheinend so finstere Welt mit seinen Lichtern übergießt.

Es ist alles wahr und im Tiefsten empfunden, aber alles verklärt in überlegenem Humor.

Der Humor ist die köstlichste Gabe des Menschen. In ihm ruht die Kraft, die die ganze Welt überwindet. Nur wer tief an den Menschen und an Gott glaubt, der bringt den Humor zuwege. Möchte das Buch vielen, die den Humor noch nicht gefunden haben, auch vielen Sehenden, die ihn verloren haben, in seiner schlichten Weise ein Wegleiter sein! Der Blinde muß zuweilen vom Sehenden geführt werden. Hier ist ein Blinder, der auch einmal Sehenden den Weg zeigen kann."

Ernst Hauns Jugenderinnerungen

sind ein Unterhaltungsbuch im besten Sinne für Alt und Jung, ein Buch von Kampf und Sieg, ein Buch des Trostes und der Stärkung im Daseinskampfe ein Erbauungsbuch, ein Buch zum Vorlesen im Familienkreise.

Inhaltsübersicht

I. Vom Stamme der Hauns und der Deutes.

Die Hauns im „Handtuch" zu Langensalza.

Großvater Haun und seine Frauen. — Des Großvaters Passionen. — Vom Familienrat ohne Männer. — Ein glücklicher Bücherwurm. — Meines Vaters Jugendzeit. — Der Ritt auf dem Schwein. — Von der Wasserfahrt im Semmelkorb.

Die Deutes in Raguhn. — Von meiner Eltern Ehe.

Vom Geschlechte der Deute in Raguhn. — Großvater Deute auf dem Handel. — Wie die Großmutter zur Arbeit und zur Religion erzog. — Arbeitswut und Menschenglück. — Erste Ehejahre meiner Eltern. — Meine Geburt. — Was der Ehrgeiz eines Kindermädchens erreicht.

II. Erste frohe Kinderzeit.

Früheste Bilder von Haus, Hof, Fabrik und Garten.

Vom bunten Leben auf dem Fabrikhof. — „Wolle kommt!“ — Von den wilden, blutdürstigen Maschinen. — Wie ich mit dem großen Schornstein Freundschaft schloß. — Wie es im Garten aussah. — Frohe Sonntagnachmittage.

Die ersten Spielkameraden und Spiele.

Hahnemanns Drachenkampf. — Seine Zauberhose. — Mein Freund Reifegerste, das Faktotum der Fabrik. — Das Spiel mit Mama, das mit der Miez. — Meine gärtnerischen Talente. — Verkaufenspielen.

Wie mich die Mutter beten lehrte. — Erste Reiseeindrücke.

Mein Abendgebet. — Feierstunde an der Mutter Brust. — Wie mich die Mutter lehrte, den lieben Gott im Donner zu verstehen. — In Langensalza. — Raguhn, die schönste Stadt der Welt. — Das Kellergespenst. — Vom Großen Brunnen. — Wie Molli in die Familie kam.

Ein unglücklicher Fall und seine Folgen.

In der traulichen Wollestube. — Der Fall. — Krankheit. — Die Entdeckung des erblindeten Auges. — Elternschmerzen.

Im frohen Herbst. — Winterfreuden.

Im Verkehr mit den Bäumen. — Nächtliche Wohltäter. — Im lustigen Geschaukel der Aeste. — Beim Muskochen. — Im traulichen Wohnzimmer. — Der Kinder Weihnachtsarbeiten. — Das farbenglühende Buchzeichen.

Weihnachtszauber.

Das Geheimnis vom Weihnachtsmann. — „Wunschzettel ohne Ende“. — Der Heilige Abend ist da! — Weihnachtliches Spuken. — Der stille Gang durch die Heilige Nacht. — Ein hehres Wunder. — Am Heiligen Abend bei uns daheim. — Der traditionelle Heringssalat. — „Klemme“ machen. — Glückstrunkenheit und Elternseligkeit.

Das Osterfest daheim.

Wie wir den Winter vertrieben und Alles Erwachen spielte. — Vom schwarzen Mann in der Kirche. — Das fröhliche Eiersuchen.

III. Aus der ersten Schulzeit.

Als A B C-Schütze. — Wie ich ein Junge wurde.

Das heimliche Schokoladeessen. — Vom Schulzimmer. — Der Sängerkrieg auf der Schulbank. — „Ich bin Erster geworden!“ — Der Eierkuchen. — In Siegerstimmung. — Seifenblasen. — Kuhspielen. — Strietzen und Wichsekriegen. — Das Schurren.

Die Musik in Raguhn. — Das Schützenfest.

Die Raguhner und die Kunst. — In Kämpes Paradies der Kunst. — Von Männerchören und Mädchenherzen. — Wie ich zur Kunst kam. — „Kanter-Herzchen.“ — Was Kanter-Herzchen nie lernte. — Die Schützenkompagnie. — Auf dem Schützenfest. — Wer wird König werden?

Von allerlei Wundern draußen und daheim.

Wie ich durch das goldene Himmelstor sah. — Lebendiges Spielzeug. — Die Wunder von Cöln. — „Da kommt ein Esel!“ — Ich sehe Ewigkeiten stürzen und neues Werden. — Beim Kesselklopfen. — Hinab zu den Wundern im Brunnen! — Bei meinem lieben, treuen Vater.

Anna, Molli und die Miez.

Anna als Mädchen für alles. — Wie Anna mich verzieht und erzieht. — Molli und die Miez. — Molli und ich. — Wie man mir den Hochmutsteufel beibrachte.

IV. Allmähliche Erblindung.

Die Besuche bei der Weisen Frau.

Was die Weise Frau alles konnte. — Heimlich und verschwiegen durch Schnee und Eis. — Wie die Weise Frau zauberte. — Böses Gewissen. — Vom Begriff „Blindheit“. — Schämen der Augen wegen. — Die Wirkung des Zaubers.

Heiße Seelennöte.

Wie ich die Kurzsichtigkeit zuerst empfand. — Meine Gereiztheit nimmt zu. — Meine innere Not. — Mein Kampf gegen das Verhängnis Blindwerden. — Das Haschen-Spiel. — Abrechnung. — Tiefe Traurigkeit. — Wie ich den lieben Gott suchte und fand. — Stille Feierstunde. — Blick in die Zukunft. — Mein Verhältnis zu den Kindern. — „Ein Blinder! Ein Blinder!" — Wie das Erblinden auf mein Gemüt wirkte. — Der Begriff Blindenanstalt. — Ein Hoffnungsstern.

V. In der Blindenanstalt zu Stettin.

Der erste Tag. — Die erste Lese- und Schreibstunde.

Lustiger Rundgang durch die Anstalt. — Die Begriffe Sehender, Blinder, Zögling. — Abreise der Eltern. — Die Blindenschriftfibel. — Selige Hoffnungen. — Die Blindenschreibtafel. — Punktschriftpiekern. — Buchstabenschreiben. — Das Punktschriftlesen.

Meine sehenden und meine blinden Freunde.

Raguhner und Stettiner. — In der lustigen Buchenhecke. — Großvater und Ehemann. — Der wohltätige Schachtflicken. — Das Wohnzimmer der Kleinen. — Von allerlei Sonderlingen und eifrigen Pantoffelpromenaden. — Von Schlacht, Schacht, Männermut und anderem.

Von heimlichen und verbotenen Dingen.

Geschichtenerzählen mit hölzernem Unterstreichen. — Wenn ein Paket kam. — Von schnuppernden Nasen, wägenden Armen und allerlei Kritik. — Glänzende Tauschgeschäfte. — Beim Aepfelstremsen. — Lenchen Neumann. — Schiffsbau. — Waffenfabrikation. — Das gelöste Packproblem. — Wie mich die kultivierten Räuber im Eisenbahnzuge überfielen.

Schulunterricht der Blindenanstalt. — Musikalisches.

Lehrfächer und Lehrziele. — Die Blindenschrift. — Die Blindenstenographie. — Die Noten der Blinden. — Gutes und schlechtes Lernen. — Die Landkarte der Blinden. — Erziehung eines guten und treuen Gedächtnisses. — Musikunterricht. — Wie mein Vater Musik genoß. — Das Geigenspiel im Eisenbahnzuge.

Winterzeit in der Blindenanstalt.

Die blinden Jungen im Winter. — Die große Schneeballschlacht. — Schlittenfahren. — Aus der Vorlesestunde.

Ferienzeit in Freud' und Leid.

Zu Hause. — Geschichtenerzählen. — Das Blindsein bringt neue Schmerzen. — Die wirtschaftliche Lage von Vaters Fabrik. — Düstere Bilder aus der Streikzeit. — Der Bankrott. — Der beste, treueste Freund.

Hans Spitzer, der Bücherfreund.

Ein sehender Blinder. — Hans und seine Bücher. — Wir Buchbinder. — Beim Vorlesen und Romanschreiben. — Von der Teufelsbeschwörung um Mitternacht. — Das Geschichtchen vom bedruckten Pflaumenkuchen.

Eine wechselvolle Zeit.

Die moderne Blindenbildung begeistert mich. — Verlassen der Stettiner Anstalt. — Eine Lähmung und ihre Ursachen. — Falsche Bemitleidung. — Vom Phantasiesehen der Blinden. — Meine Jugendbildergalerie. — Lernfrohe Zeit daheim.

VI. In der Blindenanstalt zu Steglitz.

Der erste Tag in der Blindenanstalt zu Steglitz.

Das tönende Bild der Anstalt. — Der alte Direktor entwickelt sein System der Blindenerziehung. — Otto Blocks Bicepse und meine Zukunft. — „Franzeesch kann er!" — Allerlei lustige Erlebnisse mit den neuen Kameraden.

Vom Leben und Treiben in der Anstalt.

Der offizielle Keulenschlag. — Wie Franz Lange geweckt wurde. — Morgenandacht. — Hausordnung der Anstalt. — Die Baulichkeiten und der Park. — Die Steglitzer Anstalt im Vergleich zur Stettiner. — Wie mich die Konfirmation beeinflußte.

Im Seilerberuf.

Wie ich die „glänzende Zukunft der Blinden“ anzog. — Berufswahl. — Der erste Tag in der Seilerei. — Schulsnicksnack und das Praktische des Lebens. — Die Hände als nützliche Werkzeuge. — Es wird lustig und gemütlich im neuen Leben.

Vom fröhlichen Leben in der Seilerei.

Wie man sich unter den Großen fühlte. — Was man alles erlernte und erlauschte. — Geburtstagsfeiern. — Vom feuchtfröhlichen Hanffest. — Fortbildungsunterricht. — Die Unterrichtsfächer. — Meine Begeisterung fürs Lernen. — Die Hiobspost. — Der fidele Streik.

Abschied von der Heimat. — Ein Schritt in die Große Welt.

Wie ich mein sonniges Kinderparadies verlor. — Spießrutenlaufen in Dessau. — In der Familie Losch. — Wie der Vater Herrn von Losch das Blindenführen lehrte.

Das Sehen der Blinden.

Körper- und Charakter-Sehen. — Vom Erkennen des Alters. — Wie der Blinde das Mienenspiel, wie er Stummes hört.

VII. Im Männerheim.

Vom lustigen Leben im Männerheim.

Das Heim. — Mein freundliches Zimmerchen. — Besuche und Gegenbesuche. — Die Pensionäre. — „Bums, zwei drei! Bums, zwei drei!“

Die Optimisten und Pessimisten im Heim.

Die fröhlichen Optimisten. — Adolf, der Pessimist. — Die Moral des Almosennehmens. — Was der Amerikaner über das Erwerbsleben der Blinden dachte. — Karl siegt mit Humor.

Ein Musikabend in Berlin.

Mein erstes Musikengagement. — Der Wert des Talers. — Wie uns Paul schneidig in die Welt der Sehenden einführte. — Bei der fidelen Geburtstagsgesellschaft! — „A, Ernst, los! A!“ — „Marke Kinderwindel“ und andere Schnäpse. — Auf dem Höhepunkt des Festes. — Ein Morgen ohne Zeit.

Aus dem lockenden Frühling der Siebzehnjährigen.

Klavier, Horn und Flöte. — Solosingen. — Klavierspielen auf der Tischkante. — Wie mir der Frühling am Klavier, im stillen Park, aus den Büchern entgegentrat. — Bei Nachtigallenweinen und Blütenschwelgen am Flügel. — Zartes Liebesidyll. — Wie ich Verschwender, Mädchenverachter und dann „Dichter“ wurde. — Im Liebeszauber. — Liebe Jugenderinnerungen.

Vom Geldverdienen.

Große Arbeitsaufträge. — Arbeiten auf eigene Rechnung. — Die Freude des alten Rex. — Die selbstverdiente Zither.

VIII. Als Blinder drinnen und draußen.

Vom Sicherheitsgefühl und vom Alleingehen der Blinden.

Gehen in der Villen-, in der Verkehrsstraße. — Hindernisse. — Ueberschreiten einer Straße. — Hilfsmittel beim Auffinden eines bestimmten Hauses. — Das Alleingehen, ein Stückchen Lebensfreude. — Vom sechsten Sinn der Blinden. — Der Sturm über den Berliner Christbaummarkt.

Als Chordirigent und Komponist.

Ich werde Chordirigent und beginne zu komponieren. — Mein Singspiel. — Das hohe C. — Von Beifallsorkanen und seligen Künstlerwonnen.

Der Zukunft entgegen.

Ich erkenne meinen Weg, das neue Ziel. — Abschied vom lieben, alten Rex. — An des Vaters Seite hinaus in die Welt, der lockenden Zukunft entgegen.

Die Bücher der taubblinden Helen Keller

Das junge Mädchen, das in frühester Jugend Gesicht und Gehör und damit auch die Sprache verlor, das dann später dank der äußerst geistvollen Erziehungsmethode ihrer Lehrerin aus ihrer Geistesnacht erlöst wurde und die Universität absolvierte, ist genügend bekannt, als daß über sie noch viel zu sagen nötig wäre. Ebenso bekannt sind

Helen Kellers Bücher, die ganz einzig in der Weltliteratur

dastehen; sie sind so einstimmig von der gesamten Presse anerkennend, so oft begeistert besprochen worden und haben in der kürzesten Zeit so hohe Auflagen erlebt, daß auch über sie weiter nichts Empfehlenswertes zu bemerken bleibt. Solche Bücher empfehlen sich von selbst. Wie sehr sie die Leser beschäftigen, geht aus der großen Zahl von ständigen Zuschriften hervor, in denen der Verlag um die Adresse Helen Kellers gebeten wird.

I. **Die Geschichte meines Lebens.** Preis geheftet M. 6.—, in Halbleinwand geb. M. 7.50. Bereits 52 Auflagen.

II. **Optimismus.** In hübschem Pappband Preis M. 1.20. 42 Auflagen.

III. **Meine Welt.** In hübschem Pappband Preis M. 1.20. 23 Auflagen.

IV. **Dunkelheit.** In hübschem Pappband Preis M. 1.50. 13 Auflagen.

V. **Briefe meiner Werdezeit.** Preis geheftet M. 3.50, elegant gebunden M. 5.—. Bereits 7 Auflagen.

VI. **Wie ich Sozialistin wurde.** In Pappband M. 1.—. 8 Auflagen.

Luther-Anekdoten

Lebensbilder — Anekdoten — Kernsprüche

Herausgegeben von Dr. Adolf Saager

Geheftet M. 2.50, gebunden M. 3.80 — Bereits 7 Auflagen

In anschaulicher, packender Weise macht uns das Buch mit dem Werde- und Lebensgang des Menschen und Reformators Luther, seinem Wollen, Hoffen, Kämpfen und Ringen bekannt. Charakteristische Episoden aus seiner Jugend- und Mönchszeit, seinem Leben als Geistlicher und Reformator, als Gatte und Vater, Anekdoten, Kernsprüche und Lebensworte wechseln in bunter Reihenfolge miteinander ab. Es ist eine Art anekdotischer Lutherbiographie. Besonderen Wert legt der Herausgeber auf das Verständnis der seelischen Zusammenhänge, die den Betrachtern immer neue Rätsel schufen. Den Menschen und Kämpfer Luther in erster Linie soll der Leser schauen können. Das Buch richtet sich weit über den Kreis der Protestanten hinaus an alle, die im Beispiel eines großen Lebens Erholung und Erbauung suchen.

Gustav Schüler schreibt: „Der neue Lutherband der Anekdoten-Bibliothek wird vielen erst zeigen, wer Luther wirklich war. Der Mensch Luther mit seiner Verzweiflung, seinem Kampf, seinem bergeverrückenden Glauben und seiner grobschmiedharten Hammerschlagswucht in Wort und Werk wird hier zum Händefassen nah."

Preußische Lehrerzeitung .... Kein Luther-Lebensbild in der üblichen Form der Abhandlung, sondern zusammengefügt aus einer Fülle von einzelnen Geschichten, Berichten, Anekdoten und Kernsprüchen, die unter großzügige Überschriften gestellt sind. Überschaut man das Ganze am Schluß, so ergibt sich ein Bild von lückenloser Vollständigkeit, künstlerischer Anordnung und glänzender Schönheit, das immer wieder den Blick auf sich zieht und sowohl belehrend als erbauend wirkt.

Erwin Rosens Lebensabenteuer

In der Fremdenlegion Geh. M. 5.50, geb. M. 7.—

Der deutsche Lausbub in Amerika

3 Teile, einzeln käuflich, geheftet je M. 5.50, gebunden je M. 7.—

Bereits über 30 Auflagen.

„R. ist ein frischer, flotter Erzähler, ein prächtiger Humorist, ein Stimmungsmaler, ein Lebenskünstler... Ein Reigen von sonderbaren Erlebnissen und Abenteuern, eine Fülle von Eindrücken und Begebenheiten..., der Verfasser ein moderner Pückler-Muskau." (Leipz. Ill. Ztg.)

Unter Eskimos und Walfischfängern

Eismeerfahrten eines jungen Deutschen Von Kurt Faber

10. Auflage. Geheftet M. 6.—, gebunden M. 7.50

„Alle paar Jahre erscheint einmal ein Buch, auf das die Zeit wartet. Es kommt nicht von denen, die der großen Menge literarische Unterhaltung auftischen, es kommt nicht von denen, die den Stoff für die Literaturgeschichte abgeben, es kommt aus dem Volk. Ein solches Buch ist das von dem jungen Elsässer Kurt Faber. Der Titel bringt den reichen Inhalt auf die kürzeste Formel. Jede Zeile ist wichtig, jede Seite ist gedrängt voll Erleben, **jedes der neunzehn Kapitel ist ein ungekünsteltes Kunstwerk und das Buch als Ganzes ein Stück frischesten Deutschtums, voll deutschem Fern- und Heimweh, voll deutscher Abenteuerlust und Arbeitsfreude, voll deutschem Leichtsinn und Tiefsinn.** Das und noch viel mehr, nur nacherlebbar beim Lesen selbst und nicht nacherzählbar nach dem Lesen, steckt in diesem draufgängerischen Werke, das sich die deutsche Jugend und alles was jugendlich fühlt erobern wird und muß. Es ist das Verdienst der Verlagsbuchhandlung Robert Lutz in Stuttgart, die „Eismeerfahrten" von Kurt Faber auf den Büchermarkt gebracht zu haben." (Die Lese.)

Briefe Napoleons

Eine Auswahl aus der gesamten Korrespondenz des Kaisers. Von F. M. Kircheisen

3 Bände. Jeder Band (einzeln käuflich) geh. M. 6.—, in Leinwand geb. M. 8.—

Fünfte Auflage

Dr. Rudolf Presber:

Es gibt nicht leicht für denkende Menschen eine fesselndere Lektüre als diese Briefe... Napoleon hat keine Werke der schönen Literatur geschrieben, aber er gehört der Weltliteratur an. Und in seinen Briefen lebt der Sturm der Revolution, lebt der größte Schüler Voltaires und Rousseaus, lebt der umfassendste Geist einer schicksalsschweren Epoche. Man kann die Feldzüge, Friedensschlüsse, Glücksfälle und Erniedrigungen im Leben Napoleons kennen, ihm selbst begegnet man nur in seinen Briefen...

Über Land und Meer:

Wer diese Bände aufschlägt, blickt in die zermalmende Maschinerie eines Menschenalters voll unerhörter Weltgeschichte... Immer wieder erstaunt man, was alles in diesem Kopfe beieinander wohnt, mit welcher Klarheit und Schärfe tausend Ideen erfaßt und durchdacht werden.

Tägliche Rundschau (Willy Rath):

Bald packt einen der Inhalt so unwiderstehlich, daß man dem Gang dieser Briefe folgt wie dem eines spannungsreichen Schauspiels. Dieses Napoleon-Werk gehört zu den beachtenswertesten Erscheinungen des Buchhandels.

St. Petersburger Zeitung:

Napoleons staatsmännisch wie menschlich geniales Vorgehen vermag beispielsohne zu verblüffen. Ein immenses Material! Der augenscheinlich unerschöpfliche Reichtum eines geistigen Giganten und die Fülle einer glänzenden Seele. Sie hat das Regenbogenspiel, das Ineinanderwirken von Jugendkraft und Heldenmut, von Tatenlust und Poesie, von Herrschermacht und unvergleichlicher Menschlichkeit. Sie hat das Licht, das aus der Weltgeschichte heraus den Weg in alle noch etwa kommenden Jahrhunderte findet. Wer heute Napoleon erleben will, muß ihn in seinen Briefen suchen. Aus ihnen heben sich feuerbeschwingte Stimmen hinan, die eine Geistes- und Tatensprache vollenden und uns wie ein nach allen Himmeln austönendes Weltlied erfüllen.

Anekdoten-Bibliothek

Eine lehrreiche, prickelnde, unterhaltende, ergreifende Lektüre!

Band

1. Bismarck-Anekdoten. Heitere Szenen, Scherze und Charakterzüge aus dem Leben des ersten deutschen Reichskanzlers. Bearbeitet von Fr. Schmidt-Hennigker. 8. Aufl. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

2. Hohenzollern-Anekdoten. Erster Teil. Herausgegeb. von Herm. Jahnke. 5. Aufl. Geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

3. Humor Friedrichs des Großen. Hohenzollern-Anekdoten. Zweiter Teil. Bearbeitet von Fr. Schmidt-Hennigker. 9. Aufl. Geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

4. Schiller-Anekdoten. Charakterzüge und Anekdoten, ernste und heitere Bilder aus dem Leben Friedrich Schillers. Herausgegeben von Th. Manch. 6. Auflage. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

5. Habsburger-Anekdoten. Herausgegeben von Dr. Franz Schnürer. 6. Auflage. Geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

6/7. Napoleon-Anekdoten. Erster und zweiter Teil. Herausgegeben von G. Kuntze. 4. Auflage. Jeder Band (einzeln käuflich) geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

8. Dichter- u. Schriftsteller-Anekdoten. Herausgegeben von Tony Kellen. 4. Auflage. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

9. Schauspieler-Anekdoten. Ernste und heitere Szenen aus dem Bühnenleben. Herausgegeben von Tony Kellen. 3. Auflage. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

10. Dreimalhunderttausend Teufel. Das lustigste Anekdotenbuch. Von Dr. Adolf Saager. 6. Aufl. Geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

Band

11. Das galante Frankreich in Anekdoten. Herausgegeben von Hans Landsberg. 3. Aufl. Geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

12. Königsweisheit des Großen Friedrich. Herausgegeben von Leo Lotzburg. Geh. M. 2.—, in Lwd. geb. M. 3.25.

13. Blücher-Anekdoten. Ein Charakterbild des Marschall Vorwärts. Herausgegeben von Dr. Ad. Saager. 4. Auflage. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

14./16. u. 21. Der große Krieg. Ein Anekdotenbuch von Erwin Rosen. Vier Teile. I: 28. Aufl., II: 18. Aufl., III: 8. Aufl., IV: 4. Aufl. Jeder Teil (einzeln käuflich) geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

17. Hindenburg-Schläge und Hindenburg-Anekdoten. Herausgeg. v. Joachim Francke. 18. Aufl. Steif geh. M. 1.50, in Lwd. geb. M. 2.80.

18. Bismarck der große Deutsche. Ein Buch für ernste und heitere Stunden. Von Erwin Rosen. 8. Aufl. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

19. Zeppelin der Mensch, der Kämpfer, der Sieger. Bunte Bilder von gestern und heute. Herausgegeben von Dr. Ad. Saager. 5. Aufl. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

20. England! Ein Britenspiegel. Schlaglichter aus der Kriegs-, Kultur- und Sittengeschichte. Von Erwin Rosen. 6. Auflage. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

22. Luther-Anekdoten. Lebensbilder — Anekdoten — Kernsprüche. Von Dr. Ad. Saager. 7. Auflage. Geh. M. 2.50, in Lwd. geb. M. 3.80.

Bestellzettel.

An .....

(In offenem Briefumschlag mit Aufschrift „Bücherzettel" 3 Pfg. Porto.)

Ich bestelle aus dem Verlag Robert Lutz, Stuttgart:

Ernst Haun, Jugenderinnerungen eines blinden Mannes. Geh. M. 6.50, geb. M. 8.—.

Helen Kellers Bücher:

Die Geschichte meines Lebens. Geheftet M. 6.—, geb. M. 7.50.
Optimismus. In Pappband gebunden M. 1.20.
Meine Welt. „ „ „ M. 1.20.
Dunkelheit. „ „ „ M. 1.50.
Briefe meiner Werdezeit. Geheftet M. 3.50, vornehm geb. M. 5.—.
Wie ich Sozialistin wurde. In Pappband M. 1.—.

Luther-Anekdoten. Geheftet M. 2.50, geb. M. 3.80.
Rosen, Der deutsche Lausbub in Amerika. Teil 1. 2. 3 geh. je M 5.50; Teil 1. 2. 3 geb je M. 7.
Rosen, In der Fremdenlegion. Geheftet M. 5.50, geb. M. 7.—. Volksausgabe M. 2.—.
Faber, Unter Eskimos und Walfischfängern. Geh. M. 6.—, geb. M. 7.50.
Briefe Napoleons I. Herausgegeben von Kircheisen. Bd. 1. 2. 3 geh. je M. 6.—, Bd. 1. 2 3 geb. je M. 8.—

Anekdoten-Bibliothek:

Bd. 1 4 8 9 13 14 15 16 18 19 20 21 22 geh. je M. 2.50.
Bd. 1 4 8 9 13 14 15 16 18 19 20 21 22 grün geb. je M. 3.80.
Bd. 14 15 16 21 braun geb. mit Goldpressung je M. 4.—.
Bd. 2 3 5 6 7 10 11 12 geh. je M. 2.—.
Bd. 2 3 5 6 7 10 11 12 geb. je M. 3.25.
Bd. 17 geh. M. 1.50; Bd. 17 geb. M. 2.80.

[redacted] Nichtgewünschtes bitte zu streichen. [redacted]

Wohnort und Datum:

.....

Name und Adresse:

.....

Deutſchlands Erneuerung

Monatsſchrift für das deutſche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Profeſſor A. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Profeſſor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präſident v. Schwerin, Geheimrat A. Seeberg
Schriftleitung: Dr. Erich Kühn — Verlag: J. F. Lehmann, München
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80

2. Jahrgang 1918 | Heft 11 | November

Inhalt:

Aufruf des Bundes deutſch-nationaler Studenten (S. 737)	cand. jur. E. Stein
Student und Politik (S. 739)	Profeſſor Dr.-Ing. M. Kloß
Die drei Staatsgeſinnungen (S. 744)	Dr. F. Fick, Küßnacht-Zürich
Erziehungsfragen beim Heere (S. 751)	Prof. Dr. Otto Stählin
Gedanken zur Erneuerung des deutſchen Volkes (S. 765)	Dr. Fritz Lenz
Expreſſionismus, Europäismus oder Kurt Wolff Verlag (S. 776)	Carl Chriſtian Bry
Die Zukunft der Frau (S. 785)	Mathilde Planck, Stuttgart
Was will Wilſon? (S. 790)	Friedrich Prinz zu Löwenſtein
Um Sein oder Nichtſein! (S. 791)	Dr. Erich Kühn
Bücherſchau (S. 806)	Dr. Erich Kühn

Aufruf des Bundes deutſch-nationaler Studenten.

Der Krieg hat uns mit ſchonungsloſer Deutlichkeit gelehrt, daß in dem ungeheuren Ringen jedermann ſeine Kräfte voll und ganz in den Dienſt des Ganzen ſtellen, ſeine Individualität der Allgemeinheit unterordnen muß, daß nur das Zuſammenſpiel aller Einzelkräfte zu einer Macht anwächſt, die einzig und allein imſtande iſt, unſer Daſein als ſelbſtbeſtimmender und unabhängiger Staat zu ſichern. Wir haben Erfahrungen, daß wir nur Teile eines Volkes, Glieder einer Gemeinſchaft ſind, daß nur durch organiſches Zuſammenarbeiten dieſer Glieder eine erſprießliche Wirkung nach außen erzielt werden kann. Von dieſer Erkenntnis, der ſich unter der Wucht der tatſächlichen Verhältniſſe jetzt niemand entziehen kann, dürfen wir nicht mehr abgehen, auch wenn der Krieg vorbei iſt und uns nicht mehr die bittere Not das Gefühl der Gemeinſamkeit aufzwingt. Wir müſſen uns darüber im klaren bleiben, daß der Staat ſelbſt eine Individualität iſt, deren Beſtand nur durch die harmoniſche und bewußte Zuſammenarbeit aller Teilglieder gewährleiſtet iſt.

Hierzu iſt aber zweierlei erforderlich. Einmal muß jeder Staatsangehörige eine klare Vorſtellung von dieſer Individualität des Staates haben, und dann erfordert die harmoniſche und bewußte Zuſammenarbeit die genaue Kenntnis von

By

der Organisation, den Fähigkeiten und Möglichkeiten des Ganzen und der einzelnen Glieder. Die klare Vorstellung von der Individualität des Staates gibt ein vertieftes Nationalbewußtsein, die Kenntnis von der Wesenheit des Staatskörpers wird durch eine vertiefte und möglichst Vielartiges umfassende staatsbürgerliche Erziehung vermittelt. Beides bedingt sich; erst wenn zu dem Willen zur Organisation das lebendige Gefühl aller hinzukommt, einem Volke anzugehören, dem gewisse Eigenschaften wesentlich sind, die gerade dadurch ein einigendes Band um alle Volksgenossen schlingen, dann erst entsteht der wahre Volksstaat in dem Sinne, daß sich nicht mehr Staat und Volk fremd gegenüberstehen, sondern eins sind.

Und gerade dieses lebendige Gefühl der Volksgemeinsamkeit durchdrang in den gewaltigen Augusttagen 1914 alle Deutschen mit Macht. Da war auf einmal etwas da, was allen gemeinsam war, dem Konservativen wie dem Sozialdemokraten. An die deutsche Studentenschaft wenden wir uns mit der Bitte: helft uns dazu, daß dieser Gemeinsinn erhalten bleibe, daß wir als Gewinn aus diesem Krieg ein geläutertes Vaterlandsgefühl und ein geläutertes politisches Leben davontragen! Ehe ihr ins Leben hinausgeht und euch soziale Stellung und Beruf euer Urteil beeinträchtigen können, studiert das deutsche Volk in allen seinen Richtungen und Strömungen, vorurteilsfrei und stets durchdrungen von dem Gefühl: auch mein Gegner ist ein Deutscher und will nach bestem Wissen und Können Deutschlands Wohl! Nicht das Trennende gilt es zu suchen — das bietet sich sowieso in Überfülle dar — sondern das allen Gemeinsame.

Der Bund deutsch-nationaler Studenten[1]) sucht diese Bestrebungen zu fördern. Er will alle diejenigen einigen, die national empfinden, die glauben, daß eine gedeihliche Entwicklung Deutschlands innerhalb der Völkergemeinschaft nur unter bewußter Betonung des eigenen staatlichen Wollens möglich ist. Alle so denkenden Studenten sollen sich vereinigen, um gemeinsam unter der Studentenschaft politische Interesselosigkeit und Unwissenheit zu bekämpfen. Es gilt, den Studenten das politische Leben in seiner ganzen Vielgestaltigkiet und mit seinen mannigfaltigen Wurzeln zu zeigen, so daß jeder sich eine politische Anschauung bilden kann, die frei ist von jeder Doktrin und Engherzigkeit.

Der Bund deutsch-nationaler Studenten ist eine freie, interkorporative Vereinigung. Er will nicht etwa im Gegensatz zu den Korporationen treten, sondern jedem Studenten, gleichgültig ob Verbindungsstudent oder nicht Inkorporierter, Gelegenheit geben, sich einem Verbande Gleichgesinnter anzuschließen, denen die Pflege des Deutschbewußtseins und die Pflege staatsbürgerlichen Wissens am Herzen liegt.

Die Zeit ist ernst und stellt immer größere Anforderungen an den denkenden Menschen. Es gilt nicht nur als für den Beruf vorbereiteter Mensch die Universität zu verlassen, sondern auch als Staatsbürger, d. h. als ein Mensch, der durchdrungen ist von dem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Staate und Volke, daß jedem Wissenden und sich als Glied einer Gemeinschaft Fühlenden eigen ist.

Der Bund deutsch-nationaler Studenten ist eine Studentenvereinigung, der jeder deutsche Student beitreten kann. Aber auch jeder Deutsche, der Interesse an ihm hat, kann dadurch Förderer des Bundes werden, daß er einen Jahresbeitrag von M. 10 leistet (Altakademiker M. 3). Möge diese Veröffentlichung dazu beitragen, unsern Bestrebungen möglichst viele Freunde zu gewinnen.

[1]) Geschäftsstelle München, Barerstraße 69/I.

cand. jur. E. Stein.

Student und Politik.

Von Professor Dr.-Ing. M. Kloß.

Die Tatsache, daß in verschiedenen Hochschulstädten sich Studentische Gruppen der Deutschen Vaterlands-Partei gebildet haben, hat in gewissen Kreisen Mißfallen erregt. Die abfällige Kritik wird damit begründet, daß es sich nicht mit der Aufgabe des Studenten, nämlich sich seinem Studium mit Eifer zu widmen, vertrage, wenn er sich mit Politik beschäftige. Ich bin anderer Meinung und erachte es nicht nur als ein *Recht*, sondern als eine *Pflicht* des Studenten, sich mit politischen Dingen zu befassen. Ich möchte daher kurz meine Ansicht darlegen über die Frage:

„Soll sich der Student mit Politik befassen?"

Die Leute, die dem Studenten dies verwehren wollen, weisen wohl auf das bekannte Wort hin: „Die Politik verdirbt den Charakter." Wenn das wirklich allgemein gültig wäre, so müßten ja alle Berufspolitiker, vor allem die Staatsmänner charakterlos sein. Und dann stünde es schlimm um die Geschicke der Völker. Aber *etwas Wahres* ist doch an dem Worte. Wir brauchen nur an die politischen Kämpfe zu denken, die sich bei Wahlen oder bei bedeutungsvollen Gesetzesvorlagen abzuspielen pflegen. Die Schärfe des Streites, die nicht immer einwandfreien und aufrichtigen Mittel des Kampfes, die dabei zutage tretenden Klassengegensätze, die zersetzenden, verhetzenden Kräfte, die die Leidenschaften der Menschen aufwühlen, die machen es durchaus verständlich, wenn viele sich mit Abscheu von der Politik ganz fernhalten in einer Stimmung, die am treffendsten in dem bekannten Worte Branders in Auerbachs Keller zum Ausdruck kommt:

„Ein *garstig* Lied, pfui, ein *politisch* Lied!"

Andere wieder beschäftigen sich zwar mit Politik, aber sie beschränken sich darauf, diese Tätigkeit auszuüben von der beschaulichen Runde des Stammtisches aus.

„Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen".

Diese beiden Worte aus Faust kennzeichnen überaus treffend den engen politischen Gesichtskreis vieler Deutscher, die auch heute noch zahlreich anzutreffen sind und die der Student treffend als „Philister" bezeichnet.

Wir erkennen in ihrer Denkart das *Erbe* unserer *Entwicklung*, die jahrhundertelang unser Vaterland im Zustande der Kleinstaaterei, der Zersplitterung, der Zerrissenheit hielt, in einem Zustande, der gekennzeichnet war durch das *Fehlen großer Ziele*, starker gemeinsamer Gedanken und gemeinsamer Hoffnungen.

Und der Geist dieser Kleinstaaterei und Zerrissenheit wirkt auch trotz der Reichsgründung und der auf Frankreichs Schlachtfeldern geschmiedeten Einheit immer noch nach in unserem Parteileben. Keines Landes Parlament weist soviele Parteien auf, wie das deutsche. Dieser *Parteistreit* beherrscht unser ganzes öffentliches Leben derart, daß für viele der Begriff *Politik* gleichbedeutend geworden ist mit „*Parteipolitik*". Das kommt z. B. auch in unserer Vereinsgesetzgebung zum Ausdruck. Wenn im Vereinsgesetze von „politischen Vereinen" geredet wird, so sind sinngemäß die „parteipolitischen Vereine" gemeint.

Wenn nun jemand dem Studenten die Beschäftigung mit der Politik verwehren will und dabei unter dem Eindrucke unserer deutschen Verhältnisse Politik mit Parteipolitik gleichsetzt, so kann ich ihm unter dieser Voraussetzung unbedingt zustimmen. Der Student soll sich nicht in den Parteistreit einmischen, soll sich noch keiner politischen Partei anschließen, um sich vor Einseitigkeit zu bewahren. Unabhängig soll er bleiben, um sich den klaren Blick zu wahren fürs große Ganze, und eingedenk soll er bleiben dessen, was er begeistert singt in seinem Liede: „Frei ist der Bursch!"

Wenn ich nun trotzdem im Eingang meiner Ausführungen es für den Studenten nicht nur als Recht, sondern als Pflicht bezeichnete, sich mit politischen Dingen zu beschäftigen, so müssen wir diesen scheinbaren Widerspruch aufklären durch Beantwortung der Frage: „Was verstehen wir unter Politik?"

Da können wir kurz sagen: „Politik ist Beschäftigung mit den Belangen eines Staatswesens im Innern und nach außen, und sie umfaßt:

1. die Erkenntnis der Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten des Staatswesens,
2. die Mittel zur Erfüllung dieser Notwendigkeiten zur Befriedigung dieser Bedürfnisse."

Wer das immer im Auge hat, der wird Politik treiben mit dem Blick aufs große Ganze gerichtet. Wir müssen uns dabei aber immer vergegenwärtigen, daß der Staat nicht Selbstzweck, sondern nur die Form ist, deren lebendigen Inhalt das Volk bildet. Volk und Vaterland müssen darum Ziel und Inhalt sein für alles politische Streben.

Um daher dem Mißverständnis zwischen Politik und Parteipolitik aus dem Wege zu gehen, wollen wir an Stelle der ursprünglichen Frage: „Soll sich der Student mit Politik beschäftigen?" lieber die Frage setzen: „Soll sich der Student mit völkischen Dingen beschäftigen?"

Und da wiederhole ich aus vollem Herzen: Ja, es ist nicht nur sein gutes Recht, sondern seine heilige Pflicht!

Auch der oft gehörte Einwurf, der Student stehe in der Ausbildung für seinen künftigen Beruf und solle sich davon nicht ablenken lassen, ist nichtig. Denn die Fachausbildung genügt nicht. Der Beruf gibt im allgemeinen nur die Grundlage für das Leben. Der tiefere Inhalt wird ihm erst verliehen durch die Arbeit für Volk und Vaterland, die uns hinaushebt aus dem engen Kreise des Alltagstums und den Blick weitet für das Weltgeschehen. Und wir wollen doch, daß auf unseren Hochschulen nicht nur Ärzte, Richter, Lehrer, Ingenieure, Architekten herangebildet werden, sondern deutsche Männer und zuverlässige Staatsbürger.

Wenn aber der Student dereinst seinen ganzen Mann stellen soll und den Anforderungen genügen will, die das Vaterland an seine geistigen Führer zu stellen berechtigt ist, so muß er gerade die Zeit empfänglichster Aufnahmefähigkeit recht nutzen und sich neben seiner beruflichen Vorbereitung auch mit den Fragen des öffentlichen Lebens, also auch mit politischen Fragen befassen. Bedenke er doch, daß seine Altersgenossen in der Fabrik in eine scharfe politische Schule genommen werden, allerdings leider in ganz einseitig parteipolitische. Wenn er da dereinst Führer sein will, so muß er beizeiten sich das Rüstzeug beschaffen. Dazu gehört aber zweierlei. Erstens soll er sich die nötigen Kenntnisse auf staatsbürgerlichem Gebiete erwerben, und zweitens gehört dazu Pflege und Betätigung völkischer Gesinnung.

Und das ist ja in der Tat dem deutschen Studenten auch gar nichts Neues. Ich erinnere nur an die Deutsche Burschenschaft, die aus der Not der Zeit geboren, Pflege völkischen Sinnes auf ihre Fahnen schrieb und für die deutsche Einheit kämpfte. Ich erinnere an die Turnerschaften und die Sängerschaften, die in Ertüchtigung des Leibes oder in der Pflege des deutschen Liedes ihre völkische Aufgabe erblicken, oder ich denke an den Verein deutscher Studenten, aus dessen Reihen schon mancher wackere Vorkämpfer für die deutsche Sache hervorgegangen ist.

Auf solchem Boden wächst die Liebe zum deutschen Vaterlande, die Treue zum Volke und die Bekenntnisfreude zur deutschen Sache. Zu welcher Wucht diese Bekenntnisfreude sich auswirken kann, davon kann jeder zeugen, der vor 23 Jahren jene unvergeßliche Fahrt von über 5000 Studenten zum 80jährigen Bismarck mit erleben durfte. Und daß diese Bekenntnisfreude noch immer in unserer akademischen Jugend lebt, das zeigten überwältigend die Augusttage 1914, wo Tausende als Kriegsfreiwillige zu den Fahnen eilten, das klang am Tage von Langemarck aus ihrem Sturmgesang, der zugleich ihr Todeslied sein sollte.

So ist der deutsche Student nach Anlage und Überlieferung befähigt und berufen zur Mithilfe an der völkischen Arbeit, zumal da er, wenn er seine Aufgabe recht versteht, dereinst Führer sein soll in dieser Arbeit.

Und trotz der Reichsgründung, trotz der von Bismarck geschaffenen äußeren Einheit haben wir diese völkische Arbeit aller treu vaterländisch gesinnten Männer heute nötiger denn je. Denn gerade in der ersten Zeit des jungen Reiches, solange Bismarck noch am Ruder war, ist auf diesem Gebiete vieles versäumt worden. Das ist allerdings im gewissen Sinne ein Ruhmestitel für Bismarcks überragende Größe. Solange er mit sicherer Hand und klarem Blick, mit hohen Zielen und starkem Wollen des Reiches Macht und Ehre wahrte, da konnte das deutsche Volk so fest und zuversichtlich auf seinen Bismarck bauen und vertrauen, daß es weder Bedürfnis noch Veranlassung empfand, selbst politisch mitzuarbeiten. Man überließ dies dem bewährten Führer und den Berufspolitikern.

Das aber mußte sich sofort ändern, als der Große ging und Kleinere die Nachfolge antraten. Da lernte das deutsche Volk sehr bald erkennen, daß es sich nicht darauf beschränken durfte, nur Objekt der Politik zu sein. Ebensowenig wie die Religion den Pfarrern und Theologieprofessoren vorbehalten bleiben kann, sondern Herzenssache jedes einzelnen sein muß, ebensowenig kann man verlangen, daß die Politik Vorbehaltsgut für die Berufspolitiker bleiben solle. „Tua res agitur, Germania", heißt es auch hier; „um dein Schicksal handelt es sich, deutsches Volk." Was unter einem Bismarck noch entbehrt werden konnte, das machte sich jetzt als dringendes Bedürfnis fühlbar: die Erziehung des deutschen Volkes zum politischen Denken und vor allem zum gesunden völkischen Empfinden. Es ist außerordentlich beachtenswert, daß fast alle völkischen Vereine, die sich diese Volkserziehung zur Aufgabe gesetzt haben, erst in der nachbismarckschen Zeit entstanden sind, so z. B. Deutschbund, Alldeutscher Verband, Wehrverein, Flottenverein, Ostmarkenverein und viele andere. Viel Erfreuliches haben all diese Vorkämpfer für das Deutschtum, jeder auf seinem besonderen Gebiete geleistet, vor dem Kriege und auch während des Krieges. Aber unendlich schwere Aufgaben harren noch der Lösung. Das lehrt mit eindringlicher Deutlichkeit die Not unserer Zeit.

Aufzuklären gilt es die große Masse unseres Volkes über seine Lebensnotwendigkeiten, die Lauen zu erwärmen, die Flauen aufzurütteln zum Willen einer kraftvollen Politik. Und hieran mitzuarbeiten, ist so recht die Aufgabe des deut-

schen Studenten. Diese Arbeit am eigenen Volke, die Erweckung völkischer Gesinnung, die Pflege, Erhaltung und Stärkung unseres deutschen Volkstums soll und muß unsere schönste Arbeit, unser höchstes Ziel sein. Sie kann unabhängig und frei vom Parteistreit über Einzelfragen erfolgen. Aber sie ist nicht leicht, erfordert ganze Kraft, starken Willen und vor allem Begeisterung. Und wo sollten wir solche Begeisterung suchen, wenn wir sie nicht als altes Erbteil bei unserer deutschen Studentenschaft finden würden? Es erscheint mir daher auch nur als Selbstverständlichkeit, wenn bei der dringendsten Aufgabe, die die Not der Gegenwart uns stellt, bei der Aufgabe, zu der die Deutsche Vaterlandspartei uns aufruft, unsere Studentenschaft in alter Begeisterung auf den Plan tritt. Noch nie hat die deutsche Studentenschaft versagt, wenn der Ruf erschallt:

„Burschen heraus!"

Freilich, wer an dieser Arbeit am eigenen Volke mit teilnehmen will, der muß sich klar sein darüber, daß es, ich möchte sagen leider, mit der aufklärenden, aufbauenden Arbeit allein nicht getan ist. Es gilt auch Kampf und Abwehr gegen die Feinde des Deutschtums. Und die sind gerade jetzt mehr denn je an der Arbeit. In den Augusttagen 1914 erlebten wir eine gewaltige Erhebung, die sich allenthalben äußerte in freudigem Bekennen deutscher Art mit bewußter Ablehnung alles Fremdländischen. Die lange Dauer des Krieges und das Fehlen einer zielbewußt deutschen politischen Leitung haben all diese heilige Glut verrauchen lassen, und dunkle Mächte nagen und bohren an den Wurzeln deutscher Kraft. Diese Mächte, die alles bewußt Völkische bekämpfen, die jeden, der für sein Deutschtum eintritt, schmähen und mit billigen Schlagworten herabsetzen und ihm womöglich unlautere Beweggründe unterschieben, diese Mächte sind weder nach Ursprung noch nach Ziel im deutschen Heimatboden verwurzelt. Das sind einmal der internationale aussaugende Händlergeist und zum andern die sich „weltbürgerlich" nennende, aber in Wirklichkeit weltfremde Schwärmerei für allerlei sog. Menschheitsideale. Beide stehen immer im Bunde miteinander und im Kampfe gegen alles bewußt Völkische. Sie wollen keine Erstarkung des Deutschtums, und darum sind sie auch jetzt mit allen Mitteln dabei, um uns um die Früchte von Hindenburgs Siegen zu bringen. Sie haben aber sehr wohl erkannt, daß die deutsche Studentenschaft, ihrer alten Überlieferung treu, eine feste Hochburg des Deutschbewußtseins ist, und darum suchen sie auch hier ihr schleichendes Gift in die Reihen der Akademiker zu tragen und sie für weltbürgerliche Gedanken einzufangen.

Das zeigte sich blitzartig im Herbst 1917 an jenem Aufruf aus Heidelberger Studentenkreisen, der von einem Herrn Toller gezeichnet war und den man am treffendsten kennzeichnen kann mit den Worten: ein toller Aufruf!

Daß so ein Aufruf überhaupt möglich war, ist höchst bedauerlich. Und doch hat er wieder das Gute gehabt, daß er unsere wirklich deutschen Studenten zur hiebsicheren Abwehr und zum freudigen Deutschbekenntnis aufrief.

Darum, Kommilitonen, seid auf Eurer Hut! Das Vaterland erwartet von Euch, daß Ihr Euer Deutschtum rein, heilig und hoch haltet und alles Undeutsche, Internationale bewußt ablehnt. Es gibt keine einheitliche Menschheit als solche. Es gibt nur eine Vielheit von Völkern, von denen jedes seine Eigenart und seine besonderen Fähigkeiten hat, wie die Einzelmenschen auch. Jede Gleichmacherei ist verfehlt. Das Ziel alles menschlichen Strebens wird selbstverständlich immer sein:

Fortschritt der Menschheit zu größerer Vollkommenheit. Aber da soll der einzelne bei sich selber anfangen, in seiner Familie wirken, in der größeren Gemeinschaft (Gemeinde, Staat, Volk) fördernd sich betätigen. Der Menschheit dienen wir am besten durch Arbeit an unserem Volke. Die allgemeine Menschenliebe darf nicht soweit gehen, daß sie die Nächstenliebe zum eigenen Volke vergißt.

„Freie Bahn dem Tüchtigen!" ist ein Wort, das man oft gerade von den Vorkämpfern weltbürgerlicher Ideen hört. Ein gutes Wort! Aber was für den einzelnen gilt, gilt auch für das Volk. Darum verlangen wir: „Freie Bahn dem tüchtigen Volke!" Dafür kämpfen wir jetzt unseren Schicksalskampf. Und darum verlangen wir auch, daß für die Gestaltung des Friedens nur gefragt wird: „Was braucht unser Volk, was nützt dem deutschen Volke?"

Lassen wir die andern Völker ruhig für sich sorgen. Wir können sicher sein, daß sie ihren Vorteil schon wahren werden. Damit wir aber den rechten Frieden erringen, müssen wir, Hindenburgs Mahnung getreu, festhalten am Willen zum Siege und am Glauben an den Sieg. Und hierzu mitzuhelfen, ist Recht und Pflicht der deutschen Studentenschaft.

Neun Zehntel unserer Studentenschaft stehen im Felde und helfen Politik machen mit des Schwertes Schärfe. Denn der Krieg ist die ultima ratio der Politik, wenn die Staatsmannskunst versagt.

Und wenn so unsere Studenten mit Blut und Leben Politik machen, da sollten wir ihnen, wenn sie heimkehren zu friedlicher Arbeit, wehren, sich mit Politik zu befassen?

Ich bin gewiß, der deutsche Student wird auf die eingangs gestellte Frage die rechte bejahende Antwort geben, aber in dem Sinne, daß er dem Parteihader fernbleibt, aber mit ganzem Herzen teilnimmt an der völkischen Arbeit, getreu dem Dichterwort:

„Ans Vaterland, ans teure schließ dich an.
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen,
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!"

Eine wichtige Entschließung.

Auf der achten Jahrestagung des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, die vom 6. bis 10. September ds. Js. in Dortmund abgehalten wurde, wurde folgende, von vaterländischer Einsicht zeugende Entschließung angenommen:

„Die zur achten Jahrestagung in Dortmund versammelten Vertreter des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands erklären im Anschluß an die Ausführungen der Vortragenden, daß sie an der Überzeugung von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Friedens für die Gesundung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern sowie für den Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege festhalten. In dieser Erkenntnis verpflichten sich die Anwesenden, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die wirtschaftsfriedliche Bewegung zu fördern, den Gedanken der friedlichen sozialen Verständigung zu pflegen und der wirtschaftsfriedlichen Bewegung im öffentlichen Leben die ihr gebührende Geltung zu verschaffen. Im Hinblick darauf, daß ohne den Frieden im Innern die gewaltigen Aufgaben, die unsere Zeit an das deutsche Volk stellt, nicht zu lösen sind, ist vor allem dahin zu streben, daß den wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbänden die volle Gleichberechtigung gegenüber denjenigen Organisationen nicht geschmälert werde, welche den Klassen- und Wirtschaftskampf im eigenen Lande auf ihre Fahne geschrieben haben."

Die drei Staatsgesinnungen[1]).

Von Dr. F. Fick, Küßnacht-Zürich.

Als ich die Zusammenstellung „deutsch" und „Demokratie" in der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" zum erstenmal las, mußte ich, bevor ich den Begriff der deutschen Demokratie ernsthaft auf seinen Gehalt prüfen konnte, einige Widerstände überwinden. Zunächst eine scherzhafte Gegenvorstellung!

Ich dachte an die gläubigen Leser derjenigen Presse, die für „Recht und Gerechtigkeit" und für die „Freiheit der kleinen Völker" nun schon im fünften Jahre einen einseitigen und gerade deshalb siegreichen Redekampf kämpft — siegreich insofern, als eben ihre regelmäßigen Leser völlig benebelt wirklich an all die schönen Phrasen glauben. Ich begreife, daß es dem reichsdeutschen gelegentlichen Leser dieser Presse fast unmöglich ist, die Gutgläubigkeit der also Benebelten anzunehmen. Als Angehöriger und Einwohner eines neutralen Staates kann ich aber versichern, daß selbst hoch gebildete und sonder Zweifel ehrenhafte Menschen der andauernden Narkose der westmächtlichen Presse erliegen. Alle diese Umnebelten werden sich, wenn sie von „deutscher Demokratie" hören, an den Kopf greifen und sich fragen, gibt es denn das? Ist nicht „deutsch" und „Demokratie" ein Gegensatz in sich selbst?

Ich aber möchte ihnen antworten:

„Nein!" „Deutsch" und „Demokratie" sind zwar nicht gleichbedeutend, wohl aber wesensverwandt. Nur der Deutsche ist wahrer Demokratie fähig. Wahre Demokratie kann nur auf deutschem Volksboden gedeihen.

Auch Sie, meine geehrten Leser, werden vielleicht etwas erstaunt den Kopf schütteln ob dieser kühnen Behauptung.

Ich möchte Sie aber zur Überwindung der beiden andern Gegenvorstellungen auffordern, die den Worten deutsch und Demokratie anhaften und die auch mich zunächst hinderten, klar zu schauen.

Ich meine den Ekel vor dem Mißbrauch.

Schon bei uns in der Schweiz wurde seit dem Erwachen der neudemokratischen Bewegung ein solcher Unfug mit dem parteipolitischen Schlagworte Demokratie getrieben, daß der wahre Sinn des Wortes völlig unterging.

Bei Ihnen im Reiche wurde dieser Unfug noch verstärkt dadurch, daß Parteien, die nichts weniger als demokratisch fühlen und denken, sich des

---

[1]) Dieser Aufsatz ist dem hervorragenden Buche: „Deutsche Demokratie" von Dr. F. Fick entnommen. (J. F. Lehmanns Verlag, München, Preis Mk. 1,50). Es ist der einleitende Abschnitt zu der Schrift, welche den hochinteressanten Nachweis erbringt, daß das so angefeindete „autokratische" Preußen viel demokratischer ist als die freiste Demokratie, und ferner, daß die Westmächte gar nicht das sittliche Recht haben, für „Demokratie" zu kämpfen, weil sie selbst in Wahrheit keine Demokratien sind. Das Buch wird mit vielen Irrtümern aufräumen und sollte daher allenthalben verbreitet werden.

Die Schriftleitung.

Wortes bemächtigten und Wort und Begriff dem wahrhaft demokratisch denkenden Teile des deutschen Volkes verleideten.

Jetzt — während des Krieges — hat aber die schon einmal erwähnte westmächtliche Presse Wort und Begriff durch Mißbrauch so totgeritten, daß die Demokratie anfängt, bei allen denkenden Menschen in Verruf zu kommen.

Gerade darum aber möchte ich den Begriff wieder auf seinen wahren Gehalt untersuchen. Dann wird er uns wieder lieb werden können.

Namentlich aber wird er uns das in der Form der „deutschen Demokratie" werden, der Urform aller Demokratie.

Dazu müssen wir aber den zweiten Ekel auch noch überwinden: den Ekel vor dem Mißbrauch, der mit dem Wort deutsch getrieben wird.

Hier meine ich nun nicht so sehr den Mißbrauch der westmächtlichen Presse, die von „deutschen Barbaren" spricht und dem Deutschen alle vernünftigen und sittlichen Regungen abzusprechen sucht — das ist Kriegsgeschrei und wirkt daher nur auf den Feigling und auf den Dummkopf, die Sinne verwüstend und den Rufer selbst berauschend, seine Angriffslust steigernd. Ich meine hier vielmehr den Mißbrauch durch die deutsche Parteipresse selbst, die allseits die eigene Parteigesinnung als alleinseligmachend und alleindeutsch anpreist und jeden anders Denkenden als „undeutsch" oder gar, noch schlimmer — Gott verzeihe mir den harten Fluch — als „alldeutsch" verketzert. Ist es doch der westmächtlichen Presse und noch mehr der Presse der deutschen Reichstagsmehrheit gelungen, sogar im neutralen Ausland fertigzubringen, daß das Wort „alldeutsch" schon nur mit einem mehr oder weniger leichten Gruseln angehört wird.

Bevor wir uns miteinander aussprechen über „deutsche Demokratie" müssen wir also die ekelhaften Schlagworte in die Rumpelkammer stellen und uns darüber einigen, was wir unter „deutsch" und was wir unter „Demokratie" verstehen wollen, sonst ist ein Verständigungsfriede zwischen meinen Lesern und mir nicht denkbar. Mir liegt aber daran, daß der Friede zwischen Ihnen und mir am Ende unserer Überlegungen ein Verständigungsfriede und ein deutscher Friede zugleich sei — man verzeihe mir, daß ich schon wieder zwei abgedroschene Schlagwörter gebrauche. Sie laufen einem aber in der gegenwärtigen Zeit ungerufen zu.

Zunächst! Was ist deutsch? Wer ist deutsch?

Deutsch ist ein jeder, der dem Blut nach von jenen Germanen abstammt, die Tacitus einst „entdeckte"; jeder, der in den Grundzügen die Gesinnung beibehalten oder, wenn er mit fremdem Blut versetzt ist, erworben hat, die Tacitus an unseren Altvorderen bewunderte. Ich verlange natürlich nicht, daß der heutige Deutsche noch Met oder Hirsebier schlürfend faul auf der Bärenhaut liegt oder sich selbst in die Knechtschaft verwürfelt. Die Laster darf er füglich abgelegt haben. Aber die Tugenden der Väter muß er besitzen, oder doch ihnen nach bestem Vermögen nachstreben. Sein Denken und Empfinden darf der Sinnesart der Voreltern im deutschen Urwald nicht ganz und gar entgegenstehen. Sonst ist er nicht deutsch. Er muß jenen Widerspruch in sich

haben, der Tacitus so sehr auffiel; die Ruhe zugleich zu lieben und zu hassen. Zwei Seelen wohnen in der Brust eines jeden Deutschen, wie in der Fausts.

Was ist aber Demokratie?

Demokratie! — ein griechisches Wort und doch ein deutscher Begriff, das lehrt uns der Römer Tacitus — heißt Volksherrschaft.

Und doch ist die griechische und die deutsche Demokratie voneinander verschieden.

Die reinste griechische Demokratie — die athenische — kannte allerdings die Herrschaft des ganzen athenischen Volkes über seine Sklaven und sogar über seine Bundesgenossen.

Die deutsche Demokratie aber ist die Herrschaft des ganzen Volkes über das ganze Volk.

Ein Widersinn! Ja!, wenn man nicht das Wort Herrschaft im gleichen Sinne braucht wie beim Begriff Selbstbeherrschung. Wir müssen es also so auffassen, wenn immer es Sinn haben soll. Nicht Zügellosigkeit, sondern Selbstbeherrschung ist wahre Demokratie! Nicht die Herrschaft des einen Volksteiles über den andern, sondern die Rücksicht der zahlengemäßen Mehrheit auf die zahlengemäße Minderheit, der Minderheit auf die Mehrheit.

Der wahre Demokrat will das Wohl des ganzen Volkes, nicht sein eigenes, nicht das seiner Partei allein.

Dem wahren Demokraten geht das Pflichtgefühl über die Selbstsucht. Der kategorische Imperativ Kants ist die Grundregel wahrer Demokratie.[1])

Welcher Mann deutschen Geblüts und deutscher Gesinnung möchte nicht Demokrat sein in diesem Sinne? Demokratie im politischen Sinne ist also (richtig aufgefaßt, nicht als Schlagwort) die äußere und innere Durchdringung mit dem Gedanken, daß das Volk in seiner Gesamtheit das A und das O politischer Weisheit sein soll.

Das Volk herrscht, aber nur um dem Volke zu dienen. Es beherrscht sich um seiner selbst willen.

Welchem Manne deutschen Geblüts und deutscher Gesinnung wäre diese hohe Auffassung von Politik fremd? Und von Demokratie unlieb?

Gewiß keinem, denn die deutsche Gesinnung ist nicht nur zur Zeit des Tacitus demokratisch gewesen, sondern ist es noch heute.

Die Demokratie des Staates — als demokratische Organisation — mag das deutsche Volk seither in seinem größern Teile verloren haben, die hohe demokratische Gesinnung hat es nur zum geringen Teil eingebüßt.

Sie steckt im preußischen Junker so gut wie im westfälischen Bauern, im baltischen Baron so gut wie im innerschweizerischen Alpler. Sie war ein Grun-

[1]) Es ist hochinteressant zu sehen, wie dieser Schweizer als echt demokratisch etwas anspricht, was wir im Reich als Gesinnung in erster Linie bei echten Aristokraten zu suchen gewohnt sind. Wenn diese echt demokratische oder aristokratische Gesinnung bei uns auch in allen Schichten so fest wurzelte wie in der Schweiz, könnte man beruhigt für das Gleichheitswahlrecht stimmen. Die Schriftleitung.

zug des mächtigsten und geistvollsten autokratischen Herrschers, des alten Fritz, der nur der erste Diener des Staates sein wollte, der am Ende seines Lebens „müde" war, „über Sklaven zu herrschen".

Diese demokratische Gesinnung ist unbedingte Voraussetzung für die praktische Durchführung demokratischer Staatsformen.

Da die Gesinnung des kategorischen Imperativs aber ebensowenig bei allen Menschen in gleichem Maße vorhanden sein wird, wie die ihr innig verwandte christliche Gesinnung, so wird reine Demokratie bis in ihre äußersten Folgerungen ebensowenig durchführbar sein, wie die christliche Anarchie eines Tolstoi.

Demokratie ist bei sittlich hochstehenden Völkern in höherem, bei sittlich weniger hohen nur in geringerem Maße praktisch möglich, bei tiefstehenden Völkern gänzlich ausgeschlossen.

Deshalb ist es auch ein lächerliches Unterfangen, wenn ein Staat dem andern seine Staatsform aufdrängen will, oder wenn ein Staat plötzlich von der einen Übertreibung in die entgegengesetzte schwankt. Solche Versuche schlagen immer fehl.

Das lehrt die Geschichte Frankreichs. Das Merowingerreich und noch das Karolingerreich waren demokratische Monarchien im griechischen Sinne. Das Volk herrschte — mit monarchischer Spitze — über die romanisierten Gallier usw. Die monarchische Spitze wußte allmählich mit Hilfe des beherrschten Volkes die Aristokratie, die Reste der fränkischen Volksherrschaft, zu knebeln, später mit Hilfe der geknebelten Aristokratie das niedere Volk unten zu halten. Unter dem „Sonnenkönig Ludwig" wurden dem geknebelten eigenen Volk andere unterworfene Völker beigesellt — so die Elsässer. Das auf diese Weise entstandene und durch Mißwirtschaft zur Empörung getriebene französische Volk sprengte die Fesseln. Weil es aber der demokratischen Gesinnung — natürlich, denn es war allzulange geknechtet — entbehrte, so führte die Befreiung zur Anarchie und zur Schreckensherrschaft, zur schlimmen Kehrseite der Demokratie und durch den naturgemäßen Rückstoß zum Cäsarismus — d. h. einer gedanklich sich auf die Demokratie berufenden Autokratie.

Dieser kurze Abriß französischer Geschichte gibt uns über den Begriff der Demokratie und ihrer Gegensätze wertvolle Aufschlüsse. Nur an praktischen Erfahrungen klären sich die Begriffe. Nur aus den Gegensätzen heraus lassen sie sich deutlich erkennen.

Schon rein wörtlich genommen ist der Gegensatz zur Demokratie die Autokratie, zur „Volks"-Herrschaft die „Selbst"-Herrschaft oder Selbstherrlichkeit. Die Herrschaft eines „αὐτος", eines einzelnen, über die andern.

„L'état c'est moi", dieser Ausspruch Ludwigs des Vierzehnten ist die schärfste Ausprägung der autokratischen Gesinnung. Auch Autokratie ist ja in erster Linie ein Gesinnungsbegriff. Die Herrschaft ist nicht mehr da für das Volk, sondern für den Selbstherrscher. Der Autokrat ist nicht der Diener, sondern der unumschränkte Herr des Staates. Der Staat — das Volk — dient ihm zu seinem Vergnügen, zu seinem Glanz. Diese Gesinnung kommt

keineswegs nur auf Königsthronen vor, sondern ebensogut und noch mehr in Sklavenhütten, nie aber bei freien Männern.

Drum läßt uns Schiller vor dem Sklaven, der die Kette bricht, nicht aber vor dem freien Manne zittern.

Der autokratische Gedanke konnte in der Geschichte des französischen Staates erst dann praktisch sich auswirken, als die Reste fränkischer Volksfreiheit, der französische Adel, durch den Bund der Könige mit den untern Volksschichten und diese durch den Bund der Könige mit dem Adel völlig geknebelt waren. Die autokratische Gesinnung erreichte ihren Glanz- und Höhepunkt in dem großen Ludwig, dem Verwüster der Pfalz, dem Erwerber der freien Reichsstadt Straßburg. Sie brach in wüster Raserei hervor in der Schreckensherrschaft der französischen Revolution.

Unsere Zeit sah die autokratische Gesinnung ein fast kümmerliches Dasein fristen im russischen Zarismus — oder besser gesagt — in der russischen Bureaukratie und ihren schwarzen Hundert. Heute flammt sie zur Schreckensherrschaft der Lenin und Trotzky und Genossen mit ihren roten Garden auf.

Wo immer diese Gesinnung auftrete — im prunkvollen Königsmantel oder im Bettelkleide, bei den Ludwigen und bei den Bronsteins —, dem deutschen Manne ist sie zuwider. Denn sie ist seinem innersten Wesen fremd. Sie ist undeutsch und undemokratisch.

Der Sänger des Freiheitshelden Tell und des hohen Liedes bürgerlicher Ordnung, der Glocke — unser Schiller — haßte sie, wo immer er sie fand, und wir, wir hassen sie mit ihm.

Und doch hat auch sie ihre gute Kehrseite. Auch das Laster der Autokratie birgt den Keim zur Tugend in sich. Sie ist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Luzifer ist zugleich der Teufel und der Demiurgos, der Weltenschöpfer. Nur in der Autokratie ist die ordnende Kraft, die der Anarchie — der Kehrseite der Demokratie — zu wehren vermag. Autokratie ist zwar ein Übel, aber ein notwendiges, solange die Völker sich nicht völlig durchgerungen haben zur wahren demokratischen Gesinnung, zur Selbstbeherrschung, zum kategorischen Imperativ. Und wo der Autokrat selbst demokratisch fühlt und denkt, da leistet die Autokratie praktisch mehr für die Volksfreiheit als die Demokratie.

Der völlig autokratisch regierende alte Fritz war ein Bahnbrecher der Freiheiten, die wir heute genießen und fälschlich als Errungenschaften der französischen Revolution betrachten, der Preßfreiheit („Gazetten müssen nicht geniret werden"), der Glaubens- und der Gewissensfreiheit („In meinem Staate kann jeder nach seiner Fasson selig werden"). Die völlig demokratischen schweizerischen Innerkantone Uri, Schwyz und Unterwalden haben sich der Einführung dieser und anderer Freiheiten durch die Französische Revolution mit Waffengewalt widersetzt und namentlich mit der Glaubensfreiheit, die ihnen durch die Verfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft endgültig und unwiderruflich aufgezwungen wurde, heute noch nicht recht abgefunden.

Solange die Völker sich nicht innerlich losgerungen haben von autokratischer (selbstherrlicher) Gesinnung und durchgerungen haben zu demokratischer Gesinnung, zur freiwilligen Unterordnung unter die Interessen der Gesamtheit, wird das Übel der Autokratie in irgendwelcher Form und in irgendwelchem Maße unentbehrlich bleiben. Und da die Selbstsucht wohl erst mit dem Menschengeschlecht selbst aussterben wird, wird auch die ordnende Staatsgewalt der autokratischen Mittel vollständig nie entraten können.

In Gegensatz zur Demokratie wird oft auch die Aristokratie gestellt. Rein wörtlich mit einem gewissen Recht. Die Herrschaft der Besten ist nicht gleich der Volksherrschaft. Aristokratie ist die Herrschaft eines Teiles des Volkes — der Besten — über den übrigen Teil des Volkes, den weniger Guten und den schlechten. Nehmen wir das Wort Aristokratie in seinem echtesten Wortsinne und vergegenwärtigen wir uns, daß Demokratie, d. h. die Herrschaft des ganzen Volkes über das ganze Volk ein Widerspruch in sich selbst ist und bleiben muß, so wird uns klar, daß Aristokratie eigentlich nur eine verfeinerte Form der Demokratie ist. Aristokratie im ursprünglichen Wortsinne ist der Versuch, dem praktisch undurchführbaren Gedanken der Demokratie eine praktische Gestalt zu geben. Der sittlich bessere und der einsichtigere Teil des Volkes soll seinen Willen gegenüber dem sittlich schlechteren und weniger einsichtigeren Teile des Volkes durchsetzen. Theoretisch läßt sich hiegegen wohl kaum etwas einwenden. Im Gegenteil! Aristokratie muß sogar unser Ideal sein. Theoretisch stellen auch alle Staatsformen dieses Ideal auf, sei es, daß der Monarch seine Minister einsetzt und Adelsbriefe ausstellt, sei es, daß das Volk durch seine Parlamentsvertreter die Regierung wählt, beide werden theoretisch grundsätzlich darnach streben, die Besten, die „ἄριστοι" zu erküren, um sie über die Untertanen oder das wählende Volk regieren zu lassen. In der deutschen Sprache — insbesondere der Schweiz — hat sich zur Bezeichnung der Volksvertreter der feierliche Ausdruck „die Wägsten und Besten" erhalten, man hört ihn gelegentlich noch bei Festreden. In ihm drückt sich der ursprüngliche Idealgedanke der Aristokratie noch deutlich aus.

Auch wir können ihm ruhig anhängen, ohne von der als „deutsch" geschilderten „demokratischen Gesinnung" abzuweichen.

Wie die Demokratie aber ihre schlimme Kehrseite in der zügellosen Anarchie, die Autokratie in der Schreckensherrschaft eines einzelnen oder einer Masse hat, so hat auch die Aristokratie ihre Kehrseiten. Wählt der Monarch zu Ministern immer die „Wägsten" und „Besten"? Nimmt er in den Adel immer nur die sittlich und geistig höchststehenden Volksgenossen auf? Hat es nicht Zeiten gegeben, zu denen eine Lakaienseele für Kupplerdienste, ein zitternder Sklave für seine Gefügigkeit den Adelsbrief erhielt? Kommt es nicht heute noch vor, daß Adelstitel an erfolgreiche Krämerseelen um ihres Reichtums willen verschachert werden? Der päpstliche Adel und der Adel der Republik San Marino werden bekanntlich sogar nach besonderen Tarifen verkauft. Auch der Uradel, der auf alten ererbten Rassenvorzügen beruhte, ist vielfach durch Heirat in Krämerkreise um des lieben Geldes willen verdorben.

Hat eine solche Aristokratie noch den Anspruch auf den Ehrennamen der „Herrschaft der Besten"?

Ist anderseits Gewähr dafür vorhanden, daß bei Volkswahlen immer nur die „Wägsten" und „Besten" der Urne entsteigen? Gewiß nicht!

Auch Aristokratie ist also ein Ideal, dem man zwar nachstreben darf und soll, aber es ist nicht überall erreicht und nimmer restlos erreichbar, wie alle Ideale.

Wir müssen uns begnügen, die aristokratische Gesinnung als Ideal zu erkennen. Sie ist die Fortbildung der demokratischen Idealgesinnung. Auch die „Wägsten und Besten" sollen nur herrschen, um dem ganzen Volke zu dienen. Auch sie sollen nur, wie der alte Fritz, die ersten Diener des Staates sein.

Selbstlose Pflichterfüllung ist das Kennzeichen wahrer Aristokratie so gut wie wahrer Demokratie. Bei jener gilt noch in höherem Maße als bei dieser: „noblesse oblige."

Ihre schlimme Kehrseite hat die Aristokratie im Hochmut, im Klassenstolz, im Kastengeist. Verderbte Aristokratie führt zur Absonderung des einen Teiles des Volkes vom andern. Sie reizt den andern Teil und führt zu dessen Absonderung, wie wir es heute in der Sozialdemokratie erleben. Aristokratie getränkt mit autokratischer Selbstherrlichkeit und bar der demokratischen Gesinnung, bar des Bewußtseins, daß die ersten Diener des Staates auch höhere Pflichten auf sich nehmen müssen, führt zum Untergang der Gesamtheit, ebenso wie die Demokratie und die Autokratie in ihren schlimmen Kehrseiten, der zügellosen Anarchie und dem Despotismus.

Aristokratie im Geiste Friedrich des Großen, Aristokratie getränkt mit demokratischem Pflichtbewußtsein der Gesamtheit gegenüber ist ein Ideal.

Aristokratie im Sinne einer geschlossenen Kastenherrschaft, und wäre es die Herrschaft des organisierten Proletariates, ist undeutsch und undemokratisch — ist verwerflich.

Forderungen des tirolischen Volkes.

Auf dem Tiroler Volkstag in Brixen erhob der Vertreter der Alldeutschen, Dr. Sepp Straffner, unter stürmischem Beifall folgende Forderungen:

1. Uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht.

2. Keine Abtretung vom Boden jener Landesteile, die sich für die weitere Zugehörigkeit zu Tirol entscheiden.

3. Bundesrechtlichen Anschluß an das Deutsche Reich.

4. Keinen Friedensschluß Österreichs ohne Zustimmung Deutschlands.

5. Einsetzung eines Nationalrates für die Friedensverhandlungen, in welchem jede der drei Nationen in Tirol vertreten ist, jedoch nicht durch die Abgeordneten, sondern durch freigewählte Männer.

6. Austreibung aller jener Elemente, die das Tiroler Volk systematisch bewuchert und auszuhungern versucht haben.

Erziehungsfragen beim Heere.

Von Prof. Dr. Otto Stählin, Hauptmann d. L. a. D.

Die großen Umwälzungen auf den Gebieten der Bewaffnung, Ausrüstung, Ausbildung der Heere sind stets durch Kriege veranlaßt worden; denn in ihnen gewann man die Erfahrungen, durch die Altes als verkehrt, Neues als nötig erwiesen wurde. Mochten Kampfmittel, Ausrüstungsstücke, Kampfmethoden auch schon vorher erfunden worden sein: erst der Krieg selbst gab die Möglichkeit, sie im Ernst des Kampfes zu erproben und erzwang ihre allgemeine Einführung; ebenso nötigte die Erfahrung des Kampfes zur Abschaffung des Veralteten. Darum hat jeder große Krieg Neuerungen auf dem Gebiete des Kriegswesens herbeigeführt oder wenigstens den kräftigen Anstoß zu Veränderungen gegeben, die ohne ihn wohl noch lange unterblieben wären.

So wird auch der gegenwärtige Krieg nicht vorübergehen, ohne auf Kampfmittel und Kampfweise, Ausrüstung und Ausbildung des Heeres einen tiefeinschneidenden Einfluß auszuüben. Ist doch bereits jetzt schon so viel Neues in Erscheinung getreten, daß wir von einer gewaltigen Entwicklung während des Krieges sprechen können. Das gilt für die verschiedensten Gebiete; ich nenne nur einige Beispiele: U-Boot und Flugmaschine, Handgranaten und Minenwerfer, Feldbefestigung und Trommelfeuer, Riesenkaliber und Munitionsmassen, Fernsprecher und Funkendienst, Gasangriff und Flammenwerfer, alle diese Begriffe rufen in uns Vorstellungen wach, wie sie uns aus früheren Kriegen nicht bekannt sind.

Diese Veränderungen in der Kriegführung nötigen von selbst dazu, auch die Ausbildungsmethoden zu ergänzen, zu berichtigen, umzugestalten. Manches mußte schon während des Krieges geschehen; aber die Hauptarbeit auf diesem Gebiete, die Umgestaltung der Dienstvorschriften, die Neuregelung der ganzen Heeresorganisation auf Grund der neuen Erfahrungen wird doch erst im Frieden erfolgen können. Es ist vorauszusehen, daß nach dem Friedensschluß ein Zeitraum kommen wird, in dem allmählich vieles Alte durch Neues ersetzt wird.

Wird demnach erst die Friedenszeit in vollem Maße die Lehren des Weltkrieges verwerten können, so dürfen wir uns dadurch nicht abhalten lassen, schon jetzt zu überlegen, auf welchen Gebieten Veränderungen nötig sind, damit sie, soweit es möglich ist, jetzt schon vorbereitet oder wenigstens durchdacht werden können.

Im folgenden soll ein Gebiet besprochen werden, das von den Erfahrungen und Lehren des Krieges nicht weniger beeinflußt werden wird, als andere Gebiete des Kriegswesens, das Gebiet der militärischen Erziehung. Auch hier werden die Erfahrungen des Krieges manche Änderungen erzwingen, die schon vor dem Krieg von einzelnen gefordert, aber nicht durchgesetzt werden konnten. So bin ich überzeugt, daß nach dem Krieg manches von dem kommen wird, was z. B. Hans v. Angeln in seinem anregenden, aber von Übertreibungen nicht freien Buche „Moderne Soldatenerziehung" (München, A. Langen) schon im Frieden gefordert hat. Aber auf dem Gebiet der militärischen Erziehung ist nicht nur die mannigfaltige Erfahrung des Krieges wirksam; mehr und mehr macht sich noch eine andere Tatsache geltend, die Tatsache, daß die gleichen Probleme, die unser allgemeines Erziehungswesen betreffen, auch für die militärische Erziehung Gewicht und Bedeutung haben. Ebenso wie von den Lehren des Krieges kann die militärische Erziehung auch von dem Wechsel in den allgemeinen Erziehungsanschauungen nicht

unberührt bleiben. Beides zusammen macht es nötig, daß die Grundsätze der militärischen Erziehung neu geprüft und zum Teil umgestaltet werden.

Die hohe Bedeutung der militärischen Erziehung hat Moltke in einer Rede vom 16. Februar 1874 mit beredten Worten gepriesen: „Nicht der Schulmeister, sondern der Erzieher, der Militärstand hat unsere Schlachten gewonnen, welcher jetzt bald 60 Jahrgänge der Nation erzogen hat zu körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische, zu Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit. Sie können die Armee, und zwar in ihrer vollen Stärke, schon im Innern nicht entbehren für die Erziehung der Nation."

Auch unsere Vorschriften weisen mit großem Nachdruck auf die Wichtigkeit der Erziehung hin. Ziffer 2 der Felddienstordnung gibt als Ziel der Erziehung an, die sittlichen und geistigen Kräfte des Soldaten zu heben, die neben der körperlichen und militärischen Ausbildung seinen kriegerischen Wert bedingen. Ziffer 158 des Exerzierreglements für die Infanterie bezeichnet als Ziel der Schützenausbildung, daß der Soldat zum selbständig denkenden und gewissenhaft handelnden Schützen erzogen wird. „Das pflichtgetreue Bemühen, auch unbeobachtet und nicht beaufsichtigt das Beste zu leisten, sind die Grundlagen der Überlegenheit." Durch alle Vorschriften zieht sich das Bestreben, die Übungen so zu gestalten, daß die geistigen und sittlichen Kräfte des Mannes gehoben, daß er zu selbständigem Denken, richtigem Wollen, tatkräftigem Handeln erzogen wird. Gewiß beruht auf dieser Erziehung ein großer Teil unserer Erfolge in diesem Kriege. Denn trotzdem, daß in ihm Massenheere miteinander kämpfen wie noch in keinem früheren Krieg, ist die Bedeutung der Entschlußkraft, der Selbständigkeit, der Gesinnung des einzelnen Mannes nie größer gewesen als jetzt. In unzähligen Fällen ist dem Führer die Einwirkung auf seine Untergebenen nicht mehr möglich; der einzelne Mann ist auf sich angewiesen; von seinem Wollen und Können, von seiner Selbsttätigkeit und Gewissenhaftigkeit ist der Ausgang der Kampfhandlung abhängig. Oft ist jede Überwachung unmöglich: nicht Furcht vor Strafe, nicht Hoffnung auf Lohn, sondern Pflichtgefühl, sittliche Kraft, klare Erkenntnis des Notwendigen werden Entschluß und Tat bestimmen. Darum genügt es nicht, den Mann an Gehorsam und Manneszucht zu gewöhnen; wir müssen ihn so erziehen, daß er auch da, wo er auf sich allein gestellt ist, Kraft und Willen hat, das Richtige zu tun. So wächst die Bedeutung der Erziehung; von ihrer Wirkung hängen Sieg und Niederlage ab.

Hier erhebt sich aber sofort die Frage: Kann die Erziehung denn solche Wirkung ausüben? hat die Erziehung umgestaltende oder neuschaffende Kraft? bleibt sie nicht in vielen Fällen trotz allen Bemühens wirkungslos? Diese Frage nach der Möglichkeit und den Grenzen der Erziehung ist in der pädagogischen Literatur seit Platon oft behandelt worden. Die Antworten lauten aber sehr verschieden. Bald wird der Erziehung ein fast unbeschränkter Einfluß zugeschrieben, so daß der Mensch ganz und gar als das Ergebnis der auf ihn wirkenden äußeren Einflüsse erscheint; bald betont man den Einfluß der Vererbung, die Bedeutung der angeborenen Anlagen so sehr, daß für die Wirkung der Erziehung keine Möglichkeit bleibt.

In Zeiten nationaler Not erwartete man oft von einer neuen Erziehungsweise einen neuen Aufschwung und Errettung des Volkes aus sittlichem und wirtschaftlichem Tiefstand. So fordert Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation eine neue nationale Erziehung, weil er davon eine Erneuerung der ganzen Volkskraft erhofft. Er ist von der Möglichkeit der Erziehung so überzeugt, daß er sagen kann: „Willst du über den Menschen etwas vermögen, so mußt du mehr tun als ihn bloß

anreden; du mußt ihn machen; ihn also machen, daß er gar nicht anders wollen könne als du willst, daß er wolle." Er sagt einmal, die Erziehung sei das einzige Heilmittel für die gesamte Menschheit. Auch Kant setzte die größten Hoffnungen auf die Wirkung der Erziehung; der Mensch sei nichts, als was die Erziehung aus ihm mache.

Mit dieser Vorstellung von der umgestaltenden Kraft der Erziehung verbindet sich dann vielfach die Anschauung, daß die Menschen im Grunde alle ziemlich gleich veranlagt sind, daß man daher durch die richtige Erziehung aus allen alles, aus allen das gleiche machen könne.

Aber an diesem Glauben an die unbeschränkten Möglichkeiten der Erziehung wurde man irre, als man einen klareren Blick für die unendliche Mannigfaltigkeit der Begabungen und Anlagen und für die Gesetzmäßigkeit, Unbeeinflußbarkeit der Entwicklung bekam. In schroffem Gegensatz zu dem Glauben an den großen Einfluß der Erziehung steht die Vorstellung von der Unveränderlichkeit der angeborenen Anlage. Schopenhauer sagt, den Charakter des Menschen umzugestalten, sei ebenso unmöglich wie aus Blei Gold zu machen oder eine Eiche durch sorgfältige Pflege dahin zu bringen, daß sie Aprikosen trägt. Am schönsten hat Goethe dieser Anschauung Ausdruck gegeben in den Versen:

„Wie an dem Tag, der dich der Welt verliehen,
Die Sonne stand zum Gruße der Planeten,
Bist alsobald und fort und fort gediehen
Nach dem Gesetz, wonach du angetreten.
So mußt du sein, dir kannst du nicht entfliehen,
So sagten schon Sibyllen, so Propheten,
Und keine Zeit und keine Macht zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt."

Je mehr man aber in der Neuzeit das allgemein wirksame Naturgesetz der Vererbung erkannte, desto weniger schien mehr Raum und Wirkungsmöglichkeit für die Erziehung vorhanden zu sein. Denn von dem Gesetz der Vererbung ist nichts ausgenommen: geistige Anlagen ebensowenig wie körperliche; alles ist ererbtes, nicht erworbenes Gut; mit der Geburt ist jedem der Entwicklungsgang vorgezeichnet; niemand kann sich diesem Zwang entziehen, niemand die Entwicklung beeinflussen.

Es ist klar, daß es auch für den militärischen Erzieher nicht gleichgültig ist, welche Stellung er zu diesen entgegengesetzten Anschauungen einnimmt. Glaubt er an die Gleichartigkeit der Menschen und an die alles umgestaltende Kraft der Erziehung, so wird er die höchsten Ziele aufstellen und von allen das gleiche fordern; indem er alle das gleiche lehrt, alle gleichmäßig behandelt, wird er hoffen, alle auch zu dem gleichen Ziele führen zu können, das ihm als Idealbild eines vollkommenen Soldaten vorschwebt. Ist er dagegen von der Verschiedenheit der Menschen und der Unveränderlichkeit der ihnen angeborenen Anlagen überzeugt, so wird er sich darauf beschränken, Fertigkeiten und Kenntnisse zu übermitteln, aber darauf verzichten, irgendwelchen Einfluß auf Charakter und Gesinnung ausüben zu wollen. Beide Anschauungen finden sich auch, mehr oder weniger ausgeprägt, im Heere; aber beide Extreme sind falsch. Die Wahrheit steht in der Mitte zwischen der Lehre von der Allgewalt der Erziehung und der Lehre von dem unentrinnbaren Gesetz der Vererbung. Wir dürfen weder an der Möglichkeit der Erziehung zweifeln, noch die Grenzen ihrer Macht verkennen. Wohl bringen die zu Erziehenden die mannig-

fachsten ererbten Anlagen mit; aber diese Anlagen können sich verschieden entwickeln, und die Möglichkeit der Erziehung liegt darin, daß sich die Entwicklung unter dem Druck äußerer Einflüsse verschieden gestaltet. Die Grenzen der Erziehung liegen aber darin, daß nur die ererbten, mitgebrachten Anlagen entwickelt, nicht neue erzeugt werden können.

Aus dieser Betrachtungsweise von der Möglichkeit und den Grenzen der Erziehung ergeben sich aber wichtige Forderungen, die bisher beim Heere nicht überall genügend beachtet wurden. Die erste Forderung ist, daß die Erzieher die Eigenschaften und Anlagen derer, die sie erziehen sollen, genau kennen müssen. Das geht unmittelbar aus der Tatsache hervor, daß die Erziehung nichts anderes kann, als die Entwicklung der mitgebrachten Anlagen beeinflussen. Damit hängt aber enge die zweite Forderung zusammen, daß die Erziehung nicht für alle gleich sein darf, sondern der Eigenart der einzelnen angepaßt werden muß. Auch beim Heere wird die Erziehung nur dann tiefgehenden Erfolg haben, wenn sie sich auf die einzelnen richtet und in sorgfältiger Beobachtung feststellt, welche Anlagen bei jedem einzelnen zu fördern, welche zu bekämpfen sind. Dazu ist aber ferner eine Kenntnis der Gesetze nötig, nach denen sich die Anlagen entwickeln, und ein Verständnis für die Möglichkeiten, unter denen die Entwicklung beeinflußt werden kann. Nur wenn der Erzieher die Gesetze geistigen und sittlichen Wachstums kennt, wird er einen segensreichen Einfluß auf die Entwicklung gewinnen können; kennt er sie nicht, so wird er dem ungeschickten Gärtner gleichen, der mit täppischer Hand die Fruchtknospen abbricht und die Wasserschößlinge großzieht.

Frhr. von Freytag-Loringhoven sagt in seinem inhaltsreichen Buch „Folgerungen aus dem Weltkriege" (Berlin 1917): „Menschenkenntnis ist die Grundbedingung erfolgreicher Führung" und fordert deshalb von dem Offizier Studium der Geschichte, vor allem der Kriegsgeschichte. Aber ebenso notwendig ist, daß Offiziere und Unteroffiziere auch für die Aufgabe der Erziehung, die mehr und mehr eine ihrer wichtigsten Berufsaufgaben wird, gründlich vorgebildet werden. Diese Forderung ist zwar schon oft erhoben worden, z. B. in dem trefflichen Buche des österr. Hauptmanns Hans Leberl, Der Offizier als Erzieher und Volksbildner (Reichenberg i. B.). Aber bisher ist die Forderung überhaupt noch nicht oder wenigstens noch nicht genügend erfüllt. Aus dem Mangel an Kenntnis der Erziehungsmöglichkeiten entstehen leicht Fehler in der Behandlung, ja sogar Ungerechtigkeiten und Härten, indem man alle trotz der Verschiedenheit ihrer Anlagen gleich behandelt und von allen das gleiche fordert, statt daß man die vorhandenen Fähigkeiten abschätzt und sie zu entwickeln sucht. Manche wertvolle Anlage bleibt unentwickelt oder wird im Keim geknickt, und manche gefährliche Neigung läßt man ungehemmt groß werden.

So sehen wir, daß schon auf Grund allgemeiner Erziehungsgrundsätze eine stärkere Individualisierung; eine größere Berücksichtigung der Verschiedenheit der Untergebenen beim Heere gefordert werden muß. Wir werden später sehen, daß auch andere Erwägungen zu dem gleichen Ergebnis führen. Zunächst aber wenden wir uns einer anderen grundlegenden Frage zu, der Frage nach dem Ziel der militärischen Erziehung.

Es ist keine richtige Erziehung möglich, wenn dem Erziehenden kein klares Erziehungsziel vor Augen steht. Denn die planmäßige Einwirkung auf die zu Erziehenden gehört zum Wesen der Erziehung. Je nach dem Erziehungsziel werden aber auch Formen und Mittel der Erziehung verschieden sein.

Nun scheint bei der militärischen Erziehung die Frage nach dem Erziehungsziel sehr einfach zu beantworten; wir wollen tüchtige Soldaten erziehen, die jeder an sie herantretenden Aufgabe gewachsen sind. Aber sobald wir etwas tiefer auf die Frage eingehen, erheben sich doch Schwierigkeiten. Welche Eigenschaften sind vor allem zu pflegen, wenn der Soldat jenem Idealbild nahekommen will? Gehorsam oder Selbständigkeit? Mut oder Ausdauer? Kühnheit oder Überlegung? Ist es wichtiger, daß der einzelne für sich das Höchste zu leisten imstande ist oder daß alle zusammen auf gleiche Höhe gehoben werden? Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, wie sehr die Art der Erziehung durch die Beantwortung dieser Fragen beeinflußt werden muß.

Bevor wir uns einer grundsätzlichen Seite dieser Frage zuwenden, möge ein Gesichtspunkt vorausgenommen sein. Unter den Eigenschaften, denen unser Heer die gewaltigen Erfolge in diesem Kriege verdankt, steht obenan der herrliche Angriffsgeist. Wenn wir die prachtvollen Schilderungen im ersten Bande von Stegemanns Geschichte des Krieges lesen, so werden wir immer wieder mit Stolz und Bewunderung erfüllt für die rücksichtslose Energie des Angriffs, mit der unsere Truppen ungeachtet aller Verluste vorwärtsstürmten. Diese ungestüme Tapferkeit ist altes Erbgut der Germanen; aber sie ist in unserem Heere auch immer als Hauptziel der Erziehung hingestellt, als Beweis soldatischer Kraft und militärischer Tugend gefordert worden. Friedrich der Große sagt in einer Vorschrift für die Offiziere der Kavallerie: „Es verbietet der König hierdurch allen Offizieren von der Kavallerie bei infamer Kassation, sich ihr Tage in keiner Aktion vom Feinde attackieren zu lassen, sondern die Preußen sollen allemal den Feind attackieren." Von dem gleichen Geist sind die Worte unseres Exerzierreglements erfüllt: „Den ihr innewohnenden Trieb zum angriffsweisen Vorgehen muß die Infanterie pflegen; ihre Handlungen müssen von dem einen Gedanken beherrscht sein: Vorwärts auf den Feind, koste es, was es wolle!"

Auch in Zukunft muß es die oberste Aufgabe aller militärischen Erziehung sein, diesen unwiderstehlichen Angriffsgeist, den stürmischen Willen zum Sieg in die Herzen der jungen Krieger zu pflanzen und stets lebendig zu erhalten. Wir werden später danach fragen, welche Mittel die Erziehung zur Erreichung dieses Ziels verwenden kann. Hier soll nur noch darauf hingewiesen werden, daß gerade dieser Erziehungsaufgabe besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Unsere ganze Jugenderziehung geht darauf aus, Friedfertigkeit, Versöhnlichkeit, Nachgiebigkeit als Haupttugenden zu pflegen; die einem gesunden Knaben angeborene Kampflust, der Wunsch, jeden Schlag mit Schlägen zu vergelten, ja der kühne Wagemut wird als Unart bekämpft. Dadurch ist eine Gefahr der Verweichlichung der Gesinnung, einer Einbuße männlicher Kraft, männlichen Mutes gegeben. Es wird eine wichtige Aufgabe der Knabenerziehung, vor allem aber der militärischen Erziehung sein, den hier vorhandenen Gefahren wirksam zu begegnen. Doch bevor wir von den Mitteln der Erziehung sprechen, ist noch eine grundlegende Frage des Erziehungszieles zu behandeln.

In der allgemeinen Pädagogik ringen seit langer Zeit zwei Erziehungsziele um den Vorrang: das eine fordert Ausbildung und Pflege der einzelnen Persönlichkeit, das andere Ausbildung für die Gesamtheit. Der Kampf ist oft erbittert geführt worden: warf man dem ersten Erziehungsideal die Heranziehung und Pflege rücksichtslosen Eigennutzes vor, so schien bei dem anderen die Gefahr nahe, daß wertvollste Eigenart unterdrückt und das Interesse des einzelnen ganz dem der Gesamtheit geopfert werde.

Es könnte auf den ersten Blick scheinen, als sei für die militärische Erziehung die Entscheidung in dieser Frage leicht, als sei es selbstverständlich, daß beim Heere jede Rücksicht auf den einzelnen und seine Sonderart zurücktreten müsse hinter der Betonung der für alle gemeinsamen Aufgaben, hinter der Erziehung für die Gesamtheit. Die allgemeine Wehrpflicht ist ja der klarste Beweis dafür, daß die höchste Pflicht jedes einzelnen die opferwillige Hingabe an die Gemeinschaft ist; darum muß, so könnte es scheinen, auch das Hauptziel jeder militärischen Erziehung sein, zu dieser Hingabe willig zu machen und den eigennützigen Gedanken an persönliches Wohlsein zu ertöten, wie es der französische Philosoph August Comte als Aufgabe der Erziehung hingestellt hat: den Gemeinschaftssinn zu entwickeln und die Persönlichkeit abzutöten.

Gerade während des Weltkrieges ist es oft gepriesen worden, daß in der grauen Uniform alle Unterschiede des Standes und der Begabung, der Herkunft und des Vermögens verschwinden, daß alle gleich sind und gleich werden müssen im Dienst für das Vaterland, in Gefahr, Kampf, Not und Tod, wie es in dem schönen Reservistenlied von Otto Crusius heißt:

Der gleiche Rock, das gleiche Recht,
Und Rottennachbarn Herr und Knecht,
Derselbe Lohn, dasselbe Brot,
Dasselbe Bett in Schlaf und Tod,
Einer wie der andre.

Es ist auch gewiß richtig, daß das wichtigste Ziel der militärischen Erziehung die Bereitwilligkeit jedes einzelnen ist, sich mit all seinem Können, mit seinem ganzen Leben in den Dienst des großen Ganzen, des Vaterlandes, des Staats zu stellen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit innerhalb der Truppe, dann des ganzen Heeres und des ganzen Volkes zu wecken, ist eine der wichtigsten Aufgaben; aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit erwächst dann das Gefühl der Verpflichtung gegen die Gemeinschaft, im höchsten Sinn die staatsbürgerliche Gesinnung. Wir werden später sehen, daß gerade diese Seite der Erziehung in Zukunft besonders nötig und besonders schwierig sein wird.

Aber doch ist sie nur die eine Seite der militärischen Erziehung, neben der die andere nicht vernachlässigt werden darf. Wann werden die einzelnen der Gesamtheit am meisten nützen, wann werden sie ihre Pflichten dem Vaterland gegenüber im höchsten Maß erfüllen? Doch gewiß dann, wenn die Kräfte jedes einzelnen zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt, wenn jeder einzelne auf die höchste Stufe der Ausbildung gehoben ist. „Nur durch die gründlichste Ausbildung des einzelnen wird das notwendige Zusammenwirken vieler erlangt", sagen übereinstimmend Exerzierreglement und Felddienstordnung. Aber sobald wir die Aufgabe, jeden einzelnen gründlich auszubilden, jeden einzelnen zu selbständigem Denken und Handeln zu erziehen, näher betrachten, stoßen wir auf Schwierigkeiten. Die körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Verstand und Wille, Begabung und Gesinnung der Auszubildenden sind ungeheuer verschieden. Inwieweit darf und muß dem Rechnung getragen werden, wenn doch alle gleichmäßig für die Gesamtheit, für ein verständnisvolles Zusammenwirken erzogen werden sollen? Hier sind Gefahren vorhanden, deren Bedeutung vielleicht nicht immer klar genug erkannt ist. Auf der einen Seite steht die Gefahr, daß man um der gleichmäßigen Ausbildung willen darauf verzichtet, bei jedem einzelnen das höchste erreichbare Ziel zu erstreben; auf der andern Seite ist die Gefahr, daß ein gleichmäßiges, verständnisvolles Zusammenwirken

erschwert wird, wenn Leistungsfähigkeit und Ausbildung der einzelnen zu sehr verschieden ist.

Es dürfte zweckmäßig sein, darauf hinzuweisen, daß ähnliche Probleme in der Jugenderziehung aufgetaucht sind und mannigfache Lösung gefunden haben. In der Volksschule machte sich die Einrichtung besonderer Klassen für die Schwächerbegabten nötig, wollte man nicht entweder diese im Interesse der Begabteren vernachlässigen oder ihretwegen auf ein sonst mögliches rascheres Fortschreiten und Weiterfördern bei den Begabten verzichten. In den letzten Jahren hielt man es aber an manchen Orten für notwendig, auch die Begabtesten aus der großen Masse auszusondern und sie in besonderen Schulen so rasch und soweit als möglich zu fördern. Ja, auch für die höheren Schulen forderte man eine solche Aussonderung der Begabtesten: Schulen für hervorragend Begabte sollten sowohl ihrer eigenen Höchstausbildung als dem Interesse des Staates dienen, dem auf diese Weise Führer auf allen Gebieten herangezogen werden könnten.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß dieser Gliederung der Schulen nach der Begabung der Schüler manche Schwierigkeiten und Bedenken entgegenstehen. Schon die Auswahl der Schüler ist schwierig; Irrtümer und Ungerechtigkeiten sind kaum zu vermeiden. Frühreife, der die spätere Entwicklung nicht entspricht, veranlaßt eine falsche Auswahl. Noch schlimmer aber ist es, daß durch die Herausnahme der Begabtesten den Zurückbleibenden Ansporn und Anregung geraubt wird; denn durch die Höchstleistungen einzelner wird stets auch die Durchschnittsleistung der übrigen gehoben.

Trotz dieser Bedenken, die in vollem Umfang auch fürs Heer gelten, sollte auf die Begabungsunterschiede im weitesten Sinn, mehr als es bisher möglich schien, Rücksicht genommen werden. Die Höchstleistungen einzelner können dadurch wesentlich gesteigert werden. Der Krieg hat eine Menge von Sonderwaffen nötig gemacht, und die Spezialisierung wird gewiß noch fortschreiten. Da ist es nun von der allergrößten Bedeutung, daß jeder einzelne dem Dienstzweig zugeführt wird, wo er das Höchste leisten kann. Hier muß der Wunsch des einzelnen hinter dem Interesse der Gesamtheit zurücktreten, aber in den meisten Fällen wird jeder auch da am meisten Befriedigung finden, wo er das Gefühl höchster Leistungsfähigkeit hat. In der allgemeinen Pädagogik ist man jetzt bestrebt, durch Begabungsforschung und Berufsberatung die Heranwachsenden den Berufen zuzuführen, in denen sie vermöge ihrer Begabung das Höchste leisten und die größte Befriedigung finden werden. Bis zu einem gewissen Grade wird solche Begabungsforschung auch beim Heere nötig sein. Da die Gesamtheit dann das Höchste leisten wird, wenn jeder an dem Posten steht, der seiner Sonderbegabung am meisten entspricht, wird es nötig sein, Methoden ausfindig zu machen, nach denen die Fähigkeiten und Begabungen unter dem Gesichtspunkt der höchsten Leistungsfähigkeit für bestimmte militärische Zwecke und Aufgaben geprüft werden. Hierbei werden unter Umständen die von der experimentellen Psychologie angegebenen Untersuchungsweisen gute Dienste leisten können. Welche Ersparnisse an Kraft durch richtige Auswahl und Verwendung der für die einzelnen Aufgaben Fähigsten gemacht werden können, zeigen die Erfolge, die Fr. Taylor durch Anwendung der psychologischen Methode in industriellen Betrieben erzielt hat. Z. B. hat er in einer Fabrik, in der Stahlkugeln hergestellt und vor der Ablieferung genau geprüft werden mußten, durch Verbesserung der Methode und durch Auswahl der für die Arbeit Geeignetsten erreicht, daß 35 Frauen trotz kürzerer Arbeitszeit genau so viel, ja Besseres leisteten wie früher 120.

Gewiß stehen diese Untersuchungen über Begabungstypen noch in den Anfängen; aber doch sind schon wertvolle Ergebnisse gewonnen worden. Daher darf auch die militärische Erziehung an dieser Forschungsweise nicht achtlos vorübergehen, wenn sie die ihr aus dem Volk zuströmenden Kräfte zur Höchstleistung führen will. So wird es, um einige Beispiele anzuführen, durch genaue Beobachtung und versuchsmäßige Feststellung der psycho-physischen Veranlagungen möglich sein, Auslesetruppen von Scharfschützen, Handgranatenwerfern, Fliegern zusammenzustellen, deren Leistungen den Durchschnitt des ohne solche Auslese Erreichbaren um ein Vielfaches übertreffen. Der Feststellung sicherer Methoden der Begabungsprüfung wird man in Zukunft ebensoviel Sorgfalt zuwenden müssen wie bisher den Methoden der Ausbildung.

Es kann hier nur kurz angedeutet werden, daß für die siegreiche Abwehr feindlicher Angriffe die Frage der besten Ausnutzung der vorhandenen Kräfte eine über die militärische Erziehung weit hinausgehende Bedeutung hat. Mehr und mehr wird der gegenwärtige Krieg nicht nur von der bewaffneten Macht, sondern von dem ganzen Volk geführt. Jeder einzelne Volksgenosse, Mann und Frau, alt und jung, ist in den Dienst des Volkes gestellt und muß an seinem Teile mithelfen, die Anschläge der Feinde zuschanden zu machen. Der Kampf an der Front, die Herstellung von Munition und Kriegsgerät aller Art, die Beschaffung der Rohstoffe und Lebensmittel, das alles steht auf der gleichen Stufe; alles ist gleich notwendig, wenn wir den Sieg gewinnen wollen. Versagt das deutsche Volk auf einem von diesen Gebieten, so helfen ihm die Leistungen auf allen anderen Gebieten nichts; es unterliegt doch den Feinden. Schon jetzt hat diese Tatsache zu einer gewissen Durchbrechung der allgemeinen Wehrpflicht geführt; die große Masse der Reklamierten in kriegsnotwendigen Betrieben dient nicht mehr mit der Waffe, sondern mit ihrer Arbeit. Je klarer wir aber die Tatsache erkennen, daß das ganze Volk mit allen seinen Kräften den Krieg führen muß, desto mehr werden wir zu einer Umgestaltung unserer Wehrpflicht kommen, die teils eine Erweiterung teils eine Einschränkung bedeuten wird. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hat die Erweiterung schon in gewisser Hinsicht gebracht. Aber es wird wohl später zu einer organischen Verbindung zwischen Wehrpflicht und Hilfsdienstpflicht kommen müssen; alles wird unter den obersten Grundsatz gestellt werden, daß alle Volksgenossen, Männer wie Frauen, dem Vaterland in Zeiten der Not an der Stelle zu dienen verpflichtet sind, wo man sie am nötigsten braucht. Der Dienst mit der Waffe wird immer obenan stehen, schon deswegen, weil alle Arbeit in der Heimat nur geschehen kann, wenn der Feind von den Grenzen ferngehalten ist. Aber auch alle Arbeit fern von den Schlachtfeldern muß eingegliedert werden in den einen Zweck der Aufrechterhaltung der eigenen Kampfkraft und der Niederzwingung der Feinde. Dabei wird Vorsorge getroffen werden müssen, daß nicht mehr, wie es jetzt vielfach geschieht, diejenigen, die fern von den Gefahren des Krieges in der Heimat arbeiten, überdies noch reiche Gewinne einstecken, während die draußen an der Front nicht nur Leben und Gesundheit, sondern auch ihre wirtschaftliche Stellung opfern. Anderseits liegt es im Interesse der Gesamtheit, daß mit dem Kostbarsten, was wir besitzen, der Lebenskraft des Volkes, keine Verschwendung getrieben wird. In diesem Krieg ist manches wertvolle Leben im Schützengraben nutzlos zugrunde gegangen, das an anderer Stelle heute noch dem Vaterland und Volk die wichtigsten Dienste leisten könnte. Je schwerer der Krieg auf dem Volke lastet, desto wichtiger ist es, daß jede im Volk vorhandene Kraft an der Stelle eingesetzt wird, wo sie am meisten wirken

kann. Sobald es aber oberster Grundsatz ist, daß jede Kraft bis aufs äußerste fürs Vaterland ausgenutzt werden muß, ergibt sich die Folgerung, daß alle Gleichmacherei vermieden und alle vorhandenen Kräfte nur nach dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit auf die unendliche Fülle der Aufgaben verteilt werden.

Kehren wir wieder zur militärischen Erziehung im engeren Sinn zurück, so entsteht aus dem Gesagten zunächst die Notwendigkeit, daß die Unterschiede der Auszubildenden mehr berücksichtigt, daß aber alle entsprechend ihrer Veranlagung zur höchsten Leistungsfähigkeit erzogen werden. Gegen eine allzu große Zersplitterung, die man hierbei befürchten könnte, schützt schon der Umstand, daß die Grundlagen für diese Ausbildung in weitem Maße die gleichen sein müssen. Schon die Tatsache, daß Gesundheit, Kraft, Widerstandsfähigkeit des Körpers die Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten ist, zwingt zunächst zu einer gründlichen Ausbildung des Körpers. Die Erfahrungen des Krieges, der so ungeheure Anstrengungen und Entbehrungen hat ertragen lassen, werden gewiß zu einer besseren körperlichen Erziehung unserer Jugend führen. Aber auch beim Heere wird die Erziehung zu körperlicher Kraft und Gewandtheit vielleicht noch mehr Zeit beanspruchen als jetzt. Jedenfalls aber werden wichtige Änderungen eintreten. Zunächst muß der schädliche Unterschied zwischen dem allgemeinen und dem militärischen Turnen fallen, und zwar wird es in der Hauptsache das militärische Turnen sein, das hier umzulernen und sich anzupassen hat. Mehr als bisher werden auch die Geräteübungen zu ihrem Rechte kommen, die Gewandtheit, Mut, Entschlossenheit zu fördern geeignet sind. Der Querbaum wird entweder ganz verschwinden und dem Reck Platz machen oder doch neben dem Reck sehr zurücktreten müssen; angewandtes Turnen, wie das Erklettern von Bäumen, Überwinden natürlicher Hindernisse, wird besonders gepflegt werden. Vor allem aber wird man mehr als bisher danach trachten, Einförmigkeit und Langweile zu vermeiden und Lust und Freude zu wecken, ein Grundsatz, der freilich gleichmäßig für alle Dienstzweige gelten muß.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellung, die das Militär zum Sport einnehmen wird. Bisher war die Haltung in der Hauptsache ablehnend. Dabei darf es wohl nicht bleiben. Mag der Sport auch manche Auswüchse zeigen, die der militärischen Erziehung fernbleiben müssen, so hat er anderseits Vorzüge, auf die das Heer nicht verzichten darf. Zweierlei möchte ich vor allem nennen: erstens die im Sport ausgebildeten Methoden, Höchstleistungen mit geringstem Kraftaufwand zu erzielen, zweitens die im Sport übliche Messung und Feststellung der Leistungen. Das erstere hängt nahe mit dem zusammen, was ich früher über die Verbesserung der Methoden durch genaue Beobachtung der aufgewandten Kräfte gesagt habe. Ein in den Methoden des Sports ausgebildeter Lehrer wird z. B. im Laufen, Springen, Werfen ganz ungleich höhere Ergebnisse erzielen als ein anderer, dem diese Methoden fremd sind. Ebenso wird eine Steigerung der Einzelleistungen ganz wesentlich dadurch gefördert, daß jede Leistung gemessen und genau festgestellt wird. Nur dadurch wird auch der Wetteifer entzündet, der immer wieder zur Steigerung und Überbietung der Leistungen führt.

Vielleicht das wichtigste aber ist, daß allen körperlichen Übungen, soweit es irgend möglich ist, die Form des Kampfes gegeben wird. In den durch Gesetze genau geregelten Kampfspielen mannigfaltigster Art haben wir Erziehungsmittel von der höchsten Bedeutung; in ihnen lernen die Teilnehmer sich bestimmten Ordnungen fügen, sich den Zwecken der „Partei" unterordnen, und — was noch wich-

tiger ist — sie haben dabei Gelegenheit, die natürliche Kampflust des gesunden, kräftigen Mannes zu betätigen. Wir sahen früher, daß oberstes Ziel aller militärischen Erziehung die Weckung und Pflege des Angriffsgeistes sei. In den Kampfspielen, bei denen Siege durch Preise und Auszeichnungen belohnt werden mögen, haben wir das beste Mittel, den Kampfgeist zu pflegen. Gewiß sollen Sport und Spiel bei uns niemals die Rolle spielen wie in England, aber sie sollen uns dienen, höhere Ziele zu erreichen. Der Streit zwischen Turnen und Sport verliert mehr und mehr seine Berechtigung; jedenfalls muß das Heer von beiden nehmen, was es für seine Zwecke brauchen kann.

Übrigens gilt, was soeben von den Kampfspielen gesagt wurde, auch für viele andere Zweige der militärischen Ausbildung. Überall, wo ein sichtbares, im Kampf erreichbares Ziel gegeben ist, wo Sieg oder Niederlage die Leistung wertet, werden die Kräfte zur höchsten Anspannung gereizt. „Der geweckte Wetteifer, der gesunde und edle Ehrgeiz ist es allein, der den Körper zur Höchstleistung bringt," sagt Hans v. Angeln in seinem früher erwähnten Buch.

In diesem Zusammenhange sei auch eine Frage besprochen, die für die Art der Ausbildung der Soldaten von großer Bedeutung ist, die Frage nach dem Verhältnis von Drill und Erziehung. Man hat unserer militärischen Ausbildungsweise oft den Vorwurf gemacht, daß sie in der Hauptsache im Drill bestehe, und gefordert, daß an Stelle des Drills die Erziehung trete. Damit ist aber das Verhältnis von Drill und Erziehung nicht richtig erfaßt; denn in all den körperlichen Fertigkeiten, in denen der Drill möglich und nötig ist, kann er nicht durch Erziehung ersetzt werden. Man muß sogar sagen: je schwieriger die Aufgaben des Soldaten werden, desto notwendiger wird der Drill für alles, was gedrillt, d. h. durch häufige, durch Befehl erzwungene Wiederholung zu großer Fertigkeit und mechanischer Durchführung gebracht werden kann. Je mehr der Soldat auf diese Weise gelernt hat, gewisse Bewegungen oder militärische Handlungen unwillkürlich, ohne besondere Überlegung richtig auszuführen, weil er gezwungen war, sie übungsweise sehr oft auszuführen, desto mehr wird er Kraft und Überlegung frei haben für das, was nicht gedrillt werden kann. So behält der Drill neben der Erziehung sein Recht, aber sein Wirkungskreis endet da, wo es sich nicht mehr um mechanische, ohne weitere Überlegung jedesmal in gleicher Weise auszuführende Bewegungen oder Tätigkeiten handelt. Er ist also in der Hauptsache auf die Ausbildung in körperlichen Fertigkeiten (z. B. im Laden, Schießen, Sprung, Ausnutzung des Geländes) beschränkt.

Aber alle körperliche Ausbildung schafft erst die Grundlage für die Erziehung des Soldaten, und hier beginnen erst die eigentlichen Schwierigkeiten.

Wie erreichen wir bei ihm die Selbständigkeit des Denkens und Handelns, die ihn das Richtige auch da tun läßt, wo kein Führer ihm Wege weisen und Taten befehlen kann? Die erste Voraussetzung dazu ist, daß wir alles in ihm stärken, was an eigenem, selbständigem Leben in ihm ist. Nicht unterdrückt soll die Eigenart werden, sondern auf die richtigen Bahnen gelenkt. Dazu ist zu allererst notwendig, daß die Menschenwürde des Untergebenen nicht durch verletzende Behandlung von seiten der Vorgesetzten geschädigt werde. Wir ertöten das Beste, die Voraussetzung für alle hohe Auffassung vom Dienst im Heer, wenn wir die Meinung aufkommen lassen, daß Zucht und Freiheit, Gehorsam und Menschenwürde unvereinbare Gegensätze seien. Jedes Nachgeben in der Forderung pünktlichsten Gehorsams, strammster Manneszucht wäre eine schwere Schädigung des Heeres. „Eine Armee ohne Disziplin", sagte Moltke in seiner berühmten Reichstagsrede

vom 7. Juni 1872, „ist auf alle Fälle eine kostspielige, für den Krieg eine nicht ausreichende und im Frieden eine gefahrvolle Institution."

Aber jeder Gehorsam, der nur auf Zwang, nicht auf freier Hingabe an einen höheren Zweck, an eine durch Können und Wollen überlegene Persönlichkeit beruht, trägt den Keim der Auflösung in sich. Der wahre Gehorsam besteht in der Übereinstimmung des eigenen Willens mit dem des Vorgesetzten. Darum muß nicht nur die Notwendigkeit des Gehorchens den Untergebenen immer wieder zur klaren Erkenntnis gebracht werden, sondern muß auch der Befehlende sich die Berechtigung zum Befehlen immer wieder aufs neue durch sein Können und seinen Charakter erwerben. Wenn wir die Soldaten zu selbständigem Denken erziehen, so wecken wir in ihnen auch die Urteilsfähigkeit gegenüber den Befehlen der Vorgesetzten. Mit der Selbständigkeit wächst naturgemäß auch das Gefühl für das Recht der eigenen Persönlichkeit; darum werden gerade die tüchtigsten, in allen schwierigen Lagen bewährten Leute ungeheuer empfindlich gegen jede Ungerechtigkeit. Scharnhorst warnt in einem Briefe vom September 1809 seinen Sohn Wilhelm davor, Ungerechtigkeiten nicht ertragen zu wollen; beim Militär müsse man sich gefallen lassen, Ungerechtigkeiten aller Art zu ertragen, denn diese Ungerechtigkeiten seien unvermeidlich; darum mache es bei den Höheren einen nachteiligen Eindruck, wenn der Niedere verlange, daß man ihn mit soviel Rücksichten behandle, daß ihm keine Ungerechtigkeit widerfahren darf. Heute dürfte wohl nicht mehr so gesprochen werden. Im Gegenteil, wir müssen bei jedem das Gefühl wecken, daß auch beim Heere Gerechtigkeit herrscht und daß gegen jede Ungerechtigkeit Abhilfe geschaffen wird. Dadurch wächst natürlich die Aufgabe der Vorgesetzten. Ihr persönliches Verhalten wird entscheidend für den Geist, der bei ihren Untergebenen herrscht. Jede Ungerechtigkeit, jeder Eigennutz, jede Zuchtlosigkeit, die der Vorgesetzte sich zuschulden kommen läßt, untergräbt nicht nur sein eigenes Ansehen, sondern schädigt die Zucht im Heere überhaupt. Die Autorität des Vorgesetzten darf nicht allein auf Rang und Stellung beruhen, sondern auch auf den persönlichen Eigenschaften des Trägers dieser Stellung. Wir werden die alten Zeiten blinden Gehorsams und stillschweigenden Ertragens jeder von oben kommenden Unbill nie mehr zurückführen. Die Befreiung des Geistes, die Weckung selbständigen Denkens konnte nur erkauft werden durch eine Umwandlung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Nicht daß die Schranke fallen sollte — aber die Machtstellung muß innerlich begründet und durch Reinheit und Stärke des Charakters, durch überlegenes Können und stärkeren Willen immer aufs neue verdient sein. Es ist vielleicht das schwierigste Problem der militärischen Erziehung, daß wir solche Vorgesetzte gewinnen, die den neuen Aufgaben gewachsen sind — genau wie bei der Jugenderziehung die Frage nach der Lehrerpersönlichkeit wichtiger ist als die Frage nach Lehrplan und Methode. Die Aufgabe des Offiziers wird durch die neuen Forderungen schwieriger, aber zugleich wird der Offiziersberuf zu einem wahrhaft idealen und für das ganze Volksleben entscheidungsvollen: der Offizier wird der wahre Volkserzieher und mehr als durch Mahnung und Warnung, Lehre und Unterricht wird er wirken durch sein Vorbild.

Nun müssen wir aber auch die andere Seite der Erziehung betrachten, die Erziehung für die Gemeinschaft. Alle Pflege der persönlichen Eigenschaften, die Erzielung höchster Leistungsfähigkeit auf Grund der Anlage und Begabung, die Erziehung zur Selbständigkeit des Denkens und Handelns bleibt für den Zweck der militärischen Erziehung wertlos, wenn sich damit nicht die Bereitwilligkeit verbindet,

alle diese Kräfte in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen und, wenn es not tut, auch das Leben hinzugeben für Volk und Heimat, Vaterland und Staat.

Welche Wege haben wir für die Erziehung zum Gemeinsinn, zur Vaterlandsliebe, zur Staatsgesinnung? An erster Stelle ist zu nennen Aufklärung und Belehrung. Wenn sich während dieses Krieges bei einem großen Teil unseres Volkes Mangel an Verständnis für Deutschlands politische und militärische Lage zeigte und bei vielen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit fehlte, so trug daran nicht zum wenigsten Schuld ein Mangel unserer Erziehung. Es fehlte an der Erziehung zum Staatsbürger; die allermeisten besaßen auch nicht die einfachsten Kenntnisse von der Stellung Deutschlands unter den Weltvölkern, von der Bedeutung des Welthandels in Ausfuhr und Einfuhr für Deutschland, von der unlösbaren Verbindung des Einzelschicksals mit dem Schicksal des Volksganzen. Hiermit ist für die Zukunft eine wichtige Aufgabe gegeben. Nur zum Teil wird sie die Schule lösen können. Die Volksschule, durch die mehr als neun Zehntel aller deutschen Schulkinder gehen, wird in einem Alter verlassen, dem zumeist das Verständnis für die hier in Betracht kommenden Tatsachen noch fehlt; die Fortbildungsschule, die freilich nach dem Krieg ganz anders ausgebaut werden muß, wird neben der Übermittelung von Berufskenntnissen und Fertigkeiten nicht genügend Zeit für einen wirksamen staatsbürgerlichen Unterricht haben. Darum wird die Militärdienstzeit, die große Volksschule der Erwachsenen, hier viele Lücken auszufüllen, Versäumtes nachzuholen haben. Die Geistespflege der Mannschaften wird in Zukunft überhaupt eine größere Rolle spielen müssen; Erich Everth hat darüber in seinem lesenswerten Buche „Das innere Deutschland nach dem Kriege" beherzigenswerte Worte gesagt. Aber besonders wichtig wird der staatsbürgerliche Unterricht und die Erziehung zu völkischer Gesinnung sein. Wann wäre aber vaterländische Erziehung passender und notwendiger als in der Zeit, da der junge Mann der Wehrpflicht genügt und sich darauf vorbereitet, in Zeiten der Not sein ganzes Leben für Vaterland und Staat einzusetzen? Darum muß Unterricht über Deutschlands Stellung unter den Weltvölkern, über die volkswirtschaftlichen Grundlagen unseres Lebens, über Rechte und Pflichten des einzelnen gegenüber der Gesamtheit in Zukunft einen der wichtigsten Unterrichtszweige bilden. Schon die Geschichte des Weltkrieges wird ja bei verständiger Behandlung genügend Gelegenheit geben, von den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Weltmächten, von den Quellen seiner Kraft und seinen Lebensnotwendigkeiten, von seinem Reichtum und seiner Schönheit, von der Liebe zur Heimat und von der Pflicht gegenüber dem Staat zu sprechen. Die Erlebnisse des deutschen Volks in dem schweren Ringen um sein Dasein werden eine unerschöpfliche Quelle der Belehrung bilden können. Je anschaulicher und unmittelbarer der Unterricht gegeben wird, je mehr er an persönliche Erfahrungen und Sonderschicksale der einzelnen, des Truppenteils, der Provinz anknüpft, desto wirksamer wird er sein und allmählich in den heranwachsenden Staatsbürgern Verständnis für die Bürgerpflichten und den Entschluß zur Pflichterfüllung erwachsen lassen. Erst eine spätere Zeit wird in vollem Maße die ungeheuren Leistungen des deutschen Volkes, die wunderbaren Erfolge des deutschen Heeres in dem Kampf mit einer Welt von Feinden würdigen können. Aus der Bewunderung für die genialen Heerführer, für die todesmutigen, nie versagenden Krieger, für die staunenswerte Arbeitsleistung des ganzen Volkes soll aber bei allen der Stolz auf den deutschen Namen hervorsprießen. Allzu lange sind die Deutschen bescheiden gewesen und haben das Ausland bewundert. Nach dem Krieg soll es keinen Raum

mehr dafür geben: das Bewußtsein, ein Bürger Deutschlands zu sein, muß die Brust jedes Deutschen mit stolzem Selbstgefühl und zugleich mit dem Entschluß erfüllen, sich des deutschen Namens wert zu erweisen.

Solche Gedanken und Gefühle in den Soldaten zu erwecken, muß ein wichtiges Ziel jeder militärischen Erziehung sein. Ein so erzogenes Heer wird in der richtigen Gesinnung zu den Waffen greifen, wenn das Vaterland aufs neue verteidigt werden muß. Freilich stellt die Aufgabe, die Soldaten in diesem Sinne zu erziehen, hohe Anforderungen an die Offiziere. Bei der Ausbildung der Offiziere selbst wird daher darauf Rücksicht genommen werden müssen, daß die künftigen Volkserzieher mit dem nötigen Rüstzeug ausgestattet und für ihre schwere Aufgabe vorbereitet werden.

Noch auf einen Gesichtspunkt möge hingewiesen werden: die Liebe zum großen Vaterland erwächst aus der Liebe zur engeren Heimat; so erwächst auch Vertrauen zum ganzen deutschen Heer aus dem Stolz auf die eigene Truppe. Friedrich der Große sagt in seinem militärischen Testament, alles, was man aus dem gemeinen Mann machen könne, beschränke sich darauf, daß man ihm den Korpsgeist beibringe, d. h. eine höhere Meinung von seinem Regiment als von allen Truppen des Weltalls. Solchen Korpsgeist, die stolze Liebe für das eigene Regiment, für die eigene Abteilung zu pflegen, ist auch ein wichtiges Erziehungsmittel. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Kameradschaft weckt auch das Gefühl der Verpflichtung. In der Gemeinschaft, getragen von dem Massenbewußtsein, leistet der einzelne vieles, was er für sich allein nie leisten könnte. Der Münchner Arzt Dr. Julian Marcuse hat vor kurzem in einem Vortrag auf die Bedeutung der Massensuggestion im Kriege hingewiesen: „Beim Sturmangriff, unter dem Granatenhagel des Trommelfeuers, überall wo feindliche Gewalten aneinanderprallten, selbst im Schützengraben unter Schmutz, Hunger, Schlaflosigkeit, Kälte und Nässe wirken die Triebkräfte der gemeinsamen Seeleneinstellung und spannen Willen und Kraft aufs höchste. Daher auch die ungeheure Verantwortung der Führer, in deren bedachter planmäßiger Leitung auf der einen, in deren vorbildlichem Beispiel und der Anfachung aller Triebkräfte auf der andern Seite die zielbewußte Führung der Kollektivseele des Heereskörpers liegt. Je durchdringender und machtvoller hierbei die Beeinflussung zu Werke geht, desto ungestümer die Gewalt, desto sicherer der Erfolg, desto stärker die Ekstase, die zu derartigen höchsten Energieentfaltungen gehört."

Soll im Kriege diese Massensuggestion in ungeheuren Leistungen wirksam werden, so muß schon im Frieden das Gemeinschaftsgefühl, das Bewußtsein, Glied eines größeren Ganzen zu sein, gepflegt werden. Darum verdient alles Förderung, was einem Regiment, einer Kompagnie oder sonst einer kleineren Abteilung Eigenart verleiht und sie von andern unterscheidet. Auch hier ist jede Uniformierung schädlich. Jeder Mann sollte das Gefühl haben: wir, die Angehörigen der x. Kompagnie u. ä., haben vor allen andern doch dies und das voraus; bei uns sind Vorzüge, die den anderen fehlen. Dies Gefühl der Sonderart, des besonderen Wertes und des Eigenbesitzes muß mit allen Mitteln gepflegt werden: durch Veranstaltung von Festen, durch Wettkämpfe mit Preisen für die einzelnen und für die Abteilung, durch Pflege des Gesanges, durch Vereinigungen der früheren Angehörigen einer Abteilung. In jedem soll der Ehrgeiz entflammt werden, auf allen Gebieten des militärischen Dienstes das Beste zu leisten, um so der Abteilung Ehre zu machen, zu der er gehört. Aber auch jeder Offizier sollte sich so verhalten, daß der Stolz der Abteilung sich auch auf seine Zugehörigkeit zu ihr gründen kann. Auf

diese Weise wird zunächst im kleinen Kreise der Gemeinschaftssinn, der Wille zur Hingabe an die Gesamtheit, die freudige Einordnung unter die Zwecke des Ganzen entstehen und geübt werden. Das auf diese Weise Erlernte wird sich aber auch in größerem Rahmen bewähren.

Dies Gemeinschaftsgefühl wird aber auch ein wichtiges Erziehungsmittel für die einzelnen Glieder der Gemeinschaft werden. Mancher, der in Trotz und Unbotmäßigkeit dem Vorgesetzten nur widerwillig gehorcht, beugt sich fast unbewußt dem in der Gemeinschaft herrschenden Geist, erfüllt willig und fast selbstverständlich die aus dem Gesamtbewußtsein erwachsenden Forderungen. Der Vorgesetzte, der so die Gesamtheit für sich arbeiten zu lassen versteht, wird es leicht haben, Disziplin und Ordnung in seinem Kreise aufrechtzuerhalten.

So sehen wir schließlich, daß auch bei den Erziehungsmitteln wie bei Erziehungsziel und Methode manches Neue in den Vordergrund tritt. Auch die Verwendung der militärischen Strafe wird wohl eine gewisse Wandlung durchmachen müssen. Unser militärisches Strafgesetzbuch ist, um die Gerechtigkeit in jedem Fall zu gewährleisten und richterliche Willkür auszuschließen, in der Hauptsache auf dem Grundsatz aufgebaut, daß die Tat, nicht der Täter zu strafen sei und läßt daher in vielen Fällen wenig Spielraum für die Berücksichtigung der persönlichen Umstände des Täters. Infolgedessen sind die Richter nicht selten zur Verhängung von Strafen gezwungen, die ihrem eigenen Rechtsgefühl widersprechen. Auch hier gilt oft: Summum ius summa iniuria. So wirkt die Strafe oft rein als Vergeltung für begangenes Unrecht, und in manchem, der zu Verfehlungen neigt, kann der Gedanke entstehen: wer das im voraus festgesetzte Strafausmaß nicht scheut, braucht auch die Tat nicht zu scheuen. Damit verliert aber die Strafe ihren Wert als Erziehungsmittel. Aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, daß der Strafende größere Freiheit in Art und Maß der Strafe habe, damit er sie so verwenden könne, wie sie für die Erziehung am wirksamsten ist. Damit wächst freilich die Verantwortung des Strafenden.

Aber wir wollen uns überhaupt darüber nicht täuschen: die Aufgabe des Vorgesetzten wird in Zukunft noch schwieriger sein als bisher; an seinen Verstand, an seine Phantasie, an seinen Charakter werden noch höhere Anforderungen gestellt werden. Von seiner Persönlichkeit wird es vor allem abhängen, ob er die neuen Aufgaben erkennt und zu lösen versteht.

So endigt auch die Betrachtung über Erziehungsprobleme beim Heere bei dem Hauptproblem: wie gewinnen wir die richtigen Erzieher? Gewiß wird durch die sorgfältige Ausbildung des Nachwuchses für Offiziers- und Unteroffiziersstand viel geschehen können, aber weit wichtiger noch ist die Wirkung des Geistes, der in dem Offizierskorps und in dem Unteroffiziersstand herrscht. Der Krieg hat auch hier schwere Schäden gebracht; manche wertvolle Überlieferung droht verloren zu gehen, weil ihre Träger auf den Schlachtfeldern gefallen sind. Desto größer wird die Aufgabe der Überlebenden. Das gilt in besonders hohem Maß für die Offiziere. Jeder einzelne muß sich dafür verantwortlich fühlen, daß der Geist des deutschen Offizierskorps, in den er selbst einst eingeführt wurde, der Geist der Pflichttreue und Opferwilligkeit, der Ritterlichkeit und Kameradschaft, des unbeugsamen Sinnes für Ehre und Recht, daß dieser Geist nicht ersterbe, sondern wie die Fackel des Lebens weitergegeben werde von Geschlecht zu Geschlecht zum Heil unseres Heeres, zum Wohl unseres Volkes.

Gedanken zur Erneuerung des deutschen Volkes.

Von Dr. Fritz Lenz.

Es ist wenig mehr als 20 Jahre her, daß Alfred Ploetz den Begriff der Rassenhygiene zur wissenschaftlichen Erörterung stellte, und noch vor 10 Jahren ahnten nur wenige, daß dieses Wort die schlechthin bedeutungsvollsten Fragen für das Leben unseres Volkes in sich schließt. Heute weiß jeder Gebildete wenigstens oberflächlich, um was es sich handelt, und die geistigen Führer unseres Volkes beginnen, Dinge, Ereignisse und Menschen nach rassenhygienischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Das wurde mir zu meiner großen Freude besonders deutlich, als ich an den Sitzungen einer Kommission teilnehmen durfte, die der Ärztliche Verein München zur Beratung der Maßnahmen, welche zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft notwendig erscheinen, eingesetzt hat. Die Kommission setzte sich in erster Linie aus Münchener Hochschullehrern, darunter auch einigen Nichtärzten, zusammen, sodann aus mehreren praktischen Ärzten Münchens und einigen Sachverständigen auf andern Gebieten. Die Kommission hatte die Ehre, auch den bayerischen Verkehrsminister, Exz. v. Seidlein, an ihren Arbeiten tätigen Anteil nehmen zu sehen.

Durch die Berichte und Beratungen wehte überall ein zukunftsfreudiger, jugendfrischer Zug, ganz anders, als man das sonst von unseren Gebildeten, die mit ihren Anschauungen noch im 19. Jahrhundert wurzeln, gewohnt ist. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Beschlüsse der Kommission auch im Buchhandel erschienen sind, so daß sie einem größeren Publikum zugänglich sind[1]). Zugleich ist ein zweiter Band[2]) erschienen, welcher eine Reihe von Vorträgen wiedergibt, die auf einer eindrucksvollen Tagung im Mai unter der Schutzherrschaft Ihrer Majestät der Königin von Bayern gehalten worden sind. Während die Denkschrift des Ärztlichen Vereins München sich mehr an den Wissenschaftler wendet, dienen die Vorträge der Maitagung mehr dazu, in der großen Öffentlichkeit Interesse für die brennenden Fragen der Erneuerung der Volkskraft zu wecken und eine erste Einführung zu geben. Wer aber beim Lesen der Vorträge der Maitagung erkennt, daß er eine tiefergehende Neigung für die behandelten Fragen hat, dem kann durchaus empfohlen werden, auch ohne besondere Vorbildung die genau formulierten Leitsätze und eingehend durchdachten Begründungen der Kommission zu studieren.

Bei dieser Gelegenheit, möchte ich mir einige Gedanken von der Seele schreiben, die mit den behandelten Gegenständen in enger Beziehung stehen, die aber in den beiden Schriften nicht so zur Geltung gekommen sind, wie ich persönlich ihre Wichtigkeit einschätze. Besonders ist es die Bedeutung der sozialen und biologischen Auslese, welche zwar auch an vielen Stellen der Leitsätze und Vorträge berührt worden ist, in der ich aber den eigentlichen Kernpunkt der Erneuerung unseres Volkes erblicke.

Selbstverständlich kann man nicht alles durch Auslese machen. Die Maßnahmen, welche die Gesundheit der einzelnen Volksgenossen wie ihrer Gesamtheit

[1]) Zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft. Arbeiten einer vom Ärztlichen Verein München eingesetzten Kommission. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis 4 Mk.

[2]) Die Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Vorträge und Aussprachen gehalten bei der Tagung in München am 27. und 28. Mai 1918. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis 5 Mk.

zu fördern geeignet sind, sind unmittelbar sogar von augenfälligerer Wirkung. Ganz ungleich wichtiger ist aber noch die positive Auslese der Tüchtigen, d. h. die möglichste Förderung der überdurchschnittlich tüchtigen Familien in der Fortpflanzung, und einer derartigen Familienpolitik ist mit Recht ein großer Raum in den Leitsätzen der Kommission wie auch auf der Maitagung eingeräumt worden.

In sehr beherzigenswerten Ausführungen legt der Statistiker Dr. Burgdörfer dar, daß die Schaffung einer systematischen staatlichen Familienstatistik eine unentbehrliche Voraussetzung einer umfassenden Familienpolitik ist. Und der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, Prof. Dr. Zahn bezeichnet auf der Maitagung eine zahlreiche, körperlich, geistig und sittlich tüchtige Bevölkerung als oberstes Ziel aller Staatskunst und höchster Kultur. „Dieser Gesichtspunkt muß das ganze öffentliche Leben, die Sozial-, Wirtschafts-, Finanz-, Kultur- und Machtpolitik eines Staates durchdringen. Eine Staatsregierung, die ihre Aufgaben richtig auffaßt, muß darum in allen Stücken weise Bevölkerungspolitik treiben." Auch der rassenhygienischen Bedeutung der Erbanlagen weist Zahn die ihr gebührende Stelle an. Sein Vortrag bildete recht eigentlich den Höhepunkt der Maitagung.

Über den wirtschaftlichen Ausgleich zugunsten kinderreicher tüchtiger Familien, diese zentrale Aufgabe jeder großzügigen Bevölkerungspolitik, bringt die Denkschrift des Ärztlichen Vereins Leitsätze, die in der Hauptsache der Initiative Geh.-Rat v. Grubers zu denken sind. Auf der Maitagung führte Gruber diesen Gegenstand in mehr volkstümlicher Weise aus. Da er auch schon in dieser Zeitschrift die Grundzüge seiner Vorschläge dargelegt hat[1]), brauche ich hier nicht näher darauf einzugehen. Eingehender aber möchte ich mich mit einem Fragenkomplex beschäftigen, der nahe Beziehung dazu hat und den man als die Rassenhygiene des Mittelstandes bezeichnen könnte. Viele Kapitel der beiden Schriften spielen hier hinein. So sagte Gruber auf der Maitagung: „Es handelt sich nicht allein um die Hebung der Fruchtbarkeit überhaupt, so außerordentlich wichtig sie ist, sondern es handelt sich wesentlich auch um die Hebung der Fruchtbarkeit der durch Talent, Geist, Tatkraft, Pflichttreue, Gemeinsinn Hervorragenden. Ich muß das ganz besonders betonen, daß gerade dies ein überaus wichtiger Teil einer großzügigen Bevölkerungspolitik ist." In Wirklichkeit aber sehen wir die begabten Familien ihren sozialen Aufstieg fast regelmäßig mit dem Aussterben infolge ungenügender Fruchtbarkeit bezahlen, obwohl das biologisch keineswegs notwendig wäre. Dieses Aussterben der Familien des gebildeten Mittelstandes hat eine fortschreitende Verpöbelung der Bevölkerung zur unabweisbaren Folge. Ja, es besteht die Gefahr, daß durch die allenthalben erwachte Bewegung für „Bevölkerungspolitik" diese verderbliche Entwicklung noch beschleunigt werde. Bevölkerungspolitische Erfolge sind nämlich am leichtesten in den untersten Volksschichten und bei den bedürftigsten Familien zu erzielen. Alle Geburtenprämien, alle Unterstützungen für Kinderreiche usw. wirken auf eine Vermehrung jener Bevölkerungselemente hin, denen es an jenen Erbanlagen, die wirtschaftliche und kulturelle Leistungsfähigkeit bedingen, gebricht. Eine Bevölkerungspolitik, bei der die Familien des Mittelstandes — diesen Begriff natürlich nicht zu eng genommen — nach wie vor aussterben, verfehlt daher ihr höchstes Ziel; und wenn sie dazu führt, das flammende Menetekel des Geburtenrückganges durch Vermehrung der Fruchtbarkeit der untersten Schichten auszulöschen, so wird sie den Verfall unseres Volkes und unserer Kultur nur beschleunigen.

[1]) Vgl. den Aufsatz in Nr. 1, Jahrg. II dieser Zeitschrift! Die Schriftl.

Der Mittelstand ist heute gegenüber den unteren Schichten vor allem durch sein viel höheres Heiratsalter biologisch benachteiligt. Die Durchseuchung mit Syphilis und Gonorrhoe sowie der Alkoholismus ist zum großen Teil erst eine Folge davon. Daher ist nicht nur die gewollte sondern auch die ungewollte Unfruchtbarkeit im Mittelstande ganz besonders häufig. Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen die Leitsätze des Rassenhygienikers Dr. Ploetz über die Frühehe, welche die Kommission des Ärztlichen Vereins angenommen hat, ganz besondere Bedeutung.

Ploetz hält es für notwendig und — was erfreulicher ist — auch durchaus für möglich, die Ausbildungszeit der jungen Männer in den gebildeten Schichten um mehrere Jahre zu verkürzen. „Das Reifezeugnis einer Mittelschule, also der Gymnasien und der Oberrealschule muß mehrere Jahre eher erlangt werden können als heute. Das kann erreicht werden durch eine schärfere Auslese der Schüler nach der Tüchtigkeit und durch eine zweckentsprechende Schulreform. Auch die Studienjahre auf der Hochschule müssen, wenn möglich, für alle Berufe verkürzt werden. In den höheren Berufen muß die lange diätarische Beschäftigung, die geringe oder gar fehlende Besoldung der jungen Beamten, Assistenten, Leutnants usw. einer ausreichenden Gehaltsbezahlung Platz machen."

Ich glaube, daß diese beherzigenswerten Forderungen ziemlich allgemeiner Zustimmung sicher sind, und doch macht man sich in der Regel ihre ganze Tragweite nicht klar; ja viele Leute, denen die Not unserer Rasse nicht so in der Seele brennt, würden wohl vor den Folgen zurückschrecken, wenn sie diese voll überblicken könnten. Der springende Punkt ist die Frage der sozialen Auslese. Ohne eine sehr starke Verschärfung der Auslese für die gebildeten Berufe würde nämlich eine Abkürzung der Vorbildungszeit in Verbindung mit höherer Besoldung der ersten Berufsjahre einen noch viel größeren Andrang zu diesen Berufen nach sich ziehen und von noch viel mehr ungeeigneten Anwärtern als heute schon. Die lange Wartezeit ist ja zum größten Teil nur eine Folge des zu starken Andranges, und sie hat wenigstens das eine Gute, daß sie auf den weiteren Andrang etwas hemmend wirkt. Wenn wir Mangel an Anwärtern auf gebildete Berufe hätten, so wäre dem leicht abzuhelfen; das Gegenteil ist aber der Fall, und dem ist viel schwerer abzuhelfen. Wenn der übermäßige Andrang nicht wäre, würde die lange Wartezeit von selber wegfallen. Eine Beschränkung der Zahl durch frühzeitige scharfe Auslese würde also für sich allein schon die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse bessern. Die Auslese durch übermäßige Wartezeit ist zwar besser als gar keine, kann aber doch durchaus nicht als ideal angesehen werden. Nur diejenigen, welche sich damit abfinden, lange Jahre ungenügend oder gar nicht besoldet zu werden und die von Hause aus so wohlhabend sind, daß sie so lange ohne eigenes Einkommen standesgemäß leben können, können heute gewisse angesehene Berufe wählen. Besonders kraß liegen die Verhältnisse z. B. im Forstfach; aber auch die Offiziere, die Verwaltungsbeamten, die Privatdozenten sind nicht wesentlich besser gestellt. Die Befriedigung des gesellschaftlichen Geltungsbedürfnisses, welche in der Zugehörigkeit zu diesen Berufen liegt, wird in der Regel mit dem Aussterben bezahlt.

Im 19. Jahrhundert bestand noch ein gewisser Mangel an Menschen mit höherer Bildung. Nach Abschluß des Universitätsstudiums hatte daher jeder ein ziemlich gesichertes und auskömmliches Dasein; ja sogar die Überwindung des Gymnasiums reichte für viele gebildete Berufe aus. Aus jener Zeit des Mangels an Gebildeten stammt noch die Überschätzung der „Bildung". Heute ist auch der Doktorhut längst entwertet, weil er an so zahllose Menschen gegeben wird, die für einen geistigen Be-

ruf überhaupt nicht geeignet sind. Die Universitäten produzieren eben akademisch Gebildete und suchen ihre Produktion immer noch zu steigern; ja es werden sogar noch neue Universitäten gegründet. Auch weibliche Akademiker werden in immer steigender Zahl produziert. Die unausbleibliche Folge ist das fürchterliche Bildungselend unserer Tage. Wie ungesund diese ganze „Entwicklung" gemäß dem Ideal des 19. Jahrhunderts ist, kann man aus jener fürchterlichen Auffassung ersehen, die man während des Krieges immer wieder hören konnte, daß die ungeheuren Blutopfer der gebildeten Stände eine wohltätige Erleichterung brächten. So weit also war es schon gekommen. Das Aussterben wird schon als wohltätig empfunden. An eine Beseitigung der Wurzel des Übels, an die Fernhaltung der massenhaften ungeeigneten Elemente von den gebildeten Berufen, daran denkt man nicht. Denn der „Aufstieg" in die gebildeten Kreise wird als ein so hohes Gut angesehen, daß man ihn keinem Flachkopf oder Hysteriker verwehren will.

Das Aussterben der gebildeten Familien ist nur die natürliche Folge dieses ungehemmten Aufstieges der zur Bildung nicht Berufenen. Auf dem Wege der Erhöhung des Heiratsalters infolge Verlängerung der Beförderungsreihe ist die ungenügende Kinderzahl gewissermaßen eine natürliche Regulierungserscheinung des zu starken Andranges, weil sie die Zahl der Anwärter auf gebildete Berufe in der nächsten Geschlechterfolge wenigstens etwas einschränkt. Aber diese Einschränkung bedeutet das Gegenteil einer gesunden Auslese; sie führt zur fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung an höher begabten Familien. Der scheinbare Kulturfortschritt, welcher in der immer gesteigerten Erzeugung von „Bildung" gesehen wird, ist in Wahrheit die entsetzlichste Barbarei, welche man sich denken kann. Man meint, dem einzelnen eine wer weiß wie große Wohltat zu erweisen, wenn man ihm zur Befriedigung seines gesellschaftlichen Geltungsbedürfnisses verhilft, und überantwortet ihn in Wirklichkeit der Familienlosigkeit, der Syphilis, dem Alkohol, dem Gefühle der Einsamkeit und der Verfehltheit des Daseins; denn die Phrase des 19. Jahrhunderts, daß das Individium sich selbst der höchste Zweck sei, kann auf die Dauer keinen ehrlichen Menschen befriedigen. Geradezu tragikomisch aber ist es, daß diese Babarei als „Fortschritt" angesehen wird, daß man stolz darauf ist, es so herrlich weit gebracht zu haben.

Man sehe doch unsere „Gebildeten" an! Der wievielte Teil von dem, was man auf dem Gymnasium oder auf der Universität in sie hineinpfropfen wollte, ist denn zu ihrem geistigen Besitz geworden? Wieviele haben denn einen Hauch verspürt von dem Geiste eines Platon? Oder wie viele haben eine Ahnung von der erhabenen Einfachheit des Naturgeschehens? Durch die Überlastung des Gedächtnisses ist die Urteilsfähigkeit ganz gewiß nicht gestiegen. Man sehe die selbstgewählte geistige Kost der „Gebildeten" an, viele unserer gelesensten Tageszeitungen und Romane oder die Darbietungen des „deutschen" Theaters! Und u m diese geistige Höhenlage zu erreichen, dazu mußten Jahre und Jahre geopfert werden und ein Kapital an körperlicher und geistiger Frische?! Für den, der sehen will, müssen die kläglichen Ergebnisse unseres Erziehungs- und Bildungswesens zugleich auch den Ausweg aus dem Labyrinth zeigen. Die Auslese zu den geistigen Berufen muß ganz ungleich schärfer werden. Wohl werden die überragenden Begabungen auf der Schule häufig nicht erkannt, besonders, weil wir so viele unbegabte und psychopathische Lehrer haben, d. h. weil es auch hier an Auslese gebricht; die ausgesprochen Unbegabten aber können herausgefunden und ferngehalten werden. An nichts leiden unsere höheren Schulen so sehr wie an der Aufgabe, die unfähigen Schüler mit-

zuschleppen. Wenn sie davon befreit werden, so können sie ihre sonstigen Aufgaben in der Hälfte der Zeit lösen und dabei mehr leisten als bisher. Natürlich müßten auch die Lehrkräfte von vornherein entsprechend ausgesiebt werden. Flachköpfe und Psychopathen taugen nicht als Bildungsvermittler für die Jugend. Jedes unangebrachte Mitleid in dieser Hinsicht ist in Wahrheit eine kulturfeindliche Grausamkeit. Und man kann aussieben, der Andrang ist ja groß genug dazu. Wenn man in allen Berufen die Ungeeigneten pensioniert, so erhält man auch dadurch Raum für befähigte junge Leute und kann ihnen Gelegenheit zur Familiengründung geben.

Wenn die Auslese schon auf der Schule zweckentsprechend gestaltet wird, so kann man die tägliche Arbeitszeit erheblich verkürzen und die Ferien verlängern[1]), und zwar ohne Verminderung der Anforderungen, sondern unter Erhöhung der Leistungen. Ebenso kann man dann auch die Gesamtausbildungszeit verkürzen, wie Ploetz es verlangt. Die gewonnene Zeit kommt der körperlichen Ertüchtigung der Jugend sehr zugute, und diese sollte am besten nicht in der Form des obligaten Turnunterrichts erstrebt werden, sondern in Form von Bewegungsspielen, Sport und vor allem Wanderungen. In dieser Beziehung geben die Leitsätze über die Kräftigung der heranwachsenden Jugend, welche von der Kommission des Münchener Ärztlichen Vereins nach den Vorschlägen von Hofrat Dr. Doernberger beschlossen worden sind, sehr beherzigenswerte Richtlinien. Meines Erachtens sollte der Unterricht grundsätzlich nur den halben Tag in Anspruch nehmen, und Hausaufgaben dürften nur in sehr beschränktem Umfange zulässig sein. Womöglich sollte ein Tag in der Woche ganz freigegeben werden. Auch für Jugendvereine wie den viel befehdeten Wandervogel möchte ich hier ein Wort einlegen. Eine Überlastung mit Lehrstoff und eine übermäßig ausgedehnte Schulzeit hat unter den deutschen Staaten besonders Bayern. Der Bildungsstand wird dadurch aber keineswegs gehoben, sondern nur das Bildungselend vermehrt. Die Erzeugung von klassisch gebildeten Flachköpfen hat gar keinen Sinn; sie schädigt nur die besser Veranlagten und wird erkauft durch die Erzeugung von mindestens ebensovielen schmalbrüstigen, blassen Brillenträgern mit zerrüttetem Gedächtnis.

Die Hauptaufgabe unserer höheren Schulen muß eine zweckmäßige soziale Auslese sein, erst in zweiter Linie die Vermittelung höherer Bildung. Die Anforderungen an die Leistungen der Schüler wären so weit zu steigern, bis nicht mehr Anwärter auf geistige Berufe übrig bleiben, als darin wirklich ein rechtzeitiges Auskommen zur Familiengründung finden können. Auf der Universität wäre dann eine ebenso scharfe Auslese nicht mehr nötig, während sie jetzt ganz im Argen liegt. Mit der Zeit ersitzt fast jeder noch sein Staatsexamen, und die Folge ist, daß wir so zahlreiche Juristen, Ärzte, Gymnasiallehrer haben, die für ihren Beruf völlig ungeeignet sind. Die unzulängliche Auslese für verantwortungsvollste Stellen hat uns ja an den Rand des Verderbens gebracht. Im Gegensatz zu unseren höheren Schulen ist auf den Universitäten die Arbeit eher zu viel in das Belieben der Studenten gestellt. Hier könnte eine straffere Organisation gar nichts schaden; es verbummeln auch nicht wenige gut veranlagte junge Leute. Die akademischen Ferien, welche praktisch 5 Monate betragen, sind zu reichlich bemessen; sie sollten soweit eingeschränkt werden, daß auch tatsächlich nur 4 Monate herauskommen; und vor allem gilt es, zwei wirklich vollwertige Semester zu schaffen, während heute das Sommer-

[1]) Eine Verlängerung der Ferien würde auch der Familienerziehung sehr günstig sein, vor allen Dingen in jenen zahlreichen Fällen, wo die Eltern gezwungen sind, Kinder schon im zartesten Alter auswärts auf eine höhere Schule zu geben.

semester in jeder Beziehung zu kurz kommt. Man redet gegenwärtig viel von einer Trimestrierung des Studienjahres, um den Kriegsteilnehmern eine schnellere Einholung ihres Zeitverlustes zu ermöglichen. Ich halte diesen Plan für nicht zweckmäßig. Wenn man sich aber zu einer ernsthaften Reform aufraffen wollte, wozu das Kriegsende die beste Gelegenheit gäbe, so sollte man dieselbe Einteilung wie in Dänemark einführen, ein Frühjahrssemester und ein Herbstsemester von je vier vollen Monaten schaffen und dazwischen in der heißesten und der kältesten Jahreszeit je zwei Monate Ferien lassen.

Meine Kritik unseres Bildungswesens wird vermutlich als äußerst radikal empfunden werden; und doch glaube ich, daß der eine oder andere Redner der Maitagung oder das eine oder andere Mitglied der Kommission des Ärztlichen Vereins München mir im stillen zustimmen würde. Gruber hat auf der Maitagung gesagt: „Gesundheit und Tüchtigkeit sind zum Teil das Ergebnis von Pflege und Erziehung, und es muß alles getan werden für die Pflege und Erziehung des Nachwuchses, was irgendwie geschehen kann. Aber Pflege und Erziehung können nur vorhandene Anlagen entwickeln; sie können nicht fehlende Anlagen neu schaffen. Anlagen sind etwas Ererbtes[1])." Wenn man an dieser Wahrheit aber unser Bildungswesen mißt, so kann man nur zu der Forderung einer radikalen Erneuerung an Haupt und Gliedern kommen. Auch die bloße Pflege vorhandener Anlagen wird durch unsere Bildungsanstalten durchaus nicht in zweckmäßiger Weise gewährleistet. Der wahrhaft Gebildete, wie er unserer Zeit als Ideal vorschwebt, ist ja gar nicht das Geschöpf des Schulmeisters. Der Kreis der Gebildeten ist vielmehr auch heute schon das Ergebnis einer Auslese; er setzt sich aus solchen Menschen zusammen, die die höhere Schule zu überwinden vermochten, zu überwinden und zu verdauen mit dem ganzen Wust ihres Bildungsaufwandes; und diese Auslese ist noch die beste Leistung unserer bisherigen höheren Schule, obwohl sie nur mehr oder weniger wider Willen erfolgt; denn eigentlich hat jene den Ehrgeiz, alle ihre Zöglinge zu gebildeten Menschen zu machen, was eine völlige Utopie ist.

Wenn meine Forderungen etwa als „reaktionär" empfunden werden sollten, so möchte ich bemerken, daß ich gegen den sozialen Aufstieg tüchtiger Leute an sich gar nichts habe, sondern nur gegen jenen Aufstieg, der auf Kosten des Aussterbens erfolgt. Natürlich müssen auch ungeeignete Elemente aus dem Nachwuchs der oberen Stände schärfer als bisher von vornherein von den geistigen Berufen ferngehalten werden; und da diese Elemente ziemlich zahlreich sind, muß dauernd auch ein gewisser Abstieg erfolgen. Ja, wenn die Familien der gebildeten Stände sich über die bloße Erhaltung hinaus fortpflanzen, wie wir das unbedingt erstreben müssen, so ist eine unvermeidliche Folge davon, daß dieser Abstieg den Aufstieg sogar zahlenmäßig übertreffen muß. Diese Folge wollen wir ruhig und fest ins Auge fassen. Wenn die Erbtüchtigkeit unserer Bevölkerung nicht wie bisher abnehmen, sondern zunehmen soll, so darf ihre Erneuerung eben im Durchschnitt nicht von unten nach oben erfolgen, sondern sie muß von oben nach unten vor sich gehen. Es ist eine bedauerliche Kurzsichtigkeit, daß wir uns gewöhnt haben, in dauerndem gesellschaftlichen Aufstieg zugleich einen dauernden Aufstieg der Kultur und der Tüchtigkeit der Bevölkerung zu sehen. Das Gegenteil ist der Fall. Dauerndes gesellschaftliches Aufsteigen ist ohne Aussterben an der Spitze gar nicht möglich. Folglich muß die Richtung der Bevölkerungserneuerung umgekehrt werden. Eine gesunde Bevölkerungspolitik muß verlangen, daß das Aussterben nicht in den höchsten, sondern in den

[1]) Vom Verfasser gesperrt.

untersten sozialen Schichten erfolge, zu denen ich die tüchtigen Handarbeiter übrigens nicht rechne. Die Umgestaltung unseres Erziehungs- und Bildungswesens im Sinne zweckmäßigerer sozialer Auslese würde nur dann unserm Volke zu dauerndem Segen gereichen, wenn dabei gleichzeitig auch die biologische Auslese in gedeihliche Bahnen gelenkt wird. „Freie Bahn jedem Tüchtigen" ist zunächst nur ein Schlagwort, das aus der individualistischen Weltanschauung des 19. Jahrhunderts geboren ist. Erst wenn das Aufsteigen zu wirklichem Gedeihen der tüchtigen Familien führt, bringt es unserm Volke dauerndes Heil. Die verhängnisvolle Durchkreuzung der sozialen Auslese mit der biologischen aber hat uns an den Rand des Abgrundes gebracht. Hier Wandel zu schaffen, ist die höchste Kulturaufgabe des 20. Jahrhunderts. Gelingt ihre Lösung nicht, so ist alles andere umsonst. Zunächst aber muß das Ideal des 19. Jahrhunderts in seiner ganzen Rückständigkeit und Beschränktheit erkannt werden.

Es gibt kaum einen peinlicheren Gedanken für unsere Gebildeten, als den eines gesellschaftlichen Abstieges ihrer Nachkommenschaft. Dann nimmt man lieber das Aussterben in Kauf; und so wird das gesellschaftliche Geltungsbedürfnis heute zum Verhängnis der Familien. Mehr noch als wirtschaftliche Rücksichten treibt dieses Geltungsbedürfnis zum Zwei- und Einkindersystem, ja selbst zur Ehelosigkeit. Besonders die junge Dame empfindet es als unter ihrer Würde, unter der gesellschaftlichen Stellung ihres Vaters zu heiraten; auch die gesellschaftliche Stellung, welche ihr Vater zur Zeit seiner Eheschließung einnahm, genügt ihr in der Regel nicht. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb auch der gebildete junge Mann nicht heiraten kann, bevor er eine Familie „standesgemäß" erhalten kann, d. h. überhaupt nicht rechtzeitig. Auch die wirtschaftlichen Rücksichten, welche zur Kinderarmut drängen, tun dies in der Hauptsache nur auf dem Umwege über das gesellschaftliche Geltungsbedürfnis. Das höhere Einkommen dient ja zum großen, wenn nicht zum größten Teile nur der Befriedigung dieses Triebes. Manche angesehenen Berufe, wie der des Offiziers oder des Akademikers, werden geradezu unter Verzicht auf ein auskömmliches Einkommen erwählt. Auch die Bildung wird im allgemeinen nur um des sozialen Ansehens willen erstrebt; sie ist ein Mittel, um die Zugehörigkeit zu einer höheren Gruppe darzutun. Einer meiner Geschichtslehrer suchte regelmäßig den Eifer seiner Schüler durch den Hinweis anzuspornen, daß man in gebildeter Gesellschaft doch über historische Dinge müsse mitreden können. Liebe zur Erkenntnis um der Erkenntnis willen ist demgegenüber etwas so Seltenes, ja gewissermaßen Abnormes, daß sie praktisch keine wesentliche Rolle für unser Bildungswesen spielt. Daher gilt allgemein historischer Gedächtniskram als „Bildung" oder gar als ein Zeichen von Geist. Man muß wissen, was der Gebildete eben weiß; ob das Gewußte irgend einen Erkenntniswert hat, ist völlig gleichgültig. Zu den „Gebildeten" gehört man darum doch, und darauf kommt ja alles an. Aus dem Geltungstriebe ist auch der lächerliche Wettlauf der Mode geboren. Die modische Kleidung dient dazu, die Zugehörigkeit zu einer höheren Gesellschaftsgruppe darzutun oder doch den Anschein dieser Zugehörigkeit zu erwecken. Darum folgen die niederen Stände rasch der Mode der oberen. Sobald aber die Mode nicht mehr auszeichnet, muß eine neue Mode herbeigezogen werden, und so entsteht ein sehr komisches Jagen.

Es liegt mir übrigens ganz fern, das gesellschaftliche Geltungsbedürfnis etwa als „böse von Jugend auf" hinzustellen. Es ist wie jeder allgemeine Trieb an und für sich durchaus normal und gesund. Es wurde von der Natur gezüchtet in Zeiten

gesunder Kulturverhältnisse, als sozialer Aufstieg noch zu überdurchschnittlicher Erhaltung der Familie führte. Auch heute ist der Wille zur gesellschaftlichen Geltung eine der wesentlichsten Triebkräfte der Kultur; die größten Leistungen auf politischem, wissenschaftlichem, künstlerischem, ja selbst auf wirtschaftlichem Gebiete werden nicht so sehr um ihrer selbst willen, auch nicht einmal so sehr um des materiellen Gewinnes willen, als vielmehr um des Ansehens willen, das sie verleihen, vollbracht. Es gilt daher nicht, diesen Trieb zu ertöten, sondern ihn in gedeihliche Bahnen zu lenken. Das gesellschaftliche Geltungsbedürfnis ist der Quell aller Sitte. Die Sitte aber hat die allergrößte Macht über gebildete Menschen, eine viel größere als die Moral. Darum werden auch die größten Gemeinheiten in eine höfliche Form gekleidet; denn durch Unhöflichkeit würde man sich eben etwas vergeben; unhöfliche Derbheit gilt als Zeichen niederer Gesellschaftsstufe. Ein ganz besonderer Wert wird auf die Reinlichkeit gelegt; und man hält sich peinlich sauber, nicht so sehr aus gesundheitlichen Rücksichten als vielmehr, weil die handarbeitenden Klassen sich bei ihrer Arbeit einfach nicht sauber halten können. Darum unterscheidet Reinlichkeit. Der Sinn aller gesellschaftlichen Sitte ist, zu zeigen, daß man einer erlesenen Gruppe angehört. Die Sitte gilt für die gute Gesellschaft, die Moral fürs Volk. Was die Sitte verbietet, tut man eben nicht, was die Moral verbietet, tut man dagegen oft. Man stelle sich einmal vor, einem gebildeten jungen Manne würde zugemutet, mit einem Korbe über die Straße zu gehen! Einen Verstoß z. B. gegen die geschlechtliche Moral dagegen verzeiht er sich viel leichter; ja der Kavalier legt sogar Wert darauf, nicht für „moralisch" zu gelten. Zum mindesten muß er seine Abenteuer gehabt haben; und selbst wenn man in Wirklichkeit gar keine aufzuweisen hat, so läßt man doch das Gegenteil durchblicken. Die Wahrheit zu sagen, gehört ja nicht zur Sitte der guten Gesellschaft; im Gegenteil, vollendete Höflichkeit ist gar nicht möglich ohne konventionelle Lügen[1]).

Der Sitte zuliebe nimmt man die allergrößten Unannehmlichkeiten auf sich: Noblesse oblige. Ja, je mehr Überwindung eine Sache kostet, desto geeigneter ist sie als Gesellschaftsabzeichen. Dem verdankt auch die heroische Sitte des Duells ihre Stellung als höchste Instanz in Ehrenangelegenheiten. Auch im Kriege verlangt und bewirkt das Bewußtsein der Standesehre die höchste Einsetzung des Lebens.

An dieses gesellschaftliche Geltungsbedürfnis muß man sich meines Erachtens wenden, wenn man die Erhaltung unserer besten Familien erreichen will. *Ebenso wie die Hingabe des Lebens im Kriege muß auch die Erhaltung der Familie wieder ein Gebot der Standesehre werden.* Es muß das Bewußtsein geweckt werden: *die Mitglieder der guten Familien sind es ihrer Familie schuldig, sie nicht aussterben zu lassen.* Alles andere kann von Emporkömmlingen nachgemacht werden: Umgangsformen, Kleidung, Aufwand, Bildung; die Erbanlagen allein sind vor aller Nachahmung sicher. In ihre Erbanlagen müssen die guten Familien wieder ihren Stolz setzen. Und dieses Blutserbe muß auch erhalten werden. Nicht, daß ein Teil unserer Nachkommen sich durch ihrer Hände Arbeit ernähren muß, schändet ihn oder uns, sondern daß der ganze Nachwuchs unseres Volkes in seinen Erbanlagen verpöbelt. Mit geradezu kindlicher Logik stellt der Individualismus die Sache auf den Kopf. Man könne

[1]) Aus der Einsicht in den Unterschied zwischen Sitte und Moral ist der Geist des alten Kynismus geboren, welchen ich für die originalste ethische Bewegung des Altertums halte und welcher auch Forderungen einer organischen Rassenhygiene an die hellenische Kultur gestellt hat.

ja nichts dafür, was für Erbanlagen man mitbekommen habe. Nur auf das, was man selber an sich erarbeitet habe, dürfe man stolz sein; und die „Bildung" sei ja die Frucht eigener Arbeit. Nun ist aber unser Tun und Treiben genau so notwendig bedingt wie unsere Erbanlagen, oder anders ausgedrückt: unsere Erbanlagen sind genau so frei wie unser Handeln. Alles, was von der Seite der Natur gesehen notwendig ist, ist von der Seite des Geistes gesehen frei. Der Individualismus aber zerreißt die Natur und zerreißt den Geist und macht aus beiden einen unehrlichen Mischmasch.

Gilt es gegenwärtig noch für dumm und gewöhnlich, mehr als zwei Kinder zu haben, so muß in Zukunft die Einsicht als auszeichnend gelten, daß mindestens vier Kinder zur Erhaltung der Familie nötig sind. Und diese Einsicht muß auch in die Tat umgesetzt werden. Ich halte diese Motivierung durch die Standessitte für viel wirksamer als alle Berufung auf die Vaterlandsliebe, die Moral und selbst die Religion.

Aber Einsicht und guter Wille versagen natürlich, wenn einfach die wirtschaftlichen Bedingungen für eine Familiengründung fehlen. Im letzten halben Jahrhundert, wo der Lebensraum des deutschen Volkes im ganzen sich unstreitig sehr erweitert hat, wo Einkommen und Lebenshaltung der breiten Massen sich wie nie zuvor gehoben haben, ist der Lebensraum, welcher auf den einzelnen Gebildeten trifft, im Verhältnis zur Gesamtheit stark eingeschränkt worden. Und schuld daran ist die unterschiedslose Erzeugung unserer Bildungsfabriken. Wahre Bildung ist eben kein Massenartikel, den man fabrikmäßig herstellen könnte. Der Lebensraum der Gebildeten kann allein wieder durch eine frühzeitige strenge Auslese unter den Bildungskandidaten erweitert werden. Gewiß soll fähigen Köpfen aus den unteren Klassen nicht die Erwerbung höherer Bildung verwehrt werden. Die Forderung einer allgemeinen Massenbildung aber übersieht, daß der wesentliche Wert der „Bildung", wie man sie heute versteht, nur in ihrem gesellschaftlich unterscheidenden Charakter liegt, jedenfalls nicht in tieferer Erkenntnis.

Um dem Untergang unserer führenden Familien Einhalt zu tun, müssen wir die Unfähigen und Unwürdigen von den höheren Berufen fernhalten, auch die darin geborenen. Die Zahl der Stellen, welche in gebildeten Berufen einer Familie ein standesgemäßes Leben ermöglichen, ist sehr begrenzt. Jede Besetzung einer gut besoldeten Stelle mit einem mittelmäßigen Kopfe oder einem unwürdigen Charakter nimmt einem fähigen und würdigen die Möglichkeit zur Familiengründung. Die gebildeten Berufe sind für die germanischen Familien unseres Volkes noch ganz besonders dadurch eingeengt, daß ein sehr großer Teil der Stellen durch Juden oder Mischlinge jüdischer Abkunft eingenommen wird, denen es infolge ihrer Intelligenz, ihrer sonstigen Anlagen und ihrer geschickten Zusammenarbeit gelingt, die vielfache Zahl der einträglichen Stellen zu besetzen, die ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Eine rasch steigende Zahl von Stellen wird weiter von Damen eingenommen. Mit einem Erwerbsberufe ist der Mutterberuf aber unvereinbar, wie auch auf der Maitagung von Frl. Dr. Lüders mit anerkennenswerter Offenheit ausgesprochen wurde. Ein Staat, welcher die Besetzung höher besoldeter Stellen durch Frauen fördert, sägt daher den Ast ab, auf welchem er sitzt. Durch die Berufstätigkeit gebildeter Damen gehen außerdem auch direkt unersetzliche Erbwerte an Begabung und sonstiger Tüchtigkeit von Leib und Seele verloren. So wichtig daher auch die Frauenfrage im allgemeinen für die Bevölkerungspolitik ist, von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Damenfrage;

denn der Kern der qualitativen Bevölkerungspolitik muß, wie gesagt, Mittelstandspolitik sein.

Die Behandlung der Damenfrage hat in den betr. zur Erörterung stehenden Sammelwerken noch nicht die Beachtung gefunden, welche ihr meiner Ansicht nach zukommt. Durch jede Besetzung einer höher besoldeten Stelle mit einer Dame wird im allgemeinen einem Manne der gebildeten Stände die Familiengründung unmöglich gemacht. Auch der größte persönliche Idealismus der berufstätigen Damen kann daran leider nichts ändern. Ich mache dabei diesen Damen selber übrigens keinen Vorwurf aus ihrem Streben zum Beruf. Es liegt viel guter Wille zur Arbeit und zur sozialen Nützlichkeit darin. Es soll auch durchaus zugegeben werden, daß die Damen viele Berufe ebensogut ausfüllen können wie Männer; darauf aber kommt es gar nicht in erster Linie an, sondern auf die Folgen für Rasse und Kultur, und die sind ohne Zweifel verderblich. Und wenn man in dieser Entwicklung einen „Fortschritt" sieht, so ist das nur ein Ausfluß der individualistischen Weltanschauung des 19. Jahrhunderts, die durch eine organische überwunden werden muß.

Wie aber, wenn unser gebildeter Mittelstand ohnehin verloren sein sollte? Biologische Notwendigkeiten bestehen zwar durchaus nicht dafür. Seine Rettung setzt aber so viel Einsicht und so viel Überwindung von Vorurteilen und geistiger Trägheit voraus, daß man damit rechnen muß, daß sie nicht gelinge. Wir wollen unsere gebildeten Familien zwar nicht ohne weiteres verloren geben, tun aber doch gut, uns auf alle Fälle beizeiten nach einer letzten Quelle der Volkserneuerung umzusehen und diese gut zu schützen, bevor auch sie versiegt. Ich meine unsern Bauernstand. Wahrscheinlich werden wir auch in Zukunft nicht um die Notwendigkeit herumkommen, die Erneuerung des Volkes im wesentlichen den Bauern zu übertragen. Darum müssen wir vor allem für zwei Dinge sorgen: erstens daß die bäuerliche Bevölkerung nicht ebenfalls in den Strudel des Geburtensturzes gerissen wird, und zweitens, daß die Erbtüchtigkeit jenes Volksteiles, von dem die Geschlechter der Zukunft abstammen werden, nicht unter mittelmäßig, sondern möglichst überwertig ist. Die Lösung dieser doppelten Aufgabe glaube ich in der Methode der „bäuerlichen Lehen" gefunden zu haben. Bei Besitzwechsel von Bauerngütern sollte der Staat auf Grund eines Vorkaufsrechtes möglichst viel Land erwerben und es an Bauernsöhne und andere geeignete Bewerber von ausgesuchter Rassentüchtigkeit vergeben, aber nicht als veräußerliches Eigentum, sondern eben als „Lehen" mit der Bestimmung, daß diese Höfe nur solange in der Familie bleiben, als eine ausreichende Kinderzahl vorhanden ist. Damit wären die wirtschaftlichen Beweggründe übermäßiger Geburtenverhütung für diese Lehensbauern ausgeschaltet und in positive Antriebe zur Aufzucht einer genügenden Kinderzahl umgewandelt. Die Lehensbauern würden sicher einen großen Geburtenüberschuß haben, und in wenigen Geschlechterfolgen würde der größte Teil der Bevölkerung von derart ausgesucht rassentüchtigen Familien abstammen. Das ist die letzte Zuflucht rassenhygienischer Bevölkerungspolitik.

Die Grundgedanken dieses Planes sind auch in die Leitsätze des Ärztlichen Vereins aufgenommen und von Gruber begründet worden. Und von den auf der Maitagung über die Siedelungsfrage vorgebrachten Gedanken kann ich mit ganz besonderer Freude folgendem Satze des Landeswohnungsrates Dr. Löhner zustimmen: „Vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkte aus muß der oberste Grundsatz jeder ländlichen Siedelungspolitik sein, nicht etwa eine möglichst große

Zahl, sondern lediglich tüchtige und geeignete Familien zur bodenständigen Siedelung zu bringen."

Was ich in den Leitsätzen der ärztlichen Kommission und ebenso in den Vorträgen der Maitagung vermisse, das ist die Behandlung der Landarbeiterfrage. Vielleicht aber ist diese nur deswegen nicht eingehend berücksichtigt worden, weil sie in Bayern nicht so brennend ist wie in Preußen. Das Schicksal Preußens aber ist das Schicksal des Reiches, und in Preußen geht die „Entwickelung" dahin, daß die deutschen Landarbeiter mehr und mehr durch slawische, besonders polnische ersetzt werden. Schon sind sogar Stimmen aus den Kreisen der Gutsbesitzer laut geworden, welche die polnischen Arbeiter seßhaft machen wollen. Ich kann darin nur eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit sehen, obwohl ich kein Feind der größeren Güter bin und mir von allen politischen Parteien die konservative noch am wenigsten unsympathisch ist. Eine wahrhaft konservative Weltanschauung darf aber eine Lebensfrage des deutschen Volkes nicht nach dem Geschäftsvorteil der gegenwärtigen Generation beurteilen. Wenigstens an die Zukunft der eigenen Familie sollten die Großgrundbesitzer doch denken. Sobald erst einmal die Hauptmasse der Landbevölkerung slawisch ist — und damit auch der Nachwuchs der Städte —, wird der bolschewistische Kommunismus nicht mehr lange auf sich warten lassen, und mit der deutschen Machtstellung wäre es zu Ende. Noch aber ist es nicht so weit. Noch muß es möglich sein, wieder deutsche Landarbeiter zu gewinnen. Bei der Zukunft unseres Volkes und Reiches: es muß! Darum muß die Zulassung fremder Arbeiter fortschreitend beschränkt und nach einer begrenzten Reihe von Jahren ganz beseitigt werden. Zugleich müssen gesetzlich Mindestlöhne für Landarbeiter festgesetzt werden; ebenso muß eine staatliche Wohnungskontrolle auch auf dem Lande eingeführt werden. Wenn es aber wirklich wahr sein sollte — was ich nicht glaube —, daß die größeren Güter ohne volksfremde Arbeiter einfach nicht bestehen könnten, dann würden wir gezwungen sein, zwischen dem Bestehen der Güter und dem des deutschen Landvolkes zu wählen, und diese Wahl würde uns durch die Überlegung erleichtert werden, daß bald nach dem deutschen Landvolk auch die deutschen Güter verschwinden würden.

Der Friede im Osten hat dem deutschen Volke glücklicherweise ungeahnte Aussichten eröffnet, die Ausdehnung seiner bäuerlichen Siedelungen, die seit Friedrich dem Großen unterbrochen war, wieder in großzügiger Weise aufzunehmen. Und der Hindenburg-Erlaß zur Besiedelung Kurlands zeigt, daß wir bei jenen beiden Männern, zu denen wir unbegrenztes Vertrauen in bezug auf die Führung des Krieges haben, auch das Herz und den Kopf für die andern großen Zukunftsfragen unserer Rasse voraussetzen dürfen. „Volkswohlstand besteht nicht in einer kleinen Zahl von Großkapitalisten, sondern in einer möglichst großen Zahl leistungsfähiger, selbständiger, heimfester und heimfroher Staatsbürger, die dem Staat das liefern, was er in allererster Linie braucht: Menschen, gesund an Leib und Seele." So sagt in dem Erlasse Hindenburg. Was hülfe es auch unserm Volke, wenn es die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seinem Blute? Nicht die Weltherrschaft, wie unsere Feinde uns nachsagen, und nicht der Mammon gilt uns als höchstes Ziel, sondern das Blühen und Gedeihen unserer Rasse. Aus ihr sind wir geboren; als ihre Organe leben und sterben wir. Wie wenig bedeutet da der einzelne, seine individualistische „Freiheit" und sein „Glück"!

Expressionismus, Europäismus oder Kurt Wolff Verlag.

Von Carl Christian Bry.

I.

Dichter und Bauer.

Was erklärt den überraschenden Erfolg des Hauses Kurt Wolff? Warum erbleichen vor Neid Herr Axtur Landsberger und Genossen, und weshalb hat Ullsteins Buchabteilung schlaflose Nächte? Man sagt, die Reklame macht es: Zeitungsanzeigen, billige Sammelbände, Edschmidbesprechungen, Sternheimtelegramme, Meyrinkskandale. Aber eines bleibt dabei außer acht. Talentvolle Gelegenheitsmacherei, genialer Mangel an Zurückhaltung, freundwilligste Zusammenarbeit würden den Erfolg kaum erzwingen, wenn nicht etwas im Leser selbst ihm entgegenkäme. Dieses Etwas ist die Angst; die Angst, zurückzubleiben, als rückständig zu gelten, die der heutige Deutsche ärger als Krankheit und Tod scheut. Bis vor kurzem pflegte unser Durchschnittsleser die Wölfflinge als unverständlich oder verrückt abzulehnen, und wenn er dabei nicht recht hatte, blieb er doch wenigstens ehrlich. Inzwischen ist ihm nachdrücklich beigebracht worden, daß sein Widerspruch in Dingen des Geistes und der Kunst stets zu Unrecht erfolgt ist; wobei ohne Schwierigkeit die Fälle unterschlagen werden konnten, in denen er zu Recht erfolgte — denn sie sind heute vergessen. Vorsichtig schweigt man auch von den noch zahlreicheren Fällen, in denen der Bauer nachträglich gegen den Dichter recht bekam. Der deutsche Bürger hat sich z. B. gegen den Naturalismus heftig gewehrt. Aber wieviel des Vorschußlorbeers ist noch grün? Ibsens romantischer „Peer Gynt" war in den letzten Jahren ein nachhaltiger Bühnenerfolg; seine „Gespenster" gelten heute als schulmeisterlich und langweilig: Vorwürfe, so alt wie das Stück selbst. Der Durchschnittsmensch hat gegen die Neutöner, die aus Impotenz, halben Worten, Seelenzergliederung und Gedankenstrich aristokratische Vorzüge machten, zunächst Abneigung gefühlt; heute jedoch wiederholen Futuristen, Expressionisten, Aktivisten gegen die „Müdigkeit" genau das, was um 1900 der vielgeschmähte Bürger bereits vorzubringen in der Lage war. Hatte letzterer wirklich so unrecht? Sein Rechnungsauszug jedenfalls weist neben Ausgleichsposten auch reine Guthaben auf. Luthers Gedanken hat er verschlungen, als kirchliche und weltliche Gewalten noch in Todfeindschaft gegen Luther standen. Er hat sich für Schillers Räuber begeistert, zu einer Zeit, wo die Begeisterung für den fahnenflüchtigen Unterarzt noch manche Unannehmlichkeiten nach sich ziehen konnte. Er hat sich an verbotene politische Schriften gewagt, während eine Anzeige des Freundes und Nachbarn hinreichte, ihn in die Festung zu bringen. Es gehörte Mut dazu, zu Luther, Schiller oder zur Urburschenschaft zu stehen; aber zur unabhängigen Sozialdemokratie oder zu Heinrich Mann zu stehen, ist heute, da dem Revoluzzer statt Kerkers der Ministersessel und der Nobelpreis winken, gewöhnliche und feige Streberei. Die Anklage gegen den Bürger kann nicht mehr auf Trägheit und Widerstand, sie muß auf Hast und Leichtgläubigkeit lauten. Wenn jemand fortgesetzte Fehlurteile in Sachen der Kunst zu bereuen Grund hat, so ist es kaum der ehrliche Mann alter Schule, der mit vernichtendem Urteil über die ganze Richtung schnell bei der Hand war.

Vielmehr ist es der moderne Rezensent, der jeden Monat — er hat's kontraktlich — einen neuen „Dichter unserer Zeit" zu entdecken gehalten ist; und es ist der liberale, allgläubige Zeitungsleser, der sich von den Marktrufern noch immer übertölpeln läßt, trotzdem er längst gelernt haben sollte, daß das „Weib mit dem Seehundskörper" bloß eine ganz kommune Robbe und der „Dichter unserer Zeit" meist ein besonders aufgeblasener Windbeutel ist.

Daß dem Laien das Vertrauen ins eigene Gefühl erschüttert worden ist, wäre zu wenig gesagt. Im Gegenteil, aus der natürlichen Abneigung der deutschen Leserschaft hat man geradezu Werbemittel für Wolff zu schmieden verstanden. Die Behauptung, daß jedes Genie von den Zeitgenossen bekämpft wird, ist nicht richtiger als die, daß jede überragende Begabung sich auf Anhieb durchsetzt: beide Fälle kommen vor. Der Gipfel des Unsinns ist dagegen der Satz, auf den der lärmendste und wirkungsvollste Teil heutiger Kunstkritik zurückgeht: daß nämlich, wer bekämpft werde, auch ein Genie sei! Nach 1870 sagte der Bürger: „Kunst ist, was mir gefällt." Was dabei herauskam, wissen wir, aber die Freude an Gips und Gold war wenigstens ehrlich. Nach diesem Kriege wird der Bürger soweit „erzogen" sein, um zu gestehen: „Kunst ist, was mir mißfällt. Für geistige Bedeutung spricht am stärksten meine Abneigung." (In der Politik gilt das gleiche.) Setzen wir Wolffs Leserzahl willkürlich auf eine Million an, so ist Deutschland um neunhunderttausend und einen Heuchler reicher geworden.

Aber es gibt Leute, obgleich eine Minderheit, die ehrlich zugeben, daß ihnen Wolffs Bücher Bücher mit sieben Siegeln sind; und die sie doch lesen. Mag, was heraufzudämmern scheint, noch so unerfreulich anmuten, sie glauben sich zur Kenntnisnahme verpflichtet — da es ja doch die Zukunft sei!

2.

Die Kunstakademie.

Kurt Wolff behauptet, und das ist sein stärkstes Lockmittel, eine Dichtung zu vertreten, die „uns Menschen von heute angeht". Darauf ist bündig zu erwidern, daß dieser Ausspruch völlig zu Unrecht erhoben wird. Gerade die drei Eckpfeiler der Firma sind nicht von heute und übermorgen, sondern von gestern und vorvorgestern. Oder ist das Verfahren eines Diebes, der „Haltet den Dieb" schreit, etwa nicht von ehrwürdigem Alter? Karl Sternheim, der das Unglück hat, ein Snob zu sein, verfertigt einen „Snob", um alle Welt zu entwaffnen und Gustav Meyrink wirft sich auf Salonsatanismus, in der gleichfalls begründeten Erkenntnis, daß hier Hohlköpfigkeit des Erfolges Grundstein sei. Heinrich Mann endlich, den Wolff aus fremden Verlagen zusammenkaufte, täuscht zwar durch die wildbemalte Kulisse seiner Bücher heute noch nur Backfische über seinen ohnmächtigen, ewig gestrigen Lebensneid hinweg, hat jedoch als Konkurrent und Erbe der Ullsteinschreiblinge noch immer eine gewisse Bedeutung, eine Tatsache, die deutlich gemacht zu haben, übrigens zum Teil das Verdienst der Wolffreklame ist. Die Leute, die in diesem Dreigestirn „moderne Literatur" zu beziehen glauben, geben ihr Geld für abgetragene Röcke aus und beweisen ihre ahnungslose Rückständigkeit.

Aber die Jungen bei Kurt Wolff? In hundert Aufsätzen haben sie die neue Verbundenheit von Ich und Welt, Kunst und Leben, geistiger Tat und politischer Schöpfung ausgerufen. Nach der trostlosen Anbetung von Stoff und Technik lebe in ihnen wieder ein Glaube. Sie endlich hätten wieder den Mut, nicht die „Umwelt", sondern die Welt bezwingen zu wollen. Wenn man's so hört, möcht's leidlich

scheinen; aber warum machen gerade die „Jüngsten" einen lächerlichen oder widerlichen Eindruck? Zugegeben, ihr Wollen steht in umgekehrtem Verhältnis zum Können; aber in einer Zeit, die nicht mehr weiß, was sie will, gilt doppelt nachdrücklich: laudanda voluntas. Sie machen gegenseitig Reklame und loben sich selbst; aber gerade unsere Größten haben in der Selbsteinschätzung gegenüber Fremden kaum je an falscher Bescheidenheit gekrankt. Jeder von ihnen ist ein Welterschütterer und trotzdem treten sie rudelweise auf; aber der Sturm und Drang, der gleichfalls als Verbündelung begann, endete in Weimar; und die Romantik — was war sie anders als ein großer beglückender Bund heimlich Verschworener? Mit einem Wort, man würde unseren Jüngsten allen Sturm und Drang — verzeihen? Nein, jubeln würden wir, daß es nach den langen Jahren, da die Jünglinge greisenhaft und erschöpft anfingen und die Alten niemals reif und Meister wurden, daß es Jugend, Jugend wieder gibt, nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch in der Kunst. — Der Nachwuchs jedoch, der wie auf dem Verlagszeichen so treffend dargestellt am Euter der Wölffin saugt, ach, er belästigt von neuem mit einem Sturm in der Kaffeetasse. Er verstimmt tatsächlich nicht durch seine anmaßende Unbescheidenheit, sondern durch seine verächtliche Bescheidenheit. Spräche einer: ich will ihm den Kranz von der Stirne reißen, wie Kleist gegen Goethe zu sprechen die Verwegenheit fand, man würde vielleicht lächeln, aber auch hoffen. Unsere Jüngsten dagegen haben nicht einmal den Mut, Gerhart Hauptmann den verwelkten Kranz von der Stirn zu reißen, nicht einmal so viel Selbstachtung, um wenigstens Hofmannsthal, den Sänger der Erschöpfung, aus ihrer Gesellschaft zu weisen. Ein neuer Anfang sollten sie sein, schöpfen aus den tiefsten Tiefen — und als was fühlen sie sich? Als Ergebnisse des Kunstbetriebes der letzten dreißig Jahre! Anstatt wie Klassik und Romantik die ganze Vergangenheit und Zukunft für sich in Anspruch zu nehmen, leiten sie ihren „Expressionismus" ab aus „Impressionismus, Naturalismus, Psychologismus"; künftigen Seminarleitern und Doktoranden die Arbeit vorwegnehmend. Ein Mann der alten Schule sagte mir neulich: „Es sind alles dumme Jungen." Aber das ist leider das, was sie nicht sind. Aus einem dummen Jungen kann noch alles werden; den verdummten Nachwüchsling jedoch, der damit anfängt, sich selbst in ein kleines Schubfach der Kunstgeschichte einzusargen, muß man als hoffnungslos aufgeben.

Ein anderer merkwürdiger Irrtum ist der, die heutige Jugend habe zuviel „Intellekt". Ich persönlich habe nie gewußt, was unter Intellekt in dieser Bedeutung zu verstehen sei, wenn nicht Körperschwäche, Hornbrille und jüdisches Aussehen; aber es ist sicher, daß die „intellektuelle Jugend" vorläufig nicht intelligent genug ist, um auch nur ihren eigenen Schaffungsgrundsatz zu verstehen. Alter naturalistischer Überlieferung getreu, macht sie weiter in „Weltrevolution", während doch der Expressionismus, das Bestreben, statt des „Eindrucks" endlich einmal wieder Ausdruck zu schaffen, ein reaktionäres Prinzip ist: Rückkehr zu den Grundlagen aller großen Kunst zwischen Äschylos und Gottfried Keller. Wahrhafte Expressionisten sollten den Mut haben, so groß, ehrwürdig und bedeutend zu dichten wie Äschylos; aber unsere Nachwüchslinge bemühen sich frei nach Hofmannsthal noch immer Äschylos umzudichten; sie sollten die Kühnheit besitzen, so unmodern zu sein wie Sophokles, aber ihr kläglicher Ehrgeiz ist es, Euripides zu modernisieren. Sie sind klug genug, um zu sehen, daß der angelische Spruch „Mensch werde wesentlich" das Maß des Lebens und der Kunst enthält; aber ihre Gedichte wimmeln trotzdem von „Kugellampen, Dächern, Schloten", „grauen Häuserfronten", „langen Einsamkeiten,"

„Verzweiflung, Nacht in traurigen Gehirnen" und solchen Versatzstücken mehr, die vor dreißig Jahren einmal letzte Mode waren. Sie haben Einfühlungsgabe genug, um in den Begriffen „Gott," „Güte," „Reinheit," „Licht" wieder einen Wert zu sehen; aber wer hinter die Wörter schaut, merkt mit Grauen, daß sie nicht erlebt, nur angeeignet, nicht errungen, sondern erlernt sind, taube Vokabeln. Sie protzen mit ihrer Neigung zu den Erniedrigten und Beleidigten, zu aller getretenen Kreatur; sie sollten also ihre Brust so weit machen, daß sie alles Elend und alles Glück der Schöpfung umschlösse, sollten die Verlorenen und Mißhandelten zu sich erheben ... aber sie schauen nur hinunter zu ihnen, denn das ist leichter, und vorgemacht haben es die Naturalisten. Sie spielen das schwächliche Spiel des Gottes mit der Bajadere ohne den sühnenden Schluß. Propheten sollten sie sein, Rufer von den höchsten Bergen; kleine Schlupfwespen sind sie in der Sumpfniederung. Denn sie geben ihr Ich auf, schlüpfen behend hinein in alles Fremde, anstatt durch ihr Ich alles hindurchgehen zu lassen, das Ich zu bilden zum All. Sie alle verwechseln mehr oder minder Güte mit Nichtwehtun, Liebe mit kritischer Einfühlung, Leben mit Zürich und Lugano.

Nicht genialisch sind diese Jüngsten, sondern akademisch, nicht jung, sondern greisenhaft. Exotische Novellen, unerkennbare Bilder, musikalische Disharmonien, freieste Rhythmen, Geschlechtsverkehr auf der Bühne: sind wir denn nicht mit allen diesen Antiquitäten, die sich vor den ewig Gestrigen noch immer als „revolutionäre Kühnheiten" gebärden dürfen, überfüttert bis zum Brechreiz? Wäre es, nachdem wir durch das geistige und künstlerische Tohuwabohu der letzten dreißig Jahre, durch Abenteurertum, Liederlichkeit, freie Ehe und andere Greuel hindurchgegangen sind (nicht ohne technisches Können und moralische Unterscheidungsfähigkeit zu schärfen) — wäre es nicht heute in Tat und Wahrheit revolutionär, als ernster, lebensmächtiger Dichter, nicht als Reimer, ein Loblied auf die neuen Tugenden Tapferkeit, Fleiß, Sparsamkeit, eheliche Treue anzustimmen? Ist es nicht revolutionär, heute ein Zurückkehrender zu sein? und halten nicht Wolffs Jüngste schwächlich fest am Alten?

Sie sind Überakademiker. Sie haben etwas erreicht, was selbst den bravsten Kunstschülern zu verwirklichen nie gelang. Zum Verlag Kurt Wolff, nein, zum künstlerischen Ruhme überhaupt, gibt es heute eine Laufbahn, so sicher und geregelt wie die eines unteren Postbeamten — nur aussichtsreicher. Die Haltestellen heißen: „Aktion" oder „Sturm" (die alles aufnehmen, was den Schriftleitern genügend unverständlich dünkt) — „Weiße Blätter" — Kurt Wolff. Als Autor dieses Hauses muß man entweder sehr gut oder noch viel schlechter schreiben, als selbst dort üblich, um nicht schließlich auch einen literarischen Bärenführer zu finden, der einem dem maßgebenden Berliner und Frankfurter Publikum als „neue Hoffnung" vorstellt, und ist man erst auf dieser Höhe des Ruhmes angekommen, und dazu braucht es nur Sitzfleisch, viel Papier und des folgsamen Schwörens auf die drei Eckpfeiler des Hauses, so kann man dem Kleist- oder Fontanepreis so wenig entgehen, wie dem Tode. Weise Vorsicht! Die Laufbahn der geschworenen Verächter des „Bürgers" übertrifft an Sicherheit und Einträglichkeit manche bürgerliche. Der „revolutionäre Mut" sitzt nicht in Herz und Hirn. Er sitzt in Pinseln und Füllfedern.

3.

Am weißen und am grünen Tisch.

Das theoretische Hauptfach der Akademie heißt „Europäismus". — Ein Leser, der geduldig gefolgt ist, könnte hier einschalten, der Glaube an eine Verbundenheit

unseres Erdteils sei so alt, daß es sich vielleicht lohne, ihn wieder aufzunehmen. Aber Wolffs Anhänger lehnen die Verbundenheit der mittelalterlichen Kirche ab, weil sie kirchlich ist. Sie lehnen den klassischen und romantischen Trieb, die Welt geistig zu umspannen, ab, weil er griechisch und streng, oder finster und mittelalterlich — vor allem aber, weil er deutschen Ursprungs ist. Für den Satz „Europa gleich Robespierre und Marat" haben sie zwar noch immer starke Vorliebe, nur denkt niemand daran, daß in Wirklichkeit Europa gleich Napoleon und Murat war. Sie berauschen sich heute an der Formel „Europa gleich Lenin und Trotzki" und fallen in Krämpfe vor dem Gesetz „Europa gleich Hindenburg und Ludendorff". Es lohnt kaum, dieser Unwissenheit der Schöngeister weiter nachzugehen. Denn der Europäismus Marke Wolff beruht gar nicht auf Tatsachen geistiger oder politischer Art. Er beruht auf der richtigen Beobachtung, daß die „europäischen" Kaffeehaustische in Wien so rund wie in Berlin und in Rom so schmutzig wie in Paris sind.

Wenn ein neuzeitlicher Literat „Europa" sagt, so meint er meist nur Frankreich, nein nur Paris. Meint er wirklich Europa, dann unter möglichster Zurückdrängung Deutschlands. Bismarck, den er noch nicht begreift, würde vom Preußen zum Deutschen, vom Deutschen zum Europäer. Der heutige Europäer fängt es umgekehrt an: er geht in Person oder geistig nach Neutralien und mindert dort des Reiches Ansehen. Denn wenn es auch herzlich gleichgültig ist, was urteilslose Neutrale von unseren inneren Zuständen halten, so ist es leider nicht gleichgültig, was urteilsfähige Neutrale über die Proben von „Deutschtum" denken, die sie täglich in ihrer nächsten Umgebung sehen. Oderint mag eine schlimme Losung sein; rideant ist tausendmal schlimmer. Wir haben (leider) Tausende von Beispielen, daß ein pommerscher oder mecklenburgischer Bauer international genug ist, um eine Farm in Jowa oder Wisconsin musterhaft zu bewirtschaften; aber René Schickelé wird trotz der Akzente noch kein Franzose, und seine Bücher würden bei Calman-Levy oder Ollendorff abgelehnt oder ausgelacht werden.

Daß moderne Schöngeister zwischen Buddha, dem Negerfetisch und der neuesten Pariser Cochonnerie alles verstünden — außer, selbstverständlich ihr eigenes Vaterland —, ist eine alte Klage, die aber natürlich zu Unrecht erfolgt: denn Feuilletons sind günstigen Falles Gradmesser des Unverständnisses. Der Wolffianer verehrt etwa, nicht ohne Pornographien zu veröffentlichen, die der Dichter selbst sorgfältig verschlossen hat, Flaubert, der vor zwei Menschenaltern die Lebensöde des wohlfundierten französischen Bürgers enthüllte, als einen Ahnen, ist jedoch nicht zu denkfaul, um den Schluß zu ziehen, daß es noch immer zeitgemäß wäre, die Lebensöde des wohlfundierten deutschen Demokraten aufzudecken. Er bewundert Dostojewski, der ein riesenhaftes, obschon uns ewig fremdes Weltbild gegeben hat, scheinbar ohne Atemholen, daherrollend wie eine Lawine, erstaunlich wie ein großes Naturereignis; aber seine eigenen Bücher schreibt der Schöngeist lieber in dem kurzatmigen, bequemeren Stil Heinrich Manns. Die „Europäer" hatten eine besondere Vorliebe für Kandinski; aber auf den einfachen Gedanken, daß diese musikalische Tapetenmalerei ebenso slawisch sei wie Knute und Läuse, kam niemand. Sie waren begeistert für italienischen Futurismus, weil sie nicht Intelligenz genug hatten zu bemerken, daß es sich hier um ein letztes tragikomisches Sichaufbäumen des italienischen Nationalstolzes handelte, der, was er in der Gegenwart nicht fand, in einer irrsinnigen Zukunft suchte; daß Marinetti ein geschwächter Nachfahr Garribaldis ist. Sie beweihräuchern Romain Rolland als einen Gesinnungsgenossen; aber selbst auf den schwächsten Seiten des „Johann Christoph" sind Stil und Denkweise ganz französisch. Kurz, sie setzen

überall die eigene Wurzellosigkeit voraus und können daher für fremde Wurzeln unmöglich Verständnis aufbringen.

Aber nicht sie allein tragen die Last des Vorwurfs. Denn eine Berliner Kaffeestube „Zum neuen Europa" würde zu ihren Stammgästen nicht nur unsere Literaten, sondern auch unsere Diplomaten zählen. Durch den unbequemen Krieg unsanft aus dem Dasein von Halbgöttern aufgestört, suchten letztere unter Führung einiger als besonders weltkundig geltender Kollegen Anschluß an irdische Verhältnisse, nicht ohne natürlich in der Eile das nächstschlechteste Ende zu erwischen. Sie kaufen Picassos und ihre Frauen schreiben Bücher, die bei dem fortschrittlicher gesinnten Teil der Jugend schon vor zwanzig Jahren als unmöglich gegolten hätten. Trotzdem fühlen sich die Diplomaten in der Gesellschaft der Literaten und die Literaten in der Gesellschaft der Diplomaten ganz — sprich englisch! — up to date: einfach, weil beide auf gleicher Erkenntnisstufe stehen. Und hier beginnt der Schluß- und Groteskakt der Tragikomödie „Europa". Gesunder Menschenverstand stellt sich unter Europäismus möglichste Annäherung der Völker vor; heute versteht man darunter möglichste Zersplitterung des Erdteils durch ein „Selbstbestimmungsrecht", das einen Sklaven freiläßt, nachdem ihn der europäische Gerichtshof säuberlich enthirnt und kastriert hat. Aus lauter Takt und Rücksicht kommen die „Europäer" zu einer Politik, die verderblich wirken muß, weil sie unerhört grausam ist. Wo Härte und Kraft fehlen, gibt es keine Möglichkeit zur Güte und zum Gewährenlassen. Wo Selbstvertrauen zum Vergehen wird, gibt es nur Mißtrauen aller gegen alle und strengste Reglementierung.

Sollen wir deshalb auf Europa verzichten? Uns absperren von der Welt, ohne zu geben und zu nehmen? Nein. Denn um Europas willen führen wir Krieg. Weil man uns ausschließen zu können hoffte aus der europäischen Gemeinschaft, ist er entbrannt und weil man immer noch hofft, uns ausschließen zu können, tobt er weiter. Aber die neuen Europäer werden eines Tages zu uns heimkommen: der deutsche Soldat, der die Bewohner Europas (und einige andere) kennen gelernt hat, nicht an weißen oder grünen Tischen, sondern in der mörderischen Kameradschaft des Kampfes; und der deutsche Seemann, der nicht erst im Kriege zum Europäer zu werden brauchte, weil er schon vorher das aussichtsreichste Vorbild des neuen, umfassenden Deutschen war.

4.

Keen Hüsung.

„Der Edle ist schuld, wenn das Minderwertige obenauf kommt," schrieb im Eröffnungsheft dieser Zeitschrift der verantwortliche Leiter. Viele Hunderttausende wissen heute um den Ernst unserer politischen Lage. Haben nur ebensoviele Hunderte Einblick in den vielleicht noch bedrohlicheren, weil minder beachteten Ernst unserer geistigen Lage? Während sich moderne Literaten krampfhaft bemühen, „Geist," „Kultur," „Kunst" als einzigen Zweck des Daseins zu verkünden, erscheint anderseits allzu vielen die Kunst noch immer als „brotlose Kunst", als Schmuck des Daseins vielleicht, der neben dem großen Leben des Volkes und Staates, der Politik und der täglichen Arbeit hoffnungslos hergeht; und nur in einzelnen, den gröbsten Fällen, bemerkt man — wie etwa jetzt bei Meyrink — den ungeheuren Einfluß, der durch zeitgenössische Kunst und Literatur, durch Verlag und Bühne, Zeitschriften und Kunsthandel ausgeübt wird. Über den Besitz der Macht entscheiden heute nicht Parteien und Stimmzettel. Reichstagswahl ist alle fünf Jahre; aber neue Bücher

kommen jeden Tag heraus; alle Abende spielen die Theater; Zeitungen erscheinen jede Stunde. Den Verkündern der Machtpolitik wird bis zum Überdruß vorgeworfen, sie seien ohne Rücksicht und Bedenken; aber der zutreffende Vorwurf lautet, daß die wirklich umfassende und rücksichtslose Machtpolitik von der Gegenseite getrieben wird, die neben den politischen auch die viel feiner und sicherer wirkenden geistigen Machtmittel vollendet beherrscht und benutzt. Bevor wir nicht der internationalen Geistigkeit der Gegenwart ebenso umfassend und ebenso geschlossen den deutschen Geist der Gegenwart gegenüberstellen können — unter scharfer Ausscheidung dessen, was Patriotismus mit Kunst verwechselt —, fehlt uns das wichtigste Machtmittel. Über alles „Recht" oder „Unrecht" hinaus ist Macht Verpflichtung; gibt schon die Gegenseite nie klare Antwort auf die Frage „Freiheit — wozu?" so haben wir Antwort zu geben auf die viel tiefere Frage: „Macht — wozu?"

Wenn schon wenig Wirksames unternommen worden ist, um zu verhindern, daß der geistig regsamste Teil unserer Jugend sich von den Wölffen einkreisen ließ, was ist geschehen, um das vorhandene Echte in der deutschen Kunst der Gegenwart zu fördern? Zugegeben, im engeren und engsten Kreise ist manches besser geworden; für Heimatpflege und Mundartdichtung entfalten nord- und süddeutsche Verlagshäuser rege, anscheinend erfolgreiche Arbeit. Aber was weiß das deutsche Volk, was weiß die Führerschicht, ja was wissen auch nur die, die über jede Neuerscheinung bei Wolff und Fischer alsbald „im Bilde" zu sein sich verpflichtet glauben, von den Menschen und Werken, die unsere Not und Sehnsucht gestaltet haben? Wievielen brennt die jähe, trotzige Anklage Martin Wiltfebers, des ewigen Deutschen, wirklich in Herz und Kopf? Wieviele haben sich Ruhe und Klarheit geholt aus Rudolf Huchs reifem und milden Bekenntnisbuch: „Dies und das und anderes?" Wieviele haben über G. O. Knoops tiefem Sebald Socker und dem witzigen Freiherrn von Skarpl nachdenkend gesessen? Wievielen sind die innige Weisheit und stille Kraft von Hans Heinrich Ehrlers Büchern vertraut? Wieviel haben sich aufgerichtet an dem Bildnis Hermann Hagenrieders, des deutschen Künstlers und Kämpfers, im „Zweiten Gesicht" von Hermann Löns? Was ist für alle diese Menschen und Werke geschehen? Was ist für diesen Reichtum an edelstem (und wirksamsten) Deutschtum bisher unternommen worden? Löns' „Wehrwolf" und „Zweites Gesicht" haben eine Auflage von je einigen zwanzigtausend; Meyrinks Golem hat über hunderttausend. Hier liegt nicht nur ein Unterschied der Art, sondern auch ein Mangel an Vertrauen und Energie zu deutscher Kunst, ein Nichtbeachten dringender Aufgaben. Warum darf sich jeder junge Mensch, der genügend unverständliche Bilder ausstellen kann, alsbald für einen Mann von Ruf erachten, während einen modernen deutschen Meister wie Adolf Hildenbrand, der eine Welt von Schönheit und Tiefe geschaffen hat, heute erst ein engerer Kreis ehrt? Weshalb sind wir mit den blödesten Ausländern überfüttert worden und besitzen doch von dem protestantischen Iren Shaw keine zureichenden und von dem katholischen Schotten Chesterton beinahe überhaupt keine Übersetzungen, trotzdem beide uns nahe angehen? Warum trifft man in der Öffentlichkeit zwanzigmal die Namen Werfel oder Hasenclever, bevor man einmal die Namen Emil Gött oder Wilhelm von Scholz trifft? Wie kann es geschehen, daß zwar ein kleines Blatt der unabhängigen Sozialisten Kügelgens „Jugenderinnerungen" und den „Sonnenwirt" von Hermann Kurz abdruckt, während die Deutsche Tageszeitung ihren Lesern — was bietet? Karl Mays „Kaperkapitän". Man braucht kein Mitglied eines Jugendschriftenausschusses zu sein, um den Unterschied bedenklich zu finden.

Wer nicht Kurt Wolff liest, liest Karl May oder Ullstein: sind wir noch nicht so weit, so werden wir bald so weit sein. Dem deutschen Dichter aber ergeht es heute kaum anders als seinem Gegenpol, dem Dichterling; nein, es ergeht ihm schlimmer. Wie im Dichterling stets, kommt auch im Dichter nur allzu oft das lähmende Gefühl auf, „verkannt" zu sein. Wie der Dichterling schädigt sich auch der Dichter, eben wegen der inneren Unsicherheit seiner Stellung, nicht selten durch ein Übermaß von Höflichkeit oder durch krampfhafte Anmaßung. Wie der Dichterling wird auch der Dichter, lernt er sich fügen, nur allzuoft zum Hans in allen Gassen, zum zahmen Plauderer, oder, wenn er die Anpassung verschmäht, zum Murrkopf, zum ewigen „Besserkönner". Wie der Dichterling nimmt endlich auch der deutsche Dichter, weil er heute keine Heimat findet, ein halbes oder ganzes Dutzend Verleger in Anspruch, von denen dann keiner mehr, selbst bei bestem Willen, etwas Entscheidendes für ihn tun kann; oder er sucht Zuflucht in durchaus ungeeigneten Häusern, die überhaupt nichts für ihn tun können. Die armseligsten Sektierer, Mazdaznan-Leute und andere Schwindler, finden in Deutschland geistiges Unterkommen und häufig reichliches Auskommen; der deutsche Dichter bleibt immer noch geistig obdachlos, von seinem Auskommen nicht zu reden. Wir haben den deutschen Künstlern noch kein Haus gebaut, wo Wolff undeutschen Akademikern einen Palast errichtet hat. Oder wo besitzen wir einen Verlag, der für deutsche Dichtung und deutsches Geistesleben so gesammelt und werbekräftig einträte, wie Herder oder Kösel für alle Äußerungen katholischen Geisteslebens eintreten? Sollte wirklich, was für einen allerdings gut organisierten Teil unseres Volkes zu schaffen möglich war, für das Gesamtvolk nicht zu schaffen sein?

Noch immer fällt allzu vielen die Antwort auf solche Fragen sehr leicht. Sie sagen einfach: die Juden haben uns expropriiert — und glauben damit alles erklärt und, leider, bei genügendem Stimmaufwand auch alles getan. Aber der Glaube ist voreilig. Der Jude tut, wozu ihn Kopf und Blut treiben. Wir auch? Wenn er uns wirklich vergewaltigt, wer trägt die Schuld? Man sagt, er hat die „Verbindungen" und das Geld; aber die Wahrheit ist nur, daß er mit hunderttausend Mark mehr anzufangen weiß als der Deutsche mit einer Million — und das ist des letzteren Mangel. Man sagt, er hat mehr Organisationsgabe. Und Heer und Flotte? Man verweist auf Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung. Aber gibt es keine deutschen Zeitungen mehr? Man nennt die Direktoren der großen Berliner Privatbühnen; aber ihre ärgsten Sünden löschen die Tatsache nicht aus, daß jenes kgl. preußische Hoftheater, das seine dritte Kriegsspielzeit mit — Dumas eröffnete, der einzige stichhaltige Einwand gegen die preußische Monarchie ist. Man sagt, dem Juden, der, ohne eigene Ziele, sich allem anpassen könne, falle der mörderische Wettbewerb leichter. Aber die Zähigkeit und Sicherheit, mit der gerade er seine Ziele zu erreichen weiß? Man sagt, sein Familien- und sein Volksgefühl sei stärker — und hierin kann er uns tatsächlich zum Vorbild dienen.

Aber ich kenne den Einwand, der gegen diese kühlen Überlegungen, und nicht von den Schlechtesten, erhoben wird, den Schmerzensschrei, daß die Blonden den Schwarzen weichen müßten, weil die edlere Art auch feiner und verwundbarer sei. Ich kenne die Formeln für das Vordringen dessen, was man allzu eng und summarisch „Judentum" zu nennen pflegt und für den unerbittlichen Rückgang, wirtschaftlich und geistig, des anständigen Menschen in Europa. Und ich maße mir nicht an, zu entscheiden, ob solche Gedankengänge schwächlicher Fatalismus oder tragischer Heroismus sind.

Aber eines weiß ich. Wenn das Zeitalter des Amerikanismus, der allgemeinen Sklaverei an Geld und Maschinen, der tiefsten Seelenlosigkeit, Unfrohheit und Verdammnis wirklich hereinbricht; wenn es in Zukunft keine Mängel und keine Verbrechen mehr geben wird und folglich auch keine Tugenden und Vorzüge mehr; wenn es keinen Wettbewerb mehr geben wird und folglich auch keine Arbeitsfreude mehr; wenn die Ungerechtigkeit des Besitzes, der Staatsordnung, der Bildung aufgehoben und durch eine namenlos grausame und frevelhafte „Gerechtigkeit" — Gerechtigkeit ist Gottes Sache! — ersetzt sein wird; wenn die Gartenstädte der Zukunft zwar sauber und hygienisch, aber schauerlich ungemütlich sein werden; wenn das allgemeine Verbot von Fleisch und Wein uns in den ewigen Kater einer moralisch wertlosen, weil unfreiwilligen Nüchternheit treiben wird; wenn nicht nur Essen, Trinken, Schlafen, sondern auch Zeugen und Gebären sozial reglementierte Angelegenheiten werden sollten; wenn — kurz, wenn das Zeitalter anbricht, in dem Liebknecht deutscher Präsident, Rathenau Wirtschafts- und Wolff Literaturdiktator wird und wo selbst diese drei nicht Herren, sondern willenlose Sklaven einer ungeheuren, tückischen Maschinerie sein werden: bricht dieses Zeitalter wirklich an, so sollten wir nicht klagen, sondern doppelt hartnäckig kämpfen, auf allen Gebieten und mit allen Mitteln. Sind wir verloren, so sei das Ende nicht Blondenhöhle, sondern Götterdämmerung.

Man kann auch von seinen Feinden lernen.

— Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus, ob Offiziere und Mannschaften, die sich eine Geschlechtskrankheit zugezogen haben, strafbar seien, antwortete unlängst der Unterstaatssekretär für Krieg Macpherson, daß Offiziere, die wegen Geschlechtskrankheiten in ein Hospital aufgenommen werden, die vollen Verpflegungsgebühren (2 s. 6 d. täglich) zu bezahlen haben und aller ihrer Feldzulagen verlustig gehen. Geschlechtskranke Mannschaften haben, wie wir der Münchner Medizinischen Wochenschrift entnehmen, für den Hospitalaufenthalt 7 d (= 56 Pf.) zu bezahlen und verlieren ebenfalls die Zulagen und die kürzlich bewilligte Aufbesserung der Löhnung. Verheimlichung einer Geschlechtskrankheit ist strafbar und wird mit 2 Jahren Gefängnis mit schwerer Arbeit geahndet.

Wenn man der Wahrheit die Ehre gibt, so muß man leider sagen, daß in unserem Heere auf diesem Gebiete die Zustände noch sehr im argen liegen. Es ist ein offenes Geheimnis, aber niemand wagt, das Übel bei der Wurzel zu fassen. Ein bedauerliches Nachlassen des sittlichen Empfindens, eine Gleichgültigkeit gegen die ungeheuren Gefahren der Ausdehnung der Geschlechtskrankheiten hat vielfach um sich gegriffen, so daß auch auf diesem Gebiete eine gründliche Aufklärung und strenge Maßnahmen am Platze sind. Jetzt, wo es alle Kräfte zusammenzufassen gilt, darf kein Gebiet vernachlässigt werden, auf dem eine Kräftigung der Manneszucht und eine Gesunderhaltung des reinen kriegerischen Geistes erzielt werden kann. Leider ist es aber auch wieder das schlechte Beispiel in den heimatlichen Großstädten, das auf die moralischen Anschauungen unserer Soldaten erschütternd wirkt.

Die Zukunft der Frau.

Auch ein Wort zur Bevölkerungspolitik.

Von Mathilde Planck, Stuttgart.

Längst hätte die Frauenfrage als ein bedenkliches Zeichen der Zeit, als die Folge einer ungesunden Wirtschaftsweise erkannt werden müssen. Nun zwingt uns der Geburtenrückgang, auf die Zusammenhänge zwischen persönlichem, wirtschaftlichem und staatlichem Leben ein scharfes Auge zu haben. Dabei stoßen wir auf eine zunächst ganz unüberwindlich scheinende Schwierigkeit. Der Wille zum Kinde ist etwas rein Persönliches; was sollen gesetzliche Maßnahmen bewirken, wenn er einfach fehlt? Eine Weltanschauung und Gesinnung, die die Kinder ablehnt, kann nicht mit irgendwelchen äußeren Mitteln in ihr Gegenteil verkehrt werden. Diese Erfahrung hat schon das alte Rom gemacht.

Nichts Geringeres als eine völlige innere Umkehr tut uns not. Nur eine sittliche Erneuerung wird die einfache gesunde Denkweise wiederbringen, die Kinder als ein Geschenk und eine Freude aufnimmt, die Lebensauffassung, die im Hause und in der Familie Erholung und Erfrischung sucht. Solch eine Erneuerung wird uns am ehesten werden, wenn wir uns ihrer Notwendigkeit am tiefsten bewußt sind und wenn wir alle guten Geister unseres Volkes zur Hilfe herbeirufen.

Einstweilen und daneben muß freilich auch auf äußere Mittel gesonnen werden, die wenigstens stützen und erhalten, was an gesundem Sinn noch vorhanden ist. Vor allem eine Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien, die Herstellung von Heimstätten, nicht allein für heimkehrende Krieger, wird sich sicherlich lohnen. In solchem Sinn, nicht als bloße Geldunterstützung, müssen die Mittel verwendet werden, die zur wirtschaftlichen Hebung der gesunden Elemente unseres Volkes aufzubringen sind. Doch darf dabei die Idee der Fürsorge keinesfalls besonders hervortreten. Kinderreichtum wäre sonst immer noch, wie er es bis heute ist, eine Demütigung für den Armen. Er soll als Ehre und Vorzug gelten und das Recht auf genügende gute Familienwohnung gesetzlich festgelegt werden.

Damit ist schon angedeutet, in welchem Geist die äußeren Maßnahmen geschehen müssen. Entgegen der im gesamten Wirtschaftsleben herrschenden Auffassung, die nur den Geldwert beachtet, die auch den Menschen nur als Arbeitskraft zur Erzeugung von Gütern einschätzt, muß der Staatsbürger als solcher, als ein Wert an sich, als eine dem Staatsganzen notwendige Kraft zur Geltung kommen. Wieweit dieser Bürger dem Staate gegenüber wieder verpflichtet und verantwortlich ist, kann hier nicht näher ausgeführt werden. Aber bisher ist jedenfalls auch die Verantwortlichkeit des Staates allen seinen Kindern gegenüber viel zu wenig zum Ausdruck gekommen. Möchte uns der drohende Rückgang der Volkskraft zwingen, einmal an einem Punkte ganz energisch mit der Durchführung solcher Verantwortlichkeit anzufangen.

Dazu aber muß sich der Staat vor allem der Frauen versichern. Sie haben längst den Finger auf die eine schmerzende Wunde gelegt, auf die große Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und ihre Quelle, die Prostitution, aufmerksam gemacht. Der ärztlichen Schätzung, daß jährlich 200000 Kinder infolge Geschlechtskrankheit des Mannes unserem Volke verloren gehen, ist bis heute nicht ernstlich

widersprochen worden. Diesem Übel aber kann nur durch ganz weitgehende Maßnahmen einigermaßen Abbruch geschehen. Mit der zögernden Anwendung von nur halbtauglichen Mitteln wird nichts gebessert. Die seitherige tatsächliche Anerkennung der doppelten Moral muß ein Ende nehmen. Nicht Sanierung und Reglementierung der Prostitution darf die Losung sein — die erstere ist ja sowieso unmöglich —, sondern eine ganz entschiedene Bekämpfung dieses Übels mit äußeren und inneren Mitteln ist erforderlich. Auch auf diesem Gebiet ist die Verantwortlichkeit des einzelnen wie des Staates in vollem Umfang durchzuführen.

Doch damit ist nur erst die Richtung angegeben, in der die Kräfte der Frau wirksam werden sollen. Ihr ist von der Natur die leibliche und sittliche Erneuerung des Menschengeschlechtes übertragen. Nicht ungestraft hat unser scheinbar so fortgeschrittenes Zeitalter diese einfache uralte Wahrheit mißachtet. Mit der Erneuerung aber ist Pflege verbunden. Die rein persönlichen Beziehungen sind das eigentliche Wirkungsfeld der Frau. Infolge der für sie so ganz ungünstigen neueren wirtschaftlichen Entwicklung ist dieses ihr ursprüngliches Arbeitsgebiet immer enger geworden. Mit der Vernachlässigung der Familie als natürlicher Folge solcher Umwandlung wurden dann die Wurzeln unseres Volkslebens angegriffen. Und eine Gesundung ist nur zu erhoffen, wenn hier der Hebel kräftig angesetzt wird. Der natürliche Sinn der Frau für das Gesunde, Lebenskräftige muß sich wieder entwickeln dürfen und seine Heilkraft voll entfalten.

Wie aber soll dies geschehen? Es ist nicht so schwer, als es auf den ersten Blick aussieht. Könnten wir allen jungen Frauen Freude an ihrer Häuslichkeit, gründliche Kenntnisse der Hauswirtschaft und der Kinderpflege mitgeben, so wären wir schon ein gutes Stück voran, und die staatliche Hilfe für kinderreiche Familien hätte wirklich Aussicht auf Erfolg. Ehemals waren jene Voraussetzungen im allgemeinen gegeben, da das junge Mädchen als Gehilfin der Mutter mit allen häuslichen und Familienaufgaben vertraut war. Nun ist teils durch die außerhäusliche Arbeit, wie bei den Armen, teils durch Standesvorurteil, wie bei den Vermöglichen, diese zwanglose, durch die Verhältnisse selbst gegebene Unterweisung großenteils fortgefallen. In allen Ständen sind die jungen Ehefrauen, die gar nichts wissen und verstehen, sehr zahlreich. Die unnatürlichen Verhältnisse haben selbst den gesunden Instinkt der Mütter untergraben. Es muß also auf diesem Gebiet neu angefangen werden.

Ohne staatlichen Zwang geht es dabei nicht. Aber nichts wäre schlimmer als eine schematische Regelung. Der Staat darf nur die gesetzliche Grundlage schaffen und muß für die unterste Schicht Geldmittel, aber nur in bescheidener Höhe, bereitstellen.

Das notwendigste ist, daß der Staat von jeder angehenden Ehefrau ein Zeugnis über ihre Fähigkeit zur Haushaltführung und Kinderpflege verlangt. Die Gelegenheit zur Prüfung muß ebenfalls durch den Staat eingerichtet sein. Sie hat fast nur Praktisches zu verlangen, und es ist im allgemeinen jedem selber überlassen, wo er die erforderlichen Fähigkeiten sich aneignen will. Nur der Besuch der Fortbildungsschule, wo einige theoretische Ergänzung geboten wird, ist nicht zu umgehen.

Ein sehr großer Teil der jungen Mädchen würde sich zu einem Lernjahr im mütterlichen Haushalt entschließen, sehr viele andere würden in häusliche Dienste treten, um sich vorzubereiten. Nur in der obersten und in der untersten Schicht wäre Anstaltsausbildung zu erwarten. Für die erstere müßten Privatschulen unter

Staatsaufsicht sorgen, da der Staat selbstverständlich für Liebhabereien kein Geld aufwendet. Für diejenigen armen Mädchen aber, die nicht in häuslichen Diensten unterkämen, wären zunächst in Verbindung mit großen Anstalten Unterrichtskurse zu schaffen, so daß die Arbeitskräfte auch wieder nützlich verwendet und die ganze Einrichtung dadurch verbilligt würde. Wie groß die Zahl der besonders zu schulenden armen Mädchen wäre, läßt sich unmöglich vorausberechnen. Als feststehender Aufwand aber ist die richtig ausgebaute Fortbildungsschule und die Anstellung der Prüfungsinspektorinnen in Aussicht zu nehmen.

Im Hinblick auf den zu erwartenden Erfolg wird es sich also um verschwindend kleine Summen handeln. Aber dabei ist vorausgesetzt, daß die ganze Ausführung des Planes in der Hand von Frauen liegt. Nur sie werden alle bureaukratische und die ganze Einrichtung verteuernde Umständlichkeit fernzuhalten wissen. Und sie sind ja auch zugleich diejenigen, die bei der Organisation im großen wie bei der einzelnen Erziehungsarbeit durch ihre Begeisterung und Hingabe die lebendige segenbringende Frucht dieser ganzen nationalen Mädchenbildung hervorbringen müssen.

Um den erwerbenden Ständen keine zu große Belastung aufzuerlegen, muß für das Prüfungsalter ziemliche Freiheit gegeben werden. Zwischen dem 17. und 21. Lebensjahr etwa wäre die Prüfung abzulegen. Und selbstverständlich müssen die Anforderungen den Lebensverhältnissen entsprechend abgestuft werden. Dafür wird am besten gesorgt, wenn die Inspektorinnen verschiedenen Bevölkerungskreisen entnommen sind. Bei solch weitgehender Anpassung — auf dem Lande ist manches zu verlangen, was in der Stadt nicht notwendig ist, und umgekehrt[1]) — wird es auch am Verständnis des Volkes, wie vor allem der weiblichen Jugend selbst, für diese Ausbildung nicht fehlen. An dem spärlichen Kochunterricht, der in einigen Fortbildungsschulen, ziemlich allgemein in Baden und teilweise in Württemberg, erteilt wird, haben die Kinder eine große Freude. Säuglingspflege wird in freiwilliger Hilfeleistung von vielen mit besonderer Liebe geübt. Es sind also vielfach günstige Voraussetzungen da. Die Ausbildung für den Hausfrauen- und Mutterberuf würde in den verschiedensten Volkskreisen Verständnis finden.

Die Vorteile solcher Vorbereitung auf die häuslichen Pflichten stehen in gar keinem Verhältnis zu dem dafür erforderlichen Aufwand. Sie müßten sich in fast allen Lebensbeziehungen fühlbar machen, sowohl in äußerer als in moralischer Hinsicht.

Schon die Fähigkeit jeder Hausfrau, ihre Geschäfte richtig zu besorgen, ist ein fast unberechenbarer Vorteil. Der Überblick über Einnahmen und Ausgaben, das Sparen und Einteilen kommt dazu; richtiges Einkaufen wie zu Rate halten des Vorhandenen sind weitere unschätzbare Stützen des Hauses. Es ist heute schon so, daß manche Fabrikarbeiterin ihrem Haus und ihren Kindern erhalten bliebe, wenn sie jene häuslichen Tugenden besäße. Mancher Haushalt wird mit den allerkleinsten Mitteln gut geführt und ist weit behaglicher als ein anderer, für den der doppelte Aufwand gemacht wird. Es kommt eben darauf an, ob die Hausfrau es versteht, aus allem etwas zu machen.

[1]) Stadttöchter müssen z. B. das Einkaufen auf dem Markte lernen und eingehende Warenkunde ist für sie notwendig. Landmädchen brauchen Einführung in Gartenbau und Kleintierzucht. Der Einblick in die Zusammenhänge von Haus- und Volkswirtschaft, der allen zu bieten ist, kann für die Mädchen mit höherer Schulbildung weiter ausgebaut werden. Ein gewisser Grundstock muß freilich für alle derselbe sein.

Im Mittelstand würde die Möglichkeit der Eheschließung in vielen Fällen gefördert, und die reichen Töchter wüßten wenigstens, daß sie bei der Eheschließung nicht in ein ganz pflichtenloses Leben hineinsegeln.

Höher noch als dies alles ist aber der moralische Gewinn einzuschätzen. Wenn es gelingt, die Mutter kleiner Kinder von der außerhäuslichen Arbeit freizumachen — und dies muß unbedingt verlangt werden —, so muß sie doch zugleich fähig und gewissenhaft genug sein, um das Haus zu einer Heimat und Pflanzstätte des Guten für Mann und Kinder zu gestalten. Ist sie richtig vorgebildet, so hat sie an ihren Pflichten auch eine Freude, und jeglicher Vorteil, der ihr gewährt wird, trägt doppelte Frucht. Denn die Kindererziehung wird nur dann wieder in ein richtiges Fahrwasser kommen, wenn Mädchen und Buben von der Mutter zu allerlei kleiner Hilfeleistung angehalten werden. Mit all unseren Anstalten, Krippen und Horten können wir für das, was in dieser Hinsicht verloren ging, niemals Ersatz schaffen. Ein Garten für die kinderreiche Familie und eine Mutter, die ihn zu pflegen versteht, dies ist unendlich viel mehr wert als unsere noch so ausgedehnte soziale Fürsorge. Daß auch dem Mann, der müde von der Arbeit heimkommt, das freundliche Heim not tut und daß er dadurch am ehesten vom Wirtshaustrunk abgehalten wird, bedarf keiner weiteren Worte.

Neben dem wirtschaftlichen und sittlichen Gewinn für die einzelne Familie sind aber noch weitgehende volkswirtschaftliche Vorteile zu erwarten. Daß z. B. die Regelung unserer Ernährung in der Kriegszeit sehr viel besser gelungen wäre, hätten wir es mit lauter verständigen Hausfrauen zu tun gehabt, dies ist ohne weiteres einleuchtend. Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der häuslichen Mädchenerziehung muß der sein, in die wirtschaftlichen Zusammenhänge einzuführen. Aber auch unsere Volkswirtschaft hat gerade so wie die Hausfrauentätigkeit manchen Mangel geoffenbart. Wieviele Dinge, die weit besser und billiger durch die Hausfrau oder durch das weibliche Handwerk (darunter verstehe ich Weißnähen, Kleidernähen und Putzmachen) hergestellt würden, sind durch das Unternehmertum auf den Markt geworfen worden! Lernt die Frau wieder, die einfachen Kleidungsstücke selbst anzufertigen und im Stande zu halten, so bedeutet dies zugleich, daß ihre Haushaltführung noch weiter erheblich verbilligt, daß also ein noch größerer Kreis von Frauen von der außerhäuslichen Arbeit frei werden kann.

Diese letztere Tatsache ist viel bedeutsamer, als sie auf den ersten Blick erscheint. Die Industrie hat eine Menge der in älteren Zeiten im Haus geleisteten Arbeit an sich genommen. Seit 100 Jahren ist das Verhältnis zwischen Hauswirtschaft und Volkswirtschaft im Fluß. Keinem Vernünftigen wird es nun einfallen, die Hausfrau heute wieder an das Spinnrad zu setzen. Wo Kraft und Material gespart wird, da hat die Industrie ihr Recht. Aber das Unternehmertum hat sich auch mit der Herstellung von Dingen befaßt, bei denen jene Ersparnisse nicht gemacht werden können, das sind z. B. die meisten der für die Bekleidung notwendigen Gegenstände. Mit Hilfe der ungenügenden Löhne der Heimarbeit hat jenes Unternehmertum sich gehalten, und die Frauen waren urteilslos genug, sich diesen Gang der Dinge, der für die vermöglichen ja sehr bequem war, gefallen zu lassen. Bei der Herstellung von Konserven ging es ähnlich. Doch ist hier schon vor dem Kriege die Wendung eingetreten, daß der Haushalt diese Arbeit allmählich sich zurückholt. Auch mit den Gegenständen der Bekleidung müssen wir diesen Weg gehen. Dies ist heute ohne weiteres möglich, da bei der wohl noch länger herrschenden Stoffknappheit die Einrichtung der großen Lager sich von selbst verbietet. Aber zugleich

ist jene allgemeine Unterweisung der weiblichen Jugend notwendig. Nur wenn die Frauen aller Stände die volle Kenntnis und den Überblick über den Bedarf des Haushalts haben, sind sie imstande, den einen wichtigen Punkt ihrer Stellung wieder zu besetzen.

Damit rückt die Frauenfrage in ein neues Stadium. Nicht mehr haben wir dann die bloße Anpassung an die als unwiderruflich hingenommenen Anforderungen eines oft genug willkürlichen Wirtschaftslebens, sondern es handelt sich jetzt um eine Grenzfestsetzung nach Gründen der wahren Zweckmäßigkeit.

Was haben aber diese Dinge mit dem Geburtenrückgang zu tun? — Viel mehr, als es dem oberflächlichen Urteil scheinen mag. Oder ist nicht das Haus mit seiner breiteren oder schmäleren Grundlage das feste Gerüste, das dem Familienleben mit seinen rein persönlichen Beziehungen den äußeren Halt gibt? Gelingt es uns, dieses Gerüste wieder zu verstärken, so wird zugleich dem Boden, auf dem der Familiensinn wachsen kann, neue Nahrung zugeführt. Der Staat kann keine neue Bürgergesinnung schaffen. Aber er kann die Verhältnisse so ordnen, daß der echte Bürgersinn, der auch an den Fortbestand des Volkes denkt, gedeihen kann. Wird es den Frauen wieder ermöglicht, Freude an ihren Kindern zu haben — und unser Vorschlag wirkt dahin —, so braucht es uns nicht mehr bange zu sein.

Aber alle Erziehungsarbeit braucht ihre Zeit. Und so tut es not, die verlangte allgemeine Vorbereitung auf den Hausfrauen- und Mutterberuf unverzüglich einzuleiten. Damit würde auch der Forderung nach dem Dienstjahr der Frau am besten genügt. Doch, wie schon gesagt, nur die Frauen selbst können auf befriedigende Weise und ohne erhebliche Kosten das Werk durchführen. Man gebe ihnen die gesetzlichen Mittel an die Hand, und sie werden dem Vaterlande mit derselben Treue dienen, die sie in der langen Kriegszeit bewährt haben. Handelt es sich doch darum, daß sie ihren uralten und ihnen nächstliegenden Beruf neu ausgestalten und ihn so mit den Forderungen der Zeit an unser Volkstum in Einklang bringen.

Letzten Endes handelt es sich also um eine Vertiefung des Verantwortlichkeitsgefühls der Frau. Wird der deutsche Mann das Verständnis dafür aufbringen und wird er ihr helfen, sein so gern gebrauchtes Wort: „Die Frau gehört ins Haus" wahr zu machen? wird er einmal einen tatsächlichen Schritt zur Lösung der immer brennender werdenden Frauenfrage tun? Denn die gesetzlichen Möglichkeiten jener allgemeinen Mädchenerziehung kann die Frau ja nicht schaffen, dazu bedarf sie seiner Hilfe. Wäre es nicht an der Zeit, daß er mit seiner seitherigen Gepflogenheit bräche, die darin besteht, je und je einmal in zornigen oder spöttischen Ausbrüchen gegen die Frauenbewegung sich zu ergehen, im übrigen aber — mit den Händen in den Hosentaschen zuzusehen, wie die Frauen in immer größerer Zahl von dem modernen Unternehmertum ins Joch gespannt und mißhandelt, will sagen dem Haus und der Familie entfremdet werden. Es geht heute längst nicht mehr um das Los der Frauen allein, es geht um die Zukunft unseres Vaterlandes.

Was auch heute noch gilt.

„Es steht in Gottes Händen, daß es einem Regenten gerate, derselbe gibt ihm einen löblichen Kanzler." Jesus Sirach 10, 5.

Was will Wilson?

Von Friedrich Prinz zu Löwenstein.

In seiner Antwortnote vom 14. Oktober 1918 sagt Wilson:

„Deutschland hat meine am 8. Januar und in meinen folgenden Botschaften aufgestellten Bedingungen uneingeschränkt anzunehmen."

Hauptsächlich sind dies 14 Punkte, unter diesen wiederum 4, welche für Deutschlands Zukunft besonders schwerwiegend sind.

Punkt 6 lautet: „Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einvernehmen in allen Fragen, die es betreffen."

Mit wem hat sich nun Deutschland ins Einvernehmen zu setzen über die Räumung? Mit Rußland hat es dies getan im Frieden von Litauisch-Brest. Soll dieser Friede ungültig sein? Sollen Schutz und Entschädigung unserer deutschen Volksgenossen in Rußland preisgegeben werden?

Punkt 7 lautet: „Belgien muß geräumt und wieder aufgerichtet werden, ohne irgendeinen Versuch, seine Souveränität zu beschränken."

Frage: Bedeutet diese Forderung, Deutschland müsse die Aufrichtung Belgiens bezahlen? Sollen die Flamen ihrem Schicksal überlassen werden, denen Deutschland Schutz versprochen und die auf sein Wort vertraut haben?

Punkt 8: „Das ganze französische Territorium muß befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden und das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringen zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage stellte, sollte wieder gut gemacht werden."

Frage: Hat auch diese Herstellung Deutschland zu vergüten? Dann sind neben den eigenen Kriegskosten von mindestens 150 Milliarden Mark an die Feinde weitere 50 Milliarden zu entrichten. Da das gesamte steuerbare Privatvermögen in Deutschland, nach Angaben des Reichsschatzsekretärs, gegen 200 Milliarden Mark beträgt, würde auch der letzte Pfennig aus dem Privateigentum zur Begleichung dieser Schuld herangezogen werden müssen.

Außerdem wird den Deutschen zugemutet, sie sollen anerkennen, im Jahre 1871 sei durch die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reiche ein Unrecht an Frankreich begangen worden. Das heißt also: die Raubpolitik Ludwigs XIV. von Frankreich, die er an diesen deutschen Landen getrieben hat, soll von uns gebilligt werden. Die tapferen Befreier deutschen Bodens im Jahre 70/71 hätten demnach für eine schlechte Sache gekämpft!

Punkt 13: „Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnt sind, und einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt, soll errichtet werden."

Frage: Umfaßt dieser polnische Staat auch Gebiete des Deutschen Reiches, Teile von Schlesien, die Provinzen Posen und Westpreußen, die Hafenstadt Danzig?

Die polnische Presse und außerdeutsche Zeitungen fordern es einstimmig. Dann ist Deutschland wie im Westen so auch im Osten zerstückelt. Jahrhunderte deutschen Fleißes haben die Ostmarken der Gesittung und geordneten Verhältnissen zugeführt. Angegliedert dem rücksichtslosen Großpolentum, gehen diese Länder dann im Völkergemisch des Ostens unter. Deutschland hat die polnische Sprache nicht ausgerottet, wie dies andere Staaten bei ihren eingesprengten, fremdsprachlichen Bürgern getan. Für seinen Edelmut soll nun Deutschland büßen!

Außer diesen Hauptpunkten verlangt Präsident Wilson aber noch mehr in seiner Note vom 14. Oktober.

Er fordert Sicherheiten und Bürgschaften für die militärische Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten im Felde.

Frage: Soll das heißen, Deutschland habe bedingungslos die Waffen zu strecken, das Kriegsmaterial auszuliefern, den U-Bootkrieg ohne Gegenleistung einzustellen und sich als schuldiger Teil der Gnade des Präsidenten Wilson zu überantworten, ehe auch nur ein Waffenstillstand bewilligt wird?

Alle Stimmen aus dem Auslande legen die Note in diesem Sinne aus. Doch damit nicht genug!

In den Schlußsätzen der Note weist der Präsident mit „großem Nachdruck" auf die „Macht" hin, „welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat" und verlangt ihre Beseitigung. Er will ihre Vernichtung, zum mindesten ihre Herabminderung zu tatsächlichem Unvermögen. „Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern."

Frage: Welches ist diese Macht? Hat Präsident Wilson das Kaisertium gemeint? Wenn dem so ist, so widerspricht die Forderung auf Vernichtung oder Herabminderung dieser Macht dem, von Wilson aufgestellten, Grundsatze vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Oder wird hier etwa nicht in das eigenste Recht des deutschen Volkes eingegriffen? Hat nicht das deutsche Volk durch seine gewählten Vertreter demselben Kaiser bei Kriegsbeginn die Treue in die Hand geschworen? Es sind doch die gleichen Männer noch immer im Reichstage, welche den Treueid im Weißen Saale geleistet haben. Waren die Vertreter damals, und mit ihnen das deutsche Volk, einverstanden mit der Kriegserklärung oder nicht? Diese Männer sollen die Macht beseitigen, den Kaiser absetzen? — Herr Wilson! — Ist das der Versöhnungsfrieden den der Präsident früher versprach, oder ist es der schroffste Gewaltwille, den er damals verdammte?!

Wenn heute die Deutschen schweigen, — werden die Leichensteine schreien! —

Um Sein oder Nichtsein![1]

Von Dr. Erich Kühn.

Die Sturmglocken läuten.

Was geschieht mit unserem deutschen Volk und Vaterland?

Stehn wir vor dem Ende des grauenvollsten Dramas, das die Weltgeschichte sah?

Hebt erst der letzte, der blutigste Akt an?

Verzicht? Unterwerfung? Untergang? oder Zusammenfassen aller Kräfte und siegreiches Kriegsende?

Wir sind in einen reißenden Strudel der Ereignisse hineingeraten. Die Friedensschritte überstürzen sich. Da kann an einem Tage, in einer Stunde weit überholt sein, was soeben noch möglich schien. Der denkende Mensch ringt und ringt gegen die von allen Seiten anstürmenden Nachrichten, Gerüchte, tatsächlichen Geschehnisse, um den Kopf oben zu behalten.

Vor allen Dingen will er erfassen, was die vaterländische Not als Pflicht des Augenblickes erfordert. Vergessen wir nie, daß unser

[1]) Abgeschlossen am 15. Oktober 1918. Der Aufsatz erscheint als Sonderdruck. Er eignet sich besonders als Aufklärung des ganzen Volkes zur Verteilung im Großen, im Haus, in Fabriken und im Feld. Preis 40 Pf., 10 Stück je 30 Pf., 50 Stück je 25 Pf., 100 Stück je 20 Pf., 500 Stück je 18 Pf., 1000 Stück je 15 Pf.

Wille unser Schicksal ist! Vergessen wir nie, daß nur Einigkeit stark macht und daß niemals ein Volk der Erde gesiegt hat, dem der Wille zum Sieg versagte!

Gleichviel, ob wir einem Chaos, oder einem siegreichen Ende und einer inneren Erneuerung entgegengehn: mehr denn je ist es Pflicht, zu überlegen und festzuhalten, was geschehn ist und welchen Weg wir durchmessen haben, damit wir danach die Richtlinien für die Zukunft herausarbeiten können. Ermüden wir nicht bei dieser Arbeit, denn von ihr hängt viel ab.

Zu welchem Ergebnis wir aber auch kommen: das Wohl des Vaterlandes leuchtet reiner und stärker denn je hoch über allem Treiben als der Stern, dem wir einzig und allein zu folgen haben, und alle unsere Gedanken sind nur auf diese Richtung einzustellen.

Volk und Vaterland müssen frei bleiben!

Was ging vor sich?

Bulgarien bereitete unter starker metallischer Nachhilfe der Entente und unter den nicht sehenden Augen unserer Diplomaten den Abfall vor, den es vermutlich seit dem Kühlmannschen Frieden von Bukarest plante, der den treulosen Feind auf Kosten des Bundesgenossen begünstigte. Österreich-Ungarn bot plötzlich von sich aus Frieden an. Im Westen tobte eine Hölle gegen unsere Front, deren Stimmung leider durch die der Heimat untergraben wurde. England annektierte in aller Stille Spitzbergen und schloß damit den Ring um den Norden bis zur Murmanküste. Im Süden schickte es sich an, ein anderes seiner vielen, Erdteile umspannenden Kriegsziele, nämlich die Sicherung des Landweges nach Indien, ebenfalls zu erreichen. (Der Beherrscher des größten Teiles der Erde mag leicht für einen Völkerbund schwärmen, der ihm seinen Besitzstand sichert!)

Derweilen nahm bei uns im Innern die Offensive der radikalen Reichstagsmehrheit immer schärfere Formen an. Weshalb? Wollte die Sozialdemokratie die Gefolgschaft verweigern? Es folgte der Rücktritt des Grafen von Hertling und der Erlaß Kaiser Wilhelms II. vom 30. September.

In diesem Erlaß hat der Kaiser den Wunsch ausgesprochen, „daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen sollen".

Lassen wir uns einen Augenblick zur Untersuchung Zeit!

Mittelbar wird durch den Erlaß ausgesprochen, daß die Männer, welche bisher an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnahmen, nicht oder doch nicht durchweg vom Vertrauen des Volkes getragen gewesen wären. Es folgte daraus, daß die Persönlichkeiten, die bis dahin die Geschäfte führten, in erster Linie von dem Vertrauen des Monarchen berufen und gehalten gewesen wären. Es ergäbe sich somit ein Gegensatz zwischen dem Vertrauen des Monarchen und dem des Volkes. Ein solcher Gegensatz ist aber nur denkbar, wenn der Monarch die Leitung Personen anvertraut, die zwar seine Ziele, aber nicht die des Volkes verfolgen, d. h. wenn seine Ziele also zu denen des Volkes im Gegensatz stehn.

Die Verfassung entsprach bisher der geschichtlich festgewurzelten Überzeugung, daß der Monarch nach der Geschichte seines Hauses, seiner Erziehung, Gesinnung und Stellung von seinem Platze aus die Dinge besser zu überschauen vermöchte als die Menge des Volkes, zu der ursprünglich natürlich auch Parlamentarier gehörten, und gab ihm als Führer daher die Möglichkeit, Ratgeber nach seinem Gewissen und Ermessen zu wählen, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre Ziele für den Augenblick vom Volke nicht verstanden oder nicht gebilligt würden. Hätte König

Wilhelm I. nicht von diesem Recht Gebrauch gemacht, hätten wir kein Deutsches Reich gesehn.

Der kaiserliche Erlaß an sich bedeutet fraglos einen in der Geschichte in dieser Form kaum dagewesenen grundsätzlichen und schroffen Bruch mit der Vergangenheit Deutschlands und Preußens. Der Grund für einen solchen scharfen Bruch müßte demnach, wenn unsere Voraussetzungen richtig wären, darin zu suchen sein, daß der Monarch den Wunsch hegte, jeden vermeintlichen oder tatsächlichen Gegensatz zwischen seinen Zielen und denen des Volkes so rasch wie möglich zu beseitigen, selbst wenn es auf Kosten seiner angestammten Rechte erfolgte. Angesichts dieser Überlegung drängt sich die Frage auf:

Bestand ein so unheilvoller Gegensatz zwischen den Zielen des Monarchen bzw. seiner bisherigen Ratgeber und denen des Volkes, daß seinetwegen ein Bruch mit der Vergangenheit nötig war?

Und die weitere Frage lautet: Welches werden die Folgen des Bruches sein?

Wo steckte die Ursache der „Krise"?

Da die Männer, welche auf Grund des Erlasses vom 30. September 1918 in die leitenden Reichsstellen berufen sind, überwiegend der Mehrheit des Reichstages entnommen oder von ihr als vertrauenswürdig bezeichnet worden sind, darf man schließen, der Monarch befände sich in der Annahme, daß lediglich die Reichstagsmehrheit mit ihrem Anhang das Vertrauen des deutschen Volkes besäße.

Es hätte also ein weitgehender Gegensatz zwischen dieser Reichstagsmehrheit und den Spitzen der Bureaukratie vorhanden sein müssen, wenn unter den gedachten Voraussetzungen der Bruch mit der Vergangenheit unbedingt nötig gewesen wäre.

Das ist aber keineswegs der Fall. Es hat vielmehr eine weitgehende Interessengemeinschaft bis zur Interessenverfilzung zwischen beiden Gruppen seit geraumer Zeit bestanden, und sie besteht noch.[1]) Es sei nur daran erinnert, daß Bethmann, obschon wir ihm den Weltkrieg in diesem Umfang verdanken, obwohl er seine langjährige Verständigungspolitik bei der Kriegserklärung Englands wie ein Kartenhaus zusammenbrechen sah, obwohl er das Wort vom Unrecht an Belgien sprach und bei Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges eine verhängnisvolle und schwankende Rolle spielte, vor dem und während des Krieges der Liebling der Mehrheitsparteien war, da er u. a. das Jesuitengesetz aufhob und den Sozialdemokraten ein Zugeständnis nach dem andern machte, bis zum Wahlrechtsentwurf in Preußen. Und in der Frage der Kriegsziele? Schwerlich war Bethmann alldeutscher Annexionist, und schwerlich hätte er unseren Feinden Kontributionen auferlegt. Das beweist sein Friedensangebot vom Dezember 1916. Von einem weitgehenden Gegensatz zwischen ihm und den Parteien der Mehrheit war also nicht die Rede. Wie sehr man ihn in diesen Kreisen geliebt hat, beweist der Umstand, daß ihn anläßlich der letzten „Krise" das Berliner Tageblatt als Kanzlerkandidaten — wenn auch nur schüchtern — wiedervorzuholen wagte.

Und wie stand es um seine Gehilfen? Bernstorff, der in den Vereinigten Staaten Mißerfolg über Mißerfolg im Sinne des deutschen Volkes — vielleicht nicht im Sinne des internationalen Kapitals — erzielt hat, steht nach wie vor in der höchsten Gunst der Mehrheit. Das gleiche gilt von dem Staatssekretär Solf, von Brock-

[1]) Die Frankfurter Zeitung sogar schrieb noch am 1. September 1917: „Gerade in der Politik, welche dem gegenwärtigen Kriege unmittelbar vorausging, und in der Politik, welche während dieses Krieges von Deutschland geführt wurde, ist in allen wesentlichen Punkten das deutsche Volk mit seiner Regierung vollständig einig ... Die demokratischste Regierung Deutschlands würde keine andere Politik treiben."

dorf-Rantzau, von Riezler und manchem anderen. Auch Lichnowsky erfreute sich, bei den Freisinnigen wenigstens, größter Hochschätzung. Wahnschaffe holt man jetzt hervor und sogar Delbrück, die urältesten Stützen der Regierung vor dem Kriege. Wie sie *heute* Freunde der Mehrheit sind, sind sie es damals auch gewesen.

Von Michaelis ist allerdings zu sagen, daß er sich nicht völlig auf den Boden der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 stellte und sich gegen den krassen Parlamentarismus wehrte. Aber dafür eignete sich Kühlmann desto restloser den internationalen Gedankenschatz der Mehrheit an und wirkte mit allen Kräften in ihrem Sinne. Darüber hinaus erniedrigte er sich im Bukarester Frieden sogar zum Vorkämpfer der Alliance israélite universelle.

Der schwach widerstrebende Michaelis machte sehr bald Hertling Platz, und Hertling hat als erster Reichskanzler den Parlamentarismus bei uns aus der Taufe gehoben. Er *war der Kandidat der Mehrheit* und leistete vor Amtsantritt den Schwur auf ihr Programm. Unter ihm wurde das Arbeitskammergesetz in Angriff genommen, § 153 RGO. aufgehoben, das preußische Wahlrechtsgesetz unter Aufbietung aller Regierungskräfte gefördert. Was wollte man noch mehr? Daß Graf Hertling das Zustandekommen des Wahlrechtsgesetzes auf *verfassungsmäßigem* Wege betrieb, dürfte ihm seine bisherige Gefolgschaft eigentlich nicht zum Vorwurf machen. In der Frage der Kriegsziele endlich hat er den Verzichtplänen der Mehrheit das weiteste Entgegenkommen gezeigt und war bereit zu einer Preisgabe Belgiens, zu der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der östlichen Randvölker.

Entgegen der landläufigen Annahme muß also nochmals festgestellt werden, daß irgend ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Reichstagsmehrheit und hoher Bureaukratie ganz und gar nicht bestanden hat. Im Gegenteil war die Bureaukratie der getreue Diener dieser Mehrheit. Heute regieren genau wie vor dem Kriege die *gleichen* Parlamentarier-Bürokraten. Für die gemachten Fehler ist ausschließlich die Mehrheit selbst verantwortlich. Wenn sie nun einen „Systemwechsel" verlangt und durchgesetzt hat, nur um sich selbst und ihre alten Freunde am Regiment zu belassen, so ist das eine Komödie, um die Aufmerksamkeit von ihrer eigenen Schuld abzulenken, dabei aber andere Ziele zu erreichen. Den Schaden haben nimmermehr „Konservative" angerichtet, wie der „Vorwärts" behauptet, sondern ganz andere Leute, wie wir noch sehen werden. Im Auswärtigen Amt sitzen nicht Konservative sondern Judengenossen und jüdische Mischlinge.

Wo steckt also die Ursache der Krise?

Das Vertrauen des Volkes.

Es muß gleich noch die Frage untersucht werden, ob der Kaiser recht beraten war, wenn er annahm, daß die Männer der Reichstagsmehrheit und ihre Freunde in der Bureaukratie das uneingeschränkte Vertrauen des ganzen Volkes besäßen.

Die Presse der Mehrheit, vor allem die alljüdische, hat vor dem Kriege unsere Zustände als so unhaltbar hingestellt, daß unseren Feinden die Angriffslust wuchs. Sie hat den Feinden das Material geliefert, um uns wahrheitswidrig in den Augen der ganzen Welt als ein rückständiges, unter der Militärherrschaft geknechtetes Volk mit blutdürstigen Eroberinstinkten brandmarken zu können. Die Karikatur, die sie von unseren Verhältnissen malte, hat die wahnwitzigsten Vorstellungen über uns großgezogen, wähend sogar unsere Feinder uns vor dem Krieg für das bestregierte Land der Welt erklärten. Sammlungen dieser Presse-

erzeugnisse sind in eigenen Büchern zu Hetzzwecken in Amerika gegen uns verbreitet worden!

Die gleiche Presse hat während des Krieges jahrelang tagaus tagein eine Flut von feindlichen Schmähreden und Drohungen ohne Erläuterung und Widerlegung abgedruckt und damit die Gefühle unseres Volkes verwirrt, seinen ehrlichen Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache erschüttert und so seinen Siegeswillen unerhört geschwächt. Während des Vernichtungskampfes gegen uns hat die alljüdische Presse pazifistische Propaganda getrieben.

Die Mehrheit hat, soweit sie freisinnig und sozialdemokratisch ist, in der weiteren Vergangenheit jegliche Forderung des Reiches, welche seine Sicherheit erheischte, bekämpft. Alle Flotten- und Heeresvorlagen sind im Kampf *gegen* diese Mehrheit durchgesetzt worden. Wir leben aber in einer Welt, in der noch nicht der Leitsatz „Widerstrebe nicht dem Übel" bei den Völkern und Staaten maßgebend geworden ist. Die ganze bisherige Weltgeschichte bestätigt, daß dem noch nicht so ist. Selbst der Sozialdemokrat David hat im „Vorwärts" bekannt: „Die Bergpredigt hat noch keinen Krieg verhindert und keinen beendigt!" Dieser ruchlose Krieg ist entbrannt an dem Neide Englands, angefacht durch die haßgierige Judenpresse der ganzen Welt, und seine Triebfeder heißt Habsucht und abermals Habsucht. Wo sind die „Völker", die den Krieg verhindert haben? Der Glaube an die „Menschheit" ist vernichtet, denn die „Menschheit" will *uns* vernichten!

Nein, — die Welt ist keine Lämmerweide, wenn auch alle sanften und schwachmütigen Schafe und trägen Genüßlinge sie dazu machen möchten! Auch wenn die Erde in Wirtschaftsbezirke aufgeteilt wird, deren jedem einzelnen seine Aufgabe zugemessen wird, gibt es immer noch Kämpfe um die Leitung und Arbeitsverteilung. Wehe dem Volke, das dann wehrlos zu der Rolle des Lohnsklaven verurteilt werden kann! Fluch den Staatsmännern, die ihr Volk ohnmächtig dem Spruch fremder Herren ausliefern!

Wer also für unsere Rüstung nicht sorgt — und den Mehrheitsparteien verdanken wir es, daß wir zu schwach gerüstet in den Weltkrieg zogen! *Ihnen* verdanken wir den Rückzug im Herbst 1914! —, ist entweder ein weltfremder Schwärmer — oder etwas Schlimmeres!

Während des Krieges wurde unter den Augen dieser Reichstagsmehrheit an die Presse jährlich ein Zuschuß von 40 Millionen aus Reichsmitteln gezahlt, dem, wenigstens bei den großstädtischen Zeitungen, jede sittliche Berechtigung fehlt, da durch Erhöhung der Bezieher- und Anzeigenpreise und die Verminderung des Textumfanges die Erhöhungen der Papier- und Druckpreise reichlich wieder eingeholt und darüber hinaus bessere Geschäfte als im Frieden gemacht wurden.

Unter den Augen dieser Reichstagsmehrheit treiben Wucherer, Juden und Kriegsgesellschaften nach wie vor ihr Wesen, während das Volk darbt.

Diese Mehrheit hat durch ihre Friedensentschließung vom 19. Mai 1917 den Siegeswillen unseres Volkes gelähmt, den Siegeswillen der Feinde, der am Erlöschen war, dagegen nachweislich auf das lebhafteste neu angefacht. Wie Friedensangebote auf die Feinde wirken, beweist die unbestochene Stimme eines Zeugen, der sich zur Zeit des ersten Friedensangebotes in Paris befand; nämlich Hans Wram sagt dazu: „Was die deutsche Diplomatie uns an Diensten geleistet hat, sagte mir im Dezember 1916 eine Persönlichkeit in hoher Stellung, ist einfach fabelhaft. Wir könnten für uns keine bessere deutsche Regierung denken. Hier war die Stimmung noch vor vier Wochen recht bedenklich nach den furchtbaren Niederlagen in Rumänien. Das Volk begann unruhig zu werden. Da

kam Bethmann-Hollweg und erwies uns einen Dienst, wie ihn uns kein Verbündeter hätte leisten können. Er bittet um Frieden." Wir müssen uns hüten, bei unseren Feinden unsere eigene Gutmütigkeit zu vermuten.

Die gleiche Mehrheit hat während des Krieges durch ihr Verhalten die Schaffung endgültiger Verhältnisse im Osten — ganz abgesehen vom Westen — verhindert und dadurch den Willen zur Kriegsverlängerung abermals bei unseren Feinden gestärkt. Denn die seelische Wirkung bei unseren Feinden war die, daß sie sich sagten: selbst nach unerhörtesten Siegen wollen diese Deutschen alles herausgeben! Kämpfen wir also weiter, bis sie nicht nur das Eroberte, sondern auch Stücke von ihrem eigenen Land herausgeben! Und auch jetzt will diese Mehrheit unsere östlichen Friedensschlüsse keinen Friedenshinderungsgrund bilden lassen, d. h. sie will diese Friedensschlüsse, wenn es die Feinde wünschen, zuungunsten Deutschlands umstoßen.

Daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit noch nicht ein heiliger Zorn über eine solche Mehrheit gepackt hat, liegt — zur Ehre und Verteidigung dieses deutschen Volkes sei es gesagt! — lediglich daran, daß die gehorsame Presse dieser Mehrheit das Volk luftdicht von der Wahrheit absperrt und nur im Dienste der Befestigung der Mehrheitsherrschaft arbeitet.

Wehe uns, wenn der Reichsleitung nichts anderes übrig blieb, als sich auf diese Mehrheit und ihre Absichten zu berufen!

Wehe uns, wenn die Verantwortung vor dem Kommenden auf diese Mehrheit abgewälzt werden müßte!

Falls uns aus militärischen Gründen nichts anderes übrig blieb, müßten wir ja dieser Mehrheit geradezu noch dankbar sein, daß sie sich unter der Bedingung, daß uns ihr Demokratisierungsprogramm auferlegt würde, bereit erklärte, die Durchführung des Wilsonschen Friedensprogramms mitzuverantworten. (Ein glücklicher Zufall fügt es allerdings für die Mehrheit wie für Wilson, daß ihre beiderseitigen Bedingungen viele Berührungspunkte haben!) Die Presse der Mehrheit würde obendrein gewiß erforderlichenfalls dafür sorgen, daß unserem Volke die Wilsonschen Friedensbedingungen als durchaus vereinbar mit dem Ansehen, der Ehre und der freien Zukunft unseres Staates dargestellt würden, so daß wir ohne Erschütterung in den neuen Friedenszustand hineinglitten. Die jüdischen Apostel Wilsonscher Gedanken, die Harden (Witkowski), Bonn u. s. w. sind ja schon eifrig an der Arbeit, dem Volk die „Segnungen" Wilsonscher Friedensbedingungen mundgerecht zu machen. Sie verbeugen sich tief vor dem künftigen Herrn der Welt und wollen auch uns zu Verbeugungen mitreißen.

Überlegung.

Der Deutung, daß ein Schritt der äußersten Not vorgelegen hätte, widerspricht aber scharf die Tatsache, daß der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden in seiner Antrittsrede wiederholt zum Ausdruck brachte, daß unser aller Schicksal bei unseren Truppen auch ferner in guten, zuverlässigen Händen läge, und daß das Bewußtsein der ungebrochenen Front im Westen uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen ließe. Aus diesen Worten geht zweifelsfrei hervor, daß wir militärisch nichts zu fürchten haben, aus militärischen Gründen also jener Ausgang der „Krise" nicht notwendig war. Das geht aber auch schon daraus hervor, daß Prinz Max darüber hinaus mit vollem Recht von der einigen Entschlossenheit sprach, mit der das deutsche Volk nötigenfalls seinen Endkampf auf Leben und Tod aufnehmen würde. Denn wir sind nach wie vor ungebrochen und aufrecht, unsere Hilfsmittel sind nicht erschöpft! Daß wir wirtschaftlich auch weiter gerüstet sind, trotz des bulgarischen

Abfalls, hat sogar Walter Rathenau bestätigt, der es wissen muß! Auch Staatssekretär Erzberger hat erklärt: „So wenig wie früher bieten wir die Hand zum Frieden aus Schwäche."

Wir sahen, daß ein wesentlicher Gegensatz zwischen Bureaukratie und Mehrheit nicht bestand.

Davon, daß das gesamte Volk der Mehrheit und ihren Männern Vertrauen entgegenbrächte, kann nach dem Angeführten keine Rede[1]) sein.

Warum mußte diese Mehrheit über Nacht zur Herrschaft kommen?

Es bleibt nur die Lösung, daß das von den sozialdemokratischen Führern unserer Regierung gestellte Ultimatum so drohend war, daß unsere schwache und von der Mehrheit selbst unrichtig unterrichtete Regierung nicht den Mut fand, sich gegen die zwischen Parlamentsmehrheit und Bureaukratie geschlossene Interessengemeinschaft zu wehren und ihre Bedingungen abzulehnen. Die Mehrheit hat also die äußere Lage dazu benutzt, um ihre innerpolitischen Ziele zu erzwingen. Die Reichsleitung hat nicht vor dem äußeren, sondern vor dem inneren Feind übereilt kapituliert. Und dieser hat sie dann gezwungen, den äußeren Feind um Frieden zu bitten, unter Bedingungen, welche einer Kapitulation ähnlich sehen.

Die äußere Politik des einst so stolzen Deutschen Reiches ist dazu herabgewürdigt, Scheidemanns republikanische Pläne im Innern zu fördern. Vor Scheidemann hat die Reichsleitung die Nerven verloren!

Bestätigt wird diese Auffassung durch das Geständnis des Abgeordneten Haußmann: „Es war schon seit geraumer Zeit alles zur Änderung bereit" (Berliner Tageblatt Nr. 502). Er fährt fort: „Wenn die Reichstagsparteien nicht noch schärfer drängten, so war dafür ihr ehrlicher Wunsch maßgebend, die Erschütterung innerer Parlamentskämpfe dem Land in kritischen Momenten zu ersparen." Er gibt also zu, daß die Parteien scharf genug „gedrängt" haben.

Bestätigt wird diese Auffassung durch die Tatsache, daß der jetzige Staatssekretär Scheidemann am 28. Juli 1917 in Kassel bekannt hat, daß der „Verständigungsfriede" sozialdemokratische Ziele verfolge. Bestätigt wird diese Auffassung durch das Geständnis des verstorbenen Schriftleiters der „Neuen Zeit", Gustav Eckstein: „Am ungünstigsten für die proletarische Gesamtbewegung wäre ein großer Sieg der Zentralmächte!" Erinnert sei vor allem an das Wort eines Vorwärts-Schriftleiters aus dem Jahre 1917: „In 5 Jahren sind wir so weit, daß der Kaiser nichts mehr zu sagen hat. Mit dem Parlamentarismus wird angefangen — Minister und Generale machen dann wir. Die einzelnen Bundesstaaten müssen eben verschwinden; ebenso auch die Kirche — wir setzen das schon alles durch."

Nun, — es hat keine 5 Jahre gedauert!

Die größte Not des Vaterlandes hat man dazu benutzt, um die beschworene Verfassung zu zerfetzen und die eigenen Parteiziele zu erreichen.

Wer wagt es da noch, dem Volke das ungeheuerlich zynische Wort von den „Vaterlandsrettern" vorzulügen?

Daß es der jetzt zu höchsten Ehren emporgestiegenen sozialdemokratischen Führerschaft schwerlich um Beruhigung des Volkes, Festigung nach innen, Entschlossenheit

[1]) Der Abgeordnete Haußmann stellte eine, ihrer unter normalen Umständen einfachen Selbverständlichkeit wegen, doppelt merkwürdige Bescheinigung aus: „Jeder, der jetzt ein Ministerium übernimmt, ist ein Ehrenmann." Bei Exzellenz Erzberger ist es allerdings zweckmäßig, dies ausdrücklich zu betonern!

nach außen zu tun ist, geht daraus hervor, daß Zeitungen dieser Richtung, wie z. B. die Münchner Post, unmittelbar nach dem Erlaß des Kaisers erklärten, daß sie diese Kundgebung keineswegs befriedigte und eine sofortige Verfassungsänderung forderten. Glaubt man diese Mächte immer noch durch Zugeständnisse befriedigen und bändigen zu können? Ein Tor, wer da denkt, daß sie dicht vor ihren Zielen haltmachen werden! Wilson und sie arbeiten einander in die Hände. Die Revolution, von der die Frankfurter Zeitung schon am 24. Februar 1917 verkündete, „daß sie in manchen Ländern vielleicht mit dem Friedensschlusse noch gar nicht zu Ende sein wird", soll weitergehn.

Gesetzt aber selbst, die Lage wäre wirklich so gefährdet, daß die oberste Heeresleitung den Friedensschritt angeregt hätte, so könnten wir erst recht nicht einer Regierung trauen, deren innerpolitischen Ziele die Gefahr in sich bergen, daß sie auf nationale Verteidigung ganz verzichtet und den 14 Punkten Wilsons glatt zustimmt. Daß aber die oberste Heeresleitung auf die nationale Verteidigung verzichtet, ist unbewiesen und ganz unglaublich.

Die großen Zusammenhänge.

Was sich bei uns im Deutschen Reiche jetzt vor unseren Augen vollzieht, ist nicht eine nationale Sondererscheinung, nicht ein Einzelvorgang: nein, es ist der Teil eines Weltprozesses, der bald nach der französischen Revolution von 1789 einsetzte und nun in allen zivilisierten Ländern der Erde durch den Weltkrieg seinem Schlusse entgegengeführt wird. Bei uns vollzieht sich dieser Prozeß, gemäß unserer staatlichen Eigenheit, nur in besonderer Form.

Dieser ganze Prozeß ist die endgültige Auflösung und Aufweichung der alten Mächte und Einheiten, das Hinwegräumen der letzten überlieferten Schranken und Hindernisse, welche noch der unumschränkten Herrschaft des internationalen Großbankkapitals mit seinem unersättlichen Zinsbedürfnis auf der Welt im Wege sind. Die Hauptträger und Sendlinge dieser anonymen Macht sind auf der ganzen Erde die Juden, die in ihrer alliance israélite universelle einen Bund zur „gegenseitigen Hilfeleistung", eine große zwischenstaatliche Weltorganisation mit ausgezeichneter Diplomatie geschaffen haben. Sie bilden eine zusammenhängende, geheimnisvolle Welt für sich, die durch das Band der Rasse zusammengehalten und bestimmt wird. Diese Welt steht feindlich gegen alles Nationale.

Nach eigenem Geständnis ist die Sozialdemokratie nur die Sturm- und Schutztruppe des Judentums. Ebenfalls nach jüdischem Geständnis ist die Revolution der Stern Judas, und bei allen Revolutionen sind die Juden die Träger der Erregung. Die Leitung der internationalen Großbankenmacht sitzt in New York; England ist die Macht, welche im Verein mit den Vereinigten Staaten die Organisation der Welt im Sinne dieser Macht durchzuführen im Begriffe ist. Der Völkerbund wäre die Verewigung dieser Macht.

Seit der französischen Revolution sind die Staaten infolge einer immer intensiver werdenden Anleihewirtschaft in immer stärkere Abhängigkeit von den Banken geraten. Gerade der Weltkrieg hat diese Abhängigkeit ins Ungeheure gesteigert. Die Macht ist in die Hände der Plutokraten geglitten, die im Hintergrunde bleiben und heimlich den Völkern ihre Schlingen um den Hals legen, um sie als Verbraucher und Arbeiter auszubeuten und zu knechten, während sie öffentlich mit Hilfe der ihnen ergebenen Presse die Masse mit der Kulisse der „parlamentarischen Regierung" und jahrelang wiederholten berauschenden Freiheitsphrasen täuschen oder zur Ablenkung auf „Junker" und „Pfaffen" hetzen. Die plutokratische

Herrschaft ist die Herrschaft der Besitz- und Stammesfremden, die Zins- und Arbeitsknechtschaft der heimlich unterjochten Völker. Das Geldbewilligungsrecht der Parlamente, d. h. der Advokaten, Bankiers und Berufspolitiker, ist der Punkt, von dem aus die Entrechtung der Fürsten einsetzte, und diese sind, wenn sie nicht ganz entfernt und durch Präsidenten ersetzt werden, rechtlose Puppen in der Hand der Plutokraten geworden und führen ein elendes Scheindasein. In Wirklichkeit regiert das unersättliche Zinsbedürfnis des internationalen Großkapitals. Es teilt die Länder in Wirtschaftsbezirke ein. Es bildet über alle Grenzen hinweg internationale Trusts, die dem Verbraucher erbarmungslos die Preise, dem Arbeiter erbarmungslos die Löhne diktieren. Die Eigenart der Rassen und Völker verschwindet. Sie werden zu einem mark- und charakterlosen Mischmasch zerstampft. Staaten und Grenzen verschwinden; Sprachen verschwinden.

Und über allem schwingt triumphierend das Volk Juda das Zepter! Die führende Presse der Welt ist längst seinen Zwecken und Plänen dienstbar, und je länger der Krieg dauert, desto fester nisten sich in allen kriegführenden Ländern der Erde in allen führenden Stellen in den Kriegsgesellschaften, in der Politik, in der Beamtenschaft die Mitglieder der alliance israélite universelle ein. Immer mehr Fäden bekommen sie in ihre Hand, immer abhängiger werden Völker und Länder von ihnen!

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß in Amerika die Cahn, Loeb, Schiff, Speyer und Morgan herrschen, in Frankreich die Rotschilds und Reinachs, in der französischen Presse die Hutin (Hirsch), Croisset (Wiener), Bely (Levy), Jeunesse (Cohn), während Italien durch den englisch-jüdischen Mischling Sonnino, den Juden d'Annunzio (Rapaport) und die von Juden und Mischlingen geleiteten Logen in den Krieg gehetzt wurde. Italien, Frankreich, Griechenland und die neutralen Staaten werden wirtschaftlich von London und New York aus kontrolliert.

Durch einen zu Anfang des Krieges mit einem Postsack aus dem Mittelmeer herausgefischten Brief eines englischen Diplomaten ist es bekannt geworden, daß England die Absicht hat, alle ihm unbequemen Monarchien auf der Welt zu beseitigen. Griechenland, Rußland, Bulgarien beweisen, daß es in der Lage ist, damit Ernst zu machen. In Bulgarien ging jüngst erst der Verrat von der Sobranje, dem Parlament, aus. Ungeheure Summen hat die Entente darauf verwandt.

Die internationalen Geldmächte hassen eben die straffgegliederten Staaten mit starker verantwortlicher Fürstengewalt, denn die geteilte Verantwortung der Parlamentarier, die mit Hilfe einer ihnen ergebenen Presse unkontrolliert, anonym und absolut herrschen, bietet ihnen das erwünschte lockere Gefüge, um Einflüsse von außen nach Belieben eindringen zu lassen. Die Massenpresse sorgt dann dafür, daß alles, was geschieht, als lobenswerte „Entwicklung" dargestellt wird, auch wenn sie das nationale Eigenleben völlig untergräbt. Eine starke, mächtige Fürstengewalt ist dagegen in der Lage, alle dunklen internationalen Einflüsse und Machenschaften auszuschalten und durch straffe nationale Zusammenfassung wettzumachen. Nur eine über allen Parteien thronende unabhängige Fürstengewalt ist imstande, die im Gefolge der plutokratischen Herrschaft unvermeidlichen Zersetzungserscheinungen, wie Bestechung, Wucher, Klassenjustiz, Volksausbeutung, Volksbetrug und -entrechtung aufzuhalten. Deshalb schwärmen die internationalen Geldmächte für schrankenlose Selbstbestimmung der Völker. Durch Parlamente und Presse bekommen sie ein jedes in die Hand.

Am Leitseil der Machtsucht und Eitelkeit geführt, von unklaren Beglückungsplänen benebelt, haben nun deutsche Männer das letzte Bollwerk zertrümmert, das uns vor dem Zugriff der unbarmherzigen Gewalt auf die Dauer schützen konnte.

Und der Deutsche Kaiser hat selbst seinen Arm dazu hergegeben!

Wer sagt es unserem Volke, daß die angeblich auf der parlamentarischen Regierung aufgebaute Volksherrschaft nichts anderes ist als die durch Pressebeeinflussung, Abgeordnetengewinnung und noch dunklere Mittel erfolgende Bewirtschaftung aller nationalen Güter zugunsten der Herrschaft und Taschen der fremden Plutokraten, welche jede wahre Freiheit und aufrechte Gesinnung planmäßig ersticken? Wer sagt es unserem Volke, daß auf der ganzen Welt Parlamentsherrschaft das Volk willenlos den Machtgelüsten weniger Plutokraten preisgibt? Daß das englische, französische, amerikanische Volk nur für das Zinsbedürfnis der Plutokraten kämpft? Wer sagt es unserem Volke, daß wahre Demokratie nur dort zu finden ist, wo das Parlament nicht herrscht, sondern nur nach den Anweisungen des Volkes die Regierung überwacht, wie z. B. in der Schweiz?[1])

Warum verbünden sich nicht die Fürsten mit ihren Völkern gegen die Parlamentsherrschaft? Die Völker sind treuer, als die Fürsten ahnen.

Und doch, und doch! Wir würden uns mit dieser jähen Wendung unseres innerpolitischen Schicksals abfinden; wir würden uns um der vaterländischen Sache willen hinter diese neue Regierung stellen, wenn wir nur die befreiende Gewißheit hätten, einmal, daß uns diese neue Regierung einen ehrenvollen Frieden bringt, und ferner, daß sie uns eine gedeihliche Entwicklung im Innern gewährleistet! Ja, wenn sie z. B. mit Wucherern und Kriegsgewinnlern aufräumen, wenn sie das Auswärtige Amt in deutschem Sinne erneuern wollte! Daß aber die neue Regierung bzw. die Haupttriebkraft darin, die Sozialdemokratie, gesonnen ist, die sozialen Kämpfe in verstärktem Maße fortzuführen, wurde schon gesagt.[2]) Inwieweit die Möglichkeit besteht, daß ein Friede nach dem Herzen dieser Mehrheit noch als ehrenvoll angesprochen werden kann, soll noch näher untersucht werden. Die Vergangenheit dieser Mehrheit spricht nicht dafür, und unsere Zweifel haben wir schon angedeutet.

Der Friedensschritt.

Der erste Schritt der neuen Regierung war das Friedensangebot auf der Grundlage der 14 Wilsonschen Punkte vom 10. Januar bzw. der 5 Punkte vom 27. September dieses Jahres.

Die Weisheit, daß zum „Verständigen" zwei gehören, ist dieser Mehrheit immer noch nicht aufgegangen. Der immer aufs neue, auch vor ganz kurzem ausgesprochene Vernichtungswille unserer Gegner, ihr brennender Wunsch, uns auch militärisch zu vernichten, ist für diese Mehrheit nicht vorhanden.

Dieser Schritt offenbart aber ferner die rührende Anschauung der Mehrheit, unsere Feinde würden nun ohne weiteres zum Frieden mit uns bereit sein, weil wir ja jetzt eine demokratische Regierung hätten. Hier ist eben der Angelpunkt, von dem aus die Mehrheit die äußere Politik zum Vorspann für ihre inneren Parteiziele machte. Hier ist auch der Punkt, wo sich die Ziele unserer Feinde mit den inneren Zielen unserer Mehrheit decken!

---

[1]) Vgl. das ausgezeichnete Buch von Dr. Fick „Deutsche Demokratie". J. F. Lehmanns Verlag, München. (Preis M. 1.50).

[2]) Überdies beginnt die „demokratische" Herrschaft damit, daß man geheim über den Kopf des Volkes hinwegregiert und mit der Abänderung des Art. 21 der Verfassung die Volksrechte verkürzt.

Leider haben es die Feinde genau so gemacht, wie unsere sozialdemokratische Presse: sie erklärten sofort, daß ihnen diese Form der Demokratisierung durchaus noch nicht genüge! Es bleibt abzuwarten, wie weit unsere radikalen Umstürzler im Innern, auf den weitergehenden Forderungen der Feinde fußend, ihrerseits den Demokratisierungsprozeß beschleunigen werden. Wenn unsere Feinde nicht die Narren sind, für die unsere Mehrheit sie augenscheinlich immer noch hält, so treiben sie mit Hilfe dieser willfährigen Mehrheit die Demokratisierung bei uns bis zur völligen Auflösung und Selbstentmannung. Schon jetzt sprechen sie von Abschaffung des Bundesrates und von Wahl zwischen Frieden und Kaiser. Diese Mehrheit, welche nicht sehen kann oder will, daß die Demokratisierung nur ein Kriegsmittel unserer Feinde zu unserer inneren Schwächung ist, wird dann die Stimmung zum Empfang des feindlichen Einmarsches schon genügend vorbereiten!

Von allem dem abgesehen, — betrachten wir einmal das Friedensgesuch näher! Dies Friedensgesuch, das an einen Wilson gerichtet ist, der das todesmutige, hochherzige und treue deutsche Volk auch noch in der letzten Antwort in der unflätigsten Weise beschimpft und verleumdet hat!

Die 14 Punkte der Wilsonschen Bedingungen, die das Angebot des Reichskanzlers als Grundlage der Verhandlungen glatt annimmt, besagen für uns nichts mehr und nichts weniger als: Preisgabe und Entschädigung Belgiens (nach Rathenau 50 Milliarden[1]); Herausgabe der französischen besetzten Gebiete[2]); Loslösung von Elsaß-Lothringen durch Herstellung seiner Autonomie; Ungültigkeitserklärung des Friedens von Litauisch-Brest und damit in Verbindung Wiederaufrollung der baltischen Frage; Loslösung der überwiegend polnisch sprechenden Landesteile und Schaffung eines großpolnischen Reiches mit freiem Zugang zur See.

Amerikanische Zeitungen nennen als 15. Punkt: Kein Verhandeln mit den Hohenzollern! Ein gefundenes Fressen für unsere blinden Republikaner, die in ihrem Parteifanatismus nicht merken, daß Wilson uns gerade das rauben will, was uns alle zusammenhält: das Kaisertum!

Dazu käme die Herabsetzung unserer Rüstungen auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß, d. h. die Abrüstung, und als Krönung des Ganzen der Völkerbund, mit Unterwerfung unter dessen Kontrolle. Er bedeutet eine Verewigung der anglo-amerikanischen Macht unter jüdischer Führung, zu deren Wirtschaftsprovinz wir herabsinken würden und gegen deren Willen wir einfach ohnmächtig wären.

Diese Bedingungen sind ein Schlag ins Gesicht der nationalen Ehre, eine jammervolle Preisgabe unserer baltischen und flämischen Brüder, sowie unserer Bundesgenossen, eines Volkes, das seine Freiheit liebt, unwürdig! Ihre bedingungslose Annahme als Verhandlungsgrundlage ist aber eine diplomatische Ungeheuerlichkeit ohnegleichen, da sie von vornherein alle Möglichkeiten und Pfänder aus der Hand gibt und jede weitere Verhandlung überflüssig macht.

Nur grenzenlose Kurzsichtigkeit im Bunde mit der in dieser Zeit verächtlich anmutenden Eitelkeit, vom Volke so rasch wie möglich als Friedensbringer gefeiert zu werden und so der Partei neuen Zulauf zu sichern, kann einen solchen Schritt erklären!

[1]) Während sonst diese Mehrheit von einem Frieden ohne Entschädigungen schwärmte, sobald sie an Deutschland gezahlt werden sollten, stimmt sie plötzlich einer Entschädigung an Belgien zu.

[2]) Frankreich wird sicherlich das Dreifache fordern wie Belgien.

Hat der Kaiser deshalb auf seine angestammten Rechte verzichtet und seine monarchische Einsicht gebeugt, um uns der Weisheit so beschränkter, unpsychologisch und ungeschichtlich denkender Parteipolitiker auszuliefern, — Parteipolitikern, welche ohne Rücksicht auf die nationale Ehre die Ziele, um derentwillen die Feinde den Krieg führen, glatt als Verhandlungsgrundlage anbieten und zu den ihren machen?

Dies Friedensangebot ist die letzte, bitterste Frucht des von Freiherrn v. Liebig in seinem Buch meisterhaft gekennzeichneten B-Systems, jenes unheilvollen Systems, das sich unter Wilhelm II. wie ein undurchdringliches Gestrüpp über unsere ganze Politik gelagert hat und dessen Träger wieder in erster Linie Juden, Mischlinge und Judengenossen sind! Jenes System, das mit seiner nationalen Mark- und Würdelosigkeit, seinem internationalen Handels- und Schachergeist uns blind in den Weltkrieg hineintappen ließ und uns nun ebenso blind dem Diktat Wilsons überantworten möchte!

Doch noch eins: Hat man nicht bedacht, als man jenes Angebot Hals über Kopf in die Welt schickte, daß es nicht nur den Siegeswillen der Feinde stärken, sondern auch die Zuversicht und Freudigkeit unserer Soldaten erschüttern würde? Die neue Regierung ließ sich großspurig in der ihr untertänigen Presse sofort als „Friedensregierung" feiern, und sie gebärdete sich so, als ob sie den Frieden in 24 Stunden in der Tasche hätte. Das entspricht ganz dem Wesen des Krisenregisseurs Erzberger, der ja auch mit Hilfe unrichtiger Berufungen auf Hindenburg die vorjährige Friedensentschließung inszenierte und die Weltgeschichte gern so beeinflußt, daß er eine Rolle spielt und um jeden Preis Recht behält. Wenn sich aber erst einmal in den Köpfen der Soldaten die Friedensvorstellung fest eingenistet hat, ist sie nur schwer wieder daraus zu bannen. Eine Enttäuschung wirkt danach lähmend. Ferner gäben wir mit der Räumung unsere U-Bootbasis an der flandrischen Küste preis und schafften uns neue ungeheure Ernährungsschwierigkeiten zu den schon vorhandenen.

Fehler über Fehler! Kurzsichtigkeit über Kurzsichtigkeit! Politischer Dilettantismus in Reinkultur! Wenn nicht viel Schlimmeres!

Nun aber die Antwort!

Sie enthüllte restlos, daß das ganze Gerede Wilsons von Völkerbeglückungsplänen, Weltfrieden, Weltgewissen, Bund der Völker genau so nur ein taktischer, diplomatischer Kunstgriff ist, um uns innerlich aufzuweichen, wie seine aufreizenden Demokratisierungsforderungen, berechnet auf unsere grenzenlose Michelei, auf unsere in Fehler umschlagenden Tugenden! Der Blindeste muß es jetzt sehen, daß Wilsons Sprüche nichts anderes sind als das Mittel eines zielbewußten, aber gewissenlosen Staatsmannes, der alle Völker der Erde bluten läßt, um der jüdischen Geldherrschaft zum Siege zu verhelfen! Wäre es anders, hätte er unser Angebot bedingungslos annehmen und zunächst durch Abschluß eines Waffenstillstandes dem Morden Einhalt tun müssen!

Die erste klatschende Ohrfeige erhielten jene Herren, — die, bar jedes nationalen Ehr- und Schamgefühls, schon früher im „Vorwärts" verlangt hatten, man müsse die Hand zum Frieden immer wieder hinhalten; auch wenn der Gegner hineinspuckte — als Wilson als Bedingung vor Beginn der Verhandlungen die Räumung der besetzten Gebiete verlangte. Natürlich! Und wenn wir die besetzten Gebiete geräumt haben, verlangen sie die Räumung des linken Rheinufers!

Die zweite noch lauter klatschende Ohrfeige war die dann folgende Antwort Wilsons. Allerdings hat jedes Kind sie voraussehen können.

Es ist unerträglich, entwürdigend, daß Wilson es wagen kann, uns unsere Staatsform vorschreiben zu wollen. Das deutsche Volk muß sich endlich darauf besinnen, daß nicht das deutsche Kaisertum der Störer des Weltfriedens ist, sondern, daß Wilson nur unser Kaisertum beseitigen will, weil es uns und alle noch nicht unterjochten Völker allein vor der angelsächsisch jüdischen Weltkapitalsherrschaft zu retten vermag. Ein Friede, der uns das Kaisertum nimmt, macht uns zu Sklaven dieser Herrschaft. Gäben wir nach, verlangte Wilson weiter die Entfernung aller Bundesfürsten, Auslieferung aller Waffen und Schiffe. Einzelne Festungen werden ja jetzt schon als Faustpfand verlangt.

Und haben wir unsere Soldaten erst einmal kampflos aus den alten Stätten ihres Ruhmes, von den Zeugen ihrer vierjährigen unvergleichlichen Heldenhaftigkeit zurückgezogen, so wird sie kein Gott der Erde mehr zu einer starken, entschlossenen Front zusammenschweißen. Und geben wir dann nicht den Feinden im kleinsten Punkte nach, so werden sie wieder zu den Waffen greifen! Von der belgischen Grenze aus können sie bequem unsere ganze Rüstungsindustrie zusammenschießen. Und dann ist der Zusammenbruch unserer Front, das Hereinfluten der rachegierigen, siegestrunkenen Feinde unvermeidlich! Unsere Frauen, unsere Kinder, unsere Fluren, unsere Häuser, unsere Fabriken werden dann den Horden der erbarmungslosen Feinde preisgegeben sein?

Will das die Reichstagsmehrheit?

Dann ist sie unwürdig, in dieser schweren Zeit Deutschland zu lenken! Der Zorn des ehrliebenden Volkes wird sie hinwegfegen.

Was kann und muß geschehen?

Ein starker Führer rufe das Volk!

Nicht auf die demagogische Reichstagsmehrheit möge er sich stützen, sondern auf das wirkliche Volk! Nicht das Parlament, sondern das Volk hat jetzt zu sprechen! Das Volk muß endlich wissen, worum es geht! Das Volk hat noch Ehrgefühl und Treue! Es hat noch Opfermut und Begeisterung! Sie müssen nur richtig geweckt werden! Millionen wehrfähiger Männer sind mundtot! Die alljüdische Presse sperrt das Volk von der Wahrheit, aber auch von seiner wahren Gesinnung ab!

Doch nun gilt es für das deutsche Volk, zu zeigen, ob es wert ist, als freie, würdige und geachtete Nation im Rate der Völker weiter zu leben!

Jetzt erst beginnt die härteste Schicksalsprobe, jetzt erst der wahre Kampf auf Leben und Tod!

Darum muß die ganze Presse veranlaßt werden, den Siegeswillen und das völkische Ehrgefühl in der Heimat und an der Front auf das äußerste anzufachen! Tut es, ehe die drohende Abänderung des Belagerungsgesetzes euch auch diese letzte Möglichkeit verschließt!

Noch kann die Versäumnis von vier Kriegsjahren gut gemacht werden. Denn das verwirrte Volk ist stutzig und hellhörig geworden. Es hat begriffen, daß die so überschwänglich angepriesenen „neuen" Methoden der „neuen" Regierung ein Fehlgriff waren. Man vertraute den Völkerbeglückungsplänen Wilsons mit deutscher Vertrauensseligkeit und ist nun endlich zur rauhen Wirklichkeit er-

wacht! Das Volk hat die Gewißheit erfaßt, daß die „neuen" Methoden der „neuen" Regierung in Verkennung des Vernichtungswillens unserer Feinde uns nicht aus dem Krieg heraus, sondern immer tiefer in den Krieg und in ein Ende mit Schrecken hineinführen! Unser herrliches Volk ist aber jedes Opfer wert, und dies herrliche Volk ist selbst weiter zu größten Opfern bereit, wenn es weiß, daß es um seine Zukunft geht!

Darum laßt die besten Köpfe und edelsten Herzen mit Menschen- und Engelszungen zum Volke reden! Veranlaßt die ganze Presse, tagtäglich diese Reden aufzunehmen! Schlagt Aufrufe an! Sprecht in jeder Gemeinde!

Im Heere laßt die Reihen aufklären! Stärkt die Freudigkeit der Truppen, indem ihr den Siegeswillen der Heimat aufs neue anfacht!

Weckt den Geist der Freiheitskriege, den Geist von 1914! Er schlummert unter der Asche! Mahnt zur Einigkeit, mahnt zur Geschlossenheit! Laßt den Parteihader! Stellt alles Trennende zurück, bis der Feind von den Grenzen abgewehrt ist! Laßt bei dem endgültigen Neubau des Reiches die todestreuen Millionen der wehrfähigen Männer im Frieden mitwirken! Der ehrliche Wille zum Neubau ist doch nicht mehr zu bezweifeln! Jetzt müssen sich zunächst alle deutsch fühlenden Männer aus allen Ständen und Schichten wie ein eiserner Ring zur Verteidigung der Heimat zusammenschließen!

Vor allem aber klärt das ganze waffenfähige Volk und die ganze Heimat über die teuflischen Pläne unserer Feinde, über die jüdischen Weltherrschaftspläne auf, derentwillen dieser grausige Krieg entbrennen mußte! Zeigt ihnen, was es heißt, der Gnade und Ungnade solcher Sieger ausgeliefert zu sein, welche schon jetzt davon sprechen, daß unsere Männer persönlich wie Sklaven Belgien und Frankreich wieder aufbauen sollen! Zeigt ihnen, was es heißt, wenn wir zu unseren 200 Milliarden Kriegsschulden noch die Milliarden für die Entschädigung Belgiens und Frankreichs tragen müssen! Zeigt ihnen unsere künftige Verarmung und Verelendung bei einem Wilsonfrieden in unbarmherzigem Licht! Zeigt ihnen die Segnungen angelsächsischer Wirtschaft, unter der in Irland in wenigen Jahrzehnten durch Auswanderung und Hungertod die Bevölkerung von 8 auf 4 Millionen schmolz, unter der im reichen Indien jährlich Millionen Hungers sterben! Zeigt ihnen, was dem deutschen Bauern ohne das Kali, dem deutschen Arbeiter ohne das Erz aus Elsaß-Lothringen blüht! Zeigt ihnen schonungslos, daß wir wirtschaftlich zusammenbrechen, wenn wir Belgien und Frankreich entschädigen, und daß es dann mit einer staatlichen Fürsorge für Kriegsverletzte, Kranke und Alte endgültig aus und vorbei ist!

Zeigt ihnen aber auf der anderen Seite auch, was uns blüht, wenn wir jetzt weiter durchhalten und die Absichten der Feinde, denen selbst vor einem fünften Kriegswinter graut, und bei denen die Reaktion in Kurzem nicht ausbleiben wird, durch Standhaftigkeit zum Scheitern bringen!

Zeigt ihnen die Arbeitsmöglichkeiten für ein wachsendes, blühendes Volk! Die Siedlungsmöglichkeiten für die Millionen einer erstarkenden Rasse! Die Gesundung der Staatsfinanzen und in ihrem Gefolge eine großzügige Sozialpolitik, ein steigendes Einkommen in jedem Stand, eine durchgreifende Wohnungsfürsorge! Freien Handel, freie Schiffahrt! Sicherung der Grenzen! Ansehen und Ehre unter den Völkern der Erde, die unseren Schutz und unsere Freundschaft suchen werden, wie sie vorher den Schutz des allmächtigen England suchten! —

Laßt uns alle beten: Herr im Himmel, gib uns Männer, die unser Volk zur letzten Anspannung, zum letzten heiligen Kampf aufrütteln!

Aus der Schar der Reichstagsmehrheit und ihrer Freunde in der Regierung, die blind in den lähmenden, heuchlerischen Gedanken unserer Feinde verstrickt sind, können uns diese Männer nicht kommen! Schickt sie endlich nach Hause! Sie haben sich als unfähig erwiesen. Eine nationale Verteidigung ist von ihnen unmöglich zu erwarten, sonst hätten sie die nationalen Kreise nicht ausgeschlossen und die Wilsonbedingungen angenommen. Sie schwärmen für das Selbstbestimmungsrecht von Negern, Tschechen, Letten, Polen, — aber unser Selbstbestimmungsrecht überantworten sie der Gnade unserer erbittertsten Todfeinde! Nicht das Parlament, das ganze Volk soll jetzt sprechen!

Drum, ruft einen Mann des allgemeinen Vertrauens an die Spitze und stattet ihn mit weitgehenden Vollmachten aus! Die Ausschüsse und Konvente haben sich nun genug blamiert und abgewirtschaftet. Sie bieten unserer nationalen Ehre keinen genügenden Schutz und wollen uns ohne Endkampf preisgeben! Straffste Zusammenfassung, nicht Zersplitterung der Macht kann uns allein retten! Man gebe diese Macht einem jener Männer, denen wir ganz allein es verdanken, daß der Feind noch nicht unsere Fluren vernichtet! Man gebe sie einem unserer Feldherrn! Er sammle alle unsere Kräfte von rechts bis links zur nationalen Verteidigung! Mit Begeisterung und Härte führe er uns dann zum Endsiege! —

Fragt jeden Arbeiter, jeden Fürsten, ob er sich stumpf und ergeben den Wilsonschen Friedensbedingungen unterwerfen und unsere Zukunft in die grausamen Hände der jüdischen Weltbeherrscher in New York legen, oder ob er mannhaft bis zum letzten Blutstropfen für ein freies deutsches Volk, für eine freie deutsche Zukunft kämpfen will! Um die Antwort braucht man nicht bange zu sein!

Fragt jeden deutschen Christen, gleichviel ob evangelisch oder katholisch, ob er ein starkes Kaisertum und ein freies Deutsches Reich haben will, das seinen Glauben schirmt und seinen Wohlstand sichert, oder eine jüdisch geleitete Republik, in Abhängigkeit von New York, die Kaisertum und Kirche abschafft, eine bolschewistische Wirtschaft einführt und unsere Kohlen-, Kali- und Erzlager dem Feinde ausliefert! Um die Antwort braucht man nicht bange zu sein!

Wenn in Frankreich die Regierung dem erschöpften Volke den Siegeswillen aufzwingt, so muß jetzt bei uns umgekehrt das Volk einer schwachen Regierung den Siegeswillen aufzwingen!

Darum: Weckt das Volk! Weckt sein vaterländisches Gewissen! In Scharen wird es dem Ruf des Vaterlandes in höchster Not folgen. Das bedrohte Danzig hat auf eine zündende Rede von Justizrat Claß hin einen Anfang gemacht, dem „Kriegskabinett" der Mehrheit die Gefolgschaft versagt und einen **Volksausschuß für nationale Verteidigung** begründet. Die ganze Ostmark schließt sich ihm an. Das Reich wird ihrem Beispiel folgen. In Hunderten von Städten sind Ausschüsse in Bildung begriffen. Wir wollen und können uns nicht nur siegreich behaupten, sondern auch eine freie Zukunft erstreiten!

Drum mutig drein und nimmer bleich,
Denn Gott ist allenthalben!
Die Freiheit und das Himmelreich
Erstreiten nie die Halben!

Bücherschau.

Artur Dinter: Die Sünde wider das Blut. Roman. Im Wolfverlag, Leipzig. Preis 6 M. geh., 7,50 M. geb.

Dies Buch ist ein ungeheurer Koloß, um den man nicht gut herum kann! Was man auch dagegen einwenden mag: es ist berufen, einen neuen deutschen Roman anzubahnen, einen deutschen Roman, der sich nicht nur in Gegenstands- und Zeitschilderungen, in dem Widergeben mehr oder minder scharfer Beobachtungen erschöpft, oder auf Grund der Forschungen eines gerade Mode gewordenen Psychologen an überflüssigen und ausgefallenen Ausnahmemenschen herumrätselt; auch nicht einen Roman, der etwa das Erotische auf französische oder österreichische Art neu frisiert, — nein, es leitet hoffentlich einen deutschen Roman ein, der, wie der Dintersche, wieder in die Tiefe geht, ungeheure Horizonte aufdeckt und den Menschen und Dingen, die er schildert, mit festen Maßstäben gegenübersteht, die in dem Feuer einer mit heißem Bemühen errungenen Weltanschauung geschmiedet sind.

Dieser Roman fußt unbewußt auf der leider verloren gegangenen Erkenntnis, daß die Wurzeln der deutschen Ästhetik in der Ethik ruhen. Mit leidenschaftlichem Ernst bekennt er sich obendrein durch seine ganze Art zu dem Grundsatz, daß der Künstler viel zu wertvoll ist, als daß er sich an der allgemeinen „Geschmacksunterbietung" — das ausgezeichnete Wort stammt von Professor Heyck — beteiligen dürfte. Der Verfasser fühlt sich seiner Berufung nach als Lehrer, Prophet und Priester seines Volkes, er faßt seinen Beruf also als den höchsten auf, den es nächst dem Fürstenamt in einer Volksgemeinschaft gibt. Er zeigt, er beschwört, er mahnt, er fordert! Er hat durch sein seltenes, in seiner Art unheimliches Schicksal[1]) die schmerzlichen Weihen empfangen, die ihn zu der hohen Auffassung seiner Sendung berechtigen. Die lautere, heiße Liebe zu seinem Volk leuchtet durch das ganze Werk und verschönt all die Härten und Mängel, von denen es durchaus nicht frei ist.

Das Rassenproblem ist es in seiner ganzen Bedeutung und Schwere, das Dinter in seinem Roman behandelt. Der Leser, der sich mit ihm noch nicht beschäftigt hat, wird sozusagen neue Welten entdecken. Die Folgen einer Rassenkreuzung, einer „Sünde wider das Blut", werden in erschütternder Weise dargestellt. Auch darin ist der Roman neu und einzigartig, daß er nicht die Einzelperson, aus allem Zusammenhang gerissen, als Zweck und Ziel für sich betrachtet, wie es die landläufige materiell-individualistische Kunst tut, sondern den einzelnen als Glied in der Kette der Geschlechter auffaßt mit dem Verantwortungsgefühl gegenüber Ahnen und Enkeln. Die üblichen Tagesforderungen des Individualismus, das Recht auf Glück, das Recht auf das Sichausleben usw. usw. erscheinen unter diesem Horizont in ihrer ganzen Nichtigkeit und Verwerflichkeit.

Die Fabel ist kurz die, daß ein hochbedeutender, ideal veranlagter, kerndeutscher Mann an den Folgen einer Ehe mit einer Halbjüdin innerlich und äußerlich zugrunde geht und von der Ungeheuerlichkeit des vorher von ihm verkannten Rasseproblems so überwältigt wird, daß er durch eine Tat, die ihn selbst endgültig aus den Reihen der Menschen streichen soll, sein Volk auf die Gefahren aufmerksam zu machen beschließt, die ihm aus der Vernachlässigung dieses Problems erwachsen. Die Tat bringt ihm aber nicht den Tod, und er beschließt daraufhin, „sein weiteres Geschick tief vertrauend in Gottes Hand legend", für seine nun erst recht erkannte Aufgabe, nämlich die Wachrüttelung seines Volkes, zu leben. — Er fällt dann später im Krieg.

Die Schwäche des Romans liegt in erster Linie darin, daß er zu viel will. Er will neben der restlosen Aufdeckung des Rassenproblems und der dem deutschen Volke in bestimmter Richtung aus ihm erwachsenden Gefahren noch alle Gebiete erschöpfen, die die Gedanken eines deutschen Denkers anziehen, um zur Formung einer festen Weltanschauung zu gelangen. Dies gigantische Wollen hat die Form zu ihrem Nachteil stark beeinflußt. Statt lebendiger Vorgänge treffen wir zuweilen auf Vorträge und wissenschaftliche Erörterungen. Wohlverstanden: nicht, daß sie darin stehen, bzw. daß wissenschaftliche Erkenntnisse darin verwertet werden, soll bemängelt werden. Ganz im Gegenteil! Nur die Form, in der sie in die Erzählung eingefügt sind, wird beanstandet. Hermann Bahr z. B. verwendet ja auch bis zum Überdruß endlose Unterhaltungen, um den Leser zu seinen Anschauungen zu bekehren. Aber — es sind eben doch künstlerisch zur Not noch zulässige Unterhaltungen, — keine Seiten und Seiten lang im Wortlaut wiedergegebenen Vorträge. Ein Roman ist kein Professorenkatheder und hat seine eigenen Gesetze.

Ferner muß zugestanden werden, daß das Schicksal des Helden, ja schon das seiner Vorfahren, ganz ungewöhnlich kraß ist und über das Typische weit hinausgeht. Des weiteren erscheint die Form, in der z. B. u. a. der

[1]) Vgl. die Bücherbesprechung auf Seite 160 im Heft 2 Jahrg. II dieser Zeitschrift.

Schwiegervater des Helden geschildert ist, hart die Grenzen des Geschmacks zu streifen, ja manchmal sie zu überschreiten. Von den Forderungen der poetischen Gerechtigkeit muß man ja absehen, da eben der Rassenstandpunkt schon unerbittlich die Werturteile in sich birgt. Aber um so eher wäre hier das Walten ästhetischer Gesetze, eine gewisse Zurückhaltung, ein leises Andeuten, nicht ein Unterstreichen am Platze, zumal da der Held selbst im Übermaße mit Fähigkeiten des Geistes und Gemütes ausgestattet ist. Es sind das gewisse Übertreibungen auf beiden Seiten, die durch den Zweck, die Darstellung der rassischen Gegensätze, nicht restlos entschuldigt werden.

Die Tatsache, daß der Künstler seine Anschauungen mit genauen Anmerkungen, Tatsachen und Zitaten belegt, kann nur bei oberflächlicher Betrachtung befremden. Das Rassenproblem ist dank bestimmter Presseeinflüsse für weite Schichten unseres Volkes ein weit unbekannteres Gebiet als etwa das alte Ägypten. Und als Ebers seine Romanstoffe aus der altägyptischen Geschichte schöpfte, sparte er nicht mit belegenden Fußnoten. Im Gegenteil: wären die Anmerkungen nicht da, hätte die Form des Ganzen noch mehr unter Belehrungen, Erläuterungen und Erklärungen gelitten.

Inwieweit der Verfasser die rassenhygienischen Gesetze künstlerisch frei behandelt hat, sei hier nicht erörtert. Als Künstler muß ihm das Recht zugestanden werden, denkbare und mögliche Fälle in seine Erzählung mit einzubeziehen, ohne daß sie gleich als Grundlage allgemeingültiger wissenschaftlicher Gesetze in Anspruch genommen werden können.

Nochmals: das Buch ist ein Koloß! Er ist durchaus nicht ebenmäßig und in allen seinen Gliedern wohlgestaltet. Durchaus nicht! Aber er ist gewaltig.

Und gewaltig dürfte auch die Wirkung des Buches sein. Denn das Goethewort trifft darauf zu:

„Das Tüchtige, und wenn auch falsch,
Wirkt Tag für Tag, von Haus zu Haus.
Das Tüchtige, wenn's wahrhaft ist,
Wirkt über alle Zeit hinaus." E. K.

Gustav Sack: Ein verbummelter Student. S. Fischer, Verlag, Berlin. Geh. 3,50 M., geb. 4,50 M.

Es war das tragische Geschick des Verfassers, daß er das Erscheinen seines noch während des Krieges von ihm mit großer Strenge überarbeiteten Romans, an dem er wirklich mit Herzblut geschrieben hat, nicht mehr erleben sollte. Er fiel als junger Offizier im Dezember 1916 in Rumänien.

Der Form nach erfüllt das Buch durchaus nicht strenge künstlerische Anforderungen. Dazu mangelt ihm die Geschlossenheit und organische Folgerichtigkeit. Es hat aber den ungewöhnlich starken Reiz eines Werkes, das von einem tief und unaufhörlich fragenden, bohrenden Geist verfaßt ist, der sich nicht mit der Oberfläche, nicht mit der Begrenzung auf ein Fachgebiet begnügt, sondern jedes Wissensgebiet mit Feuereifer durchforscht, um dann ein Gesamtbild philosophisch zu formen und die maßgebenden Grundsätze für seine Lebensführung zu gewinnen. — Nicht daß der Held des Buches verbummelt ist, sondern warum er es ist, fesselt daran. Es ist eine echt deutsche Vielseitigkeit, eine jugendliche Vermessenheit und Kraftüberfälle körperlicher und geistiger Art, die ihn ruhelos umhertreibt und nirgends festen Fuß fassen läßt, so daß er zwischen schärfster Arbeit und zügellosem, betäubendem Genuß hin und her schwankt. Wie so vielen überbegabten Studenten fehlt auch ihm die feste, sorgsame Hand, der sorgende und überragende Geist eines Beraters, zu dem er Vertrauen hat, der ihn planmäßig ausbildet und zur Harmonie entwickelt. — Die eingestreute Liebesgeschichte erinnert an Knut Hamsun. E. K.

Rudolf Haas: Triebl, der Wanderer. 13. bis 15. Tausend. Leipzig 1918, L. Staackmann-Verlag.

Im guten Sinne ein echt österreichisch-deutsches Buch! Es fehlt nicht die innige Natur- und Heimatliebe, es fehlt nicht der herrliche Rahmen der Alpenwelt, es fehlen nicht die Bauern, Waldleute, Mädel und Buben, es fehlen nicht die Originale, die dort noch so köstlich gedeihen, nicht die zu solcher Umgebung passenden Schnurren, Lieder und Abenteuer. Es wird pflichtschuldigst gebechert und geraucht. Eine liebenswürdige Warmherzigkeit bricht immer wieder wie heller Sonnenschein durch das Buch. Sein Held ist wohl ein Irrender, aber er irrt hauptsächlich aus Treue zu sich selbst. Er schafft in tätiger Menschenliebe viel Gutes und findet sich durch manchen Leichtsinn und manchen Sturm doch allmählich zurecht, um in der Heimat, dem menschenfreundlichen Beruf des Arztes und in der Vaterstadt zu einem vollwertigen, in sich selbst ruhenden Menschen heranzureifen. — Wenn auch manchmal die guten Wirkungen, die der bloße seelische Zuspruch des „Triebl-Matz" auslöst, etwas überraschend plötzlich sind, wenn die Figuren auch manchmal etwas zu sehr an die gar zu sauberen Hemdsärmel Vautierscher Bauern erinnern, wenn auch manchmal die „Herzigkeit" etwas zu stark hervortritt — diese kleinen Schönheitsfehler nimmt man gern mit in den Kauf, da das ganze so gesund, anmutig und lebensfroh ist. E. K.

Dr. **J. Reichert: Aus Deutschlands Waffenschmiede.** Reichsverlag Hermann Kallkoff, Berlin-Zehlendorf-West.

Die Schwerindustrie ist, weil der Krieg ihr eine Hochkonjunktur schuf, wie sie noch nie zuvor erlebt wurde, Gegenstand der gehässigsten Anfeindungen geworden. Und weil ihre Führer klareren Blicks als die irgendeines anderen Berufs die vaterländischen Notwendigkeiten erkannten, weil sie sich von jeher bewußt waren, daß die Blüte ihres Gewerbes goldene Früchte in Deutschlands Scheuern zeitige, weil sie sich überzeugt und entschieden zu einer gesunden Machtpolitik stellten, die für Blüte und Frucht Gewähr leistete, haben sie Haß und Schimpf über sich ergehen lassen müssen, wie zuvor nur die „Agrarier". Das Wort „Schwerindustrie" wurde von einer teils gedanken-, teils gewissenlosen Hetze zum Brandmal mißbraucht und ein unbeirrtes Eintreten für Deutschlands Macht und Größe nicht zum wenigsten dann verdammt, wenn es mit den Gedankengängen unserer Großindustrie irgendwelche Berührung aufzuweisen schien.

Die Aufklärung über die Bedeutung unserer Landwirtschaft hat die Not der Zeit selbst herbeigeführt; die Aufklärung über die Bedeutung unserer Eisenindustrie und der mit ihr zusammenhängenden Gewerbe hat sich noch nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit den Unwissenden und Mißleiteten aufgedrängt, trotz der beredten Sprache, die auch hier der Verlauf des Krieges zugunsten eines verlästerten Berufes gesprochen hat. Es ist eine nicht hoch genug anzuschlagende Tat, die Verbindung zu schaffen zwischen einem der wichtigsten und für unser Durchhalten im Kriege ausschlaggebenden Erwerbszweige und dem deutschen Volke. Als eine solche Tat ist das vorliegende Buch anzusehen

Auf schmale Bezirke zusammengedrängt, entzieht sich schon allein das äußere Bild der Eisenindustrie der Kenntnis der großen Mehrheit der Volksgenossen. In Reicherts Buch wird es mit der Sinnfälligkeit und Eindrücklichkeit eines farbensatten Gemäldes vor uns ausgebreitet. In packenden Schilderungen werden uns die Reviere und die Anlagen, die Wunder und Geheimnisse der Eisenhüttentechnik vor Augen geführt, der Weg, den das Eisen von der Erzgrube durch die Schmelz- und Stahlöfen hindurch zum Walz-, Hammer- und Preßwerk zurückzulegen hat, beschrieben und dem staunenden Blick das unsäglich verwickelte Getriebe enthüllt und klargelegt, in dem sich die Erzeugnisse meisterhaft durchdachter und verfeinerter Arbeitsmethoden für Friedens- und Kriegsbedarf formen. Bewundernd sehen wir die Vielfältigkeit und die Größe einer Welt vor uns, in der die vaterländische Wirtschaft dank dem Geist unserer Ingenieure und der Durchbildung unserer Arbeiter zu Erfolgen gediehen ist, wie nie zuvor und wie nirgends anders. Im geschichtlichen Rückblick lernen wir den außerordentlich mühevollen Entwicklungsgang kennen, den dies Großgewerbe von der kleinen rußigen Waffenschmiede an durchmachen mußte, um zur leistungsfähigsten Kriegsindustrie der Welt zu werden, um die gigantischen Aufgaben zu lösen, die das Hindenburg-Programm ihr gestellt hat. Wir ermessen den märchenhaften Aufstieg einer Industrie, die noch vor einem Menschenalter unter ausländischem Einfluß, unter fremder Führung stand, von englischem Geist und englischem Geld abhängig war, zu einer Leistung, die bei Kriegsbeginn nahezu der unserer sämtlichen europäischen Feinde — England, Frankreich, Italien und Rußland zusammengenommen — gleich war, und die ihnen in dem Kriege mit Erfolg standgehalten hat.

Wer aus diesem Bilde nicht den nachhaltigsten Eindruck von der Befruchtung und Belebung gewinnt, die unser gesamter Wirtschaftskörper der Eisenindustrie verdankt, will sich selber mit Blindheit schlagen. Die Führer der Industrie aber bewahren sich den offenen Blick, indem sie rechtzeitig auch die dunklen Wolken beobachten und zu zerstreuen suchen, die diese Lichtfülle in Zukunft beschatten könnten. Die Köpfe und die Hände sind dem Gewerbe wohl für alle Zeiten gesichert: in Zweifel aber steht das Schicksal seiner Rohstoffe. Die Erschöpfung ihrer Vorräte im Reich wird in einem halben Jahrhundert Tatsache sein, und damit ist ein so wesentlicher Teil unserer Wirtschaft im Frieden und unserer Wehrkraft in einem künftigen Kriege ernstlich in Frage gestellt. Hier kann nur ein Frieden einige Sicherung gewähren, der uns die vor unseren Toren liegenden Erzlager gewinnt; durch Angliederung der französischen Erzbezirke von Briey und Longwy, der polnischen von Wielan ist eine Verdoppelung unserer Erzgrundlagen möglich.

Ein Buch, das sich liest wie eine fesselnde Unterhaltungsschrift, aber in seiner Wirkung die Aufgaben einer tiefgründigen volkswirtschaftlichen Belehrung erfüllt, liegt vor uns. Möge es nicht nur in den Kreisen der Industrie selbst Beachtung finden, obwohl es auch ihnen Neues genug sagt, sondern vor allem überall da, wo man bisher allzu bereit war, die Werte zu unterschätzen, die hier von einer Arbeitsleistung ohnegleichen für die Gesamtheit geschaffen und ständig gesteigert werden. — Es sind Deutschlands Waffen im Frieden wie im Kriege, die in dieser Schmiede geschweißt und gehärtet werden. Dr. C. Klein.

Bücherschau.

E. Graf zu Reventlow: Brauchen wir die flandrische Küste? Vierte Auflage. 18. bis 2. Tausend. Berlin 1918, Ernst Siegfried Mittler und Sohn. Kgl. Hofbuchhandlung. Preis 2,50 M.

Leider haben sich in den letzten Monaten durch das alle Achtung des deutschen Namens unterwühlende Treiben der Reichstagsmehrheit, deren Pazifismus unsere Feinde mit Hohn und Spott übergießen, weil er ihnen noch nicht hündisch, noch nicht demütigend genug ist, in Belgien die Dinge so traurig, so gefahrvoll gestaltet, daß für die Erhaltung des Vlamentums und Deutschtums alles geschehen muß, ehe die Unzuverlässigkeit und Treulosigkeit des deutschen Volkes gegen die Vlamen geschichtliche Wirklichkeit geworden ist. In einer Zeit, da auf dem Gebiet der äußeren Politik das ödeste, philisterhafteste Angstmeiertum herrscht, das alle deutschen Ansprüche auf Selbstachtung und Weltachtung für Chauvinismus erklärt, das Volksehre nach der Anschauung Veit Valentins als Nichtigkeit behandelt, verwertet Reventlow furchtlos und unentwegt sein ganzes Wissen und Können zur Wiedererweckung deutschen Ehrgefühls, um zu beweisen, daß dort an der flandrischen Küste eine unverlierbare Errungenschaft deutscher Zukunft und ein Stück aus dem alten Hort deutschen Volkstums vergraben liegt. Reventlows Schrift dürfte nicht nur in norddeutschen Marinekreisen von Hand zu Hand gehen, sie erfüllt erst dann ihren Zweck, wenn sie über Süddeutschland, über Mitteldeutschland, wenn sie in unserem Heere, an der ganzen Front zur Wiedererweckung unserer moralischen und rechtlichen Forderungen und Begriffe verwendet wird. Das Erlebnis seiner Forderungen beruht auf dem im letzten Kern unausschöpfbaren Geheimnis der deutschen Volksseele, die nicht für angelsächsische Eroberungspolitik schwärmt, aber ihr Volkstum, ihre Art schützen und überall, wo Deutsche leben, ihre deutsche Welt sich aufbauen will. Wir haben keinen Schriftsteller in Deutschland, der so unwiderleglich alle Listen, Hindernisse und Schwierigkeiten der Angelsachsen durchschaut als Reventlow. Die Bedeutung dieser unserer Stellung wächst durch die mannigfachen Interessen wirtschaftlichen Charakters, die mit ihr verknüpft sind. Daß eine Politik, wie sie Reventlow fordert, mit Mühe und Arbeit verbunden ist und von den Staatsmännern einen hohen Grad nationaler Energie fordert,

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Einhorn-Verlag-München

Der Idealismus des Deutschen

Von Professor Hermann Leser in Erlangen

Ein Buch, in den schwersten Tagen unserer Zeit entstanden, erfüllt von unerschütterlichem Glauben an die geistige Kraft unseres Volkes. 1.50

Unsterblichkeit

Vom geheimen Leben der Seele und der Überwindung des Todes von Dr. Carl Vogl

Es ist das Bekenntnis eines den Tod und alle Mühsale überwindenden Idealismus. 5.—, 6.50 geb.

Richters Lebenserinnerungen

mit über 100 Holzschnitten des Meisters gehören zu den wenigen unbestrittenen deutschen Haus und Lieblingsbüchern, da sie uns das behagliche Leben unserer Großeltern wiedergeben. Kart. 8.—, geb. 10.—, Liebhaber 22.—

Der Aufmarsch im Osten

Russisch-Asien als deutsches Kriegs- und Wirtschaftsziel. Der Verfasser, Werner Dayor, zieht auf Grund der Untersuchungen klar und sicher die Grundlinien unserer ganzen Zukunftspolitik. 4.—

Das Baltenbuch

zeigt uns durch etwa 100 Photographien und Auszüge aus den Werken der bedeutendsten Balten, daß wir uns in altem deutschen Kulturland befinden. 3.—, 4.80

Die deutschen Märchen

Die schönsten deutschen Märchen von Grimm u. Bechstein mit über 100 Holzschnitten L. Richters. 3.—, 4.80

Gelber Verlag in Dachau

(Fortsetzung der Bücherschau.)

braucht kaum bemerkt zu werden. Aber Arbeit und Mühe, nicht Entsagen und die Hände in den Schoß legen, macht das Leben kostbar. Auch Reventlows Arbeit ist erst dann nicht vergeblich gewesen, wenn er bei dem geistig und sittlich höchststehenden Teile des deutschen Volkes, der national fühlt, die Erweiterung unseres Wissens und Willens durchgesetzt hat. Heinrich Reuß.

Ed. Engel: Sprich Deutsch! Hesse und Becker, Verlag, Leipzig.

Ein ganz prächtiges Buch, das jeder Deutsche, der Anspruch auf wahre Bildung erhebt, durchgearbeitet haben sollte, um sich seinen Inhalt für immer als Richtschnur anzueignen! Ausgezeichnet durch wissenschaftliche Gründlichkeit und wärmste Liebe für die deutsche Sprache und deutsches Volkstum, tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Wichtigkeit der Reinhaltung der Sprache und ihrer Bedeutung für staatliches und völkisches Leben, setzt es sich in glänzender und geistreicher Weise mit all jenen Ständen auseinander, welche aus irgendwelchen Gründen an der Fremdwörterei und Verwelschung unserer Muttersprache glauben festhalten zu müssen. Seine Art, die Geißel seines Spottes über sie zu schwingen, ist wirklich köstlich, und an Offenheit läßt es E., Gott sei Dank, nicht fehlen. Man lese z. B. die Abschnitte über „deutsche Engländerei" oder über die „Ludersprachen", „Gelehrttuerei, Pennälerei" u. ä. Von der Kritik geht E. dann zum Angriff über und bekämpft die Widersinnigkeit des Geredes vom „Purismus". „Die Schmutzigen verhöhnen die Sauberen ob ihrer allzu großen Sauberkeit und schimpfen sie in einer schmutzigen Unsprache: Puristen! Ein Schimpfwort, ersonnen zur Täuschung der Urteilslosen und als Ersatz für den Mangel der Schimpfer an vernünftigen Gründen." Nach einer Würdigung der bedeutendsten Sprachreiniger kommt dann in den beiden Abschnitten „Wie ist zu helfen " und „Vom Verdeutschen" das Aufbauende, Wegweisende, das eine Fülle von guten Anregungen enthält. — Wer das Buch aufmerksam in sich aufgenommen hat, wird unser Schriftdeutsch mit neuen geschärften Augen ansehen und besonders gegenüber dem Gelehrten- und Zeitungsdeutsch die richtige Empfindlichkeit erhalten. — Allerdings ist auch auf diesem Gebiete das meiste Willens- und Charaktersache, und der Durchschnitt der Bequemen, Eitlen und Oberflächlichen wird sich

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey-Otto-Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

Rothenburger Versicherungs-Anstalt
auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien
Hohe Dividenden
Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Glühöfen | Einsatzöfen
Härteöfen | Schmiedeöfen

Brettfallhämmer
Schmiedehämmer

Brüder Boye, Berlin N 37
Schönhauser Allee 8

(Fortsetzung der Bücherschau.)

gegen den edlen Ernst und die Folgerichtigkeit der E.schen Forderungen sträuben. Um so mehr sollte dies Buch in jeder Kanzlei, in jeder Schriftleitung, von jedem Gelehrten fleißig benutzt und beherzigt werden. E. K.

Walther Freyer: Im Kampf um den Ozean. Ein Seeroman. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher, Leipzig.

Das Buch dürfte als Schlüsselroman anzusprechen sein, da man hinter seinen Hauptgestalten Persönlichkeiten aus den Bremer und Hamburger Großreederkreisen zu vermuten geneigt ist. Sein Wert geht aber über das Interesse, das man etwa an der Person eines Rebacher (Ballin?) nimmt, weit hinaus, da es in künstlerischer, fesselnder Form, frei von Einseitigkeiten und Übertreibungen, die Einwirkung des Umsichgreifens eines bestimmten undeutschen Geschäftsgeistes auf ein großes wirtschaftliches Gebiet, die Reederei und die Dampfschiffahrtsgesellschaften, sehr wirkungsvoll zur Darstellung bringt. Es ist in dieser Beziehung m. W. ziemlich einzig in seiner Art. Die Wahl der Mittel, die dieser undeutsche Geschäftsgeist einführt, die Auswahl der Persönlichkeiten, die er für seine Pläne gewinnt und verwendet, die Folgeerscheinungen auf wirtschaftlichem, rechtlichem und sittlichem Gebiet sind an einer Anzahl von gut gezeichneten Personen und deren Schicksalen lebendig dargestellt, und in dem Roman spiegelt sich ein gutes Stück unserer ganzen Entwicklung vor dem Kriege. Er beansprucht daher auch in dieser Richtung wesentliche Beachtung, um so mehr, als er, schon vor dem Kriege verfaßt, ganz klar in den Auswirkungen des undeutschen Geschäftsgeistes eine der wichtigsten Ursachen für unsere Unbeliebtheit im Auslande feststellt und schildert. Zahllose Zeugnisse von neutralen Stimmen und von unseren Landsleuten haben diese völkerpsychologisch wichtige Beobachtung bestätigt. — Das Buch verdient als eine neue Form des zeitgeschichtlichen Romans, da es sich auch durch eine flotte Art der Darstellung auszeichnet, entschieden Verbreitung. E. K.

Briefwechsel von Jakob Burckhardt und Paul Heyse. Herausgegeben von Erich Petzet. J. F. Lehmanns Verlag, München. Preis geh. 4 M., geb. 5 M.

Über die Veröffentlichung von Briefwechseln, überhaupt von Briefen kann man verschiedener Ansicht sein, und die Ansichten sind denn auch

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Deutschnationale Aktiengesellschaft für kleine Lebensversicherung

(in Hamburg 36. Gemeinnütziges Wohlfahrtsunternehmen des DHV. Deutsch verwaltet. Aktiengewinn dauernd auf 4 v. H. beschränkt)

Zeichnungsstelle der Deutschgesinnten für die Kriegsanleihe

versichert unter den denkbar günstigsten Bedingungen auf das Leben von Männern, Frauen und Kindern von 0 bis 50 Jahren ohne Untersuchung gegen Monatsbeiträge

Versicherungssummen bis 3000 Mark

und erwirbt auf Wunsch für den Versicherungsnehmer, ohne daß ihm irgendwelche Verpflichtungen dadurch erwachsen und ohne daß er später zur Abnahme der Schuldverschreibungen verpflichtet ist,

Kriegsanleihe bis zu 75 v. H. der Versicherungssummen.

Drucksachen bitte unter Beziehung auf diese Anzeige in Hamburg 36 abfordern, soweit sie nicht beiliegen.

Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund

Sitz: Magdeburg-S.

Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit, werdet Mitglieder!

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten über Lebensmittel usw. kostenlos.

Hindenburg-Worte

Briefe, Drahtungen, Reden und Gespräche des Generalfeldmarschalls von Hindenburg

Herausgegeben von Dr. H. Wohltmann

Zweite, unveränderte Auflage. Preis M. 2.—; feine Ausgabe auf holzfreiem Papier M. 2.50 und 20% Teuerungszuschlag

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heysestraße 26

(Fortsetzung der Bücherschau.)

verschieden. Jakob Burckhardt selbst gehörte zu denen, die der Herausgabe solcher persönlicher Dokumente ablehnend gegenüberstanden, und in seinen Briefen stößt man mehrmals auf den Wunsch nach Vernichtung wenigstens von Teilen seiner Korrespondenz. Aber welcher unschätzbare Verlust wäre es z. B. gewesen, wenn uns Ciceros Briefwechsel verloren gegangen wäre oder der Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe! Ohne nun das vorliegende Buch mit jenen klassischen Werken der Briefliteratur vergleichen zu wollen, wird doch jeder, der sich in Burckhardts und Heyses Briefe vertieft, deren Veröffentlichung als ein Verdienst, als eine höchst erfreuliche Bereicherung der deutschen Literatur bezeichnen müssen. Handelt es sich doch hier um zwei Persönlichkeiten, die im deutschen Geistesleben eine hervorragende Rolle gespielt haben, der eine durch seine kulturhistorischen Werke, der andere durch seine Dichtungen. Die Freundschaft zwischen Paul Heyse und Burckhardt nahm ihren Ursprung von ihrem gemeinsamen Verkehr im Hause des Kunsthistorikers Professor Franz Kugler in Berlin im Jahre 1847. Vom Jahre 1849 erstreckt sich der Briefwechsel bis 1890, war aber besonders ergiebig in den Jahren 1849 bis 1864. Eine Fülle des Interessanten ist darin enthalten. Hervorgehoben seien besonders die Mitteilungen über Böcklin und das Verhältnis des Künstlers zu seinen Angehörigen, ganz besonders aber die feinsinnigen Bemerkungen Burckhardts zu den Novellen und Dramen Heyses. Manches, was der Basler Gelehrte über das deutsche Theater jener Zeit sagt, trifft leider auch wieder auf das heutige zu. Burckhardts literarische Kritik gewinnt dadurch an Bedeutung, daß der Kulturhistoriker auch zum Fach gehörte, weil er ebenfalls auf dichterischem Gebiete tätig war. Heyses Gegenbemerkungen eröffnen uns sodann Einblicke in die Werkstatt des Dichters, die für jeden Freund Heyseſcher Art und Kunst von besonderem Reiz sind. Da die Briefe nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und also nicht mit dem bei andern derartigen Sammlungen oft störenden Seitenblick auf das große Lesepublikum geschrieben waren, wirken sie um so natürlicher, zwangloser, offenherziger und bringen uns die beiden Briefschreiber menschlich um so näher. Daß die abgeklärte sprachliche Formkunst Burckhardts wie Heyses auch in ihren Briefen aufs wohltuendste zur Geltung kommt,

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Verlag R. Oldenbourg, München—Berlin

Kürzlich erschien:

Soldaten-Erziehung

Eine Ergänzung zur allgemeinen Wehrpflicht

Von

Dr. Ernst Horneffer

z. Z. Landsturmmann

80 Seiten 8°. Preis M. 2.—

„. . das Büchlein . . . . war ein Erlebnis und wird es jedem sein, der es zur Hand nimmt. . . . . Ein Hauch Fichteschen Geistes weht durch das prächtige Buch." Dr. Eduard Herold, Oberleutnant d. R. a. D.

„Je mehr ich mich mit Ihrer Schrift beschäftige, desto einleuchtender wird mir die Bedeutung der Sache für unser nationales Leben." . . . .
Geheimrat Professor Eucken, Jena.

„Ich hoffe, daß die Schrift eine weite Verbreitung findet."
Generalfeldmarschall von Eichhorn.

Soeben erschien:

Körperliche Ertüchtigung

durch Schule, Gemeinde und Staat

eine nationale Lebensfrage

Mit besonderer Berücksichtigung einer künftigen gesetzgeberischen Regelung

Von **Alfred Steinitzer,** Oberstleutnant a. D.

III und 159 Seiten 8°. Geheftet M. 4.50

Der Krieg hat unserem Volkskörper tiefe Wunden geschlagen. Sie zu heilen und den Schaden auszugleichen, ist wohl die dringendste Aufgabe, die nach Beendigung des Krieges unser wartet.

Vor allem wird an einer Qualitätsverbesserung im Sinne einer körperlichen Ertüchtigung zu arbeiten sein. Das wirksamste Mittel dazu ist eine planmäßige Erziehung durch Spiel und Sport, die mit der Schulpflicht beginnt und dem jeweiligen Alter angepaßt ist. Eine solche körperliche Ertüchtigung birgt auch große erzieherische Werte in sich, die nicht nur der militärischen Leistungsfähigkeit, sondern auch der Persönlichkeit und staatsbürgerlichen Tüchtigkeit zugute kommen.

Die Bücher können bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom obigen Verlage.

Nornen-Verlag, Jena

Soeben erschienen: Adolf Kroll:

Das Hohelied von Altvater

Ein germanisches Glaubensbekenntnis

Eine Dichtung großen Stiles. — Geheftet Mk. 4.—

Altgermanische Kulturhöhe

von Geh. Rat Professor Dr. Kossinna

Geheftet Mk. 1.—

(Fortsetzung der Bücherschau.)

raucht nicht besonders betont zu erden. Immerhin erhöht dieser mstand den ohnehin großen litesrischen Wert der Veröffentlichung. ls köstliche Einzelheit wirkt es, enn Heyse dem republikanischen chweizer die beruhigende Versiches ng gibt, er habe in einem Briefe n den bayerischen König nicht zu erflehen", sondern nur zu „verarren". Doch man müßte einen roßen Teil dieses reichhaltigen Bues ausschreiben, wenn man von inen mannigfachen Vorzügen und einen vollen Begriff geben ollte. Schließlich sei auch noch das hr anerkennenswerte Verdienst des erausgebers erwähnt, der in zahlichen, mit großem Fleiß zusammenestellten Erläuterungen zu den Briefen das Verständnis erleichtert und uf alle Fragen Auskunft gibt, die im Lesen etwa auftauchen mögen. ereichert wird das Buch ferner urch zwei gute Jugendporträts, von enen das eine Burckhardt im Jahre 843, das andere Heyse im Jahre 849 darstellt; das letztere ist um so nteressanter, weil in der weiteren ffentlichkeit sonst fast nur das bekannte Porträt von Lenbach verbreitet ist. Leo Wirth.

Werner von Heidenstam: Karl der Zwölfte und seine Krieger. Bände. Albert Langen, München.

Ein geschichtlicher Roman, ein eldensang, voll wuchtiger, ja häufig inreißender Größe! Das Schweden arls des Zwölften mit seinen Soldaten, Bauern, Adligen, Priestern, it seinen harten Kriegszeiten, seiem Heldenmut, seinem Glauben nd Aberglauben lebt darin. Um ie rätselvolle und eigenartige Gestalt des kriegerischen Königs, der ie von geheimnisvollen Mächten n sein ungeheuerliches Schicksal getrieben wird, gruppieren sich andere ekannte Gestalten: Peter der Große it seiner ungestümen Leidenschaftichkeit taucht auf, der verschlagene Razeppa u. a. m. Schlachten spielen ich ab, Szenen voll Wildheit und härte, durchleuchtet von dem Glanz itterlicher und menschlicher Tugenen. Die Form erinnert von weitem n die Szenen aus der Renaissance es Grafen Gobineau. Mag man s dem Dichter zum Vorwurf machen, aß er es verschmäht, die Entwicklung des Haupthelden aufzudecken, nd ihn nur jeweils auftreten läßt, wie er gerade entsprechend der Stufe seiner Entwicklung ist, so wird doch der Schleier von seinem Charakter stark gelüftet, so daß sich ein Ganzes ergibt; und die zerrissene und er-

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Bücher der Stunde

Preis in wirkungsvollem Umschlag jedes Bändchen M. 1.50 (Doppelbändchen M. 3.—).

1. Ruville, Die Herrin der Meere. — 2. Jäger, Krieg und Kriegsziele. — 3. Loritz, Unser Verbündeter Bulgarien. — 4. Schwering, Belgien, der Angelpunkt des Weltkrieges. — 5. Kralik, Österreichs Wiedergeburt. — 6. Aich, Deutsches Heldentum 1914—1917. — 7. Weddigen, Deutschlands Luftkrieg und Heldenflieger 1914—1917. — 8. Kellen, Die Presse als Verleumderin. — 9/10. Bichler, Luther in Vergangenheit und Gegenwart. (Fortsetzung folgt in zwangloser Folge.)

Schönere Zukunft

Kriegsaufsätze über Kultur- und Wirtschaftsleben von DR. J. EBERLE. 4.—6. Taus. 8°. Geb. M. 5.50.

Nibelungentreue

Kriegsgesänge von DR. W. SCHERER. Zweifarb. Druck. Umschlagzeichnung von Rolf Winkler. 8°. 104 Seiten. M. 3.—.

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Um Flandern u. Brabant

Die Frage über die Niederlande und die Rheinlande, Belgien und was daran hängt.

Von

Ernst Moritz Arndt

Geheftet M. 3.—

Die Grenzfragen im Westen als Grundlagen des künftigen Friedens drängen zur Entscheidung, die seit einem Jahrhundert in der Schwebe geblieben sind und durch die Abtretung Elsaß-Lothringens 1871 nur einen Schritt vorwärts gemacht haben.

Diese Fragen sind nur historisch zu lösen, und die klassische Darstellung gab Ernst Moritz Arndt mit der vorliegenden Schrift „an seine lieben Deutschen". Ihre Neuherausgabe ist eine Forderung des Tages, und die Fortführung der Gedanken durch den Herausgeber Walter van der Bleek und die Erklärung des Bevollmächtigten von Flandern Brijs-Schouppe macht sie zu einer der wichtigsten Aufklärungsschriften der Zeit.

Boll u. Pickardt, Verlagsbuchhdlg., Berlin

(Fortsetzung der Bücherschau.)

barmungslose Wildheit des Zeitalters hat in dem Ganzen ein treffendes, charakteristisches Abbild gefunden. E. K.

Eberhard König: Wenn der Alte Fritz gewußt hätte ... Eine Rübezahlmär. Verlegt bei Erich Matthes, Leipzig und Hamburg..

Der Dichter läßt hier seinem Humor und seiner Phantasie frei die Zügel schießen. Er verwebt in tiefsinniger, manchmal aber auch grotesker Weise Wunder- und Schelmenstaten des Lieblings der deutschen Sagenwelt, Rübezahl, mit dem Schicksal Friedrichs des Großen. Der Menschenverächter Rübezahl bekommt einen hohen Respekt vor dem Alten Fritz; an ihm beginnt er zu begreifen, was es Wunderbares um menschliches Sein und menschliche Größe ist, und der Respekt wandelt sich sogar in Zuneigung, so daß er sich bei einem Haar herbeiläßt, für den großen König einen menschlichen Tod zu sterben, — wenn er sich nicht im letzten Augenblick darauf besänne, daß er eben doch Rübezahl und unsterblich ist. Die feine und gedankenvolle Art des Dichters, der so gerne an die letzten und schwersten Dinge rührt, hat auch dieser liebenswürdigen Schöpfung ihren Stempel aufgedrückt. E. K.

F. Gräfin zu Reventlow: Der Geldkomplex. Roman. Albert Langen, München.

Die unlängst verstorbene Schriftstellerin gibt in diesem Roman etwas zu stark ihrer lediglich auf das Groteske zugespitzten Richtung nach. Man spürt es zu deutlich: diese Art von Humor — man könnte ihn fast nihilistischen Humor nennen — ist letzten Endes ein Erzeugnis der Verzweiflung. Es ist der Humor eines Menschen, der viel durchgemacht hat und sich durch nichts mehr überraschen läßt, sich aber um die Welt nicht eingestehen will, daß sein degradierendes Schicksal seine Wurzel in der eigenen Widerstandslosigkeit hat. Es sei zugegeben, daß hier wohl der Psychiater erklärt: solche Fälle sind von Geburt an hoffnungslos! Das wird wohl richtig sein, aber um so weniger gehören sie in die Kunst. Sie wirken verwirrend und zersetzend, trotz aller gelegentlichen Feinheiten. E. K.

Lutz' Memoirenbibliothek veröffentlichte soeben ein neues Werk: „Jugenderinnerungen eines blinden Mannes" von Ernst Haun, das in dem diesem Hefte beigefügten Prospekt angekündigt wird. Es ist ein köstliches, ein humorvolles Buch, ein Buch von Kampf und Sieg eines Jungen, ein Buch des Trostes und der Stärkung im Daseinskampfe, ein Unterhaltungsbuch im besten Sinne für Alt und Jung.

Zwei Jahre verboten und beschlagnahmt, nunmehr freigegeben

Die
Maidenkschrift

aus dem Jahre 1916

von

Generallandschaftsdirektor

Dr. Wolfgang Kapp

Zweite vermehrte Auflage

Preis: 1 Mark

Die Schrift des hervorragenden Staatsmannes, die Richtlinien einer wahrhaft deutschen Politik zur Gesundung unserer heutigen unhaltbaren Zustände zeigt, besitzt als eine Staatsschrift allerersten Ranges das Interesse aller politischen Kreise. Jeder urteilsfähige Mann, der Anspruch auf politische Bildung erhebt, muß sie gelesen haben.

Die erste Auflage — 3000 Stück — innerhalb sechs Wochen restlos vergriffen!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder gegen Einsendung von Mk. 1.10 (Postscheck Nr. 24120 Leipzig) direkt durch den

Verlag des Heimatboten

Inhaber: Ernst Schott

Langenberg-Reuß

Die Deutsche Zeitung

das Blatt der Deutschen

pft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

t deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

t fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

pft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

r: kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

t mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

ämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

ezugsbedingungen: Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

uzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.— (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

postbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12

Elsass

in Weihespiel für das deutsche Volk von Gerhard Tischer

Geheftet M. 2.50, gebunden M. 4.— und 20% Teuerungszuschlag

er Aufruf Hindenburgs an das deutsche Volk hat in diesem Werke ein gewaltiges Echo gefunden. In dem Verfasser ist unserem Volke ein Dichter entstanden, dem es gelungen zu allen die Zukunft unseres Volkes bewegenden Fragen Stellung zu nehmen und ihnen, e einst Schiller in seiner „Jungfrau von Orleans“ und in seinem „Tell“ oder Kleist in seiner ermannsschlacht“, den Weg zum Siege zu weisen. Das Drama spielt im Elsaß zur Zeit des oßen Kurfürsten. Die auch der Gegenwart viel Verwandtes aufzeigenden Kämpfe und Probleme r damaligen Zeit werden so zur Darstellung gebracht, daß der Leser, von der Gewalt der großen und schönen Gedanken ergriffen, von der Darstellung bis zum Schluß gefesselt ist.

DEMOSTHENES

Ein Drama für unsere Tage von Karl L. A. Schmidt

Geheftet M. 1.50 und 20% Teuerungszuschlag

as Drama trägt das Gewand alter Geschichte. Doch es ist unsere Zeit, es ist unser Volk. Obschon die Reden des Demosthenes im Wortlaut wiedergegeben werden, wirken sie wie r den Augenblick gemacht. In Athen wie im Deutschen Reiche sind dieselben Kräfte am Werke wesen. — Das Stück dürfte von zahlreichen Schulen und Theatern aufgeführt werden, es eignet sich aber auch als prächtiges Geschenk für Schule, Haus und Feld.

. F. Lehmanns Verlag, München SW 2, Paul Heyse-Str. 26

Ich kaufe Briefmarkensammlung

seltene Einzelmarken und Markenbriefe gegen Barzahlung

Ernst Stock, Berlin W, Friedrichstr. 79

Bücher-Ankau

alte und neue Klassiker, R
Lexikons (Meyer u. Brockha
sowie ganze Bibliotheken
Arthur Bäcker, Berlin
Alte Schönhauser-Str. 10,
Telephon Norden 286

Geht barfuß!!

Das Barfußgehen als Träger der Volksgesundheit und Forderung unserer Zeit.

Von **Andreas Nielsen, Hamburg**

Inhalt: Barfuß als Volkssitte. Überall Hygiene, nur keine Fußpflege. Gesunde und kranke Füße. Der Kaltfuß und der Schweißfuß. Gehirn—Nerven—Füße.
Mit 20 ganzseit. Bildern. Mk. 1.20
Durch jede Buchhdlg. od. direkt v.
Verlag Kraft und Schönheit,
Berlin-Steglitz 18.

Neu! Deutsche Demokrati

Von Dr. Fr. Fick, Zürich

Geheftet M. 1.50 und 20% Teuerungszuschlag

Der Verfasser schildert unter Zugrundelegung der Re
verhältnisse der Schweizer Kantone, die noch ganz auf den
Tacitus in seiner „Germania" geschilderten Einrichtungen beru
was wahre Demokratie ist. Er legt die Unterschiede dar zwi
Demokratie, Autokratie und Monarchie und zeigt wieviel Wei
verwandtes zwischen echter Demokratie und Aristokratie be
und daß Parlamentsherrschaft meist ein Zerrbild der Demokratie

**Es ist ein Buch, das jeder Partei den Fernblick erweit
das jede zwingt, zum Heile des großen Volkes umzulern**

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heysestr.

Deutscher Anker

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

Kriegs- Lebensversicherung

Krankenfahrstühle

f. Straße u. Zimmer.
Selbstfahrer,
Tragstühle, Krankenmöbel aller Art.
Kohler Comp.,
Hofl., Heidelberg.

Das Hakenkreu

nach Ursprung, Vorkom
und Bedeutung v. Dr. D
Wilser. Preis 60 Pf
60 Sis-Verlag in Zeh

Heufieberkranke!

schließt Euch dem Heufieberbund (E. V.) an. **Jahresbeitrag 5 Mk.,** wofür Merkblatt, enthaltend die erprobtesten Linderungsmittel, sowie der neue Jahresbericht und andere Druckschriften geliefert werden. Aufklärende Werbeschrift verl. man grat. v. d. Geschäftsst. d. Heufieberb. (E. V.)
Elberfeld, Frankenplatz 29.

Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotwein

++ Hervorragende Bezugsquelle ++

Fritz Weitzel, Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

Mehr denn je gilt es heute, für **Deutsche Art** zu kämpfen. Wem die

Erhaltung und Mehrung

unserer Volkskraft am Herzen liegt, der beziehe seine Bücher durch

Mimir, Versandbuchhandlung u. Verlag für deutsche Erneuerung, G. m. b. H.

Postscheckrechnung 3184 **Stuttgart,** Senefelderstraße 13

Gemeinnütziges Unternehmen zur Hebung der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt.

—— Bücherverzeichnisse gerne kostenlos. ——

In jedem Hause

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

Harmoniums von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. umsonst. **Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

**Annahmeschluß für Anzeig
für das Dezemberheft am 15. Novem**

Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

...higes Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich ...anke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

... Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

Sanatorium Dr. Dornblüth

WIESBADEN

Erhöhte Lage am Wald .....

..... Auskunft kostenlos

...ähn i. Riesengeb.

bei Hirschberg

Pädagogium Ländl. Schulanstalt

Gegründet 1874

...leine Klassen, real, realgymn. und gymn. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung ...ersekunda. Streng ger. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht ...rziehung. Ökonomie. Sport, Wandern, Bäder. Medizinische Bäder im Sana... Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

Ein Buch für jedermann!

Der Gebildete auf der Höhe!

In wenigen Stunden über alle Gebiete des geistigen, sozialen u. wirtschaftlichen Lebens orientiert. — 60 Abschnitte. — Preis 2 Mk.

Neukultur-Verlag, Berlin W 9.

Ausführl. Prospekt gratis!

...as Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

...mnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Be...chtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen ...assen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. ...ziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern ...Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

Jugendsanatorium in Verbindung mit ... med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in **Herchen a. d. Sieg** in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

...ucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Jeder selbstdenkende Deutsche schreibe

Rollers Weltkurzschrift.

Viel deutlicher, kürzer und einfacher als die älteren Kurzschriften.

Jedes Kind erlernt sie spielend.

Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M.

Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift

Johannes Bülck, Neumünster,

Kieler Straße 73.

Postscheckkonto Hamburg 13235.

...scher's Privat-Töchterheim, Cassel-Wilhelmshöhe.

...ches Frauenlehrjahr für Töchter höherer Stände. Wissenschaftliche ...ildung, gründliche Ausbildung in Haus, Küche und Garten. Pflege von ...r und Kunst. Klass. Gymnastik. Gesunde Lage im **Habichtswalde.** 2000 Mark.

G. Fischer.

Sorgenkinder

Sonderfälle in Entwicklung, Unterricht und Erziehung

Jugendheim Heidelberg

Leiter: Dr. Cron. Arzt: Prof. Dr. Maro

...nservative Pädagogik.

...Knabenerziehung des deutschen ...es auf der Grundlage des Autoritätsgedankens.

...amilienpädagogik

...on Edmund Schopen

...) Bg. — 1918. — Preis M. 5.50

...lag der Druckerei Lehrlinghaus, ...Mainz, Breidenbacherstraße 12

Hessische Handels-Lehranstalt

Saalbaustr. 73 DARMSTADT Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer **WILHELM SIEDERSLEBEN**, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

Die Anzeigenaufträge für das Jahr 1919 bitten wir wegen etwaiger Platzvorschriften möglichst bald erneuern zu wollen.

Geschäftsstelle der Monatsschrift

„Deutschlands Erneuerung" München

Paul Heyseстraße 26

Dr. K. Kramarsch,

der Anstifter d. Weltkrieges

Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von Dr. Fr. Wichtl

Mitglied des österr. Reichsrats

Preis geheftet M. 3.40

und 20% Teuerungszuschlag

Bringt die tschechische Gefahr in einwandfreier Weise zur Darstellung.

J. F. Lehmanns Verlag, München

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

Selbstvertrauen

ist eine der wichtigsten Eigenschaften, um vorwärts zu kommen. Wer kein Vertrauen zu sich selbst hat, kann unmöglich erwarten, daß andere Vertrauen zu ihm haben. Ohne Vertrauen der Mitwelt kann man aber nicht richtig vorwärtskommen, keinen großen Erfolg erzielen. Mangel an Selbstvertrauen beruht gewöhnlich auf einem Mangel an Wissen und Können oder auf der Unsicherheit, wie viel man eigentlich weiß und kann und ob man dieses Wissen und Können im gegebenen Augenblicke sofort zur Verfügung hat bezw. es versteht, dasselbe richtig zu verwerten. Es gibt eine Menge Menschen, die ein beträchtliches Wissen besitzen, dasselbe aber in ihrem Geiste nicht geordnet haben, so daß sie es im gegebenen Augenblicke nicht zu finden und zu verwerten wissen. Diesen allen fehlt es an einer praktischen Schulung ihres Geistes. Die beste Anleitung, wie man sich Wissen und Können am schnellsten und leichtesten aneignet, dasselbe geordnet erhält und jederzeit praktisch verwerten lernt, finden Sie in Poehlmann's Geistesschulung und Gedächtnislehre, welche in einem Vierteljahrhundert jährlich vielen Tausenden zu Erfolg und innerem Glück verholfen hat, gleichgültig, was ihr Beruf und ihre Stellung im Leben war, denn dadurch, daß der Schüler kein totes Buch, sondern einen lebendigen Unterricht erhält, bei dem er sich über alle persönlichen Punkte praktischen Rat erholen kann, ist jedem Gewähr für Erfolg geboten.

Ein paar Auszüge aus Zeugnissen:

„Klarheit des Blickes, vollendetes himmelanstrebendes Wollen und selbstverständliches Können, weil auf Mut und Selbstvertrauen sicher gegründet, sind die Früchte, die man Ihrer unersetzlichen Lehre verdankt. P. R." — „Sie geben dem Schüler Charakterfestigkeit und erziehen in ihm Takt und Klugheit. A. U." — „Mut, Selbstvertrauen und innere Ruhe, da gestützt auf Wissen und Können, sind die Früchte meines Erfolges. K. Z."

Verlangen Sie heute noch Prospekt von

L. Poehlmann, Amalienstraße 3, München C 12

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für Anzeigenteil: Gerhard Reuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

Jahrg. Heft 12 Dezember 1918

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Inhalt:

„Wie Deutsche einstmals fühlten" .. .. Felix Dahn
Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen Geheimrat G. v. Below
Ein Museum der Zukunft .. .. Johannes Biernatzki
Hie hat die Mär ein Ende! .. .. Theodor Mauch
Deutschlands künftige Volksernährung .. .. Geheimrat Dr. Stille
Das alte Griechenland und die Reinheit der Sprache Prof. Dr. Otto Stählin
Deutschland .. .. Sautter
Auslandsstudium und Auslandsdeutschtum im erneuerten Deutschland .. .. Rektor Dr. E. Schott
Unsere heutige Mädchenverbildung .. .. M. Holzmann
Wann wird der Retter kommen diesem Lande? .. .. .. Alterego
Politische Betrachtungen .. .. Prof. Dr. H. Freiherr v. Liebig
Ausklang .. .. Friedrich Carl Badendieck

J. F. Lehmanns Verlag / München

Im Verlage von Theodor Weicher in Leipzig, Inselstraße 10
ist soeben erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Zu den Quellen des Lebens

Eine naturwissenschaftlich-philosophische Höhenwanderung mit Ausblicken auf eine Neugestaltung des Lebens, seine Deutung und seine natürlichen Grundlagen

von **Eduard Konrad**

265 Seiten. Geheftet M. 6.—, gebunden M. 8.— und Teuerungszuschlag

Durch die ganze deutsche Nation geht ein Sehnen nach Neugestaltung der gesamten Lebensformen. Auch obengenanntes Buch, das in diesen Tagen erschien, pocht an die Tore der Welt wie ein neues Evangelium. Aus Menschenliebe und Wahrheitsdrang geschrieben, braust es auf wie eine wundervolle Symphonie und führt aus der Selbstsucht, aus dem verödenden Materialismus empor in lichte reine Höhen wahren Menschentums und läßt uns von hohen Gesichtspunkten die Gesetze der Natur, unsere Stellung in der Natur, sowie Sinn und Zweck unseres Daseins erkennen.

Eine neue Welt der Erscheinungen offenbart sich uns, eine neue Weltanschauung durchdringt alles Leben, alle menschlichen Lebensäußerungen; ein Zukunftsstaat ersteht vor unserm Auge, gestützt auf reines Christentum und wahres Menschentum.

An die deutsche Jugend und insbesondere an die Frauen wendet sich das Buch zunächst und weist der Frauenbewegung, dem Streben nach Freiheit und Licht den naturrechten Weg. Neuartig sind die Hauptstücke über die Beziehungen der Geschlechter, Erziehung zur Ehefreudigkeit, Ehe und Treue, Freude an den Kindern.

Doch ist auch jedes der andern Hauptstücke reich an großen Gedanken, reinen Empfindungen, aus edelstem deutschen Geiste geboren, ob es von den Grundlagen der Kulturentwicklung, von den Segnungen des sozialen Zukunftsstaates, den Zielen der friedlichen Arbeit oder von der Entwicklung des menschlichen Geistes, von Anpassung und Vererbung, vom Seelenleben oder von der Freiheit des Willens handelt. Die Sprache ist trotz Kürze der Fassung von dichterischem Schwunge, markiger Kraft, bilderreich und klar. Sie erschüttert den Leser in tiefster Seele und weist ihm den Weg zu wahrem Glücke.

Da dieses poesieumsponnene Buch alle menschlichen Lebensäußerungen berührt, so ist es als ein getreuer Ausdruck deutscher Innerlichkeit von hohem erziehlichen Werte und wohl geeignet, im deutschen Volke, und zwar in seinen besten Schichten, große Verbreitung zu finden.

Das wichtigste Schriftwerk ist heute

Das kommende Reich

Entwurf
einer Weltordnung aus dem deutschen Wesen

von **F. Schrönghamer-Heimdal**

Preis geheftet M. 7.—

Ein Führer- und Friedensbuch von bleibendem Wert für alle Deutschen, ein Werk, das die Ursachen und Wirkungen der heutigen Weltvorgänge restlos enthüllt und die Wege zum wahren Menschheitsfrieden zeigt.

Das Weihnachtsbuch des Wendejahres 1918

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Deutschlands Erneuerung

Monatsschrift für das deutsche Volk

Herausgegeben von Geh. Hofrat G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, Professor A. Geyer-Wien, Geheimrat M. v. Gruber, Geheimrat Professor Dr. Dietr. Schäfer, Dr. G. W. Schiele, Reg.-Präsident v. Schwerin, Geheimrat R. Seeberg
Schriftleitung: Professor Dr. Hans Freiherr v. Liebig (in Vertretung von Dr. Erich Kühn.) — Verlag: J. F. Lehmann, München, Paul Heyseſtraße 26
Bezugspreis für den Jahrg. 1918: vierteljährlich M. 5.—, Einzelheft M. 1.80
Des Verlags Poſtſcheckkonto München 129. — Österr. Poſtſparkaſſa 59 594
Konto bei der Bayeriſchen Vereinsbank München

2. Jahrgang 1918 | Heft 12 | Dezember

Herr Dr. Kühn muß infolge einer Erkrankung, die er ſich im Felde zugezogen hat, den Winter im Gebirge zubringen. Herr Profeſſor von Liebig-Gießen hat die Freundlichkeit, ihn bis auf weiteres zu vertreten. Der Verlag.

Inhalt:

An unſere Leſer (S. 809)	Schriftleitung
„Wie Deutſche einſtmals fühlten" (S. 811)	Felix Dahn
Die Stellung der Hochſchullehrer zu den Kriegsfragen (S. 812)	Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Below
Eine Schauſtätte der Zukunft (S. 825)	Johannes Biernatzki
Hie hat die Mär ein Ende (S. 828)	Theodor Mauch
Deutſchlands künftige Volksernährung (S. 829)	Sanitätsrat Dr. Stille
Das alte Griechenland und die Reinheit der Sprache (S. 841)	Prof. Dr. Otto Stählin
Deutſchland (S. 845)	Sautter
Auslandsſtudium und Auslandsdeutſchtum im erneuerten Deutſchland (S. 846)	Gymn.-Rektor Dr. G. Schott
Unſere heutige Mädchenverbildung (S. 855)	M. Holzmann
Wann wird der Retter kommen dieſem Volke? (S. 863)	Alterego
Politiſche Betrachtungen (S. 865)	Hans von Liebig
Ausklang (S. 884)	Friedrich Carl Badendieck

An unſere Leſer!

„Deutſchlands Erneuerung" iſt eine Kriegsſchöpfung; ſie hat nach Kräften dazu beizutragen geſucht, den Siegeswillen im deutſchen Volke zu wecken und zu heben. Vier Jahre Sieg wurden im fünften mutwillig vertan. Nicht Niederlagen haben uns den Verluſt des Krieges gebracht. Keine deutſche Feſtung war in Feindeshand gefallen; kein Durchbruch erzielt, keine Armee gefangen genommen, keine entſcheidend geſchlagen worden. Immer noch ſtanden wir tief im Feindesland und hätten noch weiten Raum zum Ausweichen gehabt. Menſchen und Material hätten gereicht, um bis zum Ermatten des Feindes durchzuhalten. Die letzte Kriegsanleihe brachte immer noch 10 Milliarden. Gefehlt hat es an den ſeeliſchen Eigenſchaften des Volkes, deren Stärkung und Wiedergeburt ſich „Deutſchlands Erneuerung" vom erſten Tage ihres Erſcheinens zur Aufgabe geſetzt hat.

Diese Aufgabe ist durch die Wendung, die Deutschlands Schicksal genommen, nicht in den Hintergrund getreten, sondern dringender und wichtiger geworden als je. Es ist sogar eine schwer zu entscheidende Frage, ob Deutschlands Unglück nicht vielleicht notwendig war, um einer wirklich tiefgehenden Erneuerung den Boden zu bereiten. Es wäre gegen die geschichtliche Gerechtigkeit gewesen, wenn ein Volk mit einer so großen politischen Sündenlast und einem so unfaßlich verstockten Beharren in seinen Sünden den Sieg davongetragen hätte. Im Zwiespalt damit stand die ebenso unglaubliche Tüchtigkeit des breiteren Volkes in den bürgerlichen und den soldatischen Pflichten; während es für seine politischen Mängel den Untergang verdient hat, hätte es für diese Vorzüge vollen Sieg verdient. Was die anderen Völker an bürgerlichen, technischen und kriegerischen Eigenschaften unterlegen waren, das glichen sie aber mehr als aus durch ihre politische Bildung und vaterländische Begeisterung, und so brach Deutschlands Bevölkerung um fünf Minuten früher zusammen als die feindliche.

Ob dieser Zusammenbruch zu einem endgültigen Niedergang des Reiches und einem Erlöschen des Germanentums oder zu einer neuen Blüte des Volkes und Reiches führen wird, hängt jetzt einzig und allein von dem weiteren festen Zusammenhalten jener nationalen Kreise ab, welche schon vor dem Krieg an Deutschlands nationaler Erneuerung gearbeitet haben. Sie sind berufen, das Ferment der Erneuerung zu bilden, die unabhängig davon ist, welche äußere Staatsformen das Reich angenommen hat und noch annehmen wird. Nun heißt es mit neuen, verdoppelten Kräften an den Wiederaufbau alles dessen gehen, was zusammengebrochen ist, und an den Neuaufbau alles dessen, wofür jetzt freies Feld geschaffen ist. Kein Gebiet der deutschen Kultur, der deutschen Ethik, des deutschen Staatswesens, der geistigen, sittlichen, körperlichen und sozialen Gesundung und Erstarkung soll es geben, an dessen Erneuerung unsere Monatsschrift nicht freudig mitarbeiten will. Mögen manchmal die Geister aufeinander platzen: wo geschmiedet wird, da sprühen Funken.

Aber, wie schon gesagt, den Erfolg verbürgt nur ein festes Zusammenhalten unserer nationalen Kreise. Zu diesem Zusammenhalten gehört auch die Treue zu den wenigen Zeitschriften, Zeitungen und Verbänden, welche rückhaltlos der nationalen Sache dienen. Wir bitten am Schlusse des 2. Jahrgangs unsere Leser und Mitarbeiter, unserer Monatsschrift treu zu bleiben und ihr neue Freunde zu werben für das nächste Jahr, mit dem Deutschland in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte tritt.

Und noch eine Bitte! Unsere nationale Sache kann nicht gedeihen, wenn jeder auf jeden Anstoß hin, den er an seiner Zeitung oder seinem Verbande nehmen zu müssen glaubt, dieser Zeitschrift oder diesem Verband gleich den Rücken kehrt. Dieser Eigentümlichkeit gerade unserer gebildeten Schichten verdanken wir in erster Linie die Machtlosigkeit der nationalen Bewegung, obwohl der Zahl nach die aufrichtig national gesinnten Deutschen die anderen bei weitem überragen. Sozialdemokratie und Zentrum haben nur so große Macht erringen können, weil ihre Anhänger sich in ihrer Treue zur Sache so sehr viel besser über ihre persönlichen Wünsche und Sonderanschauungen hinwegzusetzen vermögen als die anderen Richtungen angehörigen Deutschen. Die Lehre des Weltkrieges sollte bitter genug sein, um auch hierin eine Erneuerung eintreten zu lassen.

Die Schriftleitung.

„Wie Deutsche einstmals fühlten."

Und wenn's beschlossen ist da droben, daß unser Reich versink in Nacht, —
Noch einmal soll die Welt erproben des deutschen Schwertes alte Macht:
Soll nicht mehr deutsches Wort erschallen, nicht deutsche Sitte mehr bestehn,
So laßt uns stolz und herrlich fallen, nicht tatenlos in Schmach vergehn.
Zieht einst ein Tag die Schuld der Ahnen, die eigne Schuld vors Weltgericht:
Ihr seid die Schergen, ihr Romanen und Slawen, doch die Richter nicht!
Wir beugen uns den Schicksalsmächten: sie strafen furchtbar und gerecht:
Ihr aber seid, mit uns zu rechten, kein ebenbürtiges Geschlecht!
Den Schlag der deutschen Bärenpfote ihr kennt ihn, ihr Romanen, wohl,
Seit Alarich, der junge Gote, das Tor zerschlug am Kapitol,
Und euch, ihr Slawen und Polacken, ist deutsche Kraft bekannt seit lang,
Seit dröhnend trat auf eure Nacken der Heineriche Siegergang.
Nein, eh' ihr herrscht in diesen Landen, draus oft euch wilde Flucht entrollt,
Sei noch einmal ein Kampf bestanden, des ewig ihr gedenken sollt:
Und wimmeln zahllos eure Horden, erfüllt von tausendjähr'gem Neid: —
Erst gilt es noch ein furchtbar Morden, eh' ihr die Herrn der Erde seid.
Schon einmal ward so stolz gerungen von deutschen Helden, kühn im Tod:
Ein zweiter Kampf der Nibelungen sei unsern Feinden angedroht:
Prophetisch war die alte Sage und grauenhaft wird sie erfüllt,
Wann an dem letzten deutschen Tage der Schlachtruf dreier Völker brüllt.
Von Blute schäumend ziehn mit Stöhnen empört die Donau und der Rhein:
Es wollen brausend ihren Söhnen die deutschen Ströme Helfer sein.
Auf! Schleudert Feuer in die Felder, von jedem Berg werft Glut ins Land,
Entflammt die alten Eichenwälder zum ungeheuren Leichenbrand.
Dann siegt der Feind: — doch mit Entsetzen, und triumphieren
soll er nicht!
Kämpft bis die letzte Fahn' in Fetzen, kämpft bis die letzte Klinge bricht,
Kämpft bis der letzte Streich geschlagen ins letzte deutsche Herzblut rot,
Und lachend, wie der grimme Hagen, springt in die Schwerter und den Tod.
Wir stiegen auf in Kampfgewittern, der Heldentod ist unser Recht,
Die Erde soll im Kern erzittern, wann fällt ihr tapferstes Geschlecht.
Brach Etzels Haus in Glut zusammen, als er die Nibelungen zwang,
So soll Europa stehn in Flammen bei der Germanen Untergang!

Felix Dahn.

Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen.

Von Geh. Hofrat Prof. Dr. G. v. Below, Freiburg i. Br.

In seiner gegen Professor E. Tröltsch gerichteten feinsinnigen Schrift „Demobilisierung der Geister?“[1]), beklagt Dr. Hans Volkelt, daß „besonders die akademischen Kreise reichlich dazu beitragen“, in dem großen Weltkrieg das sog. Verständigungsverlangen auf seiten der Mittelmächte zu verstärken, die Theorie des sog. Verständigungs- und vorzüglich des glatten Verzichtfriedens zu verbreiten (S. 27 und 29). Die gleiche Klage ist schon von vielen erhoben worden; man hat bereits von den wissenschaftlichen Trägern des Pessimismus in der Kriegszeit gesprochen. Wir stimmen Volkelt vollkommen bei, wenn er jene Theorie bekämpft, und natürlich auch, wenn er sich gegen diejenigen Akademiker wendet, die sie begründeten, stützten und ausbreiteten.

Der Satz von Tröltsch, daß der Krieg rein militärisch nicht beendigt werden könne, enthält entweder eine platte Selbstverständlichkeit oder einen verhängnisvollen Irrtum. Es kommt nämlich darauf an, worauf man den Hauptton legt: ob man zugeben will, daß das Militärische die eigentliche Entscheidung bringe, oder betonen, daß es so viel nicht bedeute. Ein Kollege bemerkte mir, die Vertreter jener Theorie schöpften infolge der deutschen „Schlappe“ Mut — den Mut der Rechthaberei nämlich auf Kosten der vaterländischen Geschicke! Steht es aber so, daß die „Schlappe“ ihrer Theorie recht gibt, wonach das Militärische nicht die eigentliche Entscheidung bringe? Ganz im Gegenteil! Wir sehen ja gerade hierbei, daß die militärischen Dinge durchaus entscheidend sind: die Feinde haben sich durch ihre militärischen Erfolge sofort bestimmen lassen, ihre Kriegsziele wieder zu steigern und zu verschärfen, und nur deutsche Waffentaten hätten die drohende Gefahr von uns noch entscheidend abwehren können.

Professor Theobald Ziegler bemerkt treffend in einer Kritik der Tröltschschen Theorie („Schwäb. Merkur“ 1918, Nr. 188), die weichere Geisteshaltung sei politisch wirklich Schwäche oder berge doch den Keim der Schwäche in sich. Und Volkelt sagt (S. 57): „Wenn irgend Schwäche tragisch sein kann, so ist es diese Schwäche, die ganze Völker im Augenblick des sicheren Aufstiegs zu erfassen beginnt.“ Das ist das Unrecht jener Theorie, daß sie die deutschen Siege in ihrem natürlichen realpolitischen Sinn herabgewertet und ihre volle welthistorische Auswirkung verhindert hat; ja wir müssen sagen: daß sie deutschen Erfolgen oft hindernd entgegengetreten ist, wie sich z. B. aus der Verhinderung des U-Krieges aus unsachlichen politischen Gesichtspunkten und aus der Häufung der Friedensangebote ergibt. Wenn eine Voraussetzung für deutsche Siege der ungebrochene Mut und die zähe Ausdauer der Soldaten und der Bürger in der Heimat sind, so hat ein Hindernis für deutsche Siege in der Agitation gelegen, die davor gewarnt hat, an gewaltige deutsche militärische Erfolge zu glauben, und die, um unglückliche Formeln, wie die vom 19. Juli 1917, als richtig zu erweisen, die Verhältnisse an der Front und im Heimatland ganz planmäßig grau in grau gemalt hat. Die von Tröltsch geforderte „Demobilisierung

[1]) Vgl. die Anzeige in „Deutschlands Erneuerung“ 1918, Juniheft, S. 446, und im „Tag“ 1918, 27. April. Eine ähnliche Kritik wie Volkelt übt Professor Kärst, National oder International, eine Schicksalfrage unseres Volks, Deutsch-Evangelisch. Bd. 9, S. 225 ff.

der Geister", d. h. die Abrüstung aller der geistigen Mächte, die dem volksbündlerischen Ideal von Verständigungswilligkeit, von Vertrauen zu den Feinden, von Gemeinschaft der Staaten, von weltbürgerlich-weltfriedlichem Zusammenleben, von weltwirtschaftlicher Vertragsheiligkeit u. a. m. sich entgegenstellen, solange der Kampf währt, das ist der unglücklichste Gedanke, der ausgesprochen werden konnte.[1])

Diese kurzen Andeutungen mögen zum Beweis dafür genügen, daß die „Demobilisierung der Geister" uns Schaden gebracht hat. Wenn wir jetzt militärische Erfahrungen unerfreulicher Natur erlebt haben, so ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß wir den Krieg nicht mit derjenigen nationalen Geschlossenheit, nicht mit derjenigen schleunigen Anwendung des sachverständigen Urteils (man denke z. B. an die Verspätung des U-Kriegs, die verspätete Einführung des Hindenburgprogramms), nicht mit derjenigen Klarheit der Ziele geführt haben, über die Frankreich und England verfügt haben. Und so weit wir Erfolge verzeichnen konnten, verdanken wir sie demjenigen Maß von diesen Eigenschaften, das wir immerhin noch aufbringen und durchsetzen konnten. Jener „Demobilisierung der Geister" verdanken wir nur Nachteile und Mißerfolge. Das Schlimme ist nun aber weiter, daß man die Schwachmütigkeit auch noch in ein „System" gebracht hat, für sie eine Theorie ausgearbeitet hat, die dann Volkelt so wirkungsvoll kritisiert hat. Es handelt sich nicht etwa darum, daß die Freunde des Verständigungsfriedens von einer klaren Einsicht in bestehende Machtverhältnisse, die hüben und drüben von Anfang an zu erkennen gewesen seien, sich haben leiten lassen. Sie huldigen eben einer unhaltbaren Theorie vom weltbürgerlich-weltfriedlichen Zusammenleben, wie der stets unglaubliche F. Naumann Wilson „den internationalen Kaiser der Gegenwart" nennt, weil er (durch seine Völkerbunds- und Friedenstheorien) „die Menschheit mit einigen großen, weiten Zielen sättige". Wilson pfeift tatsächlich auf seine Theorien. Er hat selbst an ihnen die giftigste Kritik geübt, indem er in seiner Antwort an Österreich-Ungarn mit Rücksicht auf den veränderten „Kriegszustand" und die neuen Gewaltsamkeiten der Tschecho-Slowaken seinen Standpunkt gegenüber der Autonomie der Völker Österreich-Ungarns schnell änderte. Er paßt eben seinen Standpunkt einfach den augenblicklichen militärisch-politischen Verhältnissen an.

So sehr nun Volkelt im Recht ist, wenn er den Anteil der Akademiker, der Vertreter der Wissenschaft an der Ausbildung und Verbreitung jener Theorie tadelt, so möchte ich doch seiner Meinung widersprechen, daß sie vornehmlich von Akademikern ausgebildet und vertreten worden ist, daß sie — so ist wohl seine Ansicht — von der Mehrzahl der Akademiker geteilt werde. Hier glaube ich meine Berufsgenossen verteidigen zu können. Die Mehrzahl der Hochschullehrer dürfte sich nicht zu jener Theorie bekennen.[2]) Greifen wir den praktischen Fall der Vaterlandspartei heraus, so dürfte sie unter den Akademikern mehr Anhänger als Gegner haben, wobei natürlich diejenigen aus der Berechnung ausscheiden, die überhaupt keinen bestimmten Standpunkt einnehmen, denen wir allerdings auch nicht unser Lob widmen. Wir wollen uns nicht darauf berufen, daß unsere Feinde oft behauptet haben, „die deutschen Professoren" hätten dem deutschen Volk den kriegerischen und vorwärts stürmenden Geist eingeflößt; auf feindliche Behauptungen, die regelmäßig Entstellungen sind, geben wir überhaupt nichts. Aber ein guter kriegerischer

[1]) Vgl. Professor Hans Meyer (Leipzig) in der „Tägl. Rundschau" vom 16. April 1918.

[2]) Es ist sehr lehrreich, daß die „Frankf. Zeitung" in ihrem Artikel gegen Ludendorff (Nr. 301) die deutsche „Intelligenz" scharf anklagt, weil eben tatsächlich die Mehrzahl der einsichtigen Personen in Deutschland nicht zu den Flaumachern gehört hat.

Geist lebt gewiß in weiten Kreisen unserer Hochschullehrer und so auch volles Verständnis für das, was die kriegerische und politische Lage von uns Deutschen forderte. Zwar mag der Schein vorhanden sein, als ob die Mehrzahl der deutschen Hochschullehrer die Theorien des Verständigungs- oder Verzichtfriedens vertreten: weil die verzichtlerischen Akademiker nämlich in denjenigen großen Zeitungen zu Wort kommen, die, aus bekannten Gründen, im Inland und Ausland die verbreitetsten sind, während die Gegner jener Theorien sich mit den weniger verbreiteten, weil weniger finanzkräftigen Zeitungen begnügen müssen und deshalb nicht so viel wie die andern die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Wie anderswo, so tragen auch hier die Finanzen dazu bei, die öffentliche Meinung zu fälschen, und es gehört zu den sonderbarsten Ironien, daß einzelne Universitätslehrer, Anhänger jener Theorien, sich noch dazu über ein Übergewicht des Kapitals auf der Seite der Freunde eines starken deutschen Friedens beschweren.[1])

Stimmt aber auch nur eine Minderzahl der deutschen Hochschullehrer den Verständigungs- und Verzichttheorien zu, so handelt es sich doch immerhin um eine nicht unbeträchtliche Anzahl, und zwar auch um solche, die ein berechtigtes Ansehen genießen, und dazu teilweise um Forscher, von denen man nach ihrer Herkunft oder Vergangenheit etwas anderes erwarten sollte. Es ist also — darin stimmen wir Volkelt wiederum zu — in der Tat Grund zur Klage über die Haltung vieler Hochschullehrer in den Kriegsfragen vorhanden.

Natürlich ist unser Tadel nicht so gemeint, als ob wir jedes Urteil, das von dem unserigen abweicht, tadeln wollten. Wenn es aus echter realpolitischer Erwägung entspringt, so setzen wir uns sachlich mit ihm auseinander. Aber wir sind berechtigt und verpflichtet, uns gegen solche Auffassungen zu wenden, die von den eben geschilderten falschen Grundanschauungen ausgehen. Und es läßt sich nachweisen, daß diesen, wie jene bedauerliche Haltung allgemeiner Art, so auch greifbare einzelne höchst sonderbare politische Urteile entstammen, die während des Kriegs über das gefällt worden sind, was wir zu tun und zu lassen haben.[2])

Wenn wir nun die Haltung jener Akademiker näher schildern und nach ihren Ursachen darlegen wollen, so werden wir von der vorhin festgestellten Tatsache auszugehen haben, daß die Verzichtpolitiker in den akademischen Kreisen in der Minderzahl sich befinden, während die politischen Parteien des Reichstags sich in ihrer Mehrheit zum Verzichtlertum bekennen und ebenso sich die meisten großen Zeitungen

[1]) Vgl. hierzu den kritischen Art. „Noch ein Professor vom Schlage Delbrücks" in Nr. 69 der „Deutschen Zeitung", Jahrg. 1918.

[2]) Bekannt sind derartige Urteile z. B. von Professor Hans Delbrück. Vgl. darüber Fester, Deutsche Rundschau 1918, Oktoberheft, S. 12f.; ders., Die Wandlungen der belgischen Frage, 2. Aufl. (Halle 1918), S. 28ff.; Frhr. v. Bissing, Wünsche und Ziele (München 1918), S. 16; meine Schrift: „Das gute Recht der Vaterlandspartei" (Berlin 1918, Hauptgeschäftsstelle der Vaterlandspartei); Mitteilungen der deutschen Vaterlandspartei, Jahrg. 1908, Nr. 10, 15, 18; Unabhängige Nationalkorrespondenz (herausgeg. von Dr. F. St. Neumann), Nr. 431, 463, 467, 492, 495, 498, 505, 509, 517, 545; Alldeutsche Blätter 1918, Nr. 26 u. 33; Das größere Deutschland 1917, Nr. 34, S. 1064ff.; 1918, Nr. 18, S. 545ff., Nr. 23, S. 724ff., Nr. 28, S. 875, Nr. 34, S. 1069ff., Nr. 38, S. 1204ff. Oberamtsrichter Schröder-Dresden, Ein deutscher Geschichtsprofessor (Ortsgruppe Dresden der Vaterlandspartei). Über die Art der Polemik Delbrücks s. besonders Mitteil. der Vaterlandspartei, Nr. 18, und Größ. Deutschland, Nr. 38. Delbrücks Schüler M. Hobohm, der sich dem Kampf gegen die Alldeutschen mit besonderem Eifer widmet, rühmt in seiner „Vaterlandspolitik" als „jene Männer, die den Kaiser und Bethmann (in der von der deutschen Reichsleitung gegenüber England eingeschlagenen Politik) verstanden hatten, die Lichnowsky, Niezler, Hans Delbrück" usw. Das „Liter. Zentralblatt" hat mit Recht auf diese bezeichnende Mitteilung aufmerksam gemacht.

halten. Die Frage wird so zu stellen sein: wie erklärt sich die starke Verbreitung des Verzichtlertums in Deutschland überhaupt, und warum haben die Akademiker einen nicht ganz geringen Anteil an ihm? Wir suchen hiermit zugleich einen Beitrag zur Beantwortung der Frage, warum in Deutschland der gesunde politische Sinn so wenig verbreitet ist, zu liefern.

Den ersten Teil der Frage hat Volkelt treffend beantwortet, indem er auf die Neigung des Deutschen zum Weltbürgertum, die deutsche geschichtliche Entwicklung und die besondern Verhältnisse der Gegenwart hinweist. Wenn er unter „den Faktoren, die die Seite der Mittelmächte belasten", „die Massen der unabhängigen Sozialdemokraten und die eine Art eigener Partei darstellenden Lesermassen des „Berliner Tageblatts" nennt, so ließe sich dieser Hinweis leicht erweitern. Dürfen wir viel gesundes politisches Urteil bei den gegenwärtigen Deutschen erwarten, wenn jene Zeitungen, die die Mehrzahl liest, ohne politisches Urteil sind? Es läßt sich beobachten, daß diese Zeitungen auch auf geistig hochstehende Personen, denen man im allgemeinen Selbständigkeit des Urteils zusprechen wird, auf die Dauer eine Wirkung ausüben; wie viel mehr aber auf die Masse der leicht beeinflußbaren Leute!

Bei der Frage sodann, warum ein immerhin nicht ganz geringer Teil der Akademiker während des Kriegs politisch versagt hat, wird daran zu erinnern sein, daß am Ende der Amtstätigkeit Bismarcks ein besserer Stand erreicht war: damals konnte man bei einem erheblich größeren Teil der Akademiker eine erfreuliche politische Haltung beobachten. Warum steht es heute nicht so? Warum haben nicht wenige einen Rückzug angetreten? Und warum ist die Zahl der wirklich politisch Tätigen nicht größer?

Volkelt erinnert mit Recht an die dem Akademiker eigene Neigung, Theorien auszuspinnen, sich Doktrinen zu überlassen. Überdies sieht der Akademiker stets die beiden Seiten jeder vorgeschlagenen Maßregel; eine Betrachtung, die natürlich auch ihre Vorzüge hat, die aber leicht die Entschlußfähigkeit lähmt. Aber diese Dinge erklären die politischen Mängel der Akademiker *aller* Zeiten, nicht besonders die der heutigen. Um jenen Rückgang bei ihnen zu erklären, wird man zunächst auf die Wirkungen des „neuen Kurses" verweisen. Damit widerlegen wir zugleich die oft ausgesprochene Behauptung, daß Bismarck durch seine überragende Herrschaft und Macht die Ausbildung selbständiger politischer Persönlichkeiten verhindert habe. Seine mächtige Nähe hat keineswegs eine solche Wirkung hervorgebracht, sondern infolge seiner fortschreitenden Entfernung ist ein Mittel zur Förderung der Ausbildung politischer Persönlichkeiten fortgefallen.

Ist der „neue Kurs" eine mehr zufällige, einmalige Ursache, so wirkt das zunehmende Spezialistentum als eine allgemeine, dauernde Gewalt. So wenig wir die Vorteile der Entstehung vieler Sonderberufe und der Beschränkung des einzelnen auf seinen Sonderberuf unterschätzen — gewaltige Fortschritte in Wissenschaft und Technik, in Verwaltung und Kriegführung sind nur dadurch möglich geworden —, die Schattenseiten des Spezialistentums sind nicht weniger zu erkennen. Und Deutschland, das Land der Gründlichkeit, das überall rein fachmännische Arbeit verlangt, hat darunter namentlich zu leiden. Wenn es England gerade durch die Spezialisierung der Arbeit in wichtigen Beziehungen übertroffen hat, so ist es anderseits gegenüber England im Nachteil durch sein stärker entwickeltes Spezialistentum. In England ist die Zahl der reinen und einseitigen Fachleute nicht so groß wie bei uns, was sich natürlich besonders in der Frage der brauchbaren Politiker geltend macht. Wenn Deutschland England durch seine hervorragenden

Fachmänner im Heerwesen, in der Verwaltung, der Industrie, der Wissenschaft überlegen ist, so hat England die größere Zahl von Männern voraus, die mit ihrem besonderen Fach noch die politische Brauchbarkeit verbinden. Es kommt hinzu, daß die vorherrschende politische Richtung in Deutschland von instinktiver Abneigung gegen politisch fähige Persönlichkeiten erfüllt zu sein scheint, wie sie denn Tirpitz, der ein glänzendes Beispiel der Vereinbarkeit gründlichster fachmännischer Bildung mit politischer Befähigung darstellt, nicht ertragen zu können scheint.

Mit dem Spezialistentum hat eine gewisse Verwandtschaft die einseitige Vertretung von Sonderinteressen. Das ist ja auch wiederum ein Nachteil Deutschlands gegenüber England, daß bei der Wahrnehmung der Sonderinteressen der staatliche, der nationale Gesichtspunkt oft ungebührlich zurückgetreten ist. Während des Krieges haben sich in Deutschland die Schutzzöllner weit besser gehalten als die Freihändler. Bei Kriegsausbruch zeigte sich einer der namhaftesten Freihändler, ein Akademiker, schlechthin ratlos: seine Theorie von der Harmonie der Völker war ja auch vollkommen zusammengebrochen. Er wußte nicht ein noch aus. Allmählich erholte er sich, um dann seine alte Agitation auf pazifistischer Grundlage mit dem Anspruch, immer recht gehabt zu haben, wieder aufzunehmen. In der Praxis kommt eine solche Haltung recht nahe dem Standpunkt des Getreidehändlers Hirsch, der im zweiten Kriegsjahr erklärte: „Die Gegensätze der Völker und Staaten sind mir gleichgültig; ich bin mit dem Freund, mit dem ich gut Getreidehandel treiben kann." Wir erkennen jedoch gern an, daß andere Freihändler eine andere Haltung einnehmen und von den Verhältnissen gelernt haben. Immerhin wünschte man, daß unsere Freihändler nicht das, was ihnen besonders am Herzen liegt, den allgemeinen nationalen Notwendigkeiten voranstellten und daß unsere Sozialpolitiker, wie es leider oft geschieht[1]), nicht kurzsichtig den innerpolitischen Fragen den Vorzug vor den außerpolitischen geben möchten. Die geschichtliche Beobachtung lehrt doch kräftig genug, wie sehr eine solche Kurzsichtigkeit sich rächt, sich rächt gerade an der Sozialpolitik. In allen jenen Beziehungen wünschte man bei jenen Theoretikern mehr Einordnung in das Ganze von Staat und Volk. Die Schutzzöllner leisten dieser Forderung schon durch ihre Grundsätze von vornherein mehr Genüge. Wir kommen auf ihre politischen Verdienste sogleich noch zurück. Wenn die Schutzzöllner im Interesse des engeren Zusammenschlusses des nationalen Verbandes einen Teil des Handels einzuschränken geneigt waren, so haben sie anderseits aus den Erfahrungen der Kriegszeit Anlaß genommen, dem freien Handel sein volles Recht zukommen zu lassen. Ohne dem parteimäßigen Freihandel zu huldigen, betonen sie heute aufs nachdrücklichste das gute Recht und die gewaltige Bedeutung des freien Handels[2]).

Unsere Juristen haben der Mehrzahl nach während des Kriegs ihren Mann gestellt. Einer ihrer Meister und Senioren, O. v. Gierke, hat in einer besondern Schrift den Verzichtlern eine nachträgliche Absage erteilt[3]), und die gleiche Haltung hat ein anderer Meister und Senior, K. Binding, eingenommen. Anderseits fehlt

[1]) In den „Mitteilungen der deutschen Vaterlandspartei" vom 22. Juni 1918 (Nr. 19) ist ein sehr törichter Artikel des Professors der Nationalökonomie Herkner einer eindringenden Kritik unterzogen worden. Auf Herkner und den gesamten „Volksbund für Freiheit und Vaterland", in dessen Namen er spricht, trifft das im Text Gesagte in besonderem Sinn zu.

[2]) Es sei hier z. B. an die in dieser Hinsicht sehr interessanten Schriften von Dr. G. W. Schiele erinnert.

[3]) Es verdient auch Beachtung, daß der heute wohl älteste unter allen deutschen Professoren der Jurisprudenz, A. S. Schultze („Der sog. Verständigungsfriede im Licht des Völkerrechts", Jena 1918), sich auch gegen das Verzichtlertum ausgesprochen hat.

es nicht an unerfreulichen Erscheinungen in den juristischen Fakultäten. Bekannt sind die Völkerrechtsfanatiker, die sich mit den Freihandelsfanatikern in utopischen Völkerverbrüderungsplänen begegnen und damit nur der Verteidigung der deutschen Selbständigkeit Abbruch tun. Wir begnügen uns zu ihrer Kennzeichnung hier einen kleinen kritischen Artikel des Münchener Professors Frhr. v. Bissing (aus der „Ostpreußischen Zeitung" vom 20. August 1918) wiederzugeben, der das Treiben dieser Kreise wirksam beleuchtet:

„Im „Journal de Genève", Nr. 223, 12. August 1918, unterbreitet mein Kollege, Herr Dr. O. Nippold (ein Glied einer deutschen Familie!) „zur Versöhnung der Völker" einem, wie wir ja wissen, äußerst deutschfreundlichen Leserkreis seine Eindrücke über Deutschland vor dem Krieg. Sie sind an Entstellung der Tatsachen, innerer Unwahrhaftigkeit und Haß gegen Deutschland so ziemlich das Tollste, was ein gebildeter Akademiker wohl schreiben kann, ohne die Selbstachtung zu verlieren. Da lesen wir nun: „Es schien mir schwer, von der Schweiz aus unmittelbar in dem Sinne zu wirken, wie ich es wünschte" (im Herzen der Völker die Notwendigkeit eines Völkerrechtes wachzurufen, das stark genug wäre, um in den Beziehungen der Völker zueinander die Herrschaft des Rechtes an Stelle der Gewalt zu setzen — ein Ziel, gegen das an sich nichts zu sagen ist, wenn es gelingt, England vorher dazu zu bringen, auf die Seeräuberei und Seetyrannei zu verzichten). Da kam mir der Zufall zu Hilfe.

Im Herbst 1909 berief mich Theodor Curti als Mitarbeiter an die „Frankfurter Zeitung". Das schien mir ein Wink des Schicksals. Nicht, daß ich so besonders gern nach Deutschland gegangen wäre, aber ich konnte keine bessere Gelegenheit finden, um an der Erreichung meiner Ziele zu arbeiten. Die Mitarbeit an einem weltbekannten Blatt bedeutete für mich die Möglichkeit, nicht nur die deutsche Politik von Grund aus kennen zu lernen, und gegebenenfalls ein Wort mitzusprechen, sondern auch den Weg für eine Organisation aller derjenigen zu schaffen, die sich in den Dienst der Ideen des Rechtes und der Versöhnung der Völker stellen wollten." (Man sollte meinen, eine solche Organisation wäre auf neutralem Gebiet leichter zu schaffen gewesen als in einem der meist betroffenen Länder; allein hier handelte es sich offenbar weniger um eine Organisation, die auf alle Völker wirken sollte, als um eine Beeinflussung des deutschen Publikums, der Leser der „Frankfurter Zeitung" insbesondere, die Herr Nippold wohl für empfänglicher hielt als etwa die Leser der „Times" oder des „Figaro".) „So verabschiedete ich mich denn im Oktober 1909 von der Berner Rechtsfakultät und ließ mich in Frankfurt nieder, um mit Curti an der Demokratisierung Deutschlands zu arbeiten und die Ideen einer internationalen pazifistischen Politik zu verbreiten. Es gibt Leute in Bern, die mich nicht begriffen haben." (Und in Deutschland Leute, die es absonderlich finden werden, daß eine der größten in Deutschland erscheinenden Zeitungen einem Ausländer das Recht gibt, ohne als solcher sich zu erkennen zu geben, zu Fragen der deutschen inneren und äußeren Politik das Wort zu nehmen). „Diese Leute sehen nicht ein, oder wollen es nicht einsehen, daß es sich hier nicht nur um eine rein deutsche Angelegenheit handelt, sondern gleichzeitig um ein internationales Problem, das die Schweiz selber anging. Man kann hoffen, daß der Krieg diesen Leuten die Augen geöffnet hat und ihnen gezeigt hat, wie sehr unsere Existenz und unser Heil von der Lösung dieses Problems abhängt."

Ein weiterer Kommentar, als ich ihn in den ( ) gegeben habe, ist wohl überflüssig. Ob aber derartige Aussagen unparteiischer Zeugen uns Deutschen über das,

was wir von der „Frankfurter Zeitung" mit oder ohne Sonnemannsches Testament zu erwarten haben, die Augen öffnen werden, und ob wir einsehen werden, daß wir uns energisch verbitten müssen, daß bei uns fremde Politiker ihr Wesen treiben, die um des Auslands willen die „Demokratisierung Deutschlands" in Szene setzen?"

Den Freihandels- und Völkerrechtsfanatikern gesellen sich die Philosophen bei, die sich dem Hirngespinst einer allumfassenden Völkergemeinschaft hingeben. Zwar weist auch die Philosophie Männer auf, die zur Tat aufgerufen und die Ziele, denen wir zu folgen haben, bezeichnet haben. Dem Senior der deutschen Philosophen, Wundt, darf geradezu das Verdienst zugesprochen werden, in der Erörterung der Neuordnung unserer Grenzen ein erster Führer gewesen zu sein, und der warmherzige Idealismus Euckens wirkt überall hin. Auch unter den jüngern Philosophen fehlt es nicht an solchen, die das erkennen, was not tut[1]). Aber es fehlt auch nicht an Philosophen, die versagt haben. Wenn es doch ihr Amt sein sollte, den Sinn des Lebens zu deuten, so haben viele auf die Frage nach dem Sinn des Kriegs keine rechte Antwort zu geben gewußt. Manch einer ist bei Kriegsanfang zusammengebrochen und hat sich nur mühsam oder gar nicht zurecht zu finden gewußt. Es mag als Entschuldigung gelten, daß das Spezialistentum einen Teil der Philosophen auf besondere Probleme zu beschränken und von der Aufgabe, den Sinn des Lebens zu deuten, zu befreien scheint. Es bleibt aber doch dabei, daß viele Philosophen versagt haben. Derjenige, der am meisten über den Sinn des Kriegs geschrieben hat (darunter auch manches Brauchbare), M. Scheler, hat sich ebenso wie Troeltsch dem — „Volksbund für Freiheit und Vaterland" verschrieben. Es ist bezeichnend und betrübend, daß eine an sich vollkräftige Natur wie Troeltsch sich solchen schwächlichen und die Nation schwächenden Bestrebungen dienstbar macht. Um zu zeigen, auf welchen Gedankenwegen Philosophen zu einer so schwächlichen Haltung gelangen, erwähne ich hier noch einen Aufsatz des Marburger Philosophen Natorp in der Zeitschrift „Die Hochschule" (1918, Juniheft, S. 101ff.). Nach ihm ist es „nicht bloß die Gier einzelner oder einzelner Gruppen nach Besitz und Befehlsgewalt, die zu all dem Unheil (des jetzigen Kriegs) geführt hat", sondern etwas allen Gemeinsames, nämlich der verführende Reiz der Macht. „Alle sind schuldig." Unsere Feinde „sehen es fälschlich bei uns allein, während sie es ebensowohl, ja erst recht, bei sich selbst erkennen müßten". „Unser Militarismus hat keinen andern Grund als der ihre." „Rauben wollen alle." „Keiner hat dem andern etwas vorzuwerfen." „Sicher keiner hat das gewollt, was jetzt ist." „Es ist der Fluch der Macht." „Es sind Menschen, keinen Deut schlechter oder unmenschlicher gesinnt als irgendeiner unter uns. Ich erhebe gegen keinen einzelnen, keine Klasse, keine Nation die Anklage usw." „Nichts als die Umkehr zu uns selber tut not, dann ist alles gewonnen." „Die Menschheit muß ... zur notwendigen Umkehr kommen. Nichts andres muß sein; kein anderes „Kriegsziel" darf als unbedingtes Muß hingestellt werden, von keinem der Kämpfenden."

Ich halte diese Betrachtung, die den Schein der Tiefsinnigkeit für sich beanspruchen kann, in Wahrheit für ziemlich oberflächlich. Man wird von mir nicht verlangen, daß ich sie ausführlich kritisiere oder etwa gar mich hier über die Kriegsanlässe eingehend verbreite. Es genügt zu sagen, daß Natorp feststehende Tatsachen übersieht. Wenn er immerhin so gütig ist, einmal zuzugeben, daß unsere Feinde „erst recht" bei sich selbst Einkehr halten sollten, so verschwindet dies Zugeständnis doch gegenüber der immer wieder erholten Versicherung, daß alle gleichmäßig schuldig seien und keiner mehr als der andere. Es ist ja aber mit Händen zu greifen, daß wir

[1]) Vgl. Deutschlands Erneuerung 1918, Märzheft, S. 199ff.

wahrlich nicht den Krieg begonnen oder veranlaßt haben, daß auf deutscher Seite allerhöchstens diejenigen etwas Schuld für den Kriegsausbruch tragen, die unsere Feinde mit Natorp für so gut und für so schlecht hielten wie uns Deutsche. Haben wir denn je daran gedacht oder denken wir daran, eine solche Monopolstellung zu erringen wie England? Wir wünschen die Freiheit der Meere; England duldet sie nicht. Hätte sich unsere Industrie, unser Handel vor dem Krieg nicht so stark ausgedehnt — was den Haß und Neid Englands erregte —, so hätten Hunderttausende von Deutschen auswandern oder sie mit ihren Kindern hungern müssen, während für England bei den deutschen wirtschaftlichen Fortschritten noch immer Raum genug blieb. Hat Natorp für solche Dinge gar kein Herz? Und würdigt er gar nicht die besondern Vorgänge und Absichten in der französischen und russischen Politik vor dem Krieg? Ist da etwa alles so wie bei uns? Jeder Historiker von gesunden Sinnen muß gegen den Versuch des Philosophen Natorp, die Kriegsschuldfrage in eine allgemeine Schuldfrage der Menschheit aufzulösen, Widerwillen empfinden. Eine Wirkung des Klageliedes des Moralprofessors sind so klägliche Briefe aus dem Feld, wie sie gelegentlich auftauchen, und die vielen Klagen und Jammerreden in der Heimat.

Wir fragen: ist dies der Standpunkt der heutigen deutschen idealistischen Philosophie?

Besser als die Philosophen halten sich die Theologen. Die Versuche, den Pazifismus unter ihnen auszubreiten, sind gescheitert. Im Grund finden derartige Bestrebungen nur bei den Naumannianern und in welfischen Kreisen Anklang. In der Schweiz halten sich die den deutschen Naumannianern entsprechenden modernreligiös-sozialen Theologen scheinbar neutral, arbeiten aber im Erfolg für die Entente. Wenn sie dort einen breitern Boden haben, so weist doch auch die Schweiz in Theologen wie Bolliger und Blocher Männer auf, die dem entnervenden Verzichtlertum von Grund der Seele abhold und die den aufrechten Reichsdeutschen gleichzustellen sind. Ein Teil der Naumannianer bekennt sich nicht zum Pazifismus, stellt sich aber überall zur Verfügung, wo es gilt den „Unabhängigen Ausschuß", die „Vaterlandspartei", den „Alldeutschen Verband" zu bekämpfen. Die betrübende Rolle, die hierbei der Kieler Theologe Baumgarten spielt, ist bekannt genug[1]). Indessen die überwiegende Mehrzahl der deutschen Geistlichen hält sich, wie angedeutet, durchaus tapfer. Wenn sie heute deshalb von gewisser Seite bekämpft werden, so wird ihnen später die Geschichte das Zeugnis ausstellen, daß sie des Vaterlandes Not erkannt, dem Pessimismus widerstanden, Ausdauer und Mut des Volkes gehoben haben. Anerkennen wollen wir, daß auch einzelne von frühern Freunden Naumanns sich von ihm losgelöst und entschlossen auf die andere Seite getreten sind, so Traub und Maurenbrecher.

Wenden wir uns zu den Geschichtsforschern. Die deutsche Einigkeit ist unter dem starken Anteil der deutschen Historiker erreicht worden. Wenn der Baumeister des Deutschen Reichs sein Gebäude nicht durchweg so aufgeführt hat, wie sie es sich gedacht hatten, so haben sie doch, mit verschwindenden Ausnahmen (wie etwa Gervinus), sein Werk mit inniger Dankbarkeit anerkannt und von ihm zu lernen wahrlich nicht verschmäht. Kaum irgendwo hat Bismarck größere Bewunderer gefunden als bei den deutschen Historikern. Um sie als den Kern scharte sich innerhalb der deutschen Gelehrtenwelt eine gewaltige Menge von Bismarckverehrern. Am Ende

[1]) Vgl. über das Machwerk Baumgartens: K. Spieß, Die Alldeutschen und Amerika. Alldeutsche Blätter 1918, Nr. 34 und 35.

seiner Amtszeit bekannte sich zweifellos die übergroße Mehrzahl der Hochschullehrer zu ihm. Es gab wohl abseits stehende, wie Mommsen, der die Art des Gelehrten darstellt, welcher den mit allem politischen Leben nun einmal verbundenen staatlichen und nationalen Zwang nervös ablehnt. Es hat stets derartige Gelehrte gegeben, von Erasmus an, der sich nicht entschlossen auf die rechte Seite zu stellen vermochte, bis zu den Professoren, die vor 100 Jahren die Turnerei als etwas Unheimliches ablehnten, und denen, die beim Beginn der neukonservativen Politik Bismarcks Treitschke und den sich bildenden Verein deutscher Studenten als Störenfriede verwarfen. Allein in jener Zeit hatte sich ihre Zahl verringert. Die deutschen Akademiker hatten sich jetzt in ihrer überwiegenden Mehrheit wirklich einmal mit gesundem Staatsbewußtsein erfüllt. Zu den Historikern gesellten sich Juristen, die den Sinn der nicht unter das demokratische oder parlamentarische Schema fallenden Einrichtungen Deutschlands zu deuten wußten, und Nationalökonomen, die das deutsche System im Gegensatz zum westeuropäischen Manchestertum auszubauen unternahmen. Man empfand es als eine Lust, in diesen Gedanken zu leben. Die deutsche Zukunft schien verheißungsvoll zu werden. Die beginnende deutsche Kolonialpolitik und die Ansetzung deutscher Bauern in Posen und Westpreußen wiesen auf große nationale Aufgaben neuer Art. Die deutsche Wissenschaft nahm an allem den regsten Anteil. Warum ist die weitere Entwicklung nicht in den gleichen Wegen gegangen? Warum beobachten wir heute in der deutschen Gelehrtenwelt teilweise einen Abfall von jenem glücklichern Stand?

Einmal wirkte, wie wir schon sagten, die eintretende Entfernung von Bismarck, der „neue Kurs". Wenn man einwenden mag, daß dieser doch für denkende Männer nicht einen Freibrief zu Irrwegen zu liefern brauchte, so haben wir zu erwägen, daß eben die Kraft, welche Vertrauen erweckte, der große Führer fehlte, der den weniger selbständigen Geistern die rechte Straße zeigte; hohe geistige Begabung ist ja nicht immer mit Selbständigkeit des Willens, zumal des politischen Charakters verbunden. Das Spezialistentum in den vorhin geschilderten Richtungen schritt jetzt auch weiter fort, sowohl in dem Sinn der Beschränkung auf die Fachtechnik, wie in dem, daß man über der einen Staatsaufgabe die andere übersah. Man hat wohl die einseitigen Sozialpolitiker angeklagt. Nicht die Sozialpolitik an sich war und ist etwas Fehlerhaftes; sie macht vielmehr ein echtes Stück aus Bismarcks System aus. Aber der Fehler lag bei denjenigen, die Sozialpolitiker ohne Rücksicht auf das Staatsganze waren. Es kündigte sich damit das an, was wir heute haben: die Zurücksetzung der außerpolitischen Fragen hinter die innerpolitischen: der „Volksbund für Freiheit und Vaterland", welcher mit einem innerpolitischen Programm gegen die Stärkung Deutschlands nach außen Sturm läuft, dessen Akademiker im Namen demokratischer Reformen einen starken deutschen Frieden zu verhindern sich bemühen. Es kommt auch in Betracht, daß die Ausrottung der politischen Elendigkeiten nicht gründlich genug vor sich gegangen war, was sich schon aus einem Blick auf den Stand der Presse ergibt.

Wir werden hier aber auch eine Entwicklung in der allgemeinen geistigen Verfassung des deutschen Volkes zu berücksichtigen haben. Wie bei der einzelnen Familie, so tritt auch bei den Völkern, wenn einige Generationen sich ungestörten und gar steigenden Wohlstandes erfreut haben, die Neigung hervor, die härtere Arbeit, den kriegerischen und politischen Sinn durch künstlerische Anschauung und Kunstgenuß zu ersetzen. Es handelt sich dabei nicht um Notwendigkeiten der Entwicklung, sondern nur um Möglichkeiten und Neigungen; der Einfluß großer Ereignisse, großer Männer

kann die Entwicklung in andere Bahnen leiten. Aber Ansätze zu jenem Gang der Dinge pflegen sich unter den bezeichneten Voraussetzungen einzustellen, und sie sind auch bei uns in der letzten Zeit bemerkbar gewesen. Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Worte aus einem Aufsatz Diltheys über unsern Literaturhistoriker Julian Schmidt (Deutsche Rundschau Bd. 52, S. 152) anführen:

„Sein Verständnis für den elementaren Zusammenhang unserer Existenz, in welchem auch alles Subtile gegründet sein muß, sein Verständnis für Aktionen und Widerstände des Willens befestigte ihn von Anfang an in der Überzeugung, daß politische Existenz wichtiger sei als schöne Literatur, eine starke Regierung wichtiger als eine freie Arena politischer Debatten und recht gegründete sittlich-religiöse Überzeugung wichtiger als der ästhetische Genuß des Lebens." Solche Grundanschauungen hinderten ihn aber keineswegs, „die tiefgreifende Bedeutung des wahren Idealismus für unser Volk, dessen Charakter untrennbar mit ihm verbunden ist", zu erkennen.

Dilthey stellt hier J. Schmidt in Gegensatz zu denen, die auf ein einseitiges Ästhetentum ausgingen, indem er zugleich mit Recht darauf hinweist, daß durch Schmidt bei seinem politischen Sinn die guten Überlieferungen des deutschen Idealismus durchaus nicht zurückgestellt worden seien.[1]) Wenn Schmidt zu denen gehörte, die im Verein mit Treitschke in den Tagen Bismarcks wirkten unter dessen Einwirkung den politischen Sinn des deutschen Volkes belebt und entfaltet haben, so hatte sich anderseits auch damals schon ein unpolitisches Ästhetentum bemerkbar gemacht, das dann freilich unter dem Einfluß der großen nationalen Bewegung und der großen nationalen Ereignisse niedergehalten wurde. Daß es aber seitdem sich wieder Raum verschafft und erheblich verstärkt hat, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Und ebenso ist es klar, daß ein solches Ästhetentum seine Träger wahrlich nicht befähigte, den großen Fragen des gegenwärtigen Kriegs Rechnung zu tragen. Es erscheint als Pessimismus, Quietismus, Pazifismus oder in der Art von Stimmungen und Haltungen, die diesem recht nahe kommen.

Als Erzeugnis und Beförderer solcher Strömungen stellt sich uns in klassischer Gestalt der Abgeordnete F. Naumann dar, ein „Heerverderber", wie ihn Theobald Ziegler treffend genannt hat. Wenn es ein wahres Unglück ist, daß dieser Ästhet sich auf das Gebiet der Politik verrannt hat und so viele am Narrenseil führt, so ist es freilich schon aus dem verbreiteten Spezialistentum verständlich: er stellt jedermann seine ästhetisch ausgesponnenen dürftigen politischen Formeln zur Verfügung und weiß ihm die Meinung einzuimpfen, daß er damit ein unvergleichliches politisches System umfassendster Art in der Hand habe. Ursprünglich mit Gedanken Bismarcks, Treitschkes, Stöckers arbeitend, hat er sie dann bald und fortschreitend verflüchtigt. Soviel behielt er immerhin von den alten Sätzen, daß er den Schein des Guten wahrte. Was er aber tatsächlich von dem nationalen Gedanken übrig läßt, das verschwindet gegenüber den Verbeugungen, die er vor den fremden Nationen und den internationalen Gedanken macht. Das Zerrbild, das er von dem künftigen „Mitteleuropa" entworfen hat, zeigt die Abwesenheit jeder nationalen und politischen Energie. Er breitet den Tschechen und anderen Stämmen seine Arme aus, vernachlässigt aber das Deutschtum. Wenn wir ein gutes und nahes Verhältnis

[1]) Ich möchte hier noch eine weitere Bemerkung Diltheys (S. 153) anführen: „Gervinus hatte geraten, die Poesie nun endlich einmal ruhen zu lassen. Julian Schmidt forderte eine Dichtung, welche eine gesundere Entwicklung des nationalen Lebens fördere."

Gervinus wurde Gegner Bismarcks, J. Schmidt sein glühender Bewunderer. Wahre Poesie kann sich nur auf dem Boden eines kräftigen Volkstums entfalten.

zu Deutsch-Österreich herbeiführen wollen, so müssen wir vor allem den Naumann eigenen Plan von „Mitteleuropa" ablehnen[1]). Sein Eifer für die Sozialpolitik ist von der bekannten Kurzsichtigkeit, die nicht sieht, von wie überragender Wichtigkeit die Kraft des Staats und die auswärtigen Verhältnisse für die inneren sind. Ein naher Freund von Naumann hat mir auf meine Frage, woraus sich dessen politische Haltung erkläre, geantwortet: er lasse sich stets von taktischen Zwecken leiten; er wolle stets in einer großen Mehrheit sein. Diese Erklärung mag wohl zutreffen; vielleicht kommt noch die Eitelkeit hinzu, die ihn glücklich werden läßt, wenn der große Blätterwald der Presse der Mehrheit ihn umrauscht. Aus dem Wunsch, einer großen Mehrheit anzugehören, würde sich das Aufgeben seiner alten Ideale, sein Buhlen um das Wohlwollen der Sozialdemokratie, ebenso außenpolitisch seine Neigung erklären, alles mit freundlichen Bündnissen zu machen, an die Stelle der deutschen Grenzverstärkung und der Verstärkung des deutschen Volkstums alle beliebigen Bündnisse zu setzen. Er ist der geborene Maun, die Dinge gehen zu lassen, wie es denn nicht anders sein konnte, als daß er, der ursprünglich, aus Bismarckscher Überlieferung, sich zum Schutzzoll bekannte, bald zum ausgeprägtesten Freihändler wurde, die stärksten Berührungen mit dem echten Manchestermann zeigt. Er ist eben nichts weniger als ein selbständiger politischer Charakter.

Ich spreche hier ausführlich über ihn, weil er auf die akademische Welt einen leider sehr großen Einfluß geübt hat, einen Einfluß, der aus den vorhin geschilderten Verhältnissen verständlich ist, so aus dem zunehmenden Spezialistentum der Akademiker, dem bei ihnen weit verbreiteten Ästhetentum, der Gelehrtenwelt, die sich durch politische Energie und politischen Zwang nicht stören lassen will. Auch wußte Naumann mit der Formel von der Freiheit der Wissenschaft viel Eindruck zu machen (obwohl seine wissenschaftliche Auffassung so subjektiv ist wie kaum eine andere, falls man bei ihm nicht überhaupt mehr Dilettantismus als Wissenschaft wahrnehmen will). Er fand fruchtbaren Boden in den akademischen Kreisen, hat aber auch weiter auf sie abgefärbt und viel von seiner unglücklichen Art ihnen mitgeteilt. Wenn in diesen Kreisen während des Kriegs vielfach Mattigkeit Platz gegriffen hat, so trägt er einen namhaften Anteil der Schuld daran; bezeichnend dafür ist die schon erwähnte Haltung der ihm anhängenden Theologen.

Professor Haller (in seiner Schrift „Der bildende Wert der neuern Weltgeschichte") führt das Versagen so vieler Akademiker während des Krieges darauf zurück, daß seit Treitschkes Tod innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft eine halb philosophierende, bald ästhetisierende Betrachtung der Geschichte herrschend geworden sei. Nach dem Vorstehenden brauchen wir nicht noch besonders zu versichern, daß wir ihm in weitem Umfang zustimmen. Was wir sagten, entspricht ja eben seinem Satz. Allein wir reichen mit diesen Erklärungen noch nicht aus, sondern haben weiter die Tatsache festzustellen, daß auch solche Historiker, die sich früher keineswegs einer philosophierenden oder ästhetisierenden Betrachtung hingegeben haben, heute versagen. Wählen wir das viel besprochene Beispiel Delbrücks, so liegen ihm philosophische und ästhetische Gesichtspunkte fern; sein Gebiet war die regelrechte politische Geschichte. Er ist auch innerhalb der bewährten politischen Anschauungen der besten deutschen Historiker aufgekommen. Bei ihnen, sei es bei Ranke, bei Sybel oder bei Treitschke, fand man nichts von der heutigen Mattherzigkeit; ihr gesundes politisches Urteil läßt nichts von den Unglaublichkeiten des heutigen Delbrück ahnen. Delbrücks „Historisch-

[1]) Vgl. meine Kritik von Naumanns „Mitteleuropa" in meinen „Kriegs- und Friedensfragen" (Dresden 1917, Globus-Verlag), auch im „Türmer", Februar 1918, S. 573 ff.

politische Aufsätze" (1886) atmen noch den alten guten Geist; ich möchte sie dem empfehlen, der den heutigen Delbrück bekämpfen will[1]). Wenn Treitschke in steigendem Maß Delbrücks Tätigkeit ablehnte, so war der sachliche Gegensatz zunächst noch nicht so groß. Wie also erklärt sich sein Abfall, sein Rückgang? Ein Einfluß Naumanns ist zu beobachten, dürfte jedoch nicht entscheidend sein. Die menschliche Entwicklung restlos zu erklären müssen wir uns versagen; einiges aber glauben wir doch wahrnehmen und nachweisen zu können. Hingewiesen sei auf Delbrücks Stellung in der Polenfrage. Seine Neigung und Kunst bekundeten sich früh und zunehmend sodann darin, das Gegenteil von dem, was andere für richtig halten, zu behaupten und mit möglichst scheinbaren Gründen zu verfechten. Wenn man das in der Wissenschaft eben hinnimmt, so ist es in der Politik eine furchtbare Gefahr. Im Grund sind solche Eigenschaften Ausdruck einer mangelnden echten Selbständigkeit der Persönlichkeit, und derartige Eigenschaften machen sich desto mehr geltend, je mehr es in der Öffentlichkeit an einer beherrschenden Persönlichkeit fehlt. Die ganze Wirkung, die der „neue Kurs" geübt hat, zieht hier mit ihren Begleiterscheinungen an uns vorbei. Um das, was hier zu sagen wäre, ganz kurz auszudrücken: glaubt man, daß Delbrück seine Unglaublichkeiten zutage gefördert hätte, wenn an der Stelle eines Bethmann ein Bismarck gestanden hätte? Und konnten die innerlich Unselbständigen denn anders handeln, als sie gehandelt haben, da Bethmann, der das Führeramt in Deutschland beanspruchte, der Fähigkeit einen Entschluß zu fassen darbte? Bei eigener Unselbständigkeit, bei dem herrschenden Spezialistentum vertraute man gewiß oft ganz ehrlich[2]) den Staatslenkern, den Diplomaten, die selbst nun wieder, vielleicht günstigstenfalls, Spezialisten und darum schon Dilettanten in der allgemeinen Politik waren. An Bethmann (und andere vergangene Größen) haben ja tatsächlich viele mit vollkommener Ehrlichkeit, teilweise mit Begeisterung geglaubt. Das ist ja unser Unglück, daß der Kriegsanfang an der Spitze der Reichsverwaltung einen Mann vorfand, der seiner hohen Aufgabe nicht gewachsen war und der, indem er die Vertretung Deutschlands im Krieg mit seiner unglücklichen, verheerend wirkenden[3]) Rede über Belgien eröffnete, das Vorbild für die weitere Reihe von Torheiten gab, die die deutschen Erfolge so oft und viel gehindert haben. Und mißlich war es, daß so viele seiner Bewunderer, vielleicht aus Starrsinn, auch dann nicht von ihm und seinen Diplomaten lassen wollten, als er entlarvt war. Die entschlossene Erkenntnis des Irrtums wurde ihnen zu schwer.

Wir haben eine Erklärung für das Verhalten jener Kreise zu geben gesucht. Die Erklärung bedeutet jedoch noch keineswegs eine vollkommene Entschuldigung.

[1]) Wenn Delbrück mir vorgeworfen hat, ich hätte ihm persönlich gegenüber seine Arbeiten gelobt, öffentlich dagegen seine politischen Äußerungen verurteilt, so ist das unwahr: ich habe ihm persönlich gegenüber ebenso wie öffentlich seine heutigen politischen Äußerungen abgelehnt. Seinen *ältern* Arbeiten aber das Lob vorzuenthalten habe ich gar keinen Anlaß; ich wünsche ihnen, so besonders seiner Aufsatzsammlung von 1886, die größte Verbreitung.

[2]) Anderseits ist es bekannt, daß manche Politiker, trotzdem sie Bethmanns Dürftigkeit erkannten, zu ihm hielten, weil sie ihn für ihre Sonderzwecke gebrauchen konnten. Vgl. „Größeres Deutschland", Jahrg. 1918, Heft 28, S. 871, Heft 34, S. 1067 und 1071.

[3]) Nach den vielen trefflichen Kritiken dieser Rede mag noch eine neuere, die von Prof. Binding im „Tag" vom 21. August 1918, erwähnt werden, welche scharf und klar die Verkehrtheit der Rede Bethmanns und ihre verheerende Wirkung beleuchtet. Darf man Bethmanns unglückliches Wort über unser angebliches Unrecht an Belgien als Ausdruck seiner Ehrlichkeit ansehen? Als Jurist hätte er die Pflicht gehabt, sich über das Wesen des Notrechts zu unterrichten, worüber er sich leider ununterrichtet zeigte. Sodann bleibt die Besorgnis, daß er jenes Wort aus Eigensinn gesprochen hat. Vgl. „Größeres Deutschland" 1918, Heft 15, S. 449 ff., Heft 43, S. 1345 ff.

Wohin wären wir gelangt, wenn das gesamte deutsche Volk sich der Haltung jener Kreise angeschlossen hätte. Es war Pflicht, Bethmann zu widersprechen, und der Widerspruch ist erfolgt.

An diesem Widerspruch haben sich auch Akademiker in beträchtlicher Zahl beteiligt. Es gab doch noch eine gute politische Überlieferung in der akademischen Welt, die sich nicht durch die Politik Bethmanns befriedigt fühlte. Diese Akademiker haben sich nicht vorgedrängt. Aber sie mußten reden, weil sich ihrer die Überzeugung bemächtigte, daß das Vaterland in Gefahr kam. Es läßt sich sogar beobachten, daß die Akademiker im einzelnen oft erst das Wort ergriffen, wenn die Aufforderung aus der Bürgerschaft an sie herangetreten war. Die akademische Welt kann nicht die Führung im politischen Leben übernehmen. Aber wie es die Aufgabe der Wissenschaft ist, den Sinn des Lebens zu deuten, so wird auch immer wieder die Aufforderung an die akademische Welt herantreten, an der Lösung der vaterländischen Aufgaben sich mit vollem Ernst zu beteiligen. Im Ästhetentum und im Spezialistentum aufzugehen kann schließlich auch der Wissenschaft nicht frommen.

Doch die Verzichtler werden all dem, was ich hier sage, entgegenhalten: sie seien ja im Recht; denn im Westen hätten die militärischen Dinge nicht den glänzenden Gang genommen, den die Freunde eines starken Friedens erwartet hatten; an dem U-Krieg sei auch viel auszusetzen usw. usw. Darauf erwidern wir: Zunächst ist die Regelung der östlichen Fragen nur im Gegensatz und im Kampf gegen die Verzichtler zustande gekommen; was daran nicht erfreulich ist, fällt auf deren Kosten. Für den Westen bedeuten die unglückliche Eröffnungsrede Bethmanns über Belgien, die Verspätung des U-Krieges, die fruchtlosen Friedensangebote und so vieles andere eine sehr starke Belastung der Verzichtler. Unser geschichtlicher Rückblick — einen solchen wollten wir zunächst nur geben — ist also gerechtfertigt. Die Ereignisse haben das Verzichtlertum widerlegt. Und die Zukunft? Nun, wir lernen aus der Geschichte. Wir haben es immer als unsere Aufgabe betrachtet, den Glauben an die gute deutsche Sache aufrecht zu halten, ihn andern mitzuteilen und ihnen zu zeigen was auf dem Spiel steht, wenn wir schwach würden. Was aber weiter unser Schicksal sein mag, wir werden den unerschütterlichen Glauben an unser Volkstum nicht aufgeben und darum der Stimmung und Haltung jedes Verzichtlertums dauernd abhold bleiben[1]).

[1]) Durchaus im obigen Sinn spricht sich auch M. H. Böhm in den „Grenzboten" vom 4. Okt. 1018, S. 2 aus.

Über Demokratie.

Gäbe es ein Volk von Göttern, so würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regierung paßt für Menschen nicht. — Es hat noch nie eine wahre Demokratie gegeben und wird es auch nicht geben. Es verstößt gegen die natürliche Ordnung, daß die größere Zahl regiere und die kleinere regiert werde. J. J. Rousseau.

Die Gefahr der repräsentativen Demokratie ist nicht der Despotismus und die Tyrannei einzelner, wovor sie sich oft ohne Grund fürchtet, sondern ihre Gefahr ist, daß sich die Gemeinheit auf den Stuhl setze und sich da breit mache, wo für die Majestät des Volkes der Sitz bereitet werden soll. Bluntschli.

Eine Schaustätte der Zukunft.

Von Johannes Biernatzki.

Vor mir liegt, zart gebräunt, rein wie es aus dem Sande erhoben wurde, in den es einst gebettet ward, ein beinernes Gebilde, schlank, anmutig gebogen, wundervoll ausgespart, etwa zwei Dezimeter lang, ersichtlich eine Ulna, Ellenbogenbein. Ich war 12 Jahre, als ich es unvermutet auf dem Tische meines Vaters fand. Ganz ohne Kenntnis des Gebiets erkannte ich es doch sofort als dem Skelette eines Menschen zugehörig. Vernehmlich redete zu mir der Adel dieser Form. Noch jetzt entzückt er mich und ruft den Jugendeindruck wieder in mir wach.

Und dann als Schüler habe ich erschauernd die Verse gelesen: „Geheimnisvoll Gefäß unsterblicher Gedanken" und wie sie weiter lauten — Goethe, bei Betrachtung von Schillers Schädel.

Und dann, auch noch in Jugendjahren, wälzte ich gedankenvoll, bereit mein Wissen zu erweitern, von dem Gegenstande angetan das Tafelwerk von Kupffer: Kants Schädel, gemessen und nach dem damaligen Stand der Wissenschaft geprüft. Mir blieb ein dauerndes Interesse für die Fortschritte der Schädellehre und Anatomie des Gehirns, dieses feinsten und letzten Zweiges menschlicher Wissenschaft, sofern sie Wahrnehmbares, Schaubares behandelt.

Dann habe ich erlebt, daß bei der Thomaskirche in Leipzig, wo nach der Überlieferung der Thomaskantor begraben war — die Stätte aber war ganz unbekannt — ein merkwürdiger Schädel zutage trat, über die Maßen lang und hoch, nicht spitz, am Scheitel nicht minder breit als über den Augen — man hatte seinesgleichen nie gesehen. Das muß Bachs Schädel sein, so sagte man. Man ließ ihn überkleiden von einem Bildhauer, der die vorhandenen Bildnisse von Bach nicht kannte und sie auch nicht vergleichen durfte, als er nach jenem Schädel eine Büste formte. Sie wurde den Bildnissen vollkommen gleich. Welch ein Triumph! Welch eine Kostbarkeit besaß man hier mit einem Mal! Doch wohl viel köstlicher als irgendein Kristall, und wäre er faustgroß.

Und Mozart ward gefunden, den seine paar Freunde bei regnerischem Wetter im Armenteil des Kirchhofs eingescharrt und ohne Stein und Zeichen gelassen hatten und fanden späterhin die Stelle nicht wieder auf. Nach langen Jahren besann sich ein alter Totengräber darauf und brachte das teure Haupt, das Tausenden und Abertausenden ein Quell der höchsten Entzückungen gewesen ist, dem Anatomen Hyrtl für sein Museum, denn er hatte ja eins, wo dieser Schatz denn gerade an die rechte Stelle kam.

Und als wir an Haydns hundertjährigem Todestag in Wien zusammenkamen zum alle Völker vereinigenden Musikkongreß — was war das größte Schaustück, das wir sahen? Nicht auf dem Ehrenfriedhof die Marmordenkmäler und künstlerischen Verherrlichungen der Tonmeister, die auf den Gräbern standen und redeten über die Meister; im Grunde sprach aus ihnen doch weit mehr der Geist ihrer Verfertiger als der Geist derer, denen sie gewidmet waren. Nein, aber der in purpurnem Samt gebettete Schädel Vater Haydns, aus seinem Grabe im nahen Preßburg nach Wien, von wo aus seine Kraft und Heiterkeit in alle Welt ausstrahlte, hinübergerettet.

Seltsam, diese Kostbarkeiten weiß man in ihrem Wert zu schätzen. Wie der Schädel Kants, so wurden auch andere längst wissenschaftlich untersucht. Man scheut auch nicht, wo es aus irgendeinem Grunde sich wünschenswert erweist, das Aufgraben, Umbetten, Übertragen solcher Überreste an einen andern Ort; es kann ja mit der zukommenden Pietät geschehen. Sind doch auch unsere alten Kaisergräber geöffnet und durchforscht. Es kommt auch vor, daß Teile eines Leichnams von den übrigen getrennt bewahrt werden, ohne daß jemand Anstoß daran nimmt, so Friedrich Wilhelm IV. Herz auf seinen eigenen Wunsch zu Füßen seiner Eltern.

Und Beethovens umwölkte Stirn, und Händels freie Herrscherstirne, Goethes prachtvolles Haupt, Schuberts liebenswürdigen Rundkopf so gut wie Hegels starren Würfel, die beiden Humboldts, beide so ähnlich und so lehrreich doch in ihrer Unterschiedenheit, und die anderen alle verbirgt man sorgfältig und ängstlich aus irgendeiner falschen Empfindsamkeit heraus vor den Augen der Nachgeborenen, die wir doch täglich mit ihnen umgehen und in Lebensgemeinschaft stehen. Wir, die wir ihr Angesicht nicht sehen können und ihre Stimme niemals hörten, haben wir gar keine Rechte an sie? Mich dünkt, was bleibt von ihnen, ist der Nachwelt Erbe, und was schaubar ist, ist zum Schauen da. Ein unnatürliches Gesetz, das es verböte! Gelehrte, Ärzte, Künstler sprechen von der Schönheit des menschlichen Gerippes. Mag sein, daß das zurzeit nicht jeder nachempfinden kann. Nun, so erziehe man das Volk dazu. Man fange mit den Häuptern unserer großen Toten an. Man erziehe sich selbst zu einer edleren Behandlung dieser Kostbarkeiten als heute Sitte ist. Mir scheint es unnatürlich in einer Zeit, die doch darauf gerichtet ist, das Wirkliche zu nehmen wie es ist, und so beflissen ist, in das Verständnis einzudringen alles Vorhandenen, die keine größere Freude kennt als neue Gebiete des Verständnisses und geistiger Erhebung aufzuschließen, hier zu zögern. Mir scheint verwerflich, was jetzt geschieht. Das Einzige, was von den großen Toten der Nachwelt durch Jahrhunderte erhalten bleiben kann, zunehmend an Wert mit jedem neuen Jahr, dem Auge herrlich anzusehen, ergreifend, kostbar ohne Maß, eine Quelle der Belehrung, der Bereicherung der Menschenkunde, der Wissenschaft vom Menschen Gipfelpunkt — wie, dieser außerordentliche Schatz, herüberkommend aus großer Vergangenheit, soll uns auf ewig und durchaus entzogen sein und lieber in Moder und in Stank vergehn?

Ein letztes Beispiel! Lichtwark starb hier in Hamburg, überragend als Persönlichkeit, großer Gedanken voll, die er wie spielend zu erzeugen wußte. Er hatte diese mächtige, doch etwas schwerfällige Stadt, und über ihre Grenzen weit hinaus das Vaterland zu edelster Kunstbegeisterung mitfortgerissen und zu opferwilliger Betätigung, ein Selbsterzieher besonderer Art, dem auch die Gabe, andere zu erziehen, im höchsten Grade eignete. Was ihm auch mangelte, wir alle wußten, er war einer der Großen unter uns. Er ward verbrannt. Man fragte mich, warum ich nicht bei dieser Feier mich beteiligt habe? Ich habe geantwortet, denn das ist meine Überzeugung: „Bei diesem barbarischen Akt?“

Damals bewegte ich in meinem Innern schon den Gedanken, dem ich hier zum ersten Male Ausdruck gebe, und muß es leider um sogleich verständlich zu sein, mit einem seltsam fremdartigen Worte tun: Wir brauchen ein Museum der Häupter unserer großen Toten! Oder soll ich vielleicht sagen Mausoleum? Ich frage in verhaltenem Zorn. Was ist uns Deutschen Mausolus, der alte Kariererkönig! Was sollen uns die Musen, deren Namen unter uns kaum einer noch zusammenbringt, und wenn, so bricht die Zunge bei Terpsichore. Lernen wir von

den Namen, dem wiedergefundenen Bruderstamm. „Die große Schauburg" würden sie sagen. Das ist gutes Deutsch.

Welch eine Ehrenstätte würde eine solche Schauburg sein, welch ein Volksheiligtum, welch ein Gedächtnismal! Welche Versammlung ehrwürdigster Gestalten würden wir Deutsche zusammenbringen, wenn wir auch nur, was überragend groß im 18. Jahrhundert bei uns war und den Stempel des klassischen, des deutschdurchglühten Griechentums trug, herbeitrügen aus aller Welt Winkeln und betteten es in eine Ruhmeshalle. Etwa in jene, die den Stempel des gleichen Geistes trägt und von dem Fürsten, der sie errichtete und deutsch empfand, nicht etwa Parthenon, sondern „Walhalla" geheißen wurde. Sie trägt den rechten Namen und die rechte Art, und wäre dann nicht mehr wie jetzt, ein leeres Heiligtum, nur Ruhm verkündend, sondern ein Stück des Reiches selbst und seiner großen Vergangenheit, nicht Kunst nur, sondern ein Stück Wirklichkeit. Die Kammern dafür würden sich wohl in dem großen Hügel finden. Es müßten keine Grüfte, keine Totenkammern sein, sondern nach dem Muster etwa des Atheniſchen Museums auf der Akropolis angelegt, vom Tageslicht reichlich durchflutet. Für das verflossene Jahrhundert aber und das Deutschland, das seit den Befreiungskriegen lebt, könnte ja denn der ungeheure Koloß des Denkmals der Völkerschlacht zu Leipzig die Sammelstätte sein. Und für das neue Jahrhundert, das zwanzigste, mit seiner andern Art, errichte man an anderer Stätte ein neues Haus.

England hat schon vor Zeiten in Westminster Hall sich eine solche Ehrenstätte gegeben, freilich eine Vereinigung von Gräbern nur und Denkmälern in buntem, nicht sehr feierlichem Durcheinander. Immerhin, der hier zugrundeliegende Gedanke hat sich bewährt. Er wäre von uns neuzeitlich auszubauen.

Und die Franzosen haben so eine Riesengruft, in deren Katakomben die Särge ihrer Heroen nach Landessitte schmutzig und unordentlich beisammenstehn, nach Landessitte auch so wenig beaufsichtigt, daß ich sehr gut von einem Kranze Viktor Hugos ein Zweiglein hätte brechen können, wenn ich gewollt. Sie nennen es — denn der Romane ist noch immer ein halber Heide —: „Das Pantheon", eine Versammlung der Götter, und setzten Rodins muskulösen Denker, richtiger wohl Grübler, als großes Sinnbild mitten davor; man denkt, wenn man ihn sieht: der wird die Welträtsel auch nicht lösen.

Wir, wenn irgendwo ein solches Sinnbild sein soll, brauchten einen Weltüberwinder als Symbolon davor, aufrecht, erhobenen Auges in die Ferne blickend, wegweisend, in der einen Hand die Fackel der Wahrheit und in der andern das Schwert; wie wir im Feuer dieser Zeit ein Volk von Weltüberwindern geworden sind, so äußerlich wie innerlich, und werden es, so Gott will, bleiben.

Über Freiheit.

Sobald die Demokratie das, was sie sucht, die Gleichheit, erreicht hat, so gibt sie wohlfeilen Preises die Freiheit auf. Chateaubriand.

Übertriebene Freiheit führt Völker und Einzelne in übertriebene Sklaverei. Aus jener Freiheit entsteht ein Tyrann und die härteste, ungerechteste Knechtschaft. Kein Brand ist so groß, den man nicht leichter beschwichtigen könnte, als die durch Unverschämtheit zügellos gewordene Menge. Cicero.

Besser eine Freiheit mit Gehorsam als die Ruhe in der Sklaverei. Tacitus.

Hie hat die Mär ein Ende!

Preist glücklich, die da starben von Feindes Hand den Tod,
Die nie mehr wieder kehren zu sehn der Heimat Not,
Die jubelnd sind gezogen vor Jahren in diesen Krieg,
Zum Tode wund noch kämpften um einen deutschen Sieg.

Nun liegt am Grund zerschlagen all unsre Herrlichkeit,
Drum leget zu den Toten, das einst so weltenweit
Vom Fels zum Meere strebte, das Banner schwarz-weiß-rot,
Das hoffnungskühn entfaltet des Kaisers Heergebot.

Der Nibelunge Klage rauscht wieder vom Donaustrom,
Und trauernd läuten die Glocken zu Worms im alten Dom.
Den Helden entsinken die Schwerter; sie stehen stumm und bleich —
Und wieder hat ein Ende die Mär vom Deutschen Reich.

Preist glücklich, die da starben von Feindes Hand den Tod,
Die nie mehr wieder kehren, zu sehn der Heimat Not,
Die jubelnd sind gezogen vor Jahren in diesen Krieg,
Zum Tode wund noch glaubten an einen deutschen Sieg.

Oktober 1918.

Theodor Mauch.

Napoleon und das Unterhaus.

Das französische Unterhaus hatte an Napoleon eine unbotmäßige Adresse gerichtet, in der u. a. auch Verfassungsänderungen verlangt wurden. Napoleon löste das Parlament ergrimmt auf und erteilte ihm eine Antwort, in der folgende Sätze stehen:

„Nicht in dem Augenblick, wo man den Feind von unsern Grenzen vertreiben muß, soll man von mir eine Änderung in der Verfassung verlangen..... Ihr sucht in Eurer Adresse den Herrscher von der Nation zu trennen. Ich allein bin der wahre Stellvertreter des Volks; und wer von Euch vermöchte wohl diese Last auf sich nehmen? Ich allein bin der wahre Stellvertreter des Volks. Wenn ich mich nach Euch richten wollte, so würde ich dem Feinde mehr abtreten, als er selbst von mir verlangt. Eure Adresse ist mein und des gesetzgebenden Körpers unwürdig, und ich werde sie dereinst drucken lassen, um den gesetzgebenden Körper und die Nation zu beschämen. Kehrt in Eure Heimat zurück!"

(Aus: Ernst Moritz Arndt „Erinnerungen aus meinem äußeren Leben.")

Deutschlands künftige Volksernährung.

Von Geh. Sanitätsrat Dr. Stille, Stade.

Während von den Befreiungskriegen bis in die vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts die Lage der deutschen Landwirtschaft eine sehr bedrückte gewesen war, trat um die Mitte des Jahrhunderts eine Besserung der Verhältnisse ein. Die fünfziger und sechziger Jahre waren sehr günstig: gute Preise bei niedrigen Ausgaben für Löhne, Steuern usw. Damals war Deutschland ein Getreide ausführendes Land; namentlich erhielt England, das ja seine eigene Landwirtschaft dem Begehr der Industrie nach billigem Brot geopfert hatte, beträchtliche Mengen. Aber die Einwohnerzahl Deutschlands wuchs, ein immer größerer Teil der Bodenerzeugnisse wurde im eigenen Lande verbraucht.

Unsere Landwirte hatten nie an die Möglichkeit gedacht, daß sie dem Wettbewerb durch Einfuhr von Getreide aus dem Auslande ausgesetzt sein könnten. Aber bereits in den siebziger Jahren wurde billiges Korn aus Amerika herübergebracht. Die Frachtkosten sanken dank der Vermehrung des Schiffsraumes und der geringer werdenden Ausgabe für Kohlen; bald war das Eintreffen großer, mit Brotkorn beladener Frachtdampfer in unsern Häfen eine alltägliche Erscheinung. Dadurch wurden die Kornpreise gedrückt, während zugleich die Lasten der Landwirte (Löhne, Steuern, Gemeindeabgaben, Versicherungslasten) rasch wuchsen. Von Jahr zu Jahr wurde die Lage bedrohlicher; die bis dahin meist freihändlerisch gesinnten Landleute fingen an, nach einem Schutzzoll zu rufen. Es war für sie ein günstiger Umstand, daß gleichzeitig unsere Industrie den Wettbewerb der weiter fortgeschrittenen englischen Fabrikation nicht ertragen konnte, nachdem zu Anfang der siebziger Jahre auf Betreiben der größtenteils freihändlerisch gesinnten liberalen Parteien und ihrer Presse die Schutzzölle aufgehoben waren. Bismarcks scharfer Blick erkannte, daß sowohl Industrie als Landwirtschaft des Schutzes bedurften, und er setzte gegen den heftigen Widerstand der Linksliberalen Ende der siebziger Jahre einen zunächst sehr niedrigen Kornzoll zugleich mit Industrieschutzzöllen durch. Aber die Getreideeinfuhr hörte nicht auf; die Frachtsätze wurden immer niedriger, die Lage unserer Landwirtschaft stets bedrängter. Wiederholt sah sich die Regierung veranlaßt, eine Erhöhung der Zölle durchzusetzen, um den Ruin unserer Landwirtschaft zu verhindern.

Die Schutzzollpolitik war den heftigsten Angriffen von seiten der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie ausgesetzt, die durchaus billiges Brot für die Lohnarbeiter haben wollte. Es kamen die gehässigsten hetzerischen Worte von Kornwucher, agrarischer Begehrlichkeit, Aushungerung des kleinen Mannes, der Arbeiterbevölkerung. Jene Kreise konnten oder wollten nicht einsehen, daß eine einheimische, den Nahrungsmittelbedarf des Volkes deckende Landwirtschaft notwendig sei. Sie stellte es als ein der städtischen und Industriebevölkerung angetanes himmelschreiendes Unrecht hin, wenn man diese nicht das Brotkorn zum billigsten Weltmarktspreis kaufen ließ. Vergebens wurde ihnen auseinandergesetzt, daß und warum wir unsere Landwirtschaft leistungsfähig und gesund erhalten müßten. Ihnen war das Schicksal der Gutsbesitzer und Bauern, dieser „reaktionären, volksfeindlichen, ausbeutungslustigen Agrarier" gleichgültig; im Interesse der demokratischen Bestrebungen hätten sie sogar ein völliges Verkümmern der Landwirtschaft mit Freuden begrüßt.

Solange Bismarck am Ruder war, hatten diese lärmenden Bestrebungen nichts erreicht. Aber der zweite Reichskanzler, v. Caprivi, der Mann ohne Ar und Helm, hatte keine Einsicht in landwirtschaftliche Verhältnisse. Er gab den Landleuten, welche klagten, sie könnten bei niedrigeren Zöllen nicht bestehen, den weisen Rat, 50% abzuschreiben. Bald wurden denn auch die Kornzölle beträchtlich herabgesetzt; die Landwirtschaft kam in eine immer bedrängtere Lage. Aus ihr heraus bildete sich jetzt der Bund der Landwirte, der in kluger und tatkräftiger Weise die Belange der ackerbautreibenden Bevölkerung vertrat.

Lange vor Ablauf der Caprivischen Handelsverträge begannen die heftigsten Kämpfe um den künftigen Zolltarif. Auf der Gegenseite stritt der Handelsvertragsverein mit allen Mitteln gegen die verhaßten Agrarier. Zwar versuchte man immer wieder, im Volke Klarheit darüber zu verbreiten, daß eine zahlreiche Landbevölkerung als Menschenreservoir für die Städte unentbehrlich sei; daß es im Falle eines großen europäischen Krieges von entscheidender Bedeutung sein werde, wenn unser Volk von der deutschen Landwirtschaft ernährt werden könnte. Die Herren vom Handelsvertragsverein und die Wortführer der Linksparteien behaupteten dagegen, auch im Kriege würden wir stets in der Lage sein, unsern Bedarf an Brotkorn und anderen Nahrungsmitteln aus dem Auslande zu beziehen. Denn es sei undenkbar, daß wir mit allen uns umgebenden Staaten zu kämpfen haben würden; die Neutralen würden uns immer hinreichend versorgen können.

Trotz des erbitterten Ansturmes der Freihändler gelang es, den Schutz der Landwirtschaft beträchtlich zu erhöhen. Der Bund der Landwirte hatte einen lückenlosen Zolltarif für alle Getreidearten verlangt; an einem Punkte gelang es nicht, diese wohlberechtigte Absicht durchzusetzen, weil ein Teil der Landwirte hier den Bund im Stich ließ: der Zoll auf Futtergerste wurde auf etwa ein Drittel bis ein Viertel der übrigen Kornzölle festgesetzt. Das geschah, um den Schweinemästern billige russische Gerste zur Verfügung zu stellen. Durch diese Bestimmung wurde der Gerstenanbau in Deutschland stark zurückgedrängt. Die Folge war, daß nach Ausbruch des Krieges, als die Gersteneinfuhr aufhörte, alsbald die Schweinemast außerordentlich eingeschränkt werden mußte (s. u.).

Unter dem Schutz der Zölle und dank der rastlosen Bemühungen um reichliche Düngung und bestes Saatmaterial, gelangte die deutsche Landwirtschaft zu größter Blüte; es wurde immer intensiver gewirtschaftet, die Hektarerträge stiegen seit den achziger Jahren andauernd für alle Getreidearten. Trotz der rasch wachsenden Bevölkerung war die deutsche Landwirtschaft imstande, eine genügende Menge Brotkorn zu erzeugen, an Roggen — von dem eine nicht geringe Menge in die Viehtröge kam — sogar über den Eigenbedarf hinaus. Zwar war die Einfuhr an Weizen bedeutend größer als die Ausfuhr von Roggen; aber sie hätte bei sparsamer Bewirtschaftung — die noch längst nicht an unsere Kriegsernährung hinanzureichen brauchte — entbehrt werden können. (Die Mehreinfuhr an Weizen betrug 1911 etwa ein Achtel unseres Verbrauchs an Brotkorn; wir werden unten sehen, welche Gründe diese Einfuhr hatte.) Ganz anders stand es bei der Gerste; ihre Einfuhrmenge überstieg bedeutend unsere eigene Erntemenge. Im Jahre 1910/11 standen an selbstgebauter und eingeführter Gerste rd. 6230000 t zur Verfügung. Zur Biererzeugung wurden etwa 1560000 t verbraucht. Die übrigen etwa 4676000 t wurden zum bei weitem größten Teil zur Schweinemast verwandt; für den menschlichen Verzehr war Gerste wenig beliebt; sie wurde fast nur in Form von Graupen genossen, und zwar in verhältnismäßig recht geringen Mengen. Während des Krieges

hat sich das sehr geändert; man hat weit größere Mengen verzehrt, indem man sie teils zur Streckung des Brotgetreides, besonders aber in Form von Graupen und Grütze verwandte. Weite Kreise haben jetzt erst erfahren, welch vortreffliches, wohlschmeckendes und bekömmliches Nahrungsmittel wir an dieser Getreideart haben.

Ökonomierat Hoesch, einer der bekanntesten und verdientesten Schweinezüchter, sagt, bei über sechs Monate alten Schweinen könne man mit 4 kg Gerste 1 kg lebendes Schwein erzeugen. Mit den etwa 4000000 t, die zur Schweinemästung benutzt werden konnten, läßt sich also etwa 1000000 t Lebendgewicht oder 800000 t, gleich 800 Mill. kg Schweine-Schlachtfleisch hervorbringen; bei 65 Mill. Einw. im Deutschen Reich mehr als 12 kg auf den Kopf.

Vor dem Kriege hatten wir uns eine überaus reichliche Ernährung angewöhnt. Während Voit für den „mittleren Arbeiter" folgende Mengen für nötig hielt: Eiweiß 118, Fett 56, Kohlehydrate 500 g, wurden nach Eltzbacher verzehrt: Eiweiß 140, Fett 159, Kohlehydrate (Stärke, Zucker) 796 g. — Das Brotkorn wurde immer feiner ausgemahlen; das allgemeine Streben ging dahin, möglichst weißes Mehl zu genießen. Vollkornbrot wurde, wenigstens in den Städten, wenig mehr genossen. Das Weizenmehl mußte schneeweiß sein. Roggen wurde fast nur noch in Gestalt von Graubrot genossen. Die Ernährungsphysiologen, wie namentlich Rubner und seine Schule, trugen nicht wenig zu dieser Entwicklung bei. Sie lehrten, die groben Brotsorten, wie Pumpernickel und anderes Schwarzbrot, seien unzweckmäßig, da die Kleie für die menschliche Ernährung nicht ausgenutzt würde, sondern als unnützer Ballast unverdaut wieder abginge. Die Folge war, daß die bei der feinen Ausmahlung einen sehr großen Teil des Getreides (bei Weizen bis 40%) ausmachende Kleie an das Vieh verfüttert wurde. — Zugleich nahm in den letzten Jahrzehnten der Verbrauch von Fleisch und Fett sehr rasch zu. Es herrschte eine wahrhafte Luxuskonsumtion, und zwar nicht nur in den wohlhabenden Klassen, sondern in allen Volkskreisen. Der Krieg hat eine große Veränderung gebracht; er hat uns zum Aufgeben jedes Luxusverbrauches gezwungen und uns gelehrt, mit wie geringen Mengen wir auskommen können, wenn es notwendig ist.

Wie wird nun in Zukunft unsere Ernährung einzurichten sein? Wir wollen bei dieser Erörterung von der Voraussetzung ausgehen, daß wir auf den Ertrag des Reichsgebietes, wie es vor 1914 bestand, angewiesen bleiben. Wir wollen also alle Zufuhren, die aus uns sich anschließenden Ländern und aus den östlichen Randstaaten mit Wahrscheinlichkeit in größerer oder geringerer Menge zu erwarten sind, außer Betracht lassen. Was wird unser notwendiger Bedarf sein? Sind wir imstande, ihn auf unserem Grund und Boden zu erzeugen? Wir wollen der Reihe nach die wichtigsten Nahrungsmittel kurz besprechen; also namentlich Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch, Fett, Milch und Zucker.

Wie groß der Bedarf an Brotgetreide sein wird, läßt sich nicht genau angeben (s. u.). Gegen die Zeit vor dem Kriege wird der Bedarf sich dadurch verringern, daß nicht so viel als Kleie ausgemahlen wird. Wir wissen jetzt, daß überaus wichtige, unentbehrliche Nährstoffe, die Vitamine (deren Fehlen im geschälten und polierten Reis die Entstehungsursache der Beriberikrankheit bei den Japanern ist) unmittelbar unter der Schale der Getreidekörner liegen. Daher ist das weißeste Mehl in Wirklichkeit das wertloseste. Bei grober Ausmahlung bleiben die Vitamine zu einem nicht geringen Teil im Mehl; bei geschrotenem Vollkorn kommen sie natürlich restlos zum Verzehr. — Beim Weizen wird man statt 60proz.

Ausmahlung wahrscheinlich in der Regel 80% Mehlausbeute gewinnen wollen. Den Roggen wird man in Zukunft mehr als Vollkorn verwenden. Man hat sich an das kleienhaltige Brot gewöhnt und erfahren, ein wie vortreffliches Nahrungsmittel es ist. Darum wird die Herstellung von Graubrot wahrscheinlich geringer bleiben als in früherer Zeit und dadurch der Verbrauch an Roggen sich vermindern.

Im Jahre 1911 wurden in Deutschland geerntet: 10,866 Mill. t Roggen und 4,066 Mill. t Weizen, zusammen fast 15 Mill. t. In den vorhergehenden und folgenden Jahren war die Erntemenge etwa ebenso hoch. Während des Krieges hat sie sich aus verschiedenen Gründen nicht unerheblich verringert: es fehlte an künstlichem Dünger, an genügenden Arbeits- und Gespannkräften. Um wieviel der Ertrag geringer war, ist nicht genau bekannt geworden. Für eine Reihe von Jahren können wir noch nicht auf Erntemengen rechnen, wie sie vor dem Kriege erzielt wurden. Das Ackerland kann, auch wenn wieder reichliche Phosphor-, Kali- und Stickstoff-Düngemittel zur Verfügung stehen, nicht sofort wieder auf die alte Kulturhöhe gebracht werden. Aber voraussichtlich werden wir für die menschliche Ernährung vollauf genug ernten. Das scheint mit großer Wahrscheinlichkeit aus folgenden Zahlen hervorzugehen. Während der letztverflossenen Jahre bekam die Masse der Zivilbevölkerung — Schwerarbeiter ausgenommen — meistens etwa 2000 g Brot in der Woche (im Frühling 1917 nur 1500 g) oder 1400 g Mehl, also täglich 200 g (zurzeit gibt es nur 166,7 g). Das war sehr knapp. Uns scheint aber eine Tagesmenge von 300 g Mehl dem Durchschnittsbedarf völlig zu genügen. Nehmen wir eine Ausmahlung von 80% an (sie wird aus den oben angeführten Gründen höher sein), so würde auf den Kopf eine Tagesration von 375 g Brotgetreide erforderlich sein, im Jahre somit 135 kg. Beträgt die Bevölkerung des Reiches nach dem Kriege 66 Mill. (voraussichtlich wird sie diese Zahl nicht erreichen), so kommen wir auf einen Jahresbedarf von 8910 Mill. kg oder rd. 9 Mill. t. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß unsere Ernte stets einen höheren Betrag ergeben wird, selbst wenn die mit Getreide bebaute Fläche zum Zweck des Anbaues anderer unentbehrlicher Nahrungsmittel (s. u.) und Rohstoffe (z. B. Flachs) eine mäßige Verringerung erlitte.

Es ist dringend zu wünschen, daß man in Zukunft die Gerste mehr zur menschlichen Ernährung heranzieht, nachdem man ihren großen Wert erkannt hat. Hoffentlich wird nach den Kriegserfahrungen die Biererzeugung, die eine so große Menge vortrefflichen Nährstoffes beanspruchte, dauernd herabgesetzt bleiben. Bei gleichzeitiger starker Verminderung der Schweinemast (s. u.) wird eine erheblich ins Gewicht fallende Menge Gerste das Brotkorn ergänzen können. Auch den Hafer wird man in vermehrter Menge dem Verzehr zuführen können. Während der letzten Jahre haben Haferflocken und -grütze eine immer größere Bedeutung gewonnen. Bei der starken Verminderung der Pferdezahl, die sich erst nach längeren Jahren einigermaßen wieder dem Stande vor dem Kriege nähern wird, bleibt ein weit größerer Teil des Hafers für die menschliche Ernährung verfügbar, den man hoffentlich in richtiger Weise benutzen wird.

Im Nordwesten Deutschlands hat man auch die Feldbohnen in nicht geringer Menge zur Ernährung herangezogen. Sie haben sich so wohl bewährt, daß man sie auch im übrigen Deutschland nicht mehr verschmähen sollte; bei geeigneter Zubereitung sind sie ganz wohlschmeckend. — Der Anbau von Buchweizen ist leider recht gering, und es ist wohl kaum Aussicht vorhanden, daß dies vortreffliche Nahrungsmittel in der Zukunft reichlicher vorhanden sein wird.

Das Ergebnis unserer Untersuchungen ist erfreulicherweise, daß wir an Getreide keinen Mangel leiden werden; bei vernünftiger Benutzung der im Lande erzeugten Mengen werden sie vollauf genügen.

Weit günstiger noch als beim Getreide steht es um die Versorgung mit Kartoffeln. Dies vortreffliche Nahrungsmittel, dessen Verbrauch in Norddeutschland, namentlich auf dem Lande, bereits seit Geschlechterfolgen sehr bedeutend war, hat man in weiten Kreisen erst während des Krieges richtig einschätzen gelernt; es wird auch in Zukunft in weit reichlicheren Mengen genossen werden als vor 1914. Hätte Deutschland nicht die große Kartoffelerzeugung gehabt — sie ist weit größer als die jedes andern Landes — dann wäre es uns unmöglich gewesen durchzuhalten. Die Erzeugung betrug im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts durchschnittlich über 40 Mill. t; im ungünstigsten Jahre (1911) immer noch über 34 Mill. t. Davon wurde nur etwa ein Viertel bis ein Drittel von den Menschen verzehrt. Der Rest diente als Viehfutter und zur Herstellung von Sprit, Stärke, Sago usw. Während der Kriegsjahre erhielt die nicht den Schwerarbeitern zuzurechnende Bevölkerung meistens 7 Pfund (1917 lange Zeit nur 5 Pfund, oft die nicht einmal) wöchentlich. Das war bei dem Mangel an anderen Nahrungsmitteln eine allzu knappe Portion. Rechnen wir für die Zukunft auf den Kopf 10½ Pfund wöchentlich, so ist das, wenn es erst reichlichere Mengen Fleisch, Fett, Brot, Zucker wieder gibt, eine mehr als ausreichende Menge. Das würde einen Jahresbedarf von 270 kg ergeben; bei 66 Mill. Einwohnern also 17820 Mill. kg oder 17820000 t. Es würde also selbst bei verringertem Ernteertrage — der wegen ungenügender Düngung zunächst wohl nicht ganz zu vermeiden sein wird — immer noch eine beträchtliche Menge für industrielle Zwecke und als Viehfutter übrigbleiben.

In den letzten Jahrzehnten war in Deutschland der Fleischverbrauch außerordentlich gestiegen. Er betrug vor Kriegsausbruch jährlich 52 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Damit war sogar der Verzehr der seit langer Zeit als stärkste Fleischverbraucher in Europa angesehenen Engländer übertroffen. Diese hohe Zahl ist um so erstaunlicher, wenn man weiß, daß in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts der Verbrauch erst etwa 23 kg, um 1815 aber gar nur 15 kg betragen hatte. Während in früheren Zeiten nur die Reicheren sich große Fleischmengen verschafften, war im letzten Menschenalter das Streben nach Fleischgenuß in allen Ständen, nicht zum wenigsten gerade unter der Arbeiterbevölkerung, immer lebhafter geworden. Das hatte verschiedene Gründe. Da die unteren Bevölkerungsschichten sahen, daß die wohlhabenden Kreise sich so reichlich mit Fleischkost nährten, hielten sie diese Kost für die vornehmere; wie sie auf allen wirtschaftlichen Gebieten aufstrebten und sich möglichst derselben günstigen Daseinsbedingungen erfreuen wollten wie die höheren Stände, so machten sie es zu ihrem Streben, im reichlichen Fleischgenuß mit jenen zu wetteifern. Weiter war von besonders großem Belang die zunehmende Verstadtlichung der Bevölkerung. Fleisch- und Weißbrotgenuß ist seit langer Zeit das hervorragendste Merkmal der großstädtischen Ernährung; bei dem reißend schnellen Anwachsen der Großstadtbevölkerung wuchs daher auch der Verbrauch an diesen Nahrungsmitteln sehr rasch. Dazu kam, daß viele Frauen der Arbeiter, die als ganz junge Mädchen bereits in die Fabriken gegangen waren, nicht ordentlich kochen konnten; sie verstanden keine schmackhaften Mahlzeiten aus Gemüsen, Hülsenfrüchten u. dgl. zu bereiten. Am leichtesten und einfachsten war es für sie, aus Fleisch ein einigermaßen annehmbares Mittagessen herzustellen.

Nicht wenig trug auch zu dem allgemeinen Wettlauf nach Fleisch der von unsern

Physiologen gelehrte Glaube an die überragende Wichtigkeit des Fleischgenusses bei. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde Eiweiß für den wichtigsten Nährstoff gehalten, und man war stets besorgt, daß in der Nahrung die Eiweißmenge zu gering sein könne. Nach gewissen Untersuchungen in München hatte Voit als Ergebnis verkündet, daß ein „mittlerer Arbeiter" täglich 118 g Eiweiß verzehren müsse. Diese Zahl wurde verallgemeinert, und bald war es ein anerkannter Lehrsatz: der Mensch bedarf täglich 118 g Eiweiß, wenn seine Kost genügen soll. Dabei wurde behauptet (s. Rubners Lehrbuch der Hygiene), es sei schwer, diesen Bedarf durch Vegetabilien zu decken; von der Eiweißmenge sollten 35% in Form von Fleisch verzehrt werden. Dazu seien nötig 230 g Fleisch vom Metzger = 191 g reines Fleisch. Das würden im Jahre 84 kg sein, also noch erheblich mehr als durchschnittlich verzehrt wurde.

Diese Lehre von der überwiegenden Wertigkeit des Fleisches hat durch populäre Schriften, durch Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen eine allgemeine Verbreitung im Volke gefunden. Der Glaube daran hatte die Wirkung, daß die Fleischpreise eine große Rolle in der inneren Politik spielten. Sobald das Fleisch einmal etwas knapper und teurer wurde, erschallte im ganzen liberalen und demokratischen Blätterwalde ein Jammergeschrei über Fleischnot, über dadurch drohende Unterernährung. Stürmisch wurde die Öffnung der Grenzen für freie Fleischeinfuhr gefordert. Die Arbeiterbevölkerung fühlte sich in ihrem Anrecht auf genügenden Fleischverbrauch beeinträchtigt; und es gelang leicht, sie gegen die verhaßten Agrarier aufzuhetzen, die angeblich mittels der Lebensmittelzölle auf Kosten der ärmeren Volksschichten ihre Taschen füllten.

Seit geraumer Zeit hatten einsichtige und scharf beobachtende Ärzte und Laien der offiziellen Lehre von der Notwendigkeit des Verzehrs großer Eiweißmengen widersprochen[1]). Am bekanntesten unter den Bekämpfern der Lehre von der überwiegenden Wertigkeit des Fleischgenusses ist der Begründer der Heilanstalt „Weißer Hirsch", Dr. Lahmann, geworden, der in seinem Sanatorium eine Diät einführte, die durchaus nicht mit den damals verbreiteten wissenschaftlichen Lehren übereinstimmte, mit der er aber so große Heilerfolge erzielte, daß er Zustrom von Kranken aus allen Ländern der Welt bekam. — Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts traten dann bekanntlich zwei Männer auf, die unwiderleglich nachwiesen, daß der Eiweißbedarf des Menschen weit niedriger ist, als die deutschen Physiologen lehrten. Es waren der Amerikaner Professor Chittenden von der Yale-Universität zu New Haven und der dänische Arzt Dr. Hindhede. In seiner 1914 erschienenen Schrift „Über moderne Ernährungsreformen" versuchte Professor Rubner die ihm unbequemen Forschungen der Genannten von oben herab als unwissenschaftlich und unbegründet abzutun. Er hat sich dabei nicht gerade mit Ruhm bedeckt (S. Stille „Professor Rubner und die Ernährungslehre", Soziologischer Verlag, E. Dietze). Die Kriegserfahrungen haben nicht ihm, sondern seinen Gegnern recht gegeben. Manche deutsche Physiologen und Hygieniker erkennen auch bereits die Richtigkeit der Beobachtungen Hindhedes und Chittendens an; sie geben zu, daß der wirkliche Eiweißbedarf weit geringer ist, als die Voit-Rubnersche Schule stets behauptet hat.

Wenn auf den Kopf im Jahre 52 kg Fleisch kamen, so war der Gesamtverzehr bei etwa 65 Mill. Einwohnern (Ende 1910) 3380 Mill. kg oder 3380000 t. Ein geringer Teil davon wurde eingeführt: an frischem Fleisch 15 Mill. kg, die 15 Mill. M.

[1]) S. Stille „Die Ernährungslehre", München bei Gmelin 1915. In dieser Schrift ist das wichtigste Material über die Ernährungsfragen übersichtlich zusammengestellt.

kosteten. An lebendem Rindvieh und Schweinen wurden für 100 Mill. M. eingeführt. Nehmen wir an, daß das Fleisch denselben Preis hatte wie das ausgeschlachtete, so würde das 100 Mill. kg ausmachen. Dann wurden für 50 Mill. M. Geflügel (davon fast ¾ Gänse) eingeführt. Für das Fleisch dürfen wir wohl zu jener Zeit einen Preis von 2 M. pro kg annehmen; es würden also 25 Mill. kg gewesen sein. Somit kommen wir auf eine Zahl von rd. 140 Mill. kg oder 140000 t; das ist noch nicht ein Zwanzigstel der verzehrten Menge. — Es hat also das in Deutschland gezüchtete Vieh 3240000 t geliefert. Zu fast genau demselben Ergebnis kommt Eltzbacher in seiner Schrift „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan" 1914. Nach ihm soll die gesamte Schlachtviehmenge 1912/13 3395400 t betragen haben. Den Einfuhrüberschuß berechnet er auf nur 65000 t.

Von der gesamten Schlachtfleischmenge entfielen etwa $^4/_7$ auf die Schweine: fast 24 Mill. Stück lieferten 2026000 t Fleisch. Dagegen erbrachten 2665000 erwachsene Rinder 728000 t, 920000 Jungrinder 175000 und 4225000 Kälber 173000, zusammen 1076000 t, also wenig mehr als die Hälfte der Schweinschlachtungen.

Zu diesem Schlachtfleisch kam dann noch der Verzehr an Fischen. Nach Eltzbacher erbrachte die deutsche Fischerei (See- und Binnengewässer) 215000 t. Dazu kam ein Einfuhrüberschuß von 361000 t, zusammen 576000 t, gleich 576 Mill. kg. Auf den Kopf kamen also nicht ganz 9 kg.

Während der Kriegszeit ist — mit vollem Recht — stets dafür gesorgt worden, daß unsere Soldaten gut und reichlich ernährt wurden. Allerdings bin ich, mit vielen anderen Ärzten, der Überzeugung, daß die Gesundheit und Leistungsfähigkeit durch eine mäßige Herabsetzung der sehr reichlichen Fleischmenge (250 g pro Tag) mindestens keinen Abtrag erfahren hätte. Darauf kann hier nicht näher eingegangen werden. Die der Zivilbevölkerung (mit Ausnahme der Schwerarbeiter) zugebilligte Portion wechselte zwischen 250 und 125 g *wöchentlich*. Jetzt erhalten wir seit längerer Zeit regelmäßig 175 g, das sind im Jahre 9,1 kg.

Wie groß der Fischverbrauch zurzeit ist, läßt sich nicht feststellen; jedenfalls ist er sehr verringert. Sowohl die eigene Seefischerei als die Zufuhr von anderen Ländern ist stark zurückgegangen. Das wird auch noch Jahre lang nach Friedensschluß nicht anders werden.

Wieviel Fleisch uns nach Beendigung des Krieges zur Verfügung stehen wird, ist unmöglich vorauszusehen; nur ist es sicher, daß die Menge auf eine Reihe von Jahren gegen früher eine recht bescheidene bleiben wird. Die Schweinemast, die ja den Hauptteil der Fleischmenge lieferte, wird, da uns fremde Gerste wahrscheinlich nur in geringen Mengen zufließen wird, die im Inlande erzeugten Getreide- und Kartoffelmengen aber größtenteils dem menschlichen Verzehr vorbehalten werden müssen, nur einen Bruchteil des vor dem Kriege gewonnenen Fleisches liefern, Die Zahl der Rinder ist, besonders in letzter Zeit, in rascher Abnahme begriffen. namentlich die der vollgenährten Tiere. Uns fehlt — und wird noch lange fehlen — die Einfuhr der früher vom Auslande reichlich gelieferten Kraftfuttermittel. Das Schlachtgewicht pro Haupt, das im Vorjahre noch 210 kg betrug, ist nach amtlicher Mitteilung zurzeit auf 136 kg gesunken. Dazu wird es aus später darzulegenden Gründen notwendig sein, daß ein beträchtlicher Teil des jetzt als Fettweide benutzten Landes unter den Pflug kommt, wodurch die Zahl der Mastochsen sehr abnehmen wird. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß wir noch eine Reihe von Jahren kaum die Hälfte, vielleicht nur ein Drittel der Fleischmenge zur Verfügung haben werden, die wir bis 1914 hatten.

Würde das ein schwer zu ertragendes Übel sein? Durchaus nicht. Wenn unsere Vorfahren vor 100 Jahren mit 15 kg auskamen und dabei gewiß nicht weniger kräftig und gesund waren, als wir es sind, wenn wir jetzt mit 9 kg auskommen müssen, ohne dadurch Schaden zu leiden, so können wir dieser Zukunftsaussicht ganz beruhigt entgegensehen. Denn unsere anderen Nahrungsmittel enthalten — wie ja auch das Beispiel der Vegetarier lehrt — völlig ausreichende Eiweißmengen. Hindhede behauptet ganz entschieden — m. E. mit vollem Recht — es sei sehr schwer, eine Kost auszusuchen, die eine für unseren Bedarf nicht ausreichende Eiweißmenge enthält. Der Fleischmangel wird nur die Folge haben, daß wir die während des Krieges notgedrungen eingeführte Bescheidenheit und Vereinfachung der Ernährung zum Teil noch weiter üben müssen. Es gehört zur Erneuerung unseres Volkslebens, daß wir nicht wieder zu der Üppigkeit der Eßgewohnheiten zurückkehren, die in Deutschland mehr und mehr eingerissen war. Erinnern wir uns, wie selbst in den Kreisen des mit Glücksgütern wenig gesegneten Mittelstandes eine kostspielige Geselligkeit herrschte, bei der es in der Hauptsache darauf ankam, den Gästen recht viele leckere (Fleisch-) Gerichte, verschiedene auserlesene Weinsorten und teure Importen vorzusetzen. Ein solches „Diner", das von 6 Uhr abends bis spät in die Nacht, manchmal bis gegen Morgen währte, kostete Hunderte von Mark. Es war zu einem Unfug geworden, daß Familien, die alle Ursache hatten sparsam zu wirtschaften, solche verkehrte gesellige Gewohnheiten mitmachten. „Das sind wir unserer Stellung schuldig", sagten seufzend Mann und Frau, wenn einmal in engem Freundeskreise darauf die Rede kam. Es ist zu hoffen, daß alle verständigen Leute, durch die Kriegserfahrung belehrt, nicht zu solchen Schlemmereien zurückkehren.

Ein Unfug war es auch, Kindern und jungen Leuten dreimal am Tage Fleisch zu geben. In den Städten kannten diese es nicht anders, als daß sie zum Frühstück belegtes Butterbrot, mittags ein gutes Stück Fleisch und abends wieder Brotbelag erhielten. Jetzt bekommen sie nur noch mittags — und nicht einmal alle Tage — ein Häppchen Fleisch; und siehe da! sie sind mindestens ebenso gesund und kräftig wie bei dreimaligem reichlichen Fleischgenuß.

Das Bedenklichste an unserer gegenwärtigen großen Nahrungsmitteleinschränkung ist der Mangel an Fett. Der wirklich notwendige Bedarf an Fett ist nicht festgestellt und wohl auch schwer bestimmbar. Voit glaubte gefunden zu haben, daß ein mittlerer Arbeiter täglich 56 g Fettes bedürfe. Es wurde aber in Deutschland weit mehr verzehrt. Nach Eltzbacher betrug der tägliche Fettverbrauch vor dem Kriege auf den Kopf 100 g. Es wurde häufig sehr unwirtschaftlich damit umgegangen. Rubner will in den Abwässern Berlins so viel Fett gefunden haben, daß auf den Kopf der Bevölkerung täglich 20 g kam. Als nun seit Beginn des Krieges die zur Verfügung stehende Fettmenge kleiner und kleiner wurde, empfanden alle Volksschichten das schwer. Es fand ein allgemeines Wettlaufen nach Fett statt, und im Schleichhandel wurden unerhörte Preise dafür gezahlt.

Was uns jetzt an Fett zur Verfügung steht, ist ganz außerordentlich wenig. Nach meinen Berechnungen erhält die Zivilbevölkerung (Schwerarbeiter ausgenommen) in ihren jetzigen Nahrungsmitteln täglich kaum 16 g. Diese Menge reicht nicht hin um den früheren Ernährungszustand aufrechtzuerhalten. Zwar wird von unseren Physiologen behauptet, das Fett sei durch Zufuhr von genügenden Kohlehydratmengen völlig zu ersetzen. Eltzbacher sagt a. a. O.: „Da das Fett sich von den Kohlehydraten nur durch einen größern Kaloriengehalt unterscheidet und demnach 40 g Fett sich durch 90 g Kohlehydrate ersetzen lassen," seien wir nicht

auf Fettgenuß angewiesen. Nach meiner Überzeugung ist diese Lehre falsch. Denn an der allgemeinen Abmagerung, die fast alle alten und viele junge Personen betrifft, nehmen auch solche teil, die in der Lage sind, sehr reichliche Mengen von Kohlehydraten zu verzehren. Das Fett muß eine spezifische, durch kein anderes Nahrungsmittel zu ersetzende Wirkung haben. Wir würden zweifellos bald mehr gerundete Körperformen zu sehen bekommen, wenn der Verzehr von Fett wieder reichlicher würde. Dazu ist aber die Aussicht für die nächsten Jahre sehr gering, aus folgenden Gründen:

Unsere einheimischen Hauptlieferanten von Fett waren Schweine und Milchkühe. Wir haben bereits oben gesagt, daß und warum diese Quellen weit sparsamer fließen werden als in der Zeit vor dem Kriege. Dazu wird uns die früher reichliche Einfuhr von Speisefett fehlen. In der mehrfach erwähnten Eltzbacherschen Schrift wird angegeben, daß wir 1912/13 durchschnittlich an tierischem, der menschlichen Ernährung dienendem Fett 162000 t Mehreinfuhr hatten. Dazu kamen schätzungsweise 205000 t der menschlichen Ernährung dienende pflanzliche Fette aus dem Auslande. Die Einfuhr an tierischem und pflanzlichem Fett, soweit es zum Verzehr kam, betrug also 367000 t oder 367 Mill. kg. Bei 65 Mill. Einw. kamen also auf den Kopf 5,65 kg im Jahre, somit täglich 15,5 g. Dazu muß aber das Schweinefett gerechnet werden, das durch ausländische Futterstoffe (Gerste) bei uns erzeugt wurde. A. a. O. wird es auf 585000 t geschätzt; das würde auf den Kopf 9 kg ergeben, täglich also 24,6 g. Zusammen ergibt die jetzt fehlende Zufuhr an Fett und Schweinefutter einen Ausfall von 40,1 g Fett auf den Kopf und Tag, das ist das 2½fache der jetzt von uns genossenen Fettmenge.

Die Gesamteinfuhr an Pflanzenfetten betrug das 3fache der verzehrten Menge. Das Doppelte der genannten Zahl (205000 t) soll also in der Industrie (zu Seifen, Kerzen, Farben usw.) verbraucht sein. Da uns diese Mengen, wenigstens in der ersten Friedenszeit, fast ganz fehlen werden, wird es unvermeidlich sein, daß in den nächsten Jahren ein Bruchteil des Fettes, das zur Nahrung dienen könnte, für gewerbliche Zwecke benutzt werden muß.

Eine unserer wichtigsten Fettquellen ist stets die Kuhmilch gewesen. Es haben 1912 schätzungsweise 22451 Mill. l Milch für den einheimischen Verbrauch zur Verfügung gestanden. Davon war aber nach Eltzbacher fast die Hälfte (9500 Mill. l) durch eingeführte Futtermittel (namentlich Kleie, Ölkuchen, Reisabfälle, Treber und Malzkeime) erzeugt. (Aus hier nicht darzulegenden Gründen halten wir diese Schätzung für zu hoch.) Dazu ist die Zahl der Milchkühe bereits verringert, und durch die gegenwärtigen reichlichen Schlachtungen vermindert sie sich täglich mehr. Wir können daraus schließen, wie stark der Milchertrag zurückgegangen sein muß und wie sehr er auch nach Friedensschluß hinter der früheren Erzeugung zurückstehen wird.

Wir können also mit Bestimmtheit voraussehen, daß eine Reihe von Jahren hindurch die zur Verfügung stehende Fettmenge im Vergleich zu früheren Zeiten recht gering sein wird. Es gibt m. E. für uns im gegenwärtigen Reichsgebiete nur einen Ausweg, der uns zu einigermaßen genügenden Fettmengen verhelfen kann: vermehrter Anbau von Ölfrüchten (Raps, Lein, Sonnenblumen, Mohn). Mit dieser Frage haben sich sachverständige Männer, wie Dr. W. Claaßen, bereits seit Jahren beschäftigt und die maßgebenden Behörden darüber aufzuklären versucht. Ihre Bemühungen haben bis jetzt wenig gefruchtet; und doch ist die Angelegenheit von großer Wichtigkeit. Es hat sich nun eine Gesellschaft für Ölfruchtanbau gebildet, deren Arbeit man den besten Erfolg wünschen muß. Es läßt sich nicht ver-

meiden, dem Ölfruchtbau eine beträchtliche Fläche des bisherigen Getreideackers zuzuweisen, wenn die Erzeugung einigermaßen den Bedürfnissen genügen soll. Das scheint bedenklich zu sein, da das vorhandene Ackerland zum Anbau von Getreide und Kartoffeln gebraucht wird. Wenn wir aber in Zukunft keinen Roggen mehr ausführen, Roggen und Kartoffeln nicht mehr (letztere jedenfalls nur in eingeschränktem Maße) zur Verfütterung verwenden, werden wir ohne Schaden eine gewisse Verminderung ertragen können. Weitere ziemlich umfangreiche Flächen könnten dem Ölfruchtbau zugewiesen werden, die jetzt als Weiden zur Rindviehmast benutzt werden. Oben ist bereits darauf hingewiesen, daß eine große Fleischerzeugung nicht notwendig ist. Stets wird uns eine beträchtliche Menge aus der Schlachtung abgemolkener Kühe und einer großen Anzahl von Kälbern und Jungrindern zum Verzehr dienen können; die bisher betriebene Ochsenmast ist entbehrlich. An den Ufern der Nordsee und der großen in sie mündenden Flüsse liegen weite Strecken fruchtbarsten Landes als Dauerweiden; sie würden sich vorzüglich zum Rapsbau eignen. Dieser hatte hier früher, als das Rüböl das wichtigste Leuchtmaterial bildete, eine große Ausdehnung; in den Elbmarschen war etwa ein Siebentel des Grund und Bodens mit Raps bestellt. Als aber in den sechziger Jahren die Petroleumeinfuhr aus Amerika immer größer wurde, war der Rapsbau nicht mehr recht lohnend und wurde sehr eingeschränkt. Die Landleute müßten jetzt mit Nachdruck darüber aufgeklärt werden, daß sie durch den Rapsbau nicht nur unserm Volk einen großen Dienst erweisen, sondern auch sich selbst eine gute Einnahmequelle erschließen würden.

Die Milch ist dasjenige Nahrungsmittel, das alle zum Aufbau des menschlichen Körpers erforderlichen Stoffe enthält: Eiweiß, Fett, Kohlehydrate (in Form von Milchzucker) und Salze, namentlich den so wichtigen Kalk. Leider ist ihre Erzeugung während des Krieges, namentlich wegen des Fehlens der früher eingeführten Kraftfuttermittel und der vermehrten Schlachtungen sehr zurückgegangen. Außer manchen Kranken und den kleinen Kindern erhält keiner mehr Vollmilch; die Zivilbevölkerung durchweg täglich nur ein Viertel Liter Magermilch auf den Kopf.

Nach Eltzbachers Schätzung betrug die deutsche Milcherzeugung 22451 Mill. l, von der 19600 Mill. l direkt zur menschlichen Ernährung dienten (der übrige Teil wurde an Kälber und Ferkel verfüttert). Es kamen auf den Kopf also etwa 300 l im Jahre. Davon sollen etwa 42%, also 126 l als Vollmilch genossen sein, also ein Drittel Liter täglich von jeder Person. Die übrige Milch wurde verbuttert. Von der gewonnenen Magermilch soll drei Fünftel, von der Buttermilch vier Fünftel verfüttert worden sein. Ein Fünftel der Magermilch soll zu Käse verarbeitet, das letzte Fünftel direkt genossen worden sein. Danach hatten von 8617 Mill. kg Magermilch und 1232 Mill. kg Buttermilch dem menschlichen Genuß gedient: 1723 Mill. kg Magermilch, 236 Mill. kg Buttermilch und 147 Mill. kg Magerkäse; somit auf den Kopf rd. 27, 3,6 und 2,2 kg, also täglich 74, 10 und 6 g. Das waren recht geringe Mengen. Man hat jetzt die Magermilch besser zu würdigen gelernt, und sie wird auch in Zukunft, da nur kleine Mengen Vollmilch zum Verzehr gelangen werden, in höherem Maße zur menschlichen Ernährung herangezogen werden. Dann bleibt ihre Verwendung zum Verfüttern an Ferkel und Kälber in engeren Grenzen als früher, was wieder von einschränkender Wirkung auf die Erzeugung von Fleisch und tierischem Fett sein muß.

Wieviel Milch in der Folgezeit erzeugt werden wird, läßt sich nicht bestimmt voraussehen. Unbedingt sicher aber ist, daß ihre Menge sehr viel geringer bleiben

wird als sie vor 1914 war. Eine Herabsetzung der früher gewohnten Milch- und Buttermenge ist daher unvermeidlich. Wir sollten uns beizeiten an diesen Gedanken gewöhnen um später keine schmerzliche Enttäuschung zu erleben.

Ist der große Fettmangel das Bedrohlichste für unsere gegenwärtige und zukünftige Volksernährung, so müssen wir fragen: werden die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen genügen, die Fetterzeugung für alle Bedürfnisse — Ernährung und technische Zwecke — in genügendem Maße zu steigern? Das ist sehr zweifelhaft. Darum ist es eine dringende Notwendigkeit, uns nach Mitteln und Wegen umzusehen, eine größere Erzeugung sicherzustellen. Diese ist aber mit Sicherheit zu erreichen, wenn wir die durch unsere Siege im Osten von Rußland abgetrennten weiten fruchtbaren Landstriche uns wirtschaftlich angliedern und landwirtschaftlich ausnutzen. Die noch dünn bevölkerten Ostseeprovinzen samt Litauen bieten Hunderttausenden deutscher Bauern Ansiedlungsraum, auf dem nach kurzer Zeit eine große Fettmenge erzeugt werden kann. Schon jetzt wird dort bedeutender Leinbau getrieben; er könnte noch sehr beträchtlich gesteigert werden und uns mit großen Mengen des unersetzlichen Leinöls versorgen. (Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß uns der Bezug von Baumwolle völlig abgeschnitten ist und auch nach Friedensschluß sehr gering bleiben wird. Da ist Flachs der beste Ersatz; er kann aber im Bereich des gegenwärtigen Deutschen Reichsgebietes nicht in genügender Menge angebaut werden.) — Ein großer Teil jener Gebiete eignet sich auch durchaus zum Anbau von Raps oder Rübsen, die uns beträchtliche Mengen des wertvollen Rüböls liefern könnten. Ferner könnte dort ein bedeutender Gerstenbau getrieben werden, wodurch die Möglichkeit vermehrter Schweinemast gegeben sein würde, die für uns von überaus großem Werte wäre. Weite Strecken der genannten Länder eignen sich zur Weide. Es wäre möglich, viele Rinder zu halten, die uns mit nicht geringen Mengen Butter versorgen könnten. Auf den geringeren Böden aber wären Schafherden zu halten, die uns wertvollen Talg (und Wolle, die uns so notwendig ist wie Flachs und Baumwolle; die außerordentlich große Einfuhr, die wir vor dem Kriege hatten, hat aufgehört und wird in absehbarer Zeit nicht wiederkehren) liefern könnten. Auch unsere Brotkornversorgung würde weit besser gesichert sein, wenn diese vom russischen Reich abgetrennten Provinzen sich wirtschaftlich an Deutschland anlehnen würden. Es würde unverantwortlich sein, wenn unsere Staatsmänner nicht die nötigen Folgerungen aus dieser Sachlage ziehen und Livland, Estland, Litauen wirtschaftlich aus der Hand lassen würden. Von der richtigen Lösung der Ostmarkenfrage hängt zum großen Teil unsere künftige Sicherheit ab: die Sicherheit namentlich, bei kriegerischen Verwicklungen, die früher oder später wieder eintreten werden, unsere Ernährung auch dann zu sichern, wenn uns wieder jede Zufuhr aus dem Auslande abgeschnitten würde.

Die Zuckererzeugung ist in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Sobald genügend Düngestoffe wieder vorhanden sein werden, kann sie ihrem alten Stande nahegebracht werden. Ein großer Teil des Zuckers wurde früher ausgeführt. Im Jahre 1910/11 wurden in Deutschland erzeugt 1808000 t Verbrauchszucker; ausgeführt 830000 t, davon 628000 nach Großbritannien. Mit dieser Ausfuhr nach dem Lande unserer erbittertsten und zähesten Feinde wird es vorbei sein. Wir werden also überreichlich Zucker zum eigenen Verbrauch gewinnen.

Fassen wir noch einmal kurz die Aussichten für die Ernährung unseres Volkes nach Beendigung des Krieges zusammen, so ist das Ergebnis der obigen Darlegungen: Wir werden Brotkorn in nicht reichlicher aber genügender Menge haben. Kartoffeln

werden so reichlich vorhanden sein, daß außer den dem menschlichen Verzehr dienenden beträchtliche Mengen zur Befriedigung aller technischen Bedürfnisse verwandt werden können und voraussichtlich auch noch ein Teil zur Verfütterung übrig sein wird. Eine starke Verminderung wird gegen frühere Zeiten die Fleisch-, Fett-, Milch- und Buttererzeugung aufweisen. Das bedeutet für uns: wir werden genötigt sein, noch jahrelang eine Kost zu genießen, die der Kriegskost ähnlich ist in der reichlichen Verwendung von Brot, mehlhaltigen Nährmitteln, Kartoffeln, manchen Gemüsearten wie Rüben, Karotten, Weißkohl, Sauerkraut; in sparsamstem Verbrauch von Butter und anderem Fett. Der schwer drückende, Kraft und Gesundheit beeinträchtigende Fettmangel wird, wie oben ausgeführt, nur dann sicher gehoben werden können, wenn wir im Nordosten das in unsern Händen befindliche Gebiet wirtschaftlich dem Deutschen Reich anschließen und in richtiger Weise landwirtschaftlich ausnutzen. Marmelade wird auch dann noch weiterhin eine nicht unbedeutende Rolle als Brotaufstrich spielen müssen. Der ganze Zuschnitt unserer Lebensführung, namentlich auch der Ernährung, wird weit einfacher bleiben müssen, als er früher war.

Diese Erziehung zur Einfachheit und Mäßigkeit ist nicht die schlechteste Seite der durch den Krieg an uns geübten strengen Erziehung. Wir waren, wie in vielen anderen Beziehungen, so namentlich auch in unseren Eßgewohnheiten zu üppig und verschwenderisch geworden. Diese Üppigkeit war von ungünstigem Einfluß auf körperlichem und geistigem Gebiete. Die Rückkehr zu den einfachen Gewohnheiten unserer Vorfahren wird uns helfen, die uns zweifellos bevorstehenden schweren Jahre und die übergroße steuerliche Belastung zu ertragen. Sie wird uns ermöglichen, den überaus schwierigen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens durchzuführen.

Über den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Wir dürfen uns nicht verhehlen: wenn ein Verzichtsfrieden geschlossen wird, droht der Staatsbankerott und ein völliger Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens. Auch bei günstigem Friedensschluß wird die Teuerung noch lange anhalten; so niedrige Preise wie vor 1914 werden nicht wiederkommen; der Wert des Geldes wird dauernd verringert bleiben. Dadurch wird für die große Mehrheit des Volkes die Lebenshaltung auf den Stand zurückgeschraubt werden, wie er vor unserem großen wirtschaftlichen Aufschwung nach 1870 bestanden hat. Zum Unglück ist während der Kriegszeit, nicht ohne Mitschuld leitender Kreise, eine Zusammenballung eines großen Teils des Nationalvermögens in verhältnismäßig wenigen Händen eingetreten; und zwar ist er leider gerade an die am wenigsten gewissenhaften und ehrlichen Teile des Volkes, namentlich aber an bei uns eingenistete Fremdstämmige übergegangen. Mit dieser üblen Gestaltung unserer Lage werden wir nur fertig werden können, wenn wir nüchtern, sparsam, arbeitsam, umsichtig und energisch in unserer gesamten Lebensführung werden.

Nur kurz sei noch auf die Notwendigkeit der Vermehrung des Landwirtschaft treibenden Volksteiles hingewiesen. Auf die völkischen und rassischen Belange ist hier nicht einzugehen; aber eine solche Vermehrung ist auch, wie wir oben dargelegt haben, für die dauernde Sicherung der Ernährung unseres Volkes unentbehrlich. Der früher fehlende Grund und Boden kann uns nun im Osten zur Verfügung stehen, wenn wir uns mit den neuen Staaten verständigen. Ihn in richtiger Weise mit deutschen Bauern, selbstverständlich nur mit Zustimmung der neuen Staaten, zu kolonisieren, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die in nächster Zeit ihrer Lösung harren. Von der besonnenen Durchführung dieses Zieles hängt zum

großen Teil die Zukunft unseres Volkes ab. Alle völkisch gesinnten Kreise sollten ihr Bemühen darauf richten, an ihrem Teil bei diesem großen nationalen Werke möglichst mitzuhelfen. Vor allem sollten die landwirtschaftlichen Organisationen herangezogen und die von ihnen gegebenen sachkundigen Ratschläge von den ausführenden Organen beachtet und befolgt werden.

In der inneren Politik wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, die Landwirtschaft gegen den sicher zu erwartenden Ansturm der freihändlerischen Demokraten zu schützen, mit denen die gesamte jüdische Presse Arm in Arm gehen wird. Diese international gerichteten, bei den gegenwärtigen innerpolitischen Zuständen sehr einflußreichen Kreise haben einen tief gewurzelten Haß, gegen alles, was sie mit dem Namen Agrariertum bezeichnen, weil dies das stärkste Bollwerk gegen ihre auf sozialistische Herrschaft — die alsbald eine plutokratische sein würde — gerichteten Bestrebungen ist. Nur die Vernichtung dieser Gegner gibt jenen die Gewähr, daß sie ihr Ziel restlos erreichen werden. Darum können wir uns nicht energisch genug gegen die Bestrebungen dieser gefährlichen Elemente zur Wehr setzen. Nur ein fester Zusammenschluß aller gut völkisch Denkenden kann uns hoffen lassen, schwere und verderbliche Umwälzungen zu verhindern, die revolutionären Pläne jener Undeutschen zu durchkreuzen.

Das alte Griechenland und die Reinheit der Sprache.

Von Professor Dr. Otto Stählin.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften hat am 6. Dezember 1917 zu den Verdeutschungen im preußischen Staatshaushalt ein Gutachten erstattet, das sich im ganzen wenig freundlich zu den Bemühungen äußert, das Fremdwort aus der Amtssprache auszumerzen. Mit zwei Gründen wird das Recht des Fremdwortes verteidigt. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß Fremdworte „wichtige Zeugnisse des Kulturlebens eines Volkes" seien, „Denkmäler seiner Bildungsgeschichte, seiner Berührung mit anderen Völkern, von denen es wertvollen geistigen und technischen Gewinn empfangen hat". „Fremdwörterreichtum ist geradezu das Kennzeichen einer entwickelten Kultursprache, er bedeutet eine unentbehrliche Bereicherung und selbst Verfeinerung ihrer Ausdrucksmittel." Während diese Erwägung dem Fremdwort sein geschichtliches Recht zu wahren sucht, soll eine andere Darlegung seine Unentbehrlichkeit für eine knappe und klare Ausdrucksweise, besonders in der wissenschaftlichen und amtlichen Sprache, beweisen: „Gerade für Kunstausdrücke ist das Fremdwort kaum zu entbehren, insofern es in seiner Isoliertheit eine weit präzisere sachliche Abgrenzung gestattet als deutsche Worte, die notwendig flüssige Bedeutungsgrenzen haben, da sie bewußt und unbewußt nach allen Seiten Beziehungen des Gedankens und des Gefühls anknüpfen. Die wissenschaftliche und technische Sprache kann ohne eine Einbuße an Kürze und Schärfe die Fremdworte gar nicht entbehren; und auch die Amtssprache wird ihrer oft nicht entraten können."

Es ist vielleicht lehrreich zu sehen, wie sich die altgriechische Sprache, von diesen beiden Gesichtspunkten aus betrachtet, zum Fremdwort verhalten hat. Denn ihr

wird man am wenigsten die Eigenschaft „einer entwickelten Kultursprache" oder die Fähigkeit abstreiten können, wissenschaftliche Begriffe oder Fachausdrücke kurz und scharf zu bezeichnen; das griechische Volk ist ja mit allen Völkern der alten Welt in Berührung getreten und hat dadurch wertvolle Anregungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst, des Staatslebens und der Religion erhalten; anderseits haben die meisten Wissenschaften ihre erste Ausgestaltung und Durchbildung in griechischer Sprache erfahren.

Von Anfang an zeigte sich das Griechische spröde gegen die Aufnahme fremder Bestandteile. Von der vorhellenischen Bevölkerung der Balkanhalbinsel übernahmen die Griechen außer Orts- und Götternamen nur einige Benennungen für Gegenstände des täglichen Lebens, die ihnen erst bei ihrer Einwanderung bekannt wurden. Aber auch von den älteren Völkern des Ostens, die viel früher zu Blüte und Bildung gelangt waren, erhielt das Griechische fast nur Bezeichnungen für Waren und Werkzeuge, die ihnen von dort her zugeführt wurden. Einige Namen von Metallen, Gewichten, Kleidungsstücken, Münzen sind daher semitischen Ursprungs. Aber im übrigen fand das Griechische die Kraft in sich, allen Bedürfnissen, die durch die Entwicklung der geistigen Bildung und die Verfeinerung des äußeren Lebens an die Sprache gestellt wurden, aus eigenen Mitteln zu genügen.

Als dann Griechenland in Berührung mit dem gewaltigen Perserreich kam, fehlte es zwar nicht an Männern, die seine Macht und Größe bewunderten und seine Gesetze und Einrichtungen in verklärtem Lichte zu sehen geneigt waren, aber die Zahl der Wörter, die aus dem Persischen ins Griechische eindrangen, ist doch ganz gering; das gebräuchlichste unter ihnen, Paradeisos, wurde überdies in einer Form übernommen, die den fremden Ursprung kaum vermuten läßt.

Noch auffallender ist die Tatsache, daß auch aus dem Ägyptischen nur wenige Wörter ins Griechische aufgenommen wurden. Als die Griechen mit Ägypten bekannt wurden, erhielten sie einen gewaltigen Eindruck von dem Alter und der Großartigkeit der ägyptischen Bauten, von der weit hinaufgehenden Geschichte der ägyptischen Könige und der Tiefe und Vielseitigkeit der ägyptischen Wissenschaft. Platon läßt in einem seiner Dialoge einen greisen ägyptischen Priester zu Solon sagen: „Solon, Solon, ihr Griechen seid immer Kinder; alt ist unter euch keiner; jung seid ihr alle in euren Seelen; denn in ihnen wohnt nicht durch alte Überlieferung alter Glaube oder altersgraues Wissen." Mit diesen Worten ist klar gekennzeichnet, welchen gewaltigen Eindruck die altersgraue Weisheit Ägyptens auf einen gebildeten Griechen machte. Trotzdem hat die Berührung mit diesem Volke, die ja seit Alexanden dem Großen eine sehr nahe war, nur ganz geringe Spuren in der griechischen Sprache hinterlassen. Wir sind jetzt durch die zahllosen Papyrusfunde aus der Ptolemäerzeit über die Sprache der in Alexandrien lebenden Griechen genau unterrichtet; man sollte vermuten, daß uns hier eine Menge Lehn- und Fremdwörter begegnen würden zur Bezeichnung all der Dinge und Begriffe, mit denen die Griechen erst hier bekannt wurden. Das ist aber nicht der Fall. Die Zahl ägyptischer Wörter in den ptolemäischen Papyri ist ganz gering. Die griechische Sprache war stark und reich genug, auch alle hier neu auftretenden Erscheinungen aus eigener Kraft zu benennen. Ein griechischer Schriftsteller der Kaiserzeit gibt uns die Beschreibung eines Isisumzugs. Auch hier begegnet uns kein ägyptisches Wort: die verschiedenen Arten von Priestern, die hier auftreten, die heiligen Gegenstände, die sie tragen, sind alle mit echt griechischen Wörtern bezeichnet. Offenbar strebte man weniger nach dem Schein der Gelehrsamkeit als nach Verständlichkeit und Reinheit der Sprache.

Vor eine schwierige Aufgabe war die griechische Sprache gestellt, als die heiligen Bücher der Juden aus dem Hebräischen ins Griechische übersetzt wurden. Es war dies, wenn man von der Übersetzung altsumerischer Lieder ins Babylonische absieht, überhaupt der erste größere Versuch, von einer Sprache in eine andere zu übersetzen. Er war besonders schwierig, weil es hier oft galt, Worte und Begriffe zu übersetzen, für die die griechische Sprache keinen gleichartigen Ersatz hatte. Trotzdem griffen die Übersetzer fast nie zu dem bequemen Auskunftsmittel, mit den fremden Begriffen semitische Wörter in die Übersetzung herüberzunehmen. Sie sahen lieber darüber hinweg, daß semitische Begriffe durch die Übertragung ins Griechische umgebogen und verändert oder griechische Worte durch den Zusammenhang, in den sie hier traten, mit neuem Inhalt erfüllt wurden. So trat zwar einerseits eine Hellenisierung jüdischer religiöser Begriffe, anderseits eine Bereicherung griechischer Worte durch neue Bedeutungen ein; aber vor einer Vermengung mit hebräischen Fremdwörtern blieb das Griechische bewahrt. Der semitische Einschlag des Septuagintagriechisch zeigt sich mehr in Satzbau und Wortbildung als in der Aufnahme hebräischer Wörter.

Ähnlich ist es bei den Schriften des Neuen Testaments. Aber sie enthalten zahlreiche Fremdwörter aus derjenigen Sprache, die überhaupt dem späteren Griechisch eine Masse Fremdwörter geliefert hat, dem Lateinischen.

Der Grund dafür lag zum Teil in der Völkermischung und der Zweisprachigkeit der Gebildeten, mehr noch aber darin, daß die Römer die Herrschaft besaßen. Die lateinischen Fremdwörter im Griechischen sind großenteils eine Folge und ein Zeugnis von der staatlichen Ohnmacht der Griechen. Darum stammen die lateinischen Fremdwörter auch zumeist aus dem Heerwesen, der Verwaltung, dem Rechtsleben, aus Handel und Verkehr, während umgekehrt die lateinische Sprache für Begriffe des Schrifttums, der Wissenschaft, des Geisteslebens Ausdrücke aus dem Griechischen nahm.

Aber auch die Aufnahme der lateinischen Fremdwörter erfolgte nicht ohne Kampf. Wer gutes Griechisch zu schreiben bemüht war, suchte auch für lateinische Fachausdrücke griechischen Ersatz zu finden. Auch im Neuen Testament sehen wir Spuren dieses Kampfes, wenn Lukas z. B. ἑκατοντάρχης sagt, wo Markus κεντυρίων (= centurio) gebraucht hatte, oder ἐπιγραφή statt des von Johannes verwendeten τίτλος (= titulus).

In der ganzen Geschichte der griechischen Sprache zeigt sich zu all den Zeiten, wo im Volke das Bewußtsein eigener Kraft und eigenen Rechts lebendig ist, das Bestreben, auch die aus fremden Völkern und Sprachen übernommenen Begriffe mit Wörtern der eigenen Sprache auszudrücken. Gerade jetzt ist dieses Bestreben im griechischen Volk wieder besonders stark. Die für das griechische Armeekorps in Görlitz erscheinende Zeitung gibt eine Menge hübscher Beispiele dafür, daß die griechische Sprache auch heute noch die Kraft hat, für neue Begriffe aus Krieg und Frieden ohne fremde Hilfe Fachausdrücke zu schaffen.

Was der griechischen Sprache möglich ist, kann für die deutsche, die ihr durch den Reichtum an Wortstämmen und an Bildungsmöglichkeiten ähnlich ist, nicht unmöglich sein. Aber sie darf, ebensowenig wie die griechische, nicht davor zurückschrecken, für neue Begriffe neue Worte zu bilden oder alte Worte mit neuem Inhalt zu erfüllen. Vor allem aber muß die Vorstellung fallen, daß Fremdwörterreichtum „das Kennzeichen einer entwickelten Kultursprache“ sei und daß „die wissenschaftliche und technische Sprache ohne eine Einbuße an Kürze und Schärfe die Fremdworte gar nicht entbehren“ könne.

Wahre Dich, Deutschland! Elsaß, wahre dein Selbstbestimmungsrecht! Es ist nicht wahr, daß es ein Unrecht von 1871 gibt!

Das elsässische Volk war deutsch: immer, seit mehr als 1500 Jahren. Es war französisch niemals, mit Ausnahme einiger in den letzten zwei Jahrhunderten verwälschter Grenzteile.

Das elsässische Land war deutsch, seit es ein Deutschland gibt, insgesamt fast 900 Jahre! (870—1697, 1871—1918.) Es war uns durch Frankreich großenteils entrissen durch etwa 180 Jahre! (1681 bzw. 1697—1870.)

Es gibt also kein Unrecht von 1871, aber es gibt

ein Unrecht von 1444, als die französischen Armagnaken plündernd, mordend und brennend ins deutsche Elsaß mitten im Frieden einbrachen,

ein Unrecht von 1644, als das machtlüsterne Frankreich den Friedensschluß des großen deutschen Religionskriegs vereitelte und nach 25jährigem Blutvergießen den Krieg noch bis zum 30. Jahre fortsetzte, um Teile des Elsasses an sich zu reißen,

ein Unrecht von 1673, als das absolutistische Frankreich ohne Kriegserklärung die zehn freien Reichsstädte des Elsasses überfiel und das schuldlose, friedliche Volk, Städter und Bauern, zwang, mit eigener Hand ihre Mauern und Türme niederzureißen, die selbstgeschaffenen, aus alter Volkskultur gewachsenen Wahrzeichen elsässischer Autonomie.

ein Unrecht von 1676—78, als der französische Gewaltmensch La Brosse, der dem elsässischen Volke noch 150 Jahre lang als Mordbrenner in grauenvoller Erinnerung blieb, elsässische Dörfer, Schlösser und Städte niederbrannte, darunter Weißenburg vollständig, bis auf zwei Gebäude!

ein Unrecht von 1680, als das autokratische Frankreich die Ohnmacht des deutschen Volkes benutzte, um mitten im Frieden den größten Teil der Dörfer, Ämter und Schlösser des Elsasses für französisches Eigentum zu erklären, ohne auf den Willen des Volkes Rücksicht zu nehmen,

ein Unrecht von 1681, als das militaristische Frankreich, mitten im Frieden, die freie Republik und Reichsstadt Straßburg überfiel und in eine französische Festung gegen Deutschland verwandelte!

ein Unrecht von 1688, als Frankreich seine Gewaltpolitik damit krönte, daß es nach Besetzung des ganzen Elsasses die Pfalz an sich zu reißen begann und viele ihrer Städte, Sitze deutscher Kultur und werktätiger Arbeit, darunter Heidelberg und Worms, in Asche legte.

Frankreich hat sechs Angriffskriege geführt, um die alten deutschen Lande, die bis zur Maas und Rhone hinüberreichten und von deutschstämmigem Volke in ein blühendes Korn- und Weinland umgeschaffen worden waren, stückweise vom großen deutschen Vaterlande zu trennen und an den Rhein zu gelangen. Insgesamt dauerten diese Kriege länger als 55 Jahre und stürzten durch ein halbes Jahrhundert Europa in Blutvergießen und Verwirrung.

Deutschland hat nie einen Eroberungskrieg nach Westen geführt. Der Krieg 1870/71 war von französischer Prestigepolitik hervorgerufen, welche das ganze linke Rheinufer mit Belgien und Luxemburg unter seine Herrschaft bringen wollte. Daraufhin hat Bismarck, um den fortgesetzten Übergriffen und Friedensstörungen Frankreichs Einhalt zu gebieten und dem deutschen Volke beiderseits des Rheins Ruhe und Ordnung zu verschaffen, einen Teil der Deutschland geraubten Lande wieder an das deutsche Volk herausgeben lassen.

Aufruf der Universität Erlangen, unterstützt von den Universitäten und Hochschulen Tübingen, Stuttgart, Königsberg, Danzig, Aachen, Hannover.

Deutschland

von

Sautter.

Trübe und schwer ziehen die Tage herauf,
Hohlen Auges schauen sie alle Morgen
Durch unsere Fenster und rufen uns wach zum Schmerze.

Früher, da ich jung war, erschienen sie mir
Als goldhaarige Jünglinge, die mich zur Freude weckten,
Trugen in Händen frisch leuchtende Fackeln
Junger Hoffnung, winkten und rauschten zum Lichte.

Als ich ein Mann geworden, traten sie vor mich,
Ernste Männer, die mir den Eid abnahmen
Willig zur Pflicht meine Arbeit zu wirken, zu schaffen,
Wes ich mächtig, nur karger Ruhe zu pflegen.

Heute steigen sie aus dem Dunkel der Nacht,
Würgeengel mit bleichen, fleischlosen Zügen;
Augen hungrigen Blickes nach einem Opfer,
Wilde Vögel, die fernher die Beute erspähen.

Du bist das Opfer, heiliges Vaterland,
Deine herrlichen Lande, geweihter Boden,
Deine Ströme, die heute noch frei hinrollen,
Deine Deutschen, heute noch frei geboren,
Morgen vielleicht schon Knechte der fremden Herren.

Deutschland, Land meiner Väter, stolze Erde,
Schaue ich auf zu dir, so schlägt mein Herz,
Blutige Tränen, meine ich, müsse ich weinen:
Fällst du, wirst du entehrt, was wollen wir leben?

Nein, du Edelstes, kämpfen sollst du und leben,
Leben der ewigen Sonne gleich, die dich bestrahlt,
Wie die Sterne, die deinen Siegen geleuchtet
Und den Frieden der heimischen Fluren bewacht.

Auslandsstudium und Auslandsdeutschtum im erneuerten Deutschland.

Von Gymnasialrektor Dr. E. Schott, Ulm a. D.

Auslandsstudium und Auslandsdeutschtum — die Verknüpfung dieser beiden Begriffe zu einer Einheit bedeutet eine Verflechtung macht- und kulturpolitischer Aufgaben mit erziehungs- und bildungspolitischen Verpflichtungen. Die Erlebnisse und Ergebnisse des Weltkriegs haben uns ja mit erschreckender Deutlichkeit das Dunkel erhellt, in welchem Kenntnisstand und Urteilskraft weite Kreise unseres Volkes über die hierher gehörigen Fragen vor 1914 befangen waren. Der Wahn, in dem wir uns hinsichtlich der grenzenlosen Unbeliebtheit unseres Wesens und Wirkens auf fast allen Flächen des Erdballs befanden, der Traum von der augenblicklichen Empörung ganz Indiens und anderer englischer Kolonien, die wir durch unsere Kriegserklärung zum Aufstand gegen ihre britischen Bedrücker fortzureißen hofften, das Bauen auf gewaltige Wirkungen des Heiligen Krieges sämtlicher Mohammedaner, die einer Sturmflut gleich in Asien und Afrika sich erheben würden — wie sind alle diese Erwartungen so jählings zerronnen zu schweren Enttäuschungen! Allzu oberflächlich und geringschätzig hatten wir uns um die Erkenntnis des näheren und ferneren Auslands nach seinen politischen Zielsetzungen und sozialen Gliederungen, nach seiner kulturellen Leistungskraft und religiösen Begeisterungsfähigkeit bemüht. Das beklagenswerte Versagen unserer Auslandsdiplomatie, das sich vor und während dem Kriege in leider so zahlreichen Fällen offenbarte und uns in unserer Weltgeltung, wie für unsere Vaterlandsverteidigung so schwerwiegende Hemmnisse brachte, muß doch auch eine wesentliche Begründung finden in einer mangelhaften, zu wenig allseitigen Vorbildung der Inhaber jener verantwortungsvollen Posten, denen die Gabe der Einfühlung in das fremde Volkstum in bedauerlichem Maße abging. Und daß die Millionen deutscher Brüder, die in allen Teilen der Welt in dichter oder spärlicher Zerstreuung wohnen, nicht imstande waren, dem deutschen Namen und Geiste besseren Schutz zu verbürgen vor den maßlosen Verunglimpfungen, mit denen England und seine Bundesgenossen uns zu überschütten nicht müde wurden — diese politische Machtlosigkeit der Auslandsdeutschen gegenüber dem Vernichtungstoben, das gegen Deutschland über die Welt hinzog, legt doch die Annahme sehr nahe, daß die Fäden zwischen dem Heimatlande und den Landsleuten dort in der Ferne viel zu locker geschlungen waren, und daß wir im Reich viel zu wenig seelische Teilnahme empfanden für die Überseedeutschen in ihrem Ringen und Entbehren, daß aber andererseits auch jene Auslandsbrüder eine zu schwache Fühlung zu bewahren vermochten mit dem Mutterboden, dem sie oder ihre Vorfahren entstiegen sind, mit den Machtmitteln, die ihnen das Reich sollte zur Verfügung stellen können, mit den geistigen Kräften, die dem deutschen Wesen daheim und draußen seine Eigenart und Ausstrahlungsfähigkeit verleihen. Nein, es wird nicht anders sein: hinter unserer großartigen weltwirtschaftlichen Entfaltung vor dem Krieg ist unser weltpolitisches Vermögen und Verstehen kläglich zurückgeblieben; wir haben uns in unserem Wissen und Denken zumeist viel zu nahe nur um den Mittelpunkt unseres Reichsdeutschtums gedreht. Auch die lobenswerten und vielseitigen Aufsätze, die sich im Merkwort der „staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung" zusammenfassen, suchten und fanden ihre Nahrung bisher vielfach noch allzuenge in den Fragen der

heimischen Binnenpolitik, wo nicht gar der einzelstaatlichen Sonderziele, und vollends die Geschicke der Auslandsdeutschen wußten früher nur selten unser Inneres in jene vaterländische Hochstimmung zu versetzen, von welcher nationale Empfindungswellen nun einmal unbedingt getragen sein müssen, wenn sie sich zu politischen Erfolgen größeren Ausmaßes auswirken sollen. So wird es ohne weiteres einleuchten, daß die Tilgung solcher Rückständigkeit und Gleichgültigkeit — neben mancherlei anderen Heilmitteln — namentlich auch angebahnt werden muß auf dem wichtigen Felde der deutschen Bildungspolitik. Denn gerade, wenn ein leidvoller Friedensschluß unser Vaterland in die traurige Zwangslage versetzt, jedem hoffnungsfrohen weltpolitischen Sehnen für absehbare Zeit zu entsagen, dann gilt es auch für ein demokratisiertes und parlamentarisiertes Deutschland nicht minder, jenen Stammesgliedern im Ausland, die durch die Unlösbarkeit ihrer Lebensverhältnisse nach wie vor in der Fremde ausharren müssen, durch mitfühlende Teilnahme und wirksame Fürsorge diese schwere nationale Pflicht zu erleichtern. Das aber wird sich nur erzielen lassen, wenn in dem deutschen Bildungswesen der Zukunft mit weit nachhaltigerer Keimkraft die Fülle der Gedanken Boden gewinnt, welche sich ergibt aus den verschlungenen Gegenseitigkeitsbeziehungen von Auslandsstudium und Auslandsdeutschtum.

Von einer so erhabenen Warte aus beleuchtet, erscheint die Denkschrift der preußischen Unterrichtsverwaltung über die Auslandsstudien, welche im vorletzten Winter dem Abgeordnetenhause[1]) zuging, als eine bildungspolitische Kundgebung von weittragender Bedeutung, und es ist zu beklagen, daß ihrem Inhalt, soweit sich erkennen läßt, eine eingehendere Würdigung eigentlich nur in etlichen pädagogischen Zeitschriften zuteil wurde. Das hohe Ziel, das ihre Darlegungen sich stecken, fußt auf der mit voller Offenheit ausgesprochenen Überzeugung von der Unzulänglichkeit der seitherigen Pflege der Auslandsstudien im heimischen Bildungswesen und mündet aus in die unabweisbare Notwendigkeit der Einimpfung eines tiefgreifenden nationalen Verständnisses für deutsche Auslandsfragen und -aufgaben, in das Geistesleben und die Gedankenwelt weiter Schichten unseres Volkes. Diese folgenschwere Erweiterung unseres Bildungsinhalts soll also nicht einfach in einer äußeren Stoffvermehrung bestehen, die zu all dem schon bisher zu Erlernenden neu hinzutritt, sondern es soll eine innere Durchwirkung unseres ganzen vaterländischen Empfindens und Wollens mit den Lebensfragen, welche die deutsche Auslandspolitik entscheidend beeinflussen, angebahnt werden. Nicht eine mechanische Anreihung, sondern eine organische Durchdringung müssen wir anstreben. Das Grundsätzliche dieser Forderungen ruht demnach in dem zielbewußten Einsenken eines neuen Samenkorns von reichster Keimkraft in das bisherige deutsche Bildungs- und Erziehungsideal. Die aufsteigende Erkenntnis dieses dringenden Bedürfnisses ist in letzter Linie — das liegt ja klar auf der Hand — auch eine der tiefschürfenden Folgerungen des Weltkriegs. Nicht als ob der deutsche Gedankenflug noch niemals vor 1914 hinausgeschweift wäre über den nächstliegenden Rahmen der Grenzpfähle unserer Heimat. Galt es doch vor etwa 100—150 Jahren gerade vielen unserer führenden Geister als stolzer Ruhmestitel, mit dem Schwung ihres Innern die ganze Erde zu umspannen, um, soweit dies überhaupt hienieden geschehen könne, eine wachsende Glückseligkeit aller Sterblichen herbeizuführen. Und wenn sich häufig die vernunftgemäße „Aufklärung" und das völkerverbindende „Weltbürgertum" jener Zeiten schließlich mit

[1]) Haus der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, III. Session 1916/17 Drucksch. Nr. 388.

dem engeren Kulturgebiet des „gebildeten Europäers" begnügte, so hat sich doch damals unser Volk an großzügiger Blickweite von keinem anderen übertreffen lassen. Aber leider war dazumal der deutsche Geist, als folgerichtige Ausstrahlung eines Volkstums, das allerdings eine Heimstätte der „Dichter und Denker" bedeutete, das jedoch des Rückgrates einer starken politischen Außenmacht völlig ermangelte, im wesentlichen nur gerichtet auf die Ausstreuung jener verschwommenen, „völkerbeglückenden" Gedanken, die als philosophischer Sauerteig die Menschheit zu geistiger Vervollkommnung und sittlicher Läuterung emporzuführen vermögen und so allerdings mittelbar die erzieherische Segenskraft deutschen Wesens verbürgen. Aber abgesehen von dieser Wirkung krankte diese ganze Zielsetzung an ihrer theoretisch-intellektuellen Einseitigkeit; es fehlte ihr völlig die praktische Rückbeziehung auf die Stärkung des eigenen Volkstums daheim und draußen, und so errang die deutsche Geltung drinnen und draußen von solch vielseitiger und weitverzweigter Befruchtung des Auslandes keine zukunftswichtigen Vorteile.

Vielmehr konnte eine erfolgreiche Verklammerung unserer rein geistigen Auslandsinteressen mit dem Verlangen nach ihrer tatsächlichen Ausmünzung zu politischem Auslandseinfluß erst Platz greifen, als in der Heimat der starke Rückhalt eines geschlossenen staatlichen Machtkörpers geschaffen war. Bismarcks ganzes Lebenswerk, die 3 Einheitskriege, der Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat, vom Landwirtschafts- zum Handels- und Industrievolk, die Aufstellung einer achtunggebietenden Flotte neben dem mächtigen Gefüge unseres trefflichen Landheeres, unser Anspruch, auf allen Meeren die deutsche Flagge entfaltet zu sehen und geachtet zu wissen, Deutschlands Eintritt in den engeren Kranz der eigentlichen Welthandels- und Weltwirtschaftsstaaten, wie der tonangebenden Kolonialmächte — all das sind Entwicklungsstufen unserer Geschichte, deren Inhalt und Ergebnis notwendig gewichtige Folgerungen für die Hinlenkung unseres Volkes zu Auslandsfragen und -interessen auslösen mußte. Es ist eine reizvolle Aufgabe der bildungspolitischen Betrachtung, darzulegen, wie die wachsende Teilnahme am Auslandsstudium sich geradezu emporrankt an Deutschlands machtvollem staatlichen Aufstiege. Freilich erst unter mannigfachen Hemmungen und Kämpfen setzte sich diese Entfaltung des deutschen Auslandsinteresses bei hoch und nieder durch, wie ja derartige weit ausbuchtende geistige Wellenbewegungen, mögen sie auch einen noch so segenbringenden und unabweisbaren Gehalt in sich bergen, bei uns nur langsam und mühevoll ihre Kreise zu ziehen vermögen. Den Auftakt zu einer planmäßigen Erneuerung der öffentlichen Meinung für die deutschen Auslandsaufgaben bildete — die Denkschrift weist die verschiedenen Ansätze im einzelnen nach — die Begründung des Seminars für orientalische Sprachen an der Universität Berlin im Jahre 1889. Was diese Bildungsstätte in Jahrzehnten an gediegener Befruchtungsarbeit geleistet hat, kann hier nicht näher erörtert werden. Ihre Zugehörigkeit zum akademischen Bannkreis gewährleistete von vornherein die Vollreife ihrer wissenschaftlichen Früchte; diese mußten, der Bestimmung des Seminars entsprechend, in erster Reihe der Erschließung und Erlernung östlicher Auslandssprachen zugute kommen. Für solche Studien mochte in dieser Einseitigkeit eine heilsame Vertiefungsmöglichkeit enthalten sein. Aber so tüchtig sich auch vielfach der Beamtenstand erwies, der für den auswärtigen und kolonialen Dienst Deutschlands in einem Vierteljahrhundert aus dem mit der Zeit zur „Orientalischen und Kolonialakademie" erhobenen Institut hervorging, eine hinlänglich allseitige Vorbildung für die nachmaligen Inhaber der verantwortungsvollsten Außenposten vermochte es bei dem ständigen Anschwellen der auslands-

kulturellen Beziehungen nicht zu geben. In der Richtung eines Vorwärtsschreitens auf dieser Bahn lagen deshalb die Neubestimmungen von 1908 für den Eintritt in den diplomatischen Reichsdienst und die im selben Jahre erfolgende Schaffung des Hamburgischen Kolonialinstituts. Der nächste bedeutsame Schritt sollte die bisher eigentlich nur auf den engen Zirkel der berufsmäßig verpflichteten Vertreter beschränkte Auslandsteilnahme überleiten in den breiteren Kreis einer größeren Allgemeinheit; dies geschah 1913 in der Denkschrift, in der die Regierung den Reichstag zu dem Ausbau des Seminars für orientalische Sprachen zu einer deutschen Auslandshochschule veranlassen wollte, ein Wunsch, den sie im Jahre darauf von neuem vortrug. Damit wurde also der gesamte in dieses Gebiet hereinspielende Unterweisungsinhalt schon damals zu demjenigen Rang erhoben, für welches ihn nunmehr auch die neueste preußische Denkschrift abstempelt, nämlich als Forschungsfeld akademischer Betrachtung, und zwar nicht nur in der Richtung seiner sprach- und geistes-wissenschaftlichen Ausstrahlung, sondern nach der vollen Mächtigkeit aller in ihm zutage tretenden Kulturschichten und Lebensbeziehungen. Wenn der preußische Kultusminister damals in seinen Darlegungen aussprach: „Der Gedanke, in unserem akademischen Leben Einrichtungen zu schaffen, welche zum gründlichen Studium des Auslands Gelegenheit bieten, und damit die studierende Jugend in ganz anderer Weise als bisher auf die Beschäftigung mit ausländischen Einrichtungen und auf die Betätigung in überseeischen Ländern hinzuweisen, erscheine voller Beachtung wert", so bekräftigte er damit ebenso nachdrücklich die Anwartschaft der Auslandsstudien auf ihre Einfügung in die Universitas litterarum hochschulmäßiger Prägung, wie er die Notwendigkeit einer derartigen Kenntnisübermittlung an breitere Schichten unseres gebildeten Nachwuchses eindringlich unterstrich.

Allen diesen kulturpolitischen Bestrebungen gebot der Krieg zunächst ein schroffes, unentrinnbares Halt. Aber gleich darauf bewies sein Verlauf mit erschreckender Klarheit, wie unerbittlich notwendig ein zielbewußtes Vorwärtsschreiten auf dieser in der Blüte der Friedenszeiten betretenen Bahn für die Zukunft erscheinen muß, wenn anders Deutschland, selbst nach einem ungünstigen Friedensschluß, nicht für immer von dem Entfaltungsboden jeder Auslandspolitik abgedrängt werden soll. Mit der bestimmten Zuweisung dieser Bildungsverpflichtung zunächst an die deutschen Hochschulen knüpft die jüngste Denkschrift den Faden wieder an der Stelle an, wo er 1914 jählings abgerissen war. Aber indem sie diese Aufgabe nunmehr auf den vollen Kranz sämtlicher Reichsuniversitäten ausdehnt, verleiht sie in bedeutsamer Kundgebung der grundsätzlichen Willensmeinung Ausdruck, daß allen akademischen Kreisen unseres Volkes, nicht etwa nur den Besuchern einer einzelnen hierfür herausgegriffenen Wissenschaftspflegestätte, die Möglichkeit geboten wird, in den Dunstkreis des den Auslandsstudien eigenen Bildungsinhaltes einzutreten. Darin ruht aber nicht mehr und nicht weniger als die hochgemute Zielsetzung, daß von der Schwelle dieser akademischen Hörerschar, als den berufenen Trägern deutscher Bildung und künftigen Kulturführern unserer Nation, das Rinnsal solcher Wissenswerte und Lebensinteressen mit der Zeit das ganze Volk durchtränke. Von ihrer geistigen Hochschicht aus soll sich das Bewußtsein von der Notwendigkeit und Tragweite solcher staatlichen Außenbetätigung einsenken auch in die Täler der Gedankenwelt des schlichten deutschen Mannes. Kurz, es ist nicht anders: den Kernpunkt dieser Auslandsdenkschrift bildet die vorsätzliche Erweiterung des deutschen Bildungsideals im Sinn eines klarerschauten und willensbewußten Weltdeutschtums, das jedoch himmelweit verschieden

ist von dem verschwommenen Weltbürgertum unserer Vorväter. Damit wird der Wunsch, den Bülows inhaltsvolle „deutsche Politik" an zahlreichen Stellen äußert, von amtlicher Stelle aus, zu einer von der bildungstheoretischen Gesetzgebung geradezu einzulösenden Verpflichtung erhoben, daß nämlich das politische Denken, soweit es Auslandsfragen betrifft, besser und nachhaltiger geschult wird. Und solche umfassendere „staatswissenschaftliche Allgemeinbildung", in der dieses Verständnis für Deutschlands Außenbetätigung notwendig verankert sein muß, gebietet keineswegs, daß wir damit den Blütenstaub unserer ethischen und philosophischen Intellektualbildung von unseren Geistesschwingen abstreifen, der uns in der Welt den Stempel des Volkes der Dichter und Denker eingetragen hat. Vielmehr muß selbst in dem künftigen Deutschland, so schwer auch die Erschütterung werden mag, die seine Außengeltung durch einen verhängnisvollen Kriegsausgang erleidet, doch neben der idealen Ausmünzung, auf welche jener Beiname hindeutet, auch der reale Drang, außerhalb der Reichsgrenzen ein Wort mitreden zu dürfen, nach wie vor seine Geltung bewahren, schon mit Rücksicht auf die drangvolle Notlage aller Auslandsdeutschen in der Welt.

Daß ein solch hochgestecktes Ziel, das zu seiner Verwirklichung der Tiefbohrung in die Gründe deutschen Geisteslebens bedarf, sich nur schrittweise erreichen läßt, liegt auf der Hand, und die Denkschrift selbst versäumt nicht, die mannigfaltigen Hemmnisse durchblicken zu lassen, die sich bei der Behandlung auftürmen. Für die finanzielle Frage, ob ein solches Auslandsstudium von Reichsmitteln oder durch Einzelstaatenaufwand zu bestreiten ist, ruht die Schwierigkeit in dem theoretischen Gegensatz, daß die Ausgestaltung ihres Unterrichtswesens von jeher den selbständigen Reichsteilen zustand, während doch der Zweck einer derartigen Auslandsausbildung notwendig in der Ebene der politischen Vereinheitlichung liegen muß. Die scheinbare Unstimmigkeit, daß die Einbeziehung aller Universitäten dem Streben nach Zersplitterung („Dezentralisation") dient, während die Denkschrift gleichzeitig Berlin zum Brennpunkt aller Strahlen dieser Studien erhebt („Zentralisation)", wird sich bei der tatsächlichen Durchführung von selbst ausschalten. Eine bemerkenswerte unterrichtsgeschichtliche Bedeutung haben dagegen die hochschulpädagogischen Maßnahmen, welche die Regierung in Verfolgung ihres Planes ins Auge faßt. Denn indem sie an den Universitäten sämliche Fakultäten, nicht etwa bloß die eigentlich staatswissenschaftliche, in den Dienst dieser Forderungen stellt und damit der Gesamtkörperschaft der akademischen Lehrer es als vaterländisches Anliegen ans Herz legt, in das Gewebe ihres wissenschaftlichen Sonderstoffes künftighin die Fäden deutscher Auslandsinteressen sinngemäß zu verflechten, wird der Unterweisungsinhalt unserer Hochschulen in einer bestimmten Richtung beeinflußt, so daß bei den Hörern als pädagogische Wirkung sich notwendigerweise nicht sowohl eine Vermehrung ihrer Kenntnisse, als vielmehr die Erzeugung einer Gesinnung bilden muß. Auch daraus ergibt sich demnach als Schlußfolgerung dieser ganzen Bildungspolitik das Streben nach nationaler Vertiefung und Erweiterung des deutschen Bildungsideals auf der Höhenstufe des akademischen Unterrichts. Ferner weist die Denkschrift etlichen Einzeluniversitäten bestimmte Sonderaufgaben zu, die durch geographische Lage oder geschichtliche Überlieferung ihnen vor anderen naheliegen, „so ist bei Kiel durch das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft der Weg nach Übersee gewiesen, so liegt in Bonn durch die Nähe Frankreichs und Hollands das Studium des romanischen Kulturkreises und des Niederländischen nahe, so ist in Königsberg und Breslau die slawische Welt für Lehre wie Forschung von besonderem Interesse." Tat-

sächlich hat auch Ostpreußens ehrwürdige Hochschule, solchen Richtlinien folgend, bereits im Winter 1917/18 eine Gruppe von Vorlesungen über das europäische Rußland in der philosophischen, juristischen und theologischen Fakultät veranstaltet. Im Hinblick auf die kulturellen und staatlichen Zukunftsvorteile ist eine solche Zerstückelung des auslandskundlichen Gesamtlehrstoffes sicher als wohlbegründet und zweckmäßig zu begrüßen. Immerhin darf doch darauf hingewiesen werden, daß durch solches Verfügen aus praktischen und politischen Nützlichkeitsgründen die theoretische Unbeschränktheit der akademischen Lehrfreiheit, wenn auch in leichtem Maß, so doch bewußt absichtlich, beeinflußt wird. Dasselbe gilt auch von der Stoffgruppierung nach abgeschlossenen Kulturkreisen, wie sie die Regierung vorschlägt. Wenn früher, etwa im Seminar für orientalische Sprachen, die geisteswissenschaftliche Seite eines Auslandsgebietes wenn auch nicht den ausschließlichen, so doch den weit überwiegenden Untersuchungsgegenstand bildete, so soll jetzt der volle Umkreis aller Lebensausatmungen eines fremden Kulturgebietes in den Bereich akademischer Belehrung hereingezogen werden. Sprache und Staatswesen, Volkswirtschaft und Handelsbetätigung, Religion und Geschichte, Kunst und Wissenschaft eines größeren oder kleineren Auslandsgebietes sollen sich zu einem geschlossenen Unterweisungsstoff abrunden; nur so läßt sich das deutsche Bildungswesen mit allseitiger Auslandserkenntnis nach und nach durchsäuern. In kluger Ergänzung dieser allgemeinen bildungsorganisatorischen Pfadweisung stellt die Denkschrift auch noch die Begründung auslandspolitischer Büchereien in Aussicht, sowie die Schaffung von Lehraufträgen für Männer, die, zwar selbst nicht zum zünftigen Hochschulgelehrtenzirkel gehörig, doch dank ihrer seitherigen Lebensstellung im In- oder Auslandsreichsdienst eine überlegene Auslandserfahrung nachzuweisen vermögen.

Soll nun dieser umfassende und tiefgreifende bildungspolitische Umgestaltungsplan sich nicht wieder verlieren in uferlosen Verschwommenheiten, soll nicht als letzter Zweck aller dieser Bestrebungen dem einen vielleicht die bloße Ausprägung bestimmter weltpolitischer Anschauungen, dem anderen die wünschenswerte Vermehrung seiner staatswissenschaftlichen Kenntnisse erscheinen, so gilt es, ein tatsächliches faßbares Endziel aufzustecken, und ein solches läßt sich am erschöpfendsten ausdrücken in dem Fördern des Auslandsdeutschtums. Zunächst mag es freilich als Binsenwahrheit klingen, daß die Summe deutscher Auslandsstudien auszumünzen sei in eine Unterstützung des Auslandsdeutschtums. Allein hätte unser Volk schon vor 1914 die Selbstverständlichkeit eines solchen Verlangens sich hinlänglich klargemacht, hätten wir dann wohl alle jene niederdrückenden Erfahrungen machen müssen, die uns der Krieg gebracht hat? Ist die Vielseitigkeit alles dessen, was das Wort „Auslandsdeutschtum" an Ausstrahlungskraft und Tiefenwirkung in sich schließt, wirklich unserem Geschlechte genügsam zum Bewußtsein gekommen? Hat es in Wahrheit die sittlichen und vaterländischen Verpflichtungen daraus gefolgert, die aus diesen auslandsdeutschen Verhältnissen und Beziehungen für uns entspringen? Nein, und diese Gegenseitigkeitsfäden zwischen drinnen und draußen für die Zukunft fester und dichter zu flechten, als bisher, das eben ist die ideale Zielsetzung jener oben geschilderten Bildungspolitik. Ihre Verwirklichung deckt sich mit der Lösung der doppelten Aufgabe, einmal einer zielbewußten Erweckung von teilnahmsvollem Verständnis und werktätiger Mitarbeit bei dem Inlandsdeutschtum für das Auslandsdeutschtum und daneben einer hinreichenden Befähigung des Auslandsdeutschtums zu erfolgreicher Pionierarbeit im Sinn des Inlandsdeutschtums.

Zu den bedauerlichsten Verengungen, an denen das deutsche Geistesleben krankt,

gehört die Neigung, seine politischen Gedankengänge allzusehr auf die bloße Erfassung der heimatlichen Ziele und Fragen einzustellen. Gerade dieses Kleben an vorwiegend binnenpolitischen Gesichtspunkten, selbst wenn es sich nicht zu einem kleinbürgerlichen Kantönligeist zuspitzt, lenkte uns ab von dem Ausblick in die Weite des Erdballs. An die Stelle solch schmalumrissener Gedankenkreise mit der Zeit dem ganzen Volk das Verständnis für weltweites Empfinden einzuimpfen, ist eine der unmittelbarsten Aufgaben, welche durch die Pflege der Auslandsstudien an unserem reichsdeutschen Volkskörper gelöst werden müssen. Für eine Bildungsbeeinflussung in dieser Richtung erscheint auch zunächst — ganz im Sinn der Denkschrift — der Universitätslehrstuhl als die berufene Kanzel. In dieser Schule, aus der die geistigen Führer und künftigen Beamten unseres Volkes in immer neuverjüngter Folge hervorgehen, muß zunächst der Blick für solche vaterländische Fernsicht geweckt und geschärft werden. Freilich muß für diese akademische Bildungsbefruchtung schon die Unterweisung der Kinder in der Schule den Boden empfänglich machen, und aus den Schichten der Gebildeten muß diese Verständnisübermittlung sich ausbreiten als teilkräftiges Saatkorn über das ganze weitverzweigte Volksbildungswesen unseres Reiches. Mit dankbarer Genugtuung darf ja festgestellt werden, daß schon seitg eraumer Frist die Unterweisungspflicht über den Bestand unserer Außensiedelungen von allen Höhenschichten unseres Bildungswesens als unabweisbar anerkannt wird. Vom „Deutschtum im Ausland" kündet die schlichte Dorfschule ihren Bauernkindern so gewiß, als die gelehrte Akademie ihren Zuhörern. Aber Früchte ergeben sich aus solchem Wissensniederschlag nur dann, wenn er sich zu gemütlicher Anteilnahme verfestigt, d. h. zu warmem Mitempfinden der Kulturaufgaben und Lebensschwierigkeiten, vor welche unsere Brüder dort außen gestellt sind, zu vaterländischem Hochgefühl über jeden deutschen Auslandserfolg, zu schmerzlicher Enttäuschung über jedes nationale Zurückweichen in der Ferne. Denn erst solche immer wieder frisch zu nährenden Schwingungen lösen bei der Seele diejenige Stimmung aus, die nicht mehr anders kann, als werktätig mitarbeiten. Mag nun solche selbständige Beihilfe zunächst sich bekunden etwa nur im Beitritt zu einer auslandspolitischen Zweckkörperschaft, in der Spende von Geldbeiträgen, oder in dem staatsbürgerlichen Einstehen für solche Volksvertreter, welche die notwendigen Mittel für deutsche Auslandsbetätigung zu bewilligen sich verpflichten — mit jedem solchen Zeugnis hat sich eine schöne Blüte der deutschen Auslandsstudien beim Inlandsdeutschtum erschlossen. Solche Hingebung vermochte schon die weltweite Spannung der verflossenen Kriegsschicksale zu wecken; geradezu zur vaterländischen Pflicht wird sie uns gestempelt durch den Gedanken an die unsagbar schwierige Stellung, welche den Auslandsdeutschen aus einem unseligen Ausgang des Weltringens zu erwachsen droht. So stellt diese ganze Entwicklung eine folgerichtige Stufenreihe dar, welche die inlandsdeutsche Erkenntnis zu durchlaufen hat. Zu ihrer Anbahnung und Entfaltung sind alle Geistesmächte und Erziehungskräfte unseres Kulturlebens mitberufen: Staat und Heer, Schule und Kirche, Familie und Gemeinde, Kunst und Presse, Volksbildungswesen und Volksvertretungskörperschaften.

Ob freilich die Auslandsstudien in Wahrheit von demjenigen Erfolg gekrönt sein werden, dem ihre ganze Einführung gilt, diese Probe ergibt sich letzten Endes nicht aus dem Verhalten der Reichsdeutschen in der Heimat, sondern aus dem Wesen und Wirken der Auslandsdeutschen selbst draußen in der Fremde. Welch schwere Bürde vaterländischer Verantwortung ruht darum — das muß unverblümt ausgesprochen werden — auf unseren Auslandsdiplomaten zumal in den

leider wohl bevorstehenden Zeitläuften einer gesunkenen Machtfülle unseres Vaterlandes! Sicherlich darf unser Volk für die Zukunft eine bessere Wahrung seiner höchsten Lebensinteressen in der Welt draußen von diesen amtlichen Vertretern Deutschlands erwarten, als dies bisher der Fall zu sein pflegte. Gerade für die Vorbildung solcher berufsmäßiger Deutschtumsstützen in fernen Landen müssen die Auslandsstudien ihre allseitige Durchdringungskraft bewähren, wenn anders auf diesem dornenvollen Betätigungsfeld ein späterer Wiederaufstieg erzielt werden soll. Auf der einen Seite muß diese Männer zu dem entlegenen Schauplatz ihres Wirkens ein tief eingegrabenes Bewußtsein vom Feingehalt unseres deutschen Wesens begleiten; der Hochwert unserer nationalen Eigenart muß ihnen ebenso in Fleisch und Blut übergegangen sein, wie sie von der Ausstrahlungsfähigkeit und -notwendigkeit der deutschen Kultur durchdrungen sein sollten. Denn trifft dies nicht zu, wie vermögen sie dann selbst in ihrer Person Verkörperer des Deutschtums zu werden, wozu sie doch in erster Linie ausersehen sind, oder wie können sie anders Mittelpunkte deutscher Auslandsbeeinflussung abgeben, was doch ihres Amtes oberste Bestimmung und folgenschwerste Verpflichtung sein muß? Aber ebenso umfassend soll sich auch ihre Erkenntnis gestalten von der fremden Umwelt, in die sie als Deutsche einzutreten haben, nach der vollen Ausrundung aller einschlägigen Lebensbeziehungen hin in Staat und Bewohnern, Kunst und Wissenschaft, Handel und Verkehr, Erwerbsquellen und Bevölkerungsschichten. Wie darf man sonst, bei Ermangelung einer solchen geistigen Einfühlung, von ihnen erwarten, daß sie in geschickter politischer Anpassung, in zielbewußter wirtschaftlicher Anknüpfung, in rastloser kultureller Einbohrung das deutsche Wesen und die deutsche Bildung in das fremde Volkstum hinüberzuleiten vermögen? Aus solchen Erwägungen heraus sei wenigstens andeutungsweise die Frage angeschnitten, ob es von unserer Regierung wohlgetan ist, unseren diplomatischen Auslandsbeamten einen oft überraschend schnellen Wechsel ihres Tätigkeitsschauplatzes aufzuerlegen. Widerspricht es nicht eigentlich allen naturgemäßen auslandsbildungspolitischen Grundlagen, wenn ein Botschafter oder Gesandter etwa im Lauf von einem Jahrzehnt das Deutsche Reich zuerst in Montevideo, dann in Tokio und zuletzt in Lissabon vertreten soll? Ist die Inhaltsfülle des unschönen, aber gewichtigen Fremdwortes „Kontinuität" auf dem Boden der Auslandsdiplomatie eine so gering einzuschätzende Größe? — Nein, die Auslandsstudien sollen für unser Auslandsdeutschtum mit der Zeit eine Diplomatenschule heranbilden, welche die beiden Geistesadern tiefgewurzelten Deutschbewußtseins und vielseitiger Auslandskenntnis in sich zu verschwistern weiß zu einem starken, hochgemuten Verantwortlichkeitsgefühl, das für jene intellektuellen Kräfte die sittliche Verankerung bedeutet in der Verpflichtung, die Vertretung des Heimatreichs in der Fremde nach den Geboten unbedingt nationaler Vorbildlichkeit durchzuführen.

Um so gestaltete „offizielle" Mittelpunkte wird sich dann das „private" Auslandsdeutschtum, wo es auch sei, mit froher Bereitwilligkeit scharen. Uns Heimatdeutschen, die wir nun einmal nicht lassen können von Parteizerklüftung und Kleinstaatseifersucht, wollte es oft wie ein Märchen dünken, wenn uns von wohlbestellten Überseesiedelungen gemeldet wurde, daß sich dort Reichsdeutsche, Deutschösterreicher und Deutschschweizer als *eine* Einheit, einfach als Deutsche fühlen. Und welch beschämenden Tiefstand deutschen Auslandsbewußtseins verraten dagegen die Zustände an solchen Orten in der Ferne, wo sich sogar die eigenen deutschen Vereine und Verbände oft gegenseitig bekämpfen zum Jubel und Vorteil der Fremden! Auch in diese Furchen müssen die Auslandsstudien einen vollkörnigen Samen streuen. Durch ihre För-

derung sollte erzielt werden, daß der deutsche Auslandskaufmann erst dann fragt: wie verdiene ich am meisten Geld?, wenn er sich vorher davon Rechenschaft gegeben hat: wie mache ich dem deutschen Gewerbefleiß auf meinem Außenposten Ehre?, wie bereite ich deutschen Musterwaren den Weg in die fremden Handelsverflechtungen? Der deutsche Auslandsbauer, wohl auch bis jetzt schon der wirkungsvollste Verkörperer und Ausbreiter deutschen Wesens, darf nicht bloß der fremden Scholle durch zähdeutsche Beackerung mühevollen Ertrag abzuringen suchen, sondern seine ganze Siedlungsweise soll sich als ruhender Pol deutscher Bodenständigkeit und Familienzucht bewähren. Und die akademisch Gebildeten unter den Auslandsdeutschen, die Geistlichen und Lehrer, Ärzte und Journalisten, Künstler und Wissenschaftler, sie müßten — wiederum kraft der Auslandsstudien, die sie von deutschen Hochschulen in die Fremde bringen —, in Wahrheit Pioniere deutscher Geistesübertragung auf das fremde Volkstum abgeben. Gerade in der deutschen Auslandsschule und -presse schlummern vaterländische Bildungskräfte, die, wenn das entsetzliche Weltringen mit den Mordgeräten erlischt und der gewaltige Kulturkampf mit den Geisteswaffen wieder anhebt, in breitem Fluß ihre Befruchtungsrinnsale entfesseln müssen. Auch die unserem Wesen innewohnende Begabung zum Erlernen fremder Sprachen ist dann in der Richtung umzubiegen, daß sie sich uns zum wertvollen Werkzeug gestaltet, in die fremde Geisteswelt deutsche Kulturkeime einzusenken, aber nicht, daß sie uns als Prunkmittel diene, um uns bei den Andersredenden einzuschmeicheln. Den Sinn für charaktervolle Haltung in aller Auslandspolitik zu festigen bei den Inlands- wie bei den Auslandsdeutschen, dieses Ziel ist einer der reinsten Sterne, auf den jene Auslandsstudien zusteuern sollen. Die bisher leider so tief eingewurzelte Anschauung vom Kulturdünger, zu dem wir Deutsche in der Fremde gerade gut genug seien, muß in uns selbst und in den Herzen der Fremden von nun an ein für allemal ausgetilgt sein.

Als Weckruf aus schwerer Vaterlandsnot ließ vor mehr denn 100 Jahren Fichte in seinen Reden die Forderung einer geläuterten Nationalerziehung erschallen. Ähnliche Töne schlägt, in nicht minder ernster Zeit, die preußische Denkschrift zur Förderung der Auslandsstudien an. Als ihr gewichtiger Inhalt aus dem Schoße der preußischen Unterrichtsverwaltung hinausging in die deutschen Lande, standen unsere Truppen nach beispiellosen Siegen überall tief in feindlichen Gebieten. Jetzt, da diese Zeilen zum Abschluß gebracht werden, sind wir nach mehr als 4jähriger löwenkühner Abwehr am Erliegen. Die schönen Träume vom Weltdeutschtum und Weltpolitik sind wohl für lange zerronnen. Aber um so gewichtiger gebietet das Leid der Gegenwart und die Beklemmung der Zukunft, mit vertiefter Teilnahme derer zu gedenken, die nach wie vor als unsere Stammesbrüder in der Fremde ausharren müssen und dabei den festen Willen bewahren, auch fernerhin Deutsche zu bleiben. Darum gehören in dem erneuerten Deutschland, so wie es aus dem Weltkrieg hervorgehen wird, erst recht zusammen Auslandsstudium und Auslandsdeutschtum.

Unsere heutige Mädchenverbildung.

Von M. Holzmann-Braunschweig.

Krieg und Schule! Über drei Jahre lang wird das Thema mit deutscher Gründlichkeit von allen Seiten beleuchtet. Woran liegt es nur, daß bis jetzt so wenig dabei herausgekommen ist? Wahrhaftig, es ist eine seltsame Sache! Fachmänner und öffentliche Meinung — alles ist sich im Grunde darüber einig, daß besonders unser höheres Schulwesen reformbedürftig sei. Man fordert stärkere Betonung der nationalen Gesichtspunkte, mehr Pflege der körperlichen Tüchtigkeit, Einschränkung des Wissensstoffes und der reinen Gedächtnisarbeit und dafür mehr Charakter- und Willensbildung — kurz alles das, was man unter staatsbürgerlicher Erziehung versteht. Wie gesagt, darüber ist man sich im wesentlichen einig.

Aber sobald nun einer Ernst macht und mit Einzelheiten, mit praktischen Vorschlägen kommt, ändert sich das erfreuliche Bild. Sofort beginnt ein Wirrwarr der Meinungen, ein Durcheinander von Plänen. Jeder hält sein Steckenpferd in Bereitschaft. Denn die meisten sehen die ganze Sache leider immer noch vom Standpunkte *eines* Lehrfaches aus an und suchen ihre Einzelwünsche zur Geltung zu bringen. Es fehlt ihnen ein großer absoluter Maßstab. Trotz der schönen allgemeinen Grundsätze von Nationalerziehung und Staatsbürgersinn bleiben sie engherzige Fachmenschen, und die große verheißungsvolle Bewegung endigt in einem kleinlichen Feilschen um ein paar Wochenstunden des Lehrplans. Und dabei tritt dann häufig ein Umstand hervor, der des Humors nicht entbehrt. Die einen rufen: „Mehr Vaterländisches! Mehr Deutsch, mehr Geschichte, mehr Erdkunde!“ — Die andern: „Gewiß! Ganz unsere Meinung! Nur darf das nicht auf Kosten unserer altehrwürdigen klassischen Sprachen geschehen!“ — Die dritten: „Weniger Breite! Mehr Tiefe! Multum, non multa! Übrigens müssen die Naturwissenschaften mehr gepflegt werden!“ — Die vierten: „Sehr richtig! Einverstanden! Aber auch die neueren Sprachen verlangen ihr Recht! Und ohne Russisch, Türkisch, vielleicht auch Spanisch kommt der Deutsche der Zukunft nicht mehr aus.“

Hier steckt des Pudels Kern! Man scheut den entschlossenen Kampf für die eigenen Ideen. Man erkennt in allzu großer Verbindlichkeit die Bestrebungen der andern gern an und läßt sich dafür die Berechtigung der eigenen bescheinigen. Man sieht nicht das harte Entweder — Oder. Man will wieder einmal, wie es in Deutschland öfter geschieht, alles zugleich: Beschränkung und Vertiefung und doch auch wieder Erweiterung der Wissensgebiete: man erhebt neue Forderungen und will keine Abstriche dulden. So kommen wir allerdings nicht weiter. Wie denkt man sich diese „Reform“? Es ist ja sehr wünschenswert, daß Neuerungen nicht Hals über Kopf eingeführt werden, daß kein plötzlicher Bruch in der Entwicklung, kein Riß in der Überlieferung entsteht — aber damit ist noch nicht gesagt, daß wieder Kleinigkeiten und Flickarbeit das ganze Ergebnis unserer Bemühungen sein sollen. Ohne entschlossenen Willen zu *wesentlichen* Änderungen geht es diesmal nicht. *Volksgesundheit, Gemeinsinn und wahres Deutschtum* sind unsere Leitsterne. Wer das Ziel will, muß aber auch die Mittel dazu wollen. Und wo gehobelt wird, fallen Späne.

Der erste Grundsatz, den man nicht aus den Augen verlieren darf, heißt also: Weniger und gründlicher! Die Bedeutung des alten Gymnasiums ruhte auf der

Einheitlichkeit und Geschlossenheit seines Lehrziels. Heute ist an deren Stelle eine buntscheckige Allerweltsbildung getreten, deren Mängel klar zutage liegen. Und bei den Realanstalten ist es nicht besser. Die Gefahren der übermäßigen Wissenshäufung und Gedächtnisbelastung sind allgemein bekannt: Oberflächlichkeit und Halbbildung einerseits und ernste Gesundheitsschädigungen anderseits. Warum das bisher nicht allzu auffällig in Erscheinung getreten ist, das wird nachher noch auseinandergesetzt werden. Auf einem besonderen Gebiete aber drohen diese Gefahren, schon jetzt übermächtig anzuwachsen: das ist *das höhere Mädchenschulwesen*. Hierüber muß man einmal laut und schonungslos die Wahrheit sagen, und ich will nur hoffen, daß die Wirkung nicht ausbleibt. Denn Eile und Tatkraft tun dringend not, wenn hier nicht unersetzlicher Schaden angerichtet werden soll. Es handelt sich — wie man sehen wird — in gewissem Sinne um die Zukunft der Nation.

Das Lyzeum, d. h. die höhere Mädchenschule in ihrer heutigen Form, ist bekanntlich erst wenige Jahre alt. Die damalige „Reform" schuf die älteren, untereinander oft recht verschiedenen Anstalten nach dem Muster der höheren Knabenschulen um, vermehrte den Lehrstoff, verbesserte und verschärfte die Unterrichtsmethoden und verlieh dafür auch den Besitzerinnen des Abgangszeugnisses gewisse Berechtigungen. Kein Zweifel, daß die Reform ihr Gutes gehabt hat. Sie gab diesen Schulen erst Würde und Ansehen, stellte sie in Bedeutung und Organisation erst den anderen höheren Anstalten gleich; aber sie beging auch den schweren Fehler, nach einem Vorbilde zu formen, das selber sehr verbesserungsbedürftig war. Alle die Mängel, an denen die höheren Knabenschulen kranken, wurden so mit herübergenommen, und die Natur der Dinge brachte es mit sich, daß diese Mängel hier viel deutlicher sichtbar wurden und schlimmere Folgen hatten.

Die Gründe dafür liegen in der *tiefen Verschiedenheit männlichen und weiblichen Wesens*, die auch schon in der Jugend klar zutage tritt. Die Zeiten der Gleichmacherei mit dem fragwürdigen Erziehungsideal der Koedukation liegen ja glücklicherweise hinter uns, aber noch immer scheint man die Größe und Bedeutung des Geschlechtsunterschiedes auf geistigem Gebiete zu unterschätzen. Es kommt da weniger auf die eigentliche Begabung an — obwohl auch da von Gleichheit keine Rede sein kann — als auf seelische Eigentümlichkeiten.

Das Mädchen steht dem Lernstoff, dem Lehrer und überhaupt der ganzen Schule wesentlich anders gegenüber als der Junge. Der ist im allgemeinen viel eigenwilliger und selbständiger, kritischer und dickfelliger, hat mehr Korpsgeist, wehrt sich seiner Haut und besitzt in hohem Grade den Blick für das, worauf es in der Schule „ankommt". Er findet das Mindestmaß der nötigsten Kenntnisse bald heraus und windet sich gewöhnlich ohne allzuviel Fleiß durch alle die „Anforderungen" geschickt hindurch. Was ihn nicht interessiert, läßt er, wenn irgend möglich, links liegen. So gleicht sein gesunder Sinn in vieler Beziehung die Fehler unseres Systems wieder aus. — Das Mädchen dagegen ist im Durchschnitt viel ängstlicher und gewissenhafter, klammert sich an jede Einzelheit, hat mehr Sinn für Autorität, will jeden Lehrer zufriedenstellen, ist gehorsamer und fleißiger. So lernt es alles, was ihm vorgesetzt wird, mit oft rührendem Pflichteifer — *und das Ergebnis ist niederschmetternd*. Hier zeigt sich eben so recht, wohin die hochgespannten Forderungen allzu vieler Lehrfächer führen müssen: Das überanstrengte Fassungsvermögen läßt alles Gelernte durchlaufen wie ein Sieb das Wasser. Es ist nicht zu glauben, wieviel ein fleißiges und mittelbegabtes Mädchen, das zehn Jahre hindurch nach vorzüglichen Methoden von tüchtigen Lehrern unterrichtet ist, *nicht* weiß. Und schon das bedeutet den Bankerott unserer heutigen Lehrpläne.

Dazu kommt noch eine ganze Reihe anderer übler Folgen. Wo noch Kenntnisse vorhanden sind, ist es gewöhnlich nur ein zusammenhangloses Einzelwissen. Fast nirgends begegnet man wirklichem Verständnis, überall herrscht eine gleichmäßige Oberflächlichkeit. Etwas französisch und englisch parlieren können, einige unbehagliche Erinnerungen an Racine oder Dickens, ein bißchen Schwärmerei für Goethe und die Frau von Stein; verblaßte Vorstellungen von Perserkriegen, römischen Konsuln, Karl dem Großen, Luther und Napoleon; neuerdings auch allerlei krause Ansichten über Mathematik und chemische Formeln — das ist gewöhnlich das Ergebnis eines zehnjährigen Schulbesuchs, eines rührenden Fleißes, und das nennt man dann deutsche Bildung! Was wirklich wertvoll und wichtig ist, das sucht man gewöhnlich vergebens; es ist unter den Schuttmassen aller möglichen Lern- und Wissensstoffe ganz erstickt.

Das erste, was man von einer wirklichen Bildung fordern kann, sollte doch wohl die Fähigkeit sein, sich in der Muttersprache richtig und geschmackvoll auszudrücken. Dieses Ziel wird aber längst nicht mehr erreicht. Die Unbeholfenheit, Unreife und Schwerfälligkeit des Ausdrucks nimmt in erschreckender Weise von Jahr zu Jahr zu. Der Grund liegt offenbar darin, daß der ganze heutige Schulbetrieb, das Vielerlei des Wissensstoffes, der Wettbewerb der einzelnen Lehrfächer die Zeit und Arbeitskraft des Mädchens so in Anspruch nehmen, daß es kaum noch dazu kommt, für sich etwas Wertvolles und Gutes zu lesen. Die Beherrschung der eigenen Sprache aber erlernt sich nur an guten Mustern, nicht durch Übersetzung aus fremden Sprachen oder durch grammatischen Drill, wie uns überkluge Philologen weismachen wollen. Wer viel gute deutsche Prosa liest, gewinnt spielend die Fähigkeit, sich selbst gewandt und richtig auszudrücken; wer in den bildungsfähigsten Jahren nicht dazu kommt, wird immer ein ungeschickter Stümper bleiben. Und das trifft leider auf die meisten unserer Mädchen zu, die das Lyzeum durchgemacht haben. — Ein weiterer Übelstand, der aus derselben Ursache entspringt, ist die geradezu unglaubliche Verständnislosigkeit gegenüber ganz bekannten Redewendungen, Sprichwörtern, Anspielungen und weiter der unentwickelte Sinn für bildliche Ausdrücke und für Vergleiche. Was jeder Mann aus dem Volke ohne weiteres versteht, das ist unseren „Lyzeistinnen" ein böhmisches Dorf. Sie sind so verbildet, daß sie den gesunden Menschenverstand, den einfachen Mutterwitz meist völlig eingebüßt haben. Ich könnte dafür erstaunliche Beispiele anführen.

Was neben diesen schweren Mängeln am meisten auffällt, ist das klägliche Versagen in den einfachen Künsten des bürgerlichen Rechnens. Die „Reform" hat eine große Erweiterung des mathematischen Lehrstoffes gebracht, aber man beging auch hier den Fehler, das Ziel viel zu hoch zu stecken. Die Folge ist, daß die Mädchen, sich und dem Lehrer zur Qual, verwickelte Konstruktionsaufgaben lösen, quadratische Gleichungen verstehen oder Funktionsbegriffe anwenden sollen, daß sie aber mit gewöhnlichen Dezimalbrüchen nicht mehr umgehen können und im einfachsten Kopfrechnen unglaubliche Schwerfälligkeit zeigen.

Ganz ähnlich steht es mit den Naturwissenschaften, mit Erdkunde und Geschichte. Überall zu hohe Unterrichtsziele, gespreizte Gelehrsamkeit und daher klägliche Mängel in den Grundlagen, in allem, was man für selbstverständliche Voraussetzungen hält. Über Elektrolyse oder paläozoische Formationen wissen die Mädchen gar erbaulich zu reden, aber von Tierwelt und Pflanzenreich haben sie finstere Vorstellungen, und auf der Karte von Deutschland ist ihnen manches Gebiet eine völlige Terra incognita. Der geschichtliche Lehrplan verlangt z. B. die

Kenntnis des Peloponnesischen Krieges, der gracchischen Reformversuche und des Investiturstreites, bringt die Namen eines Darius, Aristophanes, Pyrrhos, Tarquinius, Cato, Mithridates, Vespasian, Stilicho, Pipin, Konrad I., Urban II. und vieler anderer, die nicht minder fernliegen. Das Ergebnis aber ist ein hoffnungsloses Durcheinander von 30 Jahrhunderten und eine beschämende Unwissenheit über diejenigen geschichtlichen Vorgänge und die Männer, die ein deutsches Mädchen, das auf Bildung Anspruch macht, genauer kennen sollte.

Kurz — wohin man blickt, überall dieselbe Erscheinung. Großartige Lehrpläne und jämmerliche Ergebnisse, totes Einzelwissen und mangelndes Verständnis; ein Riesenaufwand an Eifer und gutem Willen von beiden Seiten, von Lehrern und Schülerinnen und doch ohne Erfolg; außen eine glänzende Fassade, innen kahle Dürftigkeit. Jedes Fach, mit Hochdruck arbeitend, macht dem andern allzu scharfen Wettbewerb, und das Gedächtnis des Mädchens, von allen Seiten gleich stark in Anspruch genommen, weiß sich nicht anders zu helfen als dadurch, daß es möglichst schnell Wertvolles und Wertloses ohne Unterschied wieder los zu werden sucht. Das heutige Lyzeum ist im Grunde nur ein großes Danaidenfaß. Von oben wird täglich fünf Stunden lang allerlei Wissen hineingepumpt, unten aber läuft es unaufhörlich wieder heraus.

So wirkt das System, das schon an den höheren Knabenschulen recht bedenkliche Folgen hat, auf dem Gebiete der Mädchenbildung besonders unheilvoll. Alle Schattenseiten treten hier noch viel mehr hervor. Und es zeigt sich, daß es ein verhängnisvoller Fehler war, die alten Methoden einfach in die Lyzeen zu verpflanzen und auf deren ganz anders geartetes Schülermaterial keine Rücksicht zu nehmen. Und doch ist die Hauptgefahr, die daraus entspringt, bisher noch gar nicht berührt. Das ist die Gefahr, die der Gesundheit unserer Mädchen und weiterhin der ganzen Nation droht.

Es scheint, als ob die maßgebenden Stellen, als sie vor einigen Jahren die Reform durchführten, ihre Augen geflissentlich vor der Tatsache verschlossen hätten, daß der weibliche Körper zarter und schonungsbedürftiger als der männliche ist. Aber diese Tatsache besteht und läßt sich durch keine Behörde aus der Welt schaffen. Dazu kommt das, was ich weiter oben über die größere Ängstlichkeit, den Eifer, die Gewissenhaftigkeit der Mädchen ausgeführt habe. Danach ist es klar, warum diese von den Forderungen der Schule viel härter mitgenommen werden als die Knaben. Sie arbeiten mehr und sind dabei schwächer, nervöser, weniger widerstandsfähig. Die Folgen sind schon jetzt, nach wenigen Jahren, für jeden aufmerksamen Beobachter deutlich zu erkennen und werden immer mehr hervortreten. Es ist auffällig, wieviel kümmerliche und schwächliche Erscheinungen man jetzt in den oberen Klassen bemerken kann. Früher war das längst nicht so der Fall. Frische, blühende, jugendkräftige Menschenkinder sind auf den heutigen Lyzeen viel seltener geworden. Es gibt genug Mädchen, die am Nachmittag kaum noch ins Freie kommen, weil die Schularbeiten sie zu lange ins Zimmer bannen. Und das gerade in den Entwicklungsjahren!

Auch in Einzelheiten zeigt sich derselbe Zug. Bekanntlich weisen die deutschen Männer unter allen Völkern den größten Prozentsatz an Brillenträgern auf. Das kommt vor allem auf die Rechnung der Schüler unserer höheren Lehranstalten, der Studenten und überhaupt der Akademiker. Jetzt beginnt sich dieselbe Erscheinung auch unter den Mädchen unserer Lyzeen bemerkbar zu machen. Es gibt kaum noch eine Klasse ohne ein paar Kurzsichtige, die schon Augengläser nötig haben. Selbst acht- oder neunjährige Kinder mit Brillen sind keine Seltenheit mehr.

Wohin soll das alles noch führen? Sieht denn niemand die furchtbare Gefahr, die der Zukunft unseres Volkes, der Gesundheit der Rasse droht? Die Mädchen von heute sind die Mütter von morgen. Von ihrer Frische und Kraft hängt die Tüchtigkeit der späteren Geschlechter ab. Schwächliche Jungen werden nicht Soldaten, und das ist schlimm. Aber diese schwächlichen Mädchen sind noch viel weniger als Einzelwesen zu betrachten, sie stellen unmittelbar das Wohl des Ganzen in Frage. Und das ist schlimmer! Bis jetzt war die Nervosität, die Geißel unserer rastlosen Zeit, hauptsächlich eine Folge allzusehr gesteigerter Berufstätigkeit. Sie herrschte also im allgemeinen nur unter den Männern und unter denjenigen Frauen, die im Getriebe des Erwerbslebens standen. Die Familienmütter waren glücklicherweise noch frei davon. Soll das nun in Zukunft auch anders werden?

Wir sehen, wie jetzt überall die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend gefördert wird. Der Krieg hat uns gezeigt, daß Gesundheit und Kraft die unentbehrlichen Grundlagen nationaler Größe sind. Aber alle diese Bestrebungen würden auf die Dauer vergeblich sein, wenn wir die Gesetze der Vererbung mißachten wollten. Was könnte alle Übung und Ausbildung der Jugend nützen, wenn ihr von den Eltern her die frische Rüstigkeit fehlte? Und da kommt gerade auf die Mütter unendlich viel an. Alle die vielfachen Sünden unseres bisherigen Unterrichtsbetriebes, die Vernachlässigung des Körpers, die zunehmende Kurzsichtigkeit, die geistige Überanstrengung im Beruf — alles das hat die militärische Tauglichkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Männer bis jetzt glücklicherweise, wie der Krieg bewiesen hat, kaum beeinträchtigt. Aber — wohlgemerkt! — nur deshalb, weil die Frauen bisher noch so wenig davon berührt wurden, weil unzählige deutsche Jungen, auch wenn ihre Väter nervös und überarbeitet waren, von ihren Müttern her das kostbare Erbteil unverbrauchter Frische und gesunder Natur mitbekamen, das alle schädigenden Einflüsse der Zivilisation überwinden half. Die ungebrochene Lebenskraft der Mütter, das war bis jetzt noch der Jungbrunnen, in dem die Nation immer wieder ihre Stärke erneuerte.

Wenn also der Unterrichtsbetrieb an unseren Lyzeen unsere Mädchen überlastet und sie körperlich schädigt, so legt er damit die Axt an die Wurzeln der Volksgesundheit. Und wenn dieser ernsten Gefahr wenigstens noch ein wirklicher Gewinn auf der anderen Seite gegenüberstände! Aber davon kann gar keine Rede sein. Ich wiederhole es noch einmal: Die Ergebnisse des in den letzten Jahren immer intensiver gewordenen Unterrichts sind in jeder Beziehung kläglich.

So ist es allen, die sich nicht durch Phrasen und Einbildungen täuschen lassen, ganz klar, daß die jüngst erfolgte Reform des Mädchenschulwesens ein schlimmer Fehler gewesen ist. Warum ist sie denn aber damals eingeführt? Und warum wird sie so schwer wieder zu beseitigen sein? Ist der Ehrgeiz und die Kurzsichtigkeit der Eltern die treibende Kraft gewesen? Aber darüber kann man beruhigt sein. Die Eltern sind Gott sei Dank noch vernünftig genug. Sie würden gern die „Bildung" ihrer Töchter wieder auf das frühere bescheidenere Maß zurückgeführt sehen, wenn sie ihnen damit auch die alte Gesundheit und den alten Frohsinn wiedergeben könnten. „Die Schule! Die Schule!" Das ist jetzt der tägliche Seufzer in unzähligen Familien. Und wenn früher von der Überbürdung der Gymnasiasten so viel geredet wurde — man übertrieb damals zweifellos, denn ein richtiger Junge läßt sich gar nicht „überbürden" — so klagt heute alles über die Belastung der Mädchen, und diesmal ist es leider sehr gerechtfertigt.

Nein, die Eltern sind unschuldig. Die letzten Ursachen der Reform lagen viel-

mehr in den falschen und oberflächlichen Anschauungen der Zeit. Die Frauenbewegung, die heute längst viel klüger und vorsichtiger geworden ist, schoß damals noch gehörig über das Ziel hinaus. Sie schwamm noch ganz im Strome des Individualismus und wollte den Mädchen das Recht auf dieselbe Bildung erkämpfen, wie sie die männliche Jugend genoß. Daß die Mädchen dasselbe (und vielleicht mehr) leisten könnten wie die Knaben, das war damals Glaubenssatz; und die Behörden, im Bestreben fortschrittlich zu erscheinen, gaben diesen Anschauungen nach und richteten die Lyzeen einfach nach dem „bewährten" Muster der höheren Knabenschulen ein. So wurde aus einem Recht auf Bildung für die wirklich Begabten ein Zwang zum Lernen für alle, auch für die vielen, welche gar keine Neigung dazu hatten. Ein Danaergeschenk, dessen Gefahren erst jetzt klar zu erkennen sind.

Man wende nicht ein, daß die berufliche Tätigkeit, der sich ja jetzt so viele Mädchen notgedrungen zuwenden müßten, die neue Lyzealbildung nötig mache. Darauf kann keine Rücksicht genommen werden. Dazu sind Fachschulen da. Unsere allgemeinen höheren Lehranstalten haben sich nicht nach den Erfordernissen der Berufe, sondern der deutschen Kultur zu richten. Als das Ziel der Lyzeen hat demnach zu gelten die Erziehung unserer Mädchen zu gesunden und deutschempfindenden Frauen. Die Überschätzung der rein verstandesmäßigen Bildung muß den Forderungen der Rassenhygiene weichen. Anmut und Kraft sind zehnmal wertvoller als alle einseitige Gehirnentwicklung, besonders wenn deren Ergebnisse so fragwürdig sind, wie das heute der Fall ist.

Mit solchen Zielen und Grundsätzen würde das Lyzeum die geeignetste Anstalt werden für die große Menge und den gesunden Durchschnitt unserer Mädchen, soweit sie den oberen Klassen angehören. Ganz anders aber liegt die Sache bei den Schulen, welche für den Lehrerinnenberuf und das Studium vorbereiten sollen. Hier müßte von vornherein darauf gesehen werden, daß nur wirklich begabte Mädchen, die den gesteigerten Anforderungen gewachsen sind, Aufnahme finden. Keiner Schülerin, deren Fähigkeiten und Wünsche ernst zu nehmen sind, soll der Weg zu höherer Bildung versperrt werden, aber man muß verhindern, daß Mittelmäßige und Ungeeignete sich hier eindrängen und später nur die Masse des geistigen Proletariats vermehren. Für den Durchschnitt also, für alle, die dem natürlichen Berufe der Frau und Mutter zustreben, das Lyzeum, eingerichtet nach den oben entwickelten Grundsätzen! Oberlyzeum und Studienanstalt aber nur für Ausnahmenaturen! Das wäre eine reinliche Scheidung, die allen drei Schulgattungen nur Segen bringen könnte.

Heute liegen die Verhältnisse leider so, daß Oberlyzeum und Studienanstalt eine Menge unzureichender Begabungen mitschleppen müssen und dadurch überall in ihren Aufgaben gehindert werden. Denn seitdem hier die Berechtigung zum Universitätsstudium erworben werden kann, ist der Besuch dieser Schulen geradezu in Mode gekommen. Ein falsch gerichteter Ehrgeiz, unklare Anschauungen über die „Aufgaben der modernen Frau", Überschätzung des rein verstandesmäßigen Wissens sind gewöhnlich die Beweggründe, welche die meisten dieser Mädchen zu ihrem Entschlusse veranlaßt haben. Auf die warnende und abratende Stimme der Lehrer wird selten gehört. Reine Eitelkeit oder die Sucht, es irgendeiner Freundin gleichzutun, können aber natürlich die mangelnde Begabung nicht ersetzen; und das Ergebnis ist schließlich, daß die Mehrzahl der Schülerinnen einerseits die Leistungsfähigkeit der Anstalt und das Unterrichtsziel in Frage stellt, anderseits durch dauernde Überanstrengung ihre Gesundheit schwer schädigt. In der Tat sieht es in dieser Hinsicht

besonders schlimm aus. Die Schülerinnen fehlen häufig, können ihre häuslichen Arbeiten nicht erledigen, bekommen Ohnmachtsanfälle, müssen Erholungsurlaub haben u. a. m. Und da auch hier der Lehrplan viel zu viel verlangt und dem Trugbilde einer möglichst vollständigen Wissensübersicht nachjagt, so ist die Folge eine allgemeine Nervosität und geistige Erschöpfung. Mit dem Wissen und Können ist unter diesen Verhältnissen kein Staat zu machen, und wenn man bei den Reifeprüfungen nicht sehr milde, allzu milde verfahren würde, so wäre die Öffentlichkeit wohl schon längst auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam geworden.

Ach, wenn doch einmal die zielbewußten Wortführerinnen der Frauenbewegung und ihre Nachbeter eine Zeit lang regelmäßig dem Unterrichte an einem Oberlyzeum oder einer Studienanstalt beiwohnen könnten! Wie kleinlaut würden sie bald werden, wenn sie sähen, was sie angerichtet haben! Wenn sie diese Quälerei, diese Unfähigkeit, diese jämmerlichen Leistungen, diese Schlaffheit und Nervosität mit eigenen Augen sehen könnten! Vielleicht würde ihnen doch die alte Erkenntnis wieder aufgehen, daß Hirn und Körperkraft des Weibes im allgemeinen den Vergleich mit dem Manne nicht aushalten, und daß es grundverkehrt war, bei unseren Mädchen Hoffnungen und Wünsche zu erwecken, die nur wenige ausnehmend Begabte zu erreichen vermögen. —

Dies ist in knappen Zügen das Bild der jetzigen Lage. Der Karren unserer höheren Mädchenbildung ist völlig festgefahren. Auf diesem Wege geht es nicht weiter. Und wenn der äußere Eindruck nicht ganz so ungünstig ist, wenn lange Berichte und imponierende Zahlenreihen „die erfreuliche Entwicklung unseres blühenden Mädchenschulwesens" zu beweisen scheinen, so läßt sich dadurch doch nur derjenige täuschen, der über der Schale der Dinge den Kern nicht beachtet. Nicht durch die Anzahl der Schülerinnen, nicht durch die Nummern auf dem geduldigen Papier ihrer Zeugnisse, nicht durch hochtönende Jahresberichte wird der Wert einer Schule bewiesen, sondern durch das, was sie für wirkliche Bildung und Erziehung ihrer Zöglinge leistet. Und wenn das Lyzeum und die ihm angegliederten Anstalten da völlig versagen, so trägt daran lediglich das System die Schuld — dieses System des Vielzuviel, des wertlosen Wissens und der Gedächtnisüberlastung, der Oberflächlichkeit und der verhängnisvollen Nichtachtung aller seelischen Werte. Entschlossene Umkehr ist das einzige Rettungsmittel. Noch ist der Schaden nicht zu groß, noch ist die Gesundheit und Kraft unserer Mädchen nur beeinträchtigt, aber nicht gebrochen.

Die erste Forderung, die man da erheben müßte, wäre größere Bescheidenheit in den Unterrichtszielen und Beschränkung des Lernstoffes. Wohlgemerkt in allen Fächern! Was an Menge verloren geht, wird an Gründlichkeit und Tiefe gewonnen. Das Hetzen und Jagen im Unterricht muß aufhören, der Lehrer muß für sein Pensum reichlich Zeit haben. Dann wird auch wieder größere Freudigkeit in die Schulräume einziehen, und Freudigkeit ist die Mutter aller Erfolge.

Sodann muß das Wissen überhaupt mehr zurücktreten zugunsten der gemüts- und charakterbildenden Werte. Weniger Unterricht und mehr Erziehung! Daß dabei die weibliche Eigenart besonders berücksichtigt werden muß, erscheint selbstverständlich. Tüchtige Frauen und Mütter gilt es zu erziehen — und nicht zu vergessen: deutsche Frauen und Mütter! Und dazu müßte vor allem das Übermaß fremdsprachlichen Unterrichts ganz gehörig eingeschränkt werden. Der Bildungswert dieser Fächer wird immer noch weit überschätzt; er steht in gar keinem Verhältnis zu der gewaltigen Gedächtnisbelastung, die er im Gefolge hat, und zu den Ge-

fahren, die er für die noch ungefestigte deutsch-nationale Gesinnung der Jugend mit sich bringt.

An scharfen Angriffen gegen die Überschätzung des fremdsprachlichen Unterrichts hat es ja nicht gefehlt. Demgegenüber pflegen seine Verteidiger jetzt zu betonen, daß nicht mehr die grammatische und sprachliche Schulung, sondern das Verständnis des anderen Volkes und seiner Kultur als Endziel zu gelten habe. Schön! Was aber kommt in Wirklichkeit dabei heraus? Man fühle einmal einer Durchschnittsschülerin im Oberlyzeum, die also 8 bis 9 Jahre lang Französisch getrieben hat, etwas auf den Zahn, und man wird verblüfft sein, was für Ansichten sie über Frankreich, französisches Wesen und französische Kultur zutage fördert! Ein paar Kenntnisse aus der Literaturgeschichte, ein paar sonstige Einzelheiten und im übrigen hohle Phrasen! Und kann es denn anders sein? Ist es nicht im Grunde recht belustigend, von einem jungen Menschen, der für das Verständnis der eigenen Kultur noch nicht reif ist, Einfühlung in fremde Kulturen zu verlangen? — Dies ist die negative Seite der Sache.

Aber leider hat sie auch eine positive, und die ist noch weniger erfreulich. Wenn nämlich auch der gewünschte Erfolg nicht erzielt wird, so bewirkt die lange und eingehende Beschäftigung mit der fremden Sprache und dem fremden Wesen doch eine bleibende Hinneigung dazu. Die nationale Unzuverlässigkeit unserer Damenwelt — ich wäge meine Worte genau ab! — hat hier ihre tiefsten Wurzeln. In diesem Sinne bedeutet jede französische Stunde einen kleinen Schritt hinüber zu französischem Geist und französischer Lebensauffassung, eine Trübung und Schwächung deutschen Wesens. Und es ist nur die folgerichtige Fortsetzung dieses Treibens, wenn das junge Mädchen, aus der Schule entlassen, in eine „Pension" der Westschweiz geht, um dort den letzten Schliff, d. h. etwas Pariser Politur zu erhalten.

Selbstverständlich darf so etwas nach dem Kriege nicht wieder einreißen. Aber mit Verboten ist natürlich nichts auszurichten. Die ganze Art unserer Erziehung muß vielmehr von vornherein den Gedanken an derartiges gar nicht aufkommen lassen. Erst wenn unsere Schulen noch mehr als bisher zu Pflegestätten deutscher Bildung geworden sind, haben wir die Sicherheit, daß die unwürdige Ausländerei wirklich aufhört. Und so hat es zweifellos tiefe Berechtigung, wenn vor allem eine Einschränkung des fremdsprachlichen Unterrichts, und zwar zugunsten des Deutschen, immer dringender gefordert wird.

Und nun komme ich noch einmal zu dem eigentlichen Zweck meiner Ausführungen zurück. Alle die hier entwickelten Richtlinien einer künftigen Reform werden von den meisten Pädagogen durchweg gebilligt und anerkannt. Aber trotzdem geschieht nichts. Die ganze Frage bleibt im engen Kreise der Fachleute, wird hin und her erörtert, in jeder Einzelheit gründlich beleuchtet und kommt nicht vom Fleck. Darum gilt es, die Öffentlichkeit dafür zu interessieren und die Erkenntnis zu verbreiten, daß es sich hier um eine der wichtigsten Angelegenheiten handelt. Die Schule kann auf die Dauer kein abgeschlossenes Leben für sich führen, sie ist mit der Kultur, mit dem ganzen Leben der Nation aufs engste verknüpft, besonders wenn sie, wie hier, die Volksgesundheit und die Zukunft der Rasse so stark beeinflussen kann. Die Aufmerksamkeit aller Gebildeten muß viel stärker als bisher auf alle diese Verhältnisse hingelenkt werden. Vielleicht veranlaßt dann der Druck der öffentlichen Meinung die maßgebenden Behörden endlich zu schnellem und energischem Handeln. Ohne große Änderungen in der Organisation und vor allem ohne Kosten kann man die schlimmsten Übelstände in kurzer Frist abstellen und wesentliche Verbesserungen einführen. Das hieße in Wirklichkeit dem deutschen Volke einen großen Dienst erweisen.

Veraltetes und Verfrühtes.[1]

Wann wird der Retter kommen diesem Lande?

Von Alterego.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden wollte „die Rechtsbasis im Innern" wiederherstellen, wie er sagte; man brauche dazu nur „um zwei Generationen" zurückzudenken. Das sind die alten Schlagworte der Welfen und der sog. kurhessischen Rechtspartei, die bis vor kurzem noch in einem Wochenblättchen ein Stammtischdasein fristete. Was er damit meinte, ist klar; die Zurückführung Deutschlands in die herrlichen Zeiten des alten Deutschen Bundes vor 1866. Warum will der Erbe von Baden-Durlach, der Sohn einer russischen Mutter, aus Beauharnaisblut, der Mann einer welfisch-englischen Frau; der Freund des Herrn Gerard, den uns dieser, sicherlich völlig selbstlos, angelegentlichst als Reichskanzler empfohlen hat, nicht seinen bemerkenswerten geschichtlichen Sinn dann auch noch etwas weiter rückwärts betätigen; es braucht nur eine Geschlechtsfolge mehr; bis vor die Rheinbundszeit, als der Herr Marquis de Bade-Durlach die pfälzischen Ämter Ladenburg, Bretten, Heidelberg, Mannheim, eine Reihe von Abteien und Reichsstädten; den Breisgau, die Ortenau, die Stadt Konstanz, rechtsrheinische Gebiete von Speyer, Basel, Straßburg, Gebiete des Bistums Konstanz sich einverleibte. Diese Länder gehörten deutschen Reichsständen, den Standesgenossen des Herrn Marquis. Er erwarb sie mit Hilfe und durch Umschmeichelung des siegreichen Landesfeinds, Napoleons; auf Kosten der deutschen Fürsten, die nicht mitkriechen wollten vor Napoleon.

Das Haus Hohenzollern hat Hannover und Kurhessen in ehrlichem Kriege mit den Waffen erobert. Das war von jeher ein völkerrechtlicher Erwerbsgrund; und die kriegerische Macht hat, nebenbei bemerkt, sicherlich immer noch eine edlere und bessere sittliche Unterlage als die Geldmacht, die künftighin die Schicksale der Völker bestimmen soll. Der Rheinbundfürst hat seine Erwerbungen durch feindliche Waffen gemacht; als Belohnung für Rheinbundverdienste um Napoleon; das heißt auf deutsch als Belohnung für Landesverrat an Deutschland.

Als Deutschland am tiefsten gefallen war, unter Napoleon, war auch das Haus Hohenzollern gefallen, und es erhob sich wieder mit Deutschland. Der Rheinbundfürst dagegen baute seine Größe auf Deutschlands Niederlagen auf.

„Sie müssen wissen," schreibt Napoleon an seinen Bruder Ludwig von Holland, „daß die Vernichtung der deutschen Nationalität eine notwendige Hauptaufgabe meiner Politik ist". Er wußte, was er tat, als er Preußen vernichtete und die deutschen Mittelstaaten stark machte.

Sollen wir zu den Zuständen zurückkehren, da die kleinlichste Haus- und Heiratspolitik seiner Fürsten und Fürstchen das Schicksal Deutschlands bestimmte?

Man wende nicht ein, das sei leidenschaftlicher Rechtssinn und Legitimismus vom Prinzen Max. Denn die Entstehung der Großherzogtümer des Rheinbundes war unendlich viel mehr umstürzlerisch und rechtsbrecherisch als die Veränderungen

[1] Die Schriftleitung beabsichtigt, unter dieser Zusammenfassung kleinere Betrachtungen, Mitteilungen und Stimmungsbilder zu bringen, die entweder bereits überholt sind oder der Lage vorauseilen, ihres Gedankens oder ihres Inhalts wegen aber doch bemerkenswert sind.

von 1866. Übrigens, wenn die Welt dann so legitimistisch ist, warum erbt der zweifellos einzig legitime, der Stuartprinz von England, der Wittelsbacher, nicht das englische Geschäft?

Wenn den Hohenzollern die Reichsfahne für immer entsunken sein sollte; sie werden in unserer Geschichte doch neben den sächsischen und salischen Herrschergeschlechtern stehen und den Hohenstaufen; den Hohenstaufen, bevor das jüdische Blut der normannischen Konstanze, der Enkelin des Bankiers Pierleone, uns in dem Mischling Friedrich dem Zweiten von Hohenstaufen den verhängnisvollsten Herrscher unserer mittelalterlichen Geschichte bescherte.

Noch eine kleine geschichtliche Erinnerung gestatten wir uns für den Fall, daß das welfische Familiengut, wenn auch als Republik, wieder hergestellt werden sollte. Eine kleine Erinnerung darüber, wie Hannover an die Strommündungen Deutschlands gekommen ist. Der 30jährige Krieg endigte bekanntlich damit, daß sämtliche deutsche Stromausgänge unter die Aufsicht ausländischer Mächte gekommen waren. Und diese wirtschaftliche Fesselung des europäischen Herzlandes war der Schemel des englischen Aufstiegs. England wußte ganz genau, daß seine ungeheuerliche Weltstellung auf der Niederhaltung Europas gegründet ist. Im Nordischen Kriege wurden die Schweden aus dem Gebiet zwischen Weser und Elbe wieder hinausgeworfen, von dem aus sie deren Ausgänge beherrschten. Aber — das so wiedergewonnene Gebiet kam an — Hannover, d. h. an England, mit dem Hannover seit 1714 vereinigt war. Als nach den Befreiungskriegen die deutsche Küste, die bis Hamburg und Lübeck französisch gewesen war, wieder frei wurde — da bewirkte wiederum England, daß Ostfriesland und damit die Emsmündung an Hannover also unter englische Herrschaft kam. Ostfriesland war 1744 durch Erbgang an Preußen gefallen. Die Ostfriesen wollten wieder zu Preußen, und Preußen wollte sein Ostfriesland wieder haben. England verhinderte es; Preußen, ein lebensfähiger deutscher Staat, durfte nicht an die Nordsee grenzen. Hätte der Erbmarkgraf von Baden-Durlach wirklich das Familiengut seiner Frau wieder hergestellt, so müßten wir daran erinnern, wie diese Erwerbungen des Welfenhauses zustande gekommen sind; durch das Ausland, durch den Feind Deutschlands.

Die Führung Deutschlands hat immer unter den großen deutschen Stämmen gewechselt. Erst führten die Franken, dann stellten die Sachsen den Kaiser. Mit den Hohenstaufen führten die Schwaben, die auch später noch des Reiches Sturmfahne trugen; aus denen auch das Geschlecht der Hohenzollern stammt. Brandenburg und Preußen sind ihrem Kerne nach niedersächsisches Siedelungsgebiet; Deutschösterreich ist, mit Ausnahme des alemanischen Vorarlberg, Siedelung des Bayernstamms; wie die Mundart noch deutlich bekundet. In der langen Zeit während das deutsche Kaisertum beim Erzhause Österreich war, hatte im Grunde der Bayernstamm die Führung in Deutschland, wie mit Preußen der Niedersachsenstamm.

Bayern war das einzige Stammesherzogtum, das sich bis zur Jetztzeit erhalten hatte.

Bayern wäre in erster Linie berufen, die deutschösterreichischen Brüder zu retten. Die Wittelsbacher waren Grafen von Andechs und damit Herzoge von Meran; schon einmal war Tirol beim Hause Wittelsbach und damit bei seinem bayerischen Mutterstamm. Eine Vereinigung von Tirol-Bayern wäre auch heute noch das Zweckentsprechendste.

Politische Betrachtungen.[1]

Von Hans von Liebig.

Stimmung.

Erste Tatsache: Die Westfront wankt. Eine deutsche Offensive stößt ins Leere; ein geschickt angelegter Gegenstoß von der Flanke her zwingt dazu, die ganzen Frontteile zurückzunehmen. Eine zweite feindliche Offensive weiter nördlich endet, begünstigt vom Nebel und der Tanksüberraschung, mit einer schweren deutschen Schlappe und einem tiefen Einbruch in die deutschen Linien. Glückszwischenfälle, wie sie sich in jedem Krieg ereignen. Aber nun folgen Angriffe auf Angriffe von den Vogesen her bis zur Nordsee, überall erringt der Feind Erfolge; die ganze deutsche Front weicht; Ostende und Brügge müssen geräumt werden.

Als Ursachen kommen vier Möglichkeiten in Betracht. Entweder hat die Heeresleitung versagt. Oder die feindliche, quantitative und qualitative Übermacht an Menschen und Material ist tatsächlich an der ganzen Front zu groß. Oder Foch versteht es, durch seine ausgezeichneten Transportmittel an die Offensivstellen jeweilig eine Übermacht zu werfen, der die deutschen Truppen beim besten Willen nicht standzuhalten vermögen. Oder es fehlt am besten Willen. Die deutschen Truppen oder Teile davon könnten wohl, aber sie mögen nicht mehr.

Zweite Tatsache: Nach wenigen Wochen stockt der Fochsche Angriff. Die Front ist beim Rückzug nirgends zerrissen; also hat die Heeresleitung nicht versagt. Die verhältnismäßige Überlegenheit des Feindes über das deutsche Heer an frischen Menschen und ausgezeichnetem Material ist geblieben; trotzdem hält die deutsche Front jetzt stand. Also kann auch das Mehr an Menschen und Material nicht die Ursache der feindlichen Siege gewesen sein. Bleibt nur der mangelnde Wille der Truppen oder deutscher Truppenteile. Es ist nicht mehr der alte Geist, dieselbe Stimmung in den Truppen wie früher. Denn noch ein Jahr vorher hielten die gleichen Truppen an den gleichen Stellen einer gleichen Übermacht stand. Die heutige feindliche Übermacht war auch nicht plötzlich nach dem Marneübergang aus dem Boden gestampft worden; schon die glänzenden deutschen Siege des Frühjahrs und Sommers 1918 waren gegen diese Übermacht erfochten worden. Die Ermüdung unserer Truppen reicht auch nicht zur Erklärung aus, denn ganz frisch ausgebildete junge Mannschaft versagte ebenso wie alte.

Zur Zeit der Kupferenteignung hatte ich ein hochpolitisches Gespräch mit meinem Hafnermeister von ..... am Starnberger See. Das Ergebnis seiner Betrachtungen war: Der ganze Krieg ist Schwindel, unternommen damit die reichen Händler und Industriellen noch mehr Geld verdienen als vorher, und aus dem gleichen Grunde wird er ständig verlängert. Er erläuterte dies zunächst an meinem Waschkessel. „Sehen Sie, Ihren Kupferkessel habe ich Ihnen vor 10 Jahren um 30 M. geliefert." (Für die wirkliche Richtigkeit der aus dem Gedächtnis wiedergegebenen Zahlen stehe ich nicht ein; aber das ungefähre Verhältnis stimmt.) „Jetzt erhalten Sie dafür 20 M. vergütet. Der neue eiserne Ersatzkessel kostet Sie 40 M. Hätten Sie sich nicht an den amtlich vorgeschriebenen Zeitpunkt gehalten, sondern 14 Tage gewartet, hätte ich Ihnen genau den gleichen Kessel um 30 M. liefern können; denn die Industrie kann die Kessel, wie sich herausstellte, in der erforderlichen Zeit in genügend großer Menge herstellen; es herrscht also in Wirklichkeit nicht die Knappheit an Ware, die

[1] Abgeschlossen am 15. November 1918.

man anfänglich zur Preissteigerung benutzte, und jetzt sind mir die gleichen Kessel um 10 M. billiger angeboten."

Die kleinen Gewerbetreibenden, die kleinen Kaufleute sind für breite Schichten des Volkes die politisch bestimmenden Kreise. Am Wirtshausstammtisch des Herrn Hafnermeisters und im Laden des Kolonialwarenhändlers wird die Stimmung des Dorfes, der kleinen Stadt, in weitem Umfang sogar die der Großstadt gemacht. Alle haben unmittelbare Beziehungen zu Kriegsgesellschaften und alle haben ähnliche Erfahrungen mit ihnen gemacht wie mein Hafnermeister. In ganz Bayern heißt es in diesen Kreisen: Der Krieg ist Schwindel. Auf der unumstößlichen eigenen Erfahrung fußend ziehen dann die Leute ihre weiteren Schlüsse.

Krieg ist Krieg, und was man in einem Krieg erobert, das ist dem natürlichen und gesunden Gefühl des Volkes nach rechtmäßig erworben. Mein Hafnermeister hat nicht wie Bethmann, Prinz Max von Baden und Northcliffe Kant gelesen und besitzt meiner Überzeugung nach keine Spur von Weltgewissen. Wenn seine Söhne tapfer gekämpft, den Feind geschlagen und das Land besetzt haben, dann haben sie dieses Land ebenso redlich erarbeitet und verdient, wie wenn sein Gesell seinen Taglohn und er die Rechnung für seine vortrefflich gebauten Öfen bezahlt erhält. Wenn man ihm dann vom Verteidigungskrieg erzählt und vom Stachel, den man nicht in der Brust des Feindes zurücklassen darf, so vermutet er eben irgendwelchen — Schwindel.

Während der ersten drei Kriegsjahre war im Volk keine Rede von Alldeutschen, die den Krieg der Annexionen wegen verlängern wollten; sprach einmal einer von Annexionisten, dann meinte er Leute, die noch mehr wollten als unsere Truppen bereits besetzt hatten, also etwa Calais, Petersburg, Dover. Was man hörte, waren Klagen über den Wucher, über die Kriegsgesellschaften, über die Kriegsgewinnler, über lästige Verordnungen, schlechte Nahrungsmittel u. dgl. In der Arbeiterbevölkerung wurde behauptet, die „Oberen" verlängerten in allen Ländern den Krieg, damit recht viele Arbeiter und Sozialdemokraten abgeschossen würden. Das Gerede, der Krieg werde wegen der Annexionisten fortgesetzt, griff im Volk erst nach der Gründung der unglücklichen Vaterlandspartei um sich. Die Linke glaubte, in der Vaterlandspartei zöge eine schwere politische Gefahr für sie herauf; als solche hätte sie auch, wie ich sofort nach Erscheinen des Aufrufes an die leitenden Herren schrieb, angelegt werden müssen; so wurde wieder eine halbe Sache daraus. Nun erst setzte die große Hetze gegen die Annexionisten schlechthin ein und fand dann auch Boden im Volk.

Es trat dies um so leichter ein, als die Unzufriedenheit inzwischen allgemein geworden war und nach einem greifbaren Sündenbock suchte. Kriegsgesellschaften, Wucherer, Kriegsgewinnler sind schwer verkörperbare Begriffe; bei den Alldeutschen und in der Vaterlandspartei waren bekannte Persönlichkeit vorhanden, an die man sich halten konnte. Das Natürliche wäre ja gewesen, der Haß hätte sich gegen die Regierung gewandt. Denn der eigentliche Grund des Mißbehagens, der schließlich auch dem Umsturz die Wege so überraschend glättete und ihn sich von einem Tag zum andern vollenden ließ, war das allgemeine dumpfe Gefühl, wir werden von Leuten regiert, die nicht fähig sind, uns zu regieren. Nun hatten aber gerade diese Leute die Zensur und die für die Meinung des Volkes ausschlaggebende Presse in der Hand. Durch die Zensur unterdrückten sie alle Stimmen, welche Aufklärung über die wahren Mißstände in der Regierung verbreiten wollten, und mit ihrer Presse, der Regierungspresse, der alljüdischen Presse, der Zentrums- und der Sozial-

demokraen-Presse lenkten sie die Aufmerksamkeit ihre Volkes von sich ab und auf die Alldeutschen hin, die sich wegen der Zensur und der ihnen mangelnden Presse nur ganz ungenügend wehren konnten. Insbesondere hatte das Judentum das allergrößte Interesse an dieser Ablenkung. Als dann diese Regierung der Beth- und Kühlmänner und Hertlings samt ihrer Reichstagsmehrheit immer mehr erkannte, ihre Politik breche schmählich zusammen, griffen sie zum Schluß noch zu dem letztmöglichen Ablenkungskniff; sie behaupteten nämlich, sie hätten in Wirklichkeit gar nicht regiert, sondern die Alldeutschen, die von der Regierung noch ärger drangsaliert und viel schärfer bekämpft wurden als die Unabhängigen Sozialisten, und das Hauptquartier, dessen politische Hauptsünde es war, sich den Bethmännern und Hertlingen immer wieder zu unterwerfen und der Reichstagsmehrheit immer wieder nachzugeben.

Die bayerischen Truppen waren in den ersten Jahren überall vorne daran; bei dem allgemeinen Versagen der Westfront sollen auch sie versagt haben, einzelne Truppenteile angeblich noch stärker als die anderen deutschen Stämme. Es wäre das nicht verwunderlich; das bayerische Volk steht in gewissem Sinne der Natur noch näher als andere Stämme und empfindet die Unnatur unserer Kriegspolitik vielleicht noch stärker als andere. Nicht als ob es etwa jetzt mit neuer Begeisterung in den Kampf gezogen wäre, wenn man ihm *jetzt* Eroberungen als Ziel gesetzt haben würde. *Jetzt* würde es das dank der Hetze der Verzichtler tatsächlich nur als Kriegsverlängerung empfunden haben. Es hätte im August 1914 wahrscheinlich auch keinen Unterschied in der Kampfbegeisterung hervorgerufen, ob man dem Heer nun bestimmte Eroberungsziele gesetzt hätte oder nicht. Aber nachdem es sich nun einmal so heldenmütig geschlagen und so Ungeheures geleistet hatte, hat das Gefühl, *umsonst* gearbeitet zu haben, ungeheuer niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Das Volk hat nämlich bis in die letzten Wochen vor dem Rückzug immer noch nicht an den *Ernst* der Friedensversicherungen und Verzichtsangebote geglaubt; es vermutete immer noch diplomatische Schläue und kluges Hinterslichtführen der Feinde dahinter. Als dann aber die Kühlmannrede vom Juni 1918 kam, und gleich darauf die Reden Payers und Solfs, dämmerte ihm endlich die Gewißheit unseres amtlichen Verzichtwillens, und mit *dieser* kam die Welle des Versagens. Weder der Abfall Bulgariens noch der Österreichs hatten eine ähnliche Wirkung auf die Stimmung der Heimat und der Truppen.

Selbstverständlich *sagen* sich das nicht etwa die Truppen selbst; der Ursachen seiner Stimmungen ist sich der Mensch im Augenblick seiner Laune ja selten bewußt. Aber den allgemeinen Untergrund von Stimmungen, wie sie im Versagen der Westfront und schließlich in der Revolution zum Ausbruch kamen, bilden stets tiefer sitzende, allgemeine Unzufriedenheiten, wie z. B. das eben erwähnte Gefühl, wir werden schlecht regiert, oder das Gefühl, es ist doch alles umsonst. Erst auf diesem halb unbewußten Boden der allgemeinen Unzufriedenheit erwachsen dann jene näherliegenden Verstimmungen gegen die Mißstände, die der einzelne Mann selbst erlebt und über die er sich daher leicht bewußt Rechenschaft ablegen kann. Solche Mißstände waren die vielfach mangelhafte Verpflegung an der Front, das Zugrundegehen von Nahrungsmitteln in der Etappe, die häufig fehlerhafte und schlechte Behandlung der Mannschaften im Feld und in der Heimat, Ungerechtigkeiten in der Beurlaubung, Hamsterfahrten der Diener in die Heimat u. dgl. Schwere Schuld laden auch höhere Offiziere und ganze Armeeoberkommandos auf sich, die Heereseinrichtungen und Befehlsgewalt mißbrauchten, um sich persönliche Vorteile und

Annehmlichkeiten zu verschaffen. Aber diesen Fäulniserscheinungen standen doch auch wiederum Hunderte von Beispielen musterhaftester Pflichterfüllung und Aufopferung gegenüber, und über alle die Mißstände wäre der Soldat hinweggekommen, wenn er das Bewußtsein gehabt hätte, das Reich werde von einer starken und fähigen Hand geführt und seine Leistungen hätten einen großen Zweck.

Zu Hause gibt übrigens der Soldat gewöhnlich auch die militärischen Mißstände nicht als Grund des Versagens an, er schildert vielmehr als Ursache das entsetzliche Trommelfeuer, die Übermenge der sich heranwälzenden Feinde und Tanks, die Frische der feindlich amerikanischen Truppen gegenüber den vier Jahre im Felde stehenden Deutschen, die grauenhafte Wirkung der Kettenbomben, die mangelhafte eigene Ernährung und Kleidung usw. Alles mit Recht; man kann es sich nicht schauerlich genug vorstellen, was unsere herrlichen Leute zu erdulden hatten, und man kann immer nur von restloser Bewunderung und restlosem Dank erfüllt sein für die ungeheuren Leistungen und den unbeschreiblichen und unfaßbaren Heldenmut, mit dem unsere Truppen über 4 Jahre standhielten. Aber all das *haben* unsere Truppen eben jahrelang ausgehalten, und sie hätten es auch noch länger aushalten können. Es muß ein neuer Umstand zu den Erschwernissen dazu gekommen sein, der das Versagen erklärt, und dieser Umstand kann nur die *Stimmung* sein. An dem Verlust des Krieges tragen die Schuld ausschließlich die Stimmungsmörder der Heimat.

Die Kriegsgesellschaften sind bekanntlich im allgemeinen in den führenden Stellen so ziemlich ganz alldeutschenrein, alldeutschenreiner als etwa der Alldeutsche Verband judenrein ist. Ihr hoher Prozentsatz an Juden ist zum Teil bewußte, zum Teil natürliche Auslese. Wie Dr. Schiele immer wieder mit Recht betont, besteht die volkswirtschaftliche Arbeit aus zwei Hälften, dem Schaffen und dem Verteilen. Die Errichtung der Kriegsgesellschaften vermehrt ständig die Zahl der nur verteilenden Menschen und vermindert die Zahl der schaffenden; sie zieht daher mechanisch die mehr für die Verteilung veranlagten Menschen auch aus den Stellen heraus, wo sie bisher schaffend beschäftigt waren. Die jüdische Rasse ist ohne Zweifel mehr für das Verteilen dessen, was andere schaffen, als für das Schaffen selbst veranlagt, und es ist daher keineswegs lediglich Schützlingswirtschaft und Flucht vor dem Schützengraben, was die Anhäufung des Judentums in den Kriegsgesellschaften verursacht, sondern, wie gesagt, natürliche Auslese.

Die stimmungmordende *Praxis* der Kriegsgesellschaften wurde schon erwähnt. Die Organisationen der Kriegsgesellschaften verteilen sich über das ganze Reich; in ihnen sind alle Schichten des Volkes vertreten. Ihre führenden Männer in Berlin stehen in engster Fühlung mit den politisch herrschenden Kreisen, und man konnte oft genug im Zweifel sein, ob bei einem maßgebenden politischen Schritt der Regierung der Einfluß des Kanzlers, der Staatssekretäre und des Parlaments oder der Einfluß eines Rathenaus und Ballins entscheidender war. Von oben sickern aber Stimmungen rasch durchs Reich; was bei der Gräfin Fischler-Treuberg am Montag gesprochen wurde, erzählten sich manchmal am Donnerstag die Schreibfräuleins im Lebensmittelamt eines Städtchens im fernen Osten. Die Kriegsgesellschaften wirkten nicht nur durch ihre Praxis, sondern auch als Vermittlungsorgan der in leitenden Berliner Kriegsgesellschaften verbreiteten oder gewünschten Stimmungen. Der eigentümlichen Zusammensetzung dieser Gesellschaften entsprechend pflegten dieselben niemals kriegerisch und kampfermunternd zu sein. Die ganzen Kriegsgesellschaften sind ein Verwirklichungsversuch staatssozialistischer

Gedanken; wie überall berühren sich hier Großfinanz, die dabei verdient, und theoretischer Sozialismus, der das Großkapital bekämpft; die leidtragenden sind die schaffenden Stände. Das ihnen Gemeinsame ist der Hang zum Verteilen und die Abneigung gegen das Werteschaffen. Daher hat auch in beiden stets die, wie schon erwähnt, für das Verteilen besonders angelegte jüdische Rasse die Führung. Im bolschewistischen Rußland bemühen sich die Sozialisten unter der Führung jüdischer Rechtsanwälte, das, was andere geschaffen, unter sich selbst zu verteilen; das ist ihre Haupttätigkeit; schaffen will niemand mehr. In Deutschland bezeichnet man bekanntlich die Partei der unabhängigen Sozialisten häufig als die Partei der jüdischen Rechtsanwälte!

„Der Bolschewiki ist nichts anderes als ein radikal-revolutionärer Verfechter der Friedensideen, ein „Jusqu' auboutist" des Pazifismus, ein Revolutionär, der mit polterndem Getöse durch Vernichtung des Siegeswillens im eigenen Volke, nötigenfalls durch Vernichtung der äußeren Existenzbedingungen des eigenen Staates oder durch Unterminierung des Siegeswillens im eigenen Heere den Krieg ersticken will." (Dr. Ed. Stadtler, in der Norddsch. Allgem. Zeitung Nr. 557, 31. Oktober 1918). An der Vernichtung des Siegeswillens haben bekanntlich auch andere Leute im Reiche eifrig gearbeitet. Es wird niemand behaupten, die Reden sämtlicher unter Prinz Max Staatssekretäre gewordenen Herren, die sie im ganzen Reich herumziehend vier Jahre lang gehalten haben, wären auf die Hebung des Siegeswillens gerichtet gewesen; und die Reden ihrer Vorgänger im Amte waren nicht besser. Was sie reden, verbreitet sich im Lande weiter, gewöhnlich unter verschiedenen Abänderungen, welche die niederdrückenden Wirkungen noch verstärken.

Aus dem Wirtshause eines der kleinsten Dörfer am Starnberger See lasse ich mir regelmäßig die politischen Neuigkeiten berichten, die es gibt. Am 26. Oktober log der jüdische Abgeordnete Bernstein: „Ich kann mitteilen, daß dieser General Keim von einer ersten Rüstungsfirma seit 1901 ein ständiges Gehalt bezieht und außerdem außerordentliche Zuwendungen erfährt." Wenige Tage erschien die Lüge in meinem Dorfwirtshaus in folgender Fassung. „Die Sozialisten hätten jetzt herausgebracht, wer am Kriege schuld sei. Krupp bestehe nämlich alle Generäle, damit sie den Krieg verlängerten, und er recht viel verdiene."

Im Kriege verdienen zwei Gruppen, die schaffenden und die verteilenden. Krupp hat selbstverständlich außerordentlich stark verdient. Er hat auch Außerordentliches geschaffen und geleistet. Die orientalischen Damen aus Berlin, die zur Sommerszeit in Garmisch im Deandlgwand und mit zehn Brillantringen am Finger herumlaufen, entstammen niemals den schaffenden Schwerindustrie- und ähnlichen Kreisen, sondern einer Kriegsgewinnlerschicht, die aus dem Verteilen, nicht dem Schaffen ihre Gewinste zog. Indem sie z. B., nachdem sie aus den Kriegsgesellschaften erfahren hatte, es stünde nächstens die Beschlagnahme einer Ware bevor, im ganzen Land die Ware aufkaufte und nach der Beschlagnahme unter der Hand allmählich im Land wieder verteilte. Während der ganzen vier Jahre ist noch niemals in meinem Dorfwirtshaus die Neuigkeit aufgetaucht, der Krieg werde von Kriegsgewinnlern dieser Art verlängert, damit sie recht viel verdienen. Der Spruch, der Krieg werde aufhören, wenn jeder preußische Jude Millionär sei, ging nur in besseren süddeutschen Kreisen um. Obwohl nur diese Art Kriegsgewinnler die echten Kriegsgewinnler sind. Krupp verdient nämlich auch ohne Krieg recht schön; aber ein Pfund Stärke in 100 Teile zu teilen, jeden Teil mit etwas Gelatine und Dreck zu vermischen, eine schöne Papierhülle herumzutun und dann das ganze als

teures, neues Nahrungsmittel zu verkaufen — auch eine sehr beliebte Form des „Verteilens" — geht nur im Krieg. Ihrer parteipolitischen Richtung nach gehören diese Kriegsgewinnler alle den Parteien an, welche durch ihre Friedensangebote den Krieg in wahrhaft kunstvoller Weise zu verlängern verstanden haben.

Der Schluß, diese Parteien hätten des Gewinns ihrer wichtigsten geldgebenden Freunde wegen die Friedensangebote gestellt, wäre natürlich ebenso falsch als der aus den Verdiensten der Schwerindustrie auf ihr Interesse an der Kriegsverlängerung; aber er wäre an sich ebenso berechtigt. Wenn er im eigentlichen Volke nie im gleichen Maße gezogen wurde wie bei der Schwerindustrie oder bei der Landwirtschaft, so ist das ein schlagender Beweis dafür, wer die Stimmungsmache im Volke bei uns in der Hand hat. Diese Frage ist ja eigentlich auch schon beantwortet durch die Beantwortung der anderen Frage, wer bei uns das im Volke wirksamste Stimmungsmittel, die Presse in der Hand hat. In den weniger gebildeten Schichten ist es die von Juden geleitete sozialdemokratische Presse, in den gebildeten Schichten die von Juden geleitete liberale Presse oder die alljüdisch beherrschte Regierungspresse. Das Zentrum ist mit Freisinn und Sozialdemokratie verbündet und tut ihnen nicht weh.

Unsere Lage hing bis zuletzt ganz ab von der Stimmung im Heere und noch mehr von der im Volke, denn die Stimmung im Heere richtete sich nach der im Volke. Schon lange galten die Tage, an denen die Heimatpost ankommt, an der Front als ungünstig für Sturmangriffe. Daher ist es heute noch so unendlich wichtig, den Ursachen und Urhebern der Stimmung nachzugehen, denn auch heute noch hängt sehr viel von der Stimmung der Soldaten ab. Unsere militärische Lage war durchaus nicht verzweifelt. Der Anzahl nach genügten unsere Mannschaften zur siegreichen Abwehr und zu mehr, an allem Kriegsmaterial hatten wir genug; alle gegenteiligen Anschauungen stammen aus ähnlichen Quellen wie die Lügen über General Keim.

Wir brauchten nur die Stimmung und waren dann unüberwindbar. Unüberwindbarer als die Feinde, in denen die Mißstimmung nach dem ersten Siegestaumel in noch rascherem Maße gewachsen wäre als bei uns. Die Kohlennot Italiens, Englands und Frankreichs war groß und wäre, wie der dort herrschende Lebensmittelmangel auch durch die unverantwortliche Unterbrechung des U-Bootkrieges nicht in erheblichem Maße gemildert worden, wenn die Unterbrechung nicht zu lange gedauert hätte. Schmerzlich war die Ausschaltung unserer Bundesgenossen. Aber sie hatten in der Hauptsache ihren Dienst getan, nachdem sie uns Rußland hatten unterwerfen halfen. 7 Millionen feindliche Soldaten sind mit dem Sieg über Rußland und Rumänien ausgeschaltet worden! Es ist unbegreiflich, warum auf diese Tatsache nicht immer und immer wieder hingewiesen wurde. Aber es wurden von der Zensur Erzberger—Prinz Max ja sogar Telegramme Hindenburgs verboten, welche die militärische Lage als nicht ungünstig für uns schilderten.

Ludendorff.

Der Militärschriftsteller der Münchner Neuesten Nachrichten, bekanntlich eine der eifrigsten alljüdischen Verfechterinnen des B-Systems, brachte am 30. Oktober einen Aufsatz über Ludendorff, der ganz im Stile der üblichen B-Systemnachrufe auf verdiente deutsche Männer gehalten ist. „Als Soldat war er zweifellos ein hervorragendes Talent. Mit dem Ausdruck Genie soll man weniger verschwenderisch umgehen ... Das Urteil, daß ein Mensch ein Genie war, kann nur die Geschichte

fällen" usw. Die Geschichte hält sich immer nur an die Leistungen, und die Leistungen der beiden Heerführer Hindenburg und Ludendorff im Osten liegen offen zutage. Sie zwingen uns, beide Heerführer zu den genialen Feldherrn zu rechnen.

Dennoch ist Ludendorff zu Recht gegangen. Der „Matin" behauptet (Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 555 vom 29. 10. 1918), die Einnahme von Paris, die Kapitulation Frankreichs und das baldige Ende des Krieges hätten sich unter den Versicherungen befunden, die Ludendorff noch am 14. Mai 1918 deutschen und neutralen Journalisten abgab. Wie dem auch sei, jedenfalls sind die Pläne Ludendorffs im Westen nicht geglückt. Starke Mißerfolge werden im guten alten preußischen Militarismus gesühnt durch Rücktritt der Verantwortlichen, einerlei ob sie selbst verschuldet oder von anderen verschuldet sind. Auch Napoleon konnte bekanntlich Offiziere, die Pech haben, nicht brauchen. Beim Militär herrschte noch das alte Bismarcksche System, das sich darin äußerst vorteilhaft von dem zurzeit blühenden politischen B-System unterscheidet. Im B-System begründen bekanntlich Mißerfolge die Anwartschaft auf die leitenden Stellen und die sich häufenden Mißerfolge verketten die Inhaber der leitenden Stellen, immer fester mit den Stühlen, auf denen sie sitzen. Das A-System hätte allerdings auch einen strategisch bewährten Nachfolger und nicht einen auf dem Gebiet der Verkehrsorganisation hervorragenden und parlamentarisch beliebten Nachfolger wie Groener erfordert; aber der Rücktritt Ludendorffs war ja ein Sieg des B-Systems, nicht der Grundsätze des A-Systems, und bedeutete die Kapitulation Deutschlands. Für den Rücktransport der Truppen war Groener vielleicht der geeignetste Mann.

Der Militärschriftsteller der Münchner Neuesten Nachrichten schreibt ferner: „Anderseits wird man auch Ludendorff noch keinen Vorwurf dafür machen können, daß die Saloniki-armee Serrails damals, als man mit Rumänien fertig war, nicht angegriffen und in das Meer geworfen wurde; das war einer der entscheidendsten militärischen Fehler des Weltkrieges." Tatsächlich wird die Unterlassung von anderen Seiten Ludendorff in die Schuhe geschoben.

In Wirklichkeit wäre die richtige Gelegenheit zum Vormarsch auf Saloniki nach der Durchbruchsschlacht von Gorlice und der Niederwerfung Serbiens gewesen. Damals waren Russen und Serben auf Monate hinaus zur Untätigkeit verdammt. Graf Andrassy führte am 6. September 1916 im ungarischen Abgeordnetenhaus aus: „Ich kann ohne Gefahr und Nachteil behaupten, daß wir die stärkste der gegen uns kämpfenden Armeen vernachlässigt und Rußland 8 bis 10 Monate lang Zeit gelassen haben, sich wieder aufzurichten. Ich bin aus den angeführten Gründen der Ansicht, daß die schärfste Beaufsichtigung der auswärtigen Politik berechtigt ist."

Graf Andrassy berührt hier die Schuldfrage. Alle Welt erwartete nach der Niederwerfung Serbiens den Vormarsch auf Saloniki. Man hätte damit Griechenland stützen und Rumänien vor die Wahl: Anschluß an die Mittelmächte oder Krieg — stellen können. Es hätte sich angesichts der Lage und seiner militärischen Unvorbereitetheit sehr wohl überlegt, den Krieg zu wählen, und wir wären mit Petroleum, Mehl usw. bis zum Kriegsende versorgt gewesen. Wäre dann Tirpitz der Kampf gegen England gestattet worden, so hätte allem menschlichen Ermessen nach der Krieg im Herbst 1916 mit einem vollen Sieg Deutschlands geendet. Lloyd George meinte am 22. August 1916 im Unterhaus: „Deutschland hat seine Gelegenheit verpaßt."

Die Pläne zum Durchbruch von Gorlice und dem Feldzug gegen Serbien stammten von Falkenhayn. An den militärischen Kräften zur Durchführung des

Zuges auf Saloniki hat es nicht gefehlt; sie waren vorhanden. An dem Willen Falkenhayns hat es auch nicht gefehlt. Es war lediglich die grundsätzliche von der herrschenden Reichstagsmehrheit stets unterstützte Bethmannsche Politik der Schwäche, welche von einer andersartigen „aggressiven" „alldeutschen", in Wirklichkeit einfach aktiven Politik, nichts wissen wollte. Es war jene ständig verfolgte Politik, welche immer abwartete, was der andere tat, und nie selbst etwas tat, die Politik des sich Schiebenlassens und des Leidens an Stelle des Handelns. Es war dieselbe Politik, die damals den Beginn des U-Bootkriegs verhindert hat, der uns den Abfall Rumäniens und zwei Jahre Kriegsführung erspart hätte. In der entscheidenden Sitzung über den U-Bootkrieg im Frühjahr 1916 war Falkenhayn für ein rücksichtsloses Vorgehen gegen England, Bethmann aber wußte die Reichstagsmehrheit hinter sich, und seine Politik trug den Sieg davon.

Ein Jahr darauf, nach der Niederwerfung Rumäniens, wäre nochmals die Gelegenheit gewesen, auf Saloniki zu marschieren. Die militärische Kraft wäre wieder da gewesen, die Bulgaren wären mit größtem Vergnügen mitmarschiert, und wenn die politische Anregung dazu gegeben worden wäre, hätte sich Ludendorff sicher nicht dagegen gesträubt. Aber wie die Politik Bethmanns im Jahre 1916 völlig beherrscht war durch die Furcht vor der Sozialdemokratie, England und Rumänien, war sie im Jahre 1917 beherrscht durch die Furcht vor der Sozialdemokratie und vor Österreich. Zentrum und Freisinn fürchtete er nämlich nicht, weil er deren Wohlgefallen stets sicher war; für deren Machtansprüche war er gerade der richtige Mann. Nur auf die Politik des Kanzlers der Reichstagsmehrheit, des Herrn von Bethmann-Hollweg, war das militärische Versäumnis des Vormarsches auf Saloniki zurückzuführen.

Der dritte militärische Vorwurf, der gegen Ludendorff erhoben wird, ist die Zersplitterung der deutschen Streitkräfte in den östlichen Staaten. Dieser Schritt hängt bereits eng mit der Politik Ludendorffs zusammen und kann von den Friedensschlüssen von Litauisch-Brest und Bukarest nicht getrennt werden.

Diese Friedensschlüsse sind verständlich nur aus der politischen Anlage des Herrn von Bethmann-Hollweg heraus; Hertling vollzog lediglich, was ihm Bethmann hinterlassen hatte. Bethmann war eine passive Natur. Weder er noch Ludendorff haben in Wirklichkeit diese Friedensschlüsse getätigt. Der äußeren Form nach haben den Frieden mit der Ukraine die Ukrainer und ihre Freunde in Deutschland, den mit Finnland die Finnen und ihre deutschen Freunde, den mit den Rumänen die Rumänen und ihre Freunde in Österreich geformt. Über das Schicksal der baltischen Provinzen entschieden die Balten und ihre deutschen Freunde, über das der Polen die Polen und ihre polnischen und deutschen Freunde. Bethmann ließ sich überall schieben. Die Weißrussen hatten keine Freunde in Deutschland und wurden infolgedessen auch nicht abgetrennt von Rußland. Bethmanns Herz und Sinn waren teilnehmend dabei nur bei den Polen; die Befreiung der polnischen Juden und der übrigen Polen kitzelte sein „Weltgewissen", und er erwartete davon Beifall von Freund und Feind. Daher war auch die polnische Frage die einzige, in der er sich dazu aufraffte, mit der Erklärung zum Königreich eine vollendete Tatsache zu schaffen. Sogar in Kurland, mit dessen Erwerb er liebäugelte, begnügte er sich mit dem „Rahmen". Seine Nachfolger setzten diese passive Rahmenpolitik fort.

Dieser Rahmen sah alldeutsch aus und entsprach ungefähr den alldeutschen Kriegszielen. Er erfüllte sogar Forderungen, deren Erfüllung die Alldeutschen selbst als reichlich kühn erst in zweiter oder dritter Linie zu erhoffen wagten, wie die

Losreißung Finnlands und der Ukraine. Diese Forderungen wie sämtliche anderen wurden auch nur verwirklicht, weil die das B-System hauptsächlich leitenden Männer — Leute wie Bethmann sind immer nur Vollzieher der Politik anderer — den alldeutschen Rahmen geeignet fanden, um ihn mit ihren wirtschaftlichen Zielen auszufüllen. Die an den Drähten der B-Systemler ziehenden Spieler sitzen in den Großbanken und in der Weltwirtschaft. Selbstverständlich verfolgten auch die Alldeutschen mit den Plänen im Osten wirtschaftliche Ziele, die sich sogar mit denen der Berliner und Hamburger Puppenspieler ziemlich weitgehend deckten, namentlich was Finnland, die Ukraine und Transkaukasien betraf. Aber die Weltwirtschaft ist den Alldeutschen stets das Sekundäre; in erster Linie ist es ihnen um deutsche Volks- und Machtpolitik zu tun; hieraus ergibt sich die wirtschaftliche Macht von selbst. Das B-System schaltete bei dem Ostfriedensschlusse diese beiden Gesichtspunkte so gut wie ganz aus und erfüllt den äußeren alldeutschen Rahmen fast nur mit Wirtschaftspolitik. Daher wurde machtpolitisch auch alles in der Schwebe gelassen, obwohl nicht der mindeste vernünftige Grund vorlag, Kurland z. B. nicht schon vor 3 Jahren in enger Form an das Deutsche Reich anzuschließen. Aber den herrschenden Männern kam es nur auf die Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen an; alles andere „eilte nicht". In Rumänien konnte sich Kühlmann Rahmen und Inhalt frei wählen, soweit Österreich es erlaubte; es wurde denn auch hier für Deutschland ein reiner Bankenfrieden ohne jede Berücksichtigung deutscher volks- oder machtpolitischer Gesichtspunkte geschlossen, wenn man nicht etwa den Judenparagraphen als volkspolitische Tat und Kühlmann als Vertreter des jüdischen Volkes betrachten will. Der österreich-ungarischen Machtpolitik des Kaisers Karl und des Grafen Czernin, welche die ungarischen Annexionen verlangten, hat sich Kühlmann einfach untergeordnet und dabei weder auf Ludendorff noch auf die Alldeutschen gehört. Wenn man überhaupt Ludendorff als Seele der Friedensschlüsse im Osten betrachten will, so hat er dabei jedenfalls nicht die Wünsche der Alldeutschen erfüllt, denn diese hätten den Inhalt des Rahmens alldeutsch gestaltet und einzelne Ostländereien schon längst so eng mit dem deutschen Reiche verkettet, daß kein Ententefrieden sie wieder hätte losreißen können.

Tatsächlich pflegen sich die Ludendorffgegner auszuschweigen darüber, was in dem Ostfrieden eigentlich auf seine Rechnung zu setzen sein soll. Als im Winter 1916/17 beschlossen wurde, Ludendorff den Weg Tirpitz' gehen zu lassen, weil er hinreichend verdächtig war, nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch machtpolitische Ziele zu verfolgen, wurde gegen ihn mit der Behauptung gearbeitet, er und Hindenburg hätten die Schaffung des Königreichs Polen veranlaßt. Auch Graf Hertling beteiligte sich an dieser Arbeit. Diese Behauptung war eine grobe Entstellung der Wahrheit. Die Ausrufung des Königreichs Polen wurde am 12. und 13. August von Bethmann und Burian in Wien beschlossen. Hindenburg hat die Oberste Heeresleitung erst am 29. August übernommen und sah sich vor eine vollendete Tatsache gestellt. Erfahren hat Hindenburg von diesem Beschluß erst, als Bethmann Beseler zu ihm ins Hauptquartier zu Pleß schickte und ihm den Plan mit der Aussicht auf fünf Divisionen Freiwillige und bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sogar auf eine Million ausgebildeter Soldaten mundgerecht machen ließ. Wenn Ludendorff dann erklärte, nachdem einmal das Königreich unabänderlicher staatsmännischer Entschluß sei, seien ihm die fünf Divisionen und die Million heute lieber als morgen, so war das eine einfache militärische Selbstverständlichkeit und keine politische Einmischung.

Außerdem wird Ludendorff der Einmarsch der deutschen Truppen im Februar

1918 in Estland und Livland zur Last gelegt. Dieser Einmarsch war aber aus rein militärischen Gründen notwendig, um durch die damit verknüpfte Bedrohung Petersburgs den Friedensschluß mit Rußland, den Kühlmanns fabelhaftes Ungeschick so mutwillig um fast drei Monate verzögert hatte, zu beschleunigen. Auch der Friedensschluß mit Finnland bekam erst mit der Besetzung Estlands und Livlands den nötigen Rückhalt. Wenn Kühlmann Ludendorff gegenüber seinen Willen durchgesetzt und den Einmarsch verhindert hätte, dann hätten wir vermutlich noch einmal zwei bis drei Monate auf den Friedensschluß mit Rußland warten und uns einstweilen an Kühlmann-Trotzkischen Zwiegesprächen über Selbstbestimmungsrecht und ähnlichen Scherzen erbauen können. Auf den Einmarsch selbst sind wieder keinerlei politische Taten im alldeutschen Sinne gefolgt; man hat die Esten und Livländer um Anschluß bitten lassen und ihnen mit schönen Adressen geantwortet, aber geschehen ist so gut wie nichts. Tatsächlich ist Ludendorff nicht über seine Politik, sondern über seinen Siegeswillen gefallen; trotz seines Waffenstillstandsangebots erstrebte er noch immer einen der militärischen Lage entsprechenden *guten* Frieden, und *das* war es, womit die Verzichtsmehrheit des Reichstages nicht einverstanden war.

Nachdem einmal für den Ostfrieden der alldeutsche Rahmen angenommen worden war, mußte man ihn auch erhalten, auch wenn sein Inhalt wirtschaftspolitisch war. Die in Finnland, Polen, der Ukraine und südöstlich davon verteilten Truppen erfüllten bis zum Schluß ihren Zweck dort besser als an der Westfront und entlasteten dieselben. Wirtschaftspolitisch ermöglichten sie uns die Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Ukraine, Rumänien, der Türkei usw. In Bulgarien aber hatten wir zu wenig Truppen stehen, nicht zu viel, und wenn hier ein militärischer Fehler gemacht worden ist, so war es der, nicht rechtzeitig Verstärkungen geschickt zu haben. Der Zusammenbruch der bulgarischen Front beruht wie der der österreichischen und deutschen nicht auf einem Sieg der Entente, sondern auf dem Nichtmehrwollen der eigenen Truppen. Drei bulgarische Divisionen hatten sich mit den gegenüber stehenden verständigt, die Bulgaren sollten in einem Scheinkrieg vor den Serben zurückweichen bis an die alte bulgarische Grenze, und die Serben sollten sie bis dahin verfolgen. Die Serben hielten allerdings die Abmachungen nicht ein, sondern schossen auf die sich zurückziehenden Bulgaren, die sich zwar schwach wehrten, aber bald in ernsthafte Flucht geschlagen wurden. Die Wut der Soldaten wandte sich gegen ihre eigenen Offiziere, von denen sie sich selbst verraten fühlten; ein kleiner Teil von etwa 600 Mann zog gegen das Hauptquartier, ein anderer, der auf 12—20000 Mann geschätzt wird, gegen Sofia. In Sofia reichten ihnen die dortigen Revolutionäre die Hand und erzwangen die Freilassung der Brüder Genadieff sowie die des sozialistischen Bauernführers Stambulowisti. Stambulowisti spielte ein merkwürdiges Doppelspiel; er gebärdet sich gleichzeitig königsfreundlich und revolutionär. Das Ministerium Malinow war von der ganzen Entwicklung der Lage keineswegs entzückt.

Um diese Zeit — etwa um den 27. September herum — hätte eine ausreichende deutsche Truppenmacht in Sofia noch eine völlige Änderung der Lage zu Deutschlands Gunsten bewirken können. Die Armee Sarrails betrug zwischen 120—130000 Mann und war auf eine weite Strecke auseinandergezogen. Ein rasches Eingreifen deutscher Truppen im Verein mit den treu gebliebenen bulgarischen Truppen hätte die Ententearmee einer vernichtenden Niederlage ausgesetzt. Wäre die Diktatur nötig gewesen, so war in General Sawoff, der das Vertrauen der bulgarischen Truppen genoß, der richtige Mann dafür vorhanden. Ein neues nationales Ministerium hätte rasch gebildet werden können. Aber die deutschen Truppen waren eben

nicht da, und General Sawoff weilte noch in Wien. Wenige Tage später war es zu spät; die Bolschewisten waren tatkräftig vorgegangen und hatten sich der Eisenbahnen bemächtigt; der König wollte seinem Land einen Bürgerkrieg ersparen, gab nach und dankte später ab.

Wer die Schuld an dem nicht rechtzeitigen Eintreffen der deutschen Truppen trägt, ist noch nicht klar zu erkennen. Der deutsche Militärbevollmächtigte Oberst von Massow und der deutsche Gesandte Graf Oberndorf dürften ihre Schuldigkeit getan haben. König Ferdinand hat erklärt, er habe noch rechtzeitig in Nauheim drei Divisionen vom Kaiser angefordert; er habe dort auch den Kaiser vor den 7000 Tanks der Westfront gewarnt. Unter allen Umständen wäre es Pflicht der politischen Hauptleitung in Berlin gewesen, auf eine rasche Truppensendung nach Bulgarien zu drängen, wenn sie den Ernst der Lage richtig erkannt hätte. Vermutlich war es auch hier wieder die kennzeichnende Scheu des B-Systems vor raschem und kräftigem Handeln, die es zum Zusammenbruch kommen ließ.

Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, warum das militärische Genie Ludendorffs im Westen versagte. Die Lösung liegt auch hier bei der Politik. Geniale Feldherrn können mäßige Politiker sein. Geniale Feldherrn *brauchen* auch keine hervorragenden Politiker zu sein. Aber sie müssen politischen Blick genug haben, um einzusehen, ein Volk, das siegen will, hat nicht nur Feldherrn nötig, die siegen wollen, sondern auch leitende Staatsmänner, die siegen wollen, nicht solche, die sich nur verteidigen wollen. Wenn die Feldherrn genial sind, brauchten die politischen Führer noch nicht einmal genial zu sein; aber sie müssen immerhin einige politische Begabung besitzen und unter allen Umständen von dem gleichen Geist erfüllt sein, der eine Armee erfüllen muß, wenn sie ein Feldherr glorreich bis zum Sieg führen will. Hindenburg und Ludendorff hätten keine vier Wochen einen Staatsmann von der grenzenlosen politischen Unbegabtheit und der vaterländischen Mattherzigkeit eines Bethmann im Amte dulden dürfen. Ludendorff war sich über beide Eigenschaften des Kanzlers klar und ließ ihn trotzdem walten. Das war seine erste schwere Schuld! Hätten Ludendorff und Hindenburg sich vom Kaiser einen Kanzler ihrer Art ausgebeten und dem Kaiser klar gemacht, Vollblut und alte Kühe kann man nicht zusammen an einen Siegeswagen spannen, so hätte die Erklärung Polens zum Königreich noch verhindert werden können und der ganze politische Ablauf der Dinge, der mit einem Bethmann und einem Hertling an der Spitze des Reiches so kommen mußte, wie er kam — ich verweise auf mein Ende 1915 erschienenes Buch über die Politik von Bethmann-Hollwegs[1]) — wäre vermieden worden. Man schiebt auch in nationalen Kreisen jetzt viel die Schuld auf den Kaiser; mit Unrecht. Gewiß kamen die natürlichen Anlagen des Kaisers der Politik eines Bethmann sehr viel mehr entgegen als der eines Bismarck, aber was ein Bethmann fertig brachte, nämlich den Kaiser so und so oft zu Schritten zu bewegen, die er ungern tat, das hätten auch Leute von der anderen Richtung fertig bringen können, namentlich wenn sie sich des Einflusses eines Hindenburg und Ludendorff erfreuten.

Ludendorff hat aber nicht nur Bethmann geduldet und sich mit der Ernennung von Hertling und Michaelis einverstanden gezeigt, sondern er hat sich sogar in seine militärische Kriegsführung hineinreden und sich nicht nur einmal von Bethmann und seinen Nachfolgern in den erhobenen Arm fallen lassen. Der Abgang Falkenhayns war unter anderem ein Sieg Bethmanns in der U-Bootfrage; Falkenhayn wollte noch im Herbst 1916 den U-Bootkrieg beginnen. Hindenburg und Ludendorff gaben nicht nur in der polnischen, sondern auch in der U-Bootsfrage Bethmann

[1]) Verlag J. F. Lehmann München. Ist jetzt im Buchhandel erschienen.

und seinen Gewährsmännern, Beseler in der polnischen, Kühlmann in der holländischen Frage, nach; bei der Verschiebung des U-Bootkrieges auf das Frühjahr 1917 gaben damals die Berichte aus Holland den Ausschlag. Die zweite Unterlassung des Vormarsches auf Saloniki wurde schon erwähnt. Damit wird gleichzeitig die zweite schwere politische Schuld Ludendorffs berührt; er hörte nicht auf die Berater, auf die er hätte hören sollen, sondern wählte sich zur Ergänzung seiner Informationen aus dem Bethmännischen Lager nicht die aus dem entgegengesetzten, sondern die aus der Mitte zwischen beiden. Daran scheiterte schließlich seine ganze Politik und seine ganze Strategie. Denn diese Politik des Arbeitens mit den halben Männern statt mit den ganzen ließ ihn das ungeheuer wichtige Stimmungsmoment im Volke und im Heere unrichtig einschätzen. Er glaubte, er könne die Regierung ruhig wirtschaften lassen; habe er den Sieg, so werde er die Sache schon in das richtige Geleise bringen. Er übersah dabei, daß ihm die Politik dieser Regierung den Sieg langsam aber sicher aus der Hand winden werde.

Ludendorff stand auf dem Standpunkt, den 98 von Hundert unserer gebildeten, politisch als entartet zu bezeichnenden Volksschicht einnehmen: Nur immer hübsch gemäßigt, immer hübsch in der Mitte bleiben; scharf links und scharf rechts ist gleich verkehrt; das Richtige liegt in der Mitte. Aber im Krieg ist man entweder allvölkisch, also alldeutsch, allfranzösisch, allenglisch und *kann* dann den Krieg gewinnen, oder man ist Pazifist und Verständigungspolitiker, und *muß* dann den Krieg verlieren. Die Theorie der Mitte führt in Friedenszeiten zur Versumpfung und im Krieg zum Untergang. Aus dem einfachen Grunde, weil durch Unterdrückung der vaterländisch ganz links und vaterländisch ganz rechts Stehenden gar nicht die Mitte eingehalten wird, sondern die Linke begünstigt wird. Je tiefer in der Bildungsstufe der Bürger steht, desto enger ist sein politischer Gesichtskreis, desto eher ist seine Unzufriedenheit zu erregen, desto leichter haben es gewissenlose Hetzer, die ihm den Frieden versprechen, wenn ihnen zur Macht verholfen wird. Die große Masse sind aber immer die politisch Ungebildeten. Es besteht auch kein stetiger Übergang der Masse von den ganz links Stehenden über die Mitte zu den ganz rechts Stehenden, sondern einem großen linksstehenden — immer nicht parteipolitisch sondern vaterländisch gemeint — Flügel steht eine laue große Mitte und ein kleiner wirklich national empfindender rechter Flügel gegenüber. Parteipolitisch gehörten Freisinn und Sozialdemokratie immer zum linken vaterländischen Flügel; beim Zentrum war die Stellung noch in den ersten zwei Kriegsjahren zweifelhaft; in den folgenden hat es sich unter Erzbergers Führung ebenfalls als vaterländisch linksstehend erwiesen. Also auch parteipolitisch war der linke Flügel viel stärker als der rechte. Wenn man links und rechts die „Extreme" wegschnitt, so war nicht das Gleichgewicht hergestellt, sondern der rechte Flügel wurde unverhältnismäßig stärker geschwächt als der linke. Die Linke konnte ihren radikalen Flügel leicht entbehren, denn deren Endziele werden auch durch die gemäßigten Sozialisten und ihre Parteifreunde genügend gewahrt. Der rechte Flügel aber war ohne die Alldeutschen ein Mehlbrei ohne Sauerteig, ein Heer ohne Stoßtruppen, ein Vogel mit gelähmten Schwingen. In einem langdauernden Krieg hängt alles von dem Anhalten der nationalen Stimmung ab; sperrt man die Kreise, in denen das nationale Feuer am reinsten und am stärksten loht, ein, so tötet man damit die nationale Gesinnung im Volke. Durch die Wegnahme dieser Kräfte, die durch ihren Eifer die Unterlegenheit des nationalen Flügels an Zahl hätten ausgleichen können, wurde dem linken Flügel die unbedingte Überlegenheit zugeschoben und seinem Einfluß das Volk ausgeliefert. Das Ergebnis war die Stimmung des zweiten Halbjahrs 1918.

Bethmann betrachtete die Alldeutschen als seine Todfeinde und machte sie so gut wie mundtot. Hertling ließ sie nur um ebensoviel freier, als er die unabhängigen Sozialisten freier schalten ließ. Mein Buch über die Politik von Bethmann-Hollweg war noch verboten, als die Unabhängigen bereits die Absetzung des Kaisers und Einführung der Republik fordern durften. Ludendorff ließ hierin Bethmann-Hollweg völlig freie Hand und stellte seine stellvertretenden Generalkommandos Bethmann-Hollweg und dessen Nachfolgern für deren politische Zwecke zur Verfügung. Das war eine politische Schuld von ihm, um so mehr, als ja Bethmann und seine Nachfolger auch in allen übrigen Punkten von der Ansicht ausgingen, der Krieg könne des inneren Friedens halber nur den Wünschen der Sozialdemokraten und ihren Mehrheitsfreunden gemäß geführt werden.

Auch innerhalb des militärischen Rahmens beging Ludendorff den gleichen Fehler. Im Frühjahr 1917 — reichlich spät — sah er die Notwendigkeit ein, etwas für die Stimmung im Heere zu tun und führte den Aufklärungsdienst im Heere und in der Heimat ein. Ich schrieb ihm damals, wenn von einzelnen Punkten aus sich eine Volksmasse erwärmen soll, so müssen diese Punkte lodernde Flammen und keine trüben Ölfunzeln sein. Man kann eine bestimmte Menge Wasser von 5° Wärme nicht auf 25° erwärmen, wenn man Wasser mit 10° Wärme dazu schüttet; je geringer die zuzuschüttende Menge Wasser ist, desto heißer muß sie sein; am wenigsten braucht man vom kochenden. Mein Vorschlag ging dahin, die Auswahl der Aufklärungsoffiziere den nationalen Verbänden zu übertragen, die ihre Leute kennen. Eine Antwort darauf erhielt ich nicht. Die Aufklärungsoffiziere und die Aufklärungsmänner in der Heimat wurden ausgewählt nach dem Prinzip der lauwarmen Mitte; es war lediglich Unkenntnis und Versehen der leitenden Stellen, wenn zufällig einmal ein alldeutscher darunter geriet. Die große Mehrzahl waren Leute, die auf Wunsch ihrer Vorgesetzten morgen mit demselben lauwarmen Eifer flau gemacht hätten, wie sie heute „Stimmung heben" sollten. Das Ergebnis war auch danach.

Wie weit auch für rein militärische Unterlassungssünden der Generalstabschef verantwortlich zu machen ist, vermag ich nicht zu beurteilen; jedenfalls sind in anderen Berufsarten für entsprechende Mißstände die nachfolgenden Rangstufen, nicht die obersten Chefs haftbar. Ludendorff soll mehr Fühlung mit den Truppen gehabt haben als die meisten Oberkommandierenden, und sich warm um sie angenommen haben, wo immer er es konnte. Der Grundsatz, die Truppen bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit vorne stehen zu lassen, bis man sie ablöste, war im vierten Jahre immerhin kaum noch am Platze. Der Antrag der Konservativen auf gleiche Ernährung der Mannschaften und Offiziere hätte zwei Jahre früher eingebracht werden müssen. Übrigens waren die Verpflegungsverhältnisse an der Front immer sehr verschieden; einzelne Truppenteile waren zufrieden, andere klagten, häufig mit Recht. Oft waren äußere Umstände, namentlich Transportschwierigkeiten und Mangel an Transportmaterial die Schuld; viel wurde auch von den Intendanturbeamten gesündigt und große Vorräte verdarben unnötig. Im großen ganzen gab die Zusammensetzung des Verpflegungskorps ein in Uniform gesteckes Abbild unserer Kriegsgesellschaften, und ihre Leistungen ebenso. Es ist eine nicht uninteressante Erscheinung, wie genau dieselbe Art Leute, die wirtschaftlich so glänzend arbeiten, wenn es in ihre eigene Tasche geht, die auch während des Krieges glänzend arbeiteten, soweit der Gewinn in ihre Taschen floß und soweit es sich um die eigene Ernährung und Kleidung handelte, so wenig Hervorragendes leisteten, wenn sie für das leibliche Wohl der deutschen Soldaten und des deutschen Volkes zu sorgen hatten. Dabei herrschen in der Ernährungs- und Verpflegungsfrage diese Leute von der Weltwirtschaft

und der Sozialdemokratie doch unumschränkt, und alles tanzt nach ihrer Pfeife. Allerdings darf man auf der anderen Seite auch die ungeheure Schwierigkeit der Verpflegung solcher Riesenheere nicht außer acht lassen. Jedenfalls aber haben diese Dinge mit dem veralteten preußischen Militärsystem, auf dem man jetzt herumreitet, kaum etwas zu tun.

Versagt aber hat der preußische Militarismus vielfach in einer anderen Richtung: in der Behandlung der Leute. Hier sind viele grobe und unnötige Mißgriffe von Anfang an getan worden. Die Millionenheere des Krieges lassen sich nicht mit den Heeren Friedrichs des Großen und auch nicht mit der Friedensarmee auf gleiche Stufe stellen. Sicher war es eine schwierige Aufgabe, die gute preußische Disziplin mit einem gewissen Entgegenkommen gegen das „Volks"heer zu vereinigen; aber sie hätte besser gelöst werden können, als es geschah. In der „individuellen" Behandlung der „großen" Masse vom Taglöhner bis zum Großindustriellen und Gelehrten wurde außerordentlich viel gesündigt und nach dem preußischen Unteroffiziersschema F gehandelt, das nicht mehr auf unser neuzeitliches Volk paßte. Übrigens waren die schlimmsten Unteroffiziere und Feldwebel die, welche aus den Kreisen stammten, aus denen sich die Unabhängigen Sozialisten zusammensetzen, und die schlechtesten Beispiele und die verkehrteste Behandlung der Mannschaften pflegte nicht von den aktiven Offizieren auszugehen, sondern von Reserveoffizieren, die im Zivil der Handelswelt und ähnlichen Kreisen angehörten. Wenn der Kanzler Ebert am 14. November 1918 im Reichstage vor den Soldatenräten erklärte, die Front habe sich bis in die letzten Tage tapfer geschlagen und gehalten, die Etappe aber sei in Auflösung begriffen, so ist diese Erscheinung wohl auch nicht ganz ohne Zusammenhang mit der eigentümlichen Zusammensetzung des Etappenpersonals. Aber, wie gesagt, diese Dinge waren nach den einzelnen Truppenteilen verschieden und sind wohl kaum der Obersten Heeresleitung zur Last zu legen; dafür haben die anderen Stäbe zu sorgen. Aber auch diese Dinge trugen wesentlich dazu bei, die Stimmung zu verderben.

In einer anderen Armee herrschten einmal ganz ähnliche Zustände wie in der deutschen gegen Ende des Krieges. Die Leute mochten nicht mehr; ganze Regimenter meuterten. Der Oberbefehlshaber griff zur rechten Zeit mit eiserner Hand ein; aus jedem meuternden Regiment wurden hundert Leute herausgeholt, in ein Carré gestellt und mit Maschinengewehren niedergemäht. Es war eine Politik der Härte, nicht eine der Nachgiebigkeit, und gewagt; aber es half; die Armee hielt wieder stand. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine Erinnerung aus den Zeiten des alten preußischen Militarismus, sondern um Geschehnisse, die sich im Sommer 1917 abspielten. In der freien Republik Frankreich.

Ludendorffs Feldherrnpläne rechneten mit Truppen, wie er sie seit Jahren gewohnt war, und nicht mit Truppen, deren Stimmung durch verschiedene Mißstände und eine ungeheure Menge erlogener Hetzarbeit verdorben war. Daran scheiterten seine Pläne, nur daran; nicht am Mangel an Material und nicht am Mangel an Mannschaften. Wenn ihm eine militärische Schuld zuzuschieben ist, so war es lediglich die Duldung dieser Hetzarbeit und namentlich seine Duldung der Unterdrückung der Gegenarbeit. Es wäre immer noch besser gewesen, der äußersten Linken gleichzeitig freie Meinungsäußerung zuzugestehen als ihr und den Alldeutschen den Maulkorb vorzubinden. Denn die Alldeutschen hatten zwar nur eine geringe Anzahl Mitkämpfer und eine kleine Presse, aber sie hatten die Wahrheit und die gute Sache für sich. Jene Menge Lüge und Verhetzung, die durch das Freilassen der äußersten Linken zu den Lug- und Trugeweben ihrer gemäßigten Freunde hinzugekommen

wäre, hätte auch nichts mehr ausgemacht, insbesondere, da sie über genügend viel unterirdische Kanäle verfügte, um an die Leute zu gelangen, während den Alldeutschen fast nur das offene gedruckte Wort zur Verfügung stand.

Auf die tragische Schuld seiner letzten Tage, das Waffenstillstandsangebot Ludendorffs, wird im nächsten Heft zurückzukommen sein.

Die Umwälzung.

Im September 1914 drangen dem Kaiser Gerüchte zu Ohren, er werde der Urheberschaft des Krieges beschuldigt. Einer der ganz wenigen Vertrauten des Kaisers, die jederzeit im Schloß in Berlin ohne vorherige Anmeldung Zutritt hatten, war der israelitische Hoflieferant Katzenstein. Seinen „Katzi" frug Kaiser Wilhelm II. besonders gern, wenn er über die Stimmung des „Volkes" Aufschluß haben wollte, und so frug er ihn auch in diesem Fall. Katzi bestätigte das Gerücht. Darauf suchte der Kaiser auf seinem Schreibtisch herum und zog den eigenhändigen Entwurf eines Mausoleums hervor. Darauf stand als Inschrift: „Wilhelm II., der Friedenskaiser." Ob Katzenstein glaube, er hätte sich diese Inschrift gewählt, wenn er den Krieg gewollt hätte. Katzi glaubte das nicht. Es ist Schwindel, wenn man dem Kaiser auch nur die geringste Neigung zum Krieg nachsagt. Es ist ebenso Schwindel, wenn man von den Junkern als den maßgebenden Beratern der Krone spricht. Die Junker haben viel gesündigt, aber nicht durch ihre Tätigkeit und ihre Ratschläge, sondern durch ihre Passivität. Die maßgebenden Berater des Kaisers waren durchwegs Leute vom Schlage Katzensteins und Freunde derselben; der gute preußische Adel war schon seit Jahren vom Hofe Wilhelms II. verbannt; nur verkatzensteinerter Adel gelangte noch zu Wilhelm II. Womit übrigens durchaus nichts gegen Herrn Katzenstein gesagt sein soll, der ein sehr liebenswürdiger Herr und sehr tüchtig in seinem Fach sein soll. Aber Monarchen vertragen nun einmal den Umgang mit Juden schlecht, gleichgültig ob sie in Konstantinopel thronen und die Juden aus Saloniki stammen, oder ob sie in Wien und Berlin thronen und die Juden aus Galizien gekommen sind. Wirken als zweite Stützen des Thrones noch die Jesuiten mit — in Wien überwog bei Franz Joseph der jüdische, bei Karl der jesuitische Einfluß — dann pflegt die Monarchie rettungslos verloren zu sein. Auch das spanische Weltreich ging an diesen Stützen zugrunde. In Rußland ersetzte Rasputin die Jesuiten, und in Deutschland gab es neben Jesuiten auch protestantische Rasputins am Hofe. Recht lehrreich wird es sein, wie die Demokratien in Deutschland unter der Leitung der Juden gedeihen werden. Sie sind dort entweder an ihrer Spitze, wie in Bayern, oder in den Ministerien sehr reichlich vertreten. Da die demokratischen Regierungen bekanntlich ein getreues Abbild des Volkswillens zu sein streben, muß sich demnach in den Kriegsjahren ein ungeheurer Übertritt zum Judentum vollzogen haben. In Rußland soll die Mehrheit der jüdischen Staatsangehörigen selbst von der Regierung ihrer Rassegenossen, die dort in allen maßgebenden Stellen tätig sind, nicht besonders begeistert sein.

Aber man muß es diesen russischen Juden mit Trotzki an der Spitze lassen: sie haben von ihrem Standpunkt aus ausgezeichnet gearbeitet. Schon wie sie unter den deutschen Kriegsgefangenen zu wählen verstanden, war hervorragend. Die russischen Bolschewisten sind eigentlich noch harmlos gegen diese neuen kriegsgefangenen deutschen Bolschewisten mit ihrer blutrünstigen deutschen Zeitung „Weltrevolution". Sie hielten am 28. Juli 1918 eine Zusammenkunft in Kaluga ab; die dort gefaßte Entschließung endete mit den Sätzen: „Wir erklären daher feierlichst, wenn wir wieder in die Heimat zurückkehren, an der Seite unserer Brüder,

welche unseren heroischen Führern Karl Liebknecht und Friedrich Adler folgen, zu kämpfen und nicht eher zu ruhen, bis auch in allen anderen imperialistischen Staaten die feudale Junkerclique und die Bourgeoisie vollständig ausgerottet, Kronen und Zepter zerbrochen sind, und an ihre Stelle die Macht des Proletariats eingesetzt ist."

Ebenso bewundernswert war die richtige Einschätzung der Intelligenz unserer deutschen Regierung, die sich in der russischen Botschaft ein Verschwörernest mitten in die Hauptstadt setzen und von dort das ganze Reich mit einem Netz von Zweigstellen überspinnen ließ. Diese Einschätzung war allerdings keine besondere Kunst mehr, nachdem man mit den Vertretern dieser Regierung in Litauisch-Brest sich so lange unterhalten hatte. Immerhin war es kühn, unter den Augen dieser Regierung sich die revolutionären Agenten gleich im großen als Kuriere verkleidet nach Deutschland kommen und sie die nötigen Flugblätter und Gelder gleich mitbringen zu lassen. Allerdings hatte die Polizei und die Zensurstelle des Deutschen Reiches eine Entschuldigung: die Alldeutschen, welche überhaupt an allem schuld sind, verbreiteten noch bis in die letzten Tage des Umsturzes hinein Flugblätter und Druckschriften, die zum Aushalten, zum Siegeswillen, zu nationaler Verteidigung und ähnlichem Unfug aufforderten und deshalb scharf überwacht werden mußten; es blieb daher für die Bolschewiki leider nicht genug Zeit und Tatkraft über. So klappte denn auch die Umsturzsache im Reiche wirklich gut.

Aus den Nachrichten der Zeitungen kann man sich immer noch kein ganz klares Bild machen; aber die Umsturzbewegung in München, die ich miterlebt habe, dürfte wohl ungefähr den anderen auch entsprechen. Ich kann nicht umhin, Herrn Eisner meine Hochachtung auszusprechen; er hat seine Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden geringen Mitteln glänzend gelöst.

Am Donnerstag, 7. November, nachmittags, hatten die gemäßigten und ungemäßigten Sozialisten eine Volksversammlung auf die Theresienwiese einberufen, welche der Menge Gelegenheit geben sollte, ihren Willen zum Frieden und zur schleunigsten Beendigung des Krieges auszudrücken. Die Wiese war an den Abhängen übersät von Menschen; ich schätzte auf 70—80000 Menschen; die sozialdemokratische Partei schätzte auf 150—200000 Menschen; nehmen wir einmal 100000 Menschen an. Die Hälfte waren wohl Frauen und Halbwüchsige; das Militär schätzte ich auf 2—3000 Mann. 10 Redner redeten zu gleicher Zeit, einzelne gemäßigter, andere schärfer. Den Alldeutschen und der Vaterlandspartei ging es sehr schlecht, gegen jüdische Wucherer und ähnliche Leute fiel kein Sterbenswörtchen. Ich habe es in diesen Tagen in all dem Jammer als ein höchst angenehmes Gefühl empfunden, Alldeutscher zu sein und mich daher wenigstens nicht schämen zu müssen. Claß hat kürzlich ein schönes Wort in Mannheim von den Alldeutschen gesprochen: „Das Bewußtsein eines guten Gewissens besitzt auf deutschem Boden niemand als wir allein."

Nach den Reden ordneten sich etwa zwei Drittel der Masse zu einer großen, nicht endenwollenden Schlange, die ruhig und gesittet durch die zunächst engen Straßen zog. Sie hielt überall die Mitte der Straße ein; rechts und links konnten sich die Neugierigen und Beschäftigten bewegen, wie sie wollten; irgendein Zwang zum Mitgehen wurde nicht ausgeübt; man konnte auch ruhig den Zug kreuzen, wenn man es gerade eilig hatte. Der König, der mit seinen Töchtern einen seiner gewöhnlichen Nachmittagsspaziergänge machte, war eben auf dem Heimwege, als sich die Spitze des Zuges der Residenz näherte. Am Friedensdenkmal löste sich der Zug friedlich auf. Von den 100000 Besuchern der Wiese dachten 99200,

von den Teilnehmern am Zuge wohl noch keine 100 an Revolution, Königs absetzung u. dgl.; sie waren am nächsten Tage von diesen Geschehnissen ebenso überrascht wie die übrigen Einwohner der Stadt.

Etwa 800 Besucher der Wiese hatten sich nicht dem Zuge angeschlossen, darunter eine Gruppe von einigen hundert Soldaten. Diese hielten bei der Bavaria noch eine „Nachsitzung" unter der Leitung Kurt Eisners. Es war dies kein zufälliges Zusammentreffen; der Kern der Gruppe mit etwa 300—400 Soldaten hatte sich verabredet; ich bin selbst mit einem Beteiligten, dessen Andeutungen ich allerdings erst nachträglich verstand, hinausgegangen, verlor ihn dann aber auf der Wiese aus den Augen und kam so leider um die Teilnahme an der Nachsitzung. Eine vorbereitende Versammlung der Getreuen Eisners hatte am 5. November zu nächtlicher Stunde auf der Theresienwiese stattgefunden.

Diese paar hundert Leute haben das Königreich Bayern innerhalb etwa 7—8 Stunden in eine Republik mit jüdischem Oberhaupt und sozialistischen Ministerien verwandelt.[1]) Die Soldaten teilten sich in Truppen, die in der Stadt von Kaserne zu Kaserne zogen und sich durch die Aufforderung an andere Soldaten, mitzugehen, verstärkten. Nach den militärischen Außenposten Münchens wie Oberwiesenfeld waren schon am Morgen Abordnungen hinausgegangen, um zur verabredeten Stunde einzugreifen, meistens den Gewerkschaften angehörige Unteroffiziere und Soldaten. In jede Kaserne und als Kaserne dienende Schule wurde eine Abordnung hineingeschickt, welche die Offiziere zu sich bitten ließ und Anerkennung des Umsturzes verlangten. Keiner der in den Kasernen weilenden Soldaten leistete dem Befehl zum Widerstande Folge, und es blieb den Offizieren nichts übrig als nachzugeben. Tätlichkeiten und Totschläge erfolgten nur in wenigen Fällen. Nachdem sämtliche Kasernen sich den Meuterern angeschlossen hatten, wurden Landtag, Regierungsgebäude, Kriegsministerium im Laufe der Nacht besetzt; auf Bahnhof und Post waren schon am Abend Wachen aufgestellt worden, meist blutjunge Burschen; im Telegraphenamt waren die Maschinen zertrümmert worden. Einzelne Plünderungen an Waffenläden, Schuhläden und Lebensmittelläden kamen vor; aber nicht viele. Alle Offiziere auf der Straße wurden aufgefordert, die Reichskokarde abzulegen; die bayerische Kokarde durften sie beibehalten; auch die Soldaten tragen noch die bayerische Kokarde. Eine Anzahl Offiziere wurde auch mit Gewalt in den Mathäserbräu geschleppt, wo sich der Soldatenrat konstituierte. Am Freitag verließen fast alle Soldaten ihre Kasernen, bepackt mit Waffen und auch sonstigen Gegenständen, dabei drang auch viel Pöbel in die Kasernen und plünderte. Zum Mittagessen kehrten sie in die Kasernen zurück, ebenso zum Schlafen diejenigen, die sonst in München keine Unterkunft fanden. Abreisen durfte in Uniform kein Soldat, der nicht einen Urlaubschein von früher her oder einen vom Soldatenrat abgestempelten Urlaubschein besaß. Das Zivil konnte reisen, so viel es wollte; alle Züge verkehrten. Die Soldaten waren zum großen Teil recht vergnügt und freuten sich über ihre Freiheit. An das Publikum gaben sie Waffen nicht ab; was man von Militärgegenständen in Zivilhänden sah, war gestohlen. Ich sprach mit mehreren Leuten, wie sie sich denn nun eigentlich die Sache vorstellten, wenn der Feind ins Land käme. Sie zeigten dabei übereinstimmend eine merkwürdige Sicherheit in der Behauptung, ich könnte ganz ruhig sein, der Feind käme nicht herein. Den Leuten muß ohne Zweifel gesagt worden sein, die Sozialdemokraten in den anderen Ländern würden

[1]) In Berlin soll eine Gruppe von 450—500 Soldaten, die ihre Gebührnisse nicht zur Zeit ausbezahlt bekamen, die revolutionäre Reinkultur gebildet haben, mit denen die jüdischen Doktoren die übrigen Truppenteile impften.

es ebenso verstehen, die Herrschaft an sich zu reißen, wie die in Deutschland, und dann würde alles gut und schön werden.

Es ist klar: Der Erfolg der ganzen Bewegung beruht lediglich auf der Stimmung der Soldaten, welche von unserer weisen verflossenen Regierung und ihren Freunden im Laufe der Jahre erzeugt worden war und von dem Häuflein unabhängiger Sozialisten äußerst geschickt ausgenutzt wurde.

Die erste Frucht dieser Nachgiebigkeit unseres Heeres gegenüber den demokratischen Werbungen dürfte die Härte der Waffenstillstandsbedingungen gewesen sein. Zuerst wurde von dem bekannten „Eingeweihten" allgemein von „milden" Bedingungen gemunkelt. Dann kam die Revolution, und ihr folgte die plötzliche merkwürdige Verzögerung der Reise des Kuriers; Wege waren nicht passierbar, Munitionsdepots flogen in die Luft usw. Es war gerade so viel Zeit, um milde Bedingungen zurückzuziehen und harte an ihre Stelle zu setzen.

Die harten Bedingungen wurden von der Regierung Prinz Max von Baden, Solf, Scheidemann, Haußmann, Erzberger, Gröber usw. angenommen. Die Deutschen beendeten damit den Krieg als ein Volk ohne Ehre. Der Krieg war ruhm- und ehrenvoll; das Ende der Ehre bar. Nur die äußerste wirkliche Not würde die Annahme *solcher* Bedingungen, wie sie Foch stellt, ohne Verlust der Ehre gestatten; in solcher Not befand sich das deutsche Volk nicht. „Wat kof ich mir for die Ehre" ist ein Wahlspruch, den Galizier nach Berlin eingeführt haben. Die alljüdische Presse und ihre Mit- und Nachläufer, die seit Jahrzehnten dem Deutschen das völkische Ehrgefühl aus dem Leibe herausfressen, wollen das Volk jetzt über den klaren Sachverhalt hinwegtäuschen und sagen ihm vor, ein Volk, das vier Jahre lang so hoch in Ehren der Übermacht standgehalten habe, könne durch den schließlichen Verzicht auf ehrenvollen Waffenstillstand und ehrenvollen Frieden nicht seiner Ehre verlustig gehen. Gewiß nicht, wenn die Niederlage der Übermacht und der physischen Erschöpfung zu verdanken gewesen wäre, aber dann wohl, wenn sie durch den Umstand verursacht wurde, daß den armen betrogenen Soldaten Ehr- und Vaterlandsgefühl aus dem Herzen gestohlen wurde, und wenn der Zusammenbruch ein moralischer war. Ihren eigenen Offizieren haben unsere Leute die Kokarde von den Mützen gerissen; nun werden sie vermutlich vor Engländern und Amerikanern stramm stehen müssen. Es kann einer sechzig Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen ein Ehrenmann vom reinsten Wasser gewesen sein, wenn er in seinem 61. ehrlose Handlungen begeht, endet er als Ehrloser. Das ist nun einmal geltendes Recht. Wer dem Volk dann noch die *Scham* über die verlorene Ehre stiehlt, indem er ihm vorlügt, seine Ehre sei nicht dahin, der raubt ihm die Möglichkeit der Wiedergeburt. Lest doch die Bedingungen des Waffenstillstands und die Reden, die Wilson und die anderen halten! So spricht auch ein Sieger nicht zu einem ehrenvoll unterlegenen Volke! Ob der Bankerott eines Geschäftsmannes ein ehrenvoller war, darüber entscheidet nicht der bankerotte Geschäftsmann und sein Prokurist, sondern die Umwelt. Nur wer die völkische Wiedergeburt nicht will und mit dem völkischen Zusammenbruch Ziele erreicht oder Geschäfte gemacht hat, hat Ursache, dem Volk auch noch vorzureden, es hätte seine Ehre gewahrt.

In Berlin sollen sich 100 Offiziere im Marstall verschanzt und um ihr Leben gerungen haben. Es wäre Wahnwitz gewesen. Aber wenn es keine Mär war, sind die hundert der einzige Lichtblick in der schwarzen Nacht der deutschen Schmach. Ihre Namen gehören der Nachwelt aufbewahrt.

Liebknecht, der Narr, wie ihn nicht nur nationale Gegner, sondern sehr weit links stehende Freunde zu nennen pflegen, hat mit hundert entschlossenen Getreuen die Fürsten Deutschlands vom Throne gejagt, den Krieg zu Deutschlands Schande beendet und Deutschland innerhalb dreier Tage in eine Republik verwandelt.

Wilson kam dadurch in eine verzwickte Lage; so hatte er sich nämlich das Kriegsende nicht vorgestellt. Der Weltkrieg war letzten Endes der Krieg der bereits kapitalistisch beherrschten Mächte gegen das einzige Reich, in dem noch Kräfte von Bedeutung bewußt der politischen Macht des Kapitalismus Widerstand leisteten, gegen Deutschland. Rußland war in dieser Hinsicht noch wildes Land ohne bewußte Gegnerschaft gegen den Kapitalismus; die Torheit seines Herrschers, sich gegen Deutschland verwenden zu lassen, wurde von den Kapitalisten der Westmächte zur wirtschaftlichen Eroberung Rußlands weidlich ausgenutzt. Der Bolschewismus in Rußland kam den Herren sehr unerwünscht; er ging über die Linie der Schwächung hinaus, die man Rußland zugedacht hatte. Noch unerwünschter wäre ihnen ein Übergreifen des Bolschewismus auf Deutschland; denn dann bricht der Damm, der ihre eigenen Länder vor der roten Flut bewahrt; zu solchen Wachdiensten ist ihnen der Germane schon recht.

So nimmt der Schluß des Krieges eine eigentümliche Wendung; aus dem Kampf des jüdisch-westlichen Kapitalismus gegen das Germanentum wird nämlich plötzlich ein Kampf des internationalen Kapitalismus gegen den Bolschewismus und Sozialismus. Nun steigen auch die Aussichten unserer westlich „orient"lerten Verständigungspolitiker auf die Versöhnung der Völker im Völkerbund, d. h. auf die verständnisvolle Aufnahme des deutschen Händlertums in den anglo-amerikanischen Händlerring, auf die sich während des ganzen Krieges alle Anstrengungen richteten, deretwegen England immer „geschont" und Amerika immer „berücksichtigt" werden mußten. Denn dieser Händlerring braucht ein zahlungs- und arbeitsfähiges Deutschland; ein bankrottes zieht auch die Entente mit in den Bankrott. Das Wilsonsche Ziel ist ein Deutschland, dessen Intelligenz und dessen Fäuste der politischen Macht und Selbständigkeit entsagen und ihre Arbeitskraft in den Dienst des Großkapitals, namentlich der jüdischen Großfinanz, stellen. Dabei können ruhig die deutsche Judenschaft und auch einige fügsame Deutsche mitverdienen. Er wird also wahrscheinlich die schon während des Krieges in diesem Sinne arbeitenden Männer an die leitenden Stellen zu bringen suchen; die Aktien des Fürsten Lichnowsky und seiner Freunde dürften wieder steigen. Mit dem „Ordnungschaffen" in Deutschland ist es Wilson sicher ernst; er wird einem in seinem Sinne geordneten Deutschland vermutlich einen wirtschaftlich annehmbareren Frieden zu verschaffen suchen, als es eigentlich in den Absichten Englands lag. Zum Kampf der vereinigten Kapitalisten gegen die vereinigten Sozialisten braucht er nämlich auch die deutschen Kapitalisten; eine solche Kapitalistengenossenschaft kann ihm sogar noch gegen Japan nützlich werden. Wenn das nationale Deutschtum nicht so bedauerlich schwach und die Schicht der Gebildeten in Deutschland nationalpolitisch nicht so hoffnungslos dumm wäre, würden die Aussichten des Deutschtums gar nicht so schlecht sein, wie es jetzt den Anschein hat. Wenn zwei Mühlsteine aufeinander reiben, braucht man sich nämlich nicht unbedingt selbst dazwischen zerreiben lassen, sondern kann auch sein Korn von ihnen mahlen lassen. Die Gefahr des Zerriebenwerdens ist leider viel größer als die Wahrscheinlichkeit eines Erwachens des nationalen Verstandes im deutschen Gebildeten- und Bürgertum. Aber vielleicht machen die Engländer noch eine Art englische Kolonie aus Deutschland und erziehen unser Volk politisch ein bischen.

Ausklang.[1]

Von Friedrich Carl Badendieck.

Nun wird es Abend. Späte Sonne sinkt
Am vierten Weltentag des großen Leids.

Deutschland geht schlafen, müd' vom wehen Werk
Des blut'gen Säens, dem kein Ernten folgt,
Und durch die dumpfen Dunkelheiten fragt's
Wie Stimme des Gerichts: Warum?

Warum dies alles? Jauchzend schritten wir
Im großen Sommer einst, bekränzte Schar,
Zum Opfertisch, des Preises uns bewußt.
Wir wollten nichts mehr, nichts für uns, aus uns,
Nur eines war Gebet uns und Gebot,
Nur eines brannte uns in Herz und Hirn,
Nur eines war uns Wille: Vaterland!

Wir waren einer, zehn, wir waren tausend,
Millionen waren wir und einer doch,
Und in dem einen, zehn, den Millionen
War eines Pulses heilig heißer Schlag:
Deutschland ist größer als wir, die wir sterben,
Deutschland ist größer als wir, die wir leben,
Die lebten und die leben werden: Deutschland!

Und nun? War unsres Opfers reine Tat
Nicht rein genug?? Nicht herb' genug der Gram
Der Mütter? Klopfte mahnend nicht das Leid
An jede Türe? Scheuchte nicht der Warner
Vom Markte Fehl' und gier'ge Falschheit fort?
Hat in der Prüfung, Jahr um herbes Jahr,
Wohl gar ein Selbstling klug an sich gedacht?
Wuchs etwa wieder erbgewordner Fluch,
Die Sucht im Blut, die eig'ne Art befleckt??

Rein war das Opfer reiner Jugend, doch
Am Markte feilschte gieriger denn je
Die Gier. Ja leuchtend loderte der Gram
Der Mütter, doch im Reigen sprang
Frech der Genuß. In West und Osten schritt
Die Schar in täglich tausendfachen Tod,
Doch aus der Schar wuchs nicht der Eine auf,
Der ihres Opfers heil'gen Willen formte,
Der Eine, der im Bund der Besten stand
Und allem Volke Fürst und Führer war,
Der ihnen Weg zum eigenen Wesen wies
Und mußte, wollte: Unser ist das Reich,
An Geist und Grenzen größer, tiefer — Deutschland!

Nun wird es Abend. Späte Sonne sinkt.
Deutschland geht schlafen eine lange Nacht,
Und müdes Hoffen träumt ins leere Dunkel
Von neuer Saat, der eine Ernte folgt
Am neuen Weltentag des großen Leids.

---

[1]) Aus der soeben erschienenen Gedichtsammlung „Schwertglaube". Deutsche Verse. Von Friedrich Carl Badendieck. (J. F. Lehmanns Verlag, München.) Preis M. 1.80.

Bücherschau.

Gerhard Tischer: Elsaß. Ein eihespiel für das deutsche Volk in uf Aufzügen. J. F. Lehmanns erlag, München. Preis M. 2.50, b. M. 4.—

Es ist ein tragisches Geschick, daß st, wo das Spiel vorläufig aus d verloren ist, — daß jetzt erst s ein Dichter erstanden ist, würdig r erschütternden Zeit, deutsch bis s Mark, groß und heldenhaft im ollen; dabei voll des hinreißenden hwunges und edlen Feuers, wie den echten Dramatiker kennzeich- n. Wenn ein Vergleich durchaus ogen werden soll, so muß man scher unbedingt an Schiller messen. d er hält den Vergleich wohl aus. in Weihespiel „Elsaß", das den ub Elsaß-Lothringens durch den nnenkönig im allgemeinen, den esernsten Kampf des Grafen diger Eckebrecht von Dürckheim r die Deutscherhaltung dieses ndes im besonderen zum Vorwurf t, offenbart neben allem drama- hen Leben eine Fülle geschicht- er und psychologischer Wahr- ten und zeigt eine so hohe Auf- fung von der Würde und Aufgabe s Dichters innerhalb seines Volkes, ß der Vergleich mit dem idealsten serer Dramatiker wohl am Platze ist. Selbstverständlich bezieht sich dies teil nur auf den aus dem Lesen schöpften Eindruck. Doch dürfte Aufführung es bestätigen und rtiefen. Über alle ästhetischtech- schen Gesetze hinaus hat aber der chter uns unendlich viel zu sagen einer Zeit, in der die gleichen ndlichen Kräfte von außen, die mlichen geistigen Schwächen im nern am Werke sind, das Reich fzulösen. E. K.

Theodor Matthias, Der utsche Gedanke bei Jakob rimm. In Grimms eigenen orten dargestellt. R. Voigtländers erlag, Leipzig. Preis M. 1.

Im ersten Teile des Buches gibt r Herausgeber die hauptsächlichsten ige des Lebens des einfachen, heitstreuen und darin großen utschen Mannes, der so viel chweres um seine Deutschheit ohne turren trug, sein Ziel vor Augen. iese Seiten würden ihr Dasein an h nicht rechtfertigen, da ihr Inhalt ch anderwärts aufzuschlagen wäre; den 50 Blättern des zweiten eiles aber sind in eifriger Philo- genarbeit Grimms „Silberblicke s Denkens" zusammengetragen s allen erdenklichen verstreuten uellen, Gedanken, in denen sich

(Fortsetzung der Bücherschau nächste Seite.)

Hochwichtige Neuerscheinung

für jeden Industriellen:

Technisches Praktikum

von Oberingenieur Hock

Ein Lehr- und Nachschlagebuch für den technischen Beruf

2 Bde. gebd., in Schutzhülle, 700 Seiten mit über 200 erläuternden Abbildungen * und einer mehrfarbigen Tafel *****

Preis M. 13.50

Inhalts-Übersicht:
Mathematik, Geometrie, techn. Zeichnen (mit mehrfarb. Tafel), Mechanik, Statik u. Festigkeitslehre, Wärmelehre, Elektrotechnik, Technologie, Chemie, Tabellen

Ein unentbehrliches Rüstzeug!

Heute mehr denn je liegt es im Belange einer jed. Betriebsleitung, die Fachbildung des gesamten Personals zu vervollkommnen, auf daß es für den kommenden wirtschaftlichen Wettbewerb gerüstet, in seines und des Arbeitgebers Nutzen zu Höchstleistungen befähigt ist. Das hervorragende Werk darf in keiner Geschäftsbücherei fehlen. Jed. Betriebsleitung ermögliche ihrem Personal die Anschaffung dieses glänzend beurteilten Buches

In einem Monat vor Erscheinen lagen **5000** Bestellungen vor

Einzelne Firmen bestellten auf einmal bis **500** Stück

Buchbestellung und ausführliche Schrift durch jede Buchhandlung oder vom

Verlag Otto Herm. Hörisch

Dresden-N. 82

(Fortsetzung der Bücherschau.)

des großen Germanisten innerste innerlichste Deutschheit spiegeln, Gedanken über das Vaterland, über Staat und Stände, Sprache und Dichtung, Volkstum und Sittlichkeit, Bildungswesen, Wissenschaft und Glauben, Gott und Natur. Über den „Mann und seine Art" handeln die Schlußworte. Ein Verzeichnis der bedeutendsten Schriften Grimms ist eine willkommene Beigabe. Das Ganze ein dankenswertes Werkchen.

F. C.

Otto Hupp, Wider die Schwarmgeister! Erster Teil. Berichtigung irriger Meinungen über das Wappenwesen. München 1918, Max Kellerers Verlag. M. 6. —

Professor Otto Hupp, der Künstler, wurde durch jahrzehntelanges, unablässiges Studium des Wappenwesens eine Fachgröße; er könnte leicht als berechtigter Lehrer, der von den Quellen kommt, auftreten und schulmäßig Anerkennung fordern. Als Mensch und Mann von Humor zieht er es aber vor, sich auf seine Art Gehör zu verschaffen und einige der Schwarmgeister, die ihn ärgern, als Schädlingen auf dem Gebiete des Wappenwesens den Kopf zu waschen. — Die Wappenkunde ist ernste Wissenschaft, gegründet auf strenge Gesetze, die allerdings verschiedene sind zu verschiedenen Zeiten; sie ist auf keinen Fall ein Tummelplatz für Phantastereien, sondern heischt genaues sachliches Wissen im Zusammenhang. So kommt es, daß auch ein bekannter Kunsthistoriker, ein Regierungsrat, Dr. jur. und Mitglied des Kgl. Heroldsamtes sowie ein Universitätsprofessor streckenweise sehr auf Holzwegen wandeln, als Schwarmgeister bedenklich von dem gebotenen Regelwesen der Wappenkunde abweichen. — Hupps „Berichtigungen" sind bei aller Launigkeit für den Interessenten aufs äußerste belehrend ohne in Form und Gehalt irgend schulmeisterlich zu wirken; ihrem sachlichen Wert tut die Form keinen Abbruch und außerdem machen sie Freude dem, der innigen Anteil an diesem Fachwissen nimmt. — Ein Wappen ist kein Spielzeug und auch kein Bilderrätsel. Man wird den zweiten Teil der Veröffentlichung „Beiträge zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Wappen" mit Spannung erwarten. F. C.

Eingegangene Bücher.

(Eingehende Besprechung wird vorbehalten.)

Die Annexionsziele der Entente nach den Geheimverträgen. Karl Curtius Verlag, Berlin W 35. Preis 60 Pf.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Wer fremde Sprachen

lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der

Methode Gaspey-Otto-Sauer.

Man verlange ausführliche Prospekte von

Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Sterbegeld-, Lebens- und Kinder-Versicherungen

Rothenburger Versicherungs-Anstalt

auf Gegenseitigkeit in Görlitz (Gegr. 1856)

Billige Prämien

Hohe Dividenden

Vorteilhafte Bedingungen

Kostenlose Mitversicherung der Kriegsgefahr

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion und die Geschäftsstellen der Anstalt. Geeignete Mitarbeiter aus allen Kreisen gesucht.

Schöne Weihnachtsgeschenke!

Der Briefwechsel zwischen Paul Heyse und Theodor Storm

Herausgegeben von **Georg J. Plotke**

Zwei Bände. Mit je 4 Abbild. in Kupferdruck. Beste Ausstattung. Geheftet je M. 5.50, geb. je M. 7.— und 20% Teuerungszuschlag

Der Briefwechsel Heyse-Storm umfaßt die Jahre 1854/1888. Handelt es sich im ersten Band um eine werdende Freundschaft, mit tastender Annäherung, mit Enttäuschungen und neuen Verknüpfungen, so bringt der zweite, ungleich reichere Band das Bild einer gewordenen und nicht zerstörbaren engen Beziehung zwischen zwei geistigen Führern unseres Volkes, dem Heimatkünstler Storm, dem sein Haus die Welt bedeutet, die er sich täglich neu innerlichst vergegenwärtigen muß, und dem Europäer Paul Heyse, der immer wieder zu den Wurzeln des deutschen, des Goetheschen Bildungsideals zurückkehrt, um von der Warte eines hohen Menschentums aus die Welt künstlerisch zu besitzen.

Der Briefwechsel von Jakob Burckhardt und Paul Heyse

Herausgegeben von **Erich Petzet**

Mit 2 Bildnissen in Kupferdruck. Preis geh. M. 4.—, geb. M. 5.— und 20% Teuerungszuschlag

„... Die treffliche Einleitung und die fesselnden Anmerkungen des Herausgebers erläutern das Freundesverhältnis vollends. Schön ausgestattet, mit zwei Bildnissen geschmückt, ist das Buch eben eines, wie wir es in heutigen Tagen bedürfen, und recht geschaffen dazu, ein Hausbuch des deutschen Volkes zu werden."

Münchner Neueste Nachrichten.

J. F. Lehmanns Verlag in München, Paul Heysestr. 26

Eingegangene Bücher.

M. Aschmied: Land und Leute in Litauen. Priebatschs Verlagsbuchhandlung, Breslau 1. Preis Mark 1,80.

Otto Baumgarten: Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika. Eugen Diederichs Verlag in Jena. Brosch. M. 0,80.

Dr. Wilhelm van Calker: Das Problem der Meeresfreiheit und die deutsche Völkerrechtspolitik. Gustav Fischer Verlag, Jena. Preis brosch. M. 1,20.

Georg Cleinow: Die Polenfrage vor der Entscheidung. Herausgegeben vom Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden. Preis 20 Pf.

Werner Daya: Der Aufmarsch im Osten. Einhorn-Verlag in Dachau bei München.

Hans Delbrück: Wider den Kleinglauben. Verlag Eugen Diederichs in Jena.

Dr. P. Dirr: Belgien als französische Ostmark. Verlag von Max Kirstein, Berlin SW 68.

England, der Weltenbeglücker. Karl Curtius Verlag, Berlin W 35. Preis M. 1.

Richard Fester: Die Wandlungen der belgischen Frage. Verlag von Max Niemeyer, Halle a. S. Preis M. 1.

E. F. Karl Gabriel: Wann wollen und wann sollen wir den Frieden schließen? Selbstverlag, Berlin SW 23. Auslieferung durch Otto Weber, Leipzig, Wallwitzstraße 9. Preis M. 1.

Hans Gehrig und Heinrich Waentig: Belgiens Volkswirtschaft. B. G. Teubner Verlag, Leipzig. Preis geh. M. 9, geb. M. 10.

Karl Hampe: Belgien und Holland vor dem Weltkriege. Verlag Friedrich Andreas Perthes, A.-G., Gotha. Preis M. 2,40.

Handbuch von Polen. Herausgegeben unter der Redaktion von Dr. E. Wunderlich vom Kais. Deutsch. Generalgouvernement Warschau. Verlag von Dietrich Reimer, Berlin.

Direktor Fr. Hufeland: Das deutsche Kolonialreich der Zukunft. (Meereskunde, Heft 122.) Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Kurt Kerlen: Flandern und Deutschland. Die Flamen und wir. Preis M. 1,50. Verlag von J. Stahl, Arnsberg i. W.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Deutschnationale Aktiengesellschaft für kleine Lebensversicherung

(in Hamburg 36. Gemeinnütziges Wohlfahrtsunternehmen des DHV. Deutsch verwaltet. Aktiengewinn dauernd auf 4 v. H. beschränkt)

Zeichnungsstelle der Deutschgesinnten für die Kriegsanleihe

versichert unter den denkbar günstigsten Bedingungen auf das Leben von Männern, Frauen und Kindern von 0 bis 50 Jahren ohne Untersuchung gegen Monatsbeiträge

Versicherungssummen bis 3000 Mark

und erwirbt auf Wunsch für den Versicherungsnehmer, ohne daß ihm irgendwelche Verpflichtungen dadurch erwachsen und ohne daß er später zur Abnahme der Schuldverschreibungen verpflichtet ist,

Kriegsanleihe bis zu 75 v. H. der Versicherungssummen.

Drucksachen bitte unter Beziehung auf diese Anzeige in Hamburg 36 abfordern, soweit sie nicht beiliegen.

Allgem. Deutscher Wirtschaftsbund

Sitz: Magdeburg-S.

Freunde deutschen Rechtes, deutscher Freiheit, werdet Mitglieder!

Mit Zinsablösung: Vermögens-Gemeinschaft. Durch Wirtschafts-Einheit zur selbst. Freiheit! Alle Schriften, Preislisten über Lebensmittel usw. kostenlos.

Houston Stewart Chamberlain

Ein Abriß seines Lebens, auf Grund eigener Mitteilungen herausgegeben von **L. v. Schroeder**

Mit 4 Bildnissen. — In Steifdeckel M. 2.50 u. 20% Teuerungszuschlag

Wie Chamberlain ein Deutscher wurde, welch gewaltige Geistesarbeit er für das deutsche Volk geleistet hat und welch großen Denker und Kämpfer wir in ihm unser eigen nennen, schildert uns das Buch. In Prof. Leop. v. Schroeder, den seit langem enge Beziehungen mit Chamberlain verbinden, hat dieser den berufenen Schilderer seines Werdegangs gefunden.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyse-Straße 26

Eingegangene Bücher.

Rudolf Kjellén: Studien zur Weltkrise. Hugo Bruckmann Verlag, München.

Hochschulprofessor Kindermann: Des deutschen Volkes Meisterjahre. Verlag von Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.

Prof. Dr.-Ing. M. Kloß: Die Arbeit des Alldeutschen Verbandes im Kriege. Kommissionsverlag von J. F. Lehmann, München. Preis M. 0,60.

Dr. Max Köhne: Rußlands geistige Entwicklung. Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh. Preis M. 0,75.

Oberst Dr. Krumm-Heller: Für Freiheit und Recht. Verlag Otto Thiele, Halle a. S. Preis M. 3.

Fr. Mann: Damit wir es nicht vergessen! Raben-Verlag, G. m. b. H., Charlottenburg. Preis M. 1,50.

Dr. Ludwig Lorenz: Treitschke in unserer Zeit. Preis M. 1. Verlag von S. Hirzel, Leipzig.

Prof. Dr. Alfred Manes: Englands Seeherrschaft im Wanken. (Deutsche Kriegsschriften, 24. Heft.) A. Marcus & Weber, Verlag in Bonn. Preis M. 2.

Wilhelm Marten: Deutsche Barbaren und englische Kulturdokumente. Preis M. 1. Verlag Albert Goldschmidt, Berlin W.

Wilhelm Marten: Die Lüge im Solde Englands. Verlag Albert Goldschmidt, Berlin W.

Wilhelm Marten: Einige Blätter aus dem Schuldbuche der Wilhelmstraße. Verlag des „Wahrheitsbunds". Berlin W 35.

Dr. Karl Mehrmann: Der diplomatische Krieg in Vorderasien. Verlag: Das größere Deutschland, Dresden. Preis steif brosch. M. 2,50, geb. M. 3,50.

Dr. Ferdinand Nagel: Die Ostlandwanderung der Deutschen. Verlag Deutsche Landbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin. Preis M. 2.

Papst, Kurie und Weltkrieg. Von einem Deutschen. Säemann-Verlag, Berlin W 35. Preis Mark 2,50.

Enver Pascha: Um Tripolis. Verlag Hugo Bruckmann, München. Preis M. 4,20.

Graf E. zu Reventlow: Brauchen wir die flandrische Küste? Verlag Ernst S. Mittler & Sohn, Berlin.

Graf E. zu Reventlow: Der Einfluß der Seemacht im großen Kriege. Verlag Ernst S. Mittler & Sohn, Berlin. Preis geh. M. 10,65, geb. M. 12,50.

(Fortsetzung nächste Seite.)

Bei Hugo Bermühler Verlag, Berlin-Lichterfelde, erschien:

Hans Baluschek,

Prof. Dr. Graf du Moulin-Eckart

Der Krieg

mit 12 farbigen Kunstblättern und vielen in den Text gedruckten Kohlezeichnungen

Preis in elegantem Bütteneinband M. 6.50, in Leinwand gebunden M. 10.–, Luxusausgabe vom Künstler signiert und numeriert, in echt Pergamentleder gebunden M. 50.–

Jedes Kunstblatt ist leicht auf Karton geheftet und eignet sich zum Einrahmen.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Hans Baluschek weiß wirklich Eigenes zu bieten. Der Vergleich mit Wereschtschagin läge nahe, wenn dem deutschen Künstler nicht doch noch über den erschütternden Furchtbarkeiten dieses furchtbarsten aller Feldzüge der Glaube an die große deutsche Idee stünde. Dieser Glaube adelt das Buch und macht es zu einem wirklichen Dokument der Zeit. Wir glauben, das Werk gerade seiner künstlerischen Ehrlichkeit wegen empfehlen zu sollen, die nicht vertuschen und süßlich retuschieren will, sondern auch den Späteren den Riesenkampf so darstellt, wie er in Wahrheit ist. Die farbigen Kunstblätter sind in Mattkunstdruck auf besonderem Karton aufgeklebt, so daß jedes Bild eingerahmt werden kann. Es sind Kunstwerke von bleibendem Werte.

Für den Weihnachtstisch!

Roald Amundsen

Die Eroberung des Südpols

Die norwegische Südpolfahrt mit dem Fram 1910–1912

Aus dem Norwegischen übersetzt von P. Klaiber

Mit 300 Abbildungen, 8 Vierfarbendruckbildern und 15 Karten

Zwei starke Bände schön geb. M. 22.– u. 20% Teuerungszuschlag

Das Buch ist ein hohes Lied auf zielbewußtes Streben.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heysestr. 26

Nornen-Verlag, Jena

Soeben erschienen: Adolf Kroll:

Das Hohelied von Altvater

Ein germanisches Glaubensbekenntnis

Eine Dichtung großen Stiles. — Geheftet Mk. 4.—

Altgermanische Kulturhöhe

von Geh. Rat Professor Dr. Kossinna

Geheftet Mk. 1.—

Eingegangene Bücher.

J. J. Ruedorffer: Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin.

Geh. Rat Prof. Dr. D. Schäfer: Die Neugestaltung des Ostens. Verlag J. F. Lehmann, München. (Flugblatt aus „Deutschlands Erneuerung".) Preis M. 0,80.

Dr. Otto Schimpf: Die seekriegsrechtliche Bedeutung von Flottenstützpunkten. Verlag Boll & Pickardt, Berlin. Preis M. 3,50.

E. Schmid, München: Die deutschen Bauern in Südrußland. Verlag Deutsche Landbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin.

Dr. Adolf Schulten: Tannenberg und Cannae. Separatdruck aus: Ein vierter Gruß der Universität Erlangen an ihre Studenten 1917.

Gottfried Schwarz: Die Entstehung der Hexenprozesse. Selbstverlag des Verfassers: Darmstadt, Roßdörferstr. 73. Preis M. 0,50.

Prof. Dr. Sellmann: Auf Posten, Jungdeutschland! Verlag „Eckart", Witten-Ruhr. Preis einzeln 15 Pf., 100 Stück M. 10, 1000 Stück M. 80.

Prof. Dr. Theo Sommerlad: Der deutsche Kolonialgedanke und sein Werden im 19. Jahrhundert. Verlag von Max Niemeyer, Halle a. S. Preis M. 2.

E. von Stern Regierung und Regierte, Politiker und Parteien im heutigen Rußland. Verlag von Max Niemeyer, Halle a. S. Preis M. 2.

Dr. Max Stolt: Wirtschafts- und bevölkerungs-geographische Verhältnisse in Alt-Vorpommern. Zu beziehen von der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation. Frankfurt a. O., Regierungstr. 24/26. Preis M. 4,80.

Aug. Strube: Monroismus-Panamerikanismus. Verlagsbuchhandlung Broschek & Co., Hamburg. Preis M. 1.

Volksbücher zur Deutschkunde: Nr. 1: Prof. Alfred Götze, Wege des Geistes in der Sprache. Nr. 2: Dr. Alois Bernt, Humanismus und Deutschtum.

Prof. Dr. Hch. Wolf: Angewandte Geschichte. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung Th. Weicher, Leipzig. Preis M. 4,20.

Für den mit vorliegendem Heft abgeschlossenen Jahrgang 1918 von „Deutschlands Erneuerung" ist eine

Einbanddecke

zum Preise von M. 2.— zu beziehen.

— Bestellzettel anbei. —

Bücher der Stunde

Preis in wirkungsvollem Umschlag jedes Bändchen M. 1.50 (Doppelbändchen M. 3.—).

1. Ruville, Die Herrin der Meere. — 2. Jäger, Krieg und Kriegsziele. — 3. Loritz, Unser Verbündeter Bulgarien. — 4. Schwering, Belgien, der Angelpunkt des Weltkrieges. — 5. Kralik, Österreichs Wiedergeburt. — 6. Aich, Deutsches Heldentum 1914—1917. — 7. Weddigen, Deutschlands Luftkrieg und Heldenflieger 1914—1917. — 8. Kellen, Die Presse als Verleumderin. — 9/10. Bichler, Luther in Vergangenheit und Gegenwart. (Fortsetzung folgt in zwangloser Folge.)

Schönere Zukunft

Kriegsaufsätze über Kultur- und Wirtschaftsleben von DR. J. EBERLE. 4.—6. Taus. 8°. Geb. M. 5.50.

Nibelungentreue

Kriegsgesänge von DR. W. SCHERER. Zweifarb. Druck. Umschlagzeichnung von Rolf Winkler. 8°. 104 Seiten. M. 3.—.

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Berliner Romantik

Eine Vierteljahrschrift

Jährlich M. 3.—

Die „Berliner Romantik" setzt es sich zur Pflicht, romantische Weltanschauung und Dichtung zu pflegen als ein geistiges Gegengewicht wider den heute fast allmächtigen Materialismus. Echte Lebensfreude im Geiste der Blauen Blume soll lauterer Quell werden für vertiefte Weltanschauung und inniges Erleben des ewig Guten und Schönen. Die vollen Schalen alter und neuer Romantik müssen Herzenswärme spenden, die Schönheit ausstreut über die Erde hin und Gemeines in Schatten versenkt.

Mitarbeiter des ersten Jahrgangs:

Prof. Dr. Braun, Brendicke, Dr. Conrad, Prof. Dr. Enders, Prof. Dr. Eduard Engel, Alexander Frhr. v. Gleichen-Rußwurm, Lilienfein, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Gustav Roethe, Prof. Dr. Sauer, Dr. Steinert, Geh. Hofrat Prof. Walzel, Dr. Weismantel, Alice Berend, Bonsels, von Münchhausen, Elisabeth Dauthendey, Herbert Eulenberg, Cäsar Flaischlen, Erdmann Graeser, Walter Harlan, Carl Hauptmann, Georg Hermann, Hermann Hesse, Max Jungnickel, Hans Land, Ernst Lissauer, Rudolf Presber, Johannes Schlaf, Wilhelm von Scholz, Karl Hans Strobl, Bruno Wille, Fedor von Zobeltitz, Richard Zoozmann.

Boll u. Pickardt, Verlagsbuchhandlung. Berlin NW 6

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** können vom

4. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Mit dem Umtausch der **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Die Deutsche Zeitung

das Blatt der Deutschen

kämpft für die Einigkeit und Macht des Deutschen Reiches, denn diese sind die einzige Bürgschaft seines Bestandes und seiner Blüte in Gegenwart und Zukunft;

tritt deshalb entschlossen ein für die Politik, die das Reich gegründet und groß gemacht hat. In Treue zu Kaiser und Reich kämpft sie für eine starke Monarchie und für die Wehrfähigkeit des Volkes durch lückenlose Rüstung zu Wasser und zu Lande;

hält fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und an seiner in den Einigungskämpfen durch Bismarck geschmiedeten Verfassung;

kämpft für den Schutz aller werteschaffenden Stände des deutschen Volkes und tritt allen Mächten entgegen, die die Einheit und den Frieden dieser Stände untergraben;

kennt kein anderes deutsches Volk als das ganze Volk und bekämpft mit Entschiedenheit die Herrschsucht der Führung eines einzelnen Standes. Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterschaft hat an der Deutschen Zeitung eine entschiedene Vorkämpferin;

wirkt mit an dem Ausgleich der Gegensätze zwischen den Bekenntnissen;

bekämpft den internationalen Kulturwahn und tritt ein für deutsches Denken, deutsche Kunst, deutsches Schrifttum und deutsche Sitte;

will auf allen diesen Gebieten des Deutschen gutes Gewissen sein.

Bezugsbedingungen: Durch die Post M. 6.– vierteljährlich zuzüglich 72 Pf. Bestellgeld. Bei monatlichem Bezug M. 2.– zuzüglich 24 Pf. Bestellgeld.

Kreuzbandversand: Bei täglich einmaliger Zusendung sind für das Vierteljahr M. 12.—, für den Monat M. 4.–, für die Woche M. 1.— (Postscheckkonto Berlin Nr. 32176) zu entrichten.

Feldpostbezug: M. 4.80 vierteljährlich (M. 3.60 ermäßigte Bezugsgebühr u. M. 1.20 Umschlagsgebühr).

Geschäftsstelle der Deutschen Zeitung: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12

Bund der Freunde Deutscher Kunst

E. V. / Sitz Leipzig

Zweck des Bundes ist:

alle deutsch-gesinnten Kunstfreunde zusammenzufassen und ausschließlich der Förderung rein deutscher Kunst zu dienen, dafür einzutreten, daß deutsche Kunst und Künstler gegenüber fremden Einflüssen eine immer größere Würdigung finden,

durch die Bundeszeitschrift „Deutschlands Kunst", durch Vorträge und Ausstellungen dahin zu wirken, daß die kunstfreundlichen Kreise des Volkes wahre deutsche Kunst immer mehr kennen und schätzen lernen.

Dem über ganz Deutschland verbreiteten Bunde gehören hohe und höchste Persönlichkeiten, öffentliche Institute und Museen und die hervorragendsten deutschen Künstler an. — Für den Jahresbeitrag von Mk. 10.— erhält man die Bundeszeitschrift „Deutschlands Kunst" unentgeltlich.

Alles Nähere durch die Geschäftsstelle des

Bundes der Freunde Deutscher Kunst, Leipzig-R.

Gabelsbergerstraße 1, Fernsprecher 10295

Ich kaufe Briefmarkensammlung

seltene Einzelmarken und Markenbriefe gegen Barzahlung

Ernst Stock, Berlin W, Friedrichstr. 79

Bücher-Ankauf!!

alte und neue Klassiker, Romane, Lexikons (Meyer u. Brockhaus) usw. sowie ganze Bibliotheken kauft

Arthur Bäcker, Berlin C 54,
Alte Schönhauser-Str. 10, Laden
Telephon Norden 286

Geht barfuß!!

Das Barfußgehen als Träger der Volksgesundheit und Forderung unserer Zeit.

Von **Andreas Nielsen, Hamburg**

Inhalt: Barfuß als Volkssitte. Überall Hygiene, nur keine Fußpflege. Gesunde und kranke Füße. Der Kaltfuß und der Schweißfuß. Gehirn—Nerven—Füße.
Mit 20 ganzseit. Bildern. Mk. 1.20
Durch jede Buchhdlg. od. direkt v.
Verlag Kraft und Schönheit,
Berlin-Steglitz 18.

Schwertglaube

Deutsche Verse

Von **Friedrich Carl Badendieck**

Preis geheftet M. 1.80 und 20% Teuerungszuschlag

Kriegslieder, vollendet nach Form und Inhalt, erfüllt von reinem deutschen Geist, der die Seele adelt und stärkt, um den Kampf mit allem Schlechten und Artfremden aufzunehmen.

Elsaß

Ein Weihespiel für das deutsche Volk in 5 Aufzügen

Von **Gerhard Tischer**

Preis geheftet M. 2.50, geb. M. 4.— und 20% Teuerungszuschlag

Das Drama spielt zur Zeit des Großen Kurfürsten. Die mit der Gegenwart viel Verwandtes aufzeigenden Kämpfe und Probleme der damaligen Zeit werden so zur Darstellung gebracht, daß der Leser von der Gewalt der großen und schönen Gedanken ergriffen, von der Darstellung bis zum Schluß gefesselt ist.

J. F. Lehmanns Verlag, München, Paul Heyseestr. 26

Deutscher Anker

Pensions- und Lebensvers.-Aktien-Ges.

in Berlin W 9, Eichhornstr. 9

Kriegs- Lebensversicherung

R. O. Y.

Raunet Ihr Runen.
Flüstert es jedem
Blauäugig blonden
Deutschen in's Ohr!

Deutsche Männer und Frauen von lichtgermanischer Rasse und aristokratischer Gesinnung, die sich ernstlich ein. straffen, rein germanischen Orden eingliedern wollen, mögen unter **B. Z. 8741** vertrauensvoll Bild und Blutsbekenntnis an die Geschäftsstelle einreichen.

Krankenfahrstühle

f. Straße u. Zimmer.
Selbstfahrer,
Tragstühle, Krankenmöbel aller Art.
Kohler Comp.,
Hofl., Heidelberg.

Hakenkreuz-Papier
Völkische Postkarten
sr und Schriften
Sis-Verlag in Zeit

Ein Deutscher trinke nur deutsche Rotweine

Hervorragende Bezugsquelle

Fritz Weitzel, Weinbau u. Weinhandel, **Nieder-Ingelheim a. Rh.**

Preisliste und Weinproben gerne zur Verfügung.

Mehr denn je gilt es heute, für **Deutsche Art** zu kämpfen. Wem die

Erhaltung und Mehrung

unserer Volkskraft am Herzen liegt, der beziehe seine Bücher durch

Mimir, Versandbuchhandlung u. Verlag für deutsche Erneuerung, G. m. b. H.

Postscheckrechnung 3184 **Stuttgart,** Senefelderstraße 13

Gemeinnütziges Unternehmen zur Hebung der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt.

—— Bücherverzeichnisse gerne kostenlos. ——

In jedem Hause

wo gute Musik gepflegt wird, sollte auch **die Königin der Instrumente** zu finden sein.

Harmoniums von 90 bis 2400 Mark

Bes. auch v. jedermann ohn. Notenkenntnis sof. 4stimm. spielbare. Illustr. Kat. umsonst. **Aloys Maier, Hofl., Fulda.**

Annahmeschluß für Anzeigen für das Januarheft am 15. Dezember.

Erziehungs-, Unterrichts- und Kuranstalten

Kurhaus Bad Nassau (Lahn)

Ruhiges Haus für Erholungsbedürftige, Nervöse und innerlich Kranke. — Neuzeitlicher Komfort, moderne diagnostische und therapeutische Einrichtungen.

Das Haus wird auch während der Kriegszeit von dem leitenden Arzt in gewohnter Weise weiter geführt.

Prospekt und Auskunft durch die Verwaltung.

Sanatorium Dr. Dornblüth

WIESBADEN

Erhöhte Lage am Wald ..... Auskunft kostenlos

ähn i. Riesengeb. bei Hirschberg

Pädagogium Ländl. Schulanstalt

Gegründet 1874

Kleine Klassen, real, realgymn. und gymn. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung Obersekunda. Streng ger. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht Erziehung. Ökonomie. Sport, Wandern, Bäder. Medizinische Bäder im Sana- am. Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

Ein Buch für jedermann!

Der Gebildete auf der Höhe!

In wenigen Stunden über alle Gebiete des geistigen, sozialen u. wirtschaftlichen Lebens orientiert. — 60 Abschnitte. — Preis 2 Mk.

Neukultur-Verlag, Berlin W 9.

Ausführl. Prospekt gratis!

Das Ev. Pädagogium Godesberg a. Rh.

Gymnasium, Realgymnasium u. Realschule mit Einjähr.-Berechtigung bietet seinen Schülern gedieg. Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geist. u. leibl. Wohles d. eine familienh. Erziehung in Gruppen v. 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern d. Anstalt. Viel körperl. Beweg. bei reichl. vernünftig. Ernährung.

Jugendsanatorium in Verbindung mit Dr. med. Sexauers ärztl.-päd. Inst.

Zweiganstalt in **Herchen a. d. Sieg** in ländl. Umgbg. u. herrl. Waldluft.

Drucksach. d. den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Jeder selbstdenkende Deutsche schreibe

Rollers Weltkurzschrift.

Viel deutlicher, kürzer und einfacher als die älteren Kurzschriften. Jedes Kind erlernt sie spielend.

Lehrmittel zum Selbstunterricht 3 M.

Alleinverlag f. Rollers Weltkurzschrift

Johannes Bück, Neumünster,

Kieler Straße 73

Postscheckkonto Hamburg 13235.

Fischer's Privat-Töchterheim, Cassel-Wilhelmshöhe.

atisches Frauenlehrjahr für Töchter höherer Stände. Wissenschaftliche tbildung, gründliche Ausbildung in Haus, Küche und Garten. Pflege von sik und Kunst. Klass. Gymnastik. Gesunde Lage im **Habichtswalde.** is 2000 Mark. G. Fischer.

Walther Schulte vom Brühl:

Urväterzeit.

42 Geschichten aus Germanias Jugendtagen. Kart. 2,50 Mk. geb. 3,25 Mk.

Siegmar-Schmitz, Otto Uhlmann-Verlag

Wichtiges u. fesselndes Buch für Freunde der deutschvölkischen Bewegung.

onservative Pädagogik.

e Knabenerziehung des deutschen uses auf der Grundlage des Autoritätsgedankens.

Familienpädagogik

von Edmund Schopen

20 Bg. — 1918. — Preis M. 5.50

erlag der Druckerei Lehrlinghaus, Mainz, Breidenbacherstraße 12

Hessische Handels-Lehranstalt

Saalbaustr. 73 **DARMSTADT** Fernspr. 923

Lehrplan und Aufnahmebedingungen durch Diplomhandelslehrer WILHELM SIEDERSLEBEN, gerichtlich beeidigter Bücherrevisor

erprobtes, hervorragend bewährtes diätisches Hausmittel;

ärztlich empfohlen, liefert:

Hubertushof Hohenpeißenberg (Oberbay.)

Die Anzeigenaufträge für das Jahr 1919 bitten wir wegen etwaiger Platzvorschriften möglichst bald erneuern zu wollen.

Geschäftsstelle der Monatsschrift

„Deutschlands Erneuerung" München

Paul Heysestraße 26

Dr. K. Kramarsch,

der Anstifter d. Weltkrieges

Auf aktenmäßiger Grundlage dargestellt von Dr. Fr. Wichtl

Mitglied des österr. Reichsrats

Preis geheftet M. 3.40

und 20% Teuerungszuschlag

Bringt die tschechische Gefahr in einwandfreier Weise zur Darstellung.

J. F. Lehmanns Verlag, München

Es wird gebeten, bei Anfragen und Bestellungen auf die Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung" Bezug zu nehmen

Drei Wege aufwärts:

Uve Jens Kruse: Lebenskunst

Geheftet M. 4.50, gebunden M. 6.20

Dr. Aug. Horneffer schreibt darüber im Unsichtbaren Tempel: „Kruse zeichnet in seinem mutigen Büchlein die Grundlinien der hohen Menschenkunst hin: das Leben zu meistern wie der Reiter das Roß. Hier ist mit dem oft gebrauchten und mißbrauchten Begriff der Willensbildung einmal wirklich Ernst gemacht." E. Th. Kämpf schreibt in der Post: „Es ist ein eigener, reiner und starker Geist, der von dem Werk ausgeht. Die Geschlossenheit und Wertigkeit der Ideen wirken bezwingend. Die vermittelten Lehren werden reichen Segen spenden. Kruse geht die Wege Emersons und Ralph Waldo Trines. Aber er gibt doch sehr viel darüber hinaus. Jene waren eigentlich nur gute Redner und Überredner. Kruse ist der Praktiker. Seine einfache und überzeugende Art verbürgt den Erfolg. Bemerkenswert ist die Vortragsweise des Verfassers. Er spricht zu unserem Herzen. Seine Worte sind gütig und strahlen jene Heiterkeit aus, die der Schlüssel zu einer gebildeten, freien, glücklichen Persönlichkeit ist."

~

Uve Jens Kruse: Ich will! Ich kann!

Eine Schule des Willens und der Persönlichkeit

17 Briefe in Mappe. Preis 12½ M. Werbeblatt kostenlos

Das Werk übersetzt die „Lebenskunst" in ein System von Übungen. Einer schreibt: „Ich besitze das Werk erst kurze Zeit, merke jedoch schon jetzt, daß die empfohlenen Übungen jeden, auch dessen allzu naturhaft bestimmtes Leben mehr einem Vegetieren gleicht, zu einem wertvollen Dasein, nicht nur zu einer wertvollen Lebensanschauung führen müssen." Ein anderer: „Ich habe mich viel mit Fragen der Lebenskunst befaßt; von allen Werken aber, die ich kennen lernte, gefällt mir das System von Kruse am besten." Seminaroberlehrer Brechenmacher schreibt darüber im Magazin für Pädagogik: „Seit etwa einem Dutzend Jahren sind etliche hundert Bücher über Willensschulung erschienen, ein Beweis, daß das Übergewicht der bloßen Verstandesbildung und der Mangel entschiedener Willenskultur klar erkannt wird. Das vorliegende neue Werk bringt die Anregungen verschiedenster Art in ein System ... Vieles in dem System scheint mir sehr einleuchtend und erfolgverheißend ... Der geschulte Pädagoge kann aus der Praxis Kruses jedenfalls sehr viel lernen; auch Anstaltsleiter werden daraus zu schöpfen wissen." Mittelschulrektor Schreiber urteilt: „Freie Bahn dem Tüchtigen! ist das Losungswort der Zeit; und hier ist der Wegweiser, wie er diese Bahn erledigen und das Ziel seines Lebens erreichen kann." Ein Schüler des Werkes schreibt: „Ein wie feiner Menschenkenner und klarer Denker, ein wie meisterhafter Erzieher muß hier am Werke gewesen sein."

~

Dr. Broder Christiansen: Die Kunst des Schreibens

Eine Prosa-Schule in 12 Unterrichtsbriefen. Preis 25 Mark

Das Werk gibt Lehre und Übung, eigenes, klingendes, ausdrucksstieferes Deutsch zu schreiben. Und sicher gilt: im neuen Deutschland wird die Stilkunst der Muttersprache höher gelten als fremd parlieren. Ein Schüler schreibt: „Das Werk hält, was es verspricht!"

Einen ausführlichen Bericht über Wesen und Wege dieser Schule sendet der Verlag gegen 40 Pfennig.

Felsen-Verlag / Buchenbach-Baden

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Erich Kühn, München. — Verlag: J. F. Lehmann, München. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Kleuter, München-Pasing. — Gedruckt bei R. Oldenbourg, München.

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below,
or on the date to which renewed. Renewals only:
Tel. No. 642-3405
Renewals may be made 4 days prior to date due.
Renewed books are subject to immediate recall.

NOV 8 1972 9 4

REC'D LD DEC 7 '72 -11 AM 7 5

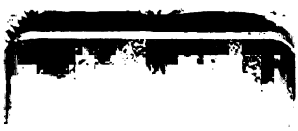
FEB 17 1989

AUTO DISC JAN 23 '89

LD21A-40m-3,'72
(Q1173s10)476-A-32

General Library
University of California
Berkeley

YC110800

U.C. BERKELEY LIBRARIES

C006131003